Deutscher Bundestag
8. Wahlperiode

Drucksache 8/3420

22. 11. 79

Sachgebiet 700

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Jahresgutachten 1979/80 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Vorwort

1. Gemäß § 6 Abs. 1 des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vom 14. August 1963 in der Fassung vom 8. November 1966 und vom 8. Juni 1967[1]) legt der Sachverständigenrat sein sechzehntes Jahresgutachten vor[2]).

2. Es hat sich etwas geändert an der Einstellung der Wirtschaft gegenüber den Problemen und Chancen, die in der wirtschaftlichen Entwicklung liegen. Mehr Zuversicht, die Probleme lösen zu können, mehr Bereitschaft, auf neue Chancen zu setzen, bestimmen das Bild. Dies ist eine Grundlinie in unserer Einschätzung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage in der Bundesrepublik. Sie erlaubt es, trotz der gravierenden Störungen von außen, die das Bild eingetrübt haben, eine im ganzen befriedigende Entwicklung auch im kommenden Jahr für wahrscheinlich zu halten.

Dies gilt nicht für die Zunahme der Beschäftigung. Wir beobachten, daß sich die Öffentlichkeit zunehmend gewöhnt an einen Stand der Arbeitslosigkeit, der noch vor wenigen Jahren

[1]) Das Gesetz mit den Änderungen durch des Änderungsgesetz vom 8. November 1966 und durch die den Sachverständigenrat betreffenden Bestimmungen des „Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft" vom 8. Juni 1967 sowie die §§ 1 bis 3 dieses Gesetzes sind als Anhang I und II angefügt. Wichtige Bestimmungen des Sachverständigenratsgesetzes sind im Vorwort der Jahresgutachten 1964/65 bis 1968/69 erläutert.

[2]) Eine Liste der bisher erschienenen Jahresgutachten und der Sondergutachten ist als Anhang III abgedruckt.

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 5300 Bonn
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 08 21, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02221) 36 35 51

als völlig unvereinbar mit dem Ziel eines hohen Beschäftigungsstandes gegolten hat. Die Einschätzung, daß die Wirtschaft der Vollbeschäftigung wieder nahe sei, teilt der Sachverständigenrat nicht.

Besondere Aufmerksamkeit widmen wir der Aufgabe, die Volkswirtschaft an teures Öl anzupassen. Ausführlich setzen wir uns diesmal außerdem mit der Frage auseinander, welches Angebot die Industrieländer machen könnten, um ein gerechteres und doch freies Zusammenspiel zwischen den reichen und den armen Ländern der Welt zu ermöglichen.

Alle diese Aufgaben laufen zusammen mit dem Erfordernis, bei mäßiger Expansion des privaten Konsums die Chancen für dauerhaft hohe Investitionen zu erhalten und zu nutzen.

Durch die Ölteuerung ist die Aufgabe, für einen stabilen Geldwert zu sorgen, wieder in den Vordergrund gerückt. Aber nicht durch sie allein. Die Änderung der Geldverfassung, die de facto in der Gründung des Europäischen Währungssystems liegt, hat Sorgen erneuert, die in den vergangenen Jahren gebannt schienen. So ist es derzeit trotz der schwächer werdenden konjunkturellen Auftriebskräfte nicht ein Mangel an Dynamik der Wirtschaft, sondern die Gefährdung der Stabilität, die zunächst die Hauptaufmerksamkeit der Wirtschaftspolitik verlangt.

3. Der gesetzlichen Regelung entsprechend schied Professor Dr. Gerhard Scherhorn, Universität Stuttgart-Hohenheim, am 28. Februar 1979 aus dem Sachverständigenrat aus. Herr Scherhorn hatte dem Sachverständigenrat seit dem 29. Mai 1974 angehört. Als sein Nachfolger wurde am 1. August 1979 Professor Dr. Werner Glastetter, Universität Bielefeld, durch den Bundespräsidenten für fünf Jahre in den Sachverständigenrat berufen.

4. Der Sachverständigenrat hatte Gelegenheit, mit dem Bundesminister für Wirtschaft, dem Bundesminister der Finanzen sowie mit dem Präsidenten und den Mitgliedern des Direktoriums der Deutschen Bundesbank aktuelle konjunktur- und währungspolitische Fragen zu erörtern.

Die Urteilsbildung des Rates erleichterten Berichte des Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit und von Mitgliedern des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung.

Wie in früheren Jahren hat der Rat Vertreter der Sozialpartner, des Deutschen Industrie- und Handelstages und des Bundesverbandes der Deutschen Industrie zu anstehenden Problemen gehört.

Gemäß § 6 Abs. 1 des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vom 14. August 1963 (BGBl. I S. 685) zugeleitet mit Schreiben des Bundeskanzlers — 14 (42) — 600 06 — Gu 16/79 — vom 22. November 1979.

Die Kommission der Europäischen Gemeinschaften gab dem Rat Gelegenheit zu ausführlichen Gesprächen über wirtschaftspolitische Probleme der Europäischen Gemeinschaften.

5. Mit Vertretern der Wirtschaftswissenschaften an Hochschulen und Forschungsinstituten hat der Rat Gespräche führen können, die ihm für seine Arbeit wertvolle Hinweise vermittelt haben.

Zu Fragen der Energiepolitik haben ihm die Professoren Dr. Helmut Gröner, Bayreuth, Dr. Lutz Hoffmann, Regensburg, Dr. Hans K. Schneider, Köln, sowie Diplom-Volkswirt Klaus-Peter Möller und Dr. Wolfgang Ströbele, Hannover, schriftliche Ausarbeitungen zur Verfügung gestellt und damit die Vorbereitung des Gutachtens erleichtert.

Professor Hoffmann und Professor Schneider standen dem Rat außerdem zu einer Aussprache über aktuelle energiewirtschaftliche Fragen zur Verfügung, ebenso wie Dr. Hans-Joachim Burchard, Hamburg, Bergassessor a. D. Karl-Heinrich Jakob, Essen, und Professor Dr. Klaus Knizia, Dortmund.

6. Wiederum hat der Deutsche Industrie- und Handelstag durch kurzfristige Umfragen bei den Kammern dem Sachverständigenrat besonders aktuelle Informationen zukommen lassen.

7. Bei den Abschlußarbeiten an dem vorliegenden Gutachten haben uns Professor Dr. Hermann Albeck, Saarbrücken, Professor Dr. Manfred Feldsieper, Köln, Dr. Hans-Hagen Härtel, Hamburg, und Dr. Carsten Thoroe, Kiel, geholfen. Wir fanden ferner wiederum wertvolle Unterstützung durch Diplom-Volkswirt Bernhard Filusch, Essen, und Diplom-Volkswirt Klaus Dieter Schmidt, Kiel. Ihnen allen gilt der Dank des Rates.

8. Die volkswirtschaftliche und die statistische Abteilung der Deutschen Bundesbank haben wie immer den Sachverständigenrat bei seinen statistischen Arbeiten in großzügiger Weise unterstützt, in zahlreichen Einzelfragen beraten und ihm bei der Materialbeschaffung wertvolle Hilfe geleistet.

Unterstützung bei der Beschaffung von Informationen und statistischem Material hat der Sachverständigenrat immer wieder auch durch die Kommission der Europäischen Gemeinschaften erfahren.

9. Die Zusammenarbeit mit dem Statistischen Bundesamt war auch in diesem Jahr sehr gut. Der weit über das Normale hinausgehende Einsatz vieler Angehöriger des Amtes, insbesondere der ständigen Mitarbeiter der Verbindungsstelle, hat die Arbeiten des Rates wesentlich erleichtert. Allen Beteiligten zu danken, ist dem Rat ein besonderes Anliegen.

Ende des Jahres tritt Herr Heinz Köhler in den Ruhestand. Er ist seit der Gründung des Rates in dessen Verbindungsstelle

zum Statistischen Bundesamt tätig. In all den Jahren war Herr Köhler an den vielfältigen organisatorischen und statistischen Arbeiten, die für die Erstellung der Gutachten erforderlich sind, in hervorragender Weise beteiligt. Seine umfangreiche Sachkenntnis und die Akkuratesse seiner Arbeit waren dem Rat eine wertvolle Stütze.

10. Auch dieses Jahresgutachten hätte der Sachverständigenrat ohne die unermüdliche Arbeit seiner Mitarbeiter nicht erstellen können. Dem wissenschaftlichen Stab des Rates gehörten beim Abschluß dieses Gutachtens an: Diplom-Volkswirt Roswitha Beck, Diplom-Volkswirt Peter Bofinger, Diplom-Volkswirt Heiner Flassbeck, Dr. Heinz Herrmann, Dr. Ernst-Moritz Lipp, Dr. Wolfgang Sengebusch und Dr. Axel Siedenberg.

Ein besonderes Maß an Verantwortung für die wissenschaftliche Arbeit des Stabes hatte der Generalsekretär des Sachverständigenrates, Dr. Hans J. Barth, zu tragen.

Alle Fehler und Mängel, die das Gutachten enthält, gehen indessen allein zu Lasten der Unterzeichneten.

Wiesbaden, den 18. November 1979

Horst Albach Gerhard Fels Werner Glastetter Kurt Schmidt Olaf Sievert

Inhalt

	Seite
Eine kürzere Fassung	1
Erstes Kapitel: Die Konjunkturlage	11
Teil A: Der internationale Rahmen	11
I. Weltkonjunktur im Zeichen erneuter Ölteuerung	11
Erneute Preissteigerungen bei zumeist noch hoher Arbeitslosigkeit	13
Jüngste Konjunkturtendenzen	15
II. Veränderte Währungsprobleme	25
Äußerliche Stabilisierung des Dollar	28
Europäisches Währungssystem: Erste Erfahrungen	29
Harmonisierung der Geldpolitik in Europa?	34
Finanzpolitik in Europa	35
Teil B: Die Binnenkonjunktur 1979	36
I. Überblick	36
II. Kräftiger Aufschwung	38
Deutlicher Schub bei den Investitionen	38
Geringere Angebotsprobleme	41
Privater Verbrauch durch Preissteigerungen belastet	47
Noch deutliche Ausweitung der staatlichen Nachfrage	48
Höhepunkt der Baukonjunktur überschritten?	48
Lebhafte Auslandsnachfrage bei weiterem Vordringen der Importe	49
Deutliche Ausweitung der Produktion	50
Nur mäßiger Produktivitätsfortschritt	52
Spürbarer Beschäftigungsanstieg	54
Noch immer schwaches Wachstum des Produktionspotentials	56
III. Fortschritte am Arbeitsmarkt	58
Aufschwung durch Engpässe auf dem Arbeitsmarkt behindert?	58
Unterschiedliche Entwicklung der Beschäftigungschancen	59
Räumliche Unterschiede leicht abgeschwächt	65
Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen	67
IV. Verstärkte Preissteigerungen	69
Außenwirtschaftliche Einflüsse prägend	69
Dauerhafte Veränderung des Preisklimas?	71
V. Bessere Unternehmensgewinne	78
Bestätigte Gewinnerwartungen	78
Geringere Abgabenlast und höhere Transfereinkommen	82
Ölpreisanstieg dämpft Zuwachs der Realeinkommen	84

Seite

VI. Geldpolitik: Stark abgeschwächte monetäre Expansion 85
Geldmenge: Auf den Zielpfad abgeschwenkt 85
Hohe Kreditnachfrage 91
Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes wenig gestiegen 96
Stabiler Kapitalmarkt 97
Veränderte Zinsstruktur 98
Zahlungsbilanz: Abbau des Zahlungsbilanzüberschusses 100

VII. Öffentliche Haushalte weiter expansiv 103
Hohe Staatsausgaben 106
Erneut Steuererleichterungen 109
Konjunktureller Impuls noch einmal höher 111

Zweites Kapitel: Für mehr Stabilität und weiterhin hohe Investitionen 118

I. Die voraussichtliche Entwicklung 118
Die voraussichtliche Entwicklung der Auslandskonjunktur 118
Die voraussichtliche Entwicklung der Binnenkonjunktur 121

II. Hauptaufgaben der Wirtschaftspolitik 129
Die Führungsrolle der Investitionen 129
Ziele und Wirklichkeit 130
Wirtschaftspolitische Grundlinien 131

III. Wie es auch kommen könnte 133
Variante I 133
Variante II 134

IV. Wirtschaftspolitik für 1980 und danach 135
Geld- und Währungspolitik 135
Finanzpolitik 138
Lohnpolitik und Arbeitsmarkt 144
Investitionspolitik 148

Drittes Kapitel: Anpassung an teures Öl 153

I. Die stabilitätspolitische Herausforderung 153
Die Hauptklage: Unstetigkeit der Preisentwicklung 153
Die Hauptaufgabe: Eine dauerhafte Anpassung 154
Das Hauptproblem: Anpassung ohne Inflationsstoß und ohne Rezession 156
Der Hauptstreit: Die Verteilung der Anpassungslast 158
Die Hauptsorge: Mengenprobleme wegen unzureichender Flexibilität 159

II. Die energiepolitischen Aufgaben 160
Die strategischen Optionen 161
Die Sparstrategie 163
Die Substitutionsstrategie 164

III. Was der Energiepolitik zu tun bleibt 166

Seite

Viertes Kapitel: Für ein Angebot an die Entwicklungsländer 170

I. Herausforderung aus dem Süden 170

II. Bilanz einer Dekade 173

III. Handelspolitik als Entwicklungspolitik 180

IV. Rohstoffpolitik 182

V. Kapitalexport und Technologietransfer 185

VI. Entwicklungshilfe 188

VII. Zu den Anpassungsproblemen 189

Anhang

I. Gesetz über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 194

II. Auszug aus dem Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft 196

III. Verzeichnis der Gutachten des Sachverständigenrates 197

IV. Tabellenanhang zum dritten Kapitel: Anpassung an teures Öl 198

V. Methodische Erläuterungen 213

VI. Statistischer Anhang 223

Sachregister 317

Verzeichnis der Schaubilder

		Seite
1	Industrieproduktion ausgewählter Länder	16
2	Gewogene Auf- und Abwertung ausgewählter Währungen	26
3	Zur Außenhandelssituation ausgewählter Länder	27
4	Position der am Europäischen Währungssystem beteiligten Währungen im Wechselkursverbund	33
5	Investitionsgüternachfrage	39
6	Anlageinvestitionen nach Wirtschaftsbereichen	40
7	Reale Bewertung der D-Mark	46
8	Zur Gewinnermittlung im Verarbeitenden Gewerbe	46
9	Zum Ausgabeverhalten der Privaten Haushalte	47
10	Produktion und Produktionsergebnis je Beschäftigtenstunde im Verarbeitenden Gewerbe	51
11	Bruttoinlandsprodukt und Arbeitsproduktivität ausgewählter Länder	53
12	Entwicklung der Erwerbstätigkeit	54
13	Gesamtwirtschaftliches Produktionspotential	57
14	Die Lage am Arbeitsmarkt	58
15	Arbeitslose und offene Stellen	61
16	Arbeitslosenquoten	62
17	Zur Entwicklung von Beschäftigung und Arbeitslosigkeit nach Regionen	68
18	Weltmarktpreise und Einfuhrpreise	70
19	Preisentwicklung im Außenhandel	71
20	Zur Preisentwicklung	72
21	Einfuhrpreise und Erzeugerpreise (Importsubstitutionssektor)	73
22	Mineralölpreise auf internationalen Märkten und im Inland	75
23	Zur Entwicklung der Verbraucherpreise	76
24	Zentralbankgeldmenge	86
25	Zur Zielvorgabe für die Geldpolitik 1979	87
26	Zur Entwicklung der Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes	90
27	Refinanzierung der Kreditinstitute und freie Liquiditätsreserven	91
28	Zur Entwicklung des Geldvolumens	94
29	Zur Kreditentwicklung	95
30	Nettowert von festverzinslichen Wertpapieren	98
31	Entwicklung der Zinsen	101
32	Die öffentlichen Haushalte in konjunktureller Sicht	116
33	Sozialprodukt und wichtige Komponenten	125
34	Zur Eigenkapitalausstattung der Unternehmen	149

Verzeichnis der Tabellen im Text

		Seite
1	Verbraucherpreise in ausgewählten Ländern	13
2	Lohnkosten je Produkteinheit in ausgewählten Ländern	14
3	Arbeitslosenquoten in ausgewählten Ländern	15
4	Reales Bruttosozialprodukt in wichtigen Industrieländern	17
5	Wirtschaftspolitisch wichtige Ereignisse im Ausland	20
6	Salden der Handelsbilanz und der Leistungsbilanz ausgewählter Länder	30
7	Zum Europäischen Währungssystem	31
8	Einkommenspolitisch wichtige Ereignisse	42
9	Die Entwicklung am Arbeitsmarkt	55
10	Zur Struktur der Arbeitslosigkeit	60
11	Angebot und Nachfrage nach Ausbildungsplätzen	63
12	Arbeitslose im Mai 1979 nach ausgewählten Gruppen und nach Dauer der Arbeitslosigkeit	65
13	Entwicklung der Arbeitslosigkeit in den Landesarbeitsamtsbezirken	66
14	Zur Entwicklung der funktionellen Einkommensverteilung	78
15	Zur Entwicklung der Reallohnposition	80
16	Zur Entwicklung der Unternehmensgewinne	81
17	Verteilung des Volkseinkommens	82
18	Rentenniveau	83
19	Zur Entwicklung des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte	84
20	Maßnahmen der Deutschen Bundesbank	88
21	Zur Entwicklung der Zentralbankgeldmenge	92
22	Mittelaufkommen und Netto-Absatz festverzinslicher Wertpapiere inländischer Emittenten	99
23	Zur Entwicklung der Zahlungsbilanz	102
24	Finanzpolitisch wichtige Ereignisse	104
25	Die Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Haushalte	107
26	Das Aufkommen der wichtigsten Einzelsteuern	109
27	Finanzierungssaldo und konjunktureller Impuls der öffentlichen Haushalte	113
28	Die öffentlichen Haushalte in konjunktureller Sicht	114
29	Die voraussichtliche wirtschaftliche Entwicklung in westlichen Industrieländern	120
30	Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	122
31	Einnahmen und Ausgaben des Staates	127
32	Die öffentlichen Haushalte 1980 in konjunktureller Sicht	139
33	Finanzierungssaldo und konjunktureller Impuls der öffentlichen Haushalte 1980	140
34	Primärenergieverbrauch nach Energieträgern in der Bundesrepublik Deutschland	161
35	Energiebilanz der Bundesrepublik Deutschland für das Jahr 1977	162
36	Zur Bilanz der zweiten Entwicklungsdekade Reales Bruttoinlandsprodukt und Bruttoinlandsprodukt je Einwohner	174
37	Zum realen Austauschverhältnis der Entwicklungsländer	175
38	Zur Importkapazität der Entwicklungsländer	176
39	Hauptexportprodukt ausgewählter Entwicklungsländer im Jahre 1975	177
40	Zahlungsbilanz der nicht-erdölexportierenden Entwicklungsländer	178
41	Exporte und Importe der Entwicklungsländer	178
42	Entwicklungshilfe der DAC-Länder, der OPEC-Länder und der Staatshandelsländer	179

Verzeichnis der Tabellen im statistischen Anhang

		Seite
1*	Bevölkerung und Erwerbstätige in den EG-Ländern	228
2*	Beschäftigte Arbeitnehmer und registrierte Arbeitslose in den EG-Ländern	229
3*	Bruttoinlandsprodukt in den EG-Ländern	230
4*	Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen in den EG-Ländern	231
5*	Verfügbares Nettovolkseinkommen und Einkommen aus unselbständiger Arbeit in den EG-Ländern	232
6*	Privater Verbrauch in den EG-Ländern	233
7*	Staatsverbrauch in den EG-Ländern	234
8*	Bruttoanlageinvestitionen in den EG-Ländern	235
9*	Außenhandel der EG-Länder	236
10*	Industrielle Produktion in den EG-Ländern	237
11*	Zur Preis- und Lohnentwicklung in wichtigen Industrieländern	238
12*	Bevölkerung und Erwerbstätigkeit	240
13*	Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen	241
14*	Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen	242
15*	Bruttowertschöpfung, Bruttoinlandsprodukt, Sozialprodukt	246
16*	Verteilung des Volkseinkommens	248
17*	Einkommen aus unselbständiger Arbeit nach Wirtschaftsbereichen	249
18*	Volkseinkommen, Produktivität und Lohnkosten	250
19*	Produktivität und Lohnkosten nach Wirtschaftsbereichen	251
20*	Verwendung des Sozialprodukts	252
21*	Vierteljahresergebnisse der Sozialproduktsberechnung — Verwendung des Sozialprodukts	256
22*	Bruttoinvestitionen	258
23*	Anlageinvestitionen nach Wirtschaftsbereichen	260
24*	Einkommen und Ersparnis der privaten Haushalte	262
25*	Käufe der privaten Haushalte im Inland	264
26*	Wirtschaftliche Beziehungen des Staates zu anderen Sektoren der Volkswirtschaft und zur übrigen Welt	265
27*	Vermögensbildung und ihre Finanzierung	268
28*	Einnahmen und Ausgaben der öffentlichen Haushalte	270
29*	Kassenmäßige Steuereinnahmen	272
30*	Verschuldung der öffentlichen Haushalte	273
31*	Entwicklung der Geldbestände im Bilanzzusammenhang	274
32*	Zahlungsmittelbestände und Kredite	276
33*	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe	277
34*	Auftragsbestand im Verarbeitenden Gewerbe	280
35*	Umsatz im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe	282
36*	Index der Produktion im Produzierenden Gewerbe	285
37*	Beschäftigte im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe	286
38*	Geleistete Arbeiterstunden im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe	288
39*	Produktionsergebnis je Beschäftigtenstunde im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe	289
40*	Baugenehmigungen	290
41*	Auftragseingang im Bauhauptgewerbe	291
42*	Auftragsbestand im Bauhauptgewerbe	293

		Seite
43*	Umsatz, Beschäftigte und Produktion im Bauhauptgewerbe	294
44*	Einzelhandelsumsatz	295
45*	Zahlungsbilanz	296
46*	Kapitalverkehr mit dem Ausland	298
47*	Außenhandel, tatsächliche Werte, Volumen und Durchschnittswerte	300
48*	Ausfuhr und Einfuhr nach Warengruppen der Produktionsstatistik	301
49*	Ausfuhr nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik	302
50*	Einfuhr nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik	303
51*	Warenausfuhr nach Ländergruppen	304
52*	Wareneinfuhr nach Ländergruppen	305
53*	Preisentwicklung nach den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	306
54*	Index der Grundstoffpreise	307
55*	Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte	308
56*	Preisindex für Neubau und Instandhaltung, Baulandpreise	309
57*	Index der Ausfuhrpreise	310
58*	Index der Einfuhrpreise	311
59*	Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalten nach Bedarfsgruppen (alte Systematik)	312
60*	Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalten nach Hauptgruppen (neue Systematik)	313
61*	Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte nach Hauptgruppen (neue Systematik)	314
62*	Preisindex für die Lebenshaltung nach Waren, Leistungen, Wohnungsnutzung und nach Haushaltstypen	315
63*	Löhne und Gehälter	316

Statistische Materialquellen — Abkürzungen

Angaben aus der amtlichen Statistik für die Bundesrepublik Deutschland stammen, soweit nicht anders vermerkt, vom Statistischen Bundesamt. Diese Angaben beziehen sich auf das Bundesgebiet einschließlich Berlin (West); andere Gebietsstände sind ausdrücklich angemerkt.

Material über das Ausland wurde in der Regel internationalen Veröffentlichungen entnommen. Darüber hinaus sind in einzelnen Fälen auch nationale Veröffentlichungen herangezogen worden.

AFG	=	Arbeitsförderungsgesetz
BA	=	Bundesanstalt für Arbeit
BMA	=	Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung
BMF	=	Bundesministerium der Finanzen
BML	=	Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
BMWi	=	Bundesministerium für Wirtschaft
DIW	=	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin
EG	=	Europäische Gemeinschaften
ERP	=	Marshallplan
ESVG	=	Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen
FE	=	Forschung und Entwicklung
HWWA	=	HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung, Hamburg
IAB	=	Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit
Ifo	=	Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, München
IFW	=	Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel
IAO/ILO	=	Internationale Arbeitsorganisation
IWF/IMF	=	Internationaler Währungsfonds
JG	=	Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
JWB	=	Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung
OECD	=	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
Öffa	=	Deutsche Gesellschaft für öffentliche Arbeiten AG
OPEC	=	Organisation ölexportierender Länder
RWI	=	Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, Essen
SAEG	=	Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften
SG	=	Sondergutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
SZR	=	Sonderziehungsrechte
UN	=	Vereinte Nationen
WSI	=	Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut des Deutschen Gewerkschaftsbundes GmbH, Düsseldorf

Zeichenerklärung

–	=	nichts
0	=	weniger als die Hälfte der kleinsten dargestellten Einheit
.	=	kein Nachweis
...	=	Angaben fallen später an
– oder |	=	der zeitliche Vergleich ist durch grundsätzliche Änderungen beeinträchtigt
×	=	Nachweis ist nicht sinnvoll bzw. Fragestellung trifft nicht zu

Eine kürzere Fassung

Der internationale Rahmen

Weltkonjunktur im Zeichen erneuter Ölteuerung

1*. Die im ganzen gute wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1979 ist vor einem Hintergrund zu sehen, der zu neuen Sorgen Anlaß gibt. Eine Zeitlang bestimmte auch im Ausland wirtschaftliche Gesundung das Bild. Doch hat sich die Lage der Weltwirtschaft inzwischen erneut verschlechtert.

Die Hoffnung, in wichtigen Ländern möchte es gelingen, eine Entwicklung fortzusetzen, die durch eine Kombination von sinkenden Inflationsraten und zunehmender Produktion gekennzeichnet war, hat getrogen. Weltweit ist es zu einem neuen Schub im Anstieg des Preisniveaus gekommen (Ziffer 78). Der ohnehin nur mäßig starke konjunkturelle Aufschwung in Westeuropa scheint seinen Höhepunkt bereits hinter sich zu haben (Ziffern 1 ff.). Die Vereinigten Staaten haben nach Jahren einer lang anhaltenden und auch kräftigen Steigerung von Produktion und Beschäftigung den Weg in die Rezession antreten müssen, weil sie dem Problem der Dauerinflation nicht rechtzeitig beizukommen wußten (Ziffer 10). Die Entwicklung der Beschäftigung war in den meisten Ländern zwar noch nach oben gerichtet, doch in zu vielen Ländern nicht stark und nicht anhaltend genug, um bei zunehmender Erwerbsbevölkerung auch nur einen weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit zu verhindern (Ziffer 9).

Die Beschleunigung des Inflationstempos kommt im Anstieg des Preisniveaus im Jahresdurchschnitt vorerst nur unvollkommen zum Ausdruck. Immerhin liegt der für das Jahr 1979 im ganzen ausgewiesene Geldwertschwund in der Gruppe der westlichen Industrieländer bei knapp $8^1/_2$ vH. Das ist schon wieder ebensoviel wie im Jahre 1977. Der Zuwachs des realen Sozialprodukts machte rund 3 vH aus, etwas weniger als 1978. Die Anzahl der Arbeitslosen stieg noch um fast eine Million auf nunmehr über 16 Millionen an; das entspricht etwa $5^1/_2$ vH aller Erwerbspersonen. Der Welthandel nahm dem Volumen nach wie im Vorjahr um etwa 6 vH zu.

2*. Das weltwirtschaftlich wichtigste Ereignis des Jahres 1979 war die neue Preiserhöhung beim Erdöl mit ihren treibenden Impulsen für die Preisentwicklung und ihren dämpfenden Impulsen für Produktion und Beschäftigung. Die Wende zu wieder beschleunigter Inflationstendenz lag allerdings in zahlreichen Ländern schon vor der neuen Ölteuerung. Das ist von großer Bedeutung gewesen. Hausgemachte Inflation plus Ölteuerung erwiesen sich als zu viel; die auf eine Sicherung des Aufschwungs zielenden Anstrengungen mußten teilweise zurückgenommen werden angesichts der Aufgabe, zunächst einmal die Gefahr einer abermals sich selbst treibenden Inflation zu bannen.

Die äußeren Anlässe der neuen abrupten Ölteuerung waren eher zufällig: der Ausfall an Ölangebot aufgrund der revolutionären Umwälzung im Iran sowie eine witterungsbedingt erhöhte Heizölnachfrage im Winter. Die eigentlichen Ursachen waren andere. Die Macht des OPEC-Kartells, die in der weltweiten Erwartung einer künftigen Mangellage wurzelt, zeigt sich vor allem in der Ausnutzung der auf Preiserhöhungen kurzfristig sehr unelastisch reagierenden Erdölnachfrage. Stark genug ins Gewicht fällt die kurzfristige Mengenreaktion auch bei starken Preiserhöhungen meist nur, wenn wegen der Ölteuerung die gesamtwirtschaftliche Aktivität eingeschränkt, also eine Konjunkturabschwächung bewirkt oder hingenommen wird. Das Risiko ist, daß aus den besonderen Problemen, die jede abrupte Ölverteuerung aufwirft, eine Weltrezession erwächst.

3*. Zuversicht läßt sich nur daraus gewinnen, daß die stabilitätspolitische Konstitution vieler Länder heute weniger ungünstig ist als 1974, dem Jahr vor der letzten großen Krise; zumindest ist sie nicht so ungünstig, daß eine neue Weltrezession als in den gegenwärtigen Tendenzen und Problemen vorgezeichnet angesehen werden müßte. Das hat mehrere Gründe:

(1) Dem Betrage nach ist der Einkommenstransfer, den die OPEC-Staaten 1979 erzwungen haben, fast ebenso groß wie 1973/74. Berücksichtigt man indessen die inzwischen auch bei den Industriegütern weitergegangene Teuerung, so ist die Herausforderung wesentlich geringer als damals (Ziffer 370).

(2) Wenngleich sich der allgemeine Preisauftrieb weithin auch diesmal schon vor der neuen Ölteuerung beschleunigt hatte, ist doch die inflatorische Dynamik im Vorlauf zur Ölkrise 1973/74 ungleich stärker gewesen. Sie war es, die schließlich eine weltweite Stabilisierungskrise unausweichlich machte.

(3) Für viele Länder hatte 1974 eine wichtige Rolle gespielt, daß sie schon vor der Ölverteuerung schwerwiegende Zahlungsbilanzprobleme gehabt hatten, die durch die Erhöhung der Ölrechnungen dann untragbar wurden. Heute ist die Zahlungsbilanzsituation der meisten Länder weniger angespannt.

(4) Früher als 1974 haben viele Länder auf die verstärkten inflatorischen Impulse mit einer Drosselung der monetären Expansion geantwortet. Das hat zwar zur Folge, daß die konjunkturelle Abschwächung ebenfalls früher einsetzt, eröffnet aber auch die Chance, daß man ohne einen tiefen Einbruch bei Produktion und Beschäftigung davonkommt.

(5) Das Jahr 1974 stand weithin im Zeichen ganz besonders massiver Lohnsteigerungen. Inzwischen ist die Einsicht gewachsen, daß dies, im Hinblick auf die Aufgabe, den Ölpreisschock aufzufangen, offensichtlich eine Fehlreaktion gewesen ist.

(6) Der Ölkrise von 1973/74 folgte ein schwerer und lange nachwirkender Einbruch bei der Investitionsneigung der Wirtschaft, ein Einbruch, der offensichtlich nicht nur konjunkturelle Ursachen hatte, sondern auch mit der verstärkten Herausforderung zum Strukturwandel zusammenhing, die zunächst bei vielen Unternehmen zu einer Desorientierung führte. Nicht nur in der Bundesrepublik ist diese Investitionslethargie allmählich überwunden worden oder doch im Abklingen.

Zusammen sollten diese Faktoren es erlauben, die anstehenden Schwierigkeiten ohne eine neue schwere Weltrezession zu überwinden.

4*. Im Mittelpunkt steht dabei das Inflationsproblem. Kein einzelnes Problem von Gewicht, zumal nicht die fortdauernde Arbeitslosigkeit, läßt sich mit der nötigen Geduld und Ausdauer anpacken, solange die Weltinflation nicht unter Kontrolle ist.

Dies gilt auch für die großen Umstellungsaufgaben im Energiebereich. Sie sind nicht unlösbar. Werden sie energisch angegangen und wird akzeptiert, daß teurere Energiequellen den Spielraum für Wohlstandssteigerungen zunächst einmal verengen, so können die Aufgaben, die hier gestellt sind, für die Weltwirtschaft sogar eine Quelle neuer Dynamik sein (drittes Kapitel).

Daß weder die Lösung der Inflations- und Beschäftigungsprobleme noch die Lösung der Energieprobleme auf gutem Wege ist, richtet auch immer wieder neue Hindernisse vor der Aufgabe auf, die eigentlich die stärkste Herausforderung darstellt, vor der Aufgabe nämlich, ein gerechteres und doch freies Zusammenspiel zwischen Industrieländern und Entwicklungsländern möglich zu machen. Weil ständig neue Stabilitätssorgen sowie Versäumnisse im Energiebereich die Anpassungsfähigkeit der Länder okkupieren, bleiben die Fortschritte hier besonders gering. Dem freien Handel, seit eh und je die mit Abstand beste Art des friedlichen Vorteilsausgleichs unter den Völkern, drohen Beschränkungen, statt daß seine Grenzen mutig ausgeweitet werden (viertes Kapitel).

Veränderte Währungsprobleme

5*. Nach den Währungsunruhen der vergangenen Jahre ist es 1979 zunächst nur zu vergleichsweise geringen Schwankungen der Wechselkurse gekommen. Auch im ganzen hielten sich die Wechselkursveränderungen 1979 jedoch in engen Grenzen, möglicherweise in zu engen Grenzen (Ziffern 19 ff.).

Im September zeigten die Devisenmärkte jedoch Kursbewegungen, die sich von den Turbulenzen des Vorjahres kaum noch unterschieden. Der Dollarkurs gegenüber der D-Mark und dem Schweizer Franken fiel in dieser Zeit trotz massiver Stützungskäufe der Notenbanken auf ein Niveau, das den niedrigsten Werten des Vorjahres nahe kam oder diese sogar unterschritt. Der Wille zur massiven Intervention half diesmal jedoch ebenso wenig wie die Tatsache, daß die amerikanischen Währungsbehörden über riesige Reserven an Interventionsmitteln verfügten. Der Markt verlangte nach Aktionen, die auf den Kern des Übels zielten. Anders als im November des vergangenen Jahres wurde daher die innere Stabilisierung des Dollar durch eine entschlossene Anti-Inflationspolitik zum Hauptpunkt des Programms gemacht. Mit einer Reihe hart restriktiver Maßnahmen versuchte die Geldpolitik eine verschärfte Inflationsbekämpfung glaubwürdig zu machen. Es gelang, den Kursverfall des Dollar zu stoppen.

6*. Die Länder der Europäischen Gemeinschaft haben in diesem Jahr ein System für eine engere währungspolitische Zusammenarbeit, Europäisches Währungssystem (EWS) genannt, geschaffen (Ziffern 28 ff.).

In diesem Jahr haben die meisten europäischen Länder aber weiterhin hohe und alle Länder zunehmende Inflationsraten; auch die Unterschiede zwischen den Inflationsraten der einzelnen Länder haben sich nur wenig verändert. In Anbetracht dessen war es nicht verfrüht, anläßlich der verabredeten Überprüfung des EWS im September dieses Jahres die ersten Paritätsänderungen vorzunehmen.

Die Anpassung der Paritäten, die im September vorgenommen wurde, wird in Anbetracht des Inflationsproblems nur als eine unzureichende Lösung gelten können, zumal allgemein die Aufwertung der D-Mark um 2 vH als zu gering angesehen wird. Eine Alternative zu den häufigen Paritätsänderungen, die das System letztlich aushöhlen müßten, kann nur darin bestehen, die Geldpolitik in Europa zu harmonisieren (Ziffern 37 ff.).

Die Binnenkonjunktur 1979

7*. In der Bundesrepublik ist die wirtschaftliche Entwicklung seit der zweiten Jahreshälfte 1978 durch eine breite auf Expansion gerichtete Grundströmung gekennzeichnet, und es sieht ganz danach aus, daß darin mehr als nur ein Wandel des Konjunkturklimas zum Ausdruck kommt. Hatten noch bis weit in das letzte Jahr hinein vorwiegend der private Verbrauch und die Baunachfrage die Konjunktur gestützt, wobei staatliche Expansionsmaßnahmen eine wichtige Rolle spielten, so waren nun auch die Unternehmen mehr und mehr bereit, in neue Produktionsanlagen und in Vorräte zu investieren und ihren Personalbestand auszuweiten. Die Dynamik, die der Aufschwung damit gewann, verstärkte sich 1979. Mäßige Lohnsteigerungen, die Raum für mehr Gewinne ließen, trugen dazu ebenso bei wie verbesserte Absatzerwartungen, die zusätzlichen Auftrieb dadurch erhielten, daß sich der Export in der ersten Jahreshälfte unerwartet kräftig belebte.

Nicht alles, was damit an Schub für den Fortgang des Aufschwungs angelegt war, kam jedoch voll zur

Wirkung. Vor allem die beträchtliche Ölverteuerung wirkte belastend; sie trieb den Preisanstieg weit über das konjunkturelle Maß hinaus, beeinträchtigte damit die Absatzchancen im Inland und brachte neue Unsicherheit über den weiteren Verlauf der Auslandskonjunktur mit sich.

Mit reichlich 4 vH war der Zuwachs der inländischen Produktion im Jahresdurchschnitt 1979 aber deutlich größer als im Jahr davor. Rund 350 000 Arbeitnehmer mehr waren beschäftigt, und fast 120 000 Personen weniger arbeitslos. Der Preisanstieg belief sich auf der Verbraucherstufe im Durchschnitt des Jahres wieder auf fast $4^1/_2$ vH.

8*. Vor dem Hintergrund der verhaltenen Konjunktur in den beiden vorangegangenen Jahren und im Hinblick auf die erreichte Auslastung der Sachkapazitäten ist die Entwicklung durchaus erfreulich zu nennen. Die verbliebene Arbeitslosigkeit ist indes immer noch hoch. Deutlichstes Zeichen des gewandelten wirtschaftlichen Klimas war der Anstieg der Investitionsneigung in einer zunehmenden Zahl von Wirtschaftsbereichen (Ziffern 53 ff.).

9*. Die Finanzpolitik blieb auf Expansionskurs; die in den öffentlichen Haushalten angelegten konjunkturellen Impulse waren sogar noch größer als im Jahr davor (Ziffern 210 ff.). Größer als damals war nun allerdings auch die Gefahr, daß der Staat, während seine Defizite weiter stiegen, private Nachfrage — vor allem kreditabhängige — verdrängte. Dies war um so weniger auszuschließen, als die Bundesbank Ende 1978 ankündigte, die monetären Zügel straffer führen zu wollen (Ziffern 176 ff.).

10*. Risiken schienen zunächst auch in der Lohnentwicklung zu liegen, die den Umfang dauerhaft rentabel erscheinender Produktion wesentlich mitbestimmt und damit die Bereitschaft der Unternehmen, ihre Kapazitäten zu erneuern, zu verbessern oder auszubauen und zusätzliche Arbeitskräfte einzustellen. Nach einem langwierigen Arbeitskampf in der Stahlindustrie kam im weiteren Verlauf der Lohnrunde in den meisten Bereichen jedoch eine Einigung ohne besondere Schwierigkeiten zustande (Ziffern 63 ff.). Mit durchschnittlich rund 5 vH blieb die Anhebung der tariflichen Stundenlöhne — die fast allenthalben vereinbarte Verlängerung des Jahresurlaubs und sonstige Nebenleistungen eingerechnet — sogar etwas hinter der des Vorjahres zurück. Für Mehrarbeit und wohl nicht selten auch, um knappe Fachkräfte zu gewinnen, mußten die Unternehmen zwar häufiger übertarifliche Zuschläge zahlen, doch stieg auch die Produktivität beschleunigt, so daß sich die Lohnkosten je Produkteinheit im ganzen nicht nennenswert stärker als im Vorjahr erhöhten.

11*. Dem stand allerdings eine kräftige Verteuerung importierter Vorprodukte gegenüber (Ziffern 70 ff.). Vom Wechselkurs für die D-Mark, der anders als 1978 nur wenig stieg, kam diesmal nur geringe Entlastung. Andererseits erleichterte die Wechselkursentwicklung es nun den Exporteuren und den im Inland mit ausländischen Anbietern konkurrierenden Unternehmen, Kostensteigerungen in den Preisen weiterzugeben. Alles in allem ergaben sich so überwiegend zuversichtliche Ertragserwartungen.

12*. Im Frühjahr wurde sichtbar, wie stark die Auftriebskräfte waren. Die Produktion ging nunmehr allenthalben rasch über das Ende 1978 erreichte Niveau hinaus, und dies bei weiter steigenden Auftragsbeständen (Ziffern 94 ff.). In den meisten Bereichen nahm die Kapazitätsauslastung deutlich zu; gleichzeitig stieg die Anzahl der Beschäftigten beschleunigt (Ziffern 112 f. und Ziffern 103 ff.).

Ein wesentlicher Beitrag zu der kräftigen Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage kam dabei von den Unternehmen selbst; indem diese ihre Läger zügig aufstockten, nun auch kräftig investierten und mehr Personal einstellten, verstärkten sie den Einkommensanstieg in der Breite der Wirtschaft, und dieser wirkte wiederum auf die Nachfrage zurück. Hinzu kam eine deutliche Belebung der Auslandsaufträge, die nicht nur in vielen Fällen eine bessere Auslastung vorhandener Kapazitäten erlaubte, sondern auch anregend auf die Investitionsneigung wirkte (Ziffern 88 ff.). So verstärkten sich die Auftriebskräfte gegenseitig.

13*. Es gab allerdings auch dämpfende Einflüsse, die im weiteren Verlauf des Jahres an Gewicht gewannen. Zum Herbst hin wurde mehr und mehr deutlich, daß wohl die alten Hindernisse auf dem Rückweg zu einem hohen Beschäftigungsstand kleiner geworden, mit der beträchtlichen Anhebung der Ölpreise indes neue Hemmnisse hinzugekommen waren. Der Ölpreisschub minderte die Kaufkraft im Inland (Ziffern 77 ff.); zudem ließ er neue Unsicherheit über die weitere Entwicklung der Weltkonjunktur aufkommen.

14*. Während sich die Auftragslage und Beschäftigung weiter verbesserten, ließen die Geschäftserwartungen in den letzten Monaten eher eine Verschlechterung erkennen, vor allem in der Industrie. Inzwischen mehren sich die Anzeichen, die auf eine Verlangsamung des konjunkturellen Expansionstempos hindeuten.

Für die Beschäftigungsentwicklung auf mittlere Sicht muß dies keine gravierenden Probleme aufwerfen, solange die Unternehmen keinen Anlaß sehen, mit den kurzfristigen auch ihre mittelfristigen Erwartungen zu revidieren und Investitionsvorhaben zu kürzen. Selbst wenn sich der Anstieg von Nachfrage und Produktion merklich abschwächt, könnte er weiterhin über das Wachstum der Kapazitäten hinausgehen; nicht einmal für ein Vertagen von Erweiterungsinvestitionen muß somit Anlaß bestehen, und noch weniger für eine deutliche Abschwächung der Investitionstätigkeit im ganzen. Das ist wichtig. Denn nicht eine noch höhere Auslastung der vorhandenen Sachanlagen ist für die Rückkehr zu einem befriedigenden Beschäftigungsstand das Hauptproblem, sondern das Schaffen genügend neuer Kapazitäten und damit neuer Arbeitsplätze. Je weniger die Investitionstätigkeit beeinträchtigt wird, um so geringer ist auch die Gefahr zu

veranschlagen, daß Stabilitätsprobleme zum Hemmnis für die Beschäftigungszunahme werden, lange bevor alle Arbeitsuchenden einen Arbeitsplatz haben.

Die voraussichtliche Entwicklung

15*. Bei unserer Vorausschau auf die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik im Jahre 1980 gehen wir davon aus, daß es die Grundlinie der Wirtschaftspolitik bleibt, zu mehr Stabilität zurückzukehren, ohne den wirtschaftlichen Aufschwung zu gefährden.

- Die Geldpolitik weitet die Zentralbankgeldmenge mit einer Rate aus, die dem Wachstum des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials unter Berücksichtigung des für unvermeidlich zu haltenden weiteren Anstiegs des Preisniveaus entspricht. Wir haben unterstellt, daß sie diesen Kurs auch dann durchhält, wenn es zu Wechselkursänderungserwartungen an den Devisenmärkten kommt. Das bedeutet, daß sich die Währungspolitik einer Aufwertung der D-Mark durch den Markt nicht widersetzt und daß sie Wege findet, eine rechtzeitige und ausreichende Paritätsänderung im Europäischen Währungssystem zu erreichen.
- Die öffentlichen Haushalte stützen immer noch die Konjunktur. Die Konsolidierung bleibt Ziel der Finanzpolitik.

Wir haben außerdem angenommen, daß Unternehmen und Gewerkschaften bei ihren preis- und lohnpolitischen Entscheidungen die von der Wirtschaftspolitik gesetzten Daten berücksichtigen.

16*. Eine Annahme ist auch über die Versorgung mit Mineralöl zu treffen. Gegenwärtig ist wohl niemand in der Lage, eine verläßliche Aussage darüber zu machen, welche Mengen zu welchen Preisen 1980 verfügbar sein werden. Wir haben im folgenden unterstellt, daß 1980 die Produktion nicht durch Versorgungsengpässe beim Rohöl beeinträchtigt wird und daß die Preise, in D-Mark gerechnet, nicht stärker oder doch nicht viel stärker steigen werden, als das inländische Preisniveau.

17*. Im Jahre 1979 waren es vor allem die privaten Investitionen, von denen die Dynamik des Aufschwungs kam. Im Jahre 1980 muß sich erweisen, wie gefestigt die Investitionsneigung auch in einer Konjunkturphase ist, in der vom privaten Verbrauch und der Ausfuhr geringere Impulse ausgehen werden.

Die derzeit lebhafte Investitionstätigkeit hat eine solide Basis. Die Erträge der Unternehmen haben sich 1979 weiter verbessert, obwohl die Rohstoffkosten und die Kapitalkosten erheblich gestiegen sind. Der Anstoß zum Investieren geht häufig von technologischen Neuerungen und strukturellen Veränderungen aus; das macht die Investitionstätigkeit weniger anfällig gegen das Auf und Ab der Konjunktur.

Überdies werden die Investitionen auch durch die starken Verteuerungen von Energie Anstöße erhalten. Das gilt nicht nur für Investitionen, mit denen in der Energiewirtschaft neue Kapazitäten geschaffen werden, sondern auch für alle Investitionen, die zur Einsparung von Energie oder zur Umstellung auf alternative Energieträger führen. Unsere Erwartung einer anhaltend guten Investitionskonjunktur wird gestützt durch die Investitionspläne der Unternehmen.

18*. Bei den realen Ausrüstungsinvestitionen rechnen wir für den Jahresdurchschnitt mit einer Zuwachsrate von $8^1/_2$ vH, nach $10^1/_2$ vH im Jahre 1979. Die Zuwachsrate der realen Bauinvestitionen veranschlagen wir auf $5^1/_2$ vH; sie wäre damit annähernd so hoch wie im Jahre 1979. Bei der Auftragsvergabe erwarten wir hier allerdings im Jahresverlauf einen Rückgang, hervorgerufen vor allem durch das Fehlen von Anschlußaufträgen öffentlicher Stellen, aber auch im Wohnungsbau. Wegen der hohen Auftragsbestände wird sich das voraussichtlich aber erst gegen Ende 1980 auf die Bauproduktion auswirken. Konjunkturdämpfende Einflüsse erwarten wir von den Lagerinvestitionen.

19*. Unsere Prognose steht unter der Unsicherheit über den Verlauf der Weltkonjunktur. Die Erfahrung zeigt, daß eine deutliche Abschwächung der Nachfrage im Ausland nicht nur den Export, sondern auch die Investitionen trifft. Es muß davon ausgegangen werden, daß die wirtschaftlichen Aussichten für das nächste Jahr in den meisten westlichen Industrieländern nicht mehr so gut sind. Das Bewußtsein ist gewachsen, daß die Inflationsbekämpfung nicht hinter anderen wirtschaftspolitischen Zielen zurückstehen darf und daß diese Aufgabe nicht mit leichter Hand innerhalb eines Jahres erledigt werden kann, sondern festes Zupacken und langen Atem erfordert. Gleichwohl halten wir Befürchtungen nicht für hinreichend begründet, eine solche Stabilisierungspolitik werde die Weltwirtschaft — wie im Jahre 1974 — in eine Rezession abgleiten lassen, die auch die deutsche Wirtschaft mitzieht. Zwar rechnen wir für 1980, nimmt man die westliche Welt als Ganzes, mit einer deutlichen Abflachung der konjunkturellen Expansion, aber nicht mit einer Stagnation oder gar Rezession (Ziffern 297 ff.). Der Welthandel wird weiter zunehmen; wir veranschlagen seine Zuwachsrate auf $3^1/_2$ vH bis 4 vH.

20*. Die Zuwachsrate des Welthandels markiert für 1980 nur die Untergrenze für die Ausweitung der deutschen Exporte. Denn jene wird zum großen Teil gedrückt durch die Rezession in den Vereinigten Staaten. Entscheidend ist jedoch, daß die Konjunkturaussichten für die westeuropäischen Länder, die fast zwei Drittel des deutschen Exports aufnehmen, vergleichsweise günstig bleiben. Hier sind es nicht zuletzt die Investitionen, die die Konjunktur stützen. Zum positiven Regionalstruktureffekt gesellt sich also noch ein positiver Sortimentseffekt — denn gerade bei Investitionsgütern haben die deutschen Exporteure traditionell ihre Stärke. Wir rechnen ferner damit, daß die Nachfrage aus den Ölförderländern bald kräftig zunimmt.

21*. Gefahren drohen der Konjunktur freilich bei einer Zuspitzung des Stabilitätskonflikts. Wie stark die Preise im nächsten Jahr steigen werden, ist jedoch nicht festgeschrieben. Keineswegs braucht man davon auszugehen, daß sie stärker steigen als in diesem Jahr. Unter den Annahmen unserer Prognose rechnen wir mit einer deutlichen Dämpfung des Preisauftriebs. Sie wird zunächst vor allem auf den vorgelagerten Produktionsstufen spürbar werden, wo die Verteuerung des Mineralöls schon überwiegend weitergegeben worden ist, später aber auch auf der Verbraucherstufe, wo die Überwälzung teilweise noch aussteht.

Für den gesamten Preisindex der Lebenshaltung erwarten wir vom Jahresende 1979 bis zum Jahresende 1980 einen Anstieg um $3^1/_2$ vH bis 4 vH. Allerdings wird wegen des hohen „Überhangs" die Steigerungsrate im Jahresdurchschnitt 1980 mit $4^1/_2$ vH höher sein als im Jahresverlauf.

22*. Eine Verringerung der Inflationsrate wird freilich nur dann wahrscheinlich, wenn neben der Währungspolitik auch die Lohnpolitik ihren Part übernimmt. Das heißt: Die Tarifparteien schätzen den durch Produktivitätsanstieg und unvermeidliche Preissteigerungen vorgegebenen Verteilungsspielraum realistisch ein. Dieser wird, nach allem was aus unserer Prognose folgt, im Jahre 1980 nicht größer sein als im Jahre 1979. Es gibt Anzeichen dafür, daß es in der Lohnpolitik gelingen könnte, den Kontakt zur Lohnrunde des abgelaufenen Jahres zu halten. Wir erwarten allerdings nicht, daß die Lohnabschlüsse für das Jahr 1980 die gleichen sein werden wie für das Jahr 1979. Wir rechnen aber auch nicht damit, daß sie weit darüber hinausgehen.

23*. Nur geringe Impulse erhält die Konjunktur vom privaten Verbrauch. Ausschlaggebend dafür ist, daß die Realeinkommen der privaten Haushalte nur verhältnismäßig schwach steigen werden; der Preisschub beim Öl wird im nächsten Jahr nachwirken. Daneben spielt eine Rolle, daß die Einkommen der Arbeitnehmer — nach der Entlastung im Jahre 1979 — wieder stärker von der Progression des Einkommensteuertarifs erfaßt werden und daß bei der vorgesehenen Rentenerhöhung die Realeinkommen der Rentner nicht zunehmen werden.

Bei der zu erwartenden Entwicklung von Einkommen und Preisen und unter der Annahme, daß die Sparquote leicht sinkt, ergibt sich dann eine Zunahme des realen privaten Verbrauchs um 2 vH, nach 3 vH im Jahre 1979.

24*. Der Staat wird die Konjunktur im Jahre 1980 erneut kräftig stützen. Es treten weitere Steuererleichterungen in Kraft, die bereits im Jahre 1978 beschlossen worden waren. Die Ausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden werden voraussichtlich um $6^1/_2$ vH und damit nur wenig langsamer als 1979 steigen. Der expansive Impuls, an dem wir die konjunkturellen Wirkungen des öffentlichen Haushalts messen, wird sich 1980 nochmals vergrößern, und zwar um fast 2 Mrd DM auf $24^1/_2$ Mrd DM.

25*. Bei nachlassender Nachfrageexpansion, wie sie sich aus einem schwächeren Anstieg vor allem des privaten Verbrauchs und der Lagerinvestitionen ergibt, wird auch die Einfuhr beträchtlich langsamer zunehmen als 1979. Im Vorjahresvergleich dürfte sich die Steigerungsrate fast halbieren; für Waren und Dienste zusammengenommen veranschlagen wir sie auf 5 vH, nach $9^1/_2$ vH im Jahre 1979.

26*. Alles in allem bleibt aber der Nachfrageanstieg kräftig genug, eine befriedigende Auslastung des Produktionspotentials zu sichern. Das reale Sozialprodukt wird nach unserer Rechnung im Jahresdurchschnitt 1980 mit $2^1/_2$ vH bis 3 vH (1979: 4 vH) sogar stärker expandieren, als das Produktionspotential wächst (etwa $2^1/_2$ vH).

Wir erwarten daher auch nicht, daß sich die Situation am Arbeitsmarkt wieder verschlechtert. Die Beschäftigung wird weiter zunehmen. Die Arbeitslosigkeit wird sich im Verlauf des Jahres allerdings nicht mehr verringern, sondern vermutlich leicht steigen; nur aufgrund der günstigen Entwicklung im zweiten Halbjahr 1979 ergibt sich für den Jahresdurchschnitt noch ein Rückgang der Anzahl der Arbeitslosen um schätzungsweise 50000 Personen.

Zu den Hauptaufgaben der Wirtschaftspolitik

27*. Von den Zielen, die der Sachverständigenrat seiner Arbeit zugrunde zu legen hat — Stabilität des Preisniveaus, hoher Beschäftigungsstand und außenwirtschaftliches Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wachstum —, sind auf absehbare Zeit sowohl das Stabilitätsziel als auch das Beschäftigungsziel ernsthaft verletzt. Im Jahre 1979 hat sich die Wirtschaft vom Stabilitätsziel wieder deutlich entfernt. Dem Beschäftigungsziel hat sie sich zwar genähert, aber noch längst nicht so weit, daß die Wirtschaftspolitik ruhen könnte. Probleme für das außenwirtschaftliche Gleichgewicht bestehen nicht, auch wenn die Leistungsbilanz zum ersten Mal seit 15 Jahren ein größeres Defizit aufweisen sollte. Das wirtschaftliche Wachstum hat sich beschleunigt, ist aber nicht so kräftig, wie es im Interesse einer raschen Vermehrung der Arbeitsplätze eigentlich nötig wäre.

28*. Die wichtigste Aufgabe, der sich die Wirtschaftspolitik im Jahre 1980 gegenübersieht, besteht darin, die Rückkehr zu niedrigeren Preissteigerungsraten anzutreten, ohne den Abbau der Arbeitslosigkeit zu unterbrechen. Die Chancen dafür sind gegeben. Die Wirtschaftspolitik ist dafür verantwortlich, daß der Ordnungsrahmen, den sie für die Geldpolitik der Bundesbank, die Lohnpolitik der Tarifparteien und die Investitionsentscheidungen der Unternehmen vorgibt, zu diesen Zielen paßt. Die Gefahren, mit denen gerechnet werden muß, haben wir in zwei Varianten zu unserer Prognose aufgezeigt (Ziffern 294ff.). Es kann die Stabilitätspolitik versagen — früher oder später erwüchse daraus die Notwendigkeit einer Stabilisierungskrise. Es kann aber auch aus Koordinierungsmängeln zu einer Kollision zwischen der Stabilitätspolitik einerseits und einer von überzogenen Erwartungen bestimmten

Entwicklung von Löhnen und Preisen andererseits kommen — dann wäre ein Einbruch bei den Investitionen von vornherein angelegt.

Antworten muß die Wirtschaftspolitik auch auf die Fragen finden, wie man den Risiken vorbeugen soll, die in den ungelösten Problemen der Energieversorgung liegen, und wie sich die wirtschaftlichen Beziehungen zu den weniger entwickelten Regionen der Erde besser ordnen lassen.

Der Handlungsbedarf für die Wirtschaftspolitik liegt derzeit nicht bei der Konjunkturpolitik.

Wirtschaftspolitik für 1980 und danach

Geld- und Währungspolitik

29*. Vor dem Hintergrund der Änderung in der Wechselkursentwicklung und der Kraft des konjunkturellen Aufschwungs erscheint uns die Zielsetzung der Bundesbank, die Expansion der Zentralbankgeldmenge im Jahre 1979 in den Grenzen ihrer Zielmarge zu halten und unterwegs eher ein Ergebnis in der unteren Hälfte dieser Marge anzustreben, auch im nachhinein nicht übertrieben ehrgeizig oder gar deutlich restriktiv.

30*. Geld muß knapp sein. Eine Notenbank braucht Robustheit gegenüber den Ängsten, es sei Mangel an Geld, der den Spielraum für mehr Produktion und Beschäftigung verenge. Sie braucht sich nicht zu scheuen, diese Robustheit zu zeigen, wenn sie sich von dem Prinzip einer stetigen, am Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Produktionsmöglichkeiten orientierten Expansion des Geldangebots leiten läßt. Sie muß diese Robustheit hervorkehren, wenn inflatorische Impulse von innen oder von außen Zielkonflikte zu programmieren beginnen.

31*. Ein deutlicher Erfolg bei dem Ziel, die Preissteigerungsrate wieder zu senken, muß in der Zielvorgabe für die Geldmengenpolitik des Jahres 1980 eingeplant werden. Einen entsprechend geringeren Bedarf an Geld anzusetzen, ist unumgänglich, wenn diese Senkung der Teuerungsrate nicht nur möglich, sondern auch wahrscheinlich werden soll. Daß sich bei einer in diesem Sinne straffen Geldpolitik früher oder später außenwirtschaftliche Rückwirkungen, namentlich an den Devisenmärkten, zeigen werden, darf die Bundesbank nicht davon abhalten, einen solchen Kurs zu wählen (Ziffer 320). Daß sich die gesamtwirtschaftliche Aufschwungsbewegung abschwächen wird, darf für die Bundesbank kein Anlaß sein, von dem gewählten Kurs abzuweichen. Diese für 1980 voraussehbare Abschwächung ist kein Problem der Konjunktursteuerung (Ziffer 285). Und im übrigen wäre konjunkturelle Feinsteuerung nicht Aufgabe der Geldpolitik (JG 78 Ziffer 407).

Von Ende 1978 bis Ende 1979 dürfte die Zunahme der bereinigten Zentralbankgeldmenge etwa 6 vH betragen. Der Sachverständigenrat hält es für richtig, dieses Expansionstempo vorläufig beizubehalten (Ziffer 311).

32*. Was die Zusammenhänge zwischen Geldmengenpolitik und Zinsentwicklung angeht, so ist es eine gute Regel, die langfristigen Zinsen den Erwartungen des Marktes über die längerfristigen Erfolge einer auf Dauer angelegten — möglichst stetig geführten — Geldpolitik anheim zu geben, auf die Pflege dieser Ewartungen mit dem Ziel möglichst stabiler Erwartungen große Mühe zu verwenden, die kurzfristigen Zinsen hingegen mit Gelassenheit als Ergebnis aktueller Marktkräfte hinzunehmen (Ziffern 312f.).

33*. Kein Zweifel dürfte bestehen, daß eine Fortsetzung der Tendenz zur realen Abwertung der D-Mark, wie sie für das Jahr 1979 kennzeichnend war, in hohem Maße unerwünscht ist. Wird die D-Mark am Devisenmarkt nicht mindestens so stark aufgewertet, wie es dem mittleren Abstand zwischen den Inflationstendenzen im Ausland und im Inland entspricht, so kommt es über die Gütermärkte direkt zu einem Import von Inflation. Dies scheint sich wie befürchtet, als die gefährlichste Stelle des Europäischen Währungssystems zu erweisen. Im Jahresgutachten des vergangenen Jahres hatten wir bei der Kennzeichnung der Sorgen, die das geplante System aufwirft, gesagt: „Wegen des direkten Preiszusammenhangs über die Märkte besteht die Gefahr einer internationalen Inflationsübertragung in einem Festkurssystems auch dann schon, wenn die Devisenmärkte noch im Gleichgewicht sind" (JG 78 Ziffer 347). Soweit es zu dieser Inflationsübertragung kommt, sind Wechselkursänderungen dann selbstverständlich auch nicht mehr nötig.

Bei Ländern, die eng miteinander verflochten sind, aber unterschiedliche Inflationstendenzen aufweisen, kommt daher alles darauf an, Wechselkursänderungen, die unvermeidlich sind, wenn man den Inflationsgleichschritt nicht will, frühzeitig vorzunehmen.

34*. Wir sind zu der Überzeugung gelangt, daß sich die Chancen der Bundesbank, für einen stabilen Wert der Deutschen Mark zu sorgen, durch die Gründung des Europäischen Währungssystems gravierend verschlechtert haben. Die Erwartung der Bundesregierung, auch die Partnerländer wären an rechtzeitigen Paritätsänderungen interessiert, scheint sich nicht zu bestätigen. Die Erfahrungen bei der ersten Überprüfung des EWS im September dieses Jahres weisen eher in die Gegenrichtung.

Dies ist durchaus nicht Ausdruck einer weniger stabilitätsbewußten Politik bei unseren Partnerländern. Im Gegenteil. Fast alle Länder sind offensichtlich an einem Stabilisierungsdruck von außen interessiert. Wegen der inflatorischen Folgen von der Kostenseite der Wirtschaft scheuen sie sich, einer Abwertung ihrer Währung zuzustimmen, sei es auch einer Abwertung in der optisch unauffälligeren Form, die früher so stark begehrt war, nämlich in der Form einer Aufwertung der D-Mark. Paritätsänderungen im EWS aber müssen gemeinsam beschlossen werden.

Bei unserer Einschätzung der Gefahren, die hier liegen, lassen wir uns von der Vorstellung leiten, daß

es für Europa kein Vorteil sein würde, wenn die Bundesrepublik genötigt wäre, um der wirtschaftlichen Harmonisierung willen, zeitweise in ihren Anstrengungen, den Geldwertschwund zu bekämpfen, nachzulassen.

35*. Da die Inflationsunterschiede in Europa fortdauern und auch 1980 fortdauern werden, ist daher stabilitätspolitisch eine außerordentlich schwierige Situation entstanden.

Worauf es für die Bundesrepublik ankommt, ist dies: Wenn man den Erwartungen, die sich auf Konvergenz der Inflationsraten auf einem vergleichsweise hohen Niveau richten, nicht sehr eindeutig und glaubwürdig entgegentritt, so werden mit der Geldpolitik zu hohe Zinsen in der Bundesrepublik einhergehen und eine zu geringe Bewegung beim Wechselkurs der D-Mark — temporär günstige Bedingungen für den Export, schlechte für die Investitionen. Eine solche Verzerrung der Bedingungen kann nicht Ziel der Geldpolitik sein. Die Geldpolitik sollte eine Tendenz zur Höherbewertung der D-Mark nicht fürchten, sondern als Voraussetzung einer verzerrungsfreien Entwicklung ansehen und daher begünstigen.

Wenn sich Bundesbank und Bundesregierung hierin einig sind und dies die Öffentlichkeit wissen lassen, dürfte nach aller Erfahrung das Vertrauen des Marktes nicht hinter deren Zuversicht zurückbleiben.

36*. Die Stabilisierungspolitik kann in einer Situation wie der gegenwärtigen auch die Chance nutzen, die sich durch die Möglichkeit einer weiteren Öffnung der Märkte für die Erzeugnisse der Entwicklungsländer bietet. In den fünfziger und sechziger Jahren hat die Wirtschaftspolitik durch zügige Liberalisierung mehrmals Preisauftriebstendenzen entgegengewirkt. Gleichsam zum Ausgleich der höheren Ölrechnung könnte heute mehr von den Gütern importiert werden, die auf den Weltmärkten billiger zu haben sind als im Inland. Das wäre zugleich ein wichtiger Beitrag zur Nord-Süd-Politik (Ziffern 469 ff.).

Finanzpolitik

37*. Die gesamtwirtschaftlichen Kosten der Ausgabenpolitik, die der Staat betrieben hat, um die Konjunktur anzustoßen, schlagen jetzt zu Buche. Der Staat sieht sich außerstande, das zu tun, was er im Interesse von mehr Steuergerechtigkeit und größeren Leistungsanreizen für richtig hält, nämlich die Lohn- und Einkommensteuer zu senken.

Drängend ist nach wie vor die Aufgabe, die Bedingungen für eine anhaltende Investitionskonjunktur zu verbessern, um eine Rückkehr zu einem dauerhaft hohen Bschäftigungsstand möglich zu machen. Dazu gehört allemal die Rückführung der öffentlichen Defizite; die Steuersenkung muß deshalb zunächst hinter der Konsolidierungsaufgabe zurückstehen. Erschwerend kommt hinzu, daß der Konsolidierungsspielraum, der im Jahre 1979 bestanden hat, nicht ehrgeizig genug genutzt worden ist.

38*. Konjunkturpolitischen Handlungsbedarf der Finanzpolitik gibt es im Jahre 1980 nicht; die Investitionskonjunktur ist nicht von der Nachfrageseite her gefährdet. Für expansive Maßnahmen müßte sich der Staat die Mittel am Kapitalmarkt beschaffen, und zwar über seinen bestehenden Kreditbedarf hinaus. Das könnte die Zinsen weiter hinauftreiben. Im Hinblick auf die Investitionen wäre damit leicht das Gegenteil von dem bewirkt, was beabsichtigt wäre. Angezeigt ist unter den gegenwärtigen Umständen eine Rücknahme des konjunkturellen Impulses, der von den öffentlichen Haushalten ausgeht (Ziffern 325 ff.).

39*. Zum Ausgleich der restriktiven Wirkungen, die aus der Ölverteuerung herrühren, ist eine expansive Konjunkturpolitik ebenfalls nicht angebracht. Die kontraktiven Wirkungen, die von der Ölpreiserhöhung des Jahres 1979 ausgehen, brauchen nicht von der Finanzpolitik überspielt zu werden. Die Auftriebskräfte sind stark genug; eine Lähmung der Konjunktur droht nicht. Überdies bestünde die Gefahr, daß Energie nicht in ausreichendem Maße gespart wird, wenn der Staat die Verbraucher so zu stellen versuchte, als sei nichts geschehen. Auch die Unternehmen würden im Falle einer solchen kompensatorischen Finanzpolitik nicht früh genug erkennen, daß der Ölpreisanstieg die Investitionschancen in der Volkswirtschaft umverteilt hat (Ziffer 379).

40*. Handlungsbedarf für die Finanzpolitik besteht dagegen im Hinblick auf eine Reihe von Aufgaben, deren Lösung zwar erst für die Zeit nach 1980 in Aussicht steht, die aber, um Erfolg zu haben, schon im nächsten Jahr angegangen werden müssen. Zu diesen Aufgaben gehören neben der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte

- die Entlastung bei der Einkommensteuer (Ziffer 317),
- der Abbau von Subventionen (Ziffer 318),
- die Finanzierung von mehr Entwicklungshilfe (Ziffer 319) und möglicherweise
- eine finanzpolitische Flankierung der Energiepolitik (Ziffer 320).

41*. Die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte läßt sich als das Abtragen des strukturellen Defizits, das heißt desjenigen Teils des Finanzierungssaldos beschreiben, der über das hinausgeht, was konjunkturbedingt ist (und bei normaler Konjunkturlage ohnehin verschwinden muß) und was von der Neuverschuldung mittelfristig als normal gelten kann. Für die Konsolidierung sprechen vor allem wachstumspolitische Gründe (JG 78 Ziffern 305 ff.). Die Konsolidierungsaufgabe hat seit dem vergangenen Jahr nicht an Aktualität eingebüßt, sondern ist sogar größer geworden. Nach unseren Rechnungen gehen wir aus dem Jahr 1979 heraus mit einem strukturellen Defizit der öffentlichen Haushalte in der Größenordnung von 20 Mrd DM bis 25 Mrd DM.

Lohnpolitik und Arbeitsmarkt

42*. Die Tarifparteien sollten sich bei ihren Abschlüssen davon leiten lassen, daß die Stabilitätspolitik zu niedrigeren Preissteigerungsraten zurückfindet. Es besteht die Gefahr, daß sich die Furcht auf seiten der Gewerkschaften, daß dies nicht gelingen könnte, mit der Erwartung auf seiten der Unternehmen verbindet, daß die Überwälzungsspielräume groß sind. Bevor aus solchen Gründen zu hohe Löhne vereinbart werden, sollte man nach neuen Wegen in der Lohnfindung suchen. Es würde naheliegen, nicht die gesamte Einkommenserhöhung gleich für die Zukunft festzuschreiben (Ziffern 333 ff.).

43*. Solange die Investitionskonjunktur so kräftig ist wie gegenwärtig, ist die Erwartung begründet, daß das Reallohnniveau wenigstens auf mittlere Sicht eine Rückkehr zur Vollbeschäftigung erlaubt. Die Unternehmen haben den Vertrauensvorschuß, den ihnen die beiden letzten Lohnrunden eingeräumt haben, bisher honoriert. Wenn die Investitionskonjunktur über das Jahr 1980 hinaus anhält, bestehen gute Aussichten, daß das Beschäftigungsproblem gelöst werden kann. Um das Investitionsvertrauen nicht unnötig zu gefährden, wäre es gut, wenn die Abschlüsse des Jahres 1980 dem Prinzip des rekurrenten Anschlusses folgten, sich also nicht allzu weit von denen des Jahres 1979 entfernten. Die Einsicht scheint auf seiten der Arbeitnehmer nicht gering zu sein, daß sie die Reallast, die die Ölieferanten allen auferlegen, für sich nicht abwerfen können (Ziffern 386 ff.).

44*. Es gibt gute Gründe dafür, exogene Faktoren nicht in die tarifpolitische Auseinandersetzung einzubeziehen. Dies betrifft zum einen die Tatsache, daß die Einkommensteuerprogression 1980 wieder voll wirksam sein wird und damit die Nettolohnerhöhung begrenzt. Da wir davon ausgehen, daß eine Steuersenkung für 1980 nicht ansteht, muß dieser Progressionseffekt hingenommen werden. Dies betrifft zum zweiten die Preiserhöhungen, die im Jahre 1979 von der Verteuerung des Öls und von der Anhebung der Mehrwertsteuer ausgingen. Gewiß haben sie die Lebenshaltung verteuert. Aber dies ist die Folge einer Vorabverteilung — zugunsten der Ölländer beziehungsweise des Staates —, deren Gegenwert nicht noch einmal zur Verteilungsdisposition steht.

Andererseits gibt es gute Gründe dafür anzunehmen, daß den Arbeitnehmern für das nächste Jahr eine weitere Verschlechterung ihrer Reallohnposition nicht zugemutet zu werden braucht. Die gute Investitionskonjunktur und die deutliche Zunahme bei der Beschäftigung deuten darauf hin, daß ein aktueller Korrekturbedarf von der Lohnseite her nicht besteht.

Gleichwohl ist bei der Abschätzung der Spielräume Vorsicht geboten. Unter den gegebenen Bedingungen ist für das Jahr 1980 nicht zugleich mit einem deutlichen Beschäftigungsanstieg und einem Produktivitätszuwachs in der bisherigen Höhe zu rechnen; und hinsichtlich der Preisentwicklung sollte die Lohnpolitik darauf setzen, daß es der Stabilitätspolitik gelingt, im Verlauf des Jahres wieder zu niedrigeren Preissteigerungsraten zu kommen.

Investitionspolitik

45*. Die Zunahme der Beschäftigung wird durch das Wachstum der Produktionskapazitäten begrenzt. Zu wenig ist in den Jahren nach der Rezession investiert worden, als daß jetzt genügend neue Arbeitsplätze bereitstünden. Alte Arbeitsplätze, die wieder besetzt werden könnten, gibt es in größerem Umfang ebenfalls nicht mehr, zumindest sind viele Kapazitäten, die im technischen Sinne noch existieren, aufgrund des Strukturwandels ökonomisch nicht mehr nutzbar. Die Rückkehr zur Vollbeschäftigung ist deshalb auch eine Frage der Zeit, in der Kapazitäten wachsen können.

Ist das Beschäftigungsproblem von dieser Art, drohen schon in einem frühen Stadium des Aufschwungs Stabilitätsprobleme. Der Versuch, Angebotsengpässe durch Investitionen auszuweiten, ruft möglicherweise noch gravierendere Engpässe hervor, insbesondere bei der Herstellung der Investitionsgüter, die nicht rasch aus dem Ausland bezogen werden können. So gesehen ist die Abschwächung der Exportnachfrage und der Verbrauchsnachfrage, die derzeit das Konjunkturbild prägt, nicht problematisch. Die konjunkturelle Führungsrolle muß bei den Investitionen liegen, also bei der Eigennachfrage der Unternehmen.

Die Investitionskonjunktur scheint denn auch weniger von der Nachfrage oder von den Lohnkosten her gefährdet als von den Stabilisierungsproblemen, die in steigenden Zinsen und Baupreisen ihren Niederschlag finden. Es muß jetzt dafür bezahlt werden, daß man sich mit dem Investieren so viel Zeit ließ.

46*. Die erhöhten Risiken, denen sich die Unternehmen aufgrund der schwierigen stabilitätspolitischen Situation und aufgrund des Energieproblems gegenübersehen, verringern ihre Fähigkeit, die Einzelrisiken aufzufangen, die mit der Entwicklung neuer Produkte und Verfahren verbunden sind. Nicht jede Investition in neue Produkte, die in der Erwartung getätigt wird, das neue Produkt werde sich am Markt durchsetzen und Pioniergewinne abwerfen, wird sich im nachhinein auch als erfolgreich erweisen. Die Risiken, die solchen Investitionen in neue Produkte anhaften, sind groß und in den letzten Jahren gestiegen. Chancen für neue Produkte zu erkennen, ist schwerer geworden. Die Märkte sind besetzt, vielfach von großen Unternehmen, die ihre Marktanteile verteidigen und ausweiten wollen; auch Marktnischen werden von kleinen und mittleren Unternehmen, die sich auf die Nachfrager spezialisiert haben, intensiv gepflegt. Die Anzahl der Fehlschläge von Produkten am Markt ist Indiz für die erhöhten Produktrisiken. Die Zeitspanne, während der ein Produkt erfolgreich am Markt abgesetzt werden kann, ist kürzer geworden.

47*. Investitionen mit erhöhten Risiken erfordern eine Finanzierung mit risikobereitem Kapital. Die Sorge, daß die Investitionskonjunktur erlahmen könnte, weil nicht genügend risikotragendes Kapital für autonome Investitionen zur Verfügung steht, erscheint zwar auf kurze Sicht wegen der gestiegenen Selbstfinanzierungsmöglichkeiten wenig gerechtfertigt; gleichwohl ist sie in Anbetracht der veränderten Kapitalstruktur der Unternehmen nicht unbegründet. Der Sachverständigenrat befaßt sich in diesem Gutachten erneut mit den Fragen der Eigenkapitalfinanzierung (Ziffern 351 ff.).

Anpassung an teures Öl

48*. Das Energieproblem verlangt von der Wirtschaftspolitik, die Abhängigkeit vom Öl zu mindern (Ziffern 426 ff.). Die Regierungen der Industrieländer streben an, die Öleinfuhr bis 1985 auf dem gegenwärtigen Stand zu halten. Das bedeutet, daß der Einspar- und Substitutionsprozeß forciert werden muß, wenn Wachstum und Beschäftigung nicht zu Schaden kommen sollen. Daß das Ölziel über eine langanhaltende Rezession erreicht werden soll, kann ja nicht gemeint sein. Die Herausforderung, vor die die Energiepolitik gestellt ist, konzentriert sich auf drei Probleme:

— Es muß über weitere energiepolitische Maßnahmen sichergestellt werden, daß Öl stetig und in stärkerem Maße als bisher gespart und durch andere Energieträger substituiert wird.

— Es müssen alsbald mehr Kraftwerke gebaut werden, damit es nicht in den achtziger Jahren zu Engpässen in der Stromversorgung kommt.

— Es müssen Vorkehrungen getroffen werden, die dem Umstand Rechnung tragen, daß ein vorübergehender Spitzenbedarf an Energie nicht mehr von den Ländern des OPEC-Kartells abgepuffert werden wird.

49*. Höhere Steuern auf den energetischen Ölverbrauch könnten helfen, das Energieproblem zu lösen (Ziffern 437 ff.). Eine universelle Minderung der Ölknappheit kann sicher nur erreicht werden, wenn alle Länder Öl sparen. Die Wahl der Mittel braucht jedoch nicht überall die gleiche zu sein. Ein internationaler Wettbewerb in der Anpassung an den höheren Ölpreis wäre möglicherweise sehr wirkungsvoll. Im Wettbewerb wird das Land, das vorprescht, am ehesten die Produktionsstruktur und Verhaltensweisen so verändern, daß ein gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht auch bei höherem Ölpreis möglich ist. Das Aufkommen aus den Sparsteuern würde es überdies erleichtern, die Einkommen steuerlich zu entlasten oder mehr Mittel für die Entwicklungshilfe bereitzustellen oder andere energiepolitische Maßnahmen zu finanzieren.

50*. Eine Lösung des Energieproblems könnte auch durch eine Liberalisierung der Kohleeinfuhr erleichtert werden (Ziffern 431 f.). Heimische Kohle steht, selbst wenn man sie ohne Rücksicht auf die Wirtschaftlichkeit einsetzen wollte, für die übersehbare Zukunft nur in begrenztem Maße zur Verfügung. Ein stärkeres Ausweichen auf Importkohle wird als eine wirksame strategische Maßnahme gesehen, insbesondere, wenn der gegenwärtige Weltmarktpreis für Kohle in die Berechnung eingeht. Weltweit mangelt es an günstigen Kohlevorkommen nicht. Es ist nicht ausgeschlossen, daß der Weltmarktpreis für Kohle bei einer verstärkten Umstellung von Öl auf Kohle merklich steigt; wegen der großen Kohlevorkommen und der spezifischen Förderbedingungen erscheint es aber unwahrscheinlich, das er ähnlich stark und abrupt steigen wird wie der Ölpreis. Langfristige Verträge für die Lieferung von Kohle werden angeboten, und wer Sorge hat, das Kohleangebot könnte in Zukunft knapp werden, müßte ein Interesse am Abschluß solcher Verträge haben.

Wenn man den Substitutionsprozeß nicht behindern will, sollte als Grundsatz gelten, daß über die Menge der eingesetzten Kohle der Weltmarktpreis entscheiden muß. Der Anteil, den die deutsche Kohle haben soll, müßte durch flankierende Maßnahmen gesichert werden. So könnte die Einfuhr liberalisiert und gleichzeitig das Schutzsystem für den deutschen Bergbau umgebaut werden.

51*. Wenn nicht bald mehr Kraftwerke — ob auf der Basis von Kohle oder Kernenergie — gebaut werden, drohen in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre Engpässe in der Elektrizitätsversorgung (Ziffern 436 f.). Der Substitutionsprozeß würde verzögert. Mit dem sogenannten Offenhalten von Optionen ist es nicht getan. Rechtsunsicherheit beim Bau und der Inbetriebnahme von Kraftwerken und Unklarheit über die künftigen Rahmendaten für die Energiewirtschaft müssen möglichst bald beseitigt werden. Eine solche Linie der Energiepolitik würde am ehesten in der Lage sein, die Risiken für Beschäftigung und Wachstum zu senken. Investitionen könnten in größerem Vertrauen darauf vorgenommen werden, daß die Stromversorgung gesichert ist, und von daher die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Bundesrepublik nicht in Frage steht.

Der Streit um die Nutzung der Kernenergie geht weniger darum, in welchem Maße außergewöhnliche Risiken mit dieser Energieart verbunden sind, sondern wie diese Risiken zu bewerten sind. Ein absoluter Sachzwang zur größeren Nutzung der Kernenergie kann sicherlich nur schwer begründet werden. Das Problem besteht vielmehr darin, Kosten und Risiken dieses Energieträgers gegenüber den Kosten und Risiken anderer Energieträger abzuwägen. Die Entscheidung für oder gegen die Kernenergie haben Regierungen und Parlamente zu treffen, nicht Experten und nicht Gerichte. Die Bundesregierung hat sich für eine stärkere Nutzung der Kernkraft entschieden. In der Kernenergie liegt eine unmittelbar nutzbare und preiswerte Chance, die Abhängigkeit vom Öl zu mindern. Kohle und Kernenergie zusammen werden die Hauptlast bei der Substitution des Öls in den achtziger Jahren tragen müssen. Erst danach kann von alternativen Energieträgern ein ins Gewicht fallender Substitutionsbeitrag erwartet werden.

Für ein Angebot an die Entwicklungsländer

52*. Eine große Mehrheit der Länder, die unter Armut und Unterentwicklung leiden, ist der Auffassung, daß ihr wirtschaftlicher Fortschritt durch die gegenwärtigen Spielregeln der Weltwirtschaft behindert wird. Nicht zuletzt ermutigt durch den Erfolg des OPEC-Kartells fordern die Entwicklungsländer eine neue Ordnung der Weltwirtschaft (Ziffern 424 ff.).

53*. Ein weltweit orientiertes Industrieland wie die Bundesrepublik muß ein eminentes Interesse an der Frage haben, welche Ordnungsprinzipien in Zukunft für die Weltwirtschaft gelten sollen. Die Wiederherstellung eines möglichst freien Güter- und Kapitalverkehrs zwischen den Industrieländern war eine Vorbedingung für den wirtschaftlichen Aufstieg in der Nachkriegszeit. Bisher ist es nicht gelungen, die wirtschaftlichen Beziehungen zu den Entwicklungsländern in ähnlich freizügiger und stabiler Weise zu ordnen wie die unter den Industrieländern. Die dirigistischen Ordnungsvorstellungen, die die organisierte Gruppe der Entwicklungsländer durchzusetzen sucht, imitieren nicht zuletzt die handelspolitische Praxis der Industrieländer dort, wo diese ebenfalls wenig liberal ist. Mit Überzeugungskraft können die Industrieländer auf die Forderungen der Entwicklungsländer nur antworten, wenn es ihnen gelingt, von ihrer Seite den Circulus vitiosus des aufkommenden Dirigismus zu durchbrechen.

54*. Die Gebiete, auf denen ein entwicklungspolitisches Entgegenkommen der Industrieländer vor allem gefordert sein wird, betreffen

- die Handels- und Strukturpolitik (Ziffern 469 ff.),
- die Rohstoffpolitik (Ziffern 481 ff.),
- die Maßnahmen zur Förderung des privaten Kapital- und Technologietransfers (Ziffern 490 ff.) und
- die Entwicklungshilfe (Ziffern 503 ff.).

55*. Entwicklungspolitik durch Marktöffnung und Teilhabe am internationalen Handel mit Fertigwaren kommt allerdings vorläufig nur den wenigen Entwicklungsländern zugute, die schon in der Lage sind, solche Güter zu exportieren. Die meisten Entwicklungsländer, die sich erst im Anfangsstadium ihrer Industrialisierung befinden, werden noch für lange Zeit auf den Export von Rohstoffen und Agrarerzeugnissen angewiesen sein. Sie sehen ihre wirtschaftliche Entwicklung durch Instabilität auf den Rohstoffmärkten und streng reglementierte Agrarmärkte der Industrieländer behindert. Die Weltrohstoffmärkte zu stabilisieren und vor einem Dirigismus zu bewahren und die Argrarmärkte gegen etablierte Schutzinteressen in den Industrieländern zu öffnen, sind zwei Ziele auch der Entwicklungspolitik, deren Verknüpfung häufig übersehen wird.

56*. Ein weiterer Schwerpunkt der Entwicklungspolitik wird auch in Zukunft die Entwicklungshilfe sein, insbesondere zugunsten der ärmsten Länder, deren Exportbasis noch sehr schwach ist und die noch wenig Anziehungskraft auf private Kapitalgeber ausüben. Die damit verbundenen Finanzierungsprobleme haben wir in Ziffer 331 diskutiert. Allerdings dürften die Industrieländer überfordert sein, wenn ihnen eine umfassende Verantwortung für das Wohlergehen der Entwicklungsländer zugewiesen würde. Entwicklungshilfe kann eigene Bemühungen der Entwicklungsländer zur Überwindung von Armut und Unterentwicklung nur sehr begrenzt, unter guten Rahmenbedingungen aber sehr effektiv unterstützen, ersetzen kann sie sie auf keinen Fall. Der Erfolg der Entwicklungshilfe hängt vom Erfolg der Maßnahmen ab, die Entwicklungsländer selbst ergreifen, um eine wirtschaftliche und soziale Ordnung in ihren Ländern herbeizuführen, die wirtschaftliches Wachstum begünstigt. Die Bundesrepublik ist daran interessiert, daß die Entwicklungsländer als weltwirtschaftliche Partner heranwachsen.

57*. Im Verlauf der siebziger Jahre ist in der Bundesrepublik die Furcht aufgekommen, ein verstärkter Kapital- und Technologieexport in die Entwicklungsländer könne im Zusammenspiel mit den niedrigen Löhnen in diesen Ländern weite Bereiche der heimischen Wirtschaft in Existenznot bringen und Arbeitsplätze gefährden. Anlaß dazu bot ein starker Anstieg der Fertigwarenexporte aus Entwicklungsländern, die eine weltmarktorientierte Industrialisierungspolitik verfolgen. In der Bundesrepublik wurde der Anpassungsdruck, der daraus resultierte, in den siebziger Jahren wirksam, als die Beschäftigung rückläufig und der Zwang zum Strukturwandel ohnehin schon sehr stark waren. Einzelne Wirtschaftsbereiche verloren angestammte Märkte, Unternehmen mußten schließen, wenn sie ihr Produktionsprogramm nicht rechtzeitig umstellen konnten. Für viele Arbeitnehmer war dies mit sozialen Härten und Kosten verbunden, mit der Notwendigkeit zur beruflichen Umstellung, vielfach mit Arbeitslosigkeit. Die Zuversicht, daß das marktwirtschaftliche System den Strukturwandel leicht bewältigen kann, ist im Bewußtsein vieler Bürger erschüttert worden. Das hat die Haltung der Öffentlichkeit zur Entwicklungspolitik nicht positiv beeinflußt, obwohl die Ursachen dafür, daß sich das Klima für den Strukturwandel verschlechtert hat, am wenigsten in den Entwicklungsländern zu suchen sind. In den Hintergrund getreten ist die Einsicht, daß eine intensive Arbeitsteilung große Chancen in sich birgt, für das wirtschaftliche Wachstum ebenso wie für die Stabilität des Preisniveaus.

Der Wirtschaftspolitik kann zwar Zeitpunkt und Tempo der Anpassung nicht gleichgültig sein, ihre Grundlinie in bezug auf die Integration der Entwicklungsländer sollte sie jedoch mit Ehrgeiz festlegen; ein hoher Beschäftigungsstand ist auch bei offenen Märkten möglich. Auf die Dauer ist allemal Öffnung der Märkte günstig für die Beschäftigung. Die Strategie muß deshalb nicht auf den Schutz und die Erhaltung bestehender Produktionsbereiche ausgerichtet sein, sondern auf die Erschließung neuer Märkte, damit als Ersatz für wegfallende Arbeitsplätze genügend neue geschaffen werden (Ziffern 508 ff.).

ERSTES KAPITEL
Die Konjunkturlage

Teil A
Der internationale Rahmen

I. Weltkonjunktur im Zeichen erneuter Ölteuerung

1. Die im ganzen gute wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1979 ist vor einem Hintergrund zu sehen, der zu neuen Sorgen Anlaß gibt. Eine Zeitlang bestimmte auch im Ausland wirtschaftliche Gesundung das Bild. Doch hat sich die Lage der Weltwirtschaft inzwischen erneut verschlechtert.

Die Hoffnung, in wichtigen Ländern möchte es gelingen, eine Entwicklung fortzusetzen, die durch eine Kombination von sinkenden Inflationsraten und zunehmender Produktion gekennzeichnet war, hat getrogen. Weltweit ist es zu einem neuen Schub im Anstieg des Preisniveaus gekommen. Der ohnehin nur mäßig starke konjunkturelle Aufschwung in Westeuropa scheint seinen Höhepunkt bereits hinter sich zu haben. Die Vereinigten Staaten haben nach Jahren einer lang anhaltenden und auch kräftigen Steigerung von Produktion und Beschäftigung den Weg in die Rezession antreten müssen, weil sie dem Problem der Dauerinflation nicht rechtzeitig beizukommen wußten. Die Entwicklung der Beschäftigung war in den meisten Ländern zwar noch nach oben gerichtet, doch in zu vielen Ländern nicht stark und nicht anhaltend genug, um bei zunehmender Erwerbsbevölkerung auch nur einen weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit zu verhindern.

Zuversicht läßt sich nur daraus gewinnen, daß die stabilitätspolitische Konstitution vieler Länder heute weniger ungünstig ist als 1974, dem Jahr vor der letzten großen Krise; zumindest ist sie nicht so ungünstig, daß eine neue Weltrezession als in den gegenwärtigen Tendenzen und Problemen vorgezeichnet angesehen werden müßte.

2. Die Beschleunigung des Inflationstempos kommt im Anstieg des Preisniveaus im Jahresdurchschnitt vorerst nur unvollkommen zum Ausdruck. Immerhin liegt der für das Jahr 1979 im ganzen ausgewiesene Geldwertschwund in der Gruppe der westlichen Industrieländer bei knapp $8^1/_2$ vH. Das ist schon wieder ebensoviel wie im Jahre 1977. Der Zuwachs des realen Sozialprodukts machte rund 3 vH aus, etwas weniger als 1978. Die Anzahl der Arbeitslosen stieg noch um fast eine Million auf nunmehr über 16 Millionen an; das entspricht etwa $5^1/_2$ vH aller Erwerbspersonen. Der Welthandel nahm dem Volumen nach wie im Vorjahr um etwa 6 vH zu.

3. Das weltwirtschaftlich wichtigste Ereignis des Jahres 1979 war die neue Preiserhöhung beim Erdöl mit ihren treibenden Impulsen für die Preisentwicklung und ihren dämpfenden Impulsen für Produktion und Beschäftigung. Die Wende zu wieder beschleunigter Inflationstendenz lag allerdings in zahlreichen Ländern schon vor der neuen Ölteuerung. Das ist von großer Bedeutung gewesen. Zwar war die ölbedingte Teuerung nach Stärke und Breitenwirkung besonders spektakulär. Daß jedoch nur wenige Länder — wie etwa die Bundesrepublik und Japan — in der Lage waren, den neuen Preisschub zu verkraften, ohne die konjunkturelle Erholung ihrer Wirtschaft merklich zu beeinträchtigen, hat seinen Grund letztlich in dem keineswegs selbstverständlichen Umstand, daß mit dem beginnenden konjunkturellen Aufschwung im Jahre 1978 weithin sofort ein verstärkter Preisauftrieb einhergegangen war — und dies, obwohl der Inflationssockel noch immer hoch war. Hausgemachte Inflation plus Ölteuerung erwiesen sich als zu viel; die auf eine Sicherung des Aufschwungs zielenden Anstrengungen mußten teilweise zurückgenommen werden angesichts der Aufgabe, zunächst einmal die Gefahr einer abermals sich selbst treibenden Inflation zu bannen.

4. Die äußeren Anlässe der neuen Ölteuerung waren eher zufällig: der Ausfall an Ölangebot aufgrund der revolutionären Umwälzung im Iran sowie eine witterungsbedingt erhöhte Heizölnachfrage im Winter. Die eigentlichen Ursachen waren andere. Daß das OPEC-Kartell solche Anlässe nutzen kann, über die temporäre Verknappung hinaus eine massive Ölverteuerung auf Dauer durchzusetzen, beruht letztlich darauf, daß es den Industrieländern in den vergangenen Jahren nicht gelungen ist, der Macht des Kartells, die in der weltweiten Erwartung einer künftigen Mangellage wurzelt, sehr viel mehr entgegenzusetzen als die Erhöhung der eigenen (Industriegüter-)Preise und die damit einhergehende Entwertung der von den OPEC-Staaten angesammelten Geldvermögen. Diese Macht zeigt sich vor allem in der Ausnutzung der auf Preiserhöhungen kurzfristig sehr unelastisch reagierenden Erdölnachfrage. Stark genug ins Gewicht fällt die kurzfristige Mengenreaktion auch bei starken Preiserhöhungen meist nur, wenn wegen der Ölteuerung die gesamtwirtschaftliche Aktivität eingeschränkt, also eine Konjunkturabschwächung bewirkt oder hingenommen wird.

Nachhaltig geschwächt wird das Kartell erst sein, wenn glaubwürdig geworden ist, daß die Gefahr einer solchen Mangellage in absehbarer Zeit nicht mehr bestehen wird, das heißt, wenn erkennbar wird, bei welchen Preisen ausreichender Ersatz für OPEC-Öl zur Verfügung stehen wird. Erst dann werden die Eigeninteressen der Kartellmitglieder genügend divergieren, so daß mehr Wettbewerb wieder mehr Stetigkeit in die Preisentwicklung bringt, von fortbestehenden Gefahren politischer Krisen abgesehen. Bis dahin muß man darauf gefaßt sein, daß die OPEC jede Erholung der Weltkonjunktur zu starken Ölpreissteigerungen nutzt und damit in Grenzen hält (Ziffer 374). Das Risiko ist, daß aus den besonderen Problemen, die jede abrupte Ölverteuerung aufwirft, eine Weltrezession erwächst. Eine Weltrezession liegt gewiß auch nicht im Interesse des Kartells, weil sie die Ölnachfrage und damit die Öleinnahmen schrumpfen ließe und den Zusammenhalt des Kartells gefährdete. Man hofft daher darauf, daß das Kartell seine „Abschöpfungspraktiken" nicht überzieht.

5. Unter den gegebenen Bedingungen muß die jüngste Ölverteuerung im wesentlichen für dauerhaft genommen werden. Die Erfahrungen der Jahre nach 1973 lehren, wie schwer die damit gestellte Anpassungsaufgabe für die Weltwirtschaft sein kann. Daß gleichwohl diesmal mit geringeren Friktionen gerechnet werden darf, hat mehrere Gründe:

(1) Dem Betrage nach ist der Einkommenstransfer, den die OPEC-Staaten 1979 erzwungen haben, fast ebenso groß wie 1973/74. Berücksichtigt man indessen die inzwischen auch bei den Industriegütern weitergegangene Teuerung, so ist die Herausforderung wesentlich geringer als damals (Ziffer 370).

(2) Wenngleich sich der allgemeine Preisauftrieb weithin auch diesmal schon vor der neuen Ölteuerung beschleunigt hatte, ist doch die inflatorische Dynamik im Vorlauf zur Ölkrise 1973/74 ungleich stärker gewesen. Sie war es, die schließlich eine weltweite Stabilisierungskrise unausweichlich machte.

(3) Für viele Länder hatte 1974 eine wichtige Rolle gespielt, daß sie schon vor der Ölverteuerung schwerwiegende Zahlungsbilanzprobleme gehabt hatten, die durch die Erhöhung der Ölrechnungen dann untragbar wurden. Heute ist die Zahlungsbilanzsituation der meisten Länder weniger angespannt. Dabei spielt eine wichtige Rolle, daß einige Länder, die traditionell Überschüsse aufweisen, wegen ihrer vorauseilenden Konjunktur gegenwärtig eher zu Leistungsbilanzdefiziten neigen. Die Tatsache, daß trotz der anhaltend hohen Unterschiede in den Inflationsraten die Wechselkurse 1979 vergleichsweise stabil blieben, führte auch dazu, daß Länder mit stabilerem Geldwert diesmal den größten Terms-of-Trade-Verlust hinzunehmen hatten. Diese Lastverteilung dürfte zwar nicht von Dauer sein, doch der zeitliche Spielraum, sich an die Ölteuerung binnenwirtschaftlich anzupassen, ist dadurch vergrößert worden.

(4) Früher als 1974 haben viele Länder auf die verstärkten inflatorischen Impulse mit einer Drosselung der monetären Expansion geantwortet. Das hat zwar zur Folge, daß die konjunkturelle Abschwächung ebenfalls früher einsetzt. Doch eine rechtzeitige Bekämpfung inflatorischer Impulse eröffnet auch die Chance, daß man ohne einen tiefen Einbruch bei Produktion und Beschäftigung davonkommt.

(5) Diese Hoffnung wird auch dadurch gestützt, daß die einkommenspolitischen Voraussetzungen für einen erfolgreichen Anpassungsprozeß weniger ungünstig sind als 1974. Das Jahr 1974 stand weithin im Zeichen ganz besonders massiver Lohnsteigerungen. Inzwischen ist die Einsicht gewachsen, daß dies, im Hinblick auf die Aufgabe, den Ölpreisschock aufzufangen, offensichtlich eine Fehlreaktion gewesen ist.

(6) Der Ölkrise von 1973/74 folgte ein schwerer und lange nachwirkender Einbruch bei der Investitionsneigung der Wirtschaft, ein Einbruch, der offensichtlich nicht nur konjunkturelle Ursachen hatte, sondern auch mit der verstärkten Herausforderung zum Strukturwandel zusammenhing, die zunächst bei vielen Unternehmen zu einer Desorientierung führte. Nicht nur in der Bundesrepublik ist die Investitionslethargie allmählich überwunden worden oder doch im Abklingen.

Keiner dieser Faktoren reicht für sich genommen aus, die Ausgangssituation der Weltwirtschaft für das Jahr 1980 zuversichtlich einzuschätzen. Zusammen mögen sie jedoch erlauben, die anstehenden Schwierigkeiten ohne eine neue schwere Weltrezession zu überwinden.

6. Im Mittelpunkt steht dabei das Inflationsproblem. Die Frage, wie niedrig die Inflationsrate ist, die auf Dauer erreicht werden sollte, mag von Land zu Land unterschiedlich beantwortet werden. Im ganzen dürfte das Inflationstempo und dessen Änderung ein guter Indikator für die Kapazität eines Landes und der Welt sein, wirtschaftliche Probleme zu lösen. Kein einzelnes Problem von Gewicht, zumal nicht die fortdauernde Arbeitslosigkeit, läßt sich mit der nötigen Geduld und Ausdauer — ohne stop and go — anpacken, solange die Weltinflation nicht unter Kontrolle ist.

Dies gilt auch für die großen Umstellungsaufgaben im Energiebereich. Sie sind nicht unlösbar. Werden sie energisch angegangen und wird akzeptiert, daß teurere Energiequellen den Spielraum für Wohlstandssteigerungen zunächst einmal verengen, so können die Aufgaben, die hier gestellt sind, für die Weltwirtschaft sogar eine Quelle neuer Dynamik sein (drittes Kapitel).

Daß weder die Lösung der Inflations- und Beschäftigungsprobleme noch die Lösung der Energieprobleme auf gutem Wege ist, richtet auch immer wieder neue Hindernisse vor der Aufgabe auf, die eigentlich die stärkste Herausforderung darstellt, vor der Aufgabe nämlich, ein gerechteres und doch freies Zusammenspiel zwischen den reichen und den armen Ländern der Welt möglich zu machen. Weil ständig neue Stabilitätssorgen sowie Versäum-

nisse im Energiebereich die Anpassungsfähigkeit der Länder okkupieren, bleiben die Fortschritte hier besonders gering. Dem freien Handel, seit eh und je die mit Abstand beste Art des friedlichen Vorteilsausgleichs unter den Völkern, drohen Beschränkungen, statt daß seine Grenzen mutig ausgeweitet werden (viertes Kapitel).

Erneute Preissteigerungen bei zumeist noch hoher Arbeitslosigkeit

7. Die Wende zu einem wieder beschleunigten Anstieg des Preisniveaus kam in nahezu allen Industrieländern schon Mitte des vergangenen Jahres oder bald danach, spätestens zu Beginn dieses Jahres. Die stärkere Ausweitung der industriellen Produktion in einigen Ländern Europas und in Japan war zeitlich mit einem erneuten Nachfrageschub in den Vereinigten Staaten im vierten Quartal des vergangenen Jahres zusammengefallen. Die Weltmarktpreise für Rohstoffe, insbesondere für Metalle zogen stark an. An der Jahreswende begann dann die Verteuerung des Rohöls. Daß diese Einflüsse auf das Preisniveau durchwirkten, konnte nicht verhindert werden. So stieg selbst in Japan, in der Bundesrepublik und in der Schweiz, wo die Inflationsrate bis weit unter 3 vH gesenkt worden war, das Niveau der Verbraucherpreise wieder mit einer Jahresrate von über 4 vH, ja über 5 vH an. In den anderen Ländern war der Preisschub ähnlich stark, traf dort zudem meist auf einen wesentlich höheren Inflationssockel (Tabelle 1).

Aber nicht nur Einflüsse der Rohstoffteuerung haben bei der Umkehr der Preisentwicklung eine Rolle gespielt. In etlichen Ländern war die Auslastung der Produktionskapazitäten wichtiger Branchen inzwischen recht hoch geworden, zumal diese Kapazitäten in den investitionsschwachen Jahren kaum gewachsen waren. So erwuchs aus der konjunkturellen Belebung der Nachfrage alsbald die Neigung zu verstärkten Preisanhebungen. Selbstverständlich oder gar unvermeidlich ist es freilich nicht, daß aus Angebotsengpässen einzelner Bereiche im konjunkturellen Verlauf eine erhöhte Preissteigerungsrate resultiert. Gelingt es nämlich, die inflatorische Grundkomponente der Preisentwicklung deutlich zu reduzieren, so kann sich ein konjunkturell bedingter Preisauftrieb durchaus bei im ganzen weiter sinkenden Inflationsraten vollziehen. Wohlgemerkt, es ist nicht von sinkenden Preisen die Rede, sondern nur von weniger stark steigenden.

8. Dies muß man auch bedenken, wenn man die Entwicklung der Lohnkosten würdigt. Sie waren bei der aktuellen Beschleunigung des Preisauftriebs in der Welt im allgemeinen nicht das auslösende Moment. Allerdings ist eine Fortsetzung des Stabilisierungsprozesses von der Lohnseite her auch nicht begünstigt worden. In den Vereinigten Staaten und Kanada, Großbritannien und Italien hat sich der Anstieg der Nominallöhne in diesem Jahr sogar beschleunigt. Nur in wenigen Ländern schwächte er sich weiter ab. Ins Gewicht fiel außerdem, daß der Produktionszuwachs aufs Ganze gesehen geringer war als im vergangenen Jahr, weil sich im Jahresver-

Tabelle 1

Verbraucherpreise in ausgewählten Ländern[1])

Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH

Land	1960 bis 1970[2])	1970 bis 1976[2])	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979	
									1. Hj.	3. Vj.
Bundesrepublik Deutschland	+2,5	+ 5,9	+ 6,9	+ 7,0	+ 6,0	+ 4,5	+ 3,9	+ 2,6	+ 3,4	+ 4,9
Belgien	+3,0	+ 8,5	+ 7,0	+12,7	+12,7	+ 9,2	+ 7,1	+ 4,5	+ 4,0	+ 4,7
Dänemark	+5,6	+ 9,2	+ 9,3	+15,2	+ 9,6	+ 9,0	+11,1	+10,0	+ 7,4	+12,0
Frankreich	+4,1	+ 9,0	+ 7,3	+13,7	+11,8	+ 9,6	+ 9,4	+ 9,0	+ 9,7	+10,7
Großbritannien	+4,1	+13,6	+ 9,2	+15,9	+24,3	+16,6	+15,8	+ 8,3	+10,1	+16,0
Irland	+4,6	+14,0	+11,3	+17,0	+20,9	+18,0	+13,6	+ 7,6	+11,6	+13,6
Italien	+4,0	+12,2	+10,8	+19,1	+17,0	+16,8	+17,0	+12,1	+13,2	+15,7
Niederlande	+4,3	+ 8,7	+ 8,2	+ 9,8	+ 9,9	+ 8,9	+ 6,8	+ 4,3	+ 4,2	+ 4,3
Vereinigte Staaten	+2,7	+ 6,6	+ 6,2	+11,0	+ 9,1	+ 5,8	+ 6,5	+ 7,7	+10,3	+11,7
Kanada	+2,7	+ 7,4	+ 7,6	+10,9	+10,8	+ 7,5	+ 8,0	+ 9,0	+ 9,2	+ 8,7
Japan	+5,7	+11,1	+11,7	+24,5	+11,8	+ 9,3	+ 8,1	+ 3,8	+ 2,9	+ 3,5
Österreich	+3,6	+ 7,3	+ 7,5	+ 9,5	+ 8,5	+ 7,3	+ 5,5	+ 3,6	+ 3,4	+ 3,6
Schweden	+4,0	+ 8,3	+ 6,7	+ 9,9	+ 9,8	+10,3	+11,4	+10,0	+ 5,7	+ 7,6
Schweiz	+3,3	+ 6,7	+ 8,7	+ 9,8	+ 6,7	+ 1,7	+ 1,2	+ 1,1	+ 2,6	+ 4,5

[1]) Aus Angaben in Landeswährung.
[2]) Durchschnittlich jährliche Veränderung.

Quelle: OECD, SAEG; Bundesrepublik Deutschland: Nationale Quelle

lauf 1979 die Produktionsausweitung teilweise deutlich verlangsamte. So sind die Lohnstückkosten im Durchschnitt der Ländergruppe der OECD stärker gestiegen als 1978, wenn es sich auch nicht um einen spektakulären Anstieg handelt. Am günstigsten ist das Bild weiterhin in der Schweiz, in Japan, Belgien, den Niederlanden, in der Bundesrepublik und Österreich, am ungünstigsten in den zuvor genannten Ländern. Hervorsticht die Entwicklung in den Vereinigten Staaten und Kanada, wo die Nominallöhne mit rund 9 vH wesentlich stärker stiegen als in den vergangenen Jahren, während zugleich bei der Produktivität nach wie vor kaum ein Zuwachs zu beobachten ist. Der entsprechende Anstieg der Lohnstückkosten mußte das Inflationsproblem verschärfen (Tabelle 2). Allerdings treiben sich jetzt Preise und Löhne gegenseitig. Ein Reallohnzuwachs ist in den Vereinigten Staaten und Kanada derzeit nicht zu verzeichnen. Anders war es in den übrigen OECD-Ländern. Trotz der Rohstoffverteuerung und ihrer Folgen für das Preisniveau werden die durchschnittlichen Reallöhne hier 1979 wie in den vergangenen beiden Jahren um rund 2 vH über denen des Vorjahres liegen.

9. Die Produktionsausweitung in den westlichen Industrieländern fiel wie erwähnt nicht so groß aus, daß sich die Anzahl der Arbeitslosen verringerte. Zwar ist sie in den Vereinigten Staaten, in Japan und in der Bundesrepublik zurückgegangen; doch in anderen Ländern, so in Frankreich, Belgien und Italien hat sie sich nochmals erhöht oder ist, wie in Großbritannien oder in den Niederlanden, nahezu unverändert hoch geblieben (Tabelle 3). Die Entwicklung der Beschäftigung wird durch dieses Bild freilich nicht wiedergegeben. Wie im vorangegangenen Jahr hat die Anzahl der Beschäftigten in allen großen Ländern zugenommen. Außer in den Vereinigten Staaten, Kanada und der Bundesrepublik dürfte der Anstieg allerdings unter 1 vH bleiben.

10. In den Vereinigten Staaten kam es 1979 bei geringer Produktionsausweitung noch einmal zu einer Zunahme der Beschäftigtenzahl um etwa $2^1/_2$ Millionen, nachdem im vergangenen Jahr sogar 4,2 Millionen mehr Personen Arbeit gefunden hatten. Daß die Produktivität im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt nicht mehr steigt, mag man teils als Folge, teils als Ursache dieser Beschäftigungsentwicklung sehen. Noch stärker als hier nimmt in Kanada die Nachfrage nach zusätzlichen Arbeitsplätzen wegen der demographischen Entwicklung sowie der Änderung in der Erwerbsbeteiligung zu. Tatsächlich sind 1979 in Kanada $3^1/_2$ vH mehr Arbeitskräfte beschäftigt worden, ohne daß die Arbeitslosenquote nennenswert gesenkt werden konnte.

Tabelle 2

Lohnkosten je Produkteinheit[1]) in ausgewählten Ländern

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH[2])

Land	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978[3])	1979[4])
Bundesrepublik Deutschland[5])	+ 5,7	+ 7,9	+ 9,4	+ 6,1	+ 1,6	+ 3,6	+ 2,5	+ 2,5
Belgien	+ 8,7	+ 8,5	+15,2	+16,1	+ 8,6	+ 7,8	+ 4,5	+ 4,5
Dänemark	+ 7,6	+12,4	+17,3	+15,5	+ 6,2	+ 8,1	+ 8,4	+ 7
Frankreich	+ 6,4	+ 8,6	+15,4	+17,2	+10,6	+ 9,8	+ 9,1	+ 9
Großbritannien	+ 9,0	+ 9,1	+20,1	+32,1	+11,2	+ 8,2	+ 9,7	+13
Irland	+10,0	+14,0	+17,4	+27,3	+16,7	+10,1	+ 9	+ 9
Italien	+ 8,0	+13,8	+20,7	+26,0	+15,4	+19,8	+12,5	+14,5
Niederlande	+ 7,7	+10,8	+12,2	+14,0	+ 6,0	+ 6,3	+ 4,5	+ 4
Vereinigte Staaten	+ 4,1	+ 6,0	+11,4	+ 7,6	+ 5,1	+ 6,0	+ 8,6	+11
Kanada	+ 5,1	+ 6,1	+13,6	+15,4	+ 9,6	+ 8,0	+ 5,5	+ 7,5
Japan	+ 6,5	+14,9	+26,5	+14,6	+ 6,6	+ 5,9	+ 3,5	+ 4,5
Österreich	+ 6,5	+10,5	+11,0	+15,2	+ 4,8	+ 6,5	+ 6,6	+ 4
Schweden	+ 6,3	+ 4,3	+10,7	+19,2	+17,0	+15,2	+ 7,4	+ 6,5
Schweiz	+ 9,9	+10,5	+ 8,3	+10,6	+ 2,4	− 0,6	+ 4,5	+ 1,5

[1]) Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Einheit des realen Bruttosozialprodukts.
[2]) Aus Angaben in Landeswährung.
[3]) Teilweise geschätzt.
[4]) Geschätzt.
[5]) Bundesrepublik Deutschland: Eigene Schätzung.

Quelle: DIW

Tabelle 3

Arbeitslosenquoten in ausgewählten Ländern

vH

Land	Berechnungsmethode[1])	1974	1975	1976	1977	1978	1979[2])
Bundesrepublik Deutschland	I	2,2	4,2	4,1	4,0	3,9	3,3
Belgien	I	3,2	5,3	6,8	7,8	8,4	8,8
Dänemark	I	2,0	4,6	4,7	5,8	6,6	6,4
Frankreich	I	2,3	3,9	4,3	4,9	5,3	5,9
Großbritannien	I	2,4	3,8	5,3	5,7	5,7	5,5
Irland	I	6,3	8,7	9,8	9,6	8,9	8,5
Italien	I	4,8	5,3	5,6	6,4	7,1	7,8
Niederlande	I	2,9	4,0	4,3	4,1	4,1	4,2
Vereinigte Staaten	II	5,6	8,5	7,7	7,0	6,0	5,8
Kanada	II	5,4	7,1	7,2	8,1	8,4	7,8
Japan	II	1,4	1,9	2,0	2,0	2,2	2,1
Österreich	III	1,5	2,0	2,0	1,8	2,1	2,0
Schweden	II	2,0	1,6	1,6	1,8	2,2	2,1

[1]) Berechnungsmethode:
I: Anteil der den EG-Gebrauch standardisierte nationale Angaben).
II: Anteil der durch regelmäßige Haushaltsbefragungen (Stichproben) ermittelten Arbeitslosen an den geschätzten gesamten Erwerbspersonen.
III: Anteil der durch die Arbeitsverwaltung am Monatsende als arbeitslos registrierten Personen an den abhängigen Erwerbspersonen.
[2]) Eigene Schätzung.

Quelle: SAEG; ILO, nationale Quellen

11. Betrachtet man die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in den wichtigsten Industrieländern etwas längerfristig, dann zeigt sich, daß es außer in den Vereinigten Staaten nur in wenigen Ländern gelungen ist, die Arbeitslosigkeit auf einen Stand zurückzuführen beziehungsweise auf einem Stand zu halten, der nicht wesentlich über dem vor der Weltrezession von 1975 liegt. Zum Teil hat die Arbeitslosigkeit sogar stetig weiter zugenommen. Allerdings ist es in allen Ländern — wiederum mit Ausnahme der Vereinigten Staaten — gelungen, die Inflationsrate bis 1978 auf ein deutlich niedrigeres Niveau zu senken, als es vor der großen Rezession zu verzeichnen gewesen war. In den Vereinigten Staaten hingegen ist es nach der kurzen Stabilisierungsphase, welche der Rezession gefolgt war, im Verlaufe des langen Aufschwungs zu immer stärkeren Preissteigerungen gekommen. Mit mehr als 13 vH ist jetzt sogar die Rate von 1974 (12 vH) übertroffen worden, und eine echte Stabilisierung erscheint wiederum nur möglich, wenn erneut eine Rezession in Kauf genommen wird. Aber auch unter den Ländern, die ihre Inflationsrate senken konnten, gibt es bisher nur wenige, die bei ihren Stabilisierungsanstrengungen erfolgreich genug waren, um trotz der neuen Ölkrise auf einen nachhaltigen Wirtschaftsaufschwung bei erträglicher Inflationsrate hoffen zu können.

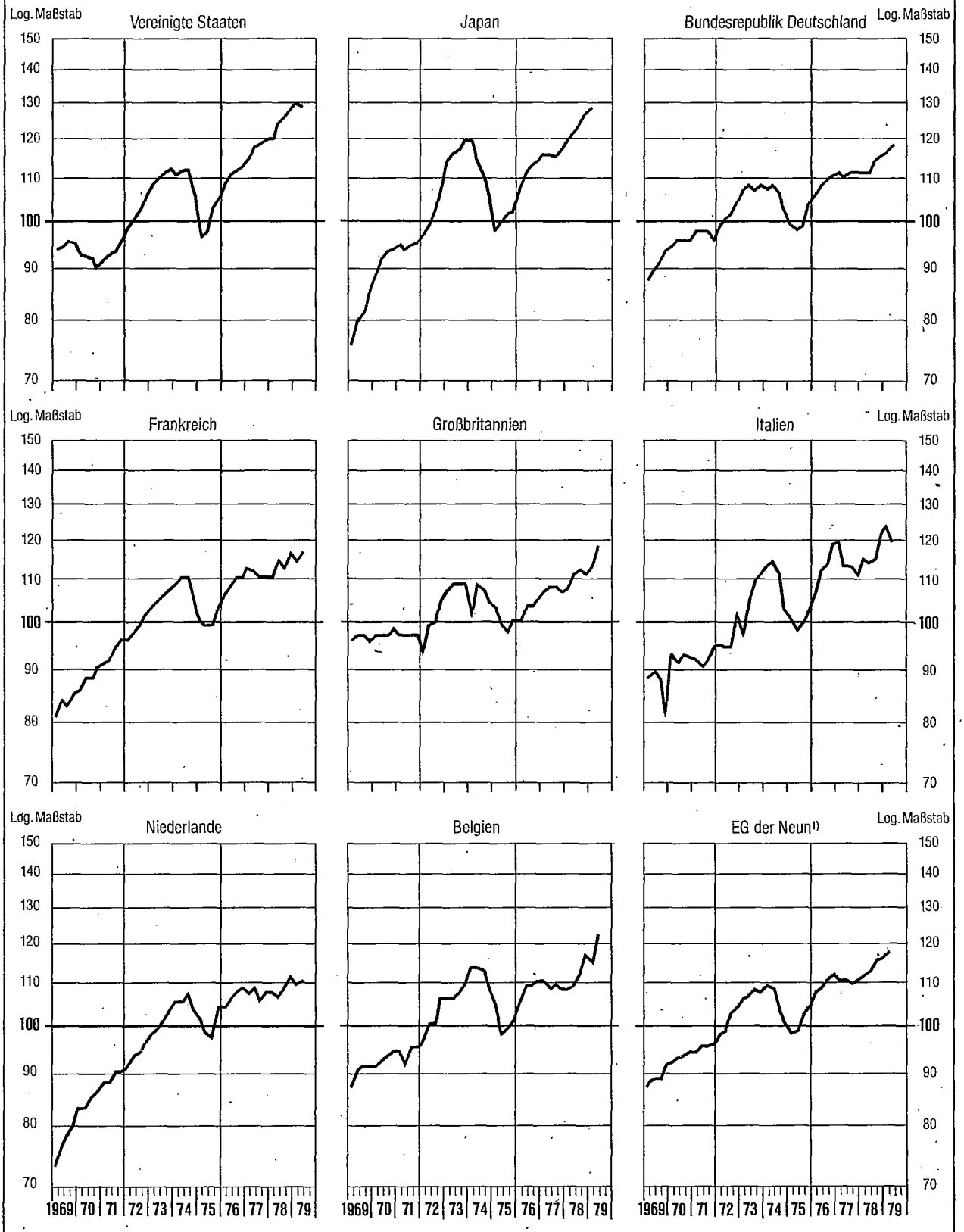
Jüngste Konjunkturtendenzen

12. Für die weitere Entwicklung der Weltkonjunktur wird viel davon abhängen, wie schwer die Rezession in den Vereinigten Staaten ausfällt, die sich im Frühjahr 1979 angebahnt hat. Die gesamtwirtschaftliche Produktion ging im zweiten Quartal kräftig zurück. Der Rückgang wurde ausgelöst durch Absatzschwierigkeiten bei dauerhaften Konsumgütern; beschleunigt steigende Preise hatten die Kaufkraft geschwächt, und die Benzinverknappung hatte die Autokäufe stocken lassen. Die Industrieproduktion ist seit Mai nicht mehr gestiegen (Schaubild 1). Die Baunachfrage ging zurück, als die Zinsen stiegen. Immerhin, gestützt durch staatliche Aufträge, war der Abschwung hier schwächer als bei den Konsumgütern und auch weit weniger stark als in den Jahren vor der letzten Rezession. Die Investitionspläne der Unternehmen sind bei der noch immer hohen Kapazitätsauslastung weiter nach oben gerichtet. Größere Bestände an unverkauften Produkten haben sich — außer im Bereich der Automobilindustrie — anscheinend noch nicht angesammelt. Die gesamtwirtschaftliche Produktion ist im dritten Quartal sogar wieder deutlich gestiegen, liegt aber nicht höher als im ersten Quartal.

Schaubild 1

INDUSTRIEPRODUKTION AUSGEWÄHLTER LÄNDER

Saisonbereinigte Zahlen 1975 = 100



1) Zusammengewogen mit den Anteilen an der Industrieproduktion der EG im Jahre 1975; ohne Dänemark.

Quelle: OECD

SR 79 0695

Selbst wenn es von solchen Bedingungen her möglich wäre, vorläufig mit einer milden Rezession davonzukommen, stellt sich die Frage, ob in diesem Falle die Preissteigerungen so weit eingedämmt werden können, daß ein neuer Aufschwung nicht bei einem unerträglich hohen Inflationssockel begonnen werden müßte. Bisher ist kaum abzusehen, wie lange die Wirtschaftspolitik und insbesondere die Geldpolitik auf restriktivem Kurs bleiben wird. Die Zinsen haben im Herbst dieses Jahres neue Höchststände erreicht. Der Diskontsatz wurde auf 12% heraufgesetzt, und die Zinsen für Kredite an erste Adressen stiegen gar auf 15½%. Aber dies allein besagt nichts; denn die Kreditnachfrage blieb lebhaft. Geld war teuer, aber ausreichend verfügbar. Die Expansion der Geldmenge beschleunigte sich im Laufe des Jahres sogar stark. Hätte sich diese Entwicklung fortgesetzt, wäre das Geldmengenziel der Notenbank weit übertroffen worden. Diese entschloß sich daher im Oktober zu einer wichtigen Änderung ihrer geldpolitischen Strategie. Hatte bis dahin die Zinspolitik noch ein erhebliches Eigengewicht behalten, so wurde nun verkündet, daß die Festsetzung der Notenbankzinsen fürderhin konsequent den Zielen der Geldmengenpolitik untergeordnet werde.

Anzeichen dafür, daß die Reallohnsenkung, die das laufende Jahr mit sich bringt, zum Anlaß für deutlich höhere Lohnsteigerungen genommen wird, gibt es bisher nicht. Die Abschlüsse, die im Sommer dieses Jahres vereinbart worden sind, entsprechen jährlichen Lohnsteigerungen von 9 vH.

Die öffentlichen Haushalte haben bisher den rezessiven Tendenzen nicht entgegengewirkt. Im Gegenteil, der Bundeshaushalt sieht außer für Verteidigungsausgaben keine reale Expansion vor, und sein Defizit wird 1979 auf rund 20 Mrd Dollar (1975: 60 Mrd Dollar) zurückgehen. Die Bundesstaaten verzeichnen sogar einen Überschuß von mehr als 20 Mrd Dollar.

Die jüngsten Indikatoren weisen nicht auf eine rasche Verschärfung der rezessiven Tendenzen. Wir rechnen daher damit, daß das reale Sozialprodukt der Vereinigten Staaten 1979 noch um etwa 1½ vH über dem des Jahres 1978 liegen wird (Tabelle 4).

13. In Japan hat die konjunkturelle Erholung, die, getragen vom privaten Verbrauch und den öffentlichen Investitionen, Mitte 1978 in Gang gekommen war, eine kräftige Expansion der privaten Investitio-

Tabelle 4

Reales Bruttosozialprodukt in wichtigen Industrieländern

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH

Land	1960 bis 1972[1])	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978[2])	1979[3])
Bundesrepublik Deutschland	+ 4,5	+3,6	+4,9	+0,4	−1,8	+5,3	+2,6	+3,5	+4
Belgien	+ 4,9	+5,4	+5,3	+4,3	−2,0	+5,5	+1,2	+2,0	+3
Dänemark	+ 4,8	+5,0	+3,8	+1,8	−1,1	+6,3	+1,9	+1,0	+2½
Frankreich	+ 5,8	+5,5	+6,5	+3,9	+0,1	+4,2	+3,0	+3,3	+3
Großbritannien	+ 3,1	+3,5	+5,2	−0,2	−1,7	+3,0	+1,4	+3,3	+ ½
Irland	+ 4,0	+4,0	+5,3	+1,0	+0,4	+3,2	+5,2	+5,5	+3½
Italien	+ 5,5	+3,4	+6,3	+3,4	−3,5	+5,7	+2,0	+2,6	+4½
Niederlande	+ 5,2	+4,4	+4,2	+2,0	−1,1	+4,6	+2,4	+2,0	+3
EG der Neun[4])	+ 4,8	+4,2	+5,5	+1,9	−1,5	+4,7	+2,3	+3,1	+3
Vereinigte Staaten	+ 4,1	+6,1	+5,9	−2,1	−1,8	+6,0	+4,9	+3,9	+1½
Japan	+11,0	+9,4	+9,9	−1,8	+2,4	+6,0	+5,4	+5,6	+6
Österreich	+ 5,1	+7,1	+5,8	+4,4	−2,0	+5,2	+3,7	+1,5	+5
Schweden	+ 4,2	+2,5	+3,1	+4,1	+0,6	+1,4	−2,1	+2,8	+4
Schweiz	+ 4,7	+5,8	+3,5	−0,8	−7,6	−1,3	+2,7	+0,5	+ ½
Industrieländer insgesamt[4])	+ 5,5	+5,9	+6,3	−0,4	−1,1	+5,3	+3,9	+3,8	+3

[1]) Durchschnittlich jährliche Veränderung.
[2]) Teilweise geschätzt.
[3]) Eigene Schätzung.
[4]) Zusammengewogen mit den Anteilen am Bruttosozialprodukt zu Wechselkursen von 1977.

Quelle: OECD, DIW

nen mit sich gebracht. Die schwache Zunahme des Exportvolumens und die starke Steigerung der Importe, die der extremen Yen-Aufwertung des vergangenen Jahres folgten, und die deutliche Einschränkung des Wohnungsbaus verhinderten aber, daß der Zuwachs des Sozialprodukts merklich größer ausfiel als im Vorjahr. Zu erwarten ist eine Zunahme von 6 vH.

Japan ist wegen des hohen Anteils, den Öl an seiner Energieversorgung hat, von der jüngsten Ölverteuerung besonders stark betroffen. So erhöhte sich die Preissteigerungsrate im Verlauf dieses Jahres wieder auf fast 4 vH, nachdem sie zeitweise bis auf nahezu 2 vH gesunken war. Auf der Großhandelsstufe steigen die Preise bereits mit einer Rate von mehr als 10 vH. Die japanische Wirtschaftspolitik versucht wie die der meisten anderen Länder, den Weg der allgemeinen inflatorischen Anpassung zu vermeiden. Die Zinsen sind kräftig gestiegen. Die Notenbank erhöhte den Diskontsatz von $3^1/_2$% im Januar auf $6^1/_4$% im November. Die Zinsen für kurzfristige Bankkredite liegen jetzt um fast zwei Prozentpunkte über dem Tiefpunkt der Zinsentwicklung Anfang 1979.

14. Wesentlich schwieriger als in den Vereinigten Staaten und Japan ist die Situation in den Ländern, in denen sowohl die Arbeitslosigkeit als auch die Inflationsrate hoch ist, nämlich in Italien, Frankreich und in Großbritannien.

Italien hat schon seit Beginn des Jahres 1978 einen vom Export getragenen Aufschwung, der jedoch seit der Jahresmitte 1979 an Dynamik zu verlieren scheint. Unterstützt von der fortgesetzten Abwertung der italienischen Lira nahm der Export 1978 real um mehr als 10 vH zu; er trägt auch in diesem Jahr die konjunkturelle Erholung mit. Hinzugetreten ist allerdings auch hier eine Belebung der privaten Investitionstätigkeit. Die starke Ausweitung der Produktion und eine hohe Auslastung der Anlagen haben 1979 die Unternehmen angeregt, vermehrt Produktionskapazitäten zu erneuern und zu erweitern. Auch die Läger wurden aufgestockt. Die Verbesserung der Beschäftigung und der Anstieg der Realeinkommen sorgten schließlich auch für eine Belebung des privaten Verbrauchs.

Im ganzen nimmt das Sozialprodukt in Italien 1979 real um mehr als 4 vH zu. Das reicht allerdings nicht aus, ein Ansteigen der Arbeitslosigkeit zu verhindern, weil auch hier die Anzahl der Erwerbspersonen stärker steigt als die Beschäftigung. Zugleich wird der Preisauftrieb sowohl von der Kostenseite als auch von der Nachfrageseite her stärker.

Die Wirtschaftspolitik hat bislang keine klare Entscheidung zugunsten von mehr Stabilität getroffen. Die Staatsausgaben nehmen weiter kräftig zu; das Haushaltsdefizit wird sich noch einmal erhöhen, jetzt auf fast 16 vH des Sozialprodukts. Für die Geldpolitik wurde zwar ein Ziel festgesetzt. Tatsächlich tritt man einer starken Ausdehnung der Geldmenge (M2) jedoch nicht energisch entgegen. Angesichts des zweifellos beträchtlichen außenwirtschaftlichen Konsolidierungserfolgs der letzten beiden Jahre fehlt derzeit noch der Zwang zu mehr monetärer Disziplin, der von der Zahlungsbilanz beziehungsweise vom Devisenmarkt ausgeübt werden könnte. Die italienische Lira ist im Verlauf dieses Jahres nicht unter Abwertungsdruck geraten (Ziffer 32).

15. In Frankreich ist die konjunkturelle Situation, anders als in Italien, nicht durch verstärkte Nachfragedynamik, sondern durch eine recht stetige Entwicklung gekennzeichnet. Frankreich dürfte 1979 im dritten aufeinanderfolgenden Jahr einen Zuwachs des Sozialprodukts von etwa 3 vH erreichen. Der Export ist hier seit mehreren Jahren tragendes Moment. Von der Investitionstätigkeit der Unternehmen wie auch vom Wohnungsbau gehen derzeit nur geringe Impulse aus.

Im Rahmen eines wirtschaftspolitischen Konzepts, das auf mehr Wettbewerb abzielt, versucht die Regierung seit nunmehr drei Jahren, durch eine Verringerung staatlicher Eingriffe und die allmähliche Aufhebung aller Preiskontrollen die Wachstums- und Stabilitätsaussichten auf mittlere Frist zu verbessern. Steuerliche Maßnahmen zur Förderung der Investitionen und von Forschung und Entwicklung, die im April dieses Jahres zusammen mit arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen verabschiedet wurden, sollen helfen, die Angebotsbedingungen für die französische Wirtschaft zu verbessern. Auf den Durchbruch bei den privaten Invstitionen wird noch gewartet. Der stabilitätspolitische Rückschlag, den die neue Ölkrise für alle brachte, traf Frankreich in einer Phase, in der das neue wirtschaftspolitische Konzept eigentlich dringend Erfolg als Motor für weiteren Erfolg hätte brauchen können. Da günstigere Umstände fehlten, kam es sowohl bei der Arbeitslosigkeit als auch bei der Inflation zu einer Verschärfung der Probleme. Die Anzahl der stellensuchenden Personen ist seit Beginn dieses Jahres um mehr als 100000 gestiegen, die Arbeitslosenquote beträgt im Durchschnitt des Jahres fast 6 vH. Es gelang auch nicht, die noch hohe Inflationsrate wenigstens konstant zu halten. Die Einflüsse der Rohstoffverteuerung und starke Erhöhungen öffentlicher Tarife haben das Niveau der Verbraucherpreise gegenüber dem Vorjahr um mehr als 10 vH angehoben. Ein sich selbst treibender Prozeß der Inflationsbeschleunigung ist allerdings nicht zu beobachten. Die außenwirtschaftlichen Folgen des internen Preisauftriebs hielten sich in Grenzen. So ist 1979 nicht nur die Leistungsbilanzsituation, sondern auch die Zahlungsbilanzsituation Frankreichs noch befriedigend geblieben.

16. Die britische Wirtschaft befand sich 1978 in einer recht lebhaften Aufwärtsbewegung. Diese war zwar schon frühzeitig durch einen beschleunigten Anstieg von Preisen und Kosten gefährdet. Unterbrochen wurde sie aber erst Anfang 1979, als eine Welle von Arbeitskämpfen das ganze Land durchzog und alle noch verbliebenen Hoffnungen auf einen befriedigenden Fortgang der Stabilisierungspolitik der vergangenen Jahre schwanden. Es kam nur noch zu einer vorübergehenden Produktionsbelebung, welche gerade die streik- und witterungsbedingten Produktionsausfälle des Winters ausglich.

Um die Inflation einzudämmen, Anreize zur Leistungssteigerung zu geben und Hemmnisse abzu-

bauen, hat nach den Wahlen im Frühjahr die neue Regierung in Großbritannien einen neuen stabilitäts- und wachstumspolitischen Anlauf unternommen. Die hervorstechenden Programmpunkte sind eine allgemeine Senkung der Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer sowie ein Abflachen der Steuerprogression, eine deutliche Erhöhung der Mehrwertsteuer, eine Senkung der öffentlichen Ausgaben und des Haushaltsdefizits sowie eine rigorose Geldpolitik (Tabelle 5).

Die Bank von England verlangte für Notenbankkredite ab Anfang Juni einen Zins von 14%. Schon vorher war die Währung des Öllandes Großbritannien an den Devisenmärkten unter Aufwertungsdruck gekommen. Der Anstieg des Pfundkurses wurde durch die Erhöhung der Zinsen verstärkt. Das aber war eine Art der Restriktionswirkung der Geldpolitik, die der Bank von England nicht recht war. Sie intervenierte, um die Aufwertung des Pfundes in Grenzen zu halten und höhlte so ihre Politik der Geldverknappung selbst aus. Mit dem Anstieg der Zinsen in anderen Industrieländern kam schließlich Entlastung; der Aufwertungsdruck auf das Pfund ließ nach.

Das Konjunkturklima hat sich in Großbritannien im Verlaufe des Jahres stärker verschlechtert als in irgendeinem Land der Europäischen Gemeinschaft. Ob die Beschleunigung des Inflationstempos gestoppt ist, läßt sich noch nicht zuverlässig beurteilen. Das zweite Halbjahr 1979 war noch geprägt von den Auswirkungen der Mehrwertsteuererhöhung (rein rechnerisch 3,1 vH). Im Durchschnitt des ganzen Jahres dürfte die Geldentwertung auf mehr als 13 vH ansteigen, nach 8,3 vH im Jahre 1978. Die Arbeitslosigkeit blieb nahezu unverändert. Die Leistungsbilanz geriet zwar im Laufe dieses Jahres wieder ins Defizit, jedoch nicht sehr stark. Der Zuwachs des Sozialprodukts dürfte nur noch $^1/_2$ vH betragen.

17. In den kleineren europäischen Ländern war die wirtschaftliche Situation in diesem Jahr uneinheitlich.

Die Niederlande und Belgien sind in den vergangenen Jahren den harten Weg gegangen, Probleme der Wettbewerbsfähigkeit, die aus einer Zeit hoher Inflationsraten herrührten, ohne eine Abwertung der Währung zu bereinigen, das heißt unter Vermeidung des Inflationsstoßes, den über die Importverteuerung jede Abwertung der Währung eines stark mit dem Ausland verflochtenen Landes nun einmal mit sich bringt. Beide Länder haben ihre Inflationsrate stark senken können. Vor allem die Niederlande scheinen auch mit der strukturellen Anpassung vorangekommen zu sein. Bei gedämpfter Expansion des privaten Verbrauchs trägt auch hier die starke Belebung der Exporte jetzt entscheidend die Wirtschaftstätigkeit. Belgien hat seit Jahren mit einer doppelt so hohen Arbeitslosigkeit zu kämpfen wie die Niederlande.

Irland verzeichnete nach mehreren Jahren eines kräftigen Aufschwungs in diesem Jahr eine deutliche Abschwächung der konjunkturellen Dynamik. In Österreich betrug der Zuwachs des Sozialprodukts 1979 mehr als 5 vH und in Schweden über 4 vH. Der Geldwertschwund in Österreich betrug knapp 4 vH, in Schweden nahezu 8 vH. Die Arbeitslosenquote lag in beiden Ländern bei 2 vH. Diese günstige Entwicklung verdankten beide Länder vor allem der schon seit längerem kräftigen Expansion ihrer Exporte. Im Verlauf des Jahres 1979 ist die Belebung der Inlandsnachfrage hinzugekommen.

18. Fast alle Länder versuchen weiter, mit arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen die global ansetzende Wirtschaftspolitik zu entlasten. Zumeist ist das Ziel, die Arbeitsmarktbedingungen vor allem für Jugendliche und für besonders benachteiligte Gruppen zu verbessern. Frankreich etwa will mit dem „pacte pour l'emploi" vom Juli 1979, wie schon mit ähnlichen Programmen in den vorangegangenen Jahren, vor allem Jugendliche und alleinstehende Frauen bei der Suche nach einem Arbeitsplatz unterstützen. Durch Befreiung der Unternehmen von Sozialbeiträgen und Ausbildungskosten soll mit einem Etat von $3^1/_2$ bis 4 Mrd Franken etwa 400 000 Personen geholfen werden. Andere Länder sind stärker den Weg gegangen, Erhaltungssubventionen zu geben oder auch neue Arbeitsplätze von vornherein mit öffentlichem Geld zu bezahlen.

Tabelle 5

Wirtschaftspolitisch wichtige Ereignisse im Ausland

Datum	
	Internationale Ereignisse
1978	
17. Dezember	Die Mitglieder der OPEC beschließen auf ihrer Tagung in Abu Dhabi den Preis für Rohöl (Arabian Light) im Verlauf des Jahres 1979 in vier Schritten um 14,5 vH auf 14,54 $ je barrel zu erhöhen.
1979	
7. März	Der Interimsausschuß des Gouverneursrates des IWF stellt anläßlich seiner Tagung in Washington, D. C. fest, daß die internationale wirtschaftliche Situation noch immer unbefriedigend sei, obwohl sich die Zahlungsbilanzsituation der Industrieländer verbessert habe. In einigen Ländern habe sich zwar das wirtschaftliche Wachstum beschleunigt, doch es reiche nicht aus, die hohe Unterbeschäftigung zu vermindern und die Investitionstätigkeit zu beleben. Besonders besorgt war der Ausschuß darüber, daß die Preissteigerungen in vielen Ländern noch viel zu hoch seien. Besonders in manchen Ländern Europas scheine eine zurückhaltende Lohnpolitik daher geboten.
20. März	Industrie- und Entwicklungsländer kommen überein, einen Fonds in Höhe von 750 Mio $ zu schaffen, mit dem Läger bestimmter Rohstoffe finanziert werden sollen, um die Preise dieser Rohstoffe zu stabilisieren.
27. März	Die Mitglieder der OPEC beschließen auf ihrer Tagung in Genf, den Preis für Rohöl (Arabian Light) auf 14,54 $ je barrel zu erhöhen. Im Dezember 1978 war dagegen beschlossen worden, daß dieser Preis erst im vierten Quartal des Jahres 1979 effektiv werden sollte.
12. April	Die siebte Verhandlungsrunde im Rahmen des GATT, die 1973 in Tokio eröffnet worden war, kommt zu einem vorläufigen Abschluß. In dem neuen Abkommen werden Ergebnisse auf drei Gebieten erzielt: 1. Abbau bestehender Handelsschranken; 2. Verabredung von Regeln für den Bereich der nicht-tarifären Handelshemmnisse und 3. Absichtserklärungen über besondere Vergünstigungen für Entwicklungsländer. Die meisten der beschlossenen Maßnahmen sollen am 1. Januar 1980 in Kraft treten.
28. Juni	Die Mitglieder der OPEC beschließen auf ihrer Tagung in Genf, den Preis für Rohöl (Arabian Light) auf 18 $ je barrel anzuheben. Daneben wird den Mitgliedern die Möglichkeit eingeräumt, je nach Qualität des Rohöls und der aktuellen Marktlage Aufschläge bis zum Höchstpreis von 23,50 $ je barrel vorzunehmen. Der durchschnittliche Preis für Rohöl ist damit seit Dezember 1978 um rund 60 vH gestiegen.
29. Juni	Die Staats- und Regierungschefs der sieben größten westlichen Industrieländer kommen nach einem Treffen in Tokio überein, die Einfuhr von Rohöl in ihre Länder zu beschränken, die Preisbildung an den Ölmärkten zu beobachten und keine Lagerkäufe bei angespannter Marktlage vorzunehmen. Des weiteren sprechen sich die Regierungschefs für eine größere Kooperation in Fragen der Wechselkurspolitik aus, da Stabilität an den Devisenmärkten als essentiell für ungestörte Entwicklung des Welthandels und der Weltwirtschaft angesehen wird.
3. Oktober	Der Interimsausschuß des Gouverneursrates des IWF bekräftigt anläßlich seiner Tagung in Belgrad seine Auffassung, daß die Verminderung der Inflation eine entscheidende Voraussetzung für höheres Wirtschaftswachstum ist. Der Ausschuß begrüßt die größere Koordination der Interventionspolitik an den Devisenmärkten. Darüber hinaus empfiehlt der Ausschuß den Industrieländern, den Belangen der Entwicklungsländer mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Insbesondere sollten protektionistische Maßnahmen im allgemeinen vermindert, die Märkte für Produkte der Entwicklungsländer geöffnet, Kapitalverkehrskontrollen abgebaut und die offizielle Entwicklungshilfe erweitert werden.
	Europäische Gemeinschaft
1978	
5. Dezember	Der Europäische Rat verabschiedet auf seiner Tagung in Brüssel eine Entschließung über die Errichtung eines Europäischen Währungssystems. Darin heißt es: „Wir sind fest entschlossen, den dauerhaften Erfolg des EWS durch eine auf größere innere und äußere Stabilität gerichtete Politik sowohl für Defizit- als auch für Überschußländer zu gewährleisten . . . Wir sind nach wie vor fest entschlossen, die in diesem Zusammenhang eingeführten Bestimmungen und Verfahren spätestens zwei Jahre nach der Einführung dieses Systems in ein endgültiges System einzubringen. Dieses System bringt, wie in den Schlußfolgerungen der Tagung des Europäischen Rates vom 6./7. Juli 1978 in Bremen in Aussicht gestellt wurde, die Schaffung des Europäischen Währungsfonds sowie die uneingeschränkte Verwendung des ECU als Reserveaktivum und als Instrument für den Saldenausgleich mit sich. Es wird sowohl auf gemeinschaftlicher als auch auf einzelstaatlicher Ebene auf geeignete Rechtsvorschriften gegründet".
12. Dezember	Die norwegische Regierung löst ihre Währung aus dem existierenden europäischen Wechselkursverbund („Schlange") und beschließt, die Krone an einen Korb von Währungen zu binden, die für den Außenhandel des Landes von besonderer Bedeutung sind.
12. Dezember	Das italienische Parlament unterstützt die Absicht der Regierung, ab 1. Januar 1979 dem Europäischen Währungssystem beizutreten. Die Lira soll innerhalb einer Bandbreite von ±6 vH schwanken.

noch Tabelle 5

Datum	
1978	
15. Dezember	Die Regierung von Irland beschließt, dem Europäischen Währungssystem ab 1. Januar 1979 beizutreten.
29. Dezember	Auf Wunsch Frankreichs wird die Einführung des Europäischen Währungssystems verschoben, da Frankreich noch Änderungen der Grenzausgleichsregelungen im Agrarhandel der Gemeinschaft anstrebt.
1979	
7. März	Die Finanzminister der Europäischen Gemeinschaft kommen überein, den Regierungschefs das Inkrafttreten des Europäischen Währungssystems zu empfehlen, nachdem eine Einigung über Grenzausgleichsregelungen erzielt werden konnte.
13. März	Das Europäische Währungssytem tritt offiziell in Kraft.
30. März	Die irische Regierung gibt die feste Bindung des irischen an das englische Pfund auf, nachdem die Aufwertung des englischen Pfundes das irische Pfund die Obergrenze des Bandes im Europäischen Währungssystem hatte erreichen lassen.
30. März	Die Landwirtschaftsminister der Europäischen Gemeinschaft beschließen, die „grünen" Paritäten Großbritanniens, Frankreichs und Italiens um 5 vH und die Irlands um 0,3 vH abzuwerten.
28. Mai	Die Europäische Gemeinschaft und Griechenland vereinbaren, Griechenland ab 1. Januar 1981 in die Europäische Gemeinschaft aufzunehmen. Die Übergangszeit soll 5 Jahre betragen.
22. Juni	Bei ihrem Treffen in Straßburg betonen die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Gemeinschaften die Notwendigkeit, Nachfrage und Angebot von Rohöl weltweit besser in Übereinstimmung zu bringen. Sie betonen die Bedeutung von Maßnahmen zur Energieeinsparung und der Suche nach neuen Energiequellen sowie den Bedarf an gemeinsamen Bemühungen, die Inflation einzudämmen.
24. September	Die Finanzminister und Zentralbankpräsidenten der Europäischen Gemeinschaft beschließen, in Reaktion auf den Abwertungsdruck, der am Devisenmarkt auf den belgischen Franken und die dänische Krone ausgegangen war, die D-Mark gegenüber allen anderen Währungen im EWS um 2 vH aufzuwerten und die dänische Krone um 3 vH gegenüber allen anderen Währungen im EWS abzuwerten.
	Belgien
1978	
23. November	Die Regierung legt ein Programm in Höhe von 5,5 Mrd belgischen Franken zur Erhaltung von Arbeitsplätzen und zur Verbesserung der Beschäftigungssituation in der Industrie vor.
1979	
1. Februar	In Anbetracht der zufriedenstellenden Entwicklung am Devisenmarkt senkt die Nationalbank den Diskontsatz von 8 % auf 7½ % für bestimmte Rediskont-Fazilitäten. Am 8. März wird dieser Satz weiter auf 7 % reduziert.
3. Mai	Die Nationalbank erhöht den offiziellen Diskontsatz von 6 % auf 7 %. Gleichzeitig hebt sie den gespaltenen Diskontsatz, der am 12. Oktober 1978 eingeführt worden war, wieder auf. Die Maßnahme erscheint notwendig, da in anderen Ländern ebenfalls die Zinssätze ansteigen. Am 31. Mai wird der Diskontsatz auf 8 % angehoben.
14. Juni	Angesichts des Abwertungsdrucks auf den belgischen Franken wird der Diskontsatz von der Nationalbank auf 9 % festgesetzt. Am 29. Juni wird der gespaltene Diskontsatz wieder eingeführt und zusammen mit dem Lombardsatz wird der Zins für einen Teil der Fazilitäten auf 11 % erhöht.
30. Juli	Die Regierung legt den Haushaltsentwurf für 1979 vor. Darin wird ein Anstieg des realen BSP um 2,5 vH und des nominalen um 8,5 vH unterstellt. Die geplante Ausgabensteigerung beträgt 6,8 vH und das gesamte Defizit beläuft sich auf 231 Mrd bfrs. Der Entwurf enthält Maßnahmen zur Energieeinsparung, insbesondere die Einführung von Straßengebühren und die Erhebung zusätzlicher Steuern auf Ölprodukte.
3. Oktober	Die Nationalbank hebt den Lombardsatz und beide Diskontsätze um einen Prozentpunkt von 11 % auf 12 % bzw. von 9 % auf 10 % an.
	Dänemark
1979	
28. März	Das Parlament stimmt einem Regierungsentwurf zu, der vorsieht, den bestehenden „Lohnpakt" zu verlängern, in dem Lohnerhöhungen von 9 vH für das laufende und 6,5 vH für das kommende Jahr für den privaten und öffentlichen Sektor enthalten sind.

noch Tabelle 5

Datum	
1979	
15. Juni	Angesichts des gestiegenen Defizits der Leistungsbilanz und der Zinssteigerungen in anderen Ländern erhöht die Nationalbank den Diskontsatz von 8 % auf 9 %.
29. Juni	Das Parlament stimmt einem Stabilisierungsprogramm der Regierung zu. Darin sind Steuererhöhungen auf Energieverbrauch und drastische Kürzungen der Ausgabenpläne für alle Gebietskörperschaften für das Jahr 1980 vorgesehen.
14. September	In Anbetracht des Abwertungsdrucks auf die dänische Krone im Europäischen Währungssystem erhöht die Nationalbank den Diskontsatz von 9 % auf 11 %.
8. November	Die Regierung beschließt einen Lohn- und Preisstopp bis zum Ende dieses Jahres.
	Frankreich
1978	
4. Oktober	Die Regierung betont, daß die Geldpolitik das bedeutendste Instrument zur Bekämpfung der Inflation ist. Sie beschließt, daß das Wachstum der Geldmenge (M2) im Jahre 1979 11 vH betragen soll. Dabei ist ein Zuwachs des nominalen BSP von 12,9 vH unterstellt.
1979	
10. Januar	Die Regierung bekräftigt ihre Absicht, den Wettbewerb zu fördern und die Preise im Handels- und Dienstleistungsgewerbe in mehreren Schritten im Jahre 1979 zu liberalisieren.
4. April	Die Regierung verkündet eine Reihe von Maßnahmen zur Belebung der Investitionstätigkeit. Darin sind Steuersenkungen, Abschreibungserleichterungen und die Förderung von Forschung und Entwicklung in kleinen und mittleren Unternehmen enthalten.
30. Mai	Die Regierung beschließt ein Programm zur Arbeitsplatzbeschaffung in Höhe von $10^1/_2$ Mrd ffrs, das auf drei Jahre angelegt ist. Damit soll 450 000 Personen aus besonders benachteiligten Gruppen das Finden eines neuen Arbeitsplatzes erleichtert werden.
5. September	Die Regierung legt den Haushaltsentwurf für 1980 vor. Darin wird ein Anstieg des realen BSP von 2,5 vH und ein Preisanstieg von rund 9 vH unterstellt. Die Ausgaben sollen um 14,3 vH zunehmen und das Haushaltsdefizit soll sich auf 31 Mrd ffrs belaufen. Im Haushaltsplan ist eine Senkung der Einkommensteuer für niedrige Einkommen und eine Erhöhung der Alkoholsteuer und der Straßengebühren vorgesehen. Gleichzeitig wird dargelegt, daß die Geldmenge (M2) im Jahre 1980 um nicht mehr als 11 vH zunehmen soll.
9. Oktober	Die Bank von Frankreich erhöht den Diskontsatz für kurzfristige Schatzwechsel um $^1/_4$ % auf $11^1/_2$ %.
	Großbritannien
1978	
9. November	Die Bank von England erhöht ihren Mindestausleihezins von 10 % auf $12^1/_2$ %. Gleichzeitig wird angekündigt, daß die Expansion der Geldmenge in den nächsten zwölf Monaten zwischen 8 vH und 12 vH liegen soll.
1979	
17. Januar	Die Regierung gibt bekannt, daß sie plant, das öffentliche Defizit im Fiskaljahr 1979/80 auf 4,3 vH des BSP zu begrenzen und bis 1982 die jährliche reale Zuwachsrate der Ausgaben bei etwa 2 vH festzusetzen.
8. Februar	Die Bank von England erhöht den Mindestausleihezins von $12^1/_2$ % auf 14 %, um ihren Willen zu monetärer Restriktion zu bekräftigen. Am 1. März wird der Satz wieder auf 13 % gesenkt.
14. Februar	Die Regierung kommt mit dem Dachverband der Gewerkschaften (Trade Union Congress) überein, geeignete Schritte zu unternehmen, um die Inflationsrate auf 5 vH im Jahre 1982 zu senken.
5. April	Angesichts des Aufwertungsdrucks auf das Pfund Sterling an den Devisenmärkten senkt die Bank von England den Mindestausleihesatz weiter von 13 % auf 12 %.
12. Juni	Die neue Regierung legt ihren Haushaltsentwurf für 1979/80 vor. Darin ist ein Defizit von $8^1/_4$Mrd Pfund vorgesehen, das entspricht rund $4^1/_2$ vH des BSP. Der Haushaltsentwurf unterstellt einen Rückgang des realen BSP zwischen der ersten Hälfte des Jahres 1979 und der des Jahres 1980 von etwa 1 vH und einen Preisanstieg von $13^1/_2$ vH. Neben einer Reihe steuerpolitischer Maßnahmen (Erhöhung der Mehrwertsteuer auf 15 vH; Senkung von Einkommensteuern) und der Anhebung des Mindestausleihesatzes durch die Bank von England auf 14 % sowie der Verringerung des Zielbandes für die Geldmenge (M3) auf 7 vH bis 11 vH, sieht der Haushalthaltsentwurf die Aufhebung einer Reihe von Kapitalverkehrskontrollen vor.

noch Tabelle 5

Datum	
1979	
19. Juli	Weitere Kapitalverkehrskontrollen, die auf ein Gesetz aus dem Jahre 1947 zurückgehen, werden von der Regierung aufgehoben.
24. Oktober	Alle noch bestehenden Kapitalverkehrskontrollen werden aufgehoben.
	Italien
1978	
30. September	Die Regierung legt den Haushaltsentwurf für 1979 vor. Darin ist unterstellt, daß das BSP real um 4 vH und die Verbraucherpreise um 12 vH steigen werden. Der Ausgabenanstieg soll rund 15 vH betragen und das Defizit soll sich auf 16 vH des BSP belaufen.
1979	
11. Januar	Die Regierung beschließt ein Programm zur Verminderung der Soziallasten der Unternehmen durch öffentliche Übernahme von Sozialbeiträgen.
17. Januar	Die Bank von Italien weitet ihr Ziel für die Kreditexpansion von 13 vH auf 14 vH bis 15 vH aus, um die Belebung der Wirtschaft nicht zu behindern.
1. Oktober	Die Regierung legt den Haushaltsplan für 1980 vor. Darin ist eine Ausgabensteigerung von 18 vH und eine Ausweitung des öffentlichen Defizits von 19 vH vorgesehen. Damit soll insgesamt die Zunahme des realen BSP von 1,5 vH auf 2,5 vH angehoben werden.
8. Oktober	Die Bank von Italien erhöht angesichts der Zinssteigerungen in anderen Industrieländern den Diskontsatz von $10^1/_2$ % auf 12 %.
	Japan
1978	
27. Dezember	Angesichts der starken Aufwertung des Yen gegenüber dem Dollar senkt die japanische Regierung ihr Ziel für den Anstieg des realen BSP im Jahre 1979 von 7 vH auf 6 vH.
1979	
11. Januar	Die Regierung legt den Haushaltsentwurf für 1979 vor. Darin geht sie von der Annahme aus, daß das reale Sozialprodukt um rund 6 vH zunehmen und die Preissteigerung bei etwa $3^1/_2$ vH liegen wird. Die Ausgabensteigerung soll $12^1/_2$ vH betragen und das Defizit soll sich auf 6,8 vH des BSP belaufen. Im Budget wird ein Anstieg der Leistungen für öffentliche Investitionen von 20 vH vorgesehen.
17. April	Angesichts steigender Inflationsraten und der Abwertungstendenz für den Yen erhöht die Bank von Japan den Diskontsatz von $3^1/_2$ % auf $4^1/_2$ %.
20. Juli	Die Bank von Japan geht davon aus, daß die Zuwachsrate der Geldmenge (M2) im Verlauf des Jahres bei rund 12 vH liegen wird.
24. Juli	Die Bank von Japan erhöht den Diskontsatz weiter von $4^1/_4$ % auf $5^1/_4$ %.
2. November	Die Bank von Japan erhöht den Diskontsatz angesichts der Zinserhöhungen in anderen Industrieländern von $5^1/_4$ % auf $6^1/_4$ %.
	Kanada
1978	
11. September	Die Bank von Kanada senkt ihr Ziel für die Ausweitung der Geldmenge (M1) von 7 vH bis 11 vH auf 6 vH bis 10 vH.
12. September	Die Bank von Kanada erhöht den Diskontsatz von 9 % auf $9^1/_2$ %, um einer weiteren Abwertung des kanadischen Dollar vorzubeugen.
16. November	Die Regierung legt den Haushaltsentwurf für das Fiskaljahr 1979/80 vor. Unter der Annahme, daß das reale BSP um 4 vH bis $4^1/_2$ vH zunehmen wird, soll sich das Defizit des Haushalts auf 4 vH des BSP belaufen.
1979	
23. Juli	Angesichts der Zinssteigerung in den Vereinigten Staaten erhöht die Bank von Kanada ihre „Bankrate" von $11^1/_4$ % auf $11^3/_4$ %. Bis Anfang Oktober wird dieser Zinssatz weiter in mehreren Schritten auf 13 % angehoben.

noch Tabelle 5

Datum	
	Niederlande
1978	
19. September	Die Regierung legt den Haushaltsentwurf für 1979 vor. Darin wird eine Zunahme des realen BSP von 3 vH und ein Anstieg der Verbraucherpreise von rund 4 vH unterstellt. Die Ausgaben sollen um 8,4 vH zunehmen und das Defizit wird auf etwa 4,2 vH des BSP steigen. Das Budget enthält arbeitsmarktpolitische Maßnahmen und Maßnahmen zur Entlastung der Unternehmen von Sozialbeiträgen.
26. September	Die Nationalbank erhöht den Diskontsatz in Anbetracht der Unruhe an den Devisenmärkten von $4^1/_2$ % auf $5^1/_2$ %. Am 13. Oktober wird der Satz weiter auf $6^1/_2$ % gesteigert.
19. Dezember	Die Preiskontrollen werden verlängert. 1979 sollen die Preise in der Verarbeitenden Industrie abgesehen von Kostenerhöhungen aus anderen Gründen als Lohnsteigerungen nur um 1 vH erhöht werden.
1979	
12. Februar	Die Nationalbank kommt mit den Organisationen des Bankensystems überein, daß 1979 die gesamte Kreditexpansion nicht mehr als 9 vH betragen soll.
31. Mai	Die Nationalbank erhöht den Diskontsatz von $6^1/_2$ % auf 7 %. Am 6. Juli wird der Satz weiter auf $7^1/_2$ % angehoben und am 12. Juli auf 8 %.
19. September	Die Regierung legt den Haushaltsentwurf für 1980 vor. Darin wird ein Anstieg des realen BSP von 2,5 vH und ein Anstieg der Verbraucherpreise von 5,5 vH unterstellt. Der Ausgabenanstieg soll 11 vH und das Defizit des Haushalts 5,5 vH betragen. Das Budget enthält ein Programm zur Beschäftigungssteigerung in Höhe von 2 Mrd Gulden.
2. November	Angesichts der Erhöhung des Diskontsatzes in der Bundesrepublik erhöht die niederländische Zentralbank den Diskontsatz von 8 % auf $8^1/_2$ %.
	Österreich
1978	
18. Oktober	Die Regierung legt ihren Haushaltsentwurf für 1979 vor. Darin wird ein Anstieg des realen BSP von 2,5 vH bis 3 vH angenommen. Die Regierung betont die Priorität für Vollbeschäftigung, will aber auch Anstrengungen zur Eindämmung der Inflation unternehmen. Das Defizit soll 3,4 vH des BSP betragen.
1979	
25. Januar	Die Nationalbank senkt den Diskontsatz von $4^1/_2$ % auf $3^3/_4$ %, um die Investitionstätigkeit anzuregen.
9. März	Die Nationalbank kündigt an, den Schilling stabil im Verhältnis zu den Währungen des Europäischen Währungssystems zu halten und eine Wechselkurspolitik zu betreiben, als wäre Österreich Mitglied des Systems.
7. September	In Übereinstimmung mit der Regierung wertet die Nationalbank den Schilling um $1^1/_2$ vH auf.
	Schweden
1979	
10. Januar	In ihrem Haushaltsentwurf geht die Regierung davon aus, daß das BSP 1979 real um 5,4 vH zunehmen und der Preisanstieg auf der Verbraucherstufe 5 vH bis 6 vH betragen wird. Die Ausgaben sollen um 6,8 vH steigen und das Defizit soll sich auf etwa 10 vH des BSP belaufen.
8. März	Die Regierung verabschiedet ein Programm zur Verbesserung der Wachstumsbedingungen und der Wettbewerbsfähigkeit der Industrie in Höhe von 650 Mio Kronen.
6. Juli	Die Bank von Schweden erhöht den Diskontsatz von $6^1/_2$ % auf 7 %. Am 27. September wird der Satz weiter auf 8 % angehoben.
	Schweiz
1978	
20. Oktober	Die Bundesregierung legt ihren Haushaltsentwurf für 1979 vor. Darin geht sie von einer Konstanz des realen BSP in den Jahren 1978 und 1979 aus. Die Ausgabensteigerung soll 2,2 vH betragen und das Defizit wird sich auf 1,2 vH des BSP belaufen.

noch Tabelle 5

Datum	
1979	
10. Januar	Die Nationalbank gibt bekannt, daß das Ziel für die Zunahme der Geldmenge (M1) von 5 vH im Jahre 1978 deutlich überschritten wurde. Tatsächlich betrug die Ausweitung rund 17 vH, da die Zentralbank bemüht war, keine übermäßige Aufwertung des Franken zuzulassen. Angesichts der Bedeutung von starken Wechselkursschwankungen für die schweizerische Wirtschaft, entschließt sich die Zentralbank, der Wechselkurspolitik Vorrang einzuräumen und kein Ziel für die Expansion der Geldmenge für das Jahr 1979 zu verkünden.
	Vereinigte Staaten
1978	
16. November	Der Vorsitzende des Federal Reserve Board gibt vor dem Kongreß bekannt, daß angesichts institutioneller Änderungen im Bankensystem die Zielgröße für die Geldmenge M1 von 4 vH bis $6^1/_2$vH auf 2 vH bis 6 vH geändert wird.
1979	
22. Januar	Der Präsident legt den Haushaltsentwurf für das Finanzjahr 1979/80 vor. Darin wird ein Zuwachs des realen Sozialprodukts von 2,2 vH unterstellt und es wird angenommen, daß die Arbeitslosenquote von 5,9 vH auf 6,2 vH zum Jahresende ansteigt. Das Defizit des Bundeshaushalts soll 29 Mrd $ oder 1,2 vH des BSP betragen.
20. Februar	Der Vorsitzende des Federal Reserve Board gibt vor dem Kongreß bekannt, daß die Zunahme der Geldmenge M1 bis zum Jahresende 1979 zwischen $1^1/_2$ und $4^1/_2$ vH liegen soll (5 vH bis 8 vH für M2; 6 vH bis 9 vH für M3).
5. April	Der Präsident legt ein Programm zur Energieeinsparung und zur Nutzung heimischer Energiequellen vor. Es enthält Maßnahmen zur Einsparung von Öl beim Heizen und bei der Benutzung von Kraftfahrzeugen sowie Maßnahmen zur Substitution von importiertem Öl, in erster Linie die allmähliche Beseitigung der Preiskontrollen für im Inland gefördertes Öl.
15. Juli	Der Präsident schlägt weitere Maßnahmen zur Energieeinsparung und zur Verminderung der Abhängigkeit der Vereinigten Staaten von importiertem Rohöl vor. Unter anderem sieht das Programm vor: Zusätzliche Energienachfrage nur noch aus heimischen Quellen zu decken und die Abhängigkeit von fremdem Rohöl bis zum Ende der 80er Jahre zu halbieren; öffentliche Verkehrsmittel zu fördern und Importquoten für jedes Jahr ab 1979 festzusetzen (1979: 8,2 Mio barrel/Tag).
20. Juli	Das Federal Reserve Board erhöht den Diskontsatz von $9^1/_2$ % auf 10 % angesichts der Labilität der amerikanischen Währung am Devisenmarkt.
17. August	Der Diskontsatz aller Banken des Federal Reserve Systems wird in Anbetracht der raschen monetären Expansion auf $10^1/_2$ % angehoben. Am 18. September wird der Satz noch einmal auf 11 % gesteigert.
5. Oktober	Um einem weiteren Kursverfall des Dollar entgegenzutreten beschließt das Federal Reserve Board, den Diskontsatz von 11 % auf 12 % anzuheben, und Zuwachsreserven in Höhe von 8 % auf „managed liabilities" (Euromarkteinlagen, Termineinlagen über 100 000 Dollar und Wertpapierpensionsgeschäfte) einzuführen. Die Geldpolitik soll in Zukunft stärker an der Geldmenge orientiert und die Zinsentwicklung dem Markt überlassen werden.

II. Veränderte Währungsprobleme

19. Nach den Währungsunruhen der vergangenen Jahre ist es 1979 zunächst nur zu vergleichsweise geringen Schwankungen der Wechselkurse gekommen. Im Spätsommer wurde diese Phase fast stabiler Kurse zwar von einem neuen Schwächeanfall des Dollar unterbrochen, und auch bei den europäischen Währungen waren Paritätsveränderungen nötig. Im ganzen hielten sich die Wechselkursveränderungen 1979 jedoch in engen Grenzen, möglicherweise in zu engen Grenzen (Schaubilder 2 und 3).

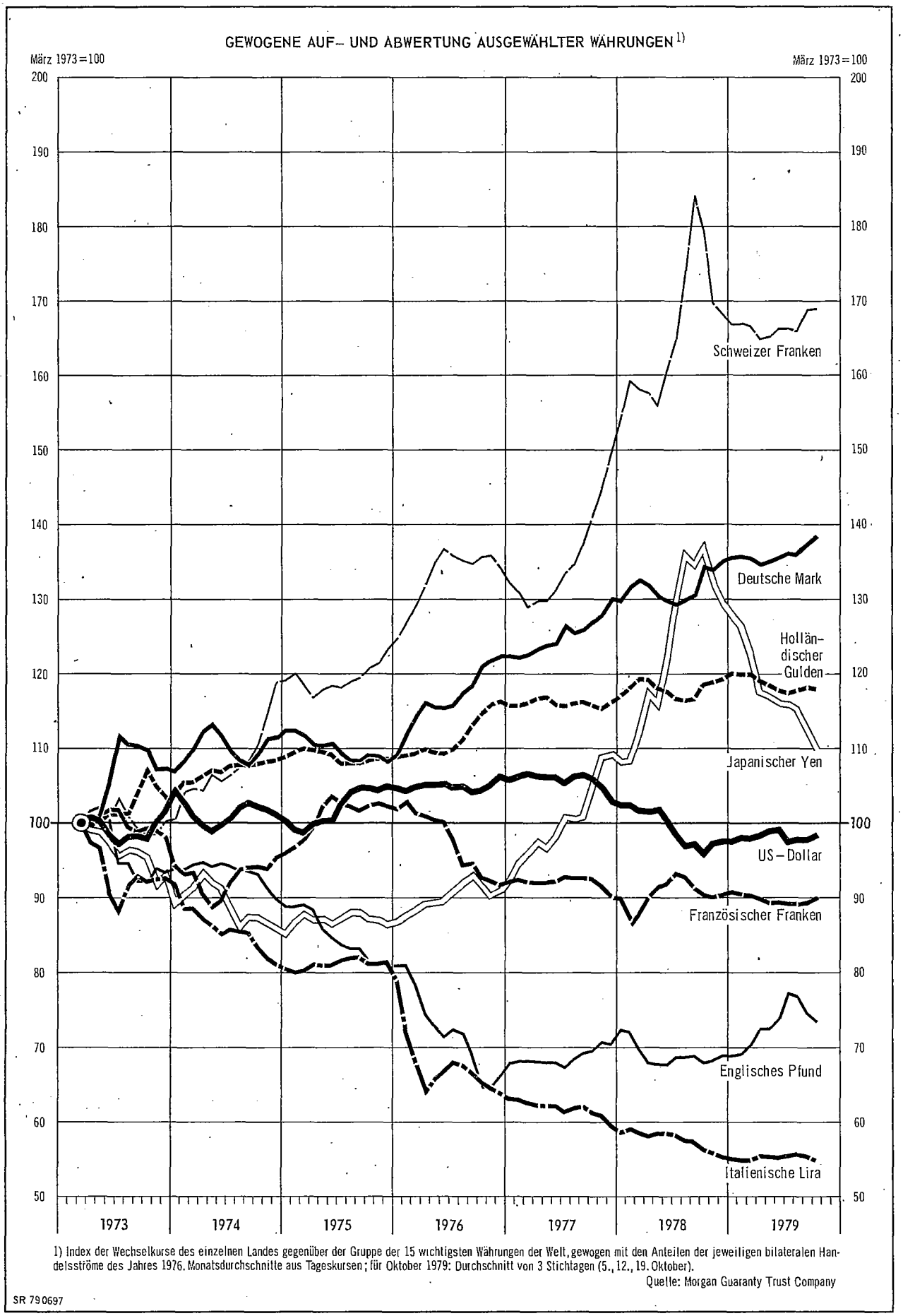
20. Der veränderten Lage waren in den letzten Monaten des Jahres 1978 eine Reihe währungspolitisch wichtiger Entscheidungen vorangegangen.

— Der Europäische Rat beschloß ein Europäisches Währungssystem mit im Prinzip festen Kursen zwischen den Währungen aller Mitgliedsländer der Europäischen Gemeinschaft. Es trat am 13. März 1979 in Kraft, nachdem eine Einigung über den Grenzausgleich im Agrarhandel zwischen den Mitgliedstaaten gefunden worden war.

— Die Schweizerische Nationalbank benannte am 19. Oktober 1978 einen unteren Interventionspunkt für den Wechselkurs der D-Mark gegenüber dem Schweizer Franken; sie kündigte an, bei einem Kurs von 80 Franken für 100 DM unbegrenzt zu intervenieren.

— Am 1. November 1978 ließ die amerikanische Regierung erstmals deutlich erkennen, daß ihre

Schaubild 2



1) Index der Wechselkurse des einzelnen Landes gegenüber der Gruppe der 15 wichtigsten Währungen der Welt, gewogen mit den Anteilen der jeweiligen bilateralen Handelsströme des Jahres 1976. Monatsdurchschnitte aus Tageskursen; für Oktober 1979: Durchschnitt von 3 Stichtagen (5., 12., 19. Oktober).

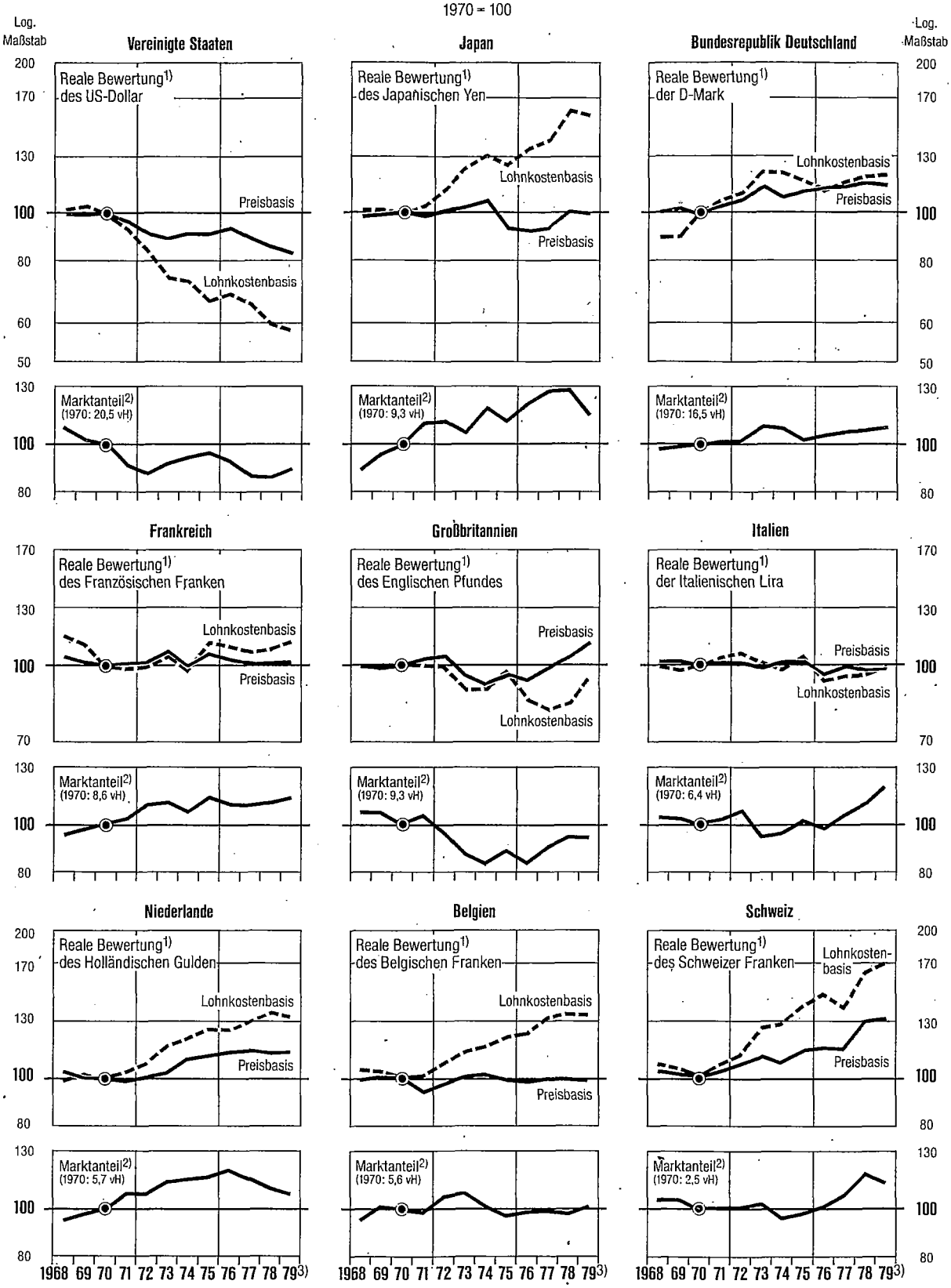
Quelle: Morgan Guaranty Trust Company

SR 790697

Schaubild 3

ZUR AUSSENHANDELSSITUATION AUSGEWÄHLTER LÄNDER

1970 = 100



1) Wechselkursbereinigte relative Veränderung der Durchschnittswerte der Ausfuhr bzw. der Lohnstückkosten gegenüber der Gruppe der 14 wichtigsten westlichen Industrieländer, zusammengewogen mit den jeweiligen Vorjahresanteilen der Länder an der Weltausfuhr (ohne Staatshandelsländer). – 2) Anteil der Ausfuhr der Länder an der Gesamtausfuhr der 14 wichtigsten westlichen Industrieländer. – 3) Eigene Schätzung.

Quelle für Grundzahlen: Deutsche Bundesbank, DIW, OECD, UN

SR 79 0711

Wirtschaftspolitik mehr als in der Vergangenheit auf den Außenwert ihrer Währung Rücksicht nehmen werde. Der Diskontsatz wurde angehoben, und die Währungsbehörden ließen sich höhere Kreditlinien bei ausländischen Notenbanken und beim Internationalen Währungsfonds einräumen. Außerdem erklärte die amerikanische Regierung ihre Bereitschaft, erstmals auch auf ausländischen Kapitalmärkten Währungskredite (später „Carter-Notes" genannt) aufzunehmen. Insgesamt sind durch diese Maßnahmen Währungsreserven im Gegenwert von 30 Mrd Dollar zur Stützung der amerikanischen Währung bereitgestellt worden.

Äußerliche Stabilisierung des Dollar

21. Das Bemühen der amerikanischen Währungsbehörden, gemeinsam mit den Notenbanken der Bundesrepublik, Japans und der Schweiz den Außenwert des Dollar zu stabilisieren, zeigte zur Jahreswende 1978/79 deutliche Erfolge. Nachdem ein weiterer Kursverfall des Dollar nicht mehr erwartet wurde, kam es zum Rückfluß der Kapitalströme. Allein von Januar bis März 1979 erreichten die Kapitalzuflüsse in die Vereinigten Staaten ein Volumen von 13 Mrd Dollar, kaum weniger als die Abflüsse in der Zeit von Oktober bis Dezember 1978, die 14 Mrd Dollar betragen hatten.

22. Diese Umkehr der Kapitalströme kam im Grunde nicht überraschend. Alle hatten ohnehin längst den Dollarkurs für ausreichend niedrig gehalten, soweit es um die Aufgabe ging, vom Wechselkurs her die Voraussetzungen für eine bessere Leistungsbilanz der Vereinigten Staaten zu schaffen. So bedurfte es nur noch der Erwartung, daß der Kurs auch tatsächlich nicht mehr fallen werde, zumindest vorläufig, und schon konnten vor allem die Zinsen, die in Amerika viel höher waren als in den „Aufwertungsländern", die Anlageentscheidungen bestimmen.

23. Die günstigere Einschätzung des Dollar erwies sich allerdings nicht als dauerhaft. Schon von der Jahresmitte an traten wieder ungünstige Faktoren in den Vordergrund. Mehr und mehr wurde deutlich, daß es in den Vereinigten Staaten trotz der Konjunkturabschwächung und trotz des starken Zinsanstiegs nicht alsbald zu einer Dämpfung der inflationären Tendenzen kommen würde. Monat für Monat stieg das Preisniveau um mehr als ein Prozent. Da half schließlich auch die Zuversicht nicht mehr, daß die Leistungsbilanz demnächst günstiger sein werde. Die Flucht aus dem Dollar begann aufs neue.

Unklar ist, welche Rolle die Auswirkungen der neuen Ölkrise bei der jüngsten Verunsicherung derer, die Dollaranlagen halten, gespielt haben. Einerseits dürfte wegen der Ölverteuerung die Nachfrage nach Währungsreserven und damit nicht zuletzt nach Dollar zugenommen haben. Andererseits sind im Zusammenhang mit der erhöhten Ölrechnung Amerikas auch wieder mehr Dollar in Umlauf gekommen.

Eine dauerhafte Veränderung der Rolle des Dollar ergibt sich aus der Neigung vieler Länder, bei ihren Währungsreserven das Gewicht der Dollaranlagen niedriger zu halten als in der Vergangenheit. Ein ständiger Abwertungsdruck auf den Dollar muß daraus nicht erwachsen, ein vorübergehender freilich schon (JG 78 Ziffern 335 ff.).

24. Das Geschehen an den Devisenmärkten stand auch in diesem Jahr im Zeichen massiver Notenbankinterventionen. So wäre die Aufwertung des Dollar in der ersten Jahreshälfte möglicherweise höher ausgefallen, wenn die Notenbanken, die zuvor in großem Umfang Dollar aus dem Markt genommen hatten, diese jetzt nicht wieder an den Markt gegeben hätten. In der Zeit von Januar bis Mai wurde mit $22^1/_2$ Mrd Dollar zugunsten der D-Mark, des Schweizer Franken und des Yen interveniert. Den amerikanischen Währungsbehörden gelang es, alle Swap-Kredite bei ausländischen Notenbanken zu tilgen, einschließlich der Verbindlichkeiten aus der Zeit vor August 1971. Für die Notenbanken der Bundesrepublik, der Schweiz und Japans war eine höhere Aufwertung des Dollar wenig erwünscht. Sie wäre kaum von Dauer gewesen und hätte zudem den starken Anstieg der in Dollar notierten Weltmarktpreise für Rohstoffe in noch verschärfter Form ins Inland getragen. Die Aufwärtstendenz beim Dollar hielt bis Anfang Juni an. Zu diesem Zeitpunkt lag der gewogene Außenwert der amerikanischen Währung um 4,0 vH über dem niedrigsten Monatswert, nämlich dem vom Oktober 1978.

In den Sommermonaten setzte dann die alte Abwertungstendenz wieder ein. Zunächst gelang es, mit hohen Interventionen und steigenden Geldmarktzinsen in den Vereinigten Staaten einen stärkeren Rückgang des Dollarkurses zu verhindern. Im September zeigten die Devisenmärkte jedoch Kursbewegungen, die sich von den Turbulenzen des Vorjahres kaum noch unterschieden. Der Dollarkurs gegenüber der D-Mark und dem Schweizer Franken fiel in dieser Zeit trotz massiver Stützungskäufe der Notenbanken auf ein Niveau, das den niedrigsten Werten des Vorjahres nahe kam oder diese sogar unterschritt.

25. Der Wille zur massiven Intervention half diesmal jedoch ebensowenig wie die Tatsache, daß die amerikanischen Währungsbehörden über riesige Reserven an Interventionsmitteln verfügten. Der Markt verlangte nach Aktionen, die auf den Kern des Übels zielten. Anders als im November des vergangenen Jahres wurde daher die innere Stabilisierung des Dollar durch eine entschlossene Anti-Inflationspolitik zum Hauptpunkt des Programms gemacht. Mit einer Reihe hart restriktiver Maßnahmen versuchte die Geldpolitik, eine verschärfte Inflationsbekämpfung glaubwürdig zu machen. Es gelang, den Kursverfall des Dollar zu stoppen. Am wichtigsten an der veränderten Geldpolitik erscheint, daß nunmehr der Zins, das heißt in erster Linie die „Federal Funds Rate", weitgehend den Marktkräften überlassen und eine strikte Geldmengenpolitik betrieben werden soll.

26. Die starken Kursgewinne des Dollar bis zum Sommer 1979 haben beim Schweizer Franken und beim japanischen Yen so stark zu Buche geschlagen, daß sich bei diesen Währungen auch unter Berücksichtigung aller übrigen Kursrelationen, also beim „gewogenen" Außenwert des Schweizer Franken und beim „gewogenen" Außenwert des japanischen Yen eine deutliche Abwertung ergeben hat.

Im Oktober 1979 lag der Außenwert des Schweizer Franken um 7,7 vH unter dem höchsten Stand des Vorjahres (September 1978); gegenüber Dezember ergab sich nun jedoch eine Aufwertung von 0,5 vH. Der Yen verlor im Außenwert bis Oktober 1979 rund 20 vH gegenüber dem Stand vom Oktober 1978; gegenüber Dezember betrug die Abwertung noch rund 15 vH. Die starke Abwertung des Yen wird häufig mit der hohen Ölabhängigkeit der japanischen Wirtschaft und der Passivierung der japanischen Leistungsbilanz erklärt (Tabelle 6). Wie dem auch sei, in jedem Fall handelt es sich wohl vornehmlich um eine Korrektur der exzessiven Aufwertung im vergangenen Jahr.

Bei der D-Mark kam es im Jahresverlauf zu einem weiteren leichten Anstieg des gewogenen Außenwertes. Im Oktober lag dieser um 3,3 vH über dem Wert vom Dezember 1978.

Allen drei Ländern gemeinsam ist die Erfahrung: Was sie im vergangenen Jahr durch die massierte Aufwertung ihrer Währungen zu viel an Schutz vor Inflationsimport gewonnen hatten, fehlte ihnen in diesem Jahr.

27. Unzufrieden mit dem Geschehen an den Devisenmärkten war auch die britische Regierung. Der gewogene Außenwert des Pfundes erhöhte sich von Dezember letzten Jahres bis Oktober diesen Jahres um rund 6,5 vH. Devisenankäufe der Bank von England hatten einer noch stärkeren Aufwertung entgegengewirkt; die Währungsreserven nahmen von Dezember 1978 bis August 1979 um mehr als 2 Mrd Dollar zu, die Verbindlichkeiten beim Internationalen Währungsfonds konnten um 1,2 Mrd Dollar zurückgeführt werden. Diese Entwicklung ist wohl Ausdruck der Überzeugung am Devisenmarkt, daß ein Abwertungsbedarf beim englischen Pfund derzeit nicht besteht, man also der hohen Zinsen wegen Pfundanlagen attraktiv finden kann.

Für den stabilitäts- und wachstumspolitischen Kurs der neuen englischen Regierung ist eine solche Markttendenz, die Importe billig macht und den Wettbewerb scharf hält, im Prinzip eine äußerst wertvolle Unterstützung. Großbritannien wurde es allerdings rasch des Guten zuviel (Ziffer 16).

Europäisches Währungssystem: Erste Erfahrungen

28. Die Länder der Europäischen Gemeinschaft haben in diesem Jahr ein System für eine engere währungspolitische Zusammenarbeit, Europäisches Währungssystem (EWS) genannt, geschaffen. Es wurde am 13. März 1979 in Kraft gesetzt. Alle Länder der Gemeinschaft sind ihm beigetreten, wenn auch nicht alle in vollem Umfang und zu gleichen Bedingungen. Großbritannien hat sich noch nicht den Wechselkursbestimmungen angeschlossen, wohl aber den Beistandsregelungen; Italien wurde ein breiteres Band zwischen den Interventionspunkten zugestanden.

29. *In der Nachfolge des Europäischen Wechselkursverbundes, der sogenannten Währungsschlange, hat das EWS im wesentlichen dessen Interventionsregeln übernommen, wonach die beteiligten Zentralbanken bilaterale Interventionskurse vorgeben, das heißt Ankaufskurse und Verkaufskurse der eigenen Währung gegenüber jeder Währung der Gemeinschaft. Zwischen den bilateralen Interventionskursen liegt eine Bandbreite von zweimal 2,25 vH; gegenüber der italienischen Lira beträgt die Bandbreite zweimal 6 vH. Die Notenbanken haben sich verpflichtet, zu den Interventionskursen in unbegrenzter Höhe zu kaufen oder zu verkaufen.*

Zusätzlich hat das EWS in der Europäischen Währungseinheit (ECU) einen zentralen Bezugspunkt für die Währungspolitik. Der ECU ist ein Währungskorb, der bestimmte Beträge der einzelnen Gemeinschaftswährungen — einschließlich des Pfund Sterling — enthält. Für die beteiligten Währungen ergeben sich somit aus den bilateralen Mittelkursen, Paritäten oder Leitkurse genannt, auch Leitkurse gegenüber dem ECU. Um diese Leitkurse liegt jeweils ein Kursband. Weicht der ECU-Kurs einer Gemeinschaftswährung von dem ECU-Leitkurs stärker ab, als 75 vH des halben Kursbandes entspricht, so ist die sogenannte Abweichungsschwelle überschritten. Nach der Entschließung des Europäischen Rates vom 5. Dezember 1978 besteht beim Überschreiten der Abweichungsschwelle „eine Vermutung, daß die betreffenden Behörden diese Situation durch angemessene Maßnahmen korrigieren werden", und zwar durch „diversifizierte Interventionen, interne währungspolitische Maßnahmen, Änderungen der Leitkurse oder andere wirtschaftspolitische Maßnahmen". Das Kursband der einzelnen Währungen um deren ECU-Leitkurs ist um so enger, je größer das Gewicht der einzelnen Währung im Währungskorb ist. Damit soll sichergestellt werden, daß die Wahrscheinlichkeit, die Abweichungsschwelle zu erreichen, für alle Währungen gleich groß ist, unabhängig davon also, welches Gewicht sie im Währungskorb haben. So erreicht zum Beispiel die D-Mark ihre Abweichungsschwelle schon bei einer Abweichung von ± 1,13 vH vom ECU-Leitkurs, das irische Pfund hingegen erst bei einer Abweichung von ± 1,67 vH (Tabelle 7).

Für die Interventionen stehen im Rahmen des „sehr kurzfristigen Beistandes" Kreditlinien in unbegrenzter Höhe zur Verfügung. Für Salden, die über längere Zeit hinweg aufrechterhalten werden, können Kredite aus dem „kurzfristigen Währungsbeistand" und dem „mittelfristigen finanziellen Beistand" beansprucht werden. Diese Kredite sind durch Quoten begrenzt. Insgesamt wurde das auf diese Weise bereitgestellte Kreditvolumen von 15 Mrd Europäischen Währungseinheiten (rund 40 Mrd DM) im Europäischen Wechselkursverbund auf 25 Mrd Europäische Währungseinheiten (rund 63 Mrd DM) im Europäischen Währungssystem aufgestockt. Dem ECU kommt nicht nur als Bezugsgröße des Abweichungsindikators Bedeutung zu, sondern auch als Zahlungsmittel für den Saldenausgleich und als Rechnungseinheit für Forderungen und Schulden zwischen den beteiligten Zentralbanken. ECU-Guthaben beim Europäischen Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit wurden dadurch geschaffen, daß die beteiligten Notenbanken 20 vH ihrer Goldreserven und ihrer Dollarreserven auf dem Wege revolvierender Dreimonats-Swap-Geschäfte beim Fonds hinterlegten. Auf ECU lautende Forderungen und Verbindlichkeiten entstehen außerdem durch Interventionen am Devisenmarkt, wenn sich die intervenierende Notenbank Interventionsmittel beim Fonds leihen muß. die dadurch entstehenden Guthaben und Verbindlichkeiten werden zu einem Zinssatz verzinst, der dem gewogenen

Tabelle 6

Salden der Handelsbilanz und der Leistungsbilanz ausgewählter Länder

Mio US-Dollar

Land	1974	1975	1976	1977	1978	1979[1])
			Salden der Handelsbilanz			
Bundesrepublik Deutschland	+22 205	+17 683	+16 661	+19 745	+25 500	+19 900
Belgien-Luxemburg	+ 879	+ 548	− 602	− 1 275	− 1 500	− 2 600
Dänemark	− 1 787	− 1 305	− 2 879	− 2 690	− 2 400	− 3 600
Frankreich	− 3 862	+ 1 510	− 4 685	− 2 733	+ 1 600	− 1 000
Großbritannien	−11 724	− 6 585	− 5 840	− 2 492	− 2 300	− 5 900
Irland	− 1 073	− 463	− 608	− 600	− 800	− 2 000
Italien	− 8 511	− 1 149	− 4 242	+ 142	+ 2 900	+ 800
Niederlande	+ 846	+ 1 315	+ 1 799	− 87	− 900	+ 300
EG-Länder	− 3 027	+11 554	− 396	+10 010	+22 100	+ 5 900
Vereinigte Staaten	− 5 338	+ 9 051	− 9 353	−30 874	−34 200	−31 500
Kanada	+ 1 939	− 378	+ 1 661	+ 3 040	+ 3 400	+ 1 700
Japan	+ 1 438	+ 5 030	+ 9 890	+17 312	+24 600	+ 5 200
Österreich	− 1 410	− 1 417	− 2 506	− 3 865	− 3 000	− 3 900
Schweden	+ 607	+ 695	+ 441	+ 306	+ 2 600	+ 1 100
Schweiz	− 2 109	+ 98	+ 439	+ 148	+ 700	− 1 200
OECD-Länder	−26 200	+ 5 500	−17 600	−23 100	+ 5 100	−15 500
OPEC-Länder[2])	+77 100	+49 400	+65 000	+61 500	+43 000	+71 000
Entwicklungsländer (ohne OPEC-Länder)[3])	−23 500	−38 500	−25 000	−23 500	−36 500	−46 500
			Salden der Leistungsbilanz			
Bundesrepublik Deutschland	+ 9 874	+ 3 579	+ 3 484	+ 4 319	+ 8 800	− 100
Belgien-Luxemburg	+ 911	+ 705	− 14	− 723	− 900	− 2 400
Dänemark	− 981	− 491	− 1 909	− 1 681	− 1 500	− 2 700
Frankreich	− 5 845	+ 123	− 5 912	− 3 296	+ 3 900	+ 2 000
Großbritannien	− 8 391	− 4 172	− 2 016	+ 596	+ 2 000	− 5 200
Irland	− 672	− 25	− 261	− 209	− 300	− 1 400
Italien	− 8 040	− 555	− 2 855	+ 2 285	+ 6 400	+ 4 500
Niederlande	+ 2 213	+ 1 997	+ 2 716	+ 363	− 1 200	− 500
EG-Länder	−10 931	+ 1 161	− 6 767	+ 1 654	+17 200	− 5 800
Vereinigte Staaten	+ 1 720	+18 456	+ 4 339	−14 080	−13 900	− 4 500
Kanada	− 1 487	− 4 696	− 3 839	− 3 930	− 4 700	− 6 500
Japan	− 4 692	− 681	+ 3 681	+10 911	+16 500	− 4 900
Österreich	− 451	− 333	− 1 490	− 3 003	− 1 500	− 1 900
Schweden	− 932	− 1 624	− 1 813	− 2 790	− 1 000	− 2 600
Schweiz	+ 171	+ 2 586	+ 3 517	+ 3 783	+ 4 400	+ 2 800
OECD-Länder	−27 500	− 300	−19 100	−26 300	+ 6 400	−15 500
OPEC-Länder[2])	+59 500	+27 100	+36 600	+29 100	+ 5 900	+31 000
Entwicklungsländer (ohne OPEC-Länder)[3])	−23 300	−37 500	−25 500	−23 000	−35 000	−45 000

[1]) Eigene Schätzung aufgrund von

[2]) Algerien, Bahrain, Ecuador, Gabun, Indonesien, Irak, Iran, Katar, Kuwait, Libyen, Nigeria, Oman, Saudi-Arabien, Venezuela, Vereinigte

[3]) Afrika ohne Republik Südafrika, Mittel- und Südamerika, Asien ohne Japan und Staatshandelsländer, Ozeanien.

Quelle: IMF, OECD

Tabelle 7

Zum Europäischen Währungssystem

Währung	Deutsche Mark	Französischer Franken	Holländischer Gulden	Belgischer und Luxemburgischer Franken	Italienische Lira	Dänische Krone	Irisches Pfund	Englisches Pfund[1])
Fester Betrag im ECU-Korb (Währungseinheiten) ...	0,828	1,15	0,286	3,66 0,14	109,00	0,217	0,00759	0,0885
ECU-Leitkurs ab 24. September 1979 (1 ECU = ... Währungseinheiten) ...	2,48557	5,85522	2,74748	39,8456	1159,42	7,36594	0,669141	0,649822
Gewicht im ECU-Korb[2]) in vH	*33,3*	*19,6*	*10,4*	*9,5*	*9,4*	*2,9*	*1,1*	*13,6*
Abweichungsschwelle (= 75 vH der maximalen Abweichung)	*±1,13 vH*	*±1,36 vH*	*±1,51 vH*	*±1,53 vH*	*±4,08 vH*[3])	±1,64 vH	*±1,67 vH*	*(±1,46 vH)*
Abweichungsindikator[4]) (= Abweichung des ECU-Tageswertes vom ECU-Leitkurs der jeweiligen Währung in vH der maximalen Abweichung)								
Zeitpunkt	Deutsche Mark	Französischer Franken	Holländischer Gulden	Belgischer und Luxemburgischer Franken	Italienische Lira	Dänische Krone	Irisches Pfund	Englisches Pfund[1])
1979 13. März[5])	*−14*	*+ 8*	*+ 8*	*−46*	*+ 6*	*+32*	*+14*	*+ 20*
30. März	*−33*	*− 6*	*0*	*−57*	*+20*	*+48*	*+45*	*+ 78*
30. April	*−14*	*+11*	*−13*	*−72*	*+33*	*+35*	*+17*	*+138*
31. Mai	*+31*	*+12*	*−32*	*−89*	*+33*	*−62*	*− 4*	*+193*
29. Juni	*+27*	*+ 3*	*−48*	*−77*	*+19*	*−63*	*− 1*	*+259*
31. Juli	*+30*	*−15*	*−43*	*−61*	*+24*	*−67*	*−13*	*+446*
31. August	*+42*	*−21*	*−33*	*−69*	*+28*	*−75*	*− 2*	*+373*
28. September	*− 6*	*0*	*−21*	*−48*	*+23*	*+60*	*+ 7*	*+ 2*
31. Oktober	*+ 4*	*+42*	*−21*	*−24*	*+21*	*+27*	*− 1*	*− 96*

[1]) Nimmt am Wechselkursverbund des EWS nicht teil.
[2]) Berechnet auf Grund des jeweiligen ECU-Leitkurses.
[3]) Auf Grundlage einer Bandbreite von 6 vH.
[4]) Auf Grundlage des ECU-Tageswertes der Landeswährung (Kurse der Konzertation um 14.30 Uhr).
Abweichung der dem ECU nach oben: +
Abweichung der Landeswährung gegenüber dem ECU nach unten: −
Falls die italienische Lira oder vH von mindestens einer der anderen Währungen abweichen, wird der bereinigte Indikatorwert ausgewiesen. Eine Korrektur des Indikators für die italienische Lira erfolgt nur, wenn das englische Pfund um mehr als 6 vH (erweiterte Bandbreite der italienischen Lira) von der Lira abweicht. Der Indikatorwert für das englische Pfund hat nur nachrichtliche Bedeutung.
[5]) Beginn des EWS.

Quelle: Deutsche Bundesbank

arithmetischen Mittel des Diskontsatzes aller EG-Zentralbanken entspricht.

ECU-Guthaben können auch für den Saldenausgleich genutzt werden. Die Gläubiger müssen jedoch nicht mehr als 50 vH ihrer Forderungen in ECU entgegennehmen. Vorrangig soll der Saldenausgleich in der Gläubigerwährung vorgenommen werden. Restbeträge können durch Abtretung anderer Reserven beglichen werden, entsprechend der Zusammensetzung der Reserven des Schuldners.

30. Ein letztes Hindernis für die Einführung des Europäischen Währungssystems bildete die Forderung der französischen Regierung, verbindliche Vereinbarungen zum Abbau des sogenannten Grenzausgleichs im Agrarbereich zu schaffen. Damit sind Ausgleichszahlungen gemeint, die eingeführt wurden, um Wechselkursänderungen nicht in vollem Umfang auf die Agrarmärkte durchwirken zu lassen und die Anpassung der Landwirtschaft zeitlich zu strecken.

Der Grenzausgleich gilt beim Handel mit Agrarerzeugnissen, für die in einer europäischen Marktordnung Preise in europäischen Rechnungseinheiten festgelegt sind. Im Falle der Abwertung oder Aufwertung einer Gemeinschaftswährung müßten die Marktordnungspreise für diese Erzeugnisse in nationaler Währung im Abwertungsland steigen, im Aufwertungsland sinken. Solche automatischen Änderungen der Marktordnungspreise wollte man in Aufwertungsländern der Landwirtschaft und in Abwertungsländern den Verbrauchern bisher nicht in vollem Umfang zumuten. Um dies zu vermeiden, wurden gesonderte Wechselkurse („grüne Paritäten") für die Umrechnung der Marktordnungspreise eingeführt. Diese Wechselkurse für den Agrarbereich werden nicht automatisch angepaßt, wenn die Paritäten geändert werden oder wenn sich an den Devisenmärkten Wechselkursänderungen ergeben. Sie werden nur aufgrund besonderer Beschlüsse geändert, die außer den Inflationsunterschieden auch der Einkommenslage der Landwirte Rechnung tragen sollen. Es wird also verhindert, daß Wechselkursänderungen auf die Preise von Ernährungsgütern, soweit sie von Marktordnungen bestimmt sind, unmittelbar durchwirken. Also:

Zu den jeweils im übrigen geltenden Wechselkursen umgerechnet, sind die in den Marktordnungen festgelegten Agrarpreisniveaus in Europa unterschiedlich hoch. Die gemeinsamen europäischen Agrarpreise gibt es nur noch dem Scheine nach, nämlich durch die Festsetzung dieser Preise in europäischen Rechnungseinheiten. Um diese Wechselkursspaltung im innergemeinschaftlichen Handel mit Marktordnungsgütern vor Arbitragegeschäften zu sichern, wurden die Grenzausgleichsbeträge eingeführt — auch Währungsausgleich genannt. Sie gleichen die Differenz zwischen den Wechselkursen und den „grünen Paritäten" aus. Werden also nach einer Wechselkursänderung die „grünen Paritäten" nicht geändert, so erheben Aufwertungsländer bei der Einfuhr Grenzausgleichsbeträge in dieser Höhe, um die Preise der Einfuhrgüter auf das höhere inländische Niveau der Marktordnungspreise anzuheben, bei Ausfuhren gewähren sie Grenzausgleichsbeträge, um die Preise der Ausfuhrgüter zu senken. In Abwertungsländern werden bei der Einfuhr Grenzausgleichsbeträge gewährt und bei den Exporten Ausgleichsbeträge erhoben.

Die Einführung des Europäischen Währungssystems schuf eigentlich keine neuen Gründe, an diesem Verfahren etwas zu ändern. Gründe hierzu gab es allerdings ohnehin genug. Denn das System des Grenzausgleichs, zur zeitlichen Streckung unvermeidlicher Anpassungslasten geschaffen, wurde immer wieder zur Zementierung von Unterschieden im Agrarpreisniveau mißbraucht. Die französische Regierung hatte also im Prinzip gute Gründe auf ihrer Seite, als sie den Anlaß der Entscheidung über die Einführung des EWS nutzte, den Abbau der bestehenden Grenzausgleichsbeträge nach einem festgelegten Zeitplan zu fordern. Dieser sollte dann auch für zukünftige Ausgleichsbeträge gelten. Sie hatte allerdings einen schwerwiegenden Grund gegen sich, und zwar einen Grund, der sein Gewicht erst durch den Plan bekam, das EWS zu schaffen. Jede Automatik in der Veränderung der „grünen Paritäten" im Anschluß an Wechselkursänderungen, so erwünscht sie im übrigen sein mag, mußte im EWS die gemeinsam zu treffenden Entscheidungen über die ECU-Paritäten und deren Änderung belasten mit den partikularen Gesichtspunkten agrarpolitischer Interessen. Jede Erfahrung sprach dagegen, dies zu tun, wenn man ernsthaft Spielraum für rechtzeitige Paritätsänderungen im EWS gewährleisten wollte. Selbst notorische Gegner des Grenzausgleichs kamen daher durch die französische Forderung in Verlegenheit.

Bei dem Anfang März gefundenen Kompromiß gelang es, eine Einigung über den Abbau neu entstehender Grenzausgleichsbeträge zu finden; diese sollen künftig grundsätzlich innerhalb von zwei Jahren wieder abgebaut werden. Der Abbau soll allerdings nicht zu einer Senkung der Marktordnungspreise in nationaler Währung führen, das heißt, er ist immer von einer Erhöhung dieser Preise in Europäischen Rechnungseinheiten abhängig und soll nicht über diese hinausgehen. Das Problem der bereits bestehenden Grenzausgleichsbeträge blieb zunächst ungelöst.

Im Sommer wurde mit einer Neufestsetzung der „grünen Paritäten" und durch die Aufwertung des englischen Pfundes jedoch ein deutlicher Abbau des Grenzausgleichs erreicht. Eine weitere Anpassung wurde im Rahmen der Neufestsetzungen der Paritäten des EWS im September vorgenommen. Der Grenzausgleich beträgt derzeit bei den meisten Marktordnungsprodukten für das Vereinigte Königreich noch −8,9 vH, für Italien −4,3 vH, für Frankreich −3,7 vH, für die Benelux-Länder +1,9 vH und für die Bundesrepublik Deutschland +9,8 vH.

31. In diesem Jahr haben die meisten europäischen Länder weiterhin hohe und alle Länder zunehmende Inflationsraten (Ziffer 7); auch die Unterschiede zwischen den Inflationsraten der einzelnen Länder haben sich nur wenig verändert.

In Anbetracht dessen war es nicht verfrüht, anläßlich der verabredeten Überprüfung des EWS im September dieses Jahres die ersten Paritätsänderungen vorzunehmen. Die dänische Krone wurde um 3 vH abgewertet und die D-Mark um 2 vH aufgewertet. Zwar hatten zu diesem Zeitpunkt weder die D-Mark noch die Währungen der anderen größeren Länder ihre „Abweichungsschwelle" gegenüber dem ECU-Leitkurs erreicht; es galt jedoch zu verhindern, daß Paritätsänderungen, die man für notwendig hielt, erst vom Markt mit hohen spekulativen Kapitalbewegungen erzwungen werden mußten, wie dies im Europäischen Währungsverbund („Währungsschlange") mehrfach der Fall gewesen war.

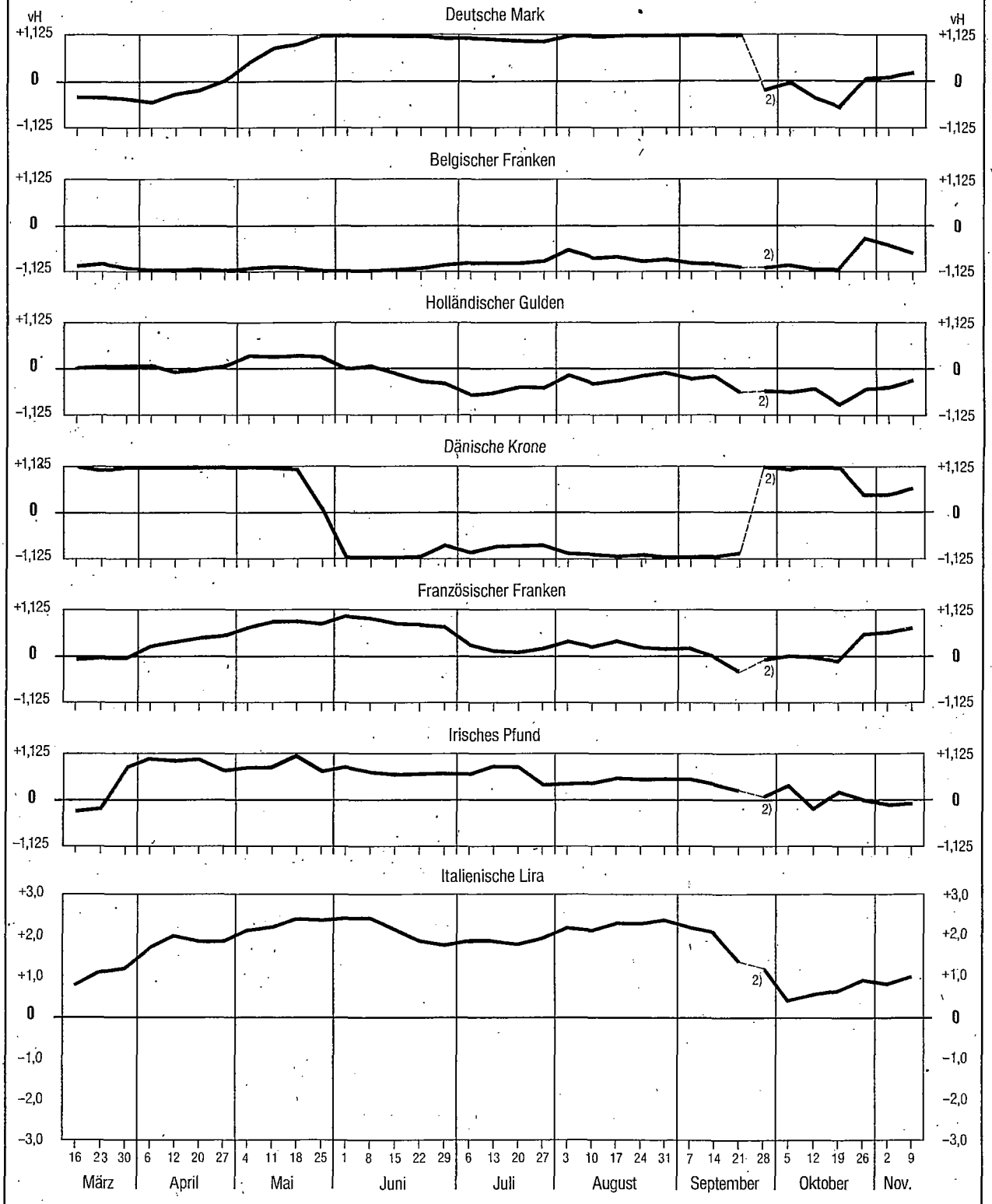
32. Überraschen mag die Entwicklung von zwei Währungen, die von Anfang an zu den schwachen Währungen des Systems gerechnet worden waren (Schaubild 4). Die stärkste Aufwertung gegenüber dem ECU konnte die italienische Lira verzeichnen. Ende September lag sie noch um 1,1 vH über ihrem ECU-Leitkurs. Die Lira ist allerdings zu einem sehr niedrigen Kurs in das EWS eingetreten. Es war daher zu erwarten, daß sie vorläufig im Kursband gehalten werden könnte und gehalten werden würde. Es leuchtet dann ein, daß kurzfristige Anlagen in Lire, für die Zinsen von mehr als 15% geboten wurden, sich als attraktiv erwiesen und Geld anzogen. Ähnliches gilt für den französischen Franken, der seit März vergleichsweise geringe Abweichungen vom ECU-Leitkurs zeigt. Auch hierfür dürften hohe Zinsen für Franken-Anlagen und die Erwartung ausschlaggebend gewesen sein, es werde zumindest vorläufig zu keiner Änderung der Parität kommen. Nur im September, als das erneute Dollarproblem Unsicherheit auch in die Erwartungen in bezug auf das Ergebnis der anstehenden EWS-Überprüfung brachte, verlor der Franken vorübergehend gegenüber dem Leitkurs stärker an Boden.

33. Als schwächste Währungen des EWS erwiesen sich der belgische Franken und die dänische Krone. Die belgische Währung lag von Anfang an am unteren Ende des Währungsbandes und überschritt im Mai auch ihre „Abweichungsschwelle" gegenüber dem ECU. Obwohl der Diskontsatz in Belgien zwischen Anfang Mai und Mitte Juni von 6% auf 9% angehoben wurde und die Inflationsrate in Belgien nicht mehr viel höher ist als die in der Bundesrepublik, gelang es nicht, den Kurs des Franken dauerhaft zu stabilisieren. Insgesamt mußte die belgische Notenbank bis September Währungsreserven in Höhe von 80 Mrd belgischen Franken (rund 5 Mrd

Schaubild 4

POSITION DER AM EUROPÄISCHEN WÄHRUNGSSYSTEM BETEILIGTEN WÄHRUNGEN IM WECHSELKURSVERBUND[1)]

Wochenendstände vom 16. März bis 9. November 1979



1) Die Positionen der einzelnen Währungen werden durch ihre Wechselkurse gegenüber dem Dollar wiedergegeben. Zwar kann jede EWS-Währung gegenüber einer anderen EWS- Währung um 2,25 vH nach oben oder unten von ihrer Parität abweichen. In den Kursrelationen gegenüber dem Dollar, die diesem Schaubild zugrundeliegen, kann daher der jeweils maximale Abstand einer EWS-Währung von einer anderen EWS-Währung immer nur 2,25 vH betragen. – Errechnet auf der Basis der amtlichen Frankfurter Kassa-Mittelkurse. Beginn des Europäischen Währungssystems am 13. März 1979. Italien nimmt am EWS mit einer Bandbreite von 6 vH teil. – 2) Neufestsetzung der Wechselkurse im EWS am 24. September 1979.

Quelle: Deutsche Bundesbank

SR 79 0714

DM) zur Stützung ihrer Währung einsetzen; ihre Verschuldung beim Europäischen Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit erhöhte sich dabei auf fast 40 Mrd belgische Franken (rund 2,5 Mrd DM). Auch nach der D-Mark-Aufwertung blieb die belgische Währung gegenüber der D-Mark am unteren Interventionspunkt.

Die dänische Krone war bis Mitte Mai eine der stärksten Währungen des EWS. Als dann eine Reihe ungünstiger Nachrichten bekannt wurde, nämlich, daß ein höheres Leistungsbilanzdefizit zu erwarten sei und daß der Dänische Ökonomische Rat empfehle, die Krone abzuwerten, fiel ihr Kurs gegenüber der D-Mark innerhalb von zwei Wochen bis auf den unteren Interventionspunkt. Zinspolitische Gegenmaßnahmen fruchteten nichts. Erst nach der Abwertung der Krone gegenüber dem ECU um 3 vH — bei gleichzeitiger Aufwertung der D-Mark um 2 vH — konnte sich die Krone vom neuen unteren Interventionskurs gegenüber der D-Mark fernhalten.

34. Die D-Mark erreichte mehrfach die bilateralen Interventionskurse gegenüber dem belgischen Franken und der dänischen Krone, wodurch neben der dänischen und der belgischen Zentralbank auch die Bundesbank zu Stützungskäufen verpflichtet wurde. Die D-Mark überschritt bisher jedoch nie ihre „Abweichungsschwelle", so daß sich die Bundesbank nicht zu „korrigierenden Maßnahmen" gedrängt sah. Für die Aufwertung der D-Mark im September bestand daher keine aus dem EWS resultierende Verpflichtung.

35. In Anbetracht der unterschiedlichen Voraussetzungen und der unterschiedlichen Bereitschaft, sich in den beteiligten Ländern auf einen Stabilitätskurs zu verständigen, muß im Europäischen Währungssystem auch die Frage einer gemeinsamen Politik gegenüber dem Dollar nach wie vor als ungelöst gelten. So ergab sich im Frühjahr angesichts der Tendenz zur Aufwertung des Dollar das Problem, daß die einzelnen Teilnehmerländer in unterschiedlichem Maße daran interessiert waren, eine Abwertung ihrer Währung gegenüber dem Dollar hinzunehmen. Versucht dann ein Mitglied des Systems, eine Abwertung der eigenen Währung gegenüber dem Dollar zu verhindern, so führt dies über Arbitrageprozesse dazu, daß andere Währungen, die gegenüber dem Dollar ebenfalls schwach sind, zu deren Gunsten aber nicht interveniert wird, innerhalb des EWS geringer bewertet werden. Dadurch können für diese Währungen Stützungsmaßnahmen erforderlich werden, was unerwünscht sein mag. Dazu kam es auch, und über die Bundesrepublik wurde geklagt. Alle mögen aber wohl gesehen haben, daß das EWS zu einem Zeitpunkt in Kraft getreten war, als gerade der Rückstrom der riesigen Dollarzuflüsse des vergangenen Jahres im Gange war.

Im Herbst führte der erneute Kursverfall des Dollar ebenfalls zu Spannungen im EWS. Da die D-Mark als Alternative zum Dollar sehr viel gefragter war als andere Währungen des Systems, ergab sich daraus eine Höherbewertung der D-Mark innerhalb des EWS. Sie wurde mit zum Anlaß für die Neufestsetzung der Paritäten im September.

36. Nach wie vor stellen die weit auseinander liegenden Inflationsraten der europäischen Länder das am schwersten wiegende Problem im Europäischen Währungssystem dar. Auch die Teilnahme Großbritanniens scheint bisher daran gescheitert zu sein. Die Anpassung der Paritäten, die im September vorgenommen wurde, wird in Anbetracht des Inflationsproblems nur als eine unzureichende Lösung gelten können, zumal allgemein die Aufwertung der D-Mark um 2 vH als zu gering angesehen wird. Eine Alternative zu den häufigen Paritätsänderungen, die das System letztlich aushöhlen müßten, kann nur darin bestehen, die Geldpolitik in Europa zu harmonisieren.

Harmonisierung der Geldpolitik in Europa?

37. In den Hartwährungsländern Deutschland und Schweiz hatte die Geldpolitik im Jahre 1978 ihre Mengenziele weitgehend zurückgestellt, als durch die reale Aufwertung des Franken und der D-Mark für die Stabilität des Geldwerts gut gesorgt schien und die Beschäftigungsprobleme einer übermäßigen Aufwertung sich in den Vordergrund drängten. In den Niederlanden und in Belgien, die traditionsgemäß keine Jahreszielgrößen für monetäre Aggregate vorgeben, wird die Geldpolitik ohnehin vor allem unter der Berücksichtigung des Außenwerts der Währung betrieben. Hier gibt es keine Harmonisierungsprobleme. In Frankreich, Italien und Großbritannien — Ländern, die Geldmengenziele vorgeben — war es im vergangenen Jahr möglich gewesen, die monetären Ziele weitgehend einzuhalten.

In Großbritannien konnte im Jahresverlauf 1978 die starke monetäre Expansion, die dazu geführt hatte, daß das Geldmengenziel für den Zeitraum bis April 1978 kräftig überschritten worden war, merklich gebremst werden. Von April 1978 bis zum Jahresende betrug die Zuwachsrate der Geldmenge M3 — auf eine Jahresrate hochgerechnet — nur noch $7^1/_4$ vH. Das Geldmengenziel der Bank von England, das für den Zeitraum von April 1978 bis April 1979 auf einen Zuwachs von 8 vH bis 12 vH festgelegt worden war, wurde also zunächst sogar unterschritten. Allerdings besagte dies wenig, da die Bank von England durch die Einführung von Einlagenbeschränkungen bewirkt hatte, daß Kreditketten außerhalb des Bankensektors aufgebaut worden waren, also gleichsam eine zusätzliche monetäre Expansion stattfand, die den Geldmengenindikator M3 weitgehend unberührt ließ.

In Frankreich hat die Geldpolitik im Jahre 1978 mit einer Ausweitung der Geldmenge M2 um 12,3 vH ihre Zielvorgabe von 12 vH ziemlich genau eingehalten. Im Jahr davor hatte der Zuwachs noch fast 14 vH betragen.

Die italienische Notenbank, welche ihre geldpolitische Zielvorgabe auf die gesamte inländische Kreditexpansion erstreckt, gab für 1978 eine Expansionsrate von fast 20 vH vor, und dieses Ziel wurde wegen der schwachen Kreditnachfrage aus dem privaten Sektor auch eingehalten.

38. Trotz der starken außenwirtschaftlichen Störungen, denen einige Notenbanken im Jahre 1978 Rechnung zu tragen hatten, blieben die Notenbanken der größeren europäischen Länder, anders als die Schweizerische Nationalbank, dabei, für das Jahr 1979 wieder Geldmengenziele festzulegen. Auch in der Höhe der Zielvorgaben ist gegenüber dem Vorjahr kein grundlegender Wandel festzustellen.

In Frankreich wurde die Zielgröße für die Geldmenge M2 um einen weiteren Prozentpunkt auf jetzt 11 vH zurückgenommen. Diese Vorgabe wird voraussichtlich um rund $1^1/_2$ Prozentpunkte überschritten werden. Schon im September wurde aber für das Jahr 1980 erneut ein Geldmengenziel in Höhe von 11 vH vorgegeben. Dieses liegt knapp unter der für 1980 erwarteten Zuwachsrate des nominellen Sozialprodukts von 12 vH. Außerdem wurden schärfere Kreditbeschränkungen angekündigt.

In Italien liegt die Vorgabe für die inländische Kreditexpansion noch um knapp einen Prozentpunkt über der hohen Zielgröße des Vorjahres. In den ersten vier Monaten dieses Jahres betrug der Zuwachs gegenüber dem Vorjahr rund 19 vH und entsprach damit der Zielvorgabe. Für den Zeitraum von April bis September 1979 hat eine Obergrenze speziell für Bankkredite gegolten, die den Zuwachs gegenüber dem Vorjahresniveau auf 16 vH begrenzen soll.

In Großbritannien ist die Geldpolitik deutlich restriktiver geworden. Für die Geldmenge M3 wurde für die Zeit von Juni 1979 bis Mitte April 1980 ein Zuwachs von 7 vH bis 11 vH vorgegeben; zuvor hatte für den Zeitraum von November 1978 bis Oktober 1979 ein Zielband von 8 vH bis 12 vH gegolten. Die „minimum lending rate" beträgt seit Juni dieses Jahres 14 vH. Die Entwicklung der Geldmenge hält sich seither innerhalb des Zielbandes, allerdings noch im oberen Bereich.

Finanzpolitik in Europa

39. Die Finanzpolitik der meisten europäischen Länder stand 1979 eigentlich vor der Aufgabe, die konjunkturelle Erholung zur allmählichen Konsolidierung der extrem defizitären öffentlichen Haushalte zu nutzen. Tatsächlich kam es in allen Ländern — mit Ausnahme Irlands — auch in diesem Jahr zu einem weiteren Anstieg der Haushaltsdefizite, wobei die Erhöhung der Defizite der Zentralhaushalte besonders ins Gewicht fiel.

40. In Frankreich wurde die in den Haushaltsplänen vorgesehene Rückführung des Defizits wegen der konjunkturellen Abschwächung, aber wohl nicht nur deswegen, nicht verwirklicht. Fast $8^1/_2$ vH der Staatsausgaben hatte das Defizit 1978 betragen. Auf 3,3 vH sollte es 1979 zurückgehen. Tatsächlich dürfte es auf rund 40 Mrd Franken, das sind wieder $8^1/_2$ vH der Ausgaben, steigen.

Spektakulär ist auch in diesem Jahr die Expansion der öffentlichen Ausgaben in Italien. Sie sollen um fast 25 vH zunehmen. Vor allem durch die Versuche, die Tarifauseinandersetzungen mittels staatlicher Hilfen für Unternehmen und Arbeitnehmer zu entlasten, steigt das Defizit der öffentlichen Haushalte anscheinend unaufhaltsam an. Während sich die Einnahmen seit 1976 verdoppelt haben, stiegen die Ausgaben auf das Zweieinhalbfache; das Defizit erhöhte sich dabei von 25 vH der Ausgaben auf rund 40 vH.

In Belgien nehmen die Staatsausgaben in diesem Jahr mit einer Zuwachsrate von 7,8 vH deutlich schwächer zu als im Vorjahr. Auch in den Niederlanden, die nach einem Beschluß des Europäischen Rates vom Juli 1978 zur Stützung von Nachfrage und Beschäftigung beitragen sollten, liegt die Zuwachsrate der Staatsausgaben 1979 mit 8,2 vH unter der des Vorjahres. In beiden Ländern nehmen jedoch die Defizite weiter zu. Bezogen auf das Bruttosozialprodukt erhöht sich das Defizit des Staatshaushalts in den Niederlanden von 5 vH im Jahre 1978 auf $5^1/_2$ vH in diesem Jahr. In Belgien steigt es von rund 6 vH auf knapp $6^1/_2$ vH.

41. Nur in wenigen Ländern sind inzwischen Entscheidungen zugunsten eines Kurswechsels gefallen. In Großbritannien wird das Defizit des Staatshaushalts in diesem Jahr durch eine Kombination von Mehrwertsteuererhöhung und Einkommensteuersenkung, eine massive Ausgabenkürzung und den Verkauf von Anteilen an öffentlichen Betrieben deutlich verringert werden. Im nächsten Jahr sollen die Staatsausgaben, real gerechnet, überhaupt nicht steigen.

In Dänemark, wo zusätzliche öffentliche Ausgaben während des Haushaltsjahres den ursprünglich vorgesehenen Rahmen völlig zu sprengen drohten, sah sich die Regierung gezwungen, im Sommer ein Programm zur Ausgabensenkung und eine drastische Erhöhung von Steuern auf Energieträger zu beschließen. In Belgien ist im Haushaltsplan 1980 die Bereitschaft zu erkennen, die Wirtschaftspolitik vor allem im Hinblick auf das Europäische Währungssystem restriktiver zu halten. Die öffentlichen Haushalte in den Niederlanden werden dagegen 1980 ein höheres Defizit aufweisen. Ein mit 2 Mrd Gulden ausgestattetes Programm soll zu mehr Beschäftigung, zum Einsparen von Energie und zur Belebung der Investitionen beitragen.

42. Der Haushalt der Europäischen Gemeinschaften wurde 1979 nach der sehr hohen Zunahme im Vorjahr noch einmal kräftig ausgeweitet. Die Ausgaben erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 1,35 Mrd Europäische Rechnungseinheiten und lagen damit um 11 vH über den Ansätzen des Vorjahres. Bei den Verpflichtungsermächtigungen, die eine Belastung für künftige Haushalte darstellen, ergibt sich eine Zunahme von rund 2 Mrd Europäische Rechnungseinheiten. Der Agrarfonds beansprucht, wie schon in der Vergangenheit, den größten Teil der Ausgaben; sein Anteil nimmt jedoch in diesem Jahr von 74 vH auf 70 vH ab.

43. Der Vorentwurf des Gemeinschaftshaushalts sieht für 1980 eine Ausgabensteigerung um 19 vH vor. Deutlich ausgeweitet werden soll der Sektor

„Forschung, Energie, gewerbliche Wirtschaft, Verkehr". Die hohe Zuwachsrate von 70 vH spiegelt allerdings nicht zuletzt, daß der Anteil dieses Sektors an den Gesamtausgaben mit 3,7 vH noch immer recht gering ist. Erstmals wird im Jahre 1980 der Europäische Entwicklungsfonds in den Haushaltsplan einbezogen. Für die Entwicklungskooperation sollen 3,8 vH der Gemeinschaftsausgaben aufgewendet werden, was einer Zunahme um 24 vH entspricht. Eine weitere Neuerung besteht darin, daß im Jahre 1980 erstmals der sogenannte „Finanzmechanismus" in Kraft treten soll. Damit sollen Mitgliedsländer, die sich in einer Situation befinden, in der die Finanzierung des Gemeinschaftshaushalts für sie eine unangemessene Belastung bedeutet, eine besondere Mittelzuweisung erhalten.

TEIL B

Die Binnenkonjunktur 1979

I. Überblick

44. In der Bundesrepublik ist die wirtschaftliche Entwicklung seit der zweiten Jahreshälfte 1978 durch eine breite, auf Expansion gerichtete Grundströmung gekennzeichnet, und es sieht ganz danach aus, daß darin mehr als nur ein Wandel des Konjunkturklimas zum Ausdruck kommt. Hatten noch bis weit in das letzte Jahr hinein vorwiegend der private Verbrauch und die Baunachfrage die Konjunktur gestützt, wobei staatliche Expansionsmaßnahmen eine wichtige Rolle spielten, so waren nun auch die Unternehmen mehr und mehr bereit, in neue Produktionsanlagen und in Vorräte zu investieren und ihren Personalbestand auszuweiten. Die Dynamik, die der Aufschwung damit gewann, verstärkte sich 1979. Mäßige Lohnsteigerungen, die Raum für mehr Gewinne ließen, trugen dazu ebenso bei wie verbesserte Absatzerwartungen, die zusätzlichen Auftrieb dadurch erhielten, daß sich der Export in der ersten Jahreshälfte unerwartet kräftig belebte.

Nicht alles, was damit an Schub für den Fortgang des Aufschwungs angelegt war, kam jedoch voll zur Wirkung. Das Zusammentreffen steigender privater und unvermindert hoher staatlicher Kreditnachfrage blieb nicht ohne Wirkung auf die Zinsen, was für den Fortgang der lebhaften Investitionstätigkeit neue Risiken schuf. Vor allem aber wirkte die beträchtliche Ölverteuerung belastend; sie trieb den Preisanstieg weit über das konjunkturelle Maß hinaus, beeinträchtigte damit die Absatzchancen im Inland und brachte neue Unsicherheit über den weiteren Verlauf der Auslandskonjunktur mit sich.

Mit reichlich 4 vH war der Zuwachs der inländischen Produktion im Jahresdurchschnitt 1979 aber deutlich größer als im Jahr davor. Rund 350 000 Arbeitnehmer mehr waren beschäftigt, und fast 120 000 Personen weniger arbeitslos. Der Preisanstieg belief sich auf der Verbraucherstufe im Durchschnitt des Jahres wieder auf fast $4^1/_2$ vH.

45. Selbst wenn man berücksicht, daß die Ausgangslage zur Jahreswende günstiger war, als es zunächst noch den Anschein hatte, zeigt sich in der Zunahme von Produktion und Beschäftigung gegenüber dem Vorjahr doch auch die Kraft, die der Aufschwung 1979 das Jahr über hatte. Vor dem Hintergrund der verhaltenen Konjunktur in den beiden vorangegangenen Jahren und im Hinblick auf die erreichte Auslastung der Sachkapazitäten ist die Entwicklung daher durchaus erfreulich zu nennen. Die verbliebene Arbeitslosigkeit ist indes immer noch hoch, und in die Befriedigung über die erzielten Fortschritte auf dem Weg zu einem hohen Beschäftigungsstand mischt sich Unsicherheit, ob diese anhalten werden. Im Vordergrund steht dabei nicht mehr so sehr die Sorge, für einen nachhaltigen Aufschwung könnte es an der unternehmerischen Initiative fehlen, als vielmehr die Ungewißheit, ob die Anpassung, die der neuerliche Ölpreisschub im Inland wie in den anderen Industrieländern erzwingt, ohne größere Reibungsverluste bei Produktion und Beschäftigung gelingt.

46. Die Aussichten auf eine mehr als nur vorübergehende wirtschaftliche Belebung hatten sich in der zweiten Jahreshälfte 1978 spürbar gebessert. Noch während über das Programm zur Stärkung der Nachfrage und zur Förderung des wirtschaftlichen Wachstums beraten wurde, das im Anschluß an die Bonner Gipfelkonferenz vom Juli vorigen Jahres beschlossen worden war, hatte ein Aufschwung eingesetzt, bei dem sich Nachfrage, Produktion und Beschäftigung wechselseitig zu verstärken begannen. Deutlichstes Zeichen des gewandelten wirtschaftlichen Klimas war der Anstieg der Investitionsneigung in einer zunehmenden Zahl von Wirtschaftsbereichen.

47. Mit den Erleichterungen bei der Einkommensteuer, die als der gewichtigste Teil des neuen Pakets zeitlich gestaffelter finanzpolitischer Maßnahmen zu Beginn des Jahres 1979 in Kraft traten, mit sozial- und familienpolitischen Neuregelungen und mit zusätzlichen Hilfen für Forschung und Entwicklung sowie für Existenzgründungen blieb die Finanzpolitik auf Expansionskurs; die in den öffentlichen Haushalten angelegten konjunkturellen Impulse waren sogar noch größer als im Jahr davor. Größer als damals war nun allerdings auch die Gefahr, daß der Staat, während seine Defizite weiter stiegen, private Nachfrage — vor allem kreditabhängige — verdrängte. Dies war um so weniger auszuschließen, als die Bundesbank Ende 1978 ankündigte, die monetären Zügel straffer führen zu wollen. Bei einer Ausweitung der Zentralbankgeldmenge um 6 vH bis 9 vH zwischen dem vierten Quartal 1978 und dem vierten Quartal 1979, wie sie als Ziel-

marge bekanntgegeben wurde, war die Geldversorgung für Ausgaben, die zu den gesamtwirtschaftlichen Angebotsmöglichkeiten paßten, zwar nicht knapp bemessen; so günstige Finanzierungsbedingungen wie 1978, als die monetäre Expansion weit über dieses Maß hinausgegangen war, standen indes nicht mehr zu erwarten.

48. Mehr Risiken schienen zunächst in der Lohnentwicklung zu liegen, die den Umfang dauerhaft rentabel erscheinender Produktion wesentlich mitbestimmt und damit die Bereitschaft der Unternehmen, ihre Kapazitäten zu erneuern, zu verbessern oder auszubauen und zusätzliche Arbeitskräfte einzustellen. Nach einem langwierigen Arbeitskampf in der Stahlindustrie kam im weiteren Verlauf der Lohnrunde in den meisten Bereichen jedoch eine Einigung ohne besondere Schwierigkeiten zustande. Mit durchschnittlich rund 5 vH blieb die Anhebung der tariflichen Stundenlöhne — die fast allenthalben vereinbarte Verlängerung des Jahresurlaubs und sonstige Nebenleistungen eingerechnet — sogar etwas hinter der des Vorjahres zurück. Für Mehrarbeit und wohl nicht selten auch, um knappe Fachkräfte zu gewinnen, mußten die Unternehmen zwar häufiger übertarifliche Zuschläge zahlen, doch stieg auch die Produktivität beschleunigt, so daß sich die Lohnkosten je Produkteinheit im ganzen nicht nennenswert stärker als im Vorjahr erhöhten.

Dem stand allerdings eine kräftige Verteuerung importierter Vorprodukte gegenüber. Vom Wechselkurs für die D-Mark, der anders als 1978 nur wenig stieg, kam diesmal nur geringe Entlastung. Andererseits erleichterte die Wechselkursentwicklung es nun den Exporteuren und den im Inland mit ausländischen Anbietern konkurrierenden Unternehmen, Kostensteigerungen in den Preisen weiterzugeben. Alles in allem ergaben sich so überwiegend zuversichtliche Ertragserwartungen.

49. Trotz günstiger Angebotsbedingungen und guter Auftragslage kam es nach der Jahreswende nicht sogleich zu einer weiteren Belebung der wirtschaftlichen Aktivität. Ausschlaggebend dafür waren aber temporäre Einflüsse, neben dem Arbeitskampf in der Stahlindustrie vor allem der harte Winter, nicht hingegen, wie in der ersten Jahreshälfte 1978, konjunkturelle Gründe. Dies zeigte sich darin, daß die Abschwächung vornehmlich auf die Bauwirtschaft und deren Zulieferer in der Industrie sowie auf den Verkehrssektor beschränkt blieb.

50. Im Frühjahr wurde sichtbar, daß die Auftriebskräfte unvermindert stark waren. Die Produktion ging nunmehr allenthalben rasch über das Ende 1978 erreichte Niveau hinaus, und dies bei weiter steigenden Auftragsbeständen. In den meisten Bereichen nahm die Kapazitätsauslastung deutlich zu; gleichzeitig stieg die Anzahl der Beschäftigten beschleunigt.

Ein wesentlicher Beitrag zu der kräftigen Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage kam dabei von den Unternehmen selbst; indem diese ihre Läger zügig aufstockten, nun auch kräftig investierten und mehr Personal einstellten, verstärkten sie den Einkommensanstieg in der Breite der Wirtschaft, und dieser wirkte wiederum auf die Nachfrage zurück. Hinzu kam eine deutliche Belebung der Auslandsaufträge, die nicht nur in vielen Fällen eine bessere Auslastung vorhandener Kapazitäten erlaubte, sondern auch anregend auf die Investitionsneigung wirkte. So verstärkten sich die Auftriebskräfte gegenseitig.

51. Es gab allerdings auch dämpfende Einflüsse, die im weiteren Verlauf des Jahres an Gewicht gewannen. Zum Herbst hin wurde mehr und mehr deutlich, daß wohl die alten Hindernisse auf dem Rückweg zu einem hohen Beschäftigungsstand kleiner geworden, mit der beträchlichen Anhebung der Ölpreise indes neue Hemmnisse hinzugekommen waren. Der Ölpreisschub minderte die Kaufkraft im Inland, und er ließ neue Unsicherheit über die weitere Entwicklung der Weltkonjunktur aufkommen. Dämpfend für die konjunkturelle Expansion wirkte sich außerdem der Zinsanstieg aus. Zwar war dieser nicht zuletzt Ausdruck der erhöhten Ausgabeneigung in der Wirtschaft; er wäre aber wohl weniger ausgeprägt gewesen, hätte der Staat einen entsprechend geringeren Finanzierungsbedarf geltend gemacht. Denn die Bundesbank hielt die Ausweitung des Geldangebots das Jahr über in den angekündigten Grenzen, da sie die Gefahr sah, daß sich ein wachsender Teil der Ausgaben in Preissteigerungen niederschlagen würde, weil der Angebotsspielraum in den letzten Jahren nur wenig ausgeweitet worden war und die Kapazitätsgrenzen näherrückten.

52. Während sich Auftragslage und Beschäftigung weiter verbesserten, ließen die Geschäftserwartungen in den letzten Monaten eher eine Verschlechterung erkennen, vor allem in der Industrie. Inzwischen mehren sich die Anzeichen, die auf eine Verlangsamung des konjunkturellen Expansionstempos hindeuten.

Für die Beschäftigungsentwicklung auf mittlere Sicht muß dies keine gravierenden Probleme aufwerfen, solange die Unternehmen keinen Anlaß sehen, mit den kurzfristigen auch ihre mittelfristigen Erwartungen zu revidieren und Investitionsvorhaben zu kürzen. Selbst wenn sich der Anstieg von Nachfrage und Produktion merklich abschwächt, könnte er weiterhin über das Wachstum der Kapazitäten hinausgehen; nicht einmal für ein Vertagen von Erweiterungsinvestitionen muß somit Anlaß bestehen, und noch weniger für eine deutliche Abschwächung der Investitionstätigkeit im ganzen. Das ist wichtig. Denn nicht eine noch höhere Auslastung der vorhandenen Sachanlagen ist für die Rückkehr zu einem befriedigenden Beschäftigungsstand das Hauptproblem, sondern das Schaffen genügend neuer Kapazitäten und damit neuer Arbeitsplätze. Je weniger die Investitionstätigkeit beeinträchtigt wird, um so geringer ist auch die Gefahr zu veranschlagen, daß Stabilitätsprobleme zum Hemmnis für die Beschäftigungszunahme werden, lange bevor alle Arbeitssuchenden einen Arbeitsplatz haben.

II. Kräftiger Aufschwung

Deutlicher Schub bei den Investitionen

53. Der Aufschwung, der Mitte 1978 einsetzte und dann auch im Jahre 1979 das Bild prägte, unterschied die jüngste Entwicklung nicht nur konjunkturell von jener der vergangenen Jahre; noch bedeutsamer war, daß er zunehmend von Wachstumsdynamik bestimmt wurde.

Zu den Kennzeichen der wirtschaftlichen Entwicklung in den letzten Jahren hatte gehört, daß diese nicht mehr dem Wachstumspfad früherer Jahre gefolgt war, sondern daß der Aufschwung im Anschluß an die Rezession des Jahres 1975 trotz eines reichlich bemessenen Finanzierungsspielraums und beträchtlicher finanzpolitischer Impulse immer wieder ins Stocken geraten war und sich nicht nach und nach selbst verstärkt hatte. Während sich die Verbraucher bald wieder ausgabefreudiger gezeigt hatten, waren die Unternehmen zurückhaltender als sonst geblieben. Unsicher, ob sie auf mittlere Sicht im Inland wie auf den Auslandsmärkten genügend Absatz fänden, vor allem, wenn sie Preise forderten, die hohe Produktionskosten und gestiegene Risiken deckten, hatten viele länger als früher gezögert, eigenes oder geliehenes Geld in den Ausbau oder auch nur die Erneuerung ihrer Produktionsanlagen zu investieren und Läger aufzubauen, solange Kapazitäten brachlagen und genügend Arbeitskräfte verfügbar waren. Dies änderte sich von der zweiten Jahreshälfte 1978 an zunehmend. Im Zusammenwirken von steigender Nachfrage, nachlassendem Kostendruck und vermehrten angebotspolitischen Hilfen des Staates waren nun offenbar Bedingungen erreicht, bei denen mehr und mehr Unternehmen mit Gewinn rechneten, wenn sie ihre Produktion ausweiteten, zu neuen Produktionsverfahren übergingen, sich mit neuen Produkten weitere Nachfrage erschlossen und sich für künftige Absatzmöglichkeiten rüsteten. Als Ende vorigen Jahres der wechselkursbedingte Wettbewerbsdruck aus dem Ausland nachzulassen begann und überdies die Auslandsaufträge spürbar anzogen, galt dies auch für die Exportbereiche. Mehr Investitionen in Vorräte sowie in neue Anlagen machten den Umschwung in der Angebotsneigung augenfällig. Obwohl das Konjunkturklima dann im Verlauf des Jahres 1979 durch die kräftige Verteuerung des Erdöls aufs neue belastet wurde, setzte sich der Anstieg der Investitionstätigkeit fort.

54. Noch bis weit in das Jahr 1978 hinein waren die Unternehmen bestrebt gewesen, nicht mehr an Vorprodukten und fertigen Erzeugnissen auf Lager zu halten, als es die laufende Produktion und die Nachfrage kurzfristig erforderten, ein Zeichen dafür, daß sie ihre Absatz- und Ertragschancen großenteils noch skeptisch einschätzten. Im Herbst 1978 begannen sie damit, ihre Lagerbestände aufzustocken. Der Ertrag, den sie sich davon versprachen, überwog nun offenbar in zunehmendem Maße die Kosten, die das Vorhalten größerer Läger verursachte, zumal die Zinsen niedrig waren. In der ersten Jahreshälfte 1979 kam es dann auf breiter Front zu einer kräftigen Zunahme der Vorratsinvestitionen. Mit fast $9^1/_2$ Mrd DM waren sie, in konstanten Preisen gerechnet, nahezu dreimal so hoch wie ein Jahr zuvor. Auch im weiteren Verlauf des Jahres scheint sich der Anstieg nur wenig abgeflacht zu haben, obwohl die Zinserhöhung die Lagerhaltung inzwischen kostspieliger gemacht hat. Aufs ganze Jahr gesehen gehörten die Vorratsinvestitionen damit erstmals seit 1976 wieder zu den Auftriebskräften in der Wirtschaft.

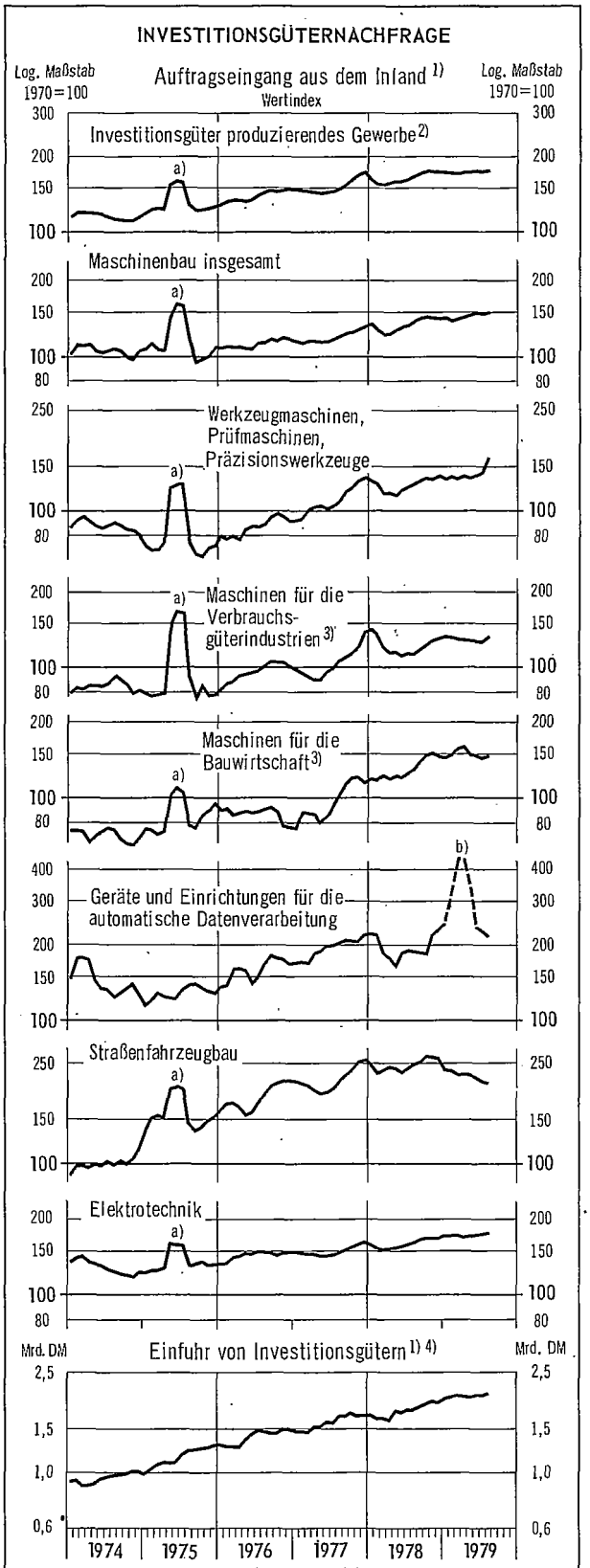
55. Bei der Aufstockung der Vorproduktläger spielten neben verbesserten Absatz- und Ertragserwartungen zunächst wohl auch spekulative Einflüsse eine Rolle; denn das Anziehen der Weltmarktpreise für Rohstoffe und Halbwaren und der Umstand, daß sich die kräftige Höherbewertung der D-Mark nicht weiter fortsetzte, waren selbst für Unternehmen, die fürs erste noch keine Steigerung der Produktion planten, Anlaß zu Vorratskäufen. Bei dem hohen Niveau, das die Weltmarktpreise bald erreichten, verloren diese Einflüsse vom Frühjahr 1979 an jedoch sichtlich an Bedeutung, was sich nicht zuletzt daran zeigte, daß die Einfuhr von Vorprodukten in der Folgezeit weit langsamer als in den Monaten davor stieg. Dagegen nahmen die Vorratskäufe bei inländischen Anbietern das Jahr über weiter zu; dies bewirkte bei den Herstellern von Grundstoffen und Produktionsgütern eine deutliche Besserung der Beschäftigungslage.

Da die Unternehmen zugleich auch mehr fertige Erzeugnisse auf Lager nahmen, trugen die Vorratsinvestitionen nicht nur zu einer höheren Kapazitätsauslastung und einem wieder steigenden Personalbedarf in den vorgelagerten Bereichen bei, sondern auch in den verarbeitenden Sektoren selbst. Häufig erwiesen sich nun, da auch die laufende Nachfrage beschleunigt stieg, die vorhandenen Produktionsmöglichkeiten als unzureichend für den geplanten Lageraufbau und die prompte Erledigung aller eingehenden Aufträge. Vor allem die Investitionsgüterhersteller sahen bei wachsenden Auftragsbeständen ihre Fertigwarenläger im Verlauf des Jahres zunehmend als zu klein an, doch galt dies auch für einen nicht geringen Teil der übrigen Industriebereiche. Wie es scheint, suchte der Einzelhandel dagegen eher, seine Läger zu verkleinern, nachdem er in den Herbstmonaten 1978 in der Erwartung einer deutlichen Steigerung seines Absatzes mehr geordert hatte, als die Verbraucher dann kauften.

56. Daß eine zunehmende Anzahl von Unternehmen nicht nur kurzfristig, sondern offenbar auch auf mittlere Sicht — worauf es für die Wachstumsdynamik besonders ankommt — mehr Produktion als rentabel anzusehen begann, wurde daran deutlich, daß auch die Aufträge für neue Produktionsanlagen von der Jahresmitte 1978 an beschleunigt stiegen (Schaubild 5). Wie sich im Verlauf des Jahres 1979 zeigte, handelte es sich diesmal, anders als in den beiden Jahren davor, um mehr als einen nur vorübergehenden Schub bei der Auftragsvergabe.

Bezüglich der Nachfrage nach Ausrüstungsgütern sind dabei die Inlandsbestellungen beim Investitionsgüter produzierenden Gewerbe in diesem Jahr

Schaubild 5



1) Gleitende 3-Monatsdurchschnitte der saisonbereinigten Zahlen; Saisonbereinigung Deutsche Bundesbank nach dem Census – Verfahren II, Version X–11.– 2) Einschließlich Aufträge für Güter, die von privaten Haushalten genutzt werden, insbesondere im Straßenfahrzeugbau und in der Elektrotechnik.– 3) Durch Änderung der Berechnungsmethode sind die Indizes ab Januar 1977 mit denen der vorangegangenen Monate nicht voll vergleichbar.– 4) Hauptsächlich Enderzeugnisse, nach ihrer vorwiegenden Verwendung gruppiert.– a) Angaben für Juni 1975 durch Fristablauf für die Investitionsanlage beeinflußt.– b) Beeinflußt von konjunkturell unbeachtlichen Sonderfaktoren.

SR 79 0713

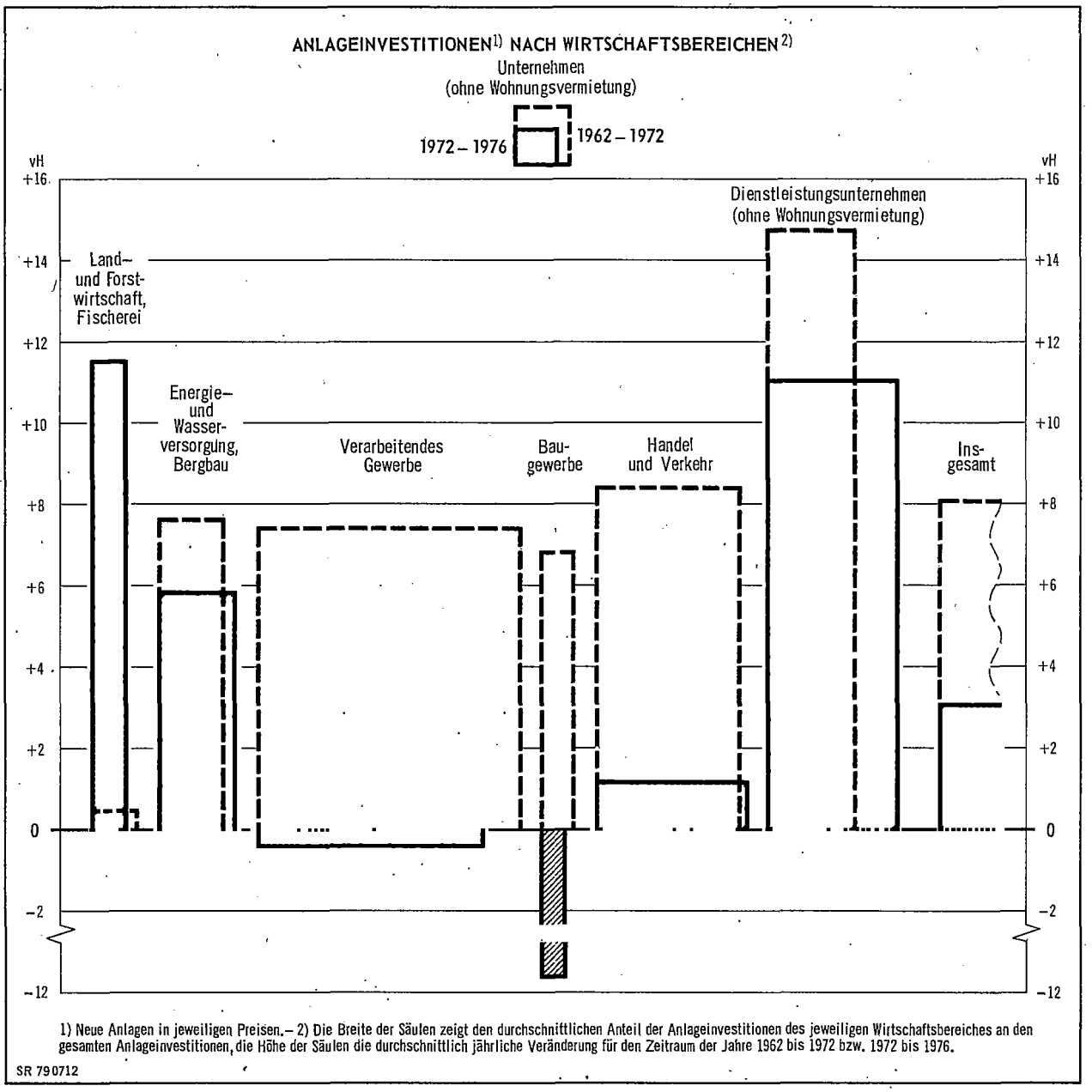
nur ein unzureichender Maßstab. Nachdem diese im Verlauf der zweiten Jahreshälfte 1978 preisbereinigt um nicht weniger als $7^1/_2$ vH gestiegen waren, gingen sie 1979 über das zur Jahreswende erreichte Niveau nicht weiter hinaus; dies hing jedoch im wesentlichen mit der verhaltenen Nachfrage in den Verbrauchsgütersparten der elektrotechnischen Industrie und mit der Abschwächung der Automobilnachfrage zusammen. In den meisten Zweigen des Maschinenbaus und bei den Herstellern elektrotechnischer Ausrüstungen, den wichtigsten Lieferanten von Investitionsgütern, nahmen die Aufträge das Jahr über weiter deutlich zu, ebenso bei den Herstellern von Datenverarbeitungsgeräten. Ein wachsender Teil der Investitionsgüterbestellungen ging überdies an ausländische Anbieter, eine Entwicklung, die als Ausdruck der mittelfristigen Veränderung der Wettbewerbsverhältnisse, aber auch der fortschreitenden internationalen Arbeitsteilung, bereits seit längerem zu beobachten ist. Für Maschinenbauerzeugnisse gilt dies in besonderem Maße; hier war die Einfuhr im Durchschnitt der ersten neun Monate 1979 dem Volumen nach um 14 vH höher als ein Jahr zuvor, während die Lieferungen aus inländischer Produktion das entsprechende Vorjahresniveau nur um $5^1/_2$ vH überschritten.

57. Noch deutlicher als die Nachfrage nach Ausrüstungsgütern ließen die Bauaufträge erkennen, daß sich mehr und mehr Unternehmen auch mittelfristig wieder bessere Absatz- und Ertragschancen ausrechneten; denn gerade bei Bauten schlagen wegen deren zumeist recht langer Nutzungsdauer die weiter in die Zukunft reichenden Erwartungen besonders stark im Investitionskalkül zu Buche. So wurden im Verlauf des zweiten Halbjahres 1978 Aufträge für genehmigte Bauvorhaben, die zurückgestellt worden waren, zügig vergeben und neue Projekte vermehrt in Angriff genommen. Auch 1979 blieb die Auftragsvergabe lebhaft; in den ersten acht Monaten dieses Jahres war sie, in konstanten Preisen gerechnet, um über 20 vH größer als im gleichen Zeitraum 1978. In der Bauwirtschaft nahm damit der Nachfrageüberhang weiter zu (Ziffern 48ff.).

58. Kennzeichnend für den allgemeinen Stimmungsumschwung ist, daß sich die Investitionstätigkeit nun auch in jenen Sektoren belebte, in denen sie lange Zeit besonders gering gewesen war. Das gilt außer für das Baugewerbe vor allem auch für das verarbeitende Gewerbe und dort insbesondere für die Industrie. In beiden Bereichen waren die Investitionen, wie eine vom Statistischen Bundesamt erstmals veröffentlichte Aufgliederung der Anlageinvestitionen nach Wirtschaftsbereichen zeigt, zwischen 1972 und 1976, dem letzten Jahr, für das die neuen Angaben vorliegen, dem Umfang nach zurückgegangen, und nicht nur wie in fast allen anderen Sektoren langsamer als vordem gestiegen (Schaubild 6).

In der Bauwirtschaft war die Investitionsneigung 1979, nach dem Ifo-Investitionstest zu schließen, wie schon 1978 sogar besonders groß. Anders als noch im Vorjahr gab es diesmal auch in der Industrie kaum mehr eine Branche, die ihre Investitionen nicht steigerte. Am höchsten war die Zuwachsrate

Schaubild 6



1) Neue Anlagen in jeweiligen Preisen. – 2) Die Breite der Säulen zeigt den durchschnittlichen Anteil der Anlageinvestitionen des jeweiligen Wirtschaftsbereiches an den gesamten Anlageinvestitionen, die Höhe der Säulen die durchschnittlich jährliche Veränderung für den Zeitraum der Jahre 1962 bis 1972 bzw. 1972 bis 1976.

bei den Investitionsgüterherstellern selbst, doch zeigten sich auch die Unternehmen in den Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien, die ihre Investitionsbudgets bei unzureichenden Erträgen 1978 zum Teil noch einmal gekürzt hatten, wieder zuversichtlicher.

Skeptischer beurteilten offenbar manche Hersteller von Verbrauchsgütern die Rentabilität vermehrter Investitionen, nicht zuletzt wohl weil sie, wie die Nachfrageentwicklung im Verlauf des Jahres zeigte, die meisten Nachteile von der starken Verteuerung des Erdöls zu erwarten hatten. Dagegen steigerte die Automobilindustrie ihre Investitionen noch einmal erheblich, wenn auch nicht mehr so stark wie 1978. Der Ölpreisschub wirkte indes nicht nur dämpfend; in vielen Bereichen regte er auch zu zusätzlichen Investitionen an, besonders deutlich im Bergbau und bei Versorgungsunternehmen.

In den übrigen Sektoren der Wirtschaft, die vergleichsweise stetig investieren, war 1979 zumeist ein weiterer Anstieg der Investitionsneigung festzustellen, wie etwa im Dienstleistungssektor, dessen Investitionen seit Jahren am kräftigsten expandieren, ebenso in der Landwirtschaft und zum Teil auch im Handel.

59. Nimmt man die Industrie und die Bauwirtschaft stellvertretend für alle, was freilich nicht unproblematisch ist, so mag auf den ersten Blick überraschen, daß die Kapazitätserweiterung als Investitionsziel zwar an Bedeutung gewann, nach wie vor aber nicht im Vordergrund stand, obwohl die Auslastung der vorhandenen Anlagen spürbar stieg und in nicht wenigen Branchen Angebotsengpässe sichtbar wurden. So investierte, den Angaben beim Ifo-Investitionstest zufolge, in der Industrie nicht ein-

mal jedes dritte Unternehmen vornehmlich mit dem Ziel, seine Kapazitäten auszuweiten; in der Bauwirtschaft war es gar nur jedes achte. Zu beachten ist jedoch, daß auch Unternehmen, deren Investitionen in erster Linie dazu dienen, alte Anlagen zu ersetzen oder Kosten zu senken, häufiger als vordem bestrebt sind, einen Kapazitätsausbau damit zu verbinden. Für eine zunehmende Anzahl von Unternehmen gibt überdies ein breites Angebot an technischen Neuerungen, das den Übergang zu neuen Produktionsverfahren attraktiv macht, oder auch die beabsichtigte Einführung neuer Produkte einen wesentlichen Anstoß, mehr zu investieren — ein Zeichen dafür, daß der notwendige Strukturwandel vorankommt.

60. Nicht alle Investitionsvorhaben, die seit dem Herbst 1978 zusätzlich in Angriff genommen wurden, kamen 1979 schon zum Abschluß. Vor allem bei Bauprojekten verhinderten in vielen Fällen Angebotsengpässe der ausführenden Firmen eine zügige Fertigstellung. Die Ausgaben der Unternehmen für neue Anlagen — ohne den Wohnungsbau gerechnet — nahmen 1979 gleichwohl mit einem Anstieg von schätzungsweise $14^1/_2$ vH gegenüber dem Vorjahr deutlich stärker zu als 1978. Bringt man die vermehrten Preissteigerungen in Abzug, so dürfte die Zuwachsrate der realen Anlageinvestitionen des Unternehmenssektors, die in den drei vorangegangenen Jahren jeweils knapp 7 vH betragen hatte, diesmal immerhin fast 10 vH ausmachen. Damit wurden wieder reichlich 14 vH des Sozialprodukts für die Erneuerung und für den Ausbau der Produktionsanlagen im privaten Bereich der Wirtschaft verwandt. Das war etwa ebenso viel wie Ende der sechziger Jahre; seither ist allerdings der Kapitaleinsatz je Produkteinheit wie je Arbeitsplatz erheblich gestiegen, so daß die Investitionsquote im Hinblick auf die mittelfristigen Beschäftigungsprobleme noch immer nicht als befriedigend gelten kann.

Geringere Angebotsprobleme

61. Zum Teil hingen die vermehrten Investitionen in Vorräte und neue Anlagen ohne Zweifel mit der lebhaften Nachfrage zusammen, die vom Sommer 1978 an allenthalben zu verzeichnen war. Sie waren aber auch Ausdruck besserer Angebotsbedingungen; denn der Kostendruck hatte sich im Verlauf der vergangenen Jahre deutlich abgeschwächt, und der Staat hatte seine Abgabeansprüche teils gesenkt, teils in wachstumsfreundlicher Weise geändert und seine sonstigen Hilfen zur Förderung des Wachstums verstärkt. Im Jahre 1979 hat es weitere Verbesserungen der Angebotsbedingungen, aber auch unerwartete Belastungen gegeben.

62. Ausdrückliches Ziel des neuen Pakets finanzpolitischer Expansionsmaßnahmen, das die Bundesregierung im Sommer 1978 beschloß und das der Gesetzgeber im Spätherbst letzten Jahres verabschiedete, war es, die Konjunktur nicht nur durch neue Erleichterungen bei der Einkommensteuer und durch höhere Einkommensübertragungen an die privaten Haushalte zu stützen, sondern mit zusätzlichen wachstumspolitischen Maßnahmen auch die Investitionstätigkeit anzuregen und damit die Voraussetzungen für einen nachhaltigen, nicht alsbald auf Kapazitätsgrenzen stoßenden Aufschwung zu verbessern. Die in den Haushaltsplänen vorgesehenen Mittel zur Förderung von Forschung und Entwicklung wurden weiter aufgestockt; gleichzeitig wurde festgelegt, mit Wirkung von 1980 an die Abgabelast bei der Gewerbesteuer nochmals zu senken. Im Frühjahr 1979 kam ein Programm zur Eigenkapitalhilfe hinzu, das Existenzgründungen, die oft aus Mangel an Risikokapital scheitern, leichter möglich machen und insoweit die vielfältigen bereits bestehenden Hilfen des Bundes und der Länder ergänzen soll.

63. Auch von der Lohnseite her wurden in diesem Jahr die Erwartungen der Unternehmen erneut positiv beeinflußt. Die Ergebnisse der Tarifabschlüsse blieben hinter denen des Vorjahres zurück, nachdem es zu Beginn der Tarifrunde noch nach einer Verhärtung der Positionen im Verteilungsstreit ausgesehen hatte. Sicherlich haben dazu nicht zuletzt die niedrigen Preissteigerungen, die Ende vergangenen Jahres zu verzeichnen waren, sowie die steuerlichen Entlastungen der Einkommen beigetragen, die zu Jahresbeginn in Kraft traten.

64. Die Besonderheit der diesjährigen Tarifrunde war die verstärkte gewerkschaftliche Forderung nach einer mittelfristig angelegten deutlichen Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit. Sie zielte darauf, den Arbeitsmarkt zu entlasten, der auf mittlere Sicht trotz der aktuellen Besserung keine günstigen Perspektiven aufweist. Von den Arbeitgebern wurden dieser Forderung die geringen positiven Arbeitsmarkteffekte sowie die hohen zusätzlichen Kosten entgegengehalten, die eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit mit sich bringen würde; auch auf die Schwierigkeit, zusätzliche qualifizierte Arbeitskräfte zu gewinnen, wurde hingewiesen. Die Positionen waren anfangs unversöhnlich; lang dauernde Arbeitskämpfe schienen sich anzubahnen.

In der Eisen- und Stahlindustrie kam es dann auch zum Arbeitskampf mit Streik und Aussperrung, der sich über sieben Wochen hinzog (Tabelle 8). Der schließlich vereinbarte Tarifabschluß hatte aber Signalwirkung für alle übrigen Tarifverhandlungen, in denen ohne weitere Arbeitskämpfe zumeist schnell ein Ergebnis gefunden wurde. In den meisten Tarifbereichen ist die Wochenarbeitszeit nicht verkürzt worden; neben einer linearen Anhebung der Löhne und Gehälter wurden aber je nach den branchenspezifischen Gegebenheiten mehr Urlaubstage, zusätzliche Freischichten für bestimmte Arbeitnehmergruppen oder freie Tage für ältere Arbeitnehmer vereinbart.

Zu den Kennzeichen dieser Lohnrunde gehört außerdem die etwas längere Laufzeit der geschlossenen Verträge. Während im Jahre 1978 die Tarifabschlüsse nahezu ausnahmslos für zwölf Monate galten, einigten sich in diesem Jahr die Tarifpartner in mehreren Bereichen, so in der Metallindustrie, in der chemischen Industrie und in der Papier verar-

Tabelle 8

Einkommenspolitisch wichtige Ereignisse

Monat		
1979		
Januar	Soziale Sicherung	Am 1. Januar 1979 werden die Sozialversicherungsrenten, die Renten nach dem Bundesversorgungsgesetz und die Altershilfe für Landwirte um 4,5 vH erhöht. Die Unfallrenten werden um 6,9 vH angehoben. Die Beitragsbemessungsgrenzen werden in der Renten- und Arbeitslosenversicherung von 3700 DM im Monat auf 4000 DM monatlich angehoben, in der gesetzlichen Krankenversicherung von 2775 DM auf 3000 DM im Monat.
	Eisen- und Stahlindustrie Begünstigte: 254600	Die Tariflöhne und -gehälter werden nach 44tägigem Streik rückwirkend zum 1. November 1978 (im Saarland zum 1. Januar 1979) um 4,0 vH erhöht; die Laufzeit des Vertrages beträgt 15 Monate. Nachtarbeiter im Drei-Schichtbetrieb erhalten bis 1981 sechs Freischichten, Arbeitnehmer, die das 50. Lebensjahr vollendet haben, bis 1981 drei Freischichten zusätzlich. In Stufen erhalten alle Arbeitnehmer bis 1982 30 Tage Urlaub. Der Manteltarifvertrag kann erstmals zum Ende des Jahres 1983 gekündigt werden.
	Metallindustrie Begünstigte: 3700000	Die tariflichen Löhne und Gehälter sowie die Ausbildungsvergütungen erhöhen sich ab 1. Januar 1979 (in Bayern ab 1. Februar 1979) um 4,3 vH; die Laufzeit des Tarifvertrags beträgt 13 Monate. Die Lohn- und Gehaltsgruppenschlüssel, die bisher Bestandteil mehrjähriger Vereinbarungen waren, werden nun Bestandteil der Lohn-/Gehaltstarifverträge oder weisen die gleiche Laufzeit auf wie diese. In Stufenplänen werden Urlaubsverlängerungen vereinbart, wonach ab 1983 alle Arbeitnehmer einen Anspruch auf 30 Urlaubstage haben; die Urlaubsverträge sind erstmals zum 31. Dezember 1985 kündbar. Die Arbeitszeitregelungen bleiben unverändert und sind erstmals zum 31. Dezember 1983 kündbar. In Nordrhein-Westfalen und Osnabrück wird ein Abkommen zur Lohn- und Gehaltssicherung abgeschlossen.
	Industrie der Papier-, Pappe- und Kunststoffverarbeitung Begünstigte: 109000	Erhöhung der Tariflöhne und -gehälter um 4,3 vH ab 1. Januar 1979 bei einer Tariflaufzeit von 13 Monaten. Anhebung der Ausbildungsvergütungen.
März	Öffentlicher Dienst — Gebietskörperschaften, Deutsche Bundespost, Deutsche Bundesbahn Begünstigte: 3770000	Ab 1. März 1979 erhalten alle Arbeiter und Angestellten 4,0 vH mehr Lohn und Gehalt. Das Urlaubsgeld wird um 150,– DM auf auf 300,– DM im Jahr erhöht, die Ausbildungsvergütungen werden angehoben. Die Veränderungen gelten entsprechend auch für die Beamtenbezüge.
	Chemische Industrie Begünstigte: 622300	Die Tariflöhne und -gehälter werden regional unterschiedlich ab 1. April bzw. 1. Mai bzw. 1. Juni um 4,3 vH erhöht. Die Laufzeit des Vertrages beträgt 13 Monate. Die vollkontinuierliche Arbeitszeit wird ab 1. Mai 1980 auf 41 Stunden und ab 1. Mai 1982 auf 40 Stunden verkürzt. Stufenweise Einführung von 30 Arbeitstagen Urlaub bis 1984 für alle Arbeitnehmer. Stufenweise Erhöhung des Urlaubsgeldes bis 1984 auf 30,– DM je Urlaubstag. Längere Kündigungsfristen für gewerbliche Arbeitnehmer, bessere Verdienstsicherung für ältere Arbeitnehmer und Rationalisierungsschutzbestimmungen.
	Baugewerbe Begünstigte: 967400	Die Tariflöhne werden ab 1. Mai 1979 um 4,5 vH, der Bauzuschlag um 1,4 Prozentpunkte auf 5,4 vH erhöht, so daß die Löhne insgesamt um mindestens 5,9 vH, durch eine Veränderung der Lohngruppenrelationen vielfach aber um mehr als 6 vH steigen. Erhöhung der Ausbildungsvergütungen um 13 vH bis 16 vH. Die Tarifgehälter werden ab 1. Mai 1979 um durchschnittlich 5,3 vH angehoben, für Poliere um 5,6 vH.
	Groß- und Außenhandel — Nordrhein-Westfalen Begünstigte: 280000	Erhöhung der Tarifverdienste sowie des Urlaubsgeldes ab 1. Februar 1979 um 4,3 vH. Laufzeit 13 Monate. Verlängerung des Urlaubs im Jahre 1979 um 2 Tage und 1980 um einen weiteren Tag.
	— Hessen Begünstigte: 90000	Erhöhung der Tariflöhne und -gehälter um durchschnittlich 4,2 vH bei gleichzeitiger Neuregelung der Lohn- und Gehaltsgruppen ab 1. Februar 1979. Laufzeit 12 Monate. Verdienstsicherung für ältere Arbeitnehmer. Verlängerung des Urlaubs in Stufen bis 1982 auf 26 bis 28 Arbeitstage. Stufenweise Anhebung des Urlaubsgeldes. Erhöhung der vermögenswirksamen Leistungen auf monatlich 39,– DM ab 1. Februar 1979 und auf 52,– DM ab 1. Februar 1981.

noch Tabelle 8

Monat		
1979		
März	— Rheinland-Rheinhessen, Pfalz Begünstigte: 59 000	Erhöhung der Tariflöhne und -gehälter um 4,5 vH ab 1. Mai 1979 (in der Pfalz ab 1. Juli). Rückgruppierungsschutz für Arbeitnehmer ab dem 50. Lebensjahr und mit 15 Jahren Betriebszugehörigkeit. Anhebung der Ausbildungsvergütungen.
	— Bayern Begünstigte: 180 000	Ab 1. März Erhöhung der Tariflöhne um durchschnittlich 4,6 vH und der Tarifgehälter um durchschnittlich 4,0 vH. Stufenweise Urlaubsverlängerung von 18 bis 22 auf 23 bis 28 Arbeitstage bis 1982. Erhöhung des Urlaubsgeldes ab 1982. Stufenweise Anhebung der vermögenswirksamen Leistungen bis 1981 auf 52,– DM im Monat. Anhebung der Ausbildungsvergütungen.
April	Bankgewerbe Begünstigte: 300 000	Erhöhung der Tarifgehälter und der Ausbildungsvergütungen um 4,5 vH ab 1. März 1979 bei gleichzeitiger Veränderung der Gehaltstabelle. Verlängerung des Urlaubs um 1 bis 2 Tage. Verkürzung der Arbeitszeit bei Arbeitsbereitschaft auf 40 Stunden. Ausdehnung des Kündigungsschutzes auf Angestellte, die das 50. Lebensjahr vollendet haben und dem Betrieb mindestens 10 Jahre angehören.
	Privates Versicherungsgewerbe Begünstigte: 200 000	Erhöhung der Tarifgehälter und Ausbildungsvergütungen um 4,5 vH. Anhebung der Verantwortungszulagen. Verlängerung des Urlaubs bis zum vollendeten 27. Lebensjahr um 1 Tag und vom vollendeten 50. Lebensjahr an um 2 Tage.
	Druckindustrie Begünstigte: 169 200	Erhöhung der Tariflöhne und -gehälter um 4,5 vH ab 1. April 1979, zusätzliche Anhebung der unteren drei Lohngruppen für das Hilfspersonal und der unteren Gehaltsgruppe (in Hessen, Saarland, Bayern und Berlin) um 1,0 vH sowie neue Gehaltsstruktur für Angestellte (in Baden-Württemberg Anhebung der Tarifgehälter um 4,2 vH ab 1. Mai 1979 sowie zusätzlich 1 vH für bestimmte Gehaltsgruppen). Stufenweise Urlaubsverlängerung bis 1983 auf 30 Arbeitstage für alle Arbeitnehmer. Zusätzliche freie Tage für Arbeitnehmer, die das 58. Lebensjahr vollendet haben. Zusätzliche Freischichten für ständige Schicht- und Nachtarbeiter.
	Steinkohlenbergbau Begünstigte: 200 400	Erhöhung der Tariflöhne und -gehälter ab 1. Mai 1979 um 4,2 vH. Erhöhung der Nachtschichtzulage. Stufenweise Verlängerung des Urlaubs bis 1983 auf 30 Arbeitstage für alle Arbeitnehmer; Untertage Beschäftigte erhalten dann drei zusätzliche Urlaubstage. Arbeitnehmer Untertage mit Nacht- und Wechselschicht erhalten im Jahr zwei zusätzliche Freischichten. Ab 1. Juli 1979 Erhöhung der Hausbrandbezugsmenge für verheiratete Arbeitnehmer.
	Hotel- und Gaststättengewerbe — Nordrhein-Westfalen Begünstigte: 80 400	Erhöhung der Tariflöhne und -gehälter ab 1. Mai 1979 um 5,0 vH.
Mai	Textilindustrie — Westfalen, Nordrhein Begünstigte: 87 500	Erhöhung der Tariflöhne und -gehälter um 4,1 vH ab 1. Mai 1979. Anhebung des Urlaubsgeldes, der Jahressonderzahlung und der Ausbildungsvergütungen. Stufenweise Urlaubsverlängerung bis 1982 auf 6 Wochen für alle Arbeitnehmer. In Nordrhein auch Erhöhung der Zeitlohnzulage.
	— Hessen, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Südbayern, Nordbayern Begünstigte: 121 700	Erhöhung der Tariflöhne und -gehälter ab 1. Mai 1979 um 4,5 vH (Südbayern 4,6 vH, Rheinland-Pfalz 4,3 vH). Anhebung der Ausbildungsvergütungen (in Baden-Württemberg auch der Jahressonderzahlung, in Nordbayern auch der Zeitlohnzulage). Stufenweise Urlaubsverlängerung bis 1982 auf 6 Wochen für alle Arbeitnehmer (in Baden-Württemberg bis 1981). Teilweise Strukturveränderungen der Tarife und Anhebung des Urlaubsgeldes.
	— Niedersachsen, Bremen Begünstigte: 23 100	Erhöhung der Tariflöhne und -gehälter ab 1. Juli um 4,5 vH. Für Juni wird der Pauschalbetrag von 20,– DM gezahlt. Stufenweise Urlaubsverlängerung bis 1982 auf 6 Wochen für alle Arbeitnehmer.
	Einzelhandel — Nordrhein-Westfalen Begünstigte: 380 000	Erhöhung der Tariflöhne und -gehälter um durchschnittlich 4,9 vH ab 1. April 1979. Stufenweise Verlängerung des Urlaubs von bisher 23 bis 28 Werktage auf 30 bis 36 Werktage ab 1984.
	— Hessen Begünstigte: 124 000	Erhöhung der Tariflöhne und -gehälter um durchschnittlich 5,3 vH bzw. 5,0 vH. Veränderungen in der Tarifstruktur. Urlaubsverlängerung um 2 Tage auf 25 bis 30 Werktage.

noch Tabelle 8

Monat		
1979		
Mai	— Bayern Begünstigte: 250 000	Erhöhung der Tariflöhne und -gehälter um durchschnittlich 5,3 vH. Verlängerung des Urlaubs von 21 bis 28 Werktage auf 24 bis 30 Werktage. Stufenweise Verringerung der Ortsklassenabschläge. Anhebung der Ausbildungsvergütungen.
	Bekleidungsindustrie (ohne Niedersachsen, Bremen, Bergisches Land, Saarland) Begünstigte: 207 000	Erhöhung der Tariflöhne um 4,1 vH und der Tarifgehälter um 4,5 vH ab 1. Mai 1979 (Berlin ab 1. Juni 1979). In einem neuen Manteltarifvertrag, der ab 1980 in Kraft tritt, werden die bisherigen Erholzeiten als bezahlte Kurzpausen festgesetzt, es werden Einarbeitungszeiten und Zwangspausen anders berücksichtigt, der Akkord-Richtsatz gilt jetzt als Mindestlohn, die Erholzeiten-Zuschläge für Akkord-Arbeiter werden stufenweise aufgestockt. Stufenweise Urlaubsverlängerung bis 1982 auf 6 Wochen für alle Arbeitnehmer.

beitenden Industrie auf eine Mindestlaufzeit von dreizehn Monaten oder mehr, wie in der Eisen- und Stahlindustrie. Die Abkommen zur Verlängerung des Jahresurlaubs umfassen zumeist einen mehrjährigen Stufenplan, der zum Teil zugleich ein Festhalten der bisherigen Wochenarbeitszeit vorsieht. Damit haben sich Arbeitgeber wie Arbeitnehmer auf dem Gebiet der Arbeitszeit vielfach über mehrere Jahre gebunden, was für die Unternehmer zwar eine Vorbelastung der Zukunft bedeutet, gleichzeitig aber auch die Unsicherheit über künftige Arbeitszeitverkürzungen mindert.

65. Zu dem hart umkämpften Abschluß in der Eisen- und Stahlindustrie gehörte neben zusätzlichen Freischichten und Urlaubstagen eine lineare Steigerung der Löhne und Gehälter um 4 vH, gültig für 15 Monate. Auch der Erhöhungssatz hatte Signalcharakter für die übrigen Tarifvereinbarungen, die zügig abgeschlossen wurden und zumeist ebenfalls zu linearen Erhöhungen zwischen 4 vH und $4^1/_2$ vH führten. Die durchschnittliche lineare Steigerung lag damit um gut einen halben Prozentpunkt unter der des Vorjahres.

Nimmt man alle tariflichen Nebenvereinbarungen — außer der Verlängerung des Jahresurlaubs und zusätzlichen Freischichten vor allem Erhöhungen des Urlaubsgeldes und Veränderungen der Tarifstruktur — hinzu, die in diesem Jahr ein ähnliches Gewicht wie 1978 hatten, so brachte die diesjährige Lohnrunde im Durchschnitt eine Anhebung der Stundenverdienste um rund 5 vH. Hinter dieser Steigerungsrate blieben die Abschlüsse im öffentlichen Dienst und in der Eisen- und Stahlindustrie mit knapp $4^1/_2$ vH etwas zurück, während die Arbeitnehmer im florierenden Baugewerbe mit rund 6 vH wie schon im Vorjahr ein überdurchschnittliches Ergebnis erzielen konnten. Die Spannweite der Tarifabschlüsse hat gleichwohl weiter abgenommen.

Für das jahresdurchschnittliche Tariflohn- und -gehaltsniveau, dessen Veränderung von der zeitlichen Verteilung der einzelnen Abschlüsse über das Jahr wesentlich mitbestimmt wird, ergab sich 1979 im Vergleich zum Vorjahr ein Anstieg von knapp 5 vH, nachdem es 1978 noch reichlich $5^1/_2$ vH gewesen waren. Im Bild zu behalten ist allerdings, was an zusätzlichen tariflichen Leistungen bereits für 1980 vereinbart worden ist; die Vorbelastung, die sich daraus ergibt, ist auf etwa $^1/_2$ vH zu veranschlagen.

66. Der Blick auf die tariflichen Festlegungen läßt indes nicht vollständig erkennen, wieviel an Lohn und Gehalt je Arbeitsstunde mehr gezahlt wurde. Die effektiven Vergütungen je Stunde dürften 1979 etwa 6 vH höher gewesen sein als 1978; trotz niedrigerer Tariflohnabschlüsse fiel die Steigerung also sogar etwas größer aus als 1978, als sie 5,7 vH betragen hatte. Vielfältige Ursachen wären hierfür zu nennen. Zum Teil ist von Bedeutung, daß sich manche Festlegungen der Tarifpartner nicht voll in der Tarifstatistik niederschlagen, wie beispielsweise eine automatische Erhöhung des Urlaubsgeldes bei Urlaubsverlängerung. Eine Rolle spielt auch, daß im vergangenen Jahr im Zuge der Arbeitskämpfe manche Zahlungen entfallen waren, die in diesem Jahr wieder geleistet wurden. Schließlich brachte die günstige konjunkturelle Entwicklung vermehrt Überstundenvergütungen mit sich und, wo es galt, knappe Fachkräfte zu gewinnen oder zu halten, wohl auch übertarifliche Zahlungen.

Je Beschäftigten gerechnet sind die Arbeitsverdienste 1979 mit $5^1/_2$ vH im Jahresdurchschnitt um etwa einen halben Prozentpunkt mehr gestiegen als 1978.

67. Die günstige gesamtwirtschaftliche Entwicklung führte dazu, daß je Erwerbstätigen fast 3 vH mehr produziert wurde als 1978; damals hatte der Produktionszuwachs nur $2^1/_2$ vH betragen. Zusammen mit dem Anstieg der Verdienste ergab dies eine Erhöhung der Lohnstückkosten, die etwa der des Vorjahres entsprach; in beiden Jahren waren es rund $2^1/_2$ vH.

Anders als in den beiden Jahren davor war 1979 die Zunahme der Lohnstückkosten in der Industrie geringer als in der Volkswirtschaft insgesamt, da dort zwar die Löhne etwas stärker als im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt anstiegen, aber im Zuge der konjunkturellen Expansion auch die Produktivität überdurchschnittlich zunahm.

68. *Vergleicht man die Entwicklung der Löhne und der Produktivität mit jener der Preise, die die Unternehmen in diesem Jahr für ihre Produkte erzielten, und berücksichtigt man außerdem, daß ein Teil der Preissteigerungen auf die Erhöhung der Einfuhrpreise zurückzuführen ist, die nicht mit einem entsprechenden Anstieg der Ausfuhrpreise einherging, so wird deutlich, daß sich die Reallohnposition in diesem Jahr erneut etwas verschlechtert hat. Die wohl gewollte weitere Verbesserung der Ertragschancen der Unternehmen war also von den Löhnen her möglich (Ziffer 165).*

69. Von den Zinskosten kam 1979 allerdings keine Entlastung mehr. Die Nominalzinsen stiegen allenthalben sogar deutlich an. Der Kapitalmarktzins erreichte nach dem Tiefstand im Frühjahr 1978 zur Mitte dieses Jahres mit 8% wieder ein Niveau, das er zuletzt 1976 gehabt hatte; danach ging er zeitweise wieder leicht zurück. Da die Bundesbank der Geldmengenexpansion engere Grenzen als 1978 setzte, kamen mit der Ausweitung der Kreditnachfrage auch die Bankzinsen in Bewegung, die im Verlaufe des vergangenen Jahres im Gegensatz zum Kapitalmarktzins niedrig geblieben waren (Ziffern 201 ff.). Der Zins für Kontokorrentkredite zog ähnlich wie die Geldmarktzinsen stark an.

Für die Unternehmen hängt das Gewicht dieser zusätzlichen Kostenbelastung allerdings entscheidend davon ab, welche Erwartungen sie bezüglich der erzielbaren Preise und Absatzmengen haben; in dieser Hinsicht waren sie 1979 größtenteils kaum pessimistisch. Die steigenden Zinsen waren zum Teil der Ausdruck der verbesserten Ertragserwartungen. Trotzdem war der merkliche Zinsanstieg für die Investitionen in der Volkswirtschaft sicherlich nicht unbedeutend; denn die Zinshöhe hat auf die Investitionsentscheidungen in den einzelnen Bereichen einen unterschiedlich starken Einfluß; bei der Wohnungsbaunachfrage etwa konnte man im Verlauf des Jahres erste dämpfende Auswirkungen feststellen (Ziffer 86).

70. Zu einem unerwartet kräftigen Anstieg kam es 1979 bei den Importkosten, die im Jahre 1978 spürbar gesunken waren. Besonders groß waren die Preissteigerungen, wie erwähnt, für Rohöl und Mineralölprodukte. Aber auch zahlreiche andere Industrierohstoffe und Halbwaren verteuerten sich beträchtlich (Ziffer 139). Die Preise für importierte Fertigwaren stiegen von der Jahreswende 1978/79 an ebenfalls wieder beschleunigt, am deutlichsten die Preise für Verbrauchsgüter. Nimmt man die Durchschnittswerte zum Maßstab, die nicht die Preise für neue Kontrakte, sondern für die zu unterschiedlichen Zeiten georderten Lieferungen widerspiegeln und die deshalb auf die aktuelle Preisentwicklung verzögert reagieren, so waren Einfuhrgüter insgesamt in den ersten neun Monaten 1979 um über $7^1/_2$ vH teurer als ein Jahr zuvor, Rohstoffe für sich genommen um $15^1/_2$ vH, Halbwaren sogar um fast 30 vH. Erheblich mehr als im Vorjahr kosteten zum Teil auch ausländische Dienstleistungen.

71. Die Verteuerung der Importe wäre geringer ausgefallen, hätte der Wechselkurs wie im Vorjahr dämpfend gewirkt. Nachdem sich die Unruhe an den Devisenmärkten Ende 1978 gelegt hatte, kam es bis in den Sommer 1979 hinein zu keiner nennenswerten Höherbewertung mehr für die D-Mark; dies gilt insbesondere auch im Verhältnis zum Dollar, der nach wie vor für einen großen Teil der international gehandelten Rohstoffe und vor allem für die Erdöllieferungen der OPEC-Staaten als Rechnungswährung dient. Die vorübergehend wieder stärkere Aufwertung der D-Mark, die, bedingt durch erneut aufkommendes Mißtrauen gegenüber der amerikanischen Währung, im dritten Quartal zu verzeichnen war und die Ende September auch zu einer mäßigen Wechselkursanpassung im Europäischen Währungssystem führte, änderte an diesem Bild im ganzen nur wenig (Ziffern 28 ff.). Während die D-Mark von Oktober 1977 bis Oktober 1978 gegenüber allen Währungen im gewogenen Durchschnitt um $7^1/_2$ vH und gegenüber dem Dollar gar um mehr als 23 vH im Kurs gestiegen war, ergab sich in den nachfolgenden zwölf Monaten bis Oktober 1979 nur mehr ein Aufwertungseffekt von knapp 4 vH im gewogenen Durchschnitt und von weniger als $3^1/_2$ vH gegenüber dem Dollar.

72. Nimmt man alles zusammen — erneut nur geringer Anstieg der Lohnkosten und weitere Hilfen des Staates zur Bewältigung des Strukturwandels auf der einen Seite, höhere Zinsen und gestiegene Kosten für ausländische Vorleistungen auf der anderen Seite —, so haben sich die Angebotsbedingungen 1979 im ganzen gesehen zwar kaum weiter verbessert; sie blieben aber hinreichend günstig, um bei den erzielbaren Preisen mehr Produktion nicht nur auf kurze Sicht rentabel erscheinen zu lassen.

73. Für Unternehmen, die einen nennenswerten Teil ihrer Produktion exportieren oder die im Inland mit ausländischen Anbietern konkurrieren, brachte die Wechselkursentwicklung nach der vorangegangenen Verschärfung des Wettbewerbsdrucks aus dem Ausland zudem Entlastung. Denn anders als 1978, als der Anstieg des Wechselkurses im Jahresverlauf deutlich über den Unterschied im Preisanstieg zwischen dem Inland und dem Ausland hinausgegangen war, blieb die Höherbewertung der D-Mark 1979 dahinter zurück. Inländische Anbieter, die ihre Preise so anhoben, daß sich ihre Produkte unter Berücksichtigung des gegebenen Wechselkursanstiegs ebenso stark verteuerten wie die ihrer ausländischen Konkurrenten, konnten zumeist nicht nur Kostensteigerungen überwälzen, sondern darüber hinaus auch ihre Gewinnmargen ausweiten. Wie es scheint, zogen es viele allerdings vor, diesen Spielraum nicht voll auszuschöpfen, sondern mit weniger großen Preissteigerungen wenn möglich Terrain zurückzugewinnen, das sie in den letzten Jahren verloren hatten. Dafür spricht, daß am Anstieg der Durchschnittswerte der Ausfuhr im Inland und im Ausland gemessen, eine deutliche reale Abwertung der D-Mark zu verzeichnen war; im Jahresdurchschnitt, der die laufende Entwicklung nicht voll zum Ausdruck bringt, dürfte sie 1979 knapp $1^1/_2$ vH betragen (Schaubild 7).

74. Auch andere Unternehmen, deren Ertragslage sich bereits 1978 erheblich verbessert hatte, konnten ihre Gewinnmargen 1979 noch einmal erhöhen,

Schaubild 7

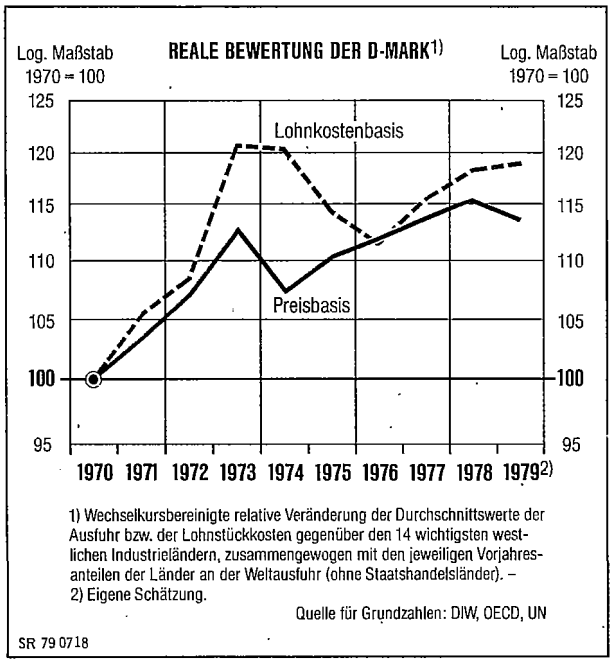
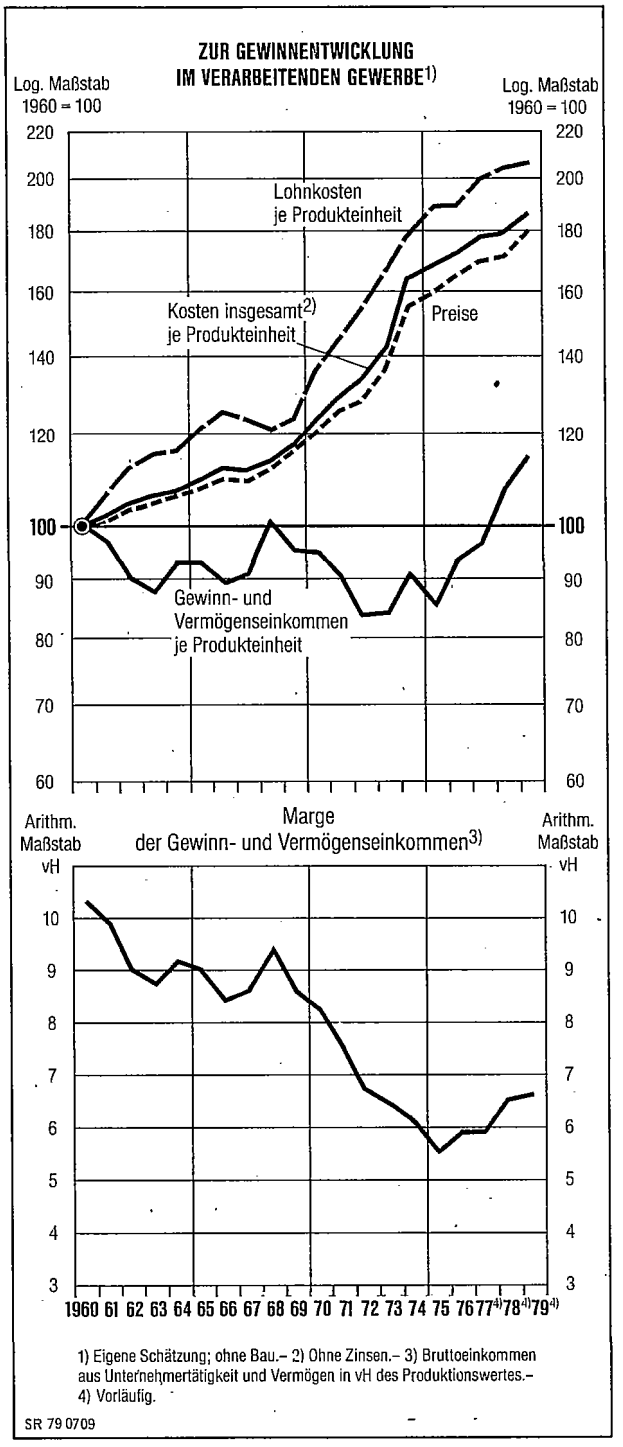


Schaubild 8



weil mit dem weiteren Nachfrageanstieg der Spielraum für Preissteigerungen größer wurde. Unternehmen, die einen erheblichen Teil ihrer Vorleistungen aus dem Ausland beziehen, waren allerdings vielfach selbst dann nicht in der Lage, alle Kostensteigerungen über die Preise weiterzugeben, wenn sie diese verstärkt anheben konnten.

75. Im verarbeitenden Gewerbe insgesamt dürften die Gewinnmargen 1979 indes weiter gestiegen sein, wenn auch nicht mehr so deutlich wie im Vorjahr (Schaubild 8).

Die Schätzung der Gewinnmarge stützt sich auf die Angaben der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen über Produktionswert, Vorleistungen und Wertschöpfung in den einzelnen Wirtschaftsbereichen. Detaillierte Angaben dazu liegen stets erst mit erheblicher Verzögerung vor. Die Werte für das jeweilige Berichtsjahr und großenteils auch für das Vorjahr müssen auf der Basis anderer Statistiken, insbesondere aus dem monatlichen Bericht über Produktion, Beschäftigung und Umsatz im verarbeitenden Gewerbe geschätzt werden. Das bringt es mit sich, daß Aussagen über die aktuelle Entwicklung stets mit besonderer Unsicherheit behaftet sind. Diesmal kommt hinzu, daß das Statistische Bundesamt in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen umfangreiche Revisionen für die Jahre bis 1976 vorgenommen hat, die für die Jahre danach eine Verknüpfung mit den laufenden Statistiken für das verarbeitende Gewerbe derzeit nur begrenzt möglich machen. Hier liegt auch der Grund dafür, daß sich aus unserer letztjährigen Rechnung für 1978 ein Rückgang der Gewinnmarge ergab, während die diesjährige Rechnung einen Anstieg ausweist.

In der Bauwirtschaft war die Verbesserung dagegen wohl ähnlich kräftig wie 1978. Auch einer Reihe von Dienstleistungsbereichen dürfte mehr Gewinn vom Umsatz geblieben sein, während die Gewinnmargen des Handels zum Teil abgenommen zu haben scheinen.

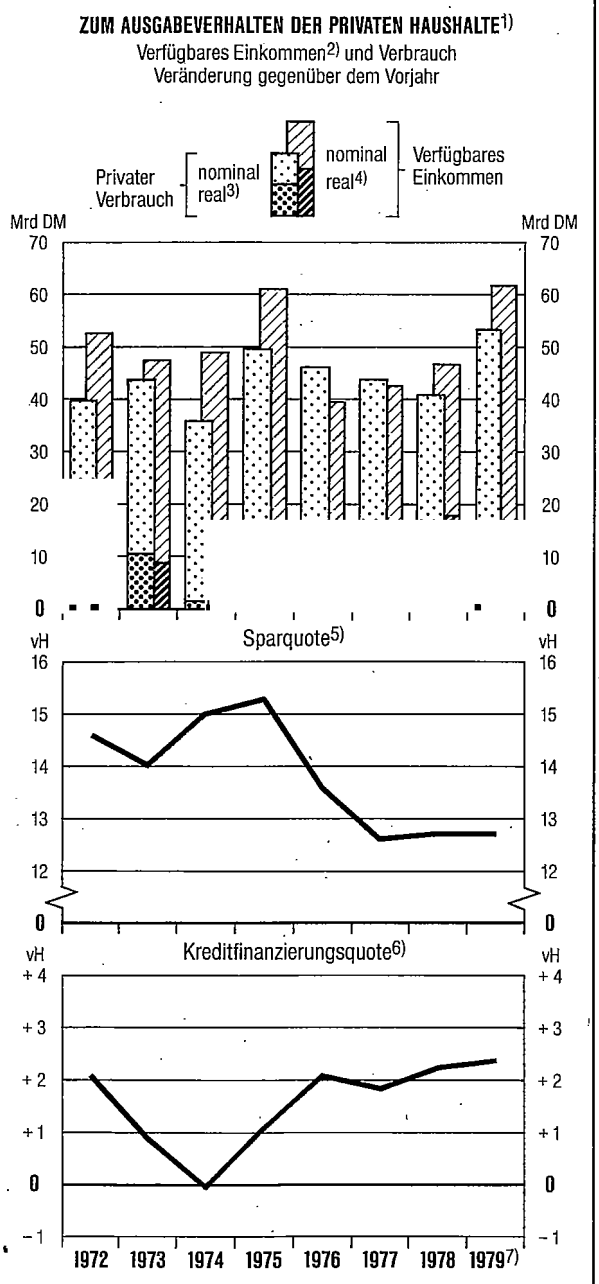
76. In der unterschiedlichen Entwicklung der Ertragslage spiegelt sich nicht zuletzt der Einfluß, den der neuerliche Ölpreisschub auf die einzelnen Bereiche der Wirtschaft hatte. Er brachte nicht nur eine erhebliche Kostenbelastung für jene Unternehmen, die für ihre Produktion viel Energie benötigen oder die in großem Umfang Mineralölprodukte als Vorerzeugnisse einsetzen, sondern er minderte auch die Ertragschancen in all den anderen Bereichen, denen wegen des Kaufkraftentzugs durch die Ölförderländer nun Nachfrage fehlte. Dagegen ergaben sich für Anbieter von energiesparenden Pro-

dukten oder von Erzeugnissen zur Gewinnung und Nutzung anderer Energiequellen vermehrte Chancen.

Privater Verbrauch durch Preissteigerungen belastet

77. Nachdem der private Verbrauch bereits 1978 verstärkt zugenommen hatte, war für 1979 mit einem weiteren kräftigen Anstieg zu rechnen. Die Bedingungen dafür waren nicht nur von der Ausgabeneigung, sondern auch von der Einkommensentwicklung her günstig (Schaubild 9). Wie erwartet,

Schaubild 9



1) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbscharakter.– 2) Ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.– 3) In Preisen von 1970.– 4) Deflationiert mit dem Preisindex des privaten Verbrauchs.– 5) Ersparnis in vH des verfügbaren Einkommens.– 6) Veränderung der Kredite (ohne Kredite für den Wohnungsbau) an Privatpersonen (wirtschaftlich unselbständige und sonstige) in vH des privaten Verbrauchs (Quelle für Kreditbestände: Deutsche Bundesbank). – 7) Eigene Schätzung.

SR 79 0710

haben die Ausgaben der privaten Haushalte für Konsumgüter dann in der ersten Jahreshälfte auch beschleunigt zugenommen. Obwohl sich der Anstieg inzwischen abgeflacht hat, dürften sie im Durchschnitt des Jahres um $7^1/_2$ vH höher sein als 1978; damals hatte die Zuwachsrate 6 vH betragen. Ein erheblicher Teil der Mehrausgaben wurde indes durch Preissteigerungen aufgezehrt, insbesondere durch die starke Verteuerung von Mineralölprodukten. In konstanten Preisen gerechnet dürfte daher die Zunahme des privaten Verbrauchs mit rund 3 vH sogar etwas hinter der des letzten Jahres zurückbleiben.

78. Hätte das verfügbare Einkommen durch die Preisentwicklung nicht mehr als erwartet an Kaufkraft verloren, so hätte der reale private Verbrauch deutlich stärker zunehmen können als 1978. Denn mit $7^1/_2$ vH stieg das verfügbare Einkommen 1979 rascher als im Jahr davor. Von den 62 Mrd DM, die den privaten Haushalten im laufenden Jahr zusätzlich zuflossen, entfiel ein Teil auf die Steuererleichterungen zum Jahresbeginn und auf die Erhöhung des Kindergeldes sowie die übrigen sozialpolitischen Maßnahmen, die zum Inhalt des im Spätherbst 1978 verabschiedeten Expansionsprogramms gehörten. Außerdem wurden die Renten zum Jahresbeginn erhöht, deren Anpassung um ein halbes Jahr hinausgeschoben worden war (Ziffer 172). Ausschlaggebend war indes die verstärkte Zunahme der am Markt erzielten Einkommen, nicht zuletzt der Einkommen aus Löhnen und Gehältern, die etwa die Hälfte des verfügbaren Einkommens ausmachen; hier schlug sich nieder, daß der Anstieg der Beschäftigung die Zurückhaltung bei den Tarifabschlüssen nicht nur aufwog, sondern darüber hinaus einen spürbaren Einkommenszuwachs brachte.

Allein für Heizöl und Benzin mußten die Haushalte 1979 jedoch schätzungsweise fast 10 Mrd DM mehr ausgeben. Das entspricht annähernd den 1979 wirksam gewordenen Steuererleichterungen und Einkommenshilfen, bringt man dabei etwa $2^1/_2$ Mrd DM in Abzug, die der Staat von der Jahresmitte an über die höhere Mehrwertsteuer einverlangte.

79. Zum Teil gingen die höheren Ausgaben für Mineralölerzeugnisse zu Lasten der übrigen Ausgaben; zum Teil haben die Haushalte aber auch weniger gespart, auf vorhandene Ersparnisse zurückgegriffen oder sich verschuldet, um Ausgaben für andere Zwecke nicht allzusehr kürzen zu müssen.

Ob das eine oder das andere überwog, läßt sich nicht mit Sicherheit sagen. Der Blick auf die Sparquote, die mit reichlich $12^1/_2$ vH den gleichen Wert wie 1978 gehabt haben dürfte, scheint zunächst dafür zu sprechen, daß Änderungen im Sparverhalten keine oder bestenfalls eine untergeordnete Rolle spielten. Deren tatsächliche Bedeutung war aber vermutlich recht groß. Eine Reihe anderer Einflüsse wirkte 1979 nämlich, für sich genommen, auf eine Erhöhung der Sparquote hin. So sind etwa die aus dem laufenden Einkommen finanzierten Ausgaben der privaten Haushalte für den Wohnungsbau und für die Modernisierung vorhandener Wohnungen, die nicht als Verbrauch, sondern als Ersparnis und Investition

zählen, im Jahre 1979 beschleunigt gestiegen. Außerdem konnten die Haushalte diesmal schätzungsweise nur halb so viele vermögenswirksam angelegten Ersparnisse auflösen wie 1978 und neben ihrem laufenden Einkommen für zusätzliche Ausgaben verwenden. Hinzu kommt, daß die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und aus Vermögen, von denen erfahrungsgemäß mehr gespart wird als von Arbeitseinkommen und von Renten, stärker stiegen als diese, so daß sich bei unverändertem Ausgabeverhalten der einzelnen Haushalte auch von daher ein Anstieg der durchschnittlichen Sparquote ergeben hätte. So gesehen ist durchaus bemerkenswert, daß deren Wert nicht höher war als im Vorjahr. Viele Haushalte waren offenbar auch bereit, sich zur Aufrechterhaltung ihrer Konsumpläne zu verschulden, was sich daran zeigt, daß die Konsumentenkredite trotz der höheren Zinsen unvermindert kräftig zunahmen.

80. Soweit es zu Minderausgaben an anderer Stelle kam, sind diese, wie es scheint, zunächst vor allem zu Lasten von Gütern des täglichen Bedarfs gegangen. Doch stiegen auch die Käufe von langlebigen Gebrauchsgütern in vielen Fällen das Jahr über schwächer als 1978. In der ersten Jahreshälfte waren davon vor allem Möbel und elektrotechnische Erzeugnisse betroffen, in zunehmendem Umfang dann aber auch Personenkraftwagen. Dagegen waren bis zum Sommer offenbar nur wenige Haushalte bereit, Abstriche an ihren Urlaubsbudgets zu machen; mit 15 vH war der Zuwachs bei den Reiseausgaben im Ausland in den ersten sechs Monaten 1979 nicht nur erneut wesentlich größer als bei den übrigen Verbrauchsausgaben — von den Ausgaben für Mineralölerzeugnisse abgesehen —, sondern auch größer als in der gleichen Zeit des Jahres 1978. Inzwischen ist jedoch auch hier der Anstieg der Ausgaben schwächer geworden.

Noch deutliche Ausweitung der staatlichen Nachfrage

81. Obwohl die Finanzpolitik 1979 nicht mehr im gleichen Maße wie ein Jahr zuvor darauf zielte, der Konjunktur durch vermehrte öffentliche Aufträge ebenso Auftrieb zu geben wie durch die Stützung der privaten Nachfrage, war der Anstieg der staatlichen Nachfrage doch im laufenden Jahr noch recht kräftig. Dies gilt vor allem für die staatlichen Bauaufträge.

82. Ein deutlicher Anstieg der öffentlichen Aufträge war in der ersten Jahreshälfte noch einmal im Tiefbau zu verzeichnen, nachdem es im zweiten Halbjahr 1978 den Anschein gehabt hatte, als habe die staatliche Nachfrage in diesem Bereich nach zweijähriger Expansion ihren Höhepunkt überschritten. Die erneute Zunahme rührte im wesentlichen daher, daß die Gemeinden mehr Projekte als ursprünglich erwartet in das im Frühjahr 1977 verabschiedete mehrjährige Investitionsprogramm einbrachten. Damit konnten 1979 noch einmal Aufträge für Bauvorhaben im Rahmen dieses Programms von schätzungsweise mehr als 4 Mrd DM vergeben werden. Die erhöhte Investitionsbereitschaft der Gemeinden ließ auch im Hochbau die staatlichen Aufträge bis zum Sommer weiter steigen. Im weiteren Verlauf des Jahres wurden dann allerdings nicht mehr so viele neue Vorhaben begonnen. Im ganzen wurden dem Bauhauptgewerbe aber immerhin in den ersten acht Monaten 1979 dem Werte nach fast 12 vH mehr öffentliche Aufträge erteilt als im gleichen Zeitraum des vorangegangenen Jahres.

83. Die Impulse, die von den Ausgaben des Staates auf die übrigen Bereiche der Wirtschaft ausgingen, waren dagegen weniger kräftig, und sie waren auch schwächer als im Vorjahr, wie die Entwicklung der staatlichen Verbrauchsausgaben zeigt. Bei den Personalausgaben waren dafür die geringeren Einkommenssteigerungen maßgebend, denn die verstärkte Ausweitung des Personalbestandes im öffentlichen Dienst hielt auch 1979 an. Die Käufe von Gütern für den Verwaltungsbedarf und für Leistungen, die der Staat in der Gesundheitsfürsorge, im Bildungswesen und im Zusammenhang mit der öffentlichen Sicherheit erbringt, nahmen sowohl den Ausgaben wie der Menge nach weniger zu als 1978. Dies gilt auch für Käufe militärischer Güter, die ebenfalls beim Staatsverbrauch erfaßt werden. Insgesamt dürfte dieser 1979 um nicht ganz 7 vH höher sein als ein Jahr zuvor. Nach Abzug der Preissteigerungen entspricht dem ein Zuwachs von $2^1/_2$ vH nach 3,6 vH im Jahre 1978.

Höhepunkt der Baukonjunktur überschritten?

84. Staatliche wie private Aufträge bewirkten, daß die Bautätigkeit 1979 wiederum zu den stärksten Auftriebskräften in der Wirtschaft zählte. Die expansiven Einflüsse, die davon auf eine Vielzahl anderer Wirtschaftsbereiche ausgingen — von den Baustoffherstellern und den Produzenten von Baumaschinen über die Anbieter von Einrichtungsgütern bis hin zu Banken und Versicherungen —, hätten noch größer sein können, als sie es tatsächlich waren, hätte die Bauwirtschaft die Aufträge, die ihr erteilt wurden, alle zügig in Angriff nehmen können. Immer häufiger fehlten ihr dazu jedoch die notwendigen Arbeitskräfte und auch die Gerätekapazitäten (Ziffern 60 und 116). Denn aufgrund der Erfahrung aus der Rezession hatten die Bauunternehmen lange gezögert, ihren Angebotsspielraum auszuweiten. Erst 1978 hatten sie wieder damit begonnen, deutlich mehr zu investieren, als allein zum Ersatz ausscheidender Anlagen erforderlich war. Die lebhafte Nachfrage nach Baumaschinen hielt auch 1979 an. Es erwies sich nun aber als immer schwieriger, offene Stellen zu besetzen.

85. Zu den treibenden Kräften der Baukonjunktur gehörte in den letzten beiden Jahren der private Wohnungsbau. Angeregt durch niedrige Hypothekenzinsen und gefördert durch zahlreiche Hilfen des Staates, nicht zuletzt zur Wohnungsmodernisierung und zum Einsparen von Energie, hatten die Aufträge im Wohnungsbau von Ende 1976 an mehr und mehr zugenommen. Bei Neubauten war der

Nachfrageanstieg zunächst zwar auf Eigenheime beschränkt geblieben, doch waren mit dem weiteren Zinsrückgang dann auch die Aufträge im Mietwohnungsbau wieder zahlreicher geworden. Ende 1978 wurden dem Bauhauptgewerbe fast ein Drittel mehr Wohnungsbauaufträge erteilt als zwei Jahre davor. Auch 1979 ging die Nachfrage noch über die Produktionsmöglichkeiten hinaus; gestiegen ist sie im Verlauf des Jahres allerdings nicht mehr, sieht man von witterungsbedingten Schwankungen ab, so daß sich in den ersten acht Monaten 1979 im Vergleich zum entsprechenden Zeitraum des Vorjahres nur noch ein Zuwachs des Auftragsvolumens von rund $3^1/_2$ vH ergeben hat. Die bis Mitte 1978 stark gestiegenen Kreditzusagen für den Wohnungsbau zeigten 1979 einen spürbaren Rückgang, ein Zeichen für zunehmende Zurückhaltung bei der Planung neuer Bauvorhaben.

86. Daß die Wohnungsbaunachfrage weiter so rasch wie in den beiden vorangegangenen Jahren zunehmen würde, war nicht ohne weiteres zu erwarten. Aufträge für 420000 neue Wohnungen, wie sie 1978 schätzungsweise vergeben wurden, brauchten zwar nicht schon als eine vom mittelfristigen Bedarf her gegebene Grenze angesehen zu werden, zumal nicht bei den wieder günstiger gewordenen Einkommenserwartungen. Viele, die bauen wollten, mußten aber feststellen, daß Baupreise und Finanzierungskosten inzwischen rascher als ihre Einkommen stiegen oder, was den Mietwohnungsbau betrifft, stärker als die am Markt erzielbaren Mieten. Binnen Jahresfrist verteuerte sich das Bauen von Wohnhäusern immerhin um über 9 vH, und die Hypothekenzinsen stiegen um fast ein Viertel. Hinzu kam die in vielen Fällen noch größere Preissteigerung für Baugrundstücke, die ihre Ursache nicht zuletzt darin hat, daß viele Gemeinden weniger Bauland erschließen als früher. Das Bauen wurde damit weniger rentabel, und dort, wo nicht die Rentabilität, sondern, wie häufig beim Eigenheimbau, das Streben nach Unabhängigkeit oder andere Erwägungen im Vordergrund stehen, brachte es zunehmend größere Einkommensbelastungen mit sich. Dies bewog offenbar nicht wenige Bauwillige, geplante Vorhaben zu vertagen.

87. Nun gehört es zur Funktion von Preissteigerungen, daß sie Nachfrage zurückdrängen und zusätzliches Angebot hervorlocken sollen, um so mittelfristig für Marktgleichgewicht zu sorgen. Wie hoch die dazu notwendigen Preissteigerungen sind, läßt sich nicht mit wissenschaftlichen Methoden errechnen. Was den Preisanstieg am Baumarkt im Jahre 1979 anbelangt, so läßt sich aber wohl sagen, daß dieser niedriger hätte sein können, wenn der Staat seine Auftragsvergabe mehr gestreckt und zugunsten der privaten Bauherren die derzeit knappen personellen und sachlichen Kapazitäten der Bauwirtschaft weniger beansprucht hätte. Zugleich wäre dies ein Beitrag zur Verstetigung der Baukonjunktur gewesen, zumal das mittelfristige Investitionsprogramm 1980 ausläuft. Größere Stetigkeit der Baunachfrage als in der Vergangenheit ist nach aller Erfahrung nicht allein im Hinblick auf die Vermeidung starker zyklischer Schwankungen in der Investitionstätigkeit der Bauunternehmen von Bedeutung, sondern sie muß auch als wesentliche Voraussetzung dafür gelten, daß genügend Arbeitskräfte in der Bauwirtschaft arbeiten wollen. So überwiegt mittlerweile eher der Eindruck, daß der Staat mit seiner eigenen Nachfrage, so wichtig diese in den vorangegangenen beiden Jahren für die Baukonjunktur war, 1979 falsche Signale gesetzt hat.

Lebhafte Auslandsnachfrage bei weiterem Vordringen der Importe

88. Beträchtliche Impulse für den Anstieg von Produktion und Beschäftigung im Inland kamen 1979, anders als in den beiden Jahren davor, wieder von der Auslandsnachfrage. Die Belebung, die hier, etwas später als bei der Inlandsnachfrage, gegen Jahresende 1978 eingesetzt hatte, verstärkte sich in der ersten Hälfte des laufenden Jahres unerwartet kräftig. Bis zum Sommer erreichte der Auftragseingang aus dem Ausland einen Umfang, der um gut ein Zehntel über den des letzten Vierteljahres 1978 hinausging. Dabei konnten vor allem die Hersteller von Investitionsgütern, die im Gegensatz zu den Produzenten von Vorprodukten und auch von Verbrauchsgütern im letzten Jahr zum Teil sogar einen Rückgang ihrer Exportaufträge hatten hinnehmen müssen, einen erheblichen Zuwachs der Bestellungen verzeichnen. Seither ist die Auslandsnachfrage hier, wie zum Teil auch in anderen Bereichen, allerdings etwas zurückgegangen. Insgesamt konnte das verarbeitende Gewerbe jedoch in den ersten neun Monaten 1979 dem Volumen nach $10^1/_2$ vH mehr Auslandsaufträge buchen als im gleichen Zeitraum 1978.

89. Zu dieser Entwicklung trug eine Reihe von Einflüssen bei, deren Gewicht im einzelnen schwer zu bestimmen ist. Nach dem lebhafteren Ordereingang bei den Investitionsgüterherstellern und nach den Ländern zu schließen, aus denen der kräftigste Nachfrageschub kam, spielte die Verbesserung des Konjunkturklimas, die für eine Weile in den europäischen Industrieländern gegeben war, eine wesentliche Rolle. Nicht wenige Exporteure profitierten aber auch davon, daß die Staatshandelsländer größere Aufträge als in den letzten Jahren vergaben und daß die Rohstoffländer wieder mehr Industriegüter kaufen, seit ihre Erlöse mit den Weltmarktpreisen steigen. Erhöhte Nachfrage kam auch aus den meisten Ölförderländern, wenngleich deren Bestellungen insgesamt, bedingt durch den Rückgang der Aufträge aus dem Iran, der immerhin an zehnter Stelle unter allen Abnehmerländern gestanden hatte, den vorjährigen Umfang bis zuletzt nicht wieder erreichten. Bemerkenswert bei alledem ist indes, daß die heimischen Unternehmen ihren Auslandsabsatz im ganzen stärker steigern konnten, als es der Ausweitung des Welthandels entsprochen hätte — daß sie also, anders als im Vorjahr, zusätzliche Marktanteile gewinnen konnten. Dies läßt auf Vorteile im Wettbewerb mit ausländischen Konkurrenten schließen, die ihre Ursache, wie es scheint, nicht allein in den aktuellen kosten- und wechselkursbedingten Preisunterschieden, sondern möglicher-

weise auch darin haben, daß der verschärfte Wettbewerbsdruck in den letzten Jahren zu weiteren Verbesserungen im Exportangebot geführt hat, die sich nun auszuzahlen beginnen.

90. Nachdem die Exporteure 1978 bis in den Herbst hinein noch Auftragsbestände abgebaut hatten, die Lieferungen an das Ausland also über die laufenden Bestellungen hinausgegangen waren, blieb 1979 ein Teil der Auftragseingänge unerledigt. Dies hing zum einen sicherlich mit den notwendigen Fertigungszeiten zusammen, die sich bei Investitionsgütern, insbesondere im Anlagenbau, oft über mehrere Jahre erstrecken; zum anderen kam es aber offenbar auch zu Kapazitätsengpässen, zumal die Binnennachfrage ebenfalls stieg. Im Durchschnitt der Monate Januar bis September 1979 wurden gleichwohl 7½ vH mehr Waren ausgeführt als ein Jahr zuvor. Das Dienstleistungsgewerbe — von Transportunternehmen über Banken und Versicherungen bis hin zum Gastgewerbe — konnte seine für Ausländer erbrachten Leistungen nicht in gleichem Umfang ausweiten. Die Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, die im Ausland erzielte Einkommen von Inländern einschließt, dürfte 1979 dem Volumen nach insgesamt um 5½ vH höher sein als 1978.

91. Noch kräftiger hat allerdings erneut das Volumen der Wareneinfuhr und der im Reiseverkehr und sonst in Anspruch genommenen ausländischen Dienstleistungen zugenommen. Obwohl sich der beschleunigte Anstieg, der in der zweiten Jahreshälfte 1978 zu verzeichnen war, 1979 nicht im selben Tempo fortsetzte, dürften 9½ vH mehr Waren und Dienstleistungen eingeführt worden sein als im Jahr davor. Der Überschuß der ausgeführten Gütermenge über die eingeführte — der reale Außenbeitrag — ist abermals gesunken. Auch der Anteil, der von der Nachfrage auf Güter aus heimischem Angebot entfiel, ging weiter zurück. Dies lag jedoch zu einem erheblichen Teil an dem beträchtlichen Lageraufbau bei Rohstoffen und Halbwaren, die mit Inlandserzeugnissen nur begrenzt konkurrieren. Ausländische Anbieter von Fertigwaren konnten ihre Marktanteile im Inland zwar weiter vergrößern, aber nicht mehr im selben Maße wie im vorangegangenen Jahr.

92. War 1978 der nominale Außenbeitrag im Gegensatz zum realen noch gestiegen, weil sich die Einfuhr unter dem Einfluß der starken Höherbewertung der D-Mark verbilligt hatte, während die Preise für Ausfuhrgüter im Durchschnitt immerhin noch leicht angehoben werden konnten, so ergab sich 1979 auch in nominaler Rechnung ein Rückgang; mit schätzungsweise 14 Mrd DM dürfte der Außenbeitrag in jeweiligen Preisen um rund 23 Mrd DM niedriger sein als 1978. Zwar ließen sich die Ausfuhrpreise im Durchschnitt um 4½ vH und damit erheblich mehr als im Vorjahr erhöhen; gleichzeitig verteuerte sich die Einfuhr aber um durchschnittlich fast 8½ vH. Das Austauschverhältnis im Güterverkehr mit dem Ausland verschlechterte sich also erheblich; für eine gegebene Menge von Importgütern mußten mehr Exportgüter bereitgestellt werden.

93. Daß der nominale Außenbeitrag zurückging, heißt allerdings nicht, daß vom Ausland, nimmt man alles in allem, keine expansiven Impulse auf Produktion, Beschäftigung und Einkommen im Inland ausgingen. Es mußte zwar mehr Einkommen an das Ausland abgetreten werden, doch ist die inländische Wertschöpfung nicht zuletzt deshalb kräftiger gestiegen als im Vorjahr, weil der erhöhte Export zusätzliche Beschäftigung brachte und weil er zudem über günstigere Ertragsaussichten in den außenwirtschaftlichen Sektoren zur Belebung der Investitionstätigkeit beitrug. Bei steigenden Einkommensansprüchen der Ölförderländer und wegen der aufkommenden Unsicherheit über die weitere Entwicklung der Auslandsnachfrage dürften diese expansiven Impulse im Jahresverlauf allerdings an Stärke verloren haben.

Deutliche Ausweitung der Produktion

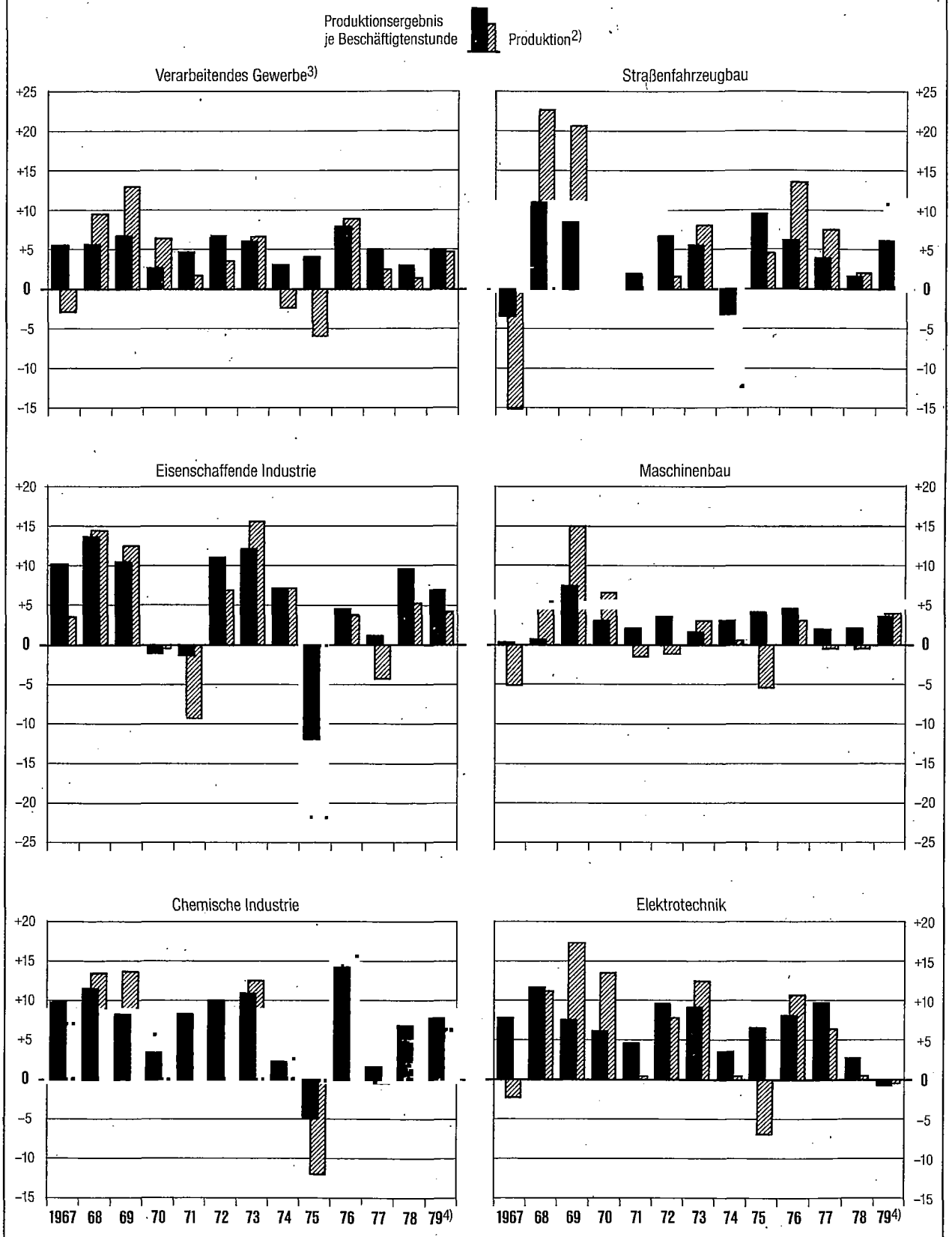
94. Die lebhafte Nachfrage und das gestiegene Vertrauen vieler Unternehmen, daß sie mit einem attraktiven und kostengünstigen Güterangebot guten Absatz auf den Inlandsmärkten wie im Export finden könnten, ließen die Produktion beschleunigt steigen. Das reale Bruttoinlandsprodukt, also die Menge aller im Inland hergestellten Güter, war 1979 um reichlich 4 vH größer als 1978; im vergangenen Jahr hatte der Zuwachs 3,2 vH betragen. Der Spielraum für weitere Produktionssteigerungen erwies sich dabei in nicht wenigen Bereichen keineswegs mehr als so groß, wie es lange Zeit den Anschein gehabt hatte. Für das laufende Jahr veranschlagen wir die Auslastung der gesamtwirtschaftlichen Produktionsmöglichkeiten auf rund 96½ vH, verglichen mit knapp 95 vH im Jahre 1978 (Ziffer 113 und Anhang V).

95. Im verarbeitenden Gewerbe verharrte die Produktion zwar zunächst bis über die Jahreswende auf dem Niveau, das sie im Herbst 1978 erreicht hatte; im weiteren Verlauf des Jahres erhöhten die Unternehmen ihre Fertigung dann aber kräftig. Aufs ganze Jahr gesehen dürften 1979 etwa 5 vH mehr Industrieerzeugnisse hergestellt worden sein als 1978, als der Zuwachs nur 1½ vH betragen hatte. In den meisten wichtigen Bereichen kam es zu einem deutlichen Produktionsanstieg (Schaubild 10). Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung schätzt, daß die Industrieunternehmen daher ihre Anlagen im Durchschnitt dieses Jahres zu etwa 91 vH ausgelastet haben, verglichen mit 88 vH im vergangenen Jahr. Nach dieser Schätzung war die Kapazitätsausnutzung wieder nahezu ebenso groß wie in vergangenen Hochkonjunkturjahren, 1970 etwa war ein Auslastungsgrad von 92,1 vH geschätzt worden. Diesen Berechnungen liegen die Ergebnisse der amtlichen Produktionsstatistik und eine Schätzung des industriellen Anlagevermögens zugrunde. Nach eigenen Angaben der Unternehmen über die Nutzung der Sachanlagen im Vergleich zur betriebsüblichen Vollauslastung, auf die sich das Ifo-Institut bei seiner Ermittlung des Auslastungsgrades stützt, betrug dieser rund 85 vH; 1978 hatten die befragten Unternehmen im Durchschnitt eine Auslastung von

Schaubild 10

PRODUKTION UND PRODUKTIONSERGEBNIS JE BESCHÄFTIGTENSTUNDE IM VERARBEITENDEN GEWERBE[1]

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH



1) Wegen Umstellung der Produktionsstatistik sind die Ergebnisse ab 1971 mit denen der vorangegangenen Jahre nicht voll vergleichbar. – 2) Nettoproduktion im produzierenden Gewerbe, kalendermonatlich. – 3) Produzierendes Gewerbe ohne Bergbau, Energie, Bau. – 4) 1. Halbjahr.

SR 79 0715

knapp 81 vH angegeben. Nach Einschätzung der Unternehmen war die Auslastung 1979 allerdings merklich kleiner als in vergangenen Hochkonjunkturjahren; 1970 zum Beispiel wurde eine Kapazitätsausnutzung von 91 vH angegeben. Daß die Kapazitätsausnutzung in der Industrie niedriger ist als die geschätzte Auslastung der gesamtwirtschaftlichen Sachanlagen, hängt nicht zuletzt damit zusammen, daß für den Bereich Wohnungsvermietung und für die Wirtschaftssektoren außerhalb des Unternehmensbereichs in unserer Potentialschätzung stets Vollauslastung angenommen wird.

96. Die Bauwirtschaft hatte schon 1978 das ganze Jahr über ihre Produktion verstärkt ausgeweitet. Infolge des ungewöhnlich kalten Winters mußten dann Anfang 1979 erheblich mehr Baustellen stillgelegt werden, als dies sonst um diese Jahreszeit der Fall ist. Mit ausklingendem Winter fand die Produktion aber sehr bald wieder Anschluß an das hohe Niveau vom Herbst 1978, das sie im weiteren Verlauf des Jahres deutlich überschritt. Immer häufiger machte sich dabei indes ein Mangel an Arbeitskräften hemmend bemerkbar, und auch bei den Sachkapazitäten ergaben sich zunehmend Engpässe. Im Sommer betrug die Auslastung der Baumaschinen, wie sie das Ifo-Institut aufgrund von Unternehmensbefragungen ermittelt, etwa 75 vH. Für die Bauwirtschaft, wo die Geräte wegen des Wechsels von Baustelle zu Baustelle nicht kontinuierlich genutzt werden können, ist dies ein sehr hoher Wert. Ein ähnlicher Auslastungsgrad war zuletzt im Hochkonjunkturjahr 1970 ermittelt worden. So konnte die Bautätigkeit nicht in dem Maße ausgeweitet werden, wie es der Nachfrage entsprochen hätte. Die Auftragsbestände stiegen, und zahlreiche Bauvorhaben konnten nur mit Verzögerung in Angriff genommen werden. Im ganzen Jahr dürfte das Bauvolumen um rund 6 vH größer sein als 1978.

97. Im Dienstleistungsbereich, wo konjunkturelle Schwankungen vergleichsweise wenig ausgeprägt sind, wurden die Leistungen in ähnlichem Umfang ausgeweitet wie im letzten Jahr; der Zuwachs betrug etwa 4 vH. Daß er damit, anders als in den vorangegangenen Jahren, niedriger ausfiel als in der Industrie und in der Bauwirtschaft, ist typisch für konjunkturelle Aufschwungsphasen. Insoweit glich die Entwicklung 1979 wieder dem Muster früherer Zyklen.

Nur mäßiger Produktivitätsfortschritt

98. Im Zuge des Aufschwungs ist auch das Produktionsergebnis je Erwerbstätigen verstärkt gestiegen. So groß wie früher in vergleichbaren Konjunkturphasen war der Produktivitätszuwachs allerdings nicht. Dies stützt die Vermutung, daß es nicht nur konjunkturelle Gründe waren, die bewirkten, daß die Produktivität schon seit einiger Zeit langsamer zunimmt als früher. In den sechziger Jahren hatte die Produktionsleistung je Erwerbstätigen jährlich um durchschnittlich 4,4 vH zugenommen; seit 1970 hat der Zuwachs im Mittel nur mehr etwa 3,3 vH betragen. Auch je Arbeitsstunde gerechnet, hat sich der Produktivitätsfortschritt deutlich verringert, nämlich von jährlich 5,5 vH im vergangenen Jahrzehnt auf durchschnittlich 4,5 vH in den siebziger Jahren. Selbst wenn man ohne die Rezessionsjahre 1974 und 1975 rechnet, beläuft sich der durchschnittliche jährliche Zuwachs seit 1970 nur auf 4,7 vH. Im Jahre 1979 erhöhte sich die Produktivität je Arbeitsstunde gar nur um 3,4 vH.

99. Eine Abschwächung des Produktivitätsanstiegs im Vergleich zum früheren Trend ist nicht nur in der Bundesrepublik zu beobachten, sondern auch in den meisten anderen westlichen Industrieländern; im allgemeinen ist sie dort sogar noch ausgeprägter (Schaubild 11). Während der Rezession in den Jahren 1974 und 1975 war die Arbeitsproduktivität vielfach sogar gesunken. Nachdem dann 1976 in der Anfangsphase des Aufschwungs wieder etwas größere Produktivitätsfortschritte erzielt worden waren, flachte sich der Anstieg danach wieder ab. In den Vereinigten Staaten etwa ist die gemessene Produktivität, je Erwerbstätigen gerechnet, seit 1977 überhaupt nicht mehr gestiegen.

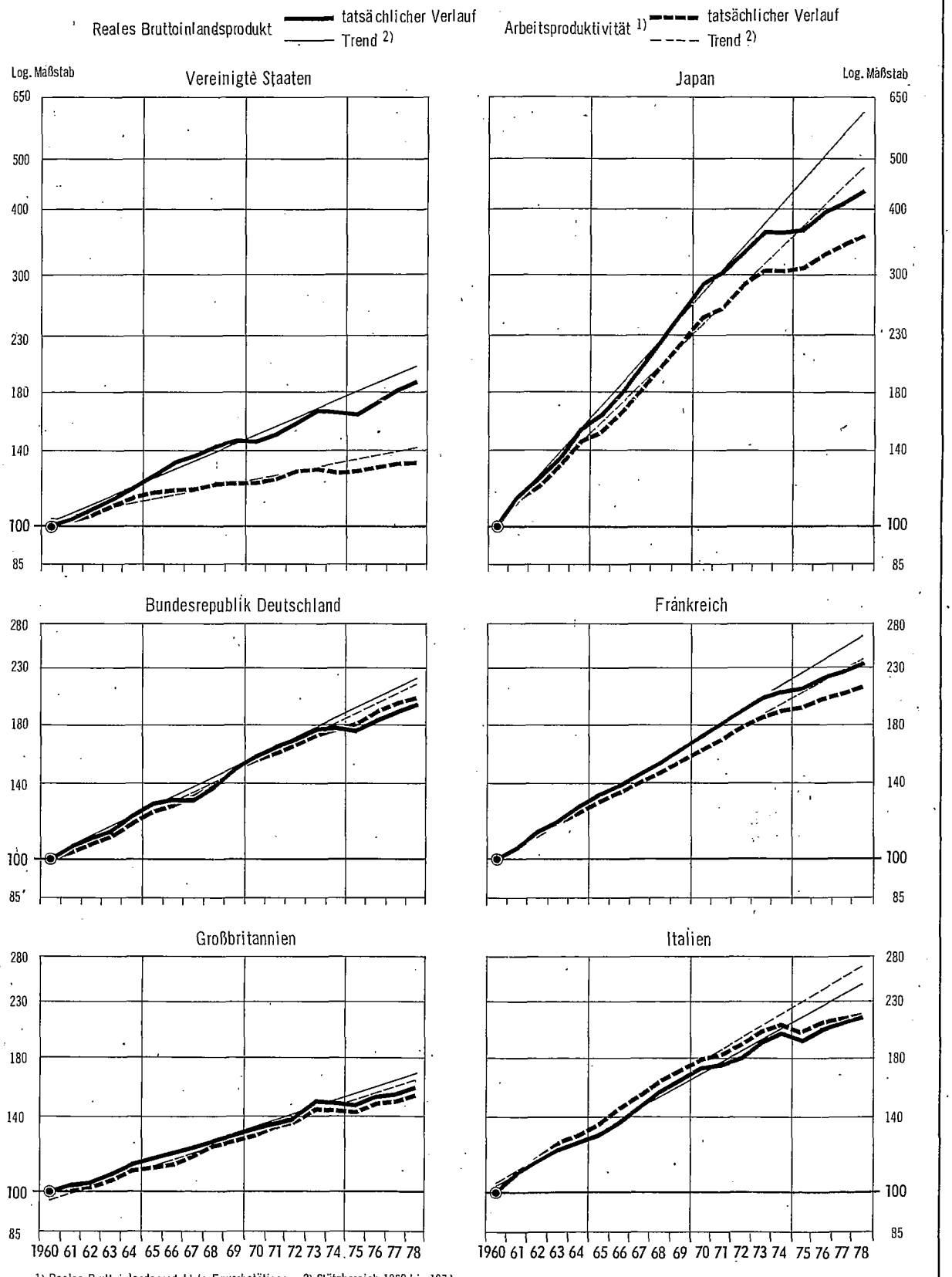
Eine einfache Erklärung für diese Entwicklung ist nirgends zur Hand; denn die Faktoren, von denen der Produktivitätsfortschritt abhängt, sind zahlreich, und das Gewicht, das Einflußgrößen wie der Verbesserung der Produktionstechnik, der Veränderung der Erwerbstätigenstruktur nach Alter, Geschlecht und Qualifikation, der Veränderung in den Anteilen der einzelnen Wirtschaftssektoren und möglicherweise auch Veränderungen der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen zukommt, ist von Land zu Land ebenso wie im Zeitablauf unterschiedlich und allemal nicht leicht zu bestimmen.

100. In der Bundesrepublik war die Investitionstätigkeit in den sechziger Jahren sehr rege. Das brachte es mit sich, daß ein großer Teil der steigenden Produktion mit neuen, auf dem jüngsten Stand der Technik befindlichen Maschinen erstellt wurde; bei gleichem Arbeitsaufwand konnte mit den neuen Anlagen mehr produziert werden als mit den bereits vorhandenen Anlagen. Der hohe Anteil neuer Produktionskapazitäten begünstigte daher den Anstieg der Arbeitsproduktivität. Dieser Effekt war in den letzten Jahren weniger ausgeprägt, denn es wurde weniger investiert. Nimmt der Umfang der neu in Betrieb genommenen Produktionsanlagen weiterhin so kräftig zu, wie dies 1979 der Fall war, so könnte der Produktivitätsanstieg insoweit auch künftig wieder ähnlich hoch sein wie früher.

101. Seit Jahren dient überdies ein zunehmender Anteil der Investitionen dem Umweltschutz. Im Jahre 1971 etwa wurden 4 vH der gesamten Investitionsausgaben der Industrie für den Umweltschutz getätigt; 1978 waren es rund 7 vH. Da die Nutzung dieser Anlagen im statistisch gemessenen Produktionsergebnis so gut wie nicht zum Ausdruck kommt, ergibt sich ein dämpfender Einfluß auf die gemessene Arbeitsproduktivität. Der Anteil der Umweltschutzinvestitionen an den gesamten Investitionen dürfte in Zukunft weiter zunehmen.

Schaubild 11

BRUTTOINLANDSPRODUKT UND ARBEITSPRODUKTIVITÄT AUSGEWÄHLTER LÄNDER
1960 = 100



1) Reales Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen. – 2) Stützbereich 1960 bis 1973.

Quelle: SAEG, OECD

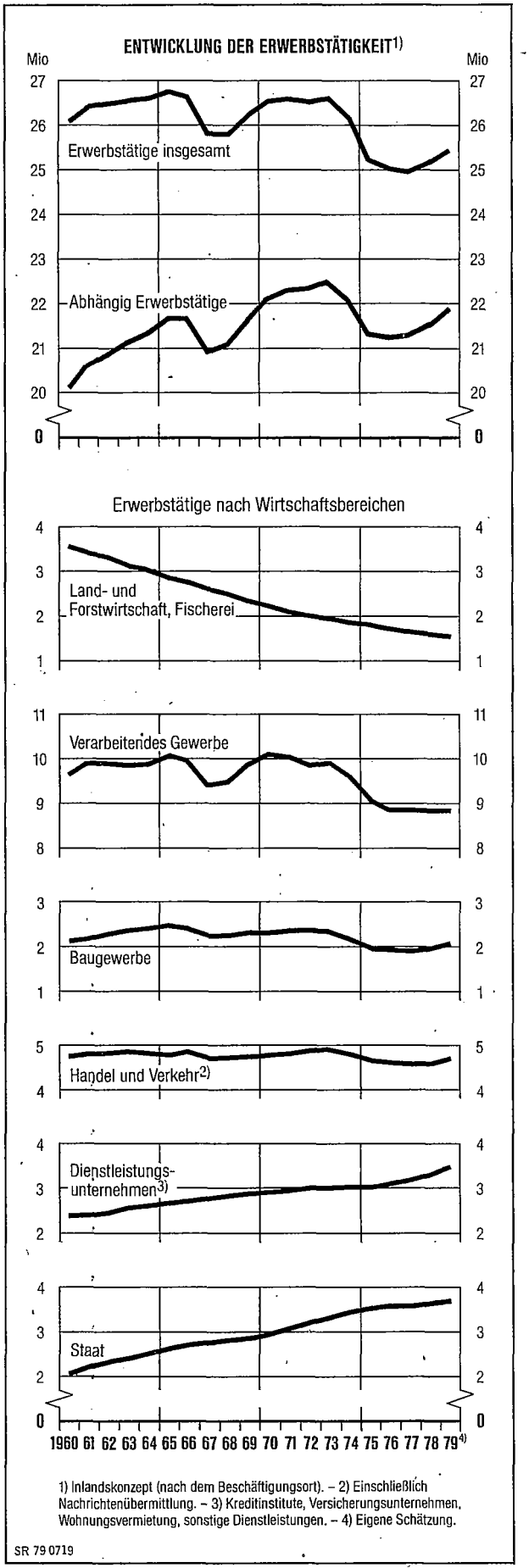
SR 79 0721

102. Da der Kapitaleinsatz je Arbeitsplatz in den einzelnen Wirtschaftsbereichen unterschiedlich hoch ist, unterscheidet sich auch die gemessene Arbeitsproduktivität, also das Produktionsergebnis je Erwerbstätigen wie je Arbeitsstunde. Die Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsproduktivität wird nicht allein durch den Anstieg in den einzelnen Sektoren beeinflußt, sondern auch davon, wie sich die Erwerbstätigen auf die Sektoren verteilen. Seit einigen Jahren vollziehen sich die Verschiebungen der Erwerbstätigenstruktur nach einem anderen Muster, als es in den sechziger Jahren der Fall war (Schaubild 12). Die Abwanderung aus der Landwirtschaft, wo der Einsatz von Maschinen je Erwerbstätigen und daher auch die gemessene Arbeitsproduktivität kleiner ist als im Durchschnitt der Wirtschaft, hat im Vergleich zu früher nachgelassen. Der Anteil jener, die im verarbeitenden Gewerbe beschäftigt sind, also einem kapitalintensiven Wirtschaftsbereich mit hoher Arbeitsproduktivität, verringerte sich in letzter Zeit merklich, nachdem er sich in den sechziger Jahren im großen und ganzen kaum verändert hatte. Der Anteil der im Dienstleistungsbereich Beschäftigten hat dagegen seit Anfang der siebziger Jahre deutlich rascher zugenommen als im vergangenen Jahrzehnt. War also früher die Veränderung der Erwerbstätigenstruktur zu großen Teilen eine Veränderung zugunsten kapitalintensiver Bereiche — insbesondere die Abwanderung von Arbeitskräften aus der Landwirtschaft in die Industrie —, so ist dies inzwischen in geringerem Maße der Fall. Der im Durchschnitt gemessene Produktivitätsfortschritt je Jahr, der darauf zurückgeführt werden kann, daß sich die Anteile der Wirtschaftsbereiche mit unterschiedlicher Kapitalintensität an den Erwerbstätigen verändert haben, hatte sich in den sechziger Jahren auf etwa 0,6 Prozentpunkte belaufen; in den siebziger Jahren waren es nur noch 0,2 Prozentpunkte. Anzeichen dafür, daß sich dieser Struktureffekt in absehbarer Zeit wieder vergrößern wird, sind derzeit nicht erkennbar. Auch im Jahre 1979 ist der Anteil der im verarbeitenden Gewerbe Beschäftigten trotz des konjunkturellen Aufschwungs weiter gesunken.

Spürbarer Beschäftigungsanstieg

103. Die Beschäftigungslage hat sich 1979 spürbar verbessert. Nachdem die Anzahl der Erwerbstätigen 1978 erstmals seit fünf Jahren wieder zugenommen hatte, brachte der Aufschwung in diesem Jahr einen verstärkten Anstieg. Im Herbst 1979 waren etwa 400000 Arbeitnehmer mehr beschäftigt als im Jahr zuvor und über 600000 mehr als im Herbst 1977. Die Anzahl der Selbständigen, einschließlich der mithelfenden Familienangehörigen, hat zwar weiter abgenommen; der Rückgang hat sich jedoch verlangsamt, nicht zuletzt weil wieder mehr Personen als früher eine selbständige Existenz gründen. Insgesamt waren im Jahresdurchschnitt 1979 rund 300000 Personen mehr erwerbstätig als 1978; das entspricht einer Zunahme um 1,2 vH (Tabelle 9). Im vorigen Jahr hatte der Anstieg 0,7 vH betragen, und 1977 war es noch zu einem Rückgang um 0,2 vH gekommen.

Schaubild 12



1) Inlandskonzept (nach dem Beschäftigungsort). – 2) Einschließlich Nachrichtenübermittlung. – 3) Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen, Wohnungsvermietung, sonstige Dienstleistungen. – 4) Eigene Schätzung.

SR 79 0719

104. Der größte Beschäftigungszuwachs war, ähnlich wie im vergangenen Jahr, im Dienstleistungsbereich und im Baugewerbe zu verzeichnen. Dabei hätte die Baukonjunktur eine noch größere Zunahme erlaubt, wenn es den Unternehmen gelungen wäre, so viele Arbeitskräfte zu gewinnen, wie sie suchten. In der Industrie haben vor allem die Investitionsgüterhersteller zusätzliches Personal eingestellt; die Anzahl der Beschäftigten erhöhte sich hier gegenüber dem Vorjahr um schätzungsweise 1/2 vH. Im Bereich der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien ist der Beschäftigungsabbau im Verlauf des Jahres zum Stillstand gekommen; im Jahresdurchschnitt dürfte sich allerdings noch ein Rückgang um etwas mehr als 1 vH ergeben. Im verarbeitenden Gewerbe insgesamt ist die Anzahl der Beschäftigten erstmals wieder angestiegen, wenn sich der Zuwachs gegenüber dem Vorjahr auch in engen Grenzen hielt.

105. Als Folge der erhöhten Nachfrage nach Arbeitskräften hat sich die Arbeitslosigkeit erstmals seit längerem wieder nennenswert verringert. Im Oktober waren rund 760000 Personen als arbeitslos gemeldet, das sind etwa 140000 weniger als ein Jahr zuvor. Die Arbeitslosenquote ist binnen Jahresfrist von 3,9 vH auf 3,3 vH gesunken. Im Jahresdurchschnitt ist die Anzahl der Arbeitslosen um 120000 Personen auf 870000 zurückgegangen, das entspricht einer Abnahme der Arbeitslosenquote von 4,3 vH auf 3,8 vH.

Etwa jeder dritte der zusätzlich Beschäftigten war demnach zuvor arbeitslos. Die anderen neu eingestellten Personen sind erstmals berufstätig geworden, oder sie waren schon früher einmal berufstätig, zuletzt aber ohne Arbeitsstelle, obschon nicht als arbeitslos gemeldet. Dies zeigt, daß mehr Personen eine Beschäftigung wünschen, als es die Anzahl der

Tabelle 9

Die Entwicklung am Arbeitsmarkt[1])

Jahr	Erwerbspersonenpotential	Erwerbstätige			Arbeitslose	Stille Reserve[4])	Kurzarbeiter	Offene Stellen	Arbeitslosenquote[5])
		Abhängige		Selbständige[3])					
		zusammen	darunter Ausländer[2])						
	1000								vH
1960	26 398	20 090	279	5 990	271	47	3	465	*1,3*
1961	26 622	20 580	507	5 861	181	—	3	552	*0,9*
1962	26 689	20 876	629	5 658	155	—	4	574	*0,7*
1963	26 782	21 113	773	5 483	186	—	11	555	*0,9*
1964	26 787	21 349	902	5 269	169	—	2	609	*0,8*
1965	26 916	21 639	1 119	5 130	147	—	1	649	*0,7*
1966	26 890	21 650	1 244	5 036	161	43	16	540	*0,7*
1967	26 539	20 921	1 014	4 896	459	263	143	302	*2,1*
1968	26 300	21 054	1 019	4 785	323	138	10	488	*1,5*
1969	26 419	21 636	1 366	4 604	179	—	1	747	*0,8*
1970	26 719	22 148	1 807	4 422	149	—	10	795	*0,7*
1971	26 916	22 328	2 128	4 311	185	92	86	648	*0,8*
1972	26 973	22 360	2 285	4 220	246	147	76	546	*1,1*
1973	27 077	22 500	2 425[6])	4 148	273	156	44	572	*1,2*
1974	26 943	22 092	2 323[6])	4 063	582	206	292	315	*2,6*
1975	26 820	21 329	2 061	3 937	1 074	480	773	236	*4,8*
1976	26 654	21 233	1 925	3 800	1 060	561	277	235	*4,7*
1977	26 609	21 296	1 872	3 697	1 030	586	231	231	*4,6*
1978	26 655	21 535	1 857	3 625	993	502	191	246	*4,4*
1979[6])	26 755	21 885	1 877	3 567	870	433	130	310	*3,8*

[1]) Abgrenzung nach dem Inlandskonzept.
[2]) 1960 Stand Ende Juli, 1961 Stand Ende Juni.
[3]) Einschließlich mithelfender Familienangehöriger.
[4]) Geschätztes Erwerbspersonenpotential abzüglich Erwerbstätige und Arbeitslose.
[5]) Anteil der Arbeitslosen an den abhängigen Erwerbspersonen (abhängige Erwerbstätige + Arbeitslose); Berechnung nach dem Inländerkonzept.
[6]) Eigene Schätzung.

Quelle: BA (ausgenommen Erwerbstätige und Arbeitslosenquote); Schätzung des Erwerbspersonenpotentials: IAB

Erwerbstätigen und der Arbeitslosen zusammengenommen erkennen läßt. Die Gruppe jener, die vermutlich eine Arbeit suchen, aber nicht als arbeitslos gemeldet sind, nennt man die Stille Reserve des Arbeitsmarkts. Diese Personen konkurrieren mit den Arbeitslosen, den früher Selbständigen und den Berufsanfängern um die Stellenangebote. Bei steigender Nachfrage nach Arbeitskräften wird ein großer Teil der zusätzlichen Beschäftigungsmöglichkeiten von Personen aus der Stillen Reserve wahrgenommen, so daß die Arbeitslosigkeit nicht im selben Maße abnehmen wird, wie die Beschäftigung zunimmt. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung veranschlagt die gesamte Anzahl der Personen, die eine Arbeit wünschen, also das Erwerbspersonenpotential, für das Jahr 1979 auf rund 26,8 Millionen Personen. Das sind ungefähr 1,4 Millionen mehr, als gegenwärtig erwerbstätig sind. Die Schätzung des Erwerbspersonenpotentials ist freilich mit großer Unsicherheit behaftet. Auch wenn man dies im Blick behält, bleibt indes ein deutlicher Unterschied zwischen der Anzahl derer, die eine Beschäftigung haben, und der Anzahl jener, die Arbeit suchen. Dies zeigt, daß noch nicht genügend Beschäftigungsmöglichkeiten bestehen. Eine deutliche Besserung war 1979 allerdings unverkennbar.

Noch immer schwaches Wachstum des Produktionspotentials

106. Mit steigender Produktion und Beschäftigung hat die Frage an Bedeutung gewonnen, in welchem Maße noch ungenutzte Produktionsmöglichkeiten bestehen, und wieviel freie Arbeitsplätze es noch gibt (Ziffer 114).

Das sachliche Produktionspotential wird bestimmt aus dem Umfang der bestehenden Produktionsanlagen und aus deren Produktivität (Kapitalbestand und Kapitalproduktivität). Es ist eine Größe, die nicht gemessen, sondern nur geschätzt werden kann (Anhang V).

107. Zugänge zum Kapitalbestand, also Investitionen, werden statistisch erfaßt. Das Ausscheiden von Produktionsanlagen dagegen wird vom Statistischen Bundesamt aufgrund von Erfahrungswerten geschätzt. Bei vermehrtem Strukturwandel, wie in den letzten Jahren, ist dies ganz besonders schwierig. Im geschätzten Kapitalbestand könnten Produktionsanlagen enthalten sein, die zwar technisch noch uneingeschränkt, ökonomisch aber nur mehr zum Teil nutzbar sind. Andererseits dürften vielfach Ersatzinvestitionen hinausgeschoben, Produktionsanlagen also länger in Betrieb gehalten worden sein, als es den Erfahrungen der Vergangenheit entspricht. Gleichen sich beide Einflüsse nicht gerade aus, würde der Kapitalbestand, so wie er ausgewiesen wird, nicht die tatsächlich bereitstehenden Produktionsanlagen umfassen. Der Sachverständigenrat sieht indes keine Möglichkeit festzustellen, ob ein solcher Schätzfehler vorliegt und wie groß dieser gegebenenfalls ist.

108. Bei der Schätzung der potentiellen Kapitalproduktivität, die angeben soll, wieviel Güter im Durchschnitt der Unternehmen je Kapitaleinheit maximal hergestellt werden können, orientieren wir uns an Hochkonjunkturjahren in der Annahme, daß die Produktionsanlagen in solchen Jahren voll ausgelastet sind, daß dann also die tatsächliche und die größtmögliche Kapitalproduktivität übereinstimmen. Als letztes Jahr, in dem die Produktionsanlagen voll ausgelastet waren, sehen wir das Jahr 1970 an.

109. Für die folgenden Jahre bis 1974 haben wir bisher den Verlauf der potentiellen Kapitalproduktivität in Anlehnung an die trendmäßige, von Auslastungsschwankungen bereinigte Entwicklung der tatsächlichen Kapitalproduktivität geschätzt. Der Trendberechnung haben wir einen gleitenden Stützbereich von zehn Jahren zugrunde gelegt.

Die tatsächliche Kapitalproduktivität ist in den Jahren 1974 und 1975 sehr stark zurückgegangen. Es waren zunächst kaum Anzeichen dafür zu erkennen, daß sich auch der trendmäßige Rückgang der Kapitalproduktivität beschleunigt hätte; eher war zu vermuten, daß der Grund für den verstärkten Rückgang überwiegend in der niedrigen Kapazitätsauslastung der Produktionsanlagen während der Rezession lag. Wir hatten uns daher entschlossen, die sehr niedrigen Werte der tatsächlichen Kapitalproduktivität der Jahre 1974 und 1975 nicht in unsere Schätzung der Trendwerte einfließen zu lassen, und unserer Potentialberechnung von 1974 an eine Entwicklung der trendmäßigen Kapitalproduktivität zugrunde gelegt, wie sie für die Jahre 1964 bis 1973 typisch war.

110. Inzwischen festigt sich der Eindruck, namentlich mit Blick auf die Jahre 1978 und 1979, in denen die Konjunktur kräftig anzog, daß die trendmäßige Kapitalproduktivität in den letzten Jahren doch wohl rascher zurückgegangen ist, als wir zunächst angenommen hatten. In den beiden vergangenen Jahren nämlich ist, anders als etwa im Aufschwung der Jahre 1968 und 1969, kein Ansteigen der empirischen Kapitalproduktivität zu beobachten.

Ein wichtiger Grund dafür dürften Strukturverschiebungen in der Investitionstätigkeit sein. Neuere Untersuchungsergebnisse des Statistischen Bundesamtes zeigen, daß der Zuwachs der Sachanlagen im Warenproduzierenden Gewerbe in den letzten Jahren erheblich geringer war als im Unternehmensbereich insgesamt, während das Anlagevermögen im Dienstleistungssektor, insbesondere in jenen Bereichen, die nicht den Kreditinstituten, den Versicherungsunternehmen oder der Wohnungsvermietung zuzurechnen sind, überdurchschnittlich stark ausgeweitet wurde. Da in diesen Bereichen, die in der Statistik unter den Begriff der sonstigen Dienstleistungen fallen, das gemessene Produktionsergebnis je eingesetzte Kapitaleinheit niedriger ist als in der Industrie, was nicht zuletzt mit der längeren Nutzungsdauer der Anlagen zusammenhängen dürfte, geht mit dieser Investitionsentwicklung eine verstärkte Abnahme der für die Wirtschaft insgesamt ermittelten Kapitalproduktivität einher. In der

Industrie dürfte überdies der zunehmende Anteil der Umweltschutzinvestitionen dämpfend auf die Kapitalproduktivität wirken.

111. Wir schreiben nunmehr die potentielle Kapitalproduktivität mit einer höheren Abnahmerate fort, als sie unserer bisherigen Schätzung zugrunde lag. Die Berechnung wurde auch im übrigen etwas modifiziert (Anhang V). Wie zuvor aber wird weiterhin für das Jahr 1970 angenommen, daß die potentielle Kapitalproduktivität mit der empirischen Kapitalproduktivität übereinstimmt, und die Trendberechnung wird auf der Basis eines gleitenden Zehnjahres-Stützbereichs vorgenommen. Auch unsere neue Schätzung ist indes, wie alle derartigen Rechnungen, mit Unsicherheit behaftet; wir sehen sie lediglich als beste Setzung an.

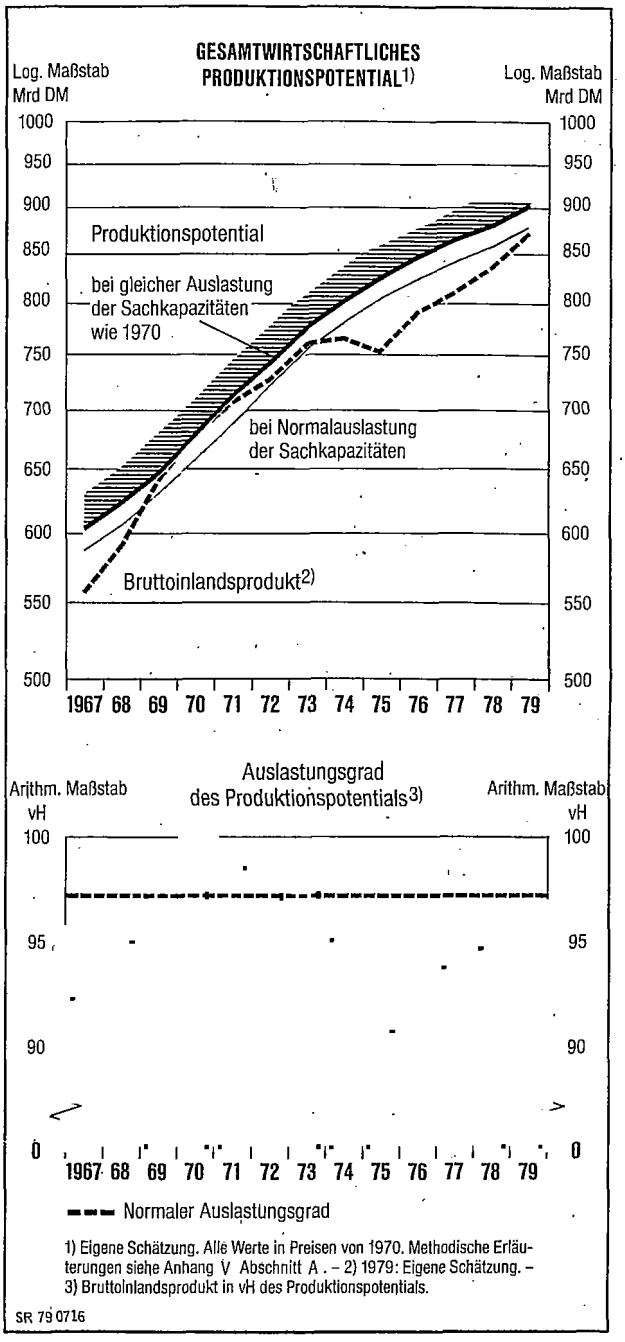
112. Im Ergebnis wird also das Produktionspotential für die Jahre ab 1972 niedriger und die Auslastung der Sachanlagen höher veranschlagt als in unseren früheren Schätzungen. Der gesamtwirtschaftliche Auslastungsgrad zeigt im großen und ganzen einen ähnlichen Verlauf wie die Kapazitätsauslastung in der Industrie, die das Ifo-Institut aufgrund von Unternehmensbefragungen ermittelt.

113. Im Jahr 1979 ist das Produktionspotential, ebenso wie schon 1977 und 1978, unserer neuen Schätzung nach nur um etwa 2 vH gewachsen. Das ist nur etwa halb so viel wie im langjährigen Durchschnitt. Daß das Wachstum nicht größer war, obwohl die Unternehmen in den letzten Jahren ihre Investitionen jeweils um annähernd 7 vH und 1979 sogar um fast 10 vH ausgeweitet haben, hängt vor allem damit zusammen, daß wegen des höheren Durchschnittsalters des Kapitalbestandes ein wesentlich größerer Teil davon als früher nur an die Stelle von alten Anlagen trat, die außer Betrieb genommen wurden. Außerdem läßt die sinkende Kapitalproduktivität das Produktionspotential langsamer steigen als den Kapitalbestand.

Da das reale Bruttoinlandsprodukt 1979 um reichlich 4 vH zugenommen hat, ist die Auslastung des Produktionspotentials deutlich gestiegen; wir veranschlagen sie auf 96 1/2 vH (Schaubild 13).

114. Im Jahre 1979 sind demnach schätzungsweise 3 vH bis 4 vH weniger Güter hergestellt worden, als von den Produktionsanlagen her möglich gewesen wäre. Damit ist allerdings weder gesagt, daß der verbliebene Spielraum für mehr Produktion ohne zusätzliche inflatorische Spannungen hätte ausgeschöpft werden können, noch heißt es, daß die Anzahl der Beschäftigten um so viel mehr hätte steigen können. Denn vom unausgenutzten Produktionsspielraum kann nicht ohne weiteres darauf geschlossen werden, wieviel unbesetzte Arbeitsplätze noch vorhanden sind. Dies wäre nur möglich, wenn man mit hinlänglicher Sicherheit davon ausgehen könnte, daß die derzeitige durchschnittliche Arbeitsproduktivität dem Wert entspricht, den sie auch bei voller Auslastung der Sachanlagen hätte. Zu vermuten ist jedoch, daß sie derzeit kleiner ist. Legt man die Erfahrungen der sechziger und der frühen siebziger Jahre zugrunde, so wäre der Abstand sogar recht beträchtlich, und die Zahl der vorhandenen, aber nicht besetzten Arbeitsplätze müßte als nur noch sehr klein eingeschätzt werden. Vieles spricht jedoch dafür, daß sich der Produktivitätstrend im Vergleich zu früher abgeflacht hat (Ziffer 98), daß also die gemessene Arbeitsproduktivität von der bei Vollauslastung der Produktionsanlagen zu erwartenden Produktivität derzeit nicht mehr sehr stark abweicht. Veranschlagt man diesen Abstand auf eine Größenordnung von 1 vH bis 2 vH, so könnten zwischen 200 000 und 500 000 Arbeitsplätze gegenwärtig noch als unbesetzt gelten. Wie groß die Arbeitsproduktivität bei Vollauslastung der Sachanlagen tatsächlich ist, kann allerdings nur die Zukunft zeigen.

Schaubild 13



1) Eigene Schätzung. Alle Werte in Preisen von 1970. Methodische Erläuterungen siehe Anhang V Abschnitt A. – 2) 1979: Eigene Schätzung. – 3) Bruttoinlandsprodukt in vH des Produktionspotentials.

SR 79 0716

III. Fortschritte am Arbeitsmarkt

Aufschwung durch Engpässe auf dem Arbeitsmarkt behindert?

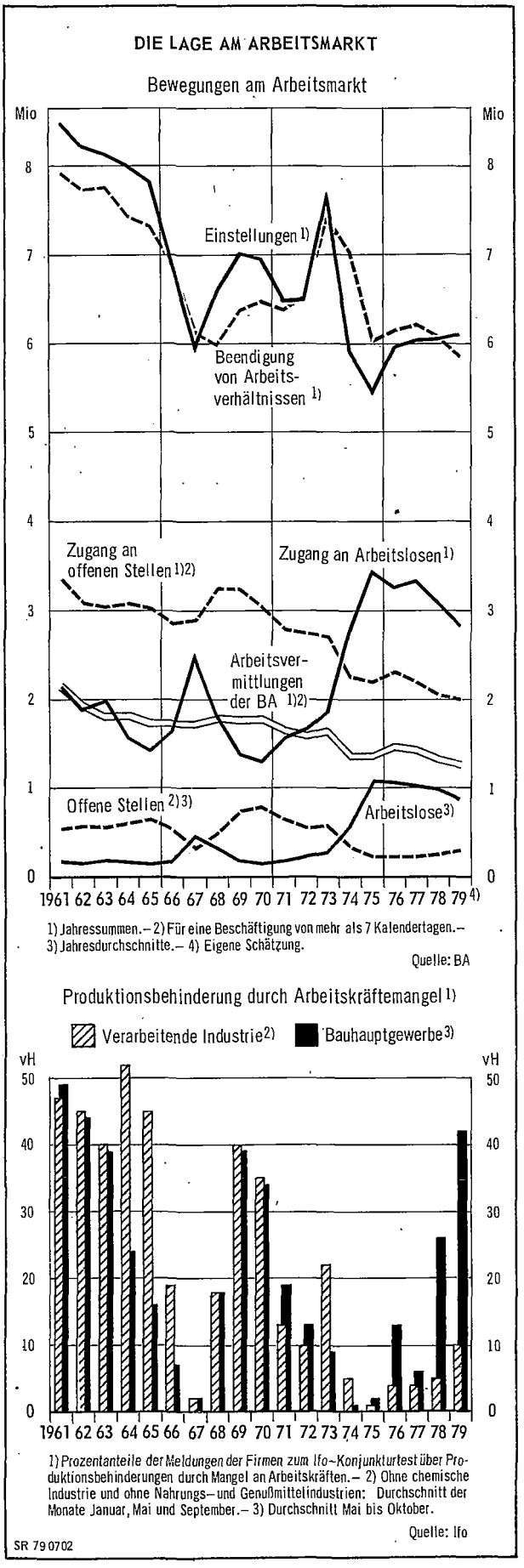
115. Die Arbeitslosigkeit hat sich mit der konjunkturellen Erholung im Jahre 1979 erstmals seit längerem nennenswert verringert. Im Durchschnitt des Jahres waren etwa 870000 Personen als arbeitslos gemeldet, das sind rund 120000 weniger als 1978 (Schaubild 14). Die Arbeitslosenquote ging von 4,3 vH auf 3,8 vH zurück. Mit der steigenden Nachfrage nach Arbeitskräften verringerten sich die Meldungen von Arbeitslosigkeit im Vergleich zum vorangegangenen Jahr um etwa 7 vH auf 2,8 Millionen. Die Anzahl der Stellenvermittlungen durch die Arbeitsämter blieb mit rund 2,1 Millionen unverändert.

Gleichwohl ist die Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt in der weit überwiegenden Mehrzahl der Arbeitsamtsbezirke noch nicht so stark, daß mehr offene Stellen gemeldet werden, als Arbeitslose registriert sind. In der öffentlichen Diskussion mehren sich allerdings die Stimmen, die trotz der noch immer hohen Arbeitslosigkeit darüber klagen, daß keine geeigneten Arbeitskräfte zu finden seien. Für einige Berufe gab es im Sommer mehr Stellenangebote als Arbeitslose, und in Teilen Hessens, Baden-Württembergs und Südbayerns überstieg die Anzahl der gemeldeten offenen Stellen insgesamt die Anzahl der Arbeitslosen (Ziffern 129 ff.). Außerdem hat die Frage, ob eine weitere Besserung der konjunkturellen Lage nicht schon vielfach durch Engpässe auf dem Arbeitsmarkt erschwert wird, an Gewicht gewonnen.

116. Anlaß dafür sind vor allem die zunehmenden Klagen der Unternehmen über Schwierigkeiten, Facharbeiter zu finden. Namentlich in der Bauwirtschaft blieben aus diesem Grunde zahlreiche Stellen unbesetzt. Im September sahen sich nach einer Umfrage des Ifo-Instituts 40 vH der Bauunternehmen in ihrer Produktion durch Arbeitskräftemangel behindert. Ob ein Mangel an Arbeitskräften auch in den übrigen Wirtschaftsbereichen einer Ausweitung der Produktion im Wege steht, kann indes nur schwer beurteilt werden. Immerhin hätten in der verarbeitenden Industrie nach deren eigenen Angaben etwa 10 vH der Unternehmen mehr produzieren können, wenn sie das Personal dazu gehabt hätten. Verglichen mit früheren Boomjahren ist das ein geringer Anteil; in den Jahren 1969 und 1970 etwa hatte der Anteil bei rund 40 vH gelegen. Aber er ist doch auch wieder deutlich größer als etwa 1975, als er weniger als 2 vH betrug. Über die Situation in anderen Wirtschaftssektoren, beispielsweise im Handwerk, sind keine Informationen bekannt, die ein allgemeines Urteil und einen Vergleich mit früheren Jahren erlaubten.

Läßt man die Anzahl der Stellenangebote, die den Arbeitsämtern im ganzen gemeldet werden, als Maßstab für die Dringlichkeit gelten, mit der die Unternehmen neue Mitarbeiter suchen, dann ist daraus nicht zu erkennen, daß die wirtschaftliche Entwick-

Schaubild 14



lung bereits in ihrer Breite durch einen Mangel an Arbeitskräften beeinträchtigt wird. Die Anzahl der offenen Stellen, die im Durchschnitt des Jahres den Arbeitsämtern gemeldet sind — 1979 rund 300 000 —, ist nur um etwa 70 000 höher als im Rezessionsjahr 1975. Dies deutet nicht darauf hin, daß Arbeitsplätze in erheblichem Umfang nur deshalb unbesetzt bleiben, weil keine geeigneten Mitarbeiter zu finden sind. Es ist freilich nicht auszuschließen, daß gegenwärtig ein größerer Teil der Unternehmen als früher insgesamt nur geringe Chancen sieht, über die Arbeitsämter geeignete Bewerber zu finden, und deshalb darauf verzichtet, offene Stellen zu melden. Auch ist der Zeitraum, der im Durchschnitt erforderlich ist, um eine dem Arbeitsamt gemeldete Stelle zu besetzen, in den letzten Jahren größer geworden. Aber die Chance, neue Mitarbeiter zu finden, dürfte doch immer noch erheblich größer sein als beispielsweise Anfang der siebziger Jahre. Damals waren wesentlich mehr Stellenangebote gemeldet als gegenwärtig; die durchschnittliche Laufzeit der offenen Stellen betrug mehr als zehn Wochen, 1979 waren es weniger als acht Wochen.

Einzelne Beobachtungen dürfen zwar nicht verallgemeinert werden; daß die Betrachtung von Globalzahlen die Bedeutung von Engpässen in einzelnen Bereichen nur unzureichend wiedergibt, mag das Beispiel der Bauwirtschaft zeigen. Wenn in einem wichtigen Wirtschaftsbereich, wie ihn die Bauwirtschaft darstellt, Engpässe auftreten, so gehen davon hemmende Einflüsse auch auf andere Sektoren aus — auf die Zulieferbereiche der Bauwirtschaft ebenso wie auf alle jene, die ihre Kapazität nicht in dem geplanten Maße ausweiten oder auch nur erneuern können, weil sich der Abschluß von Bauvorhaben verzögert. Die gegenwärtige wirtschaftliche Entwicklung ist vom Arbeitsmarkt her eher durch solche Einflüsse gekennzeichnet als schon durch einen Mangel an Arbeitskräften in der Breite.

Unterschiedliche Entwicklung der Beschäftigungschancen

117. Anders als im vergangenen Jahr hat sich 1979 die Lage auf dem Arbeitsmarkt nicht nur für qualifizierte Arbeitskräfte gebessert (Tabelle 10). Auch die Anzahl der Arbeitslosen, die keine abgeschlossene Berufsausbildung haben, ging schneller zurück als 1978. Wie eine Untersuchung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung zeigt, hatten 71 vH der Personen ohne abgeschlossene Berufsausbildung, die im Mai 1978 arbeitslos waren, bis zum September desselben Jahres eine neue Beschäftigung gefunden; von allen Arbeitslosen waren es 62 vH. Die Chancen dieser Personengruppe auf einen neuen Arbeitsplatz sind demnach nicht geringer, sondern eher etwas größer als im Durchschnitt aller Arbeitslosen. Die hohe Arbeitslosigkeit der Personen ohne abgeschlossene Berufsausbildung hängt vielmehr damit zusammen, daß sie häufiger den Arbeitsplatz wechseln oder wechseln müssen als andere und in der Zwischenzeit als arbeitslos gemeldet sind.

Da sich 1979 die konjunkturelle Lage auch im verarbeitenden Gewerbe wieder verbesserte, ging die Anzahl der arbeitslosen Arbeiter rascher zurück als die der Angestellten. Im Mai gab es unter den Arbeitslosen 477 000 Arbeiter, das waren 17 vH weniger als im Mai 1978; die Anzahl der arbeitslosen Angestellten verringerte sich um 13 vH auf 298 000. Die Arbeitslosigkeit ist bei den Arbeitern aber weiterhin größer als bei den Angestellten; im Mai betrug die Arbeitslosenquote für Arbeiter 4,1 vH, für Angestellte dagegen 2,6 vH.

Am wenigsten von Arbeitslosigkeit betroffen sind nach wie vor Personen mit Hochschulbildung. Während aber die Anzahl der Arbeitslosen insgesamt im Mai 1979 um 15 vH niedriger war als ein Jahr zuvor, betrug der Rückgang bei den Arbeitslosen mit Fachhochschulbildung etwa 5 vH; die Anzahl der Arbeitslosen mit Hochschulabschluß erhöhte sich um rund 2 vH.

118. Die gestiegene Nachfrage nach Arbeitskräften brachte es mit sich, daß für eine zunehmende Anzahl von Berufen das Stellenangebot die Anzahl der Arbeitslosen übersteigt. Nach der Strukturanalyse der Bundesanstalt für Arbeit gab es im Mai dieses Jahres für Arbeitskräfte mit abgeschlossener Berufsausbildung in 62 von 328 Berufsgruppen einen solchen Stellenüberhang; ein Jahr zuvor waren es 38 Berufsgruppen gewesen. Insgesamt entfielen auf diese Teilarbeitsmärkte etwa 40 000 Arbeitslose und 77 000 Stellenangebote, im Mai 1978 waren es 23 000 Arbeitslose und 37 000 freie Stellen. Der Nachfrageüberhang bezieht sich vor allem auf Facharbeiter. Namentlich im Metallgewerbe, im Nahrungsmittelgewerbe und in der Bauwirtschaft gab es mehr offene Stellen für Facharbeiter als Arbeitslose. Die günstige Arbeitsmarktlage für diesen Personenkreis kommt auch darin zum Ausdruck, daß sein Anteil an den Arbeitslosen nur rund 10 vH ausmacht, während etwa 20 vH der Beschäftigten Facharbeiter sind.

119. Besonders deutlich überstieg das Stellenangebot für Facharbeiter die Anzahl der Arbeitslosen bei den Bauberufen. Rund 53 vH des Überhangs von 37 000 offenen Stellen entfielen auf Bauberufe. Der Mangel an Arbeitskräften in diesem Wirtschaftsbereich hängt nicht zuletzt damit zusammen, daß die Mehrzahl der von 1973 bis 1977 freigesetzten Arbeitskräfte — insgesamt waren es mehr als 400 000 Personen, davon etwa die Hälfte Facharbeiter — in der Zwischenzeit in anderen Branchen wieder Beschäftigung gefunden hat und nun bei hoher Nachfrage kaum dafür gewonnen werden kann, auf die Baustellen zurückzukehren. So war nach vorläufigen Angaben des Statistischen Bundesamtes im Durchschnitt der ersten acht Monate des Jahres 1979 im Bauhauptgewerbe die Anzahl der Beschäftigten insgesamt um etwa 3 vH höher als im gleichen Zeitraum des Jahres 1978, die Anzahl der Facharbeiter dagegen ist kaum gestiegen.

120. Die gegenwärtigen Schwierigkeiten, die teilweise bei der Suche nach Facharbeitern auftreten, hängen sicher auch damit zusammen, daß in den vergangenen Jahren zahlreiche Fachkräfte weniger

Tabelle 10

Zur Struktur der Arbeitslosigkeit

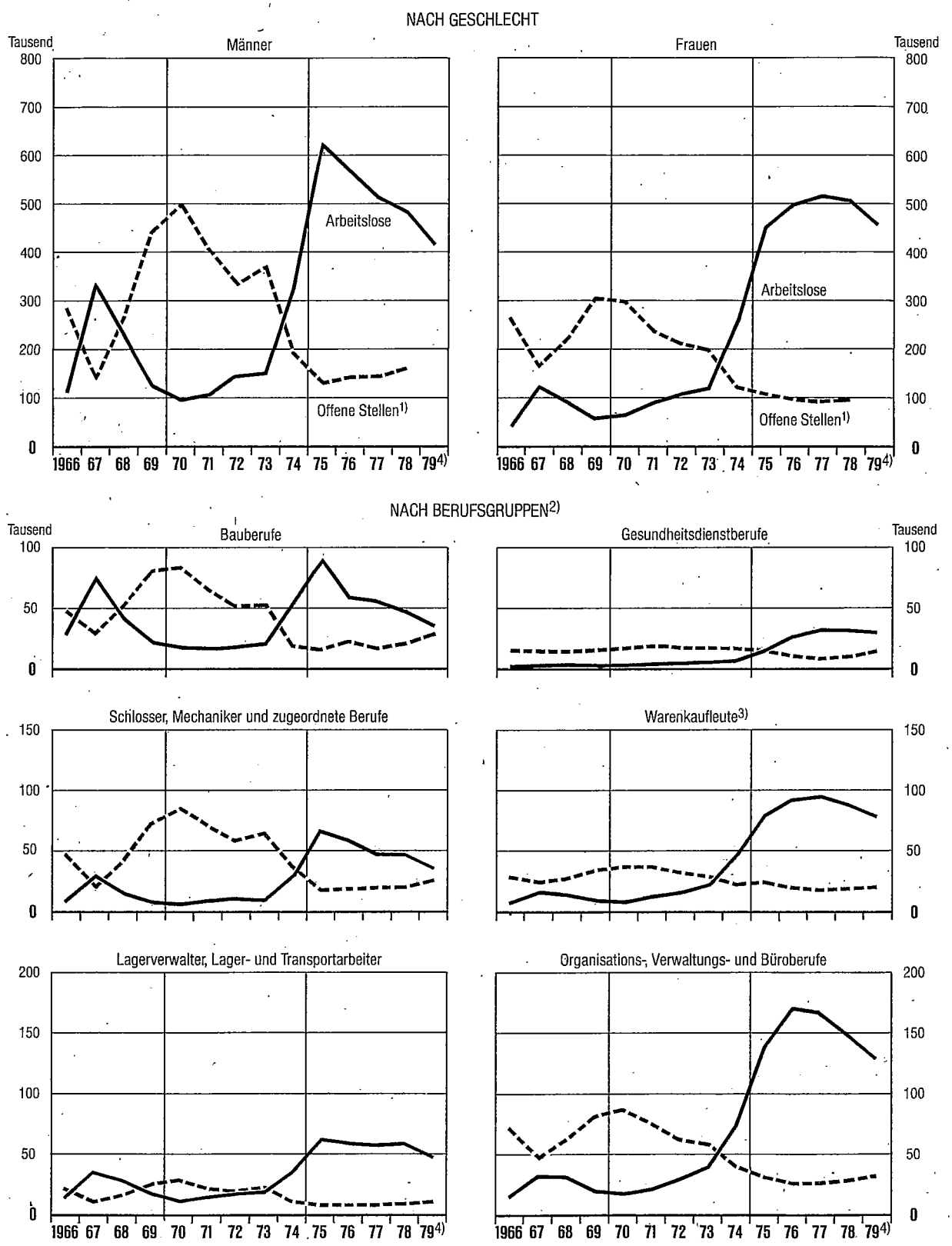
	Mai							
	1976		1977		1978		1979	
	1000	Anteil in vH	1000	Anteil in vH	1000	Anteil in vH	1000	Anteil in vH
Arbeitslose insgesamt	954	100	946	100	913	100	776	100
Nach Geschlecht								
Männer	500	52,4	465	49,1	439	48,1	345	44,5
Frauen	454	47,6	482	50,9	474	51,9	431	55,5
Mit gesundheitlichen Einschränkungen	230	24,1	237	25,0	263	28,8	262	33,8
darunter: Schwerbehinderte[1])	37	3,9	44	4,7	52	5,7	60	7,8
Nach Nationalität								
Deutsche	852	89,3	852	90,0	810	88,7	688	88,7
Ausländer	102	10,7	94	10,0	103	11,3	88	11,3
Nach Berufsausbildung								
mit Abschluß	429	45,0	432	45,7	406	44,5	346	44,6
ohne Abschluß	525	55,0	514	54,3	507	55,5	430	55,4
Vor der Arbeitslosigkeit beschäftigt als								
Facharbeiter	.	.	108	11,4	103	11,3	74	9,6
Nichtfacharbeiter	.	.	353	37,3	347	38,0	291	37,6
Angestellte								
mit gehobener Tätigkeit	.	.	174	18,4	168	18,4	147	18,9
mit einfacher Tätigkeit	.	.	133	14,0	109	11,9	91	11,7
Nach gewünschter Arbeitszeit								
Vollzeitarbeit	787	82,4	762	80,5	730	80,0	604	77,9
Teilzeitarbeit	168	17,6	185	19,5	183	20,0	171	22,1
Nach Dauer der Arbeitslosigkeit[2])								
unter 1 Monat	110	11,6	123	13,0	106	11,6	100	12,9
1 bis unter 3 Monate	218	22,9	227	24,0	206	22,5	176	22,7
3 bis unter 6 Monate	199	20,8	201	21,2	214	23,5	154	19,9
6 bis unter 12 Monate	266	27,9	224	23,7	185	20,2	182	23,5
1 bis unter 2 Jahre	130	13,6	113	11,9	112	12,3	96	12,4
2 Jahre und länger	30	3,2	59	6,2	91	9,9	67	8,6
Nach Altersgruppen								
unter 20 Jahre	85	8,9	87	9,2	77	8,4	58	7,4
20 bis unter 25 Jahre	160	16,7	164	17,3	157	17,2	127	16,4
25 bis unter 45 Jahre	445	46,6	436	46,1	418	45,8	344	44,3
45 bis unter 55 Jahre	153	16,1	148	15,6	142	15,6	122	15,8
55 bis unter 60 Jahre	60	6,3	72	7,6	84	9,2	94	12,1
60 Jahre und älter	51	5,4	39	4,1	34	3,7	31	3,9
Leistungen nach dem Arbeitsförderungsgesetz								
Bezieher von Arbeitslosengeld	492	51,6	430	45,5	390	42,7	301	38,8
Bezieher von Arbeitslosenhilfe	149	15,6	146	15,4	146	16,0	114	14,7
Leistungen beantragt	200	21,0	223	23,5	207	22,7	188	24,2
keine Leistungen	113	11,8	147	15,5	170	18,6	173	22,3
Nachrichtlich: Vor der Arbeitslosigkeit in schulischer Ausbildung	.	.	35	3,7	28	3,1	24	3,1

[1]) Mit anerkannter Minderung der Erwerbsfähigkeit.
[2]) Bisherige Dauer der Arbeitslosigkeit.

Quelle: BA

Schaubild 15

ARBEITSLOSE UND OFFENE STELLEN



1) 1978: Durchschnitt Januar bis November wegen Änderung der Gliederung der offenen Stellen nach Geschlecht (ab Dezember 1978: Offene Stellen für Männer oder Frauen, nur für Männer, nur für Frauen). – 2) Männer und Frauen. – 3) Verkäufer, Handelsvertreter, Reisende u. a. – 4) Eigene Schätzung.

Quelle: BA

SR 79 0704

anspruchsvolle Aufgaben in Bereichen übernommen haben, die günstigere Arbeitsbedingungen bieten. Die Rezession und die damit verbundene Arbeitslosigkeit mögen diese Tendenz verstärkt haben. Möglicherweise ist die Entscheidung dazu durch zu geringe Lohnunterschiede erleichtert worden. Im Jahr 1976 hatte jeder Dritte, der in der Industrie mit einfachen Tätigkeiten beschäftigt war, eine berufliche Ausbildung; 1970 hatte dies nur für jeden fünften gegolten. Wie schnell und in welchem Umfang früher abgewanderte Fachkräfte zurückgewonnen werden können, läßt sich schwer abschätzen. Lohnanreize mögen dabei helfen.

121. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit war 1979 auch bei den Frauen erheblich stärker ausgeprägt als im vergangenen Jahr (Schaubild 15). Die Arbeitslosenquote verringerte sich von 5,8 vH auf 5,2 vH; bei den Männern ergab sich ein Rückgang von 3,4 vH auf 2,9 vH. Die Arbeitsmarktlage für Frauen ist also trotz der Besserung noch immer deutlich schlechter als die Arbeitsmarktlage für Männer. Dies hat verschiedene Gründe. Etwa ein Drittel der arbeitslosen Frauen ist ausschließlich an einer Teilzeitbeschäftigung interessiert. Hinzu kommt, daß verheiratete Frauen zumeist nur eine Arbeit an ihrem Wohnort suchen. Außerdem ist der Anteil der Frauen, die keine abgeschlossene Berufsausbildung haben, größer als bei den Männern. Wesentlich ist aber auch, daß seit Jahren die Anzahl der Frauen steigt, die berufstätig sein wollen. Die Anzahl der männlichen Erwerbspersonen hingegen hat abgenommen. Für den Zeitraum von 1975 bis 1979 veranschlagt das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung bei Frauen eine Zunahme des Erwerbspersonenpotentials von rund 150000 Personen und bei Männern einen Rückgang von etwa 200000 Personen.

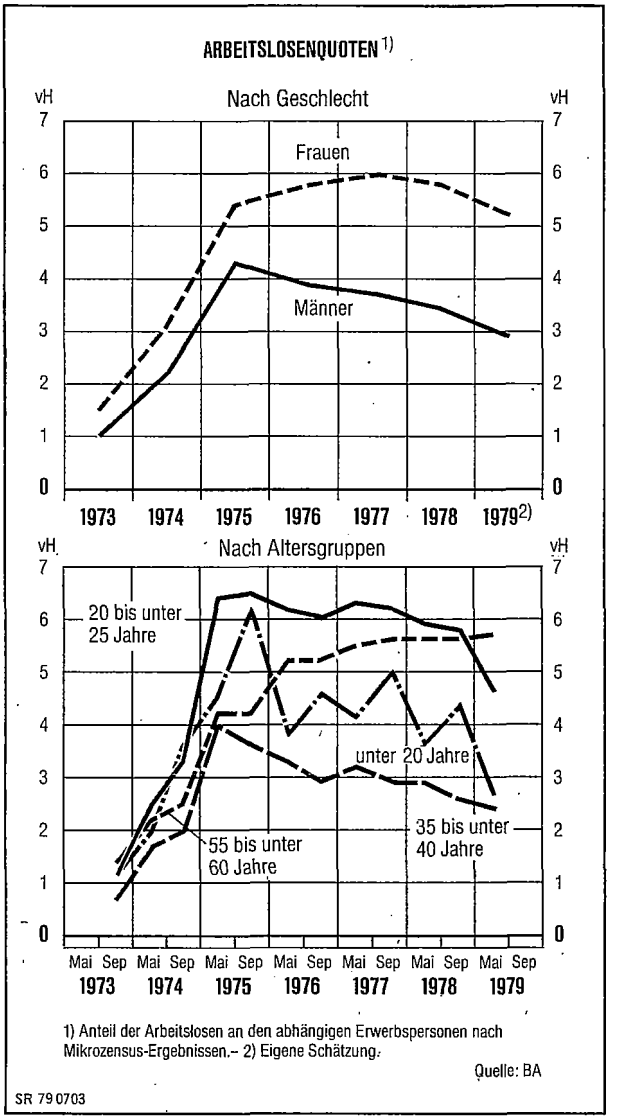
Seit 1975 ging bei den Männern eine Zunahme der Beschäftigung um rund 200000 mit einer Abnahme der Arbeitslosenquote von reichlich 4 vH auf knapp 3 vH einher. Die Anzahl der beschäftigten Frauen hat im gleichen Zeitraum um über 300000 Personen zugenommen; die Arbeitslosenquote hingegen war 1979 nur wenig kleiner als 1975 (Schaubild 16).

Auf der anderen Seite verdient Beachtung, daß sich die traditionell scharfe Grenzziehung zwischen männlichen und weiblichen Arbeitskräften zu verwischen beginnt. Mehr und mehr Berufe, die als typische Männerberufe gelten, werden auch für Frauen geöffnet.

122. Die Anzahl der Jugendlichen, die allgemeinbildende Schulen verlassen und einen betrieblichen Ausbildungsplatz suchen, hat in den letzten Jahren erheblich zugenommen. Für 1979 wird nach der im Berufsbildungsbericht vorgenommenen Schätzung des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft damit gerechnet, daß etwa 655000 Jugendliche eine Lehrstelle suchen; das sind rund 27000 mehr als im vorangegangenen Jahr. Der Schätzung liegt zum einen die Annahme zugrunde, daß etwa 65 vH der Schulabgänger der Sekundarstufe I eine betriebliche Berufsausbildung anstreben; das entspricht dem Ergebnis der Schülerbefragung des Jahres 1978. Zum anderen wird geschätzt, daß sich rund 90000 Absolventen beruflicher Vollzeitschulen und etwa 20000 Abiturienten um eine Lehrstelle bemühen.

Bis Ende September lagen den Arbeitsämtern rund 477000 Bewerbungen und etwa 445000 Angebote vor. Nicht alle Jugendlichen, die einen Ausbildungsplatz suchen, nehmen die Hilfe der Arbeitsämter in Anspruch, und nur ein Teil der angebotenen Lehrstellen wird gemeldet. Wenn, ähnlich wie im vergangenen Jahr, etwas weniger als 75 vH aller Bewerber bei den Arbeitsämtern vorsprechen, dann kann angenommen werden, daß die gesamte Anzahl der Bewerber etwa ebenso hoch ist, wie im Berufsbildungsbericht vorausgeschätzt wurde. Der Anteil der angebotenen Lehrstellen, die den Arbeitsämtern bekannt sind, dürfte größer geworden sein, da besonders dafür geworben wurde, daß die Unternehmen freie Ausbildungsplätze melden. Nach Einschätzung der Bundesanstalt für Arbeit wurden etwa zwei Drittel aller angebotenen Plätze bei den Arbeitsämtern registriert. Danach kann das gesamte Angebot auf rund 670000 Ausbildungsplätze bezif-

Schaubild 16



1) Anteil der Arbeitslosen an den abhängigen Erwerbspersonen nach Mikrozensus-Ergebnissen. – 2) Eigene Schätzung.

Quelle: BA

SR 79 0703

Tabelle 11

Angebot und Nachfrage nach Ausbildungsplätzen

1000

Jahr	Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge [1])	Unbesetzte Ausbildungsstellen	Nichtvermittelte Bewerber	Angebot an Ausbildungsplätzen	Nachfrage nach Ausbildungsplätzen
		zum 30. September [2])			
	(1)	(2)	(3)	(4) = (1) + (2)	(5) = (1) + (3)
1972	456 [a])	182	.	638	.
1973	450	102	.	552	.
1974	450	29	21	479	471
1975	462	18	24	480	486
1976	499	18	28	517	527
1977	558	26	27	584	585
1978	602	22	26	624	629
1979	635	37	20	672 [b])	655 [b])

[1]) Für
[2]) Der Bundesanstalt für Arbeit gemeldete Ausbildungsstellen bzw. Bewerber.
[a]) Schätzung des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft.
[b]) Eigene Schätzung.

Quelle: Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft, Bundesanstalt für Arbeit

fert werden (Tabelle 11). Der im Ausbildungsplatzförderungsgesetz angestrebte Angebotsüberhang von mindestens 12½ vH wird zwar wieder nicht erreicht; aber erstmals seit mehreren Jahren dürften, wenn auch nicht in allen Regionen der Bundesrepublik, so doch aufs ganze gesehen, mehr Ausbildungsplätze angeboten als nachgefragt worden sein (Ziffer 348).

Seit 1974 werden überbetriebliche Ausbildungsplätze vom Bund durch Zuschüsse gefördert. Im Jahr 1973 gab es nur etwa 23000 überbetriebliche Ausbildungsplätze, 1979 werden es vermutlich fast 60000 sein. Dies hat mit dazu beigetragen, daß in den letzten Jahren das Angebot insgesamt im großen und ganzen mit der stark gestiegenen Nachfrage Schritt gehalten hat.

123. Ähnlich wie in anderen Jahren, die durch eine Besserung der Beschäftigung gekennzeichnet waren, ging die Arbeitslosigkeit der Jüngeren auch 1979 überdurchschnittlich zurück. Im Oktober waren rund 62000 Jugendliche unter 20 Jahren arbeitslos, im gleichen Monat des vorangegangenen Jahres 83000; das entspricht einem Rückgang um 26 vH. Die Anzahl der Arbeitslosen hat sich insgesamt im gleichen Zeitraum um 16 vH verringert. Die Arbeitslosenquote der Jugendlichen betrug zuletzt 2,9 vH. In diesen Angaben sind allerdings jene Jugendliche nicht enthalten, die ausschließlich eine Lehrstelle suchen. Wer ohne Beschäftigung ist und eine Berufsausbildung anstrebt, wird nur dann als arbeitslos gezählt, wenn er bereit ist, gegebenenfalls auch ein anderes Stellenangebot anzunehmen.

124. Unter den jugendlichen Ausländern gibt es viel mehr Arbeitslose als unter den Deutschen. Während etwa 5 vH der Wohnbevölkerung im Alter von fünfzehn bis zwanzig Jahren Ausländer sind, ist ihr Anteil an den Arbeitslosen dieser Altersgruppe mehr als doppelt so hoch. Dies hängt im wesentlichen mit Sprachschwierigkeiten und einer in vielen Fällen mangelhaften schulischen Ausbildung zusammen. Häufig ist daher die Befähigung, einen Beruf zu erlernen, eingeschränkt. Gegenwärtig können sich viele von ihnen nur für Arbeiten bewerben, die keine abgeschlossene Berufsausbildung erfordern. Hinzu kommt, daß ausländische Jugendliche, die nach dem 31. Dezember 1976 in die Bundesrepublik gezogen sind, nur dann beschäftigt werden dürfen, wenn es für den in Aussicht genommenen Arbeitsplatz keinen geeigneten deutschen Bewerber gibt.

125. Bei steigendem Personalbedarf scheinen die Unternehmen auch wieder eher bereit, ältere Arbeitnehmer einzustellen. Darauf deutet hin, daß der Anteil der gemeldeten offenen Stellen, für die kein Höchstalter angegeben ist, von etwa 62 vH in den beiden vorangegangenen Jahren auf über 70 vH an-

gestiegen ist. Allerdings geht damit nur teilweise ein Rückgang der Arbeitslosigkeit unter den Älteren einher. Während die Anzahl der älteren Arbeitslosen im allgemeinen deutlich gesunken ist, wurden wesentlich mehr Arbeitslose im Alter von 59 und 60 Jahren gezählt als im vorangegangenen Jahr. Für die Personen im Alter von 55 bis 59 Jahren zusammengenommen, war die Arbeitslosenquote im Mai mit 5,7 vH daher geringfügig höher als ein Jahr zuvor. Der Anteil der Arbeitslosen an den Arbeitnehmern im Alter von 60 bis 65 Jahren ist erheblich stärker gestiegen. Im Mai 1979 betrug die Arbeitslosenquote 6,6 vH, zwölf Monate zuvor waren es 5,7 vH. Dies kann damit zusammenhängen, daß trotz der wieder günstiger gewordenen Beschäftigungsaussichten mehr und mehr Arbeitslose, die 59 Jahre oder älter sind, nicht wieder berufstätig sein wollen, sondern es vorziehen, nach einem Jahr der Arbeitslosigkeit vorzeitig in den Ruhestand zu treten.

126. Die Anzahl der Arbeitslosen, die in der Statistik als Personen mit gesundheitlichen Einschränkungen gezählt werden, war im Mai 1979 mit rund 260 000 Personen etwa ebenso groß wie im Jahr zuvor. Ihr Anteil an allen Arbeitslosen hat sich damit jedoch von 29 vH auf 34 vH erhöht. Die Schwierigkeit, eine neue Beschäftigung zu finden, nimmt mit dem Grad der Behinderung deutlich zu. Während etwa 20 vH aller Arbeitslosen länger als ein Jahr ohne Beschäftigung sind, macht dieser Anteil bei denen, die in geringem Umfang gesundheitlich behindert sind, mehr als 30 vH aus; von den Schwerbehinderten sind es sogar weit über 40 vH. Zwar haben die Arbeitsämter in diesem Jahr etwa 23 000 Schwerbehinderten eine Beschäftigung vermittelt, das waren etwas mehr als 1978; verglichen mit anderen Arbeitnehmern haben diese aber trotz arbeitsmarktpolitischer Sonderprogramme nach wie vor nur geringe Vermittlungschancen.

127. Kommen Alter und gesundheitliche Behinderungen zusammen, dann sind die Beschäftigungschancen der Arbeitslosen besonders gering. Während etwa 6 vH aller Arbeitslosen älter als 55 Jahre sind und gesundheitliche Einschränkungen geltend machen, beläuft sich der Anteil dieser Personengruppe an jenen, die länger als ein Jahr arbeitslos sind, auf rund 12 vH. Die etwa 125 000 Älteren, die rund 70 000 Personen, deren Erwerbsfähigkeit erheblich gemindert ist (60 000 Schwerbehinderte und 10 000 Personen mit anerkannter Minderung der Erwerbsfähigkeit, aber ohne Gleichstellung) sowie die etwas mehr als 160 000 Personen, die länger als ein Jahr arbeitslos sind, dürften ungefähr den Kreis von Arbeitslosen darstellen, für die es besonders schwierig ist, eine neue Beschäftigung zu finden, und die man als Problemgruppe der Arbeitslosigkeit bezeichnet. Zusammengenommen sind dies etwa 300 000 Personen, von denen ein Teil mehrere der genannten Merkmale aufweist.

128. Die Anzahl der Personen, die länger als ein Jahr arbeitslos waren, betrug im Mai 1979 rund 160 000 Personen, das sind etwa 21 vH aller Arbeitslosen (Tabelle 12). Dieser Anteil verringerte sich 1979 zum ersten Mal seit Beginn der hohen Unterbeschäftigung. Teilweise ist dies darauf zurückzuführen, daß die Möglichkeiten, die im Arbeitsförderungsgesetz zur Verbesserung der Vermittlungschancen der Arbeitslosen vorgesehen sind, wie etwa die berufliche Umschulung oder Einarbeitung, zunehmend in Anspruch genommen worden sind. Eine größere Rolle spielte aber wohl der weiter deutlich gestiegene Bedarf an Arbeitskräften auch in jenen Regionen, in denen die Arbeitslosigkeit zuvor bereits zu großen Teilen abgebaut worden war. In Baden-Württemberg beispielsweise, wo die Arbeitsmarktlage am günstigsten ist, hat sich die Anzahl der Arbeitslosen, die länger als ein Jahr ohne Beschäftigung sind, binnen Jahresfrist um etwa ein Viertel verringert. In Nordrhein-Westfalen dagegen, dem Bundesland mit der höchsten Arbeitslosenquote, betrug der Rückgang nur 9 vH. Dies bestätigt die Vermutung, daß die Unternehmen bei steigender Nachfrage nach Arbeitskräften auch mehr von jenen Arbeitslosen einstellen, die bei hoher Unterbeschäftigung aus verschiedenen Gründen nur sehr schwer eine neue Beschäftigung finden. Insgesamt hat sich die Anzahl jener, die länger als ein Jahr ohne Beschäftigung sind, um rund 20 vH verringert, während die Anzahl derer, die weniger als drei Monate arbeitslos sind, nur um etwa 11 vH gesunken ist.

Die Dauer der Arbeitslosigkeit wird von der Bundesanstalt für Arbeit regelmäßig Ende Mai und Ende September im Rahmen der Sonderuntersuchungen über die Struktur der Arbeitslosigkeit ermittelt. Es wird die bis zum Tag der Erhebung vergangene Dauer der Arbeitslosigkeit, also die bisherige Dauer, angegeben. Dabei wird als Beginn der Arbeitslosigkeit der Zeitpunkt der erstmaligen Meldung betrachtet, der auf einen Zeitraum von mindestens dreizehn Wochen folgt, in dem die gezählten Personen nicht als arbeitslos registriert waren. Nach diesem Berechnungsverfahren werden Personen, die mehrmals kurzfristig, also für weniger als dreizehn Wochen, beschäftigt waren oder sich aus anderen Gründen nur vorübergehend nicht als arbeitslos gemeldet haben, der Tendenz nach als langfristig Arbeitslose gezählt. Solche Stichtagserhebungen geben nur ein unzureichendes Bild von den Bewegungen zwischen zwei Erhebungszeitpunkten. Da zahlreiche Arbeitslose schon nach kurzer Zeit eine dauerhafte Beschäftigung finden, ist der Anteil der für kurze Zeit Arbeitslosen an allen Personen, die im Laufe eines Jahres arbeitslos werden, wesentlich größer, als es die Ergebnisse von Stichtagserhebungen, die in größeren Zeitabständen vorgenommen werden, erkennen lassen.

Die durchschnittliche „bisherige Dauer" der Arbeitslosigkeit betrug Ende Mai 1979 ungefähr 35 Wochen, das sind etwa 15 Wochen mehr als im Boomjahr 1970. Der Zeitraum, der vergeht, bis ein Arbeitsloser eine neue Stelle gefunden hat, das heißt, die „abgeschlossene Dauer", dürfte dagegen im Durchschnitt des Jahres 1979 etwa fünfzehn Wochen betragen, im Jahr 1970 waren es rund sechs Wochen. Dies läßt sich aus Berechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung ableiten.

Eine Erklärung für die noch immer lange Dauer der Arbeitslosigkeit könnte sein, daß der Anteil der Arbeitslosen größer geworden ist, die den beruflichen Anforderungen, die an sie gestellt werden, nicht genügen können. In der veränderten Dauer

Tabelle 12

Arbeitslose im Mai 1979 nach ausgewählten Gruppen und nach Dauer der Arbeitslosigkeit[1])

1 000

	Insgesamt	davon Dauer der Arbeitslosigkeit von ... bis unter ...					
		unter 1 Monat	1 bis 3 Monate	3 bis 6 Monate	6 bis 12 Monate	1 bis 2 Jahre	2 Jahre und länger
Arbeitslose insgesamt	776	100	176	154	182	96	67
Nach Geschlecht							
Männer	345	50	77	67	70	43	38
Frauen	431	50	99	87	112	53	29
Mit gesundheitlichen Einschränkungen	262	21	43	45	64	46	43
darunter: Schwerbehinderte[2])	60	3	8	9	14	12	14
Nach Nationalität							
Deutsche	688	86	154	136	162	87	63
Ausländer	88	14	22	18	20	9	4
Nach Berufsausbildung							
mit Abschluß	346	46	84	71	82	40	23
ohne Abschluß	430	54	92	83	100	57	44
Nach Beschäftigungsverhältnis							
Angestellte	298	36	73	62	74	35	19
Arbeiter	477	64	103	92	108	62	48
Nach Altersgruppen							
unter 20 Jahre	58	12	18	13	11	2	0,5
20 bis unter 25 Jahre	127	22	36	28	29	10	3
25 bis unter 45 Jahre	344	47	83	71	83	39	22
45 bis unter 55 Jahre	122	11	21	21	28	21	21
55 bis unter 60 Jahre	94	6	14	16	22	18	18
60 Jahre und älter	31	1	4	6	10	6	4

[1]) Bisherige Dauer der Arbeitslosigkeit (Ziffer 128).
[2]) Mit anerkannter Minderung der Erwerbsfähigkeit.

Quelle: BA

mag sich aber auch ein verändertes Verhalten der Arbeitslosen bei der Suche nach einer neuen Beschäftigung niederschlagen. Wäre es möglich, Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt schneller zueinander zu bringen und damit den Zeitraum bis zur Wiederbeschäftigung um einen Monat zu vermindern, so bedeutete das bei einer im ganzen unveränderten Fluktuation einen Rückgang der Arbeitslosenquote um etwa einen Prozentpunkt.

Räumliche Unterschiede leicht abgeschwächt

129. Die konjunkturelle Belebung am Arbeitsmarkt hat nach und nach alle Regionen der Bundesrepublik erfaßt. Dort, wo die Arbeitslosenquote im vergangenen Jahr überdurchschnittlich hoch war, konnte die Unterbeschäftigung nun im allgemeinen stärker abgebaut werden als dort, wo sie schon vorher verhältnismäßig gering gewesen war. So war der Rückgang der Arbeitslosenquote in Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Saarland und Berlin am stärksten; in Nordrhein-Westfalen dagegen, das seit Jahren schon zu den Bundesländern mit besonders hoher Arbeitslosigkeit gehört, hat sich die Lage nur wenig gebessert. Insgesamt betrachtet haben sich die räumlichen Unterschiede der Arbeitslosigkeit in diesem Jahr erstmals seit längerem wieder etwas abgeschwächt (Tabelle 13).

Zum Abbau der regionalen Ungleichheiten auf dem Arbeitsmarkt hat möglicherweise beigetragen, daß der Aufschwung seit Mitte des vergangenen Jahres auch viele Branchen des verarbeitenden Gewerbes erfaßt hat, die in Regionen mit bisher hoher Arbeitslosigkeit vergleichsweise stark vertreten sind. So ist die Anzahl der arbeitslosen Industriearbeiter 1979 vor allem in der chemischen Industrie, in der Metallindustrie und in der Kunststoffverarbeitung zurückgegangen. Die ungleiche Besserung auf dem Arbeitsmarkt kann aber auch damit zusammenhängen, daß es in Gebieten mit niedriger Arbeitslosigkeit oftmals schwieriger ist, geeignete Mitarbeiter unter den Arbeitslosen zu finden als anderswo. Darauf deutet das unterschiedliche Verhältnis von Arbeitslosen zu offenen Stellen hin. Zuletzt war in

Baden-Württemberg, dem Bundesland mit der niedrigsten Arbeitslosenquote, die Anzahl der Arbeitslosen etwa 20 vH größer als die Anzahl der gemeldeten offenen Stellen; im Bundesgebiet insgesamt wurden mehr als doppelt so viele Arbeitslose wie offene Stellen gezählt.

130. Die verbliebenen räumlichen Unterschiede auf dem Arbeitsmarkt sind einerseits eine Folge davon, daß die einzelnen Regionen von der Krise im Jahre 1975 unterschiedlich betroffen waren, und hängen andererseits damit zusammen, daß die Länder in den folgenden Jahren eine unterschiedliche Ent-

Tabelle 13

Entwicklung der Arbeitslosigkeit in den Landesarbeitsamtsbezirken

Arbeitslosenquoten in vH[1])

	Einheit[2])	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977[3])	1978[3])	1979[3])[4])
Schleswig-Holstein–Hamburg	I	0,7	0,8	1,1	1,2	2,5	4,6	4,6	4,8	4,6	4,0
	II	0,4	0,5	0,6	0,8	1,5	3,7	3,9	4,1	3,4	2,9
	III	2,3	2,0	2,1	2,4	5,1	6,4	5,9	6,2	5,6	5,5
Niedersachsen–Bremen	I	1,1	1,2	1,7	1,7	3,1	5,4	5,4	5,5	5,2	4,7
	II	0,3	0,5	0,8	0,8	2,0	4,0	3,9	4,1	3,9	3,6
	III	3,8	3,5	4,8	5,0	7,1	9,8	9,5	9,5	8,8	8,2
Nordrhein-Westfalen	I	0,6	0,8	1,2	1,3	2,9	4,8	4,9	5,0	5,0	4,7
	II	0,2	0,4	0,5	0,6	1,7	3,2	3,3	3,1	2,9	2,6
	III	1,2	1,6	2,1	2,5	4,6	6,5	6,8	7,1	7,8	7,3
Hessen	I	0,5	0,7	1,0	1,0	2,4	4,5	4,4	4,0	3,6	2,9
	II	0,2	0,4	0,5	0,5	1,4	3,1	3,1	2,9	2,3	2,2
	III	1,3	1,3	1,8	2,0	3,5	6,1	5,8	5,5	5,0	4,2
Rheinland-Pfalz–Saarland	I	0,9	1,0	1,2	1,3	3,1	5,3	5,2	5,2	5,1	4,3
	II	0,2	0,3	0,4	0,4	1,6	3,7	3,6	3,7	3,4	2,9
	III	2,0	2,0	2,7	3,4	6,0	7,6	7,7	8,4	8,6	7,6
Baden-Württemberg	I	0,2	0,4	0,5	0,5	1,4	3,5	3,4	2,9	2,6	2,1
	II	0,1	0,2	0,2	0,3	0,9	2,6	2,1	1,8	1,7	1,4
	III	0,6	0,7	0,7	0,8	2,1	5,7	4,6	3,9	4,0	3,4
Nordbayern	I	1,0	1,3	1,4	1,3	2,7	5,6	5,7	5,2	4,8	4,1
	II	0,3	0,5	0,7	0,6	1,6	4,0	4,2	3,7	3,5	2,7
	III	3,3	3,5	3,8	3,7	6,0	9,7	10,1	9,6	9,5	8,0
Südbayern	I	1,0	1,1	1,2	1,3	2,8	4,8	4,5	4,1	3,7	3,1
	II	0,3	0,4	0,5	0,7	1,9	3,6	3,1	3,0	2,8	2,2
	III	5,8	5,3	5,0	5,7	7,8	10,5	10,5	9,6	9,1	7,9
Berlin (West)	I	0,6	0,8	1,2	1,1	2,0	3,7	3,9	4,5	4,6	4,0
Bundesgebiet	I	0,7	0,8	1,1	1,2	2,6	4,7	4,6	4,5	4,3	3,8
Mittlere Abweichung[5])		0,51	0,48	0,59	0,61	0,88	1,00	1,08	1,19	1,25	1,21

[1]) Anteil der Arbeitslosen an den Arbeitnehmern in vH.
Für Bundesgebiet und Landesarbeitsamtsbezirke: Berechnet mit den abhängigen Erwerbspersonen (ohne Soldaten) nach Mikrozensus-Ergebnissen.
Für Arbeitsamtsbezirke: Berechnet auf Grund geschätzter Arbeitnehmeranteile an der Wohnbevölkerung.

[2]) I: Durchschnittliche Arbeitslosenquote.
II: Kleinste Arbeitslosenquote eines Arbeitsamtsbezirkes im jeweiligen Landesarbeitsamtsbezirk.
III: Größte Arbeitslosenquote eines Arbeitsamtsbezirkes im jeweiligen Landesarbeitsamtsbezirk.

[3]) Wegen Gebietsänderungen einiger Arbeitsamtsbezirke in Nord- und Südbayern mit den Jahren vor 1977 nur bedingt vergleichbar.

[4]) Januar bis Oktober.

[5]) Mittlere Abweichung der Arbeitslosenquoten in den Arbeitsamtsbezirken jeweiligen Jahr.

Quelle für Grundzahlen: BA

wicklung nahmen. Teilweise, wie in Bayern und in Baden-Württemberg, ist die Beschäftigung seither deutlich gestiegen. Eine Rolle dürften auch Unterschiede in der Veränderung der Anzahl der Erwerbspersonen gespielt haben (Schaubild 17).

131. Es wäre zu vermuten, daß dort, wo die Arbeitslosigkeit besonders hoch ist, die Möglichkeiten, die das Arbeitsförderungsgesetz vorsieht, um die Chancen der Arbeitsuchenden auf direktem oder indirektem Wege zu verbessern, stärker in Anspruch genommen werden als anderswo.

Bei den Maßnahmen zur beruflichen Fortbildung, Umschulung und betrieblichen Einarbeitung verhält es sich auch so. Eine Ausnahme bildet nur Baden-Württemberg. Dort ist die Anzahl der geförderten Personen im Verhältnis zu der Anzahl der Arbeitslosen mehr als doppelt so hoch wie in den meisten anderen Ländern.

Bei den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sind die regionalen Unterschiede größer. In Rheinland-Pfalz und Berlin entlasten sie den Arbeitsmarkt weit mehr als im Bundesdurchschnitt; in Nordrhein-Westfalen spielen sie dagegen kaum eine Rolle.

Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen

132. Die Bundesregierung hat im Mai 1979 ein arbeitsmarktpolitisches Programm beschlossen, das auf diejenigen Arbeitsamtsbezirke zielt, in denen 1978 die Arbeitslosenquote über 6 vH lag. Gefördert werden 23 Arbeitsamtsbezirke, die im Ruhrgebiet, im Saarland, in Ostfriesland, in Ostbayern und im Zonenrandgebiet liegen. Die vorgesehene Förderung konzentriert sich auf die drei Schwerpunkte: Berufliche Umschulung und Fortbildung, Einarbeitung ungelernter oder längerfristig Arbeitsloser sowie Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zur Verbesserung der sozialen Infrastruktur. Umschulung und Fortbildung sollen das Risiko der Beschäftigten verringern helfen, ihren Arbeitsplatz zu verlieren, weil sie den geänderten Anforderungen an das berufliche Können nicht gerecht werden. Den Förderungsanträgen müssen Stellungnahmen der Betriebsräte beigefügt sein. Das Programm umfaßt ein Gesamtvolumen von 500 Millionen Mark, wovon jeweils 150 Millionen Mark für berufliche Qualifizierung und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sowie 200 Millionen Mark für Einarbeitung vorgesehen sind. Die Kosten werden vom Bund bis zu 100 vH übernommen. Bereits kurze Zeit nach Beginn der Antragsfrist sind Förderungsanträge in doppelter Höhe des vorgesehenen Gesamtvolumens gestellt worden.

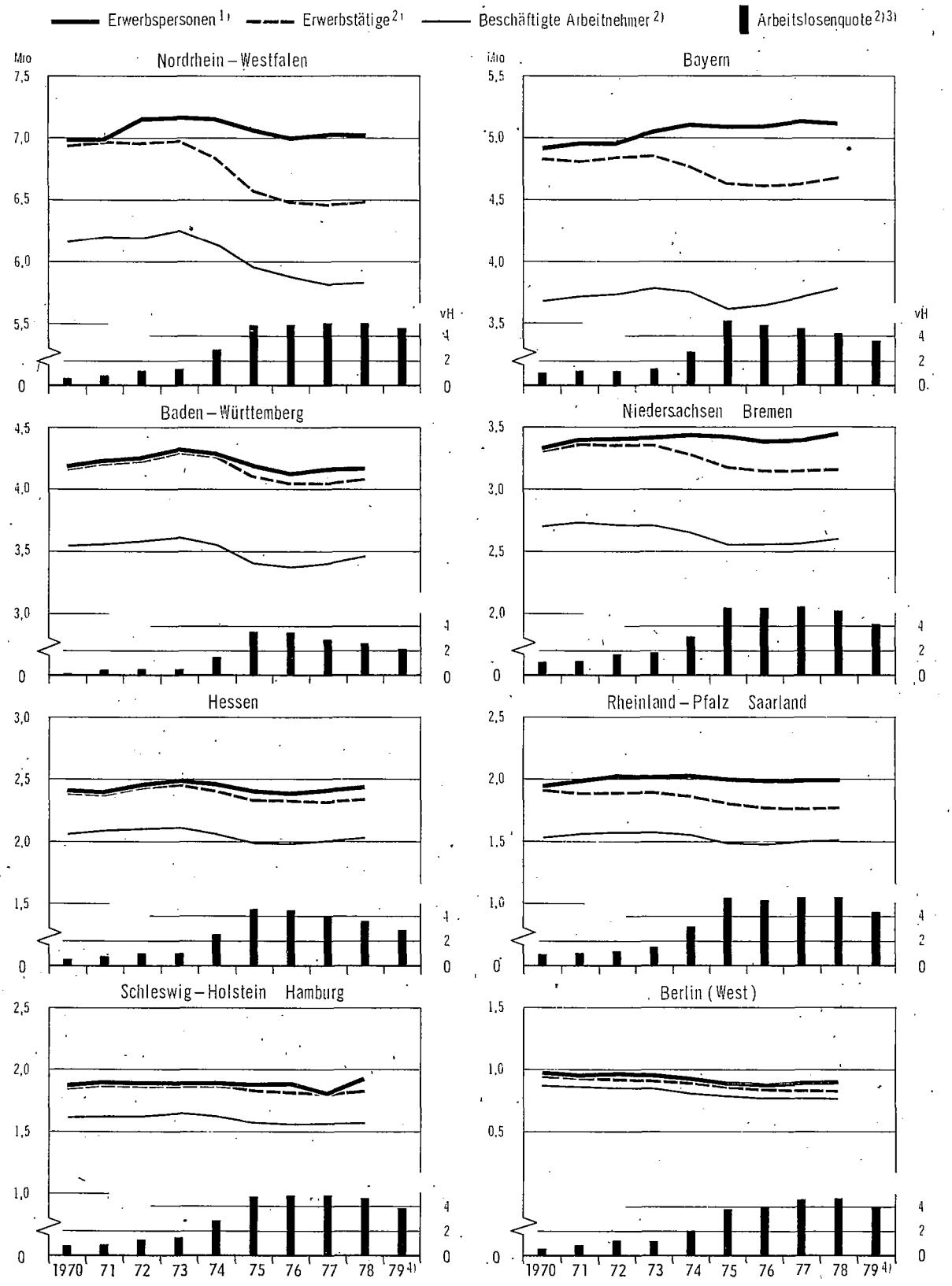
133. Da sich die Beschäftigungsprobleme für Schwerbehinderte weiter verschärft haben, wurde von Bund und Ländern ein drittes Sonderprogramm im Umfang von 80 Millionen Mark aufgelegt. Nach dem neuen Programm können Arbeitgeber wiederum Einstellungszuschüsse zwischen achttausend und achtzehntausend Mark erhalten, wenn sie Schwerbehinderte für eine Dauer von mindestens achtzehn Monaten beschäftigen. Die Zahlungen werden auch dann gewährt, wenn bereits gesetzliche Leistungen zur Berufsförderung von Behinderten, etwa Hilfen für den Bau von Werkstätten oder Ausbildungszuschüsse, in Anspruch genommen werden. Beim Zusammentreffen beider Leistungsarten vermindern sich die Zuschüsse aus dem Sonderprogramm jedoch um 30 vH. Voraussetzung für eine Förderung ist, daß die gesetzliche Beschäftigungspflicht für Schwerbehinderte erfüllt ist. Mit Hilfe der beiden vorangegangenen Sonderprogramme wurden vom November 1976 bis zum März 1979 etwa 20000 Personen unterstützt. Darunter befanden sich 3000 Jugendliche, deren Berufsausbildung gefördert wurde.

134. Im August ist die fünfte Novelle zum Arbeitsförderungsgesetz in Kraft getreten. Die Gesetzesnovelle enthält eine Reihe von lange umstrittenen Regelungen über die Zumutbarkeit einer Beschäftigung, die einem Arbeitslosen angeboten wird. In einer Anordnung der Bundesanstalt für Arbeit wurde dazu Näheres festgelegt. Danach ist eine Beschäftigung beispielsweise dann unzumutbar, wenn sie eine Rückkehr in die frühere Tätigkeit wesentlich erschwert, wenn sie unter Tarif bezahlt wird oder wenn der Arbeitsort außerhalb des Tagespendelbereichs liegt; letzteres jedoch lediglich dann, wenn der Arbeitslose Kinder zu beaufsichtigen hat oder Familienmitglieder pflegebedürftig sind. Die Novelle umfaßt ferner eine Anzahl von Leistungsverbesserungen. So erhalten arbeitslose Jugendliche, die ein Jahr oder länger beitragspflichtig beschäftigt waren und an berufsvorbereitenden Maßnahmen teilnehmen, eine Berufsausbildungsbeihilfe, ohne daß das Einkommen der Eltern berücksichtigt wird. Die Einarbeitungszuschüsse, die Unternehmen erhalten können, wenn sie Personen einstellen, die längere Zeit arbeitslos waren, wurden von 60 vH auf 80 vH des Arbeitsentgelts angehoben. Wer einen Mangelberuf erlernen möchte und an Maßnahmen zur beruflichen Fortbildung teilnimmt, erhält ein erhöhtes Unterhaltsgeld in Höhe von 80 vH des letzten Einkommens, und zwar auch dann, wenn er zuvor nicht arbeitslos war oder bereits eine abgeschlossene Berufsausbildung hat. Ebenso erhalten Personen, die ihre Berufstätigkeit aus familiären Gründen unterbrochen haben, das erhöhte Unterhaltsgeld, wenn sie an einer Maßnahme zur beruflichen Förderung teilnehmen. Von dieser Regelung sind vor allem Frauen begünstigt, die vorübergehend nicht erwerbstätig waren, weil sie sich vor allem der Erziehung ihrer Kinder gewidmet haben.

135. Alles in allem läßt die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt erkennen, daß sich mit der konjunkturellen Aufwärtsbewegung für die meisten Personengruppen unter den Arbeitslosen die Lage gebessert hat. Für einige, wie beispielsweise für Jugendliche oder für Männer, bedeutet dies eine Fortsetzung der Besserung. Für andere, wie beispielsweise für Frauen und teilweise auch für ältere Arbeitnehmer, war 1979 das erste Jahr seit längerem mit wieder günstigeren Beschäftigungsaussichten. Im Verlauf des Jahres ist die Anzahl der Arbeitslosen insgesamt, sieht man von Saisoneinflüssen ab, von rund 960000 Personen im Januar auf etwa 820000 im Oktober gesunken. Obwohl im ganzen trotz der deutlichen Bes-

Schaubild 17

ZUR ENTWICKLUNG VON BESCHÄFTIGUNG UND ARBEITSLOSIGKEIT NACH REGIONEN



1) Erwerbstätige · Arbeitslose (nach Mikrozensus – Ergebnissen (für April bzw. Mai des jeweiligen Jahres). 1970: Ergebnisse der Volks- und Berufszählung. – 2) Jahresdurchschnitte. Quelle: IAB. – 3) Anteil der Arbeitslosen an den abhängigen Erwerbspersonen nach Mikrozensus – Ergebnissen. – 4) Eigene Schätzung.

SR 79 0707

serung ein hoher Beschäftigungsstand noch weit entfernt ist, tritt in einigen Berufsgruppen und Regionen ein Mangel an Arbeitskräften auf. Wo es schwierig ist, neue Mitarbeiter zu gewinnen, sind 1979 auch die Chancen jener Arbeitslosen, deren Leistungsfähigkeit aus verschiedenen Gründen gemindert ist, wieder gestiegen.

IV. Verstärkte Preissteigerungen

136. Nachdem das Jahr 1978 im Zeichen einer starken Beruhigung des Preisauftriebs gestanden hatte, stiegen die Preise 1979 wieder deutlich schneller. Die Lebenshaltung der privaten Haushalte verteuerte sich im Verlauf dieses Jahres um $5^1/_2$ vH und damit mehr als doppelt so stark wie im Verlauf des vergangenen Jahres. In dieser Entwicklung wird von manchen die Gefahr gesehen, das Maß an Stabilität, das 1978 erreicht worden war, könne wieder verloren gehen. Die Antwort auf die Frage, ob es sich bei dem beschleunigten Preisauftrieb nur um einen ölpreisbedingten, einmaligen Schub handelt, ob er auch Teil des konjunkturellen Auf und Ab in der Preisbewegung ist oder ob gar eine neue inflatorische Geldentwertung in Gang kommt, hat für die künftigen wirtschafts- und einkommenspolitischen Entscheidungen große Bedeutung.

137. Zur Würdigung der Preisbewegungen in diesem Jahr muß man auch das Jahr 1978 mit ins Bild nehmen. Günstige Faktoren hatten damals preisdämpfend gewirkt. Die Aufwertung der D-Mark hatte eine deutliche Verbilligung der Güter mit sich gebracht, die aus dem Ausland bezogen werden. Die Ernte war im Bereich der Europäischen Gemeinschaften wie auch weltweit ertragreich gewesen und hatte für ungewöhnlich stabile Nahrungsmittelpreise gesorgt. Außerdem waren 1978 viele administrierte Preise (Bahntarife, kommunale Gebühren, Postgebühren, Rundfunk- und Fersehgebühren) nur unterdurchschnittlich oder gar nicht angehoben, vereinzelt sogar gesenkt worden. All dies wiederholte sich im Jahr 1979 nicht, im Gegenteil, ein Teil dieser Einflüsse hatte im laufenden Jahr das umgekehrte Vorzeichen. Bei den administrierten Preisen erwies sich das Aufschieben von Preiserhöhungen als Vorbelastung für das Jahr 1979; jetzt wurden sie teilweise stark erhöht. Besonders bedeutsam aber war die Verteuerung von Erdöl und Mineralölerzeugnissen, deren Preise im Anschluß an die Krise im Iran im Verlauf des Jahres 1979 mehrfach stark angehoben wurden; aber auch der Preisanstieg bei vielen anderen Rohstoffen trug zum importierten Preisauftrieb bei. Vom Wechselkurs kam keine Entlastung.

138. Die Preise, die an die inländischen Erzeuger industrieller Produkte zu zahlen sind, spiegelten sehr bald die starke Verteuerung des Öls und der übrigen Rohstoffe wider. Ihr Anstieg ging im Verlauf des Jahres aber über das dadurch bedingte Maß hinaus. Demgegenüber beschleunigten sich die Preise, die die Verbraucher zu zahlen haben, lange Zeit nicht stärker, als dem Einfluß der Ölverteuerung sowie der Mehrwertsteuererhöhung entsprach; erst nach der Jahresmitte wurden hier die Zweifel größer, ob die Beschleunigung des Preisauftriebs allein Ausdruck dieser Sonderfaktoren sei.

Außenwirtschaftliche Einflüsse prägend

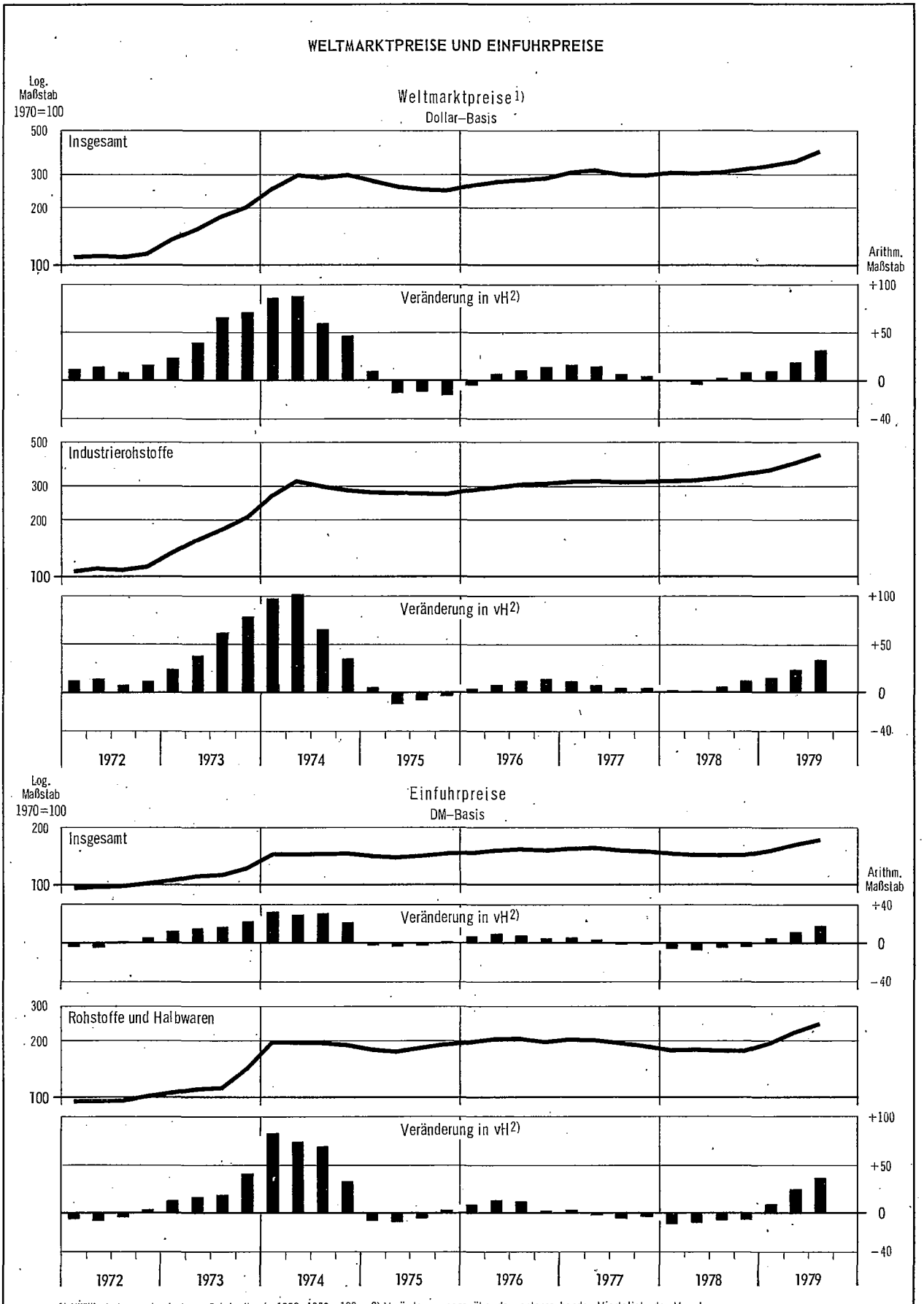
139. Die Weltmarktpreise für Rohstoffe waren bereits im zweiten Halbjahr 1978 in Bewegung gekommen, als die Besserung der konjunkturellen Lage in vielen Industrieländern die Nachfrage nach Rohstoffen, insbesondere nach Metallen, merklich steigen ließ und spekulative Käufe bei anziehenden Preisen diese Nachfrage noch verstärkten. Im Jahre 1979 wurde dann der Preisauftrieb von der Verteuerung des Rohöls geprägt. Aber auch bei den sonstigen Industrierohstoffen kam es bis zuletzt zu keiner Preisberuhigung.

Für die Bundesrepublik waren diese Preiserhöhungen 1978 zunächst ohne Auswirkung geblieben. Im Gegenteil, bis in den Herbst letzten Jahres hinein verbilligten sich eingeführte Rohstoffe und Halbwaren sogar, denn der Kurs der D-Mark stieg schneller, als sich die in anderen Währungen notierten Weltmarktpreise erhöhten. Nach dem Oktober vergangenen Jahres setzte sich dann aber die Aufwertung nicht weiter fort; damit endete auch die Abkoppelung der Inlandspreise von den Weltmarktpreisen (Schaubild 18). Eingeführte Rohstoffe und Halbwaren für die Industrie verteuerten sich kräftig und kosteten im September dieses Jahres 40 vH mehr als im Oktober 1978.

140. Die Teuerung beim Rohöl und bei den Mineralölerzeugnissen verlief sehr unterschiedlich. Der erneute Preisanstieg vom Rohöl kam im November 1978 durch den zeitweiligen Ausfall der Erdöllieferungen aus dem Iran in Gang, wurde anschließend durch die witterungsbedingt erhöhte Winternachfrage nach Heizöl und durch spekulative Käufe, vor allem aber durch die Preispolitik der OPEC-Staaten forciert. Importiertes Rohöl verteuerte sich im ersten Quartal um $7^1/_2$ vH, im zweiten Quartal nochmals um $24^1/_2$ vH und kostete schließlich im September 50 vH mehr als im Oktober 1978. Schneller und weitaus stärker stiegen die Preise, zu denen Mineralölerzeugnisse im Ausland gekauft werden mußten; bereits im ersten Quartal nahmen sie um 42 vH zu, im zweiten nochmals um $27^1/_2$ vH, im September waren sie 95 vH höher als im Oktober 1978. Dieses Auseinanderklaffen der Preisentwicklung bei der Einfuhr von Rohöl und Mineralölerzeugnissen zeigt, daß die internationalen Ölgesellschaften aufgrund ihrer Marktstellung und wegen der starken Nachfrage in der Lage waren, nicht nur den Anstieg der Einstandspreise sofort in den Produktenpreisen weiterzugeben, sondern gleichzeitig auch ihre Ertragslage zu verbessern (Ziffern 150 ff.).

141. Bei international gehandelten industriellen Fertigwaren beschleunigte sich der Preisauftrieb auf dem Weltmarkt im Jahre 1979 kaum. Der Preisschub

Schaubild 18



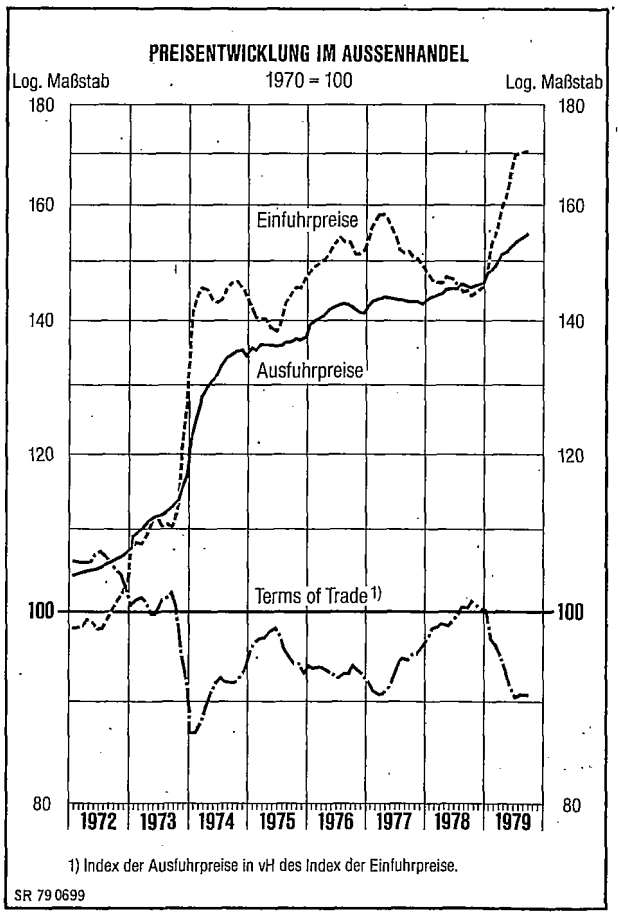
1) HWWA-Index; umbasiert von Originalbasis 1952–1956 = 100. – 2) Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vierteljahr des Vorjahres.

SR 79 0691

in diesem Jahr war also im wesentlichen ein Preisschub zugunsten der Rohstoffländer und zu Lasten der Industrieländer. Für die Bundesrepublik ergab sich allerdings wegen des Wandels der Wechselkursentwicklung eine merkliche Veränderung des Preisklimas auch von den importierten Fertigwaren her; im zweiten Halbjahr 1978 waren nämlich als Folge der starken Aufwertung diese Einfuhren in D-Mark gerechnet kaum noch teurer geworden, während sich 1979 die weltweiten Preissteigerungen voll in den deutschen Importpreisen niederschlugen. In den ersten neun Monaten dieses Jahres verteuerten sich die Importe von industriellen Fertigwaren um 5,0 vH, in den entsprechenden Vorjahresmonaten waren es nur 2,3 vH gewesen.

142. Für diejenigen deutschen Unternehmen, die im Inland stark in Konkurrenz zu ausländischen Anbietern stehen, brachte dies umgekehrt eine deutliche Entlastung; das heißt, sie konnten ihre Preise nun verstärkt erhöhen, ohne daß sie befürchten mußten, dadurch Nachfrage zu verlieren. Entsprechend verbesserte sich die Wettbewerbslage der deutschen Exporteure. Sie konnten die Preise für Ausfuhrwaren — weit überwiegend Fertigerzeugnisse — in etwa dem gleichen Ausmaß anheben, wie sich die Preise für importierte Fertigwaren erhöhten. Während die deutschen Ausfuhrpreise im Verlauf des vergangenen Jahres wegen der Wechselkursentwicklung nur um 2,3 vH gestiegen waren, lagen sie im September 1979 bereits um 5,7 vH über den Werten vom Dezember letzten Jahres; für Fertigwaren betrug diese Rate 4,7 vH. Dieser Spielraum für Preiserhöhungen, der sich im Handel mit dem Ausland bot, blieb nicht ohne Einfluß auf die Preisforderungen im Inland.

Schaubild 19



143. Im Vergleich mit den gesamten Einfuhrpreisen, in denen die Preise für Rohstoffe und Halbwaren ein großes Gewicht haben, sind allerdings die Ausfuhrpreise weit weniger gestiegen (Schaubild 19). Für eine gegebene Menge von Exportgütern konnten also 1979 erheblich weniger Güter eingeführt werden als 1978. Umgekehrt gesehen: Es waren erheblich mehr Arbeit und Kapital im Inland nötig, um gegen eigene Exporte die im Inland nachgefragten ausländischen Güter „eintauschen" zu können. Diese Verschlechterung der Terms of Trade, hier gemessen an den Kontraktpreisen, machte die Verbesserung der Austauschposition der Bundesrepublik wieder vollständig zunichte, die sich im Laufe der Jahre 1977 und 1978 ergeben hatte.

Dauerhafte Veränderung des Preisklimas?

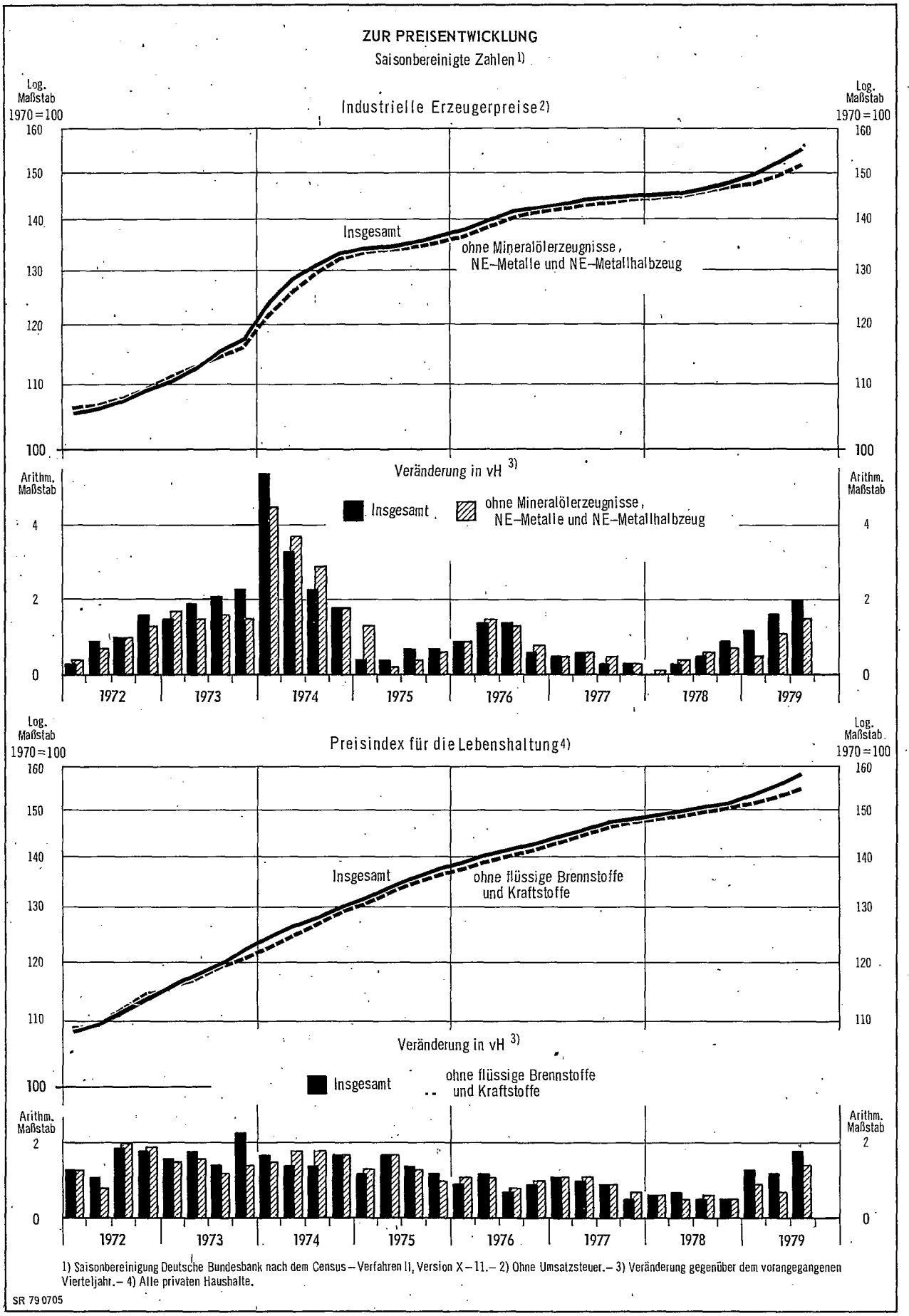
144. Im Inland zeigten sich die Auswirkungen der gestiegenen Einfuhrpreise recht bald. Die davon betroffenen Unternehmen versuchten, die erhöhten Einstandspreise über erhöhte Absatzpreise an ihre Kunden weiterzugeben. Die verbesserte konjunkturelle Lage erleichterte dies und machte in einzelnen Bereichen sogar Preisanhebungen möglich, die über die Verteuerung der importierten Güter hinausgingen. In anderen Bereichen mag die Wettbewerbslage ein volles Überwälzen der erhöhten Importkosten verhindert haben (Ziffer 74). Aber nahezu überall sind seit Jahresanfang die Preise in Bewegung gekommen.

145. Zuerst waren die inländischen Preise für Grundstoffe betroffen, zu denen auch die importierten Rohstoffe zählen. Sie hatten unmittelbar Teil an der internationalen Preisbewegung und verteuerten sich in der ersten Hälfte des Jahres sprunghaft, im weiteren Verlauf dann aber weniger stark. Im September waren diese Preise im Durchschnitt $12^1/_2$ vH höher als ein Jahr zuvor.

Die übrige Industrie reagierte ebenfalls sehr schnell auf die veränderten Preiseinflüsse vom Ausland; die Verteuerung der industriellen Güter ging weit über die des Vorjahres hinaus (Schaubild 20). Läßt man saisonbedingte Einflüsse außer Acht, so stiegen die industriellen Erzeugerpreise allein im ersten Halbjahr um 3 vH, also mehr, als sie im Laufe des ganzen vergangenen Jahres gestiegen waren (2 vH). Auch danach schwächte sich der Preisanstieg nicht ab. Im September kosteten industrielle Produkte 6,2 vH mehr als ein Jahr zuvor.

Ohne die Preisbewegungen bei Erdöl, Mineralölerzeugnissen sowie NE-Metallen gerechnet, fielen die Preissteigerungen bei den inländischen Erzeugern zwar immer noch deutlich aus, aber doch wesentlich geringer; gegenüber September 1978 lagen die Preise im September 1979 um 4,2 vH höher, wobei

Schaubild 20



1) Saisonbereinigung Deutsche Bundesbank nach dem Census – Verfahren II, Version X – 11. – 2) Ohne Umsatzsteuer. – 3) Veränderung gegenüber dem vorangegangenen Vierteljahr. – 4) Alle privaten Haushalte.

SR 79 0705

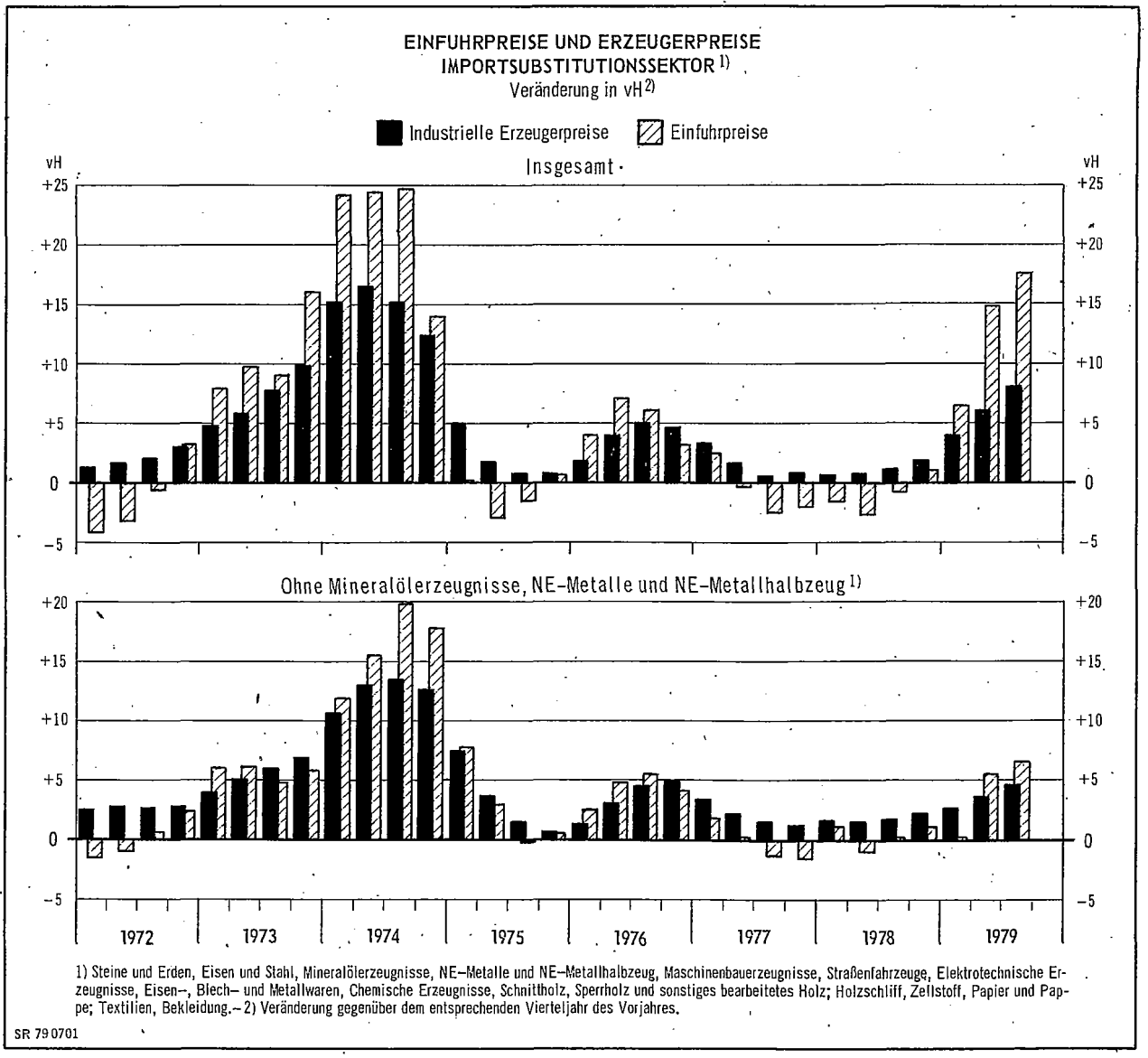
nicht berücksichtigt ist, daß auch die Produktion vieler anderer Erzeugnisse infolge der höheren Kosten für Rohöl und Mineralölerzeugnisse teurer geworden ist. Im Verlaufe des Jahres kam es allerdings zu einer gewissen Beschleunigung des so berechneten Preisanstiegs.

146. *Wie sehr sich die Entwicklung der inländischen Erzeugerpreise und die Entwicklung der Einfuhrpreise gleichen, zeigt Schaubild 21. Diese Übereinstimmung in der Richtung, nicht jedoch im Ausmaß der Preisbewegung ergab sich auch 1979 wieder. Die Verteuerung von Importwaren, die sich mit dem Abklingen der D-Mark-Aufwertung ergab, schuf für die inländischen Anbieter den Spielraum, ihrerseits die Preise stärker zu erhöhen. Ähnlich verhält es sich mit den Preisbewegungen auf den ausländischen Märkten.*

147. Keine nennenswerte Beschleunigung des Preisanstiegs war in diesem Jahr bei Investitionsgütern festzustellen; im letzten Jahr waren Investitionsgüter im Durchschnitt um 3 vH teurer gewesen, 1979 waren es 3 1/2 vH. Die starke Steigerung der Investitionsnachfrage in diesem Jahr bot wegen starken Wettbewerbs mit ausländischen Anbietern, die weitere Marktanteile gewinnen konnten, den inländischen Produzenten nur geringe Spielräume für zusätzliche Preiserhöhungen.

148. Im Zuge der Ölverteuerung kamen zur Jahreswende auch unverzüglich die Verbraucherpreise in Bewegung. Bis zur Jahresmitte 1979 stiegen sie saisonbereinigt schon um 2,6 vH; im zweiten Halbjahr 1978 war die Teuerung nur halb so stark gewesen. Im Juli ergab sich dann durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer ein zusätzlicher Preissprung. Danach hat sich der Preisauftrieb für die Verbraucher mit dem vorherigen Tempo fortgesetzt. Für den Jahresdurchschnitt 1979 dürfte sich eine Teuerungsrate

Schaubild 21



1) Steine und Erden, Eisen und Stahl, Mineralölerzeugnisse, NE-Metalle und NE-Metallhalbzeug, Maschinenbauerzeugnisse, Straßenfahrzeuge, Elektrotechnische Erzeugnisse, Eisen-, Blech- und Metallwaren, Chemische Erzeugnisse, Schnittholz, Sperrholz und sonstiges bearbeitetes Holz; Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe; Textilien, Bekleidung. – 2) Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vierteljahr des Vorjahres.

SR 79 0701

von 4,3 vH ergeben [1]); im vergangenen Jahr waren es nur 2,6 vH gewesen.

Gegenüber dem jeweiligen Vorjahresmonat gerechnet, ist die Preissteigerungsrate in den letzten Monaten stark angestiegen; im Juli betrug sie 4,6 vH, im Oktober bereits 5,7 vH. Diese starke Zunahme vermittelt das falsche Bild einer aktuellen Beschleunigung des Preisauftriebs, denn sie gibt nicht nur die aktuellen Preisveränderungen von Monat zu Monat wieder, sondern wird auch davon geprägt, daß die Preise von Juli bis Oktober 1978 saisonbereinigt nahezu konstant geblieben waren. Betrachtet man nur die jeweiligen laufenden Änderungen der Preise in diesem Jahr, dann zeigt sich, daß die Preise bereits seit Jahresanfang mit einer gleichbleibenden Jahresrate von rund 5 vH ansteigen.

149. Anders als bei den Erzeugerpreisen waren es bei den Verbraucherpreisen zunächst fast ausschließlich die Ölpreise, die eine Änderung der Entwicklung bewirkten. Bis zur Anhebung der Mehrwertsteuer im Juli stiegen die Verbraucherpreise, ohne die Preise für Heizöl und Kraftstoffe gerechnet, nicht wesentlich schneller als im ersten Halbjahr 1978; im Verlauf verlangsamte sich der Anstieg zeitweise sogar etwas. Nach dem Preissprung im Juli, der durch die Mehrwertsteuererhöhung bedingt war, scheint es aber hier in den letzten Monaten zu einer merklichen Beschleunigung gekommen zu sein, die jedoch zum Teil wohl ebenfalls mit der vorangegangenen Ölverteuerung erklärt werden kann (Ziffer 158). Wiederum ohne Heizöl und Kraftstoffe gerechnet kosteten im Oktober alle übrigen Güter, die zur Lebenshaltung der privaten Haushalte gehören, im Durchschnitt 4,1 vH mehr als ein Jahr zuvor.

Allein die Preissteigerungen bei Mineralölerzeugnissen haben also innerhalb der letzten Monate die Lebenshaltung der privaten Haushalte im Durchschnitt direkt um $1^1/_2$ vH verteuert. Besonders stark hat hierzu die Preisexplosion bei leichtem Heizöl beigetragen, für das derzeit etwa doppelt so viel gezahlt werden muß wie vor einem Jahr. Weit weniger stiegen die Benzinpreise an, wobei die Benzinverteuerung bei den verschiedenen Händlergruppen sehr unterschiedlich ausfiel. An Markentankstellen kostete Normalbenzin im Durchschnitt zuletzt $15^1/_2$ vH mehr als vor einem Jahr, während an den Tankstellen, die von sogenannten freien Importeuren beliefert werden, die Preise unter dem Druck hoher Importpreise um durchschnittlich $18^1/_2$ vH angehoben wurden. Deutliche Verluste bei den Marktanteilen waren die Folge.

150. *Das Ausmaß der Preiserhöhungen für Mineralölerzeugnisse hat in diesem Jahr eine breite Diskussion in der Öffentlichkeit hervorgerufen. Es geht dabei vor allem darum, daß die Preissteigerungen im Inland für die einzelnen ölabhängigen Produkte sehr unterschiedlich ausgefallen sind und daß sie insgesamt über das Maß hinausgehen, das den gestiegenen Preisforderungen der Ölförderländer entspricht; in diesem Zusammenhang wird auch kritisch auf die Rolle der Ölgesellschaften verwiesen. In der Diskussion besteht vielfach Unklarheit über die Funktionsweise der internationalen wie der nationalen Märkte für Rohöl und Mineralölerzeugnisse.*

151. *Letztlich entscheidend für den Rohölpreis sind die Preisforderungen der Ölförderländer, zumal diese das Angebot kontrollieren. Dabei haben die Länder des OPEC-Kartells, die etwa 80 vH des international gehandelten Rohöls liefern, die Rolle des Preisführers.*

Aktuelle Spannungen zwischen Angebot und Nachfrage spiegeln sich in den Preisen auf den sogenannten Spot-Märkten. Auf diesen Märkten für Ölmengen, die nicht aufgrund längerfristiger Verträge gehandelt werden, schwanken die Preise frei und reagieren schnell auf Veränderungen der Marktsituation.

Das Niveau der deutschen Einstandspreise für Rohöl wird bestimmt durch:

- *Die OPEC-Preise, soweit die OPEC einheitliche Preise für gleichartige Qualitäten festgesetzt hat und durchsetzen kann,*
- *die Abweichungen der Preise der einzelnen OPEC-Länder von den OPEC-Richtpreisen,*
- *die Preise für Rohöl aus anderen Ölförderländern,*
- *die Preise am Rohöl-Spotmarkt (im wesentlichen Rotterdam),*
- *die Preise, die die Konzernunternehmen den jeweiligen Muttergesellschaften zahlen, soweit sie nicht selbst direkt importieren,*
- *die Transportkosten nach Deutschland sowie*
- *den Preis für im Inland gefördertes Rohöl (das einen Anteil von rund 5 vH an der deutschen Rohölversorgung hat).*

Das Gewicht der einzelnen Komponenten wechselt mit der Zusammensetzung der Lieferströme. Das Hauptproblem in der öffentlichen Diskussion sind die Preise, die die Konzernunternehmen den jeweiligen Muttergesellschaften zahlen. Denn hier sind es nicht ohne weiteres die Markttendenzen, nach denen sich die Verrechnungspreise richten müssen. Eine Konvention, nach der sie den Preisen an den Spot-Märkten entsprechen sollten, wäre problematisch, besonders in Zeiten, in denen die Spot-Preise stark von den Einstandspreisen der Muttergesellschaften abweichen.

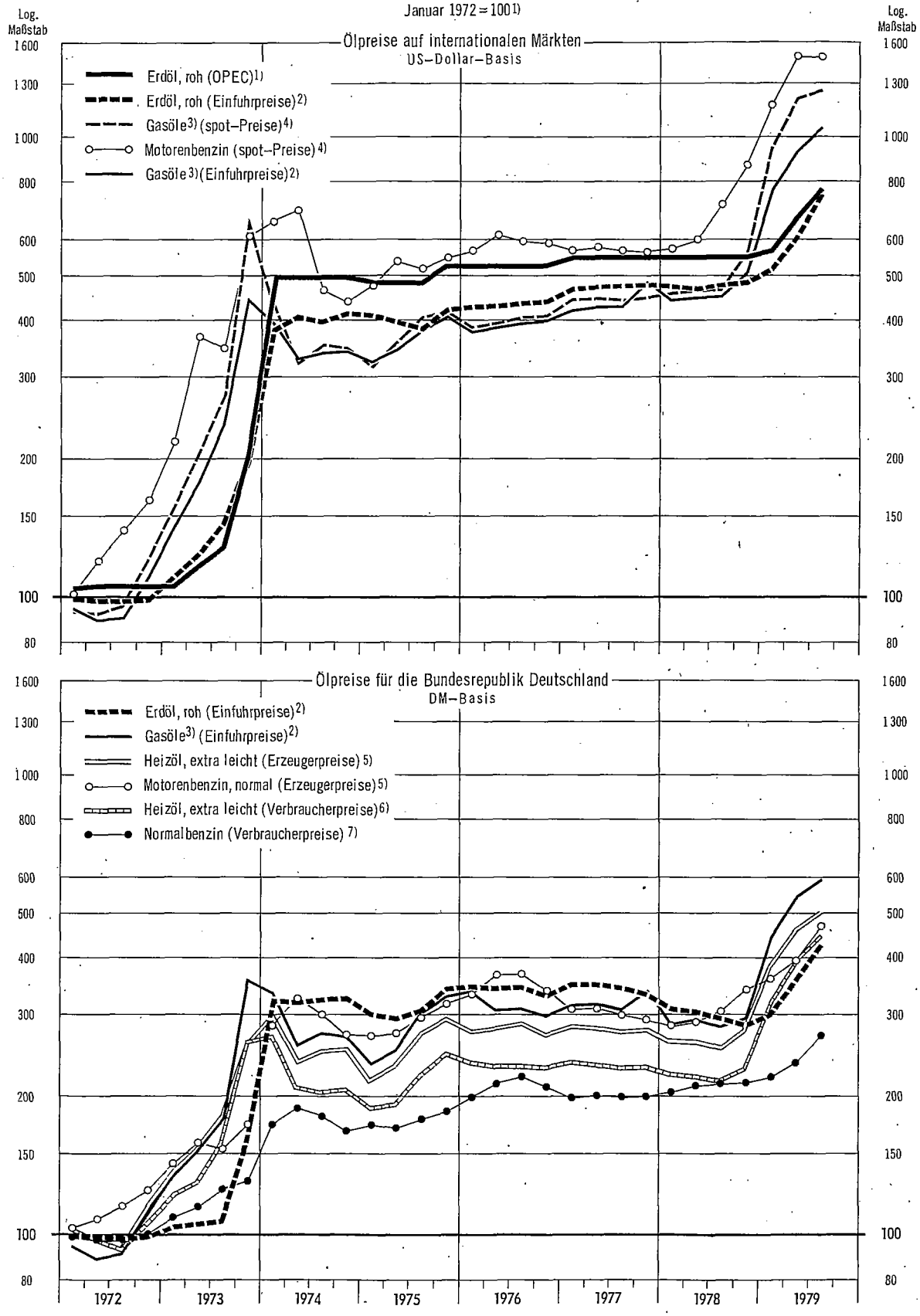
152. *Preisänderungen für Rohöl im Inland, die sich so ergeben, haben einen wesentlichen Einfluß auf die Änderungen der inländischen Preise für Mineralölprodukte. Die Mineralölprodukte, die im Inland verkauft werden, stammen aber nicht nur aus heimischen Raffinerien, sondern zu einem großen Anteil aus dem Ausland, der um 35 vH herum schwankt. Auch auf dem Produktenmarkt sind also Marktlage und Preise im Ausland wichtig für Preisänderungen im Inland. Von großem Einfluß sind auch insoweit wieder die Preisbewegungen auf dem internationalen Markt für frei gehandelte Mengen (Spot-Markt); sie sind Ausdruck der jeweiligen aktuellen Marktlage, wobei natürlich unter anderem der Angebotspreis für Rohöl eine wichtige Rolle spielt.*

1) Im Statistischen Bundesamt werden zur Zeit alle Preisindizes auf das Basisjahr 1976 umgestellt. Die Neuberechnung des Preisindex für die Lebenshaltung auf Basis 1976 wird jedoch erst nach Fertigstellung dieses Gutachtens abgeschlossen sein, so daß der Sachverständigenrat seinen Ausführungen noch die Indizes auf Basis 1970 zugrunde legen muß. Dies erscheint jedoch unbedenklich, da Proberechnungen des Statistischen Bundesamtes für den Stand Juli 1979 ergeben haben, daß die Veränderungen der auf der Basis des Jahres 1976 berechneten Indizes von den auf der Basis des Jahres 1970 berechneten nur geringfügig abweichen.

Schaubild 22

MINERALÖLPREISE AUF INTERNATIONALEN MÄRKTEN UND IM INLAND

Januar 1972 = 100 [1]



1) Offizielle Verkaufspreise von "Arabian Light". – 2) Index der Einfuhrpreise. – 3) Dieselkraftstoff und leichtes Heizöl. – 4) Aus Angaben internationaler Organisationen. – 5) Ohne Mineralölsteuer (Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte). – 6) Ohne Mineralölsteuer und ohne Heizölsteuer (Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte). – 7) Ohne Mineralölsteuer und ohne Mehrwertsteuer (Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte).

SR 79 0720

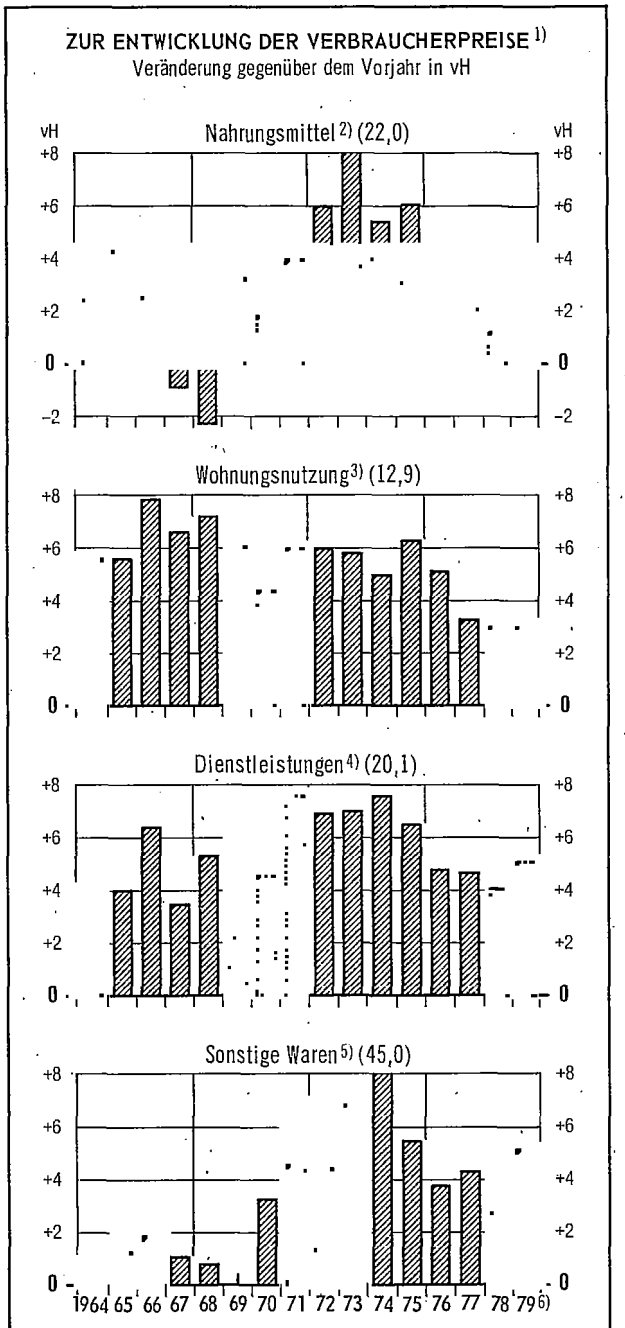
153. *Trotz der aus dem Markt sich ergebenden Tendenz zur Annäherung zwischen den Preisen für eingeführte Mineralölprodukte und den inländischen Raffinerieabgabepreisen schwanken die Preise für eingeführte Mineralölprodukte deutlich stärker als die Raffinerieabgabepreise. Erhebliche Abweichungen sind eher die Regel als die Ausnahme. Zu Zeiten mäßiger Preise an den Spot-Märkten erlaubt das Interesse der Kunden an stabilen Lieferbeziehungen den Mineralölgesellschaften, ihre Raffinerieabgabepreise oberhalb der Preise für freie Einfuhren zu halten. (Allerdings war der Preisdruck zeitweise so stark, daß die Mineralölgesellschaften, je nach ihren Einstandspreisen, teilweise beträchtliche Verluste hinnehmen mußten.) Umgekehrt verhindern Wettbewerbsgesichtspunkte (Kundenpflege etwa), daß in Zeiten hoher Preise an den Spot-Märkten die Raffinerieabgabepreise voll mitziehen. Ergänzend fallen wohl auch, zumal bei extrem angespannten Spot-Märkten, politische Rücksichten ins Gewicht, Rücksichten auf den potentiellen politischen Widerstand gegen extreme Gewinne, die bei einer solchen Marktlage prinzipiell möglich sind. Die Mineralölkonzerne kaufen teilweise beträchtliche Mengen von Mineralölprodukten auf den Spot-Märkten zu. Was die Beschaffungspreise für Mineralölprodukte in längerfristigen Importverträgen anbelangt, so sind für sie die Preise der Spot-Märkte nur eine unter mehreren Orientierungsgrößen; die für die Zukunft erwartete Markttendenz spielt für solche Kontrakte die entscheidende Rolle. Die Produktenpreise der Mineralölgesellschaften sind von den Kosten her gesehen also das Ergebnis einer Mischkalkulation.*

154. *Die Ergebnisse des Zusammenspiels verschiedener Einflüsse auf die Ölpreise in den letzten Jahren sind in Schaubild 22 dargestellt. Zwei Besonderheiten sind hervorzuheben:*

- *Mineralölprodukte haben seit dem Herbst letzten Jahres in der Bundesrepublik wie auch weltweit stärker im Preis angezogen als Rohöl. Anfangs spielte sicherlich eine Rolle, daß im Zuge der damaligen weltweiten Konjunkturbelebung, wegen des besonders kalten Winters, aber auch auf Grund von Preissteigerungserwartungen die Nachfrage nach Mineralölprodukten stark anstieg. Die Differenz blieb aber bestehen, als diese Sonderfaktoren an Gewicht verloren. Die internationalen Ölgesellschaften haben die veränderte Marktlage zu einer mehr als vorübergehenden Verbesserung ihrer Ertragslage nutzen können.*
- *Der Preis für leichtes Heizöl im Inland nahm 1979 weit mehr zu als der Preis für Kraftstoffe. Beide Produkte fallen beim Raffinierungsprozeß als Kuppelprodukte an; die Rohölverteuerung wirkte sich also auf beide Produkte aus. Im strengen Sinne erklären läßt sich die Preisentwicklung bei Kuppelprodukten nicht. Die aktuelle Preisentwicklung ist wohl vor allem darauf zurückzuführen, daß die Mineralölanbieter im Inland beim Heizöl zumindest kurzfristig weniger mit Ausweichreaktionen zu rechnen haben als bei Kraftstoffen. Außerdem ist zu berücksichtigen, daß beim Heizöl der Importanteil etwas größer ist als bei Kraftstoffen, so daß sich dort die relativ stärker gestiegenen Importpreise mehr auswirkten. Schließlich läßt sich ein großer Teil der statistisch gemessenen Differenz der Preissteigerungsraten rein rechnerisch mit der unterschiedlichen Steuerbelastung von Heizöl und Kraftstoffen erklären. Vergaserkraftstoff ist mit 44 DM je hl, leichtes Heizöl nur mit etwa 1,66 DM je hl, jeweils zuzüglich Mehrwertsteuer, belastet. Da die auf die Menge bezogene Steuer bei Preiserhöhungen nicht mit ansteigt, schlagen sich Preiserhöhungen für das eigentliche Produkt beim Heizöl in weitaus größeren Steigerungsraten der Produktpreise und damit auch des Preisindex für die Lebenshaltung nieder als bei Kraftstoffen. Schaubild 22 zeigt aber, daß auch unter Berücksichtigung dieses Einflusses ein deutlicher Unterschied bestehenbleibt.*

155. Von den Nahrungsmittelpreisen, die von der konjunkturellen Entwicklung kaum und von den Weltmarktpreisen nur begrenzt beeinflußt werden, gingen auch im Jahre 1979 eher preisdämpfende Wirkungen aus (Schaubild 23). Zwar hatten sich im Frühjahr infolge des kalten Winters die Nahrungsmittel auf der Erzeuger- wie auf der Einzelhandels-

Schaubild 23



1) Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte, 1970=100; die Zahlen in Klammern geben jeweils den Wägungsanteil in vH am Gesamtindex an.– 2) Ohne Gaststättenleistungen.– 3) Einschließlich Garagennutzung.– 4) Einschließlich Reparaturen, Gaststätten- und Beherbergungsleistungen.– 5) Gebrauchs- und Verbrauchsgüter ohne Nahrungsmittel.–6) Januar bis Oktober.

SR 79 0706

stufe etwas stärker als saisonüblich verteuert. Als dann aber zur Mitte des Jahres die neue Ernte, die wieder recht gut ausfiel, auf den Markt kam, waren Nahrungsmittel für die Verbraucher nur wenig teurer als ein Jahr zuvor. Im Jahresdurchschnitt beträgt hier die Teuerungsrate etwa 1½ vH.

Zu dieser ruhigen Preisentwicklung hat auch beigetragen, daß die Preise für landwirtschaftliche Güter, die von der Europäischen Gemeinschaft im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik festgesetzt werden, ab 1. Juli nur um 1,5 vH angehoben wurden. Da gleichzeitig der Grenzausgleich vermindert wurde, erhöhten sich die von den Europäischen Gemeinschaften festgesetzten Interventionspreise in der Bundesrepublik ab Juli nur um 0,4 vH. Für Milch und Milchprodukte wurden angesichts der hohen Überschüsse keine Änderungen vorgenommen.

156. Für die verschiedenen Haushalte zeigt die Verteuerung der Lebenshaltung 1979 stärkere Unterschiede, als dies normalerweise der Fall ist. Während im Oktober alle Haushalte zusammen im Durchschnitt um 5,7 vH höhere Preise als ein Jahr zuvor zahlen mußten, ergab sich beispielsweise für den repräsentativen 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalt und den repräsentativen 2-Personenhaushalt von Rentnern und Sozialhilfeempfängern eine etwas geringere Teuerungsrate (jeweils 5,0 vH).

In dieser Differenz kommt vornehmlich zum Ausdruck, daß der Verbrauch von Heizöl und Kraftstoffen, die sich stark verteuerten, beim Durchschnitt aller Haushalte ein größeres Gewicht als bei Arbeitnehmerhaushalten oder Rentnerhaushalten hat. Demgegenüber macht bei den Arbeitnehmer- und Rentnerhaushalten der Verbrauch von Nahrungsmitteln, bei denen die Preissteigerung eher gering war, einen höheren Anteil vom gesamten Verbrauch aus.

Bei den Rentnerhaushalten hat zu diesem Unterschied auch beigetragen, daß die Mieten vergleichsweise wenig angestiegen sind; denn mit der Höhe des Einkommens nimmt die Bedeutung der Mietausgaben an den Gesamtausgaben eines Haushalts ab. Daher spielt die Entwicklung der Mieten für die Rentnerhaushalte im allgemeinen eine größere Rolle als für den Durchschnitt der Bevölkerung. Im Jahresmittel erhöhten sich die Mieten um reichlich 3 vH und damit kaum stärker als im Vorjahr. Im Verlauf des Jahres beschleunigte sich der Anstieg allerdings. Angesichts der seit längerem recht kräftigen Zunahme der Baupreise hält sich der Anstieg der Mieten jedoch noch immer in Grenzen.

157. Die anhaltend starke Nachfrage nach Bauleistungen führte in weiten Bereichen der Bauwirtschaft zu Kapazitätsengpässen und bot den Unternehmen die Möglichkeit, die Preise erneut weit stärker anzuheben, als dies in den übrigen Bereichen der Volkswirtschaft der Fall war.

Am stärksten war die Teuerungsrate bei den Straßenbauleistungen, die in den letzten Jahren weniger als die übrigen Bauleistungen im Preis gestiegen waren; hier lagen die Preise, die im Zuge des steilen Anstiegs der öffentlichen Investitionsaufträge sowie unter dem Druck stark steigender Preise für Baumaterial durchgesetzt wurden, im August um 12 vH höher als im Vorjahr; die entsprechende Rate hatte im August 1978 noch 7 vH betragen. Neue Wohn- und Bürogebäude waren zuletzt 9½ vH teurer als vor einem Jahr. Staatliche und private Nachfrage haben hier seit Mitte 1978 gleichzeitig stark angezogen.

158. Inwieweit der verstärkte Anstieg der Preise in den anderen Bereichen der Wirtschaft ebenfalls nachfragebedingt war, hängt davon ab, welcher Einfluß der starken Verteuerung der Einfuhren für die allgemeine Preisentwicklung zukommt. Dies ist schwer zu sagen. Das einfache Herausrechnen der Verteuerung von Ölprodukten und anderen Rohstoffen läßt jedenfalls noch keinen eindeutigen Schluß zu.

Schon rein rechnerisch wird mit dem Ausweis einer Preissteigerungsrate, welche die besonders starke Verteuerung von Ölprodukten und NE-Metallen nicht enthält, das Ausmaß der aus dem Ausland kommenden Preiswirkungen nicht richtig berücksichtigt. Denn einerseits ist beispielsweise die Verteuerung von Mineralölprodukten im Inland über das hinausgegangen, was auf die Erhöhung der Einfuhrpreise zurückgeführt werden kann. Andererseits sind auch noch andere Importgüter stark im Preis gestiegen, wie beispielsweise Leder, Kautschuk, chemische Erzeugnisse, Kunststoffe. Schließlich sind es nicht nur die Importgüter selbst, die teurer werden, sondern je nach ihrem Anteil an den Produktionskosten anderer Güter steigen auch deren Herstellungskosten; über höhere Absatzpreise werden die davon betroffenen Unternehmen wiederum versuchen, eine Schmälerung ihrer Gewinne zu vermeiden.

Hinzu kommen Preiseffekte auch bei solchen Gütern, deren Produktionskosten gar nicht oder kaum durch die Ölpreise beeinflußt werden. Steigen die Preise für Öl, so verbessern sich die Absatzchancen für die Anbieter von Kohle, Gas und gegebenenfalls elektrischem Strom, und das macht es diesen möglich, ihre Preise ebenfalls anzuheben. Andererseits verschlechtert sich die Absatzlage beispielsweise der Anbieter von Ölbrennern und von Kraftfahrzeugen mit hohem Benzinverbrauch; hier entsteht eher ein Druck auf die Preise, auch wenn dies nicht notwendigerweise zu Preissenkungen führt, sondern nur zu einem Verzicht auf andernfalls mögliche Preiserhöhungen nötigt.

Schließlich: Einkommen, das für das teurere Heizöl und Benzin ausgegeben wird, kann nicht mehr für andere Güter ausgegeben werden. Soweit die privaten Haushalte nicht ihr Sparverhalten ändern, mindert sich die Nachfrage nach anderen Gütern, so daß dort Preiserhöhungen weniger leicht durchgesetzt werden können.

All dies macht es schwer, den Preisanstieg exakt auf die erhöhten Einfuhrpreise oder auf konjunkturelle Faktoren zurückzuführen. Überwiegend dürfte die Preisbeschleunigung dieses Jahres aber eine Folge des Ölpreisanstiegs sein.

V. Bessere Unternehmensgewinne

159. Im Jahre 1979 haben die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen ein weiteres Mal, wenn auch nur wenig, rascher zugenommen als die Einkommen aus unselbständiger Arbeit. Diese Verteilungsänderung ist seit 1975 in den wirtschafts- und einkommenspolitischen Entscheidungen angelegt, nachdem es in den Jahren zuvor zu einer deutlichen Verbesserung der Verteilungsposition der Arbeitnehmer gekommen war. Im Jahre 1977 war diese Bewegung — eher im nachhinein und ungewollt — unterbrochen worden; sie setzte sich dann aber 1978 und abgeschwächt auch 1979 weiter fort. In beiden Jahren nahmen die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, zu denen neben den Unternehmensgewinnen unter anderem auch die Einkommen der Selbständigen, die Einkommen aus Wohnungsvermietung sowie die Zinseinkommen der privaten Haushalte zählen, stärker zu als die Einkommen aus unselbständiger Arbeit. Für beide Jahre gilt auch, daß steuer- und ausgabenpolitische Maßnahmen des Staates zu einer Entspannung im Verteilungsstreit beitrugen. Da im nachhinein der konjunkturelle Ablauf 1979 trotz der starken importierten Preissteigerungen nicht sehr von dem abwich, was zuvor erwartet worden war, kam es auch nicht zu unerwarteten Ergebnissen bei der Einkommensverteilung.

Der anhaltend günstigen Gewinnentwicklung insgesamt liegt freilich ein unterschiedlicher Verlauf in den einzelnen Bereichen der Volkswirtschaft zugrunde. Im vergangenen Jahr hatte die starke Aufwertung der D-Mark für diejenigen Unternehmen, die im Inland und im Ausland mit ausländischen Unternehmen im Wettbewerb stehen, einen Druck auf die Gewinne gebracht, während sich in zahlreichen binnenwirtschaftlichen Bereichen die Erträge kräftig verbesserten. In diesem Jahr ging der Aufschwung und damit die positive Ertragsentwicklung mehr in die Breite. Freilich gab es weiterhin Bereiche, in denen die Ertragslage gedämpft blieb, vor allem dort, wo der starke Anstieg der Einfuhrpreise nicht voll an die Abnehmer weitergegeben werden konnte.

Anders waren auch die außenwirtschaftlichen Einflüsse auf die Realeinkommen im Inland; 1978 hatte die starke D-Mark-Aufwertung einen deutlichen Druck auf die Preise und damit eine Realeinkommenssteigerung der privaten Haushalte bewirkt, die zuvor nicht in Rechnung gestellt werden konnte. Im laufenden Jahr wurden demgegenüber die Realeinkommenszuwächse durch die Ölverteuerung unerwartet stark vermindert. Für manche Gruppen, zum Beispiel für die Rentner, führte dies dazu, daß ihr Realeinkommen in diesem Jahr kaum zunahm.

Bestätigte Gewinnerwartungen

160. Die Arbeitnehmer erhielten im Durchschnitt 1979 rund $5\frac{1}{2}$ vH mehr Lohn oder Gehalt. Dieser Anstieg geht um $\frac{1}{2}$ Prozentpunkt über den des vergangenen Jahres hinaus, obwohl die effektiven Stundenlöhne nicht in dem Maße stärker als 1978 zunahmen. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, daß im Jahre 1979 die Anzahl der durchschnittlich geleisteten Arbeitsstunden weniger als im Vorjahr zurückgegangen ist; unter anderem haben mehr Arbeitstage, weniger Kurzarbeit sowie weniger streikbedingte Arbeitsausfälle bei Verkürzungen der tariflichen Arbeitszeit zu dieser Entwicklung beigetragen.

Aber nicht nur die Verdienste, auch die Anzahl der Beschäftigten nahm verstärkt zu, so daß sich die Einkommen aus unselbständiger Arbeit, zu denen auch die Beiträge der Arbeitgeber an die Sozialversicherung zählen, um knapp $7\frac{1}{2}$ vH und damit wesentlich stärker als im Vorjahr (6,3 vH) erhöhten.

161. Die gesamten Einkommen in der Volkswirtschaft haben mit reichlich $7\frac{1}{2}$ vH etwas stärker zugenommen als die Einkommen der Arbeitnehmer. Der Anteil der Einkommen aus unselbständiger Arbeit am Volkseinkommen, die sogenannte Lohnquote, ist daher von 71,0 vH auf etwa 70,8 vH zurückgegangen (Tabelle 14).

Tabelle 14

Zur Entwicklung der funktionellen Einkommensverteilung

vH

Jahr	Lohnquote		Anteil der Arbeitnehmer an den Erwerbstätigen
	tatsächlich[1])	bereinigt[2])	
1960	60,4	60,4	77,2
1961	62,7	62,1	78,0
1962	64,1	62,8	78,8
1963	65,1	63,2	79,5
1964	64,8	62,3	80,3
1965	65,6	62,6	80,9
1966	66,6	63,3	81,2
1967	66,4	63,2	81,1
1968	64,8	61,3	81,6
1969	66,1	61,8	82,5
1970	67,8	62,7	83,4
1971	69,1	63,6	83,9
1972	69,5	63,8	84,2
1973	70,7	64,6	84,5
1974	72,6	66,3	84,5
1975	72,3	66,1	84,5
1976	71,3	64,9	84,9
1977	71,8	65,6	85,2
1978	71,0	64,0	85,6
1979[3])	70,8	63,6	86,0

[1]) Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit in vH des Volkseinkommens.
[2]) Lohnquote bei konstant gehaltenem Anteil der Arbeitnehmer an den Erwerbstätigen im Jahre 1960.
[3]) Eigene Schätzung.

162. Bei einem längerfristigen Vergleich der Lohnquote ist in Rechnung zu stellen, daß der Anteil der Arbeitnehmer an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen ständig zugenommen hat. Der Anstieg der Lohnquote zwischen 1960 und 1979 ist zum Teil darauf zurückzuführen. Nimmt man eine grobe Bereinigung um diesen Wandel in der Erwerbstätigkeit vor, so ergibt sich, daß die bereinigte Lohnquote zwischen 1960 und 1974 schwächer als die unbereinigte gestiegen und anschließend stärker zurückgegangen ist; im Laufe der letzten Jahre ist sie auf das Niveau von 1971 gesunken.

163. *Freilich ist eine solche Bereinigung der Lohnquote von Veränderungen der Beschäftigtenstruktur nicht exakt. Derartige Veränderungen kommen auf verschiedenen Wegen zustande. Entweder geben bisher Selbständige ihre selbständige Tätigkeit auf (vielfach sind es mithelfende Familienangehörige) und werden Arbeiter, Angestellte oder Beamte. Oder die Anzahl der Selbständigen nimmt dadurch ab, daß ein Selbständiger aus dem Erwerbsleben ausscheidet, gleichzeitig aber kein anderer an seine Stelle tritt. Andere Möglichkeiten sind denkbar.*

Im ersten Fall müßte beispielsweise für eine exakte Bereinigung bekannt sein, welches Arbeitseinkommen der früher Selbständige vor und nach dem Übergang zu einer unselbständigen Erwerbstätigkeit hatte. Einkommensstatistiken, die derartige Informationen liefern, kann es nicht geben.

Der zweite Fall liegt noch schwieriger. Man muß nämlich neben dem Arbeitseinkommen der ausscheidenden Selbständigen auch das Einkommen der fiktiven Nachfolger einschätzen. Auch bei diesem Fall sind die Informationen nicht nur nicht vorhanden, sondern das Problem ist schon vom Ansatz her nicht lösbar.

Das traditionelle Verfahren der Bereinigung der Lohnquote behilft sich mit der Unterstellung, daß das fiktive Arbeitseinkommen der ausgeschiedenen Selbständigen gleich dem durchschnittlichen Einkommen aus unselbständiger Arbeit ist.

164. *Hinzu kommt auch, daß im Laufe der Jahre der Einsatz von Kapital im Rahmen der Ausweitung der gesamtwirtschaftlichen Produktion stärker ausgedehnt worden ist als der Einsatz von Arbeit. Soweit eine solche Veränderung, die sich im Anstieg der Kapitalintensität spiegelt, nicht ausgeglichen wird durch technischen Fortschritt oder entsprechend sinkende Zinsen, im ganzen also durch einen Rückgang im Verhältnis der Zinsen zu den Löhnen, muß von daher die Lohnquote sinken. Einigermaßen verläßliche empirische Belege dafür, wie solche Prozesse im ganzen zu Buche geschlagen haben, gibt es so gut wie keine, schon weil es außer auf die Menge der eingesetzten Produktionsfaktoren auch auf deren — kaum meßbare — Qualität ankommt und weil sich der hier relevante Preis für die Kapitalleistungen nicht einfach am Marktzins ablesen läßt.*

165. Das Verhältnis von Reallöhnen und Produktivität im privaten Sektor der Volkswirtschaft, die Reallohnposition, hat sich, berücksichtigt man das reale Austauschverhältnis mit dem Ausland, im Jahre 1979 wie schon in den beiden Jahren zuvor kaum geändert (Tabelle 15).

Das Produktionsergebnis je Erwerbstätigen hat im Durchschnitt um 3,2 vH zugenommen. Der Spielraum für eine kostenniveauneutrale Steigerung der inländischen Einkommen war allerdings geringer. Die Importkosten der Volkswirtschaft stiegen, da das Ausland erhöhte Preise insbesondere für Öl und sonstige Rohstoffe durchsetzte, während die Ausfuhrpreise nicht in gleichem Maße angehoben werden konnten. Dieses Auseinanderklaffen der Entwicklung von Ausfuhrpreisen und Einfuhrpreisen minderte den Verteilungsspielraum in einer Größenordnung von etwa 1,1 vH; im vergangenen Jahr hatte sich infolge der D-Mark-Aufwertung von dieser Seite für die Volkswirtschaft ein Gewinn in etwa der gleichen Größenordnung ergeben. Da sich die Beiträge der Arbeitgeber zur Sozialversicherung, die den Spielraum für die auszahlbaren Löhne und Gehälter einengen, nicht überproportional veränderten, hätten die Verdienste der Arbeitnehmer im Durchschnitt also um 2,0 vH steigen können, ohne daß das gesamtwirtschaftliche Kostenniveau erhöht worden wäre, jedenfalls wenn man anzunehmen hätte, daß die Kapitalkosten je Produkteinheit unverändert geblieben sind. So weit die Kostenseite.

In Rechnung zu stellen ist auf der Erlösseite der Unternehmen, daß die Preise für den Verkauf von Gütern und Diensten des privaten Verbrauchs gegenüber dem Vorjahr um 4,3 vH angehoben werden konnten. Da die Mehrwertsteuererhöhung zur Mitte des Jahres aber den Spielraum für Einkommenssteigerungen schmälerte — ein Vorgang, den alle Einkommensbezieher gegen sich gelten lassen müssen —, bleiben einkommenspolitisch als Preisanstieg nur etwa 4,0 vH zu berücksichtigen. Diese Veränderung des Preisniveaus für gegeben genommen, hätte sich also insoweit bei einem Anstieg der Durchschnittsverdienste um 6,1 vH keine Veränderung der durchschnittlichen Erlös-Kosten-Relation ergeben. Die tatsächliche Zunahme um 5,9 vH blieb, wenn auch nur leicht, dahinter zurück; die Ertragslage der Unternehmen verbesserte sich nochmals etwas.

Der wichtigere Teil des beschäftigungspolitischen Beitrags der Lohnpolitik in den beiden letzten Jahren scheint weniger darin zu liegen, daß die gedämpften Lohnsteigerungen zu einer weiteren Verbesserung der durchschnittlichen Erlös-Kosten-Relationen führten — dies war 1975 und 1976 das Auffälligste —, als vielmehr darin, daß der seit 1975 nachhaltig verminderte Druck auf höhere Reallöhne mehr Produktion und Beschäftigung auch bei geringerer Produktivitätssteigerung rentabel sein läßt.

166. *Aussagen darüber, wie sich die Reallohnposition längerfristig entwickelt hat, sind nicht unproblematisch. Zum einen müßte beim Vergleich über mehrere Jahre berücksichtigt werden, daß sich die Kapitalkosten wahrscheinlich stärker erhöht haben als die Lohnstückkosten. Nach wie vor halten wir aber nicht für möglich, dies auch nur der Größenordnung nach zu beziffern (Ziffern 108ff., 164). Zum anderen schlagen mögliche Fehler bei der Berücksichtigung von Änderungen in der Struktur der Erwerbstätigen wie bei der bereinigten Lohnquote langfristig stärker zu Buche als bei einem Vergleich von Jahr zu Jahr. Schließlich müßte auch der Tatsache Rechnung getragen werden, daß die indirekten Steuern und die Subventionen als Einflußgrößen des Kostenniveaus des privaten Sektors nicht in allen Jahren das gleiche Gewicht gehabt haben; dies wird durch die Bereinigung des Preisanstiegs von Steuersatzänderungen in einzelnen Jahren nur sehr unvollkommen geleistet; auch hier besteht die Möglichkeit einer Fehlerkumulation über die Jahre.*

Tabelle 15

Zur Entwicklung der Reallohnposition[1])

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH

Jahr	Realer Verteilungsspielraum				Reale Verteilung			Reallohnposition der Arbeitnehmer
	Produktivitätseffekt[2])	Terms of Trade-Effekt[3])	Lohnkosteneffekt der Arbeitgeberbeiträge[4])	insgesamt (1)+(2)–(3)	Bruttolohn- und -gehaltssumme je Arbeitnehmer (Inland)	Preisindex für die Lebenshaltung[5])	Reale Bruttolohn- und -gehaltssumme je Arbeitnehmer (5)–(6)	(7)–(4)
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)
1961	+4,0	+0,6	+0,0	+4,6	+10,5	+2,3	+ 8,0	+3,3
1962	+4,4	+0,3	−0,1	+4,8	+10,0	+3,0	+ 6,8	+1,9
1963	+3,0	−0,3	−0,0	+2,7	+ 6,0	+2,9	+ 3,0	+0,3
1964	+7,4	+0,1	−0,7	+8,3	+ 9,6	+2,3	+ 7,1	−1,0
1965	+5,4	−0,1	+0,3	+5,0	+ 8,9	+3,3	+ 5,4	+0,4
1966	+2,9	+0,0	+0,4	+2,6	+ 7,0	+3,5	+ 3,4	+0,8
1967	+3,6	+0,2	−0,0	+3,9	+ 3,1	+1,5	+ 1,6	−2,2
1968	+6,7	−0,2	+0,6	+5,9	+ 6,4	+1,2	+ 5,1	−0,7
1969	+6,7	+0,1	+0,3	+6,5	+ 9,1	+1,5	+ 7,5	+0,9
1970	+5,0	+0,8	+0,6	+5,2	+15,1	+3,4	+11,3	+5,8
1971	+3,3	+0,6	+0,4	+3,6	+11,0	+5,3	+ 5,4	+1,8
1972	+4,4	+0,4	+0,8	+4,0	+ 9,1	+5,2	+ 3,7	−0,3
1973	+5,0	−1,0	+0,8	+3,2	+11,9	+6,6	+ 5,0	+1,8
1974	+2,8	−1,4	+0,6	+0,8	+11,0	+7,0	+ 3,7	+2,9
1975	+1,9	+1,1	+0,6	+2,4	+ 7,1	+6,0	+ 1,0	−1,3
1976	+7,0	−0,6	+0,8	+5,5	+ 7,7	+4,5	+ 3,1	−2,3
1977	+3,2	+0,0	−0,2	+3,4	+ 7,0	+3,4	+ 3,5	+0,0
1978	+2,7	+1,0	+0,0	+3,7	+ 5,3	+2,0	+ 3,2	−0,4
1979[7])	+3,2	−1,1	+0,0	+2,0	+ 5,9	+4,0	+ 1,8	−0,2

[6]) 1977 und 1978

[1]) Gesamtwirtschaft ohne Staat. Berechnung der Spalten (4), (7) und (8) durch multiplikative Verknüpfung. Zur Berechnung siehe methodische Erläuterungen Anhang V, Abschnitt B.
[2]) Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1970 je Erwerbstätigen.
[3]) Gesamtwirtschaft.
[4]) Tatsächliche und unterstellte Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung.
[5]) Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte abzüglich der darin enthaltenen Verbrauchsteuererhöhungen (Mehrwertsteuer; Steuer auf Branntwein, Mineralöl, Tabak); eigene Schätzung.
[6]) Vorläufige Ergebnisse.
[7]) Eigene Schätzung.

167. Wenn sich auch das Verhältnis von Erlösen und Kosten nur geringfügig verbessert hat, so ist doch die Summe aller Gewinne in diesem Jahr deutlich angestiegen, da die gesamtwirtschaftliche Produktion kräftig wuchs. Einen ersten Hinweis darauf gibt die Zunahme der Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, die 1979 etwa 8 1/2 vH betrug, nachdem es im Jahr zuvor 10,5 vH gewesen waren (Tabelle 16).

Gegenüber dem jeweiligen Vorjahreszeitraum gerechnet, haben die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen im ersten Halbjahr wesentlich stärker zugenommen (12,2 vH) als im zweiten Halbjahr (6 vH). Eine solche Betrachtungsweise zeigt aber kein richtiges Bild vom Verlauf im Jahre 1979, da in den unterschiedlichen Zuwachsraten in diesem Jahr vor allem zum Ausdruck kommt, daß 1978 die Einkommensentwicklung in den beiden Halbjahren sehr unterschiedlich gewesen war.

Es ist allerdings nicht ohne weiteres möglich, aus der Zuwachsrate der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen auf die Entwicklung der Unternehmensgewinne im engeren Sinne zu schließen. Denn darin sind neben den Gewinnen der Unternehmen mit und ohne eigene Rechtspersönlichkeit auch die Einkommen aus selbständiger Arbeit, die Zinseinkommen der privaten Haushalte und des Staates sowie die Einkommen aus Wohnungsvermietung enthalten. Für das jeweils laufende Jahr fehlen exakte Informationen über die eigentlichen Unternehmensgewinne gänzlich; das Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen wird nicht direkt als Summe der einzelnen Komponenten ermittelt, sondern ergibt sich indirekt rein rechnerisch als Differenz zwischen Volkseinkommen und Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit. Informationen über einzelne Komponenten sind erst

Tabelle 16

Zur Entwicklung der Unternehmensgewinne

Jahr	Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen		Empfangene Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen[1]	Unternehmensgewinne					
				insgesamt		der Unternehmen		darunter: Produktionsunternehmen[4]	
						mit eigener Rechtspersönlichkeit[2]	ohne eigene Rechtspersönlichkeit[3]		
	Mrd DM	Veränderung in vH[5]	Mrd DM	Mrd DM	Veränderung in vH[5]	Mrd DM		Mrd DM	Veränderung in vH[5]
1965	123,4	+ 7,1	1,5	121,9	+ 6,6	24,7	97,2	99,7	+ 6,1
1966	126,8	+ 2,8	2,6	124,2	+ 1,9	25,6	98,6	100,7	+ 1,0
1967	127,8	+ 0,8	2,5	125,3	+ 0,9	24,7	100,6	102,6	+ 1,9
1968	148,0	+15,8	3,4	144,6	+15,4	29,8	114,8	117,2	+14,2
1969	156,9	+ 6,0	3,7	153,2	+ 5,9	33,5	119,8	122,9	+ 4,9
1970	171,8	+ 9,5	5,5	166,3	+ 8,6	28,8	137,5	141,3	+15,0
1971	182,8	+ 6,4	6,9	175,9	+ 5,8	27,1	148,8	151,0	+ 6,9
1972	196,7	+ 7,6	9,5	187,2	+ 6,4	34,4	152,9	156,2	+ 3,4
1973	211,5	+ 7,5	13,8	197,7	+ 5,6	39,0	158,8	165,3	+ 5,8
1974	211,8	+ 0,1	11,7	200,1	+ 1,2	36,9	163,2	171,3	+ 3,6
1975	223,2	+ 5,4	13,0	210,2	+ 5,0	35,0	175,2	170,6	− 0,4
1976	251,7	+12,8	11,7	240,0	+14,2	46,5	193,6	197,4	+15,7
1977[6]	263,2	+ 4,6	6,5	256,7	+ 7,0	47,6	209,1	212,4	+ 7,6
1978[6]	290,7	+10,5	9,0	281,7	+ 9,7	...	...	...	...
1979[7]	315½	+ 8½	.	.	.	.	.	.	.

[1]) Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen mit der übrigen Welt, Ausschüttungen von Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit im Inland und im Ausland an Unternehmen sowie Einkommen von Unternehmen aus Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit. Per Saldo geleistete Zinsen, Nettopachten u. ä. der Unternehmen.

[2]) Kapitalgesellschaften, Genossenschaften, Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit, Körperschaften des öffentlichen Rechts, rechtsfähige von der Rechtsform.

[3]) Im wesentlichen Personengesellschaften und Einzelunternehmen (Landwirte, Gewerbetreibende, freiberuflich Tätige usw.) sowie Wohnungsvermietung durch private Haushalte (einschließlich Nutzung von Eigentümerwohnungen).

[4]) Alle unter [2]) und [3]). ischerei, Deutsche Bundesbahn und Bundespost, Wohnungsvermietung.

[5]) Veränderung gegenüber dem Vorjahr.

[6]) Vorläufige Ergebnisse.

[7]) Eigene Schätzung.

mit großer zeitlicher Verzögerung verfügbar. Für das jeweils laufende Jahr ist man also auf sehr grobe Schätzungen angewiesen.

Der Staat hat 1979 wie schon in den Vorjahren ein „negatives Einkommen" aus Unternehmertätigkeit und Vermögen gehabt, da seine Zinszahlungen die Einnahmen aus Vermögen übersteigen. Ohne das Einkommen des Staates gerechnet, sind die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen im privaten Sektor der Volkswirtschaft um etwa 8½ vH, also wie die in der Gesamtwirtschaft angestiegen. Die Vermögenseinkommen der privaten Haushalte dürften in diesem Jahr stärker als 1978 zugenommen haben, da die Zinsen deutlich angezogen haben; damals hatte die Zunahme 9,2 vH betragen. Für die Einkommen der Selbständigen insgesamt gibt es keine einigermaßen zuverlässigen aktuellen Schätzungen.

Hinsichtlich der Unternehmensgewinne insgesamt kann hier nur die recht grobe Annahme gemacht werden, daß sie sich in etwa so verändert haben wie die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen insgesamt. Dabei dürfte sich die Gewinnverbesserung in diesem Jahr im Gegensatz zum Vorjahr mehr in der Breite der Volkswirtschaft eingestellt haben. In den letzten Jahren war im verarbeitenden Gewerbe die Gewinnmarge bereits angestiegen (Schaubild 8), in diesem Jahr kam dann noch eine starke Mengenexpansion hinzu und dürfte dort zu einer weiteren Verbesserung der Unternehmensgewinne geführt haben.

Dies bedeutet freilich nicht, daß es 1979 keine Unterschiede in der Gewinnentwicklung zwischen den einzelnen Branchen gegeben hätte. Am hervorstechendsten ist der Gewinnschub bei den Mineralölkonzernen. Unverkennbar ist auch die weitere Bes-

serung der Gewinnsituation im Baugewerbe, wo hohe private und staatliche Nachfrage es den Bauunternehmen erleichterte, Preiserhöhungen durchzusetzen. Auch der Fahrzeugbau dürfte trotz einer Abschwächung im zweiten Halbjahr aufs Jahr gesehen seine Erträge noch einmal deutlich verbessert haben.

Schwer zu beurteilen ist die Situation in der chemischen Industrie, wo sich nach einem weithin guten ersten Halbjahr im zweiten Halbjahr wohl die Verteuerung importierter Rohstoffe verstärkt auswirkte. Der Maschinenbau hatte im vergangenen Jahr die Lasten der Aufwertung zu spüren bekommen; in diesem Jahr kam es zu einer deutlichen Belebung des Auslandsgeschäftes. Im Bereich der Elektrotechnik stehen ertragsstarken Bereichen andere mit großen Absatzschwierigkeiten gegenüber. Die Ertragssituation des Einzelhandels hat sich wahrscheinlich nach dem ersten Halbjahr wegen der darauf folgenden Abschwächung der Nachfrage nicht weiter verbessert.

Insgesamt dürften in den meisten Branchen die Gewinne deutlich gestiegen sein. Freilich war die Entwicklung derjenigen Unternehmen weniger günstig, die einen großen Teil ihrer Vorleistungen aus dem Ausland beziehen und im Verlauf des Jahres nicht die Möglichkeit hatten, die erhöhten Einstandspreise voll in den Absatzpreisen weiterzugeben.

Geringere Abgabenlast und höhere Transfereinkommen

168. Der Verteilungsstreit ist in den letzten Jahren vermutlich auch deswegen weniger hart gewesen, weil er nicht zusätzlich durch einen Anstieg der staatlichen Abgaben belastet war; im Gegenteil, die Abgabenquote ging zurück. Zwar nahm der Staat nicht wie in anderen Ländern eine Verknüpfung von Steuerpolitik, Transferpolitik und Einkommenspolitik vor, doch wurden die staatlichen Maßnahmen durchaus als hilfreich angesehen.

169. Im Jahre 1979 stieg das Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen um $10^1/_2$ vH und damit deutlich mehr als das Bruttoeinkommen ($8^1/_2$ vH), da die Abzüge vom Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen in diesem Jahr nur um 3 vH zunahmen. Zwar brachte die günstige Gewinnentwicklung eine kräftige Anpassung der Vorauszahlungen bei den Gewinnsteuern nach oben mit sich, und zwar besonders bei der Körperschaftsteuer, doch wurden die Steuerzahlungen durch Auswirkungen der Körperschaftsteuerreform des Jahres 1977, durch die Änderung des Einkommensteuertarifs und die Erweiterung der Abschreibungsmöglichkeiten in den letzten Jahren gemindert; auch die Senkung der Vermögensteuersätze zu Beginn des Jahres 1978 führte jetzt zu Steuerentlastungen.

Tabelle 17

Verteilung des Volkseinkommens

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH

Zeitraum	Volkseinkommen	Einkommen aus			
		unselbständiger Arbeit		Unternehmertätigkeit und Vermögen	
		brutto[1])	netto[2])	brutto	netto
1965 bis 1970	+ 8,3	+ 9,0	+ 7,1	+ 6,8	+ 7,8
1971 bis 1978 [3])	+ 7,8	+ 8,3	+ 6,6	+ 6,9	+ 6,1
1965 bis 1978	+ 8,2	+ 8,9	+ 7,1	+ 6,8	+ 6,7
1970	+15,2	+18,1	+14,9	+ 9,5	+14,7
1971	+10,9	+13,0	+10,6	+ 6,4	+ 5,9
1972	+ 9,2	+ 9,9	+ 9,1	+ 7,6	+ 7,9
1973	+11,7	+13,5	+ 9,0	+ 7,5	+ 3,2
1974	+ 7,1	+10,0	+ 7,8	+ 0,1	+ 0,3
1975	+ 4,4	+ 4,1	+ 3,6	+ 5,4	+ 8,2
1976	+ 8,9	+ 7,4	+ 3,9	+12,8	+10,9
1977 [4])	+ 6,3	+ 6,9	+ 5,9	+ 4,6	− 0,3
1978 [4])	+ 7,5	+ 6,3	+ 7,4	+10,5	+13,4
1979[5])	+ $7^1/_2$	+ $7^1/_2$	+ $7^1/_2$	+ $8^1/_2$	+$10^1/_2$

[1]) Bruttolohn- und -gehaltssumme zuzüglich Sozialbeiträge der Arbeitgeber.
[2]) Nettolohn- und -gehaltssumme (= und Sozialbeiträge der Arbeitnehmer).
[3]) Durchschnittlich jährliche Veränderung.
[4])
[5]) Eigene Schätzung.

170. *Die Gewinnsteuerzahlungen in einem bestimmten Jahr beziehen sich nur zu einem Teil auf die Gewinnentwicklung in diesem Jahr, zu einem großen Teil sind es auch Zahlungen für vergangene Jahre, und die Zahlungen für das aktuelle Jahr werden erfahrungsgemäß nur unvollkommen an die laufende Gewinnentwicklung angepaßt. Die statistisch nachgewiesenen Nettoeinkommen entsprechen also nicht ohne weiteres dem, was in der Erfolgsrechnung der Unternehmen im laufenden Jahr nach Abzug von Steuern als Einkommen verbleibt. Nunmehr sind aber bereits zwei Jahre hintereinander die Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen jeweils etwas stärker als die Bruttoeinkommen gestiegen, so daß davon ausgegangen werden kann, daß der statistische Nachweis die aktuelle Entwicklung in etwa wiedergibt.*

171. Der zeitliche Zusammenhang zwischen Einkommensentwicklung und Entwicklung der Abzüge vom Einkommen ist ungleich enger beim Einkommen aus unselbständiger Arbeit. In viel größerem Maße, wenn auch nicht vollständig, sind hier die laufenden Abzüge in Form von Lohnsteuern und Sozialbeiträgen den laufenden Einkommen zuzuordnen. Wie schon 1978 wurde der Zusammenhang, der bei unverändertem Abgabenrecht zu einem überproportionalen Anstieg der Abgaben und damit zu einer Verlangsamung des Anstiegs der Nettoeinkommen führt, durch Änderungen des Steuerrechts durchbrochen. Die Lohnsteuerbelastung wurde derart vermindert, daß die Einkommenssteigerungen nach Abzug von Steuern und Sozialbeiträgen der Zunahme der Bruttoeinkommen gleich waren (Tabelle 17). Was in der Vergangenheit vielfach beklagt wurde — daß nämlich die Nettoentgelte deutlich weniger als die Bruttoeinkommen zunahmen —, trat wie schon 1978 auch 1979 nicht ein und wird bei unverändertem Abgabenrecht erst 1980 wieder spürbar werden.

Auch von seiten der Sozialversicherungen kam keine zusätzliche Belastung der Arbeitnehmereinkommen. Die Beitragssätze zur Rentenversicherung sind bis einschließlich 1980 in der derzeitigen Höhe gesetzlich festgelegt, und im Bereich der Krankenversicherungen hat das Kostendämpfungsgesetz im Durchschnitt sogar etwas niedrigere Beitragssätze gebracht. Die Sozialabgabenquote, die über längere Zeit hinweg stark angestiegen war, hat sich damit in den letzten drei Jahren nicht mehr verändert.

172. Die Einkommen, die den privaten Haushalten von Bund, Ländern und Gemeinden sowie von den Sozialversicherungen in der Form von Renten-, Kindergeld-, Arbeitslosenunterstützungs- und sonstigen Transferzahlungen übertragen werden, nahmen in diesem Jahr um knapp 6 vH zu, also weniger als die Markteinkommen. Dabei haben Bund, Länder und Gemeinden ihre Zahlungen etwas stärker ausgedehnt (8 vH); insbesondere die Erhöhungen des Kindergeldes und die Einführung eines Mutterschutzgeldes haben zu dieser Entwicklung beigetragen.

In der Sozialversicherung war der weiter verlangsamte Anstieg der Einkommensübertragungen ($4^1/_2$ vH nach 5,8 vH) darauf zurückzuführen, daß die Renten nicht entsprechend der Brutto-Rentenformel angehoben wurden; sie wurden vielmehr zu Jahresbeginn nur um 4,5 vH erhöht, während die Rentenformel, die in der Vergangenheit seit 1959 angewandt worden war, einen Anpassungssatz von 7,2 vH ergeben hätte. Die Rentenversicherung wurde also weiterhin entlastet, ein Vorgang, der 1978 mit einem halbjährigen Aufschub der Rentenerhöhung eingeleitet worden war. Durch beide Maßnahmen verschlechterte sich das Einkommen der Rentner im Vergleich zu dem der Erwerbstätigen (Tabelle 18). Es hatte sich allerdings vor 1978 einige

Tabelle 18

Rentenniveau

Jahr	Monatliche Rente[1] [2]	Altersruhegeld[1] [3] gemessen am	
		Brutto-	Netto-
		arbeitsentgelt[4]	
	bei 40 anrechnungsfähigen Versicherungsjahren		
	DM	vH	
1957	214,10	*50,9*	*59,3*
1958	214,10	*48,2*	*56,7*
1959	227,10	*48,6*	*57,1*
1960	240,60	*47,3*	*56,3*
1961	253,60	*45,3*	*54,3*
1962	266,30	*43,6*	*52,5*
1963	283,90	*43,8*	*53,0*
1964	307,10	*43,5*	*53,0*
1965	335,90	43,7	*52,7*
1966	363,80	*44,1*	*54,0*
1967	392,90	*46,1*	*56,7*
1968	424,50	*46,0*	*57,4*
1969	459,80	*45,7*	*57,9*
1970	489,00	*44,0*	*56,9*
1971	515,90	*41,5*	*54,6*
1972	600,40	*43,5*	*57,3*
1973	668,60	*41,6*	*56,6*
1974	743,50	*41,6*	*57,4*
1975	826,00	*43,2*	*59,5*
1976	916,90	*44,8*	*63,3*
1977	1 008,10	*46,3*	*66,2*
1978	1 008,10	*46,1*	*65,2*
1979 [5]	1 053,40	*45,6*	*64,4*
1980 [5]	1 095,60	*44,6*	*63,8*

[1] Für Bestandsrenten in der Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten bei einer von 100 vH (Durchschnittsverdienst).
[2] Rentenbetrag am 1. Juli des Jahres.
[3] Rentenbetrag im Kalenderjahr; Abzug (1968, 1969) und Rückzahlung (1972) des Krankenversicherungsbeitrages berücksichtigt.
[4] Durchschnittliches Bruttojahresarbeitsentgelt aller Versicherten; das Nettoarbeitsentgelt ist daraus berechnet durch Abzug der durchschnittlichen Belastung aller abhängig Beschäftigten mit Lohnsteuer und Sozialbeiträgen entsprechend den Volkswirtschaft-
[5] Eigene Schätzung.

Quelle: BMA

Jahre lang stark verbessert. Mit der günstigen wirtschaftlichen Entwicklung in diesem Jahr war zudem eine Verbesserung der Arbeitsmarktlage verbunden, so daß die privaten Haushalte wesentlich weniger Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe und Kurzarbeitergeld als im Vorjahr erhielten; zum Teil war dies allerdings auch darauf zurückzuführen, daß der Anteil der Arbeitslosen, die Leistungen von der Bundesanstalt für Arbeit erhalten, weiter zurückgegangen ist. Wegen des strengen Winters wurde allerdings erheblich mehr Schlechtwettergeld gezahlt.

Alles zusammengenommen übertrugen Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherungen im Jahre 1979 rund 210 Mrd DM an die privaten Haushalte. Das war fast ein Viertel des gesamten verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte.

Ölpreisanstieg dämpft Zuwachs der Realeinkommen

173. Die privaten Haushalte konnten 1979 über insgesamt 872 Mrd DM an Einkommen verfügen, etwa 62 Mrd DM oder 7 1/2 vH mehr als im Vorjahr (Tabelle 19). Neben den Arbeitnehmereinkommen und den Einkommensübertragungen hat zu diesem Anstieg im laufenden Jahr wesentlich beigetragen, daß die Gewinnentnahmen sowie die Vermögenseinkommen kräftig zunahmen. Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte hat damit deutlich rascher zugenommen als 1978.

Im Jahre 1979 waren allerdings die von den privaten Haushalten nachgefragten Güter und Dienstleistungen knapp 4 1/2 vH teurer als im vergangenen Jahr, während damals die durchschnittliche Preissteigerungsrate nur 2,6 vH betragen hatte. Unter Berücksichtigung dieser Verteuerung haben die realen verfügbaren Einkommen gegenüber dem vergangenen Jahr um etwas mehr als 3 vH und damit weniger als 1978 zugenommen (3,5 vH), obwohl, wie gesagt, die nominalen Einkommen stärker angestiegen sind.

174. Im Jahre 1978 hatte die starke Aufwertung eine allgemeine Verbilligung der eingeführten Güter mit sich gebracht; der preisdämpfende Einfluß hatte sich bald auf eine breite Palette von Konsumgütern auswirken können, und entsprechend breit gestreut war die Begünstigung der Verbraucher gewesen. Ganz anders in diesem Jahr. Der drastische Preisanstieg bei Ölprodukten wirkt sich direkt in den Budgets nur der privaten Haushalte aus, die

Tabelle 19

Zur Entwicklung des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte[1])

Jahr	Nettolohn- und -gehaltssumme[2])	Entnommene Gewinne und Vermögenseinkommen[3])	Empfangene laufende Übertragungen[4])	Verfügbares Einkommen[5])	Nettolohn- und -gehaltssumme[2])	Entnommene Gewinne und Vermögenseinkommen[3])	Empfangene laufende Übertragungen[4])	Verfügbares Einkommen[5])	
								nominal	real[6])
	Mrd DM				Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH				
1965 bis 1970					+ 7,1	+ 9,4	+ 7,5	+ 7,7	+5,1
1971 bis 1978 [7])					+ 6,6	+ 7,4	+12,5	+ 8,0	+2,7
1965 bis 1978					+ 7,1	+ 8,4	+10,4	+ 8,1	+3,8
1970	236,87	111,26	77,80	425,93	+14,9	+ 9,0	+ 5,5	+11,5	+7,7
1971	262,03	123,28	86,17	471,48	+10,6	+10,8	+10,8	+10,7	+5,0
1972	285,77	141,01	97,59	524,37	+ 9,1	+14,4	+13,3	+11,2	+5,3
1973	311,41	151,64	108,86	571,91	+ 9,0	+ 7,5	+11,5	+ 9,1	+1,8
1974	335,75	158,25	126,45	620,45	+ 7,8	+ 4,4	+16,2	+ 8,5	+1,4
1975	347,85	173,88	159,98	681,71	+ 3,6	+ 9,9	+26,5	+ 9,9	+3,5
1976	361,28	188,67	171,59	721,54	+ 3,9	+ 8,5	+ 7,3	+ 5,8	+1,4
1977 [8])	382,74	195,09	185,78	763,61	+ 5,9	+ 3,4	+ 8,3	+ 5,8	+2,0
1978 [8])	411,05	203,02	196,40	810,47	+ 7,4	+ 4,1	+ 5,7	+ 6,1	+3,5
1979[9])	442	222 1/2	207 1/2	872	+ 7 1/2	+ 9 1/2	+ 5 1/2	+ 7 1/2	+3

[1]) Organisationen ohne Erwerbscharakter.
[2]) Bruttolohn- und -gehaltssumme abzüglich Lohnsteuer und Sozialbeiträge der Arbeitnehmer.
[3])
[4]) Soziale Leistungen vom Staat, von Unternehmen, von privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter und von der übrigen Welt nach Abzug nichtzurechenbarer geleisteter laufender Übertragungen und der Lohnsteuer auf Pensionen.
[5]) Ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.
[6]) Deflationiert mit dem Preisindex des Privaten Verbrauchs (1970 = 100).
[7]) Durchschnittlich jährliche Veränderung.
[8]) Vorläufige Ergebnisse.
[9]) Eigene Schätzung.

diese Güter nachfragen; andere Haushalte, die beispielsweise kein Heizöl verwenden, spüren kurzfristig wenig davon. In diesem Jahr ist also eine Aussage über die durchschnittliche Steigerung des verfügbaren Einkommens weit weniger aussagekräftig als in anderen Jahren. Die unterschiedlichen Steigerungsraten, die die amtliche Statistik im Rahmen der Preisindizes für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte sowie der verschiedenen Haushaltsgruppen ausweist, geben nur einen ersten Hinweis, wie unterschiedlich sich die starken Preisbewegungen dieses Jahres auswirken (Ziffer 156). Die Unterschiede innerhalb der einzelnen Haushaltsgruppen dürften weitaus größer sein.

175. Die jahresdurchschnittlichen Angaben über die Veränderung des Realeinkommens geben im übrigen nicht richtig wieder, wie sehr im Laufe des Jahres der beschleunigte Preisanstieg neben der Erhöhung der Mehrwertsteuer die Kaufkraft der Einkommen beschnitt. Manche Haushalte, insbesondere auch Rentnerhaushalte, hatten im zweiten Halbjahr unter Berücksichtigung der Preissteigerungen sogar ein geringeres Einkommen als vor einem Jahr. Im Durchschnitt aller Haushalte gingen im zweiten Halbjahr wegen der starken Preissteigerungen die realen verfügbaren Einkommen nur noch um etwas mehr als 2 vH über das Niveau des Vorjahres hinaus; im ersten Halbjahr waren es reichlich 4 vH gewesen. Davon konnte die Entwicklung des realen privaten Verbrauchs nicht unberührt bleiben (Ziffer 80).

VI. Geldpolitik: Stark abgeschwächte monetäre Expansion

176. Nach der starken Geldausweitung im vergangenen Jahr war die Geldpolitik in diesem Jahr bestrebt, einem mittelfristig orientierten Pfad der monetären Expansion zu folgen. Ein solches Einschwenken erforderte von der Bundesbank eine im Vergleich zu 1978 straffere Politik. Wie groß die Korrektur sein und wie schnell sie vollzogen werden sollte, war nicht leicht zu bestimmen. Die Bundesbank hatte die möglichen Gefahren eines verstärkten Anstiegs des Preisniveaus und dessen Folgen abzuwägen gegen die möglichen Gefahren für Produktion und Beschäftigung, die in einer zu schnellen und zu starken Drosselung liegen. Bei der Einschätzung dieser Gefahren waren die Kraft des konjunkturellen Aufschwungs und die außenwirtschaftliche Situation in Rechnung zu stellen.

Die Bundesbank hat sich zu Beginn des neuen Jahres dafür entschieden, eher rasch und kräftig zu handeln.

Geldmenge: Auf den Zielpfad eingeschwenkt

177. Durch die starke Ausdehnung der Zentralbankgeldmenge im Zusammenhang mit Interventionen an den Devisenmärkten hatte die Bundesbank im vergangenen Jahr ihr Ziel weit überschritten. Im Ergebnis lag die Zentralbankgeldmenge zu konstanten Reservesätzen, der offiziellen Zielgröße der Bundesbank, im Durchschnitt des Jahres 1978 schließlich um $11\frac{1}{2}$ vH über dem Durchschnittsbestand des Vorjahres und nicht, wie angestrebt, um 8 vH. Im letzten Quartal hatte sie noch einmal besonders stark zugenommen.

Im Verlauf des Jahres 1979 dämmte die Bundesbank die monetäre Expansion stark ein. Das Expansionstempo, gemessen am Zuwachs der Zentralbankgeldmenge von Vierteljahr zu Vierteljahr und hochgerechnet auf eine entsprechende Jahresrate, ging von einer Rate von fast 14 vH im vierten Vierteljahr 1978 zurück auf eine Rate von knapp 10 vH im ersten Vierteljahr 1979, etwa $5\frac{1}{2}$ vH im zweiten und nur noch 3 vH im dritten Vierteljahr (Schaubild 24). Im Oktober nahm die Zentralbankgeldmenge wieder etwas stärker zu. Kommt es zum Jahresende nicht erneut zu einer Beschleunigung, wird der Vorjahresabstand im vierten Vierteljahr etwa $6\frac{1}{2}$ vH betragen. Im Jahresdurchschnitt 1979 würde dann die Zentralbankgeldmenge allerdings immer noch um reichlich 9 vH über dem Jahresdurchschnitt 1978 liegen.

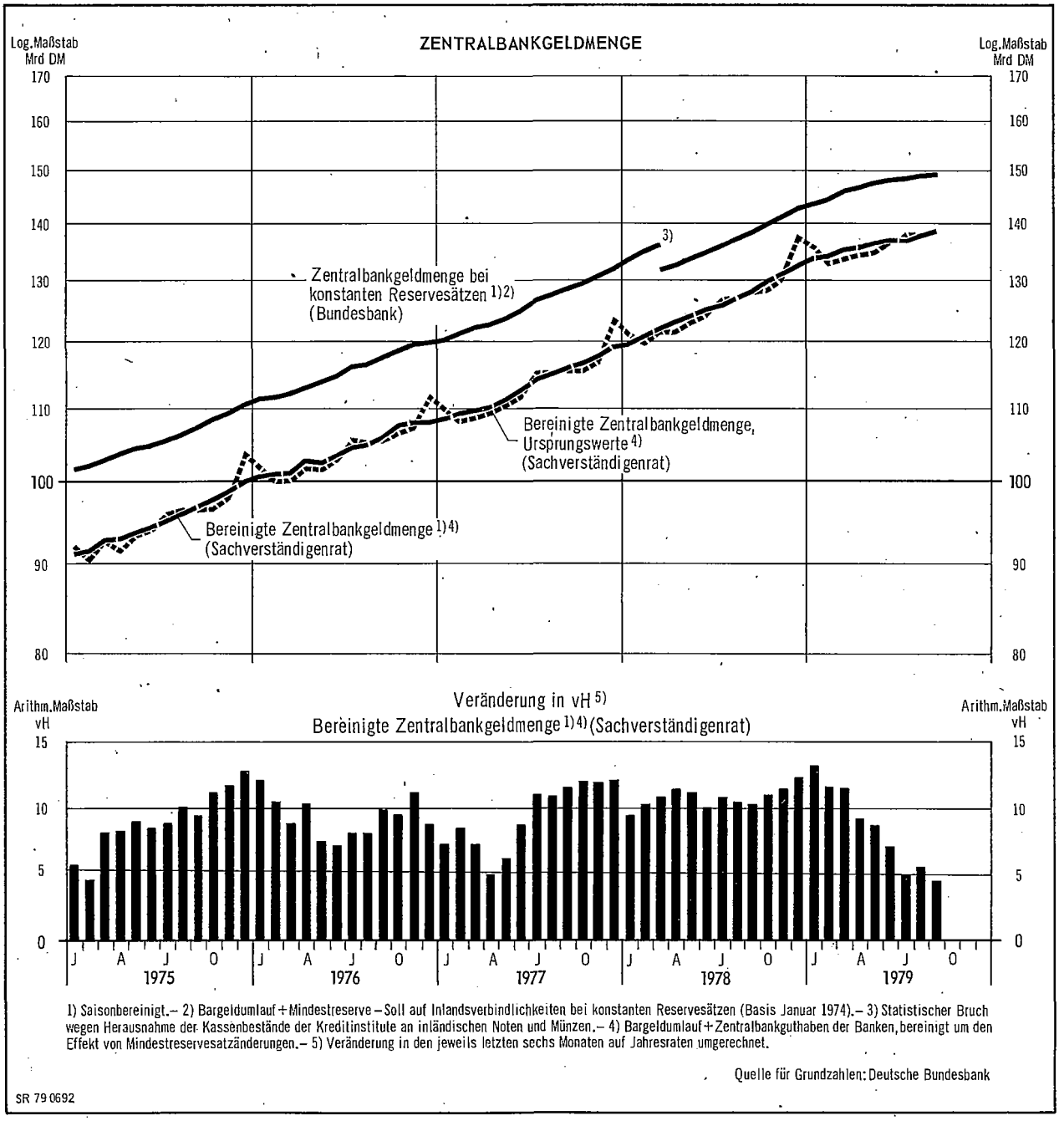
Es ist jedoch nicht dieser noch immer hohe Jahreszuwachs, sondern die starke Änderung des Expansionstempos, die eine Würdigung der monetären Entwicklung dieses Jahres schwierig macht.

178. Schon die Frage nach einer Zielgröße für die Ausweitung der Geldmenge im Jahre 1979 hatte wegen der besonderen Umstände, die es im vergangenen Jahr ratsam erscheinen ließen, eine so kräftige Ausweitung zuzulassen, außergewöhnliche Probleme aufgeworfen.

War eine Überversorgung mit Zentralbankgeld eingetreten, und wie hoch war diese gegebenenfalls einzuschätzen? Wie schnell sollte die übermäßige Expansion gedrosselt werden? Wie konnte ein Geldmengenziel bei den Unsicherheiten der ausländischen Nachfrage nach D-Mark überhaupt festgelegt werden?

Mit der Zielvorgabe, für die sich die Bundesbank dann entschied, versuchte sie, diesen Schwierigkeiten auszuweichen. Anders als in den letzten Jahren hat sie ihre Zielgröße nicht mehr in der Form einer Steigerungsrate für die Zentralbankgeldmenge im Durchschnitt des Jahres angegeben, sondern ein Ziel für den Jahresverlauf gewählt. Außerdem wurde nicht ein einziger Zielwert, sondern ein Zielbereich genannt. Die Zentralbankgeldmenge sollte vom vierten Quartal 1978 bis zum vierten Quartal 1979 um 6 vH bis 9 vH steigen (Schaubild 25).

Schaubild 24



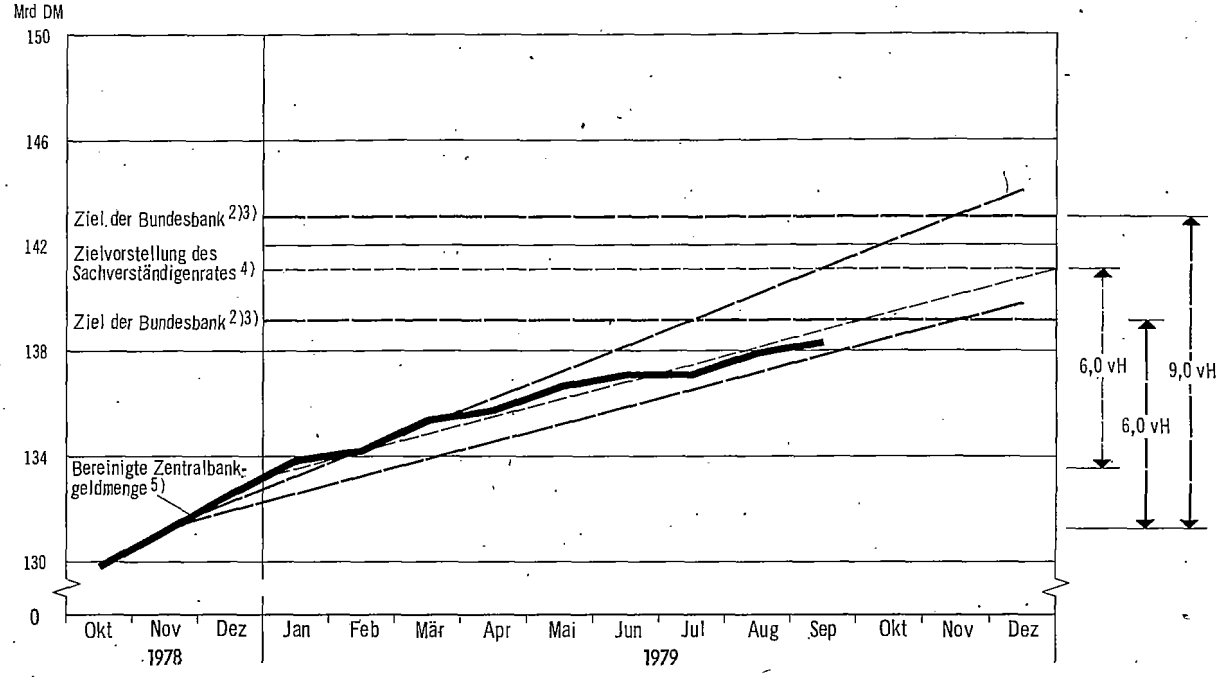
1) Saisonbereinigt. – 2) Bargeldumlauf + Mindestreserve – Soll auf Inlandsverbindlichkeiten bei konstanten Reservesätzen (Basis Januar 1974). – 3) Statistischer Bruch wegen Herausnahme der Kassenbestände der Kreditinstitute an inländischen Noten und Münzen. – 4) Bargeldumlauf + Zentralbankguthaben der Banken, bereinigt um den Effekt von Mindestreservesatzänderungen. – 5) Veränderung in den jeweils letzten sechs Monaten auf Jahresraten umgerechnet.

Quelle für Grundzahlen: Deutsche Bundesbank

SR 79 0692

Schaubild 25

ZUR ZIELVORGABE[1] FÜR DIE GELDPOLITIK 1979



1) Bundesbankziel und Zielvorstellung des Sachverständigenrates im Konzept der bereinigten Zentralbankgeldmenge in der Abgrenzung des Sachverständigenrates.– 2) Zielvorgabe der Deutschen Bundesbank: Zunahme der Zentralbankgeldmenge (zu konstanten Reservesätzen) um 6 vH bis 9 vH vom 4. Quartal 1978 bis zum 4. Quartal 1979.– 3) Umgerechnet in eine äquivalente Expansion der bereinigten Zentralbankgeldmenge in der Abgrenzung des Sachverständigenrates.– 4) Zunahme der bereinigten Zentralbankgeldmenge um 6 vH von Ende Dezember 1978 bis Ende Dezember 1979.– 5) Nach dem Konzept des Sachverständigenrates (siehe Anhang V, Abschnitt C); saisonbereinigte Monatswerte nach dem Census – Verfahren II, Version X–11.

Quelle für Grundzahlen: Deutsche Bundesbank

SR 790708

Im Falle eines weiterhin starken Devisenzustroms wollte die Bundesbank eher den oberen Rand anstreben, im Falle einer konjunkturellen Erholung eher den unteren (Tabelle 20).

179. Auch der Sachverständigenrat hatte sich dafür ausgesprochen, die hohe Expansion der Geldbasis allmählich einzudämmen, das Tempo der Rückkehr zu einer normalen monetären Expansion aber unter einen konjunkturellen und einen außenwirtschaftlichen Vorbehalt zu stellen. Von diesen Vorbehalten abgesehen, sollte die „bereinigte Zentralbankgeldmenge" zum Ende des Jahres um 6 vH über dem Wert am Jahresanfang liegen. Dabei war angenommen worden, daß das Produktionspotential um 3 vH wächst und ein Anstieg des Preisniveaus, gemessen am Preisindex des Bruttosozialprodukts, von 3 vH als unvermeidlich angesehen werden muß (JG 78 Ziffer 409).

Das Konzept der „bereinigten Zentralbankgeldmenge", wie es der Sachverständigenrat verwendet, unterscheidet sich außer durch die unterschiedliche Bereinigung von Änderungen der Mindestreservesätze vor allem dadurch vom Konzept der „Zentralbankgeldmenge zu konstanten Reservesätzen", wie es die Bundesbank verwendet, daß auch Mindestreserven auf Einlagen von Gebietsfremden und Überschußreserven der Banken mitgezählt werden. Die Auswirkung dieser konzeptionellen Unterschiede ist gegenwärtig gering.

180. Weder aus der Zielsetzung der Bundesbank noch aus dem Ratschlag des Sachverständigenrates ergab sich eine exakte Steigerungsrate für die Zentralbankgeldmenge im Jahresdurchschnitt, denn in beiden Fällen war der Verlauf während des Jahres nicht Gegenstand der Vorgabe. Unter der Annahme einer über das Jahr gleichmäßigen Ausdehnung der Zentralbankgeldmenge ergibt sich für den oberen Rand der Zielsetzung der Bundesbank eine Steigerung der jahresdurchschnittlichen Bestände von fast $10^1/_2$ vH, für den unteren Rand eine Steigerung von knapp $8^1/_2$ vH. Der vom Sachverständigenrat genannten Verlaufsrate von 6 vH hätte unter derselben Annahme ein Jahreszuwachs von etwa 9 vH entsprochen. Da sowohl die Bundesbank als auch der Sachverständigenrat davon ausgegangen sind, daß nur eine allmähliche Verlangsamung der monetären Expansion angestrebt werden sollte, entsprach den Vorstellungen tatsächlich ein noch etwas höherer Jahreszuwachs.

Allerdings ist zu bedenken: In unserem letzten Jahresgutachten waren wir noch davon ausgegangen, daß die bereinigte Zentralbankgeldmenge Ende 1978 um etwa 5 vH über dem jahresdurchschnittlichen Bestand liegen würde. Die vor Jahresende nochmals beschleunigte monetäre Expansion führte dann dazu, daß der Jahresdurchschnittswert tatsächlich um 6 vH übertroffen wurde. Eine im Verlauf des Jahres 1979 gleichmäßige Expansion um im ganzen 6 vH mußte einen Durchschnittsbestand an Zentralbankgeld ergeben, der den entsprechenden Vorjahreswert um etwa einen Prozentpunkt mehr übertraf, als zunächst angenommen.

181. Vergleicht man im nachhinein die mit Vorbehalten versehenen Zielgrößen und die tatsächlich eingetretene Entwicklung, so ist zunächst zu prüfen, ob und gegebenenfalls inwieweit Umstände, auf die sich diese Vorbehalte bezogen, eingetreten sind. Der Vorbehalt, wonach im Falle einer weiterhin starken D-Mark-Nachfrage aus dem Ausland, die bei unelastischem Geldangebot eine weitere reale Aufwertung der D-Mark bewirkt hätte, eine kräftigere Zunahme der Zentralbankgeldmenge zuzulassen sei, konnte nicht in Anspruch genommen werden. Im Gegenteil. Von der Jahreswende an geriet die D-Mark unter Abwertungsdruck. Dies änderte sich zwar später wieder. Aber in realer Rechnung, das heißt, wenn man den noch immer großen Unterschied zwischen dem Anstieg der Außenhandelspreise des Auslandes und der Bundesrepublik berücksichtigt, steht das ganze Jahr 1979 im Zeichen der Abwertung. Von daher wäre es also gerechtfertigt gewesen, eher rascher als geplant zu einem normalen Tempo der monetären Expansion zurückzukehren.

Tabelle 20

Maßnahmen der Deutschen Bundesbank

Datum	
1978	
13. Dezember	Die Bundesbank gibt ein Geldmengenziel bekannt. Danach soll die Ausweitung der Zentralbankgeldmenge vom vierten Quartal 1978 bis zum vierten Quartal 1979 innerhalb einer Bandbreite von 6 vH bis 9 vH gehalten werden. Dies soll es ermöglichen, einerseits die Politik der Geldwertstabilität fortzusetzen, andererseits einen ausreichenden Finanzierungsspielraum für das Wachstum der Wirtschaft zu sichern. Ob und in welcher Weise die untere oder obere Grenze der Bandbreite von der Geldpolitik angesteuert wird, soll insbesondere von der weiteren konjunkturellen und außenwirtschaftlichen Entwicklung abhängen. Zum 1. Januar 1979 werden die Rediskontkontingente um etwa 5 Mrd DM gekürzt.
1979	
18. Januar	Ab dem 19. Januar gilt ein Lombardsatz von 4 % gegenüber 3½ % bisher. Am 1. Februar werden die Mindestreservesätze für In- und Auslandsverbindlichkeiten um 5 % erhöht.
30. März	Der Diskontsatz wird von 3 % auf 4 % und der Lombardsatz von 4 % auf 5 % erhöht.
1. April	Die Rediskontkontingente werden um 5 Mrd DM erhöht.
18. Mai	Die Bundesbank kauft Geldmarktpapiere (Mobilitäts- und Liquiditätspapiere) vorzeitig zurück. Insgesamt werden für 3,2 Mrd DM Geldmarktpapiere gekauft.
1. Juni	Die Bundesbank ist bereit, von Kreditinstituten lombardfähige festverzinsliche Wertpapiere für 30 Tage in Pension zu nehmen. Im Zusammenhang damit wird der Lombardsatz ab 1. Juni von 5 % auf 5½ % erhöht.
19. Juni	Die am Vortage aufgenommenen Wertpapierpensionsgeschäfte werden wieder eingestellt. Insgesamt fließen den Banken hierbei 7,6 Mrd DM Zentralbankgeld zu.
13. Juli	Der Diskontsatz wird von 4 % auf 5 % und der Lombardsatz von 5½ % auf 6 % erhöht.
23. August	Die Bundesbank kontingentiert ab September die Lombardkredite. Dabei orientieren sich die den einzelnen Kreditinstituten eingeräumten Obergrenzen der Lombardverschuldung an den jeweiligen Rediskontkontingenten. In diesem Zusammenhang werden wieder Wertpapierpensionsgeschäfte aufgenommen. Hierbei wird den Banken Zentralbankgeld in Höhe von 11 Mrd DM für 30 Tage zur Verfügung gestellt.
10. Oktober	Die Bundesbank nimmt wieder Wechselpensionsgeschäfte auf.
24. Oktober	Die Bundesbank gibt die Emission von DM-Inhaberschuldverschreibungen der Vereinigten Staaten von Amerika (Carter-Bonds) für November 1979 und Januar 1980 bekannt.
31. Oktober	Zum 1. November wird der Diskontsatz von 5 % auf 6 % und der Lombardsatz von 6 % auf 7 % angehoben. Die Rediskontkontingente werden gleichzeitig um 4 Mrd DM ausgeweitet.
6. November	Der Absatz der DM-Inhaberschuldverschreibungen der Vereinigten Staaten von Amerika (Carter-Bonds) erbringt 2 Mrd DM.

Zu demselben Urteil kommt man angesichts der Stärke der konjunkturellen Auftriebskräfte, die das Jahr über die wirtschaftliche Entwicklung bestimmten. Zu bedenken ist dabei die recht hohe Auslastung der Produktionskapazität, die inzwischen wieder erreicht ist, da diese Kapazitäten anscheinend seit einiger Zeit weniger gewachsen sind, als wir bisher angenommen haben (Ziffer 113).

Diese Umstände sprachen dafür, zum einen die vom Konzept einer mittelfristig orientierten Geldpolitik her angemessen erscheinende Zentralbankgeldmenge eher geringer einzuschätzen, zum anderen das in der Vergangenheit im Übermaß geschaffene Geld bei der weiteren Expansion zu berücksichtigen.

182. Nur eine Störung zog in die Gegenrichtung: die unvorhergesehen starke Verteuerung wichtiger ausländischer Rohstoffe und Halbwaren, insbesondere des Mineralöls und der Mineralölerzeugnisse. Diese Preiserhöhungen waren hinzunehmen. Daß sie auch den Anstieg des Preisniveaus verändern müssen, ist zwar nicht selbstverständlich. Aber es erscheint vernünftig, dies nicht zu verhindern. Wir gehen an anderer Stelle dieses Gutachtens ausführlicher hierauf ein und halten für gerechtfertigt, daß die Geldpolitik in dem Maße zusätzliches Zentralbankgeld bereitstellt, wie aus der Erhöhung des volkswirtschaftlichen Kostenniveaus, welche die Verteuerung der Öleinfuhren direkt mit sich bringt, ein zusätzlicher Finanzierungsbedarf erwächst (Ziffer 383).

Im wesentlichen ist mit der heimischen Geldmenge die heimische Wertschöpfung zu finanzieren. Die Produktion der Einfuhrgüter zu finanzieren, ist Aufgabe des Auslandes und bleibt außer Betracht. Außer Betracht bleibt (ungewollt) allerdings auch, daß die Durchleitung ausländischer Güter bis zur endgültigen Verwendung im Inland oder beim Export Finanzierungsbedarf mit sich bringt, wenngleich im allgemeinen nicht einen gleich großen wie eine entsprechende Menge inländischer Produktion. Ihn bei groben Orientierungsgrößen, wie sie für die Geldpolitik verlangt sind, zu vernachlässigen, erscheint daher unproblematisch, solange sich der Wert der Einfuhr im Verhältnis zur inländischen Wertschöpfung nicht plötzlich wesentlich ändert. In diesem Jahr war das jedoch der Fall. Das volkswirtschaftliche Kostenniveau ist allein wegen der Verteuerung der zuvor genannten Güter um etwa 1 vH zusätzlich gestiegen. Nicht ebenso hoch hat man freilich den zusätzlichen Finanzierungsbedarf anzusetzen.

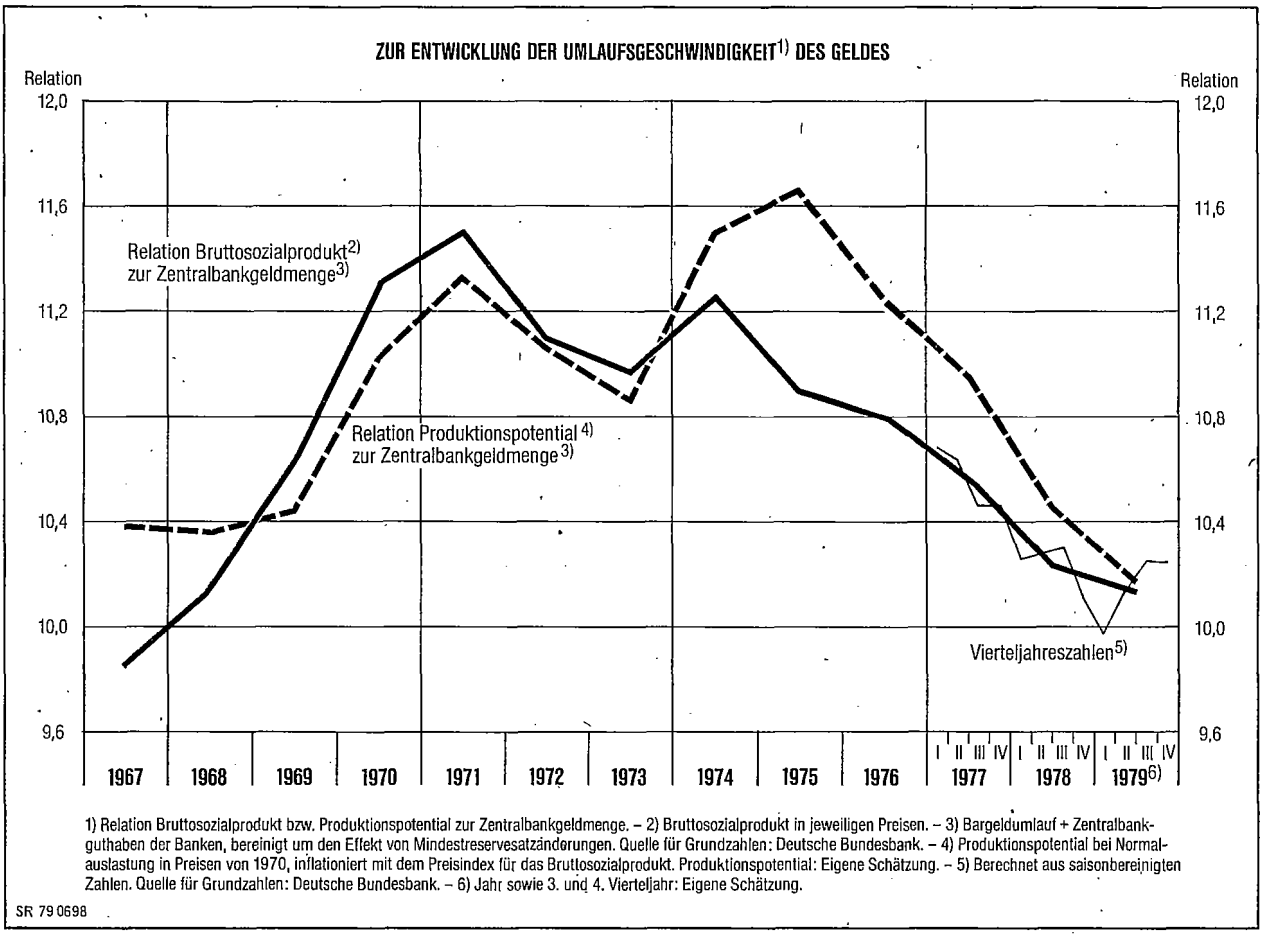
183. Vor dem Hintergrund all dessen erscheint uns die Zielsetzung der Bundesbank, die Expansion der Zentralbankgeldmenge im Jahre 1979 in den Grenzen der Zielmarge von 6 vH bis 9 vH zu halten und unterwegs eher ein Ergebnis in der unteren Hälfte dieser Marge anzustreben, auch im nachhinein nicht übertrieben ehrgeizig oder gar deutlich restriktiv. Dabei verkennen wir nicht, das sei wiederholt, daß schon eine bloße Änderung des Tempos der monetären Expansion unbeschadet des zuvor erreichten Niveaus der Geldversorgung im allgemeinen eine besondere konjunkturelle Bedeutung hat. Dies hängt damit zusammen, daß monetäre Impulse offensichtlich erst mit einer beträchtlichen Verzögerung ihre konjunkturellen Wirkungen zeitigen. Die expansive Wirkung auf die Konjunktur, die mit einer beschleunigten monetären Expansion in Gang gesetzt wird, ist also unterwegs und wird nicht einfach aufgehoben, wenn dem expansiven Impuls später ein kontraktiver folgt. Vielmehr wird damit eine gedämpfte konjunkturelle Entwicklung im Nachgang zu der zunächst expansiven programmiert — jedenfalls im allgemeinen. Bei der Änderung im Tempo der monetären Expansion, die das Jahr 1979 verglichen mit dem Jahr 1978 kennzeichnet, muß man jedoch sehen, daß die übermäßig starke Expansion 1978 mit Sonderfaktoren zusammenhing, die für sich genommen einen kontraktiven Impuls darstellten, nämlich die hohe D-Mark-Nachfrage des Auslandes, die eine Tendenz zur realen Aufwertung der D-Mark schuf. Dieser kontraktive Impuls war zu kompensieren gewesen. Im Jahre 1979 trat dann wie erwähnt das Gegenteil ein. Die jeweils saldierten Impulse kann vermutlich niemand angeben. Wichtig erscheint uns jedoch, daß das Jahresende 1978 noch ganz im Zeichen einer niedrigen Preissteigerungsrate und gedämpfter Preissteigerungserwartungen stand. Hierzu paßt auch die nachfolgende Lohnrunde. Es war also noch kein von zuviel Geld angetriebener inflatorischer Expansionsprozeß im Gange, der eine rasche Rückkehr zu normaler monetärer Expansion von vornherein zu einer Bremsaktion mit erheblichen Bremsspuren hätte machen müssen. Es wäre daher völlig ungerechtfertigt, die beschriebene Tempoänderung in der Ausweitung der Geldmenge einfach als Indiz für die monetären Impulse zu nehmen, die von der Geldpolitik des Jahres 1979 ausgehen und in das Jahr 1980 hineinwirken. Das gilt um so mehr, als das Niveau der Geldversorgung, sieht man es vom beobachtbaren Trend in der Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes her, nach wie vor als hoch anzusehen ist (Schaubild 26).

184. Der Sachverständigenrat neigt daher nicht dazu, in der deutlichen Anspannung an den monetären Märkten, die seit dem Frühjahr zu beobachten ist, sehr viel mehr zu sehen als das, was sich bei normaler Geldversorgung im konjunkturellen Aufschwung normalerweise vollzieht. Denn allemal soll eine kräftige konjunkturelle Aufwärtsbewegung ihren Niederschlag in einer erhöhten Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes finden und nicht in einer verstärkten Ausweitung des Geldangebotes.

185. Hielten sich die gesamtwirtschaftlichen Sorgen, die der von außenwirtschaftlichen Störungen bestimmte Wechsel im Tempo der monetären Expansion hervorruft, auch in engen Grenzen, so war dieser doch im übrigen keineswegs problemlos. Er verstärkte das Auf und Ab in den Zinsbewegungen und beeinträchtigte die Chancen einer stetigen Expansion in den Sektoren, die es, wie die Bauwirtschaft, mit einer besonders zinsempfindlichen Nachfrage zu tun haben und ohnehin von den konjunkturellen Schwankungen der Zinsen besonders betroffen werden.

186. Die Bundesbank ließ sich dadurch freilich nicht beirren. Schon bei der Verkündung des neuen Geldmengenziels hatte sie deutlich gemacht, daß sie gewillt war, es auch aktiv anzustreben. Im Zusammenhang mit ihren Deviseninterventionen entzog

Schaubild 26



1) Relation Bruttosozialprodukt bzw. Produktionspotential zur Zentralbankgeldmenge. – 2) Bruttosozialprodukt in jeweiligen Preisen. – 3) Bargeldumlauf + Zentralbankguthaben der Banken, bereinigt um den Effekt von Mindestreservesatzänderungen. Quelle für Grundzahlen: Deutsche Bundesbank. – 4) Produktionspotential bei Normalauslastung in Preisen von 1970, inflationiert mit dem Preisindex für das Bruttosozialprodukt. Produktionspotential: Eigene Schätzung. – 5) Berechnet aus saisonbereinigten Zahlen. Quelle für Grundzahlen: Deutsche Bundesbank. – 6) Jahr sowie 3. und 4. Vierteljahr: Eigene Schätzung.

SR 79 0698

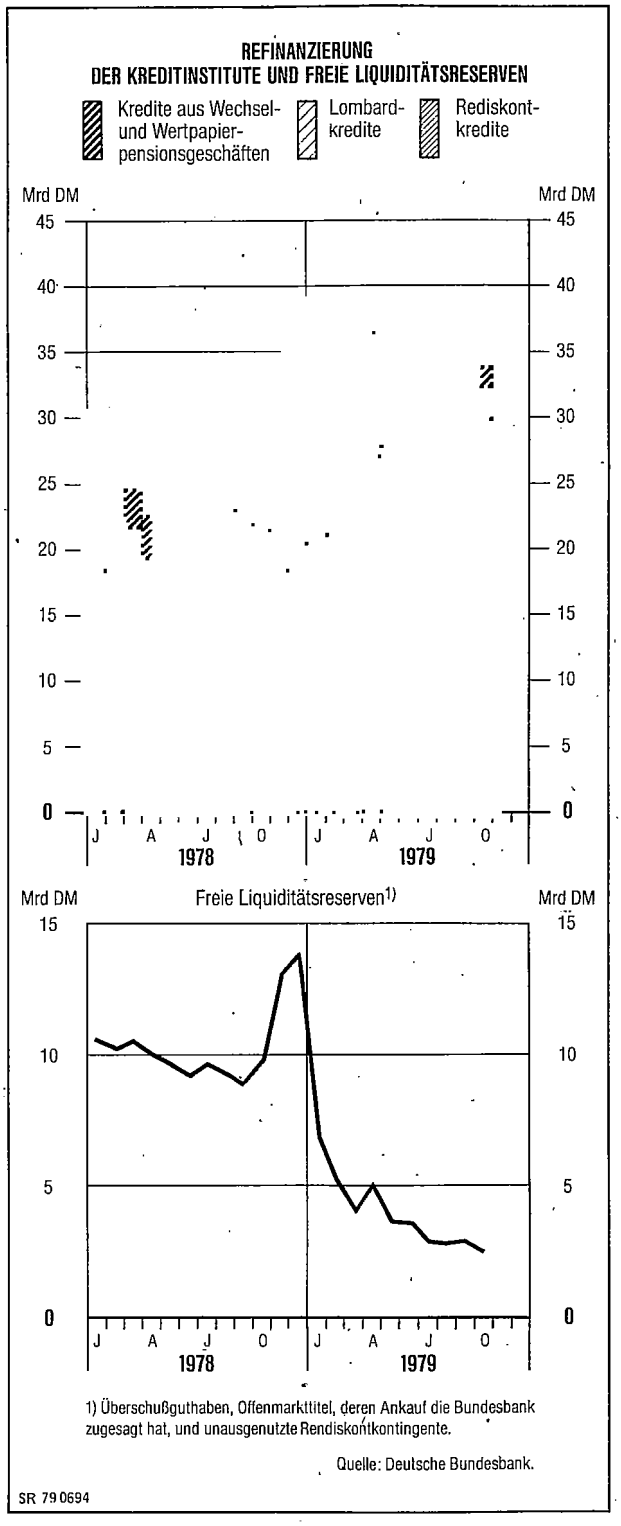
sie den Banken alsbald Zentralbankgeld. Das allein hätte die Banken zwar noch nicht in Verlegenheit gebracht. Denn diese verfügten aus dem vorangegangenen Jahr über außerordentlich hohe Liquiditätsreserven. Die Banken hätten sich also trotz der Devisenabflüsse noch für längere Zeit kaum behindert gefühlt, einer unvermindert starken Expansion der Kreditwünsche ihrer Kunden nachzukommen. Die Bundesbank war jedoch nicht gewillt, eine volle Nutzung der Liquiditätsreserven der Banken zuzulassen.

Im Januar wurden die Rediskontkontingente um etwa 5 Mrd DM gekürzt und weitere 2 1/2 Mrd DM Liquidität durch eine Erhöhung der Mindestreservesätze abgeschöpft. Die verbleibenden Reserven schrumpften dann schnell bis auf weniger als 2 1/2 Mrd DM. Offene Rediskontkontingente in dieser Größenordnung werden im allgemeinen als technische Untergrenze angesehen. So blieb den Banken zur weiteren Refinanzierung nur noch der Versuch, in den Dauerlombard zu gehen (Schaubild 27).

Beim Lombardkredit, der eigentlich nur zum Ausgleich des Spitzenbedarfs der Banken gedacht ist, hatte es bis dahin, anders als beim Diskontkredit, nie feste Kontingente gegeben; allenfalls waren in früheren Jahren bei starker Inanspruchnahme des Lombardkredits zeitweilig verschärfte Anforderungen gestellt worden. Die Bundesbank hatte die Banken schon des öfteren ermahnt, die Rolle des Lombardkredits nicht zu verfälschen. Dies hatte wenig gefruchtet, und als sich jetzt abzeichnete, daß anders nicht verhindert werden konnte, daß die Banken, entgegen den Vorstellungen der Bundesbank, den Lombard als Dauerkredit verwendeten, entschloß sich die Bundesbank, auch hier eine Kontingentierung einzuführen.

Um dennoch eine gewisse Flexibilität gegenüber wechselndem Spitzenbedarf der Banken zu erhalten, hat die Bundesbank den Kreditinstituten bis zum Herbst wiederholt über Pensionsgeschäfte kurzfristig Zentralbankgeld angeboten, wenn ihr dies erforderlich erschien. So bot sie anläßlich der Kontingentierung des Lombardkredits den Banken an, lombardfähige Wertpapiere für 30 Tage in Pension zu nehmen. Der Zinssatz dafür wurde ein halbes Prozent über dem Lombardsatz festgesetzt. Angesichts der Ungewißheit hinsichtlich der weiteren Zentralbankgeldversorgung haben die Kreditinstitute von diesem Angebot in großem Umfang Gebrauch gemacht und sich auf diesem Weg für einen Monat über 11 Mrd DM Zentralbankgeld beschafft. Im weiteren Verlauf des Jahres wurden die Banken zeitweilig auch über Wechselpensionsgeschäfte und Devisenpensionsgeschäfte mit Zentralbankgeld versorgt.

Schaubild 27



1) Überschußguthaben, Offenmarkttitel, deren Ankauf die Bundesbank zugesagt hat, und unausgenutzte Rediskontkontingente.

Quelle: Deutsche Bundesbank.

SR 79 0694

Zum November hat dann die Bundesbank, bei gleichzeitiger Ankündigung, daß sie über Pensionsgeschäfte kein Zentralbankgeld mehr zur Verfügung stellen wolle, über eine Erweiterung der Rediskontkontingente, und damit auch der an diese gebundenen Lombardkontingente, den Banken die Möglichkeit geboten, sich für etwa $4^1/_2$ Mrd DM bei der Bundesbank zusätzlich zu verschulden. Mit dieser neuerlichen Umgestaltung hat die Bundesbank die Absicht bekundet, es den Kreditinstituten zu erleichtern, bei der Beschaffung von Zentralbankgeld und der darauf aufbauenden Kreditvergabe wieder längerfristig zu planen.

187. Bevor sie sich zur Kontingentierung des Lombardkredits entschloß, hatte die Bundesbank mehrmals versucht, die Banken durch Alternativangebote von dem Weg in den Dauerlombard abzuhalten und damit dessen eigentlichen Charakter zu bewahren. So bot sie schon einmal im Juni Wertpapierpensionsgeschäfte an, und zwar zu einem Zins, der niedriger als der Lombardsatz war. Auch die Wiedererhöhung der Rediskontkontingente um 5 Mrd DM im April, der vorzeitige Rückkauf von Geldmarktpapieren im Mai und die Devisengeschäfte, bei denen die Bundesbank D-Mark gegen Dollar per Kasse verkaufte und gleichzeitig per Termin wieder zurückkaufte, waren Versuche in dieser Richtung.

188. Parallel zu diesen Maßnahmen, die im ganzen den Aktionsspielraum der Banken eng halten, eine dramatische Liquiditätsverknappung aber verhindern sollten, hat die Bundesbank ihre Zinsen erhöht. Der Diskontsatz wurde stufenweise von 3% auf 6%, der Lombardsatz von $3^1/_2$% auf 7% heraufgesetzt. Damit haben sich die durchschnittlichen Refinanzierungskosten vom Anfang des Jahres bis zum Herbst etwa verdoppelt.

189. Anders als im vergangenen Jahr ergab sich für die Bundesbank längere Zeit kein Dilemma aus dem Bemühen, die Expansion der monetären Größen auf den angekündigten Zielpfad zu bringen und zugleich einen Wechselkurs zu verteidigen, den sie für angemessen hielt. Sie verkaufte in beträchtlichem Umfang Devisen gegen D-Mark, verhinderte so eine stärkere Abwertung der Mark und entzog dem Wirtschaftskreislauf zugleich überschüssiges Zentralbankgeld (Tabelle 21).

Im weiteren Verlauf des Jahres hat sich das Blatt zwar erneut gewendet. Die D-Mark geriet weiter unter Aufwertungsdruck. Durch Interventionen, die der Stützung des Dollar und der Stabilisierung der Wechselkurse im Europäischen Währungssystem dienten, hat die Bundesbank über die Devisenmärkte wieder in beträchtlichem Umfang D-Mark abgegeben. Doch die Eindämmung des Refinanzierungskredits erlaubte es vorerst, den beabsichtigten geldpolitischen Kurs durchzuhalten.

Hohe Kreditnachfrage

190. Erwartungsgemäß wirkten die veränderten außenwirtschaftlichen Bedingungen und die straffere Zügelführung der Bundesbank dämpfend auf die Ausweitung der Geldmenge. Das gilt unabhängig von der jeweils gewählten Abgrenzung. Die Dämpfung war allerdings nicht bei allen Größen gleich. Am deutlichsten zeigte sich die veränderte Situation bei der Geldmenge M1, also der Summe aus Bargeld und Sichteinlagen. Von Jahresanfang bis September nahm die Geldmenge in dieser Abgrenzung, saisonbereinigt und auf eine Jahresrate hochgerechnet, um 3,2 vH zu; dem war im Verlauf

Tabelle 21

Zur Entwicklung der Zentralbankgeldmenge[1])

Zeitraum	Zusammen	Entstehung (+) bzw. Vernichtung (−) von Zentralbankgeld durch Änderung der							Bereinigte Zentralbankgeldmenge (Geldbasis)[6])	
		Bestimmungsgründe					Verwendung			
		Währungsreserven[2])	Refinanzierungskredite an Banken[3])	Wertpapierbestände der Bundesbank	Kreditgewährung an den Staat[4])	Sonstige[5])	Bargeldumlauf	Bankreserven	Ursprungswerte	saisonbereinigt[7])
		Bestand in Mrd DM								
Durchschnitt 1977	111,63	86,71	18,35	0,86	+ 2,52	+ 3,19	65,86	45,77	113,37	×
Jahresende 1977	117,87	94,50	14,26	0,68	+ 6,68	+ 1,75	72,40	45,48	123,80	119,22
Durchschnitt 1978	119,65	94,25	16,68	2,66	− 0,97	+ 7,03	74,33	45,32	125,73	×
Jahresende 1978	133,73	107,00	11,86	4,31	+ 4,44	+ 6,12	82,17	51,56	137,98	132,50
Durchschnitt Jan bis Sep 1979	133,90	92,12	27,96	3,75	− 2,72	+12,79	80,56	53,34	135,73	136,23
Januar 1979	131,25	100,30	12,74	4,16	+ 2,19	+11,86	78,54	52,71	135,45	133,82
		Veränderung gegen Vormonat in Mio DM								
1978 Januar	− 123	+3 500	+ 1 898	+ 10	−4 594	− 937	−2 888	+2 765	−2 690	+ 295
Februar	−2 539	+ 600	− 1 884	− 5	−1 523	+ 273	− 26	−2 513	−1 566	+1 422
März	+1 809	+2 100	+ 5 248	+ 137	−5 043	− 633	+1 702	+ 107	+1 853	+1 129
April	± 0	− 400	− 1 871	− 19	+3 395	−1 105	+ 517	− 517	+ 18	+1 036
Mai	+1 569	−3 100	+ 1 307	+ 255	+2 836	+ 271	+1 339	+ 230	+1 520	+1 035
Juni	−3 246	− 700	+ 261	+ 862	−2 962	− 707	+ 538	−3 784	+1 102	+ 892
Juli	+2 599	+ 800	+ 230	+1 524	+1 141	−1 096	+2 627	− 28	+2 610	+ 774
August	+ 617	+1 400	− 1 683	+1 184	−1 027	+ 743	− 92	+ 709	+ 606	+1 257
September	+ 565	+2 300	+ 2 300	+ 41	−4 474	+ 398	+ 76	+ 489	+ 579	+1 127
Oktober	+ 561	+7 300	− 4 844	− 232	− 952	− 711	− 94	+ 655	+ 538	+1 611
November	+6 170	+6 000	− 5 260	− 44	+6 118	− 644	+ 575	+5 595	+1 802	+1 240
Dezember	+7 879	+ 600	+ 1 892	− 79	+4 641	+ 625	+5 504	+2 375	+7 808	+1 469
1979 Januar	−2 483	+3 900	+ 881	− 154	−2 248	−4 862	−3 634	+1 151	−2 529	+1 312
Februar	− 74	−4 000	+ 3 081	− 65	+1 709	− 499	− 594	+ 520	−2 780	+ 395
März	+ 995	−3 300	+10 362	− 207	−6 513	+ 689	+1 129	− 134	+1 036	+1 146
April	+ 570	−2 300	+ 2 459	− 57	+1 716	−1 284	+1 163	− 629	+ 596	+ 298
Mai	+ 543	−4 800	+ 832	− 29	+3 714	+ 826	− 8	+ 551	+ 516	+ 968
Juni	+1 614	+ 800	+ 4 934	− 29	−3 926	− 165	+ 903	+ 711	+1 585	+ 493
Juli	+1 472	+4 300	+ 360	− 125	−2 300	− 763	+1 348	+ 124	+1 444	− 49
August	+ 328	+ 700	− 396	− 303	+2 809	−2 482	+ 159	+ 169	+ 373	+ 852
September	− 172	+4 200	+ 893	− 122	−2 093	−3 050	− 89	− 83	− 85	+ 427

[1]) In der Abgrenzung des Sachverständigenrates: Bargeldumlauf und Zentralbankguthaben der Banken.

[2]) Veränderungen der Währungsreserven (hauptsächlich Zuteilung von IWF-Sonderziehungsrechten und Änderungen des DM-Wertes der Währungsreserven aufgrund von Paritätsänderungen). Jahresdurchschnitte und Jahresendstände ohne Berücksichtigung der Neubewertung der Währungsreserven.

[3]) Saldiert mit dem Bestand an Mobilisierungs- und Liquiditätspapieren im Besitz der Banken.

[4]) Kredite und Forderungen der Haushalte.

[5]) Unter anderem Einlagen von Nichtbanken bei der Bundesbank.

[6]) V, Abschnitt C.

[7]) Saisonbereinigung nach dem Census-Verfahren II, Version X – 11.

Quelle für Grundzahlen: Deutsche Bundesbank

des Jahres 1978 eine Expansion um 14,3 vH vorangegangen (Schaubild 28). Weniger stark verringerten sich die Zuwachsraten der Geldmenge M2, also M1 zuzüglich Termineinlagen bis zu vier Jahren, und der Geldmenge M3, die außerdem noch die Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist umfaßt. Hier steht einer Ausweitung um 7,5 vH beziehungsweise 6,2 vH — die Zuwächse auf eine Jahresrate hochgerechnet — eine Expansion um 13,2 vH beziehungsweise um 11,0 vH im Verlauf des vergangenen Jahres gegenüber. Noch markanter erscheint die Änderung der Struktur der Bankeinlagen, wenn man auf die Mittel blickt, die den Banken längerfristig zur Verfügung gestellt werden. Die Bereitschaft zu solchen Anlagen hat deutlich zugenommen. Das Aufkommen an längerfristigen Mitteln der Banken ist in den ersten neun Monaten dieses Jahres um 8,7 vH größer geworden. Auf eine Jahresrate hochgerechnet sind das 11,7 vH. Zum Vergleich: 1978 waren es 8,8 vH.

Sehr groß war auch der Zuwachs bei den Bankkrediten. Nach einer Ausweitung im zweiten Halbjahr 1978 mit einer Jahresrate von 12,3 vH kam es in den ersten Monaten dieses Jahres noch einmal zu einer Beschleunigung der Expansion. Eine Jahresrate von 13,6 vH kennzeichnete jetzt das Tempo. Im weiteren Verlauf des Jahres wurden die Zuwachsraten dann aber etwas kleiner.

Die Zinsen stiegen auf breiter Front an; allerdings waren Verlauf und Ausmaß auf den verschiedenen Märkten sehr unterschiedlich. Am Kapitalmarkt hatte der Anstieg schon in der ersten Hälfte des vergangenen Jahres begonnen. Im Juni dieses Jahres war zunächst ein Höhepunkt erreicht. Die Umlaufsrendite betrug nun wieder 8% nach 5,6% im April 1978. Danach sank sie noch einmal etwas, lag aber im Herbst 1979 wieder über 8%. Die Bankzinsen hingegen wurden von den Auftriebskräften erst erfaßt, als zu Beginn dieses Jahres die Geldmarktzinsen stark anstiegen. Die Übereinstimmung betrifft die Richtung jedoch nicht auch das Ausmaß. Während etwa die Zinsen für Monatsgeld seit Januar um $4^1/_2$ Prozentpunkte gestiegen sind, hat die Zunahme der Zinsen für Kontokorrentkredite in dieser Zeit nur 2 Prozentpunkte betragen.

191. Die Entwicklung der Bankkredite und der Zusagen für Kredite und Darlehen, die zunächst noch kräftig weiter zunahmen, hat bei der Entscheidung der Bundesbank, auf eine wesentlich geringere Expansion der Zentralbankgeldmenge hinzuwirken, anscheinend eine besondere Rolle gespielt. Die (erwartete) Kreditexpansion ist zwar kein verläßlicher Führer der Geldpolitik. Aber in diesem Jahre wurde die Geldpolitik von ihr nicht fehlgeleitet. Der Zusammenhang zwischen Kreditexpansion und veränderter Ausgabeneigung der Wirtschaft war offensichtlich.

Die Kredite nahmen in einem Maße zu, wie man es seit der Rezession 1973/74 nicht mehr erlebt hatte. Gleichwohl reicht die Expansion der Größenordnung nach noch immer nicht an die Zuwächse früherer Aufschwungsphasen heran.

Vergleicht man die Entwicklung vor allem mit jener im Vorjahr, so fällt besonders auf, daß sich die Kreditaufnahme nach Sektoren, zumindest im ersten Halbjahr, gleichmäßiger entwickelt hat. Im Bereich der Unternehmen, wo die Neuverschuldung 1978 noch sehr gering geblieben war, wurden zunächst deutlich mehr Kredite aufgenommen (Schaubild 29). Hingegen kamen die privaten Haushalte mit einem kaum noch steigenden Zuwachs aus. Allerdings muß man das hohe Niveau bedenken, das hier vorher bereits erreicht worden war. Die Kredite für den Wohnungsbau werden gesondert gezählt. Im vergangenen Jahr hatten sie sehr stark zugenommen, in der ersten Hälfte dieses Jahres schwächten sie sich dann aber ab. Im dritten Vierteljahr waren die Unterschiede in den Zuwachsraten der drei Sektoren nun wieder größer. Die Unternehmen haben ihre Kreditaufnahme deutlich weniger stark gesteigert. Die Kredite an Privatpersonen haben hingegen weiter mit kaum veränderten Raten zugenommen, und die für den Wohnungsbau bestimmten Kredite sind sogar wieder etwas beschleunigt gestiegen.

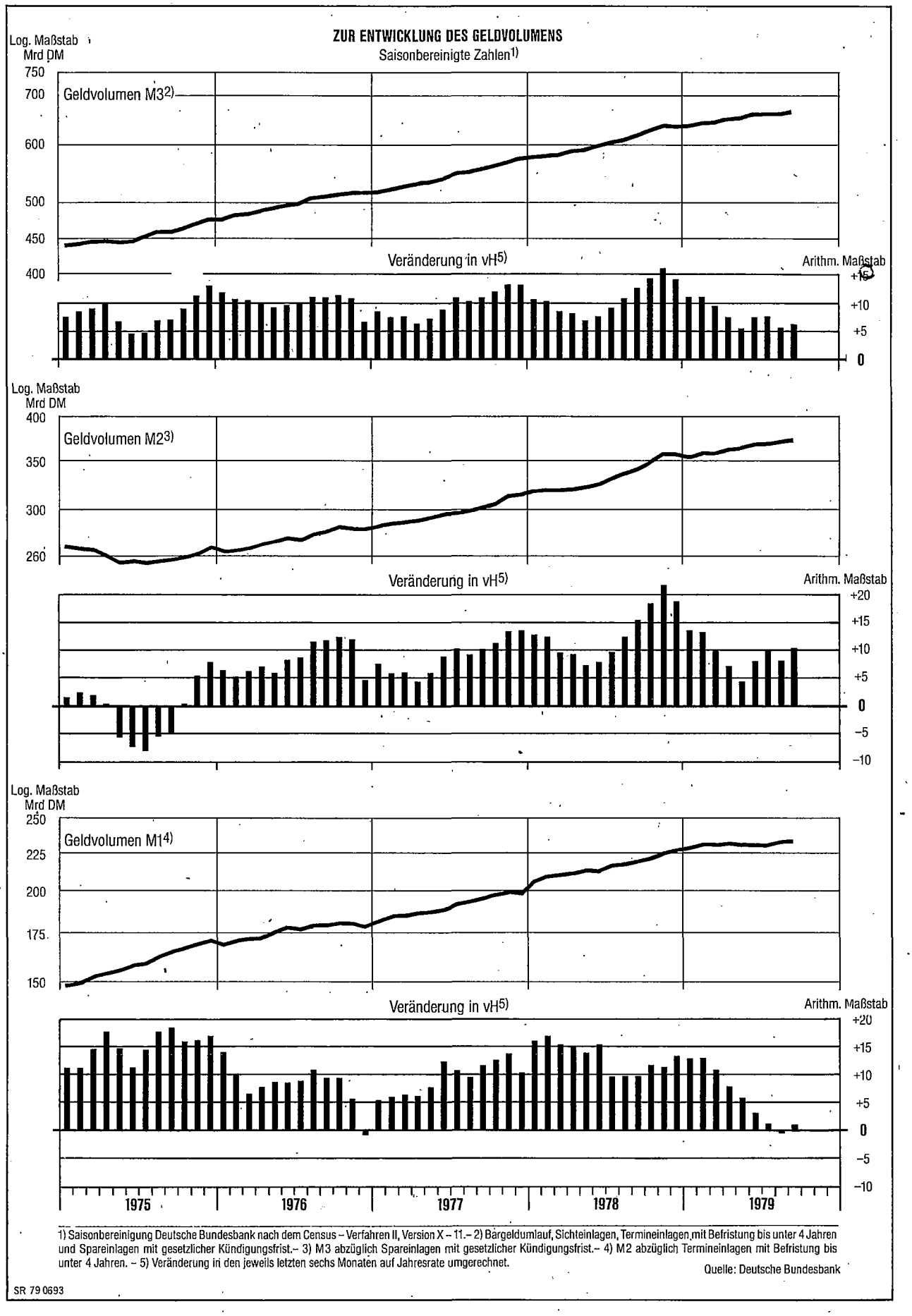
An die öffentlichen Haushalte haben die Banken in den ersten neun Monaten des Jahres Kredite in Höhe von rund 19 Mrd DM direkt gegeben. Das ist etwas weniger als im gleichen Vorjahreszeitraum (Ziffer 199).

192. Parallel zu der recht hohen Kreditaufnahme im Unternehmenssektor ist hier auch noch immer in hohem Maße Geldvermögen gebildet worden. Im ersten Halbjahr stand einer Kreditaufnahme von 22 Mrd DM eine Geldvermögensbildung in Höhe von fast 18 Mrd DM gegenüber. Im vergangenen Jahr war der Finanzierungssaldo sogar noch positiv gewesen. Eine so geringe Netto-Neuverschuldung des Unternehmenssektors ist in Zeiten des konjunkturellen Aufschwungs durchaus ungewöhnlich. Sie deutet darauf hin, daß innerhalb des Sektors erhebliche Unterschiede im Finanzierungsbedarf bestehen, sei es, weil die konjunkturelle Belebung für die einzelnen Branchen unterschiedlich ist, sei es, weil vor allem die Investitionschancen sehr unterschiedlich verteilt sind. Mit zu den Ursachen ungleichen Finanzierungsbedarfs mag auch gehören, daß die exportorientierten Unternehmen, soweit sie Kredite an ausländische Partner zu geben hatten, und dies war in hohem Maße der Fall, die dazu notwendigen Mittel über die Banken beschaffen mußten (Ziffer 194). Anzahlungen ausländischer Partner im Rahmen langfristiger Exportgeschäfte wurden vielfach, wie üblich, als Geldvermögen gehalten.

Die hohen Geldvermögensbestände der Unternehmen stellen eine beträchtliche Finanzierungsreserve dar. Entschließen sich mehr und mehr Unternehmen, ihr hohes Geldvermögen für Investitionen zu nutzen, so ist auch bei mäßiger Expansion der Zentralbankgeldmenge eine sehr kräftige Investitionskonjunktur möglich.

193. Bei den Krediten an Unternehmen und Selbständige hat sich die seit Jahren anhaltende Tendenz, daß der Anteil der langfristigen Kredite am gesamten Kreditvolumen stetig zunimmt, nicht fortgesetzt.

Schaubild 28



1) Saisonbereinigung Deutsche Bundesbank nach dem Census – Verfahren II, Version X – 11.– 2) Bargeldumlauf, Sichteinlagen, Termineinlagen mit Befristung bis unter 4 Jahren und Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist.– 3) M3 abzüglich Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist.– 4) M2 abzüglich Termineinlagen mit Befristung bis unter 4 Jahren. – 5) Veränderung in den jeweils letzten sechs Monaten auf Jahresrate umgerechnet.

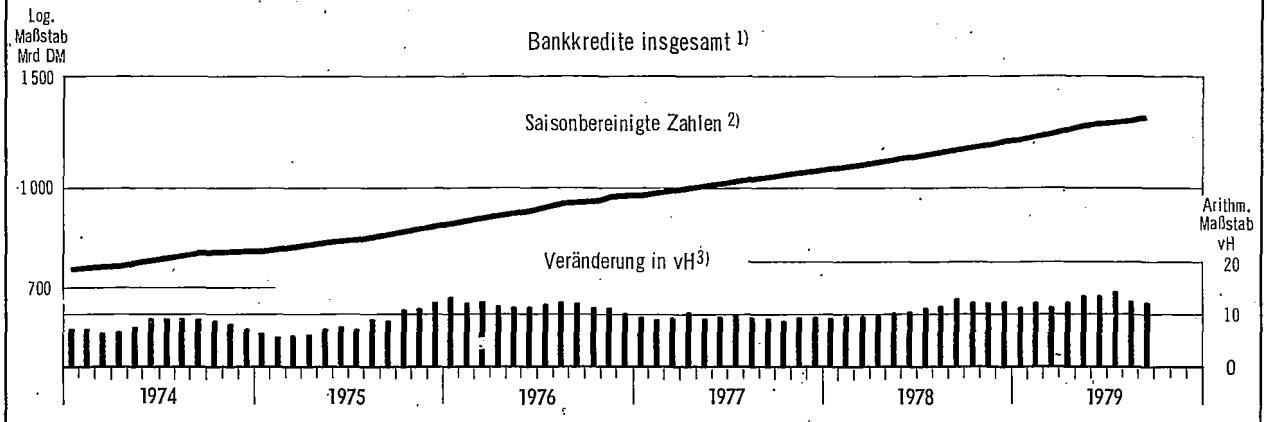
Quelle: Deutsche Bundesbank

SR 79 0693

Schaubild 29

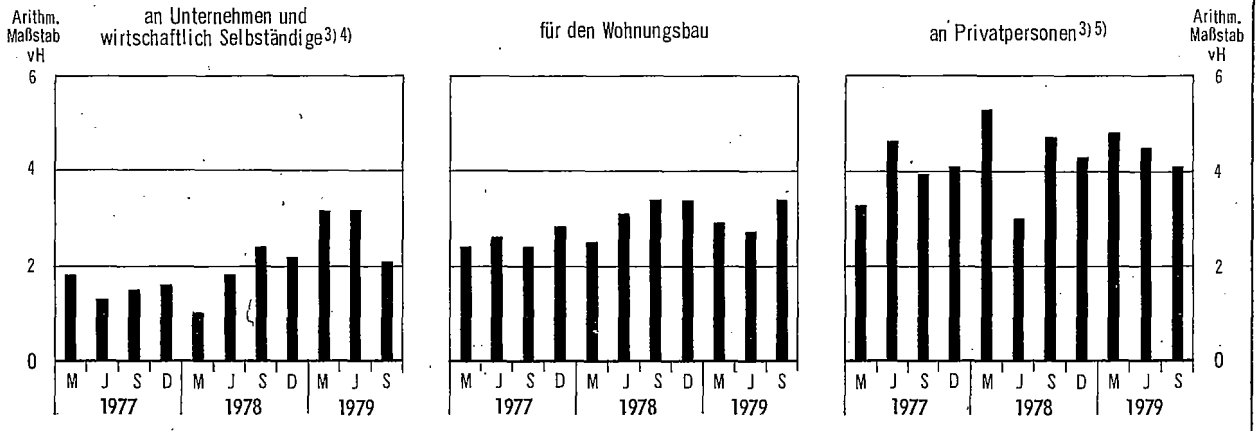
ZUR KREDITENTWICKLUNG

Bankkredite insgesamt [1]



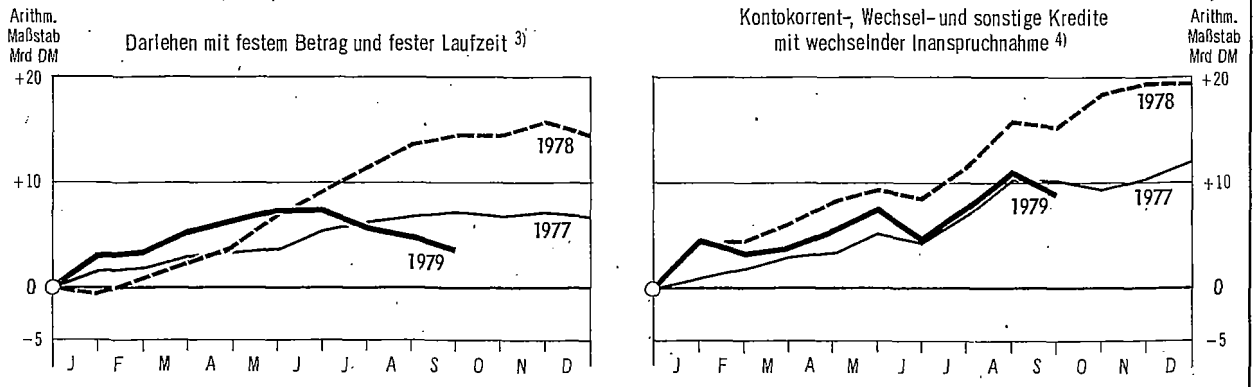
1) Einschließlich Kredite in Form des Ankaufs von Schatzwechseln und Wertpapieren sowie von Ausgleichs- und Deckungsforderungen. – 2) Saisonbereinigung Deutsche Bundesbank nach dem Census-Verfahren II, Version X-11. – 3) Veränderung in den jeweils letzten sechs Monaten auf Jahresrate umgerechnet.

Kredite [1] an inländische Unternehmen und Privatpersonen
Veränderung in vH [2]



1) Ohne Schatzwechselkredite und Wertpapierbestände. – 2) Veränderung gegenüber dem vorangegangenen Quartalsendmonat, errechnet aus saisonbereinigten Zahlen. Saisonbereinigung Deutsche Bundesbank nach dem Census-Verfahren II, Version X-11. – 3) Ohne Kredite für den Wohnungsbau. – 4) Einschließlich Hypothekarkredite auf gewerblich genutzte Grundstücke, landwirtschaftlich genutzte Grundstücke und Schiffe. – 5) Privatpersonen (wirtschaftlich unselbständige und sonstige) und private Organisationen ohne Erwerbscharakter.

Offene Kreditzusagen an inländische Unternehmen und Privatpersonen [1]
Veränderung in Mrd DM [2]



1) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbscharakter. – 2) Veränderung gegenüber dem Vormonat, kumuliert. – 3) Stand der noch nicht durch Auszahlung erledigten Kreditzusagen. – 4) Stand der offenen Zusagen.

Quelle: Deutsche Bundesbank

SR 79 0700

Diese Entwicklung spiegelt vermutlich zum Teil nur die konjunkturelle Situation wider. Die Unternehmen benötigen verstärkt auch kurzfristige Kredite zur Finanzierung laufender Ausgaben, nicht zuletzt zur Finanzierung von Vorräten. Außerdem dürfte der Bedarf der Unternehmen an Konsolidierung weitgehend gedeckt sein. Und wo dies nicht der Fall ist, dürfte das Bestreben, kurzfristige durch langfristige Kredite abzulösen, wegen der gestiegenen Zinsen schwächer geworden sein. Möglicherweise gibt es im Einzelfall sogar schon eine Umkehr. Teilweise aber spiegelt sich in der verstärkten Zunahme der kurzfristigen Kredite, die Unternehmen bei inländischen Banken aufgenommen haben, nur die Tatsache, daß sie zeitweilig weniger Kredite im Ausland aufgenommen oder Auslandskredite sogar zurückgezahlt haben.

194. Vor allem die veränderte Einschätzung der Wechselkurssituation dürfte hierzu beigetragen haben. Anders als im vergangenen Jahr haben nach Beginn dieses Jahres eine Zeitlang keine Aufwertungserwartungen hinsichtlich der D-Mark vorgeherrscht. Damit entfiel ein erwarteter Währungsgewinn im Kostenkalkül für den Auslandskredit. Vorteilhaft war es, Auslandskredite zurückzuzahlen oder Ausländern Kredite zu gewähren. Tatsächlich haben in den ersten fünf Monaten des Jahres heimische Unternehmen ihre kurzfristigen Finanzkredite aus dem Ausland im ganzen um $4^1/_2$ Mrd DM abgebaut. Ähnlich war es bei den Kreditbeziehungen, die im Zusammenhang mit dem Warenhandel entstehen. Entsprechend nahm der Bedarf an inländischen Krediten zu.

Im weiteren Verlauf des Jahres hat sich allerdings die Beurteilung der Wechselkurssituation erneut geändert. Alsbald ist auch wieder ein Wandel in den Kreditbeziehungen mit dem Ausland eingetreten. Für die jüngste Vergangenheit gilt daher, daß die Expansion der kurzfristigen Kredite inländischer Banken das Tempo, mit dem die kurzfristige Verschuldung der Unternehmen steigt, eher unterzeichnet.

195. Anders als die ausgezahlten Kredite nehmen seit einiger Zeit die eingeräumten, aber noch nicht in Anspruch genommenen Kreditlinien weniger stark zu als im Vorjahr. Dabei handelt es sich in erster Linie um Zusagen für kurzfristige Kredite. Kredite mit festem Betrag und fester, vornehmlich längerer Laufzeit, die zwar zugesagt, aber noch nicht ausgezahlt sind, nehmen seit Mitte des Jahres sogar ab. Darin mag sich eine Abschwächung der Kreditexpansion ankündigen. Sie könnte viele Gründe haben. Bei den längerfristigen Darlehen spielt sicherlich die Abschwächung beim Wohnungsbau eine wesentliche Rolle. Das erklärt aber vermutlich nicht alles. Möglicherweise verhalten sich die Banken angesichts des Kurses der Geldpolitik vorsichtiger. Möglicherweise ist die Neigung der Unternehmen, sich zu verschulden, wegen der höheren Zinsen geringer geworden. Möglicherweise haben sich die Unternehmen im vergangenen Jahr schon so reichlich Kredite zusagen lassen, daß sie an weiteren Kreditlinien kein Interesse mehr haben. Möglicherweise ist ihr Bedarf an Krediten wegen höherer Gewinne kleiner geworden. Möglicherweise ist er im ganzen auch deshalb gesunken, weil mit zunehmender Breite der konjunkturellen Aufschwungsbewegung die Unterschiede zwischen Einnahmen und Ausgaben der Unternehmen gleichmäßiger geworden sind.

Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes wenig gestiegen

196. Als Folge der erhöhten Ausgabeneigung und des veränderten Kreditbedarfs der Wirtschaft, der Tendenz zur längerfristigen Geldanlage, der geldpolitischen Maßnahmen der Bundesbank und der Änderungen im Einfluß des Auslandes hat sich die Zinslandschaft deutlich verändert. Daß die Zinsen stiegen und die Zinsstruktur sich wandelte, hatte dann wiederum Rückwirkungen auf die Entscheidungen über Kassenhaltung und Kapitalbildung und so fort.

Erhöhte Ausgaben in der Volkswirtschaft bringen in der Regel einen entsprechend höheren Bedarf an Zentralbankgeld mit sich. Dieser Zusammenhang ist jedoch unterbrochen oder gelockert, insoweit die Neigung zur Kassenhaltung abnimmt, also die Bereitschaft steigt, Geld auszugeben oder es wenigstens, möglichst langfristig, auszuleihen, statt es zu behalten. Dieser Zusammenhang ist ebenfalls unterbrochen, wenn aus zusätzlichen Ausgaben der Unternehmen und Haushalte nicht zugleich eine Erhöhung der Summe aller Ausgabe-/Einnahme-Salden der Unternehmen und Haushalte resultiert, ein zusätzlicher Finanzierungsbedarf also nicht entsteht. Viele Faktoren bestimmen darüber, in welchem Maße es zu einer Unterbrechung oder Lockerung des Zusammenhangs kommt. Diejenigen Faktoren, deren Wirkung man am ehesten aufzeigen kann, sind die Zinsen. Man muß allerdings bedenken, daß die Zinsen ihrerseits mitbestimmt sind von Faktoren, darunter nicht zuletzt den Zinsänderungserwartungen, die auch direkt den Zusammenhang zwischen Ausgabenexpansion und Zentralbankgeldbedarf unterbrechen oder lockern. Insofern kommt es oftmals zu einer Überzeichnung der Rolle der Zinsen.

Wie es sich hiermit 1979 auch verhalten mag, daß unverzinsliche Geldanlagen weniger gefragt waren, ist bei dem allgemeinen Zinsanstieg verständlich. Die Geldmenge in ihrer engsten Abgrenzung (M 1), also Bargeld und Sichteinlagen, lag Ende September, sieht man von Saisoneinflüssen ab, nur wenig über dem Stand von Ende Januar. Dazu hat allerdings wesentlich beigetragen, daß auch der Bargeldumlauf, der kurzfristig immer wieder Sonderentwicklungen unterliegt, nach einem kräftigen Anstieg zu Anfang des Jahres, fast konstant geblieben ist.

Aber auch die Geldmengen in den weiteren Abgrenzungen sind anscheinend von der Zinsentwicklung nicht unbeeinflußt geblieben. So haben die Kreditinstitute, um sich Mittel für die Kreditvergabe zu beschaffen, insbesondere kurzfristige Termineinlagen mit attraktiveren Zinsen ausgestattet. Das hat dazu geführt, daß die Geldmenge M2, die solche Anlagen mitenthält, nach einer vorübergehenden Abschwächung, wieder recht deutlich zugenommen hat, wenngleich nicht mehr so stark wie zur Jahreswende. Dagegen ist die Geldmenge M3 weniger stark angestiegen. Das liegt daran, daß den Sparkonten mit gesetzlicher Kündigungsfrist, die bei dieser Ab-

grenzung zur Geldmenge zählen, immer weniger Geld zugeflossen ist; zeitweilig haben hier sogar die Abhebungen überwogen. Zumindest teilweise ist das wohl darauf zurückzuführen, daß die Zinsen für Spareinlagen nur wenig erhöht wurden. Längerfristige Bankeinlagen hingegen nahmen zu. Ebenso hat der Anteil der Finanzierungsströme, die nicht über Einlagen bei Banken, sondern über den Kapitalmarkt liefen, zugenommen.

Aufs ganze gesehen, haben die Geldanleger ihre Mittel längerfristig zur Verfügung gestellt. Wie erwähnt, dürften dabei allerdings neben den Zinsen andere Faktoren, etwa eine Stabilisierung von Erwartungen, eine wichtige Rolle gespielt haben. In jedem Fall bewirkte die verminderte Liquiditätshaltung, daß die Zentralbankgeldmenge im Verhältnis zum Bruttosozialprodukt im Laufe dieses Jahres erstmals seit längerem wieder abgenommen, die sogenannte Umlaufsgeschwindigkeit des Zentralbankgeldes also zugenommen hat (Schaubild 26).

Doch das Bemerkenswerte ist eigentlich weniger dies, als vielmehr die Tatsache, daß es dazu eines so deutlichen Zinsanstiegs bedurfte. Die beobachtete, recht bescheidene Mobilisierung von Reserven, die in der Liquiditätshaltung der Wirtschaft liegen, hätte man angesichts der vermuteten Größe dieser Reserven eigentlich schon bei geringeren Zinssteigerungen erwartet.

Stabiler Kapitalmarkt

197. Im vergangenen Jahr hatte der Kapitalmarkt immer wieder Zeichen der Nervosität aufgewiesen. Zwar war die Situation trotz lebhafter Kapitalnachfrage zunächst noch durch ungewöhnlich niedrige Zinsen und so gesehen durch eine hohe Anlageneigung geprägt gewesen. Doch zu einem soliden Vertrauen auf einen anhaltend niedrigen Zins war es nicht gekommen. In erster Linie hat das wohl daran gelegen, daß sich im Verlauf des Jahres schon abzeichnete, daß die Privaten verstärkt Kredite nachfragen würden, ohne daß gleichzeitig das Defizit in den öffentlichen Haushalten zurückgeführt wurde. Angesichts dieser Situation hatten vor allem die Banken, die ihre hohe Liquiditätsausstattung zunächst noch zu Anlagen am Kapitalmarkt genutzt hatten, aber dafür gerüstet bleiben wollten, im Falle einer Belebung der Kreditnachfrage ihrer Kunden diese auch bedienen zu können, Unsicherheit in den Kapitalmarkt getragen, indem sie sich unstetig verhielten. Erschwerend kam das unstetige Anlageverhalten der Ausländer hinzu, die zwar jeweils nur einen geringen Teil der angebotenen Papiere erwarben, deren rasch wechselnde Dispositionen aber mehrfach das auslösende Moment für eine Änderung der Nachfrage bildeten. Kurz, die Erwartung künftiger Kapitalnachfrage und eine Stimmung der Unsicherheit waren es anscheinend, die den Kapitalmarktzins trotz expansiver Geldpolitik und gelegentlich nicht unbeträchtlicher kurserhöhender Offenmarktkäufe schon im Verlauf des Jahres 1978 deutlich steigen ließen. Insoweit war also der höhere Zins Marktreflex einer sich verschlechternden Anlageneigung, nicht aber Anreiz für eine längerfristige Kapitalanlage.

Allerdings hatte sich der Kapitalmarkt auf diese Weise, was die Zinsen angeht, schon frühzeitig auf die höhere Kapitalnachfrage im Jahre 1979 eingestellt. Seit der Jahreswende zeigt sich der Markt jedenfalls recht robust. Zwar haben die Banken, was zu erwarten war, wegen der Bedienung einer erhöhten Nachfrage nach Bankkrediten nur noch in geringem Maße Wertpapiere erworben, zumal die straffere Geldpolitik nicht einfach beides erlaubte. Anders als im vergangenen Jahr, als die Schwankungen des Kapitalangebots von Kreditinstituten und privaten Nichtbanken eher parellel verliefen und sich so verstärkten, hat die Anlageneigung der privaten Anleger jetzt jedoch kompensierend gewirkt (Schaubild 30).

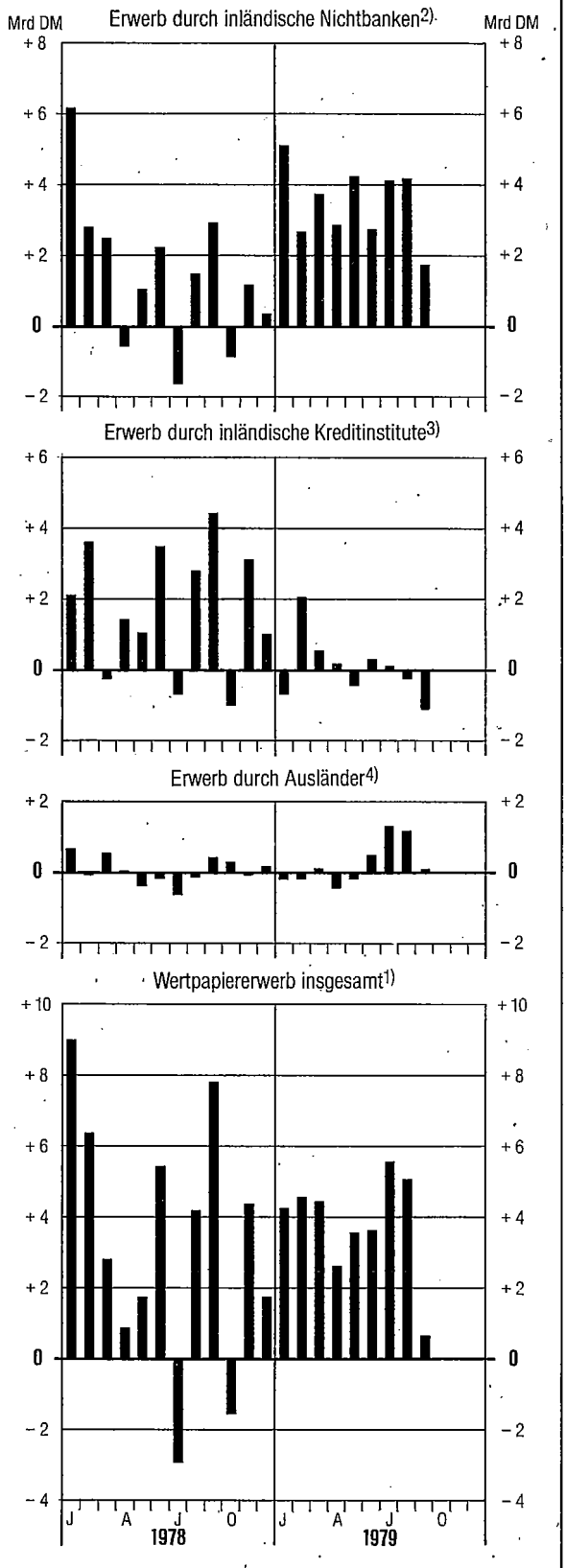
Nur zu Jahresanfang war deren Bereitschaft, an den Kapitalmarkt zu gehen, noch schwach. Dann aber festigte sich anscheinend das Vertrauen, daß die Kapitalmarktzinsen auch in langfristiger Betrachtung ein durchaus attraktives Niveau erreicht hatten, und die zuvor zumindest einen Teil der potentiellen Anleger bestimmende Erwartung künftig weiter steigender Zinsen verlor an Gewicht (Ziffer 203). In der Zeit von Januar bis September 1979 erwarben die privaten Anleger für rund 32 Mrd D-Mark Rentenwerte. Im entsprechenden Zeitraum des Vorjahres waren es nur etwa halb so viel gewesen, und davon wiederum war der weitaus größte Teil auf das erste Quartal 1978 entfallen, als der Kapitalmarkt noch sehr aufnahmefähig war.

Zum allergrößten Teil wurden die Wertpapiere direkt von Sparern erworben. Aber auch die Kapitalgesellschaften haben im Sommer wieder verstärkt Rentenwerte gekauft. Versicherungen, denen sich auch anderweitig, etwa bei der Wohnungsbaufinanzierung, gute Anlagemöglichkeiten boten, haben weniger Rentenwerte erworben als vor Jahresfrist.

198. Das verhältnismäßig hohe Mittelaufkommen kam in erster Linie dem Absatz von Kommunalobligationen zugute, über die sich Kreditinstitute einen großen Teil der Mittel zur Finanzierung von Krediten an öffentliche Stellen beschaffen, und den sonstigen Bankschuldverschreibungen, die vorwiegend der Kreditgewährung an Private dienen (Tabelle 22). Dagegen blieb der Absatz von Pfandbriefen weit hinter den entsprechenden Werten des Vorjahres zurück, und auch die öffentliche Hand hat über den Kapitalmarkt deutlich weniger Mittel direkt aufgenommen als im entsprechenden Zeitraum des Vorjahres. Allerdings wurde bei Bundesanleihen der Vorjahresabsatz weit übertroffen. Neue Industrieobligationen wurden in diesem Jahr bisher nicht begeben. Die Tilgungen eingerechnet, sind dem Markt netto von daher also Mittel zugeflossen.

Insgesamt sind am Kapitalmarkt 1979 in den ersten neun Monaten für rund 34 Mrd D-Mark netto Wertpapiere verkauft worden. Das ist zwar etwas weniger als im gleichen Vorjahreszeitraum, aber man muß dabei berücksichtigen, daß das Vorjahresergebnis wesentlich durch den hohen Absatz in den ersten drei Monaten bestimmt wurde, der für das Jahr im ganzen untypisch war. Zudem muß man beachten, daß die Bundesbank 1978 mit größeren Be-

Schaubild 30



1) In- und ausländische Rentenwerte (ohne Offenmarktoperationen der Deutschen Bundesbank). – 2) Enthält auch den Erwerb in- und ausländischer Wertpapiere. – 3) Buchwerte. – 4) Netto-Erwerb (+) bzw. Netto-Veräußerung (–) inländischer Rentenwerte durch Ausländer; Transaktionswerte.

Quelle: Deutsche Bundesbank

SR 79 0722

trägen als Käufer aufgetreten war und daß die Kreditinstitute ihre Eigenbestände, nicht immer freiwillig, beträchtlich erhöht hatten. Von solchen Einflüssen bereinigt, standen dem Markt in diesem Jahr 33 Mrd D-Mark zur Verfügung, etwa ebensoviel wie in den ersten neun Monaten 1978.

Auch die Verlängerung der Laufzeiten in diesem Jahr zeigte wieder eine deutlich verbesserte Anlageneigung an. Die Entspannung am Rentenmarkt ging so weit, daß im Sommer, als Ausländer am deutschen Markt wieder verstärkt als Käufer auftraten, die Zinsen vorübergehend leicht sanken. In jüngster Zeit sind die Zinsen, nicht zuletzt in Erwartung der D-Mark-Anleihe der Vereinigten Staaten (Carter-Bonds) und bei dem nachlassenden Kaufinteresse der Ausländer, wieder gestiegen.

199. Der Anteil, zu dem die öffentliche Hand das Mittelaufkommen des Kapitalmarkts in Anspruch nimmt, ist gegenüber dem Vorjahr deutlich gesunken; er ist aber immer noch hoch. Über die Hälfte der Mittel, die der Markt zur Verfügung stellte, haben die öffentlichen Haushalte entweder direkt über öffentliche Anleihen oder indirekt über Kommunalobligationen, mit denen sich die Banken vor allem für die Vergabe von Krediten an den Staat refinanzieren, in Anspruch genommen. Will man einen Eindruck davon gewinnen, wie stark der Staat die Anlagebereitschaft für sich genutzt hat, muß man auch die Fristen der zusätzlichen Schulden in die Betrachtung einbeziehen. Bei den Banken haben sich die öffentlichen Haushalte ausschließlich längerfristig verschuldet. Die Fristen der am Kapitalmarkt aufgenommenen Kredite haben sich deutlich verlängert. Bei den kurzfristigen Titeln (Laufzeiten bis zu vier Jahren) haben die Tilgungen die Neuemissionen weit übertroffen. Der Absatz der langfristigen Titel (Laufzeiten über vier Jahre) war fast doppelt so hoch wie 1978. Seinerzeit hatte sich die Neuverschuldung etwa gleichmäßig auf kurzfristige und langfristige Titel aufgeteilt.

200. Am Aktienmarkt setzte sich die Hausse des vergangenen Jahres nicht fort. Am Jahresanfang erreichten die Kurse noch einmal ein Hoch, nachdem es vor dem Jahreswechsel zu schwächerer Nachfrage gekommen war. Seitdem sind die Aktienkurse der Tendenz nach gefallen. Der Nettoabsatz blieb gering. Zum Herbst hin bestimmten zeitweilig wieder Kurssteigerungserwartungen den Markt. Der Absatz belebte sich, und die Kurse stiegen leicht an. Im November erreichten sie dann aber den niedrigsten Stand im bisherigen Jahresverlauf.

Veränderte Zinsstruktur

201. Im Rahmen der Entwicklung aller Zinsen ist die Entwicklung der Zinsen am Kapitalmarkt nach wie vor von besonderer Bedeutung, weil sich hierin außer der Kapitalnachfrage die gesamtwirtschaftlich wichtige Anlageneigung der Geldvermögensbesitzer am deutlichsten spiegelt. Doch weil der Anteil der Finanzierungsvorgänge zugenommen hat, bei denen das Zinsänderungsrisiko nicht mehr der

Tabelle 22

Mittelaufkommen und Netto-Absatz festverzinslicher Wertpapiere inländischer Emittenten

Mio DM Nominalwert

Zeitraum	Mittelaufkommen[1]	Netto-Absatz festverzinslicher Wertpapiere inländischer Emittenten[2]						
		Insgesamt	Industrieobligationen[3]	Bankschuldverschreibungen[4]		Anleihen der öffentlichen Hand[5]	Kapitalmarktbeanspruchung durch inländische öffentliche Stellen[6]	Nachrichtlich: Veränderung des Aktienumlaufs
				zusammen	darunter Kommunalobligationen			
1967	13 719	15 321	892	9 338	5 384	5 094	10 478	1 631
1968	18 072	17 795	− 70	14 166	8 429	3 700	12 129	2 054
1969	12 850	13 479	− 164	13 033	7 542	610	8 152	2 647
1970	14 385	15 059	220	12 769	7 941	2 069	10 010	1 770
1971	20 565	21 267	1 463	15 341	7 335	4 464	11 799	4 108
1972	34 426	35 043	799	26 838	13 109	7 402	20 511	4 064
1973	25 038	26 825	− 525	23 005	4 563	4 365	8 928	2 823
1974	24 638	26 655	− 370	20 989	9 266	6 033	15 299	3 611
1975	40 487	48 924	− 166	35 621	23 969	13 471	37 440	5 352
1976	54 393	48 361	− 545	32 023	21 419	16 883	38 302	2 696
1977	50 503	50 474	− 417	29 699	16 651	21 191	37 842	4 095
1978	36 307	44 620	−1 023	31 404	16 307	14 239	30 546	2 663
1978 1. Vj.	17 132	18 267	− 192	14 870	7 991	3 588	11 579	580
2. Vj.	6 320	10 722	− 274	7 240	3 408	3 756	7 164	64
3. Vj.	8 690	12 701	− 229	9 215	4 362	3 716	8 078	1 010
4. Vj.	4 165	2 930	− 328	79	546	3 179	3 725	1 009
1979 1. Vj.	12 972	14 923	− 232	14 444	7 677	711	8 388	460
2. Vj.	9 273	10 746	− 189	9 333	4 742	1 602	6 344	766
3. Vj.	10 784	8 334	− 203	6 959	2 957	1 578	4 535	655
1979 Jan	4 428	5 218	− 67	5 024	2 486	261	2 747	239
Feb	4 274	5 112	− 70	4 219	2 447	964	3 411	48
Mär	4 270	4 593	− 95	5 201	2 744	− 514	2 230	173
Apr	2 247	3 228	− 93	2 611	1 194	710	1 904	107
Mai	3 323	4 030	− 29	3 207	1 449	852	2 301	167
Jun	3 703	3 488	− 67	3 515	2 099	40	2 139	492
Jul	5 479	4 211	− 101	3 182	2 003	1 130	3 133	314
Aug	4 668	3 725	− 46	3 361	1 678	410	2 088	224
Sep	637	398	− 56	416	− 724	38	− 686	177

[1]) Netto-Absatz (zu Kurswerten) inländischer Rentenwerte plus/minus Veränderungen der Eigenbestände der Emittenten abzüglich Erwerb durch die Bundesbank (zu Buchwerten).
[2]) Bruttoabsatz abzüglich Tilgung. Negatives Vorzeichen: Tilgung übersteigt den im Berichtszeitraum neu abgesetzten Betrag.
[3]) Einschließlich Wandelschuldverschreibungen industrieller Emittenten.
[4]) Ab 1969 ohne Bank-Namensschuldverschreibungen.
[5]) Einschließlich Bundesbahn und Bundespost, jedoch ohne von der Lastenausgleichsbank für den Lastenausgleichsfonds begebene Schuldverschreibungen.
[6]) Kommunalobligationen und Anleihen der öffentlichen Hand.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Geldgeber, sondern der Investor trägt (Kredite mit variablem Zins), hat die Entwicklung der kurzfristigen Zinsen auch für längerfristige Finanzierungen an Bedeutung gewonnen.

Im Jahre 1979 ist es zu einer deutlichen Verschiebung in den Zinsrelationen gekommen. Die kurzfristigen Zinsen sind sehr viel stärker gestiegen als die langfristigen. Der Abstand zwischen beiden hat sich also stark verringert.

Das ist in Zeiten, in denen Geld knapper wird, weil wegen einer konjunkturell steigenden Ausgabeneigung mehr Geld gebraucht wird, nichts Ungewöhnliches. Eine konjunkturelle Geldverknappung schlägt auf die kurzfristigen Zinsen stärker durch als auf die langfristigen, weil zu erwarten ist, daß das erhöhte Zinsniveau nicht von Dauer sein wird, und weil die langfristigen Anlagen noch in Zeiten hineinreichen, für die wieder niedrigere Zinsen erwartet werden. Zu einer ausreichend festen Erwartung künftig wieder niedriger Zinsen wird es allerdings nur kommen, wenn Vertrauen hinsichtlich der Entwicklung des Geldwerts die Kapitalanlage bestimmt, wenn also etwa eine aktuell starke Steigerung des Preisniveaus als vorübergehend angesehen wird. Andernfalls würden die Anleger dazu neigen, Geld kurzfristig auszuleihen und abwarten, bis die Kapitalnachfrager einen Zins bieten, der den Inflationserwartungen entspricht.

202. So gesehen, lassen der Wandel in der Zinsstruktur und die vergleichsweise hohe Anlageneigung den Schluß zu, daß die starke Beschleunigung des Preisauftriebs in diesem Jahr noch nicht zum Anlaß genommen worden ist, die Chancen für eine wirksame Stabilitätspolitik schon wieder wesentlich ungünstiger einzuschätzen.

Für Ende Januar 1979 weist die Bundesbank bei der von ihr geschätzten Zinsstruktur, die die Renditesätze von Titeln mit unterschiedlicher Restlaufzeit widergibt, für Wertpapiere mit einer Restlaufzeit von einem Jahr einen Zinssatz von $4^1/_2$ % und für solche mit einer Restlaufzeit von zehn Jahren einen Zinssatz von 7 % aus (Schaubild 31). Der langfristige Zins lag also zu diesem Zeitpunkt noch deutlich über dem kurzfristigen. Ende Oktober hingegen übertrafen die Zinsen für die kurzfristige Kapitalanlage den langfristigen Zins.

203. Auch die straffe Geldpolitik hat bei dieser Entwicklung vermutlich eine wichtige Rolle gespielt, und zwar in doppelter Weise.

Zu dem Bemühen, die monetäre Expansion einzudämmen, setzte die Bundesbank bei den Refinanzierungsspielräumen der Banken und bei den Leitzinsen für den Geldmarkt an. Auf den langfristigen Markt wirkte sie direkt nicht ein. Die Verteuerung der kurzfristigen Kredite strahlte zwar auf den Kapitalmarkt aus, aber nur bis dort — ziemlich rasch — ein Zins erreicht war, bei dem mit weiteren Zinssteigerungen nicht mehr gerechnet wurde. Daß es dazu schon bei einer Kapitalmarktrendite von rund 8 % kam, mag man durchaus dem Eindruck zuschreiben, den die straffe Geldpolitik auf die längerfristigen Inflationserwartungen ausübte.

204. Geholfen hat aber sicherlich auch das dem Kapitalmarkt vom Ausland zuströmende Angebot an längerfristigen Mitteln. Es dürfte dazu beigetragen haben, die Kurse längerfristiger Papiere steigen, das heißt ihre Rendite sinken zu lassen. Ausländische Anleger dürfen nur Wertpapiere mit einer Restlaufzeit von mehr als vier Jahren erwerben. In welchem Maße das Zinsgefüge dadurch beeinflußt wurde, ist allerdings ungewiß. Man kann durchaus annehmen, daß die Wirkungen dieses Mittelzustroms auf die Kurse im großen und ganzen zu den am Markt im übrigen vorherrschenden Erwartungen gepaßt haben. Sonst wäre es vermutlich über Ausweichentscheidungen anderer Anleger bald zu einer Korrektur gekommen, zumal der Zustrom aus dem Ausland nicht stetig war.

205. Vom Kapitalmarkt abgesehen, verändert sich das Verhältnis der Zinsen zueinander auch deshalb, weil die Wettbewerbsbedingungen nicht an allen Märkten gleich sind. Das mag sowohl an unterschiedlichem Verhalten der Kreditinstitute als auch an dem ihrer Kunden liegen.

Zwei solche Märkte sind der Markt für Termineinlagen und der Markt für Spareinlagen. Während die Sparzinsen regelmäßig nur sehr zögernd verändert werden, passen die Banken die Zinsen für Termineinlagen ziemlich rasch den wechselnden Bedingungen an. So lagen in den ersten neun Monaten des vergangenen Jahres die Sparzinsen für Einlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist um $^1/_2$ Prozentpunkt und weniger unter den Zinsen für dreimonatige Festgelder, während der Abstand ab Sommer dieses Jahres über 2 Prozentpunkte ausmachte.

Auch die Zinsen von Termineinlagen unterschiedlicher Höhe haben sich, wie schon in früheren Phasen geringer Bankenliquidität, auseinander entwickelt. Betrug der Abstand zwischen dem durchschnittlichen Zins für dreimonatige Termineinlagen bis eine Million D-Mark und Einlagen von mehr als einer Million D-Mark im Januar noch 0,5 Prozent, so lagen diese Zinsen ab Juli rund 1 Prozent auseinander. Anleger von größeren Beträgen dürften den Umstand, daß sie wegen der geringen Liquiditätsreserven eine stärkere Verhandlungsposition hatten, ausgenutzt haben.

Bei den Kontokorrentkrediten haben sich die Zinsen für unterschiedlich große Kredite dagegen einander angenähert, ein Zeichen dafür, daß hier die Position der Kreditinstitute stärker geworden ist und daß sie bei größeren Kreditnehmern weniger zu Zugeständnissen bereit sein müssen als in Zeiten reichlicher Liquiditätsversorgung.

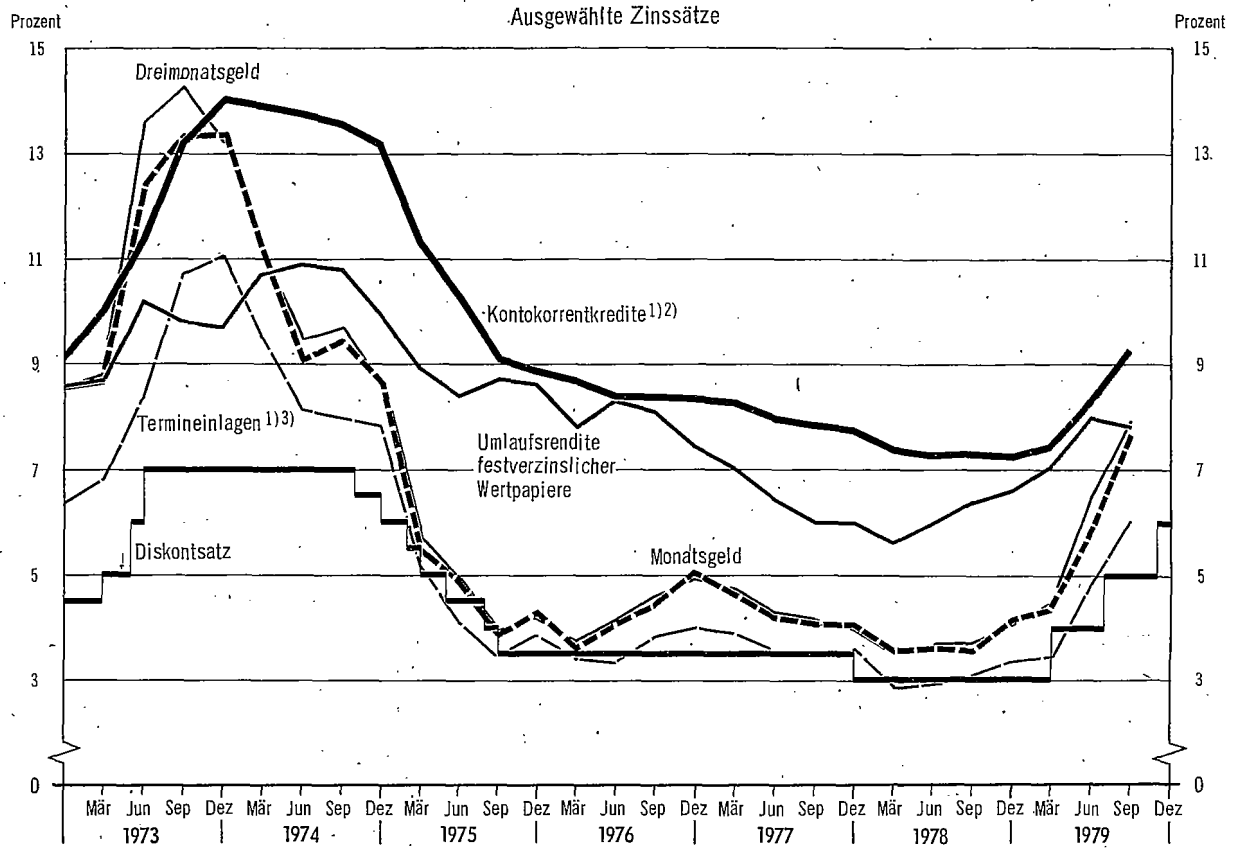
Zahlungsbilanz: Abbau des Leistungsbilanzüberschusses

206. Die Zahlungsbilanz der Bundesrepublik stand in diesem Jahr bisher im Zeichen einer Passivierungstendenz in der Leistungsbilanz (Tabelle 23). Nach einem Überschuß von 17 $^1/_2$ Mrd DM im Vorjahr ist selbst für das ganze Jahr 1979 ein Leistungsbilanzdefizit durchaus möglich. Das wäre das erste Mal seit 1965. Daneben erscheint die Umkehr in den

Schaubild 31

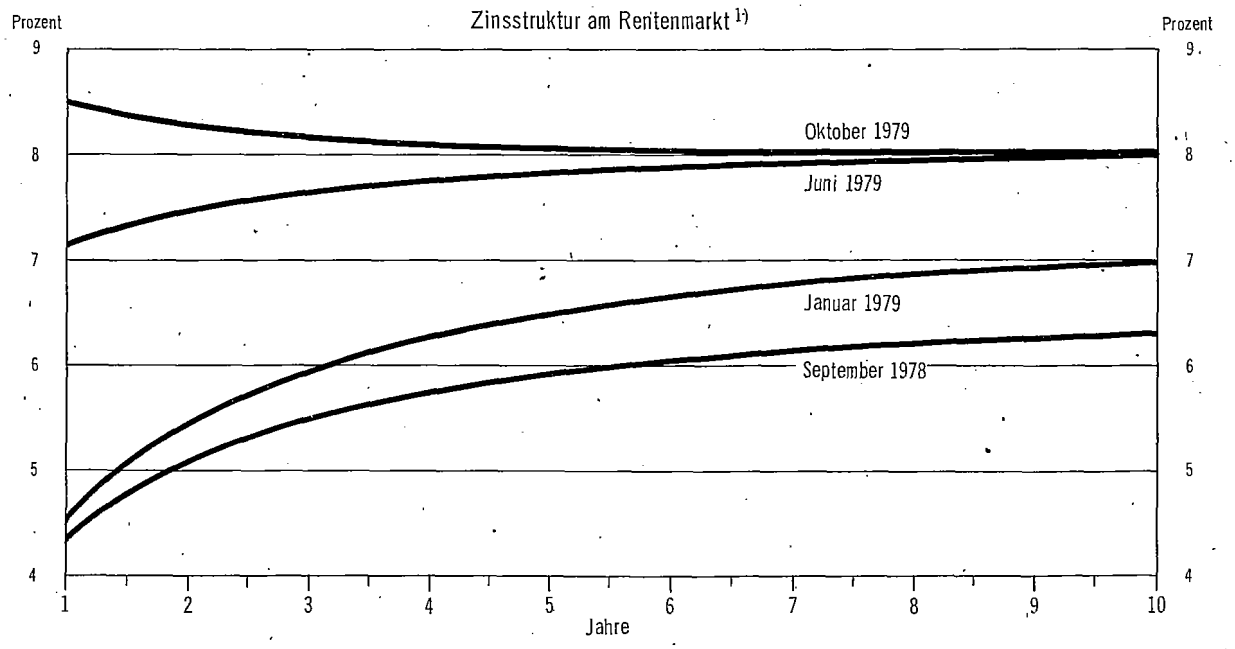
ENTWICKLUNG DER ZINSEN

Ausgewählte Zinssätze



1) Bis April 1975 Ergebnisse der Zinserhebungen bei rund 500 ausgewählten Kreditinstituten bzw. Filialen von Kreditinstituten. Die dargestellten Zinssätze sind Durchschnitte aus Zinsgrößenklassen, zusammengewogen mit der prozentualen Verteilung nach der Häufigkeit der gemeldeten Zinssätze. Ab Mai 1975 Durchschnittssätze als ungewogenes arithmetisches Mittel aus den innerhalb der Streubreite liegenden Zinsmeldungen. Die Streubreite wird ermittelt, indem jeweils 5 vH der Meldungen mit den höchsten und den niedrigsten Zinssätzen ausgesondert werden. – 2) Kontokorrentkredite unter 1 Mio DM. – 3) Festgelder unter 1 Mio DM mit vereinbarter Laufzeit von 3 Monaten.

Zinsstruktur am Rentenmarkt 1)



1) Rendite der umlaufenden Bundesanleihen mit einer Restlaufzeit von ... Jahren. – Schätzwerte (Zur Methode der Berechnung siehe Statistische Beihefte zu den Monatsberichten der Deutschen Bundesbank, Reihe 2: Wertpapierstatistik). In die Berechnung einbezogen sind alle teil- und gesamtfälligen tarifbesteuerten Anleihen von Bund, Bahn und Post mit einer Restlaufzeit von mindestens einem Jahr.

Quelle: Deutsche Bundesbank

SR 79 0696

Kapitalströmen im Verlauf des Jahres besonders bemerkenswert. In den ersten fünf Monaten ergab sich in der Kapitalverkehrsbilanz ein Defizit von mehr als 16 Mrd DM, während in den anschließenden Monaten der Kapitalimport deutlich überwog. Zum großen Teil spiegeln sich darin die Interventionen der Bundesbank, die bis in den Mai hinein ihre Auslandsaktiva verminderte, im weiteren Verlauf des Jahres aber wieder D-Mark abgegeben hat.

207. Der Leistungsbilanzsaldo für das ganze Jahr 1979 ist allerdings noch eine Prognosegröße. In den ersten neun Monaten hat sich ein Defizit von knapp 7 Mrd DM ergeben, verglichen mit einem Überschuß von 8 1/2 Mrd DM im entsprechenden Zeitraum des Vorjahres. Diese Entwicklung war Ergebnis einer starken Verringerung des Überschusses in der Handelsbilanz und eines weiter ansteigenden Defizits in der Dienstleistungsbilanz. In der Han-

Tabelle 23

Zur Entwicklung der Zahlungsbilanz

Salden in Mio DM

Zeitraum	Leistungsbilanz				Kapitalbilanz[5])			Statistisch nicht aufgliederbare Transaktionen[6])	Ausgleichsposten zur Auslandsposition der Bundesbank[7])	Devisenbilanz[8])
	insgesamt[1])	Handelsbilanz[2])	Dienstleistungsbilanz[1])[3])	Übertragungsbilanz[4])	insgesamt	langfristiger Kapitalverkehr	kurzfristiger Kapitalverkehr			
1965	− 6 223	+ 1 203	− 1 049	− 6 377	+ 2 142	+ 1 137	+ 1 005	+2 798	—	− 1 283
1966	+ 488	+ 7 958	− 1 175	− 6 295	− 599	− 342	− 257	+2 063	—	+ 1 952
1967	+10 006	+16 862	− 434	− 6 422	−11 848	− 2 930	− 8 918	+1 702	—	− 140
1968	+11 856	+18 372	+ 796	− 7 312	− 6 125	−11 201	+ 5 076	+1 278	—	+ 7 009
1969	+ 7 498	+15 584	+ 664	− 8 750	−18 679	−23 040	+ 4 361	+ 919	− 4 099	−14 361
1970	+ 3 183	+15 670	− 2 728	− 9 759	+15 113	− 934	+16 047	+3 616	+ 738	+22 650
1971	+ 2 888	+15 892	− 1 507	−11 497	+10 614	+ 6 293	+ 4 322	+2 853	− 5 370	+10 986
1972	+ 2 561	+20 278	− 3 708	−14 009	+12 017	+15 551	− 3 535	+1 112	− 495	+15 195
1973	+12 289	+32 979	− 5 098	−15 592	+13 226	+12 950	+ 277	+ 913	−10 279	+16 149
1974	+25 479	+50 846	− 9 314	−16 053	−24 835	− 5 782	−19 052	−2 550	− 7 231	− 9 137
1975	+ 8 522	+37 276	−10 865	−17 889	−11 879	−16 831	+ 4 952	+1 137	+ 5 480	+ 3 260
1976	+ 8 647	+34 469	− 7 736	−18 086	+ 211	− 317	+ 528	− 68	− 7 489	+ 1 301
1977	+ 9 831	+38 436	−10 786	−17 819	− 786	−12 913	+12 127	+1 406	− 7 880	+ 2 570
1978	+17 584	+41 200	− 6 203	−17 414	+ 6 247	− 2 273	+ 8 520	−4 060	− 7 586	+12 185
1978 1. Vj.	+ 4 362	+ 9 188	+ 328	− 5 155	+ 516	+ 3 019	− 2 504	− 332	—	+ 4 546
2. Vj.	+ 3 736	+10 254	− 1 693	− 4 825	− 6 179	− 5 065	− 1 114	−1 679	—	− 4 123
3. Vj.	+ 426	+ 9 584	− 4 939	− 4 218	+ 7 044	+ 1 823	+ 5 221	−1 150	—	+ 6 320
4. Vj.	+ 9 061	+12 175	+ 102	− 3 216	+ 4 867	− 2 050	+ 6 917	− 898	− 7 586	+ 5 443
1979 1. Vj.	+ 2 613	+ 7 826	− 428	− 4 785	−10 204	− 687	− 9 518	−1 730	+ 534	− 8 788
2. Vj.	− 2 102	+ 7 060	− 3 863	− 5 299	+ 1 596	+ 3 903	− 2 307	−1 674	—	− 2 180
3. Vj.	− 7 433	+ 3 478	− 6 176	− 4 734	+20 572	+ 8 490	+12 082	−3 480	—	+ 9 659

[1]) Einschließlich des Saldos des Transithandels sowie der hier nicht gesondert ausgewiesenen Ergänzungen zum Warenverkehr (hauptsächlich Lagerverkehr auf inländische Rechnung und Absetzung der Rückwaren und der Lohnveredelung).

[2]) cif, Ausfuhr fob.

[3]) Ohne die im cif-Wert der Einfuhr enthaltenen Fracht- und Versicherungskosten.

[4]) Insbesondere: Öffentliche Leistungen an internationale Organisationen, Überweisungen ausländischer Arbeitskräfte, Unterstützungszahlungen, Renten und Pensionen (Eigene Leistungen: −).

[5]) Kapitalexport: −.

[6]) Saldo der im Leistungs- und Kapitalverkehr (= Restposten). Angaben im 3. Vierteljahr 1979 vorläufig und mit dem Vorjahr nicht voll vergleichbar.

[7]) Gegenposten zu Auslandsposition der Bundesbank, die nicht auf den und Kapitalverkehr mit dem Ausland zurückgehen: Hauptsächlich Zuteilungen von IWF-Sonderziehungsrechten und Änderungen des DM-Wertes der Auslandsposition der Bundesbank auf Grund von Paritätsänderungen.

[8]) Veränderung der Netto-Auslandsaktiva der Bundesbank einschließlich der deutschen Reserveposition im IWF und der Sonderziehungsrechte (Zunahme: +).

Quelle: Deutsche Bundesbank

delsbilanz stand einer kräftigen Steigerung der Ausfuhr eine noch stärkere Zunahme bei der Einfuhr gegenüber, wobei der starke Anstieg der Preise für Rohstoffe und Halbwaren, insbesondere für Mineralöl und Mineralölerzeugnisse, eine ausschlaggebende Rolle spielte. Der Wert dieser Importe machte von Januar bis Juli dieses Jahres mehr als 50 Mrd DM aus, während er im entsprechenden Zeitraum des Vorjahres rund 39 Mrd DM betragen hatte. Daß dieses Mal nicht wie 1974, nach der ersten sprunghaften Ölverteuerung, alsbald kompensierende Einflüsse wirksam wurden, muß man im Zusammenhang mit den Unterschieden in der konjunkturellen Situation sehen. Damals ging aus Gründen der gedämpften Konjunktur im Inland und der Hochkonjunktur in den meisten anderen Ländern die Zunahme der Ausfuhr weit über die der Einfuhr hinaus. Jetzt traf die Anhebung der Ölpreise die heimische Wirtschaft in einer Phase, in der ihre konjunkturelle Lage eher besser war als die der Partnerländer. Allein deshalb war ein geringerer Leistungsbilanzüberschuß zu erwarten. Außerdem dürfte die fortgesetzte Höherbewertung der D-Mark in den letzten Jahren nachwirken.

Bei der Erhöhung des Defizits in der Dienstleistungsbilanz hat die anhaltende Zunahme der Ausgaben im Reiseverkehr die entscheidende Rolle gespielt. Daneben hat sich auch der Überschuß bei den Kapitalerträgen verringert, nicht zuletzt, weil die Zinszahlungen für die Nettokapitalimporte des vergangenen Jahres die Zinserträge übertreffen, die die Bundesbank aus den zusätzlichen Währungsreserven erzielt.

In dem Zeitraum, für den bis jetzt die Werte vorliegen, sind die Sommermonate enthalten, in denen auch in den vergangenen Jahren, jahreszeitlich bedingt, der Leistungsbilanzsaldo negativ, oder doch nur mäßig positiv war. Im letzten Quartal des Jahres, üblicherweise der Zeit besonders hoher Überschüsse, mag es dazu kommen, daß das Leistungsbilanzdefizit der ersten neun Monate noch ausgeglichen wird. Sehr wahrscheinlich ist dies aber nicht.

208. Mit dem vorläufigen Ende der Erwartungen hinsichtlich einer weiteren Höherbewertung der D-Mark kehrte sich, wie erwähnt, zu Beginn des Jahres auch das Vorzeichen des Saldos der Kapitalverkehrsbilanz um. War in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres im großen Umfang Kapital hereingeflossen, insbesondere kurzfristiges, so folgten nun die Kapitalströme wieder dem Zinsgefälle; für Anleger wurde das Ausland wieder attraktiver, für Kreditnehmer der heimische Markt, obwohl auch hier die Zinsen stiegen. In den ersten fünf Monaten schloß die kurzfristige Kapitalbilanz mit einem Defizit von über 16 Mrd DM.

Die langfristige Bilanz des Kapitalverkehrs war in dieser Zeit ausgeglichen. Allerdings kam dieser Ausgleich nicht zuletzt dadurch zustande, daß deutsche Banken im März Carter-Notes in großem Umfang erwarben; in den anderen vier Monaten überwogen dagegen langfristige Kapitalimporte.

Ab Juni änderte sich das Gesamtbild wieder grundlegend. Neu aufkommende Abwertungserwartungen bezüglich des Dollar und die Erwartung einer Aufwertung der D-Mark im Europäischen Währungssystem, die im September auch beschlossen wurde, führten in den Monaten Juni bis September erneut zu einem Überschuß in der Kapitalverkehrsbilanz, und zwar zu einem Überschuß von 28 Mrd DM. Beim langfristigen Kapitalimport war der Saldo rund 12 Mrd DM, beim kurzfristigen 16 Mrd DM. Dabei muß auch noch berücksichtigt werden, daß das Verbot für Ausländer, inländische Rentenwerte mit Laufzeiten unter vier Jahren zu erwerben, den kurzfristigen Kapitalimport hemmt.

209. Den Veränderungen in der Leistungs- und Kapitalverkehrsbilanz entsprechen die kräftigen Ausschläge in der Devisenbilanz. Hatte die Bundesbank von Mitte bis Ende 1978 Devisen im Werte von rund 20 Mrd DM angekauft, was allgemein als sehr hoch empfunden wurde und manche Beobachter an die Zeiten fester Wechselkurse erinnerte, so schlug mit Beginn dieses Jahres das Pendel in die andere Richtung aus; von Mitte Januar bis Mitte Mai konnte die Bundesbank, ohne den Dollarkurs zu drücken, wieder Dollar für 20 Mrd DM abgeben. Im Europäischen Währungssystem hat sie kaum intervenieren müssen. Für die Eindämmung der vorher starken Geldmengenexpansion war diese Entwicklung durchaus hilfreich.

Im weiteren Verlauf des Jahres hat die Bundesbank dann aber in beträchtlichem Umfang Devisen gekauft. Vor allem der erneute Abwertungsdruck auf den Dollar und Spekulationen auf Veränderungen im Europäischen Währungssystem waren der Anlaß.

VII. Öffentliche Haushalte weiter expansiv

210. Die expansive Linie, welche die Finanzpolitik im Jahre 1978 verfolgt hatte, ist im Jahre 1979 verstärkt fortgesetzt worden. Der Kurswechsel im Jahre 1977, eine Antwort auf die damals unbefriedigende konjunkturelle Entwicklung, hatte seinen Niederschlag in einer Vielzahl steuer- und ausgabenpolitischer Maßnahmen gefunden, die prägend für die konjunkturellen Impulse der Finanzpolitik im Jahre 1978 waren (JG 78 Ziffern 174ff.). Gleichwohl hielt die steuerpolitische Diskussion an, nicht zuletzt deshalb, weil sich für das Jahr 1979 kräftige Auftriebstendenzen nicht abzeichneten. Dies führte zur Verabschiedung eines Pakets von Maßnahmen (Tabelle 24), welches zum Teil 1979, zum Teil erst 1980 und 1981 in Kraft treten sollte. Zu den expansiven Anstoßwirkungen, die schon früher auf den Weg gebracht worden waren, traten nun erneut Steuerentlastungen und auch ausgabenwirksame Maßnahmen hinzu. Das Hauptgewicht lag auf der Einnahmenseite.

In diesem Jahr kommt es auf der Einnahmenseite der öffentlichen Haushalte zu einem Tausch zwischen Einkommen- und Umsatzsteuer, der, nimmt man die Senkung der Einkommensteuer und die Anhebung der Mehrwertsteuer zusammen, mit erheblichen Einnahmenausfällen des Staates verbunden ist.

Tabelle 24

Finanzpolitisch wichtige Ereignisse

Datum	
1978	
17. November	Der Bundestag verabschiedet das Steueränderungsgesetz 1979 sowie die weiteren Gesetzesänderungen, die Bestandteil des Maßnahmenpaketes der Bundesregierung vom 28. Juli 1978 gewesen waren, in der Fassung, auf die sich der Vermittlungsausschuß von Bundestag und Bundesrat am selben Tag geeinigt hatte: 1. Einkommensteuer: Erhöhung des Grundfreibetrags von 3 300 DM (Ledige)/6 600 DM (Verheiratete) auf 3 690 DM/7 380 DM. Volle Beseitigung des Tarifsprungs beim Übergang aus der proportionalen in die progressive Besteuerung. Einführung des auf 9 000 DM begrenzten Realsplittings bei der Besteuerung von unterhaltsverpflichteten Geschiedenen (sämtlich ab 1979). Erhöhung des Vorwegabzugs bei den Sonderausgaben von bisher 1 500 DM (Ledige)/3 000 DM (Verheiratete) auf 2 500 DM/5 000 DM. Anerkennung von Kinderbetreuungskosten in Höhe von 1 200 DM je Jahr als außergewöhnliche Belastung (beides ab 1980). 2. Umsatzsteuer: Erhöhung der Steuersätze von 6 vH/12 vH auf 6,5 vH/13 vH ab 1. Juli 1979. 3. Gewerbesteuer: Abschaffung der Lohnsummensteuer. Erhöhung des Freibetrags für natürliche Personen bei der Gewerbeertragsteuer von 24 000 DM auf 36 000 DM (jeweils ab 1980). Erhöhung des Freibetrags bei der Gewerbekapitalsteuer von 60 000 DM auf 120 000 DM. Einführung eines Freibetrags in Höhe von 50 000 DM für Dauerschulden bei der Gewerbekapitalsteuer (jeweils ab 1981). 4. Finanzausgleich: Ab 1980 Anhebung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer von 14 vH auf 15 vH sowie Senkung der Gewerbesteuerumlage der Gemeinden an Bund und Länder um ein Drittel. 5. Kindergeld: Erhöhung des Kindergeldes für das dritte und jedes weitere Kind ab 1. 1. 1979 um 50 DM auf 200 DM. Erhöhung des Kindergeldes für das zweite Kind um 20 DM auf 100 DM ab 1. 7. 1979. 6. Rentenversicherung: Herabsetzung der flexiblen Altersgrenze für Schwerbehinderte ab 1979 auf das 61. Lebensjahr und ab 1980 auf das 60. Lebensjahr. 7. Mutterschutz: Ab 1. 7. 1979 Einführung eines 4monatigen Mutterurlaubs im Anschluß an die 8-Wochen-Freistellung nach der Geburt des Kindes. Der Nettolohnausgleich soll bis zu monatlich 750 DM betragen bei Arbeitsplatzgarantie und fortbestehender sozialer Sicherung.
20./21. November	Der Arbeitskreis „Steuerschätzungen" erwartet für 1978 Steuereinnahmen in Höhe von 317,8 Mrd DM; das entspricht einer Steuerquote von 24,72 vH. Im Jahre 1979 werden nach dieser Schätzung unter Berücksichtigung der für 1979 vorgesehenen Steuerrechtsänderungen 332,6 Mrd DM Steuern eingehen; dies bedeutet eine Steigerung von 4,7 vH gegenüber 1978 sowie eine Verminderung der Steuerquote auf 24,02 vH.
27. November	Kleine und mittlere Unternehmen sollen von 1979 an jährlich Zuschüsse zu den Forschungs-Personalkosten bis zu 400 000 DM erhalten. Die Bundesregierung hat für diesen Zweck 300 Mio DM jährlich vorgesehen.
14. Dezember	Der Bundestag beschließt, den sogenannten „Kohlepfennig" im Durchschnitt von 4,5 vH auf 6,2 vH des Strompreises zu erhöhen.
15. Dezember	Der Finanzplanungsrat berät den Vollzug der Haushalte im laufenden Jahr und die Etatpläne der Gebietskörperschaften für 1979.
15. Dezember	Der Bundestag beschließt, rückwirkend zum 1. Januar 1978 die Zulage für gewerbliche Investitionen im Zonenrandgebiet von 7,5 vH auf 10 vH zu erhöhen. In den übrigen förderungswürdigen Gebieten beträgt seit dem 1. Januar 1978 die Zulage 8,75 vH.
1979	
1. Januar	Für Lohnsteuerzahler und Einkommensteuerzahler tritt ein neuer Steuertarif in Kraft. Für das dritte und jedes weitere Kind wird ein erhöhtes Kindergeld gezahlt. Die Renten in der gesetzlichen Rentenversicherung und in der Altershilfe für Landwirte sowie die Leistungen der Kriegsopferversorgung werden um 4,5 vH erhöht.
26. Januar	Der Bundestag verabschiedet den Haushaltsplan für das Jahr 1979. Mit 203,9 Mrd DM sollen 7,8 vH mehr als 1978 ausgegeben werden. Der Finanzierungssaldo beträgt 31,7 Mrd DM gegenüber 26,4 Mrd DM im Jahre 1978.
8. Februar	Die Bundesregierung legt einen Bericht über Möglichkeiten zur Umstellung des § 7b Einkommensteuergesetz auf ein anderes Förderungssystem und einen Bericht über die Reform des Grunderwerbsteuerrechts vor.
10. Februar	Die letzte Rate der Vermögensabgabe, die gemäß dem Lastenausgleichsgesetz seit 1952 erhoben worden war, wird fällig.

noch Tabelle 24

Datum	
1979	
14. Februar	Die Bundesregierung verabschiedet ein Existenzgründungsprogramm. Junge Unternehmen können als Eigenkapitalhilfe ein persönliches Darlehen ohne bankübliche Sicherheitsleistung in Höhe von bis zu 100 000 DM erhalten.
13.–15. März	Der Arbeitskreis „Steuerschätzungen" erwartet für 1979 Steuereinnahmen in Höhe von 337,9 Mrd DM, das sind 6,0 vH mehr als 1978 und 5,3 Mrd DM mehr, als im November letzten Jahres erwartet wurde. Die Steuerquote wird nach dieser Schätzung von 24,9 vH im Jahre 1978 auf 24,4 vH im Jahre 1979 zurückgehen und bis 1983 wieder auf 25,2 vH ansteigen.
30. März	Der Finanzplanungsrat berät erste vorläufige volks- und finanzwirtschaftliche Annahmen für die Aufstellung der Haushaltsentwürfe 1980 und für die Fortschreibung der mittelfristigen Finanzpläne bis 1983. Die Bundesregierung hält es unter Berücksichtigung der erwarteten gesamtwirtschaftlichen Entwicklung für sachgerecht, den Zuwachs der Ausgaben der Gebietskörperschaften für die Jahre ab 1980 auf eine Rate unterhalb des angestrebten Wachstums des nominalen Bruttosozialprodukts zu begrenzen.
26. April	Der Bundesfinanzminister hört 40 Verbände und Organisationen zu der Frage, ob die sogenannten „Bagatellsteuern" Zündwarensteuer, Spielkartensteuer, Salzsteuer und Essigsäuresteuer abgeschaft werden sollen.
18. Mai	Der Bundestag verabschiedet eine Neufassung des Umsatzsteuergesetzes, die im Rahmen der Harmonisierungsbemühungen in den Europäischen Gemeinschaften erforderlich geworden war. Zu den wichtigen Neuregelungen zählen die Einbeziehung der Kleinunternehmer in das Mehrwertsteuersystem sowie die Einführung der Steuerpflicht für Anzahlungen oder Vorauszahlungen.
21.–23. Mai	Der Arbeitskreis „Steuerschätzungen" hat bei einer Überprüfung der Schätzung vom März seine damaligen Ergebnisse für die Jahre 1979 bis 1983 im wesentlichen bestätigt. Für das Jahr 1979 werden jetzt 338,5 Mrd DM an Steuereinnahmen erwartet, das sind 6,1 vH mehr als im Jahre 1978.
23. Mai	Der Finanzplanungsrat empfiehlt angesichts der starken Baupreissteigerungen, die Bauaufträge der öffentlichen Hand zeitlich zu strecken und damit zu einer Verstetigung der Nachfrage nach Bauinvestitionen beizutragen.
23. Mai	Die Bundesregierung beschließt einen Nachtrag zum Haushalt 1979. Vorgesehen sind zusätzliche Ausgaben von 212 Mio DM, wovon 200 Mio DM für ein arbeitsmarktpolitisches Programm in Gebieten mit besonderen Beschäftigungsproblemen und 12 Mio DM für das Eigenkapitalhilfeprogramm vorgesehen sind. Die zusätzlichen Ausgaben werden durch Einsparungen gedeckt.
1. Juli	Die Erhöhung der Mehrwertsteuersätze auf 6,5 vH bzw. 13 vH wird wirksam. Das Gesetz über den Mutterschaftsurlaub tritt in Kraft.
5. Juli	Das Bundeskabinett verabschiedet den Haushaltsentwurf 1980 und den Finanzplan des Bundes bis 1983. Der Bundeshaushalt 1980 hat einen Umfang von 215,3 Mrd DM; dies bedeutet gegenüber 1979 einen Ausgabenzuwachs von rund 5,9 vH.
1. August	Das Bundeskabinett verabschiedet den siebten Subventionsbericht.
3. September	Die Bundesregierung verabschiedet den Entwurf eines zweiten Nachtragshaushalts. Die Mehrausgaben in Höhe von 1,2 Mrd DM, insbesondere im Rahmen energiepolitischer Maßnahmen und internationaler Verpflichtungen, sollen durch Einsparungen an anderer Stelle ausgeglichen werden. Im Haushaltsausschuß werden weitergehende Einsparungen beschlossen, so daß sich das im Haushaltsplan veranschlagte Ausgabenvolumen um rund 0,5 Mrd DM auf 203,3 Mrd DM ermäßigt. Der geplante Finanzierungssaldo beträgt nun 28,8 Mrd DM. Die Bundesregierung beschließt den Entwurf eines Gesetzes über die Gewährung eines einmaligen Heizölkostenzuschusses.
29./30. Oktober	Der Arbeitskreis „Steuerschätzungen" erwartet für 1979 Steuereinnahmen in Höhe von 343,7 Mrd DM, das sind 7,7 vH mehr als 1978 und 5,2 Mrd DM mehr, als im Mai dieses Jahres erwartet worden war. Für 1980 werden nun 368,0 Mrd DM erwartet, das sind 7,1 vH mehr als im Jahre 1979 und 7,7 Mrd DM mehr, als noch im Mai geschätzt worden war.

Die expansive Finanzpolitik zeigt sich aber auch in den Ausgabenansätzen, die für 1979 noch einmal deutlich angehoben wurden, was nicht zuletzt auf die im letzten Jahr beschlossenen Maßnahmen und auf die Aufstockung der staatlichen Investitionspläne zurückging.

211. Besteht Unsicherheit in der Einschätzung der zukünftigen konjunkturellen Dynamik, so ist die Gefahr groß, daß eine antizyklische Finanzpolitik nicht zu der tatsächlichen Entwicklung paßt. Das war 1979 der Fall. Schon gegen Ende des vergangenen Jahres war abzusehen, daß der zunächst zögerliche Aufschwung an Kraft und Breite gewonnen hatte und sich in das Jahr 1979 hinein fortsetzen würde. In den Haushaltsplänen für 1979 ist dieser Entwicklung nicht mehr Rechnung getragen worden. Mit der Ölkrise änderten sich dann freilich die konjunkturellen Rahmenbedingungen. Gleich einer Verbrauchsteuer, deren Aufkommen nicht wieder ausgegeben wird, wurde den Verbrauchern Kaufkraft entzogen. Die nach wie vor expansiv angelegte Haushaltspolitik traf daher im Vollzug mit einer Nachfrageentwicklung zusammen, deren konjunkturelle Beschleunigung durch den Anstieg der Ölpreise gedämpft wurde (Ziffer 323).

Hohe Staatsausgaben

212. Die Staatsausgaben im Jahre 1979 muß man vor dem Hintergrund des 1978 erreichten hohen Niveaus sehen. Die Haushaltspläne von Bund, Ländern und Gemeinden ließen immerhin erwarten, daß die Ausgaben insgesamt etwas hinter der hohen Zuwachsrate des Vorjahres zurückbleiben würden. Jedenfalls die Haushaltspläne von Bund und Ländern sahen einen verlangsamten Anstieg vor. Der Bund hatte nach der starken Steigerung im Jahre 1978 (10,0 vH) auf dem damit erreichten hohen Niveau für 1979 noch einmal eine Zunahme um fast 8 vH geplant. Bei den Ländern, die 1978 eine kaum weniger expansive Linie verfolgt hatten (9,3 vH), lagen für dieses Jahr Haushaltspläne vor, die einen Ausgabenzuwachs von ebenfalls 8 vH in Aussicht stellten. Die Gemeinden allerdings, die im letzten Jahr, anders als der Bund und die Länder, eine eher zurückhaltende Ausgabenpolitik betrieben hatten (6,4 vH) stellten in ihre Pläne Ausgabenansätze ein, die mit einer Zuwachsrate von 7 1/2 vH insgesamt eine stärkere Ausgabenexpansion als 1978 vorsahen.

213. Aufgrund der bisher vorliegenden Zahlen gehen wir davon aus, daß die tatsächlichen Ausgaben der Gebietskörperschaften in diesem Jahr um nicht ganz 7 1/2 vH auf 463 1/2 Mrd DM ansteigen; im vergangenen Jahr hatte der Zuwachs 8,6 vH betragen (Tabelle 25).

Dabei wird der Bund voraussichtlich 203 1/2 Mrd DM ausgeben und damit einschließlich zweier Nachtragshaushalte den geplanten Ausgabenanstieg nicht überschreiten. Die Nachtragshaushalte führen im ganzen dazu, daß die ursprünglich geplanten Ausgaben sogar etwas unterschritten werden, denn die Mehrausgaben von rund 1 1/2 Mrd DM werden durch Einsparungen an anderer Stelle übertroffen, was im wesentlichen darauf zurückgeht, daß die Bundesanstalt für Arbeit die zunächst eingeplanten Zuschüsse in Höhe von 2,2 Mrd DM nicht benötigte. Nachdem der erste Nachtragshaushalt Mehrausgaben für die Arbeitsmarktpolitik und für ein Programm zur Förderung von Existenzgründungen enthalten hatte (212 Mio DM), sah der zweite Nachtragshaushalt Mehrausgaben insbesondere für energiepolitische Maßnahmen, für die Türkeihilfe und für die Ausübung von Bezugsrechten bei der VEBA vor (rund 1,2 Mrd DM).

Es hieße, die Bedeutung der Nachtragshaushalte für die Entwicklung des Haushaltsvolumens verharmlosen, hielte man sich allein an die Tatsache, daß die zusätzlichen Ausgaben durch Minderausgaben der genannten Art finanzierbar waren. Genauso wie die Finanzpolitik hinzunehmen hat, daß Ausgaben bei einer Abschwächung der Wirtschaftstätigkeit automatisch zunehmen, muß es im Aufschwung zur Rückführung solcher Ausgaben kommen. Treten andere Ausgaben an die Stelle der konjunkturbedingten, so trägt dieses Verhalten dazu bei, daß die konjunkturell begründete, aber als solche vorübergehende Ausweitung der Ausgaben zu einer dauerhaften wird.

Die Ausgaben der Länder werden in diesem Jahr voraussichtlich 189 Mrd DM betragen, das sind 7 vH mehr als die tatsächlichen Ausgaben des Jahres 1978 [1]). Diese hatten um insgesamt 5 Mrd DM unter den damaligen Haushaltsansätzen gelegen, was zu einem wesentlichen Teil auf das unerwartet langsame Abfließen von Investitionszuschüssen an die Gemeinden zurückging sowie auf das Zurückbleiben der Personalausgaben hinter den Haushaltsansätzen. Unsere Schätzung der Länderausgaben stellt auch für 1979 Minderausgaben in Rechnung, wenngleich nur im Umfang von rund 1 1/2 Mrd DM, die sich vermutlich größtenteils bei den Personalausgaben ergeben. Im Hinblick auf die Gemeinden rechnen wir mit einem Anstieg des Ausgabenvolumens um 7 1/2 vH auf 128 Mrd DM.

214. Die Ausgaben aller Gebietskörperschaften für Sachinvestitionen und für die Förderung von Investitionen im privaten Sektor, also die Ausgaben für Baumaßnahmen, Vermögenserwerb, Zuschüsse und Darlehen für private Investitionen, nehmen mit 9 vH deutlich stärker zu als die Ausgaben für Personal, Sachmittel, Zinsen und Einkommensübertragungen (6 vH).

Der Anstieg der Investitionsausgaben geht in diesem Jahr gleichermaßen auf die Zuschüsse und Darlehen für Investitionen im privaten Bereich wie auf die Sachinvestitionen des Staates zurück. Bei den Vermögensübertragungen, die überwiegend von Bund und Ländern geleistet werden und die neben Übertragungen an private Haushalte — wie Wohnungsbauprämien und Sparprämien — vor allem die

[1]) Die Ausgaben von Ländern und Gemeinden schließen die Ausgaben der Krankenhäuser ein, die in den Haushaltsplänen und in der Vierteljahresstatistik nicht mehr erfaßt werden. Hierzu werden Schätzungen einer Arbeitsgruppe des Finanzplanungsrates übernommen.

Investitionszuschüsse an Unternehmen enthalten, ist mit einer Zunahme von 10 vH auf 26 Mrd DM zu rechnen. Die öffentlichen Sachinvestitionen werden in diesem Jahr voraussichtlich 53 1/2 Mrd DM erreichen. Der kräftige Anstieg von fast 11 vH geht wie auch im vergangenen Jahr im wesentlichen auf die Investitionen der Gemeinden zurück. Deren Investitionsfähigkeit wurde dadurch verbessert, daß der Überschuß der laufenden Einnahmen über die laufenden Ausgaben seit einigen Jahren zugenommen hatte und im Jahre 1979 mit über 15 Mrd DM ein im langjährigen Vergleich sehr hohes Niveau erreichte. So konnten sie ihre Investitionen finanzieren, ohne sich zu verschulden.

215. Einen Anreiz für Investitionen bieten darüber hinaus die Investitionszuschüsse, die die Gemeinden im Rahmen des Programms für Zukunftsinvestitionen bekommen können. Das gesamte Programm wird einschließlich der Beteiligung der Gemeinden auf 18 Mrd DM geschätzt, wovon etwa die Hälfte, was Projektplanung und Durchführung angeht, in den Händen der Gemeinden liegt. Darunter befinden sich insbesondere Maßnahmen zur Verbesserung der städtischen Infrastruktur und zur Sicherung der Trinkwasserversorgung und Abwasserbeseitigung. Die von Bund und Ländern hierfür bereitgestellten Mittel von über 6 Mrd DM haben die Gemeinden aus eigenen Mitteln um rund 3 Mrd DM

Tabelle 25

Die Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Haushalte[1])

Art der Ausgaben bzw. Einnahmen	1976	1977[2])	1978[2])	1979[3])	1977[2])	1978[2])	1979[3])
	Mrd DM				Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH		
In der Abgrenzung der Finanzstatistik							
Ausgaben (ohne Schuldentilgung)[4])[5])	376,5	398,0	432,1	463 1/2	+ 5,7	+ 8,6	+ 7 1/2
Laufende Rechnung	302,1	323,0	347,6	368 1/2	+ 6,9	+ 7,6	+ 6
davon:							
Personalausgaben	124,1	132,4	140,4	148 1/2	+ 6,7	+ 6,0	+ 6
Sachaufwand[6])	55,9	58,2	62,5	67	+ 4,1	+ 7,3	+ 7
Laufende Übertragungen[5])	105,0	111,1	121,7	129 1/2	+ 5,8	+ 9,5	+ 6 1/2
Zinszahlungen	17,8	20,9	22,0	24	+ 17,2	+ 5,2	+ 9
Kapitalrechnung	74,4	75,1	84,6	92	+ 0,9	+ 12,7	+ 9
davon:							
Sachinvestitionen	43,6	44,3	48,3	53 1/2	+ 1,5	+ 9,2	+ 11
Vermögensübertragungen	19,2	20,8	23,6	26	+ 8,3	+ 13,3	+ 10
Gewährung von Darlehen, Beteiligungen	11,1	10,1	11,5	12 1/2	− 9,2	+ 14,1	+ 9
Saldo im Verrechnungsverkehr[7])	+ 0,1	+ 0,4	+ 2,3	+ 2 1/2	x	x	x
Einnahmen (ohne Kreditmarkt- und Rücklagemittel)[4])	328,5	366,1	393,1	422	+ 11,5	+ 7,4	+ 7 1/2
Laufende Rechnung	321,3	358,3	381,1	409 1/2	+ 11,5	+ 6,4	+ 7 1/2
darunter: Steuern	267,5	299,5	319,1	344	+ 12,0	+ 6,6	+ 8
Kapitalrechnung	11,3	11,5	13,2	13 1/2	+ 1,4	+ 14,9	+ 2 1/2
Saldo der durchlaufenden Mittel	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0	x	x	x
Finanzierungssaldo	−48,0	−32,0	−39,0	−41 1/2	x	x	x
In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen							
Ausgaben	364,0	385,6	417,1	447	+ 5,9	+ 8,1	+ 7
Einnahmen	322,8	359,1	383,3	412 1/2	+ 11,3	+ 6,7	+ 7 1/2
davon:							
Steuern	282,0	313,7	331,3	356 1/2	+ 11,2	+ 5,6	+ 7 1/2
Sonstige Einnahmen	40,8	45,4	52,0	56	+ 11,3	+ 14,6	+ 7 1/2
Finanzierungssaldo	−41,2	−26,6	−33,8	−34 1/2	x	x	x

[1]) Bund, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EG-Anteile, Länder
[2]) Schätzung nach Teilergebnissen.
[3]) Eigene Schätzung.
[4]) Gesamtausgaben bzw. nach Abzug der von Gebietskörperschaften (Zuweisungen, Darlehen, Darlehensrückflüsse), einschließlich der Krankenhäuser der Länder und Gemeinden.
[5]) Ohne die Zahlung früher gestundeter Zuschüsse an die Sozialversicherung; 1978: 1,5 Mrd DM, 1979: 1,5 Mrd DM.
[6]) Einschließlich militärischer Beschaffungen und Anlagen.
[7]) Saldo noch nicht verrechneter Zuweisungen und Übertragungen zwischen den Ebenen der Gebietskörperschaften.

Quelle für Finanzstatistik: BMF

aufgestockt. Die Länder haben auf die Projektauswahl Einfluß, da sie im Rahmen der Kommunalaufsicht die Anträge der Gemeinden auf Investitionszuschüsse zu prüfen haben; die Durchführung liegt allein in der Hand der Gemeinden.

Die Programmbereiche „Verbesserungen im Verkehrssystem" (Straße, Schiene, Wasser) und „Rationelle Energieverwendung" (Fernwärmesysteme), welche die andere Hälfte der Investitionsmittel ausmachen, werden im wesentlichen vom Bund durchgeführt. Auftragsvergabe und Ausführung der Projekte sind wegen langwieriger Abstimmungs- und Genehmigungsverfahren bei diesen Projekten langsamer vorangekommen als in den übrigen Programmteilen.

Von den insgesamt aus dem Programm zu erwartenden Aufträgen waren Mitte 1979 vier Fünftel vergeben. Ein geringer Teil davon wird erst im nächsten Jahr produktionswirksam. Das seit dem Sommer 1977 bestehende Programm hätte dann im wesentlichen in den Jahren 1978 und 1979 zu Produktionswirkungen geführt.

216. Die konjunkturelle Beurteilung der staatlichen Investitionstätigkeit hat die zeitliche Verteilung der Auftragsvergabe und der Produktionsvorgänge zu berücksichtigen. Die kassenmäßigen Investitionsausgaben geben dafür keine ausreichenden Anhaltspunkte, weil die Ausführung staatlicher Projekte und deren Abrechnung zum Teil zeitlich auseinanderfallen.

Zwar werden nach Maßgabe des Baufortschritts Abschläge an die ausführenden Unternehmen gezahlt, ein beträchtlicher Teil der Bausumme wird jedoch üblicherweise erst, nachdem ein Projekt fertiggestellt ist, als Abschlußzahlung geleistet. Werden in einem Jahr mehr Projekte begonnen als fertiggestellt, bleibt die Zunahme der Ausgaben hinter dem Produktionszuwachs zurück. Für eine solche Verschiebung kann es mehrere Gründe geben. Eine deutliche Zunahme der Baumaßnahmen gegenüber den vergangenen Jahren (wie im Falle des Programms für Zukunftsinvestitionen) kann hierfür ebenso maßgeblich sein wie eine Verzögerung von Fertigstellungen infolge von Engpässen im Bausektor. Beides scheint in diesem Jahr eine Rolle gespielt zu haben. Werden in späteren Jahren weniger Aufträge vergeben, kommt es zu einer umgekehrten Entwicklung.

217. Die Absicht, mit Hilfe des Programms für Zukunftsinvestitionen eine Erhöhung der staatlichen Investitionen zu bewirken und über mehrere Jahre hinweg aufrechtzuerhalten, war anfänglich eher mit der Sorge verbunden, Projektfestlegung und Auftragsvergabe könnten nicht rasch genug vonstatten gehen. Mit den konjunkturellen Spannungen in der Bauwirtschaft rückte im Herbst 1978 eher die stabilitätspolitische Sorge in den Vordergrund, so daß sich die Bundesregierung veranlaßt sah, bei Ländern und Gemeinden für eine Streckung der beabsichtigten Bauaufträge zu werben.

Nur bei einem Teil der Projekte, für welche die Mittel des Programms für Zukunftsinvestitionen Verwendung finden, wird unmittelbar augenfällig, daß der Staat hier direkt in Konkurrenz mit privaten Nachfragern nach Bauleistungen tritt; hierunter sind insbesondere die Maßnahmen im Programmbereich „Verbesserung der Wohnumwelt" zu rechnen (Stadtkernsanierung, Auslagerung von Gewerbebetrieben, Dorferneuerung). Aber auch derjenige Teil des Investitionsvolumens, der zu Nachfrage nach sehr spezialisierten Bauleistungen führt, wie der Bau von Kläranlagen oder Fernheizwerken, trägt bei konjunkturellen Übersteigerungen im Bausektor zu Engpässen bei. Dies gilt weniger für die Kapazitäten der hierfür tätigen Bauträger, die ohnehin überwiegend für staatliche Rechnung arbeiten, als vielmehr für die im Laufe der Projektausführung nachgefragten Fachkräfte und Vorleistungen der Grundstoffindustrie sowie für die bei Teilleistungen unter Vertrag genommenen Bauunternehmen.

218. Im Frühjahr 1979 kam es zunehmend zu Engpässen in der Bauproduktion. Der Anstieg der Baupreise beschleunigte sich weiter und erreichte in der zweiten Jahreshälfte im Wohnungsbau $9^1/_2$ vH, bei den Spezialaufträgen der Gemeinden sogar noch deutlich mehr. All dies gab Anlaß, nicht nur die Projekte im Rahmen des Programms für Zukunftsinvestitionen, sondern sämtliche für 1979 geplanten Baumaßnahmen daraufhin zu überprüfen, ob Auftragsvergabe und auch Bauausführung zeitlich hinausgeschoben werden könnten. Über eine entsprechende Empfehlung an Bund, Länder und Gemeinden konnte im Mai im Finanzplanungsrat Einigung erzielt werden. Der Grundgedanke solcher Strekkungsmaßnahmen besteht darin, die Ausschreibung, die Auftragsvergabe und die Ausführung von geplanten Projekten hinauszuschieben. Da ein beträchtlicher Teil der öffentlichen Baunachfrage jedoch von den Gemeinden ausgeht und der Zeitpunkt der Auftragsvergabe und allfällige Einflüsse auf den Baufortschritt in deren Ermessen liegen, kommt es primär auf ihr Verhalten an. Streckungsmaßnahmen können von den Gemeinden kaum erwartet werden, weil dies oft dazu führen würde, daß für viele Leistungen später höhere Preise bezahlt werden müssen, eine Belastung, welche die Investitionspläne der Gemeinden beeinträchtigt. Von daher scheint wenig dafür zu sprechen, den Gemeinden als Nachfrager nach Bauleistungen antizyklisches Verhalten anzusinnen. Viel wäre schon erreicht, wenn es gelänge, die staatliche Bautätigkeit ohne kurzfristig forcierte Einschnürung oder Ausdehnung auf einem stetigen Pfad zu führen.

Die Empfehlung des Finanzplanungsrates vom Frühjahr dürfte daher wohl auch weniger auf einen Rückgang der staatlichen Auftragsvergabe abgezielt haben, als vielmehr auf eine Abflachung des bis dahin deutlichen Anstiegs. Die Auftragsvergabe des Staates, die seit dem Jahre 1977 beständig zugenommen hatte, zeigte im weiteren Jahresverlauf 1979 dann auch eine solche Abflachung. Denn seit dem Frühjahr nehmen die Aufträge, die das Baugewerbe von öffentlichen Auftraggebern erhält, nicht weiter zu.

219. Die Personalausgaben werden 1979 um 6 vH zunehmen; das ist weniger als die durchschnittliche Zunahme aller Staatsausgaben. Der mäßige Anstieg der Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst um insgesamt etwas über 4 vH machte es Bund, Ländern und Gemeinden möglich, den Anstieg ihrer Perso-

nalausgaben trotz einer Ausweitung des Personalstandes um schätzungsweise 1½ vH in Grenzen zu halten.

220. Auch die laufenden Übertragungen, zu denen die sozialen Leistungen (Sozialhilfe, Arbeitslosenhilfe, Kindergeld, Kriegsopferversorgung, Beihilfen) rechnen, zeigen 1979 einen verlangsamten Anstieg. Die Mehrausgaben, die hinter der Zuwachsrate von 6½ vH stehen, gehen auf seiten des Bundes insbesondere auf den Anstieg der Zuschüsse an die Rentenversicherungsträger, die Aufstockung des Kindergeldes und Leistungen im Rahmen der Regelungen zum Mutterschaftsurlaub (seit 1. Juli) zurück.

Die Subventionen, die der Staat an Unternehmen verschiedener Branchen zahlt, spielen, ebenso wie im vergangenen Jahr, für die Mehrausgaben eine wesentliche Rolle. In diesen Subventionen sind auch die Zahlungen des Bundes an die Bundesbahn und die Zahlungen der EG zugunsten der Landwirtschaft im Rahmen der europäischen Agrarmarktregelungen enthalten. Nach einer hohen Zuwachsrate von 23,4 vH im Vorjahr ist in diesem Jahr trotz des hohen Niveaus mit einem weiteren Anstieg der Subventionen um 6 vH zu rechnen; sie dürften in diesem Jahr 26 Mrd DM betragen.

Subventionscharakter haben im Grunde auch Investitionszuschüsse und Darlehen mit Sonderbedingungen, die von Bund, Ländern und Gemeinden unter struktur- und regionalpolitischen Zielsetzungen an Unternehmen gegeben werden. Sie werden jedoch in den öffentlichen Haushalten nicht unter den laufenden Zuschüssen, sondern innerhalb der Kapitalrechnung erfaßt (Ziffer 214).

221. Die Zinsausgaben der Gebietskörperschaften nehmen in diesem Jahr mit 9 vH wesentlich stärker zu als die gesamten Ausgaben. Der Zinsanstieg und die Zunahme der Schulden sind dafür gleichermaßen ausschlaggebend. Im letzten Jahr war der Anstieg der Zinsausgaben hinter der allgemeinen Ausgabenentwicklung zurückgeblieben, weil die Zinsen niedrig lagen. Im Durchschnitt der Jahre 1977 bis 1979 sind die Zinszahlungen ungefähr im gleichen Maße angestiegen wie die Gesamtausgaben; ihr Anteil daran beträgt annähernd 5,2 vH.

Erneut Steuererleichterungen

222. Für die gesamtwirtschaftlichen Einflüsse, die von den öffentlichen Haushalten ausgehen, spielen Steuersenkungen in diesem wie im letzten Jahr eine besonders wichtige Rolle. Die Steuerrechtsänderungen der letzten Jahre prägen neben dem konjunkturell beschleunigten Anstieg der Einkommen und der Umsätze das Steueraufkommen der wichtigsten Einzelsteuern (JG 78 Tabelle 22). Die Steuereinnahmen im ganzen werden voraussichtlich 344 Mrd DM betragen; das sind 8 vH mehr als im Vorjahr (Tabelle 26).

Die Steuern steigen damit fast ebenso stark wie das Bruttosozialprodukt (8 vH). Die Steuerquote sinkt nach dem Rückgang im Jahre 1978 in diesem Jahr nur noch geringfügig auf 24,7 vH. Ohne die Steuererleichterungen wäre sie deutlich gestiegen.

Tabelle 26

Das Aufkommen der wichtigsten Einzelsteuern [1])

Steuerart	1976	1977	1978	1979 [2])	1977	1978	1979 [2])
	Mrd DM				Veränderung in vH [3])		
Gesamtsteueraufkommen	267,5	299,5	319,1	344	+12,0	+ 6,6	+ 8
Lohnsteuer	80,6	90,8	92,0	97½	+12,6	+ 1,4	+ 6
Veranlagte Einkommensteuer	30,9	35,5	37,4	38½	+15,1	+ 5,4	+ 3
Körperschaftsteuer	11,8	16,8	19,8	23	+42,1	+17,8	+16
Steuern vom Umsatz	58,5	62,7	73,3	83½	+ 7,2	+16,9	+14
Mineralölsteuer	18,1	19,2	20,5	21½	+ 5,9	+ 6,7	+ 5
Gewerbesteuer [4])	20,1	23,0	24,0	25	+14,5	+ 4,2	+ 4
Nachrichtlich:							
Steuerquote [5])	23,8	25,0	24,8	24,7	x	x	x

[1]) .
[2]) Eigene Schätzung.
[3]) Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahr.
[4]) Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital.
[5]) Kassenmäßige Steuereinnahmen in vH des Bruttosozialprodukts.

Quelle: BMF

223. Bei der Einkommensteuer sind seit Jahresbeginn mehrere Änderungen wirksam, die im Herbst des letzten Jahres beschlossen worden waren; dazu gehören die Erhöhung des Grundfreibetrags, die Beseitigung des Tarifsprungs beim Übergang von der unteren proportionalen Zone in die progressive Zone des Tarifs und andere Steuererleichterungen, die bei speziellen familiären Merkmalen oder bei speziellen Einkommensverwendungen wirksam werden.

224. Das Aufkommen der Lohnsteuer wird 1979 gemessen an den Schätzungen zu Beginn des Jahres überraschend hoch sein. Statt einer Zuwachsrate von 4 vH wie zunächst erwartet, dürfte sich eher eine von 6 vH ergeben; dies geht auf die mit der unerwartet starken konjunkturellen Belebung und die mit der steigenden Beschäftigung verbundene Zunahme der Löhne und Gehälter zurück. Gewöhnlich steigt das Aufkommen aus der Lohnsteuer fast doppelt so schnell wie die Löhne und Gehälter der Arbeitnehmer. Daß dies 1979 erneut nicht eingetreten ist, geht auf die vielfältigen Änderungen der Steuergesetze zurück, die in den Jahren 1978 und 1979 nicht nur den progressionsbedingten Anstieg der Steuerbelastung verhindert, sondern auch eine kräftige Steuererleichterung gebracht haben. So sind die Löhne und Gehälter 1978 um 6,3 vH und 1979 um $7^1/_2$ vH gestiegen, die gesamten Lohnsteuerabzüge aber nur um 1,4 vH beziehungsweise um reichlich 6 vH.

225. Bei den Gewinnsteuern, welche die Einkommensteuer der Veranlagten, die Körperschaftsteuer und die Gewerbesteuer umfassen, ist in diesem Jahr trotz kräftiger Zunahme der Gewinne lediglich mit einem Einnahmenzuwachs von $6^1/_2$ vH zu rechnen. Die Einnahmen aus der Einkommensteuer der Veranlagten steigen mit fast 3 vH nur schwach. Dies geht darauf zurück, daß sich die Steuerrechtsänderungen der Jahre 1977 und 1978 erst 1979 voll auf das kassenmäßige Aufkommen auswirken. Denn anders als bei der Lohnsteuer kommt es bei den veranlagten Steuern erst mit einem im vorhinein nicht genau bestimmbaren zeitlichen Verzug zu Mindereinnahmen. Diese hängen davon ab, wann und in welchem Maße die Steuerrechtsänderungen bei den Vorauszahlungen und bei den Abschlußzahlungen wirksam werden, wie die Zeitabstände zwischen Entstehen der Steuerschuld und Veranlagung sind und welche Verhaltensänderungen gegebenenfalls bei den Steuerpflichtigen und der Steuerverwaltung eintreten. Anders als beim Lohnsteueraufkommen läßt daher die auf das Jahr der Steuerzahlung bezogene Belastungsrechnung keinen sinnvollen Schluß auf die Wirkungen bei den Steuerpflichtigen zu. Diese ergeben sich einerseits in dem Zeitpunkt, in welchem mit den Gewinnen dem Grunde nach die Steuerschuld entsteht, und andererseits zum Zeitpunkt der Liquiditätswirkungen in Form von Vorauszahlungen und Abschlußzahlungen.

Auch bei der Körperschaftsteuer waren für dieses Jahr Mindereinnahmen aufgrund der seit 1977 geltenden Abschreibungserleichterungen zu erwarten, wenn auch in wesentlich geringerem Maße als bei der Einkommensteuer. Die dennoch hohe Zuwachsrate des Aufkommens von 16 vH geht zum einen auf die stark verbesserte Gewinnsituation der Unternehmen und die offensichtlich rasche Heraufsetzung der Vorauszahlungen zurück, zum anderen aber auch auf die Zunahme der Anzahl körperschaftsteuerpflichtiger Unternehmen, eine Folge der durch die Körperschaftsteuerreform von 1977 veranlaßten gesellschaftsrechtlichen Umwandlungen.

Die Gewerbesteuer war in den vergangenen Jahren ebenfalls Gegenstand mehrerer Änderungen. Nachdem im Jahre 1977 höhere Freibeträge eingeführt worden waren, die erstmals im Jahre 1978 zu Entlastungen geführt hatten, ist im letzten Jahr beschlossen worden, die Lohnsummensteuer abzuschaffen und die Unternehmen erneut bei der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital zu entlasten. Diese Änderungen werden jedoch erst in den Jahren 1980 und 1981 wirksam. Der Streit darum, in welcher Form und in welchem Ausmaß den Gemeinden die Mindereinnahmen, die infolge des Wegfalls der Lohnsummensteuer entstehen, ersetzt werden sollen, wurde mit einem Kompromiß beendet, der vom nächsten Jahr an eine Senkung der Gewerbesteuerumlage und eine Erhöhung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer vorsieht. Dies war mit der Erwartung verbunden, daß sich die Gemeinden, die dadurch finanziell besser gestellt werden als bisher, zu einer Senkung der Hebesätze im nächsten Jahr bereitfinden werden. Daneben sind flankierende Maßnahmen in den Ländern getroffen worden, in denen für die Gemeinden durch die Abschaffung der Lohnsummensteuer Einnahmenausfälle entstehen.

Im übrigen ist zu erwarten, daß die Einnahmen aus der Gewerbesteuer deshalb in diesem Jahr etwas geringer und im nächsten Jahr etwas größer sein werden, weil die Gemeinden wegen der vom nächsten Jahr an wirksamen Minderung des Umlagesatzes ein Interesse daran haben, daß die Betriebe an sich 1979 fällige Steuerzahlungen erst 1980 leisten. Wir rechnen in diesem Jahr mit einer Zunahme des Aufkommens aus der Gewerbesteuer um 4 vH.

226. Ein wesentlicher Teil der steuerlichen Mehreinnahmen stammte in diesem Jahr von den Umsatzsteuern. Die Gründe dafür liegen in der konjunkturell bedingt kräftigeren Zunahme der Bemessungsgrundlage und in der Erhöhung der Mehrwertsteuersätze, die zum 1. Juli dieses Jahres wirksam wurde; wir rechnen mit einer Zunahme des Aufkommens um 14 vH. Da gleichzeitig Entlastungen bei der Einkommensteuer wirksam wurden, ging der Anteil einkommensbezogener Steuern am gesamten Steueraufkommen, der in der Vergangenheit ständig zugenommen, im letzten Jahr aber erstmalig abgenommen hatte, in diesem Jahr nochmals zurück. Die Steuerrechtsänderungen der Jahre 1977 und 1978 haben zusammengenommen den Anteil der Steuern vom Umsatz von 20,9 vH im Jahre 1977 über 23,0 vH im Jahre 1978 auf $24^1/_2$ vH in diesem Jahre erhöht.

227. In den ersten Monaten dieses Jahres hatte noch der Eindruck vorgeherrscht, das Jahr 1979

werde anders als die vergangenen Jahre mit ihren zahlreichen steuer- und ausgabenpolitischen Programmen ein finanzpolitisch weniger bewegtes Jahr sein. Im ganzen gesehen war das auch der Fall. Im Sommer kam allerdings schon wieder eine Diskussion über weitere Erleichterungen bei der Einkommensteuer in Gang. Dabei ging es und geht es noch um die Höhe der Entlastung, um deren Verteilung und um den Zeitpunkt des Inkrafttretens. In der Diskussion spielt offensichtlich der Vergleich zwischen der Entwicklung der Löhne und Gehälter einerseits und der der Lohnsteuer andererseits eine besondere Rolle. Solange die Einkommensteuer einen progressiv ausgestalteten Tarif hat, ist es unausweichlich, daß die dem Staat zufließenden Steuereinnahmen bei unverändertem Steuerrecht schneller steigen als die Einkommen, auch als die Einkommen aus Löhnen und Gehältern. Bei Fortbestehen eines progressiven Tarifs und der politischen Sensibilität im Hinblick auf Veränderungen der Steuerbelastung von Arbeitnehmereinkommen wird man daher stets aufs neue und in verhältnismäßig kurzen Abständen mit dem Wiederaufleben dieser Diskussion zu rechnen haben.

Konjunktureller Impuls noch einmal höher

228. Wegen der kumulierten Einnahmenausfälle infolge der Steuerentlastungen von 1977 und 1978 und eines kaum verlangsamten Ausgabenanstiegs hat das Finanzierungsdefizit der Gebietskörperschaften in diesem Jahr trotz der deutlich verbesserten Konjunkturlage weiter zugenommen. Es wird 1979 etwa 41½ Mrd DM betragen, nach 39 Mrd DM 1978. In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen werden es 34½ Mrd DM sein nach fast 34 Mrd DM.

229. Aber die bloße Angabe der Höhe des Defizits der öffentlichen Haushalte und dessen Änderung gegenüber dem Vorjahr besagt wenig. Will man ein Urteil darüber gewinnen, inwieweit die öffentlichen Haushalte die Konjunktur gestützt, sie expansiv oder kontraktiv beeinflußt haben, so muß man zumindest die Einflüsse, die umgekehrt die Konjunktur auf die öffentlichen Haushalte hatte, eliminieren. Dabei könnte es sein Bewenden haben, wenn ein konjunkturbereinigter Haushaltssaldo von Null oder doch wenigstens eine Veränderung von Null eine adäquate Bezugsbasis für Urteile über die konjunkturellen Impulse, die von den öffentlichen Haushalten ausgehen, abgäbe. Das ist aber offensichtlich nicht der Fall. Auf die vielfältigste Weise — im Bereich der Finanzierungsgsströme, bei der Einkommensverteilung, in der Produktionsstruktur — ist die Volkswirtschaft daran angepaßt, daß der Staat ständig, also auch in konjunkturellen Normaljahren, einen Teil seiner Ausgaben durch Kredite finanziert. Aber wie groß ist dieser Teil? Der Streit darüber, ob und in welchem Maße schon wegen des Ziels von mehr Wachstum und Beschäftigung bei den öffentlichen Haushalten ein Konsolidierungsbedarf besteht (und zugleich die Möglichkeit der Konsolidierung), ist nicht zuletzt ein Streit über solche Bezugsgrößen.

Der Sachverständigenrat legt seit vielen Jahren seinem Urteil über Richtung und Stärke der konjunkturellen Impulse, die von den öffentlichen Haushalten ausgehen, das Konzept des konjunkturneutralen Haushalts zugrunde, ein Konzept, das darauf zielt, in dem beschriebenen Sinne konjunkturbereinigte aktuelle Haushaltsgrößen vor dem Hintergrund solcher längerfristig bedeutsamen Bezugsgrößen zu analysieren. Als längerfristige Bezugsbasis diente uns bisher das Verschuldungsverhalten des Staates in den sechziger Jahren, repräsentiert durch Strukturquoten des Jahres 1966, das wir als Basisjahr den Rechnungen zum konjunkturneutralen Haushalt zugrunde legten.

Das Verschuldungsverhalten des Staates hat sich inzwischen weit von dem der sechziger Jahre entfernt. Und viele neigen heute dazu, ein Staatsdefizit in Höhe von 2 vH bis 3 vH des Sozialprodukts für „normal" zu halten. Der Sachverständigenrat hat mehrfach Anlaß gesehen, hier Warntafeln aufzustellen (JG 78 Ziffern 304 ff.).

Richtig ist sicher, und das haben wir auch stets eingeräumt, daß sich die Volkswirtschaft an ein verändertes Verschuldungsverhalten des Staates anpassen, gewöhnen kann. Gewöhnungsprozesse dieser Art kann man als solche nicht messen. Man sucht daher, für die empirische Analyse — und eine gewisse Willkür ist dabei unumgänglich — Strukturquoten möglichst gegenwartsnaher Perioden mit einigermaßen spannungsfreier gesamtwirtschaftlicher Entwicklung als Basis zu wählen und zur Diskussion zu stellen.

Für das Verschuldungsverhalten des Staates in den sechziger Jahren als „Normal"-Vorstellung spricht noch heute, daß dies die letzte Periode spannungsfreien Wirtschaftswachstums bei hohem Beschäftigungsstand und niedrigen Inflationsraten gewesen ist. Gegenwartsnah ist sie freilich nicht mehr.

Unstreitig dürfte sein, daß es nicht angeht, wegen der Gegenwartsnähe etwa einfach das mittlere Verschuldungsverhalten des Staates in den siebziger Jahren als „normal" anzunehmen oder gar zu unterstellen, eine Volkswirtschaft könne sich problemlos an einen beliebigen Trend der Staatsverschuldung gewöhnen. Nichts an den siebziger Jahren war „normal". In den frühen siebziger Jahren hat der Staat trotz eines sehr hohen Beschäftigungsstandes eine stark expansive Finanzpolitik getrieben und damit die Inflation angeheizt. Danach waren dann (scheinbar) ständig hohe Defizite nötig, um die Folgen einer Stabilisierungskrise zu bekämpfen.

Das Dilemma ist seit Jahren deutlich: Weithin herrscht Konsens, daß die öffentlichen Haushalte konsolidiert werden müssen. Ebenso weit reicht die Übereinstimmung darüber, daß die Finanzpolitik expansiv sein soll. Es läßt sich die These nicht einfach abweisen: Letztlich erzeugte die expansive Finanzpolitik selbst den Bedarf an einer expansiven Finanzpolitik. Das mag man zwar auch Gewöhnung nennen, aber es wäre jedenfalls eine Gewöhnung an Bedingungen, die nicht zu Vollbeschäftigung passen. Denn für die Rückkehr zu einem dauerhaft hohen Beschäftigungsstand ist noch eine lange Periode hoher Investitionen nötig, die spannungsfrei zu

finanzieren allemal eine starke Reduktion der öffentlichen Defizite erfordert. Man kann daher eine jährliche Zunahme der Staatsverschuldung, die unabhängig von der Konjunkturlage 2 vH bis 3 vH des Produktionspotentials durch kreditfinanzierte Ausgaben in Anspruch zu nehmen erlaubte, nicht konjunkturneutral nennen.

230. Das Problem ist, wie man aus diesem Zug aussteigen kann. Auch wir akzeptieren, daß eine Rückkehr zu dem Verschuldungsverhalten der sechziger Jahre, selbst wenn sie sich nicht abrupt vollzöge, wohl kein konjunkturneutraler Vorgang mehr wäre. Wahrscheinlich müßte sie von kräftigen wachstumspolitischen Impulsen flankiert werden.

Wir haben uns daher entschlossen, die Strukturquoten des Jahres 1966 als Basis der Rechnungen zum konjunkturneutralen Haushalt aufzugeben und durch die entsprechenden Durchschnittswerte der Jahre 1966 bis 1977 (ohne 1975) als neue feste Basis zu ersetzen.

Mit der Wahl dieses Durchschnitts aus einer Periode mit niedrigen Verschuldungsquoten des Staates und einer zeitnahen Periode mit im ganzen wesentlich höherer Staatsverschuldung haben wir versucht, die längerfristige Bezugsbasis unserer Urteile über die Wirkungen der Finanzpolitik gegenwartsnäher zu machen, aber doch zugleich der Tatsache Rechnung zu tragen, daß die jüngste Vergangenheit allzu sehr durch Sonderfaktoren bestimmt ist. Einen Durchschnitt aus den Strukturquoten bloß der siebziger Jahre zu wählen, hätte bedeutet, das Ungewöhnliche (auch: das Falsche) zum Normalen zu erklären. Bei der Bildung der Durchschnittswerte haben wir die Haushaltsgrößen des Jahres 1975 ausgelassen, weil sie offensichtlich untypische Extremwerte darstellen. Für die zurückliegenden Jahre haben wir einen gleitenden Übergang angenommen.

Es hätte nahegelegen, der Vorstellung, daß sich die Anpassung der Volkswirtschaft an veränderte Strukturquoten allmählich vollzieht, dadurch zu entsprechen, daß auch für die Zukunft eine gleitende Änderung der längerfristigen Bezugsgrößen vorgesehen wird. Das erscheint jedoch unmöglich, da nicht einfach unterstellt werden kann, die Volkswirtschaft gewöhne sich an jedwede denkbare Finanzpolitik und nach einer Periode der Anpassung seien dann die gesamtwirtschaftlichen Ziele wieder ebenso gut erreichbar wie vorher. Andererseits bedeutet selbstverständlich der Verzicht auf eine gleitende Veränderung der Bezugsbasis unserer Rechnungen, daß das Element der Willkür in der Festlegung für die Zukunft größer bleibt.

231. Die Aufgabe der Konsolidierungspolitik, den Spielraum für mehr Wachstum des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials durch mehr private Investitionen zu vergrößern, erscheint uns im übrigen heute noch dringlicher als in den vorangegangenen Jahren, weil es wohl richtig ist, die Reserven für mehr Produktion und Beschäftigung, die in den vorhandenen Anlagen noch liegen, vorsichtiger einzuschätzen, als wir es bisher getan haben (Ziffer 110). Dies bedeutet auch: Das Defizit der öffentlichen Haushalte kann dauerhaft nicht mehr dadurch sehr viel kleiner werden, daß sich der Auslastungsgrad des derzeitigen Produktionspotentials erhöht.

232. *Zusammen mit der Neufestlegung der längerfristigen Bezugsgrößen sowie den Einflüssen aus der Neuschätzung des Produktionspotentials wirken sich zwei weitere methodische Neuerungen auf das Ergebnis der Rechnungen zum konjunkturneutralen Haushalt aus:*

- *Zum einen haben wir uns entschlossen, die Rechnungen künftig auf die Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zu gründen statt auf die Finanzstatistik. Die zeitliche Zuordnung von Haushaltsgrößen entsprechend der zeitlichen Verteilung der Leistungsströme, wie es in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen geschieht, entspricht besser den Erfordernissen der Konjunkturanalyse als die Kassenrechnung, der die Finanzstatistik folgt. Bei den Unterschieden in der sachlichen Abgrenzung halten sich Vorteile und Nachteile der Neuerung die Waage. Geopfert haben wir den Vorzug, daß die Analyse anhand der Kassenrechnung unmittelbar mit den Größen zu tun hat, worüber Regierung und Parlament zu entscheiden haben.*
- *Zum anderen ist es unvermeidlich geworden, die „sonstigen Einnahmen" in den Rechnungen zum konjunkturneutralen Haushalt künftig anders zu behandeln. Das hatte sich in den vergangenen Jahren schon abgezeichnet, als immer deutlicher wurde, daß die Erhöhung des Deckungsbeitrages, der von den sonstigen Einnahmen kommt, von Dauer ist. Ist dies der Fall, so sind die sonstigen Einnahmen ähnlich wie Steuern zu behandeln.*

Die Auswirkungen dieser Änderungen auf das Ergebnis der Rechnungen zum konjunkturneutralen Haushalt, insbesondere auf den „konjunkturellen Impuls" der Haushalte, sind zum Teil gegenläufig. Um es leichter zu machen, die Auswirkungen im einzelnen nachzuvollziehen, haben wir den methodischen Erläuterungen im Anhang V entsprechende Alternativrechnungen beigefügt.

233. In diesem Jahr kann nur noch annähernd ein Drittel des Finanzierungssaldos und damit weniger als im letzten Jahr als konjunkturneutral gelten. Für den konjunkturellen Impuls der Gebietskörperschaften steht ein Betrag von 23 Mrd DM (Tabellen 27 und 28 und Schaubild 32). Er ist um rund 7 Mrd DM größer als 1978 und zu sehen vor dem Hintergrund einer konjunkturellen Entwicklung, die seit dem Frühjahr durch starke Auftriebskräfte gekennzeichnet ist (Ziffer 53). Die Tabellen sollen verdeutlichen, auf welchem Wege man zu einem solchen Urteil gelangt.

234. Eines gehört zusätzlich ins Bild. Wie im Jahre 1978 wurden in diesem Jahr, wenn auch zeitlich um ein halbes Jahr versetzt, eine Senkung der Einkommensteuer und eine Erhöhung der Mehrwertsteuer wirksam. Soweit den Mindereinnahmen aus der Steuersenkung erhöhte Einnahmen aus der Mehrwertsteuer gegenüberstehen, bleibt der Finanzierungssaldo unverändert und damit auch der nach unserem Konzept ausgewiesene konjunkturelle Impuls. Wachstumspolitisch gesehen hat dieser Steuertausch einen positiven Akzent, weil verbrauchsbezogene Steuern an die Stelle von einkommensbezogenen Steuern treten.

235. Eine Betrachtung des konjunkturellen Impulses, der für das ganze Jahr ausgewiesen wird, vernachlässigt, welche konjunkturellen Wirkungen im Jahresverlauf von den öffentlichen Haushalten ausgingen. Das zeitlich versetzte Wirksamwerden von Steuerrechtsänderungen gibt mehr als in anderen Jahren dazu Anlaß, auch der zeitlichen Struktur des konjunkturellen Impulses Beachtung zu schenken. Die Steuersenkungen zu Beginn dieses Jahres und die Mehrwertsteuererhöhung zur Jahresmitte haben nämlich dazu geführt, daß von den öffentlichen Haushalten in der ersten Jahreshälfte stärkere expansive Wirkungen ausgingen als in der zweiten Jahreshälfte.

Tabelle 27

Finanzierungssaldo und konjunktureller Impuls der öffentlichen Haushalte[1])

Mrd DM

	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979
I. Konjunkturneutrale Komponenten des Finanzierungssaldos								
(a) Potentialorientierte Kreditaufnahme[2])	− 4,1	−4,5	− 5,5	− 7,8	−10,8	−13,4	−13,4	−14,3
(b) Auslastungsbedingte Steuermehreinnahmen bzw. -mindereinnahmen[3])	+ 0,8	+2,0	− 5,3	−17,3	−11,7	−11,5	− 7,3	− 1,3
(c) *Inflationsbedingte* Steuermehreinnahmen[4])	+ 5,0	+4,5	+ 4,4	+ 4,1	− 2,2	+ 0,9	+ 4,4	+ 4,4
I. (a) bis (c) Konjunkturneutraler Finanzierungssaldo[5])	+ 1,7	+2,0	− 6,4	−21,0	−24,7	−24,0	−16,4	−11,2
(= Finanzierungssaldo des konjunkturneutralen Haushalts)								
II. Tatsächlicher Finanzierungssaldo ohne konjunkturpolitische Sondersteuern und Investitionszulage des Konjunkturprogramms vom Dezember 1974	− 8,1	−5,3	−21,0	−56,9	−37,0	−22,8	−32,6	−34,0
IIa. Tatsächlicher Finanzierungssaldo einschließlich konjunkturpolitischer Sondersteuern und Investitionszulage des Konjunkturprogramms vom Dezember 1974	−13,8	−3,5	−18,4	−57,0	−41,2	−26,5	−33,8	−34,5
I. ./. II. Konjunktureller Impuls der öffentlichen Haushalte	+ 9,8	+7,3	+14,6	+35,9	+12,3	− 1,2	+16,2	+22,8
(expansiv: +; kontraktiv: −)								
I. ./. IIa. Kojunktureller Impuls unter Einrechnung der konjunkturpolitischen Sondersteuern und Investitionszulage des Konjunkturprogramms vom Dezember 1974	+15,5	+5,5	+12,0	+36,0	+16,5	+ 2,5	+17,4	+23,3

[1]) V, Abschnitt D.

[2]) Errechnet aus den Finanzierungssalden im Basiszeitraum, abzüglich auslastungsbedingter Steuermindereinnahmen, und mit dem Anstieg des *Produktionspotentials zu konjunkturneutralen Preisen fortgeschrieben. Unterschiedliches* Niveau im *Vergleich zum bisherigen* Berechnungsverfahren wegen Übergang von der Finanzstatistik zu den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

[3]) Errechnet als der Teil der Vollbeschäftigungssteuereinnahmen, der einer Abweichung der jeweiligen Auslastung des Produktionspotentials Auslastungsgrad (97,25 ist. Nicht berücksichtigt ist dabei, daß die jeweilige Steuerquote auslastungsbedingt von der „konjunkturneutralen" Vollbeschäftigungsquote abweichen kann.

[4]) Errechnet als der Teil der des Preisniveaus zuzurechnen ist, insoweit dieser über die „konjunkturneutrale" Steigerungsrate hinausgeht (bzw. hinter ihr zurückbleibt). Nicht berücksichtigt ist dabei, daß die jeweilige Steuerquote inflationsbedingt von der „konjunkturneutralen" abweichen kann.

[5]) in der der Zahlen.

Tabelle 28

Die öffentlichen Haushalte in konjunktureller Sicht[1])

Mrd DM

	1972	1973	1974	1975	1976	1977[2])	1978[2])	1979[3])
(1) Produktionspotential in jeweiligen Preisen[4])	847,0	937,7	1 036,8	1 138,8	1 204,5	1 276,4	1 353,4	1 435,4
(2) Produktionspotential bei „konjunkturneutraler" Erhöhung des Preisniveaus des Bruttosozialprodukts im jeweiligen Jahr[5])	826,4	919,4	1 018,6	1 120,1	1 213,9	1 272,7	1 335,5	1 417,5
(3) Staatsausgaben bei gleicher Staatsquote wie im Basiszeitraum[6])	215,3	239,5	273,6	304,1	333,3	353,1	373,8	396,7
(4) Bruttosozialprodukt bei Normalauslastung des Produktionspotentials[7])	803,6	894,1	990,6	1 089,3	1 180,5	1 237,7	1 298,8	1 378,6
(5) Vollbeschäftigungssteuereinnahmen bei gleicher Steuerquote wie im Basiszeitraum[6])	189,3	210,6	238,2	262,7	285,4	300,0	317,7	337,2
(6) Vollbeschäftigungssteuereinnahmen bei gleicher Steuerquote wie im jeweiligen Jahr[8])	198,5	225,8	248,9	263,7	295,9	324,3	334,2	353,4
(6a) nachrichtlich: tatsächliche Steuereinnahmen[1]) ohne konjunkturpolitische Sondersteuern	204,3	232,4	248,0	250,5	282,0	313,7	331,3	356,5
(6b) nachrichtlich: konjunkturpolitische Sondersteuern und Investitionszulage des Konjunkturprogramms vom Dezember 1974	− 5,7	+ 1,8	+ 2,6	− 0,1	− 4,2	− 3,7	− 1,2	− 0,5
(7) Mehreinnahmen auf Grund erhöhter Steuerquote (6) ∕ (5)	+ 9,2	+ 15,2	+ 10,8	+ 1,0	+ 10,5	+ 24,3	+ 16,5	+ 16,2
(8) Mehreinnahmen auf Grund eines erhöhten Deckungsbeitrages der „Sonstigen Einnahmen"	+ 5,0	+ 6,4	+ 4,9	+ 2,8	+ 3,7	+ 5,7	+ 9,4	+ 10,8
(9) Konjunkturneutrales Haushaltsvolumen (3) + (7) + (8)	229,5	261,2	289,2	307,8	347,5	383,1	399,7	423,7
(10) Tatsächliche Staatsausgaben[1])[9])	239,3	268,5	303,8	343,7	359,8	381,9	415,9	446,5
(11) Konjunktureller Impuls[10]) (10) ∕ (9)	+ 9,8	+ 7,3	+ 14,6	+ 35,9	+ 12,3	− 1,2	+ 16,2	+ 22,8
(12) Veränderung des konjunkturellen Impulses gegenüber dem jeweiligen Vorjahr	− 8,4	− 2,5	+ 7,2	+ 21,4	− 23,6	− 13,5	+ 17,5	+ 6,6
(13) nachrichtlich: Konjunktureller Impuls unter Einrechnung der konjunkturpolitischen Sondersteuern und der Investitionszulage des Konjunkturprogramms vom Dezember 1974 (11) ∕ (6b)	+ 15,5	+ 5,5	+ 12,0	+ 36,0	+ 16,5	+ 2,5	+ 17,4	+ 23,3
(14) Ex post: Der Abweichung der realisierten von der konjunkturneutralen Staatsquote entsprechen...[11])	+ 4,8	+ 2,8	+ 10,0	+ 31,4	+ 14,7	− 2,2	+ 11,6	+ 18,2

[1]) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. – Zum Konzept des konjunkturneutralen Haushalts siehe Anhang V, Abschnitt D. Differenzen in den Summen durch Rundung.

[2]) Vorläufige Ergebnisse.

[3]) Eigene Schätzung.

[4]) Produktionspotential in Preisen von Preisindex des Bruttosozialprodukts.

[5]) Produktionspotential in Preisen von 1970, inflationiert mit dem Preisindex des Bruttosozialprodukts im jeweiligen Vorjahr und der „konjunkturneutralen" des Preisniveaus im jeweiligen Jahr.

[6]) Bis 1973: Quote des Jahres 1966; 1974 bis 1978 gleitender Übergang auf die ab 1978 gültige feste Basis, die durch den langjährigen Durchschnitt der Quoten von 1966 bis 1977 gebildet wird.

noch Tabelle 28

	1972	1973	1974	1975	1976	1977[2])	1978[2])	1979[3])
	vH							
Zum Vorjahresvergleich								
Steigerungsrate								
(a) der tatsächlichen Staatsausgaben (10) gegenüber dem jeweiligen Vorjahr	+11,1	+12,2	+13,1	+13,1	+ 4,7	+ 6,1	+ 8,9	+ 7,4
(b) des konjunkturneutralen Haushaltsvolumens (9) gegenüber den tatsächlichen Staatsausgaben im jeweiligen Vorjahr (10)	+ 6,6	+ 9,1	+ 7,7	+ 1,3	+ 1,1	+ 6,5	+ 4,7	+ 1,9
Bestimmungsfaktoren von (b)[12])								
(c) Wachstumsrate des Produktionspotentials in Preisen von 1970	+ 4,9	+ 4,4	+ 3,5	+ 2,9	+ 2,5	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,2
(d) „Konjunkturneutrale" Erhöhung des Preisniveaus des Bruttosozialprodukts	+ 3,0	+ 4,0	+ 5,0	+ 5,0	+ 4,0	+ 3,5	+ 2,5	+ 2,5
(e) Veränderung des Ausgabenspielraums durch Abweichung der Steuerquote (15) von der des jeweiligen Vorjahres	+ 4,5	+ 2,1	− 0,5	− 3,3	+ 3,0	+ 3,9	− 1,6	− 0,3
(f) Veränderung des Ausgabenspielraums durch Abweichung des Deckungsbeitrages der „Sonstigen Einnahmen" von dem des jeweiligen Vorjahres	− 0,8	+ 0,4	+ 0,3	− 0,6	+ 0,4	+ 0,7	+ 1,1	+ 0,2
(g) Veränderung des Ausgabenspielraums durch Abweichung der realisierten Staatsquote (19) von der konjunkturneutralen (16) im jeweiligen Vorjahr	− 5,0	− 1,8	− 0,8	− 3,2	− 9,8	− 4,3	+ 0,6	− 2,7
(15) Volkswirtschaftliche Steuerquote: $\frac{(6)}{(4)} \cdot 100$	24,70	25,26	25,13	24,21	25,07	26,20	25,73	25,63
(16) Konjunkturneutrale Staatsquote: $\frac{(9)}{(2)} \cdot 100$	24,77	28,41	28,40	27,48	28,63	30,10	29,93	29,89
(17) Beanspruchte Staatsquote: $\frac{(10)}{(2)} \cdot 100$	28,96	29,20	29,83	30,69	29,64	30,01	31,14	31,50
(18) Konjunktureller Impuls, bezogen auf das Produktionspotential in (2) (17) ⁄ (16)	+ 1,19	+ 0,80	+ 1,43	+ 3,21	+ 1,01	− 0,10	+ 1,22	+ 1,61
(19) Realisierte Staatsquote: $\frac{(10)}{(1)} \cdot 100$	28,25	28,64	29,30	30,18	29,87	29,92	30,73	31,11

[7]) Normalauslastungsgrad (97,25 vH); zur Definition siehe Anhang V, Abschnitt A.

[8]) Anstelle der turneutralen Ausgabenspielraums, der durch eine Änderung der steuerlichen Einnahmenregelungen entsteht, bleibt unberücksichtigt, daß die tatsächliche Steuerquote nicht derjenigen entsprechen muß, die sich bei Vollbeschäftigung und „konjunkturneutralem" Preisanstieg ergäbe.

[9]) Von den in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ausgewiesenen Staatsausgaben wird die Investitionszulage des Konjunkturpro- Dezember 1974 (Zeile 6b) abgezogen.

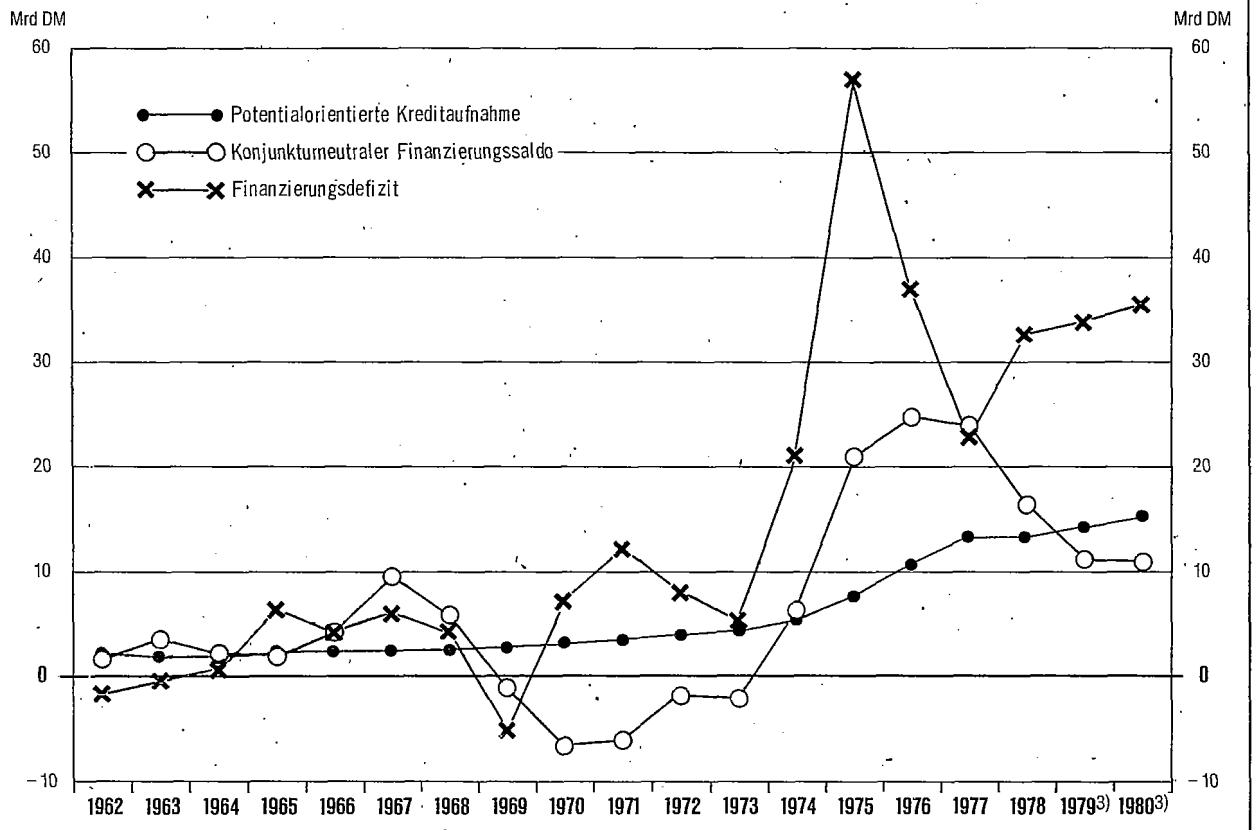
[10]) Expansiv: +; kontraktiv: −.

[11]) Basis der tatsächlichen Preissteigerungen (siehe Anhang V, Abschnitt D).

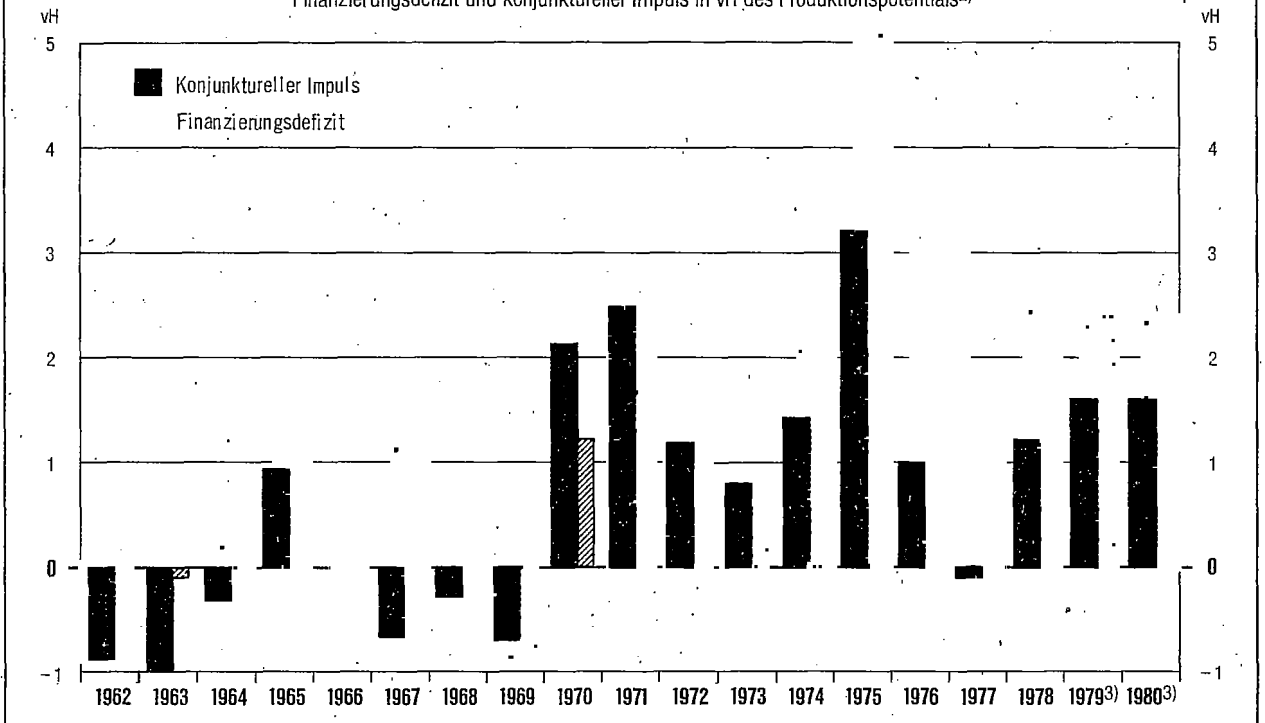
[12]) (b) ergibt sich als Zusammenfassung der Komponenten (c) bis (g). Wegen der überwiegend multiplikativen Verknüpfung der Komponenten ist (b) nicht genau gleich der Summe aus (c) bis (g) (siehe hierzu Anhang V, Abschnitt D). In den Jahren 1974 bis 1978 weicht (b) von dem ab, was den Komponenten (c) bis (g) entspricht, weil die in diesen Jahren als Basis zugrunde gelegten Quoten jeweils von unterschiedlichen Zeiträumen bestimmt sind.

Schaubild 32

DIE ÖFFENTLICHEN HAUSHALTE IN KONJUNKTURELLER SICHT[1]



Finanzierungsdefizit und konjunktureller Impuls in vH des Produktionspotentials[2]



1) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Methodische Erläuterungen siehe Tabelle 27 und Anhang V, Abschnitt D. – 2) Produktionspotential in Preisen von 1970: für die Jahre 1962 bis 1966 inflationiert mit dem Preisindex des Bruttosozialprodukts; für die Jahre ab 1967 inflationiert mit dem Preisindex des Bruttosozialprodukts im jeweiligen Vorjahr und der "konjunkturneutralen" Erhöhung des Preisniveaus im jeweiligen Jahr. – 3) Eigene Schätzung.

SR 79 0725

236. Die Tatsache, daß das Defizit der Gebietskörperschaften im Vergleich zum Vorjahr annähernd konstant geblieben ist, könnte Anlaß zu dem Schluß geben, daß damit der Konsolidierungsbedarf zumindest nicht zugenommen habe. Ein solcher Schluß wäre jedoch, wie schon angedeutet, voreilig. Derjenige Teil der Verschuldung, mit dem der Staat seine Ausgaben mittelfristig finanzieren kann, ohne daß dies aus wachstumspolitischer Sicht für problematisch zu halten ist, macht in diesem wie im letzten Jahr rund zwei Fünftel des tatsächlichen Finanzierungsdefizits aus. Ein Teil des über diese Normalverschuldung hinaus verbleibenden Defizits ergibt sich aus Einnahmenausfällen, weil die Volkswirtschaft im Jahresdurchschnitt den normalen Auslastungsgrad noch nicht ganz erreichte. Solche konjunkturbedingten Mindereinnahmen muß der Staat in jedem Fall durch Kreditaufnahme ersetzen, will er nicht prozyklisch wirken. Da die konjunkturellen Aufschwungskräfte seit dem Vorjahr jedoch deutlich zugenommen haben und der Auslastungsgrad sich erhöht hat, sind auch die Steuereinnahmen beträchtlich gestiegen und hätten von daher selbst bei unverändert die Konjunktur stützender Finanzpolitik einen Rückgang des Defizits bewirkt. Daß dieser Rückgang nicht eingetreten ist, liegt eben daran, daß die Finanzpolitik noch einmal expansiver war als zuvor. Anders gewendet: Bei gleichbleibendem Defizit ist derjenige Teil, der zur Konsolidierung ansteht, nicht kleiner, sondern größer geworden.

237. Nimmt man die Haushalte der Sozialversicherung hinzu, so ergibt sich in konjunktureller Sicht für den gemeinsamen Haushalt kein anderes Bild als das, welches schon von den Impulsen der Gebietskörperschaften gezeichnet wurde. Das Finanzierungsdefizit der Sozialversicherungsträger bleibt mit annähernd 2 Mrd DM gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Daß sich dieses Defizit trotz des konjunkturell bedingt raschen Anstiegs der Sozialbeiträge nicht, wie eigentlich im Aufschwung üblich, stärker zurückgebildet hat, geht darauf zurück, daß andere Einnahmenkomponenten nur geringfügig ansteigen oder sogar abnehmen. Die Zuschüsse des Bundes etwa nehmen wegen der verbesserten finanziellen Situation namentlich der Bundesanstalt für Arbeit ab; beim Bund entsteht im entsprechenden Umfang Spielraum für eine Senkung des Ausgabenvolumens. Die Gesamteinnahmen der Sozialversicherung nehmen nur um etwa 6 vH zu. Die Ausgaben steigen mit annähernd derselben Rate an. Hinter dem Ausgabenzuwachs steht allerdings eine differenzierte Entwicklung in den einzelnen Bereichen der Sozialversicherung. Während die Ausgaben der Krankenversicherungen nach einer kurzen Phase der Kostendämpfung mit annähernd 9 vH nun wieder kräftig ansteigen, verzeichnen die Ausgaben der Rentenversicherung wegen der aus Konsolidierungsgründen von der allgemeinen Einkommensentwicklung losgelösten Rentenerhöhung von 4,5 vH in diesem Jahr einen deutlich langsameren Anstieg. Eine weitere Verbesserung der finanziellen Situation der Rentenversicherung ergibt sich darüber hinaus aus Veränderungen des Beitragsaufkommens, die über den Finanzausgleich zwischen den Trägern der Sozialversicherung herbeigeführt wurden. Erstmalig zahlt die Bundesanstalt für Arbeit im Jahre 1979 für das gesamte Jahr Rentenversicherungsbeiträge für die Arbeitslosen; im letzten Jahr galt diese Regelung erst ab Juli. Dies verschlechtert allerdings gleichzeitig die finanzielle Position der Bundesanstalt. So führen die Zahlungen an die Rentenversicherung und andere Mehrausgaben für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen und für Schlechtwettergeld trotz der verbesserten Beschäftigungssituation und dem damit verbundenen Rückgang der Leistungen an Arbeitslose und Kurzarbeiter bei der Arbeitslosenversicherung nach einem geringen Überschuß im Jahre 1978 in diesem Jahr zu einem Finanzierungsdefizit von etwa 2½ Mrd DM. Dieser Betrag kann vollständig durch Entnahmen aus der Rücklage gedeckt werden, so daß der vorgesehene Zuschuß des Bundes wie erwähnt nicht in Anspruch genommen zu werden braucht.

ZWEITES KAPITEL

Für mehr Stabilität und weiterhin hohe Investitionen

I. Die voraussichtliche Entwicklung

238. Bei unserer Vorausschau auf die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik im Jahre 1980 gehen wir davon aus, daß es die Grundlinie der Wirtschaftspolitik bleibt, zu mehr Stabilität zurückzukehren, ohne den wirtschaftlichen Aufschwung zu gefährden.

- Die Geldpolitik weitet die Zentralbankgeldmenge mit einer Rate aus, die dem Wachstum des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials unter Berücksichtigung des für unvermeidlich zu haltenden weiteren Anstiegs des Preisniveaus entspricht. Wir haben unterstellt, daß sie diesen Kurs auch dann durchhält, wenn es zu Wechselkursänderungserwartungen an den Devisenmärkten kommt. Das bedeutet, daß sich die Währungspolitik einer Aufwertung der D-Mark durch den Markt nicht widersetzt und daß sie Wege findet, eine rechtzeitige und ausreichende Paritätsänderung im Europäischen Währungssystem zu erreichen.
- Die öffentlichen Haushalte stützen immer noch die Konjunktur. Die Konsolidierung bleibt Ziel der Finanzpolitik. Beim öffentlichen Gesamthaushalt rechnen wir mit einer Steigerung der Ausgaben um $6^1/_2$ vH; für den konjunkturellen Impuls der Gebietskörperschaften steht ein Betrag von $24^1/_2$ Mrd DM.

Wir haben außerdem angenommen, daß Unternehmen und Gewerkschaften bei ihren preis- und lohnpolitischen Entscheidungen die von der Wirtschaftspolitik gesetzten Daten berücksichtigen.

239. Eine Annahme ist auch über die Versorgung mit Mineralöl zu treffen. Gegenwärtig ist wohl niemand in der Lage, eine verläßliche Aussage darüber zu machen, welche Mengen zu welchen Preisen 1980 verfügbar sein werden. Zwar kann man versuchen, die voraussichtliche Nachfrage- und Angebotssituation auf den Rohölmärkten abzuschätzen, wie sie sich unter bestimmten Annahmen über die wirtschaftliche Entwicklung darstellt. Danach ist für 1980 nicht mit einer Verschärfung der Versorgungssituation zu rechnen. Der Ölverbrauch in der Welt dürfte nur wenig steigen; die Förderung könnte damit Schritt halten. Es ist jedoch nicht absehbar, ob die Ölförderländer hierzu bereit sind oder ob sie auch nur die bisherigen Mengen anbieten werden. Noch viel weniger ist abzuschätzen, mit welchen Förderausfällen und mit welchen Preiserhöhungen im Falle politischer Erschütterungen in diesen Ländern zu rechnen wäre.

Wir haben im folgenden unterstellt, daß 1980 die Produktion nicht durch Versorgungsengpässe beim Rohöl beeinträchtigt wird und daß die Preise, in D-Mark gerechnet, nicht stärker oder doch nicht viel stärker steigen werden als das inländische Preisniveau.

240. Die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland wird entscheidend von der Entwicklung in anderen Ländern bestimmt, so wie sie ihrerseits diese beeinflußt. Die weltwirtschaftliche Konstellation erlaubt es gegenwärtig nicht, ohne weiteres darauf zu setzen, daß die deutsche Wirtschaft 1980 vom Ausland starke Impulse erhält. Bevor wir uns mit der voraussichtlichen Entwicklung der Binnenkonjunktur beschäftigen, versuchen wir zunächst, Vorstellungen über den Verlauf der Weltkonjunktur zu gewinnen.

Die voraussichtliche Entwicklung der Auslandskonjunktur

241. Die wirtschaftlichen Auftriebskräfte in der Welt sind nicht mehr so stark wie vor einem Jahr. Nachdem sich die Lage 1978 in den meisten Ländern deutlich gebessert hatte und Anfang 1979, fünf Jahre nach der ersten Ölkrise, erstmals wieder eine im ganzen befriedigende Erholung zu verzeichnen war, ist inzwischen erneut die starke Belastung sichtbar geworden, die eine sprunghafte Ölverteuerung für die Weltkonjunktur bedeutet. Es zeigt sich, daß diese Belastung nicht ohne Reibungsverluste bei Nachfrage, Produktion und Beschäftigung verkraftet wird. Die Preise steigen beschleunigt. In wichtigen Ländern kommen interne Probleme hinzu, so in den Vereinigten Staaten und in Großbritannien, die beide aus Stabilisierungsgründen einen Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Produktion hinnehmen müssen. Bei dem großen Gewicht, das die Vereinigten Staaten im Welthandel haben, wirkt sich das auf zahlreiche andere Länder aus. Die meisten Industrieländer können 1980 nicht mehr mit dem gleichen Zuwachs des Sozialprodukts und damit auch der Beschäftigung rechnen wie in diesem Jahr. Die Preissteigerungen werden dagegen zunächst noch zunehmen, nicht zuletzt wegen der Folgewirkungen des Ölpreisschubs, sich dann aber im Verlauf des Jahres 1980 wohl nicht weiter verstärken.

242. Ist eine Verlangsamung des konjunkturellen Expansionstempos im kommenden Jahr für vorgezeichnet zu nehmen, so ist doch derzeit noch offen, wie groß sie sein wird.

Für eine starke Verlangsamung mag sprechen, daß sich die Erwartungen von Verbrauchern und Unternehmen in vielen Ländern seit dem Sommer 1979 verschlechtert haben und daß die von der Ölver-

teuerung bewirkte Verminderung des Realeinkommens über Anpassungsreaktionen von Konsumenten und Investoren zu einem sich verstärkenden Prozeß der Einschränkung von Nachfrage und Produktion führen könnte. Gravierend wären die Rückwirkungen auf die Exporterlöse der Entwicklungsländer, die durch die Ölverteuerung ohnehin vielfach vor besondere Probleme gestellt sind und sich gezwungen sehen könnten, ihre Importe einzuschränken.

Dagegen spricht, daß der Ölpreisschub diesmal in eine frühe Phase des Aufschwungs und nicht, wie 1973/74, in eine Phase fiel, in der die Konjunktur in vielen Ländern einen Höhepunkt erreicht und in einigen auch schon überschritten hatte. Diesmal war die inflatorische Dynamik noch gering, damals hatten sich die Preissteigerungen über längere Zeit kräftig beschleunigt; gravierende außenwirtschaftliche Ungleichgewichte, wie sie damals bestanden, bestehen diesmal nicht. An anderer Stelle dieses Gutachtens haben wir ausführlicher dargelegt, warum aus solchen Gründen die Ausgangslage der Weltwirtschaft für 1980 günstiger einzuschätzen ist als die Ausgangslage damals (Ziffer 5). Dazu paßt: Zu einem unfreiwilligen Lageraufbau, der als Ausdruck enttäuschter Erwartungen gelten könnte, ist es bislang kaum gekommen, und auch bei der in den meisten Ländern gestiegenen, wenngleich nicht übermäßig stark gestiegenen Investitionstätigkeit zeichnet sich eine Wende nicht ab, zumal sich die Ertragslage der Unternehmen zumeist nicht wesentlich zu verschlechtern droht. Überdies ist damit zu rechnen, daß wie damals ein zunehmender Teil der in den Industrieländern durch die Verteuerung des Öls ausgefallenen Nachfrage durch Aufträge aus den Ölförderländern ausgeglichen wird.

Wir halten es daher für wahrscheinlich, daß sich die wirtschaftliche Expansion nur mäßig verlangsamt. Zwar sehen wir die Risiken, daß es ungünstiger kommen könnte; die Gefahr, daß sie eintreten, schätzen wir jedoch nicht sehr groß ein.

243. Daß der Spielraum, den die Wirtschaftspolitik für expansive Maßnahmen hat, in vielen Ländern größer ist als 1973/74, heißt indes nicht, daß sie ihn vorbehaltlos nutzen könnte. Die jetzt wieder stärker in den Vordergrund gerückten Inflationsprobleme stehen dem entgegen. Denn obwohl bereits 1979 in den meisten Ländern eine Politik des knappen Geldes betrieben oder zumindest eingeleitet wurde, und obwohl exzessive Lohnabschlüsse, wie nach der ersten Ölkrise, sich nicht wiederholen dürften, zumal die Arbeitslosigkeit zumeist noch hoch ist und in vielen Ländern wieder steigen wird, dürften die Preissteigerungsraten nicht schon 1980 so weit zurückgeführt werden, daß die Wirtschaftspolitik auf eine Stützung der Nachfrageexpansion umschalten könnte.

Für die Gruppe der Industrieländer ohne die Vereinigten Staaten rechnen wir mit einem Zuwachs des realen Sozialprodukts von knapp 3 vH im Jahre 1980 nach knapp 4 vH im Jahre 1979; einschließlich der Vereinigten Staaten dürfte der Zuwachs 1980 rund $1^1/_2$ vH betragen; 1979 belief er sich auf 3 vH (Tabelle 29). Der Welthandel, der 1979 dem Volumen nach um schätzungsweise 6 vH gegenüber dem Vorjahr zunahm, wird im kommenden Jahr voraussichtlich um $3^1/_2$ vH bis 4 vH expandieren.

244. In den Vereinigten Staaten haben aufgrund der Stabilisierungspolitik rezessive Tendenzen die Oberhand gewonnen. Die noch einmal merkliche Zunahme des Sozialprodukts im dritten Quartal 1979 und der bis zuletzt anhaltende Anstieg der Auftragseingänge und anderer Frühindikatoren deuten darauf hin, daß sich die gesamtwirtschaftliche Produktion wohl nicht schon vor der Jahreswende spürbar abschwächen dürfte, und verunsichern auch im ganzen das Urteil darüber, wie die konjunkturelle Entwicklung 1980 weitergehen wird. Die nochmalige Zinserhöhung und die erklärte Absicht der monetären Politik, auch einen weiteren Anstieg der Zinssätze hinzunehmen, werden die Investitionstätigkeit allerdings nicht unbeeinträchtigt lassen. Besonders der Wohnungsbau, der in diesem Jahr noch überraschend wenig Wirkung zeigte, dürfte deutlich zurückgehen, wenn die Erwartung weiter steigender Inflationsraten schwindet. Die Investitionstätigkeit der Unternehmen wird sich angesichts der noch günstigen Gewinnsitutation und der verbesserten Wettbewerbsfähigkeit im Export weit weniger vermindern, möglicherweise sogar unverändert bleiben, es sei denn, der private Verbrauch würde drastisch sinken. Letzteres wäre indes nur dann der Fall, wenn bei der zu erwartenden Stagnation des verfügbaren Einkommens die Sparquote wieder über den langjährigen Durchschnitt von rund 6 vH hinausginge. Der Rückgang der Sparquote auf 4 vH im dritten Quartal dieses Jahres deutet jedoch an, daß die Haushalte bereit sind, ihre Ausgabenpläne auch über zusätzliche Verschuldung oder über die Auflösung von Ersparnissen zu finanzieren. Sollte es doch zu ausgeprägter Zurückhaltung kommen, ist eine Steuersenkung, die schon jetzt diskutiert wird, wahrscheinlich. Im ganzen dürfte das Sozialprodukt 1980 gleichwohl etwas geringer sein als 1979. Die Inflationsrate dürfte im Durchschnitt des nächsten Jahres unter der dieses Jahres liegen.

245. In Europa, wo in den vergangenen beiden Jahren vor allem der private Verbrauch, zuletzt aber auch die Investitionstätigkeit die konjunkturelle Erholung getragen hatte und wo sich diese Erholung über die enge Handelsverflechtung ausgebreitet hatte, führt die Ölverteuerung mit ihrer in allen Ländern dämpfenden Wirkung auf den Konsum auch zu einer schwächeren Zunahme des Außenhandels. Diese wird nicht unmaßgeblich von der Einfuhr der Bundesrepublik bestimmt. Das gilt vor allem für die kleineren Länder.

In allen Ländern hat sich seit Mitte dieses Jahres das Konjunkturklima etwas abgekühlt; die Erwartungen der Unternehmen sind durchweg nicht mehr so zuversichtlich wie zuvor.

246. Für Frankreich, Italien und Großbritannien kommt zu den dämpfenden Einflüssen der Weltkonjunktur hinzu, daß deren Ausfuhr wahrscheinlich jetzt weniger stark zunehmen wird als der Welthandel. Ein voller Ausgleich dafür wird in diesen Län-

dern von der Investitionstätigkeit kaum kommen. In Frankreich nahm sowohl die Nachfrage nach Ausrüstungsgütern als auch die Baunachfrage in den letzten drei Jahren nur wenig zu; bei gestiegenen Zinsen und einer verlangsamten Nachfrageexpansion ist auch im nächsten Jahr eine Belebung nicht zu erwarten. In Italien war 1979 nach einem Rückgang in den vorangegangenen Jahren zwar eine Zunahme der Ausrüstungsinvestitionen zu verzeichnen, doch ist nicht sicher, ob darin nicht nur eine vorübergehende Reaktion auf die hohe Kapazitätsauslastung zu sehen ist, die dann 1980 kaum anhalten dürfte. Allgemein wird die Energiekrise allerdings diesmal stärker, als es 1974 der Fall war, auch zu vermehrten Investitionen zur Energieeinsparung oder zur Substitution von Öl führen. In Großbritannien, wo die Investitionstätigkeit in diesem Jahr schon rückläufig war, muß wohl mit einer weiteren Abschwächung gerechnet werden, betrachtet man die Pläne der Unternehmen sowie die Entwicklung von Gewinnen und Zinsen.

247. In allen drei Ländern droht der Zwang zu verschärfter monetärer Restriktion, wenn sich die Lohnabschlüsse nicht wenigstens im Rahmen der aktuellen Preissteigerungen halten. Die Preissteigerungen könnten dann bald als unerträglich angesehen werden und es wären Zahlungsbilanzprobleme zu erwarten.

Das gilt besonders für Großbritannien. Die zu erwartende Entwicklung von Nachfrage und Produktion wird dort dazu führen, daß die Arbeitslosigkeit deutlich ansteigt. Die Regierung scheint dies um der Stabilisierung willen hinnehmen zu wollen; der vorläufige Entwurf des Haushaltsplanes für 1980 sieht keine reale Ausgabensteigerung vor. Kommt es nicht zu Lohnabschlüssen, die auf ein Sinken der Inflationsrate setzen und dies damit auch wahrscheinlicher machen, könnten die Einbußen bei Produktion und Beschäftigung stark ausfallen.

Bisher ist allerdings nicht zu erkennen, daß sich die Stabilitätsprobleme in Frankreich, Italien und Groß-

Tabelle 29

Die voraussichtliche wirtschaftliche Entwicklung in westlichen Industrieländern

Land	Anteil am		Bruttosozialprodukt (real)[2]		Wareneinfuhr (Volumen)[2]		Verbraucherpreise[2]	
	Bruttosozialprodukt[1] der OECD-Länder	Export der Bundesrepublik	1979	1980	1979	1980	1979	1980
	1978		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH					
	vH							
Bundesrepublik Deutschland	10,8	×	4	2½ bis 3	10½	5	4½	4½
Belgien	1,6	8,3	3	2½	6	4	4½	6
Dänemark	0,9	2,2	2½	1	5	1	10	11
Frankreich	7,9	12,2	3	2 bis 2½	8	4	10½	11
Großbritannien	5,2	5,9	½	−1	10	3	13	14
Irland	0,2	0,4	3½	3	12	5	13	13
Italien	4,0	6,8	4½	2 bis 2½	10	3	15	16
Niederlande	2,2	10,0	3	2½	5½	2½	4½	6
EG[3]	32,8	45,8	3	2	8½	3½	9	9½
Vereinigte Staaten	35,0	7,1	1½	− ½	2	0	10½	9½
Japan	16,5	1,2	6	5½	11	6	3½	6
Kanada	3,4	0,8	2½	2	7½	2	8½	8½
Österreich	0,9	5,1	5	2½	8	5	4	4½
Schweden	1,4	2,7	4	3½	12	6	7	8½
Schweiz	1,4	5,1	½	1½	7	5	3½	3½
Insgesamt[3]	91,4	67,8	3	1½	7½	3	8½	8½

[1] In Preisen und Wechselkursen von 1978, Quelle: OECD.
[2] Eigene Schätzung auf Grund von Unterlagen internationaler Organisationen.
[3] Bruttosozialprodukt und Preise zusammengewogen mit den Anteilen am nominalen Bruttosozialprodukt der OECD-Länder des Jahres 1978; Einfuhr zusammengewogen mit den Anteilen an der Wareneinfuhr der OECD-Länder insgesamt im Jahre 1978.

britannien über eine Beschleunigung der Lohnsteigerungen erheblich verschärfen. In Frankreich und in Italien wird das reale Sozialprodukt noch deutlich zunehmen, wenn auch weniger als 1979. In Großbritannien dürfte ein Rückgang nicht zu vermeiden sein.

248. In den kleineren europäischen Ländern wird sich mit der Abschwächung der Exportkonjunktur und den restriktiven Einflüssen, die von der Ölverteuerung ausgehen, das Expansionstempo im kommenden Jahr ebenfalls verlangsamen. Außer für Dänemark, wo die hohen Defizite des Staatshaushalts und der Leistungsbilanz eine sehr restriktive Wirtschaftspolitik erzwingen, ist allerdings in keinem dieser Länder eine starke Verlangsamung im Anstieg von Produktion und Beschäftigung aus internen Gründen zu erwarten. Ihnen ist im Verlauf der letzten Jahre die außenwirtschaftliche Anpassung weitgehend gelungen, und die Inflationsraten wurden so weit gesenkt, daß gegenüber den größeren Ländern kein großer Anpassungsdruck mehr bestehen dürfte. Hinzu kommt vor allem für die Niederlande und Belgien, daß von der wirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik weiterhin expansive, wenn auch nicht mehr so stark expansive Impulse zu erwarten sind. Die Schweiz wird für 1980 eine etwas bessere konjunkturelle Entwicklung aufweisen als in diesem Jahr; die Wirtschaftstätigkeit hatte dort 1978 und 1979 weitgehend stagniert.

249. Stärker als in den meisten Ländern Europas und ähnlich wie in der Bundesrepublik war in Japan in diesem Jahr die kräftige Erholung von der Ausweitung privater Investitionen geprägt. Auch der private Verbrauch expandierte sehr stark. Dagegen gehörten die öffentlichen Ausgaben und der Export nicht mehr zu den treibenden Kräften. Auf der anderen Seite erhöhte sich die Einfuhr beträchtlich. Im nächsten Jahr könnte sich dies umkehren. Die deutliche Abwertung des Yen und ein geringer Anstieg des privaten Verbrauchs werden die Importe weit schwächer als 1979 zunehmen lassen und gleichzeitig die Exporttätigkeit der japanischen Unternehmen anregen. Dafür gibt es bereits Anzeichen. Die privaten Investitionen dürften indes verhaltener steigen. Die Geldpolitik scheint entschlossen, bei der zu erwartenden Inflationsrate den strafferen Kurs, den sie im Verlauf dieses Jahres eingeschlagen hat, auch 1980 zu halten. Auch die finanzpolitischen Impulse werden voraussichtlich weiter abnehmen. Insgesamt ist daher davon auszugehen, daß die Zuwachsrate des Sozialprodukts nicht mehr ganz so hoch wie 1979 sein wird, aber doch deutlich höher als in allen anderen Industrieländern.

Die voraussichtliche Entwicklung der Binnenkonjunktur

250. In der Bundesrepublik Deutschland hat sich der Konjunkturaufschwung bis zuletzt fortgesetzt. Wichtige Indikatoren signalisieren indes eine Eintrübung des Konjunkturklimas, die für 1980 eine Abschwächung der konjunkturellen Expansion erwarten läßt.

Ungewiß ist, wie stark die Abschwächung sein und wie lange sie dauern wird: Ob die Konjunktur nach dem kräftigen Spurt in den vergangenen Monaten vorübergehend nur eine „Pause" einlegen, auf einen flacheren Pfad einschwenken oder aber nach unten abgleiten und über kurz oder lang in eine Rezession übergehen wird.

Nicht jedes dieser drei Verlaufsmuster halten wir allerdings für gleich wahrscheinlich. Unter den Annahmen, die wir hinsichtlich der Weltkonjunktur, der Wirtschaftspolitik und der Lohnpolitik getroffen haben, sehen wir derzeit jedenfalls keine Anzeichen dafür, daß das Jahr 1980 im Zeichen einer Rezession stehen wird.

251. Unsere Zuversicht, daß die Entwicklung weiter aufwärts gerichtet bleibt, begründen wir damit, daß die Rahmenbedingungen für eine Fortsetzung der konjunkturellen Expansion gut sind und aller Voraussicht nach auch gut bleiben werden. Der Aufschwung bezieht seine Kraft nicht mehr allein aus der Unterstützung durch die Wirtschaftspolitik, sondern mehr und mehr auch aus der allmählichen Verbesserung der Angebotsbedingungen. Zudem spricht vieles dafür, daß die Wirtschaft mit der Ölverteuerung weitaus besser fertig werden kann als 1973/74. Denn anders als damals hat es diesmal keine ernsthaften Versuche von seiten der Lohnpolitik gegeben, die Belastungen auf die Unternehmen zurückzuwälzen. Dies berechtigt zu der Annahme, daß sich die konjunkturdämpfenden Wirkungen in Grenzen halten werden.

252. Im Jahre 1979 waren es vor allem die privaten Investitionen, von denen die Dynamik des Aufschwungs kam. Im Jahre 1980 muß sich erweisen, wie gefestigt die Investitionsneigung auch in einer Konjunkturphase ist, in der vom privaten Verbrauch und der Ausfuhr geringere Impulse ausgehen werden.

Die derzeit lebhafte Investitionstätigkeit hat eine solide Basis. Die Erträge der Unternehmen haben sich 1979 weiter verbessert, obwohl die Rohstoffkosten und die Kapitalkosten erheblich gestiegen sind. Die aus unverteilten Gewinnen und Abschreibungen stammenden Finanzierungsmittel der Unternehmen sind allem Anschein nach noch recht hoch, so daß in vielen Unternehmen einer Aufstockung der Investitionsbudgets von der Finanzierungsseite her nichts im Wege steht. Wir haben auch darauf gesetzt, daß bei der angenommenen Geld- und Währungspolitik die Zukunftserwartungen der Geldvermögensbesitzer und deren Anlageneigung gut bleiben werden, von den Zinsen her also die Investitionskonjunktur nicht beeinträchtigt wird.

Die Dynamik des Aufschwungs kommt derzeit von den autonomen Investitionen. Es sind dies vor allem solche Investitionen, mit denen neue Produktionsverfahren eingeführt und neue Absatzmärkte erschlossen werden, die also dazu dienen, die Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern. Der Anstoß geht häufig von technologischen Neuerungen und strukturellen Veränderungen aus; dies macht sie weniger anfällig gegen das Auf und Ab der Konjunktur. Wir veranschlagen daher auch das Risiko gering, daß

Tabelle 30

Die wichtigsten Daten der Volkswirt

Schätzung für das 2. Halbjahr 1979

Absolute Werte

	Einheit	1978	1979	1980	1979		1980	
					1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
Verwendung des Sozialprodukts								
In jeweiligen Preisen:								
Privater Verbrauch	Mrd DM	707,9	761,5	812,5	363,5	398,0	390,0	422,5
Staatsverbrauch	Mrd DM	256,8	274,0	294,5	126,4	148,0	135,5	159,0
Bruttoanlageinvestitionen	Mrd DM	276,5	317,0	360,5	139,8	177,5	164,0	196,5
Ausrüstungen	Mrd DM	110,4	125,0	141,0	57,0	68,0	64,5	76,5
Bauten	Mrd DM	166,1	192,0	219,5	82,8	109,5	99,5	120,0
Vorratsveränderung	Mrd DM	+ 9,3	+ 24,0	+ 14,5	+ 14,7	+ 9,5	+ 8,5	+ 6,0
Außenbeitrag	Mrd DM	+ 37,0	+ 14,0	+ 13,0	+ 11,3	+ 2,0	+ 6,0	+ 7,0
Ausfuhr	Mrd DM	348,6	383,5	423,0	183,2	200,0	205,0	218,0
Einfuhr	Mrd DM	311,5	369,5	410,0	171,9	198,0	199,0	211,0
Bruttosozialprodukt	Mrd DM	1 287,5	1 390,5	1 495,0	655,7	735,0	704,5	790,5
In Preisen von 1970:								
Privater Verbrauch	Mrd DM	470,4	485,0	495,5	235,1	249,5	240,0	255,5
Staatsverbrauch	Mrd DM	147,3	151,0	153,5	73,4	77,5	74,5	79,0
Bruttoanlageinvestitionen	Mrd DM	191,4	206,5	220,5	93,0	113,5	102,0	118,5
Ausrüstungen	Mrd DM	80,8	89,5	97,0	41,0	48,5	45,0	52,5
Bauten	Mrd DM	110,5	117,0	123,5	52,0	65,0	57,0	66,0
Ausfuhr	Mrd DM	245,3	258,5	271,5	125,9	132,5	133,0	138,5
Einfuhr	Mrd DM	220,1	241,0	252,5	116,5	124,5	123,5	129,0
Bruttosozialprodukt	Mrd DM	840,8	875,0	898,5	420,2	455,0	432,0	466,5
Preisentwicklung								
Privater Verbrauch	1970 = 100	150,5	157,0	164,0	154,6	159,5	162,5	165,5
Bruttosozialprodukt	1970 = 100	153,1	159,0	166,5	156,0	161,5	163,0	169,5
Entstehung des Sozialprodukts								
Erwerbstätige	1 000	25 160	25 460	25 635	25 284	25 630	25 485	25 785
Arbeitszeit	Stunden	.	.	.	.	.	.	.
Arbeitsvolumen	Mrd Std.	.	.	.	.	.	.	.
Produktivität	DM je Std.	.	.	.	.	.	.	.
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1970	Mrd DM	838,2	872,5	895,5	419,5	453,0	431,0	464,5
Verteilung des Volkseinkommens								
Bruttoeinkommen								
aus unselbständiger Arbeit	Mrd DM	711,7	764,0	822,5	364,6	399,5	392,0	430,5
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	Mrd DM	290,7	315,5	335,0	140,9	174,5	146,5	188,5
Nettosozialprodukt zu Faktorkosten	Mrd DM	1 002,4	1 079,5	1 158,0	505,5	574,0	538,5	619,0
Nettoeinkommen								
aus unselbständiger Arbeit[2]	Mrd DM	411,1	442,0	469,5	213,4	228,5	227,0	242,5
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	Mrd DM	224,1	247,0	266,0	106,7	140,5	112,0	154,0
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte[3]	Mrd DM	810,5	872,0	926,0	417,5	454,5	444,5	481,5

[1]) Einschließlich Veränderung der Arbeitstage.
[2]) Nettolohn-

Tabelle 30

schaftlichen Gesamtrechnungen

und Vorausschau auf das Jahr 1980

Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH

	1978	1979	1980	1979		1980	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
Verwendung des Sozialprodukts							
In jeweiligen Preisen:							
Privater Verbrauch	+ 6,1	+ 7½	+ 6½	+ 6,8	+ 8	+ 7½	+ 6
Staatsverbrauch	+ 7,0	+ 7	+ 7½	+ 7,8	+ 6	+ 7½	+ 7½
Bruttoanlageinvestitionen	+11,0	+15	+13½	+12,3	+17	+17½	+10½
Ausrüstungen	+10,5	+13½	+13	+13,6	+13	+13½	+12½
Bauten	+11,3	+15½	+14½	+11,4	+19	+20½	+ 9½
Vorratsveränderung	x	x	x	x	x	x	x
Außenbeitrag	x	x	x	x	x	x	x
Ausfuhr	+ 5,4	+10	+10½	+ 8,4	+11½	+12	+ 9
Einfuhr	+ 3,5	+18½	+11	+14,5	+22½	+16	+ 7
Bruttosozialprodukt	+ 7,5	+ 8	+ 7½	+ 8,3	+ 8	+ 7½	+ 7½
In Preisen von 1970:							
Privater Verbrauch	+ 3,4	+ 3	+ 2	+ 3,4	+ 3	+ 2	+ 2
Staatsverbrauch	+ 3,6	+ 2½	+ 2	+ 2,8	+ 2	+ 2	+ 2
Bruttoanlageinvestitionen	+ 6,3	+ 8	+ 7	+ 6,5	+ 9½	+10	+ 4½
Ausrüstungen	+ 8,2	+10½	+ 8½	+11,1	+10½	+ 9½	+ 8
Bauten	+ 4,9	+ 6	+ 5½	+ 3,0	+ 8½	+10	+ 1½
Ausfuhr	+ 4,4	+ 5½	+ 5	+ 5,1	+ 5½	+ 5½	+ 4½
Einfuhr	+ 5,9	+ 9½	+ 5	+ 9,6	+ 9½	+ 6	+ 3½
Bruttosozialprodukt	+ 3,5	+ 4	+2½ bis 3	+ 4,3	+ 4	+ 3	+ 2½
Preisentwicklung							
Privater Verbrauch	+ 2,6	+ 4½	+ 4½	+ 3,3	+ 5½	+ 5	+ 4
Bruttosozialprodukt	+ 3,9	+ 4	+ 4½	+ 3,8	+ 4	+ 4½	+ 5
Entstehung des Sozialprodukts							
Erwerbstätige	+ 0,7	+ 1	+ ½	+ 1,1	+ 1½	+ 1	+ ½
Arbeitszeit[1])	− 0,9	− ½	− ½	− 0,5	− ½	− ½	− ½
Arbeitsvolumen	− 0,2	+ ½	+ 0	+ 0,6	+ 1	+ 0	+ 0
Produktivität	+ 3,4	+ 3½	+ 2½	+ 3,7	+ 3	+ 2½	+ 2½
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1970	+ 3,2	+ 4	+2½ bis 3	+ 4,3	+ 4	+ 3	+ 2½
Verteilung des Volkseinkommens							
Bruttoeinkommen							
aus unselbständiger Arbeit	+ 6,3	+ 7½	+ 7½	+ 7,4	+ 7½	+ 7½	+ 8
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	+10,5	+ 8½	+ 6	+12,2	+ 6	+ 4	+ 8
Nettosozialprodukt zu Faktorkosten	+ 7,5	+ 7½	+ 7	+ 8,7	+ 7	+ 6½	+ 8
Nettoeinkommen							
aus unselbständiger Arbeit[2])	+ 7,4	+ 7½	+ 6	+ 7,6	+ 7½	+ 6½	+ 6
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	+13,4	+10½	+ 7½	+15,0	+ 7	+ 5	+ 9½
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte[3])	+ 6,1	+ 7½	+ 6	+ 7,6	+ 7½	+ 6½	+ 6

[3]) Ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.

dieser Investitionsstrom abreißt, falls sich das Konjunkturklima stärker abkühlt, als wir erwarten.

Überdies werden die Investitionen auch durch die starken Verteuerungen von Energie Anstöße erhalten. Das gilt nicht nur für Investitionen, mit denen in der Energiewirtschaft neue Kapazitäten geschaffen werden, sondern auch für alle Investitionen, die zur Einsparung von Energie oder zur Umstellung auf alternative Energieträger führen.

253. Unsere Erwartung einer anhaltend guten Investitionskonjunktur wird gestützt durch die Investitionspläne der Unternehmen. Zwar kann man auf solche Plandaten nicht ohne weiteres eine Prognose gründen. In Zeiten unsicherer Konjunkturerwartungen muß man auch auf Korrekturen nach unten gefaßt sein. Doch selbst wenn man dies in Rechnung stellt, ist ein Rückgang der Investitionen nicht sehr wahrscheinlich.

Nach den Ergebnissen des Investitionstests des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung von Ende August/Anfang September 1979 spiegelt sich in den Planungen für 1980 ein optimistisches Bild. Für das verarbeitende Gewerbe ist danach mit einem Zuwachs der realen Bruttoanlageinvestitionen um 7 vH zu rechnen, nach 9 vH im Jahre 1979. Bemerkenswert ist, daß sich in nahezu allen Bereichen positive Zuwachsraten abzeichnen. Dies läßt erkennen, daß die Investitionskonjunktur inzwischen eine breite Grundlage hat, daß sie also nicht mehr so sehr von den Investitionsschüben in einigen wachstumsstarken Branchen bestimmt wird, wie das in den letzten Jahren der Fall war.

Wichtige Investitionsanreize bleiben auch im Urteil der Unternehmen technologische Neuerungen und der davon ausgehende Zwang zur Modernisierung und Rationalisierung sowie die Ersatzbeschaffung. Zudem hat sich die Produktion in einer wachsenden Zahl von Bereichen so weit den Kapazitätsgrenzen genähert, daß der Zwang zu nachfrageinduzierten Erweiterungsinvestitionen zunimmt.

Auch bei den meisten anderen Bereichen der gewerblichen Wirtschaft, auf die rund zwei Drittel der Investitionen des Unternehmenssektors entfallen, zeichnet sich eine merkliche Aufstockung der Investitionsbudgets ab. Hierzu gehören vor allem der Bergbau, die Energiewirtschaft, der Handel und das Dienstleistungsgewerbe. Hingegen ist bei der Landwirtschaft und beim Baugewerbe mit einer — freilich nur geringen — Kürzung der Investitionsausgaben zu rechnen.

Aufgrund der verschiedenen Einzelinformationen rechnen wir für 1980 mit einer Zuwachsrate der realen Bruttoanlageinvestitionen im Unternehmenssektor von 6 vH bis 7 vH. Diese Rate wäre zwar etwas niedriger, als sie es 1979 gewesen ist (knapp 10 vH), aber sie wäre ebenso hoch, wie sie es in den Jahren 1977 und 1978 war.

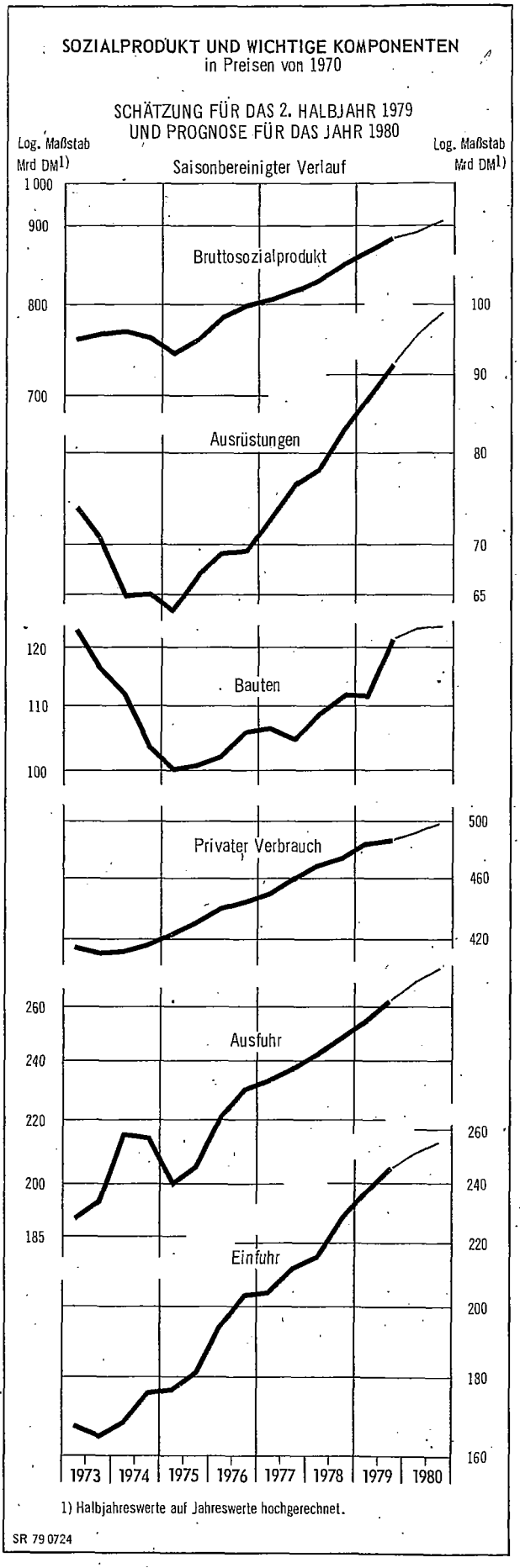
254. Nur ein Teil der geplanten Investitionen hat sich schon in Aufträgen bei den Investitionsgüterherstellern niedergeschlagen, der andere Teil muß noch vergeben werden. Die derzeit recht hohen Auftragsbestände allein sichern noch nicht einen deutlichen Anstieg. Wir gehen davon aus, daß die Aufträge für Ausrüstungsgüter weiter steigen. Bei den realen Ausrüstungsinvestitionen rechnen wir für den Jahresdurchschnitt mit einer Zuwachsrate von $8\frac{1}{2}$ vH, nach $10\frac{1}{2}$ vH im Jahre 1979 (Tabelle 30).

255. Während die Nachfrage nach Ausrüstungsgütern weiter zunehmen dürfte, hat die nach Bauleistungen wohl ihren Höhepunkt überschritten. Die Auftragseingänge bei der Bauwirtschaft gehen seit dem Frühjahr leicht zurück, und wir rechnen nicht damit, daß sich diese Entwicklung umkehrt. Ein deutlicher Rückgang zeichnet sich vor allem beim Wohnungsbau ab, da hier die Nachfrage relativ rasch auf hohe Zinsen reagiert. Allerdings sind die Auftragsbestände so groß, daß die Bauwirtschaft bis weit ins Jahr 1980 hinein gut beschäftigt sein wird. Dabei spielt auch eine Rolle, daß Arbeitskräftemangel und die hohe Auslastung der Gerätekapazitäten einer stärkeren Ausweitung der Produktion enge Grenzen setzen. Der Rückgang der Aufträge wird zunächst die kosten- und preistreibenden Spannungen auf dem Baumarkt vermindern. Erst gegen Ende 1980 rechnen wir mit einem leichten Rückgang der Bauproduktion, hervorgerufen vor allem durch das Fehlen von Anschlußaufträgen öffentlicher Stellen; ähnliches mag auch für den Wohnungsbau gelten. Davon wird freilich vor allem der Rohbau betroffen, weniger dagegen das Ausbaugewerbe.

Die Zuwachsrate für die realen Bauinvestitionen veranschlagen wir unter der Annahme, daß es im Winter zu keinen außergewöhnlich starken Produktionseinschränkungen kommt, auf $5\frac{1}{2}$ vH; sie wäre damit annähernd so hoch wie die im Jahre 1979 (6 vH). In dieser Rate drückt sich freilich auch aus, daß die Bauproduktion im ersten Vierteljahr 1979 durch die extreme Witterung stark behindert war (Schaubild 33).

256. Unsere Prognose steht unter der Unsicherheit über den Verlauf der Weltkonjunktur. Die Erfahrung zeigt, daß eine deutliche Abschwächung der Nachfrage im Ausland nicht nur den Export, sondern auch die Investitionen trifft. Es muß davon ausgegangen werden, daß die wirtschaftlichen Aussichten für das nächste Jahr in den meisten westlichen Industrieländern nicht mehr so gut sind. Das Bewußtsein ist gewachsen, daß die Inflationsbekämpfung nicht hinter anderen wirtschaftspolitischen Zielen zurückstehen darf und daß diese Aufgabe nicht mit leichter Hand innerhalb eines Jahres erledigt werden kann, sondern festes Zupacken und langen Atem erfordert. Gleichwohl halten wir Befürchtungen nicht für hinreichend begründet, eine solche Stabilisierungspolitik werde die Weltwirtschaft — wie im Jahre 1974 — in eine Rezession abgleiten lassen, die auch die deutsche Wirtschaft mitzieht. Zwar rechnen wir für 1980, nimmt man die westliche Welt als Ganzes, mit einer deutlichen Abflachung der konjunkturellen Expansion, aber nicht mit einer Stagnation oder gar Rezession. Der Welthandel, eine Richtgröße bei der Vorausschätzung des deutschen Exports, wird weiter zunehmen; wir veranschlagen seine Zuwachsrate auf $3\frac{1}{2}$ vH bis 4 vH.

Schaubild 33



257. Die Zuwachsrate des Welthandels markiert für 1980 nur die Untergrenze für die Ausweitung der deutschen Exporte. Denn jene wird zum großen Teil gedrückt durch die Rezession in den Vereinigten Staaten. Für die deutschen Unternehmen ist der dadurch verursachte Nachfrageausfall zwar kein zu vernachlässigender Faktor. Es fehlt nicht nur an Absatzmöglichkeiten auf dem nordamerikanischen Markt, sondern auch auf anderen Märkten, die von der Rezession indirekt betroffen werden. Entscheidend ist jedoch, daß die Konjunkturaussichten für die westeuropäischen Länder, die fast zwei Drittel des deutschen Exports aufnehmen, vergleichsweise günstig bleiben. Hier sind es nicht zuletzt die Investitionen, die die Konjunktur stützen. Zum positiven Regionalstruktureffekt gesellt sich also noch ein positiver Sortimentseffekt — denn gerade bei Investitionsgütern haben die deutschen Exporteure traditionell ihre Stärke.

258. Für die deutschen Exporte wird auch entscheidend sein, wie viele von den rund 85 Milliarden Dollar, die die ölexportierenden Länder als Folge der Ölverteuerung des Jahres 1979 im Jahr 1980 zusätzlich einnehmen werden, wieder für den Kauf von Industriegütern ausgeben werden. Nach der Ölkrise 1973/74 kam der Rückfluß der Petro-Dollar in die Industrieländer rasch in Gang. Diesmal läßt er noch weitgehend auf sich warten, und es wird auch geltend gemacht, daß einige Ölausfuhrländer einen Konsolidierungsbedarf haben. Dieser absorbiert aber nur einen Teil der außerordentlich hohen Einnahmen. Wir rechnen daher damit, daß die Nachfrage aus diesen Ländern bald kräftig zunimmt. Dies wäre auch ein Gegengewicht zu einer stärkeren Abschwächung der Nachfrage aus den Industrieländern.

259. Gefahren drohen der Konjunktur freilich bei einer Zuspitzung des Stabilitätskonflikts. Damit wäre, wie zuvor angedeutet, dann zu rechnen, wenn sich der inflatorische Prozeß weiter beschleunigte und die Bundesbank das zu seiner Finanzierung notwendige Geld verweigerte.

Wie stark im nächsten Jahr die Preise steigen werden, ist jedoch nicht festgeschrieben. Keineswegs braucht man davon auszugehen, daß sie stärker steigen als in diesem Jahr. Zwar ist die Weiterwälzung der aus der Ölverteuerung herrührenden Kostensteigerungen noch nicht abgeschlossen. Auch ist es wohl unvermeidlich, daß es in einer Phase hoher Kapazitätsauslastung konjunkturbedingt zu Preisanhebungen kommt. Es wäre daher unrealistisch zu erwarten, die derzeit hohe Preissteigerungsrate würde sich rasch zurückbilden, wenn die wichtigste Ursache dafür, die Verteuerung von Erdöl, wegfällt. Gleichwohl: Es gehört zu den Annahmen der Prognose, daß die Bundesbank das Geldangebot auf das Maß begrenzt, bei dem eine Verringerung der Preissteigerungsrate möglich erscheint. Dabei ist unterstellt, daß eine entsprechende Anpassung des Wechselkurses der D-Mark stattfindet, der Inflationsimport von außen also unterbunden oder zumindest stark eingeschränkt wird. Insgesamt erwarten wir, daß — bei einer nur schwachen Expansion des privaten Verbrauchs — der Spielraum für Preis-

erhöhungen im nächsten Jahr deutlich geringer sein wird, als er es 1979 war.

Bei unserer Prognose sind wir außerdem davon ausgegangen, daß die Preise für Rohöl, in D-Mark gerechnet, 1980 nicht nennenswert stärker steigen werden als das Preisniveau im Inland. Unter dieser Annahme rechnen wir mit einer deutlichen Dämpfung des Preisauftriebs. Sie wird zunächst vor allem auf den vorgelagerten Produktionsstufen spürbar werden, wo die Verteuerung des Mineralöls schon überwiegend weitergegeben worden ist, später aber auch auf der Verbraucherstufe, wo die Überwälzung teilweise noch aussteht.

260. Bei den Verbraucherpreisen haben wir versucht, die Entwicklung getrennt nach wichtigen Bereichen abzuschätzen:

- Die Nahrungsmittelpreise werden voraussichtlich nicht viel stärker als 1979 und damit vergleichsweise schwach steigen. Dafür spricht vor allem, daß die Interventionspreise für Marktordnungsgüter, wenn überhaupt, nur wenig heraufgesetzt werden.
- Unter der Annahme situationsgerechter Lohnabschlüsse rechnen wir auch bei Dienstleistungen nicht mit einer stärkeren Verteuerung. Hier wirkt sich aus, daß 1980 voraussichtlich weniger administrierte Preise angehoben werden als 1979 und einzelne Preise sogar gesenkt werden.
- Mit deutlich geringeren Steigerungsraten rechnen wir bei den Preisen für die übrigen Gebrauchs- und Verbrauchsgüter, auf die knapp die Hälfte aller im Preisindex für die Lebenshaltung erfaßten Güter und Dienstleistungen entfällt. Zu ihnen gehören auch Benzin und Heizöl sowie solche Güter, bei denen Erdöl als Rohstoff oder Energieträger Verwendung findet. Dabei ist berücksichtigt, daß die Preise anderer Energieträger teilweise kräftig angehoben werden.
- Lediglich bei Wohnungsmieten zeichnet sich ein stärkerer Anstieg ab. Hier macht sich offensichtlich allmählich die drastische Verteuerung von Bauleistungen und Bauland bemerkbar.

Im einzelnen erwarten wir, daß sich vom Jahresende 1979 bis zum Jahresende 1980

- Nahrungsmittel um 2 vH,
- Wohnungsmieten um 5 vH,
- Dienstleistungen um $3^1/_2$ vH und
- sonstige Waren um 4 vH verteuern werden.

Für den gesamten Preisindex für die Lebenshaltung ergibt dies eine Jahresrate von $3^1/_2$ vH bis 4 vH.

Allerdings wird wegen des hohen „Überhangs" — am Jahresende 1979 dürfte der Preisindex für die Lebenshaltung den Jahresdurchschnitt um $2^1/_2$ vH übertreffen — die Steigerungsrate im Jahresdurchschnitt 1980 mit $4^1/_2$ vH höher ausfallen.

261. Eine Verringerung der Inflationsrate wird freilich nur dann wahrscheinlich, wenn neben der Währungspolitik auch die Lohnpolitik ihren Part übernimmt. Das heißt: Die Tarifparteien schätzen den durch Produktivitätsanstieg und unvermeidliche Preissteigerungen vorgegebenen Verteilungsspielraum realistisch ein. Dieser wird, nach allem was aus unserer Prognose folgt, im Jahre 1980 nicht größer sein als im Jahre 1979. Der Produktivitätszuwachs wird eher geringer ausfallen, und der für 1980 für unvermeidlich zu haltende weitere Anstieg des Preisniveaus dürfte kaum höher anzusetzen sein als 1979, berücksichtigt man die Wirkungen der Ölpreiserhöhung. Es gibt Anzeichen dafür, daß es in der Lohnpolitik gelingen könnte, den Kontakt zur Lohnrunde des abgelaufenen Jahres zu halten. Wir erwarten allerdings nicht, daß die Lohnabschlüsse für das Jahr 1980 die gleichen sein werden wie für das Jahr 1979. Wir rechnen aber auch nicht damit, daß sie weit darüber hinausgehen.

262. Nur geringe Impulse erhält die Konjunktur vom privaten Verbrauch. Ausschlaggebend dafür ist, daß die Realeinkommen der privaten Haushalte nur verhältnismäßig schwach steigen werden; der Preisschub beim Öl wird im nächsten Jahr nachwirken. Daneben spielt eine Rolle, daß die Einkommen der Arbeitnehmer — nach der Entlastung im Jahre 1979 — wieder stärker von der Progression des Einkommensteuertarifs erfaßt werden und daß bei der vorgesehenen Rentenerhöhung die Realeinkommen der Rentner nicht zunehmen werden.

Allerdings läßt sich schwer abschätzen, wie die privaten Haushalte auf den Kaufkraftentzug reagieren — ob sie die Ausgaben für andere Güter einschränken oder die Mehrausgaben durch den Rückgriff auf Ersparnisse finanzieren. Die Erfahrung zeigt, daß die privaten Haushalte bei einer überraschenden Änderung ihrer Einkommenssituation ihre Verbrauchsgewohnheiten nur allmählich ändern; dies spräche für einen Rückgang der Sparquote. Dem kann man freilich entgegenhalten, daß bei aufkommender Unsicherheit über den weiteren Konjunkturverlauf die Sparquote im allgemeinen steigt.

Wir neigen dazu, das erste Argument deutlich stärker zu gewichten. Das Vertrauen der Konsumenten in die weitere wirtschaftliche Entwicklung scheint nach wie vor groß. Der sogenannte Konsumklima-Index, mit dem man die Kaufbereitschaft der privaten Haushalte zu erfassen versucht, zeigt bisher jedenfalls nicht nach unten.

In unserer Rechnung haben wir deshalb eine gegenüber 1979 etwas niedrigere Sparquote eingesetzt. Bei der erwarteten Entwicklung der einzelnen Komponenten des verfügbaren Einkommens, also der Löhne und Gehälter, der entnommenen Gewinne und der Vermögenseinkommen, der Renten und der sonstigen staatlichen Einkommensübertragungen, sowie den Annahmen über die Entwicklung der Verbraucherpreise, ergibt sich dann eine Zunahme des realen privaten Verbrauchs um 2 vH, nach 3 vH im Jahre 1979.

263. Konjunkturdämpfende Einflüsse erwarten wir von den Lagerinvestitionen: Vor allem die Industrie hat 1979 die Läger kräftig aufgestockt, und zwar über das hinaus, was bei einem Konjunkturaufschwung normalerweise zu erwarten ist. Offenbar sind aus spekulativen Gründen größere Vorräte an

Rohstoffen angelegt worden — ein Vorgang, der sich 1980 voraussichtlich nicht wiederholt. Außerdem ist damit zu rechnen, daß auch die Läger an Fertigwaren und Halbfabrikaten den gedämpften Absatzerwartungen angepaßt werden, zumal die gestiegenen Zinsen die Lagerhaltung beträchtlich verteuert haben. Der aus den Lagerinvestitionen zu erwartende Zuwachs an Nachfrage wird daher 1980 deutlich geringer sein, als er es im Jahre 1979 war.

Allerdings sehen wir keine Anzeichen für einen kumulativen Lagerabschwung: Industrie und Handel betrachten derzeit ihre Fertigwarenläger als normal; es scheint somit bislang zu keinem unfreiwilligen Lageraufbau gekommen zu sein. Das deutet darauf hin, daß die Unternehmen mit einer Fortsetzung des Aufschwungs rechnen, also keine übermäßige Lageranpassung oder gar einen Lagerabbau planen.

264. Der Staat wird die Konjunktur im Jahre 1980 erneut kräftig stützen. Es treten weitere Steuerleichterungen in Kraft, die bereits im Jahre 1978 beschlossen worden waren. Die Ausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden werden voraussichtlich um 6½vH und damit nur wenig langsamer als 1979 steigen (Tabelle 31).

Tabelle 31

Einnahmen und Ausgaben des Staates

Schätzung für das Jahr 1979 und Prognose für das Jahr 1980

	1978	1979	1980	1979	1980
	Mrd DM			Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH	
Staat insgesamt[1] [2]					
Einnahmen insgesamt	569,6	612	655	+ 7½	+ 7
Steuern	331,3	356½	381½	+ 7½	+ 7
Sozialbeiträge	198,3	213	229½	+ 7½	+ 7½
Sonstige laufende Einnahmen	26,3	28½	29½	+ 8½	+ 3½
Vermögensübertragungen und Abschreibungen	13,7	14	14½	+ 3	+ 3½
Ausgaben insgesamt	605,6	648½	688½	+ 7	+ 6
Staatsverbrauch	256,8	274	294½	+ 7	+ 7½
Einkommensübertragungen	251,4	266½	278½	+ 6	+ 4½
Private Haushalte	206,1	218	228	+ 6	+ 4½
Unternehmen und übrige Welt	45,3	48½	50½	+ 7	+ 4
Zinsen	22,0	24½	27	+11½	+10
Vermögensübertragungen	29,4	31½	32½	+ 7	+ 3
Investitionen	46,0	52	56	+13	+ 7½
Finanzierungssaldo[3]	−36,0	−36½	−33½	x	x
Gebietskörperschaften[1]					
Einnahmen	383,3	412½	441	+ 7½	+ 7
Steuern	331,3	356½	381½	+ 7½	+ 7
Sonstige Einnahmen	52,0	56	59½	+ 7½	+ 6½
Ausgaben	417,1	447	476½	+ 7	+ 6½
Finanzierungssaldo[3]	−33,8	−34½	−35½	x	x
Nachrichtlich:					
Gebietskörperschaften in der Abgrenzung der Finanzstatistik					
Einnahmen	393,1	422	452	+ 7½	+ 7
Steuern	319,1	344	369	+ 8	+ 7
Sonstige Einnahmen	74,0	78	83	+ 5½	+ 6½
Ausgaben	432,1	463½	494½	+ 7½	+ 6½
Finanzierungssaldo[3]	−39,0	−41½	−42½	x	x

[1] In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.
[2]
[3] Überschuß: +, Defizit: −.

Der Ausgabenzuwachs geht immer noch über das Wachstum des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials unter Berücksichtigung des unvermeidlichen Preisanstiegs hinaus. Allerdings muß ein größerer Teil des Ausgabenzuwachses als in diesem Jahr zur Finanzierung von Kosten- und Preissteigerungen aufgewendet werden.

Die Einnahmen des Staates werden unter den Annahmen unserer Prognose um 7 vH und damit fast ebenso stark wie das nominale Sozialprodukt steigen. Die Steuerquote wird ebenso hoch sein wie in diesem Jahr. Zwar werden die Einkommen, wie schon erwähnt, wieder stärker von der Progression des Steuertarifs erfaßt, doch steht dem gegenüber, daß bei anhaltender Inflation die mengenabhängigen Verbrauchsteuern weiter an Gewicht verlieren. Außerdem werden, wie erwähnt, Steuererleichterungen für Selbständige und Unternehmen wirksam, die in den Steuerpaketen der letzten beiden Jahre beschlossen worden waren.

Das Zusammentreffen von steigender Ausgabenquote und unveränderter Steuerquote bedeutet, daß sich der expansive Impuls, an dem wir die konjunkturellen Wirkungen des öffentlichen Haushalts messen, im Jahre 1980 nochmals vergrößert, und zwar um fast 2 Mrd DM auf $24\frac{1}{2}$ Mrd DM. Auch das Finanzierungsdefizit der Gebietskörperschaften wird nach unseren Schätzungen noch etwas größer sein als in diesem Jahr. In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen dürfte es $35\frac{1}{2}$ Mrd DM, in der Abgrenzung der Finanzstatistik $42\frac{1}{2}$ Mrd DM betragen.

Bei den Sozialversicherungen wird das Defizit von 2 Mrd DM von einem Überschuß von 2 Mrd DM abgelöst werden. Insbesondere die Rentenversicherung wird bei der Konsolidierung einen großen Schritt vorankommen, da die von der Lohnentwicklung abhängigen Beitragseinnahmen stärker als die Rentenausgaben steigen werden, deren Zunahme von der Lohnentwicklung abgekoppelt bleibt. Die Bundesanstalt für Arbeit, die ihr Defizit im Jahre 1979 noch durch Auflösung von Rücklagen finanzieren konnte, wird im Jahre 1980 wieder Zuschüsse vom Bund benötigen.

265. Bei nachlassender Nachfrageexpansion, wie sie sich aus einem schwächeren Anstieg vor allem des privaten Verbrauchs und der Lagerinvestitionen ergibt, wird auch die Einfuhr beträchtlich langsamer zunehmen als 1979. Im Vorjahresvergleich dürfte sich die Steigerungsrate fast halbieren; für Waren und Dienste zusammengenommen veranschlagen wir sie auf 5 vH nach $9\frac{1}{2}$ vH im Jahre 1979. Dabei fällt zusätzlich ins Gewicht, daß die Läger von Rohstoffen und Halbfabrikaten derzeit reichlich gefüllt sind, von daher also kein starker zusätzlicher Lageraufbau mehr zu erwarten ist.

266. Alles in allem bleibt aber der Nachfrageanstieg kräftig genug, eine befriedigende Auslastung des Produktionspotentials zu sichern. Das reale Sozialprodukt wird nach unserer Rechnung im Jahresdurchschnitt 1980 mit $2\frac{1}{2}$ vH bis 3 vH (1979: 4 vH) sogar stärker expandieren als das Produktionspotential wächst (etwa $2\frac{1}{2}$ vH).

267. Wir erwarten daher auch nicht, daß sich die Situation am Arbeitsmarkt wieder verschlechtert. In den konjunkturreagiblen Bereichen, vor allem im warenproduzierenden Gewerbe, dürfte die Anzahl der Beschäftigten stagnieren, in anderen Bereichen, besonders im Dienstleistungsgewerbe wird sie weiter steigen, wenn auch schwächer als bisher. Insgesamt rechnen wir für 1980 noch mit einer weiteren Zunahme der Anzahl der Beschäftigten.

Eine Zuwachsrate des Sozialprodukts von $2\frac{1}{2}$ vH bis 3 vH reicht auf mittlere Sicht freilich nicht aus, den Beschäftigtenstand zu halten und schon gar nicht, ihn zu erhöhen. Kurzfristig gibt es jedoch zwischen Produktion und der Anzahl der Beschäftigten keine feste Beziehung. Das Bindeglied zwischen beiden, die Arbeitsproduktivität, verändert sich im Konjunkturverlauf. Sie steigt stärker im frühen Aufschwung, wenn sich die Auslastung der Kapazitäten verbessert, und sie steigt langsamer, wenn die Kapazitätsgrenzen erreicht sind. Überdies hängt die Entwicklung der Arbeitsproduktivität auch davon ab, wie die Unternehmen die Konjunktur einschätzen. Rechnen sie mit einer nur vorübergehenden Abschwächung, und dies scheint gegenwärtig der Fall zu sein, werden sie in erster Linie Überstunden abbauen oder zu Kurzarbeit übergehen, also die Arbeitszeit reduzieren, und erst in zweiter Linie Arbeitskräfte entlassen. Das gilt insbesondere dann, wenn Facharbeiter knapp sind.

268. Obwohl die Beschäftigung zunimmt, wird sich die Arbeitslosigkeit im Laufe des Jahres nicht mehr verringern, sondern vermutlich leicht steigen; nur aufgrund der günstigen Entwicklung im zweiten Halbjahr 1979 ergibt sich für den Jahresdurchschnitt noch ein Rückgang der Anzahl der Arbeitslosen um schätzungsweise 50 000 Personen. Man muß sehen, daß im nächsten Jahr geburtenstarke Jahrgänge aus der Schule entlassen werden, so daß das inländische Erwerbspersonenpotential um schätzungsweise 100 000 Personen zunehmen wird.

269. Diese Prognose beschreibt eine Entwicklung, die wir unter den gegebenen Bedingungen nicht als unbefriedigend werten. Das Tempo der konjunkturellen Expansion wird zwar durch eine geringere Zunahme des privaten Verbrauchs, der Exporte und der Lagerinvestitionen gebremst. Aber die Investitionskonjunktur wird kräftig bleiben und die Teuerungswelle wird sich abflachen. Von daher gesehen bleiben die Voraussetzungen für eine Fortsetzung des Aufschwungs auch über das Jahr 1980 hinaus gut.

Es ist jedoch notwendig, noch einmal auf die Bedingtheit dieser Prognose hinzuweisen, insbesondere auf die Annahmen über den Kurs der Wirtschaftspolitik und das Verhalten der Tarifparteien. Die Prognose geht von der — freilich begründeten — Erwartung aus, daß alle am Wirtschaftsprozeß Beteiligten nicht auf einen Fortgang des gegenwärtigen Preisauftriebs, sondern auf wieder abnehmende Preissteigerungsraten setzen, eine Stabilisierungskrise also vermieden werden kann. Hält man diese Annahmen für zu optimistisch, muß man sich darauf einstellen, daß es schlechter kommt.

II. Hauptaufgaben der Wirtschaftspolitik

270. Dies sind die Aufgaben, die sich der Wirtschaftspolitik auf kurze und mittlere Sicht stellen: Wie läßt sich in einer inflationären Umwelt die gegenwärtige Teuerungswelle unter Kontrolle bringen? Wie kann man sicherstellen, daß die Investitionskonjunktur kräftig und dauerhaft bleibt, damit die Beschäftigung weiter steigen kann? Wie soll man den Risiken vorbeugen, die in den ungelösten Problemen der Energieversorgung liegen? Wie lassen sich die wirtschaftlichen Beziehungen zu den weniger entwickelten Regionen der Erde besser ordnen?

Die Führungsrolle der Investitionen

271. Die deutsche Wirtschaft war auf dem Wege zu einem kräftigen Aufschwung, als die neuen Gefahren aus der Weltwirtschaft heraufzogen. Die Investitionskonjunktur hat sich gegenüber den Störungen als bemerkenswert widerstandsfähig erwiesen. Für die deutsche Wirtschaft war 1979 deshalb trotz allem ein gutes Jahr. Die Robustheit der Investitionskonjunktur ist es auch, die die Zuversicht rechtfertigt, daß der Bundesrepublik im Jahre 1980 ein wirtschaftlicher Rückschlag erspart bleibt. Die Wirtschaftspolitik kann aber nicht zuwarten. Weltweit beschleunigt sich der Preisauftrieb und wirkt über die international verflochtenen Gütermärkte in die heimische Wirtschaft hinein. Die Gefahr, daß der Preisauftrieb auch hier anhält und die Rückkehr zu einem höheren Beschäftigungsstand unterbrochen wird, ist nicht gebannt.

272. Die Investitionskonjunktur, die den Aufschwung bis weit ins Jahr 1980 hinein tragen wird, hat sich aus einer allmählichen Besserung der Angebotsbedingungen heraus entwickelt. Sie besitzt einen soliden Kern in dem noch ungedeckten Bedarf an Ersatzinvestitionen, die in den letzten Jahren zurückgestellt worden waren, und in dem verstärkten Bemühen der Unternehmen, den Strukturwandel durch autonome Investitionen zu bewältigen. Dank der Investitionskonjunktur kann die Wirtschaftspolitik auf der Aktivseite ihrer Bilanz einen spürbaren Anstieg der Beschäftigung buchen. Sie hat auf dem Weg, der über die Angebotsseite zu mehr Beschäftigung führt, ein wichtiges Etappenziel erreicht, weil die Gewerkschaften mitgegangen sind. Zweimal mußte sie freilich von der Nachfrageseite her für Nachschub sorgen. Der Versuchung, auf den inflationären Weg auszuweichen, hat sie jedoch widerstanden. Wie gefährlich dieser Weg gewesen wäre, zeigen die Inflationsprobleme, mit denen andere Länder zu kämpfen haben und die ihnen wenig Spielraum lassen, die Ölteuerung ohne Einbußen bei der Beschäftigung durchzustehen. Kostenlos für die Volkswirtschaft war die Wartezeit, die in Kauf genommen werden mußte, bis die Konjunktur sich belebte, freilich nicht. Verfehlt wäre es aber, der Wirtschaftspolitik der letzten Jahre diese Kosten anzulasten; eher schon ist die Wirtschaftspolitik der weiter zurückliegenden Jahre dafür verantwortlich. Sie hatten ihre Ursachen vielmehr in den Problemen des Kostenniveaus und des Strukturwandels, die in der ersten Hälfte der siebziger Jahre entstanden waren und für die weder Unternehmen noch Gewerkschaften eine schnelle Lösung fanden.

273. Durch Konsolidierung der Staatsfinanzen und steuerliche Entlastung der Investitionen hatte die Wirtschaftspolitik nach der Krise von 1975 die Angebotsbedingungen zu verbessern gesucht. Als 1977 eine Schwäche der Exportnachfrage mit einem forcierten Tempo der Konsolidierung zusammentraf, war die Investitionskonjunktur noch nicht robust genug, schon die Rolle zu übernehmen, die in Anbetracht des Mangels an Arbeitsplätzen erwünscht gewesen wäre. Die Finanzpolitik korrigierte den Kurs. Im Rahmen einer Doppelstrategie sorgte sie für einen kräftigen Nachfragestoß und versuchte gleichzeitig, auf der Angebotsseite für Investitionen und Neuerungen ein günstigeres Klima zu schaffen. Zum Erfolg des Programms schien an der Jahreswende 1977/78 noch eine zurückhaltende Lohnpolitik zu fehlen. Wenn auch nicht in einem großen, so doch in einem kleinen Schritt fanden sich 1978 die Gewerkschaften zu Tarifabschlüssen bereit, die den Kostendruck mindern halfen und weithin als Signal für einen Kurswechsel in der Lohnpolitik verstanden worden sind. Aber die Wachstumsdynamik schien noch immer zu schwach zu sein. Die Bundesregierung entschloß sich (auch unter dem Drängen ihrer ausländischen Partner) zu einem weiteren Expansionsprogramm für 1979 und 1980. Ob es wirklich nötig war, ist umstritten. Immerhin stand das zweite Halbjahr 1978 bereits im Zeichen des Aufschwungs, der in eine kräftige Investitionskonjunktur mündete, nachdem die Lohnrunde des Jahres 1979 den zuvor eingeschlagenen Kurs bestätigt und der Export für zusätzlichen Rückenwind gesorgt hatte.

274. Die Dynamik der Investitionskonjunktur läßt darauf schließen, daß mehr und mehr Unternehmen die Gewinnchancen wieder als gut ansehen. Die Lohnpolitik hat dafür den nötigen Spielraum geöffnet. Die beschäftigungspolitische Skepsis, die viele einer zurückhaltenden Lohnpolitik entgegenbrachten, hat die Erfahrungen der letzten Jahre nicht auf ihrer Seite. Obwohl die expansive Wirkung der Haushaltspolitik im Bereich des privaten Verbrauchs durch die höhere Ölrechnung konterkariert wurde, kam es im Jahre 1979 zu einem Durchbruch bei den privaten Investitionen. Im Herbst 1979 waren etwa 400 000 mehr Arbeitnehmer beschäftigt als 12 Monate zuvor und über 600 000 mehr als 24 Monate zuvor. Die Beschäftigung erhöhte sich vor allem in den Dienstleistungsbereichen, in der Bauwirtschaft und im Handwerk, nur geringfügig dagegen in der Industrie. In der Industrie war auch die Korrektur der Gewinnmargen weniger ausgeprägt als in den übrigen Bereichen der Wirtschaft, was nicht zuletzt ein Zeichen dafür ist, daß sich die Produktionsanreize im Zuge des Strukturwandels verlagern.

275. Die Zunahme der Beschäftigung wird durch das Wachstum der Produktionskapazitäten begrenzt. Zu wenig ist in den Jahren nach der Rezession investiert worden, als daß jetzt genügend neue

Arbeitsplätze bereitstünden. Alte Arbeitsplätze, die wieder besetzt werden könnten, gibt es in größerem Umfang ebenfalls nicht mehr, zumindest sind viele Kapazitäten, die im technischen Sinne noch existieren, aufgrund des Strukturwandels ökonomisch nicht mehr nutzbar. Die Rückkehr zur Vollbeschäftigung ist deshalb auch eine Frage der Zeit, in der Kapazitäten wachsen können.

Ist das Beschäftigungsproblem von dieser Art, drohen schon in einem frühen Stadium des Aufschwungs Stabilitätsprobleme. Der Versuch, Angebotsengpässe durch Investitionen auszuweiten, ruft möglicherweise noch gravierendere Engpässe hervor, insbesondere bei der Herstellung der Investitionsgüter, die nicht rasch aus dem Ausland bezogen werden können. So gesehen ist die Abschwächung der Exportnachfrage und der Verbrauchsnachfrage, die derzeit das Konjunkturbild prägt, nicht problematisch. Die konjunkturelle Führungsrolle muß bei den Investitionen liegen, also bei der Eigennachfrage der Unternehmen.

Die Investitionskonjunktur scheint denn auch weniger von der Nachfrage oder von den Lohnkosten her gefährdet als von den Stabilisierungsproblemen, die in steigenden Zinsen und Baupreisen ihren Niederschlag finden. Es muß jetzt dafür bezahlt werden, daß man sich mit dem Investieren so viel Zeit ließ.

276. Die gesamtwirtschaftlichen Kosten der Ausgabenpolitik, die der Staat betrieben hat, um die Konjunktur anzustoßen, schlagen jetzt ebenfalls zu Buche. Der Staat sieht sich außerstande, das zu tun, was er im Interesse von mehr Steuergerechtigkeit und größeren Leistungsanreizen für richtig hält, nämlich die Lohn- und Einkommensteuer zu senken.

Drängend ist nach wie vor die Aufgabe, die Bedingungen für eine anhaltende Investitionskonjunktur zu verbessern, um eine Rückkehr zu einem dauerhaft hohen Beschäftigungsstand möglich zu machen. Dazu gehört allemal die Rückführung der öffentlichen Defizite; die Steuersenkung muß deshalb zunächst hinter der Konsolidierungsaufgabe zurückstehen. Erschwerend kommt hinzu, daß der Konsolidierungsspielraum, der im Jahre 1979 bestanden hat, nicht ehrgeizig genug genutzt worden ist. In einem Jahr, in dem die Ausgaben für private Investitionen endlich die erwünschte Dynamik gewinnen, braucht der Staat seine Investitionsausgaben nicht im gleichen Maße zu erhöhen. Steigende Zinsen und Baupreise beeinträchtigen die private Investitionsneigung, auf die es für die Rückkehr zur Vollbeschäftigung besonders ankommt. Anhaltende Beschäftigungsprobleme sind dann wieder der Grund dafür, daß die Konsolidierung gestreckt wird.

Ziele und Wirklichkeit

277. Von den Zielen, die der Sachverständigenrat seiner Arbeit zugrunde zu legen hat — Stabilität des Preisniveaus, hoher Beschäftigungsstand und außenwirtschaftliches Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wachstum —, sind auf absehbare Zeit sowohl das Stabilitätsziel als auch das Beschäftigungsziel ernsthaft verletzt. Im Jahre 1979 hat sich die Wirtschaft vom Stabilitätsziel wieder deutlich entfernt. Dem Beschäftigungsziel hat sie sich zwar genähert, aber noch längst nicht so weit, daß die Wirtschaftspolitik ruhen könnte. Probleme für das außenwirtschaftliche Gleichgewicht bestehen nicht, auch wenn die Leistungsbilanz zum ersten Mal seit 15 Jahren ein größeres Defizit aufweisen sollte. Das wirtschaftliche Wachstum hat sich beschleunigt, ist aber nicht so kräftig, wie es im Interesse einer raschen Vermehrung der Arbeitsplätze eigentlich nötig wäre.

278. Die Teuerungsrate übersteigt jetzt $5^1/_2$ vH, nachdem sie vor einem Jahr unter günstigen Umständen noch nahe bei 2 vH gelegen hatte. Ganz überwiegend war es die Verteuerung des Mineralöls, die den Preisschub auslöste; im Sommer kam die Erhöhung der Mehrwertsteuer hinzu. Besorgniserregend sind die binnenwirtschaftlichen Folgewirkungen des Ölpreisanstiegs, die offensichtlich noch nicht ans Ende gekommen sind, und das Preisklima bei den Industrieerzeugnissen, die dem internationalen Preiszusammenhang ausgesetzt sind. Nach wie vor ist das Inflationsproblem in der Weltwirtschaft ungelöst. Frankreich und Großbritannien haben sich zu einer mühevollen Ursachentherapie entschlossen, und in den Vereinigten Staaten hat eine Stabilisierung des Dollar gerade erst begonnen. Über eng verflochtene Gütermärkte können inflatorische Preissteigerungen selbst dann ins Land kommen, wenn die Leistungsbilanz ein Defizit aufweist. Das ist nur dann anders, wenn rechtzeitig für die Möglichkeit gesorgt wird, daß sich der Wechselkurs anpassen kann. Hier liegt das Hauptproblem der Stabilisierungspolitik.

279. Ein hoher Beschäftigungsstand ist erst erreicht, wenn jeder, der eine Arbeit sucht, eine faire Chance hat, einen Arbeitsplatz zu finden. Bei einer Arbeitslosigkeit in der Größenordnung von 800 000 Personen kann davon keine Rede sein. Seit dem Herbst 1978 hat die Beschäftigung um fast 400 000 Arbeitnehmer zugenommen, die Arbeitslosigkeit ist aber nur um 140 000 Personen zurückgegangen. Daß die Arbeitslosigkeit nicht im selben Maße zurückgeht, wie die Beschäftigung zunimmt, ist zwar selbstverständlich in Zeiten, in denen starke Nachwuchsjahrgänge ins Arbeitsleben eintreten und außerdem viele einen Arbeitsplatz suchen, die nicht als arbeitslos gemeldet sind. Es ist aber nicht zu übersehen, daß ein Arbeitsloser, insbesondere wenn es ihm an beruflicher Qualifikation mangelt oder wenn er gesundheitlich behindert ist, nach wie vor außergewöhnliche Schwierigkeiten hat, in eine Stelle dauerhaft vermittelt zu werden. Das darf für die Beschäftigungspolitik nicht gleichgültig sein, auch dann nicht, wenn die Klagen aus Unternehmen sich mehren, daß es immer schwieriger werde, geeignete Arbeitskräfte anzuwerben. Immer ist ein Mangel an qualifizierten und tüchtigen Arbeitskräften auf der Tagesordnung. Um auch denen eine Chance einzuräumen, die den hohen Anforderungen nicht genügen, bedarf es erfahrungsgemäß einer gewissen

Übernachfrage am Arbeitsmarkt. In wenigen Regionen der Bundesrepublik, in denen die Arbeitslosenquote schon recht niedrig ist — unter $2^1/_2$ vH oder gar unter 2 vH — und mehr offene Stellen als Arbeitslose gemeldet sind, zeigt sich, daß die Personen, die den sogenannten Problemgruppen zugerechnet werden, wesentlich leichter in einem Betrieb unterzubringen sind als andernorts.

Es könnte jedoch große Verteilungsprobleme aufwerfen, wenn Vollbeschäftigung allein über eine allgemeine Übernachfrage am Arbeitsmarkt angestrebt wird. Das Lohnniveau, bei dem die Unternehmen einen großen Teil der schwer vermittelbaren Personen einstellen würden, müßte vermutlich so niedrig sein, daß die große Mehrheit der Arbeitnehmer weniger verdient, als ihre Arbeit wert ist. Das wäre mit Gewinnen verbunden, die im Verteilungskampf kaum toleriert würden, so daß gravierende Stabilitätsprobleme die Folge wären. Eine stärkere Staffelung der Löhne, die auch den Arbeitslosen eine besser Chance verschaffen könnte, ohne daß die Gewinne übermäßig steigen müßten, läuft offensichtlich ebenfalls den vorherrschenden Gerechtigkeitsvorstellungen zuwider und ist deshalb in der tarifpolitischen Willensbildung der Gewerkschaften nicht leicht durchzusetzen. So bleibt schließlich die Arbeitsmarktpolitik, einschließlich der Ausbildungspolitik, als Instrument, das helfen kann, die Arbeitslosigkeit in ihrem harten Kern zu mindern.

280. Das außenwirtschaftliche Gleichgewicht ist trotz des Defizits in der Leistungsbilanz nicht gefährdet. Die deutsche Wirtschaft hat genügend Reserven und Kredit, um sich auch einmal einen Importüberschuß leisten zu können. Die Wettbewerbsfähigkeit der Exportwirtschaft hat sich gerade jüngst wieder als hoch erwiesen. Ohnehin wird das Defizit nicht von Dauer sein. Zum Teil ist es Folge des Konjunkturgefälles zwischen der Bundesrepublik und dem Ausland, das mit Engpässen bei der inländischen Produktionskapazität und starken Anstrengungen der ausländischen Konkurrenz einhergeht. Zu einem anderen Teil beruht das Defizit auf der erhöhten Ölrechnung. Dieser Teil wird in dem Maße vermindert werden, wie zusätzliche Nachfrage aus den Ländern des OPEC-Kartells im Export wirksam wird. Solange jedoch die Konjunktur in der Welt schwach bleibt, werden die ausländischen Anbieter eher als die deutschen Anbieter in der Lage sein, OPEC-Nachfrage auf sich zu ziehen. Diese Situation ist dem weltwirtschaftlichen Gleichgewicht weit zuträglicher als die umgekehrte Situation, die nach der ersten Ölkrise bestand. Damals war die Konjunktur im Ausland noch kräftig, während im Inland bereits rezessive Tendenzen wirksam waren. Die Bundesrepublik wies trotz höherer Ölrechnung einen sehr hohen Leistungsbilanzüberschuß auf. Daß diesmal das Konjunkturgefälle die andere Richtung hat, erleichtert den ausländischen Partnern die Anpassung und trägt dazu bei, daß die Weltwirtschaft nicht wieder in eine tiefe Rezession stürzt.

281. Nachdem in den zurückliegenden Jahren so wenig investiert worden ist, muß ein Wachstum des Produktionspotentials von $2^1/_2$ vH bis 3 vH in den nächsten Jahren als angemessenes Ergebnis gelten. Angestrebt werden muß jedoch im Hinblick auf die Aufgaben, die der Strukturwandel stellt, ein kräftigeres Wachstum. Entscheidend dafür ist, daß die Investitionsquote hoch bleibt. Für eine starke Ausweitung des Verbrauchs wird der Spielraum gering sein. Energieeinsparung und insbesondere die Einsparung von Öl hat man sich in erster Linie über einen größeren Einsatz von Kapital vorzustellen. Ebenso wird die Anpassung an veränderte Welthandelsbedingungen den Kapitalbedarf steigern. Was in besonders hohem Maße gefragt sein wird, ist risikotragendes Kapital.

Wirtschaftspolitische Grundlinien

282. Die wichtigste Aufgabe, der sich die Wirtschaftspolitik im Jahre 1980 gegenübersieht, besteht darin, die Rückkehr zu niedrigeren Preissteigerungsraten anzutreten, ohne den Abbau der Arbeitslosigkeit zu unterbrechen. Die Chancen dafür sind gegeben. Die Wirtschaftspolitik ist dafür verantwortlich, daß der Ordnungsrahmen, den sie für die Geldpolitik der Bundesbank, die Lohnpolitik der Tarifparteien und die Investitionsentscheidungen der Unternehmen vorgibt, zu diesen Zielen paßt. Die Gefahren, mit denen gerechnet werden muß, haben wir in zwei Varianten zu unserer Prognose aufgezeigt (Ziffern 294ff.). Es kann die Stabilitätspolitik versagen — früher oder später erwüchse daraus die Notwendigkeit einer Stabilisierungskrise. Es kann aber auch aus Koordinierungsmängeln zu einer Kollision zwischen der Stabilitätspolitik einerseits und einer von überzogenen Erwartungen bestimmten Entwicklung von Löhnen und Preisen andererseits kommen — dann wäre ein Einbruch bei den Investitionen von vornherein angelegt.

283. Die Bundesbank sieht sich bei ihrer Aufgabe, den Preisauftrieb wirksam zu bekämpfen, nicht mehr in einer gleich günstigen Situation wie in vergangenen Jahren. Um mit ihrer Politik erfolgreich zu sein, ist sie im Europäischen Währungssystem darauf angewiesen, daß notwendige Wechselkursänderungen nicht zu spät kommen und nicht zu gering ausfallen. Dies hat sie nicht allein in der Hand. Sie müßte ungeachtet dieser Schwierigkeiten ihre Geldmengenexpansion so bemessen, daß die Rückkehr zu niedrigeren Preissteigerungsraten möglich erscheint. Die Spannungen, die sich im Europäischen Währungssystem deshalb ergeben können, müssen in Kauf genommen werden. Im Hinblick auf die Chance, rechtzeitig das Richtige tun zu können, sind sie sogar hilfreich. Gefahren für die Investitionskonjunktur birgt dieser Kurs allerdings dann in sich, wenn die Devisenmärkte auf die deutschen Stabilitätsanstrengungen nicht reagieren. Diese Gefahren sind um so geringer, je glaubwürdiger Bundesbank und Bundesregierung dem inflatorischen Preisauftrieb entgegentreten (Ziffern 306ff.).

284. Die Stabilisierungspolitik kann in einer Situation wie der gegenwärtigen auch die Chance nutzen, die sich durch die Möglichkeit einer weiteren Öffnung der Märkte für die Erzeugnisse der Entwicklungsländer bietet.

In den fünfziger und sechziger Jahren hat die Wirtschaftspolitik durch zügige Liberalisierung mehrmals Preisauftriebstendenzen entgegengewirkt. Gleichsam zum Ausgleich der höheren Ölrechnung könnte heute mehr von den Gütern importiert werden, die auf den Weltmärkten billiger zu haben sind als im Inland. Das wäre zugleich ein wichtiger Beitrag zur Nord-Süd-Politik (Ziffern 469ff.).

285. Handlungsbedarf in der Konjunkturpolitik gibt es im Jahre 1980 nicht. Die Investitionskonjunktur ist nicht von der Nachfrageseite her gefährdet. Für expansive Maßnahmen müßte sich der Staat die Mittel am Kapitalmarkt beschaffen, und zwar über seinen bestehenden Kreditbedarf hinaus. Das könnte die Zinsen weiter hinauftreiben. Im Hinblick auf die Investitionen wäre damit leicht das Gegenteil von dem bewirkt, was beabsichtigt wäre. Angezeigt ist unter den gegenwärtigen Umständen eine Rücknahme des konjunkturellen Impulses, der von den öffentlichen Haushalten ausgeht (Ziffern 325ff.).

286. Zum Ausgleich der restriktiven Wirkungen, die aus der Ölverteuerung herrühren, ist eine expansive Konjunkturpolitik ebenfalls nicht angebracht. Die kontraktiven Wirkungen, die von der Ölpreiserhöhung des Jahres 1979 ausgehen, brauchen nicht von der Finanzpolitik überspielt zu werden. Die Auftriebskräfte sind stark genug; eine Lähmung der Konjunktur droht nicht. Überdies bestünde die Gefahr, daß Energie nicht in ausreichendem Maße gespart wird, wenn der Staat die Verbraucher so zu stellen versuchte, als sei nichts geschehen. Auch die Unternehmen würden im Falle einer solchen kompensatorischen Finanzpolitik nicht früh genug erkennen, daß der Ölpreisanstieg die Investitionschancen in der Volkswirtschaft umverteilt hat (Ziffern 375ff.).

287. Die Tarifparteien müssen im eigenen Interesse darauf achten, daß sie zu den Risiken, die möglicherweise aus der währungspolitischen Situation herrühren, nicht neue hinzufügen. Sie sollten sich bei ihren Abschlüssen davon leiten lassen, daß die Stabilitätspolitik zu niedrigeren Preissteigerungsraten zurückfindet. Es besteht die Gefahr, daß sich die Furcht auf seiten der Gewerkschaften, daß dies nicht gelingen könnte, mit der Erwartung auf seiten der Unternehmen verbindet, daß die Überwälzungsspielräume groß sind. Bevor aus solchen Gründen zu hohe Löhne vereinbart werden, sollte man nach neuen Wegen in der Lohnfindung suchen. Es würde naheliegen, nicht die gesamte Einkommenserhöhung gleich für die Zukunft festzuschreiben (Ziffern 342ff.).

288. Solange die Investitionskonjunktur so kräftig ist wie gegenwärtig, ist die Erwartung begründet, daß das Reallohnniveau wenigstens auf mittlere Sicht eine Rückkehr zur Vollbeschäftigung erlaubt. Die Unternehmen haben den Vertrauensvorschuß, den ihnen die beiden letzten Lohnrunden eingeräumt haben, bisher honoriert. Wenn die Investitionskonjunktur über das Jahr 1980 hinaus anhält, bestehen gute Aussichten, daß das Beschäftigungsproblem gelöst werden kann. Um das Investitionsvertrauen nicht unnötig zu gefährden, wäre es gut, wenn die Abschlüsse des Jahres 1980 dem Prinzip des rekurrenten Anschlusses folgten, sich also nicht allzu weit von denen des Jahres 1979 entfernten. Die Einsicht scheint auf seiten der Arbeitnehmer nicht gering zu sein, daß sie die Reallast, die die Öllieferanten allen auferlegen, für sich nicht abwerfen können.

289. Ein Fortgang des Investierens ist dringend geboten. Von der Festigung und Verstärkung der Investitionsneigung in den kommenden Jahren wird es abhängen, ob es gelingt, die Arbeitslosigkeit weiter zügig abzubauen. Selbst wenn mit nennenswerten Zuwachsraten beim privaten Verbrauch in der unmittelbaren Zukunft nicht gerechnet werden kann, braucht sich dies nicht nachteilig auf die Investitionsneigung auszuwirken. Im Gegenteil: Die großen Aufgaben, die der Strukturwandel stellt, die zur Überwindung der Versorgungsprobleme im Energiebereich und der Unterentwicklung in weiten Gebieten der Erde gelöst werden müssen, erfordern sogar, daß der private Verbrauch sich nur mäßig entwickelt, damit Raum bleibt für mehr Investitionen. Bei diesen Investitionen handelt es sich vor allem um solche, die für neue Produkte und für überlegene Produktionsverfahren getätigt werden, also um die sogenannten autonomen Investitionen. Ihr Anteil an den Gesamtinvestitionen in der Wirtschaft muß steigen, wenn die Beschäftigung weiter kräftig zunehmen soll.

290. Die erhöhten Risiken, denen sich die Unternehmen aufgrund der schwierigen stabilitätspolitischen Situation und aufgrund des Energieproblems gegenübersehen, verringern ihre Fähigkeit, die Einzelrisiken aufzufangen, die mit der Entwicklung neuer Produkte und Verfahren verbunden sind. Nicht jede Investition in neue Produkte, die in der Erwartung getätigt wird, das neue Produkt werde sich am Markt durchsetzen und Pioniergewinne abwerfen, wird sich im nachhinein auch als erfolgreich erweisen. Die Risiken, die solchen Investitionen in neue Produkte anhaften, sind groß und in den letzten Jahren gestiegen. Chancen für neue Produkte zu erkennen, ist schwerer geworden. Die Märkte sind besetzt, vielfach von großen Unternehmen, die ihre Marktanteile verteidigen und ausweiten wollen; auch Marktnischen werden von kleinen und mittleren Unternehmen, die sich auf die Nachfrager spezialisiert haben, intensiv gepflegt. Die Anzahl der Fehlschläge von Produkten am Markt ist Indiz für die erhöhten Produktrisiken. Die Zeitspanne, während der ein Produkt erfolgreich am Markt abgesetzt werden kann, ist kürzer geworden.

291. Erhöhte Chancen im Strukturwandel mögen den genannten Risiken die Waage halten; es gibt aber auch Risiken anderer Art. So haben die erhöhten Anforderungen an die Produktsicherheit den Zeitaufwand bis zur Einführung eines neuen Pro-

dukts erheblich steigen lassen. Der Ausgang von Genehmigungsverfahren bei den Behörden und von Haftungsprozessen vor den Gerichten ist unsicherer geworden. Das Risiko, Märkte durch politische Veränderungen oder durch protektionistische Maßnahmen zu verlieren, hat an Bedeutung gewonnen.

292. Investitionen mit erhöhten Risiken erfordern eine Finanzierung mit risikobereitem Kapital. Die Sorge, daß die Investitionskonjunktur erlahmen könnte, weil nicht genügend risikotragendes Kapital für autonome Investitionen zur Verfügung steht, scheint zwar auf kurze Sicht wegen der gestiegenen Selbstfinanzierungsmöglichkeiten wenig gerechtfertigt; gleichwohl ist sie in Anbetracht der veränderten Kapitalstruktur der Unternehmen nicht unbegründet. Der Sachverständigenrat befaßt sich in diesem Gutachten erneut mit den Fragen der Eigenkapitalfinanzierung (Ziffern 351 ff.).

293. Das Energieproblem verlangt von der Wirtschaftspolitik im Interesse einer größeren Versorgungssicherheit, die Abhängigkeit vom Öl zu mindern (Ziffern 397 ff.). Die Regierungen der Industrieländer streben an, die Öleinfuhr bis 1985 auf dem gegenwärtigen Stand zu halten. Das bedeutet, daß der Einspar- und Substitutionsprozeß forciert werden muß, wenn Wachstum und Beschäftigung nicht zu Schaden kommen sollen. Daß das Ölziel über eine langanhaltende Rezession erreicht werden soll, kann ja nicht gemeint sein. Die Herausforderung, vor die die Energiepolitik gestellt ist, konzentriert sich auf drei Probleme:

— Es muß über weitere energiepolitische Maßnahmen sichergestellt werden, daß Öl stetig und in stärkerem Maße als bisher gespart und durch andere Energieträger substituiert wird.

— Es müssen alsbald mehr Kraftwerke gebaut werden, damit es nicht in den achtziger Jahren zu Engpässen in der Stromversorgung kommt.

— Es müssen Vorkehrungen getroffen werden, die dem Umstand Rechnung tragen, daß ein vorübergehender Spitzenbedarf an Energie nicht mehr von den Ländern des OPEC-Kartells abgepuffert werden wird.

Eine Lösung des Energieproblems könnte durch eine Liberalisierung der Kohleeinfuhr und durch höhere Steuern auf den energetischen Ölverbrauch erleichtert werden. Eine universelle Minderung der Ölknappheit kann sicher nur erreicht werden, wenn alle Länder Öl sparen. Die Wahl der Mittel braucht jedoch nicht überall die gleiche zu sein. Ein internationaler Wettbewerb in der Anpassung an den höheren Ölpreis wäre möglicherweise sehr wirkungsvoll. Im Wettbewerb wird das Land, das vorprescht, am ehesten die Produktionsstruktur und Verhaltensweise so verändern, daß ein gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht auch bei höherem Ölpreis möglich ist. Das Aufkommen aus den Sparsteuern würde es überdies erleichtern, die Einkommen steuerlich zu entlasten oder mehr Mittel für die Entwicklungshilfe bereitzustellen oder andere energiepolitische Maßnahmen zu finanzieren (Ziffer 332).

III. Wie es auch kommen könnte

294. Die wirtschaftliche Entwicklung, die wir in unserer Prognose beschrieben haben, muß nicht die günstigste sein, die im nächsten Jahr möglich ist. Folgt die Wirtschaftspolitik der in diesem Gutachten aufgezeigten Grundlinie, so kann es auch etwas besser kommen. Zwar kann die Wirtschaftspolitik die Belastungen kaum mildern, die von dem neuerlichen Ölpreisschub ausgehen, will sie die notwendige Anpassung nicht nur verzögern, und sie kann auch nicht Sicherheit gegen die Risiken bieten, die in der Entwicklung der Weltkonjunktur liegen. Sie kann jedoch dazu beitragen, die im Inland bestehenden Risiken klein zu halten, und so die nun endlich angesprungene Investitionskonjunktur widerstandsfähiger gegen Belastungen machen.

Bei unserer Prognose für das nächste Jahr ist eine entscheidende Annahme, daß die Wirtschaftspolitik Bedingungen setzt, die eine Rückkehr zu mehr Stabilität glaubhaft sein lassen, so daß Unternehmen und Arbeitnehmer, Investoren, Sparer und Konsumenten aus eigenem Interesse nicht von einem Fortdauern oder gar Ansteigen der gegenwärtigen Inflationsrate ausgehen und ihre Dispositionen und Pläne später nicht revidieren müssen. Die nächsten Monate sind dabei besonders kritisch. Je glaubwürdiger die Stabilitätspolitik ist, desto zuversichtlicher sehen wir die wirtschaftliche Entwicklung für das Jahr 1980 und die Jahre danach. Entschlossenheit der Stabilitätspolitik könnte sehr bald an den Devisenmärkten Aufwertungserwartungen erzeugen. Ein frühzeitiger Wechselkursanstieg für die D-Mark würde den Spielraum für Preiserhöhungen eng halten und es den Tarifparteien leichter machen, den Anschluß an den Kurs der letzten Jahre zu wahren. Bei geringerem Preis- und Kostenauftrieb könnte der Anstieg von Produktion und Beschäftigung kräftiger bleiben, als wir in unserer Prognose vorausgeschätzt haben.

295. Es kann aber auch schlechter kommen. Damit wäre dann zu rechnen, wenn es der Wirtschaftspolitik nicht gelingt, Erfolge bei der Preisstabilisierung rechtzeitig glaubhaft zu machen, aber auch dann, wenn Erfolge zunächst zwar glaubhaft scheinen, in der Folgezeit jedoch nicht verwirklicht werden können. Beide Fälle sehen wir aus heutiger Sicht zwar nicht als überwiegend wahrscheinlich an; für ausgeschlossen halten wir sie aber nicht. Wir haben deshalb versucht, uns in zwei Varianten zu unserer Prognose ein Bild davon zu machen, welches in den beiden Fällen voraussichtlich die Folgen für die wirtschaftliche Entwicklung im Jahre 1980 und in den Jahren danach wären.

Variante I

296. In der ersten der beiden Varianten, einer Variante des stabilitätspolitischen Konflikts, gehen wir davon aus, daß sich die Tarifvertragsparteien und andere Marktteilnehmer bei ihren Entscheidungen nicht von der Erwartung sinkender Inflationsraten

leiten lassen. Die Unternehmen mögen annehmen, daß ihnen die Preiserhöhungsspielräume erhalten bleiben, die ihnen bei dem geringen Wechselkursanstieg im Jahre 1979 durch den stärkeren Preisauftrieb im Ausland eröffnet worden sind. Die aktuelle Preisentwicklung mag sie in dieser Auffassung bestärken. Die Arbeitnehmerorganisationen drängen angesichts der erwarteten Preissteigerungen auf höhere Tarifabschlüsse, denen die Unternehmen wenig Widerstand entgegensetzen, weil sie darauf bauen, daß sie die Kosten in den Preisen überwälzen können. Wir sind bei dieser Variante davon ausgegangen, daß die Tarifvertragsparteien Lohnsteigerungen vereinbaren, die merklich höher ausfallen, als wir in unserer Prognose angenommen haben.

Der Kurs der Bundesbank ist in dieser Variante unverändert darauf gerichtet, ein Ausufern des Preisauftriebs von vornherein zu bekämpfen und nicht erst dann, wenn bei einem wesentlich höheren Inflationssockel die Rückkehr zu Stabilität nur noch mit erheblichen Einbußen bei Produktion und Beschäftigung möglich ist. Die Bundesbank wird in diesem Fall, so wird angenommen, zwar ihr Geldangebot nicht verknappen, aber dieses auch nicht stärker als vorher angekündigt ausweiten. Es gehört ferner zu den Annahmen dieser Variante, daß die Währungspolitik die Einhaltung des Geldmengenziels nicht verhindert, also sich einem Aufwertungsdruck nicht entgegenstellt und im Europäischen Währungssystem Paritätsanpassungen durchsetzt.

297. Der in dieser Variante programmierte Konflikt zwischen einem verstärkten Anstieg von Preisen und Kosten einerseits und der stabilitätsorientierten Geldpolitik andererseits braucht die Entwicklung von Produktion und Beschäftigung nicht schon sofort zu beeinträchtigen. Manche Konsumenten mögen vorübergehend sogar Käufe vorziehen, und manche Unternehmen ihre Läger vorsorglich aufstocken, um dem weiteren Preisauftrieb zuvorzukommen, mit dem sie rechnen. Die Investitionsneigung würde eine Zeitlang ebenfalls kaum beeinträchtigt werden, weil sich höhere Kosten und höhere Erlöse fürs erste die Waage hielten.

Diesen positiven Wirkungen stünde indes von vornherein ein dämpfender Einfluß gegenüber, der sich daraus ergäbe, daß der verstärkte Preisanstieg die Kaufkraft des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte minderte. Zwar würden die Arbeitnehmer wegen der höheren Tarifabschlüsse mit der höheren Preissteigerung Schritt halten können, doch gerieten sie stärker in die Steuerprogression, so daß sie bei ihren Nettoeinkommen keinen vollen Ausgleich für die stärkere Geldentwertung hätten. Andere Einkommensbezieher, vor allem die Rentner, erhielten überhaupt keinen Ausgleich. Mit weniger Realeinkommen ausgestattet, würden viele private Haushalte vermutlich weniger Güter kaufen. Auch von den öffentlichen Ausgaben wird mehr durch Preissteigerungen absorbiert.

298. Die inflatorisch erhöhten Einkommen und Umsätze ließen sich im weiteren Verlauf des Jahres nur durch eine intensivere Nutzung des gegebenen Geldangebots finanzieren; zunehmende Zinssteigerungen würden damit einhergehen. Die Konjunkturentwicklung würde dann immer stärker durch den Konflikt mit der Geldpolitik geprägt werden. Der Zinsanstieg hielte nicht wenige private Haushalte davon ab, sich für den Kauf von Konsumgütern zu verschulden, vor allem aber würde die Baunachfrage, zum Teil aber auch schon die Nachfrage nach Ausrüstungsgütern getroffen werden.

299. Stärker als über die Zinssteigerungen würde die Investitionsneigung aber wohl dadurch gedämpft, daß sich mehr und mehr Unternehmen das Jahr über in ihren zuversichtlichen Erwartungen enttäuscht sähen. Zu den Absatzeinbußen im Inland käme hinzu, daß sich der Wechselkurs, auf den sich die Unternehmen eingestellt haben, als Illusion erwiese. Denn je deutlicher würde, daß die Bundesbank aber die Finanzierung dauerhaft höherer Preissteigerungen verweigerte, um so mehr würden sich auf den Devisenmärkten die Erwartungen umkehren und für Aufwertungsdruck sorgen. Die Preiserhöhungsspielräume würden dann mehr und mehr schwinden und bei dem erhöhten Kostenniveau gerieten die Erträge der Unternehmen zunehmend in die Klemme.

Mit nachlassender Zuversicht der Unternehmen würden nicht nur die Investitionen weniger als geplant ausgeweitet, es nähme auch die Bereitschaft ab, auf Vorrat zu produzieren und die Beschäftigung durchzuhalten. Statt die Beschäftigung über Kurzarbeit an die verhaltenere Nachfrage anzupassen, würden die Unternehmen verstärkt die Anpassung beim Personalbestand vornehmen.

300. Es muß damit gerechnet werden, daß die restriktiven Wirkungen bereits im Verlauf des Jahres 1980 die Oberhand gewinnen würden. In der Jahreszuwachsrate des Sozialprodukts würde der Unterschied zu der Entwicklung, die wir in unserer Prognose beschrieben haben, allerdings noch nicht ganz deutlich. Aber die Ausgangssituation für das Jahr 1981 wäre doch entscheidend ungünstiger. Das Niveau der Verbraucherpreise wäre Ende kommenden Jahres mit großer Wahrscheinlichkeit deutlich höher, die Anzahl der Beschäftigten deutlich niedriger, als wir unter den Annahmen unserer Prognose erwarten. Diese Fehlentwicklungen sind vermeidbar. Denn sie beruhten nur auf Irrtum, und zwar auf Irrtum über den Kurs der Wirtschaftspolitik und so auf Irrtum darüber, welche Erhöhung von Preisen und Kosten ohne Einbußen an Absatz und Beschäftigung am Markt durchsetzbar ist. Erst um diesen Preis käme man wieder zu mehr Stabilität zurück.

Variante II

301. In unserer zweiten Variante, einer Variante der inflatorischen Anpassung, sind wir davon ausgegangen, daß die Privaten zwar auf stabilere Preise setzen und daß es zu den in der Prognose angenommenen Tarifabschlüssen kommt, daß aber eine Aufwertung der D-Mark gegenüber den Währungen derjenigen Länder, in denen der Preis- und Kostenauftrieb wesentlich größer ist, ausbleibt. Die Bundesbank wird zwar, so ist die Annahme, ein stabili-

tätskonformes Geldmengenziel ankündigen, dieses aber wegen Interventionen zur Verteidigung der Wechselkurse nicht einhalten können.

302. Bei dieser Konstellation würde die Nachfrage nach heimischen Erzeugnissen größer ausfallen, als wir dies in unserer Prognose angenommen haben, da sich bei unveränderten Wechselkursen die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft gegenüber dem Ausland wegen des geringeren Kostenanstiegs verbessert. Der Export wäre höher und der Importdruck schwächer. Die Unternehmen hätten mehr Spielraum, die Preise zu erhöhen. Größere Absatzmengen und höhere Preise steigerten die Erlöse, und bei gleichem Kostenanstieg wie in unserer Prognose erhöhten sich die Gewinne wesentlich stärker. Die Investitionsneigung würde dadurch zunächst angeregt. Vorgezogene Käufe von Vorprodukten seitens der Unternehmen könnten hinzukommen.

303. Bei diesen positiven Wirkungen auf Nachfrage und Produktion bliebe es jedoch nicht. Wie bei der ersten Variante würde der private Verbrauch gedämpft, weil die privaten Haushalte infolge des verstärkten Preisauftriebs über weniger Realeinkommen verfügten als bei der Prognose. Auch die Arbeitnehmer würden durch den verstärkten Preisauftrieb nun voll getroffen. Dies kann zeitweilig dadurch aufgewogen werden, daß sich die Beschäftigung zunächst günstiger entwickelte und daß die Ausgabeneigung wegen der positiven Zukunftserwartungen allgemein hoch wäre.

304. Trotz der reichlicheren Geldversorgung würden bei dieser Prognosevariante mit den Inflationsraten auch die Zinsen ansteigen. Das kritische Stadium würde in dieser Variante allerdings erst dann erreicht, wenn den Unternehmen deutlich wird, daß die Konjunkturlage, insbesondere aber das für sie günstige Verhältnis von Preisen zu Lohnkosten nicht von Dauer ist. Angesichts wachsender Unruhe bei den Arbeitnehmern müßten sie immer mehr damit rechnen, daß sie den Verteilungsvorsprung, der ihnen durch die Inflation zunächst zugefallen ist, nicht behalten werden. Sie müßten, wie die Erfahrung zeigt, auch davon ausgehen, daß ein fortschreitender Inflationsprozeß die Wirtschaftspolitik letztlich doch zu energischem Handeln zwingt. Und die Unternehmen wissen, daß sie bei einer Kombination von verstärktem Kostendruck und gekappten Preiserhöhungsspielräumen die Verlierer sein werden. Viele würden daher wohl trotz günstiger Gewinnlage in ihren Investitionsplänen vorsichtiger werden, und die Bereitschaft, Arbeitskräfte einzustellen, nähme ab.

305. Beschränkt man sich auf die Betrachtung des Jahres 1980, so könnten die konjunkturanregenden die konjunkturdämpfenden Einflüsse noch übertreffen. Der Zuwachs des realen Sozialprodukts könnte etwas höher als unter den Bedingungen unserer Prognose sein. Allerdings rührte er überwiegend aus der Erhöhung des Außenbeitrags als Folge eines künstlichen Wettbewerbsvorteils gegenüber dem Ausland. Dieser Vorteil wäre aber nicht von Dauer; er würde im Zuge der inflatorischen Anpassung verlorengehen.

Entscheidend für die Beurteilung dieser Variante muß daher sein, wie die Perspektiven über das Jahr 1980 hinaus aussehen. Möglicherweise schon bei der Lohnrunde Anfang 1981 würde klar werden, daß die günstige Entwicklung im Jahre 1980 zum Teil auf Irrtum beruhte. Bei hohem und steigendem Inflationsniveau würden die Erwartungen mehr und mehr von der drohenden Stabilisierungskrise überschattet, die um so sicherer wäre, je länger sie vertagt würde.

IV. Wirtschaftspolitik für 1980 und danach

Geld- und Währungspolitik

306. Geld muß knapp sein. Eine Notenbank braucht Robustheit gegenüber den Ängsten, es sei Mangel an Geld, der den Spielraum für mehr Produktion und Beschäftigung verenge. Sie braucht sich nicht zu scheuen, diese Robustheit zu zeigen, wenn sie sich von dem Prinzip einer stetigen, am Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Produktionsmöglichkeiten orientierten Expansion des Geldangebotes leiten läßt. Sie muß diese Robustheit hervorkehren, wenn inflatorische Impulse von innen oder von außen Zielkonflikte zu programmieren beginnen.

307. Im vergangenen Jahr, als der kräftige Anstieg des Außenwerts der D-Mark die Führungsrolle bei der Stabilisierung auch des Binnenwertes der Mark innehatte, durfte die Bundesbank eine zusätzliche Geldnachfrage, die damit in Zusammenhang stand, befriedigen. Allerdings war nicht ohne weiteres ein dauerhaft höheres Geldangebot gerechtfertigt (JG 78 Ziffer 337). Rechtzeitig mußte die Rückkehr zu einer normalen Geldversorgung gesucht werden.

Der Wechsel der außenwirtschaftlichen Bedingungen stört zweifellos das Konzept einer stetigen Expansion des Geldangebots. Doch der Respekt vor den Problemen, die ein Tempowechsel in der monetären Expansion aufwirft, darf nicht so weit gehen und braucht nicht so weit zu gehen, daß seinetwegen der stabilitätsgerechte mittelfristige Expansionspfad aus den Augen verloren wird (Ziffer 183).

308. Der Wechsel im Kurs der Bundesbank von der Inkaufnahme einer ungeplant starken Ausweitung der Geldmenge im vergangenen Jahr zur energischen Eindämmung der weiteren Expansion in diesem Jahr kam ganz gewiß nicht zu früh. Zumindest im nachhinein dürfte das Urteil eher sein: er kam spät. Immerhin, und darauf könnte es besonders ankommen, setzte die Geldpolitik frühzeitig das Signal, daß die jüngste, vornehmlich außenwirtschaftlich bestimmte Teuerung bei zahlreichen Waren in ihrer Wirkung auf das Preisniveau ein Einmaleffekt bleiben muß und daß das Geldangebot begrenzt sein werde auf das, was für ein anhaltendes wirtschaftliches Wachstum bei wieder deutlich geringerem Geldwertschwund nötig, aber auch ausreichend erscheint.

309. Ein deutlicher Erfolg bei dem Ziel, die Preissteigerungsrate wieder zu senken, muß in der Zielvorgabe für die Geldmengenpolitik des Jahres 1980 eingeplant werden. Einen entsprechend geringeren Bedarf an Geld anzusetzen, ist unumgänglich, wenn diese Senkung der Teuerungsrate nicht nur möglich, sondern auch wahrscheinlich werden soll. Daß sich bei einer in diesem Sinne straffen Geldpolitik früher oder später außenwirtschaftliche Rückwirkungen, namentlich an den Devisenmärkten, zeigen werden, darf die Bundesbank nicht davon abhalten, einen solchen Kurs zu wählen (Ziffer 320). Daß sich die gesamtwirtschaftliche Aufschwungsbewegung abschwächen wird, darf für die Bundesbank kein Anlaß sein, von dem gewählten Kurs abzuweichen. Diese für 1980 voraussehbare Abschwächung ist kein Problem der Konjunktursteuerung (Ziffer 285). Und im übrigen wäre konjunkturelle Feinsteuerung nicht Aufgabe der Geldpolitik (JG 78 Ziffer 407).

310. Von Ende 1978 bis Ende 1979 dürfte die Zunahme der bereinigten Zentralbankgeldmenge etwa 6 vH betragen. Der Sachverständigenrat hält es für richtig, dieses Expansionstempo vorläufig beizubehalten.

— Bei der inzwischen erreichten Investitionsquote nimmt das Wachstum des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials wieder zu und könnte, sieht man es über den Verlauf eines Jahres, wohl bald wieder an 3 vH heranreichen.

— Als für unvermeidlich zu haltenden weiteren Anstieg des gesamtwirtschaftlichen Preisniveaus sollte die Bundesbank für den Verlauf des Jahres 1980, also von Jahresende 1979 bis Jahresende 1980 gerechnet, nicht viel mehr als 3 vH ansetzen.

311. Sollten die konjunkturellen Auftriebskräfte ausreichen, die Ausweitung der gesamtwirtschaftlichen Produktion, was durchaus zu wünschen wäre, über 3 vH hinauszutreiben, so würde dies sicherlich nicht an Finanzierungsengpässen scheitern. Die Reserven, die in der derzeitigen Liquiditätshaltung der Wirtschaft noch stecken, dürften beträchtlich sein und die Sorge, solche Reserven könnten genutzt werden, einen zu starken Anstieg des Preisniveaus zu finanzieren, allemal berechtigter als die Furcht, der Aufschwung werde an „zu wenig Geld" erstikken.

Eine Ausweitung der Zentralbankgeldmenge um 6 vH im Verlaufe des Jahres würde bedeuten, daß im Jahresdurchschnitt 1980 die Bestände an Zentralbankgeld um knapp 6 vH über den Werten des Vorjahres liegen würden. Dabei gehen wir von stetiger Expansion aus und haben für den Jahresendstand 1979 angenommen, daß dieser um $2^1/_2$ vH über dem Durchschnittsbestand des Jahres 1979 liegen wird.

312. Was die Zusammenhänge zwischen Geldmengenpolitik und Zinsentwicklung angeht, so ist es eine gute Regel, die langfristigen Zinsen den Erwartungen des Marktes über die längerfristigen Erfolge einer auf Dauer angelegten — möglichst stetig geführten — Geldpolitik anheim zu geben, auf die Pflege dieser Erwartungen mit dem Ziel möglichst stabiler Erwartungen große Mühe zu verwenden, die kurzfristigen Zinsen hingegen mit Gelassenheit als Ergebnis aktueller Marktkräfte hinzunehmen.

Die Bereitschaft, die Zinsen in der dienenden Rolle zu halten, die ihnen im Rahmen der Geldmengenpolitik zukommt, ist anscheinend gewachsen, auch im Ausland, wie die jüngsten Entscheidungen des amerikanischen Federal Reserve Board zeigen (Ziffer 12).

313. Je mehr man die Zinspolitik in dieser Weise sieht, um so freier ist im Prinzip der Weg für eine Geldpolitik, die im weitesten Sinne nur noch Offenmarktpolitik ist, das heißt, auch die Refinanzierungspolitik als Teil der Offenmarktpolitik einschließt. Zentralbankgeld würde entsprechend den Mengenzielen zu marktgerechten Zinsen verliehen; Kontingentsrenten entfielen. Refinanzierungskontingente, zumindest deren kurzfristige Änderungen, sind im Grunde marktinkonforme Hilfsmittel der Geldmengenpolitik, nicht ohne Nutzen derzeit, jedoch prinzipiell unterlegen einer Variation der Zinsen in Abhängigkeit von den jeweiligen Aufgaben der Mengenpolitik. Eine konsequente Geldmengenpolitik braucht keine Leitzinsen.

Die Banken müßten sich zweifellos in mancher Hinsicht umstellen, vor allem bei der Liquiditätshaltung, wenn sich die Bundesbank weniger als bisher als Bank der Banken verstünde. Das brauchte seine Zeit. Nur allmählich gewöhnt sich auch das Publikum daran, in einer Offenmarktpolitik, die mehr langfristige Wertpapiere ins Portefeuille der Bundesbank bringt, nicht länger von vornherein einen Mißbrauch des Notenbankkredits für Zwecke der Finanzierung von Staatsschulden zu sehen.

Gewinnen würde man in jedem Falle bei der Steuerbarkeit der Zentralbankgeldmenge (und bei den Erträgen der Notenbank). Denn der Spielraum der Banken, durch Rückgriff auf Refinanzierungszusagen der Bundesbank im Grunde selbst das Tempo der Ausweitung der Geldbasis zu bestimmen, zumindest kurzfristig zu bestimmen, würde kleiner.

314. Die Vorankündigung eines Geldmengenziels hat den Sinn, die Politik der Bundesbank, was deren Grundlinie anbelangt, berechenbar zu machen und damit Verhaltenskoordination in allen Bereichen der Wirtschaft, privaten wie öffentlichen, zu erleichtern, nicht zuletzt auch bei den Tarifvertragsparteien. Die Ankündigung einer bestimmten Geldpolitik soll zwar keine stabilitätspolitische Drohgebärde in Richtung Lohnpolitik sein. Aber sie soll doch klarmachen, auf welcher monetären Grundlage für die Gesamtwirtschaft dort die Kompromisse gesucht werden müssen.

315. Dieser Sinn bleibt auch noch erhalten, wenn — wie etwa in den beiden vergangenen Jahren — der Wechselkurs den Stabilisierungsprozeß anführt und die Geldpolitik im Zusammenhang mit einer erhöhten D-Mark-Nachfrage des Auslandes ihr Mengenziel überschreitet.

Er ist jedoch in Frage gestellt, wenn die Geldpolitik nicht mehr in der Lage wäre, ihre stabilitätspolitische Aufgabe zu erfüllen, weil währungspolitische Schranken sie daran hinderten.

316. Gegenüber dem amerikanischen Dollar und vielen anderen Währungen ist der Wechselkurs der D-Mark nach wie vor beweglich. Die Bundesbank ist hier zwar Partner von Vereinbarungen, die sie verpflichten, zu „geordneten Marktverhältnissen" beizutragen. Diese Pflichten hindern sie aber nicht, den stabilitätspolitischen Erfordernissen in bezug auf den Binnenwert der D-Mark klar den Vorrang vor währungspolitischen Rücksichten zu geben. Zur Zurückhaltung beim Intervenieren mahnen auch die Erfahrungen bei den Versuchen, auf diese Weise den Dollarkurs zu beeinflussen. Dieses Jahr hat erneut gelehrt, wie wenig sicher man sich einer bestimmten Wirkung auf den Wechselkurs selbst dann sein kann, wenn man zu massiven Interventionen bereit ist.

317. Kein Zweifel dürfte bestehen, daß eine Fortsetzung der Tendenz zur realen Abwertung der D-Mark, wie sie für das Jahr 1979 kennzeichnend war, in hohem Maße unerwünscht ist. Wird die D-Mark am Devisenmarkt nicht mindestens so stark aufgewertet, wie es dem mittleren Abstand zwischen den Inflationstendenzen im Ausland und im Inland entspricht, so kommt es über die Gütermärkte direkt zu einem Import von Inflation. Dies scheint sich, wie befürchtet, als die gefährlichste Stelle des Europäischen Währungssystems zu erweisen. Im Jahresgutachten des vergangenen Jahres hatten wir bei der Kennzeichnung der Sorgen, die das geplante System aufwirft, gesagt:

„Wegen des direkten Preiszusammenhangs über die Märkte besteht die Gefahr einer internationalen Inflationsübertragung in einem Festkurssystem auch dann schon, wenn die Devisenmärkte noch im Gleichgewicht sind" (JG 78 Ziffer 347). Soweit es zu dieser Inflationsübertragung kommt, sind Wechselkursänderungen dann selbstverständlich auch nicht mehr nötig.

Bei Ländern, die eng miteinander verflochten sind, aber unterschiedliche Inflationstendenzen aufweisen, kommt daher alles darauf an, Wechselkursänderungen, die unvermeidlich sind, wenn man den Inflationsgleichschritt nicht will, frühzeitig vorzunehmen.

318. Der Sachverständigenrat hat zu der Frage, wie die Möglichkeiten zu beurteilen sind, angesichts solcher Gefahren im Rahmen des Europäischen Währungssystems flexibel genug handeln zu können, Mitglieder der Bundesregierung und den Präsidenten der Deutschen Bundesbank gehört und auch mit der Kommission der Europäischen Gemeinschaften die ersten Erfahrungen mit dem Regelwerk des EWS erörtert.

Wir sind zu der Überzeugung gelangt, daß sich die Chancen der Bundesbank, für einen stabilen Wert der Deutschen Mark zu sorgen, durch die Gründung des Europäischen Währungssystems gravierend verschlechtert haben. Die Erwartung der Bundesregierung, auch die Partnerländer wären an rechtzeitigen Paritätsänderungen interessiert, scheint sich nicht zu bestätigen. Die Erfahrungen bei der ersten Überprüfung des EWS im September dieses Jahres weisen eher in die Gegenrichtung. Dies ist durchaus nicht Ausdruck einer weniger stabilitätsbewußten Politik bei unseren Partnerländern. Im Gegenteil. Fast alle Länder sind offensichtlich an einem Stabilisierungsdruck von außen interessiert. Wegen der inflatorischen Folgen von der Kostenseite der Wirtschaft scheuen sie sich, einer Abwertung ihrer Währung zuzustimmen, sei es auch eine Abwertung in der optisch unauffälligeren Form, die früher so stark begehrt war, nämlich in der Form einer Aufwertung der D-Mark. Paritätsänderungen im EWS aber müssen gemeinsam beschlossen werden.

Bei unserer Einschätzung der Gefahren, die hier liegen, lassen wir uns von der Vorstellung leiten, daß es für Europa kein Vorteil sein würde, wenn die Bundesrepublik genötigt wäre, um der wirtschaftlichen Harmonisierung willen zeitweise in ihren Anstrengungen, den Geldwertschwund zu bekämpfen, nachzulassen.

319. Da die Inflationsunterschiede in Europa fortdauern und auch 1980 fortdauern werden, ist daher stabilitätspolitisch eine außerordentlich schwierige Situation entstanden.

Der Sachverständigenrat verkennt nicht, daß sich eine (weitere) prophylaktische Aufwertung der D-Mark — für die Bundesrepublik an sich der situationsgerechte Weg — mit den Grundgedanken, die bei der Gründung des EWS Pate gestanden haben, nicht ohne weiteres verträgt, wenn die Partnerländer die Wechselkurskorrektur nicht ebenfalls wünschen. Nach den Spielregeln des EWS muß die Bundesrepublik dann abwarten, bis die Entwicklung an den Devisenmärkten Handlungsbedarf oder gar Handlungszwang offensichtlich macht.

Dazu könnte es durchaus rasch kommen, zumal die aktuelle Verschlechterung der deutschen Leistungsbilanz überhaupt nichts mit einem außenwirtschaftlichen Ungleichgewicht zu tun hat, also nicht etwa einen Bedarf an realer Abwertung der D-Mark indiziert. Auch gehört ins Bild, daß der Zustrom langfristigen Auslandskapitals anhält und das Potential für einen weiteren Zustrom groß sein dürfte.

Ein Druck von den Devisenmärkten könnte aber auch auf sich warten lassen.

320. Trotz der Wechselkursänderungsvorbehalte, die zum Regelwerk des EWS gehören, unterscheiden sich die Tendenzen an den Devisenmärkten im EWS von denen, die bei unbeschränkt freien Wechselkursen zu erwarten sind. Das ist ja auch dessen Sinn. Zu den wesentlichen Unterschieden gehört, daß in einem Festkurssystem Wechselkursänderungserwartungen die Kursbildung am Markt so lange nicht mitbestimmen, wie die Akteure am Devisenmarkt davon ausgehen, daß die Notenbanken bereit und in der Lage sind, durch ihre Interventionen bestimmte Kurse zu verteidigen. Die potentiellen Interventionsmittel im EWS sind enorm. Ob sie tatsächlich genutzt werden (müssen), ist eine andere Frage.

In der Zeit ruhiger Devisenmärkte aber läuft die Inflationsübertragung über die Gütermärkte. Bleibt die Geldpolitik eines Landes konsequent bei einem

der Stabilität verpflichteten Kurs, so muß es früher oder später, sei es von den Kapitalströmen, sei es von den Güterströmen her zu einer Reaktion am Devisenmarkt kommen. Hieran besteht kein Zweifel. Aber zumindest ein Teil der Inflation, die inzwischen ins Land gekommen ist, wird möglicherweise nachträglich akzeptiert und auch geldpolitisch alimentiert. Und so geht es fort.

Die Akteure am Devisenmarkt, besonders alle, die international Geld anlegen, muß man für klug genug halten, dies auch so zu sehen. Wenn sie es so sehen, so werden sie für die Zukunft eine geringere Aufwertung der D-Mark erwarten, als es den aktuellen Unterschieden in den Inflationsraten entspricht (weil sie eine Annäherung der Inflationsraten erwarten). Wenn sie eine geringere Aufwertung der D-Mark erwarten, so werden sie D-Mark-Anlagen nur bei einem höheren Zins — genauer: bei einem geringeren Zinsgefälle — attraktiv finden. All dies gilt selbstverständlich umgekehrt für ein Land, das mit vergleichsweise hoher Inflationsrate in das EWS eingetreten ist.

Worauf es für die Bundesrepublik ankommt, ist dies: Wenn man den Erwartungen, die sich auf Konvergenz der Inflationsraten auf einem vergleichsweise hohen Niveau richten, nicht sehr eindeutig und glaubwürdig entgegentritt, so werden mit der Geldpolitik zu hohe Zinsen in der Bundesrepublik einhergehen und eine zu geringe Bewegung beim Wechselkurs der D-Mark — temporär günstige Bedingungen für den Export, schlechte für die Investitionen.

Eine solche Verzerrung der Bedingungen kann nicht Ziel der Geldpolitik sein. Alte Mißverständnisse liegen jedoch nahe — so etwa, wenn darauf verwiesen wird, daß die Tendenz zur Passivierung der deutschen Leistungsbilanz Spielraum für eine restriktive Geldpolitik schaffe. Die Geldpolitik sollte nicht restriktiv sein, sondern konsequent mittelfristig angelegt. Sie sollte eine Tendenz zur Höherbewertung der D-Mark nicht fürchten, sondern als Voraussetzung einer verzerrungsfreien Entwicklung ansehen und daher begünstigen.

Wenn sich Bundesbank und Bundesregierung hierin einig sind und dies die Öffentlichkeit wissen lassen, dürfte nach aller Erfahrung das Vertrauen des Marktes nicht hinter deren Zuversicht zurückbleiben.

Finanzpolitik

321. Die Finanzpolitik lag 1979 auf Expansionskurs. Der expansive Impuls zeigt, setzt man ihn zum Produktionspotential in Beziehung, in diesem Jahr mit 1,6 vH einen sehr hohen Wert. Gegenüber 1978 ist er um rund 7 Mrd DM auf fast 23 Mrd DM angestiegen (Tabellen 32, 33).

322. Der expansive Impuls ist angesichts der unerwarteten Stärke des Aufschwungs im nachhinein als zu groß zu bezeichnen. Er geht darauf zurück, daß der Staat seit Mitte 1977 versucht hat, durch eine expansive Finanzpolitik den Aufschwung zu initiieren; außerdem hat er Maßnahmen ergriffen, um die Wachstumschancen zu verbessern. Im Sommer vergangenen Jahres hat der Staat, der die Aufschwungschancen damals offensichtlich noch skeptisch beurteilte, ein weiteres „Programm zur Stärkung der Nachfrage und zur Verbesserung des Wachstums" beschlossen. Schon im Spätherbst 1978, als klar wurde, daß in der zweiten Jahreshälfte die autonomen Auftriebskräfte stärker geworden waren und daß sehr wahrscheinlich mit einem Fortgang dieser Entwicklung gerechnet werden konnte, zeichnete sich ab, daß die öffentlichen Haushalte zu expansiv angelegt waren.

Die Finanzpolitik hat darauf nicht mehr reagiert. Die steuerpolitischen Entscheidungen waren faktisch gefallen. Sie beruhten zum erheblichen Teil auf mühsam ausgehandelten Kompromissen; ihre Revision, also eine Zurücknahme von zugesagten Steuersenkungen, stand nicht zur Debatte. Auch bei den Ausgabenansätzen hat sich nichts Nennenswertes geändert, obwohl der weitaus größte Teil der öffentlichen Haushaltspläne für 1979 noch nicht verabschiedet war.

Beim Vollzug der Haushaltspläne ist es nur bei den Ländern in geringerem Umfang zu Minderausgaben gekommen. Der Bund hätte ungefähr 2 Mrd DM einsparen können, weil wegen der Verbesserung der Konjunkturlage die Zuschüsse, die für die Arbeitslosenversicherung vorgesehen waren, nicht benötigt wurden, konjunkturbedingt also Minderausgaben möglich gewesen wären; er hat diese Minderausgaben jedoch nicht realisiert, sondern damit zwei Nachtragshaushalte finanziert.

Was der Staat mehr eingenommen hat, weil die Steuerquote 1979 höher liegt als erwartet, ist immerhin genutzt worden, um die geplante Kreditaufnahme zurückzunehmen. Es handelt sich dabei um einen Betrag in der Größenordnung von 5 bis 6 Mrd DM.

323. Es ist auch zu bedenken, daß sich mit der sprunghaften Erhöhung der Ölpreise die konjunkturellen Rahmenbedingungen änderten. Es wäre zwar wirtschaftspolitisch Unfug, die gesamtwirtschaftlichen Entzugswirkungen einer Ölteuerung in jedem Fall und etwa gar vollständig finanzpolitisch zu kompensieren (Ziffer 379). Und insoweit es vernünftig wäre, handelte es sich um Probleme der konjunkturpolitischen Feinsteuerung, denen der Staat keineswegs gewachsen wäre. Aber das Urteil über eine Finanzpolitik, die im vorhinein zu expansiv angelegt war, fällt in einer solchen Situation im nachhinein doch etwas milder aus, und der Staat mag geltend machen, daß die Ölpreiserhöhung auch für ihn direkt zu unausweichlichen Mehrausgaben geführt habe. Die konjunkturelle Gesamtwürdigung kann von alldem freilich nicht entscheidend bestimmt sein.

Hierbei geht es, wie schon erwähnt, vor allem um das alte Für und Wider einer stark expansiven Finanzpolitik in Zeiten der Wachstumsschwäche. Ohne Zweifel haben die expansiven Impulse der Finanzpolitik 1978 und 1979 auch die Nachfrage verstärkt und so zum wirtschaftlichen Aufschwung beigetragen. Dies ist jedoch nur die eine Seite. Die an-

dere Seite ist, daß es hauptsächlich einer Verbesserung der Angebotsbedingungen bedurfte, daß es zu dieser Verbesserung auch gekommen ist und es daher unnötig war, in so starkem Maß auch die Nachfrage zu stützen, zumal dies nicht nur wohltätig wirkt. Ohne eine so hohe staatliche Kreditaufnahme wären beispielsweise die Zinsen wahrscheinlich weniger stark gestiegen. Auch die beträchtlichen Preissteigerungen in der Bauwirtschaft zeigen erneut die Probleme einer auf antizyklische Nachfrageimpulse angelegten Finanzpolitik. Offenbar konnte weder bei dem Programm für Zukunftsinvestitionen im besonderen noch bei den öffentlichen Sachinvestitionen im allgemeinen die Auftragsvergabe und die Auftragsausführung in hinreichendem Umfang hinausgeschoben werden. Alles in allem spricht mehr dafür als dagegen, daß der konjunkturelle Impuls der Finanzpolitik im Jahre 1979 auch im nachhinein als zu hoch angesehen werden muß.

324. Wie in früheren Jahren läßt sich auch dieses Mal nur mit großen Schwierigkeiten abschätzen, was im kommenden Jahr von den öffentlichen Haushalten an konjunkturellen Impulsen ausgehen wird. Anhaltspunkte dafür lassen sich den Entwürfen der Haushaltspläne von Bund und Ländern entnehmen. Über die Haushaltspläne der Gemeinden ist uns nichts Konkretes bekannt; man darf freilich

Tabelle 32

Die öffentlichen Haushalte 1980 in konjunktureller Sicht[1])

	Einheit	1979	1980
Staatsausgaben bei gleicher Staatsquote wie im Basiszeitraum (3)	Mrd DM	396,7	425,3
Vollbeschäftigungssteuereinnahmen bei gleicher Steuerquote wie im Basiszeitraum (5)	Mrd DM	337,2	361,6
Vollbeschäftigungssteuereinnahmen bei gleicher Steuerquote wie im jeweiligen Jahr (6)	Mrd DM	353,4	377,2
Mehreinnahmen aufgrund erhöhter Steuerquote (7)	Mrd DM	+16,2	+15,6
Konjunkturneutrales Haushaltsvolumen (9)	Mrd DM	423,7	452,0
Tatsächliche Staatsausgaben (10)	Mrd DM	446,5	476,5
Konjunktureller Impuls (11)	Mrd DM	+22,8	+24,5
nachrichtlich: konjunktureller Impuls unter Einrechnung der Investitionszulage des Konjunkturprogramms vom Dezember 1974 (13)	Mrd DM	+23,3	+24,5
Expost: Der Abweichung der realisierten von der konjunkturneutralen Staatsquote entsprechen... (14)	Mrd DM	+18,2	+19,9
Veränderung des konjunkturellen Impulses gegenüber dem jeweiligen Vorjahr (12)	Mrd DM	+ 6,6	+ 1,7
Zum Vorjahresvergleich			
Steigerungsrate			
(a) der tatsächlichen Staatsausgaben gegenüber dem jeweiligen Vorjahr	vH	*+ 7,4*	*+ 6,7*
(b) des konjunkturneutralen Haushaltsvolumens gegenüber den tatsächlichen Staatsausgaben im jeweiligen Vorjahr	vH	*+ 1,9*	*+ 1,2*
Bestimmungsfaktoren von (b)			
(c) Wachstumsrate des Produktionspotentials in Preisen von 1970	vH	*+ 2,2*	*+ 2,3*
(d) „Konjunkturneutrale" Erhöhung des Preisniveaus des Bruttosozialprodukts	vH	*+ 2,5*	*+ 3,5*
(e) Veränderung des Ausgabenspielraums durch Abweichung der Steuerquote von der des jeweiligen Vorjahres	vH	*− 0,3*	*− 0,4*
(f) Veränderung des Ausgabenspielraums durch Abweichung des Deckungsbeitrages der „Sonstigen Einnahmen" von dem des jeweiligen Vorjahres	vH	*+ 0,2*	*− 0,1*
(g) Veränderung des Ausgabenspielraums durch Abweichung der realisierten Staatsquote von der konjunkturneutralen im jeweiligen Vorjahr	vH	*− 2,7*	*− 4,1*
Volkswirtschaftliche Steuerquote (15)	vH	*25,63*	*25,52*
Konjunkturneutrale Staatsquote (16)	vH	*29,89*	*29,74*
Beanspruchte Staatsquote (17)	vH	*31,50*	*31,35*
Konjunktureller Impuls bezogen auf das Produktionspotential (18)	vH	*+ 1,61*	*+ 1,61*
Realisierte Staatsquote (19)	vH	*31,11*	*30,99*

[1]) der eingefügten Zahlen weisen auf das Berechnungsverfahren in Tabelle 28 hin. Methodische Erläuterungen siehe Anhang V, Abschnitt D. – Differenzen in den Summen durch Rundung.

vermuten, daß die Finanzlage der Gemeinden auch 1980 gut sein wird und daß ihre Ausgaben daher in einer ähnlichen Größenordnung zunehmen werden wie in diesem Jahr.

Nach unserer Prognose werden die Ausgaben der Gebietskörperschaften in der Abgrenzung der Finanzstatistik im nächsten Jahr um 6 1/2 vH ansteigen; das bedeutet ein Ausgabenvolumen von 494 1/2 Mrd DM (Tabelle 31). Bei der Schätzung der Steuereinnahmen sind Besonderheiten zu beachten, die mit dem Inkrafttreten von Neuregelungen bei der Gewerbesteuer zum 1. Januar 1980 zusammenhängen; hier besteht Unsicherheit, wieweit die Gewerbesteuer in den Gemeinden, die keine Lohnsummensteuer erhoben haben, gesenkt wird und wieviel von den Gewerbesteuerzahlungen, die an sich 1979 fällig sind, wegen der Senkung des Gewerbesteuer-Umlagesatzes im Interesse der Gemeinden ins nächste Jahr verlagert wird. Wir rechnen für das nächste Jahr mit einem Anstieg der Steuereinnahmen um 7 vH auf etwa 369 Mrd DM. Die volkswirtschaftliche Steuerquote, also das Verhältnis von Steueraufkommen zu Bruttosozialprodukt, wird ebenso hoch wie in diesem Jahr, nämlich bei 24,7 vH liegen. Für das Defizit des öffentlichen Gesamthaushaltes ist unter den Bedingungen unserer Prognose für 1980 ein Betrag um 42 1/2 Mrd DM zu erwarten.

In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen entspricht dies einem Finanzierungssaldo von rund 35 1/2 Mrd DM. Rund zwei Drittel davon, nämlich ein Betrag von 24 1/2 Mrd DM, stehen für den konjunkturellen Impuls, der unter den von uns getroffenen Annahmen 1980 von den öffentlichen Haushalten ausgehen wird (Tabellen 32, 33). Zu den Grundannahmen der Rechnung gehört, daß das Wachstum des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials jetzt wieder etwa 2 1/2 vH betragen dürfte und daß es unvermeidlich ist, von einem weiteren Anstieg des Preisniveaus, hier gemessen am Preisindex für das Bruttosozialprodukt, von etwa 3 1/2 vH auszugehen.

Bezieht man die Haushalte der Sozialversicherung in die Betrachtung ein, ändert sich das Bild nur wenig. Wegen der Einnahmenüberschüsse, die im nächsten Jahr vor allem bei der Rentenversicherung zu erwarten sind (die Löhne steigen vermutlich stärker als die Renten), wird der Impuls des gemeinsamen Haushalts ungefähr ebenso hoch liegen wie in diesem Jahr.

325. Einen konjunkturellen Impuls in Höhe von fast 25 Mrd DM für ein Jahr zu würdigen, in dem die Sachkapazitäten der Volkswirtschaft voraussichtlich etwa normal ausgelastet sein werden, bringt Probleme mit sich. Auf den ersten Blick scheint es eine einfache Aufgabe zu sein: Bei Vollauslastung der Sachkapazitäten sollte der Idee nach der konjunkturelle Impuls, der von den öffentlichen Haus-

Tabelle 33

Finanzierungssaldo und konjunktureller Impuls der öffentlichen Haushalte 1980[1])

Mrd DM

	1979	1980
I. Konjunkturneutrale Komponenten des Finanzierungssaldos[2])		
(a) Potentialorientierte Kreditaufnahme	−14,3	−15,3
(b) Auslastungsbedingte Steuermehreinnahmen bzw. -mindereinnahmen	− 1,3	− 0,1
(c) Inflationsbedingte Steuermehreinnahmen	+ 4,4	+ 4,4
I. (a) bis (c) Konjunkturneutraler Finanzierungssaldo[3])	−11,2	−11,0
(= Finanzierungssaldo des konjunkturneutralen Haushalts)		
II. Tatsächlicher Finanzierungssaldo[4])	−34,0	−35,5
IIa. nachrichtlich: tatsächlicher Finanzierungssaldo unter Einrechnung der Investitionszulage des Konjunkturprogramms vom Dezember 1974	−34,5	−35,5
I. / II. Konjunktureller Impuls der öffentlichen Haushalte:	+22,8	+24,5
(expansiv: +; kontraktiv: −)		
I. / IIa. nachrichtlich: konjunktureller Impuls unter Einrechnung der Investitionszulage des Konjunkturprogramms vom Dezember 1974	+23,3	+24,5

[1]) Öffentliche Haushalte in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.
[2]) Methodische Erläuterungen siehe Tabelle 27 und Anhang V, Abschnitt D.
[3]) Vergleich zu bisherigem Berechnungsverfahren wegen Übergang von der Finanzstatistik zu den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.
[4]) Ohne

halten ausgeht, Null sein. Es sollte dann eigentlich kein Grund bestehen, eine Finanzpolitik zu treiben, die, für sich genommen, den Auslastungsgrad des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials hochhält. Nach der Idee einer antizyklischen Finanzpolitik wäre der expansive Impuls, der für 1980 zu erwarten ist, also eigentlich eindeutig als nicht konjunkturgerecht anzusehen, und er müßte deshalb rigoros gesenkt werden. Dies kann jedoch nicht ernsthaft empfohlen werden. Eine zu rasche Rückführung des hohen konjunkturellen Impulses würde ihrerseits konjunkturelle Probleme mit sich bringen.

Es bleibt daher nichts anderes übrig, als die Rückführung des konjunkturellen Impulses zu strecken, die Konsolidierung also auf mehrere Jahre zu verteilen (Ziffer 328). Wirtschaft und Staat müssen freilich für diese Zeit höhere Zinsen und für viele Güter auch höhere Preise zahlen, als sie zahlen müßten, wenn die Defizite in den öffentlichen Haushalten geringer wären. In höheren Zinsen und Preisen spiegeln sich die Kosten, die die Volkswirtschaft tragen muß, weil es in der Vergangenheit nicht gelungen ist, frühzeitiger für mehr Wachstumsdynamik, das heißt vor allem für mehr private Investitionen zu sorgen, so daß schon heute der Beitrag des Staates zur Konjunkturstützung geringer hätte sein können — oder anders gewendet, weil es nicht gelungen ist, die vom Staat konjunkturbedingt aufgenommenen und vorwiegend für Konsum verwendeten Kredite rechtzeitig real zu fundieren (JG 76 Ziffern 228 ff.).

326. Bedarf an zusätzlichen konjunkturanregenden Maßnahmen sehen wir für 1980 nicht (Ziffer 285).

Auch wenn sich der Aufschwung stärker abschwächen sollte, als unsere Prognose zeigt, entstünde angesichts des stark konjunkturstützenden Impulses, der für 1980 schon programmiert ist, nicht ohne weiteres Handlungsbedarf. Im Falle, daß es sehr viel ungünstiger kommt, erlaubte es das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz, rasch Gegenmaßnahmen zu treffen. Gelänge es nicht, diese Vorschriften anzuwenden, müßte erst ein besonderes Gesetz erlassen werden. Sollte sich der Aufschwung stärker entfalten, als unsere Prognose zeigt, wäre es möglich und geboten, die öffentlichen Haushalte beschleunigt zu konsolidieren. Bei unverändertem Steuerrecht würde sich das, soweit die Steuermehreinnahmen wieder eine Erhöhung der Steuerquote mit sich brächten, zunächst von selbst ergeben. Aber darauf allein sollte man nicht setzen; vermutlich würde dieses Mehraufkommen im Zusammenhang mit der Entlastung bei der Einkommensteuer in Anspruch genommen. Das ist bei den Ausgaben anders. Hier wäre im Haushaltsvollzug auf Kürzungen zu drängen; über Sperrvermerke könnte dafür vorgesorgt werden.

327. Handlungsbedarf für die Finanzpolitik besteht dagegen im Hinblick auf eine Reihe von Aufgaben, deren Lösung zwar erst für die Zeit nach 1980 in Aussicht steht, die aber, um Erfolg zu haben, schon im nächsten Jahr angegangen werden müssen. Zu diesen Aufgaben gehören neben der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte

- die Entlastung bei der Einkommensteuer,
- der Abbau von Subventionen,
- die Finanzierung von mehr Entwicklungshilfe und möglicherweise
- eine finanzpolitische Flankierung der Energiepolitik.

328. Die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte läßt sich als das Abtragen des strukturellen Defizits, das heißt desjenigen Teils des Finanzierungssaldos beschreiben, der über das hinausgeht, was konjunkturbedingt ist (und bei normaler Konjunkturlage ohnehin verschwinden muß) und was von der Neuverschuldung mittelfristig als normal gelten kann. Zur Konsolidierung steht also nicht das ganze Defizit in den öffentlichen Haushalten an, sondern nur der Teil, der — abgesehen von konjunkturbedingten Mehreinnahmen oder Mindereinnahmen — über die „Normal"-Verschuldung hinausgeht. Für die Konsolidierung sprechen vor allem wachstumspolitische Gründe. Was von daher, aber auch unter haushalts-, konjunktur- und verteilungspolitischen Gesichtspunkten geboten ist, haben wir in unserem letzten Jahresgutachten ausführlich dargelegt (JG 78 Ziffern 305 f.). Von den beiden Wegen, die zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte führen, ist — ebenfalls aus wachstumspolitischen Gründen — eine Minderung der Ausgabenexpansion einer Erhöhung der Steuern vorzuziehen; dort bestehen vermutlich auch die größeren Erfolgschancen.

Die Konsolidierungsaufgabe hat seit dem vergangenen Jahr nichts an Aktualität eingebüßt, sondern ist sogar größer geworden. Zwar liegt das Defizit des öffentlichen Gesamthaushalts in diesem Jahr nur wenig höher als 1978. Mit dem kräftigen Aufschwung in diesem Jahr sind aber die auslastungsbedingten Steuermindereinnahmen mehr als erwartet zurückgegangen, und die inflationsbedingten Mehreinnahmen haben mehr als erwartet zugenommen. Das strukturelle Defizit ist deshalb größer als 1978. Nach unseren Rechnungen gehen wir aus dem Jahr 1979 heraus mit einem strukturellen Defizit der öffentlichen Haushalte in der Größenordnung von 20 bis 25 Mrd DM.

Zu beachten ist, was in den mittelfristigen Finanzplänen der Gebietskörperschaften an Konsolidierung angelegt ist. Hierbei kann es sich freilich nur um grobe Schätzungen handeln. Nimmt man an, daß Länder und Gemeinden insgesamt die Ausgabenexpansion ähnlich in Grenzen halten wie der Bund, und geht man, wie es die Finanzplanung wohl tun muß, von gleichbleibendem Steuerrecht aus, dann wäre zu erwarten, daß das strukturelle Defizit 1983 beseitigt ist. Dieses günstige Bild ist jedoch, ganz abgesehen von der großen Unsicherheit solcher Planungen, sogleich in einem wichtigen Punkt zu revidieren: Die Annahme, daß das Steuerrecht unverändert bleibt und daß es deshalb zu einem im Steuersystem angelegten Anstieg der volkswirtschaftlichen Steuerquote kommt, ist unrealistisch, und mit dem Konsolidierungsbeitrag, der sich daraus ergeben könnte, darf daher nicht gerechnet werden. Wahrscheinlicher ist, daß im Rahmen der Entlastungen, die bei der Einkommensteuer geplant sind, die

Steuerquote zunächst einmal wieder sinkt und auch danach das gegenwärtige Niveau nicht nennenswert übersteigen wird. Dies würde jedenfalls im Einklang stehen mit dem, was in der steuerpolitischen Diskussion immer wieder gefordert wird und auch von vielen Politikern angekündigt worden ist, nämlich eine Zunahme der Steuerquote auf Dauer nicht zuzulassen. Wenn die Konsolidierungsaufgabe in absehbarer Zeit, beispielsweise bis 1983, im wesentlichen gelöst werden soll, müßten die Zuwachsraten bei den Staatsausgaben, die derzeit in die mittelfristigen Finanzplanungen eingestellt sind, in jedem der nächsten vier Jahre noch um etwa einen halben Prozentpunkt zurückgenommen werden.

329. Bei der Einkommensteuer steht trotz der zahlreichen Maßnahmen, die 1978 und 1979 zu deren Senkung geführt haben, eine weitere Entlastung an. Das ist nur auf den ersten Blick überraschend, bei näherem Zusehen dagegen durchaus verständlich. Denn infolge der Steuerprogression werden auch die Einkommenszuwächse, die nur Preissteigerungen ausgleichen, überproportional besteuert (kalte Progression). Überdies würden ohne Steuerentlastung bald mehr als die Hälfte der Arbeitnehmer von den ansteigenden Grenzsteuersätzen des Progressionstarifs betroffen. Zudem nehmen zu Beginn dieser direkten Progression die Grenzsteuersätze besonders stark zu, so daß Arbeitnehmer, die mit ihrem Einkommen die Schwelle von der unteren proportionalen Zone zu der progressiven Zone des Tarifs überschreiten, sehr bald von jeder Mark zusätzlichen Verdienstes für Lohnsteuer und Sozialversicherungsbeiträge 40 vH und mehr abgeben müssen. Bei unverändertem Steuerrecht würde dies alles wahrscheinlich dazu führen, daß die volkswirtschaftliche Steuerquote 1981 etwas über 25 vH anstiege und 1982 an $25^1/_2$ vH herankäme.

Darüber, daß etwas gegen die kalte Progression und gegen die stark ansteigenden Grenzsteuersätze zu Anfang des Progressionstarifs getan werden soll, besteht weitgehend Übereinstimmung. Der Idee nach macht dies ein Strecken des Einkommensteuertarifs (oder ein Dehnen der Einkommensstufen) sowie ein Abflachen der direkten Progression in ihrem unteren Teil notwendig. Wie das im einzelnen geschehen soll, ist freilich kontrovers. Kontrovers ist auch die Höhe der Entlastung und das Jahr (1980 oder 1981), in dem die Steuersenkung in Kraft treten soll.

Bei der Entscheidung über die Höhe der Steuersenkung muß die Konsolidierungsaufgabe Führung geben. Geht man davon aus, daß die volkswirtschaftliche Steuerquote auf Dauer nicht zunehmen soll und daß sie deshalb mit der vorgesehenen Einkommensteuersenkung soweit zurückgenommen wird, wie nötig ist, um zu bewerkstelligen, daß sie nicht vor 1982 wieder auf den gegenwärtigen Stand ansteigt, ergibt sich ein Entlastungspotential in der Größenordnung von ungefähr 12 Mrd DM. Darüber hinaus wären bei der Einkommensteuer, ohne daß zusätzlicher Konsolidierungsbedarf entstünde, Entlastungen in dem Maße möglich, wie es gelänge, andere Steuern zu erhöhen — etwa solche, deren Anteil am gesamten Steueraufkommen wegen der mengenbezogenen Bemessungsgrundlage zurückgeht, wenn die Sätze nicht von Zeit zu Zeit hinreichend erhöht werden.

Für die Entscheidung über den Zeitpunkt der Einkommensteuersenkung sollten konjunktur- und haushaltspolitische Gesichtspunkte beachtet werden. Was den ersten Punkt angeht, so sehen wir gegenwärtig keinen Grund, die Einkommensteuerentlastung schon 1980 vorzunehmen. Allerdings läßt sich auch nicht vorhersagen, ob das 1981 anders sein wird. Haushaltspolitisch sind in der gegenwärtigen Lage spätere Steuersenkungen früheren Steuersenkungen allemal vorzuziehen, weil dann der Schuldenstand geringer bleibt und Zinsen gespart werden.

Ein besonderes Problem der Steuerpolitik besteht 1980 (und vielleicht auch noch 1981) darin, inwieweit die Gemeinden, die keine Lohnsummensteuer erhoben haben, die Mehreinnahmen, die sie aus der Minderung der Gewerbesteuerumlage und der Erhöhung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer erhalten, durch eine Senkung der Hebesätze der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital an die Betriebe weitergeben. Da keine Möglichkeit besteht, die Gemeinden dazu zu zwingen, bleibt nur der Appell und vielleicht die eine oder andere Nachhilfe von seiten der Länder, diese Entlastung voll zu gewähren. Angesichts der guten Finanzlage der Gemeinden dürfte das auch kaum ernsthafte Deckungsprobleme mit sich bringen.

330. Die Subventionen hat ein Bundesminister der Finanzen einmal als Krebsschaden der Demokratie bezeichnet. Das mag übertrieben sein, aber es ist nötig, sie immer wieder auf ihre Notwendigkeit hin zu überprüfen. Denn einmal zugestanden, sind sie offenbar nur schwer abzubauen, und die Forderungen von Interessenten nach neuen Subventionen sind auch nicht leicht abzuwehren. Mittlerweile haben die Subventionen in der Bundesrepublik eine Größenordnung erreicht, die die Flexibilität der Finanzpolitik ernsthaft zu behindern scheint. Flexibilität ist aber nötig, damit der Staat mit seinen Leistungen und mit seinen steuerlichen Regelungen dem Wechsel in den Schwerpunkten bei seinen Aufgaben folgen kann. Die Revision der Staatstätigkeit ist wegen der Knappheit des öffentlichen Geldes ein Dauerauftrag der Finanzpolitik.

Im Rahmen einer Politik, die mehr Beschäftigung durch mehr Wachstum zu erreichen sucht, muß die Finanzpolitik danach trachten, die Haushaltsstruktur zugunsten solcher Ausgaben und solcher Steuern zu verändern, die den privaten Investitionen und dem Strukturwandel förderlich sind. Dazu gehören auch Finanzhilfen und Steuerbegünstigungen (JG 77 Ziffern 436 ff.), und insoweit lassen sich Subventionen auch begründen. Sie lassen sich, so gesehen, nicht begründen, wenn sie das wirtschaftliche Wachstum behindern, und das trifft sicher für viele Erhaltungssubventionen zu. Der Staat könnte also das wirtschaftliche Wachstum fördern, wenn er zumindest diesen Teil der Subventionen abbauen und die dadurch freiwerdenden Mittel nutzen würde, Steuern zu senken, die besonders investitionshemmend wirken, oder Ausgaben aufzustocken, die Vor-

leistungen und Hilfen für private Investitionen darstellen oder komplementär zu diesen sind.

Gemessen an der Größenordnung der Erhaltungssubventionen, die ja im Prinzip stets als vorübergehende Subventionen gedacht sind, erscheint das, was etwa in den Jahren 1977 bis 1980 an Subventionen weggefallen ist oder wegfallen soll, außerordentlich gering. Die Bundesregierung erklärt dazu im jüngsten Subventionsbericht, daß sie es „im Hinblick auf die wirtschaftlichen Schwierigkeiten ... derzeit nicht für zweckmäßig (hält), bei den finanziellen Hilfen weitere Abstriche vorzunehmen". Es sei davon auszugehen, so wird außerdem mitgeteilt, daß sich der Anteil der Finanzhilfen an den Bundesausgaben bis 1983 weiter verringern wird und daß der Umfang der Steuervergünstigungen im Verhältnis zum Steueraufkommen bis dahin „nur geringer ansteigen" dürfte. Und selbst diese Vorausschau wird unter den Vorbehalt der wirtschaftlichen Entwicklung „mit ihren konjunkturellen, aber erst recht strukturellen Unvorhersehbarkeiten" gestellt. Man wird nicht sagen können, daß dies ehrgeizige Ziele sind.

Die Aufgabe, (Erhaltungs-)Subventionen abzubauen, ist offenbar ein mühsames Geschäft. Es scheint, wie erwähnt, schwer zu sein, einmal gewährte Privilegien aufzuheben und neue Forderungen nach Begünstigungen, besonders wenn sie mit der Erhaltung von Arbeitsplätzen zu tun haben, abzuwehren. Unternehmen dürfen grundsätzlich nicht vom Staat erhalten werden, sondern müssen sich, um fortzubestehen, am Markt behaupten, und das heißt, sich an Änderungen des Marktes anpassen. Wer bei Schwierigkeiten alsbald den Staat zu Hilfe ruft, rührt an die Glaubwürdigkeit der unternehmerischen Selbstverantwortung, und der Staat darf nicht so bereitwillig die helfende Hand bieten, wie er es oftmals tut. Arbeitnehmern, deren Arbeitsplätze nicht mehr rentabel sind, ist im Grunde nicht dadurch zu helfen, daß Subventionen gewährt werden.

Im Laufe des wirtschaftlichen Wachstums und des Strukturwandels, der damit einhergeht, veralten nun einmal Produkte und Produktionsverfahren, und dabei gehen auch Arbeitsplätze verloren. Sie künstlich zu erhalten, läuft darauf hinaus, daß die Arbeitnehmer künftig im Durchschnitt Realeinkommen beziehen werden, die niedriger sind, als sein könnten, wenn Chancen zum Arbeitsplatzwechsel genutzt werden. Deshalb ist berufliche Mobilität so wichtig. Wichtiger jedoch ist noch, daß durch mehr wirtschaftliches Wachstum genügend Arbeitsplätze geschaffen werden, damit Arbeitnehmer, die aus diesen (oder auch aus anderen) Gründen ihren Arbeitsplatz aufgeben, bald wieder Arbeit finden.

Die Angebotspolitik, auf die der Sachverständigenrat zur Lösung des Arbeitslosenproblems setzt, vertraut in erster Linie auf die Kräfte des Marktes und die Funktion der Preise; Erhaltungssubventionen passen nicht in dieses Bild. Andere sehen das anders; ihrer Meinung nach soll der Staat mit direkten Interventionen das Angebot wesentlich mitbestimmen. Sie können sich jedoch eigentlich ebenfalls nicht mit Erhaltungssubventionen abfinden; denn diese verderben auch ihnen das Konzept.

331. Mehr Entwicklungshilfe (genauer: ein Aufstocken der Ausgaben dafür auf einen Betrag, der 0,7 vH des Bruttosozialproduktes ausmacht) bringt für den Staat Finanzierungsprobleme mit sich. Die Vorfrage, ob überhaupt zusätzliche Mittel für die Entwicklungshilfe bereitgestellt werden sollen, kann aufgrund von Absichtserklärungen der staatlichen Instanzen als positiv beantwortet gelten. Das sagt freilich noch nichts darüber, wie die Mittel für die zusätzliche Entwicklungshilfe beschafft werden sollen. Grundsätzlich gibt es dafür drei Möglichkeiten: die Kürzung anderer Staatsausgaben, also keine Änderung der Staatsquote, die Erhöhung von Steuern oder die Vergrößerung der öffentlichen Nettokreditaufnahme, also eine Zunahme der Staatsquote.

Eine Ausdehnung der Verschuldung kommt in den nächsten Jahren schon wegen der Notwendigkeit der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte nicht in Betracht (Ziffer 328).

Es bleibt also die Alternative Ausgabenverlagerung oder Steuererhöhung. Will der Staat eine neue Aufgabe übernehmen oder, wie im Falle der Entwicklungshilfe, mehr für eine bestehende Aufgabe tun, dann kommt eine Steuererhöhung in Betracht, wenn das Parlament deswegen eine Erhöhung der Staatsquote für vertretbar hält. Die Erfahrung lehrt, wie schwer es ist, diesen Weg zu gehen. Chancen für eine Steuerfinanzierung der zusätzlichen Entwicklungshilfe mögen indessen bestehen, wenn eine aus nichtfiskalischen Gründen erhobene Abgabe, beispielsweise eine Steuer auf Energie in der einen oder anderen Form, Einnahmen bringt, die nicht schon für andere Ausgaben oder Steuersenkungen an anderer Stelle verplant sind.

Wenn eine Steuerfinanzierung im wesentlichen Umfang nicht in Betracht kommt, wird nichts anderes übrigbleiben, als die Mittel, die für ein Aufstokken der Entwicklungshilfe nötig sind, zum größten Teil durch Kürzung anderer Staatsausgaben freizumachen. Um eine Vorstellung über die Summe zu gewinnen, die umzuschichten wäre, kann man von dem Betrag, der im Jahre 1980 voraussichtlich 0,7 vH des Bruttosozialprodukts entspricht, den im Finanzplan des Bundes für die Entwicklungshilfe im Jahre 1980 vorgesehenen Betrag abziehen; die Differenz macht ungefähr 5 Mrd DM aus. In dieser Größenordnung dürfte, wenn nicht mehr als jetzt vorgesehen geschieht, der absolute „Fehlbetrag" auch in den nächsten drei bis vier Jahren liegen. Dabei ist schon berücksichtigt, daß die Entwicklungshilfe gemäß der Finanzplanung des Bundes jährlich um $12^1/_2$ vH und damit mehr als die übrigen Ausgaben zunehmen soll.

Einen solchen Betrag nur durch Kürzung anderer Ausgaben freizumachen, würde nicht einfach sein, weil über den größten Teil der Staatsausgaben langfristig disponiert ist, und ganz sicher wird das nicht in einem Jahr gelingen. Da der Umschichtungsbedarf beim Bund ungefähr zwei volle Prozentpunkte des Ausgabenvolumens ausmachen würde, mag man nicht zuletzt wegen der ohnehin bestehenden Konsolidierungsaufgabe bezweifeln, ob das in wenigen Jahren bewerkstelligt werden könnte. Daher wäre

auch zu erwägen, die Anpassungslast bei den Staatsaufgaben auf eine breitere Grundlage zu stellen, und das hieße, die Länder an der Finanzierung beteiligen. Da eine Aufsplitterung der Entwicklungshilfe auf Bund und Länder wenig zweckmäßig erscheint und da zudem die Kompetenz für diese Aufgabe beim Bund liegt, müßte dafür wohl eine Lösung im Rahmen des Finanzausgleichs zwischen Bund und Ländern gefunden werden.

332. Hält man aus energiepolitischen Gründen für wichtig, Mineralölprodukte antizipativ zu verteuern, so bietet sich dazu die Besteuerung des Verbrauchs dieser Produkte an. An anderer Stelle dieses Gutachtens sind wir ausführlich darauf eingegangen (Ziffern 437 ff.). Eine solche Steuer brächte dem Staat zusätzliche Einnahmen. In bezug auf deren Verwendung liegt der Gedanke nahe, damit andere energiepolitische Maßnahmen zu finanzieren.

Das könnte die Subventionierung der deutschen Kohle sein, wenn man billige Kohle importieren und billig verkaufen würde, gleichzeitig aber einen bestimmten Absatz der teueren inländischen Kohle erhalten möchte. Es käme jedoch darauf an, einen Weg zu finden, auf dem der Anreiz zur Kostensenkung bei den heimischen Kohleproduzenten nicht verlorenginge (Ziffer 432).

Eine andere Möglichkeit, die aufkommenden Mittel zu verwenden, bestünde darin, insbesondere private Haushalte durch gezielte Finanzhilfen oder Steuervergünstigungen zum Energiesparen anzuregen. Der Wirkungsgrad solcher Hilfen ist jedoch nicht gut, weil beim Energiesparen nach Maßgabe solcher Maßnahmen notwendigerweise weitgehend unberücksichtigt bleibt, wo die einzelnen Verbraucher am ehesten Chancen sehen, den Energieverbrauch einzuschränken.

Wahrscheinlich würde sich gegen eine Besteuerung von Mineralölprodukten Steuerwiderstand regen. Er wäre vermutlich am ehesten zu überwinden, wenn die aufkommenden Mittel dazu benutzt würden, breit streuende und besonders merkliche Steuern zu senken. Dafür kommt in erster Linie die Einkommensteuer in Betracht. Das Entlastungspotential für die anstehende Senkung der Einkommensteuer könnte so vergrößert werden.

Zu erwägen bliebe auch, wenigstens einen Teil dieses Steueraufkommens für ein Aufstocken der Entwicklungshilfe zu verwenden. Soweit dies gelänge, brauchte man sich bei einer Erhöhung der Entwicklungshilfe nicht um eine gleich große Senkung anderer Ausgaben zu bemühen. Freilich ist einzuräumen, daß sich auch gegen die Steuererhöhung, die dann bliebe, vermutlich Widerstand regen würde.

Lohnpolitik und Arbeitsmarkt

333. Die Lohnpolitik wird in den nächsten Monaten im Zeichen hoher Preissteigerungen und unter dem Eindruck deutlicher Gewinnverbesserungen stehen. Die tarifpolitische Auseinandersetzung wird dadurch in einem gewandelten Klima geführt werden; und sie wird sich stärker als in den letzten beiden Jahren, als Fragen der Einkommens- und Arbeitsplatzsicherung und Fragen der Arbeitszeitverkürzung mit im Vordergrund standen, wohl ganz auf die Erhöhung der Lohnsätze konzentrieren. Vor allem drei Gesichtspunkte sind es, die für diese Annahme sprechen.

- Die Erhöhung der Stundenverdienste um rund 5 vH, die Urlaubsverlängerung und sonstige Nebenvereinbarungen eingerechnet, setzte 1979 die Linie der Zurückhaltung in der Lohnpolitik fort, die in den letzten Jahren eine schrittweise Verminderung der Lohnsteigerungen brachte. Zwar führte der Anstieg der Lohndrift — sowohl aufgrund von Mehrarbeit als auch aufgrund von Zusatzzahlungen — dazu, daß die effektiven Stundenverdienste 1979 mit knapp 6 vH rascher als die Tariflöhne stiegen; doch auch mit diesem Anstieg hielten sie nur den Anschluß an das Jahr 1978.
- Zur Grundlage der lohnpolitischen Entscheidungen des Jahres 1979 gehörte die Erwartung mäßiger Preissteigerungen. Diese Erwartungen wurden enttäuscht. Die starke Verteuerung des Öls, aber auch anderer Rohstoffe, spielte dabei die entscheidende Rolle. Nicht überall konnten diese Kosten voll überwälzt werden, selbst wenn die Preise deutlich angehoben wurden. In zahlreichen Bereichen dürften sich aber im Laufe des Jahres 1979 Möglichkeiten ergeben haben — sei es aufgrund von Angebotsengpässen, sei es aufgrund einer geringeren Wettbewerbsintensität auf den Gütermärkten —, Preissteigerungen durchzusetzen, die über den Kostenanstieg hinausgingen.
- Bei der gegebenen Entwicklung von Löhnen und Preisen hat sich die Reallohnposition angesichts der beträchtlichen Verschlechterung im Austauschverhältnis mit dem Ausland zwar nur noch wenig vermindert, und die weitere Verbesserung der Gewinnmargen fiel nicht mehr groß aus. Wegen der kräftigen Mengenkonjunktur sind die Gewinne in der Summe 1979 aber deutlich gestiegen; die bereinigte Lohnquote ging erneut zurück.

Dies alles dürfte nicht gering zu erachtende Probleme für die anstehende Lohnrunde aufwerfen. Die Sorge der Gewerkschaften, daß die Löhne den Anschluß an die Gewinnentwicklung verlieren könnten, ist größer geworden. Größer dürfte aber auch die Bereitschaft der Unternehmen sein, in höhere Lohnsteigerungen einzuwilligen. Von nicht wenigen Beobachtern der lohnpolitischen Szene wird in dieser Situation das Hauptproblem nicht so sehr darin gesehen, daß es den Tarifparteien schwerfallen könnte, zu einer Einigung bei etwas höheren Lohnsteigerungen als in den letzten beiden Jahren zu kommen, als vielmehr darin, daß sie sich allzu leicht in einem Maße vom Kurs der letzten Jahre entfernen könnten, bei dem nur dann die Beschäftigungschancen nicht beeinträchtigt würden, und auch dies nur kurzfristig nicht, wenn sich der verstärkte Preisauftrieb fortsetzte. Auch wir sehen hier ernste Probleme. Wir halten aber die Chancen für gegeben, daß die Lohnpolitik im kommenden Jahr den Kontakt zum Kurs der letzten Jahre nicht aufgibt, wenn

die Wirtschaftspolitik die hierfür erforderlichen Rahmenbedingungen schafft.

334. Bei der verteilungspolitischen Diskussion der kommenden Monate ist im Blick zu behalten, daß der aktuelle Verlauf der Gewinne durchaus dem üblichen Muster der Einkommensverteilung in einem Aufschwung entspricht. Zu beachten ist auch, daß die Arbeitnehmer keineswegs einen realen Einkommensverzicht leisten mußten; die realen Einkommen je Beschäftigten stiegen 1979 weiter an, wenn der Zuwachs mit rund $1^1/_2$ vH auch deutlich geringer war als 1978. Vor allem aber hat sich mit den Gewinnen die Investitionsneigung gefestigt, und damit verbesserten sich die Beschäftigungsmöglichkeiten nicht nur kurzfristig, sondern auch auf mittlere Sicht.

Gleichwohl scheint die Befürchtung nicht aus der Diskussion, daß die verbesserte Ertragslage und die Aussicht auf hinreichende Gewinne in der Zukunft bei der Beschäftigung nicht stark genug zu Buche schlagen könnten, um beim Abbau der Arbeitslosigkeit zügig voranzukommen, zumal in den nächsten Jahren mit einem weiteren Zustrom an Arbeitsuchenden gerechnet werden muß. Solche Befürchtungen gründen sich auf die noch immer hohe Anzahl der Arbeitslosen und darauf, daß es, wie die Erfahrung zeigt, nicht nur registrierte Arbeitslose sind, die Arbeit suchen, sondern auch viele, die bei den Arbeitsämtern nicht gemeldet sind. Bei der Würdigung der Arbeitsmarktlage gilt es nun aber zu differenzieren.

335. Einerseits mag es Gründe für die Vermutung geben, daß die Arbeitsmarktstatistik die „echte" Arbeitslosigkeit nicht zutreffend widerspiegelt. Neben der Vermutung, daß sich die Arbeitslosen bei der Suche nach einer neuen Stelle mehr Zeit nehmen als früher, spielt hierbei auch der Verweis auf den inzwischen in bestimmten Berufsgruppen zu verzeichnenden Mangel an Fachkräften sowie auf die große Anzahl schwer zu vermittelnder Personen eine zunehmende Rolle. Doch die Anzahl der Stellenangebote ist noch immer weit kleiner als die Anzahl der Arbeitslosen. Bei entsprechender Arbeitskräftenachfrage werden auch solche, die als schwer vermittelbar gelten, wieder vermehrt in den Arbeitsprozeß integriert. Daraus folgt: Die Arbeitslosigkeit ist nach wie vor ein ungelöstes Problem. Die Wiedergewinnung eines hohen Beschäftigungsstandes bleibt eine Aufgabe von hohem Rang.

Andererseits sollte nicht übersehen werden, daß sich die Wirtschaft in einem raschen Prozeß des Strukturwandels befindet. Unsicherheiten und Risiken sind größer als früher. Dies bedeutet, daß — auch bei wieder lebhafterer Investitionstätigkeit — der Zeitbedarf für die Rückkehr zur Vollbeschäftigung größer geworden ist. Denn die autonomen Investitionen, in denen Fortschritte im Strukturwandel ihren Niederschlag finden, erfassen zunächst nur enge Bereiche. Erst wenn sich Erfolge abzeichnen, gewinnt der von den autonomen Investitionen induzierte Strom von Folge- und Nachahmungsinvestitionen an Breite. Erst dann treten auch verstärkt Beschäftigungseffekte auf. Dieser Prozeß scheint in Gang gekommen zu sein. Die Erfolge im Abbau der Arbeitslosigkeit, die in den vergangenen Jahren erzielt worden sind, gehen zumindest teilweise darauf zurück. Die Anforderungen, die neue Arbeitsplätze an die Qualifikation der Beschäftigten stellen, sind oftmals hoch. Schwer vermittelbare Arbeitslose haben hier geringere Chancen. Erst wenn über Arbeitsplatzwechsel der Sog auch in den anderen Bereichen stark zugenommen hat, finden die schwerer vermittelbaren Arbeitslosen wieder Beschäftigung. Der Abbau der Arbeitslosigkeit erfordert also nicht nur im ganzen, sondern vor allem auch bei den Problemgruppen mehr Zeit. Daraus folgt: Der bestehende Sockel an Arbeitslosigkeit kann weder geleugnet werden, noch muß man davon ausgehen, er könne nicht mehr abgebaut werden.

336. All dies ändert freilich nichts daran, daß die kommenden Tarifverhandlungen mitgeprägt sein werden von der Auseinandersetzung darüber, ob im Verhältnis der Reallöhne zur Produktivität weiterer Korrekturbedarf besteht, wenn die Ertragschancen zu mehr Beschäftigung passen sollen, oder ob die Verbesserung, die in den letzten Jahren — nicht zufällig, sondern durchaus gewollt — schrittweise zustande gekommen ist, möglicherweise schon zu weit gegangen sein könnte.

337. Wir gehen nach wie vor davon aus, daß das Lohnniveau, das zu einem hohen Beschäftigungsstand paßt, nicht mit wissenschaftlichen Methoden ermittelt, sondern nur am Markt herausgefunden werden kann. Die Tatsache, daß die Reallohnposition der Arbeitnehmer ein Niveau erreicht hatte, das erheblich höher lag als in all den Jahren, in denen in der Bundesrepublik Vollbeschäftigung herrschte, hatte jedoch bei aller Unschärfe, mit der solche längerfristigen Vergleiche behaftet sind, in den letzten Jahren für einen Korrekturbedarf beim Niveau der Reallöhne gesprochen. Aus diesem Grunde haben wir dafür geworben, von der Lohnkostenseite her die Angebotsbedingungen zu verbessern. Sinn war, mehr Produktion und damit auch mehr Beschäftigungsmöglichkeiten rentabel zu machen. Diese Forderung schien auch unter verteilungspolitischen Gesichtspunkten gerechtfertigt; sie verlangte nicht mehr als zumutbare Solidarität der Beschäftigten mit den Beschäftigungslosen.

338. Inzwischen ist nun zu registrieren, daß eine allmähliche Gewöhnung an niedrigere Lohnsteigerungsraten gelungen ist. Die jüngste Lohnrunde war ein weiterer Schritt auf diesem Weg. Der rasche Verzicht auf die Nachschlagsdiskussion im Herbst dieses Jahres weist in die gleiche Richtung. Die zumutbare Solidarität wäre indes einer harten Belastung ausgesetzt, wenn der Eindruck entstünde, daß lohnpolitische Vorleistungen erfolgt, hinreichende Beschäftigungseffekte aber ausgeblieben seien. Dies hieße den Zeitbedarf übersehen, den die Rückanpassung an wieder günstigere Ertrags-Kosten-Relationen im Strukturwandel erfordert. Dennoch stellt sich das Problem des Korrekturbedarfs inzwischen in einem neuen Licht. Die Reallohnposition hat inzwischen — bei aller Begrenztheit ihrer Aussagefä-

higkeit, vor allem, wenn man die vermutlich steigenden Kapitalkosten und die höheren Risiken mit in Rechnung stellt — ein Niveau erreicht, das jenem der frühen siebziger Jahre entspricht. Vor allem aber sind es die gute Investitionskonjunktur und die deutliche Zunahme bei der Beschäftigung, die darauf hindeuten, daß jetzt wohl eine Situation erreicht ist, in der ein aktueller Korrekturbedarf von der Lohnseite her nicht besteht.

Im ganzen können bei dem jetzigen Verhältnis von Reallöhnen und Produktivität von der Angebotsseite her die Bedingungen für einen anhaltenden — wenn auch gewiß zeitlich gestreckten — Beschäftigungsanstieg als durchaus gut angesehen werden.

339. Dem mag man entgegenhalten, daß eine solche Sicht der Dinge zu sehr der gesamtwirtschaftlichen Betrachtungsweise verhaftet ist und damit übersieht, daß in bestimmten Bereichen, nicht zuletzt des verarbeitenden Gewerbes, noch keinesfalls die alten Gewinnmargen wieder erreicht sind. Dem ist in der Sache nicht viel entgegenzusetzen. Es kann jedoch nicht darum gehen, jedem einzelnen Bereich der Volkswirtschaft hinlängliche Gewinnchancen zu sichern. Die Tatsache, daß einzelne Bereiche — gemessen am gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt — unter höherem Lohnkostendruck stehen, ist nicht zuletzt Ausdruck und Konsequenz des notwendigen Strukturwandels, der dazu führt, daß Branchen, denen der Markt bei gesamtwirtschaftlich vertretbaren Kosten nicht genügend Chancen für rentable Produktion bietet, schrumpfen. Hier wird dann der notwendige Strukturwandel forciert; eine völlige Rekonstitution ehemaliger Erlös-Kosten-Relationen würde diesen Prozeß nur behindern. Die Dauerhaftigkeit eines dadurch bewirkten Beschäftigungseffektes müßte zumindest in Zweifel gezogen werden.

340. Angesichts der skizzierten Entwicklungen, aber auch der bestehenden Unsicherheiten erscheint es in der gegenwärtigen Situation besonders schwierig, Aussagen zu den Grundlinien der Lohnpolitik zu machen, zumal die letzte Entscheidung dem Markt und dem Freiraum der Tarifautonomie vorbehalten bleiben muß. Zwei Aspekte verdienen aber besondere Beachtung:

— Einerseits gibt es gute Gründe dafür, exogene Faktoren nicht in die tarifpolitische Auseinandersetzung einzubeziehen. Dies betrifft zum einen die Tatsache, daß die Einkommensteuerprogression 1980 wieder voll wirksam sein wird und damit die Nettolohnerhöhung begrenzt. Da wir davon ausgehen, daß eine Steuersenkung für 1980 nicht ansteht, muß dieser Progressionseffekt hingenommen werden. Dies betrifft zum zweiten die Preiserhöhungen, die im Jahre 1979 von der Verteuerung des Öls und von der Anhebung der Mehrwertsteuer ausgingen. Gewiß haben sie die Lebenshaltung verteuert. Aber dies ist die Folge einer Vorabverteilung — zugunsten der Ölländer beziehungsweise des Staates —, deren Gegenwert nicht noch einmal zur Verteilungsdisposition steht.

— Andererseits gibt es gute Gründe dafür anzunehmen, daß den Arbeitnehmern für das nächste Jahr eine weitere Verschlechterung ihrer Reallohnposition nicht zugemutet zu werden braucht. Einen gewissen weiteren Anstieg des Preisniveaus für unvermeidlich zu nehmen und einen Produktivitätszuwachs zu antizipieren wird erwartet und auch toleriert werden müssen.

Gleichwohl ist bei der Abschätzung der Spielräume Vorsicht geboten. Unter den gegebenen Bedingungen ist für das Jahr 1980 nicht zugleich mit einem deutlichen Beschäftigungsanstieg und einem Produktivitätszuwachs in der bisherigen Höhe zu rechnen; und hinsichtlich der Preisentwicklung sollte die Lohnpolitik darauf setzen, daß es der Stabilitätspolitik gelingt, im Verlauf des Jahres wieder zu niedrigeren Preissteigerungsraten zu kommen.

341. Die inzwischen zu verzeichnende Gewinnsituation dürfte die tarifpolitischen Auseinandersetzungen mitbestimmen. Die Furcht der Arbeitnehmer vor einer Benachteiligung im Verteilungskampf ist verständlich. Doch die Gefahr einer Überreaktion ist auch gegeben. Sie würde entweder einen neuen Schub bei den Kosten und den Preisen bewirken oder — bei entsprechendem geldpolitischen Gegenhalten — neue Gefahren für Wachstum und Beschäftigung auslösen. Das Vorsichtsmotiv legt es nahe, tarifpolitisch einen Weg zu suchen, auf dem man das Kostenniveau für die Zukunft möglichst wenig vorbelastet.

Auch wir gehen davon aus, daß die Lohnsteigerungen im kommenden Jahr höher ausfallen werden als in diesem. Wir halten aber Lohnabschlüsse für erreichbar, in denen keine grundlegende Änderung des mittelfristigen Kurses der Lohnpolitik gesehen werden müßte.

342. Auch im kommenden Jahr wäre es im Grunde geboten, die Unsicherheiten bei der Lohnfindung — und die darin begründeten Unwägbarkeiten hinsichtlich der Folgewirkungen — dadurch zu vermindern, daß in der Tarifpolitik flankierende Vereinbarungen im Zusammenhang mit den Lohnsatzsteigerungen getroffen werden, beispielsweise über längere Tariflaufzeiten, größere Differenzierung der Lohnsteigerungen oder über vermögenspolitische Maßnahmen.

343. Die Verlängerung der Tariflaufzeiten etwa wäre ein Weg, den Unternehmen für ihr Risikokalkül eine sicherere Grundlage zu verschaffen, auch wenn Stufenerhöhungen der Tarife eingebaut wären. Die letzte Tarifrunde hat hierfür einige Ansätze gebracht, doch ist nicht zu übersehen, daß über ein Jahr nennenswert hinausgehende Laufzeiten — zumindest vorläufig — die Ausnahme und nicht die Regel sind. Der Grund dürfte darin liegen, daß in Verträgen über längere Laufzeiten Revisionsklauseln (für Kündigung oder Neuverhandlung) eingebaut werden müßten. Die Gewerkschaften brauchten eine derartige Revisionsklausel, um vorsichtige Abschlüsse rechtfertigen zu können. Das Problem ist aber die inhaltliche Ausgestaltung. Unstreitige Kriterien festzulegen, unter welchen Bedingungen eine Revisionsklausel zum Zuge kommen soll, ist gewiß schwierig; für die Tarifpartner sollte dies jedoch

kein Hindernis sein, immer wieder nach Lösungen zu suchen.

344. Der Versuch, die Tarifabschlüsse zu differenzieren — nach Regionen, Branchen und Qualifikationsmerkmalen —, könnte dem Lohn wieder ein höheres Maß an Lenkungsfunktion zurückgeben, zumal die Konjunktur durch den Prozeß des Strukturwandels überlagert wird. Hier gibt es jedoch verteilungspolitische Grenzen, mögen diese auch fließend sein. Hinzu kommt, daß ein höherer Grad der Lohndifferenzierung zwar den strukturellen Anpassungsprozeß erleichtern und Beschäftigungsrisiken mindern könnte; er könnte ihn aber auch zu sehr hinauszögern und damit verhindern, daß eine rasche Anpassung an veränderte Nachfragebedingungen zustande kommt. Gleichwohl könnte von der Lohndifferenzierung eine gewisse Flankierung für die Tarifabschlüsse erwartet werden. Sie böte nicht zuletzt für die Gewerkschaften die Chance, die Differenzierung mitzubestimmen, die sich sonst primär über den Markt — über die Lohndrift — einstellen würde.

345. Größere Chancen sollten die Tarifparteien auch der Vermögensbildung der Arbeitnehmer durch Gewinnbeteiligung einräumen. Es ist zu bedauern, daß die Diskussion über diesen verteilungspolitisch so bedeutsamen Ansatz seit Jahren nicht vorankommt, weil Fragen der Gewinnbeteiligung mit Fragen der Gewinnverwendung vermischt werden. Dieser Ansatz könnte — und das wird weithin auch gesehen — die tarifpolitischen Auseinandersetzungen entspannen. In der anstehenden Lohnrunde käme ihm besondere Bedeutung zu, wenn Umverteilungsforderungen die lohnpolitische Diskussion verstärkt bestimmen sollten und damit die Gefahr der Überreaktion auf die verbesserte Ertragslage der Unternehmen entstünde. Vereinbarungen über Gewinnbeteiligung könnten es wahrscheinlicher machen, daß die eigentlichen Tarifabschlüsse dem bisherigen Entwicklungspfad folgen und die daran geknüpften mittelfristigen Erwartungen bestätigen.

346. Soll eine Lohnpolitik, die Anschluß an die Linie der letzten Jahre hält, nicht desavouiert werden, so kommt alles darauf an, daß die Preissteigerungen in Grenzen bleiben.

Weit stärker als in den vergangenen Jahren ist dies wieder ein außenwirtschaftliches Problem, ein Wechselkursproblem, geworden (Ziffern 315ff.). Mehr Wettbewerb, und damit eine zusätzliche Flankensicherung auf der außenwirtschaftlichen Seite, ließe sich auch über eine verstärkte Öffnung der Märkte erreichen (Ziffern 469ff.). Hinsichtlich der binnenwirtschaftlichen Seite haben wir in unserem letzten Gutachten auf die Notwendigkeit einer sowohl offensiven Marktpolitik (Förderung von Unternehmensgründungen und von Innovationen) als auch einer defensiven Marktpolitik (Abbau von Wettbewerbsbeschränkungen und Vermeidung wettbewerbsverzerrender Subventionen) hingewiesen (JG 78 Ziffern 424ff.). Alle weitergehenden Schritte in dieser Richtung — etwa im Rahmen der Novellierung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen — sind als wettbewerbspolitischer Beitrag zu begrüßen; sie sollten konsequent fortgesetzt werden.

347. Schließlich bleibt das Problem der Flankierung durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen. Zwar hat die Entwicklung im Jahre 1979 gezeigt, daß im Zuge des Aufschwungs auch viele, die den Problemgruppen des Arbeitsmarktes zugerechnet werden, wieder einen Arbeitsplatz gefunden haben; der harte Kern der Arbeitslosigkeit ist aber immer noch beträchtlich. Ihn auf ein annehmbares Maß zu vermindern, würde vermutlich einen so starken Sog von der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage erfordern, daß angesichts der nicht mehr sehr großen Kapazitätsreserven beschleunigte Preissteigerungen zu erwarten wären. Auch von regionalpolitischen Maßnahmen kann man sich wohl keine entscheidende Hilfe versprechen. Sie mögen im Aufschwung beschäftigungspolitisch zwar wieder effizienter sein; doch ist bei den entsprechenden Programmen auch mit erheblichen Mitnehmereffekten zu rechnen. Deshalb behält die Aufgabe Vorrang, auf anderen Wegen einen Ausgleich von Angebot und Nachfrage auf den betreffenden Arbeitsmärkten zu erleichtern. Abgesehen von möglichen und notwendigen Verbesserungen der Berufsberatung und Vermittlung sind es vor allem die Förderung der beruflichen Mobilität, die Einrichtung von mehr Teilzeitarbeitsplätzen und die Arbeitszeitverkürzung, die dabei im Vordergrund der Diskussion stehen.

348. Der teilweise vorhandene Facharbeitermangel und die Tatsache, daß weniger gut ausgebildete Beschäftigte ein bedeutend höheres Arbeitsplatzrisiko — zumindest was eine dauerhafte Anstellung betrifft — tragen, zeigen die Notwendigkeit im Rahmen der Arbeitsmarktpolitik vor allem die Maßnahmen zu verstärken, die, wie Hilfen bei der Fortbildung und Umschulung oder auch Einarbeitungszuschüsse, darauf gerichtet sind, die berufliche Mobilität zu fördern. Mitnehmereffekte sollten hier in Grenzen gehalten werden können.

Auch das Problem der Jugendarbeitslosigkeit behält seine Bedeutung. Die Anzahl der arbeitslosen Jugendlichen ist 1979 zwar merklich gesunken, und das Angebot an Ausbildungsplätzen übersteigt die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen erstmals seit Jahren; der im Ausbildungsplatzförderungsgesetz geforderte Angebotsüberhang von 12,5 vH wird allerdings nicht erreicht, und er dürfte auch 1980 nicht erreicht werden. Damit stellt sich erneut die Frage, ob die Bundesregierung nicht die Ausbildungsplatzabgabe zur Förderung betrieblicher und Unterhaltung überbetrieblicher Ausbildungsplätze erheben sollte. Bei der Entscheidung ist zu beachten, daß die Ausbildungsplatznachfrage in den nächsten Jahren aufgrund der demographischen Entwicklung rückläufig sein wird, gleichzeitig aber Schätzungen einen steigenden Facharbeitermangel für die Zukunft zeigen. Bei der Entscheidung mag auch eine Rolle spielen, was angesicht dieser Tendenzen an eigenständigen Vereinbarungen der Tarifparteien erwartet werden kann. Die Vereinbarungen in der Bauwirtschaft etwa könnten hier als Beispiel wirken. Allemal dürfte ein ausreichendes Ausbildungsplatzan-

gebot in strukturschwachen Regionen aber ein Problem bleiben, das zusätzliche Maßnahmen der Ausbildungsförderung notwendig macht.

349. Die Schaffung von mehr Teilzeitarbeitsplätzen ist nach wie vor dringlich, vor allem für Frauen, für Behinderte und für ältere Arbeitnehmer. Vielfach stehen sich die Wünsche der Arbeitsplatzsuchenden und Möglichkeiten der betriebsinternen Organisation ungelöst gegenüber. Unlösbar sind sie aber wohl nicht. Die Arbeitsmarktpolitik kann hier — von Eingliederungsbeihilfen abgesehen — nur begrenzt Hilfestellung leisten. Die Hemmnisse müssen im wesentlichen von den Arbeitnehmern wie den Arbeitgebern selbst aus dem Weg geräumt werden. Vor allem könnten die Unternehmen prüfen, ob nicht durch Änderung der betriebsinternen Organisation — etwa auch durch Kumulierung der Teilzeitarbeit auf zwei bis drei Wochentage — zusätzliche Teilzeitarbeitsplätze geschaffen werden könnten. Der öffentliche Dienst könnte hier verstärkt mit gutem Beispiel vorangehen.

350. Schließlich bleibt die Frage der Arbeitszeitverkürzung. Der Sachverständigenrat hat sich in den zurückliegenden Jahren mit den damit verbundenen Problemen eingehend auseinandergesetzt und dabei stets dafür geworben, die Dringlichkeit einer Arbeitszeitverkürzung nicht beschäftigungspolitisch begründet zu sehen (SG 78 Ziffern 31 ff.). An den Problemen hat sich nichts geändert. Bei einer Verkürzung der Lebensarbeitszeit — etwa durch Vorverlegung der Altersgrenze oder durch Einführung eines zehnten Pflichtschuljahres — dürfte die Entlastung am Arbeitsmarkt relativ hoch zu veranschlagen sein, aber auch die damit verbundenen finanziellen Lasten und die Probleme, die sich aus demographischen Gründen — die Irreversibilität der Maßnahme einmal unterstellt — für die neunziger Jahre ergäben, wären beträchtlich. Einer Verkürzung der Jahresarbeitszeit oder der Wochenarbeitszeit ist entgegenzuhalten, daß der beschäftigungspolitische Effekt wiederum geringer veranschlagt werden muß, da das Arbeitsplatzangebot nicht konstant bleibt, weil zumindest für eine längere Übergangsphase mit einer Erhöhung der Überstunden und der Produktivität zu rechnen ist. Diese Bedenken behalten ihr Gewicht. Das heißt jedoch nicht, daß die jährliche Arbeitszeit nicht verkürzt werden sollte, wenn es den Präferenzen der Arbeitnehmer bei der Wahl zwischen mehr Einkommen und mehr Freizeit entspricht. Ein behutsames Vorgehen, das die Arbeitszeitverkürzung mit den Arbeitszeitwünschen der Betroffenen vereinbar hält, wird es ohnehin geben, und es könnte dazu führen, daß es zumindest mittelfristig einen Beitrag zum Abbau der Arbeitslosigkeit leistet. Voraussetzung wäre, daß eine solche vorsichtige Arbeitszeitverkürzung kombiniert wird mit betriebsinternen Organisationsänderungen und entsprechender Ausbildung, damit ein flexibler Mehreinsatz von Arbeitskräften ermöglicht wird. Vorbehalte wären aber allemal dann anzumelden, wenn man glaubte, hierin den entscheidenden Beitrag für die Lösung des Arbeitslosenproblems sehen zu können. Denn letztlich bleibt die Arbeitszeitverkürzung ein Ziel, das sich nur rechtfertigt aus den Bildungs- und Freizeitwünschen der Betroffenen.

Investitionspolitik

351. Von den Investitionen in den kommenden Jahren wird es abhängen, ob es gelingt, die Arbeitslosigkeit weiter abzubauen. Die Bedingungen für eine dauerhaft gute Investitionskonjunktur sind nicht ungünstig. Chancen bieten sich genug. Groß sind aber auch die Risiken.

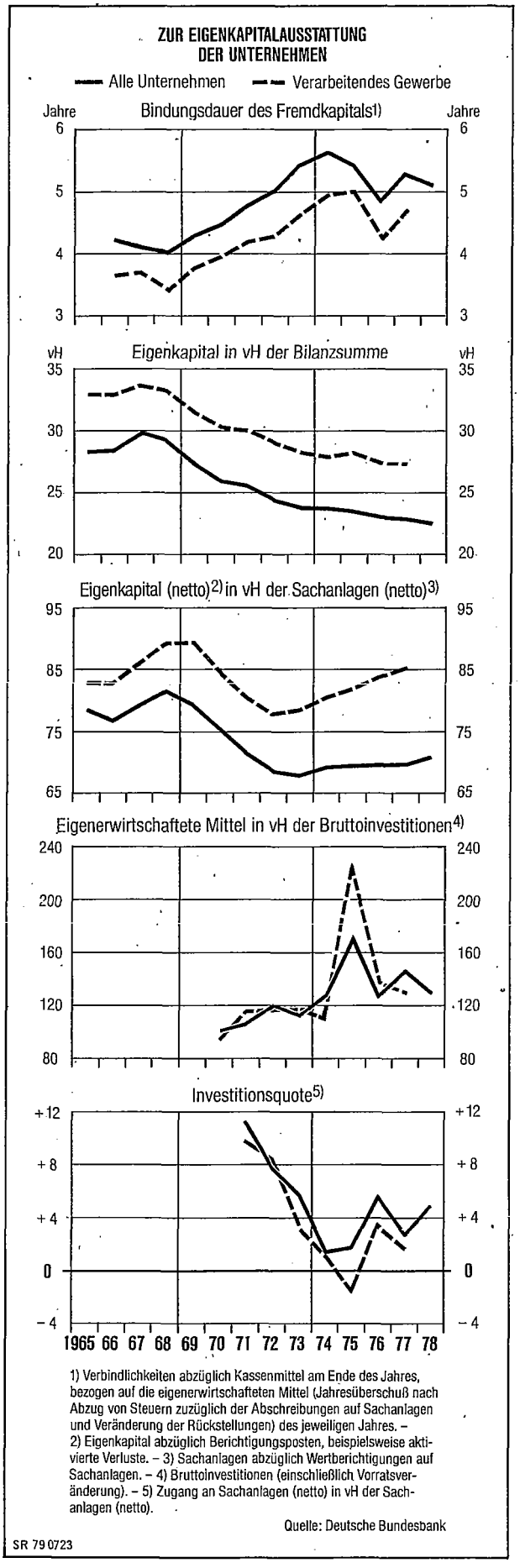
Investitionen mit erhöhten Risiken erfordern eine Finanzierung mit risikobereitem Kapital. Die Sorge, daß nicht genügend risikotragendes Kapital für solche Investitionen zur Verfügung steht, erscheint zwar auf kurze Sicht in Anbetracht der im Durchschnitt noch hohen Selbstfinanzierungsmöglichkeiten wenig berechtigt, gleichwohl ist sie bei der hohen Verschuldung sehr vieler Unternehmen nicht unbegründet.

352. Die Verschuldung der Unternehmen ist seit langem ständig gestiegen. In den siebziger Jahren ist dies wohl vor allem Folge der sinkenden Ertragskraft gewesen, was bei zunächst noch anhaltend hoher Investitionstätigkeit eine erhöhte Finanzierung mit Krediten erforderlich machte. Hinzu kam: Das Geldvermögen stieg bei vielen Unternehmen stark an; die Sachanlagen wuchsen langsamer. Die Absatzfinanzierung nahm in den exportintensiven Unternehmen zu, und die steigenden Rohstoffpreise führten zur Aufstockung von Umlaufvermögen und Verbindlichkeiten zugleich. Nicht allein die Verschuldung zeigt, daß das Finanzierungsrisiko der Unternehmen gestiegen ist. Das kommt auch in der erhöhten Bindungsdauer des Fremdkapitals zum Ausdruck (Schaubild 34). Sie stieg zu Beginn der siebziger Jahre kräftig und ist seither auf hohem Niveau. Erst als in der Mitte der siebziger Jahre die Investitionszurückhaltung der Unternehmen und ihr Bemühen, die Kapitalstruktur zu konsolidieren, dazu führten, daß das Sachanlagevermögen der Unternehmen langsamer stieg als das Eigenkapital, nahm der Anteil des Eigenkapitals am Sachanlagevermögen wieder zu.

Die Investitionsschwäche der letzten Jahre zeigt, daß die Unternehmen ihre Kapitalstruktur den gestiegenen Risiken, die mit Investitionen verbunden sind, anzupassen suchen. Daß dies über die Veränderung der Vermögensstruktur und über die Konsolidierung der Kapitalstruktur aus eigenerwirtschafteten Mitteln und nicht durch verstärkte Eigenkapitalbeschaffung von außen versucht wurde, ist volkswirtschaftlich nicht von Vorteil, bleiben doch in der Zeit vermehrter Konsolidierungsanstrengungen die Investitionen hinter dem zurück, was wünschenswert und möglich wäre.

Selbst wenn wegen der hohen Geldvermögensbestände und der wieder besseren Selbstfinanzierungsmöglichkeiten die gute Investitionskonjunktur vorläufig nicht gefährdet ist, so bleibt doch mittelfristig die Aufgabe bestehen, die Nutzung von Wachstumschancen durch die Konsolidierung der Kapitalstruktur der Unternehmen zu erleichtern. Die Diskussion über Lösungen für dieses Problem sollte nicht auf Schlechtwetterperioden vertagt werden. Die Aufgabe, das Angebot an risikobereitem Kapital für die Unternehmen zu verbessern, ist auch

Schaubild 34



1) Verbindlichkeiten abzüglich Kassenmittel am Ende des Jahres, bezogen auf die eigenerwirtschafteten Mittel (Jahresüberschuß nach Abzug von Steuern zuzüglich der Abschreibungen auf Sachanlagen und Veränderung der Rückstellungen) des jeweiligen Jahres. – 2) Eigenkapital abzüglich Berichtigungsposten, beispielsweise aktivierte Verluste. – 3) Sachanlagen abzüglich Wertberichtigungen auf Sachanlagen. – 4) Bruttoinvestitionen (einschließlich Vorratsveränderung). – 5) Zugang an Sachanlagen (netto) in vH der Sachanlagen (netto).

Quelle: Deutsche Bundesbank

SR 79 0723

nicht kurzfristig lösbar. Um sie zu bewältigen, sind Weichenstellungen nötig, die freilich erst auf mittlere Frist Wirkungen zeigen werden.

353. Ausgehend davon, daß Unternehmen, die über eine bessere Ausstattung mit Risikokapital verfügen, auch mehr risikoreiche Investitionen vornehmen als Unternehmen mit niedrigerem Eigenkapitalanteil, hat der Staat bereits in der Vergangenheit eine Reihe von Maßnahmen und Regelungen getroffen, die eine Beteiligung am Unternehmensrisiko darstellen oder den Unternehmen gar Risikokapital zuführen. Diese Maßnahmen verbessern einerseits die Möglichkeiten der Selbstfinanzierung bestehender Unternehmen, andererseits die Fähigkeit neugegründeter Unternehmen, staatliche Kapitalhilfen als Quasi-Eigenkapital einzusetzen und damit ihre Kreditbasis zu erweitern.

354. Bisher nicht oder doch nicht in genügendem Maße beschritten worden ist der Weg, neue Anlegerkreise zu mobilisieren, risikobereites Kapital zur Verfügung zu stellen. Das wird wichtiger. Eine Politik, die darauf zielt, die Bereitschaft zu risikoreichen Investitionen von den Angebotsbedingungen her zu verbessern, sollte sich auch auf Maßnahmen erstrecken, die die Bedingungen für die Beschaffung von Eigenkapital verbessern.

355. Unbestritten ist diese Aussage bei allen denjenigen, die die Ansicht vertreten, daß risikoreiche Investitionen mit Eigenkapital finanziert werden müssen. Eine solche, auch als „golden" bezeichnete Finanzierungspolitik weist dem Eigenkapital alle Haftungsaufgaben zu, während das Fremdkapital vertragsgemäß — und das heißt: sicher — zu bedienen ist. Nach dieser Auffassung wäre die Verbesserung der Eigenkapitalausstattung der Unternehmen unabdingbare Voraussetzung für die Erhöhung des Anteils an riskanten Investitionen, also solchen, die für neue Produkte und für überlegene Produktionsverfahren getätigt werden. Es scheint schwer, diese Ansicht zu halten, wenn man sie mit der Entwicklung der Verschuldung deutscher Unternehmen konfrontiert. Sie ist aber auch in der wissenschaftlichen Diskussion nicht unwidersprochen geblieben.

356. Umgekehrt: mit der reinen Idee von dem Unternehmer, dessen Funktion darin gesehen wird, neue Produkte und Verfahren im Markt durchzusetzen, verbindet sich die Vorstellung, daß er für seine Investitionen eigentlich kein Eigenkapital braucht, sondern diese gegebenenfalls ausschließlich mit Fremdkapital finanziert. Der Unternehmer bietet gleichsam die unternehmerische Idee an, für die er auf dem Kapitalmarkt den Kreditgeber findet, der das erforderliche Kapital zur Durchsetzung der Idee am Markt zur Verfügung stellt. So wie das neue Produkt sich seine Käufer selbst schafft, so schafft sich die Produktidee ihren Kapitalgeber. So verlockend dieser Gedanke ist, so wenig berücksichtigt er das tatsächliche Verhalten von Kreditgebern. Zwar gibt es Fälle, in denen erfolgreiche Innovationen schon in einem sehr frühen Entwicklungsstadium das Vertrauen von Kreditgebern finden und von diesen finanziert werden, dies ist jedoch nicht die Regel.

Eher ist das Gegenteil der Fall. Unternehmer, die nur Ideen, aber keine Sicherheiten bieten können, haben es sehr schwer, Fremdkapital zu erhalten. Eine ungenügende Ausstattung mit Eigenkapital wird als einer der wichtigsten Gründe dafür genannt, daß Unternehmen häufig in den ersten Jahren ihrer Existenz scheitern.

357. Läßt sich somit weder die Ansicht halten, autonome Investitionen müßten ausschließlich mit Eigenkapital finanziert werden, noch auch die These vertreten, innovative Unternehmen fänden für ihre Investitionen Kreditgeber, die die volle Finanzierung übernehmen, so ist doch noch nicht geklärt, welches Maß an Eigenkapitalausstattung erforderlich ist, damit genügend risikoreiche Investitionen zustande kommen. Auf diese Frage werden unterschiedliche Antworten gegeben.

Wenn man annimmt, daß die Eigenkapitalgeber verpflichtet und in der Lage sind, auftretende Verluste gegebenenfalls auch durch zusätzliches Eigenkapital zu decken, so daß der Konkursfall ausgeschlossen werden kann, dann geht von dem Niveau der Verschuldung kein Risiko für die Fremdkapitalgeber aus: Sie verlangen einen Preis für ihr Kapital, der unabhängig vom Verschuldungsgrad ist. Die Eigenkapitalgeber fordern dagegen eine Rendite für Eigenkapital, die nicht nur von dem Zins bestimmt wird, den sie für eine risikofreie Anlage erzielen könnten, sondern der auch eine Prämie für die Übernahme des Verlustrisikos enthält. Der Prämiensatz wird natürlich um so höher sein, je höher das Verlustrisiko ist. Dieses steigt mit der Verschuldung. Im Prinzip ist also auch für den Eigenkapitalgeber gleichgültig, ob er einen Anteil an einem hoch verschuldeten oder an einem weniger verschuldeten Unternehmen hält. Am Kapitalmarkt werden sich Preise für Gesellschaftsanteile ergeben, die gewährleisten, daß die Rendite dem unterschiedlichen Risiko entspricht. Der einzelne Anleger kann stets Fremdkapitaltitel und Eigenkapitaltitel so mischen, daß er das Gesamtrisiko seines Portefeuille in den von ihm gewünschten Grenzen hält. Für das Unternehmen ergibt sich dann ein Preis für Kapital zur Finanzierung von Investitionen, der unabhängig vom Verschuldungsgrad ist. Reicht der erwartete Ertrag einer Investition aus, den Preis für die Überlassung von Kapital und für die Übernahme des Risikos zu tragen, dann kann die Investition getätigt werden. Andernfalls muß sie unterbleiben. Nach dieser Ansicht ist also nicht ausgeschlossen, daß Eigenkapital erforderlich ist, aber man kann nicht sagen, daß mehr Eigenkapital erforderlich ist, um mehr riskante Investitionen tätigen zu können. Diese können auch mit Fremdkapital finanziert werden, wenn nur von den Investitionen genügend Gewinn erwartet wird, um neben den Fremdkapitalzinsen den Preis für das erhöhte Risiko der Eigenkapitalgeber mit abzudecken. Es gäbe in diesem Fall kein Problem der Eigenkapitalfinanzierung, sondern nur ein Rentabilitätsproblem.

358. Nun hängt die Aussage, daß die Vornahme risikoreicher Investitionen unabhängig von dem Anteil an Eigenkapital sei, der zur Finanzierung der Investitionen bereitsteht, nicht zuletzt an der Annahme, daß Fremdkapital keinerlei Risiko zu tragen habe und daher zu einem konstanten Zinssatz aufgenommen werden könne. Der Konkursfall darf nicht ausgeschlossen werden. Im Konkursfall aber erleiden auch die Fremdkapitalgeber Verluste, und das Risiko solcher Verluste steigt mit der Höhe der Verschuldung. Beziehen die Fremdkapitalgeber das Konkursrisiko in ihre Überlegungen mit ein, und verlangen sie deshalb höhere Zinsen, als die Investoren zahlen, oder größere Sicherheiten, als die Investoren bereitstellen können, dann können mehr autonome Investitionen nur vorgenommen werden, wenn neben Fremdkapital auch Eigenkapital in ausreichendem Umfang zur Verfügung steht.

359. Der mit den Investitionsrisiken steigende Bedarf an Eigenkapital kann freilich nur dann voll gedeckt werden, wenn es keine Verzerrungen in den Kosten von Eigen- und Fremdkapital gibt. Verteuern andere Faktoren Eigenkapital gegenüber Fremdkapital, so vermindert das den Umfang riskanter Investitionen. Als solche Faktoren sind zum einen die Steuern zu nennen, die Eigenkapital stärker belasten als Fremdkapital, zum anderen die Kosten für die Beschaffung von Eigenkapital; diese gehen im allgemeinen über die Kosten der Beschaffung von Fremdkapital hinaus.

360. Empirische Untersuchungen der Investitionstätigkeit von Unternehmen lassen erkennen, daß die Kreditgeber zwar kurzfristig immer wieder durch Hingabe von Krediten dazu beitragen, daß Investitionen finanziert werden können; sie zeigen aber gleichzeitig, daß Kreditgeber wie Unternehmen dem Niveau der bisher erreichten Verschuldung ein hohes Gewicht bei der Entscheidung über neue Investitionsprojekte beimessen. Dies gilt insbesondere dann, wenn der erreichte Stand der Verschuldung über dem Branchendurchschnitt liegt.

361. Eigenkapital kann sowohl durch Einbehalten von Gewinnen gebildet als auch über den Kapitalmarkt beschafft werden. Für die Finanzierung aus Gewinnen sind die Grenzen vom Verteilungsstreit her heute enger gezogen als in den sechziger Jahren. Von daher läßt sich also die Aufgabe nicht allein lösen, günstige Finanzierungsbedingungen für eine dauerhaft gute Investitionskonjunktur zu gewährleisten. Es kommt wohl auch nicht ohne weiteres in Betracht, von weiteren steuerlichen Maßnahmen wie Abschreibungsregelungen oder einer Begünstigung des nicht entnommenen Gewinns eine Verbesserung zu erwarten. Damit stieße man ebenfalls bald an verteilungspolitische Grenzen. Im letzten Falle kämen noch andere Bedenken hinzu.

362. Die Möglichkeit, Eigenkapital über den Kapitalmarkt zu beschaffen, hängt zum einen von der Fähigkeit eines Unternehmens ab, aus den Gewinnen der Investitionen ein angemessenes Entgelt für die Übernahme des Risikos bezahlen zu können, zum anderen wird sie durch den Zugang zum Kapitalmarkt bestimmt.

Selbst wenn die potentiellen Eigenkapitalgeber keine höhere Risikoprämie verlangten als die Fremdkapitalgeber, würden die Unternehmen mehr

für Eigenkapital zu bezahlen haben als für Fremdkapital. Das liegt einmal an der unterschiedlichen steuerlichen Belastung von Eigenkapital und Fremdkapital, zum anderen an den unterschiedlichen Kosten, die mit der Beschaffung von Eigenkapital und Fremdkapital verbunden sind.

Die Eigenkapitalbildung von Kapitalgesellschaften ist durch die Körperschaftsteuerreform erleichtert worden. Gleichwohl ist Eigenkapital nach wie vor teurer als Fremdkapital. Dies liegt an der Doppelbesteuerung der Aktie mit Vermögensteuer, an der Körperschaftsteuer auf die Vermögensteuer sowie an der Gewerbesteuer nach dem Ertrag, der auch die Vermögensteuer sowie die Körperschaftsteuer auf die Vermögensteuer enthält. Hinzu kommt die Gesellschaftsteuer, die auf die Ausgabe von Gesellschaftsrechten zu entrichten ist. Auch die Börsenumsatzsteuer schmälert den Ertrag der Aktien (und Obligationen), während die Umsätze an Schuldscheinkrediten und Bankkrediten steuerfrei bleiben. Die steuerliche Gleichstellung von Fremdkapital und Eigenkapital dürfte eine wichtige Bedingung dafür sein, daß es gelingt, den Kapitalgesellschaften ausreichend viel risikobereites Kapital zuzuführen.

363. Auch die Kosten für die Beschaffung von Eigenkapital hängen weitgehend von der Rechtsform der Unternehmen ab.

Die bereits an der Börse notierten Aktiengesellschaften haben Emissionskosten zu tragen, die im internationalen Rahmen betrachtet als nicht unbeachtlich angesehen werden. Sie zögern daher mit der Ausgabe von Aktien und nutzen ihre Kreditspielräume aus. Kommen sie hier an Grenzen, so werden weniger risikoreiche Investitionen durchgeführt, weniger jedenfalls, als bei niedrigeren Emissionskosten und höherem Eigenkapitalanteil möglich wären.

364. Diejenigen Unternehmen, die die Größenanforderungen für die Börsenzulassung erfüllen, bisher aber den Schritt an die Börse nicht getan haben, scheuen vor allem die hohen einmaligen Kosten, die mit der Entscheidung verbunden sind, Eigenkapital über die Börse zu beschaffen. Dabei handelt es sich weniger um die Kosten der Zulassung zur amtlichen Notierung oder der Einbeziehung in den geregelten Freiverkehr als vielmehr darum, daß die Emissionshäuser die Emissionskurse eher niedrig festzusetzen pflegen. Die Banken, die die Aktien übernehmen und an der Börse einführen, wollen dadurch gewährleisten, daß die Emission sicher untergebracht werden kann. Die Erfahrungen zeigen, daß die Kurse der Aktien nach ihrer Einführung an der Börse häufig steigen, ein Zeichen dafür, daß eine Prämie für das Plazierungsrisiko einkalkuliert war. Sie verteuert natürlich das Eigenkapital. Für die Unternehmen, die diese hohen Kosten scheuen, ist es vorteilhafter, risikoreiche Investitionen nur im Rahmen der vorhandenen Selbstfinanzierungsmöglichkeiten und der damit verbundenen Kreditspielräume vorzunehmen und im übrigen Wachstumschancen ungenutzt zu lassen. Mehr Wettbewerb unter den Banken um die Emission junger Aktien würde die Kosten der Eigenkapitalbeschaffung senken und damit die Beschaffung von Eigenkapital für zusätzliche Investitionen rentabel machen.

365. Unternehmen, die die Voraussetzungen für die Zulassung zur Börse nicht erfüllen, sind auf den nichtorganisierten Kapitalmarkt angewiesen. Die Kosten für die Beschaffung von Eigenkapital sind hier beträchtlich und um so höher, je schwächer die Kontrollrechte der neuen Gesellschafter sind. Die Vorteile, die Mehrheitsgesellschafter gegenüber Minderheitsgesellschaftern genießen, werden von den neuen Eigenkapitalgebern im allgemeinen in Renditeforderungen umgesetzt, die zusätzliches Eigenkapital verteuern.

366. Die Frage, ob Maßnahmen erwogen werden sollten, die die Kosten der Eigenkapitalbeschaffung am organisierten und am nichtorganisierten Kapitalmarkt senken, ist nicht unabhängig von der Frage zu beantworten, wie der Zugang zum Kapitalmarkt selbst verbessert werden kann. Die Hindernisse liegen vor allem in dem erforderlichen Wechsel der Rechtsform und in dem strengen Prospektzwang, dem die Unternehmen bei der Börseneinführung unterworfen werden. Die Banken tragen die Prospekthaftung und sind verständlicherweise bestrebt, das Haftungsrisiko klein zu halten. Dadurch mag manches Unternehmen davon abgehalten werden, den Schritt an die Börse zu tun.

Die Schwierigkeiten, geeignete Partner am nichtorganisierten Kapitalmarkt zu finden, sind groß. Dieser Markt ist allzu wenig entwickelt.

367. Die Hindernisse, die sich den Unternehmen stellen, die zusätzliches Eigenkapital aufnehmen wollen, können dadurch verringert werden, daß der Zugang zur Rechtsform der Aktiengesellschaft erleichtert wird. Die Handelbarkeit der Aktie würde also verstärkt genutzt. Es ist aber auch denkbar, daß Anteilsrechte an Unternehmen anderer Rechtsformen zum Börsenhandel zugelassen werden; die Unternehmen könnten dann ihre Rechtsform behalten.

Der Vorschlag, die Handelbarkeit der Aktie zu nutzen, aber für bestimmte Unternehmensgrößen eine attraktive Form der Aktiengesellschaft zu schaffen und für diese den Zugang zur Börse dadurch zu erleichtern, daß das Mindestkapital für die Börsenzulassung herabgesetzt, die Zulassungsvoraussetzungen gemildert und die Publizitätspflicht eingeschränkt werden, läßt die gedankliche Nähe zum schweizerischen Gesellschaftsrecht erkennen. Die Realisierung eines solchen Vorschlages setzt freilich eine Änderung des geltenden Aktienrechts voraus. Diese wird im Zusammenhang mit der Diskussion um ein neues Unternehmensrecht gesehen werden müssen.

Die Lösung, den Zugang zum organisierten Kapitalmarkt nicht an die Rechtsform zu binden, sondern die bestehenden und bewährten Rechtsformen für mittlere Unternehmen weiterhin zu nutzen, deren Eigenkapital aber direkt oder durch Ausgabe von Anteilscheinen handelbar zu machen, würde es vielen Unternehmen erleichtern, den Weg an den organisierten Kapitalmarkt zu gehen. Ob es hierfür der Entwicklung eines eigenen Marktes für Beteili-

gungskapital bedarf, wie es gefordert worden ist, oder ob es zweckmäßiger ist, die Aufgabe des Handels von Anteilscheinen an diesen Unternehmensformen den bestehenden Börsen zu übertragen, bedarf der weiteren Prüfung. Gegebenenfalls wäre eine Anpassung des Börsenrechts erforderlich.

368. Der bisher eher bescheidene Erfolg der Kapitalbeteiligungsgesellschaften sollte nicht daran hindern, in diesen Unternehmen wichtige Institutionen zur Beschaffung von Eigenkapital zu sehen und deren Wirkungsmöglichkeiten zu verbessern. Keine der in der Bundesrepublik bestehenden Kapitalbeteiligungsgesellschaften ist an der Börse notiert. Es wäre zu prüfen, wie Kapitalbeteiligungsgesellschaften der Zugang zur Börse erleichtert werden kann, damit auf diesem Wege mehr risikobereites Kapital gesammelt und den Eigenkapital suchenden mittleren und kleineren Unternehmen zur Verfügung gestellt werden kann.

369. Sicher ist keineswegs, daß die Beseitigung von steuerlichen und rechtlichen Hindernissen für die Beschaffung von Eigenkapital ausreicht, um so viel Eigenkapital zu beschaffen, wie erforderlich erscheint, wenn ausreichend viele autonome Investitionen getätigt werden sollen. Eine allgemeine steuerliche Begünstigung der Eigenkapitalfinanzierung dadurch, daß der Staat die Übernahme von unternehmerischem Risiko fördert, möchte diese Bereitschaft verstärken. Schon verteilungspolitische Gesichtspunkte könnten dies jedoch schwer machen. Eine Begünstigung der Eigenkapitalbildung ließe sich aber in das System der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand einfügen. Die steuerlichen Vergünstigungen, die Arbeitnehmern einer Aktiengesellschaft schon nach geltendem Recht bei dem Erwerb von Aktien des eigenen Unternehmens gewährt werden, könnten auf alle Arbeitnehmer ausgedehnt werden, die Anteilsrechte von Unternehmen erwerben.

DRITTES KAPITEL

Anpassung an teures Öl

I. Die stabilitätspolitische Herausforderung

370. Ein Faß Rohöl hat sich seit dem Herbst 1978 im Durchschnitt um mehr als 8 Dollar auf über 21 Dollar verteuert. Das sind mehr als 60 vH des Preises vom Oktober 1978. Die Jahresölrechnung der Öleinfuhrländer hat sich 1979 aufgrund dieser Entwicklung um mehr als 50 Mrd Dollar erhöht. Dabei ist berücksichtigt, daß die jüngsten Preise erst für einen Teil der Einfuhr wirksam geworden sind. Wendet man sie auf die gesamte Rohöleinfuhr eines Jahres an, 1979 waren das reichlich 10 Mrd Faß (Barrel, 1 Barrel = 159 l), so liegt der Betrag bei etwa 85 Mrd Dollar.

Die plötzliche Zusatzbelastung der Öleinfuhrländer erscheint auf den ersten Blick nicht viel geringer als die nach der ersten explosiven Preissteigerung am Ölmarkt, die im Herbst 1973 einsetzte. Im Jahre 1974, als schon der größte Teil der Öllieferungen zu den erhöhten Preisen abgerechnet wurde, mußten die Öleinfuhrländer den Ölausfuhrländern etwa 100 Mrd Dollar mehr für ihre Öleinfuhr bezahlen, als sie es bei den Preisen vom September 1973 hätten tun müssen. Aber in dieser Form ist der Vergleich selbstverständlich irreführend. In der Zwischenzeit sind auch die Exportpreise der Öleinfuhrländer stark gestiegen. Berücksichtigt man den Anstieg der Einfuhrpreise der ölexportierenden Entwicklungsländer als Maß für den Verlust der Kaufkraft eines durch Ölexport erwirtschafteten Dollar und rechnet insoweit mit einem Dollar konstanter Kaufkraft, dann beträgt die reale Belastung der Öleinfuhrländer durch die jüngste Ölverteuerung nicht rund 50 Mrd Dollar (85 Mrd Dollar), sondern nicht mehr als 26 Mrd Dollar (51 Mrd Dollar). Diese Beträge wären zu vergleichen mit der für 1974 genannten Belastung von 100 Mrd Dollar.

Die Frage nach der plötzlichen Belastung der Öleinfuhrländer mag man sich auch als Frage nach der Veränderung der Leistungsbilanzüberschüsse der Ölausfuhrländer stellen. Dann wird als Belastung nicht gezählt, was diese von ihren Mehreinnahmen alsbald (oder ohnehin) für Mehrimporte aus den Öleinfuhrländern ausgegeben haben (Ziffer 376). Im Jahre 1974 waren die Leistungsbilanzüberschüsse der ölexportierenden Entwicklungsländer, die zusammen etwa vier Fünftel der Weltölausfuhr liefern, um 62 Mrd Dollar auf 68 Mrd Dollar gestiegen. Auch bei einer solchen Rechnung ergibt sich für 1979 eine wesentlich geringere Belastung der Handelspartner der Ölausfuhrländer als damals; um etwa 37 Mrd Dollar auf voraussichtlich 43 Mrd Dollar nahmen deren Leistungsbilanzüberschüsse zu.

371. Doch dies ist nur der unmittelbare Niederschlag der Ölteuerung, der Niederschlag bei der internationalen Verteilung der Einkommen und bei den Zahlungsbilanzen. Die neue Ölverteuerung hat wieder bewußt gemacht, und zwar weltweit, daß es bei der Rohstoffversorgung Mengenprobleme geben kann, Probleme einer plötzlichen Versorgungskrise sowie Probleme dauerhafter Grenzen im Angebot eines Rohstoffs, hier des Erdöls. In vielen Ländern, auch in der Bundesrepublik, treffen die Ölteuerung und die Furcht vor Versorgungsengpässen zugleich auf eine Situation heftigen Streits über energiepolitische Grundsatzentscheidungen. Der Streit verhindert, daß überfällige Entscheidungen getroffen oder bereits getroffene Entscheidungen vollzogen werden können, so daß der Eindruck entstehen kann, die Regierungen könnten sich nach außen nicht wehren und nach innen nicht durchsetzen, was sie für vernünftig halten. Die stabilitätspolitischen Sorgen, die aus der neuen Ölverteuerung erwachsen, berühren den gesetzlichen Auftrag des Sachverständigenrates unmittelbar. Doch auch bei den Entscheidungen über die Energiepolitik im engeren Sinne geht es inzwischen um Fragen, die sich mehr und mehr als Fragen nach der Erreichbarkeit der gesamtwirtschaftlichen Ziele stellen.

Die Hauptklage: Unstetigkeit der Preisentwicklung

372. Bei den Problemen der Anpassung einer Volkswirtschaft an eine Verteuerung ihrer Vorleistungen, hier des Rohöls, muß man unterscheiden zwischen den spezifischen Problemen, die sich aus einer plötzlichen massiven Verteuerung ergeben, und solchen, die auch eine allmähliche und vorhersehbare Teuerung aufwirft. Für letztere gibt es in einer funktionsfähigen Marktwirtschaft in aller Regel eine befriedigende Lösung. So schwerwiegend der Anpassungsprozeß im einzelnen sein mag, ihre Flexibilität setzt die Marktwirtschaft instand, die Aufgabe so friktionsfrei wie möglich zu bewältigen, wenn man nur den Mut hat, ihr den gehörigen Spielraum zu gewähren und die Rahmenbedingungen richtig zu setzen. Auch mit den ungleich größeren Problemen einer unvorhergesehenen Änderung wichtiger relativer Preise wird das System der über den Markt laufenden Selbststeuerung zwar erfahrungsgemäß weitaus besser fertig als ein System zentraler Steuerung. Ins Spiel kommt hier jedoch die Gefahr, daß das Marktsystem auf von außen kommende massive Störungen mit einer internen Gleichgewichtsstörung reagieren kann. Diese Gefahr ist nicht unausweichlich; sie kann für die Wirtschaftspolitik aber schwierige Probleme der Gratwanderung schaffen. Unabhängig davon, wie unter dem Gesichtspunkt einer sich weiter verschärfen-

den Knappheit von Erdöl dessen heutiger Preis zu beurteilen ist, muß daher vor allem ein Problem darin gesehen werden, daß die Verteuerung sich so unstetig vollzieht.

373. Für die Höhe des gegenwärtigen Ölpreises mag es gute Gründe geben, auch solche, die in energiepolitischen Versäumnissen der Einfuhrländer wurzeln. Nicht einfach selbstverständlich ist aber, daß diese Höhe durch zwei spektakuläre Verteuerungsaktionen erreicht wurde und nicht allmählich. Politische Gründe haben vermutlich eine wichtige Rolle gespielt. Insoweit ist das Geschehen ökonomischen Analysen nicht zugänglich. Es gibt aber auch plausible ökonomische Erklärungen. Hinsichtlich der Ölverteuerung 1973/74 läßt sich geltend machen, daß der Wechsel im Eigentum am Öl der wichtigsten Förderländer in den frühen siebziger Jahren, der sich längere Zeit vorher angekündigt hatte und sich dann über mehrere Jahre erstreckte, sowohl die Ölschwemme vor 1973 als auch die Angebotsverknappung danach verständlich erscheinen läßt. Auch nach dem starken Niveausprung war ein weiterer Anstieg erklärlich. Der Preis erschöpfbarer Rohstoffe muß steigen, bis in ausreichendem Umfang Ersatzgüter rentabel angeboten werden können oder die Nachfrage zurückgewichen ist. Allerdings darf man zumindest unter Bedingungen wirksamen Wettbewerbs im Prinzip erwarten, daß sich ein solcher Anstieg allmählich vollzieht (JG 74 Ziffern 443ff.). Und selbst ein Monopolanbieter, der seine Chancen voll wahrnimmt, kann eigentlich in einer unstetigen Entwicklung seiner Preise die im Vergleich zu den Wettbewerbspreisen zunächst einmal höher wären, nicht von vornherein einen Vorteil sehen. Die tatsächliche Entwicklung entsprach dieser Vorstellung jedoch auch nach dem Wegfall der Sonderfaktoren aus der Zeit vor 1973 nicht. Zeitweise kam es sogar dazu, daß der Preis für Rohöl hinter dem gleichzeitigen Anstieg der Industriegüterpreise zurückblieb, real gesehen also sank. Man hat darin eine gewisse Korrektur des Preisexzesses von 1973/74 gesehen. Außerdem sind die Erwartungen in bezug auf einen künftigen Wettbewerbspreis, bei dem in ausreichender Menge Ersatz für OPEC-Öl angeboten werden kann, unsicher und ändern sich.

Das 1973/74 gesetzte Ölpreisniveau wurde aufgrund längerfristiger Analysen weithin als überzogen angesehen. In den letzten Jahren ist diese Vorstellung jedoch allmählich einer sehr viel weniger zuversichtlichen Einschätzung gewichen. Aber wiederum ist zu fragen, warum es des Anlasses der iranischen Angebotsverweigerung bedurfte und anderer zufälliger Umstände, wie der starken Heizölnachfrage im letzten Winter, damit es wieder zu einem Anstieg des realen Ölpreises kam, der dieser Neueinschätzung Rechnung trug (und der kurzfristig möglicherweise erneut überzogen ist). Neben politischen Umständen mögen auch diesmal ökonomische Erklärungen von Gewicht sein.

374. Anders als ein Monopol hat es das Kartell der OPEC-Staaten mit dem Problem des Kartellzusammenhalts zu tun [1]). Die Kartellmitglieder haben nicht in jeder Hinsicht gleichartige Interessen. Insbesondere dürfte der Zeithorizont für das Kalkül über die zeitoptimale Ausbeutung der jeweiligen Rohölfelder von Land zu Land durchaus unterschiedlich sein. Dieser Zeithorizont hat großen Einfluß auf den jeweils optimalen Gegenwartspreis eines Rohstoffs, dessen Vorräte sich zu erschöpfen drohen und der erst später und bei einem hohen Preis durch andere Einsatzstoffe voll ersetzt werden kann. Unterschiedlich ist auch das Interesse an raschen Mehreinnahmen aus Mehrabsatz etwa deshalb, weil die Länder in unterschiedlichem Maße über die Möglichkeiten verfügen, gegenwärtige Einnahmeüberschüsse ertragbringend zu verwerten. In einem solchen Kartell läßt sich der Zusammenhalt am ehesten sichern, wenn bei den Entscheidungen über einen Kapazitätsausbau für Disziplin gesorgt wird, hohe Reservekapazitäten also nach Möglichkeit vermieden werden. Dies ist eine alte Erfahrung aus der Geschichte von Wirtschaftskartellen.

Bei konjunkturell schwankender Weltnachfrage nach Rohöl bedeutet dies für das Kartell im Falle der Hochkonjunktur: Verzicht auf einen Mehrabsatz, der vom langfristigen Kalkül an sich vorteilhaft wäre, zugleich aber zusätzliche, gegebenenfalls massive Preiserhöhungen. Für den Fall der konjunkturellen Abschwächung oder gar der Weltrezession bedeutet es: Vertagung einer monopolistisch gesehen eigentlich vorteilhaften Preiserhöhung, bestimmt von dem Ziel, eine zu starke Lockerung des Kartellzusammenhalts zu vermeiden. Kurz: das Interesse des Kartells an einer möglichst stetigen Mengenentwicklung führt zu einer konjunkturell stark schwankenden Preisentwicklung.

Da zwar die einzelwirtschaftliche Mengenreaktion auf Ölpreisänderungen sehr gering ist — jedenfalls kurzfristig —, die gesamtwirtschaftliche Reaktion, die sich über konjunkturelle Rückwirkungen vollzieht, aber bedeutend sein kann, rückt diese Strategie das OPEC-Kartell in die Rolle einer Instanz, die eine Art antizyklischer Welt-Fiskalpolitik mit Hilfe von Ölpreisänderungen, hier vergleichbar einer Änderung spezieller Verbrauchsteuern, betreibt. Aber die Probleme einer Steuerung der Weltkonjunktur sind bei den Kartellinteressen der OPEC-Staaten sicherlich schlecht aufgehoben. Nach den bisherigen Erfahrungen muß man die starken Ölpreisschübe für gravierende Störungen der Weltwirtschaft halten.

Die Hauptaufgabe: Eine dauerhafte Anpassung

375. Die Verarbeitung eines Störimpulses, wie ihn eine massive Ölverteuerung darstellt, ist aber nicht allein, ja nicht einmal in erster Linie ein konjunkturelles Problem und damit ein Problem der Konjunkturpolitik — ebenso wie es zwar auch, aber nicht

[1]) Zur OPEC — Organization of Petroleum Exporting Countries — gehören Algerien, Bahrain, Ecuador, Gabun, Indonesien, Irak, Iran, Katar, Kuwait, Libyen, Nigeria, Oman, Saudi-Arabien, Venezuela und die Vereinigten Arabischen Emirate.

allein ein Problem der Energiepolitik darstellt. Weil die Ölpreisschocks der Jahre 1973/74 sowie 1979 nur zeitliche Massierungen einer im übrigen für dauerhaft zu nehmenden Ölverteuerung sind, muß sich die gesamte Volkswirtschaft an diese Veränderung eines wichtigen Preises anpassen. Alles was zur Lösung der kurzfristigen Anpassungsprobleme getan wird, muß daher von vornherein darauf angelegt sein, die nötige strukturelle Daueranpassung zu fördern.

Bei der Antwort auf die Ölkrise 1973/74 sind in dieser Hinsicht in fast allen Ländern schwerwiegende Fehler gemacht worden. Gut und fast lautlos gelöst wurde eigentlich nur die Aufgabe, die zu Anfang unnötigerweise die Aufmerksamkeit am meisten fesselte: Die Rückleitung der den Ölländern zufließenden und von ihnen nicht alsbald ausgegebenen zusätzlichen Einnahmen hin zu den Ländern, die sich wegen ihrer erhöhten Ölrechnung zunächst einmal verschulden mußten. Die internationalen Finanzmärkte waren der Aufgabe gewachsen. Im übrigen lief fast alles schief. Die Lohnpolitik antwortete allenthalben mit besonders starken Lohnsteigerungen, fügte also dem inflatorischen Impuls von außen noch einen eigenen hinzu. Die Finanzpolitik, schon vorher in vielen Ländern auf einem inflationstreibenden Kurs, wurde aus Furcht vor den vielfach beschworenen restriktiven Wirkungen der Ölverteuerung großenteils zunächst noch expansiver. Die Geldpolitik, seit Jahren permissiv, zögerte zunächst, dem inflatorischen Treiben Einhalt zu gebieten. Nur wenige Länder bildeten eine Ausnahme. Erst als sich der inflatorische Weg als Sackgasse erwies, kam es allgemein zu einem Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik, so allgemein, daß er in eine Weltrezession führte.

376. Übereinstimmung herrscht, daß sich dies nicht wiederholen soll. Entscheidend dafür ist, daß sich die Stabilitätspolitik diesmal stärker von den Vorstellungen darüber leiten läßt, was schließlich das Ergebnis der unausweichlichen Anpassungsprozesse sein muß.

Erstens: In dem Maße, wie sich aus der Ölverteuerung eine dauerhafte Verschlechterung im Verhältnis der Ausfuhrpreise zu den Einfuhrpreisen der Volkswirtschaft ergibt, muß künftig für die Bezahlung einer gegebenen Menge an Importen mehr exportiert werden. So gesehen müssen alle Öleinfuhrländer ihre Exporte erhöhen oder ihre Importe einschränken oder ständig Kapital importieren. Vor allem ersteres wird angestrebt werden, von den Anstrengungen zur Einsparung von eingeführtem Öl einmal abgesehen. Für die Einfuhrländer insgesamt sind dabei die Partner die Ölausfuhrländer. Für das einzelne Land kommt es darauf selbstverständlich nicht an. Im übrigen: Die Tatsache, daß die Veränderung der internationalen Nachfragestruktur und der Produktionsbedingungen die einzelnen Wirtschaftsbereiche unterschiedlich begünstigt oder benachteiligt, kann auch zur Folge haben, daß ein Land, das in besonders hohem Maße neue Exportchancen nutzt und deshalb andere Bereiche (verstärkt) schrumpfen lassen kann, eine beschleunigte Zunahme sowohl seiner Ausfuhr als auch seiner Einfuhr aufweist.

Zweitens: Alternativ hierzu kommt durchaus in Betracht, daß die Öleinfuhrländer oder einzelne von ihnen dauerhaft mehr Kapital importieren beziehungsweise weniger Kapital exportieren. Falls die Ölausfuhrländer dauerhaft mit der Importnachfrage hinter der Zunahme ihrer Einnahmen zurückbleiben, ist dies sogar unausweichlich. Die Anreize für zuzätzliche Investitionen, die dieser Weg bedingt, können durch eine Verbesserung der allgemeinen Investitionsbedingungen gesetzt werden oder müssen sich aus den neuen Investitionschancen ergeben, die mit den Aufgaben der strukturellen Anpassung entstehen.

Drittens: In dem Maße, wie sich aus der Ölverteuerung eine dauerhafte Verschlechterung im Verhältnis der Ausfuhrpreise zu den Einfuhrpreisen der Volkswirtschaft ergibt, ist das Realeinkommen der Inländer und damit auch der Spielraum für den privaten Verbrauch dauerhaft gemindert.

Viertens: Schon die strukturelle Anpassung zugunsten zusätzlicher Exporte und zu Lasten des privaten Verbrauchs erfordert im Zweifel zusätzliche Investitionen. Dies gilt mehr noch für die im übrigen nötige Anpassung der Produktionsstruktur an die veränderten relativen Preise, hier an die Veränderung des relativen Preises für Öl und aller davon direkt oder indirekt mitbestimmten Preise. Eine Erhöhung der Investitionsquote der Volkswirtschaft ist wahrscheinlich das wichtigste Kennzeichen eines aussichtsreichen Anpassungsprozesses.

377. Doch während die Aufgaben des Anpassungsprozesses, werden sie erfüllt, eher in Richtung zusätzlicher Expansion, verstärktes Wachstum weisen, liegt in den unmittelbaren Wirkungen der Ölverteuerung zunächst einmal ein kontraktiver Impuls. Er beginnt auf der Angebotsseite, greift dann freilich teilweise direkt auf die Nachfrageseite über.

Jede Verteuerung von Einfuhrwaren bedeutet eine Erhöhung von Kosten, so daß bei gegebenen Absatzpreisen weniger Angebot rentabel ist. Im Falle der Verteuerung von Mineralöl und Mineralölprodukten wirkt diese allerdings großenteils direkt durch auf die Preise, die die Konsumenten zahlen müssen. Da die privaten Haushalte kurzfristig kaum Ausweichmöglichkeiten haben, bedeutet das, soweit sie nicht auf laufende oder frühere Ersparnisse zurückgreifen oder den Anteil kreditfinanzierter Ausgaben erhöhen können oder wollen, eine entsprechende Minderung ihrer Kaufmöglichkeiten in bezug auf andere Güter. Der private Verbrauch geht, real gerechnet, zurück. Mehr oder weniger rasch wird daraus auch eine Beeinträchtigung derjenigen Investitionen erwachsen, die von der erwarteten Konsumgüternachfrage abhängen. Alles dies im Vergleich zu dem, was sonst geschehen wäre.

378. Die Frage ist, ob die kontraktiven Primärwirkungen und ihre Folgen zunächst überwiegen. Auf der Aktivseite stehen

— die zusätzliche Importnachfrage der Ölstaaten; diese mag freilich auf sich warten lassen;

— die zusätzlichen Investitionen im Hinblick auf die künftig größeren Exportmöglichkeiten; hier wird man in den meisten Fällen eine noch stärker verzögerte Wirkung anzunehmen haben; Investitionen auf erwartete Nachfrage hin werden jedoch auch vorkommen, zumal viele Unternehmen, die auf speziellen Märkten tätig sind, schon entsprechende Erfahrungen aus der Zeit nach 1973 haben;

— die zusätzlichen Investitionsaufgaben, die aus der Notwendigkeit der Anpassung an die neuen relativen Preise für Energie erwachsen, namentlich also Investitionen zur Einsparung von Energie oder jedenfalls zur Ersetzung von Mineralölprodukten; dies ist ein außerordentlich weiter Bereich, von dem rasch verstärkte Impulse ausgehen werden, weil im Prinzip der Anpassungsprozeß schon durch die Energiekrise 1973/74 und die Energiediskussion der vergangenen Jahre in Gang gesetzt worden ist.

Es erscheint nicht ausgeschlossen, daß diese expansiv wirkenden Einflüsse auf die Produktion trotz dauerhaft geringeren privaten Verbrauchs bald dominant werden. Selbst unter günstigen Bedingungen wird man aber nicht davon ausgehen dürfen, daß dies sofort der Fall ist.

379. Von dieser Diagnose ist es nur ein Schritt zu der Forderung, die zunächst einmal überwiegend restriktiven Impulse, die sich aus einer massiven unerwarteten Ölverteuerung ergeben, durch eine expansive Finanzpolitik auszugleichen. Hier ist jedoch Vorsicht angezeigt.

Noch unstreitig dürfte sein, daß allemal ein Situationsvorbehalt zu machen ist. Andere expansiv wirkende Einflüsse mögen gerade so stark sein, daß der kontraktive Effekt der Störung von außen, so unerwünscht diese im übrigen ist, durchaus konjunkturgerecht erscheint. Ebenso ist das Gegenteil möglich.

Doch auch ohne dies sollte es nicht Ziel der Finanzpolitik sein, einen durch die Ölteuerung unmittelbar bewirkten Ausfall an Kaufkraft auszugleichen. Die Anpassung der Volkswirtschaft an die neuen außenwirtschaftlichen Daten erfordert wie erwähnt eine Umsetzung von Produktion und Beschäftigung zu Lasten des Konsumgüterbereichs sowie der konsumorientierten Investitionen und zugunsten von mehr Exporten und exportorientierten Investitionen oder von Investitionen, die unmittelbar oder mittelbar der Einsparung von Mineralöl dienen. Der Anpassungsprozeß würde gehemmt, wenn eine staatliche Stützung des privaten Verbrauchs Produktion und Beschäftigung in ihren bisherigen Bereichen festhielte. Dem Markt würden falsche Signale gesetzt.

Ein mögliches Problem für die Finanzpolitik wäre im Grunde nur die kumulative Abschwungstendenz, die sich aus dem Rückgang von Produktion und Beschäftigung in den konsumorientierten Wirtschaftsbereichen ergibt, insoweit sie nicht alsbald durch zusätzliche Einkommen, die in begünstigten Bereichen erzielt werden, angehalten wird. Der so entstehende — sekundäre — Nachfrageausfall beim privaten Verbrauch ist gesamtwirtschaftlich funktionslos, weil nicht dauerhaft nötig. Nur er wäre gegebenenfalls durch eine expansive Haushaltspolitik abzufangen. Allerdings ist das — außer im Falle einer sehr drastischen Ölpreiserhöhung mit Schockwirkung — ein Problem der Feinsteuerung, bei der die Konjunkturpolitik eigentlich überfordert ist. Denn sobald die strukturelle Umsetzung gelungen ist, wird auch die Konsumnachfrage wieder höher sein, allerdings nicht so hoch wie früher, weil die — primäre — Konsumeinschränkung aus Gründen des Einkommensverlustes an das Ausland bleiben muß. Da der sekundäre Nachfrageausfall, den eine Ölteuerung bewirkt, nur einen Bruchteil des primären Nachfrageausfalls ausmacht, ist die kompensatorische Funktion der Finanzpolitik, soll diese die strukturelle Anpassung nicht behindern, ohnehin nicht stark gefordert. Überhaupt nicht gefordert ist eine expansive Finanzpolitik, wenn sich spontan aus den Anpassungsaufgaben, die die Ölteuerung stellt, eine verstärkte Wachstumsdynamik ergäbe, die dann über eine stärkere Zunahme der Realeinkommen auch mehr privaten Verbrauch mit sich brächte.

380. Die Ölteuerung stellt mehr eine Herausforderung zur strukturellen Anpassung dar, als daß sie ein schwerwiegendes konjunkturelles Problem entstehen läßt. Wenn gleichwohl und nicht ohne weiteres zu Unrecht die Sorge um sich greift, daß im Zusammenspiel der im freien Welthandel untereinander verbundenen und voneinander abhängigen Volkswirtschaften aus der Ölverteuerung letztlich wiederum eine Weltrezession erwächst, muß das offensichtlich andere Gründe haben, Gründe, denen eine expansive Finanzpolitik allerdings nicht beikommen könnte, jedenfalls nicht für die Welt im ganzen.

Als Gründe solcher Art kommen in Betracht:

— die Schwierigkeiten vieler Länder, bei ohnehin hoher Inflationsrate einen zusätzlichen Anstieg wichtiger Preise zu verkraften, ohne entweder einer weiteren Beschleunigung des Inflationstempos Vorschub zu leisten oder eine Rezession zu veranstalten;

— die Gefahr, daß es trotz der Erfahrungen nach 1973 nicht gelingt, den durch die Ölverteuerung zugunsten des Auslandes bewirkten Entzug an Realeinkommen umzusetzen in eine entsprechende Reduktion der Einkommensansprüche im Innern;

— die Möglichkeit, daß die aktuelle Ölkrise, die für jedes einzelne Land vorläufig ein reines Preisproblem zu sein scheint, für die Welt im ganzen, und dann mit Rückwirkungen auf jedes einzelne Land, letztlich doch ein Mengenproblem darstellt.

Das Hauptproblem: Anpassung ohne Inflationsstoß und ohne Rezession

381. Das Preisniveauproblem, das eine massive einmalige Ölverteuerung wie jede starke Verteuerung von Importen aufwirft, muß nicht inflatorischer Art sein. Man kann dafür sorgen, und dies muß wohl

das Mindestprogramm sein, daß die Wirkung auf das Preisniveau ein Einmaleffekt bleibt, also der Anstieg des Preisniveaus (nicht das Preisniveau selbst) anschließend wieder zurückgeht. Einen solchen Einmaleffekt muß man nicht Inflation nennen. Es ist im übrigen nicht einmal selbstverständlich, daß die Ölverteuerung überhaupt zu einer nachhaltigen (zusätzlichen) Erhöhung des Preisniveaus führen muß. Es gibt daher in einigen Ländern eine ernstzunehmende Diskussion darüber, ob es nicht Aufgabe der Wirtschaftspolitik sein sollte, eben dies zu verhindern. Auch das GATT-Sekretariat hat international für eine entsprechende Strategie der Geldpolitik geworben.

382. Eine internationale Verteuerung von Rohöl wirkt, wie erwähnt, fast direkt durch auf die Verbraucherpreise von Mineralölprodukten (Ziffern 148f.). Mehr oder weniger verzögert, je nach Reaktion der Nachfrage, steigen auch die Preise der Güter, bei deren Produktion der Einsatz von Mineralöl und seinen Derivaten eine wichtige Rolle spielt. Mitgezogen werden, je nach Angebotsreserven, die Preise der Güter, die Mineralölprodukte ersetzen oder die Funktion mineralölintensiv hergestellter Güter übernehmen können und deshalb verstärkt nachgefragt werden. Unter Preisdruck hingegen kommen Waren, von denen sich die Konsumenten abwenden, weil sie einen größeren Teil ihres Einkommens für den Kauf der verteuerten Güter ausgeben. Steigen wiederum können die Preise der Güter, auf die sich früher oder später die zusätzliche Auslandsnachfrage richtet, die direkt oder indirekt von den Ölausfuhrländern ausgeht.

383. Aus dem Gesamtgeschehen kann durchaus ein unverändertes Preisniveau hervorgehen. Das wird allerdings nur dann der Fall sein, wenn dauerhaft verhindert wird, daß die volkswirtschaftliche Gesamtnachfrage wegen der Ölverteuerung stärker zunimmt als ohne sie. Es wäre Aufgabe der Geldpolitik, dafür zu sorgen. Die umstrittene Frage ist, ob eine solche Strategie vernünftig wäre. Vorherrschend ist die Auffassung, daß sie es nicht ist. Auch die Bundesbank hat sich dieser Vorstellung angeschlossen und ist bereit, den zusätzlichen Finanzierungsspielraum zu gewähren, den eine Erhöhung des Preisniveaus in dem Maße, wie sich durch die Ölpreise das gesamtwirtschaftliche Kostenniveau erhöht hat, erfordert.

Maßgeblich hierbei ist die Besorgnis, andernfalls eine rezessive Entwicklung bei Produktion und Beschäftigung zu programmieren. Diese Besorgnis hat gute Gründe. Viele Preise, die wegen weichender Nachfrage sinken müßten oder jedenfalls weniger stark steigen, sind zu inflexibel, als daß bei unveränderter Gesamtnachfrage, aber gestiegenen Preisen für Öl und ölabhängige Güter, Produktion und Beschäftigung im ganzen aufrechterhalten werden könnten. Diese Inflexibilität scheint vielen inzwischen auch so selbstverständlich, daß die Vorstellung, bei einer massiven Ölverteuerung müßte eine Menge anderer Preise nicht nur nicht mitsteigen, sondern sogar sinken, damit das Preisniveau konstant bliebe, weithin auf völliges Unverständnis stößt. Im besonderen Maße gilt dies für einen besonders wichtigen Preis, der bei einer Verteuerung von Einfuhrgütern, soll das Preisniveau ohne Rezessionsdruck konstant gehalten werden, ebenfalls nicht etwa verstärkt steigen, sondern sinken, genauer: weniger stark steigen müßte, den Preis für Arbeit nämlich, den Lohn.

Aus Gründen dieser Inflexibilität muß man es vermutlich schon für ein ehrgeiziges Ziel halten, die Preisniveauwirkung einer massiven Ölverteuerung wenigstens auf das Maß zu beschränken, das dem direkten Einfluß dieser Verteuerung auf das gesamtwirtschaftliche Kostenniveau entspricht. Ein solches Zielmaß ist selbstverständlich willkürlich. Vernünftig erscheint es deshalb, weil in diesem Falle ein von der Ölverteuerung im großen und ganzen unberührtes Niveau der Nominallöhne marktgerecht sein könnte.

384. Allerdings: Unbedenklich ist der Weg, erhöhte Importpreise auf das Preisniveau einmalig durchwirken zu lassen, nur dann, wenn es gelingt zu verhindern, daß sich daran eine allgemeine inflatorische Anpassung von Löhnen und Preisen anschließt. Hierauf kommt alles an. Gelingt das nicht, muß der Verzicht auf einen Rezessionsdruck zu Anfang des Prozesses mit der Notwendigkeit einer späteren, möglicherweise viel härteren Stabilisierungsaktion erkauft werden. Dies ist das Hauptproblem all der Länder, in denen das Inflationstempo ohnehin noch hoch ist und die es sich deshalb kaum leisten können, Stabilisierungsanstrengungen zu vertagen.

385. Wer das Ziel der Geldwertstabilität ernst nimmt, wird auch nicht selbstverständlich finden, daß allein Respekt vor konjunkturellen Problemen, die sich aus verbreiteter Inflexibilität ergeben, darüber entscheiden darf, welchen Kurs die Geldpolitik angesichts der massivem Ölverteuerung einschlagen soll. Der Weg, auf dem zumindest ein Einmaleffekt auf das Preisniveau toleriert würde, führt ja dazu, daß die Geldvermögensbesitzer mit herangezogen werden, die Last der Anpassung der Volkswirtschaft an die neuen außenwirtschaftlichen Bedingungen zu tragen. Dies ist nicht selbstverständlich. Es gibt gute Gründe, das Halten von Geldvermögen nicht unter Risiken zu stellen, wie sie in der Möglichkeit von Terms of Trade-Änderungen nun einmal liegen. Wer mit solchen Vorbehalten erst einmal anfängt, wird sich nicht wundern dürfen, wenn ihm auch im übrigen sein Versprechen auf Geldwertsicherung nicht mehr abgenommen wird. Andererseits: Man mag durchaus einen mehr als graduellen Unterschied sehen zwischen einer der üblichen Terms of Trade-Änderungen und dem, was der Volkswirtschaft 1973/74 und 1979 durch die Ölpreisschocks an Anpassung abgefordert wird. Hier handelt es sich um durchaus ungewöhnliche Risikofälle, auch für diejenigen, die ihr Kapital nicht als Geldvermögen, sondern unternehmerisch angelegt haben. Denn die Aufgaben der strukturellen Anpassung sind allemal in vielen Bereichen mit Kapitalverlusten verbunden. Es mag legitim und, was die Erneuerungskraft der Unternehmen angeht, erwünscht sein, die Fremdkapitalgeber nicht von vornherein von der Teilhabe an solchen Ausnahmerisiken freizustellen — immer vorausgesetzt, es ge-

lingt, das Vertrauen auf einen künftig wieder stabileren Geldwert zu bewahren.

Der Hauptstreit: Die Verteilung der Anpassungslast

386. Die öffentliche Diskussion ist stark bestimmt vom Problem der Verteilung der Lasten, die die Ölverteuerung der Volkswirtschaft auferlegt hat. Die Frage der Beteiligung der Geldvermögensbesitzer an dem Teil der Lasten, der dem Faktor Kapital zufällt, ist im Grunde die einzige, bei der es in gewissen Grenzen eine Wahlmöglichkeit gibt. Im Vordergrund der Aufmerksamkeit steht allerdings der Streit um den Anteil, den die Arbeitnehmer zu tragen haben.

Vorab dies: Auch die Arbeitnehmer nehmen nicht als Arbeitnehmer teil an den Lasten der Ölverteuerung, sondern wie alle übrigen entsprechend ihrem Verbrauch von Gütern, die sich infolge der Ölkrise verteuert haben oder verteuern werden. Abzusetzen sind die Vorteile, die sie beim Kauf der Güter haben, die billiger werden oder sich weniger verteuern als sonst. Die Verbrauchsstruktur der privaten Haushalte ist durchaus unterschiedlich, unterschiedlich auch die Fähigkeit, sich den veränderten relativen Preisen anzupassen. Daher ist es wichtig, das Problem unter diesem Blickwinkel zu sehen.

Der Streit geht nun darum, in welchem Maße es aussichtsreich ist und vernünftig erscheint, daß die Arbeitnehmer entsprechend ihrer durchschnittlichen Belastung, etwa ausweislich des Preisindex für die Lebenshaltung, einen Ausgleich in Form zusätzlicher Lohnerhöhungen durchsetzen. Dies erscheint nur insoweit unbedenklich, wie die Wirkungen, die von der Ölverteuerung auf das Preisniveau ausgehen, hinausreichen über den gesamtwirtschaftlichen Kostenanstieg, den die Ölverteuerung direkt verursacht hat. Sicher ist zwar nicht, daß alle indirekten Preiswirkungen — etwa auch diejenigen bei Energieträgern, die in Konkurrenz zum Rohöl stehen — in dieser Weise behandelt werden können, also Basis einer Ausgleichsforderung sein dürfen. Doch die Lohnpolitik kann aus solchen Überlegungen ja ohnehin nur grobe Anhaltspunkte gewinnen. Die Beschäftigungslage und die Ertragsaussichten der Unternehmen müssen letztlich die Hauptführung geben.

Weithin unbestritten, zumindest in der Bundesrepublik, dürfte sein, daß die Arbeitnehmer sich auf keinen Fall aus der Belastung durch die Ölverteuerung heraushalten können, insoweit diese in höheren Einfuhrrechnungen besteht. Das wäre selbstverständlich auch unmöglich. In der Form neuer Preissteigerungen käme ein solcher Versuch auf sie zurück. Falls die Wirtschaftspolitik dies verhinderte, würden Produktion und Beschäftigung beeinträchtigt.

387. Das Ansinnen, unvermeidliche Belastungen zu akzeptieren, läuft nicht auf eine unausgewogene Lastverteilung hinaus. Alle wären nach Maßgabe der Höhe und der Struktur ihres Verbrauchs sowie ihrer Anpassungsfähigkeit beteiligt. Soziale Härten könnten durch staatliche Unterstützung aufgefangen werden. Es trifft auch nicht zu, daß die Unternehmer ihren Teil der Last ohne weiteres überwälzen können, während die Arbeitnehmer dies nicht einmal versuchen dürfen sollen. Unter den Unternehmen wird es begünstigte, benachteiligte und solche geben, deren relative Gewinnposition im wesentlichen unberührt bleibt. Alle, die aufgrund des ans Ausland verlorenen Realeinkommens Absatzchancen einbüßen oder aus anderen Gründen auf der Schattenseite des Strukturwandels stehen, etwa weil sie stark mit dem ölorientierten Teil der Energiewirtschaft verbunden sind, erleiden Kapitalverluste. Dies muß hingenommen werden. Auch wo es „unverschuldet" erscheint, darf es nicht etwa Anlaß für Subventionen werden. In den begünstigten Bereichen, insbesondere bei denen, die Konkurrenzprodukte für Mineralöl und für stark mineralölhaltige Güter anzubieten haben, und selbstverständlich bei den Unternehmen, die im Inland Erdöl fördern, kommt es zu Kapitalgewinnen. Das gilt auch für viele andere, die bei der Nutzung von Chancen, die der Prozeß der strukturellen Anpassung eröffnet, die Nase vorn haben. Das muß ebenfall akzeptiert werden, und zwar im Prinzip auch dort, wo es sich um „unverdiente" Bestandsrenten zu handeln scheint, die ja regelmäßig niemand von dem „verdienten" Entgelt für riskante unternehmerische Entscheidungen der Vergangenheit trennen kann. Allerdings gibt es hier verständlicherweise heftige Diskussionen.

Einerseits soll gelten: Gewinne und Gewinnchancen müssen dem Strukturwandel Führung geben. In dem Suchprozeß, der ihn kennzeichnet, machen auch viele Unternehmen Fehler und müssen dafür bezahlen. Viele Neuerungsversuche sind nötig. Und unternehmerisches Glück spielt dabei eine beträchtliche Rolle. Wer sich an dem Spiel beteiligt, sollte den Anspruch auch auf einen hohen Ausnahmegewinn haben für den Fall, daß der Markt ihn als tüchtig oder glücklich ausweist, weil er rechtzeitig das Richtige getan hat. Andererseits muß jeder einräumen: In regulierten Bereichen — und ein großer Teil des Energiesektors ist reguliert, einschließlich des protektionierten und subventionierten Kohlebergbaus — ist nichts Selbstverständliches an der Vorstellung, daß auch hier die Aufgabe, die Chance attraktiver Pioniergewinne zu erhalten, das Hauptproblem sei.

388. Noch heftiger ist allenthalben die Kritik an den hohen Gewinnen, die große internationale Mineralölgesellschaften im Zusammenhang mit der Ölverknappung erzielen. Die Verstaatlichung des Eigentums an den Ölquellen in den meisten Förderländern hat den Gesellschaften zwar die eigentliche Knappheitsrente genommen. Die Gesellschaften haben heute überwiegend nur noch die Funktion des Mineralölhändlers und zumeist auch des Verarbeiters. Aber auch mit dieser Funktion sind in Zeiten so starker Teuerung bei einer Ware enorme Gewinnchancen verbunden.

In der Bundesrepublik spielt das Problem dieser Marktlagengewinne, der sogenannten Windfall Profits, keine so große Rolle, daß man allein des Quantums wegen genötigt wäre, über Lösungen nachzudenken, die ordnungspolitisch kaum zu rechtferti-

gen wären. Bei dem mit Abstand wichtigsten heimischen Energieträger, der Kohle, ginge es, wenn der Weltmarkt höhere Preise brächte, noch für lange Zeit erst einmal um den Abbau von Protektion und Subvention, nicht um das Abschöpfen von Windfall Profits.

Eingriffe in die Marktfreiheit der internationalen Gesellschaften und ihrer deutschen Töchter hat die Bundesrepublik stets abgelehnt. Sie ist dabei im ganzen gut gefahren.

389. Ernster zu nehmen ist die Frage, ob nicht die Unternehmensgewinne eine Verschlechterung der realen Austauschrelation gegenüber dem Ausland abzupuffern haben, insoweit diese Verschlechterung vorübergehend ist. In der Tat ist der abrupten Ölverteuerung 1973/74 eine Phase gefolgt, in der sich namentlich die deutsche Position in der Entwicklung der Terms of Trade wieder verbessert hat. Ähnliches kann sich wiederholen. Die Frage ist, ob man darauf setzen sollte. Wir hielten es für eine riskante Strategie. Möglicherweise ist es eine Strategie, die verhindert, daß es überhaupt zu den Exporterfolgen kommt, welche die Voraussetzung dafür sind, daß die zunächst nur erhoffte Verbesserung der Terms of Trade tatsächlich eintritt. Die Lohnpolitik sollte daher eher dem Wechsel der Terms of Trade-Position einer Volkswirtschaft folgen und nicht im Vorgriff etwas zu verteilen suchen, was erst erwirtschaftet werden muß. Eine solche Strategie müßte wegen der höheren Risiken, die sie bei den Unternehmen zur Folge hätte, auch mit unnötig hohen Risikoprämien zugunsten der Unternehmen bezahlt werden.

390. Nicht streitig sollte auch sein, daß es bei den außenwirtschaftlichen Einflüssen auf den Spielraum für erhöhte Realeinkommen der Inländer ausschließlich auf die Änderung der Terms of Trade ankommt, also die Änderung der Exportpreise im Verhältnis zu den Importpreisen, nicht aber auf die Entwicklung der Ausfuhr im Verhältnis zur Einfuhr. Nur wenn es gelingt, bei der Ausfuhr Preise zu erzielen, die stärker steigen als die Einfuhrpreise, ist von dem verlorenen Terrain etwas zurückgewonnen, nicht aber schon, wenn überhaupt mehr exportiert wird.

391. Zeitweise zu den Gewinnern einer Ölverteuerung, so ist der erste Anschein, gehört der Staat. Da die Einfuhr der Mehrwertsteuer unterliegt, bedeutet jede Erhöhung der Einfuhrwerte eine Erhöhung der Steuereinnahmen. Diese unterliegen jedoch anschließend dem Vorsteuerabzug, so daß dem Staat Mehreinnahmen nur verbleiben, soweit wegen der Teuerung die Konsumausgaben im ganzen zunehmen. Zweierlei muß man überdies bedenken. Erstens handelte es sich nicht wirklich um einen Gewinn, sondern nur um einen Minderverlust. Der Verlust an Steuern, real gerechnet, durch den Transfer von Einkommen an die Ölausfuhrstaaten schlägt allemal stärker zu Buche als ein allfälliger Gewinn bei der Mehrwertsteuer. Außerdem geht auch jener relative Gewinn in dem Maße wieder verloren, wie im Zuge der strukturellen Anpassung die Konsumquote wieder sinkt.

Die Hauptsorge: Mengenprobleme wegen unzureichender Flexibilität

392. Es ist die Summe der Stabilitätsprobleme, die Sorgen für die Weltkonjunktur bereitet, obwohl in vieler Hinsicht die Voraussetzungen, mit ihnen fertig zu werden, besser sind als 1973/74: Das Problem der primären und sekundären kontraktiven Impulse, die Schwierigkeiten, bei ohnehin hohen Inflationsraten einen zusätzlichen Inflationsstoß zu verkraften, die Möglichkeit, daß im Streit um die Verteilung der Anpassungslasten die Vernunft zu kurz kommt. Allerdings wird die Möglichkeit, daß aus den Anpassungsaufgaben neue Dynamik erwachsen kann, heute ebenfalls deutlicher gesehen. Doch es gilt, einen schmalen Grat zu gehen. Der Gefahr, daß aus dem internationalen Zusammenspiel belastender Faktoren zunächst einmal ein neuer Einbruch der Weltkonjunktur wird, wird man nur entrinnen, wenn genügend neue Chancen alsbald genutzt werden. Aber: Zur Nutzung neuer Chancen wird es in ausreichendem Umfang und rechtzeitig nur kommen, wenn die Gefahr einer Weltrezession gebannt bleibt.

393. Freilich müßte die Hoffnung auf eine erfolgreiche Gratwanderung schwinden, wenn es nicht gelingt zu verhindern, daß aus der Erdölkrise dieses Jahres, die noch für alle eine Preiskrise ist, früher oder später doch noch eine Mengenkrise wird, jedenfalls für die Welt im ganzen, aber wegen der vielfältigen wechselseitigen Abhängigkeit aller schließlich auch für jedes einzelne Land. Sie müßte äußerlich auch dann nicht als solche erkennbar werden. Von einer Mengenkrise müßte man aber sprechen, wenn das Angebot sich trotz Sparanstrengungen als unzureichend erweist und dann die Ölpreise so lange steigen, bis ein ausreichend starker konjunktureller Rückschlag in der Welt die Nachfrage auf das verfügbare Angebot beschränkt. Das Angebotsverhalten der Ölausfuhrstaaten enthält, wie erwähnt, von dem restriktiven Kapazitätsausbau her die Gefahr, daß jeder kräftige Aufschwung der Weltkonjunktur in dieser Weise durch Angebotsgrenzen beim Öl, die kurzfristig dann wirklich objektive Grenzen darstellen, stranguliert wird. Die Vorausschätzungen in bezug auf das Ölangebot in der allernächsten Zukunft scheinen die Zuversicht zu rechtfertigen, daß eine solche Strangulation nicht unmittelbar bevorsteht. Aber das ändert nichts daran, daß diese Gefahr ernstgenommen werden muß.

394. So wird also die Energiepolitik dafür sorgen müssen, daß die Abhängigkeit vom OPEC-Öl geringer wird und für den Spitzenbedarf ein ausreichend großer Flexibilitätspuffer zur Verfügung steht. Die möglichen Strategien zur Erfülllung dieser doppelten Aufgabe haben auf kurze und längere Sicht unterschiedliches Gewicht:

— Durch Sparmaßnahmen und nicht durch einen Konjunktureinbruch die Expansion der Weltölnachfrage zu stoppen, erscheint als die dringlichste Aufgabe.

— Dauerhaft und zuverlässig genug kann nur ein Ersatz von OPEC-Öl durch andere Energieträger

die Gefahr abrupter Preiserhöhungen und die nötige konjunkturelle Elastizität in der Versorgung sichern.

Eine Ergänzung der Mineralölvorräte, die in den meisten Ländern für äußerste Notfälle gehalten werden, durch solche, die als konjunkturelle Reserve anzusehen sind, kann, wenn auch nicht sofort, die Resistenz der Weltkonjunktur gegenüber möglicher Preis- und Mengenwillkür des OPEC-Kartells erhöhen.

Schon energische Anstrengungen und erste Erfolge dieser Strategie können das Verhalten der Kartellländer verändern. Alles was wahrscheinlicher macht, daß in nicht zu ferner Zukunft bei einem noch erträglichen Preis der Ersatz von OPEC-Öl möglich ist, und zwar nötigenfalls in sehr großem Umfang möglich ist, muß den Zeithorizont der Kartellländer verkürzen, damit das Kartell schwächen und die Bereitschaft erhöhen, größere Kapazitätsreserven zu halten und diese bei konjunkturell expandierender Nachfrage auch ohne Preisexzesse zu nutzen.

395. Nicht aussichtsreich hingegen erschiene eine Strategie, etwa durch rein preispolitische Maßnahmen in den Verbraucherländern für eine stetigere Entwicklung der — internen — Erdölpreise zu sorgen, beispielsweise durch Gleitzölle, gleitende Verbrauchsteuern oder ähnliches. Dies würde an dem Problem nichts ändern, insoweit es in der restriktiven Angebotspolitik der Ölausfuhrstaaten wurzelt, also darin, daß die Angebotskapazitäten in einer weltweiten Hochkonjunktur nicht zum Bedarf passen. Ein Sparanreiz, der entfällt, wenn die Knappheit am größten ist, macht kaum Sinn. Ein ständiger Sparanreiz mag dagegen dringlich sein (Ziffer 429).

396. Ebenso abwegig wäre die Vorstellung, man könnte die Ölländer mit ihren eigenen Waffen schlagen und durch eine kräftige Steigerung der eigenen Exportpreise nicht nur die laufenden Einnahmen, sondern auch die von den Ölländern inzwischen angesammelten Geldvermögen entwerten. Bei einer solche Strategie säßen die Einfuhrländer kaum am längeren Hebel. Für ein einzelnes Land wie etwa die Bundesrepublik kommt sie überhaupt nicht in Betracht. Selbst die Vereinigten Staaten mußten sehen, daß die Gefahren eines Verfalls der eigenen Währung diesen Weg zu einer Sackgasse machen.

Eher schon wäre es plausibel, umgekehrt eine möglichst sichere Geldvermögensanlage anzubieten und so einem Kalkül der Öleigentümer entgegenzuwirken, nach welchem Öl im Boden allemal die höchste Rendite verspricht. Dies gilt vor allem für Länder, deren Öl am leichtesten zugänglich ist und daher nach den Regeln vernünftigen Wirtschaftens eigentlich zuerst gefördert werden sollte.

Doch die Energiepolitik hat es inzwischen schon kaum noch mit so schlichten Fragen der Optimierung zu tun. Sie steht vor der Aufgabe, mit ungewöhnlich hohen und im einzelnen unendlich umstrittenen Risiken fertig zu werden.

II. Die energiepolitischen Aufgaben

397. Die Herausforderung für die Energiepolitik ist: Die Abhängigkeit vom Öl zu verringern und damit auch die Bedingungen dafür zu schaffen, den Anstieg der Ölpreise, wenn er schon unvermeidlich ist, soweit wie möglich zu verstetigen.

Die Energieversorgung in der Bundesrepublik ist in hohem Maße von der Einfuhr von Mineralöl abhängig. Mehr als 50 vH des Verbrauchs an Primärenergie werden durch Öl gedeckt[1]). Davon kommen mehr als 80 vH aus Ländern, die sich im OPEC-Kartell zusammengeschlossen haben. Gegenüber dem OPEC-Kartell befindet sich die Bundesrepublik wie fast alle anderen Industrieländer in einer Position der Schwäche. Die Unsicherheit über das Angebotsverhalten dieser Länder und die Erwartung, daß der Ölpreis aufgrund der rasch zunehmenden Ausnutzung der Rohölvorkommen auch weiterhin stärker steigt als die Preise anderer Güter, machen es dringlich, die Abhängigkeit vom Öl zu vermindern. Schätzungen mehrerer sachkundiger Institutionen gehen dahin, daß in den achtziger Jahren Engpässe in der Rohölversorgung auftreten werden.

398. Auf kurze Sicht sind die Möglichkeiten einer Lösung vom Öl gering, wenngleich nach dem ersten Ölschock im Jahre 1973 beachtliche Einsparungen erzielt wurden. Aber auch einer Lösung auf mittlere Sicht stellen sich vielfache Hindernisse in den Weg. Das Ausbauprogramm für Kernenergie ist seit Jahren verzögert. Die Errichtung von Kohlekraftwerken stößt auf Schwierigkeiten. Erdgas läßt sich nicht in so großer Menge beschaffen, daß es zur Lösung der energiepolitischen Aufgabe in entscheidendem Umfange beitragen könnte. Die Aufstockung der Importkontingente für Kohle gelingt nur in ganz kleinen Schritten. Der Handlungsspielraum der Energiepolitik scheint begrenzt. Die Grenzen müssen ausgeweitet werden.

399. Auf längere Sicht ist die Hoffnung nicht unbegründet, daß durch neue Energieträger und neue Technik die Ölabhängigkeit überwunden werden kann. Die Herstellung von flüssigen Brennstoffen aus Kohle und Biomasse, die rationelle Nutzung von Sonnen- und Windenergie sowie von geothermischer Energie sind jedoch entweder noch nicht weit über das Versuchsstadium hinaus gediehen oder aber, ebenso wie die Ausbeutung von Ölschiefer und Teersänden, auch bei den heute absehbaren Energiepreisen noch zu teuer. Ihr Beitrag zur Lösung der energiepolitischen Aufgabe in den achtziger Jahren ist gering einzuschätzen. Die Energiepolitik kann dazu beitragen, daß diese Entwicklungen vorangetrieben werden, auf sie setzen kann sie nicht. Die Hoffnung auf solche Optionen darf nicht den Blick verstellen auf die Probleme, die es jetzt anzupacken gilt. Investitionen mit langer Vorlaufzeit sind nötig, um Öl durch andere verfügbare Energieträger zu ersetzen.

[1]) Tabellenteil zum Energieproblem in Anhang IV.

400. Die starke Abhängigkeit der Bundesrepublik vom Erdöl hat sich im Verlauf der sechziger Jahre ergeben. Das kostengünstige und bequem einzusetzende Erdöl verdrängte die teure Kohle als Hauptträger der Energieversorgung. Der Anteil, den die heimische Steinkohle an der Energieversorgung der Bundesrepublik hat, sank von 70 vH im Jahre 1957 auf 22 vH im Jahre 1973, während der Verbrauch an Mineralöl von 11 vH 1957 auf 55 vH im Jahre 1973 zunahm (Tabelle 34).

Der Anteil der Bundesrepublik am Weltverbrauch an Mineralöl ist mit 5 vH gering, so daß von deutschen energiepolitischen Entscheidungen nur ein geringer Einfluß auf den Weltmarkt erwartet werden kann. Dies bedeutet zum einen, daß die Bundesrepublik allein wenig tun kann, um Spannungen am Weltmarkt für Erdöl zu verhindern oder auszugleichen, zum anderen ist aber auch die Gefahr gering, daß deutsche energiepolitische Maßnahmen auf die entschiedene Gegenwehr des OPEC-Kartells stoßen.

401. Eine gemeinsame Politik aller Staaten der Europäischen Gemeinschaft gegenüber den Ölländern hätte größeren Einfluß auf den Weltmarkt, müßte aber, wenn sie in gemeinsamen Aktionen entstünde, auch eher Reaktionen des OPEC-Kartells in Rechnung stellen. Doch hieße es, die Abhängigkeit auch der Europäischen Gemeinschaft von den Ölimporten ebenso wie die divergierenden Interessen der Mitgliedsländer der Europäischen Gemeinschaft im Bereich der Energiepolitik unterschätzen, wollte man eine solche Politik ins Auge fassen. Auch die Europäische Gemeinschaft ist in einer verwundbaren Position. Immerhin betrug der Anteil des eingeführten Mineralöls am Primärenergieverbrauch in der Gemeinschaft, der 1973 bei 61 vH gelegen hatte, im Jahre 1978 immer noch knapp 50 vH.

402. Die westlichen Industrieländer haben mehrmals den Versuch unternommen, zu einer gemeinsamen Politik gegenüber den Ölförderländern zu kommen. Auf dem Gipfeltreffen in Tokio im Sommer 1979 haben die europäischen Teilnehmerländer, die Vereinigten Staaten, Japan und Kanada erstmals ein gemeinsames Sparziel vereinbart. Danach soll die Öleinfuhr der Industrieländer bis 1985 nicht mehr zunehmen. Im Anschluß an die Konferenz in Tokio haben sich die Länder der Europäischen Gemeinschaft verpflichtet, zwischen 1980 und 1985 nicht mehr Öl einzuführen als 1978 (als der Verbrauch 472 Mio t betrug), was bedeuten würde, daß der Anteil des Rohöls am gesamten Energieverbrauch auf 41 vH sinkt. Inzwischen ist dieses globale Ziel in Verbrauchsziele für die einzelnen Länder der Gemeinschaft umgesetzt worden. Die Bundesrepublik hat sich verpflichtet, 1980 nicht mehr als 143 Mio t und 1985 nicht mehr als 141 Mio t Mineralöl einzuführen.

Die strategischen Optionen

403. Stellt die Einhaltung der beschlossenen Sparziele die Bundesrepublik schon vor große Aufgaben, so ist eine darüber hinausgehende Vorsorge, die mögliche Lieferausfälle der Ölländer stärker in die energiepolitischen Entscheidungen einbezieht, eine

Tabelle 34

Primärenergieverbrauch nach Energieträgern in der Bundesrepublik Deutschland

Jahr	Gesamtverbrauch	Energieträger							
		insgesamt	Mineralöl	Steinkohle	Braunkohle, Pechkohle	Naturgase[1])	Kernenergie	Wasserkraft, Außenhandelssaldo Strom	sonstige Energieträger[2])
	Petajoule	Anteil in vH							
1957	5 747	*100*	*11,0*	*69,9*	*14,8*	*0,4*	*0,0*	*2,8*	*1,1*
1970	9 870	*100*	*53,1*	*28,9*	*9,1*	*5,5*	*0,6*	*2,5*	*0,4*
1973	11 092	*100*	*55,2*	*22,2*	*8,7*	*10,2*	*1,0*	*2,2*	*0,5*
1975	10 191	*100*	*52,1*	*19,1*	*9,9*	*14,2*	*2,0*	*2,2*	*0,5*
1978	11 401	*100*	*52,3*	*17,8*	*9,2*	*15,5*	*3,0*	*1,7*	*0,5*
1985	14 141	*100*	*46*	*16*	*7*	*18*	*10*	*3*	
2000	17 585	*100*	*27*	*17*	*6½*	*16*	*27*	*6½*	

[1]) Erdgas, Erdölgas, Grubengas und Klärgas.
[2]) Brennholz, Brenntorf, Außenhandelssaldo Kokereigas sowie Klärschlamm, Müll und Abhitze zur Stromerzeugung.
Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen;

besondere Herausforderung. Auf jeden Fall erscheint notwendig, den Anteil des Mineralöls am gesamten Primärenergieverbrauch der Bundesrepublik noch stärker zurückzunehmen, als es in der zweiten Fortschreibung des Energieprogramms der Bundesregierung vorgesehen war.

404. Der Energiepolitik bieten sich zwei Wege, der Herausforderung für die achtziger Jahre zu begegnen:

— Sie kann darauf hinwirken, daß der Verbrauch von Energie eingeschränkt wird (Sparstrategie).

— Sie kann darauf hinwirken, daß Öl verstärkt durch andere Energieträger substituiert wird (Substitutionsstrategie).

Eine quantitative Vorstellung von der Bedeutung der strategischen Optionen liefert die Energiebilanz der Bundesrepublik (Tabelle 35).

Die Sparstrategie ist darauf gerichtet, den Verbrauch in den verschiedenen Verwendungssektoren durch Sparmaßnahmen zu vermindern. Die Substitutionsstrategie verfolgt das Ziel, den Verbrauch der Sektoren, die bisher Öl verwenden, durch andere Formen an Energie zu decken.

405. Sparen und Substituieren sind zum größten Teil an Investitionen gebunden, so daß die energiepolitischen Aufgaben für sich genommen mehr Wachstum und nicht weniger Wachstum erfordern, verglichen mit dem, was sich ohne frühzeitige und aktive Anpassung an den langfristig zu erwartenden Ölpreis an Wachstum ergibt. Eine Strategie der Einsparung durch Wachstumsverzicht und Arbeitszeitverkürzung kann ihre Rechtfertigung nicht von dem Ziel der Öleinsparung her beziehen. Diese müßte aus einem allgemeinen Wunsch erwachsen, daß eine bessere Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen zurückzutreten hat hinter dem Bedürfnis nach mehr Freizeit und Muße. Einem kollektiven Wachstumsverzicht müßte die Überzeugungsarbeit der Politiker vorgeschaltet sein. Eine Drosselung des Wirtschaftswachstums und Arbeitszeitverkürzungen über Engpässe in der Energieversorgung zu programmieren, ist auf keinen Fall der richtige Weg.

406. Höhere Ölpreise haben nicht nur zur Folge, daß es lohnend erscheint, Energie zu sparen und Öl durch andere Energieträger zu ersetzen, sie weisen das wirtschaftliche Wachstum auch in neue Richtungen. Der langfristige Anpassungsprozeß an real

Tabelle 35

Energiebilanz der Bundesrepublik Deutschland

für das Jahr 1977

Petajoule

	Energieträger insgesamt	davon						
		Kohle und sonstige feste Brennstoffe	Mineralöle	Gase	Strom	Wasserkraft	Kernenergie	Fernwärme
Primärenergieverbrauch im Inland	10 913	3 043	5 646	1 662	57	157	346	—
Umwandlungsverluste	2 751	.	.	.	.	—	—	—
Energieangebot nach Umwandlung	8 162	715	4 839	1 421	1 045	—	—	142
Nichtenergetischer Verbrauch	886	58	654	174	—	—	—	—
Endenergieverbrauch[1])	7 306	698	4 185	1 268	1 013	—	—	142
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	2 581	452	821	768	502	—	—	37
Verkehr	1 501	5	1 464	0	33	—	—	—
Private Haushalte, Kleinverbraucher und militärische Dienststellen	3 224	240	1 901	500	478	—	—	106
darunter:								
Private Haushalte	1 964	174	1 134	321	271	—	—	64
Kleinverbraucher	1 158	29	701	179	207	—	—	42

[1])

Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen

steigende Ölpreise begünstigt diejenigen Wirtschaftszweige, die weniger ölintensiv sind, während diejenigen benachteiligt werden, die stärker vom Ölverbrauch abhängen. Durch die Verteuerung des Erdöls gewinnen überdies Standorte mit hohem Energiepotential an Attraktivität. So kann es vorteilhaft werden, daß Unternehmen mit energieintensiver Produktion zu Standorten wandern, die aufgrund der natürlichen Verhältnisse reichlich Energie anbieten können, wie zum Beispiel Regionen mit günstigen Voraussetzungen für Wasserkraftwerke oder mit reichlichen Erdgasvorkommen. Im Ergebnis dürften auch diese Prozesse des Strukturwandels den Energiebedarf der Volkswirtschaft vermindern.

407. Nicht gering werden aber auch die Chancen beurteilt, die die Strategie des Ölsparens und der Ölsubstitution der Wirtschaft bieten. Die Entwicklung von Wärmepumpen, der Ausbau von Anlagen zur Gewinnung von Sonnenenergie und zur Vergasung und Verflüssigung von Kohle, all dies sind Beispiele für Aufgaben, die sich der Wirtschaft vermehrt stellen, die erhebliche Investitionen verlangen und die zu einer Umstrukturierung führen werden. Mehr noch: Diejenigen Bereiche der Wirtschaft, die energieverbrauchende Aggregate wie zum Beispiel Automobile und Ölfeuerungsanlagen herstellen und neue, verbrauchsarme Geräte anbieten, sehen eine Ausweitung ihrer Produktion als Folge des Bemühens der Verwender voraus, auf ölsparende Geräte umzustellen. In den Wirtschaftszweigen, in denen Erzeugnisse der Meß- und Regeltechnik hergestellt werden, sieht man große Chancen für Produkte, die die Ölzuführung in industrielle Prozesse regeln und energiesparend steuern. Auch diejenigen Unternehmen, die Dämmstoffe und andere wärmeisolierende Baustoffe herstellen, erwarten, auf der Sonnenseite der Ölpreiserhöhungen zu stehen.

408. Energiesparendes Wirtschaftswachstum ist mit einem besonders starken Kapitalbedarf verbunden. Denn in der Regel sind die Güter, die den Energieeinsatz vermindern helfen, Investitionsgüter. Damit aber die weitere Verwendung von Öl nicht vorteilhafter erscheint als die Vornahme ölsparender Investitionen, sollten die Kapitalkosten nicht unnötigerweise in die Höhe getrieben werden. Ein Beitrag des Staates würde auch darin bestehen, daß er seine hohen Defizite abbaut.

Die Sparstrategie

409. Ein Setzen auf die Wirksamkeit des Preismechanismus in der Erwartung, daß real steigende Preise Einspareffekte bewirken werden, ist insoweit schon Energiepolitik, als sie das Durchwirken steigender Erdölpreise auf den Endverbrauch zuläßt. Nicht in jedem Industrieland ist dies erklärte Politik. Die Bundesrepublik tut gut daran, auf dieser Linie fortzufahren.

410. Die Bundesregierung hat am 12. September 1979 eine Reihe von Beschlüssen zur weiteren Einsparung von Energie gefaßt. Diese Maßnahmen ergänzen das 4,35 Mrd DM-Einsparprogramm von 1978 und das Energieeinsparungsgesetz von 1976, das zur Novellierung ansteht.

Auf Energiesparen zielen

- die Erhöhung der Anforderungen an den Wärmeschutz bei Neubauten,
- die Ermächtigung, Rechtsverordnungen zu erlassen, aufgrund deren auch für Altbauten energiesparende Investitionen vorgeschrieben werden können,
- die Beendigung der Förderung von Ölzentralheizungen, im Rahmen der Modernisierung von Altbauten,
- die Aufhebung der Mineralölsteuerfreiheit für Wassersportfahrzeuge mit Dieselmotor,
- die Zusagen der Automobilindustrie, den spezifischen Kraftstoffverbrauch bis 1985 um 10 vH bis 12 vH abzusenken.

Dabei wird teilweise auf den Preismechanismus vertraut, teilweise erwartet man die Einsparungen beim Ölverbrauch von administrativen Regelungen.

411. Die Bundesregierung hat für den Bereich der Industrie erklärt, daß sie den Preismechanismus für ausreichend wirksam hält. Der Endenergieverbrauch an Mineralöl liegt zu etwa 20 vH in der Industrie. Nach der Ölpreiserhöhung von 1973 war hier ein deutlicher Rückgang des Mineralölverbrauchs zu verzeichnen. Inwieweit dies der Erfolg von Sparmaßnahmen oder das Ergebnis eines Umsteigens auf andere Energieträger und andere Produktionsverfahren war oder inwieweit dies auf das schwache wirtschaftliche Wachstum seit 1973 zurückgeht, läßt sich allerdings nicht auseinanderrechnen. Aufgrund des hohen Kostenbewußtseins und der im internationalen Vergleich hohen Preise für Kohle und Elektrizität war die Industrie immer schon bemüht, Energie einzusparen, selbst in Zeiten sinkender Ölpreise. Vor allem in den Wirtschaftszweigen, die den größten Anteil am Gesamtenergieverbrauch in der Bundesrepublik hatten, ist bereits in der Zeit von 1950 bis 1974 in erheblichem Ausmaß Energie eingespart worden. Der spezifische Energieverbrauch sank während dieses Zeitraums in der chemischen Industrie um 78 vH, im Maschinenbau um 58 vH, im Bereich der Industrie der Steine und Erden um 59 vH. In dieser Größenordnung werden auch die Einsparungen angegeben, die die Nahrungsmittelindustrie erzielte. Für diese Bereiche wird auch für die nächsten zwanzig Jahre mit weiteren deutlichen Einsparungen gerechnet. Hier wird vor allem dem Vordringen technologischer Neuerungen, insbesondere der Mikroprozessoren, erhebliche Bedeutung beigemessen. Man kann auch für die Zukunft erwarten, daß nach der drastischen Verteuerung von Öl und Energie im Industriebereich Anpassungsprozesse schneller vorankommen als in anderen Bereichen.

Die Einsparmöglichkeiten von Öl dürften allerdings in den Bereichen der Wirtschaft geringer sein, wo Öl nicht als Brennstoff, sondern als Rohstoff einge-

setzt wird. Diese sogenannte nichtenergetische Verwendung von Öl konzentriert sich auf die chemische Industrie, die 63 vH des gesamten nichtenergetischen Verbrauchs auf sich vereinigt, und die bitumenverarbeitende Industrie, die 25 vH aufnimmt. Auch hier mögen freilich neue Technologien zu Einsparungen führen.

412. Bei den privaten Haushalten vertraut die Bundesregierung auf die Wirkung von steigenden Heizölpreisen und von Bauvorschriften für Neubauten sowie gegebenenfalls für Altbauten. Mit rund 27 vH sind diese am Energieverbrauch von Mineralöl beteiligt. Einsparungen würden daher erheblich zu Buche schlagen.

Wie groß das Energiesparpotential ist, das im Bereich der Haushalte noch mobilisiert werden kann, wird unterschiedlich beurteilt. Die jüngste Verteuerung von Öl und die Erwartung weiter steigender Ölpreise werden ein starker Anreiz für weitere Sparmaßnahmen sein, so daß damit gerechnet werden kann, daß die Energienachfrage der privaten Haushalte mit steigendem Einkommen nicht mehr im gleichen Ausmaß zunimmt wie in der Vergangenheit. Sparen durch Änderung des Heizverhaltens läßt sich zwar nicht beliebig fortsetzen. Gleichwohl werden weitere Einsparmöglichkeiten von verstärkten Investitionen zur Wärmedämmung und zur Verbesserung des Nutzungsgrades der Heizungsanlagen erwartet. Gelegentlich wird die Ansicht geäußert, daß der Ölverbrauch der Haushalte für Raumheizung um bis zu einem Drittel abgesenkt werden könnte, wenn alle veralteten Zentralheizungsanlagen durch moderne, energiesparende Modelle ersetzt und wenn wärmedämmende Maßnahmen vermehrt durchgeführt würden. Die Nutzung des Einsparpotentials hängt davon ab, ob sich die Investitionen lohnen, die für ölsparende Maßnahmen erforderlich sind. Bei den bestehenden relativen Preisen ist das kurzfristige Einsparpotential nicht allzu hoch einzuschätzen. Weiter steigende Ölpreise und die Verschärfung der Konkurrenz unter den Anbietern ölsparender Aggregate werden dies jedoch in Zukunft ändern. Pessimismus, die Sparstrategie möchte an mangelnder Preiselastizität der Nachfrage scheitern, erscheint zumindest auf längere Sicht unangebracht.

413. Die Bundesregierung setzt hinsichtlich des Verkehrsbereichs auf das energiesparende Verhalten der Kraftfahrer. Nur für den Fall von Versorgungskrisen oder entsprechender internationaler Verpflichtungen will sie Geschwindigkeitsbegrenzungen in Betracht ziehen. Vom Erlaß von Kraftstoffverbrauchsgrenzwerten und einer Sondersteuer für Kraftfahrzeuge mit hohem Verbrauch hat sie aufgrund von Zusagen der Automobilindustrie abgesehen.

Für den Verkehrsbereich, der einen Anteil am Endenergieverbrauch von Mineralöl von 35 vH hat, gehen die Schätzungen über Einsparmöglichkeiten und die Einschätzung der Wirksamkeit von Maßnahmen zur Einsparung von Kraftstoff weit auseinander. Verändertes Fahrverhalten oder die regelmäßige Überprüfung der Einstellung von Motor und Fahrwerk könnten wohl schon eine nennenswerte Einsparung beim Kraftstoffverbrauch bringen, ein größerer Teil dürfte aber davon zu erwarten sein, daß die Autofahrer anstelle großer Personenkraftwagen mit hohem spezifischem Verbrauch verstärkt kleinere Wagen nachfragen und daß durch Veränderungen der Konstruktion und Ausstattung der Autos der Kraftstoffverbrauch verringert wird. Benzinpreissteigerungen und Einsparmaßnahmen lassen auch für den Verkehrsbereich erwarten, daß der Kraftstoffverbrauch mit zunehmendem Einkommen weniger stark ansteigt als in der Vergangenheit.

Die Substitutionsstrategie

414. Mit der Substitutionsstrategie werden in der Öffentlichkeit die größten Hoffnungen verbunden. Auf mittlere Frist gesehen kann Öl vor allem durch Steinkohle und Kernenergie, in Grenzen auch durch Erdgas und Braunkohle ersetzt werden. Alternative Energiequellen — Sonnenenergie, Windenergie, Biomasse — dürften allenfalls längerfristig einen substantiellen Anteil an der Energieversorgung übernehmen können. Umstritten ist in erster Linie, welche Rolle die Kernenergie spielen soll. Die Größe des Bedarfs an Kernenergie hängt unter anderem davon ab, welche technischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten in der verstärkten Nutzung der Steinkohle gesehen werden. Kernenergie entlastet unmittelbar die Kohle und nur mittelbar, weil Kohle Öl ersetzen kann, auch das Öl. Von den vorgenannten alternativen Energiequellen wird — selbst dann, wenn sie verstärkt gefördert werden — in den achtziger Jahren nur ein geringer Lösungsbeitrag erwartet.

415. In der Industrie kann noch in größerem Ausmaß Kohle schweres Heizöl ersetzen, das zur Erzeugung von Prozeßwärme eingesetzt wird. Die Umstellung wird um so raschere Fortschritte machen, je mehr billige Importkohle hierfür eingesetzt werden kann. Das freiwerdende schwere Heizöl könnte in leichtere Produkte aufgespalten werden, insbesondere in leichtes Heizöl und Benzin. Die Raffinerien bauen derzeit die Konversionsanlagen aus.

Im Bereich der nichtenergetischen Verwendung von Mineralöl — also vor allem in der chemischen Industrie und in der bitumenverarbeitenden Industrie — gibt es im Prinzip auch Substitutionsmöglichkeiten durch Rückkehr zur Kohlebasis. Schätzungen gehen dahin, daß wirtschaftlich vertretbare Ergebnisse nicht vor Mitte des kommenden Jahrzehnts zu erwarten sind.

Hemmend auf die Substitutionsvorgänge wirkt sich aus, daß in der Industrie große Unklarheit über den weiteren Kurs der Energiepolitik besteht. Bisher wurde vor allem Erdgas von den Umschichtungen im Brennstoffeinsatz begünstigt. Das Vordringen der Kohle wird maßgeblich davon bestimmt, welchen Weg die Kohlepolitik einschlägt, insbesondere in welchem Umfang der heimische Markt für Importkohle geöffnet wird. Auf diesem Gebiet sind bald verbindliche Entscheidungen nötig.

416. In der Stromerzeugung ist das Substitutionspotential für Öl nicht mehr allzu groß. Hier ist der Verbrauch von Heizöl nach 1973 um 30 vH zurückgegangen; derzeit werden etwa 9 vH des gesamten Stromverbrauchs mit Öl erzeugt. Weiteres Einsparen ist schwierig, weil extreme Spitzenlasten einigermaßen wirtschaftlich nur von Ölkraftwerken übernommen werden können und weil in Einzelregionen — wie in Berlin — eine alternative Stromerzeugung schwierig ist.

417. Beachtliche Erfolge der Substitutionsstrategie werden auch vom Ersatz des Öls in der Raumheizung erwartet; in privaten und öffentlichen Gebäuden werden hierfür schätzungsweise 45 vH des Mineralöls verbraucht. Die Rückkehr zur Verwendung von Kohle als Hausbrand scheidet hier aber wohl aus, weil die Kohleheizung unbequem ist und die Umwelt erheblich verschmutzt. Kohle findet zur Erzeugung von Fernwärme in größerem Umfang Anwendung, besonders in Verbindung mit gleichzeitiger Stromerzeugung und in den Blockheizkraftwerken, die gleichzeitig der Müllbeseitigung dienen. Der Ausbau des Fernwärmenetzes wird von der Bundesregierung gefördert. Fernwärme ist aber nur bei kurzen Wegen zum Verbraucher wirtschaftlich und kommt folglich nur in dicht besiedelten Gebieten in Frage. Dort aber ist die Umwelt im allgemeinen nicht mehr stark belastbar.

Umweltfreundlich und wirtschaftlich ist dagegen der Einsatz von Erdgas in der Raumheizung, äußerst energieschonend der Einsatz von Gas-Wärmepumpen, die allerdings einen recht hohen Investitionsaufwand verursachen. Das Gasnetz erreicht, auch wenn es wie vorgesehen ausgebaut wird, nur einen Teil der Verbraucher. In ländlichen Gebieten ist der Ausbau der Gasversorgung kaum rentabel. Die Angebotsreserven an Erdgas werden überdies als nicht allzu groß eingeschätzt. Die Bundesregierung rechnet damit, daß der Gasanteil am Primärenergieeinsatz von rund 16 vH noch auf etwa 20 vH erhöht werden kann.

418. Chancen, zum Teil sehr große, werden in der Stromheizung gesehen. An sich ist der Wirkungsgrad des Einsatzes von Primärenergie sehr gering, wenn Strom erzeugt wird, der dann zur Raumheizung verwendet wird. Durch Wärmepumpen, die derzeit aber noch teuer sind, läßt sich der Wirkungsgrad jedoch erheblich steigern. Ebenso ist der niedrige Wirkungsgrad wirtschaftlich vertretbar, wenn Nachtstrom in Speicherheizungen verbraucht wird. Für die Stromheizung kommen in erster Linie ländliche Räume in Betracht, in die hinein ein Ausbau des Fernwärmenetzes oder des Gasnetzes unrentabel ist.

Soll Öl in größerem Maße durch Stromheizung ersetzt werden, ist der Bau zusätzlicher Kraftwerke nötig. Es wären vorwiegend Mittellastkraftwerke erforderlich, da die Kraftwerkskapazität, die für Heizzwecke vorgehalten werden muß, in der warmen Jahreszeit ungenutzt ist. In dem Maße freilich, in dem heute Steinkohle die Grundlast abdecken muß, könnten indirekt auch Kernkraftwerke Raum geben für Strom zu Heizzwecken. Ebenso könnte die Braunkohle, die in der Grundlast verwendet wird, substituiert und in Gas umgewandelt werden.

Beim Bau neuer Kraftwerke stellt sich das Problem der Abwärme, die sich nur in Ballungsgebieten, die sicherlich keine guten Standorte für Kraftwerke sind, in Nutzwärme überleiten läßt.

419. Im Verkehrsbereich ist Mineralöl nur in sehr engen Grenzen substituierbar. Für den Einsatz von Flüssiggas fehlt es an dem Versorgungsnetz; für ein Umsteigen im großen fehlt es an dem dann nötigen Gasangebot. Was die Verwendung von Methanol anlangt, so hat die Kraftfahrzeugindustrie der Bundesregierung zugesagt, die Motoren ab 1980 so auszulegen, daß dem Benzin bis zu 15 vH Methanol beigemischt werden kann, ohne daß davon der spezifische Verbrauch der Kraftwagen beeinträchtigt wird. In den Überlegungen für die zweite Hälfte der achtziger Jahre spielt aber auch die Kohleverflüssigung eine Rolle. Bei weiter stark steigenden Ölpreisen kann es wirtschaftlich werden, Benzin aus Kohle herzustellen. Freilich erscheint es wirtschaftlich wenig sinnvoll, Kohle zu verflüssigen und nicht zu verbrennen, so lange flüssige Stoffe noch da verfeuert werden, wo auch feste Brennstoffe eingesetzt werden können. Die Kohleverflüssigung selbst kann wirtschaftlicher durchgeführt werden, wenn der Hochtemperaturreaktor zur Gewinnung der Prozeßwärme eingesetzt wird. Dieser Reaktortyp hat das Stadium der großtechnischen Nutzung allerdings noch nicht erreicht.

420. Von der Entwicklung der heimischen Erdölförderung ist ein Beitrag zur Lösung aus der Abhängigkeit von der Öleinfuhr nicht zu erwarten. Gleichwohl kommt ihr Bedeutung zu. Mit sekundären und tertiären Gewinnungsverfahren könnte die Ausbeute der heimischen Lagerstätten nicht unbeträchtlich verbessert werden. Doch ist der Kapitalbedarf beachtlich, der für die Entwicklung geeigneter Lösungsmittel und Verfahren sowie für die Investitionen in Gewinnungsanlagen erforderlich ist.

421. Die Versorgung kann dadurch auf eine regional breite Grundlage gestellt werden, daß sich deutsche Unternehmen an der Suche nach neuen Energievorkommen stärker beteiligen. Die Bundesrepublik hat dies mit dem DEMINEX-Programm spät, vielleicht sogar allzu spät in die Wege geleitet. Heute ist auch die Sorge verbreitet, die Bundesrepublik könne auch das Nachsehen haben bei der Sicherung von Anteilen an den großen Kohlevorkommen, zum Beispiel in Australien, Afrika und Südamerika. Die großen internationalen Ölgesellschaften haben die Kohle wiederentdeckt und sich Gewinnungsrechte und Anteile an Bergbauunternehmen gesichert. Deutsche Unternehmen haben erst erste Schritte getan, sich an der Kohlegewinnung in Übersee zu beteiligen.

Die Beteiligung an der Kohlehydrierung auf kostengünstigen Kohlenlagerstätten in der Welt ist auch ein Weg, die Abhängigkeit vom OPEC-Öl zu mindern.

422. Der Erfolg der Substitutionsstrategie steht und fällt mit der Entscheidung für die weitere Nut-

zung von Kohle und Kernenergie. Diese beiden Energieträger sind untereinander substituierbar. Die Kosten, die kalkulierbar sind, zeigen einen Vorsprung der Kernenergie vor der Kohle in der Grundlast der Elektrizitätsversorgung. Der Widerstand, der sich einer extensiven Nutzung der Kernenergie aus Teilen der Bevölkerung entgegenstellt, ist jedoch nicht von der Art, daß er leicht überwunden werden könnte. Je mehr Kohle — vor allem Importkohle — eingesetzt werden kann, um so weniger Kernkraftwerke brauchen gebaut zu werden. Aber auch der Einsatz von Kohle ist nicht unbegrenzt möglich.

423. Heimische Kohle steht, selbst wenn man sie ohne Rücksicht auf die Wirtschaftlichkeit in zusätzlichen Kohlekraftwerken einsetzen wollte, für die übersehbare Zukunft nur in begrenztem Maße zur Verfügung. Der Gesamtverband des deutschen Steinkohlenbergbaus geht davon aus, daß durch volle Auslastung der Förderkapazitäten und durch Abbau von Zusatzgeschäften im Export in den achtziger Jahren aus heimischer Erzeugung annähernd 20 Mio t pro Jahr zusätzlich bereitgestellt werden könnten. Auch er sieht auf mittlere Sicht die Notwendigkeit, mehr Kohle zu importieren, da die heimischen Kapazitäten nicht hinreichend ausgebaut werden können.

Ein stärkeres Ausweichen auf Importkohle wird als eine wirksame strategische Maßnahme gesehen, insbesondere, wenn der gegenwärtige Weltmarktpreis für Kohle in die Berechnung eingeht. Weltweit mangelt es an günstigen Kohlevorkommen nicht. In Australien, den Vereinigten Staaten, Südafrika, Polen und China bieten sich günstige Abbaumöglichkeiten. Woran es gegenwärtig fehlt, ist eine auch längerfristig hinreichend sichere Nachfrage für Kohle, die eine Erschließung dieser Kohlevorkommen rentabel erscheinen läßt. Es ist nicht ausgeschlossen, daß der Weltmarktpreis für Kohle bei einer verstärkten Umstellung von Öl auf Kohle merklich steigt; wegen der großen Kohlevorkommen und der spezifischen Förderbedingungen erscheint es aber unwahrscheinlich, daß er ähnlich stark und abrupt steigen wird wie der Ölpreis. Langfristige Verträge für die Lieferung von Kohle werden angeboten, und wer Sorge hat, das Kohleangebot könnte in Zukunft knapp werden, müßte ein Interesse am Abschluß solcher Verträge haben.

424. Mit der Nutzung von Steinkohle sind Umweltrisiken verbunden, von deren Bewertung abhängt, in welchem Maße Öl durch Kohle substituiert werden wird. Die Kohlendioxydemission von zusätzlichen Kohlekraftwerken stellt eine erhebliche Umweltbelastung dar.

425. Wer die Risiken, die mit dem Einsatz von Kernkraft zur Stromerzeugung verbunden sind, für nicht größer erachtet als die konventioneller Kraftwerke — wobei zu berücksichtigen sind alle Risiken der Materialbeschaffung, des Baus, der Luftverunreinigung durch Bau, Betrieb und Instandhaltung, des An- und Abtransports und der Entsorgung — der wird vor allem die Chancen der Kernenergie betonen. Sie könnte verhindern, daß Steinkohle, die von vielen Stellen zur Substitution von Öl gebraucht wird, mehr und mehr in der Grundlast der Elektrizitätsversorgung eingesetzt werden muß, und könnte auch Braunkohle in der Grundlast ersetzen, die relativ wirtschaftlich in Gas umgewandelt werden kann.

In der öffentlichen Diskussion um die Kernenergie spielen die Umweltrisiken eine dominierende Rolle. Versuche, die Diskussion über die mit der Kernenergie verbundenen Risiken dadurch zu versachlichen, daß die Risiken, die mit anderen Energieträgern verbunden sind, in den Blick gerückt werden, scheitern häufig an der Angst vor dem GAU oder dem SUPER-GAU, der plötzlichen Freisetzung einer großen Menge von Radioaktivität nach einem Durchschmelzen des Reaktorkerns. Andere sorgen sich vor den Gefahren, die der Dauerbetrieb von Kernkraftwerken für die in ihnen beschäftigten Mitarbeiter haben könnte, selbst wenn diese nur kleinsten Mengen radioaktiver Substanzen ausgesetzt sein sollten.

Der Streit geht weniger darum, in welchem Maße außergewöhnliche Risiken mit dieser Energieart verbunden sind, sondern wie diese Risiken zu bewerten sind. Ein absoluter Sachzwang zur größeren Nutzung der Kernenergie kann sicherlich nur schwer begründet werden. Das Problem besteht vielmehr darin, Kosten und Risiken dieses Energieträgers gegenüber den Kosten und Risiken anderer Energieträger abzuwägen. Die Entscheidung für oder gegen die Kernenergie haben Regierungen und Parlamente zu treffen, nicht Experten und nicht Gerichte. Die Bundesregierung hat sich für eine stärkere Nutzung der Kernkraft entschieden. In der Kernenergie liegt eine unmittelbar nutzbare und preiswerte Chance, die Abhängigkeit vom Öl zu mindern. Kohle und Kernenergie zusammen werden die Hauptlast der Substitutionsstrategie in den achtziger Jahren tragen müssen. Erst danach kann von alternativen Energieträgern ein ins Gewicht fallender Substitutionsbeitrag erwartet werden.

III. Was der Energiepolitik zu tun bleibt

426. Mit Sicherheit kann man erwarten, daß die jüngste Ölverteuerung der Energiepolitik helfen wird, die Abhängigkeit vom Öl zu mindern. Die energiepolitischen Daten sind jedoch noch nicht so gesetzt, daß das Spar- und Substitutionspotential genügend ausgeschöpft wird. Es mag sein, daß bald ein erneuter Anstieg des Ölpreises der Energiepolitik einen Teil ihrer Aufgabe abnimmt. Sie sollte darauf aber nicht warten. Das Prinzip der Vorsorge legt eine Energiepolitik nahe, die sich mehr als bisher darauf einstellt, daß Öl knapp bleibt und solange real teurer wird, wie bei dem gegenwärtigen Angebotsverhalten des OPEC-Kartells das Wirtschaftswachstum in der Welt mit einem steigenden Ölverbrauch verbunden ist.

427. Ein weiterer Anstieg des realen Ölpreises scheint selbst dann angelegt zu sein, wenn die Industrieländer ihre vereinbarten Einsparziele errei-

chen. Die Entwicklungsländer, die ein kräftiges Wirtschaftswachstum anstreben und denen es an Kapital wie an Substitutionsmöglichkeiten mangelt, dürften sich viel weniger vom Öl lösen können als die Industrieländer, und es ist auch damit zu rechnen, daß in Zukunft die Staatshandelsländer — zumindest für eine Reihe von Jahren — einen größeren Ölbedarf an den internationalen Märkten geltend machen werden. Die Ölländer aber scheinen nicht bereit zu sein, ihre Fördermenge in den nächsten Jahren nennenswert zu erhöhen. Das Sparziel, auf das sich die Industrieländer verständigt haben, ist deshalb nicht besonders ehrgeizig. Die Energiepolitik kann wenig falsch machen, wenn sie ihren Kurs der Verringerung der Abhängigkeit vom Öl forciert fortsetzt. Je früher sie handelt, um so schneller kann sich die Volkswirtschaft an den Ölpreis anpassen, der der künftigen Knappheitssituation entspricht.

428. Politische Erschütterungen in den Ölländern können immer wieder zu abrupten Erhöhungen des Ölpreises führen und Versorgungsengpässe hervorrufen. Bei der gegenwärtigen Angebotsstrategie des OPEC-Kartells kann man sich auch nicht darauf verlassen, daß dessen Mitglieder mit ihrem Angebot auf Nachfrageschwankungen ausreichend flexibel antworten werden. Eher ist zu erwarten, daß es bei Nachfragespitzen immer wieder zu Preisschüben kommt. Vermutlich gibt es keine Strategie, die diese Risiken in absehbarer Zeit vollständig vermeiden kann. Zu dem Gedanken, das Nordseeöl stärker als Angebotspuffer zu nutzen, paßt die derzeitige Förderpolitik der europäischen Ölländer nicht.

429. Fraglich ist, ob die Bundesrepublik unter gesamtwirtschaftlich befriedigenden Bedingungen wenigstens das international vereinbarte Einsparziel erreichen kann, das bis 1985 eher eine Abnahme als eine Zunahme der Öleinfuhr vorsieht.

Der Bundesrepublik ist es zwar von 1973 bis 1979 gelungen, die Öleinfuhr nicht mehr zu steigern; in diesen Zeitraum fällt aber die Rezession von 1975 und eine nachfolgende Periode schwachen Wirtschaftswachstums. Die drastische Verteuerung des Öls sowie die energiepolitischen Maßnahmen, die den Einsatz des Öls in der Strom- und Wärmeversorgung verminderten, haben im übrigen für den Spareffekt gesorgt. Der Absatz von schwerem Heizöl, das vorwiegend in Kraftwerken verwendet wird, ging von 1973 bis 1979 am stärksten zurück, nämlich um ein Viertel. Der Absatz von leichtem Heizöl erreichte jedoch 1979 wieder nahezu das Niveau von 1973. Der Verbrauch von Benzin und anderen Treibstoffen erhöhte sich sogar um 15 vH.

Das für den Zeitraum bis 1985 angestrebte Sparziel läßt sich mit den anderen Zielen der Wirtschaftspolitik nur in Einklang halten, wenn der Spar- und Substitutionsprozeß forciert wird. Es kann ja nicht gemeint sein, daß eine neue Rezession schon für den nötigen Spareffekt sorgen wird. Wenn die bestehende Arbeitslosigkeit weiter abgebaut und für die starken Nachwuchsjahrgänge genügend Arbeitsplätze geschaffen werden sollen, muß das Wachstum des Produktionspotentials deutlich über die gegenwärtige Rate von $2^1/_2$ vH hinausgehen, selbst wenn man berücksichtigt, daß sich der bisherige Trend der Arbeitszeitverkürzung fortsetzt. Auch sonst gibt es Zweifel. Der Einspareffekt in den vergangenen Jahren wurde vornehmlich beim schweren Heizöl erzielt. Weitere Substitutionsmöglichkeiten sind nur dann groß einzuschätzen, wenn die Kohlepolitik geändert wird. Die Verbrauchskurven für leichtes Heizöl und Motorenbenzin zeigen seit der Rezession wieder nach oben. Das besagt keineswegs, daß der hohe Ölpreis und die Sparmaßnahmen nicht gewirkt haben. Sie waren aber offenbar nicht stark genug, um den entgegengesetzten Einfluß auszugleichen, der von der Einkommensentwicklung ausging. Das wird in Zukunft kaum anders sein, wenn das Wirtschaftswachstum auch nur annähernd so stark ausfällt, wie es für das Erreichen des Beschäftigungsziels nötig ist.

430. Wenn die Energiepolitik den Spar- und Substitutionsprozeß weiter vorantreiben will, kann sie ansetzen

— bei der Kohlepolitik,
— beim Bau von Kraftwerken und
— beim Verbrauch von Heizöl und Motorenbenzin.

Kohlepolitik

431. Eine zügige Substitution von Öl ist um so leichter, je mehr Kohle zu wettbewerbsfähigen Preisen zur Verfügung steht. Die Einfuhr von Kohle, die auf dem Weltmarkt um etwa die Hälfte billiger angeboten wird als deutsche Kohle, ist kontingentiert. Das Kontingent, das gerade um 1,1 Mio t erhöht worden ist, beträgt 6,6 Mio t jährlich, die heimische Förderung beläuft sich auf 85 Mio t. Dem Bundestag liegt eine Gesetzesinitiative des Bundesrates vor, nach der das Kontingent für die Einfuhr von Kohle auf 10 Mio t aufgestockt werden soll.

Mehr Sicherheit in der Energieversorgung muß nicht unbedingt heißen, daß ausländische Energiequellen durch heimische ersetzt werden sollen. Ein verstärkter Einsatz von Importkohle würde mehr Sicherheit dadurch bringen, daß die heimische Energieversorgung nicht mehr in so starkem Maße von einer wenig berechenbaren Anbietergruppe abhinge. Auf dem Weltmarkt gibt es ein großes noch nicht mobilisiertes Angebot an Kohle (Ziffer 423). Durch eine breitere Streuung der Energieeinfuhr könnte die Krisenanfälligkeit gemindert werden. Der Umstellungsprozeß von Öl auf Kohle würde erheblich beschleunigt, wenn in das Investitionskalkül nicht das Preisverhältnis von Öl zu Inlandskohle sondern das von Öl zu Importkohle eingehen würde. Dies gilt auch dann, wenn man in Rechnung stellt, daß bei stark anziehender Nachfrage auf dem Weltmarkt der Kohlepreis steigen wird.

432. Der deutsche Bergbau fürchtet um seinen Absatz für den Fall, daß die Einfuhr von Kohle rasch liberalisiert wird. So wird bereits um die Aufstockung der Importkontingente in aller Regel hart gerungen. Die Kraftwerke sind gehalten, in einem bestimmten

Umfang heimische Kohle zu verfeuern. Der Kohlepfennig schafft eine weitere Präferenz für deutsche Kohle. Immer wird auch darauf verwiesen, daß heimische Kohle auf Halde liegt und Überschüsse zu Preisen, die unter den Gewinnungskosten liegen, exportiert werden müssen. Die Absatzschwierigkeiten sind jedoch allein durch die hohen Kosten der heimischen Förderung bedingt. Bei den Importbeschränkungen zugunsten des Bergbaus ist unter den Protektionsgründen in den letzten Jahren das Argument in den Vordergrund getreten, daß deutsche Kohle besonders sichere Kohle sei. Da die Schutzmaßnahmen aber mit einem überhöhten Inlandspreis verbunden sind, behindern sie im Nebeneffekt einen stärkeren Einsatz von Kohle in der Energieversorgung. Wenn man den Substitutionsprozeß nicht behindern will, sollte als Grundsatz gelten, daß über die Menge der eingesetzten Kohle der Weltmarktpreis entscheiden muß. Der Anteil, den die deutsche Kohle haben soll, müßte durch flankierende Maßnahmen gesichert werden.

So könnte die Einfuhr liberalisiert und gleichzeitig das Schutzsystem umgebaut werden. Die Kokskohle wird für die Verwendung in der Stahlindustrie schon heute auf den Preis für Importkohle heruntergeschleust. Varianten, die auch andere Verwendungen von Kohle einbeziehen und bei denen der Kohlenbergbau stärker unter Wettbewerbsdruck bliebe, wären vorstellbar. In keinem Fall wäre es nötig, die derzeitige Kohleprotektion zu erhöhen.

433. Soll die Kohle in Zukunft eine zentrale Rolle in der deutschen Energieversorgung übernehmen, erscheint eine Revision der Kohlepolitik dringlich. Auch wenn man die Erhaltung und Steigerung der Förderkapazitäten des deutschen Kohlenbergbaus aus Gründen der Versorgungssicherheit für erstrebenswert hält, so könnte doch eine stark anwachsende Kohlenachfrage, die aus einem beschleunigten Substitutionsprozeß resultieren würde, aus deutschen Kohlevorkommen nicht befriedigt werden (Ziffer 423). In der Bundesrepublik müßte man sich verstärkt um den Zugang zu ausländischen Kohlevorkommen bemühen und langfristige Abnahmeverträge für Kohleimporte anbieten, damit auf diese Verträge hin im Ausland investiert werden kann.

Kraftwerksbau

434. Wenn nicht bald mehr Kraftwerke — ob auf der Basis von Kohle oder Kernenergie — gebaut werden, drohen in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre Engpässe in der Elektrizitätsversorgung. Der Substitutionsprozeß würde verzögert. Mit dem sogenannten Offenhalten von Optionen ist es nicht getan. Rechtsunsicherheit beim Bau und der Inbetriebnahme von Kraftwerken und Unklarheit über die künftigen Rahmendaten für die Energiewirtschaft müssen möglichst bald beseitigt werden. Eine solche Linie der Energiepolitik würde am ehesten in der Lage sein, die Risiken für Beschäftigung und Wachstum zu senken. Investitionen könnten in größerem Vertrauen darauf vorgenommen werden, daß die Stromversorgung gesichert ist und von daher die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Bundesrepublik nicht in Frage steht.

435. Doch mit dieser Linie der Energiepolitik sind auch Risiken verbunden. Kohlekraftwerke belasten die Umwelt mit Schadstoffen, insbesondere mit Kohlendioxyd. Die Sorge weiter Kreise der Bevölkerung vor den mit dem Ausbau der Atomenergie verbundenen Umweltrisiken ist groß. Sie begründet die Gefahr, daß es nicht gelingt, die erforderlichen Mehrheiten für eine Energiepolitik zu gewinnen. Die Fehleinschätzung dieser Gefahr hat bereits in der Vergangenheit dazu geführt, daß der Ausbau von Kernkraftwerken weit hinter den Zielen zurückgeblieben ist, die sich die Bundesregierung Ende der sechziger Jahre gesteckt hatte. Die heutigen Probleme sind nicht nur das Ergebnis der Preispolitik des OPEC-Kartells, sondern auch der Fehler und Fehleinschätzungen, die die Energiepolitik der Verbraucherländer in den zurückliegenden Jahren begangen hat.

Sparen beim Verbrauch

436. Wieweit die Energiepolitik mit der Substitutionsstrategie vorankommt, ist weniger eine ökonomische als eine politische Frage. Die spezifischen Hemmnisse, die hier eine Rolle spielen, gibt es bei der Sparstrategie nicht. Sparen ist nicht mit Umweltrisiken verbunden. Der Sparbedarf müßte durch Verbrauchseinschränkung, vor allem bei der Raumheizung und beim Autofahren gedeckt werden. Die Instrumente, die dazu eingesetzt werden können, sind aber ebenfalls umstritten. Außerdem ist es selbstverständlich eine Frage der Kosten, ob Sparen oder Substitution der richtige Weg ist, den Ölverbrauch zu senken.

Die einen meinen, daß verbrauchssparende Vorschriften — Gebote, Verbote, Kontingente — am wirkungsvollsten sind. Dadurch können die Sparziele unmittelbar angegangen werden. Der Weg stößt jedoch auf Bedenken, weil von Vorschriften nicht erwartet werden kann, daß sie den Ölverbrauch dort einschränken werden, wo dies nach dem Urteil derer, die das Öl verbrauchen, am billigsten möglich ist. Die damit verbundene staatliche Gängelei und erheblicher administrativer Aufwand sprechen überdies dagegen. Eine marktwirtschaftliche Lösung wäre das nicht.

Die anderen erwarten von den nunmehr erreichten hohen Preisen die erstrebte Sparwirkung. Der Erfolg dieser Maßnahmen ist im vorhinein weniger sicher, und es wird bezweifelt, daß die derzeitige Verteuerung des Öls ausreicht, um Sparmaßnahmen in dem für erforderlich erachteten Umfang hervorzubringen.

437. Zu fragen wäre deshalb, ob nicht ein dritter Weg gangbar ist. Er würde das Steuersystem, insbesondere die Mineralölsteuer auf Motorenbenzin und Heizöl nutzen, um den Endverbrauch von Mineralöl über das bisherige Maß hinaus zu verteuern, gleichsam im Vorgriff auf eine größere Knappheit in der Zukunft. Einer solchen Maßnahme kann,

wie auch dem Weg der Öleinsparung über die Preise, entgegengehalten werden, daß sie einkommensschwache Schichten besonders hart treffe, zum einen, weil bei ihnen der Ausgabenanteil für Heizung am Gesamtverbrauch überdurchschnittlich hoch sei, zum anderen, weil es ihnen schwerer falle, Ausweichmöglichkeiten, die Investitionen voraussetzen, wahrzunehmen. Soziale Härten müssen aber einer Politik der Öleinsparung über Preise und Steuern nicht entgegenstehen. Sie können durch flankierende Einkommens- und Umstellungshilfen abgemildert werden. Auch am Steuerwiderstand brauchte eine Sparstrategie über eine steuerliche Verteuerung des Ölverbrauchs nicht unbedingt zu scheitern. Die zusätzliche Steuerbelastung könnte durch Entlastung an anderer Stelle, etwa bei der Einkommensteuer, kompensiert werden. Soweit man die Steuererhöhung nicht voll durch Steuersenkungen auszugleichen braucht, entstünde Spielraum für die Finanzierung dringender Aufgaben, die andernfalls wegen der Notwendigkeit, die öffentlichen Haushalte zu konsolidieren zurückstehen müßten. Wie wir an anderer Stelle dieses Gutachtens dargelegt haben, ist nicht zuletzt die Aufgabe, bei der Entwicklungshilfe rasch voranzukommen, anscheinend auch darauf angewiesen, zusätzliche Einnahmen zu mobilisieren (Ziffer 520).

438. Bei einer steuerlichen Verteuerung des Öls wäre zu erwarten, daß private Haushalte, Unternehmen und Behörden Öl dort einsparen, wo ihnen das nach ihrem eigenen Urteil die geringsten Nachteile bringt. Eine stärkere Besteuerung des leichten Heizöls würde vor allem den Spar- und Substitutionsprozeß im Bereich der Raumheizung forcieren. In Neubauten würden weniger Ölheizungen eingebaut, das Umsteigen auf alternative Heizsysteme und Energieformen würde lohnender, mehr Maßnahmen zur besseren Wärmeisolierung von Häusern und Wohnungen würden rentabel.

439. Eine Steuer auf schweres Heizöl würde die Substitutionsanreize in der Industrie verstärken. Hier ist nach der Ölpreiserhöhung des Jahres 1973 der Umstellungsprozeß bereits am stärksten vorangekommen. Dies heißt keineswegs, daß damit die Umstellungsmöglichkeiten erschöpft sind. Die Industrie müßte freilich auf ein größeres Angebot an Importkohle zurückgreifen können. Auch ist zu bedenken, daß eine solche Steuer, sofern sie nicht in allen Ländern gleichzeitig eingeführt wird, die Wettbewerbsfähigkeit dort empfindlich schwächen kann, wo Umstellungsprozesse nicht oder nur unter unverhältnismäßig hohen Kosten vollzogen werden können. Deshalb mag erwogen werden, den nichtenergetischen Verbrauch von Mineralöl von der Besteuerung freizustellen.

440. Bei einer höheren Besteuerung von Kraftstoffen schließlich wäre zu erwarten, daß Sparprozesse dominieren würden, obwohl auch hier Substitutionsprozesse zwischen Verkehrsträgern mit unterschiedlichem Energieeinsatz, wie zum Beispiel zwischen Straße und Schiene, keineswegs ausgeschlossen sind. Öleinsparungen könnten sich zum einen daraus ergeben, daß weniger und langsamer gefahren wird, zum anderen aber auch dadurch, daß sparsamere Kraftwagen entwickelt und bevorzugt gekauft werden.

In der steuerpolitischen Diskussion ist auch vorgeschlagen worden, zum Ausgleich für eine Erhöhung der Steuer auf Motorenbenzin die Kraftfahrzeugsteuer wegfallen zu lassen. Dadurch würden ebenfalls Einspareffekte erzielt, aber möglicherweise etwas weniger als im Falle einer Beibehaltung der Kraftfahrzeugsteuer und gleichzeitiger Senkung der Einkommensteuer. Im übrigen spricht manches dafür, den sogenannten ruhenden Verkehr auch weiterhin zu belasten.

441. Befürchtet wird, daß eine steuerliche Verteuerung des Ölverbrauchs die ölproduzierenden Länder veranlassen könnte, ihrerseits den Ölpreis zu erhöhen. Denn es sei nicht einzusehen, so heißt es, warum diese bereit sein sollten, einen Teil ihres möglichen Gewinns an die ölimportierenden Industrieländer abzugeben. Daß es zu einer solchen Reaktion kommen könnte, läßt sich nicht ausschließen, vor allem nicht, wenn sich alle Industrieländer gleichzeitig zu einem solchen Schritt entschließen würden. Aber sicher ist dies keineswegs. Denn der Ausgang eines Tauziehens um die Rente einer erschöpfbaren Ressource ist nicht von vornherein so klar entschieden, wie es angesichts der kurzfristig starken Abhängigkeit der ölverbrauchenden Länder den Anschein haben mag. Bereits die Erhebung einer Steuer auf die erschöpfbare Ressource Öl verändert in den Ölländern das Kalkül hinsichtlich der zeitlichen Verteilung der Ausbeutung der Rohölvorkommen. Da die Steuer den Spar- und Substitutionsprozeß forciert, würde die zukünftige Nachfrage nach Öl geringer ausfallen. Öl würde also in der Zukunft weniger knapp sein, und damit würde der Ölpreis in Zukunft weniger stark ansteigen können. Deshalb wäre es vorteilhafter, heute mehr Öl zu fördern und die Erlöse ertragbringend anzulegen, als es im Boden zu lassen und später zu fördern. Dies gilt um so mehr, je länger die Reichweite der Ölreserven ist, so daß gerade in Ländern mit großen Ölreserven der Anreiz zu einer Ausweitung der Förderkapazität steigen würde. Die ohnehin divergierenden Interessen der einzelnen Ölförderländer im Hinblick auf die zeitliche Verteilung der Ausbeutung der Rohölvorkommen würden durch eine Besteuerung des Öleinsatzes in den Verbraucherländern verstärkt und der Zusammenhalt des Anbieterkartells geschwächt. Ziehen andere Industrieländer in der Besteuerung des Öleinsatzes dauerhaft nicht mit, wiegt das Argument schwerer, daß der Vorteil einer Sicherung der Energieversorgung durch den Nachteil einer kostenungünstigeren Versorgung erkauft werden muß. Durch die steuerliche Verteuerung würde sich aber die Wirtschaft frühzeitig auf künftige Angebots- und Nachfragebedingungen einzustellen haben. Die Unternehmen wären dann eher als die anderer Länder mit Produkten am Weltmarkt, für die bei künftig steigenden Ölpreisen eine starke Nachfrage eintritt.

VIERTES KAPITEL

Für ein Angebot an die Entwicklungsländer

I. Herausforderung aus dem Süden

442. Eine große Mehrheit der Länder, die unter Armut und Unterentwicklung leiden, ist der Auffassung, daß ihr wirtschaftlicher Fortschritt durch die gegenwärtigen Spielregeln der Weltwirtschaft behindert wird. Nicht zuletzt ermutigt durch den Erfolg des OPEC-Kartells fordern die Entwicklungsländer eine neue Ordnung der Weltwirtschaft, von der sie

- freieren Zugang zu den Absatzmärkten für Halb- und Fertigwaren,
- günstigere Austauschbedingungen für Rohstoffe,
- mehr Kontrolle über ausländisches Kapital,
- einen möglichst kostenlosen Zugang zu den Technologien der Industrieländer,
- einen höheren Anteil an den Erträgen aus der Nutzung der Meeresschätze,
- eine nach Umfang und Konditionen großzügigere Entwicklungshilfe,
- einen Erlaß bisheriger Auslandsschulden sowie
- mehr Einfluß auf die internationale Währungspolitik und die Projektpolitik internationaler Organisationen

erhoffen. Wie immer man die Forderungen im einzelnen bewerten mag, ein zunehmender Teil der Welt stellt sich hinter sie und zwingt die Industrieländer dazu, ihre Entwicklungspolitik zu überdenken. Die Industrieländer sehen ihre Interessen durch die Forderungen bedroht, können aber mit einer überzeugenden entwicklungspolitischen Konzeption derzeit nicht aufwarten. Gewiß liegt es nicht nur an den weltwirtschaftlichen Bedingungen, daß die Entwicklungsländer so wenig Fortschritte gemacht haben, dennoch müssen sich die Industrieländer selbstkritisch fragen, ob nicht die Forderung nach neuen Spielregeln damit zusammenhängen könnte, daß sie sich an die alten nicht genug gehalten haben.

443. Mit dem Jahr 1979 geht die zweite Entwicklungsdekade zu Ende, deren Konzeption geprägt war von der Vorstellung, daß eine anhaltende Prosperität in den Industrieländern bei stabilen weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen auf die Entwicklungsländer durchwirkt, wenn nur durch die in Aussicht gestellte Zunahme der Entwicklungshilfe und eine Öffnung der Märkte die Startbedingungen für die Länder der Dritten Welt verbessert würden. Es hat an fast allen Vorbedingungen für einen solchen abgeleiteten Entwicklungsprozeß gefehlt, an einer anhaltenden Prosperität in den Industrieländern, an stabilen weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, an einem ausreichenden Umfang der Entwicklungshilfe und — trotz der gewährten Zollpräferenzen — auch an wesentlichen Liberalisierungsfortschritten; vielmehr haben sich Tendenzen eines neuen Protektionismus durchgesetzt.

Für die Entwicklungsländer insgesamt blieb das Wachstum des realen Sozialprodukts je Kopf und das der Industrieproduktion trotzdem nicht hinter den Dekadenzielen zurück und fiel auch deutlich kräftiger aus als in den Industrieländern. Dieses Durchschnittsergebnis wird allerdings bestimmt durch den Erfolg einer verhältnismäßig kleinen Gruppe von Ländern, die ungeachtet der Handelsschranken ihren Fertigwarenexport in die Industrieländer kräftig ausweiten konnte. Daneben steht, daß die Gruppe der erdölexportierenden Entwicklungsländer durch die Ölpreiserhöhung einen beachtlichen Ressourcentransfer auf sich ziehen konnte.

444. Obwohl der relative Abstand zwischen Industrieländern und Entwicklungsländern somit kleiner geworden ist, wird dies von der großen Mehrheit der Entwicklungsländer nicht als Erfolg gewertet. In der Tat sind Mißerfolge auf entscheidenden entwicklungspolitischen Gebieten nicht zu übersehen: Das Wachstum der Agrarproduktion blieb weit hinter den Zielgrößen zurück mit der Folge, daß in Anbetracht des raschen Bevölkerungswachstums die Ernährungslage in den Armutsgürteln Afrikas und Südasiens schlechter geworden ist. Fortschritte im Gesundheitsbereich und bei der Bekämpfung des Analphabetentums sind zu gering. Die Arbeitslosigkeit und das Massenelend in den großen Städten der Dritten Welt nehmen zu, selbst dort, wo ein kräftiges Industriewachstum zu verzeichnen ist. Die Auslandsverschuldung steigt in all den Ländern an, die ihr Öl und andere wichtige Importe teurer bezahlen müssen. Die Lehre, die die meisten Entwicklungsländer aus der zweiten Entwicklungsdekade ziehen, besteht denn auch darin, daß die Ziele zu global gesetzt waren und den entwicklungspolitischen Problemen nicht gerecht wurden. Worauf die Unterschiede im Erfolg der Entwicklungsländer beruhen, steht allerdings nicht im Mittelpunkt der Debatte. In den Vordergrund gerückt sind Vorstellungen über eine neue Weltwirtschaftsordnung, zu denen die Vereinten Nationen bereits allgemeine Beschlüsse gefaßt haben. Jetzt bereitet sich die internationale Staatengemeinschaft auf die dritte Entwicklungsdekade vor, deren Ziele und Grundsätze im nächsten Jahr von einer Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen für alle Länder konkret festgelegt werden sollen.

445. Ein weltweit orientiertes Industrieland wie die Bundesrepublik muß ein eminentes Interesse an der Frage haben, welche Ordnungsprinzipien in Zukunft für die Weltwirtschaft gelten sollen. Die Wie-

derherstellung eines möglichst freien Güter- und Kapitalverkehrs zwischen den Industrieländern war eine Vorbedingung für den wirtschaftlichen Aufstieg in der Nachkriegszeit. Bisher ist es nicht gelungen, die wirtschaftlichen Beziehungen zu den Entwicklungsländern in ähnlich freizügiger und stabiler Weise zu ordnen wie die unter den Industrieländern. Die dirigistischen Ordnungsvorstellungen, die die organisierte Gruppe der Entwicklungsländer durchzusetzen sucht, imitieren nicht zuletzt die handelspolitische Praxis der Industrieländer dort, wo diese ebenfalls wenig liberal ist. So sind Parallelen zwischen dem Integrierten Rohstoffprogramm, das die UNCTAD (Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung) anstrebt, und der Agrarpolitik der Europäischen Gemeinschaft unverkennbar. Die Handelsbarrieren, die die Industrieländer aufrechterhalten oder dulden, finden ihr Gegenstück in Vorstellungen der Entwicklungsländer zur „Organisation" des Handels, die auf eine Reglementierung des Warenaustausches hinauslaufen, und in Versuchen zur strikten Kontrolle der Auslandsinvestitionen. Mit Überzeugungskraft können die Industrieländer auf die Forderungen der Entwicklungsländer nur antworten, wenn es ihnen gelingt, von ihrer Seite den Circulus vitiosus des aufkommenden Dirigismus zu durchbrechen.

446. Es gehört zu den Aufgaben des Sachverständigenrates zu prüfen, welche der Lösungsvorstellungen in bezug auf die entwicklungspolitische Herausforderung, die die Diskussion bestimmen, mit den allgemeinen Zielen der Wirtschaftspolitik vereinbar erscheinen. Nicht umstritten ist, daß eine der weltwirtschaftlichen Entwicklung förderliche Politik betrieben werden soll; unterschiedliche Auffassungen bestehen jedoch darüber, wie das im Rahmen einer marktwirtschaftlichen Ordnung so bewerkstelligt werden kann, daß die inländischen Stabilitäts- und Beschäftigungsziele nicht gefährdet werden.

Die Bundesrepublik ist — allein und im Verein mit anderen Industrieländern — seit langem auf weitgesteckte entwicklungspolitische Ziele festgelegt. Im Vordergrund ihres entwicklungspolitischen Zielkatalogs steht die Öffnung der Märkte für die Produkte aus den Entwicklungsländern sowie die Bereitschaft, den damit verbundenen Strukturwandel im Inland nicht nur zuzulassen, sondern auch zu fördern. Zu Beginn der zweiten Entwicklungsdekade hat auch die Bundesrepublik als Ziel anerkannt, 0,7 vH ihres Bruttosozialprodukts in Form von öffentlicher Entwicklungshilfe an Länder der Dritten Welt weiterzuleiten. Sie will sich darüber hinaus um eine Ausweitung des privaten Kapital- und Technologieexports in die Entwicklungsländer ebenso bemühen wie um die Ausbildung von Fachkräften, die für den Erfolg aller Anstrengungen unentbehrlich sind. Auf vielen dieser Gebiete klafft eine Lücke zwischen Zielen und Wirklichkeit. Meist sind es kurzfristig drängende Beschäftigungssorgen und Finanzierungsprobleme, die Fortschritte behindern.

447. Im Verlauf der siebziger Jahre ist in der Bundesrepublik die Furcht aufgekommen, ein verstärkter Kapital- und Technologieexport in die Entwicklungsländer könne im Zusammenspiel mit den niedrigen Löhnen in diesen Ländern weite Bereiche der heimischen Wirtschaft in Existenznot bringen und Arbeitsplätze gefährden. Anlaß dazu bot ein starker Anstieg der Fertigwarenexporte aus Entwicklungsländern, die eine weltmarktorientierte Industrialisierungspolitik verfolgen. In der Bundesrepublik wurde der Anpassungdruck, der daraus resultierte, in den siebziger Jahren wirksam, als die Beschäftigung rückläufig und der Zwang zum Strukturwandel ohnehin schon sehr stark waren. Einzelne Wirtschaftsbereiche verloren angestammte Märkte, Unternehmen mußten schließen, wenn sie ihr Produktionsprogramm nicht rechtzeitig umstellen konnten. Für viele Arbeitnehmer war dies mit sozialen Härten und Kosten verbunden, mit der Notwendigkeit zur beruflichen Umstellung, vielfach mit Arbeitslosigkeit. Die Zuversicht, daß das marktwirtschaftliche System den Strukturwandel leicht bewältigen kann, ist im Bewußtsein vieler Bürger erschüttert worden. Das hat die Haltung der Öffentlichkeit zur Entwicklungspolitik nicht positiv beeinflußt, obwohl die Ursachen dafür, daß sich das Klima für den Strukturwandel verschlechtert hat, am wenigsten in den Entwicklungsländern zu suchen sind. In den Hintergrund getreten ist die Einsicht, daß eine intensive Arbeitsteilung große Chancen in sich birgt, für das wirtschaftliche Wachstum ebenso wie für die Stabilität des Preisniveaus.

Der Wirtschaftspolitik kann zwar Zeitpunkt und Tempo der Anpassung nicht gleichgültig sein, ihre Grundlinie in bezug auf die Integration der Entwicklungsländer sollte sie jedoch mit Ehrgeiz festlegen; ein hoher Beschäftigungsstand ist auch bei offenen Märkten möglich. Auf die Dauer ist allemal Öffnung der Märkte günstig für die Beschäftigung. Die Strategie muß deshalb nicht auf den Schutz und die Erhaltung bestehender Produktionsbereiche ausgerichtet sein, sondern auf die Erschließung neuer Märkte, damit als Ersatz für wegfallende Arbeitsplätze genügend neue geschaffen werden.

448. Entwicklungspolitik durch Marktöffnung und Teilhabe am internationalen Handel mit Fertigwaren kommt allerdings vorläufig nur den wenigen Entwicklungsländern zugute, die schon in der Lage sind, solche Güter zu exportieren. Die meisten Entwicklungsländer, die sich erst im Anfangsstadium ihrer Industrialisierung befinden, werden noch für lange Zeit auf den Export von Rohstoffen und Agrarerzeugnissen angewiesen sein. Sie sehen ihre wirtschaftliche Entwicklung durch Instabilität auf den Rohstoffmärkten und streng reglementierte Agrarmärkte der Industrieländer behindert. Die Weltrohstoffmärkte zu stabilisieren und vor einem Dirigismus zu bewahren und die Agrarmärkte gegen etablierte Schutzinteressen in den Industrieländern zu öffnen, sind zwei Ziele auch der Entwicklungspolitik, deren Verknüpfung häufig übersehen wird.

449. Ein weiterer Schwerpunkt der Entwicklungspolitik wird auch in Zukunft die Entwicklungshilfe sein, insbesondere zugunsten der ärmsten Länder, deren Exportbasis noch sehr schwach ist und die noch wenig Anziehungskraft auf private Kapitalgeber ausüben. Allerdings dürften die Industrieländer überfordert sein, wenn ihnen eine umfassende Ver-

antwortung für das Wohlergehen der Entwicklungsländer zugewiesen würde. Entwicklungshilfe kann eigene Bemühungen der Entwicklungsländer zur Überwindung von Armut und Unterentwicklung nur sehr begrenzt, unter guten Rahmenbedingungen aber sehr effektiv unterstützen, ersetzen kann sie sie auf keinen Fall. Der Erfolg der Entwicklungshilfe hängt vom Erfolg der Maßnahmen ab, die Entwicklungsländer selbst ergreifen, um eine wirtschaftliche und soziale Ordnung in ihren Ländern herbeizuführen, die wirtschaftliches Wachstum begünstigt. Die Bundesrepublik ist daran interessiert, daß die Entwicklungsländer als weltwirtschaftliche Partner heranwachsen.

450. Die Vorstellung, nach der die Entwicklungsländer stärker in die weltwirtschaftliche Arbeitsteilung integriert werden sollen, ist nicht unumstritten. In den Ländern der Dritten Welt wie auch bei uns sind Kräfte wirksam, die angesichts der ungelösten weltwirtschaftlichen Probleme, aber auch aus Skepsis gegenüber den Vorteilen freier Märkte einen nach innen gewandten, „alternativen" Entwicklungsprozeß favorisieren. Einen solchen Weg finden viele Entwicklungsländer nicht allein deshalb attraktiv, weil sie sich durch das gegenwärtig praktizierte System der internationalen Arbeitsteilung benachteiligt oder gar geschädigt sehen. Sie versprechen sich davon auch den Erhalt von Lebensformen und Werthaltungen, die ihnen bei einer wirtschaftlichen Entwicklung nach westlichem Muster, unter Beteiligung westlichen Kapitals, westlicher Technologie und multinationaler Unternehmen bedroht zu sein scheinen. Außerdem wird argumentiert, daß die Orientierung an der Überflußzivilisation gesellschaftliche Instabilität schaffe, weil hochgespannte Konsumwünsche schneller auf Erfüllung drängen, als es möglich ist, diese zu befriedigen.

451. Es mag durchaus sein, daß sich Länder aus diesen oder anderen Gründen für einen „alternativen" Entwicklungspfad entscheiden. Das ist zu respektieren. Jedes Land muß selbst entscheiden, welchen entwicklungspolitischen Weg es wählt (wie unvollkommen sein Entscheidungsmechanismus auch immer sein mag). Es sollte jedoch nicht zu einer Entscheidung für den inneren Weg gezwungen werden, weil der äußere versperrt ist. Selbst wenn die Bedingungen für eine weltoffene Entwicklungsstrategie günstiger wären, wird es Länder geben, die sich ihrer eigenen Tradition mehr verbunden fühlen als den Chancen, die die weltwirtschaftliche Arbeitsteilung und eine rasche Industrialisierung bieten. Ein Argument gegen eine Entwicklungspolitik der Industrieländer, die den Entwicklungsländern die weltwirtschaftliche Option eröffnet, läßt sich daraus nicht ableiten.

452. Auch der mögliche Einwand, daß die Ursachen von Armut und Unterentwicklung mehr in den Entwicklungsländern selbst zu suchen sind als in den weltwirtschaftlichen Beziehungen, ist kein durchschlagendes Argument gegen eine Verbesserung der weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen für den Entwicklungsprozeß. Oft folgen interne Ineffizienz und unzureichendes Wachstum daraus, daß der Kontakt zu den Signalen des Weltmarktes gestört ist. Solange der Zugang zu den Märkten in den Industrieländern behindert oder gar versperrt ist, werden die Entwicklungsländer, die ihre Industrialisierung vorantreiben wollen, in die Importsubstitution verwiesen; sie schotten sich dann von der Auslandskonkurrenz ab. Der Spielraum für interne Ineffizienz und die Gefahr von Wachstumsengpässen ist um so geringer, je mehr die Industrieländer die Option für eine Integration in die Weltwirtschaft eröffnen, die es dann erlaubt, die Inlandsproduktion in großem Umfang der Konkurrenz des Weltmarktes auszusetzen.

453. Gegen das Integrationskonzept wird außerdem ins Feld geführt, daß ein exportorientiertes Wachstum den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Status quo zementiere, insbesondere eine duale Wirtschaftsstruktur mit einer extrem ungleichen Einkommensverteilung in den einzelnen Entwicklungsländern fördere. Käme es etwa durch eine Bodenreform, so wird argumentiert, zur Stärkung der Massenkaufkraft, wäre auch eine binnenmarktorientierte Entwicklung ein gangbarer Weg. Die Erfahrung zeigt freilich, daß vor allem die Länder erfolgreich waren, die exportorientierte Strategien verfolgt haben. Im übrigen gibt es auch Länder, die institutionelle Reformen im Innern mit Exportstrategien verbunden haben, und dies mit Erfolg. Der Optionswert einer auf Integration abzielenden Entwicklungspolitik wird nicht dadurch geschmälert, daß es an anderen, namentlich internen entwicklungspolitischen Vorbedingungen mangelt. Die Industrieländer sollten mit einer Offerte nicht zögern.

454. Die Bundesrepublik kann nicht auf allen Gebieten in eigener Verantwortung eine Wende in der entwicklungspolitischen Praxis herbeiführen. Die Handelspolitik zum Beispiel ist eine Angelegenheit der Europäischen Gemeinschaft. Die Bundesrepublik kann jedoch wie kaum ein anderes Land zu einer weltoffenen handelspolitischen Konzeption der Gemeinschaft beitragen. Der Bereich des privaten und öffentlichen Ressourcentransfers liegt noch weitgehend in nationaler Zuständigkeit. Länder wie Schweden, Norwegen, Dänemark und Holland sind Beispiele dafür, daß es möglich ist, das gesteckte Ziel in der öffentlichen Entwicklungshilfe zu erfüllen. Den dirigistischen Forderungen der Entwicklungsländer kann die Bundesrepublik nicht entgegenkommen, wenn sie ihren eigenen Prinzipien treu bleiben will. Um so mehr sollte sie bemüht sein, den Weg mit Konsequenz zu gehen, der ihren Ordnungsvorstellungen entspricht.

455. Die Gebiete, auf denen ein entwicklungspolitisches Entgegenkommen der Industrieländer vor allem gefordert sein wird, betreffen

- die Handels- und Strukturpolitik,
- die Rohstoffpolitik,
- die Maßnahmen zur Förderung des privaten Kapital- und Technologietransfers und
- die Entwicklungshilfe.

Das Interesse der einzelnen Entwicklungsländer an diesen Maßnahmen ist verschieden stark, je nach den Problemen, die jeweils bei ihnen im Vordergrund stehen, und den Schlüssen, die sie aus den bisherigen Erfahrungen ziehen. Dennoch ist die Solidarität aller Entwicklungsländer ein prägendes Merkmal der internationalen Entwicklungspolitik seit Mitte der siebziger Jahre. Aktionsprogramme, die von allen Ländern ungeachtet ihrer jeweiligen Interessen gemeinsam getragen werden, bestimmen seit Jahren die Diskussion. Zu nennen sind insbesondere das UNIDO-Programm für eine beschleunigte industrielle Entwicklung, das Aktionsprogramm des Internationalen Arbeitsamtes zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit und der Massenarmut sowie das UNCTAD-Programm, das auf Handelsausweitung und Ordnung der Rohstoffmärkte abzielt. Vor allem auf diesen Gebieten werden Antworten der internationalen Entwicklungspolitik erwartet.

II. Bilanz einer Dekade

456. Sieht man von den erdölexportierenden Ländern ab, so haben — wie erwähnt — jene Entwicklungsländer ihr Pro-Kopf-Einkommen am stärksten erhöhen können, die in der Lage waren, das Industriewachstum voranzutreiben (Tabelle 36).

Nach einer jährlichen Zunahme der Produktion im verarbeitenden Gewerbe von 7,5 vH für alle Entwicklungsländer im Zeitraum von 1970 bis 1976 besteht gute Aussicht, daß der für die zweite Entwicklungsdekade vorgegebene Zielwert — 8 vH — erreicht wird. Weit unter dem Durchschnitt werden freilich die afrikanischen Länder liegen und einige Länder in Südost-Asien. Weit über dem Durchschnitt liegen Taiwan, Malaysia, Süd-Korea, Thailand, Singapur, Hongkong und der Vordere Orient. In der Karibik und in Lateinamerika konnte die Zielvorgabe dagegen knapp erreicht werden.

Die erfolgreichen Länder Südost-Asiens und Lateinamerikas bilden zusammen mit den meisten Entwicklungsländern im Mittelmeerraum die Gruppe der sogenannten Schwellenländer mit einer Bevölkerung von rund 300 Millionen Menschen [1]). Das sind Entwicklungsländer, die über ein exportorientiertes Wachstum zu einer raschen Industrialisierung ihrer Wirtschaft gelangt sind. Sie erreichten im Jahre 1977 ein durchschnittliches Pro-Kopf-Einkommen von fast 1 600 Dollar. Die Zuwachsrate des Pro-Kopf-Einkommens lag im Zeitraum von 1970 bis 1977 nur in einem Land dieser Gruppe unter dem Zielwert von 3,5 vH, der Durchschnitt lag weit darüber. Der Industrialisierungsgrad beträgt in allen Ländern mehr als 30 vH, die Analphabetenquote liegt in keinem dieser Länder über 30 vH. Vorwiegend aus diesen Ländern sowie aus Indien und Israel kam die Zunahme der Industrieexporte der Entwicklungsländer in den siebziger Jahren. Auch sind es gerade diese Länder, die an einem besseren Marktzugang im Bereich industrieller Fertigwaren interessiert sind.

457. Enttäuschend verlief das Wachstum in den Regionen der Welt, die fast ausschließlich von der Landwirtschaft und der Rohstoffproduktion abhängen. Der Optimismus, der Ende der sechziger Jahre als Folge der sogenannten Grünen Revolution aufkam, hatte für die zweite Entwicklungsdekade einen Zielwert von 4 vH für die landwirtschaftliche Produktion erreichbar erscheinen lassen. Von 1970 bis 1978 wurde aber nur eine jährliche Zuwachsrate von 2,6 vH verwirklicht. Besonders unbefriedigend verlief die Entwicklung in den fast ausschließlich landwirtschaftlich orientierten Ländern Afrikas, in denen nicht zuletzt als Folge von Naturkatastrophen die landwirtschaftliche Produktion nur wenig zunahm, je Einwohner gerechnet sogar abnahm.

In der Gruppe der ärmsten Länder [1]), die sich außer aus den afrikanischen Ländern südlich der Sahara vorwiegend aus den bevölkerungsreichsten Ländern Südasiens zusammensetzt und eine Bevölkerung von rund 1,2 Milliarden Menschen mit einem Pro-Kopf-Einkommen von weniger als 300 Dollar umfaßt, wurde 1977 nur ein durchschnittliches Pro-Kopf-Einkommen von rund 170 Dollar erzielt. Der Industrialisierungsgrad liegt in diesen Ländern im Durchschnitt bei 25 vH, Devisen können fast nur durch den Export agrarischer oder mineralischer Rohstoffe erzielt werden. Die durchschnittliche Lebenserwartung der Bevölkerung beträgt 50 Jahre; die Analphabetenquote beträgt noch immer 64 vH. Es sind diese Länder, die auf die direkte Hilfe der Industrieländer, ob Kapitalhilfe, technische Hilfe, Gesundheitsfürsorge, Ausbildungshilfe oder Nahrungsmittelhilfe, angewiesen sind und die sich auch von der internationalen Rohstoffpolitik sowie einer Liberalisierung der Agrarpolitik der Industrieländer eine Besserung ihrer Lage erhoffen.

458. Eine Sonderstellung nehmen die erdölexportierenden Länder ein. Auf Entwicklungshilfe sind die meisten von ihnen nicht angewiesen: Einige von ihnen stellen anderen Entwicklungsländern sogar beträchtliche Kapitalhilfe zur Verfügung. In den arabischen Ländern dieser Gruppe blieb die Industrialisierung weit zurück; der Anteil verarbeiteter Produkte am Bruttoinlandsprodukt lag 1977 kaum höher als 10 vH. Infolge der hohen Erdöl-Exporterlöse konnten die arabischen Ölförderländer 1976 allerdings ein Pro-Kopf-Einkommen von über 1 500 Dollar erzielen, in einzelnen Ländern sogar noch weit mehr. Einige der Ölförderländer, wie Indonesien, Irak, Nigeria, Gabun und Ecuador haben nach Pro-Kopf-Einkommen und nach ihrer internen Struktur mit den ärmsten Ländern vieles gemeinsam.

459. Ein Vergleich der Produktionsentwicklung in den einzelnen Ländern vernachlässigt die Einkom-

[1]) Die OECD bezeichnet diese Gruppe als „newly industrialising countries" und rechnet dazu folgende Länder: Brasilien, Griechenland, Hongkong, Jugoslawien, Mexico, Portugal, Singapur, Spanien, Süd-Korea und Taiwan.

[1]) Die Weltbank rechnet hierzu Länder mit einem durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen von weniger als 300 Dollar. Das sind derzeit 37 Länder.

Tabelle 36

Zur Bilanz der zweiten Entwicklungsdekade

Entwicklungsländer insgesamt

	Zielvorgabe der Vereinten Nationen[1]) für die zweite Dekade	Tatsächliche Entwicklung 1970 bis 1977	UNCTAD-Prognose 1970 bis 1980[2])
	Durchschnittlich jährliche Veränderung in vH		
Reales Bruttoinlandsprodukt	6	5,8	5,5
Reales Bruttoinlandsprodukt je Einwohner	3,5	3,2	.
Produktion im Verarbeitenden Gewerbe	8	7,5[a])	.
Produktion in der Landwirtschaft	4	2,6[b])	.
Exporte (nach Importkaufkraft)	7	9,1[b])	8,7
Import (real)	7	9,1[b])	7,8
Entwicklungshilfe der Industrieländer[3])	0,7	0,33[b])	.

[1]) Resolution 2626 (XXV) der Generalversammlung vom 24. Oktober 1979.
[2]) „World Economic Outlook, 1979 bis 1980" vom 14. September 1979.
[3]) Im Verhältnis zum Bruttosozialprodukt der Industrieländer in vH.
[a]) 1970 bis 1976.
[b]) 1970 bis 1978.

Reales Bruttoinlandsprodukt und Bruttoinlandsprodukt je Einwohner

Durchschnittlich jährliche Veränderung 1970 bis 1977 in vH

	Bruttoinlandsprodukt	
	insgesamt	je Einwohner
Entwicklungsländer ohne ölexportierende Länder	5,3	2,8
Entwicklungsländer insgesamt	5,8	3,2
darunter:		
ölexportierende Länder[1])	8,1	5,3
Fertigwaren exportierende Länder[2])	7,1	4,4
am wenigsten entwickelte Länder[3])	3,2	0,7
sonstige Länder	4,2	1,8
Nach Regionen:		
Afrika	4,7	2,0
Lateinamerika	6,0	3,2
Asien	6,0	3,5
Nach Einkommensgruppen:		
über 800 US-Dollar	6,8	4,0
400 bis 800 US-Dollar	6,5	3,7
unter 400 US-Dollar	3,6	1,2
Industrieländer	3,4	2,5

[1]) Algerien, Angola, Bahrain, Brunei, Ecuador, Gabun, Indonesien, Iran, Irak, Katar, Kuwait, Libyen, Nigeria, Oman, Saudi-Arabien, Trinidad und Tobago, Venezuela,
[2]) Argentinien, Brasilien, Hongkong, Mexiko, Südkorea, Singapur.
[3]) Äthiopien, Arabische Republik Jemen, Afghanistan, Bangladesch, Benin, Bhutan, Botswana, Burundi, Gambia, Guinea, Haiti, Kapverdische Inseln, Komoren, Laos, Lesotho, Malawi, Malediven, Mali, Nepal, Niger, Obervolta, Ruanda, Samoa, Somalia, Sudan, Tansania, Tschad, Uganda, Volksrepublik Jemen, Zentralafrikanische Republik.

Quelle: UNCTAD

mensverschiebungen, die sich aufgrund von Veränderungen der Terms of Trade, das heißt des Verhältnisses der Durchschnittswerte der Ausfuhr zu den Durchschnittswerten der Einfuhr ergeben haben. Die Veränderung dieses realen Austauschverhältnisses war in den siebziger Jahren für fast alle Länder von dem starken Anstieg des Ölpreises geprägt. Im Verhältnis zwischen den Entwicklungsländern, die kein Öl exportieren, und den Industrieländern hat sich kaum eine Veränderung ergeben (Tabelle 37). Einzelne Entwicklungsländer konnten in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre von stark steigenden Preisen einzelner Rohstoffe profitieren.

460. *Als Maßstab für die Änderung der internationalen Einkommensverteilung durch Handel sind die Terms of Trade nur bedingt tauglich. Die Indizes sind nicht von Qualitätsverbesserungen und Verschiebungen im Warenkorb bereinigt. Da insbesondere Qualitätsverbesserungen bei den Fertigerzeugnissen, die Entwicklungsländer überwiegend importieren, häufiger sind als bei Rohstoffen und sonstigen Primärgütern, aus denen der größte Teil der Exporte dieser Länder besteht, ist nicht jede gemessene Verschlechterung der Terms of Trade der Entwicklungsländer eine tatsächliche Verschlechterung. Ein Verfahren, nach dem solche Verzerrungen ausgeschaltet werden könnten, gibt es derzeit nicht. Ebenfalls nicht genau feststellen läßt sich die Entwicklung der Produktivität bei der Herstellung der Güter, die international gehandelt werden. Solche Produktivitätstrends müßten berücksichtigt werden, bevor man von Änderungen der Terms of Trade auf Änderungen der internationalen Einkommensverteilung schließt.*

461. Welches Gewicht man diesem methodischen Bedenken auch immer beimißt, an Plausibilität hat es der These nie gemangelt, daß die Industrieländer ihren Produktivitätsfortschritt in Form höherer Einkommen intern verteilen, was steigende oder nur wenig sinkende Preise für ihre Produkte zur Folge hat, während die Entwicklungsländer mit ihren Primärgütern einem scharfen internationalen Wettbewerb ausgesetzt sind, der sie dazu zwingt, Produktivitätsfortschritte in Form sinkender Preise an das Ausland weiterzugeben. Solche Probleme sind nicht nur beim Warenaustausch zwischen Industrieländern und Entwicklungsländern relevant, sondern auch innerhalb der entwickelten Volkswirtschaften, wo sie in der Regel mit Schutzmaßnahmen zugunsten der benachteiligten Bereiche, vor allem der Landwirtschaft, beantwortet werden. Im Nord-Süd-Verhältnis werden sie als Begründung für die Entwicklungshilfe und eine internationale Rohstoffpolitik, die für „gerechte" Preise sorgt, herangezogen. Die richtige Antwort ist aber eigentlich Strukturwandel, wenn sich die relativen Preise dauerhaft ändern. Die Entwicklungsländer, die sich nun auf den Export von Fertigwaren konzentrieren, beschreiten diesen Weg. Für die armen Entwicklungsländer ist dieser Weg allerdings noch nicht gangbar oder verschlossen.

462. Das Konzept der einfachen Terms of Trade erlaubt für sich genommen auch noch keine Aussage darüber, wie sich die Kaufkraft der Exporte oder — was dasselbe ist — die von den Exporten abhängige Importkapazität verändert hat. Aufschluß hierüber erhält man dadurch, daß man die Exporterlöse auf die Importpreise bezieht (sogenannte Income Terms of Trade). Auch sinkende Terms of Trade können mit steigender Exportkaufkraft einhergehen, dann nämlich, wenn das Exportvolumen kräftig steigt. Tabelle 38 zeigt, daß sich für die Entwicklungsländer auch

Tabelle 37

Zum realen Austauschverhältnis[1]) der Entwicklungsländer

1970 = 100

Ländergruppe	1960	1965	1970	1973	1974	1975	1976	1977	1978
Entwicklungsländer ohne ölexportierende Länder	95	91	100	96	93	87	88	91	86
Entwicklungsländer insgesamt	100	94	100	105	172	164	170	170	151
darunter:									
ölexportierende Länder[2])	113	103	100	123	335	341	362	361	324
Fertigwaren exportierende Länder[3])	90	93	100	101	89	85	87	97	91
am wenigsten entwickelte Länder[4])	110	95	100	97	93	89	104	106	95
sonstige Länder	94	89	100	93	96	89	88	88	83
Industrieländer	96	98	100	99	87	90	89	89	91

[1]) Verhältnis der Ausfuhr zu den Durc Einfuhr in vH (Terms of Trade).
[2]) Algerien, Angola, Bahrain, Brunei, Ecuador, Gabun, Indonesien, Iran, Irak, Katar, Kuwait, Libyen, Nigeria, Oman, Saudi-Arabien, Trinidad und Tobago, Venezuela, .
[3]) Argentinien, Brasilien, Hongkong, Mexiko, Südkorea, Singapur.
[4]) Äthiopien, Arabische Republik Jemen, Afghanistan, Bangladesch, Benin, Bhutan, Botswana, Burundi, Inseln, Komoren, Laos, Lesotho, Malawi, Malediven, Mali, Nepal, Niger, Obervolta, Ruanda, Samoa, Somalia, Sudan, Tansania, Tschad, Uganda, Volksrepublik Jemen, Zentralafrikanische Republik.

Quelle: UNCTAD

dann eine deutliche Verbesserung ergeben hat, wenn man die ölexportierenden Länder außer Betracht läßt. Die Entwicklungsländer, die in hohem Maße verarbeitete Produkte exportieren, konnten seit 1970 infolge einer kräftigen Ausweitung ihrer Exportmengen ihre Importkapazität annähernd verdoppeln, obwohl ihre Terms of Trade sich verschlechtert haben. In den übrigen Entwicklungsländern hat sich die Importkapazität allerdings nur geringfügig verbessert. In den ärmsten Ländern war sie im Jahre 1978 sogar 16 vH niedriger als im Jahre 1970. Das bekannte Entwicklungsgefälle zeigt sich also auch hier.

463. Im Export von verarbeiteten Erzeugnissen scheint ein Weg zu liegen, der aus der Misere sinkender Exportkaufkraft herausführt. Seit den sechziger Jahren versuchen mehr und mehr Länder, vor allem in Lateinamerika und in Südost-Asien, über die Ausfuhr von Industriewaren stärker in die weltwirtschaftliche Arbeitsteilung integriert zu werden. Dagegen steht die oft nur geringe Bereitschaft der Industrieländer, ihre Märkte für Einfuhren aus Entwicklungsländern noch stärker als bisher zu öffnen und uneingeschränkt offenzuhalten. Nicht zuletzt aus diesem Grunde sind spektakuläre Marktanteilsgewinne der Entwicklungsländer unterblieben. Immerhin expandierten die Exporte von verarbeiteten Produkten aus Entwicklungsländern von 1960 bis 1976 real mit einer jährlichen Zuwachsrate von etwa 13 vH, während die Weltausfuhr dieser Produkte dem Volumen nach nur um 9 vH je Jahr zunahm. In der Bundesrepublik stammten 1978 zwar nur 8,5 vH der Importe von verarbeiteten Erzeugnissen aus Entwicklungsländern, in einzelnen Bereichen war der Marktanteil dieser Länder aber wesentlich höher, so 31 vH bei Bekleidungswaren, 18 vH bei Ledererzeugnissen, 18 vH bei Textilien und 17 vH bei Erzeugnissen des holzbearbeitenden Gewerbes. Kräftige Zunahmen waren in den letzten Jahren auch bei Metallwaren und einfachen Maschinen zu verzeichnen. Stärker noch als in der Bundesrepublik ist die Marktposition der Entwicklungsländer in den Vereinigten Staaten, Großbritannien und in den skandinavischen Ländern. Als Exporteure von verarbeiteten Produkten konnten jedoch bisher nur wenige Entwicklungsländer hervortreten. So wird gut die Hälfte der verarbeiteten Exportprodukte aller Entwicklungsländer in fünf Ländern Südost-Asiens hergestellt, in Hongkong, Taiwan, Korea, Indien und Singapur. Aus den „newly industrialising countries" stammen drei Viertel der ausgeführten verarbeiteten Produkte von Entwicklungsländern. Aus den afrikanischen Entwicklungsländern werden dagegen fast keine verarbeiteten Produkte exportiert, nur rund $3^1/_2$ vH der Gesamtausfuhr aller Entwicklungsländer im Bereich der verarbeiteten Produkte kommen aus dieser Region, wobei Ägypten führend ist.

464. Die unbefriedigende Außenhandelssituation der meisten Entwicklungsländer steht in direktem Zusammenhang mit dem hohen Anteil der Rohstoffe an ihrer Ausfuhr. Bei den Ländern mit einem Pro-Kopf-Einkommen von weniger als 300 Dollar be-

Tabelle 38

Zur Importkapazität[1]) der Entwicklungsländer

1970 = 100

Ländergruppe	1960	1965	1970	1973	1974	1975	1976	1977	1978
Entwicklungsländer ohne ölexportierende Länder	59	72	100	124	123	113	134	145	148
Entwicklungsländer insgesamt	58	72	100	137	199	176	211	220	204
darunter:									
ölexportierende Länder[2])	54	73	100	163	374	318	382	380	323
Fertigwaren exportierende Länder[3])	51	63	100	153	139	129	162	184	201
am wenigsten entwickelte Länder[4])	70	85	100	85	76	70	87	97	84
sonstige Länder	59	73	100	113	116	108	122	129	128
Industrieländer	42	62	100	130	122	121	133	139	150

[1]) Verhältnis der Exporterlöse zu den Durchschnittswerten der Einfuhr in vH (Income terms of trade).
[2]) Algerien, Angola, Bahrain, Brunei, Ecuador, Gabun, Indonesien, Iran, Irak, Katar, Kuwait, Libyen, Nigeria, Oman, Saudi-Arabien, Tobago, Venezuela, Vereinigte Arabische Emirate.
[3])
[4]) Äthiopien, Arabische Republik Jemen, Afghanistan, Bangladesch, Benin, Bhutan, Botswana, Burundi, Gambia, Guinea, Haiti, Kapverdische Inseln, Komoren, Laos, Lesotho, Malawi, Malediven, Mali, Nepal, Niger, Obervolta, Ruanda, Samoa, Somalia, Sudan, Tansania, Tschad, Uganda, Volksrepublik Jemen, Zentralafrikanische Republik.

Quelle: UNCTAD

trug dieser Anteil im Jahre 1975 über 90 vH, bei dreizehn Ländern sogar über 95 vH. Gegenüber 1960, als der Rohstoffanteil größtenteils noch nahezu 100 vH betrug, ist eine allmähliche Zunahme des Gewichts verarbeiteter Exportprodukte festzustellen. In den Entwicklungsländern mit einem Pro-Kopf-Einkommen von über 300 Dollar bestanden 1975 noch 80 vH der Ausfuhr aus Rohstoffen, verglichen mit 95 vH im Jahre 1960. Die vergleichsweise geringen Zuwachsraten des Welthandels mit Rohstoffen brachten es mit sich, daß die Exporterlöse dieser Länder, insbesondere aber der wenig entwikkelten Länder, nur wenig stiegen. Für viele rohstoffexportierende Länder ergibt sich als weiteres Problem, daß sie auf den Export weniger Rohstoffe oder sogar nur eines einzigen angewiesen sind. Typische Beispiele für Länder mit einer wenig diversifizierten Exportstruktur sind Länder wie Burundi, Gambia und Sambia (Tabelle 39). Schwankungen der Absatzmengen bei den Rohstoffen führen unter diesen Bedingungen vor allem zu Instabilität bei den Exporterlösen, wenn sie durch Schwankungen der Nachfrage, wie sie zum Beispiel im Konjunkturzyklus auftreten, bedingt sind.

465. Mit Ausnahme weniger OPEC-Staaten haben sowohl die nichtölexportierenden Entwicklungsländer als auch die ölexportierenden Länder ihre durch den Export vergrößerte Importkapazität voll ausgeschöpft, ja die Importe sogar noch stärker gesteigert als die Exporte (Tabelle 41). Im Zuge dieser Außenhandelsentwicklung stieg das Defizit der nicht erdölexportierenden Entwicklungsländer aus dem Handels- und Dienstleistungsverkehr drastisch an (Tabelle 40). Im Jahre 1975, als sich die Wirkungen der Weltrezession und des Ölpreisanstiegs kumulierten, erreichte es mit 47 1/2 Mrd Dollar seinen bisherigen Höchstwert. Danach hat es sich etwas zurückgebildet, ist aber in letzter Zeit auch unter dem Einfluß anziehender Einfuhrpreise für Öl und Industriegüter wieder über den Wert von 1975 hinausgegangen.

Tabelle 39

Hauptexportprodukt ausgewählter Entwicklungsländer im Jahre 1975

Land	Hauptexport-produkt	Anteil an der Gesamt-ausfuhr in vH
Burundi	Kaffee	88,0
Chile	Kupfer	53,6
Dominikanische Republik	Zucker	62,8
Gambia	Erdnußprodukte	88,5
Ghana	Kakao	76,4
Liberia	Eisenerz	74,5
Mauretanien	Eisenerz	63,5
Marokko	Düngemittel	55,0
Ruanda	Kaffee	62,2
Sambia	Kupfer	89,6
Sierra Leone	Diamanten	59,7
Somalia	Lebende Tiere	68,5
Sri Lanka	Tee	49,2
Sudan	Baumwolle	45,2
Togo	Düngemittel	64,6
Tschad	Baumwolle	62,1
Uganda	Kaffee	75,8
Zaire	Kupfer	53,6

Quelle: UNCTAD

466. Zur Finanzierung ihrer Defizite waren die Entwicklungsländer in erster Linie auf internationale Bankkredite, insbesondere am Euromarkt, angewiesen. Noch im Jahre 1970 hatten die Entwicklungsländer bei privaten Banken weniger als eine Milliarde Dollar an Euro-Krediten aufgenommen; im Jahre 1978 betrug das Volumen dann schon 20 Mrd Dollar. Vermehrte private Direktinvestitionen kamen hinzu. In nicht unerheblichem Umfang, wenngleich weit hinter der Zielgröße zurückbleibend, konnte der Kapitalimport im Rahmen der Entwicklungshilfe gesteigert werden. Die dem Development Assistance Committee (DAC) der OECD angehörenden Länder erhöhten ihre offizielle Entwicklungshilfe von 6,8 Mrd Dollar im Jahre 1970 auf 18,3 Mrd Dollar im Jahre 1978 (Tabelle 42); davon flossen etwa 5 Mrd Dollar über multinationale Organisationen. Auch die OPEC-Länder vergaben von 1974 bis 1977 insgesamt rund 5 1/2 Mrd Dollar je Jahr an Entwicklungshilfe, vornehmlich zugunsten ärmerer arabischer Länder und Indiens. Die finanzielle Entwicklungshilfe der Staatshandelsländer ist dagegen unbedeutend. Sie belief sich 1977 auf 0,7 Mrd Dollar und war damit sogar noch geringer als 1970.

467. Die Kritik der Entwicklungsländer an den Industrieländern entzündet sich vornehmlich daran, daß die Entwicklungshilfe hinter dem vorgegebenen Ziel von 0,7 vH des Bruttosozialprodukts in allen größeren Ländern — insbesondere in der Bundesrepublik, den Vereinigten Staaten und Japan — zurückblieb. Zu Beginn der siebziger Jahre lag das Verhältnis aller offiziellen Leistungen zum Bruttosozialprodukt der Länder, die dem Development Assistance Committee angehören, bei 0,34 vH. Im Jahre 1978 erreichte es einen Wert von 0,32 vH, in den Vereinigten Staaten und in Japan waren es nur 0,23 vH und in der Bundesrepublik 0,31 vH. Dagegen haben Schweden, Norwegen, Dänemark und die Niederlande das Ziel von 0,7 vH merklich überschritten.

468. Der starke Rückgriff auf ausländisches Kapitalangebot führt zu einer beträchtlichen Zunahme der Verschuldung in fast allen Entwicklungsländern — vor allem jedoch bei den Ländern mit einem höheren Pro-Kopf-Einkommen. Nach Angaben des DAC erreichte Ende 1977 die Gesamtverschuldung von 140 Ländern in der Dritten Welt 244 Mrd Dollar,

Tabelle 40

Zahlungsbilanz der nicht-erdölexportierenden Entwicklungsländer

Mrd US-Dollar

	1970	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979[1])
Saldo aus Handels- und Dienstleistungsbilanz[2])	−11½	−12	−31½	−47½	−34½	−32½	−48	−59¼
Entwicklungshilfe (Zuwendungen)	+ 3½	+ 6	+ 8	+10	+ 9	+ 9½	+12½	+14
Leistungsbilanz	− 8	− 6	−23½	−37½	−25½	−23	−35½	−45¼
Kapitalverkehrsbilanz	+10	+13½	+25	+34½	+35	+35½	+50½	+52
Direktinvestitionen	+ 1½	+ 3	+ 3½	+ 3¼	+ 3¼	+ 4	+ 4½	+ 5¼
Entwicklungshilfe (Kredite)	+ 2¾	+ 4	+ 5¼	+ 7¼	+ 7	+ 6¾	+ 8½	+ 9½
Andere öffentliche Leistungen	+ 1¼	+ 2½	+ 3¼	+ 4½	+ 4½	+ 4¼	+ 5	+ 5½
Portfolioinvestitionen	+ ½	+ 3	+ 3½	+ 3½	+ 5	+ 8½	+15	+16
Öffentliche Exportkredite	+ 1½	+ ½	+ 1¼	+ 2	+ 3¼	+ 4¾	+ 5½	+ 6½
Andere Kapitalströme[3])	+ 2½	+ ½	+ 8¼	+14	+12	+ 7½	+12	+ 9
Netto-Transaktionen der Währungsbehörden	+ 2,1	+ 7,5	+ 1,5	− 2,9	+ 9,6	+12,4	+15,5	+ 7
Andere öffentliche Finanzierung	+ 0,3	+ 0,1	+ 1,3	+ 1,8	+ 2,0	− 0,4	− 0,5	+ 1
Nachrichtlich: Brutto-Euromarktverschuldung	+ ½	+ 4½	+ 7¼	+ 8½	+11	+11½	+20	

[1]) Eigene Schätzung aufgrund von Unterlagen internationaler Organisationen.
[2]) Einschließlich privater Übertragungen.
[3]) *Einschließlich Eurokredite und Restposten der Zahlungsbilanz.*

Quelle: OECD

Tabelle 41

Exporte und Importe der Entwicklungsländer

Ländergruppe	1970 bis 1978	1970	1978
	Durchschnittlich jährliche Veränderung in vH[1])	Mrd US-$	
		Exporte	
Entwicklungsländer ohne ölexportierende Länder	*18,9*	37,1	145,8
Entwicklungsländer insgesamt	*23,9*	56,1	294,7
darunter:			
ölexportierende Länder[2])	*30,0*	19,0	148,8
Fertigwaren exportierende Länder[3])	*22,1*	10,8	58,4
am wenigsten entwickelte Länder[4])	*11,3*	2,2	4,6
sonstige Länder	*17,7*	24,1	82,8
Industrieländer	*17,4*	225,0	867,7
		Importe	
Entwicklungsländer ohne ölexportierende Länder	*19,4*	45,1	187,8
Entwicklungsländer insgesamt	*22,5*	56,0	288,8
darunter:			
ölexportierende Länder[2])	*30,9*	10,9	101,0
Fertigwaren exportierende Länder[3])	*20,3*	14,2	68,4
am wenigsten entwickelte Länder[4])	*16,3*	3,0	9,9
sonstige Länder	*19,1*	27,8	109,5
Industrieländer	*17,8*	237,4	911,5

[1]) Gerechnet mit einer exponentiellen Trendfunktion.
[2]) Algerien, Angola, Bahrain, Brunei, Ecuador, Gabun, Indonesien, Iran, Irak, Katar, Kuwait, Libyen, Nigeria, Oman, Saudi-Arabien, Trinidad und Tobago, Venezuela, Vereinigte Arabische Emirate.
[3]) Argentinien, Brasilien, Hongkong, Mexiko, Südkorea, Singapur.
[4]) Äthiopien, Arabische Republik Jemen, Afghanistan, Bangladesch, Benin, Bhutan, Botswana, Burundi, Gambia, Guinea, Haiti, Kapverdische Inseln, Komoren, Laos, Lesotho, Malawi, Malediven, Mali, Nepal, Niger, Obervolta, Ruanda, Samoa, Somalia, Sudan, Tansania, Tschad, Uganda, Volksrepublik Jemen, Zentralafrikanische Republik.

Quelle: UNCTAD

verglichen mit 74 Mrd Dollar im Jahre 1970. Die Zahlenangaben der Weltbank, die sich auf die Auslandsverschuldung der öffentlichen Stellen von 96 Entwicklungsländern beziehen, wiesen für 1976 eine Verschuldung von 161 Mrd Dollar aus, gegenüber 54 Mrd Dollar im Jahre 1970. An sich ist eine kräftige Zunahme der Auslandsverschuldung für Länder, die sich in einem Entwicklungsprozeß befinden und einen hohen Ressourcenbedarf haben, eine sinnvolle Strategie, sofern zugleich die Fähigkeit wächst, die Schulden bedienen zu können. Das war in den Entwicklungsländern zumindest bis 1977, dem letzten Jahr für das statistische Informationen vorliegen, im allgemeinen der Fall. Das Verhältnis von Schuldendienst zu den Exporten der Entwicklungsländer ging nach Angaben der Weltbank von 15,2 vH im Jahre 1970 auf 11,8 vH im Jahre 1977 zurück. In einer Reihe von afrikanischen Ländern mit sehr niedrigem Pro-Kopf-Einkommen erhöhte sich dieses Verhältnis allerdings.

Mit der Verschuldung stieg auch der Bestand an internationaler Liquidität, ein Zeichen dafür, daß viele Entwicklungsländer für unvorhergesehenen Bedarf besser vorsorgen wollen. Die Währungsreserven der Entwicklungsländer, die kein Öl exportieren, erhöhten sich von 13,8 Mrd Dollar im Jahre 1970 auf 63,8 Mrd Dollar Ende 1978. Hohe Reservezuwächse konnten vor allem jene Länder verzeichnen, die zur Gruppe der Schwellenländer gerechnet werden, wie Brasilien, Süd-Korea und Singapur, aber auch Argentinien und Malaysia.

Tabelle 42

Entwicklungshilfe der DAC-Länder, der OPEC-Länder und der Staatshandelsländer

Land	1970	1975	1976	1977	1978
			Mio US-Dollar		
Australien	202	507	385	427	491
Belgien	120	378	340	371	513
Bundesrepublik Deutschland	599	1 689	1 384	1 386	1 984
Dänemark	59	205	214	258	386
Finnland	7	48	51	49	56
Frankreich	971	2 093	2 146	2 267	2 689
Großbritannien	447	863	835	914	1 226
Italien	147	182	226	186	240
Japan	458	1 148	1 105	1 424	2 215
Kanada	346	880	887	992	1 053
Neuseeland	14	66	53	52	55
Niederlande	196	604	720	900	1 072
Norwegen	37	184	218	295	355
Österreich	11	64	48	118	156
Schweden	117	566	608	779	783
Schweiz	30	104	112	119	176
Vereinigte Staaten	3 050	4 007	4 334	4 159	4 857
DAC-Länder	6 811	13 588	13 666	14 696	18 308
OPEC-Länder	357	5 515	5 588	5 742	...
Staatshandelsländer	780	880	820	700	....
			Im Verhältnis zum Bruttosozialprodukt in vH		
Australien	*0,59*	*0,60*	*0,42*	*0,45*	*0,45*
Belgien	*0,46*	*0,59*	*0,51*	*0,46*	*0,52*
Bundesrepublik Deutschland	*0,32*	*0,40*	*0,31*	*0,27*	*0,31*
Dänemark	*0,38*	*0,58*	*0,56*	*0,60*	*0,75*
Finnland	*0,07*	*0,18*	*0,18*	*0,17*	*0,18*
Frankreich	*0,66*	*0,62*	*0,62*	*0,60*	*0,57*
Großbritannien	*0,36*	*0,37*	*0,38*	*0,37*	*0,40*
Italien	*0,16*	*0,11*	*0,13*	*0,10*	*0,10*
Japan	*0,23*	*0,23*	*0,20*	*0,21*	*0,23*
Kanada	*0,42*	*0,55*	*0,46*	*0,50*	*0,52*
Neuseeland	*0,23*	*0,52*	*0,41*	*0,39*	*0,34*
Niederlande	*0,61*	*0,75*	*0,82*	*0,85*	*0,82*
Norwegen	*0,32*	*0,66*	*0,70*	*0,83*	*0,90*
Österreich	*0,07*	*0,17*	*0,12*	*0,24*	*0,27*
Schweden	*0,38*	*0,82*	*0,82*	*0,99*	*0,90*
Schweiz	*0,15*	*0,19*	*0,19*	*0,19*	*0,20*
Vereinigte Staaten	*0,31*	*0,26*	*0,25*	*0,22*	*0,23*
DAC-Länder	*0,34*	*0,35*	*0,33*	*0,31*	*0,32*

Quelle: DAC

III. Handelspolitik als Entwicklungspolitik

469. Die Handelsschranken, die Entwicklungsländer überwinden müssen, wenn sie Fertigerzeugnisse in Industrieländer exportieren wollen, sind ungleich höher als die Handelsschranken, die noch zwischen den Industrieländern bestehen. Das hängt einmal damit zusammen, daß in Europa durch die Europäische Gemeinschaft und die Europäische Freihandelszone in den letzten Jahrzehnten große Präferenzzonen entstanden sind. Zum anderen sind die Entwicklungsländer aber auch handelspolitisch schlechter gestellt als die Industrieländer, die diesen Präferenzzonen nicht angehören. Zwar kommen alle Länder in den Genuß der Meistbegünstigungsklausel, doch ist die Zollbelastung in der Regel bei den Produkten am höchsten, bei denen die Wettbewerbsvorteile der Entwicklungsländer liegen. Die Zollpräferenzen, die die meisten Industrieländer den Entwicklungsländern in den siebziger Jahren eingeräumt haben, sind so weit eingeschränkt, daß sie den Tatbestand der de-facto-Diskriminierung nicht aufheben können. Überdies, und das wiegt schwerer, bestehen in vielfältiger Form nicht-tarifäre Handelshemmnisse, insbesondere Kontingente für die Einfuhr bestimmter Produkte aus bestimmten Entwicklungsländern sowie Ausfuhrhöchstgrenzen für Entwicklungsländer im Rahmen sogenannter Selbstbeschränkungsabkommen, ganz zu schweigen von den vielfältigen Subventionen an inländische Unternehmen, die einem verstärkten Wettbewerbsdruck ausgesetzt sind. Schließlich finden die Schutzklauseln, die der Artikel 19 des GATT-Vertrages bei Marktzerrüttung vorsieht, häufig Anwendung auf die Einfuhr aus Entwicklungsländern, die allzu leicht einen Markt „zerrütten" können, wenn sie auf ihm Fuß fassen wollen. Die Unsicherheit, die dieser Vorbehalt in sich birgt, erhöht das Investitionsrisiko in diesen Ländern.

470. Die Bundesrepublik bildet bei alledem keine Ausnahme:

- Durch den gemeinsamen Zolltarif der Europäischen Gemeinschaft genießen Branchen, die in großem Umfang eingeführte Rohstoffe einsetzen und deren gegenwärtige Produktion vergleichsweise arbeitsintensiv ist, einen effektiven Zollschutz, der — abgesehen von eng begrenzten Mengen zollfreier Einfuhren — in vielen Branchen durchschnittlich mehr als einem Fünftel der inländischen Wertschöpfung entspricht,
- Die meisten Entwicklungsländer, die zu Fertigwarenexporten in der Lage sind, gehören nach dem Außenwirtschaftsgesetz zur Länderliste B. Einfuhren aus diesen Ländern unterliegen, anders als die Einfuhren aus Ländern der Länderliste A, die im wesentlichen Industrieländer sind, de jure einer Genehmigungspflicht. De facto ist die Einfuhr in vielen Fällen liberalisiert, unterliegt aber einem Entliberalisierungsvorbehalt. Für einen nicht unerheblichen Teil der Warenpositionen — vor allem im Textil- und Bekleidungsbereich — gibt es jedoch wert- oder mengenmäßige Einfuhrbeschränkungen. Daran hat sich so gut wie nichts geändert, seit die Einfuhrkontingente von den Behörden der Europäischen Gemeinschaft verwaltet werden.
- Die Textilindustrie in der Bundesrepublik wird außerdem durch das Welttextilabkommen geschützt, das den Exportzuwachs der Entwicklungsländer begrenzt. Selbstbeschränkungsabkommen mit einzelnen Entwicklungsländern, die diesen unter Berufung auf die Schutzklauseln abverlangt werden, wurden in der Vergangenheit unter anderem für Stahl, Schuhe, Elektroerzeugnisse, Holzwaren, Metallwaren, Glas, Lederwaren und Plastikerzeugnisse abgeschlossen.
- Produzenten in der Bundesrepublik können notfalls bei den zuständigen Behörden in Brüssel, unter Berufung auf die Schutzklauseln des GATT, Anti-Dumping-Verfahren anstrengen, wenn sie sich von Konkurrenten aus Entwicklungsländern bedrängt sehen. In jüngster Zeit gab es EG-Verfahren gegen Anbieter aus Brasilien, Südkorea und Taiwan. Sie betrafen unter anderem Stahl, Sperrholz und Holzfaserplatten sowie synthetische Fasern.
- Landwirtschaft, Schiffbau und Stahlindustrie werden teils durch umfangreiche Subventionen, teils durch wettbewerbsbeschränkende Regelungen vor der Auslandskonkurrenz geschützt. Primär richten sich die Schutzmaßnahmen zugunsten dieser traditionellen Branchen zwar gegen die Konkurrenz aus anderen Industrieländern, doch werden die Entwicklungsländer davon ebenfalls betroffen. Die Nachteile für die Entwicklungsländer sind häufig sogar gravierender, weil ihr Exportsortiment gerade die Güter umfaßt, deren Produktion geschützt wird. Insbesondere die ärmeren Länder werden von der Praxis der Industrieländer, den Agrarexport vom Steuerzahler subventionieren zu lassen, am schwersten betroffen. Sie haben kaum eine Chance, mit ihren Agrarprodukten auf den Weltmärkten Fuß zu fassen, und auch nur geringe Möglichkeiten, in den Industriewarenexport auszuweichen.

471. Die siebente Verhandlungsrunde im Rahmen des GATT, die sogenannte Tokio-Runde, die im April 1979 zu einem vorläufigen Abschluß kam, war ein Versuch, den Tendenzen zum Protektionismus entgegenzuwirken. Von den 99 beteiligten Ländern haben zwar alle größeren Industrieländer das Verhandlungsergebnis unterzeichnet und an die nationalen Entscheidungsinstanzen verwiesen, viele Entwicklungsländer zögerten jedoch noch, da sie das Ende der noch anstehenden Verhandlungen über einen Kodex für selektive Schutzklauseln, der zwischen Industrieländern umstritten ist, abwarten wollten. Ergebnisse wurden in der Tokio-Runde auf drei Gebieten erzielt:

- Abbau bestehender Handelsschranken;
- Verabredung von Regeln für den Bereich der nicht-tarifären Handelshemmnisse und
- Absichtserklärungen über besondere Vergünstigungen für Entwicklungsländer.

In der Tokio-Runde hatte man erstmals bei GATT-Verhandlungen den Handelsinteressen der Entwicklungsländer besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Zum ersten Mal wurde auch der Versuch

unternommen, nicht-tarifäre Handelshemmnisse auf dem Weg multinationaler Verhandlungen zu beseitigen. Mit dem Abbau der Zölle in den letzten Jahrzehnten waren diese Handelsschranken immer mehr in den Vordergrund getreten.

472. In der Tokio-Runde wurde vereinbart, daß die Industrieländer in den nächsten acht Jahren ihre Zölle auf gewerbliche Halb- und Fertigwaren um durchschnittlich ein Drittel senken. Für Einfuhren aus Entwicklungsländern dürften die Zollsenkungen etwas geringer ausfallen. Innerhalb der Europäischen Gemeinschaft liegt die Senkung im Durchschnitt bei rund 25 vH, womit das bestehende Zollniveau von 10 vH auf etwa $7^1/_2$ vH reduziert wird. Die Zollsenkungen im Textil-, Stahl- und Keramikbereich treten erst ab 1982 in Kraft, alle anderen schon Anfang 1980. Darüber hinaus erklärten sich die größten Industrieländer bereit, die Zölle in bisher besonders geschützten Bereichen stärker zu senken, so daß eine allmähliche Angleichung zustande kommt. Die bedeutendsten Verminderungen gibt es bei nichtelektrischen Maschinen, Holzprodukten, Chemikalien und Transportausrüstungen. Unterdurchschnittlich vermindert werden insgesamt Zölle auf Textil- und Lederwaren. Allerdings gelang es nicht, Regeln zum Abbau noch bestehender quantitativer Restriktionen multilateral zu verabreden. Im Bereich landwirtschaftlicher Produkte wurden multilaterale Vereinbarungen über den Handel mit Fleisch- und Milchprodukten beschlossen, da beide Märkte, weil auch eng verbunden, sich in den vergangenen Jahren als sehr instabil erwiesen haben, was sowohl Produzenten als auch Konsumenten schadete. Die Unterzeichnerstaaten stimmten darin überein, je einen internationalen Rat für die Kontrolle des Fleisch- und Milchmarktes zu schaffen.

473. Was die schwierige Materie der nicht-tarifären Handelshemmnisse anlangt, so wurde angestrebt, die Bereiche der technischen Standards und Normen, der Import-Lizenzverfahren, der Zollwertermittlungsvorschriften, der Subventionen und Ausgleichszölle, der Schutzklauseln sowie der staatlichen Auftragsvergabe klaren Verhaltensregeln zu unterwerfen. Im Bereich direkter staatlicher Hilfen etwa zielen diese darauf, daß Exportsubventionen den Wettbewerb im Welthandel und damit die Interessen der Handelspartner nicht verletzen und daß Ausgleichszölle nur dann angewandt werden dürfen, wenn der Nachweis eines Schadens für die heimische Industrie durch die Importe erbracht wird. Insbesondere soll der Export von verarbeiteten Produkten und von mineralischen Rohstoffen nicht subventioniert werden, während bei landwirtschaftlichen Produkten angestrebt wird, die Subventionen zu verringern. Bei der öffentlichen Auftragsvergabe sollen in Zukunft ausländische Anbieter nicht mehr diskriminiert werden und die bestehenden Gesetze und Vorschriften ausländischen Wettbewerbern transparent gemacht werden. Technische Handelshemmnisse sollen dadurch verhindert werden, daß nationale Standards dort nicht angewandt werden sollen, wo internationale vorhanden sind. Einfuhrlizenzverfahren sollen nicht restriktiv auf den Handel wirken. Für die Zollwertermittlungsvorschriften wurden feste Bewertungsmethoden bestimmt.

474. In diesen Vereinbarungen der Tokio-Runde wurde den Entwicklungsländern, insbesondere den ärmsten unter ihnen, formal eine bevorzugte Behandlung in Aussicht gestellt. Immerhin sind beispielsweise die Bedingungen für Exportsubventionen in Entwicklungsländern weniger streng festgelegt worden als für die Industrieländer. Die bevorzugte Behandlung der Entwicklungsländer wurde als eine Daueraufgabe der Liberalisierungsverhandlungen angesehen. Dies stellt eine Konzession an das Prinzip der Nicht-Reziprozität im Welthandel dar. Die entwickelten Länder stellten fest, daß sie Reziprozität bei eigenen Zugeständnissen gegenüber Entwicklungsländern nicht erwarten, wenn sich daraus Konflikte mit der Entwicklungsstrategie des jeweiligen Landes ergeben würden.

475. Insgesamt gesehen ist das Ergebnis der Tokio-Runde hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Die Zugeständnisse an die Entwicklungsländer bewegen sich in engen Grenzen oder sind als Absichtserklärungen so vage gehalten, daß nicht sichtbar ist, wie sie in die Tat umgesetzt werden könnten. Das Problem der nicht-tarifären Handelshemmnisse blieb im Grunde ungelöst. Es sind keine eindeutigen und für alle Länder akzeptable Regeln vereinbart worden, die verhindern könnten, daß diskriminierende Maßnahmen ergriffen werden. Angesichts der Vielfalt solcher Möglichkeiten ist das auch kein einfaches Unterfangen. Die Absichtserklärungen lassen in diesem Bereich fast beliebig große Ermessensspielräume für die einzelnen Länder. Auch die Frage der selektiven Schutzmaßnahmen, die es erlauben, protektionistische Maßnahmen gegen einzelne, besonders leistungsfähige Anbieter zu richten, konnte nicht gelöst werden. Während sich die Entwicklungsländer verständlicherweise heftig gegen solche Schutzklauseln wehren und allenfalls allgemein wirkende Klauseln hinnehmen würden, ist vor allem eine Reihe von europäischen Ländern an solchen selektiven Klauseln stark interessiert.

476. Obwohl in der GATT-Verhandlungsrunde Zollsenkungen für rund ein Viertel des gesamten Agrarhandels der Welt beschlossen wurden, bleibt das Problem des Protektionismus im Agrarbereich. Es steht im eklatanten Widerspruch zu der von den Industrieländern und besonders von der Bundesrepublik immer wieder geforderten Anwendung marktwirtschaftlicher Prinzipien im Welthandel. Ein System, das wie der europäische Agrarmarkt auf dem Prinzip der Subventionierung der landwirtschaftlichen Einkommen über Eingriffe in die Marktpreisbildung beruht, ist mit freiem Welthandel nicht vereinbar, denn die zum Einkommenstransfer für nötig erachteten Agrarpreise können nicht aufrechterhalten werden, wenn von außen billigere Produkte auf die Märkte strömen. Besonders nachteilig wird die Wirkung eines solchen Systems für die Entwicklungsländer, wenn die in diesem System entstehenden Überschüsse zu subventionierten Preisen auf den Weltmarkt geworfen und

die Chancen der vom Agrarexport in hohem Maße abhängigen Länder dadurch vermindert werden.

477. Im Bereich der Einfuhr von gewerblichen Waren aus Entwicklungsländern hat die Europäische Gemeinschaft schon seit 1971 mit dem Allgemeinen Präferenzschema einen anderen Weg beschritten. Sie hat im Prinzip Zollfreiheit gewährt, aber für bestimmte — sogenannte sensible oder quasisensible — Produkte und für die einzelnen Entwicklungsländer Zollkontingente festgesetzt und diese auf die einzelnen Mitgliedsländer aufgeteilt. Sind die Kontingente für einzelne Produkte oder einzelne Entwicklungsländer ausgeschöpft, wird wieder der Außenzoll der Europäischen Gemeinschaft erhoben. Im Ergebnis ist die Zollfreiheit gerade bei den Produkten erheblich eingeschränkt, bei denen Entwicklungsländer besonders wettbewerbsfähig sind. Der harte Kern der Protektion ist also auch in diesem Präferenzschema zu finden. Die weitere zügige Ausweitung der Zollkontingente bis zu ihrer endgültigen Aufhebung wäre ein gangbarer Weg, auf dem schrittweise wenigstens die tarifäre Protektion gegenüber Entwicklungsländern beseitigt werden könnte.

Nahezu freien Zugang zu den Märkten der Europäischen Gemeinschaft genießen dagegen die AKP-Länder, das sind derzeit 57 Staaten Afrikas, der Karibik und des Pazifischen Raumes. Ihnen wurde 1975 im Rahmen des ersten Abkommens von Lomé für 99,5 vH ihrer Exporte in die Gemeinschaft Zollfreiheit gewährt. Die verbleibenden 0,5 vH ihrer Exporte, die überwiegend aus dem agrarischen Bereich stammen, erhalten Zollpräferenzen. In Anbetracht der nur noch geringen Zollschranken gegenüber den AKP-Ländern konnten im zweiten Lomé-Abkommen, das in diesem Jahr abgeschlossen worden ist, nur noch Verbesserungen für einzelne Produkte erreicht werden, denen jedoch im gesamten Handel der Gemeinschaft mit den AKP-Ländern nur wenig Bedeutung zukommt.

478. Damit es nicht bei Einzelschritten auf dem Weg zur Öffnung der Märkte für Importe aus Entwicklungsländern bleibt, wäre auf internationaler Ebene, vor allem in der Europäischen Gemeinschaft, auf einen langfristig angelegten Liberalisierungsplan zu drängen. Ähnlich wie bei der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft innergemeinschaftliche Zölle und mengenmäßige Einfuhrbeschränkungen über viele Jahre und in mehreren Stufen abgebaut wurden, so könnte auch die Liberalisierung gegenüber den Entwicklungsländern schrittweise fortgesetzt werden. Wichtig wäre aber, daß die Handelshemmnisse vorangekündigt und unwiderruflich abgebaut werden. Dies würde die Planungssicherheit sowohl in den Entwicklungsländern als auch in den Industrieländern erhöhen und damit das Risiko von Fehlinvestitionen vermindern und den Prozeß der Anpassung an die veränderten Rahmenbedingungen erleichtern. Angefangen werden könnte beispielsweise mit einer Erweiterung der gegenwärtig eingeräumten Zollpräferenzen. Als „sensibel" eingestufte Importe könnten schrittweise zu „quasi-sensiblen" und schließlich zu Einfuhren übergeleitet werden, die keinen besonderen Einschränkungen unterliegen. Die Quotenregelungen ließen sich schrittweise erweitern und dann ganz aufheben. Dies könnte auch auf einem Umweg erreicht werden, auf dem die Quoten zunächst durch Zölle ersetzt würden, die ihrerseits dann schrittweise abzubauen wären.

479. Ein solcher vorangekündigter, unwiderruflicher Liberalisierungsplan würde auch den Bedarf von Schutzklauseln verringern, weil die Wirtschaft Zeit hätte, sich auf den Abbau der Handelshemmnisse einzustellen, und weil das schrittweise Vorgehen die Anpassungsprobleme in Grenzen hielte. Überdies wäre auch ohne einen präzisen Liberalisierungsplan eine weitere Begrenzung des Anwendungsbereichs der Schutzklauseln zu erwägen, nachdem bereits in der Tokio-Runde vereinbart worden ist, daß eine Schädigung im Inland nachgewiesen werden muß und eine bloße Vermutung nicht mehr ausreicht. Dies könnte dadurch erreicht werden, daß Schutzklauseln im Einzelfall durch das GATT oder andere internationale Gremien gebilligt werden müßten. Zudem wäre anzustreben, daß die Liberalisierung nicht auf solche Entwicklungsländer beschränkt bleibt, die in der Vergangenheit besondere Bindungen zu einzelnen Mitgliedsländern der Europäischen Gemeinschaft hatten. Dies würde bedeuten, dem Prinzip der Meistbegünstigung wieder stärkere Geltung zu verschaffen.

480. Liberalisierungsmaßnahmen gegenüber Entwicklungsländern im großen Stil bedürfen der Einigung auf internationaler Ebene. Nationale Alleingänge sind wegen der Einbindung in bestehende internationale Verträge nur in engem Rahmen möglich. Zudem dürften bei nationalen Alleingängen, die nicht an dem Prinzip der Reziprozität festhalten, auch stärkere Anpassungslasten zu erwarten sein als bei internationalen Vereinbarungen; denn für die Exporte aus den Entwicklungsländern würden nur die Märkte des betreffenden Landes und nicht auch die anderer Industrieländer geöffnet. Gleichwohl könnte Liberalisierungsinitiativen in internationalen Gremien Nachdruck verliehen werden, wenn sie von nationalen Maßnahmen zum Abbau von Handelshemmnissen flankiert werden. So würden die Partner in der Europäischen Gemeinschaft sich kaum einer Ausweitung der deutschen Importquoten im Rahmen der Länderliste B widersetzen.

IV. Rohstoffpolitik

481. Das Drängen der Entwicklungsländer, eine neue Ordnung für die internationalen Rohstoffmärkte zu schaffen, dominierte in den siebziger Jahren die Auseinandersetzung zwischen Nord und Süd. Da eine Kartell-Lösung wie im OPEC-Fall für andere Rohstoffe wenig Erfolg versprach, richteten sich die Forderungen, die die Entwicklungsländer im Rahmen der UNCTAD erhoben haben, vor allem darauf, einen gemeinsamen Fonds einzurichten, mit dessen Hilfe die Preise international gehandelter Rohstoffe über Ausgleichslager („buffer stocks") sta-

bilisiert und regelmäßig an die Preisentwicklung von Fertigwaren angepaßt werden sollten (Integriertes Rohstoffprogramm). Mit dieser Regelung, die die Entwicklungsländer bisher nur in sehr engem Rahmen haben durchsetzen können, mögen die Rohstoffländer auch die Hoffnung verbunden haben, daß sich ihre Terms of Trade verbessern.

Schon bevor Pläne zu einer umfassenden Ordnung der Rohstoffmärkte laut wurden, hatten die EG-Länder mit Staaten Afrikas, der Karibik und des Pazifischen Raums (AKP-Länder) Verhandlungen aufgenommen, in denen eine Regelung zur Kompensation von Schwankungen der Exporterlöse angestrebt wurde. Im ersten Abkommen vom Lomé, das 1975 abgeschlossen wurde, ist eine solche Lösung ausgehandelt und im zweiten Lomé-Abkommen von 1979 verlängert worden (Ziffer 486).

Zur Begründung von rohstoffpolitischen Maßnahmen zur Preisstabilisierung wie zur Erlösstabilisierung wird darauf verwiesen, daß seit jeher die Preise der Rohstoffe starken Schwankungen unterworfen sind und viele Entwicklungsländer einen beträchtlichen Teil ihrer Devisenerlöse mit dem Export von einigen wenigen Rohstoffen oder gar einem einzigen erzielen.

Der Forderungskatalog der Entwicklungsländer erstreckt sich auch auf Maßnahmen, die darauf gerichtet sind, die Substitution von natürlichen durch synthetische Rohstoffe zu beschränken und den Meeresbergbau der Kontrolle einer internationalen Behörde zu unterstellen. Im Grunde genommen geht es dabei um den Versuch einer umfassenden Absicherung der angestrebten Regulation der Rohstoffmärkte. Die Vorstellungen zu Substitutionsbeschränkungen sind bisher nicht konkretisiert worden. Über die Kontrolle des Meeresbergbaus verhandelt die Seerechtskonferenz.

482. Von den weitreichenden rohstoffpolitischen Zielen der UNCTAD wurde bisher nur wenig realisiert. Im März 1979 kam es zu einer Einigung zwischen Industrieländern und Entwicklungsländern über die Grundelemente des gemeinsamen Fonds. Danach sollen zur Finanzierung von Ausgleichslagern 400 Millionen Dollar zur Verfügung gestellt werden („Erstes Fenster"). Weitere 350 Millionen Dollar sollen aus freiwilligen Beiträgen finanzstarker Länder aufgebracht werden und dazu dienen, die Gewinnung, Verarbeitung und Vermarktung von Rohstoffen zu fördern („Zweites Fenster"). Für die Entwicklungsländer, die ursprünglich Mittel in Höhe von sechs Milliarden Dollar gefordert hatten, liegt der Erfolg dieser Einigung wohl kaum im Quantitativen, sondern vielmehr darin, daß sich die Industrieländer zusammen mit den Staatshandelsländern grundsätzlich zur Finanzierung eines integrierten Rohstoffprogramms bereitgefunden haben. Andererseits haben sich die Industrieländer mit ihrem Plan durchgesetzt, den gemeinsamen Fonds nur als Verrechnungsstelle einzurichten, ohne eigene rohstoffpolitische Kompetenzen, wie es dem UNCTAD-Sekretariat und den Entwicklungsländern vorgeschwebt hatte.

Hinter den Erwartungen der Entwicklungsländer blieben auch die Verhandlungen über neue Abkommen bei den achtzehn „Nairobi-Rohstoffen" [1]) zurück. Abkommen mit marktsteuernden Elementen, wie Exportquoten, Ausgleichslagern und Preisspannen, gibt es derzeit für Zinn, Kaffee, Zucker und Naturkautschuk; für Kakao laufen Verhandlungen über ein neues Abkommen. Für Olivenöl und Rindfleisch bestehen Abkommen, die vor allem im Austausch von Informationen und in der Durchführung von Werbemaßnahmen zur Steigerung des Verbrauchs bestehen. Bei allen anderen „Nairobi-Rohstoffen" konnten keine Abkommen erzielt werden. Das liegt zum Teil daran, daß Meinungsverschiedenheiten unter den Produzenten bestehen oder daran, daß diese nur wenig Interesse an den UNCTAD-Verhandlungen gezeigt haben.

483. Für die ablehnende Haltung der Bundesrepublik und anderer Industrieländer gegenüber dem Integrierten Rohstoffprogramm der UNCTAD, die sie vor allem auf den Welthandelskonferenzen in Nairobi 1976 und Manila 1979 zum Ausdruck gebracht hatten, gab es gute Gründe.

Von Maßnahmen zur Stabilisierung der Rohstoffpreise kann nicht ohne weiteres erwartet werden, daß sie auch auf die Rohstofferlöse stabilisierend wirken. Nur dann, wenn die Preise überwiegend nachfragebedingt schwanken, wovon im wesentlichen industrielle Rohstoffe betroffen sind, dürfte gewährleistet sein, daß stabile Preise auch zu stabilen Erlösen führen. Bei agrarischen Rohstoffen, die vor allem von angebotsbedingten Schwankungen der Absatzpreise betroffen sind (Witterungseinflüsse), führt diese Preisstabilisierung mit Hilfe von Ausgleichslagern jedoch dazu, daß die Erlösschwankungen noch verstärkt werden. Berechnungen des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel, daß nur bei fünf der achtzehn „Nairobi-Rohstoffe", nämlich Eisenerz, Kupfer, Bauxit, Kautschuk und Tee, überwiegend nachfragebedingte Preisschwankungen vorkamen, lassen die Preisstabilisierung unter dem Kriterium stabiler Erlöse als wenig sinnvoll erscheinen.

484. Rohstoffabkommen sind auch nicht dazu geeignet, die Exportwirtschaft der Entwicklungsländer durch den Aufbau von weiterverarbeitenden Industrien auf eine breitere Basis zu stellen. Sie können diesem Ziel sogar zuwiderlaufen, wenn durch zu hohe Interventionspreise falsche Produktionsanreize gesetzt werden und dadurch Ressourcen gebunden werden. Die Gefahr, daß dies geschieht, ist nicht gering. Denn hinter dem Drängen nach Rohstoffabkommen steht nicht nur der Wunsch nach sicheren, sondern auch nach hohen Einkommen der Rohstoffproduzenten. Welche Verschwendung von Ressourcen eine solche Preispolitik bewirken kann, zeigen die Überschüsse, mit denen die Agrarpolitik der Europäischen Gemeinschaft seit Jahren verbunden ist. Für die Entwicklungsländer insgesamt wäre ein erhöhtes Niveau der Preise für alle Rohstoffe

[1]) Hierzu zählen die zehn Kernrohstoffe (core commodities), bei denen die Entwicklungsländer Hauptanbieter auf dem Weltmarkt sind: Baumwolle, Hartfaser, Jute, Kaffee, Kakao, Kautschuk, Kupfer, Tee, Zinn und Zucker; sowie acht weitere Rohstoffe: Bananen, Bauxit, Eisenerz, Mangan, Fleisch, pflanzliche Öle, Phosphate und Tropenholz.

noch nicht einmal mit besseren Terms of Trade gleichzustellen. Denn die Entwicklungsländer exportieren nicht nur Rohstoffe, sie importieren sie auch. Die zehn Kernrohstoffe waren unter dem Gesichtspunkt ausgesucht, daß sie vorwiegend von Entwicklungsländern exportiert werden. Eine Preiserhöhung für diese Güter würde die Terms of Trade eines Teils der Entwicklungsländer verbessern, die anderer Länder hingegen verschlechtern. Je weiter die Regulierung der Weltrohstoffmärkte über den Bereich der zehn Kernrohstoffe hinausgetrieben würde, um so mehr würden vor allem entwickelte Länder, wie Australien, Kanada, die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion davon profitieren.

485. Ein mit weit geringeren Nachteilen behaftetes Vorgehen besteht darin, die Erlöse der Erzeugerländer zu stabilisieren, ohne dabei direkte Markteingriffe vorzunehmen; einen Weg in diese Richtung weisen das Stabex-System der Europäischen Gemeinschaft und die kompensatorische Finanzierung des Internationalen Währungsfonds. Bei beiden Verfahren erhalten Entwicklungsländer beim Ausfall von bestimmten Exporterlösen Kredite zu günstigen Konditionen, im Rahmen des Stabex-Systems teilweise auch ohne Rückzahlungsverpflichtungen. Im Gegensatz zur Preisstabilisierung gewährleistet ein solches Verfahren der Erlösstabilisierung, daß die für den Entwicklungsprozeß der Länder in der Dritten Welt notwendigen finanziellen Mittel kontinuierlicher als in der Vergangenheit anfallen. Nicht auszuschließen ist freilich auch bei allen Formen der Erlösstabilisierung, daß Fehlleitungen von Ressourcen bewirkt werden. In welche Richtung die Produktion gelenkt wird, ist nicht sicher. Zum einen kann sich ein temporärer Anzeiz zur Minderproduktion der entsprechenden Rohstoffe ergeben, da die Erlösstabilisierung unabhängig von der Ursache des Erlösausfalls eintritt. Möglich ist aber auch, daß für die betreffenden Rohstoffe in zunehmendem Maße Produktionsmittel eingesetzt werden, da die Erlösrisiken dort geringer sind als bei anderen Produkten. Mit Sicherheit dürfte jedoch feststehen, daß die Fehlleitungen sehr viel geringer sind als bei direkten Marktinterventionen zur Preisstabilisierung.

486. Das Stabex-System ist Bestandteil des Lomé-Abkommens dem bis heute 57 Entwicklungsländer beigetreten sind. Es umfaßte ursprünglich 28 Rohstoffe ausschließlich agrarischen Ursprungs und zwei Mineralien; später wurde die Zahl auf 34 aufgestockt. Mit dem im Oktober 1979 geschlossenen zweiten Lomé-Abkommen wurde der Kreis der einbezogenen Produkte um zehn landwirtschaftliche Erzeugnisse erweitert und auch auf neun mineralische Produkte ausgedehnt. Für diese Erzeugnisse werden Kredite allerdings zu härteren Bedingungen vergeben; die Erlösstabilisierung hat dort mehr den Charakter einer Unfallversicherung. Die finanzielle Ausstattung des Stabex-Systems beträgt jetzt 550 Millionen Europäische Rechnungseinheiten für die gesamte Laufzeit des Abkommens bis 1985. Die Kompensationszahlungen für agrarische Produkte werden immer dann geleistet, wenn die tatsächlichen Erlöse eines Entwicklungslandes aus der Ausfuhr einer bestimmten Ware in die Länder der Europäischen Gemeinschaft um mindestens 6,5 vH unter dem Durchschnitt der entsprechenden Erlöse in den vier Jahren vor dem Anwendungsjahr liegen. Dieser Satz verringert sich auf 2 vH für die Staaten, die am wenigsten entwickelt sind, keinen direkten Zugang zum Meer haben oder Inselstaaten sind. Für die Kompensationskredite werden keine Zinsen gefordert. Die Rückzahlungen können sich auf einen Zeitraum bis zu sieben Jahren erstrecken. Die 35 am wenigsten entwickelten Länder sind auch von den Rückzahlungen befreit.

487. Bisher haben sich keine wesentlichen Mängel des Stabex-Verfahrens gezeigt. Auch die vergleichsweise geringe finanzielle Ausstattung erwies sich als ausreichend. Von 1975 bis Mitte 1978 wurden 268,2 Millionen Europäische Rechnungseinheiten an 31 AKP-Staaten für Erlösminderungen bei 21 Produkten zugeteilt. Rund 60 vH der Transfers sind in diesem Zeitraum ohne Rückzahlungsverpflichtung vergeben worden. Die Erlösausfälle waren in diesem Zeitraum überwiegend durch örtlich bedingte Umstände eingetreten, durch die wirtschaftliche Situation wurde nur ein geringerer Teil der Erlösausfälle verursacht.

488. Schon seit 1963 bestehen beim Internationalen Währungsfonds Kreditfazilitäten zur Kompensierung von Erlösschwankungen insbesondere für Rohstoffländer. Wenn durch Erlösausfälle Zahlungsbilanzprobleme entstehen, können die Mitgliedsländer zusätzlich Kredite zu günstigeren Konditionen aufnehmen, die jedoch kurzfristig rückzahlbar sind. Unterschiede zum Stabex-System bestehen vor allem in folgenden Punkten:

— Die Erlösstabilisierung umfaßt sämtliche Exporte des jeweiligen Landes.
— Die dem einzelnen Land eingeräumten Kreditlinien sind jedoch eng begrenzt. Sie beliefen sich bis 1978 auf 75 vH der Quote und betragen seit diesem Jahr 100 vH der Quote des Mitgliedslandes.

489. Gegenüber dem Stabex-System weist das IWF-Verfahren den wesentlichen Vorteil auf, daß es breiter angelegt ist. Der gravierende Nachteil der IWF-Fazilitäten ist, daß sie vom Umfang der bereitgestellten Mittel her und dem Anteil nach, der auf die Entwicklungsländer entfällt, verhältnismäßig gering sind.

Soll die Erlösstabilisierung eine attraktive Alternative zur Preisstabilisierung werden, würde es sich anbieten, die überlegenen Elemente beider Systeme zu kombinieren. Immerhin ist mit dem zweiten Lomé-Abkommen sowohl der finanzielle Rahmen als auch die Anzahl der einbezogenen Produkte gegenüber dem ersten Abkommen deutlich erweitert worden. Wichtig wäre auch, andere Entwicklungsländer ähnlich umfassend vor Erlösausfällen zu schützen. So könnte ein weltweiter Dirigismus auf den Rohstoffmärkten verhindert werden, wie er mit dem gemeinsamen Fonds bereits angelegt zu sein scheint.

V. Kapitalexport und Technologietransfer

490. Der private Kapital- und Technologietransfer leistet zur Entwicklung der Länder der Dritten Welt einen wichtigen Beitrag. Gleichwohl wird er in der entwicklungspolitischen Diskussion nicht immer positiv eingeschätzt, ganz im Gegenteil zur öffentlichen Entwicklungshilfe. Mehr und mehr Entwicklungsländer erkennen zwar, daß wirtschaftlicher Fortschritt den Zugang zu den Kapital- und Technologiemärkten der reichen Länder voraussetzt. Sie kritisieren aber heftig die Konditionen, zu denen Kapital und Technologien angeboten werden, und die Umstände, mit denen der Transfer häufig verbunden ist. Die Investoren aus den Industrieländern wiederum klagen über unsichere Standortbedingungen und bürokratische Gängelei in den Entwicklungsländern. Die Entwicklungspolitik kann auf diesem Gebiet wenig helfen, weil die Hauptzuständigkeit entweder bei privaten Unternehmen liegt, oder bei den Entwicklungsländern, die den Import von Kapital und Technologie häufig reglementieren.

491. Die Kanäle, durch die private Ressourcen in die Entwicklungsländer fließen, sind

- der internationale Kredit- und Kapitalverkehr einschließlich der Exportkredite,
- die Direktinvestitionen von Unternehmen aus Industrieländern in Entwicklungsländern,
- der direkte Technologietransfer,
- der Einsatz von Fachkräften aus Industrieländern und die Ausbildung von Arbeitskräften aus den Entwicklungsländern.

Der private Kapitalverkehr zwischen der Bundesrepublik und den Entwicklungsländern hat in den siebziger Jahren zunehmend an Gewicht gewonnen. Im Jahre 1970 wurden 46 vH des deutschen Ressourcentransfers an die Entwicklungsländer durch private Kapitalgeber zu Marktkonditionen zur Verfügung gestellt, 1978 waren es 65 vH. Der größte Teil der privaten Mittel entfiel dabei auf Bankkredite und Wertpapierinvestitionen, an Bedeutung verloren haben Exportkredite. Auf Direktinvestitionen entfällt ein Fünftel der privaten Mittel. Sie sind zudem Gegenstand entwicklungspolitisch motivierter Förderungsmaßnahmen der Geberländer. Im Nord-Süd-Dialog nimmt die Behandlung der privaten Direktinvestitionen und der multinationalen Unternehmen, die einen großen Teil dieser Investitionen tätigen, einen wichtigen Platz ein. Auch der direkte private Technologietransfer, insbesondere der Lizenz- und Patentverkehr, spielt in der entwicklungspolitischen Diskussion eine bedeutende Rolle. Die Geberländer beklagen steuerliche und administrative Hindernisse für den Technologietransfer, die Entwicklungsländer verlangen einen leichteren, billigeren und von Auflagen freien Zugang zum Technologiemarkt.

492. Welche Haltung ein Entwicklungsland gegenüber ausländischen Direktinvestitionen einnehmen soll, muß es auf der Grundlage seiner besonderen Bedingungen und seiner Werthaltungen selbst bestimmen. An der Tatsache, daß weltweit orientierte Investoren Standorte meiden, an denen ihnen außergewöhnliche Risiken und Behinderungen drohen, führt indes kein Weg vorbei.

Im Interesse eines reibungslosen Kapitalausgleichs zwischen Nord und Süd wäre an sich ein multilaterales Investitionsstatut erwünscht, das für Auslandsinvestitionen eine möglichst hohe Rechtssicherheit schafft. Fortschritte auf diesem Gebiet erweisen sich jedoch als außerordentlich schwierig. Den Ländern der Europäischen Gemeinschaft gelang es nicht, im zweiten Lomé-Abkommen konkrete multilaterale Investitionsschutzklauseln durchzusetzen. Von den AKP-Ländern wurde nur eine gemeinsame Erklärung angenommen, wonach das Meistbegünstigungsprinzip auf die Länder der Gemeinschaft angewendet werden soll; dadurch würden bestehende bilaterale Investitionsschutzabkommen mit einzelnen Mitgliedstaaten auf alle Investoren aus der Gemeinschaft ausgedehnt werden. Konkrete Maßnahmen sind jedoch bisher nicht beschlossen worden.

Auf der anderen Seite sind gegenwärtig Gremien der Vereinten Nationen bemüht, einen Kodex für das Verhalten ausländischer Investoren in Entwicklungsländern, aber auch für das Verhalten der Entwicklungsländer ihnen gegenüber, auszuarbeiten. Ziel ist es, die Verhandlungspositionen schwächerer Länder gegenüber multinationalen Unternehmen durch die Festlegung von Minimumbedingungen zu stärken und den Investoren mehr Sicherheit über das Verhalten der Länder ihnen gegenüber zu geben. Ob ein solcher Kodex zustande kommt und wie verbindlich er sein wird, muß abgewartet werden. Die OECD-Länder haben bereits 1976 eine politische Erklärung angenommen, wonach den multinationalen Unternehmen, die in OECD-Ländern tätig sind, empfohlen wird, bestimmte Leitsätze zu beachten.

Im konkreten Fall nehmen viele Entwicklungsländer gegenüber Direktinvestitionen eine positivere Haltung ein als in internationalen Deklarationen zum Ausdruck kommt. Ein einzelnes Land verkennt selten, wie entscheidend es auch auf diese Investitionen und den damit verbundenen Technologietransfer ankommt, wenn es seine Industrialisierung vorantreiben will. Auch deshalb sollte es Bestandteil einer entwicklungspolitischen Konzeption der Industrieländer sein, daß sie Direktinvestitionen in Entwicklungsländern nicht behindern. Eine aktive Förderung erscheint aber nur in den Fällen angezeigt, in denen es gilt, Risiken abzudecken, die Entwicklungsländer nicht bewußt herbeiführen oder nicht ohne weiteres beseitigen können.

493. Im Jahre 1978 erreichte der Anlagenbestand deutscher Investoren in Entwicklungsländern insgesamt 16,3 Mrd DM, wovon rund ein Viertel auf weniger entwickelte europäische Länder entfiel. Von den Investitionen in den übrigen Entwicklungsländern wurde rund die Hälfte in Lateinamerika, insbesondere in Brasilien, auf den Niederländischen Antillen, in Argentinien und in Mexiko getätigt. Die übrige Hälfte verteilt sich auf Entwicklungsländer in Afrika und in Asien.

494. Nach den Vereinigten Staaten und Großbritannien ist die Bundesrepublik heute das Land mit dem drittgrößten Bestand an Direktinvestitionen in Entwicklungsländern. Die deutsche Wirtschaft hat ihr Engagement im Verlauf der siebziger Jahre vervierfacht. Eine ähnlich stürmische Entwicklung hatte nur Japan zu verzeichnen. Gemessen am inländischen Anlagevermögen, beläuft sich der deutsche Anlagenbestand in Entwicklungsländern im Jahre 1978 auf weniger als $^1/_2$ vH; weniger als 1 vH der gesamten Investitionen im Inland beträgt das Volumen der jährlichen deutschen Direktinvestitionen in Entwicklungsländern. Zieht man in Betracht, daß bisher nur wenige Unternehmen wegen des inländischen Kostenniveaus in Entwicklungsländern investiert haben und daß die meisten Direktinvestitionen in engem Zusammenhang mit dem Export oder der Rohstoffbeschaffung stehen, so kann von einer besorgniserregenden Tendenz zur Verlagerung von Produktionsbereichen in Entwicklungsländer nicht gesprochen werden. Der Anpassungszwang, dem sich die deutsche Wirtschaft aufgrund einer intensiveren Arbeitsteilung mit den Entwicklungsländern ausgesetzt sah, rührte mehr vom autonomen Warenangebot dieser Länder her als von den Direktinvestitionen.

495. Für die Zukunft kann freilich nicht ausgeschlossen werden, daß die hohen Produktionskosten im Inland vermehrt zu Direktinvestitionen in Entwicklungsländern führen, insbesondere in Bereichen, in denen die Produktion standardisierbar ist und hochqualifizierter Arbeitskräfte nicht bedarf. Es wäre aber oberflächlich, in diesem isolierten Vorgang eine Gefährdung für inländische Arbeitsplätze zu sehen. Wenn das inländische Kostenniveau für Vollbeschäftigung zu hoch ist, so sind Verlagerungen nur Symptom dieses Umstandes, nicht eine eigenständige Ursache von Unterbeschäftigung. Denn unrentabel gewordene Produktionsbereiche, die im Inland verteidigt werden, sind allemal durch verschärfte Importkonkurrenz gefährdet. Die Verlagerung mag sogar helfen, die Wirkung des zu hohen Kostenniveaus auf die Beschäftigung zu mildern, etwa dadurch, daß sie einen Export von Investitionsgütern zur Folge hat, oder dadurch, daß die Unternehmen ihre Wettbewerbsposition durch Auslagerung weniger rentabler Fertigungsbereiche insgesamt verbessern. Vielfach werden Direktinvestitionen in Entwicklungsländern aber auch deshalb vorgenommen, weil diese Länder darauf drängen, daß die bei ihnen abgesetzten Produkte aus Industrieländern zumindest teilweise bei ihnen gefertigt werden. Die Direktinvestitionen sichern insoweit den Export in die Entwicklungsländer. Hinsichtlich der Direktinvestitionen in Entwicklungsländern sollte die Wirtschaftspolitik Bedingungen anstreben, die den Unternehmen eine Standortwahl entsprechend den internationalen Kostenvorteilen ermöglicht. Gegenüber Entwicklungsländern, die daran selbst nicht interessiert sind und in denen es deshalb an den komplementären Bedingungen mangelt, ist dies allerdings ein hoffnungsloses Unterfangen.

496. In einzelnen Entwicklungsländern gibt es freilich beträchtliche politische Risiken und bürokratische Hemmnisse. Sieht man von politischen Umwälzungen und Kriegsrisiken ab, so ist es oft die geringe Verläßlichkeit der politischen und administrativ gesetzten Rahmenbedingungen, die Investitionsentscheidungen erschwert. Zu nennen wären hier: Importkontingentierungen, Transferverbote, Devisenzuteilungen, Diskriminierung ausländischer Investoren durch steuerliche und gesetzliche Regelungen, willkürliche Einschränkungen der Vertragsfreiheit, Verbote, die Preise den gestiegenen Kosten entsprechend zu erhöhen, ungenügender Patent- und Rechtsschutz. In einigen Ländern ist das Klima für ausländische Investoren so feindselig, daß offener Eigentumsentzug durch Enteignung oder eine schleichende Enteignung durch Behinderung der laufenden Geschäftstätigkeit droht. Resolutionen im Rahmen der Forderung nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung haben das Gewicht politischer Risiken in der jüngeren Vergangenheit eher verstärkt.

497. Die Wirtschaftspolitik im Mutterland des Investors kann und sollte dem Investor diese Risiken nicht abnehmen. In vielen Ländern wirken die Risiken prohibitiv auf die Investitionsbereitschaft der Ausländer. Andere Entwicklungsländer stehen ausländischen Investitionen grundsätzlich positiv gegenüber, sehen sich bei den bestehenden politischen, administrativen und sozialen Strukturen jedoch nicht in der Lage, ähnliche Rahmenbedingungen für Investitionen zu schaffen wie die Industrieländer. Die Risiken von Investitionen in der Dritten Welt wenigstens zu mindern, ist deshalb Bestandteil einer entwicklungspolitisch motivierten Förderung von Direktinvestitionen. Deren Instrumente in der Bundesrepublik sind:

- Investitionsförderungsverträge auf bilateraler Basis über die Förderung und den bilateralen Schutz von Kapitalanlagen,
- Investitionsgarantien zur Absicherung des politischen Risikos, wenn ein hinreichender Schutz des Kapitals im Anlageland sichergestellt ist,
- das Entwicklungsländersteuergesetz und Doppelbesteuerungsabkommen mit Entwicklungsländern,
- die bundeseigene Deutsche Gesellschaft für wirtschaftliche Zusammenarbeit (DEG),
- Niederlassungskredite vor allem für kleine und mittlere Unternehmen zum Ausbau und Aufbau von entwicklungspolitisch förderungswürdigen Betrieben in Entwicklungsländern,
- gezielte Fördermaßnahmen im Rahmen der Entwicklungspolitik, zum Beispiel durch die Deutsche Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ).

498. Mit Investitionsförderungsverträgen, die die Bundesrepublik bislang mit 38 Entwicklungsländern abgeschlossen hat, werden auf völkerrechtlicher Grundlage Diskriminierung und entschädigungslose Enteignung ausgeschlossen und der Rückfluß von Kapitaleinlagen und Gewinnen gewährleistet. Diese Abkommen sind eine Voraussetzung für die Übernahme von Investitionsgarantien durch den Bund. Treten trotz bilateraler oder anderer multila-

teraler Vereinbarungen Enteignungs-, Konvertierungs- oder Transferverluste auf, so haftet der Bund bei vorheriger Garantieübernahme bis zur Höhe des Einbringungswertes, also bis zur Höhe der vom investierenden Unternehmen erbrachten Leistungen. Andere Industrieländer, insbesondere die Vereinigten Staaten, bieten auch für den Risikotatbestand der schleichenden Enteignung — zum Beispiel in Form eines Preisstopps — Versicherungsschutz. Die Bundesrepublik sollte davon Abstand nehmen. Es kann nicht Ziel einer auf Kooperation angelegten Entwicklungspolitik sein, daß der Steuerzahler für Investitionsrisiken in Entwicklungsländern aufkommt, die diese bewußt herbeiführen.

Das Entwicklungsländer-Steuergesetz sieht in der 1979 novellierten Fassung vor, daß ein Unternehmen, das in einem Entwicklungsland investiert, zu Lasten des Gewinns im Inland eine Rücklage bilden darf, die sich bei Investitionen in den am wenigsten entwickelten Ländern auf 100 vH des investierten Betrages beläuft, in den übrigen auf 40 vH und bei Kapitalanlagen im Rohstoff- und Energiebereich auf 60 vH. Die Rücklage ist vom sechsten auf ihre Bildung folgenden Wirtschaftsjahr an gewinnerhöhend aufzulösen. Der Auflösungszeitraum beträgt bei Anlagen in den am wenigsten entwickelten Ländern und bei Anlagen im Rohstoffbereich 12 Jahre, sonst 6 Jahre. Andere steuerliche Regelungen wie das Auslandsinvestitionsgesetz haben keinen speziellen Regelungsgehalt im Hinblick auf die Entwicklungsländer. Nur mit wenigen Entwicklungsländern bestehen allerdings Doppelbesteuerungsabkommen, die sicherstellen, daß die Wirtschaftlichkeit der Auslandsinvestitionen nicht durch eine Kumulierung von steuerlichen Belastungen des Entwicklungslandes und der Bundesrepublik beeinträchtigt wird und daß die Investoren im Entwicklungsland nicht diskriminiert werden.

499. Die Deutsche Gesellschaft für wirtschaftliche Zusammenarbeit (DEG) fördert die Direktinvestitionen heimischer Unternehmen in Entwicklungsländern, indem sie die Zusammenarbeit deutscher Investoren mit Unternehmen in der Dritten Welt auf partnerschaftlicher Basis unterstützt. Die DEG übernimmt dabei Direktbeteiligungen oder beteiligungsähnliche Darlehen an Unternehmen in Entwicklungsländern, auf die die heimischen Unternehmen eine Option erwerben. Ihr Kapital wurde im Jahre 1978 auf eine Milliarde DM aufgestockt. Allein im Jahre 1978 hat die DEG für Projekte in 28 Ländern Neuzusagen im Gesamtwert von 112,2 Mio DM gegeben.

Die Entwicklungspolitik stellt darüber hinaus ein ganzes Bündel finanzieller Anreize für Investoren bereit. So werden insbesondere kleinen und mittleren Unternehmen zinsverbilligte Darlehen gewährt, um Errichtung, Erweiterung oder Erwerb von Unternehmen in Entwicklungsländern sowie von Beteiligungen an solchen Unternehmen zu begünstigen. Sofern das investitionswillige Unternehmen seine Investitionspläne in die nach Länderschwerpunkten gegliederten öffentlichen Kapitalhilfeprogramme einpaßt, können Teile des Investitionsplanes zudem noch in den Genuß der projektgebundenen Kapitalhilfe gelangen.

500. Die Ausweitung des Technologietransfers zu Vorzugsbedingungen steht unter den Forderungen der Entwicklungsländer an die Industrieländer schon lange an vorderster Stelle. In jüngster Zeit kommt das Begehren hinzu, daß die Industrieländer Mittel für einen Fonds bereitstellen sollen, der es den Entwicklungsländern möglich macht, eine eigene Infrastruktur auf dem Gebiet von Wissenschaft und Technik aufzubauen. Darin sehen sie eine wichtige Vorbedingung dafür, daß die Chancen, die der Technologietransfer eröffnet, sinnvoll genutzt werden und daß Techniken geschaffen werden können, die der wirtschaftlichen und sozialen Umwelt in den Entwicklungsländern angemessen sind. Skepsis gegenüber neuen Fonds und neuen Institutionen im Wissenschaftsbereich hat gute Gründe auf ihrer Seite, doch dürfte unumstritten sein, daß eine größere technologische Kapazität der Entwicklungsländer zu den wesentlichen Zielen der dritten Entwicklungsdekade gerechnet werden muß. Welche Technologien dabei als „angemessen" angesehen werden, können nur die Entwicklungsländer selbst entscheiden.

501. Da auch technisches Wissen seinen Preis hat, kann ein kostenloser Zugang zu dem technischen Potential der Industrieländer kein realistisches Ziel der Entwicklungspolitik sein. Wenn Wissen auch nicht kostenlos zu erlangen ist, so sollte es doch so weit wie möglich handelbar sein, und zwar nicht nur in Form wissensintensiver Güter. Ernst zu nehmen sind jedenfalls Vorwürfe, daß das internationale Patentsystem Produktionswissen in Industrieländern zu Lasten der Entwicklungsländer schützt. Es ist Aufgabe der Industrieländer, ihr Wissensmonopol nicht restriktiv zu handhaben, sondern daran mitzuarbeiten, wie vorhandenes Wissen — auf die Bedürfnisse der Entwicklungsländer zugeschnitten — nutzbar gemacht werden kann. Umstritten ist, ob Zwangslizenzen hier helfen können. Der Preis, den Entwicklungsländer für den Technologietransfer bezahlen müssen, kann aber durch die Entwicklungspolitik gesenkt werden. Die Bundesrepublik hat, wie einige andere Industrieländer, in diesem Sinne die wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern in den letzten Jahren verstärkt. Die dazu geschaffenen Programme und Einrichtungen sind ausbaufähig.

Zu nennen sind neben Kooperationsprogrammen des Bundesministeriums für Forschung und Technologie mit verschiedenen Entwicklungsländern vor allem die Vereinbarungen zwischen dem Bundesministerium für Forschung und Technologie und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, die darauf gerichtet sind, technologischen Bedarf der Entwicklungsländer zu ermitteln und geeignete Problemlösungen dafür zu finden. Das gleiche Ziel verfolgt das Deutsche Zentrum für Entwicklungstechnologien (GATE), das 1978 bei der für die Durchführung der technischen Hilfe an die Entwicklungsländer zuständigen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit eingerichtet worden ist; es stellt den Entwicklungsländern in einem Frage- und Antwortdienst Informationen zu geeigneten Entwicklungstechnologien einschließlich der dafür notwendigen Dokumentation zur Verfügung. Zur Un-

terstützung von Forschungskooperationen deutscher Wissenschaftler mit Wissenschaftlern aus Entwicklungsländern wurde 1977 ein gemeinsames Programm des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und der Deutschen Forschungsgemeinschaft beschlossen.

502. Technisches und kaufmännisches Wissen wird in beachtlichem Umfang auf dem Wege der beruflichen Bildung von Mitarbeitern in den Unternehmen aus Industrieländern vermittelt, die in Entwicklungsländern Produktions- und Ausbildungsstätten errichtet haben. In vielen Fällen mögen die Ausbildungsleistungen sich darauf beschränken, die heimischen Kräfte zu einfachen Verrichtungen und handwerklichen Fertigkeiten im Produktionsprozeß anzulernen (on the job). Häufig wird jedoch eine umfassende Fachausbildung angeboten. In vielen Entwicklungsländern ist die Fluktuation unter der Belegschaft allerdings hoch. Dies mag die Bereitschaft der Unternehmen begrenzen, Kosten für die berufliche Bildung zu tragen. Die Bereitschaft wird erhöht, wenn der Staat sich im Rahmen seiner Entwicklungshilfe an Projekten der beruflichen Bildung von deutschen Unternehmen in Entwicklungsländern beteiligt. Beispiele für eine solche Zusammenarbeit von Staat und Unternehmen sind Projekte, die von der Carl Duisberg-Gesellschaft und von der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit ausgeführt worden sind. An einen Ausbau dieser Form der Entwicklungshilfe ist gedacht.

VI. Entwicklungshilfe

503. Die Leistungen, die die Industrieländer als öffentliche Entwicklungshilfe erbringen, haben in den siebziger Jahren weit weniger zugenommen als der private Ressourcentransfer. Die Entwicklungshilfe der Bundesrepublik blieb — wie die aller anderen großen Industrieländer — hinter dem Ziel zurück, 0,7 vH des Bruttosozialprodukts dafür bereitzustellen; die Vereinten Nationen hatten dieses Ziel für die zweite Entwicklungsdekade gesetzt. Die Bundesrepublik hatte sich diesem Ziel angeschlossen, ohne freilich einen festen Zeitplan hierfür vorzugeben. Am Ende der Dekade zeigt sich, daß die Bundesrepublik dieses Ziel noch nicht erreicht hat. Nimmt man die im Finanzplan des Bundes für die nächsten Jahre veranschlagten Ausgaben im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit als entwicklungspolitische Absichtserklärung, so ist ein Ausgabenanstieg gewollt, der sicherlich mehrere Prozentpunkte oberhalb der erwartbaren Zunahme des Bruttosozialprodukts liegt. Ein deutlicher Schritt auf die politische Zielmarke wird dadurch nicht gemacht werden können.

504. Die Struktur der deutschen Entwicklungshilfe entspricht dagegen den Standards, die in den Empfehlungen des DAC festgelegt sind. Der Geschenkanteil der Entwicklungshilfe betrug 87,4 vH im Jahre 1978 und lag damit über dem vom DAC 1978 vorgegebenen Wert von 86 vH, jedoch unter dem Durchschnitt aller DAC-Mitglieder von 90,7 vH. Die Empfehlungen des DAC sehen außerdem vor, daß der Geschenkanteil für die „am wenigsten entwickelten" Länder in ihrer Gesamtheit jährlich mindestens 90 vH ausmachen soll; mit 92,7 vH wurden die Leistungen der Bundesrepublik dieser Zielgröße gerecht. Außerdem soll der Geschenkanteil im Dreijahresdurchschnitt für jedes „am wenigsten entwickelte" Land 86 vH betragen. Die Leistungen der Bundesrepublik entsprachen auch dieser Empfehlung. Für die Empfängerländer hängt der Wert der Entwicklungshilfe nicht zuletzt davon ab, wie hoch der Anteil der ohne Lieferbindung vergebenen Mittel ist. Die deutschen Leistungen wurden im Jahre 1978 zu 78,8 vH als ungebundene Hilfe vergeben und lagen damit weit über dem Durchschnitt der DAC-Länder.

505. Neben der Handelspolitik ist die Entwicklungshilfepolitik der Bereich, in dem die Industrieländer unmittelbar die Kooperation mit den Entwicklungsländern fördern können. Was die Finanzierung der Entwicklungshilfe anlangt, so standen drängende Haushaltsprobleme einer zügigen Aufstockung immer wieder im Wege. Es ist nicht zu erwarten, daß dies in Zukunft anders sein wird. Daher sind Vorschläge ernstzunehmen, die darauf hinauslaufen, feste Vereinbarungen zwischen Industrieländern und Entwicklungsländern über die Ströme öffentlicher Leistungen zu treffen. Die Industrieländer würden sich auf die künftig zu leistenden Einkommenstransfers festlegen, zum Beispiel in Form einer Vorgabe für die Haushaltsplanung, wie dies einige DAC-Länder bereits tun. Sie werden jedenfalls bestrebt sein müssen, sich in den nächsten Jahren möglichst zügig dem Ziel zu nähern, 0,7 vH des Bruttosozialprodukts für Entwicklungshilfe bereitzustellen. Die Verbindung von deutlichen Schritten zur Öffnung der Märkte und zur Aufstockung der Hilfsleistung könnte den Kern einer neuen entwicklungspolitischen Konzeption bilden. Entsprechend bestünde weniger Bedarf daran, die internationalen Rohstoffmärkte mit der Aufgabe eines erhöhten Ressourcentransfers zu belasten. Die Entwicklungshilfe ist in der Vergangenheit nicht nur als gering angesehen worden, sondern mußte auch als halbherzig gelten, weil protektionistische Maßnahmen der Industrieländer den Verkauf der Produkte erschwerten, deren Produktionsgrundlagen zum Teil vorher durch Entwicklungshilfe gefördert worden waren. Die Hilfe zur Selbsthilfe geriet damit ins Zwielicht. Massiven Vorwürfen der Entwicklungsländer aus diesen oder anderen Gründen begegneten die Industrieländer wiederum mit der Warnung, zukünftigte Leistungszusagen vom Wohlverhalten im Nord-Süd-Dialog abhängig machen zu wollen.

506. Vielfach wird befürchtet, eine baldige und spürbare Erhöhung der öffentlichen Leistungen für die Entwicklungsländer würde die internationalen Organisationen ebenso wie die nationalen Entwicklungshilfeträger vor das Problem stellen, die zusätzlichen Mittel alsbald in nützliche Verwendungen zu lenken. Diese Probleme könnten teilweise schon durch Änderungen der bisherigen Formen und

Wege der Vergabepraxis gemindert werden. Wenig zweifelhaft ist freilich, daß auch die Absorptionsfähigkeit der Nehmerländer auf kurze Sicht beschränkt ist. Aber: Die Entwicklungshilfe soll ja zum Teil selbst erst schaffen, was die Aufnahmefähigkeit für Warenlieferungen und deren binnenwirtschaftliche Lenkung in beste Verwendungen gewährleistet. Die Absorptionsfähigkeit ist daher auch eine Frage des Entwicklungsstandes und seines Fortschritts. Selbst wenn die Hilfe an die ärmsten Länder endlich stärkere Priorität als bisher bekäme, bliebe übrig, daß trotz dieser Prioritätsänderung die zusätzlichen Mittel zunächst dem Umfang nach stärker in die Entwicklungsländer mit fortgeschrittenerem Entwicklungsstand fließen würden. Erfahrungen haben gezeigt, daß technische und organisatorische Fortschritte in Entwicklungsländern, die speziell auf die Überwindung entwicklungsbedingter Hindernisse gezielt waren, rasch erreicht wurden, wenn gleichzeitig die materielle Infrastruktur (beispielsweise Verkehrswege, Energieversorgung) und die immaterielle Infrastruktur (insbesondere Beseitigung des Analphabetentums, Facharbeiter- und Handwerkerausbildung) geschaffen werden.

507. Die Anzahl der förderungswürdigen Projekte ließe sich somit vermutlich ohne weiteres vergrößern, wenn sich die Industrieländer und die Entwicklungsländer in verstärktem Maße für eine Konzeption entschieden, die darauf zielt, zu allererst die schwerwiegendsten Übelstände (Unterernährung, unhygienische Lebensbedingungen, Analphabetentum) zu lindern, und die bei der Entwicklung der Infrastruktur (Bewässerung, Energie, Transport) Schwerpunkte setzt.

Eine solche Konzeption käme einer Entwicklungsstrategie sehr nahe, die in den letzten Jahren in den Vordergrund gerückt ist und die die Deckung der Grundbedürfnisse für die Masse der Bevölkerung in den Mittelpunkt stellt. Hierbei ist daran gedacht, die Produktion von Nahrungsmitteln und Gebrauchsgütern eher dezentral zu fördern, also eine lebensfähige Struktur landwirtschaftlicher, handwerklicher und industrieller Kleinbetriebe aufzubauen. Allerdings ist diese Strategie nicht als Ersatz, sondern immer nur als Ergänzung der Förderung industrieller Produktion in größeren Betriebseinheiten gedacht. Zunächst entsprang sie jedoch der Einsicht, daß in vielen Fällen Produktionswachstum und Zunahme des durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommens kaum eine Verbesserung des Lebensstandards der ländlichen und weiter Teile der städtischen Bevölkerung gebracht haben.

Diese Förderungsprogramme formen die Lebensverhältnisse in den Entwicklungsländern allerdings im einzelnen viel weitgehender als die Industrialisierungsprogramme. Die Empfängerländer werden deshalb zur Wahrung ihrer Souveränität auf einem dauernden Abstimmungsprozeß mit den Geberländern bestehen. Meinungsverschiedenheiten über die Förderungsschwerpunkte dürften dabei häufig sein und die Beziehungen zwischen Geberländern und Empfängerländern Belastungen aussetzen. Zudem ist fraglich, ob die Eliten in den Entwicklungsländern immer ein Interesse an einer solchen Politik haben. Bei starken Einkommensungleichheiten zu ihren Gunsten dürften sie weit mehr an einer Industrialisierungsstrategie beziehungsweise an zentraler Produktion in großen Einheiten interessiert sein. Überdies stellt die Grundbedürfnisstrategie an die Verwaltung der Empfängerländer wesentlich höhere Anforderungen als die bisherige Projekt- und Programmabwicklung; insbesondere die Länder mit dem niedrigsten Entwicklungsstand können diesen Anforderungen am wenigsten gerecht werden.

Die Grundbedürfnisstrategie trifft allerdings nicht bei allen Entwicklungsländern auf uneingeschränkte Zustimmung. Der wesentliche Einwand — vor allem solcher Länder, die ihre Wirtschaft durch Industrialisierung entwickeln wollen — geht dahin, die Strategie könne eine Art Ersatzangebot für die Industrialisierungsstrategie werden. Die Schwellenländer hegen die Befürchtung, daß durch eine Verlagerung der Mittel auf die Befriedigung von Grundbedürfnissen die Mittel für ihre Industrialisierungsanstrengungen beschnitten werden könnten. Eine wichtige Rolle mag die Grundbedürfnisstrategie jedoch für die politischen Auseinandersetzungen in den Industrieländern spielen. Den Bürgern, die Einkommensteile für eine Erhöhung der Entwicklungshilfe abzutreten hätten, läßt sich die Dringlichkeit dieser Förderungsmaßnahmen möglicherweise eher vor Augen führen als die der bisherigen Formen der Entwicklungshilfe.

VII. Zu den Anpassungsproblemen

508. Die Entwicklungspolitik hat es schwer sich durchzusetzen, wenn sie — sei es auch nur kurzfristig — in Konflikt zu inländischen Zielen steht. So blockiert Sorge um den Verlust inländischer Arbeitsplätze Bemühungen um eine Liberalisierung der Außenhandelspolitik gegenüber Entwicklungsländern; Steuerwiderstand und hohe Staatsverschuldung beschneiden den Spielraum für öffentliche Übertragungen an Entwicklungsländer. Die Entwicklungspolitik wird dabei meist als Null-Summen-Spiel verstanden, in dem die Industrieländer verlieren, was die Entwicklungsländer gewinnen. Der Erfolg des OPEC-Kartells und die mit drohenden Untertönen vorgetragenen Forderungen der Entwicklungsländer haben diese Sicht bestärkt.

Weniger im Bewußtsein sind die Chancen, die sich aus einer erhöhten Entwicklungshilfe und einer stärkeren Integration der Entwicklungsländer in die internationale Arbeitsteilung auch für die Industrieländer ergeben. In den fünfziger und sechziger Jahren haben die Hilfe aus dem ERP-Programm und die weltwirtschaftliche Integration zu einem beispiellosen Anstieg des Lebensstandards, nicht nur in Europa, beigetragen. Der Strukturwandel, der mit der Liberalisierung des Außenhandels einherging, hat der Vollbeschäftigung nicht geschadet, und der Wettbewerb, der durch die Öffnung der Märkte für ausländische Waren belebt wurde, hat Produktivitätssteigerungen beträchtlichen Ausmaßes hervorgebracht.

Den Forderungen der Entwicklungsländer nach einer neuen Ordnung der Weltwirtschaft könnte von

seiten der Industrieländer eine Offerte aus Handelspolitik und Entwicklungshilfe entgegengesetzt werden. Eine solche Initiative, die eine ungehinderte Arbeitsteilung mit den Entwicklungsländern durch das Prinzip des sozialen Ausgleichs ergänzt, könnte für sich in Anspruch nehmen, daß sie weltweit erhebliche Wohlfahrtsgewinne bringt. Solche Gewinne sind vor allem für die mittlere und längere Frist zu erwarten, aber auch kurzfristig kann eine Politik der Marktöffnung hilfreich sein, Preisauftriebstendenzen entgegenzuwirken.

509. Die Besorgnisse, die gegenüber einer großzügigen Liberalisierung der Einfuhr aus Entwicklungsländern bestehen, beruhen auf der Skepsis, daß der Strukturwandel, der damit verbunden wäre, nicht so leicht bewältigt werden kann. In der Tat sind Anbieter aus Entwicklungsländern in einzelnen Warenbereichen so wettbewerbsfähig, daß ein unbehinderter Marktzugang bestimmte Produktionsbereiche im Inland ernsthaft gefährden könnte. Zwar würden infolge höherer Exporterlöse und eines schnelleren Industrialisierungstempos in den Entwicklungsländern auch die Exporte der Bundesrepublik zunehmen. Die Bereiche jedoch, die die verschärfte Importkonkurrenz trifft, sind in der Regel andere Bereiche als die, die durch vermehrte Exporte begünstigt werden. Es stellt sich die Aufgabe des inter-industriellen Strukturwandels, der Schwierigkeiten bereitet, weil er Branchenbarrieren überwinden muß. Der Integrationsprozeß, der in der Nachkriegszeit zwischen den westlichen Industrieländern stattfand, war dagegen vorwiegend geprägt von einer Zunahme der intra-industriellen Arbeitsteilung, bei der die Bereiche, die unter verschärfte Importkonkurrenz gerieten, meist auch ihre Exporte kräftig ausweiten konnten. Der damit verbundene Strukturwandel ließ das Beschäftigungsgefüge weitgehend unberührt und war mit nur geringen Friktionen verbunden. Bei der Integration der Entwicklungsländer fallen dagegen häufig Schrumpfungsvorgänge und Expansionsprozesse sektoral auseinander, wenngleich in den letzten Jahren auch der intra-industrielle Handel mit einigen Entwicklungsländern zunahm. Unternehmen wie Arbeitnehmer müssen Anpassungslasten auf sich nehmen, wenn die Chancen einer Wohlfahrtssteigerung durch verstärkte internationale Arbeitsteilung genutzt werden sollen. Das Risiko der Liberalisierung liegt darin, daß diese Anpassungen nicht friktionslos bewältigt werden. Freilich gibt es Anzeichen dafür, daß die Unternehmen heute mit dem Strukturwandel besser fertig werden als noch vor einigen Jahren.

510. Man kann das Problem auch aus einem anderen Blickwinkel sehen: Die Protektion sichert in den gefährdeten Produktionsbereichen Arbeitseinkommen und Kapitalerträge, die ein offener Markt schrumpfen lassen würde. Wer nun skeptisch ist hinsichtlich der Möglichkeit, Arbeitskräfte und Kapital an anderer Stelle wettbewerbsfähig einzusetzen, wird als Folge der Marktöffnung Einkommensverluste und Unterbeschäftigung befürchten. Auch wird die Gefahr betont, daß sich die Einkommensverteilung einseitig zulasten der Arbeitnehmer verändern könnte, weil vermehrter Import von arbeitsintensiven Gütern den Lohnerhöhungsspielraum begrenzen und weil Kapital in stärkerem Maße im Ausland angelegt werden könnte. Daß es zu einer solchen Umverteilung kommt, ist jedoch wenig wahrscheinlich. Die Löhne in den Branchen, die unter Anpassungsdruck geraten würden, sind vergleichsweise niedrig. Anderweitig können neue Produktionsmöglichkeiten erschlossen werden und freigesetzte Arbeitskräfte neue Beschäftigung finden. Wenn die Mobilität hoch ist, bereitet der Anpassungsprozeß wenig Schwierigkeiten. Im übrigen müßte die Wirtschaftspolitik versuchen, das Tempo der Liberalisierung so festzulegen, daß die Gefahr größerer Friktionen gering gehalten werden kann.

511. Denkbar ist auch ein Anpassungsprozeß, der nicht mit Unterbeschäftigung einhergeht, gleichwohl aber zu Wohlfahrtsverlusten führt. Das könnte der Fall sein, wenn die ausländischen Anbieter die Marktchancen, die ihnen die Liberalisierung einräumt, so stark zu Preiserhöhungen nutzen, daß der inländische Gewinn aus der Marktöffnung und der Umstrukturierung dadurch aufgewogen wird. In Anbetracht des Wettbewerbs, der weltweit gerade auf den Märkten für die Fertigerzeugnisse herrscht, ist eine solche Entwicklung aber sehr unwahrscheinlich. Wenn erst einmal feststeht, daß der Marktzugang frei und sicher ist, wird überdies zusätzliches Angebot hervorgelockt werden.

512. In welchem Tempo der Anpassungsprozeß abläuft, der bei einer Öffnung der Märkte zu erwarten ist, läßt sich nur in Umrissen angeben. Bedeutsam dafür ist,

- daß zwar das Potential für die Produktion verarbeiteter Erzeugnisse in den wenigen Entwicklungsländern, die bereits Fertigwaren exportieren, relativ hoch ist,
- daß aber erst wenige Länder zu dieser Gruppe gehören und auch nur allmählich weitere hinzustoßen, weil der Übergang vom Weg der Importsubstitution zum Weg der Exportdiversifizierung nicht von heute auf morgen geschafft werden kann.

Mit zusätzlichen Importen ist deshalb schon zu rechnen, auf einzelnen Märkten auch mit drastischen Steigerungsraten, nicht aber mit einer dramatischen Ausweitung des Angebots insgesamt.

513. In welchem Umfang in Zukunft Arbeitskräfte aufgrund zusätzlicher Einfuhren aus Entwicklungsländern freigesetzt werden, läßt sich nur schwer sagen. An sich muß Strukturwandel nicht mit Beschäftigungsverlusten einhergehen. So war der Strukturwandel in den sechziger Jahren vor allem dadurch gekennzeichnet, daß besonders wettbewerbsfähige Bereiche Arbeitskräfte aus anderen Beschäftigungen abgeworben haben. Nur der Einfluß von Umständen, die für den Strukturwandel ungünstig sind, läßt Arbeitslosigkeit erwarten. Was die quantitativen Auswirkungen eines beschleunigten Strukturwandels in den Industrieländern anlangt, so kann man aufgrund von Entwicklungen in der Vergangenheit allenfalls den Primäreffekt auf die Beschäftigung, d. h. den Beschäftigungseffekt aufgrund ei-

nes verstärkten internationalen Warenaustausches für sich genommen, einigermaßen zuverlässig abschätzen. Dieser Primäreffekt darf nicht mit dem endgültigen Beschäftigungseffekt gleichgesetzt werden. Die verstärkte internationale Arbeitsteilung eröffnet neue Produktions- und Absatzchancen. Werden diese Chancen erschlossen, können Beschäftigte, die ihren Arbeitsplatz verlieren, bald wieder eingegliedert werden. Der Primäreffekt mißt daher nur die beschäftigungspolitische Herausforderung, der je nach der gesamtwirtschaftlichen Lage leichter oder schwerer begegnet werden kann.

514. Empirische Untersuchungen zeigen, daß der Primäreffekt verstärkter Industriewarenexporte aus den Entwicklungsländern gering gewesen ist. Während der sechziger Jahre haben in den meisten Industrieländern jährlich weniger als 0,2 vH der Beschäftigten im Zusammenhang mit dem Anstieg der Industriewarenexporte der Entwicklungsländer ihre bisherige Tätigkeit aufgeben müssen. Auch in den siebziger Jahren, als die Entwicklungsländer — zeitweilig — beschleunigt auf die Industriegütermärkte vordrangen, waren die Effekte auf die Beschäftigung insgesamt vergleichsweise gering. So zeigen dann auch Projektionen für die achtziger Jahre keine starken Beschäftigungseffekte bei weiter wachsenden Anteilen der Entwicklungsländer auf den Märkten für industrielle Erzeugnisse. Selbst im Falle einer vollständigen Liberalisierung hielte sich der gesamtwirtschaftliche Beschäftigungseffekt in engen Grenzen. Freilich zeigen diese Analysen auch, daß langfristig eine erhebliche Umschichtung der Beschäftigung zwischen den einzelnen Branchen und Berufsgruppen nötig ist.

515. Unter Anpassungsdruck würden vor allem Bereiche geraten, die sehr rohstoffintensiv produzieren oder relativ viel einfache Arbeit einsetzen. Demgegenüber dürfte die Wettbewerbsfähigkeit heimischer Anbieter vor allem bei solchen Produkten gesichert sein, deren Entwicklung einen hohen Forschungsaufwand erfordert und zu deren Herstellung hochqualifiziertes Fachpersonal benötigt wird. Empirische Untersuchungen lassen Anpassungsprobleme vor allem in einigen Verbrauchsgüterbereichen wie in der Textil-, der Bekleidungs-, der Schuh- und der Lederindustrie erwarten, aber auch bei den Investitionsgütern dürften einige Bereiche unter starken Druck geraten. Allerdings muß man sehen, daß diese Branchen in der Bundesrepublik einen wesentlichen Anpassungsprozeß in den siebziger Jahren schon hinter sich gebracht haben.

Die vom Strukturwandel benachteiligten Branchen sind regional oft stark konzentriert, und dies zu einem erheblichen Teil in peripheren Regionen, in denen die Einkommens- und Beschäftigungschancen ohnedies wesentlich ungünstiger sind als im Bundesdurchschnitt. Um zu verhindern, daß eine Strategie der Marktöffnung an regionalen Problemen scheitert, ist die Wirtschaftspolitik gefordert, zur Überwindung der regionalen Anpassungslasten beizutragen. Bei einem verstärkten Wettbewerb aus den Entwicklungsländern muß auch mit strukturellen Problemen auf dem Arbeitsmarkt gerechnet werden. Empirische Untersuchungen weisen darauf hin, daß vor allem die Unternehmen vom Wettbewerbsdruck aus Entwicklungsländern betroffen sein werden, die derzeit in überdurchschnittlichem Maße wenig qualifizierte Arbeitskräfte, vor allem Frauen, beschäftigen. Für diese Personengruppe, die schon jetzt besonders von Arbeitslosigkeit betroffen ist, wäre ein verstärkter Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente erforderlich.

516. Die Sorge um die Arbeitsplätze hat auch in der Diskussion um eine Aufstockung der Entwicklungshilfe ein starkes Gewicht. Eine spürbare Erhöhung der öffentlichen Entwicklungshilfe fiele leichter, wenn sie außer der Abneigung gegen eine Verstärkung der staatlichen Abgabenlast nicht auch noch das Argument gegen sich hätte, sie trage zur Beschäftigung im Inland kaum etwas bei. In Phasen der Unterbeschäftigung gewinnen solche Beschäftigungsargumente leicht ein Eigengewicht. Zum Beleg wird auf die Tatsache verwiesen, daß die deutsche Hilfe im Gegensatz zu der mancher anderer Industrieländer fast ganz ohne die Auflage vergeben wird, sie für Käufe im Geberland zu verwenden. Dabei wird jedoch zumeist die Wirkung der ungebundenen Hilfe auf die Beschäftigung im Inland unterschätzt und der arbeitsplatzschaffende Effekt einer stärkeren Lieferbindung weiter höher veranschlagt, als er tatsächlich ist. Eine D-Mark, die für Entwicklungshilfe ausgegeben wird, fließt auf jeden Fall zurück, wenn auch nicht immer direkt und nicht sofort, so doch auf Umwegen und mit zeitlichen Verzögerungen.

517. Eine Untersuchung der mit der Abwicklung der bilateralen deutschen öffentlichen Entwicklungshilfe beauftragten Kreditanstalt für Wiederaufbau über die Verwendung der Kapitalhilfeauszahlungen zeigt überdies, daß der Anteil, der von den aufteilbaren Auszahlungen (das sind rund 80 vH der gesamten Auszahlungen) auf Lieferungen und Leistungen der Bundesrepublik entfällt, seit der weitgehenden Aufhebung der Lieferbindung zwar gesunken ist, daß er sich inzwischen aber bei etwas mehr als 60 vH stabilisiert zu haben scheint. Auch ohne Lieferbindung fließen also nahezu zwei Drittel der bilateralen Kapitalhilfe unmittelbar in Form von Aufträgen an die deutsche Wirtschaft zurück. Geht man davon aus, daß der Rückfluß bei den nichtaufteilbaren Auszahlungen ähnlich groß ist, so entsprachen dem 1978 Aufträge im Wert von reichlich 1,2 Mrd DM. Bei einem Auszahlungsvolumen von insgesamt knapp 2 Mrd DM hätte demnach eine vollständige Lieferbindung der bilateralen Kapitalhilfe selbst rein rechnerisch nur zusätzliche Aufträge von knapp 0,8 Mrd DM erbracht. Der tatsächliche Effekt wäre vermutlich sogar noch weit geringer gewesen. Denn die Erfahrung zeigt, daß die Entwicklungsländer Lieferbindungen nicht selten damit beantworten, daß sie ihre sonstigen Bezüge kürzen; dies gilt vor allem dann, wenn sie die Auflage daran hindert, das preisgünstigste Angebot am Weltmarkt wahrzunehmen und damit die ihnen zur Verfügung stehenden Mittel möglichst effizient zu verwenden. Überdies könnte eine stärkere Lieferbindung auch andere Industrieländer veranlassen, ähnlich zu ver-

fahren, von deren ungebundener bilateraler Hilfe deutsche Unternehmen ebenfalls profitieren.

518. Zu den Aufträgen aus der bilateralen Hilfe kommen Lieferungen und Leistungen hinzu, die aus Mitteln internationaler Institutionen — allen voran die Weltbankgruppe — finanziert werden. Soweit die einzelnen Institutionen Unterlagen veröffentlichen, in denen die Auszahlungen nach Lieferländern aufgeschlüsselt sind, zeigt sich, daß die Bundesrepublik neben den Vereinigten Staaten und Japan die meisten Aufträge erhält. Für 1976 sind nach Angaben des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik Aufträge aus multilateralen Entwicklungshilfeleistungen von etwa 1 Mrd DM nachweisbar; im Jahre 1977 dürfte das Volumen eine ähnliche Größenordnung gehabt haben. Das ist mehr, als die Bundesrepublik in Form von Beiträgen, Kapitalbeteiligungen und Krediten — in beiden Jahren waren dies 850 Mio DM beziehungsweise 820 Mio DM — an multilateraler Entwicklungshilfe aufgebracht hat.

519. Eine stärkere Lieferbindung der Entwicklungshilfe würde den Wert der Hilfeleistung für die Entwicklungsländer mindern, weil diese auf dem Weltmarkt nicht das für sie günstigste Angebot wählen können. Tatsache ist, daß die Industrieländer, die das 0,7-Prozent-Ziel erfüllen, in hohem Maße die Lieferbindung praktizieren. Als Rechtfertigung dafür wird angeführt, daß die Lieferbindung das unmittelbare Eigeninteresse der heimischen Exportwirtschaft an der Entwicklungshilfe mobilisiert und dadurch eine politische Entscheidung zugunsten von mehr Entwicklungshilfe erleichtert. Das mag in vielen Fällen eine realistische Sicht der Dinge sein. Für gegeben sollte man jedoch nicht nehmen, daß vernünftige Entscheidungen an einer Stelle durch Unvernunft an anderer Stelle erkauft werden müssen. Entwicklungshilfeleistungen, die mit der Verpflichtung zu Käufen im Inland verbunden werden, sollten auf jeden Fall nicht in vollem Umfang auf das 0,7-Prozent-Ziel angerechnet werden, sondern mit einem pauschalen Abschlag, der die dadurch verursachte Wertminderung für das Empfängerland berücksichtigt.

520. Mehr Entwicklungshilfe muß finanziert werden. Dies ist in Zeiten, in denen die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte eine wichtige Aufgabe in der Finanzpolitik ist, ein schwieriges Problem. Der Bundesrepublik als einem der reichsten Industrieländer stünde es aber wohl schlecht an, wenn sie eine Aufstockung der Entwicklungshilfe an Finanzierungsproblemen scheitern ließe. Gewiß, eine Ausdehnung der Verschuldung kommt aus konsolidierungspolitischen Gründen nicht in Betracht, und einer Erhöhung der Steuerquote stehen beträchtliche Widerstände entgegen. Erleichtert werden könnte die Finanzierung, wenn steuerliche Maßnahmen zur Sicherung der Energieversorgung eingeführt werden. Durch ein gleichzeitiges Aufstocken der Entwicklungshilfe könnte wohl auch der Widerstand der Ölförderländer gegen erhöhte Steuern auf Öl geringer ausfallen. Soweit durch steuerliche Maßnahmen kein Finanzierungsspielraum geschaffen werden kann, müssen die Mittel für mehr Entwicklungshilfe durch eine Senkung der Staatsausgaben an anderer Stelle freigemacht werden (Ziffer 437).

Anhang

Seite

I. Gesetz über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 194

II. Auszug aus dem Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft 196

III. Verzeichnis der Gutachten des Sachverständigenrates 197

IV. Tabellenanhang zum dritten Kapitel: Anpassung an teures Öl 198

V. Methodische Erläuterungen 213

VI. Statistischer Anhang 223

I.

Gesetz über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Vom 14. August 1963 (Bundesgesetzbl. I S. 685)

in der Fassung des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vom 8. November 1966 (Bundesgesetzbl. I S. 633) — § 6 Abs. 1 —, und des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft, vom 8. Juni 1967 (Bundesgesetzbl. I S. 582) — § 6 Abs. 2

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

(1) Zur periodischen Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland und zur Erleichterung der Urteilsbildung bei allen wirtschaftspolitisch verantwortlichen Instanzen sowie in der Öffentlichkeit wird ein Rat von unabhängigen Sachverständigen gebildet.

(2) Der Sachverständigenrat besteht aus fünf Mitgliedern, die über besondere wirtschaftswissenschaftliche Kenntnisse und volkswirtschaftliche Erfahrungen verfügen müssen.

(3) Die Mitglieder des Sachverständigenrates dürfen weder der Regierung oder einer gesetzgebenden Körperschaft des Bundes oder eines Landes noch dem öffentlichen Dienst des Bundes, eines Landes oder einer sonstigen juristischen Person des öffentlichen Rechts, es sei denn als Hochschullehrer oder als Mitarbeiter eines wirtschafts- oder sozialwissenschaftlichen Institutes, angehören. Sie dürfen ferner nicht Repräsentant eines Wirtschaftsverbandes oder einer Organisation der Arbeitgeber oder Arbeitnehmer sein oder zu diesen in einem ständigen Dienst- oder Geschäftsbesorgungsverhältnis stehen. Sie dürfen auch nicht während des letzten Jahres vor der Berufung zum Mitglied des Sachverständigenrates eine derartige Stellung innegehabt haben.

§ 2

Der Sachverständigenrat soll in seinen Gutachten die jeweilige gesamtwirtschaftliche Lage und deren absehbare Entwicklung darstellen. Dabei soll er untersuchen, wie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig Stabilität des Preisniveaus, hoher Beschäftigungsstand und außenwirtschaftliches Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wachstum gewährleistet werden können. In die Untersuchung sollen auch die Bildung und die Verteilung von Einkommen und Vermögen einbezogen werden. Insbesondere soll der Sachverständigenrat die Ursachen von aktuellen und möglichen Spannungen zwischen der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und dem gesamtwirtschaftlichen Angebot aufzeigen, welche die in Satz 2 genannten Ziele gefährden. Bei der Untersuchung sollen jeweils verschiedene Annahmen zugrunde gelegt und deren unterschiedliche Wirkungen dargestellt und beurteilt werden. Der Sachverständigenrat soll Fehlentwicklungen und Möglichkeiten zu deren Vermeidung oder deren Beseitigung aufzeigen, jedoch keine Empfehlungen für bestimmte wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen aussprechen.

§ 3

(1) Der Sachverständigenrat ist nur an den durch dieses Gesetz begründeten Auftrag gebunden und in seiner Tätigkeit unabhängig.

(2) Vertritt eine Minderheit bei der Abfassung der Gutachten zu einzelnen Fragen eine abweichende Auffassung, so hat sie die Möglichkeit, diese in den Gutachten zum Ausdruck zu bringen.

§ 4

Der Sachverständigenrat kann vor Abfassung seiner Gutachten ihm geeignet erscheinenden Personen, insbesondere Vertretern von Organisationen des wirtschaftlichen und sozialen Lebens, Gelegenheit geben, zu wesentlichen sich aus seinem Auftrag ergebenden Fragen Stellung zu nehmen.

§ 5

(1) Der Sachverständigenrat kann, soweit er es zur Durchführung seines Auftrages für erforderlich hält, die fachlich zuständigen Bundesminister und den Präsidenten der Deutschen Bundesbank hören.

(2) Die fachlich zuständigen Bundesminister und der Präsident der Deutschen Bundesbank sind auf ihr Verlangen zu hören.

(3) Die Behörden des Bundes und der Länder leisten dem Sachverständigenrat Amtshilfe.

§ 6

(1) Der Sachverständigenrat erstattet jährlich ein Gutachten (Jahresgutachten) und leitet es der Bundesregierung bis zum 15. November zu. Das Jahresgutachten wird den gesetzgebenden Körperschaften von der Bundesregierung unverzüglich vorgelegt und zum gleichen Zeitpunkt vom Sachverständigenrat veröffentlicht. Spätestens acht Wochen nach der Vorlage nimmt die Bundesregierung gegenüber den gesetzgebenden Körperschaften zu dem Jahresgutachten Stellung. In der Stellungnahme sind insbesondere die wirtschaftspolitischen Schlußfolgerungen, die die Bundesregierung aus dem Gutachten zieht, darzulegen.

(2) Der Sachverständigenrat hat ein zusätzliches Gutachten zu erstatten, wenn auf einzelnen Gebieten Entwicklungen erkennbar werden, welche die in § 2 Satz 2 genannten Ziele gefährden. Die Bundesregierung kann den Sachverständigenrat mit der Erstattung weiterer Gutachten beauftragen. Der Sachverständigenrat leitet Gutachten nach Satz 1 und 2 der Bundesregierung zu und veröffentlicht sie; hinsichtlich des Zeitpunktes der Veröffentlichung führt er das Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft herbei.

§ 7

(1) Die Mitglieder des Sachverständigenrates werden auf Vorschlag der Bundesregierung durch den Bundespräsidenten berufen. Zum 1. März eines jeden Jahres — erstmals nach Ablauf des dritten Jahres nach Erstattung des ersten Gutachtens gemäß § 6 Abs. 1 Satz 1 — scheidet ein Mitglied aus. Die Reihenfolge des Ausscheidens wird in der ersten Sitzung des Sachverständigenrates durch das Los bestimmt.

(2) Der Bundespräsident beruft auf Vorschlag der Bundesregierung jeweils ein neues Mitglied für die Dauer von fünf Jahren. Wiederberufungen sind zulässig. Die Bundesregierung hört die Mitglieder des Sachverständigenrates an, bevor sie ein neues Mitglied vorschlägt.

(3) Die Mitglieder sind berechtigt, ihr Amt durch Erklärung gegenüber dem Bundespräsidenten niederzulegen.

(4) Scheidet ein Mitglied vorzeitig aus, so wird ein neues Mitglied für die Dauer der Amtszeit des ausgeschiedenen Mitglieds berufen; Absatz 2 gilt entsprechend.

§ 8

(1) Die Beschlüsse des Sachverständigenrates bedürfen der Zustimmung von mindestens drei Mitgliedern.

(2) Der Sachverständigenrat wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden für die Dauer von drei Jahren.

(3) Der Sachverständigenrat gibt sich eine Geschäftsordnung.

§ 9

Das Statistische Bundesamt nimmt die Aufgaben einer Geschäftsstelle des Sachverständigenrates wahr. Die Tätigkeit der Geschäftsstelle besteht in der Vermittlung und Zusammenstellung von Quellenmaterial, der technischen Vorbereitung der Sitzungen des Sachverständigenrates, dem Druck und der Veröffentlichung der Gutachten sowie der Erledigung der sonst anfallenden Verwaltungsaufgaben.

§ 10

Die Mitglieder des Sachverständigenrates und die Angehörigen der Geschäftsstelle sind zur Verschwiegenheit über die Beratungen und die vom Sachverständigenrat als vertraulich bezeichneten Beratungsunterlagen verpflichtet. Die Pflicht zur Verschwiegenheit bezieht sich auch auf Informationen, die dem Sachverständigenrat gegeben und als vertraulich bezeichnet werden.

§ 11

(1) Die Mitglieder des Sachverständigenrates erhalten eine pauschale Entschädigung sowie Ersatz ihrer Reisekosten. Diese werden vom Bundesminister für Wirtschaft im Einvernehmen mit dem Bundesminister des Innern festgesetzt.

(2) Die Kosten des Sachverständigenrates trägt der Bund.

§ 12

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin.

§ 13

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

II.

Auszug aus Bundesgesetzblatt, Jahrgang 1967, Teil I S. 582

Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft

Vom 8. Juni 1967

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

Bund und Länder haben bei ihren wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen die Erfordernisse des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zu beachten. Die Maßnahmen sind so zu treffen, daß sie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig zur Stabilität des Preisniveaus, zu einem hohen Beschäftigungsstand und außenwirtschaftlichem Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wirtschaftswachstum beitragen.

§ 2

(1) Die Bundesregierung legt im Januar eines jeden Jahres dem Bundestag und dem Bundesrat einen Jahreswirtschaftsbericht vor. Der Jahreswirtschaftsbericht enthält:

1. die Stellungnahme zu dem Jahresgutachten des Sachverständigenrates auf Grund des § 6 Abs. 1 Satz 3 des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vom 14. August 1963 (Bundesgesetzbl. I S. 685) in der Fassung des Gesetzes vom 8. November 1966 (Bundesgesetzbl. I S. 633);
2. eine Darlegung der für das laufende Jahr von der Bundesregierung angestrebten wirtschafts- und finanzpolititschen Ziele (Jahresprojektion); die Jahresprojektion bedient sich der Mittel und der Form der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, gegebenenfalls mit Alternativrechnungen;
3. eine Darlegung der für das laufende Jahr geplanten Wirtschafts- und Finanzpolitik.

(2) Maßnahmen nach § 6 Abs. 2 und 3 und nach den §§ 15 und 19 dieses Gesetzes sowie nach § 51 Abs. 3 des Einkommensteuergesetzes und nach § 19 c des Körperschaftsteuergesetzes dürfen nur getroffen werden, wenn die Bundesregierung gleichzeitig gegenüber dem Bundestag und dem Bundesrat begründet, daß diese Maßnahmen erforderlich sind, um eine Gefährdung der Ziele des § 1 zu verhindern.

§ 3

(1) Im Falle der Gefährdung eines der Ziele des § 1 stellt die Bundesregierung Orientierungsdaten für ein gleichzeitiges aufeinander abgestimmtes Verhalten (konzertierte Aktion) der Gebietskörperschaften, Gewerkschaften und Unternehmensverbände zur Erreichung der Ziele des § 1 zur Verfügung. Diese Orientierungsdaten enthalten insbesondere eine Darstellung der gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge im Hinblick auf die gegebene Situation.

(2) Der Bundesminister für Wirtschaft hat die Orientierungsdaten auf Verlangen eines der Beteiligten zu erläutern.

§ 4

...

III.

Verzeichnis der Gutachten des Sachverständigenrates

Als Veröffentlichungen des Sachverständigenrates sind bisher erschienen:

Jahresgutachten 1964/65: „Stabiles Geld — Stetiges Wachstum" (am 11. Januar 1965)

Jahresgutachten 1965/66: „Stabilisierung ohne Stagnation" (am 13. Dezember 1965)

Jahresgutachten 1966/67: „Expansion und Stabilität" (am 30. November 1966)

Jahresgutachten 1967/68: „Stabilität im Wachstum" (am 6. Dezember 1967); darin enthalten: Sondergutachten vom März 1967: „Zur Konjunkturlage im Frühjahr 1967"

Jahresgutachten 1968/69: „Alternativen außenwirtschaftlicher Anpassung" (am 4. Dezember 1968)

Jahresgutachten 1969/70: „Im Sog des Booms" (am 3. Dezember 1969); darin enthalten: Sondergutachten vom 30. Juni 1969 und 3. Juli 1968: „Binnenwirtschaftliche Stabilität und außenwirtschaftliches Gleichgewicht"; Sondergutachten vom 25. September 1969: „Zur lohn- und preispolitischen Situation Ende September 1969"; Sondergutachten vom 4. Oktober 1969: „Zur währungspolitischen Situation Anfang Oktober 1969"

Jahresgutachten 1970/71: „Konjunktur im Umbruch — Risiken und Chancen —" (am 3. Dezember 1970); darin enthalten: Sondergutachten vom 9. Mai 1970: „Zur Konjunkturlage im Frühjahr 1970"

Jahresgutachten 1971/72: „Währung, Geldwert, Wettbewerb — Entscheidungen für morgen —" (am 22. November 1971); darin enthalten: Sondergutachten vom 24. Mai 1971: „Zur konjunktur- und währungspolitischen Lage im Mai 1971"

Jahresgutachten 1972/73: „Gleicher Rang für den Geldwert" (am 6. Dezember 1972); darin enthalten: Sondergutachten vom 3. Juli 1972: „Zur währungspolitischen Lage im Juli 1972"

Jahresgutachten 1973/74: „Mut zur Stabilisierung" (am 22. November 1973); darin enthalten: Sondergutachten vom 4. Mai 1973: „Zur konjunkturpolitischen Lage im Mai 1973"

Jahresgutachten 1974/75: „Vollbeschäftigung für morgen" (am 22. November 1974); darin enthalten: Sondergutachten vom 17. Dezember 1973: „Zu den gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen der Ölkrise"

Jahresgutachten 1975/76: „Vor dem Aufschwung" (am 24. November 1975); darin enthalten: Sondergutachten vom 17. August 1975: „Zur konjunkturpolitischen Lage im August 1975"

Jahresgutachten 1976/77: „Zeit zum Investieren" (am 24. November 1976)

Jahresgutachten 1977/78: „Mehr Wachstum — Mehr Beschäftigung" (am 22. November 1977)

Jahresgutachten 1978/79: „Wachstum und Währung" (am 23. November 1978); darin enthalten: Sondergutachten vom 19. Juni 1978: „Zur wirtschaftlichen Lage im Juni 1978"

Alle Veröffentlichungen sind im W. Kohlhammer-Verlag Stuttgart — Mainz erschienen.

IV.

Tabellenanhang zum dritten Kapitel

Anpassung an teures Öl

Übersicht über Energieeinheiten und Umrechnungfaktoren

A. Internationale Tabellen Seite

1. Der Weltmarkt für Mineralöl 199
2. Energieverbrauch im internationalen Vergleich 1977 200
3. Energiepreise im internationalen Vergleich 1978 201

B. Tabellen für die Bundesrepublik Deutschland

4. Entwicklung im Mineralölbereich 202
5. Preise für Mineralöl und Mineralölprodukte 203
6. Struktur des Energieverbrauchs 204
7. Zur Einfuhrabhängigkeit von Energie 205
8. Energieverbrauch im Inland nach Energieträgern 206
9. Endenergieverbrauch des Verarbeitenden Gewerbes und des übrigen Bergbaus nach Energieträgern 208
10. Endenergieverbrauch der privaten Haushalte und Kleinverbraucher nach Energieträgern 210
11. Zur Elektrizitätsversorgung 212

Übersicht über Energieeinheiten und Umrechnungsfaktoren

Neue bzw. neu definierte Einheiten für Energie und Leistung:

Joule (J) für Energie, Arbeit, Wärmemenge
Watt (W) für Leistung, Energiestrom, Wärmestrom

Für die Bundesrepublik Deutschland als gesetzliche Einheiten ab 1. Januar 1978 verbindlich.

Vorsätze und Vorsatzzeichen für Energieeinheiten:

Kilo	k	10^3	Tausend	Tera	T	10^{12}	Billion
Mega	M	10^6	Million	Peta	P	10^{15}	Billiarde
Giga	G	10^9	Milliarde	Exa	D	10^{18}	Trillion

Umrechnungsfaktoren:

Die Kalorie (cal) und davon abgeleitete Einheiten wie Steinkohleneinheiten (SKE) und Rohöleinheiten (RÖE) können für eine Übergangszeit nur noch hilfsweise verwendet werden.

Zum Vergleich der alten und neuen Maßeinheiten dient die folgende Tabelle:

Einheit	KJ	kWh	kcal
1 KJ	—	0,000278	0,2388
1 kcal	4,1868	0,001163	—
1 kWh	3 600	—	860
1 kg SKE	29 308	8,14	7 000
1 kg RÖE	41 868	11,63	10 000

A. Internationale Tabellen

Tabelle 1

Der Weltmarkt für Mineralöl
1978

	Mineralöl-verbrauch		Raffinerie-kapazität		Erdölförderung		Erdölreserven	
	Mio Tonnen	Anteil in vH	Mio Tonnen	Anteil in vH	Mio Tonnen	Anteil in vH	Mio Tonnen	Anteil in vH
Westeuropa	683,7	*22,5*	1 005,7	*25,7*	83,3	*2,7*	3 263	*3,7*
Afrika	61,7	*2,0*	83,4	*2,1*	304,8	*10,0*	7 698	*8,7*
Naher Osten	90,0	*3,0*	177,3	*4,5*	1 034,4	*33,8*	50 236	*56,5*
Nordamerika	971,0	*32,0*	977,9	*25,0*	554,0	*18,1*	4 650	*5,2*
Mittel- und Südamerika	202,0	*6,6*	423,2	*10,8*	240,3	*7,9*	7 558	*8,5*
Mittlerer und Ferner Osten, Australien	417,7	*13,7*	514,3	*13,2*	137,4	*4,5*	2 693	*3,0*
Welt (ohne Osteuropa, Sowjetunion, Volksrepublik China)	2 426,8	*79,8*	3 181,8	*81,3*	2 354,2	*77,0*	76 098	*85,6*
Osteuropa, Sowjetunion, Volksrepublik China	614,8	*20,2*	731,2	*18,7*	701,6	*23,0*	12 824	*14,4*
Welt insgesamt	3 041,6	*100*	3 913,0	*100*	3 055,8	*100*	88 922	*100*

Quelle: ESSO

Tabelle 2

Energieverbrauch im internationalen Vergleich

1977

Land	Primärenergieverbrauch								Importabhängigkeit	
				nach Energieträgern						
	insgesamt	je Einheit BIP	je Einwohner	Feste Brennstoffe	Mineralöl	Gas	Kernenergie	Wasserkraft und Sonstige	insgesamt	von Mineralöl
	in Mio t RÖE[1])	t RÖE[1])		Anteil am Primärenergieverbrauch in vH					in vH[2])	in vH[3])
Australien	65,0	1,60	4,6	38,5	44,6	12,3	0,0	4,6	−21,5	27,6
Belgien	45,2	1,37	4,6	20,4	53,1	21,0	5,8	0,2	90,5	101,3
Dänemark	20,4	1,05	4,0	17,6	81,9	0,0	0,0	0,0	96,1	97,0
Bundesrepublik Deutschland	260,7	1,18	4,2	29,1	52,1	15,1	3,2	1,6	57,2	98,4
Frankreich	183,0	0,98	3,4	15,6	62,4	10,5	2,1	9,7	76,7	98,0
Griechenland	13,8	1,11	1,5	33,6	71,0	0,0	0,0	3,6	73,9	100,0
Großbritannien	211,4	1,54	3,8	25,4	43,9	17,1	4,7	0,5	24,9	55,2
Irland	7,4	1,51	2,3	24,3	74,3	0,0	0,0	2,7	83,8	103,6
Italien	134,9	1,21	2,4	7,6	66,3	16,1	0,5	9,0	81,5	100,8
Japan	348,1	1,17	3,0	15,6	73,9	3,4	2,2	5,2	89,5	101,2
Kanada	201,8	1,98	8,7	8,9	43,6	18,3	3,1	27,5	− 4,7	14,7
Luxemburg	3,8	3,17	10,9	42,1	36,8	10,5	0,0	0,0	97,4	100,0
Neuseeland	11,0	1,45	3,5	15,5	45,5	13,6	0,0	32,7	33,6	74,0
Niederlande	63,3	1,57	4,6	5,5	40,3	52,6	1,6	0,0	−20,9	93,7
Norwegen	20,6	1,34	5,1	4,4	36,9	0,0	0,0	52,4	−32,0	− 60,5
Österreich	23,3	1,23	3,1	14,6	46,8	18,5	0,0	24,5	58,4	82,6
Schweden	48,7	1,32	5,9	9,9	56,3	0,0	9,2	24,6	59,3	100,4
Schweiz	23,4	1,06	3,7	3,0	56,0	3,0	8,5	33,3	60,7	100,8
Spanien	69,4	1,38	1,6	16,6	66,1	1,7	2,0	14,0	69,3	96,1
Türkei	31,9	1,50	0,8	39,5	53,9	0,0	0,0	6,6	46,4	86,6
Vereinigte Staaten	1 795,7	1,47	8,3	20,3	47,7	26,3	3,8	3,2	22,7	48,4
Insgesamt[4])	3 582,8	1,38	4,8	19,9	51,7	19,4	3,3	6,0	35,1	67,9

[1]) Rohöleinheiten.

[2]) -Exports am Primärenergieverbrauch in vH.

[3]) Anteil der Netto-Importe von Mineralöl am Primärenergieverbrauch von Mineralöl in vH. Zahlen mit vorangestelltem Minuszeichen beinhalten den Anteil des Netto-Exports am Primärenergieverbrauch von Mineralöl in vH.

[4]) Alle Mitgliedsländer der Internationalen Energieagentur einschließlich Frankreich.

Quelle: Internationale Energieagentur

Tabelle 3

Energiepreise im internationalen Vergleich

1978

	Bundesrepublik Deutschland	Kanada	Vereinigte Staaten	Frankreich	Italien	Niederlande	Großbritannien	Schweden	Schweiz	Japan
	US-Dollar/10^7 Kcal									
In privaten Haushalten										
Strom	1 001,6	.	–	823,2	836	977,3	616,2	504,6	755,8	972,3
Naturgas	450	77,5	–	350	152,2	187	185	–	–	–
Anthrazit	211,4	1 915	–	139,9	145,8	223,0	132,8	–	–	–
Heizöl	180,2 [a])	127,4	149	193,6	180,9	174,4	179,6	152,3	–	232,8
In der Industrie										
Strom	540,7	–	–	404,6	435,1	523,8	409,3	309,2	562,2	554,6
Naturgas	–	54,3	71,8	107,5	82,1	112	115	–	–	–
Kohle	125,9	–	–	77,7	65,3	63,3	84,0	55,3	–	94,3
Leichtes Heizöl	177,5	–	99,3	158,8	104,5	171,5	122	117,8	135,3	132,3
Schweres Heizöl	96,5	.	109,8	88,6	89,6	96,9	104,8	88	120,9	106,3
In Kraftwerken										
Kohle	124,4	41	39,5	85,5	24,7	53	59,5	–	–	100,1
Schweres Heizöl	–	50,2	87,3	82,7	84,8	96,7	98,1	85,25	–	100
Naturgas	73,6	29,5	45,5	78	–	86	46,3	–	–	85,4
Im Verkehr [1])										
Superbenzin	43,7	19,8	17,9	50,1	57,4	45,6	32	36,8	47,5	50,8
Normalbenzin	41,2	18,2	16,3	46,3	55,1	44,5	31,3	36	43,5	46,2
Diesel	42,4	–	15,2	30,2	17,2	25	35,7	15,6	48,2	26,5
	1968 = 100									
In privaten Haushalten										
Strom	344,2	.	–	221,5	183,3	428,7	242,6	204,1	281	230,9
Naturgas	346,1	198,7	–	246,5	271,6	225,3	174,5	–	–	–
Anthrazit	435,0	375,0	–	259,0	239,0	335,0	235,0	–	–	–
Heizöl	–	283,1	400	403,3	348	498,3	332,6	447,9	–	306,3
In der Industrie										
Strom	286,8	–	–	256,1	244,4	346,9	260,0	325,5	374,8	385,2
Naturgas	–	387,9	520,3	398	432,1	560	352,8	–	–	–
Kohle	481,2	–	–	317,0	219,9	372,4	405,8	442,5	–	460,0
Leichtes Heizöl	522	–	305,5	441,1	373	519,7	460	–	422,8	357,6
Schweres Heizöl	507,9	–	563	359	492	538,3	456	463,1	636,3	531,5
In Kraftwerken										
Kohle	540,9	315	416	407,1	123,5	252,4	383,9	–	–	434,8
Schweres Heizöl	–	358	623,6	359,6	498,8	568,8	516,3	682	–	606
Naturgas	.	369	379	600	–	537,5	330	–	–	294,5
Im Verkehr [1])										
Superbenzin	266,5	178,4	–	235,2	276	290,4	222	206,7	308,4	307,9
Normalbenzin	267	200	181,1	237,4	287	300,7	220,4	211,8	304,2	308
Diesel	284,6	–	125,6	227,1	153,6	396,8	297,5	124,8	315	265

[1]) Benzin und Diesel in US-Dollar/100 Liter.
[a]) Eigene Berechnung.

Quelle: Internationale Energieagentur

B. Tabellen für die Bundesrepublik Deutschland

Tabelle 4

Entwicklung im Mineralölbereich

Jahr	Mineralölverbrauch		Mineralöleinfuhr[1])		Leichtes Heizöl		Schweres Heizöl		Verbrauch an Motorenbenzin und Dieselkraftstoff im Verkehr	Preise für Kraftstoffe[3])
	je Einheit BIP[2]) in Preisen von 1970	je Einwohner[2])	insgesamt	je Einheit BSP[2]) in jew. Preisen	Verbrauch	Verbraucherpreis[3])	Verbrauch	Erzeugerpreis		
	Petajoule pro 1 Mrd DM	Gigajoule	Mio DM	Verhältnis in vH	Petajoule	1970 = 100	Petajoule	1970 = 100	Petajoule	1970 = 100
1950	0,99	3 944	.	.	3	.	15	.	100	.
1951	0,97	4 387	.	.	3	.	21	.	117	.
1952	1,01	4 735	.	.	3	.	23	.	138	.
1953	1,13	5 667	.	.	6	.	23	.	167	.
1954	1,35	7 226	.	.	15	.	38	.	185	.
1955	1,55	9 227	.	.	29	.	64	.	223	.
1956	1,86	11 708	1 449	*0,72*	59	.	103	.	252	.
1957	1,91	12 551	1 826	*0,84*	79	.	123	.	270	.
1958	2,40	16 139	1 909	*0,81*	138	106,8	167	.	311	.
1959	2,82	20 103	2 230	*0,87*	185	96,4	214	.	352	.
1960	3,03	23 470	2 794	*0,92*	281	93,6	267	.	402	.
1961	3,49	28 020	3 035	*0,92*	381	93,3	337	.	460	.
1962	4,16	34 397	3 768	*1,05*	572	95,7	402	99,7	516	100,7
1963	4,88	41 210	4 357	*1,14*	744	100,1	454	101,1	563	100,6
1964	5,29	47 213	4 914	*1,17*	838	95,7	522	90,5	636	100,3
1965	5,80	53 993	4 994	*1,09*	1 011	91,4	577	87,1	692	100,1
1966	6,38	60 408	5 584	*1,15*	1 134	87,7	610	91,9	762	96,1
1967	6,67	62 882	6 566	*1,33*	1 196	94,7	604	95,3	783	103,2
1968	7,03	70 134	7 855	*1,47*	1 366	101,3	633	89,9	838	110,2
1969	7,34	78 263	7 914	*1,32*	1 641	94,7	677	90,4	903	101,9
1970	7,72	86 429	8 583	*1,26*	1 853	100	733	100	993	100
1971	7,77	88 816	11 168	*1,48*	1 962	110,4	742	131,1	1 080	105,2
1972	7,93	93 337	10 621	*1,28*	2 064	102,3	792	107,9	1 136	110,6
1973	8,04	98 780	15 009	*1,63*	2 217	168,8	799	115,2	1 181	124,2
1974	7,21	88 939	32 226	*3,27*	1 926	220,5	687	229,4	1 129	149,3
1975	7,06	85 785	30 834	*2,98*	1 907	211,8	622	228,3	1 216	148,3
1976	7,26	93 303	35 260	*3,13*	2 087	233,3	630	248,2	1 281	159,2
1977	7,00	92 541	34 407	*2,87*	2 007	232,8	592	255,4	1 361	155,0
1978	7,11	97 169	34 854	*2,71*	2 131	227,9	595	235,4	1 546	159,2

[1]) Erdöl, roh und Mineralölerzeugnisse.
[2]) Bruttoinlandsprodukt, Bruttosozialprodukt und Einwohner bis 1959 ohne Saarland und Berlin.
[3]) Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte.

Tabelle 5

Preise für Mineralöl und Mineralölprodukte

1970 = 100

Zeitraum	Einfuhrpreise			Industrielle Erzeugerpreise			Preisindex für die Lebenshaltung	
	Erdöl, roh	Gasöle[1])	Vergaser-kraftstoffe	schweres Heizöl	leichtes Heizöl	Motoren-benzin	Extra leichtes Heizöl	Kraftstoffe
1968	112,3	108,1	127,5	89,9	104,0	105,7	101,3	110,2
1969	105,8	89,5	101,3	90,4	88,5	99,1	94,7	101,9
1970	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	126,4	111,8	115,2	131,1	106,2	105,3	110,4	105,2
1972	118,2	93,6	126,2	107,9	92,9	111,0	102,3	110,6
1973	141,1	198,0	255,9	115,2	161,2	126,8	168,8	124,2
1974	382,6	272,9	409,6	229,4	224,7	158,6	220,5	149,3
1975	367,1	270,1	358,4	228,3	222,3	157,6	211,8	148,3
1976	402,7	294,3	432,5	248,2	242,6	170,4	233,3	159,2
1977	405,6	298,9	381,2	255,4	243,4	161,1	232,8	155,0
1978	353,0	277,9	381,1	235,4	233,7	161,5	227,9	159,2
1973 1. Vj.	123,0	128,2	179,6	111,0	123,4	118,1	123,7	115,5
2. Vj.	125,1	146,8	263,6	118,7	135,9	121,1	131,9	117,4
3. Vj.	127,6	171,3	232,0	104,5	161,2	131,9	159,6	130,9
4. Vj.	188,8	345,6	348,5	126,5	224,2	136,0	260,0	133,2
1974 1. Vj.	380,6	320,4	476,9	218,0	259,4	156,6	265,4	147,7
2. Vj.	379,0	246,9	473,8	225,3	205,4	164,1	207,5	153,2
3. Vj.	385,2	264,5	356,1	226,6	216,0	159,5	203,4	150,4
4. Vj.	385,0	259,7	331,6	247,5	217,8	154,2	205,7	146,0
1975 1. Vj.	355,2	227,0	322,7	256,6	189,6	154,0	189,0	147,3
2. Vj.	347,3	243,2	352,2	233,5	205,3	154,7	192,1	146,3
3. Vj.	361,9	292,9	365,6	205,3	237,7	158,9	220,6	148,5
4. Vj.	403,9	318,3	393,3	218,0	256,6	162,8	245,5	151,2
1976 1. Vj.	408,4	292,1	414,4	248,3	239,6	166,7	235,7	155,6
2. Vj.	406,1	296,6	451,7	243,3	242,9	173,3	233,0	160,4
3. Vj.	406,5	299,8	446,6	245,5	249,7	173,7	234,0	162,3
4. Vj.	389,9	288,6	417,4	255,5	238,1	167,9	230,3	158,5
1977 1. Vj.	411,4	302,1	398,0	266,2	246,1	162,4	236,9	155,3
2. Vj.	411,3	304,0	397,0	251,4	245,1	162,5	233,4	155,5
3. Vj.	405,2	298,3	374,0	244,6	240,1	160,3	230,2	154,5
4. Vj.	394,5	291,1	355,8	259,4	242,4	159,3	230,7	154,6
1978 1. Vj.	366,1	274,5	343,3	247,1	229,2	157,6	226,8	157,6
2. Vj.	360,4	280,3	349,4	237,3	228,1	158,7	223,8	159,3
3. Vj.	350,9	271,6	389,9	224,5	227,0	161,6	223,0	159,6
4. Vj.	334,5	285,0	441,7	232,5	250,6	168,0	238,0	160,2
1979 1. Vj.	352,2	427,2	527,4	262,2	333,6	171,9	321,6	162,8
2. Vj.	420,5	524,5	691,6	287,3	394,4	178,7	398,0	169,0
3. Vj.	502,4	571,3	781,1	319,1	430,0	192,6	454,0	182,5

[1]) Dieselkraftstoff und leichtes Heizöl.

Tabelle 6

Struktur des Energieverbrauchs

Petajoule

Jahr	Primärenergieverbrauch	Verbrauch und Verluste im Energiesektor[1])	Nichtenergetischer Verbrauch	Endenergieverbrauch						
				insgesamt	darunter Verarbeitendes Gewerbe und übriger Bergbau				Verkehr	Haushalte, Kleinverbraucher, militärische Dienststellen
					zusammen	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe, übriger Bergbau	Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	Verbrauchsgüter produzierendes und Nahrungs- und Genußmittel-Gewerbe		
1950	3 971	1 354	76	2 541	1 163	844	91	229	437	941
1951	4 390	1 375	76	2 940	1 345	991	103	252	472	1 123
1952	4 637	1 386	70	3 180	1 471	1 114	108	249	492	1 216
1953	4 557	1 386	76	3 095	1 424	1 064	103	258	501	1 169
1954	4 900	1 477	94	3 329	1 541	1 158	117	267	519	1 269
1955	5 375	1 571	108	3 696	1 750	1 325	138	287	563	1 383
1956	5 721	1 656	123	3 942	1 858	1 410	147	302	598	1 486
1957	5 747	1 676	123	3 948	1 864	1 430	138	296	598	1 486
1958	5 589	1 609	141	3 839	1 808	1 375	147	287	607	1 424
1959	5 686	1 612	167	3 907	1 858	1 421	149	287	651	1 398
1960	6 199	1 726	202	4 270	2 072	1 591	167	314	662	1 536
1961	6 322	1 709	223	4 390	2 081	1 603	170	308	712	1 597
1962	6 779	1 761	246	4 771	2 098	1 574	199	325	759	1 914
1963	7 295	1 832	293	5 170	2 119	1 562	214	343	803	2 248
1964	7 535	1 905	349	5 281	2 268	1 700	220	349	859	2 154
1965	7 755	1 967	390	5 399	2 306	1 715	234	358	885	2 207
1966	7 816	1 937	469	5 410	2 227	1 641	229	358	935	2 248
1967	7 819	1 887	510	5 422	2 210	1 635	217	358	941	2 271
1968	8 455	2 040	598	5 818	2 382	1 761	240	381	991	2 444
1969	9 232	2 210	651	6 372	2 547	1 882	267	399	1 058	2 767
1970	9 870	2 397	722	6 751	2 661	1 948	293	420	1 157	2 933
1971	9 948	2 485	702	6 761	2 584	1 865	289	430	1 246	2 931
1972	10 383	2 584	765	7 034	2 627	1 889	301	437	1 303	3 104
1973	11 092	2 776	874	7 442	2 801	2 045	314	442	1 341	3 300
1974	10 723	2 716	868	7 139	2 804	2 084	286	434	1 283	3 052
1975	10 191	2 644	688	6 859	2 462	1 761	282	419	1 355	3 042
1976	10 853	2 816	744	7 293	2 588	1 851	303	434	1 422	3 283
1977	10 912	2 721	886	7 305	2 580	1 812	317	451	1 501	3 224
1978	11 401	2 860	936	7 605	2 597	1 818	330	449	1 588	3 420

[1]) Einschließlich statistischer Differenzen.

Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen

Tabelle 7

Zur Einfuhrabhängigkeit von Energie

Anteil[1])

Jahr	Energieträger insgesamt	Steinkohlen	Braunkohlen, Pechkohle	Mineralöle	Naturgase[2])	Wasserkraft[3])	Kernenergie
1950	7,2	1,4	6,8	74,6	–	8,1	–
1951	10,6	6,2	3,6	71,8	–	10,0	–
1952	11,8	7,6	5,7	67,5	–	9,7	–
1953	11,6	5,6	8,4	65,6	–	13,0	–
1954	12,9	4,6	11,2	67,5	–	13,3	–
1955	17,7	9,7	13,9	70,3	–	9,8	–
1956	20,6	11,8	11,7	74,4	–	8,1	–
1957	23,0	14,0	12,5	73,6	–	5,4	–
1958	24,1	11,3	14,9	77,2	–	15,6	–
1959	24,1	6,5	12,8	79,4	–	20,0	–
1960	28,3	6,1	13,4	82,0	–	25,8	–
1961	32,3	6,2	13,3	83,4	–	26,2	100
1962	35,9	7,6	13,4	85,5	–	21,1	100
1963	40,5	8,2	13,9	86,9	–	17,0	100
1964	44,0	7,9	11,9	88,2	–	8,9	100
1965	47,7	8,6	10,7	89,4	–	23,5	100
1966	52,6	8,6	9,6	90,6	2,3	32,5	100
1967	55,5	9,2	8,1	91,0	7,0	31,6	100
1968	58,1	7,9	7,3	91,9	18,1	30,8	100
1969	59,2	9,0	6,4	92,9	22,0	31,8	100
1970	63,2	11,4	5,8	93,9	22,5	32,2	100
1971	65,1	10,1	5,0	94,2	28,3	34,6	100
1972	66,3	10,9	4,6	94,8	35,3	49,6	100
1973	68,3	11,2	4,1	95,4	43,2	42,3	100
1974	67,1	9,9	4,6	95,3	51,2	26,6	100
1975	68,5	13,1	4,6	95,4	58,3	33,3	100
1976	69,8	12,1	3,9	95,9	59,5	7,6	100
1977	71,2	11,8	4,4	96,0	61,2	27,1	100
1978	70,2	11,7	4,1	96,4	61,8	15,0	100

[1]) Einfuhr in vH des Primärenergieverbrauchs im Inland. Die hier nachgewiesenen Werte für das Jahr 1977 unterscheiden sich von den in Tabelle 2 nachgewiesenen Werten, da nicht auf die Netto-Importe, sondern auf die Brutto-Importe abgestellt wird.
[2]) Erdgas, Erdölgas, Grubengas und Klärgas.
[3]) Einschließlich Außenhandessaldo Strom.

Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen

Tabelle 8

Energieverbrauch im Inland nach Energieträgern

Petajoule

Jahr	Primärenergieverbrauch					Endenergieverbrauch				
	Mineralöle	Kohle[1])	Naturgase[2])	Kernenergie	Wasserkraft, Außenhandelssaldo Strom und sonst. Energieträger[3])	Mineralölprodukte[4])	Kohlen und sonstige feste Brennstoffe[5])	Gase[6])	Strom	Fernwärme
1950	185	3499	3	–	284	132	2040	234	123	12
1951	208	3907	3	–	273	158	2336	290	144	12
1952	226	4138	6	–	267	191	2477	340	158	15
1953	273	4039	6	–	240	223	2365	322	173	12
1954	352	4282	9	–	258	278	2497	340	196	18
1955	454	4654	18	–	249	363	2688	407	220	18
1956	583	4868	23	–	246	469	2775	431	246	21
1957	633	4862	23	–	229	519	2702	440	264	23
1958	824	4499	23	–	243	674	2435	428	278	23
1959	1038	4396	26	–	226	824	2327	431	299	26
1960	1301	4616	32	–	249	1026	2397	472	340	35
1961	1574	4475	35	0	237	1263	2268	460	360	38
1962	1955	4566	44	0	214	1588	2318	428	387	50
1963	2365	4669	56	0	205	1876	2392	425	419	59
1964	2737	4534	79	0	185	2125	2166	472	457	62
1965	3165	4235	106	0	249	2418	1934	478	492	76
1966	3573	3822	129	3	290	2655	1682	469	522	82
1967	3728	3634	167	12	278	2740	1556	492	542	91
1968	4173	3713	275	18	275	3013	1518	583	598	106
1969	4701	3857	387	50	237	3414	1518	654	659	126
1970	5242	3735	543	61	289	3791	1356	759	718	127
1971	5443	3506	707	58	234	3997	1057	825	762	120
1972	5756	3352	898	92	285	4219	929	935	824	127
1973	6122	3436	1130	116	288	4425	924	1062	895	136
1974	5519	3454	1362	119	269	3972	989	1118	932	128
1975	5304	2959	1443	207	278	3967	781	1067	912	132
1976	5741	3173	1522	233	184	4218	753	1192	985	145
1977	5682	2991	1627	346	266	4185	697	1268	1013	142
1978	5959	3081	1771	345	245	4394	672	1320	1062	157

[1]) Steinkohlen, Braunkohlen, Pechkohle.
[2]) Erdgas, Erdölgas, Grubengas und Klärgas.
[3]) Stromerzeugung.
[4]) Kraftstoffe, Heizöl und übrige Mineralölprodukte (Petroleum und Petrolkoks).
[5]) Steinkohle, Steinkohlenbriketts, Braunkohlenbriketts und übrige feste Brennstoffe (Braunkohlenschwelkoks, Braunkohlenkoks, Staub- und Trockenkohle, Hartbraunkohle, Pechkohle, Brennholz und Brenntorf).
[6]) Flüssiggas, Raffineriegas, Kokereigas, Gichtgas und Naturgase.

Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen

noch Tabelle 8

Energieverbrauch im Inland nach Energieträgern

Anteil in vH[1])

Jahr	Primärenergieverbrauch					Endenergieverbrauch				
	Mineralöle	Kohle[2])	Naturgase[3])	Kernenergie	Wasserkraft, Außenhandelssaldo Strom und sonst. Energieträger[4])	Mineralölprodukte[5])	Kohlen und sonstige feste Brennstoffe[6])	Gase[7])	Strom	Fernwärme
1950	4,7	88,1	0,1	–	7,2	5,2	80,3	9,2	4,8	0,5
1951	4,7	89,0	0,1	–	6,2	5,4	79,4	9,9	4,9	0,4
1952	4,9	89,2	0,1	–	5,7	6,0	77,9	10,7	5,0	0,5
1953	6,0	88,6	0,1	–	5,3	7,2	76,4	10,4	5,6	0,4
1954	7,2	87,4	0,2	–	5,2	8,4	75,0	10,2	5,9	0,5
1955	8,4	86,6	0,3	–	4,6	9,8	72,7	11,0	6,0	0,5
1956	10,2	85,1	0,4	–	4,3	11,9	70,4	10,9	6,2	0,5
1957	11,0	84,6	0,4	–	3,9	13,1	68,5	11,1	6,7	0,6
1958	14,7	80,5	0,4	–	4,3	17,6	63,5	11,1	7,2	0,6
1959	18,3	77,3	0,5	–	3,9	21,1	59,6	11,0	7,7	0,7
1960	21,0	74,5	0,5	–	4,0	24,0	56,1	11,1	8,0	0,8
1961	24,9	70,8	0,6	0,0	3,7	28,8	51,7	10,5	8,2	0,9
1962	28,8	67,4	0,6	0,0	3,2	33,3	48,6	9,0	8,1	1,0
1963	32,4	64,0	0,8	0,0	2,8	36,3	46,3	8,2	8,1	1,1
1964	36,3	60,2	1,0	0,0	2,5	40,2	41,0	8,9	8,7	1,2
1965	40,8	54,6	1,4	0,0	3,2	44,8	35,8	8,9	9,1	1,4
1966	45,7	48,9	1,7	0,0	3,7	49,1	31,1	8,7	9,6	1,5
1967	47,7	46,5	2,1	0,2	3,6	50,5	28,7	9,1	10,0	1,7
1968	49,4	43,9	3,3	0,2	3,3	51,8	26,1	10,0	10,3	1,8
1969	50,9	41,8	4,2	0,5	2,6	53,6	23,8	10,3	10,3	2,0
1970	53,1	37,8	5,5	0,6	2,9	56,2	20,1	11,2	10,6	1,9
1971	54,7	35,2	7,1	0,6	2,4	59,1	15,6	12,2	11,3	1,8
1972	55,4	32,3	8,6	0,9	2,8	60,0	13,2	13,3	11,7	1,8
1973	55,2	31,0	10,2	1,0	2,7	59,5	12,4	14,3	12,0	1,8
1974	51,5	32,2	12,7	1,1	2,5	55,6	13,9	15,7	13,0	1,8
1975	52,1	29,0	14,2	2,0	2,7	57,8	11,4	15,6	13,3	1,9
1976	52,9	29,2	14,0	2,2	1,7	57,8	10,3	16,3	13,5	2,0
1977	52,1	27,4	14,9	3,2	2,4	57,3	9,5	17,4	13,9	1,9
1978	52,3	27,0	15,5	3,0	2,2	57,8	8,8	17,4	14,0	2,1

[1]) Am Primärenergieverbrauch insgesamt bzw. am Endenergieverbrauch insgesamt.
[2]) Steinkohlen, Braunkohlen, Pechkohle.
[3]) Erdgas, Erdölgas, Grubengas und Klärgas.
[4])
[5]) Kraftstoffe, Heizöl und übrige Mineralölprodukte (Petroleum und Petrolkoks).
[6]) Steinkohle, Rohbraunkohle, Braunkohlenbriketts und übrige feste koks, Braunkohlenkoks, Staub- und Trockenkohle, Hartbraunkohle, Pechkohle, Brennholz und Brenntorf).
[7]) Flüssiggas, Raffineriegas, Kokereigas, Gichtgas und Naturgase.

Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen

Tabelle 9

Endenergieverbrauch des Verarbeitenden Gewerbes und des übrigen Bergbaus nach Energieträgern

Petajoule

Jahr	Insgesamt	Steinkohle[1])	Braunkohle[2])	Mineralöle[3])		Gase[4])		Strom	Fernwärme
				insgesamt	darunter Heizöl leicht	insgesamt	darunter Naturgase[5])		
1950	1164	730	138	18	–	193	0	82	3
1951	1345	821	158	21	–	240	0	103	3
1952	1471	888	161	21	–	287	0	111	3
1953	1424	847	164	23	–	267	0	120	3
1954	1542	906	173	41	–	281	0	138	3
1955	1750	996	188	67	0	340	6	155	3
1956	1858	1038	185	106	3	358	9	170	3
1957	1864	1008	182	117	3	369	9	182	6
1958	1808	929	170	164	9	355	9	185	6
1959	1858	926	164	208	12	355	9	199	6
1960	2072	970	161	302	53	396	9	229	15
1961	2081	923	145	375	73	384	9	237	18
1962	2098	870	132	478	103	346	12	249	23
1963	2119	818	126	551	132	334	12	264	26
1964	2268	818	117	648	152	372	21	287	26
1965	2307	750	94	759	188	369	38	305	29
1966	2227	645	76	815	205	349	50	314	29
1967	2210	613	59	824	211	366	85	319	29
1968	2383	613	56	894	234	443	147	349	29
1969	2547	630	47	967	264	489	193	381	32
1970	2661	560	38	1039	285	569	244	405	41
1971	2584	466	32	1030	294	601	332	418	37
1972	2627	421	27	1067	309	639	382	439	34
1973	2801	457	28	1083	314	714	449	480	39
1974	2804	546	29	949	261	747	464	497	36
1975	2462	431	25	843	231	675	450	453	35
1976	2588	449	25	957	237	726	491	494	37
1977	2580	419	33	821	241	768	555	502	37
1978	2597	412	39	817	244	775	551	514	40

[1]) Steinkohle, Steinkohlenbriketts, Steinkohlenkoks.
[2]) und Trockenkohle, Hartbraunkohle, Pechkohle und Brennholz).
[3]) Heizöl, Kraftstoffe, Petroleum und Petrolkoks.
[4]) Flüssiggas, Kokereigas, Gichtgas und Naturgase.
[5]) Erdgas, Erdölgas und Grubengas.

Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen

noch Tabelle 9

Endenergieverbrauch des Verarbeitenden Gewerbes und des übrigen Bergbaus nach Energieträgern

Anteil in vH

Jahr	Insgesamt	Steinkohle[1])	Braunkohle[2])	Mineralöle[3])		Gase[4])		Strom	Fernwärme
				insgesamt	darunter Heizöl leicht	insgesamt	darunter Naturgase[5])		
1950	100	62,7	11,9	1,5	–	16,6	0,0	7,0	0,3
1951	100	61,0	11,9	1,6	–	17,8	0,0	7,7	0,2
1952	100	60,4	10,9	1,4	–	19,5	0,0	7,5	0,2
1953	100	59,5	11,5	1,6	–	18,8	0,0	8,4	0,2
1954	100	58,8	11,3	2,7	–	18,2	0,0	8,9	0,2
1955	100	56,9	10,7	3,8	0,0	19,4	0,3	8,9	0,2
1956	100	55,9	10,1	5,7	0,2	19,3	0,5	9,1	0,2
1957	100	54,1	9,8	6,3	0,2	19,8	0,5	9,8	0,3
1958	100	51,4	9,4	9,1	0,5	19,6	0,5	10,2	0,3
1959	100	49,8	8,8	11,2	0,6	19,1	0,5	10,7	0,3
1960	100	46,8	7,8	14,6	2,6	19,1	0,4	11,1	0,7
1961	100	44,4	7,1	18,0	3,5	18,5	0,4	11,4	0,9
1962	100	41,5	6,3	22,8	4,9	16,5	0,6	11,9	1,1
1963	100	38,6	6,0	26,0	6,2	15,8	0,6	12,5	1,2
1964	100	36,1	5,2	28,6	6,7	16,4	0,9	12,7	1,1
1965	100	32,5	4,1	32,9	8,1	16,0	1,6	13,2	1,3
1966	100	29,0	3,5	36,6	9,2	15,7	2,2	14,1	1,3
1967	100	27,7	2,8	37,3	9,5	16,6	3,8	14,4	1,3
1968	100	25,7	2,3	37,5	9,8	18,5	6,2	14,6	1,2
1969	100	24,7	1,8	38,0	10,4	19,2	7,6	15,0	1,3
1970	100	21,4	1,5	39,0	10,7	21,4	9,2	15,2	1,5
1971	100	18,0	1,3	39,9	11,4	23,3	12,8	16,2	1,4
1972	100	16,0	1,1	40,6	11,8	24,3	14,5	16,7	1,3
1973	100	16,3	1,0	38,7	11,2	25,5	16,0	17,1	1,4
1974	100	19,5	1,0	33,8	9,3	26,6	16,5	17,7	1,3
1975	100	17,5	1,0	34,2	9,4	27,4	18,3	18,4	1,4
1976	100	17,3	1,0	33,1	9,2	28,1	19,0	19,1	1,4
1977	100	16,2	1,2	31,8	9,4	29,8	21,5	19,5	1,4
1978	100	15,9	1,4	31,5	9,4	29,8	21,2	19,8	1,5

[1]) Steinkohle, Steinkohlenbriketts, Steinkohlenkoks.
[2]) übrige feste Trockenkohle, Hartbraunkohle, Pechkohle und Brennholz).
[3])
[4]) Flüssiggas, Kokereigas, Gichtgas und Naturgase.
[5]) Erdgas, Erdölgas und Grubengas.

Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen

Tabelle 10

Endenergieverbrauch der privaten Haushalte und Kleinverbraucher nach Energieträgern

Petajoule

Jahr	Insgesamt	Heizöl[1])	Steinkohle[2])	Braunkohlenbriketts	Übrige feste Brennstoffe[3])	Gase[4])		Strom	Fernwärme
						insgesamt	darunter Naturgase[5])		
1950	879	12	489	185	111	41	–	32	9
1951	1026	18	621	188	108	47	–	35	9
1952	1128	18	712	202	94	50	–	41	12
1953	1079	23	651	217	82	53	–	44	9
1954	1169	32	703	232	85	56	–	50	12
1955	1290	50	774	255	79	62	–	56	15
1956	1398	88	826	258	76	67	–	64	18
1957	1386	114	768	273	76	67	–	70	18
1958	1334	173	630	293	67	70	–	79	21
1959	1316	220	583	267	67	70	–	88	21
1960	1433	273	636	275	59	73	–	97	21
1961	1503	369	595	284	53	73	–	111	18
1962	1808	530	686	308	53	82	–	123	26
1963	2125	689	797	319	59	88	–	141	32
1964	2028	759	624	311	56	94	–	152	32
1965	2087	882	574	258	50	106	0	170	47
1966	2142	985	516	240	44	117	0	188	53
1967	2154	1029	481	217	38	126	9	202	62
1968	2330	1161	484	208	32	144	21	226	76
1969	2635	1410	478	208	29	164	38	252	94
1970	2803	1608	421	190	25	189	65	284	86
1971	2803	1726	288	146	23	223	111	314	83
1972	2970	1834	248	127	20	294	186	354	93
1973	3171	1977	237	114	17	346	246	383	97
1974	2936	1715	231	112	13	371	288	402	92
1975	2929	1743	172	85	13	392	315	427	97
1976	3178	1914	143	78	12	466	391	458	107
1977	3122	1835	126	69	8	500	428	478	106
1978	3326	1966	115	64	8	543	467	513	117

[1]) Einschließlich übrige Mineralölprodukte (Motorenbenzin, Dieselkraftstoff und Petroleum) ohne Verwendung für Verkehrszwecke.
[2])
[3]) Rohbraunkohle, Braunkohlenschwelkoks, Braunkohlenkoks, Hartbraunkohle, Pechkohle, Brennholz und Brenntorf.
[4]) Flüssiggas, Kokereigas und Naturgase.
[5]) Erdgas und Erdölgas.

Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen

noch Tabelle 10

Endenergieverbrauch der privaten Haushalte und Kleinverbraucher nach Energieträgern

Anteil in vH

Jahr	Insgesamt	Heizöl[1])	Steinkohle[2])	Braunkohlenbriketts	Übrige feste Brennstoffe[3])	Gase[4])		Strom	Fernwärme
						insgesamt	darunter Naturgase[5])		
1950	100	1,5	55,6	21,0	12,6	4,7	–	3,6	1,0
1951	100	1,7	60,5	18,3	10,5	4,6	–	3,4	0,9
1952	100	1,7	63,1	17,9	8,3	4,4	–	3,6	1,1
1953	100	2,1	60,3	20,1	7,6	4,9	–	4,1	0,8
1954	100	2,6	60,1	19,8	7,3	4,8	–	4,3	1,0
1955	100	3,9	60,0	19,8	6,1	4,8	–	4,3	1,2
1956	100	6,2	59,1	18,5	5,4	4,8	–	4,6	1,3
1957	100	8,2	55,4	19,7	5,5	4,8	–	5,1	1,3
1958	100	12,9	47,2	22,0	5,0	5,2	–	5,9	1,6
1959	100	16,7	44,3	20,3	5,1	5,3	–	6,7	1,6
1960	100	19,0	44,4	19,2	4,1	5,1	–	6,8	1,5
1961	100	24,6	39,6	18,9	3,5	4,9	–	7,4	1,2
1962	100	29,4	37,9	17,0	2,9	4,5	–	6,8	1,4
1963	100	32,5	37,5	15,0	2,8	4,1	–	6,6	1,5
1964	100	37,4	30,8	15,3	2,8	4,6	–	7,5	1,6
1965	100	42,3	27,5	12,4	2,4	5,1	0,0	8,1	2,3
1966	100	46,0	24,1	11,2	2,1	5,5	0,0	8,8	2,5
1967	100	47,8	22,3	10,1	1,8	5,8	0,4	9,4	2,9
1968	100	49,9	20,8	8,9	1,4	6,2	0,9	9,7	3,3
1969	100	53,5	18,1	7,9	1,1	6,2	1,4	9,6	3,6
1970	100	57,4	15,0	6,8	0,9	6,7	2,3	10,1	3,1
1971	100	61,6	10,3	5,2	0,8	7,9	4,0	11,2	3,0
1972	100	61,8	8,4	4,3	0,7	9,9	6,3	11,9	3,1
1973	100	62,3	7,5	3,6	0,5	10,9	7,8	12,1	3,1
1974	100	58,4	7,9	3,8	0,5	12,6	9,8	13,7	3,1
1975	100	59,6	5,9	2,9	0,4	13,4	10,8	14,6	3,3
1976	100	60,2	4,5	2,4	0,4	14,7	12,3	14,4	3,4
1977	100	60,2	4,0	2,2	0,3	16,0	13,7	15,3	3,4
1978	100	59,1	3,5	1,9	0,2	16,3	14,0	15,4	3,5

[1]) Einschließlich übrige Mineralölprodukte (Motorenbenzin, Dieselkraftstoff und Petroleum) ohne Verwendung für Verkehrszwecke.
[2]) Steinkohle, Steinkohlenkoks und Steinkohlenbriketts.
[3]) Hartbraunkohle, Pechkohle, Brennholz und Brenntorf.
[4]) Flüssiggas, Kokereigas und Naturgase.
[5]) Erdgas und Erdölgas.

Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen

Tabelle 11

Zur Elektrizitätsversorgung[1])

Jahr	Engpaßleistung[2])[3])	Verfügbare Leistung[3])[4])	Höchstleistung[5])	Elektrizitätserzeugung nach Kraftquellen						
				insgesamt	Steinkohle[6])	Rohbraunkohle	Heizöl	Gas	Kernenergie	Wasser und Sonstige[7])
	1000 kW			Mio kWh						
1962	30 706	28 469	26 203	134 734						
1963	33 463	30 343	28 271	146 540						
1964	36 665	33 833	30 035	163 863						
1965	40 123	37 176	32 987	171 426						
1966	42 434	39 571	33 442	176 764	83 798	45 361	21 521	8 095	17 989	
1967	45 015	42 164	36 111	183 900	87 172	46 943	21 496	9 397	18 892	
1968	46 572	43 421	38 872	202 501	92 395	52 999	23 912	13 191	20 004	
1969	48 332	45 065	42 216	225 334	100 081	57 568	28 895	17 677	21 113	
1970	50 419	46 779	42 877	241 837	97 635	59 650	36 038	22 816	25 698	
1971	53 563	42 275	45 791	259 304	109 897	61 555	36 812	29 245	21 795	
1972	57 203	52 821	48 135	274 096	107 957	66 679	40 012	34 811	24 637	
1973	61 640	57 044	51 019	298 760	104 289	74 940	42 772	47 383	29 376	
1974	69 715	62 549	53 995	311 141	99 462	81 225	30 492	67 267	12 136	20 559
1975	73 956	66 060	57 457	301 310	76.087	83 630	29 881	70 359	21 398	19 955
1976	81 326	70 363	60 389	332 665	94 995	94 955	33 632	66 625	24 262	18 196
1977	83 322	75 175	59 095	334 781	94 779	86 285	29 214	67 700	36 050	20 753
1978	85 487	74 869	63 191	353 360	104 345	87 294	31 106	72 571	35 003	23 041
				in vH Elektrizitätserzeugung						
1966				*100*	*47,4*	*25,6*	*12,2*	*4,6*	*10,2*	
1967				*100*	*47,4*	*25,5*	*11,7*	*5,1*	*10,3*	
1968				*100*	*45,6*	*26,2*	*11,8*	*6,5*	*9,9*	
1969				*100*	*44,4*	*25,5*	*12,8*	*7,8*	*9,4*	
1970				*100*	*40,4*	*24,7*	*14,9*	*9,4*	*10,6*	
1971				*100*	*42,4*	*23,7*	*14,2*	*11,3*	*8,4*	
1972				*100*	*39,4*	*24,3*	*14,6*	*12,7*	*9,0*	
1973				*100*	*34,9*	*25,1*	*14,3*	*15,9*	*9,8*	
1974				*100*	*32,0*	*26,1*	*9,8*	*21,6*	*3,9*	*6,6*
1975				*100*	*25,3*	*27,8*	*9,9*	*23,4*	*7,1*	*6,6*
1976				*100*	*28,6*	*28,5*	*10,1*	*20,0*	*7,3*	*5,5*
1977				*100*	*28,3*	*25,8*	*8,7*	*20,2*	*10,8*	*6,2*
1978				*100*	*29,5*	*24,7*	*8,8*	*20,5*	*9,9*	*6,5*

[1]) Kraftwerke der Elektrizitätsversorgungsunternehmen, Stromerzeugungsanlagen im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe sowie für die Deutsche Bundesbahn.
[2]) Maximale Dauerleistung.
[3]) Leistung am jeweiligen Jahresende.
[4]) Tatsächlich erreichbare Dauerleistung, einschließlich der in Reserve stehenden, innerhalb 24 Stunden einsatzbereiten Leistung.
[5]) Summe der jeweils an einem Stichtag im Dezember
[6]) Einschließlich Braunkohlenbriketts und tschechischer Hartbraunkohle.
[7]) Dieselkraftstoff, Ölschiefer, Holz u. ä., Müll sowie Abhitze und bezogener Dampf.

V.

Methodische Erläuterungen

A. Zur Bestimmung des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials (Sachkapazitäten)

1. Verwendete Symbole:

   t Zeitindex (Jahre)

   K_t durchschnittliches Bruttoanlagevermögen

   Y_t reales Bruttoinlandsprodukt

   Y_t^* gesamtwirtschaftliches Produktionspotential

   P_t^* Produktionspotential des Sektors Unternehmen

   k_t empirisch gemessene Kapitalproduktivität

   $\hat{k}_t$ trendmäßige Kapitalproduktivität

   k_t^* trendmäßige Kapitalproduktivität bei Vollauslastung der Sachkapazitäten (potentielle Kapitalproduktivität)

   λ_t Auslastungsgrad des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials

2. Das gesamtwirtschaftliche Produktionspotential setzt sich additiv zusammen aus der potentiellen Bruttowertschöpfung des Sektors Unternehmen (ohne Wohnungsvermietung), den Beiträgen des Staates, der Wohnungsvermietung und der privaten Haushalte und Organisationen ohne Erwerbscharakter zur realen Bruttowertschöpfung sowie den Einfuhrabgaben. Beim Staat und den übrigen Bereichen außerhalb des Sektors Unternehmen (ohne Wohnungsvermietung) wird dabei angenommen, daß deren Produktionspotential stets voll ausgelastet und daher mit den jeweiligen Beiträgen zur Bruttowertschöpfung identisch ist. Der Auslastungsgrad des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials errechnet sich nach der Relation

$$\lambda_t = \frac{Y_t}{Y_t^*}$$

3. Das Produktionspotential des Sektors Unternehmen (ohne Wohnungsvermietung) ist das Produkt des jahresdurchschnittlichen Bruttoanlagevermögens und der potentiellen Kapitalproduktivität:

$$P_t^* = k_t^* \cdot K_t$$

4. Die Berechnung der in die Potentialschätzung eingehenden Kapitalproduktivitäten erfolgt in mehreren Schritten. Zunächst werden für die Jahre 1960 bis 1970 trendmäßige Kapitalproduktivitäten mit Hilfe einer logarithmischen Trendfunktion errechnet:

$$\log \hat{k}_t = \log a + t \log b$$

   Sodann wird der Verlauf der potentiellen Kapitalproduktivität dadurch ermittelt, daß die Trendlinie parallel durch denjenigen Wert der empirisch gemessenen Kapitalproduktivitäten im Stützbereich verschoben wird, der von seinem Trendwert am weitesten nach oben abweicht:

$$\log k_t^* = a_o + \log \hat{k}_t, \text{ mit } a_o = \max \left[\log k_t - \log \hat{k}_t\right]$$

   Als Stützbereich für die Ermittlung der Trendwerte der Jahre 1960 bis 1970 wird der Zeitraum von 1960 bis 1974 verwendet.

5. Die Berechnung der trendmäßigen Kapitalproduktivitäten für die Jahre ab 1971 wird ebenfalls mit Hilfe der genannten Trendfunktion durchgeführt. Es werden jedoch gleitende Zehnjahres-Stützbereiche verwendet. Für die Trendwerte der Jahre 1971, 1972, 1973 usw. werden also die Stützbereiche 1961 bis 1970, 1962 bis 1971, 1963 bis 1972, usw. genommen.

   Die potentiellen Kapitalproduktivitäten werden dadurch ermittelt, daß jeweils der Wert des vorangegangenen Jahres nach Maßgabe der Abnahmerate des Trends im zugehörigen Stützbereich fortgeschrieben wird; k_t^* ergibt sich demnach als Produkt aus k_{t-1}^* und der Abnahmerate der Trendlinie mit dem Stützbereich $[t-10, t-1]$.

6. Hier liegt ein Unterschied zwischen dem gegenwärtigen und dem bisherigen Schätzverfahren. Bisher wurden für die potentiellen Kapitalproduktivitäten Werte angenommen, die sich bei Verlängerung der – nach den Vorschriften aus Ziffer 4 verschobenen – Trendlinien um ein Jahr ergaben. Die potentiellen Kapitalproduktivitäten wurden also nicht nur durch die Abnahmerate, sondern auch durch die Lage der verschobenen Trendlinien bestimmt. Für die Jahre von 1974 bis 1978 hatten wir jedoch dieses Regelverfahren ausgesetzt und unserer Potentialberechnung eine Abnahmerate der potentiellen Kapitalproduktivität zugrunde gelegt, wie sie für die Jahre 1964 bis 1973 typisch war (JG 78 Anhang V).

7. Im Ergebnis gehen wir nach unserer neuen Berechnung davon aus, daß die potentielle Kapitalproduktivität für die Jahre ab 1971 niedriger zu veranschlagen ist, als es unserer bisherigen Schätzung entspricht; das Produktionspotential wird niedriger und der Auslastungsgrad höher eingeschätzt (Schaubild).

8. Über die Entwicklung der einzelnen Komponenten des Potentialwachstums werden außerdem folgende Annahmen gemacht:
   - Bei der Fortschreibung des vom Statistischen Bundesamt geschätzten Bruttoanlagevermögens wird davon ausgegangen, daß die realen Bruttoanlageinvestitionen der Unternehmen (ohne

Wohnungsvermietung) 1979 um 4 vH und 1980 um 4½ vH zunehmen.

- Die rechnerischen Abgänge werden nach einem Verfahren geschätzt, das einer quasilogistischen Verteilungsfunktion ähnelt.

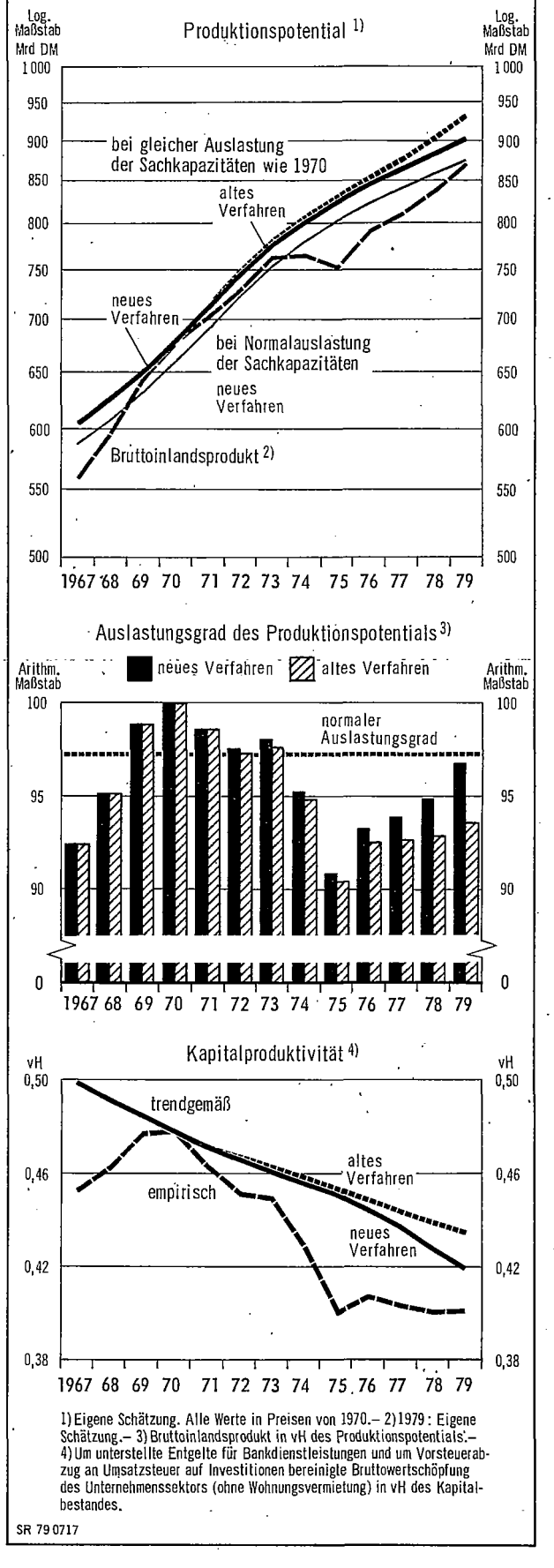
9. Der Berechnung des Produktionspotentials bei Normalauslastung wird der langfristige Durchschnitt der Auslastung der Sachanlagen von 97¼ vH zugrunde gelegt.

B. Zur Berechnung der Reallohnposition der Arbeitnehmer

1. Die Rechnungen zur Reallohnposition ermöglichen zum einen ein Urteil darüber, ob der Anstieg der Nominallöhne zu einer Veränderung des Kostenniveaus geführt hat (JG 64 Ziffer 248), zum anderen, wenn man die Erhöhung des Preisniveaus mit einbezieht, darüber, ob sich die durchschnittliche Ertrags-Kosten-Relation der Unternehmen verändert hat. Aufgrund der Schwierigkeiten, die bestehen, die Produktivitätsentwicklung im Staatssektor zu messen, und weil es für die Aktivitäten des privaten Sektors auf das Kostenniveau im privaten Sektor ankommt, bleibt der Staatssektor in den Rechnungen zur Reallohnposition außer acht.

2. Die Zunahme des durchschnittlichen realen Arbeitseinkommens der Arbeitnehmer wird berechnet, indem man den Anstieg aller in der Volkswirtschaft erzielten Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit, das ist die Summe aller Bruttolöhne und -gehälter zuzüglich der Sozialbeiträge der Arbeitgeber, um den Anstieg der Verbraucherpreise bereinigt. Dabei bleiben Preissteigerungen außer Ansatz, die auf die Erhöhung von Verbrauchsteuern zurückzuführen sind. Bei der Bemessung dessen, was an zusätzlichem Sozialprodukt pro Kopf der Erwerbstätigen mehr zu verteilen ist, werden Veränderungen des realen Austauschverhältnisses im Außenhandel (Terms of Trade) berücksichtigt. Wenn sich beispielsweise die Terms of Trade für das Inland verschlechtern, also die Einfuhrpreise in Relation zu den Ausfuhrpreisen steigen, dann müßten die Reallöhne um das Ausmaß des Einkommenseffekts der Verschlechterung der Terms of Trade hinter dem Fortschritt der gesamtwirtschaftlichen Produktivität zurückbleiben, soll die durchschnittliche Ertrags-Kosten-Relation unverändert bleiben. Erhöhungen der Beiträge zur Sozialversicherung, die die Unternehmen zugunsten der Arbeitnehmer leisten, würden ebenso den Spielraum für auszahlbare Lohnsteigerungen schmälern. Dasselbe gilt auch für eine dauerhafte Erhöhung der Kapitalkosten, die nicht durch eine entsprechende Zinssenkung aufgefangen werden kann. Streng genommen müssen bei der Ermittlung des Verteilungsspielraums auch Wandlungen in der Beschäftigtenstruktur berücksichtigt werden. Diese können dann eintreten, wenn Beschäftigte innerhalb oder zwischen Wirtschaftszweigen oder wenn sie innerhalb oder zwischen den Lohnleistungsgruppen wechseln, oder wenn sie zwischen Regionen wandern. Diese Effekte, die wir zusam-

ZUR SCHÄTZUNG DES GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN PRODUKTIONSPOTENTIALS



1) Eigene Schätzung. Alle Werte in Preisen von 1970. – 2) 1979: Eigene Schätzung. – 3) Bruttoinlandsprodukt in vH des Produktionspotentials. – 4) Um unterstellte Entgelte für Bankdienstleistungen und um Vorsteuerabzug an Umsatzsteuer auf Investitionen bereinigte Bruttowertschöpfung des Unternehmenssektors (ohne Wohnungsvermietung) in vH des Kapitalbestandes.

SR 79 0717

menfassend als die Lohnsummeneffekte des Wandels der Beschäftigtenstruktur bezeichnet haben, dürften im allgemeinen, so haben unsere Schätzungen ergeben, gering zu veranschlagen sein (JG 65 Ziffer 99 und JG 66 Ziffer 335). Eine verläßliche quantitative Messung des Effektes, der von Veränderungen der Kapitalkosten auf den Verteilungsspielraum ausgeht, ist außerordentlich schwer. Über die Faktoren, die die Entwicklung der Kapitalkosten in der Vergangenheit bestimmten, haben wir nur unzulängliche Kenntnisse. Der Fehlerbereich der Berechnung der Kapitalkosten ist daher groß. Bei der Berechnung der Reallohnposition, wie wir sie in unserem Jahresgutachten ausweisen, bleiben daher Veränderungen der Kapitalkosten außer Ansatz; das gleiche gilt für den Lohnsummeneffekt des Wandels der Beschäftigtenstruktur.

3. Die Reallohnposition ist in unserer Rechnung danach definiert als

$$(1)\quad RLP_t = \frac{\frac{BLGS_t^{oSt} + AGB_t^{oSt}}{A_t^{oSt}} \cdot \frac{1}{P_t^{PV}}}{\frac{BIP_t^{r,oSt}}{E_t^{oSt}} \cdot \frac{GNI_t^r}{BIP_t^r}}$$

Die Symbole bedeuten:

BLGS	Bruttolohn- und -gehaltssumme
AGB	Sozialbeiträge der Arbeitgeber
A	Anzahl der abhängig Beschäftigten
E	Anzahl der Erwerbstätigen
P^{PV}	Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte (von Verbrauchsteueränderungen bereinigt)
BIP^r	Bruttoinlandsprodukt in konstanten Preisen
GNI^r	Gross National Income in konstanten Preisen
oSt	Gesamtwirtschaft ohne Staat
t	jeweiliges Beobachtungsjahr

Das Gross National Income in konstanten Preisen ist gleich dem Bruttoinlandsprodukt in konstanten Preisen abzüglich des Außenbeitrags in konstanten Preisen und zuzüglich des Außenbeitrags in konstanten Importpreisen. Der Außenbeitrag in konstanten Importpreisen wird ermittelt, indem man den Außenbeitrag in jeweiligen Preisen mit dem Preisindex der Einfuhr deflationiert (JG 66 Anhang VI, Ziffer 5).

4. Für die prozentuale Veränderung der Reallohnposition, wie wir sie in Tabelle 15 ausweisen, gilt

$$(2)\quad W_{RLP} = \frac{\frac{1 + W_{BLGS}^{oSt}}{(1 + W_A^{oSt}) \cdot (1 + W_{PPV})}}{\frac{1 + W_{BIP^{r,oSt}}}{1 + W_E^{oSt}} \cdot \frac{1 + W_{GNI^r}}{1 + W_{BIP^r}} \cdot \frac{1 + \frac{AGB_{t-1}^{oSt}}{BLGS_{t-1}^{oSt}}}{1 + \frac{AGB_t^{oSt}}{BLGS_t^{oSt}}}} - 1$$

Dabei bedeutet W die prozentuale Veränderungsrate (1 vH = 0,01) der jeweiligen, durch das Suffix bezeichneten Größe gegenüber dem vorangegangenen Beobachtungsjahr.

Der Zähler des Bruches auf der rechten Seite von Gleichung (2) kennzeichnet den Zuwachs beim ausgezahlten Reallohn der Arbeitnehmer, der Nenner die Veränderung des Verteilungsspielraums. Im einzelnen ist

die Zuwachsrate der realen Bruttolohn- und -gehaltssumme je Arbeitnehmer

$$\frac{1 + W_{BLGS}^{oSt}}{(1 + W_A^{oSt}) \cdot (1 + W_{PPV})} - 1$$

der Produktivitätseffekt

$$\frac{1 + W_{BIP^{r,oSt}}}{1 + W_E^{oSt}} - 1$$

der Terms-of-Trade-Effekt

$$\frac{1 + W_{GNI^r}}{1 + W_{BIP^r}} - 1$$

der Lohnkosteneffekt der Sozialbeiträge der Arbeitgeber

$$\frac{1 + \frac{AGB_t^{oSt}}{BLGS_t^{oSt}}}{1 + \frac{AGB_{t-1}^{oSt}}{BLGS_{t-1}^{oSt}}} - 1$$

C. Zur Berechnung der bereinigten Zentralbankgeldmenge

1. Die Zentralbankgeldmenge ist in der von uns verwendeten Abgrenzung definiert als

$$(1)\quad Z_t = BG_t + MR_t + \ddot{U}R_t$$

Die Symbole haben folgende Bedeutung:

Z	Zentralbankgeldmenge
BG	Bargeldumlauf
MR	Mindestreserven
ÜR	Überschußreserven
t	Zeitindex

Die Bereinigung der Mindestreserven um den Effekt von Reservesatzänderungen erfolgt mit Hilfe eines Korrekturpostens

$$(2)\quad MR_t^b = MR_t + K_t$$

Dabei bedeuten:

MR^b	Bereinigte Mindestreserven
K	Korrekturposten

Es ist

(3) $K_t = \sum_{\tau = t_o}^{t} \Delta K_\tau$

mit

(4) $\Delta K_\tau = -(r_\tau - r_{\tau-1})\, E_{\tau-1}$

Dabei bedeuten:

- r Reservesatz
- E Reservepflichtige Bankeinlagen
- τ Zeitindex für die Kumulation des Korrekturpostens
- t_o Zeitpunkt, zu welchem die Kumulation des Korrekturpostens begonnen wird

Die bereinigte Zentralbankgeldmenge Z^b ergibt sich dann als

(5) $Z_t^b = BG_t + (MR_t + K_t) + \ddot{U}R_t$

2. Gelten für unterschiedliche Einlagearten verschiedene Reservesätze, so ist r ein durchschnittlicher Reservesatz (Reserve-Soll in vH der reservepflichtigen Einlagen), welcher nicht nur auf mindestreservepolitische Maßnahmen, sondern auch auf vom Publikum und von den Banken bewirkte Verschiebungen in der Einlagenstruktur reagiert. Da die Zentralbankmenge nur um die reinen Effekte mindestreservepolitischer Maßnahmen bereinigt werden soll, muß die Bereinigung nach einzelnen Einlagearten getrennt vorgenommen werden. Für die Mindestreserven gilt

(6) $MR_t = \sum_{i=1}^{n} r_{it}\, E_{it}$

Dabei ist

- i Index der Einlagearten, für die unterschiedliche Reservesätze gelten

Die Bereinigung erfolgt getrennt für jede Einlageart nach den Formeln (2) bis (4). Die nach einzelnen Einlagearten bereinigte Zentralbankgeldmenge ist dann

(7) $Z_t^b = BG_t + \sum_{i=1}^{n} (r_{it}\, E_{it} + K_{it}) + \ddot{U}R_t$

Nach Ausdruck (7) wird die Zentralbankgeldmenge nur um den reinen Effekt mindestreservepolitisch bewirkter Reservesatzänderungen bereinigt, denn für den Korrekturposten gilt

(8) $\Delta K_\tau = \sum_{i=1}^{n} -(r_{i\tau} - r_{i\tau-1})\, E_{i\tau-1}$

Dieser Ausdruck ist nur dann ungleich Null, wenn die Bundesbank wenigstens einen der Reservesätze zwischen zwei Zeitpunkten ändert.

3. Die „Zentralbankgeldmenge bei konstanten Reservesätzen", wie sie die Bundesbank berechnet, ist zu jedem Zeitpunkt t wie folgt definiert[1]):

$Z_t^{KR} = BG_t + \sum_{i=1}^{n} r_i^o\, E_{it}^I$

Dabei ist

- E_{it}^I Reservepflichtige Verbindlichkeiten gegenüber Inländern
- r_i^o Reservesatz für die Einlageart i in der Basisperiode.

D. Zum Konzept des konjunkturneutralen Haushalts[1])

1. Nach dem Konzept des konjunkturneutralen Haushalts messen wir konjunkturelle Impulse der Finanzpolitik, indem wir das tatsächliche Haushaltsvolumen mit einem konjunkturneutralen vergleichen. Ein Haushaltsvolumen ist nach diesem Konzept dann konjunkturneutral, wenn es für sich genommen keine Abweichungen der Auslastung des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials von dem bewirkt, was mittelfristig als normal angesehen wird. Die Privaten sind daran gewöhnt, daß der Staat direkt oder indirekt einen Teil des Produktionspotentials durch seine Ausgaben in Anspruch nimmt und ihnen einen Teil ihres Einkommens durch Steuern entzieht. In dem Maße, wie das Produktionspotential wächst, kann der Staat auch seine Ansprüche erhöhen, ohne daß sich daraus stabilitätspolitische Probleme ergeben; hielte er sich zurück, könnte sich eine Unterauslastung des Produktionspotentials einstellen. Abweichungen von dieser mittelfristig normalen Inanspruchnahme des Produktionspotentials durch den Staat werden nur dann als konjunkturneutral angesehen, wenn dieser gleichzeitig durch eine Änderung seiner Einnahmenregelungen (ohne Kreditaufnahmen) die Privaten veranlaßt, ihre Ansprüche an das Produktionspotential entsprechend zu ändern.
2. Der konjunkturelle Impuls mißt nur die primären Wirkungen, die von einer Abweichung des tatsächlichen Haushaltsvolumens vom konjunkturneutralen ausgehen. Allenfalls sie, nicht auch Sekundärwirkungen der Finanzpolitik lassen sich situationsneutral bestimmen. Nicht erfaßt werden auch die Auswirkungen von Änderungen in der Struktur der öffentlichen Ausgaben und der Einnahmen.
3. Gerechnet wird der konjunkturelle Impuls als Abweichung der finanzwirtschaftlichen Quoten (Staatsquote, volkswirtschaftliche Steuerquote, Deckungsbeitrag der sonstigen Einnahmen und – davon abhängig – konjunkturbereinigte Kreditfinanzierungsquote) von ihren mittelfristigen Bezugsgrößen. Zunächst wird das Haushaltsvolumen errechnet, das konjunkturneutral wäre auf der Basis einer mittelfristig konstanten Staatsquote, ermittelt als Produkt aus der durchschnittlichen Staatsquote eines Basiszeitraums und dem jeweiligen Produktionspotential bei konjunkturneutralem Preisniveau; das konjunkturneutrale Preisniveau haben wir definiert als den mit der Rate der konjunkturneutralen Preisniveausteigerung des Jahres t fort-

[1]) Seit März 1978 verwendet die Deutsche Bundesbank den Bargeldumlauf ohne die seit diesem Monat anrechenbaren Kassenbestände der Kreditinstitute.

[1]) Im Jahre 1979 wurden einige Änderungen bei der Berechnung des konjunkturneutralen Haushalts vorgenommen. In Ziffern 1 bis 8 wird das derzeitige Berechnungsverfahren dargestellt, in Ziffern 9 ff. werden die Änderungen gegenüber dem bisherigen Verfahren erläutert.

geschriebenen Preisindex des Bruttosozialprodukts des Jahres t –1. Ein Anstieg des Preisniveaus gilt als konjunkturneutral, wenn er durch keine marktwirtschaftliche Strategie bei Vermeidung unzumutbarer Beschäftigungsrisiken kurzfristig niedriger gehalten werden kann; dies ist eine Schätzgröße. Dieses Haushaltsvolumen ist zu bereinigen um das, was der Staat durch seine Einnahmenpolitik an Spielraum für seine Ausgabentätigkeit verändert hat. Für die Steuern wird diese Änderung ermittelt als Produkt aus der Abweichung der Steuerquote des Jahres t von der des Basiszeitraums und dem Bruttosozialprodukt bei konjunkturneutralem Preisniveau und Normalauslastung des Produktionspotentials im Jahre t; für die sonstigen Einnahmen (wie z. B. Gebühren, Beiträge, Gewinne öffentlicher Unternehmen und dergleichen) wird diese Änderung ermittelt als Produkt aus der Abweichung des Deckungsbeitrags der sonstigen Einnahmen im Jahre t von dem Deckungsbeitrag im Basiszeitraum und dem jeweiligen Produktionspotential bei konjunkturneutralem Preisniveau. Das so ermittelte konjunkturneutrale Haushaltsvolumen wird mit den tatsächlichen Ausgaben der Gebietskörperschaften verglichen, die Differenz ist der konjunkturelle Impuls. Genauer: Dieser Betrag steht für den konjunkturellen Impuls, den wir den öffentlichen Ausgaben eines Jahres bei den jeweils gegebenen Einnahmenregelungen beimessen.

4. Die verwendeten Symbole haben folgende Bedeutung:

   P_t^r Produktionspotential in Preisen von 1970 im Jahr t

   p_t „konjunkturneutrale" Erhöhung des Preisniveaus (Preisindex des Bruttosozialprodukts) im Jahr t (in vH)

   P_t^n Produktionspotential, inflationiert mit dem Preisindex des Bruttosozialprodukts im Vorjahr (t –1) und der „konjunkturneutralen" Erhöhung des Preisniveaus (p_t) im Jahr t

   P_t^i Produktionspotential in jeweiligen Preisen (Preisindex des Bruttosozialprodukts) im Jahr t

   l_v Normalauslastungsgrad des Produktionspotentials (in vH)

   G_t^i tatsächliche Staatsausgaben im Jahr t

   $g_{o,t}$ Verhältnis der Staatsausgaben zum Produktionspotential (Staatsquote) im Basiszeitraum für das Jahr t (in vH)

   G_t^n Staatsausgaben im Jahr t bei gleichem Verhältnis der Staatsausgaben zum Produktionspotential wie im Basiszeitraum für das Jahr t: $\frac{(g_{o,t} \cdot P_t^n)}{100}$

   Y_t^i Bruttosozialprodukt in jeweiligen Preisen im Jahr t

   Y_t^v Bruttosozialprodukt bei Normalauslastung des Produktionspotentials (P_t^n) im Jahr t

   Y_t^n Bruttosozialprodukt bei „konjunkturneutralem" Preisniveau im Jahr t

   $t_{o,t}$ volkswirtschaftliche Steuerquote (Verhältnis der tatsächlichen Steuereinnahmen zum Bruttosozialprodukt) im Basiszeitraum für das Jahr t (in vH)

   t_t volkswirtschaftliche Steuerquote im Jahr t (in vH)

   T_t^i tatsächliche Steuereinnahmen im Jahr t

   T_t^v Vollbeschäftigungssteuereinnahmen im Jahr t bei gleicher Steuerquote wie im jeweiligen Jahr

   T_t^n Vollbeschäftigungssteuereinnahmen im Jahr t bei gleicher Steuerquote wie im Basiszeitraum für das Jahr t: $\frac{(t_{o,t} \cdot Y_t^v)}{100}$

   H_t^n konjunkturneutrales Haushaltsvolumen im Jahr t

   n_t konjunkturneutrale Staatsquote im Jahr t (in vH)

   b_t beanspruchte Staatsquote im Jahr t (in vH)

   i_t realisierte Staatsquote im Jahr t (in vH)

   s_t Verhältnis der tatsächlichen sonstigen Einnahmen zum Produktionspotential (Deckungsbeitrag der sonstigen Einnahmen) im Jahr t (in vH)

   $s_{o,t}$ Verhältnis der tatsächlichen sonstigen Einnahmen zum Produktionspotential (Deckungsbeitrag der sonstigen Einnahmen) im Basiszeitraum für das Jahr t (in vH)

   S_t^i tatsächliche sonstige Einnahmen im Jahr t

   K_t^n potentialorientierte Kreditaufnahme im Jahr t

   F_t^i tatsächlicher Finanzierungssaldo im Jahr t

   $k_{o,t}$ Verhältnis des auslastungsbereinigten Finanzierungssaldos zum Produktionspotential (Kreditfinanzierungsquote) im Basiszeitraum für das Jahr t (in vH)

5. Definition der finanzwirtschaftlichen Quoten im Basiszeitraum

   Für die Jahre bis einschließlich 1973 werden die finanzwirtschaftlichen Quoten des Jahres 1966 als Quoten des Basiszeitraums verwendet.

   Für die Jahre 1974 bis 1978 sind die Quoten des Basiszeitraums definiert als arithmetisches Mittel der finanzwirtschaftlichen Quoten in den jeweils vorangegangenen zwölf Jahren.

   Für die Jahre ab 1978 gelten die Quoten des Basiszeitraums für das Jahr 1978 als neue konstante Quoten.

$$g_{o,t} = \frac{1}{12} \sum_{j=1}^{12} \frac{G_{t-j}^i}{P_{t-j}^i} \cdot 100$$

$$t_{o,t} = \frac{1}{12} \sum_{j=1}^{12} \frac{T_{t-j}^i}{Y_{t-j}^i} \cdot 100$$

$$s_{o,t} = \frac{1}{12} \sum_{j=1}^{12} \frac{S_{t-j}^i}{P_{t-j}^i} \cdot 100$$

$$k_{o,t} = \frac{1}{12} \sum_{j=1}^{12} \frac{F^i_{t-j} + \frac{t_{t-j}}{100} \cdot (P^i_{t-j} \cdot \frac{l_v}{100} - Y^i_{t-j})}{P^i_{t-j}} \cdot 100$$

6. Sonstige Definitionen

$$Y^v_t = \frac{l_v \cdot P^n_t}{100}$$

$$Y^n_t = Y^i_t \frac{P^n_t}{P^i_t}$$

$$T^v_t = \frac{t_t \cdot Y^v_t}{100}$$

$$T^n_t = \frac{t_{o,t} \cdot Y^v_t}{100}$$

$$H^n_t = \frac{g_{o,t} \cdot P^n_t}{100} + \frac{(t_t - t_{o,t})\, Y^v_t}{100} + \frac{(s_t - s_{o,t})\, P^n_t}{100}$$

Die Differenz der Steuerquoten des laufenden Jahres (t_t) und des Basiszeitraums ($t_{o,t}$) – als Maß für Veränderungen in den Entzugseffekten des Steuersystems – gewichten wir mit dem Bruttosozialprodukt bei Normalauslastung des Produktionspotentials zu konjunkturneutralen Preisen (Y^v_t). Hierdurch sollen konjunkturbedingte und inflationsbedingte Schwankungen im Steueraufkommen bei der Ermittlung des konjunkturneutralen Haushaltsvolumens ausgeschaltet werden. Konjunkturbedingte und inflationsbedingte Schwankungen in den Steuerquoten vermögen wir allerdings nach wie vor nicht hinreichend genau zu erfassen (siehe JG 70 Ziffer 341).

Konjunktureller Impuls:

$H^n_t > G^i_t$: kontraktiv

$H^n_t = G^i_t$: konjunkturneutral

$H^n_t < G^i_t$: expansiv

konjunkturneutrale Staatsquote: $n_t = \frac{H^n_t}{P^n_t} \cdot 100$

beanspruchte Staatsquote: $b_t = \frac{G^i_t}{P^n_t} \cdot 100$

realisierte Staatsquote: $i_t = \frac{G^i_t}{P^i_t} \cdot 100$

7. Zur Berechnung der Steigerungsrate für eine konjunkturneutrale Ausweitung der Staatsausgaben (bezogen auf die Ist-Ausgaben des Vorjahres)

$$\left(\frac{H^n_{t+1}}{G^i_t} - 1\right) \cdot 100 =$$

$$\left[\frac{\left(\frac{H^n_t}{G^i_t} \cdot \frac{P^i_t}{P^n_t}\right) \cdot \left(\frac{P^r_{t+1}}{P^r_t}\right) \cdot (100 + p_{t+1})}{100} + \frac{(t_{t+1} - t_t)\, Y^v_{t+1}}{G^i_t \cdot 100} + \frac{(s_{t+1} - s_t)\, P^n_{t+1}}{G^i_t \cdot 100} - 1\right] \cdot 100 =$$

$$= \left[\frac{\left(\frac{P^r_{t+1}}{P^r_t} \cdot \frac{(100 + p_{t+1})}{100}\right)}{\frac{i_t}{n_t}} + \frac{(t_{t+1} - t_t)\, Y^v_{t+1}}{G^i_t \cdot 100} + \frac{(s_{t+1} - s_t)\, P^n_{t+1}}{G^i_t - 100} - 1\right] \cdot 100$$

Zwischen den Werten der konjunkturneutralen Steigerungsrate in Zeile (b) der Tabelle 28 und den Werten in den Zeilen (c) bis (g) besteht folgender Zusammenhang:

$$b = \left[\frac{\frac{100 + (c)}{100} \cdot \frac{100 + (d)}{100}}{\frac{100 - (g)}{100}} + \frac{(e)}{100} + \frac{(f)}{100} - 1\right] \cdot 100$$

Für die Jahre 1974 bis 1978 ergeben sich dadurch Abweichungen von dieser Rechenvorschrift, daß sich die finanzwirtschaftlichen Quoten, die wir unseren Rechnungen zugrunde legen, wegen des wechselnden Basiszeitraums von Jahr zu Jahr ändern.

8. Zur Berechnung des konjunkturneutralen Finanzierungssaldos

(a) potentialorientierte Kreditaufnahme:

$$K^n_t = \frac{k_{o,t}}{100} \cdot P^n_t$$

(b) auslastungsbedingte Steuermehreinnahmen bzw. Mindereinnahmen:

$$\frac{t_t}{100} \cdot (Y^n_t - Y^v_t)$$

(c) inflationsbedingte Steuermehreinnahmen:

$$\frac{t_t}{100} \cdot (Y^i_t - Y^n_t)$$

Der konjunkturneutrale Finanzierungssaldo ergibt sich als Summe der Komponenten (a) bis (c).

9. Im Jahre 1979 wurden gegenüber der bisherigen Berechnungsweise des konjunkturneutralen Haushalts folgende Änderungen vorgenommen:

- Ausgaben und Einnahmen der Gebietskörperschaften werden nunmehr in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und nicht mehr in der Abgrenzung der Finanzstatistik eingesetzt (Ziffer 10).
- Für die Analyse werden jetzt die Staatsquote, die Steuerquote, der Deckungsbeitrag der sonstigen Einnahmen sowie die Kreditfinanzierungsquote aus einem Durchschnitt mehrerer Jahre („Basiszeitraum") statt der Quoten des Basisjahres 1966 verwendet (Ziffer 11).
- Bei der Ermittlung des konjunkturneutralen Haushaltsvolumens beziehungsweise des kon-

junkturneutralen Finanzierungssaldos werden die sonstigen Einnahmen jetzt anders berücksichtigt (Ziffer 12).

10. Dem Übergang vom Staatskonto in der Abgrenzung der Finanzstatistik zum Staatskonto in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen liegt die Überlegung zugrunde, daß das Datenmaterial der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen besser für gesamtwirtschaftliche Fragestellungen aufgearbeitet ist. Dies gilt für die Abgrenzung des Staatssektors, für die zeitliche Zuordnung von Einnahmen und Ausgaben sowie für die Behandlung rein finanzieller Transaktionen. Die Rechnungen finden nun in einem konsistenten Datenrahmen statt, denn das Produktionspotential wird schon immer auf der Grundlage von Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen geschätzt und im übrigen finden ausschließlich Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen Verwendung.

    Der Finanzierungssaldo der Gebietskörperschaften in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ist in der Regel kleiner als der Finanzierungssaldo des öffentlichen Gesamthaushalts, der bisher unseren Rechnungen zugrunde lag. Zum geringeren Teil liegt dies an einer unterschiedlichen Zuordnung der Einnahmen und Ausgaben zu einzelnen Perioden sowie an sonstigen kleineren Unterschieden in der Verbuchung. Zu einem größeren Teil ist dies darauf zurückzuführen, daß in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen rein finanzielle Transaktionen wie Darlehensvergabe und Darlehensrückzahlungen sowie Erwerb und Veräußerung von Beteiligungen, die das Vermögen des Staates jeweils unverändert lassen, nicht zu den Einnahmen und Ausgaben gezählt werden.

    Soweit diese finanziellen Transaktionen einen Geschenkanteil enthalten (beispielsweise wenn Darlehen zu einem verbilligten Zinssatz vergeben oder nachträglich in Zuschüsse umgewandelt werden), werden die konjunkturell bedeutsamen Ausgaben des Staates bei diesem Vorgehen zu niedrig, die gemessenen konjunkturellen Impulse also insofern nicht vollständig ausgewiesen. Angesichts der geringen Größenordnung, insbesondere der Änderungen dieser Transaktionen von Jahr zu Jahr, kann dieser mögliche Mangel bei der Berechnung konjunktureller Impulse jedoch hingenommen werden.

    Die Höhe der konjunkturellen Impulse wird durch den Übergang zum Rechenwerk der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nur wenig verändert. In Tabelle 1 wird der Übergang vom Finanzierungssaldo der Finanzstatistik zum Finanzierungssaldo der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für die letzten Jahre verdeutlicht.

    Der Niveauunterschied der Finanzierungssalden tritt auch als Niveauunterschied bei der sogenannten „potentialorientierten Kreditaufnahme" auf. Im Jahre 1979 beispielsweise werden in Texttabelle 27 hierfür 14 Mrd DM ausgewiesen; in der Abgrenzung der Finanzstatistik entspricht dem ein Betrag von etwa 18 Mrd DM.

11. Den Rechnungen zum konjunkturneutralen Haushalt wurden bisher die finanzwirtschaftlichen Strukturquoten (Staatsquote, Steuerquote, Deckungsbeitrag der sonstigen Einnahmen, Kreditfinanzierungsquote) des Jahres 1966 zugrunde gelegt, stellvertretend für das finanzwirtschaftliche Verhalten des Staates in den sechziger Jahren. Wie in Ziffer 230 erläutert, gehen wir jetzt davon ab, ein einzelnes Jahr als Basisjahr festzulegen. Die Strukturquoten, die wir bei den Rechnungen als Vergleichsmaßstab heranziehen, ermitteln wir als Durchschnitt der tatsächlichen Strukturquoten in den Jahren 1966 bis 1977. Diese Durchschnittsquoten finden bei den Rechnungen zum konjunkturneutralen Haushalt in den Jahren 1978, 1979 und 1980 als Quoten eines neuen festen Basiszeitraums Verwendung. Der Übergang zwischen den Basisquoten des Jahres 1966, die für die Jahre bis 1973 als Vergleichsmaßstab dienen, und den neuen Basisquoten wird auf folgende Weise allmählich vollzogen:

    Für die Jahre 1974 bis 1978 werden die Basisquoten als Durchschnitt der tatsächlichen Strukturquoten in den jeweils vorangegangenen zwölf Jahren ermittelt. Die so gefundenen Basisquoten für 1978

Tabelle 1

Umrechnung der Finanzierungssalden

Mrd DM

	1976	1977	1978	1979
Finanzierungssaldo nach der Finanzstatistik[1])	− 48,0	− 32,0	− 39,0	− 41 1/2
Darlehen an Dritte abzüglich Darlehensrückflüsse	+ 4,9	+ 4,3	+ 4,3	+ 5 1/2
Erwerb von Beteiligungen abzüglich Veräußerungen	+ 1,9	+ 1,5	+ 1,9	+ 2 1/2
Periodenabgrenzung Bauinvestitionen	− 0,8	− 1,1	− 3,5	− 2 1/2
Periodenabgrenzung Lohnsteuer	+ 0,8	+ 0,2	+ 0,4	+ 1/2
Sonstiges	+ 0	+ 0,5	+ 2,1	+ 1
Finanzierungssaldo nach den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen[1])	− 41,2	− 26,6	− 33,8	− 34 1/2

[1]) Abgrenzung und Quellen siehe Tabelle 25.

stellen gleichzeitig die neuen festen Basisquoten dar.

Bei der Bildung der Durchschnitte sind die Werte für das Jahr 1975 nicht in die Rechnung eingegangen. Die Haushaltswirtschaft des Jahres 1975 war derart stark von konjunkturbedingten Sondereinflüssen auf die staatlichen Ausgaben und Einnahmen geprägt, daß es uns nicht angemessen erschien, diese Extremwerte in die Ermittlung der Basis für die Analyse zukünftiger Ausgaben und Einnahmen eingehen zu lassen. Rein rechnerisch werden die Quoten des Jahres 1975 durch den Durchschnitt der Quoten der Jahre 1974 und 1976 ersetzt.

Grundsätzlich wäre es notwendig gewesen, bei der Ermittlung der Basisquoten sämtliche konjunkturbedingten Ausgaben und Einnahmen in der Vergangenheit unberücksichtigt zu lassen. Wir haben von diesem Vorhaben bei den Ausgaben und bei den sonstigen Einnahmen abgelassen, da wir einerseits die Abgrenzungsprobleme zwischen konjunkturbedingten und auf Dauer angelegten Aktivitäten empirisch für kaum lösbar halten und andererseits der langjährige Durchschnitt möglichen Fehlern nur ein geringes Gewicht läßt. Hinsichtlich der Steuereinnahmen wird den konjunkturellen Einflüssen ansatzweise dadurch Rechnung getragen, daß in die Festlegung der Kreditfinanzierungsquoten, die in die Berechnung der Basisquote Eingang finden, nicht die tatsächlichen Steuereinnahmen, sondern die „Vollbeschäftigungssteuereinnahmen" eingehen, die durch Anwendung der jeweiligen Steuerquote auf das Bruttosozialprodukt bei Normalauslastung des Produktionspotentials zu konjunkturneutralen Preisen ermittelt werden.

12. Von den sonstigen Einnahmen, zu denen Gebühren, Beiträge, Einnahmen aus Verkäufen und andere Einnahmen zählen, wurde bisher angenommen, daß deren Zunahme sich mittelfristig entsprechend dem Wachstum des Produktionspotentials entwickeln würde. Abweichungen von diesem Pfad wurden als Zufallsschwankungen angesehen. Daher hatten die sonstigen Einnahmen keinen Einfluß auf das konjunkturneutrale Haushaltsvolumen. In den letzten Jahren war aber ein Anstieg dieser Einnahmen zu verzeichnen, der deutlich über den potentialorientierten Pfad hinausging. Dauerhaft verstärkte Finanzierung des Staates über solche Einnahmen ist wie eine Steuererhöhung anzusehen und erhöht das konjunkturneutrale Haushaltsvolumen.

Da aktuellen Änderungen der sonstigen Einnahmen nicht ohne weiteres anzusehen ist, ob sie auf Dauer angelegt sind oder ob es sich um zufallsbedingte, kürzerfristige Schwankungen handelt, gehen wir in Zukunft davon aus, daß alle aktuellen Änderungen im Deckungsbeitrag der sonstigen Einnahmen eine konjunkturelle Wirkung haben. Wir nehmen damit den möglichen Fehler hin, Einmalbewegungen als dauerhaft anzusehen. Angesichts der quantitativ geringen Schwankungen der sonstigen Einnahmen von Jahr zu Jahr in der Vergangenheit scheint eine solche Vorgehensweise im Rahmen einer Analyse von konjunkturellen Impulsen vertretbar zu sein.

13. Die konjunkturellen Impulse, die wir jetzt für die letzten Jahre ausweisen, unterscheiden sich trotz der methodischen Änderungen nicht wesentlich von dem, was sich nach dem bisherigen Vorgehen ergeben hätte. Dies liegt zu einem großen Teil daran, daß wir in diesem Jahr auch unser Urteil über die gesamtwirtschaftlichen Produktionsmöglichkeiten, das Produktionspotential also, revidiert haben (Ziffern 106 ff.; Anhang V, Abschnitt A).

In Tabelle 2 wird verdeutlicht, welchen Einfluß die verschiedenen Änderungen, die wir in diesem Jahr vorgenommen haben, auf die Größe der ausgewiesenen konjunkturellen Impulse haben.

Tabelle 2

Zu den Änderungen bei der Berechnung konjunktureller Impulse

Mrd DM

Jahr	Konjunktureller Impuls	Änderung des konjunkturellen Impulses durch				Konjunktureller Impuls
	altes Verfahren[1])	Übergang zu neuem Produktionspotential	Übergang zu geänderter Berücksichtigung der „Sonstigen Einnahmen"	Übergang von der Finanzstatistik zu den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	Übergang zu neuem Basiszeitraum	neues Verfahren[2])
1967	+ 0,3	0	− 0,6	− 3,4	0	− 3,6
1968	− 1,0	0	− 1,7	+ 1,0	0	− 1,7
1969	− 4,0	0	− 2,3	+ 2,0	0	− 4,2
1970	+ 11,6	0	− 2,4	+ 4,7	0	+ 13,6
1971	+ 18,4	+ 0,1	− 3,4	+ 3,2	0	+ 18,3
1972	+ 10,0	+ 0,7	− 1,9	+ 1,0	0	+ 9,8
1973	+ 6,2	+ 1,3	− 1,4	+ 1,2	0	+ 7,3
1974	+ 13,8	+ 1,3	− 1,3	+ 1,3	− 0,5	+ 14,6
1975	+ 37,0	+ 2,5	+ 0,2	− 1,5	− 2,3	+ 35,9
1976	+ 13,1	+ 3,6	− 2,3	+ 2,7	− 4,8	+ 12,3
1977	− 0,4	+ 6,3	− 4,2	+ 3,4	− 7,1	− 1,2
1978	+ 17,8	+ 9,4	− 9,4	+ 5,3	− 6,9	+ 16,2
1979	+ 22,1	+ 13,1	− 10,0	+ 4,9	− 7,3	+ 22,8

[1]) Einnahmen und Ausgaben der der Basis der Finanzstatistik. Abgrenzung wie in Tabelle 25. Zur methode siehe JG 78, Anhang V, Abschnitt D.

[2]) Einnahmen und Ausgaben der Gebietskörperschaften auf der Basis der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Zur Berechnungsmethode siehe Anhang

VI.

Statistischer Anhang

Erläuterung von Begriffen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für die Bundesrepublik Deutschland	Seite	224
Tabellenteil	Seite	227
A. Internationale Tabellen	Tabellen	1*—11*
B. Tabellen für die Bundesrepublik Deutschland	Tabellen	12*—63*

Erläuterung von Begriffen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für die Bundesrepublik Deutschland

1. Sektoren der Volkswirtschaft

Die inländischen wirtschaftlichen Institutionen sind in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zu Sektoren zusammengefaßt. In der Grundeinteilung werden drei Sektoren unterschieden, nämlich Unternehmen, Staat sowie private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbscharakter.

Zu den **Unternehmen** rechnen alle Institutionen, die vorwiegend Waren und Dienstleistungen produzieren bzw. erbringen und diese gegen spezielles Entgelt verkaufen, das in der Regel Überschüsse abwirft oder mindestens die Kosten deckt. Hierzu gehören auch landwirtschaftliche Betriebe, Handwerksbetriebe, Ein- und Verkaufsvereinigungen, Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen, Arbeitsstätten der freien Berufe, die Deutsche Bundesbahn, die Deutsche Bundespost und sonstige Unternehmen, die dem Staat gehören, unabhängig von ihrer Rechtsform, ferner die Wohnungsvermietung einschließlich der Nutzung von Eigentümerwohnungen.

Der **Staat** umfaßt folgende öffentliche Körperschaften: Bund einschließlich Lastenausgleichsfonds und ERP-Sondervermögen, Länder einschließlich Stadtstaaten, Gemeinden und Gemeindeverbände, und zwar Hoheits- und Kämmereiverwaltungen (also nicht ihre Unternehmen), ferner Zweckverbände, soweit sie Aufgaben erfüllen, die denen der Gebietskörperschaften entsprechen, und die Sozialversicherung einschließlich der Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst.

In den Sektor der **privaten Haushalte** sind die privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter eingeschlossen, wie Kirchen, religiöse und weltanschauliche Organisationen, karitative, kulturelle und wissenschaftliche — sowie überwiegend von privaten Haushalten finanzierte — und im Erziehungswesen tätige Organisationen, politische Parteien, Gewerkschaften, Sportvereine, gesellige Vereine usw.

2. Das Sozialprodukt und seine Entstehung

Das **Sozialprodukt** gibt in zusammengefaßter Form ein Bild der wirtschaftlichen Leistung der Volkswirtschaft.

Von seiner Entstehung her gesehen wird das Sozialprodukt über das **Inlandsprodukt** berechnet. Inlandsprodukt und Sozialprodukt werden im allgemeinen sowohl „brutto" als auch „netto" (d. h. nach Abzug der Abschreibungen) berechnet und dargestellt. Ausgangsgröße für die Ermittlung des Inlandsprodukts sind in der Regel die Produktionswerte (Wert der Verkäufe von Waren und Dienstleistungen aus eigener Produktion sowie von Handelsware an andere Wirtschaftseinheiten, Bestandsveränderung an Halb- und Fertigwaren aus eigener Produktion, selbsterstellte Anlagen) der einzelnen Sektoren bzw. Wirtschaftsbereiche. Zieht man hiervon die Vorleistungen (Wert der Güter, die inländische Wirtschaftseinheiten von anderen Wirtschaftseinheiten bezogen und im Berichtszeitraum im Zuge der Produktion verbraucht haben) ab, so erhält man die **Bruttowertschöpfung** der Wirtschaftsbereiche. Durch Addition der Bruttowertschöpfung der Unternehmensbereiche erhält man zunächst die unbereinigte Bruttowertschöpfung der Unternehmen insgesamt; sie umfaßt u. a. die unterstellten Entgelte für Bankdienstleistungen und die abzugsfähige Mehrwertsteuer auf Investitionen (gekürzt um Investitionsteuer), schließt jedoch die Einfuhrabgaben aus. Zieht man von der unbereinigten Bruttowertschöpfung der Unternehmen insgesamt die unterstellten Entgelte für Bankdienstleistungen und die abzugsfähige Vorsteuer auf Investitionen (vermindert um Investitionsteuer) ab, erhält man die Bruttowertschöpfung des Unternehmenssektors. Addiert man hierzu die Bruttowertschöpfung des Staates, der privaten Haushalte und der privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter, ergibt sich die gesamte Bruttowertschöpfung der Volkswirtschaft. Um das Bruttoinlandsprodukt zu erhalten, müssen zur Bruttowertschöpfung die Einfuhrabgaben, die vom Staat oder von Institutionen der Europäischen Gemeinschaften auf eingeführte Güter erhoben werden, hinzugefügt werden. Dieser Schritt läßt sich nur für alle Sektoren zusammen vollziehen, da die Einfuhrabgaben alle Sektoren betreffen und vereinfachende Hilfskonstruktionen nicht anwendbar sind.

Erhöht man das Bruttoinlandsprodukt um die Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die inländische Personen bzw. Institutionen von der übrigen Welt bezogen haben, und zieht man die Erwerbs- und Vermögenseinkommen ab, die an die übrige Welt geflossen sind, ergibt sich das **Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen.**

Das Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen ist, von seiner Verwendung her gesehen, gleich der Summe aus dem letzten Verbrauch (Privater und Staatsverbrauch), den Bruttoinvestitionen und dem Außenbeitrag. Der Außenbeitrag ergibt sich nach Abzug der Einfuhr von Waren und Dienstleistungen (einschl. der Erwerbs- und Vermögenseinkommen an die übrige Welt) von der Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen (einschl. der Erwerbs- und Vermögenseinkommen aus der übrigen Welt).

Zieht man vom Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen die verbrauchsbedingten, zu Wiederbeschaffungspreisen bewerteten Abschreibungen ab, erhält man das **Nettosozialprodukt zu Marktpreisen.**

Hieraus leitet sich durch Kürzung um die indirekten Steuern (Produktionssteuern und Einfuhrabgaben) und durch Addition der für die laufende Produktion gezahlten staatlichen Subventionen das **Nettosozialprodukt zu Faktorkosten** ab. Es ist identisch mit dem Volkseinkommen.

Die einzelnen Begriffe hängen, schematisch dargestellt, wie folgt zusammen:

Bruttowertschöpfung
+ Einfuhrabgaben

= Bruttoinlandsprodukt
+ Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen zwischen Inländern und der übrigen Welt

= Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen
− Abschreibungen

= Nettosozialprodukt zu Marktpreisen
− Indirekte Steuern
+ Subventionen

= Nettosozialprodukt zu Faktorkosten = Volkseinkommen

3. Verteilung des Volkseinkommens

Das Volkseinkommen ist die Summe aller Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die Inländern letztlich zugeflossen sind. Es umfaßt — in der Gliederung nach Sektoren — die Erwerbs- und Vermögenseinkommen der privaten Haushalte und privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter, die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen des Staates und die unverteilten Gewinne der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit.

In der Verteilungsrechnung des Volkseinkommens werden zwei wichtige Einkommensarten unterschieden, nämlich Einkommen aus unselbständiger Arbeit und Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen.

Das **Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit** umfaßt die Bruttolohn- und -gehaltssumme und die tatsächlichen und unterstellten Sozialbeiträge der Arbeitgeber.

Das **Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen** enthält das Einkommen der privaten Haushalte und des Staates aus Zinsen, Nettopachten, Einkommen aus immateriellen Werten, Dividenden und sonstigen Ausschüttungen der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit sowie Einkommen der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit, und zwar nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden bzw. auf die öffentliche Schuld. Dazu kommen die unverteilten Gewinne der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit (Kapitalgesellschaften, Genossenschaften usw.).

Die Anteile der Sektoren am Volkseinkommen enthalten einerseits noch die aus den Einkommen zu leistenden direkten Steuern, derjenige der privaten Haushalte außerdem die Sozialbeiträge; andererseits sind die von den privaten Haushalten empfangenen Renten und übrigen laufenden Übertragungen noch nicht einbezogen.

Erhöht man den Anteil der privaten Haushalte (und privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter) am Volkseinkommen um die Renten, Pensionen, Unterstützungen und ähnliches, die die privaten Haushalte vom Staat und von den anderen Sektoren sowie von der übrigen Welt bezogen haben, und zieht man von dieser Summe die von Ihnen an den Staat geleisteten direkten Steuern sowie die an alle Sektoren und die übrige Welt geleisteten Sozialbeiträge und sonstigen laufenden Übertragungen ab, ergibt sich das **verfügbare Einkommen** des Haushaltssektors. Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte kann sowohl einschl. als auch ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit dargestellt werden. Dasselbe gilt für die **Ersparnis** der privaten Haushalte, die man erhält, wenn man vom verfügbaren Einkommen den Privaten Verbrauch abzieht.

4. Verwendung des Sozialprodukts

Auf der Verwendungsseite des Sozialprodukts werden der Private Verbrauch, der Staatsverbrauch, die Bruttoinvestitionen und der Außenbeitrag unterschieden.

Der **Private Verbrauch** umfaßt die Waren- und Dienstleistungskäufe der inländischen privaten Haushalte für Konsumzwecke und den Eigenverbrauch der privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter. Neben den tatsächlichen Käufen sind auch bestimmte unterstellte Käufe einbegriffen, wie z. B. der Eigenverbrauch der Unternehmer, der Wert der Nutzung von Eigentümerwohnungen sowie Deputate der Arbeitnehmer. Der Verbrauch auf Geschäftskosten wird nicht zum Privaten Verbrauch gerechnet, sondern zu den Vorleistungen der Unternehmen. Nicht enthalten sind ferner die Käufe von Grundstücken und Gebäuden, die zu den Anlageinvestitionen zählen.

Der **Staatsverbrauch** entspricht den Aufwendungen des Staates für Verwaltungsleistungen, die der Allgemeinheit ohne spezielles Entgelt zur Verfügung gestellt werden. Er ergibt sich nach Abzug der Verkäufe sowie der selbsterstellten Anlagen vom Produktionswert des Staates, der anhand der laufenden Aufwendungen der Institutionen des Staatssektors gemessen wird. Zu den laufenden Aufwendungen für Verteidigungszwecke wird auch der Erwerb von militärischen Bauten und dauerhaften militärischen Ausrüstungen gerechnet. Sachleistungen der Sozialversicherung, der Sozialhilfe usw. an private Haushalte zählen zum Staatsverbrauch und nicht zum Privaten Verbrauch.

Die **Bruttoinvestitionen** setzen sich aus Anlageinvestitionen (Ausrüstungen und Bauten) und der Vorratsveränderung zusammen.

Die **Anlageinvestitionen** umfassen die Käufe neuer Anlagen sowie von gebrauchten Anlagen und Land nach Abzug der Verkäufe von gebrauchten Anlagen und Land. Als Anlagen werden in diesem Zusammenhang alle dauerhaften reproduzierbaren Produktionsmittel angesehen, mit Ausnahme dauerhafter militärischer Güter und dauerhafter Güter, die in den Privaten Verbrauch eingehen. Als dauerhaft

gelten diejenigen Produktionsmittel, deren Nutzungsdauer mehr als ein Jahr beträgt und die normalerweise aktiviert und abgeschrieben werden; ausgenommen sind geringwertige Güter.

Die Anlageinvestitionen werden unterteilt in **Ausrüstungsinvestitionen** (Maschinen und maschinelle Anlagen, Fahrzeuge usw.) und **Bauinvestitionen** (Wohngebäude, Verwaltungsgebäude, gewerbliche Bauten, Straßen, Brücken, Wasserwege usw.).

Die **Vorratsveränderung** wird anhand von Bestandsangaben für Vorräte berechnet, die zunächst auf eine konstante Preisbasis (1970) umgerechnet werden. Die Differenz zwischen Anfangs- und Endbeständen wird anschließend mit jahresdurchschnittlichen Preisen bewertet. Die so ermittelte Vorratsveränderung ist frei von Scheingewinnen und -verlusten, die aus preisbedingten Änderungen der Buchwerte resultieren.

Als **Außenbeitrag** wird die Differenz zwischen der Ausfuhr und Einfuhr von Waren und Dienstleistungen bezeichnet. Erfaßt werden die Waren- und Dienstleistungsumsätze zwischen Inländern und der übrigen Welt. Einbezogen in die Ausfuhr sind Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die Inländer von der übrigen Welt bezogen haben; in der Einfuhr sind die an die übrige Welt geflossenen Erwerbs- und Vermögenseinkommen enthalten.

Beim Vergleich mit entsprechenden Positionen der Zahlungsbilanz ist zu beachten, daß in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen die übrige Welt neben dem Ausland auch die DDR und Berlin (Ost) umfaßt.

5. Das Sozialprodukt in konstanten Preisen und die Preisentwicklung des Sozialprodukts

Das Sozialprodukt und die wichtigsten Teilgrößen der Entstehungs- und Verwendungsrechnung werden auch in konstanten Preisen (von 1970) berechnet. Man spricht in diesem Fall auch vom realen Sozialprodukt im Gegensatz zum nominalen, das in jeweiligen Preisen ausgedrückt ist. Dividiert man nominale durch die entsprechenden realen Größen, erhält man Preisindizes auf der Basis 1970. Diese Preisindizes haben eine wechselnde Wägung, das heißt, ihnen liegt der „Warenkorb" des jeweiligen Berichtsjahres zugrunde. Sie zeigen den Preisstand im Berichtsjahr verglichen mit dem von 1970; die Preisentwicklung gegenüber dem jeweiligen Vorjahr ist aus ihnen — wegen der wechselnden Wägung — nur mit Einschränkungen abzulesen.

Weitere Hinweise zum Inhalt der in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen verwendeten Begriffe werden in den Fußnoten zu den einzelnen Tabellen gegeben.

Tabellenteil

Kaufkraftparitäten zur Umrechnung der binnenwirtschaftlichen Ströme in reale Werte (letzte inländische Verwendung)

1 Kaufkraftstandard[1]) =

	DM	FF	100 LIT	HFL	BFR	LFR	UKL	IRL	DKR
1960	4,31	5,91	5,74	3,17	57,76	52,68	0,392	0,354	7,01
1962	4,32	5,96	5,79	3,11	55,41	53,25	0,387	0,351	7,22
1963	4,26	6,06	6,00	3,12	55,02	53,93	0,380	0,344	7,24
1964	4,20	6,03	6,11	3,25	54,97	54,18	0,378	0,358	7,26
1965	4,19	5,95	6,13	3,29	55,29	54,43	0,381	0,361	7,48
1966	4,18	5,92	6,06	3,36	55,46	53,93	0,382	0,357	7,67
1967	4,12	5,96	6,08	3,41	55,76	52,34	0,383	0,358	7,89
1968	4,07	6,00	5,97	3,39	55,47	53,82	0,388	0,362	8,19
1969	4,01	6,09	5,91	3,44	54,60	51,79	0,390	0,373	8,23
1970	4,00	6,03	5,88	3,41	53,29	51,43	0,390	0,379	8,31
1971	3,99	5,92	5,87	3,47	52,59	50,01	0,396	0,385	8,36
1972	3,94	5,88	5,87	3,53	51,91	50,01	0,401	0,399	8,49
1973	3,87	5,80	6,11	3,51	50,48	49,34	0,400	0,412	8,54
1974	3,66	5,81	6,58	3,42	50,21	47,91	0,421	0,422	8,61
1975	3,42	5,75	6,70	3,36	50,23	47,81	0,466	0,458	8,47
1976	3,24	5,78	7,33	3,34	49,40	48,23	0,490	0,491	8,41
1977	3,10	5,81	7,95	3,29	48,60	47,22	0,511	0,516	8,48

[1]) Statistische Einheit errechnet über Kaufkraftparitäten, die die Devisenwechselkurse zwischen zwei oder mehr Ländern ersetzen können, wenn es darum geht, die jeweiligen inländischen Wirtschaftsströme in realen Werten, d. h. bewertet mit einem einheitlichen Preissystem, zu vergleichen. Zur Methode der Berechnung der Kaufkraftparitäten und Kaufkraftstandards siehe SAEG, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen ESVG 1960–1977, Heft November 1978, S. VI ff.

Quelle: SAEG

A. Internationale Tabellen

Tabelle 1*

Bevölkerung und Erwerbstätige[1]) in den EG-Ländern

1 000

Jahr	EG der Neun	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Italien	Luxemburg	Niederlande	Dänemark	Großbritannien	Irland
					Gesamtbevölkerung					
1960	232 204	55 433	9 119	45 684	50 198	315	11 483	4 581	52 559	2 832
1961	234 372	56 175	9 166	46 163	50 523	319	11 637	4 617	52 954	2 818
1962	236 911	56 837	9 218	46 998	50 843	323	11 801	4 647	53 414	2 830
1963	239 201	57 389	9 283	47 816	51 198	326	11 964	4 684	53 691	2 850
1964	241 320	57 971	9 367	48 310	51 600	330	12 125	4 720	54 033	2 864
1965	243 450	58 619	9 448	48 758	51 987	333	12 293	4 758	54 378	2 876
1966	245 276	59 148	9 508	49 164	52 332	335	12 455	4 797	54 653	2 884
1967	246 662	59 286	9 557	49 548	52 667	335	12 597	4 839	54 933	2 900
1968	247 990	59 500	9 590	49 914	52 987	337	12 726	4 867	55 157	2 913
1969	249 718	60 067	9 613	50 318	53 317	339	12 873	4 891	55 372	2 929
1970	251 495	60 651	9 638	50 772	53 661	340	13 032	4 929	55 522	2 950
1971	253 405	61 284	9 673	51 251	54 005	345	13 194	4 963	55 712	2 978
1972	255 046	61 669	9 711	51 701	54 412	348	13 330	4 992	55 869	3 014
1973	256 612	61 976	9 742	52 118	54 913	353	13 438	5 022	56 000	3 051
1974	257 742	62 054	9 772	52 460	55 413	357	13 543	5 045	56 011	3 086
1975	258 350	61 829	9 801	52 705	55 830	357	13 660	5 060	55 981	3 127
1976	258 732	61 531	9 818	52 891	56 168	357	13 773	5 073	55 959	3 162
1977	259 182	61 400	9 830	53 078	56 462	357	13 855	5 089	55 919	3 192
					Erwerbstätige					
1960	101 508	26 080	3 481	19 581	20 630	132	4 182	.	24 313	1 055
1961	102 322	26 441	3 510	19 594	20 667	132	4 243	.	24 598	1 053
1962	102 585	26 534	3 566	19 628	20 450	133	4 328	.	24 770	1 060
1963	102 674	26 596	3 592	19 820	20 139	132	4 387	.	24 800	1 066
1964	103 292	26 618	3 641	20 031	20 066	133	4 464	.	25 083	1 071
1965	103 452	26 769	3 648	20 105	19 680	133	4 502	.	25 320	1 069
1966	103 440	26 686	3 665	20 262	19 377	134	4 537	2 234	25 479	1 066
1967	102 425	25 817	3 654	20 317	19 596	131	4 523	2 221	25 106	1 060
1968	102 302	25 839	3 650	20 303	19 585	131	4 565	2 239	24 927	1 063
1969	103 346	26 240	3 711	20 644	19 676	132	4 641	2 266	24 970	1 066
1970	103 915	26 570	3 691	20 907	19 741	135	4 696	2 281	24 840	1 053
1971	103 768	26 639	3 729	20 991	19 728	139	4 724	2 278	24 485	1 055
1972	103 572	26 580	3 725	21 113	19 509	143	4 683	2 309	24 460	1 050
1973	104 720	26 648	3 774	21 378	19 656	146	4 685	2 339	25 037	1 057
1974	104 811	26 155	3 828	21 499	19 947	150	4 687	2 349	25 129	1 067
1975	103 411	25 266	3 776	21 216	19 978	150	4 656	2 323	24 997	1 049
1976	103 173	25 033	3 752	21 252	20 143	148	4 646	2 352	24 814	1 033
1977	103 368	24 993	3 746	21 269	20 237	147	4 658	2 354	24 928	1 036

[1]) Inlandskonzept (nach dem Beschäftigungsort).

Quelle: SAEG

Tabelle 2*

Beschäftigte Arbeitnehmer [1]) und registrierte Arbeitslose in den EG-Ländern

1000

Jahr	EG der Neun	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Italien	Luxemburg	Niederlande	Dänemark	Großbritannien	Irland
					Beschäftigte Arbeitnehmer					
1960	77 005	20 090	2 565	13 926	12 257	94	3 296	.	22 547	650
1961	78 430	20 580	2 609	14 086	12 588	96	3 369	.	22 839	650
1962	79 588	20 876	2 674	14 261	12 885	97	3 465	.	23 024	659
1963	80 551	21 113	2 724	14 583	13 093	98	3 536	.	23 067	669
1964	81 625	21 349	2 799	14 913	13 088	100	3 623	.	23 363	680
1965	82 177	21 639	2 828	15 095	12 780	102	3 676	.	23 614	702
1966	82 595	21 650	2 854	15 353	12 669	104	3 722	1 757	23 785	702
1967	81 806	20 921	2 845	15 508	12 918	103	3 718	1 754	23 335	705
1968	82 088	21 054	2 845	15 590	13 076	104	3 775	1 781	23 149	715
1969	83 598	21 636	2 911	16 051	13 388	106	3 865	1 816	23 100	726
1970	84 716	22 148	2 985	16 565	13 472	110	3 933	1 840	22 938	725
1971	85 055	22 328	3 048	16 800	13 635	114	3 972	1 845	22 576	737
1972	85 435	22 360	3 063	17 072	13 698	119	3 942	1 884	22 561	736
1973	86 847	22 500	3 123	17 468	13 918	123	3 958	1 919	23 090	749
1974	87 198	22 092	3 186	17 730	14 192	127	3 972	1 933	23 204	763
1975	86 141	21 329	3 138	17 568	14 253	128	3 956	1 912	23 111	747
1976	86 095	21 233	3 121	17 644	14 403	126	3 961	1 943	22 928	736
1977	86 443	21 296	3 118	17 687	14 499	125	3 994	1 948	23 032	744
					Registrierte Arbeitslose					
1960	2 549	271	110	131	1 546	0,1	30	31	377	53
1961	2 203	181	88	112	1 407	0,1	22	25	347	21
1962	2 073	155	71	125	1 162	0,1	23	23	467	47
1963	2 117	186	54	143	1 069	0,2	25	32	558	50
1964	1 916	169	53	113	1 087	0,0	22	19	404	49
1965	1 972	147	65	141	1 180	0,0	27	16	347	49
1966	1 961	161	74	147	1 115	0,0	37	18	361	48
1967	2 490	459	98	196	1 024	0,2	79	22	557	55
1968	2 407	323	116	254	961	0,1	72	39	583	59
1969	2 093	179	87	223	887	0,0	53	31	576	57
1970	2 127	149	81	262	888	0,0	46	24	612	65
1971	2 591	185	85	338	1 038	0,020	62	29	792	62
1972	2 868	246	105	384	1 048	0,042	108	28	876	72
1973	2 597	273	111	394	1 005	0,046	110	18	619	67
1974	3 069	582	124	498	997	0,058	135	48	615	70
1975	4 615	1 074	208	840	1 107	0,265	195	114	978	99
1976	5 243	1 060	267	934	1 182	0,457	211	118	1 360	111
1977	5 736	1 030	308	1 072	1 378	0,821	207	147	1 484	109
1978	5 958	993	333	1 167	1 512	1,166	206	170	1 475	101

[1]) Inlandskonzept (nach dem Beschäftigungsort).

Quelle: SAEG

Tabelle 3*

Bruttoinlandsprodukt in den EG-Ländern [1])

Mrd KKS [2])

Jahr	EG der Neun	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Italien	Luxemburg	Niederlande	Dänemark	Großbritannien	Irland
	in jeweiligen Preisen und Kaufkraftparitäten									
1962	301,3	83,6	11,4	60,7	47,0	0,5	15,3	.	73,6	2,1
1963	327,8	89,8	12,4	66,9	51,9	0,5	16,6	.	79,8	2,3
1964	361,9	100,0	13,9	74,5	55,6	0,6	18,7	.	87,5	2,5
1965	392,1	109,6	15,0	81,3	59,6	0,6	20,7	.	93,3	2,7
1966	420,9	116,6	16,1	88,5	65,2	0,7	22,0	10,0	99,1	2,8
1967	446,1	119,7	17,1	95,0	71,5	0,7	23,8	10,7	104,4	3,1
1968	484,5	131,5	18,4	102,5	78,6	0,8	26,5	11,5	111,3	3,5
1969	538,1	149,0	20,8	115,0	87,4	0,9	29,5	13,0	118,6	3,9
1970	605,2	169,8	23,7	129,8	98,6	1,0	33,6	14,3	130,0	4,3
1971	673,4	189,6	26,3	147,5	107,5	1,1	37,4	15,7	143,5	4,9
1972	747,6	210,0	29,8	166,9	117,8	1,2	41,5	17,8	157,0	5,6
1973	859,7	238,7	34,8	192,3	135,7	1,5	47,9	20,4	181,8	6,6
1974	973,3	272,6	41,0	220,1	155,9	1,9	55,8	22,4	196,5	7,1
1975	1 091,8	303,3	45,1	252,3	172,1	1,8	62,5	25,4	221,4	8,1
1976	1 249,7	349,2	52,0	288,4	197,4	1,9	71,7	29,3	250,4	9,3
1977	1 384,4	388,8	57,2	321,7	217,8	2,1	79,7	32,3	274,3	10,6
	in Preisen und Kaufkraftparitäten von 1970									
1962	423,7	117,7	16,2	85,0	66,1	0,8	.	.	103,2	.
1963	441,2	121,2	16,9	89,5	69,9	0,8	22,3	.	107,1	.
1964	466,7	129,3	18,1	95,3	71,6	0,9	24,2	.	112,8	.
1965	485,8	136,5	18,7	99,9	73,7	0,9	25,5	.	115,4	.
1966	502,8	140,1	19,3	105,1	78,0	0,9	26,2	12,0	117,8	.
1967	519,2	140,0	20,1	110,0	83,5	0,9	27,6	12,5	121,0	.
1968	545,7	148,8	20,9	114,7	88,7	0,9	29,4	13,1	125,2	.
1969	576,7	160,4	22,3	122,7	93,8	1,0	31,4	13,9	127,0	.
1970	605,2	169,8	23,7	129,8	98,6	1,0	33,6	14,3	130,0	4,3
1971	625,4	175,3	24,7	136,9	100,0	1,1	35,0	14,7	133,3	4,5
1972	650,1	181,7	26,1	144,9	103,2	1,1	36,3	15,5	136,5	4,8
1973	690,0	190,9	27,8	152,6	110,5	1,3	38,4	16,2	147,3	5,0
1974	701,2	192,2	29,1	157,6	115,0	1,3	40,0	16,4	144,6	5,1
1975	689,1	187,9	28,4	158,2	110,8	1,2	39,5	16,2	141,8	5,1
1976	722,7	198,3	30,0	165,3	117,2	1,2	41,3	17,2	146,9	5,3
1977	738,5	203,9	30,3	170,2	119,0	1,2	42,4	17,5	148,4	5,6

[1]) Berechnet nach dem ESVG (Ausführliche Erläuterungen siehe SAEG, „Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen", 1970).
[2]) Kaufkraftstandard = statistische Einheit, errechnet über Kaufkraftparitäten.

Quelle: SAEG

Tabelle 4*

Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen in den EG-Ländern[1])

KKS[2])

Jahr	EG der Neun	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Italien	Luxemburg	Niederlande	Dänemark	Großbritannien	Irland
	in jeweiligen Preisen und Kaufkraftparitäten									
1962	2 937	3 150	3 207	3 094	2 297	3 846	3 533	.	2 971	1 994
1963	3 193	3 378	3 446	3 375	2 578	4 112	3 780	.	3 218	2 181
1964	3 504	3 756	3 810	3 719	2 771	4 605	4 200	.	3 488	2 366
1965	3 790	4 095	4 116	4 044	3 027	4 801	4 590	.	3 685	2 500
1966	4 069	4 371	4 388	4 366	3 363	5 056	4 851	4 477	3 888	2 670
1967	4 356	4 638	4 691	4 675	3 650	5 430	5 262	4 823	4 159	2 924
1968	4 736	5 089	5 052	5 047	4 013	5 840	5 800	5 127	4 467	3 279
1969	5 207	5 677	5 603	5 572	4 443	6 922	6 361	5 747	4 748	3 672
1970	5 824	6 392	6 424	6 209	4 994	7 687	7 154	6 266	5 235	4 102
1971	6 490	7 116	7 057	7 025	5 449	7 964	7 923	6 903	5 861	4 607
1972	7 219	7 899	7 999	7 905	6 039	8 592	8 867	7 731	6 417	5 336
1973	8 209	8 957	9 218	8 996	6 905	10 528	10 223	8 709	7 259	6 238
1974	9 286	10 421	10 716	10 236	7 817	12 814	11 897	9 529	7 820	6 685
1975	10 558	12 002	11 944	11 891	8 613	11 775	13 428	10 927	8 855	7 715
1976	12 112	13 951	13 860	13 570	9 800	12 979	15 442	12 442	10 092	9 010
1977	13 396	15 569	15 259	15 124	10 764	14 328	17 112	13 718	11 003	10 259
	in Preisen und Kaufkraftparitäten von 1970									
1962	4 130	4 435	4 539	4 332	3 233	5 860	.	.	4 166	.
1963	4 297	4 558	4 702	4 518	3 470	6 039	5 078	.	4 319	.
1964	4 518	4 859	4 963	4 759	3 567	6 448	5 422	.	4 498	.
1965	4 696	5 101	5 129	4 971	3 746	6 527	5 657	.	4 559	.
1966	4 861	5 249	5 264	5 188	4 025	6 604	5 774	5 359	4 625	.
1967	5 069	5 422	5 488	5 416	4 262	6 832	6 099	5 637	4 819	.
1968	5 334	5 759	5 725	5 650	4 528	7 153	6 448	5 835	5 023	.
1969	5 580	6 112	6 005	5 943	4 766	7 763	6 768	6 153	5 086	.
1970	5 824	6 392	6 424	6 209	4 994	7 687	7 154	6 266	5 235	4 102
1971	6 027	6 579	6 621	6 520	5 071	7 813	7 412	6 435	5 443	4 260
1972	6 276	6 835	7 008	6 863	5 290	8 018	7 754	6 699	5 581	4 527
1973	6 589	7 163	7 356	7 140	5 621	8 676	8 202	6 947	5 883	4 722
1974	6 691	7 348	7 590	7 330	5 767	8 810	8 531	6 975	5 754	4 768
1975	6 664	7 436	7 523	7 456	5 547	7 952	8 489	6 975	5 673	4 860
1976	7 005	7 922	7 993	7 778	5 817	8 246	8 900	7 302	5 921	5 096
1977	7 146	8 166	8 102	8 003	5 880	8 430	9 095	7 440	5 953	5 368

[1]) Berechnet nach dem ESVG (Ausführliche Erläuterungen siehe SAEG, „Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen", 1970).
[2]) Kaufkraftstandard = statistische Einheit, errechnet über Kaufkraftparitäten.

Quelle: SAEG

Tabelle 5*

Verfügbares Nettovolkseinkommen[1]) und Einkommen aus unselbständiger Arbeit in den EG-Ländern[2])

in jeweiligen Preisen und Kaufkraftparitäten

Mrd KKS[3])

Jahr	EG der Neun	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Italien	Luxemburg	Niederlande	Dänemark	Großbritannien	Irland
	Verfügbares Nettovolkseinkommen[1])									
1962	274,9	75,2	10,4	54,9	43,5	0,4	13,9	.	67,9	2,1
1963	298,7	80,4	11,2	60,4	48,0	0,5	15,2	.	73,8	2,2
1964	329,4	89,3	12,6	67,2	51,3	0,5	17,2	.	80,7	2,4
1965	356,5	97,6	13,7	73,2	55,0	0,5	19,0	.	86,2	2,6
1966	381,8	103,6	14,6	79,5	60,3	0,6	20,1	9,3	91,1	2,7
1967	404,0	105,8	15,6	85,2	66,2	0,6	21,8	9,9	95,9	3,0
1968	438,8	116,6	16,8	91,7	72,8	0,7	24,3	10,7	102,0	3,4
1969	487,5	132,4	18,9	102,8	81,0	0,8	27,2	12,1	108,6	3,7
1970	546,2	150,0	21,5	115,9	90,7	0,9	30,9	13,3	119,0	4,1
1971	606,2	166,8	23,7	131,8	99,0	1,0	34,2	14,5	130,8	4,6
1972	672,1	184,2	27,0	149,2	108,5	1,1	37,9	16,5	142,3	5,3
1973	772,2	209,3	31,6	171,4	124,2	1,5	44,1	19,1	164,9	6,3
1974	866,6	237,5	37,3	194,3	140,7	1,9	50,9	20,7	176,5	6,8
1975	964,1	263,2	41,0	221,7	152,9	1,9	55,9	23,2	196,5	7,8
1976	1 105,9	304,5	47,7	253,7	175,4	2,1	64,8	26,9	221,7	8,9
1977	1 221,7	338,1	52,3	282,7	193,4	2,4	72,0	29,6	240,9	10,3
	Einkommen aus unselbständiger Arbeit									
1962	152,4	41,6	5,3	27,7	20,2	0,2	7,7	.	44,8	1,0
1963	167,9	45,3	5,9	31,1	23,8	0,3	8,6	.	48,1	1,1
1964	185,9	50,2	6,7	34,8	26,1	0,3	9,8	.	52,3	1,2
1965	202,4	55,9	7,4	38,0	27,5	0,3	11,0	.	56,1	1,3
1966	218,3	60,2	8,0	41,3	29,8	0,3	12,1	5,3	59,8	1,4
1967	229,5	61,0	8,6	44,3	32,8	0,4	13,0	5,7	62,2	1,6
1968	249,6	66,5	9,1	49,1	36,4	0,4	14,5	6,2	65,7	1,7
1969	277,9	76,0	10,3	55,4	40,5	0,4	16,5	6,9	69,9	1,9
1970	320,4	90,0	11,8	63,4	47,6	0,5	19,1	7,7	78,1	2,2
1971	361,9	102,0	13,6	73,0	54,7	0,6	21,5	8,7	85,2	2,5
1972	404,1	113,5	15,9	82,3	60,9	0,7	23,7	9,5	94,9	2,8
1973	469,0	131,2	18,8	96,3	71,0	0,8	27,5	10,9	109,1	3,3
1974	548,9	153,1	22,7	114,6	82,3	1,0	32,8	12,9	125,6	3,9
1975	635,9	170,4	26,2	135,7	98,2	1,2	37,6	14,8	147,1	4,6
1976	714,3	193,0	30,4	155,7	109,6	1,3	42,1	16,9	160,1	5,1
1977	788,9	216,1	33,8	175,5	123,1	1,4	46,5	.	168,5	5,8

[1]) Nettosozialprodukt zu Marktpreisen.
[2]) Berechnet nach dem ESVG (Ausführliche Erläuterungen siehe SAEG, „Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen", 1970).
[3]) Kaufkraftstandard = statistische Einheit, errechnet über

Quelle: SAEG

Tabelle 6*

Privater Verbrauch in den EG-Ländern[1])

Mrd KKS[2])

Jahr	EG der Neun	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Italien	Luxemburg	Niederlande	Dänemark	Großbritannien	Irland
	in jeweiligen Preisen und Kaufkraftparitäten									
1962	189,1	49,7	7,6	37,5	30,3	0,3	9,2	.	48,5	1,6
1963	207,1	53,6	8,3	41,7	34,0	0,3	10,2	.	52,5	1,8
1964	224,0	58,5	8,8	45,7	36,2	0,4	11,0	.	56,2	1,9
1965	242,0	64,8	9,6	49,5	38,7	0,4	12,2	.	59,4	2,0
1966	261,0	69,7	10,2	53,9	43,1	0,4	12,8	6,0	62,7	2,1
1967	277,6	73,0	10,7	58,0	47,2	0,4	13,7	6,5	65,8	2,3
1968	299,3	79,0	11,7	62,7	51,2	0,4	15,0	6,8	70,0	2,5
1969	329,7	88,1	12,8	70,5	56,4	0,5	16,8	7,5	74,2	2,8
1970	365,6	97,8	14,1	78,1	64,0	0,5	19,0	8,3	80,6	3,0
1971	407,0	109,5	15,7	89,3	69,9	0,6	21,0	8,8	88,8	3,4
1972	453,8	122,0	17,7	100,9	77,1	0,7	23,3	9,6	98,9	3,7
1973	515,8	136,8	20,8	115,5	87,9	0,8	26,5	11,2	112,2	4,2
1974	589,2	157,2	24,2	134,6	101,4	0,9	30,7	12,4	122,9	4,8
1975	676,1	185,1	27,2	156,3	115,6	1,0	35,6	14,2	135,6	5,3
1976	767,0	211,9	31,6	179,8	128,8	1,2	40,4	16,6	150,7	6,0
1977	851,1	236,1	34,9	199,9	143,1	1,3	45,6	18,3	165,0	6,8
	in Preisen und Kaufkraftparitäten von 1970									
1962	257,8	67,0	10,3	52,2	40,8	0,4	.	.	66,7	.
1963	271,3	69,2	10,8	55,9	44,2	0,4	12,9	.	69,5	.
1964	282,8	72,8	11,0	58,9	45,5	0,4	13,6	.	71,5	.
1965	294,5	77,7	11,5	61,4	47,0	0,5	14,5	.	72,6	.
1966	305,9	80,3	11,8	64,4	50,4	0,5	14,9	7,1	74,0	.
1967	317,0	81,6	12,1	67,7	53,8	0,5	15,6	7,3	75,7	.
1968	330,0	85,5	12,8	70,1	56,3	0,5	16,6	7,5	77,9	.
1969	347,4	91,8	13,5	74,7	59,8	0,5	17,7	8,0	78,5	.
1970	365,6	97,8	14,1	78,1	64,0	0,5	19,0	8,3	80,6	3,0
1971	381,5	103,0	14,8	83,0	65,9	0,6	19,7	8,3	83,0	3,1
1972	400,0	107,4	15,7	88,1	68,2	0,6	20,5	8,5	87,7	3,3
1973	418,2	109,9	16,9	93,0	72,2	0,6	21,4	9,0	91,7	3,4
1974	423,5	111,3	17,5	95,9	74,1	0,7	22,0	9,0	89,6	3,5
1975	429,9	115,4	17,5	99,1	73,1	0,7	22,6	9,3	88,7	3,4
1976	445,2	119,8	18,6	104,3	75,6	0,7	23,4	9,8	89,5	3,5
1977	453,8	123,0	19,0	107,1	77,2	0,7	24,3	9,8	89,0	3,7

[1]) Berechnet nach dem ESVG (Ausführliche Erläuterungen siehe SAEG, „Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen", 1970).
[2]) Kaufkraftstandard = statistische Einheit, errechnet über Kaufkraftparitäten.

Quelle: SAEG

Tabelle 7*

Staatsverbrauch in den EG-Ländern[1])

Mrd KKS[2])

Jahr	EG der Neun	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Italien	Luxemburg	Niederlande	Dänemark	Großbritannien	Irland
	in jeweiligen Preisen und Kaufkraftparitäten									
1962	41,4	9,9	1,4	8,0	5,8	0,1	2,2	.	12,6	0,3
1963	46,3	11,3	1,6	9,0	6,9	0,1	2,5	.	13,5	0,3
1964	50,2	11,9	1,7	9,9	7,6	0,1	2,9	.	14,4	0,3
1965	55,4	13,3	1,9	10,7	8,6	0,1	3,2	.	15,7	0,4
1966	59,6	14,1	2,1	11,5	9,2	0,1	3,5	1,7	17,0	0,4
1967	64,5	15,1	2,3	12,3	9,7	0,1	3,9	1,9	18,8	0,4
1968	69,3	15,6	2,5	13,8	10,7	0,1	4,2	2,2	19,7	0,5
1969	76,0	17,8	2,8	15,4	11,7	0,1	4,7	2,5	20,5	0,5
1970	85,6	20,5	3,2	17,4	12,5	0,1	5,5	2,9	23,0	0,6
1971	99,2	24,3	3,7	19,8	15,2	0,1	6,3	3,3	25,8	0,7
1972	111,1	26,9	4,3	22,0	17,2	0,1	6,9	3,8	29,1	0,9
1973	127,1	31,3	5,0	25,3	18,9	0,2	7,8	4,3	33,3	1,0
1974	150,3	38,0	6,0	29,9	20,9	0,2	9,5	5,2	39,3	1,2
1975	180,0	43,9	7,4	36,3	23,6	0,3	11,4	6,3	49,3	1,5
1976	201,3	48,3	8,6	42,1	25,9	0,3	13,0	7,1	54,4	1,7
1977	222,4	53,3	9,6	47,9	29,8	0,3	14,5	7,8	57,1	1,9
	in Preisen und Kaufkraftparitäten von 1970									
1962	67,3	16,5	2,1	12,8	9,4	0,1	.	.	20,0	.
1963	70,2	17,6	2,3	13,3	9,8	0,1	4,5	.	20,3	.
1964	71,9	17,6	2,4	13,8	10,3	0,1	4,6	.	20,7	.
1965	74,4	18,4	2,5	14,2	10,7	0,1	4,6	.	21,2	.
1966	76,1	18,4	2,7	14,6	11,1	0,1	4,7	2,2	21,8	.
1967	79,3	18,9	2,8	15,2	11,5	0,1	4,8	2,4	23,0	.
1968	80,7	18,6	2,9	16,1	12,0	0,1	4,9	2,5	23,1	.
1969	82,9	19,6	3,1	16,7	12,3	0,1	5,2	2,7	22,7	.
1970	85,6	20,5	3,2	17,4	12,5	0,1	5,5	2,9	23,0	0,6
1971	89,2	21,5	3,3	18,0	13,1	0,1	5,6	3,0	23,7	0,7
1972	92,4	22,1	3,5	18,5	13,8	0,1	5,8	3,1	24,6	0,7
1973	95,8	23,1	3,7	19,1	14,2	0,1	5,8	3,2	25,8	0,8
1974	97,8	23,7	3,8	19,3	14,6	0,1	5,9	3,4	26,2	0,8
1975	101,6	24,0	4,0	20,2	15,0	0,1	6,1	3,6	27,6	0,9
1976	104,4	24,3	4,2	21,2	15,2	0,1	6,4	3,7	28,2	0,9
1977	106,2	24,6	4,3	22,0	15,6	0,1	6,6	3,8	28,1	1,0

[1]) Berechnet nach dem ESVG (Ausführliche Erläuterungen siehe SAEG, „Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen", 1970).
[2]) Kaufkraftstandard = statistische Einheit, errechnet über Kaufkraftparitäten.

Quelle: SAEG

Tabelle 8*

Bruttoanlageinvestitionen in den EG-Ländern[1])

Mrd KKS[2])

Jahr	EG der Neun	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Italien	Luxemburg	Niederlande	Dänemark	Großbritannien	Irland
	in jeweiligen Preisen und Kaufkraftparitäten									
1962	66,1	21,5	2,4	12,9	10,9	0,1	3,7	.	12,5	0,4
1963	72,0	23,0	2,6	14,8	12,2	0,2	3,9	.	13,3	0,4
1964	82,4	26,6	3,1	17,1	12,1	0,2	4,7	.	16,0	0,5
1965	87,4	28,6	3,4	18,9	11,3	0,2	5,2	.	17,1	0,6
1966	93,3	29,7	3,7	21,0	12,1	0,2	5,7	2,4	18,1	0,6
1967	97,2	27,7	3,9	22,6	13,7	0,2	6,2	2,6	19,6	0,6
1968	105,0	29,5	4,0	23,9	15,9	0,2	7,1	2,6	21,2	0,7
1969	118,1	34,8	4,4	27,0	18,3	0,2	7,2	3,2	22,1	0,9
1970	137,7	43,4	5,4	30,4	21,0	0,2	8,6	3,5	24,2	1,0
1971	154,0	50,0	5,8	34,8	21,8	0,3	9,6	3,8	26,6	1,2
1972	168,4	54,3	6,4	39,5	23,2	0,3	9,8	4,4	29,1	1,3
1973	193,3	58,2	7,5	45,7	28,1	0,4	11,0	5,2	35,5	1,7
1974	216,7	59,2	9,3	53,5	34,7	0,5	12,1	5,6	40,1	1,7
1975	232,4	62,8	10,2	58,6	35,4	0,5	13,0	5,6	44,5	1,8
1976	261,7	71,8	11,5	67,2	39,2	0,5	13,9	7,2	48,3	2,1
1977	285,9	80,7	12,4	72,6	43,0	0,5	16,8	7,6	49,7	2,6
	in Preisen und Kaufkraftparitäten von 1970									
1962	91,2	30,6	3,6	17,2	15,8	0,2	.	.	16,3	.
1963	94,7	30,9	3,6	18,7	17,1	0,2	4,9	.	16,5	.
1964	104,0	34,4	4,2	20,7	16,1	0,3	5,9	.	19,3	.
1965	107,3	36,1	4,3	22,1	14,7	0,2	6,2	.	20,2	.
1966	111,4	36,5	4,6	23,8	15,4	0,2	6,7	2,8	20,8	.
1967	114,7	34,0	4,8	25,2	17,1	0,2	7,2	3,0	22,5	.
1968	121,3	35,4	4,7	26,6	19,0	0,2	8,0	3,0	23,5	.
1969	129,6	39,2	5,0	29,0	20,4	0,2	7,8	3,4	23,6	.
1970	137,7	43,4	5,4	30,4	21,0	0,2	8,6	3,5	24,2	1,0
1971	142,9	46,2	5,3	32,5	20,3	0,3	8,9	3,6	24,7	1,1
1972	147,4	47,8	5,5	34,9	20,5	0,3	8,6	3,9	24,8	1,1
1973	154,3	47,9	5,9	37,0	22,1	0,3	9,1	4,2	26,5	1,3
1974	149,4	43,1	6,3	37,3	22,9	0,3	8,8	3,8	25,8	1,1
1975	141,9	41,3	6,2	36,1	19,9	0,3	8,3	3,4	25,3	1,1
1976	146,1	43,4	6,4	37,5	20,3	0,3	8,2	3,9	25,0	1,1
1977	147,8	45,2	6,3	37,5	20,3	0,3	9,1	3,9	24,0	1,2

[1]) Berechnet nach dem ESVG (Ausführliche Erläuterungen siehe SAEG, „Europäisches System ", 1970).
[2]) Kaufkraftstandard = statistische Einheit, errechnet über Kaufkraftparitäten.

Quelle: SAEG

Tabelle 9*

Außenhandel der EG-Länder[1])

Mrd KKS[2]) in jeweiligen Preisen und Kaufkraftparitäten

Jahr	EG der Neun[3])	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Italien	Luxemburg	Niederlande	Dänemark	Großbritannien	Irland
	Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen									
1962	55,4	14,0	4,8	8,4	5,3	0,4	5,5	.	14,6	0,5
1963	60,2	15,2	5,3	9,2	5,9	0,4	6,0	.	15,5	0,6
1964	67,0	17,0	6,0	10,3	6,8	0,5	6,9	.	16,4	0,6
1965	73,9	18,8	6,5	11,6	8,1	0,5	7,6	.	17,6	0,7
1966	80,9	21,1	7,2	12,6	9,0	0,5	8,0	2,8	18,8	0,8
1967	86,2	22,9	7,6	13,6	10,0	0,5	8,6	2,9	19,2	0,9
1968	98,8	26,8	8,8	15,5	12,0	0,6	10,0	3,1	21,1	1,0
1969	114,7	31,1	10,7	18,0	13,9	0,7	12,0	3,6	23,6	1,1
1970	133,1	36,9	12,5	21,1	15,6	0,9	14,1	4,0	26,8	1,2
1971	149,0	41,5	13,4	24,2	17,2	0,9	16,2	4,3	29,9	1,4
1972	164,7	46,0	15,6	28,0	19,4	1,0	18,5	4,8	29,8	1,6
1973	202,0	59,4	20,0	35,1	21,3	1,4	23,4	6,1	33,6	1,9
1974	272,2	81,7	26,6	45,7	29,5	1,9	32,5	7,9	44,1	2,3
1975	283,2	80,8	26,0	50,6	32,5	1,6	33,8	8,5	46,6	2,7
1976	344,1	101,2	32,7	59,8	38,6	1,8	42,4	9,9	54,5	3,2
1977	384,6	113,8	33,5	66,8	44,9	2,0	45,4	10,8	63,4	4,0
	Einfuhr von Waren und Dienstleistungen									
1962	54,6	12,8	4,8	7,5	6,2	0,4	5,6	.	14,5	0,7
1963	60,7	13,8	5,4	8,9	7,7	0,4	6,2	.	15,4	0,8
1964	68,1	15,5	6,0	10,3	7,4	0,5	7,3	.	17,5	0,9
1965	73,0	18,3	6,4	10,7	7,6	0,5	7,8	.	17,8	1,0
1966	78,8	19,1	7,3	12,2	8,9	0,5	8,4	3,0	18,5	1,1
1967	83,0	18,6	7,4	13,2	10,2	0,5	8,9	3,1	20,0	1,1
1968	94,1	22,1	8,7	15,3	11,2	0,5	10,0	3,3	21,8	1,2
1969	110,6	26,8	10,4	18,8	13,6	0,6	11,9	3,9	23,1	1,5
1970	128,8	32,6	11,8	20,7	16,3	0,8	14,5	4,5	25,9	1,6
1971	141,2	36,7	12,7	22,8	17,4	0,9	16,3	4,7	28,1	1,8
1972	155,7	39,9	14,4	26,6	19,8	0,9	17,3	4,8	30,1	1,9
1973	195,8	48,8	18,9	33,9	25,3	1,2	21,7	6,7	37,1	2,3
1974	274,9	65,0	26,1	49,0	37,5	1,6	30,7	8,8	53,0	3,2
1975	272,4	68,4	25,5	48,7	34,4	1,6	31,1	8,9	50,7	3,1
1976	341,6	88,2	32,5	63,7	42,8	1,9	39,0	11,7	58,1	3,8
1977	373,2	98,7	33,4	68,5	46,0	2,0	43,8	12,3	63,6	4,8

[1]) Berechnet nach dem ESVG (ausführliche Erläuterungen siehe SAEG, „Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen", 1970).
[2]) Kaufkraftstandard = statistische Einheit, errechnet über Kaufkraftparitäten.
[3]) Einschließlich der entsprechenden innergemeinschaftlichen Transaktionen.

Quelle: SAEG

Tabelle 10*

Industrielle Produktion in den EG-Ländern

1975 = 100

Zeitraum	EG der Neun[1])	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Italien	Luxemburg	Niederlande	Dänemark	Großbritannien	Irland
1960	57	57	57	53	47	85	42	.	74	45
1961	59	60	60	56	52	87	43	.	74	50
1962	62	63	63	59	57	84	46	.	74	53
1963	65	65	68	62	62	85	48	.	77	55
1964	70	70	73	66	63	92	53	.	84	60
1965	72	74	74	67	66	94	56	.	86	62
1966	75	75	76	71	73	89	59	.	87	65
1967	76	73	77	73	79	89	62	.	88	71
1968	81	79	81	75	84	95	69	.	93	78
1969	89	90	89	83	87	108	77	.	97	85
1970	93	95	92	88	92	108	84	.	97	88
1971	95	97	95	93	92	106	89	.	97	91
1972	99	101	100	99	96	111	93	.	99	95
1973	107	108	107	105	106	124	100	.	108	105
1974	107	106	111	108	110	128	105	.	105	107
1975	100	100	100	100	100	100	100	.	100	100
1976	108	107	109	109	112	106	106	.	103	109
1977	110	111	109	110	112	107	107	.	107	118
1978	113	113	112	113	114	109	108	.	111	129
1974 1. Vj.	109	106	115	113	114	132	108	.	105	104
2. Vj.	114	114	118	114	120	135	106	.	107	112
3. Vj.	98	98	101	94	100	126	96	.	99	105
4. Vj.	109	108	111	110	106	119	110	.	109	106
1975 1. Vj.	103	100	106	103	103	110	103	.	107	95
2. Vj.	102	103	102	103	104	104	99	.	99	103
3. Vj.	89	91	89	85	88	87	87	.	91	98
4. Vj.	107	108	103	109	106	100	110	.	103	103
1976 1. Vj.	107	104	108	112	109	104	107	.	105	101
2. Vj.	111	112	114	112	118	117	106	.	102	113
3. Vj.	98	99	99	95	101	100	96	.	95	109
4. Vj.	115	114	113	118	121	104	116	.	110	113
1977 1. Vj.	114	110	112	117	121	108	110	.	113	109
2. Vj.	113	115	113	114	117	117	108	.	106	123
3. Vj.	98	101	98	94	97	98	94	.	100	116
4. Vj.	115	117	112	116	111	105	114	.	111	124
1978 1. Vj.	113	111	111	116	115	108	110	.	113	121
2. Vj.	115	116	114	117	118	114	107	.	111	136
3. Vj.	102	105	102	96	100	102	96	.	104	124
4. Vj.	121	122	120	122	123	108	118	.	115	134
1979 1. Vj.	118	115	117	123	122	112	113	.	118	131
2. Vj.	121	124	126	121	122	119	111	.	115	144

[1]) Zusammengewogen mit den Anteilen an der Industrieproduktion der EG (ohne Dänemark) im Jahre 1975.

Quelle: OECD

Tabelle 11*

Zur Preis- und Lohnentwicklung in wichtigen Industrieländern

1975 = 100

Zeitraum	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien	Niederlande	Vereinigte Staaten	Kanada	Japan	Schweden	Schweiz
	Verbraucherpreise										
1960	57,5	49,7	44,0	36,8	39,7	44,4	55,0	53,6	33,2	45,9	49,8
1961	58,9	50,2	45,1	37,8	40,5	45,1	55,6	54,2	35,0	46,9	50,7
1962	60,6	50,9	47,4	39,3	42,4	45,9	56,2	54,8	37,3	49,1	52,9
1963	62,4	52,0	49,9	40,1	45,6	47,7	56,9	55,7	40,2	50,5	54,7
1964	63,8	54,1	51,4	41,4	48,3	50,4	57,6	56,8	41,7	52,2	56,4
1965	65,9	56,3	52,8	43,3	50,4	52,4	58,6	58,1	44,5	54,9	58,3
1966	68,2	58,7	54,2	45,0	51,6	55,4	60,4	60,3	46,7	58,4	61,1
1967	69,3	60,4	55,7	46,2	53,5	57,2	62,0	62,5	48,6	60,9	63,5
1968	70,5	62,0	58,2	48,4	54,3	59,4	64,6	65,0	51,2	62,1	65,0
1969	71,8	64,4	61,8	51,0	55,7	63,8	68,1	67,9	53,9	63,7	66,7
1970	74,2	66,9	65,4	54,2	58,4	66,1	72,1	70,2	58,0	68,2	69,1
1971	78,2	69,8	69,0	59,3	61,3	70,9	75,2	72,2	61,6	73,3	73,6
1972	82,5	73,6	73,3	63,6	64,8	76,5	77,7	75,7	64,3	77,7	78,5
1973	88,2	78,7	78,7	69,4	71,8	82,6	82,6	81,4	71,9	82,9	85,4
1974	94,4	88,7	89,5	80,5	85,5	90,5	91,6	90,3	89,4	91,1	93,7
1975	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1976	104,5	109,2	109,2	116,5	116,8	108,8	105,8	107,5	109,3	110,3	101,7
1977	108,6	116,9	119,6	135,0	136,6	115,8	112,7	116,1	118,1	122,9	103,0
1978	111,4	122,2	130,6	146,2	153,2	120,5	121,2	126,5	122,6	135,1	104,1
1979 1. Hj.	115,0	125,9	140,2	157,8	169,5	124,0	130,6	135,0	125,0	141,6	106,6
	Erzeuger- bzw. Großhandelspreise[1])										
1960	64,7	59,8	50,6	39,0	40,2	59	54,3	47,0	56,1	.	62,6
1961	65,7	59,7	52,1	40,0	40,2	59	54,1	47,5	56,7	.	62,7
1962	66,3	60,2	52,4	40,9	41,5	59	54,2	48,9	55,8	.	64,8
1963	66,6	61,7	53,9	41,3	43,7	60	54,0	49,8	56,7	.	67,3
1964	67,4	64,6	55,8	42,6	45,0	64	54,1	50,0	56,9	.	68,2
1965	69,0	65,3	56,2	44,1	45,8	66	55,2	51,0	57,3	.	68,6
1966	70,3	66,7	57,8	45,4	46,5	70	57,1	52,8	58,7	.	69,9
1967	69,6	66,1	57,3	45,8	46,4	70	57,2	53,8	59,7	.	70,1
1968	69,1	66,2	56,3	47,6	46,7	71	58,6	54,9	60,3	57	70,2
1969	70,3	69,5	62,3	49,5	48,4	70	60,9	57,5	61,5	59	72,2
1970	73,8	72,8	67,0	53,0	52,0	72	63,1	58,3	63,8	63	75,2
1971	77,0	72,4	68,4	59,0	53,7	76	65,2	59,0	63,3	65	76,8
1972	79,0	75,3	71,6	62,1	55,9	80	68,1	67,9	63,8	68	79,6
1973	84,2	84,6	82,1	66,7	65,5	86	77,0	75,5	73,9	75	88,1
1974	95,5	98,8	106,0	81,9	92,2	93	91,5	89,9	97,1	94	102,4
1975	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1976	103,9	107,1	107,4	117,3	122,9	107	104,6	105,1	105,1	109	99,3
1977	106,6	109,7	113,4	140,5	144,3	113	111,0	113,4	107,0	119	99,6
1978	108,0	107,6	118,2	153,3	156,4	115	119,7	123,8	104,3	128	96,2
1979 1. Hj.	111,5	112,7	130,3	164,8	172,4	...	130,1	136,6	107,0	...	98,6

[1]) Erzeugerpreise: Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Schweden. Großhandelspreise: Belgien, Italien, Niederlande, Vereinigte Staaten, Japan, Schweiz. Kanada: Bis 1971 Großhandelspreise, ab 1972 Erzeugerpreise.

noch Tabelle 11*

Zur Preis- und Lohnentwicklung in wichtigen Industrieländern

1975 = 100

Zeitraum	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien	Niederlande	Vereinigte Staaten	Kanada	Japan	Schweden	Schweiz
	Durchschnittswerte der Ausfuhr[2])										
1967	71,7	66	54,3	42,5	45,4	64	51,3	53,0	60,7	50	72
1968	71,4	65	53,9	45,8	45,2	64	52,0	54,3	60,4	50	73
1969	73,6	69	57,9	47,3	47,2	65	53,7	55,5	63,0	52	74
1970	71,0	71	63,9	50,4	49,0	68	56,7	57,3	66,6	56	77
1971	73,7	69	67,6	55,4	51,6	69	58,6	57,8	67,9	59	80
1972	75,9	61	68,3	58,7	53,2	70	60,3	59,7	66,7	61	84
1973	79,4	77	75,1	64,8	62,2	74	70,4	68,1	71,7	67	86
1974	92,1	97	94,7	81,5	88,2	95	89,4	90,3	98,3	86	98
1975	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1976	104,1	105	109,1	120,8	120,4	106	103,6	102,4	98,7	108	99
1977	105,2	106	119,9	142,6	144,3	109	107,7	109,1	98,4	116	102
1978	105,2	107	126,0	155,0	154,4	108	118,7	118,4	94,7	126	98
1979 1. Hj.	107,0	...	...	...	...	111	129,0	133,3	99,0	...	100
	Durchschnittswerte der Einfuhr[2])										
1967	73,6	63	54,1	35,1	37,3	59	41,5	58,4	46,7	52	73
1968	72,9	63	52,4	39,3	37,5	57	41,9	59,7	46,3	53	73
1969	75,2	65	55,8	40,5	37,8	59	43,2	61,2	46,2	53	75
1970	70,6	68	61,8	42,4	39,0	64	46,3	62,4	48,7	58	79
1971	71,5	69	64,0	53,2	41,2	66	48,7	63,5	48,8	61	80
1972	71,4	69	64,6	55,4	42,4	66	52,3	65,0	45,2	62	82
1973	76,6	74	69,3	67,0	54,3	71	61,6	69,9	50,7	70	87
1974	98,1	97	101,8	87,6	94,2	96	92,6	86,3	93,2	95	105
1975	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1976	105,4	107	110,5	122,4	125,1	106	103,2	100,3	102,8	108	95
1977	107,5	110	123,4	141,1	146,4	109	111,9	112,4	99,8	122	101
1978	103,7	111	124,6	145,3	153,0	107	121,4	127,4	82,1	135	90
1979 1. Hj.	109,4	...	...	...	...	113	132,6	138,3	90,9	...	95
	Bruttostundenverdienste in der Industrie[3])										
1969	54,9	41,4	.	42	35,8	48	66,3	55,1	37,3	51,9	61,1
1970	63,0	46,3	.	47	43,3	53	69,9	59,5	43,5	59,0	65,1
1971	69,9	51,9	.	52	48,4	59	74,5	64,8	49,9	63,2	71,3
1972	76,2	59,2	.	59	52,9	66	79,1	70,0	57,6	72,6	77,6
1973	84,1	68,8	.	67	65,0	75	84,7	76,1	68,5	78,4	84,5
1974	92,7	83,2	85,3	79	78,1	88	91,7	86,4	85,5	87,0	93,2
1975	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1976	106,4	111,1	114,1	116	120,9	109	108,1	113,8	112,7	117,5	101,6
1977	113,9	121,2	128,5	127	153,9	117	117,6	126,1	123,9	125,0	103,6
1978	120,0	129,8	145,2	146	179,3	124	127,5	135,2	132,0	136,1	106,7
1979 1. Hj.	124,9	...	156,2	160	199,8	128	135,9	143,6	137,0	...	...
	Anteil am Warenhandel[4]) der Bundesrepublik Deutschland in vH										
1974—1978	×	*8,2*	*12,0*	*4,7*	*8,0*	*11,6*	*7,0*	*0,9*	*1,8*	*2,8*	*4,0*

[2]) Bundesrepublik Deutschland: Nationale Quelle, umbasiert von Originalbasis 1976 = 100.
[3]) Italien, Niederlande: Tarifliche Stundenlöhne. —
[4]) Einfuhr + Ausfuhr.

Quelle: IMF, OECD

B. Tabellen für die Bundesrepublik Deutschland

Tabelle 12*

Bevölkerung und Erwerbstätigkeit

Zeitraum	Einwohner (Wohnbevölkerung)	Erwerbspersonen	Erwerbsquote[1])	Erwerbstätige[2])			Offene Stellen[4])	Arbeitslose[4])	Arbeitslosenquote[5])
				insgesamt	darunter Abhängige				
					zusammen	darunter Ausländer[3])			
	1 000		vH	1 000					vH
1950	46 908	21 577	*46,0*	19 997	13 674	.	116	1 580	*10,4*
1951	47 413	21 952	*46,3*	20 520	14 286	.	116	1 432	*9,1*
1952	47 728	22 289	*46,7*	20 910	14 754	.	115	1 379	*8,5*
1953	48 172	22 684	*47,1*	21 425	15 344	.	123	1 259	*7,6*
1954	48 710	23 216	*47,7*	21 995	15 968	73	137	1 221	*7,1*
1955 [6])	49 203	23 758	*48,3*	22 830	16 840	80	200	928	*5,2*
1956	49 797	24 196	*48,6*	23 435	17 483	99	219	761	*4,2*
1957	50 434	24 602	*48,8*	23 940	17 992	108	217	662	*3,5*
1958	51 056	24 807	*48,6*	24 124	18 188	127	216	683	*3,6*
1959	51 634	24 857	*48,1*	24 381	18 508	167	280	476	*2,5*
1960	52 183	25 027	*48,0*	24 792	19 005	.	449	235	*1,2*
1960	55 433	26 518	*47,8*	26 247	20 257	279	465	271	*1,3*
1961	56 175	26 772	*47,7*	26 591	20 730	507	552	181	*0,9*
1962	56 837	26 845	*47,2*	26 690	21 032	629	574	155	*0,7*
1963	57 389	26 930	*46,9*	26 744	21 261	773	555	186	*0,9*
1964	57 971	26 922	*46,4*	26 753	21 484	902	609	169	*0,8*
1965	58 619	27 034	*46,1*	26 887	21 757	1 119	649	147	*0,7*
1966	59 148	26 962	*45,6*	26 801	21 765	1 244	540	161	*0,7*
1967	59 286	26 409	*44,5*	25 950	21 054	1 014	302	459	*2,1*
1968	59 500	26 291	*44,2*	25 968	21 183	1 019	488	323	*1,5*
1969	60 067	26 535	*44,2*	26 356	21 752	1 366	747	179	*0,8*
1970	60 651	26 817	*44,2*	26 668	22 246	1 807	795	149	*0,7*
1971	61 284	26 910	*43,9*	26 725	22 414	2 128	648	185	*0,8*
1972	61 669	26 901	*43,6*	26 655	22 435	2 285	546	246	*1,1*
1973	61 976	26 985	*43,5*	26 712	22 564	2 425 a)	572	273	*1,2*
1974	62 054	26 797	*43,2*	26 215	22 152	2 323 a)	315	582	*2,6*
1975	61 829	26 397	*42,7*	25 323	21 386	2 061	236	1 074	*4,8*
1976	61 531	26 148	*42,6*	25 088	21 288	1 925	235	1 060	*4,7*
1977	61 400	26 074	*42,5*	25 044	21 347	1 872	231	1 030	*4,6*
1978	61 326	26 202	*42,7*	25 209	21 584	1 857	246	993	*4,4*
1974 1. Hj.	62 074	26 880	*43,3*	26 339	22 250	.	342	541	*2,4*
2. Hj.	62 034	26 715	*43,1*	26 091	22 054	.	290	624	*2,8*
1975 1. Hj.	61 915	26 448	*42,7*	25 359	21 395	2 101	247	1 089	*4,8*
2. Hj.	61 742	26 347	*42,7*	25 287	21 377	2 020	225	1 060	*4,7*
1976 1. Hj.	61 579	26 148	*42,5*	24 980	21 147	1 936	232	1 168	*5,2*
2. Hj.	61 484	26 149	*42,5*	25 196	21 429	1 913	239	953	*4,3*
1977 1. Hj.	61 418	26 031	*42,4*	24 940	21 223	1 879	231	1 091	*4,9*
2. Hj.	61 383	26 117	*42,5*	25 148	21 471	1 865	232	969	*4,3*
1978 1. Hj.	61 328	26 139	*42,6*	25 067	21 421	1 850	237	1 072	*4,8*
2. Hj.	61 324	26 266	*42,9*	25 352	21 748	1 865	255	914	*4,0*
1979 1. Hj.	61 317	26 299	*42,9*	25 333	21 747	...	290	966	*4,3*

[1]) Anteil der Erwerbspersonen (Erwerbstätige + Arbeitslose) an der Wohnbevölkerung.
[2]) Inländerkonzept (nach dem Wohnort).
[3]) Bis 1960 Stand Ende Juli, 1961 Stand Ende Juni (Quelle: Bundesanstalt für Arbeit).
[4]) Quelle: Bundesanstalt für Arbeit.
[5]) Anteil der Arbeitslosen an den abhängigen Erwerbspersonen (abhängige Erwerbstätige + Arbeitslose).
[6]) Ohne Saarland und Berlin.
a) Eigene Schätzung.

Tabelle 13*

Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen[1])

1 000

Zeitraum	Insgesamt	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Warenproduzierendes Gewerbe				Handel und Verkehr[2])	Dienstleistungsunternehmen[3])	Staat	Private Haushalte[4])
			insgesamt	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe				
	Erwerbstätige insgesamt									
1960	26 080	3 581	12 497	747	9 624	2 126	4 759	2 381	2 098	764
1961	26 441	3 449	12 804	721	9 905	2 178	4 809	2 421	2 228	730
1962	26 534	3 307	12 916	696	9 948	2 272	4 814	2 475	2 348	674
1963	26 596	3 144	12 924	662	9 883	2 379	4 848	2 556	2 444	680
1964	26 618	3 002	12 982	650	9 885	2 447	4 821	2 604	2 540	669
1965	26 769	2 876	13 153	640	10 059	2 454	4 796	2 666	2 628	650
1966	26 686	2 790	13 011	622	9 953	2 436	4 806	2 732	2 706	641
1967	25 817	2 638	12 241	574	9 418	2 249	4 717	2 787	2 777	657
1968	25 839	2 523	12 310	537	9 488	2 285	4 702	2 850	2 803	651
1969	26 240	2 395	12 715	527	9 883	2 305	4 726	2 895	2 859	650
1970	26 570	2 262	12 973	537	10 117	2 319	4 769	2 943	2 978	645
1971	26 639	2 144	12 933	535	10 046	2 352	4 831	2 988	3 093	650
1972	26 580	2 038	12 751	520	9 864	2 367	4 877	3 025	3 233	656
1973	26 648	1 954	12 761	496	9 901	2 364	4 906	3 039	3 328	660
1974	26 155	1 882	12 303	489	9 629	2 185	4 801	3 063	3 441	665
1975	25 266	1 823	11 529	490	9 063	1 976	4 664	3 059	3 512	679
1976	25 033	1 743	11 317	483	8 870	1 964	4 604	3 120	3 558	691
1977	24 993	1 655	11 247	474	8 853	1 920	4 588	3 221	3 575	707
1978[5])	25 160	1 608	11 266	467	8 849	1 950	4 592	3 315	3 638	741
	Beschäftigte Abhängige									
1960	20 090	491	11 509	746	8 855	1 908	3 615	1 613	2 098	764
1961	20 580	452	11 844	720	9 164	1 960	3 674	1 652	2 228	730
1962	20 876	421	11 994	695	9 241	2 058	3 722	1 717	2 348	674
1963	21 113	406	12 016	661	9 191	2 164	3 773	1 794	2 444	680
1964	21 349	390	12 112	649	9 228	2 235	3 787	1 851	2 540	669
1965	21 639	369	12 301	639	9 420	2 242	3 780	1 911	2 628	650
1966	21 650	358	12 170	621	9 328	2 221	3 806	1 969	2 706	641
1967	20 921	324	11 415	573	8 811	2 031	3 732	2 016	2 777	657
1968	21 054	302	11 498	536	8 895	2 067	3 730	2 070	2 803	651
1969	21 636	297	11 928	526	9 316	2 086	3 784	2 118	2 859	650
1970	22 148	295	12 210	536	9 575	2 099	3 853	2 167	2 978	645
1971	22 328	285	12 175	534	9 511	2 130	3 918	2 207	3 093	650
1972	22 360	267	11 997	519	9 334	2 144	3 965	2 242	3 233	656
1973	22 500	258	12 005	495	9 371	2 139	3 996	2 253	3 328	660
1974	22 092	247	11 568	488	9 107	1 973	3 898	2 273	3 441	665
1975	21 329	243	10 825	489	8 568	1 768	3 802	2 268	3 512	679
1976	21 233	242	10 630	482	8 392	1 756	3 769	2 343	3 558	691
1977	21 296	244	10 555	473	8 365	1 717	3 779	2 436	3 575	707
1978[5])	21 535	248	10 583	466	8 373	1 744	3 802	2 523	3 638	741

[1]) Inlandskonzept (nach dem Beschäftigungsort); Abgrenzung der Wirtschaftsbereiche nach den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.
[2]) Einschließlich Nachrichtenübermittlung.
[3]) Versicherungsunternehmen, , sonstige Dienstleistungen.
[4]) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbscharakter.
[5]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 14*

Bruttowertschöpfung nach

a) Mrd

Zeitraum	Bruttowertschöpfung[1])	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Warenproduzierendes Gewerbe				Handel und Verkehr[2])	Dienstleistungsunternehmen[3])	Staat	Private Haushalte[4])
			insgesamt	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe				
	in jeweiligen Preisen									
1960	297,10	17,39	161,26	15,70	122,63	22,93	55,16	41,40	21,93	4,51
1961	325,60	17,01	177,88	15,75	135,88	26,25	59,53	46,28	25,07	4,76
1962	353,64	18,63	192,14	16,29	145,81	30,04	65,81	50,50	27,42	4,85
1963	374,42	19,38	200,50	16,86	151,46	32,18	69,97	55,23	30,43	5,25
1964	412,14	19,36	223,68	17,77	168,41	37,50	75,92	61,45	33,23	5,55
1965	450,41	19,98	244,03	18,34	185,92	39,77	81,53	69,34	37,79	5,97
1966	479,66	20,92	255,33	18,98	194,17	42,18	87,10	77,34	42,17	6,44
1967	485,45	20,46	252,25	18,83	194,29	39,13	87,73	83,53	44,71	6,92
1968	521,85	22,50	278,31	21,01	216,68	40,62	89,88	91,54	47,74	7,31
1969	582,60	23,57	314,44	21,93	247,23	45,28	97,54	104,88	54,04	8,07
1970	660,15	23,07	360,71	25,11	280,01	55,59	108,70	118,32	63,48	9,06
1971	735,18	24,46	393,34	26,81	301,27	65,26	120,95	136,77	75,74	10,65
1972	804,72	26,81	422,91	29,16	320,90	72,85	132,83	155,71	85,04	11,81
1973	895,09	29,07	467,01	32,36	357,88	76,77	143,74	177,00	98,82	13,52
1974	960,22	27,03	495,07	36,58	384,62	73,87	150,22	198,27	114,55	15,13
1975	1 005,85	30,78	497,42	41,25	385,61	70,56	161,20	218,54	124,45	16,67
1976	1 090,02	32,77	541,33	44,86	422,16	74,31	175,39	238,21	131,42	18,01
1977 } 5)	1 162,12	33,78	576,68	45,75	452,22	78,71	185,60	256,92	140,49	19,63
1978 } 5)	1 244,71	34,49	620,62	49,39	483,60	87,63	196,71	278,34	149,55	21,24
1970 1. Hj.	306,78	6,63	169,70	12,35	134,22	23,13	50,57	56,89	30,23	4,27
2. Hj.	353,37	16,44	191,01	12,76	145,79	32,46	58,13	61,43	33,25	4,79
1971 1. Hj.	344,81	6,48	188,26	13,08	146,77	28,41	56,33	65,99	35,77	5,02
2. Hj.	390,37	17,98	205,08	13,73	154,50	36,85	64,62	70,78	39,97	5,63
1972 1. Hj.	378,47	7,19	202,27	14,40	155,19	32,68	62,08	76,17	40,08	5,55
2. Hj.	426,25	19,62	220,64	14,76	165,71	40,17	70,75	79,54	44,96	6,26
1973 1. Hj.	423,61	6,77	225,83	15,91	174,42	35,50	69,27	86,21	45,67	6,24
2. Hj.	471,48	22,30	241,18	16,45	183,46	41,27	74,47	90,79	53,15	7,28
1974 1. Hj.	454,70	7,59	238,87	17,40	187,33	34,14	71,21	96,80	52,82	6,96
2. Hj.	505,52	19,44	256,20	19,18	197,29	39,73	79,01	101,47	61,73	8,17
1975 1. Hj.	476,19	8,44	239,88	20,05	187,82	32,01	76,41	106,77	57,94	7,72
2. Hj.	529,66	22,34	257,54	21,20	197,79	38,55	84,79	111,77	66,51	8,95
1976 1. Hj.	516,33	8,63	261,94	22,21	207,00	32,73	83,07	117,20	60,95	8,32
2. Hj.	573,69	24,14	279,39	22,65	215,16	41,58	92,32	121,01	70,47	9,69
1977 1. Hj.	549,45	9,29	279,23	22,57	222,06	34,60	87,45	124,95	65,00	9,07
2. Hj.	612,67	24,49	297,45	23,18	230,16	44,11	98,15	131,97	75,49	10,56
1978 1. Hj. } 5)	585,28	9,66	297,50	24,35	235,65	37,50	93,20	135,15	67,76	9,76
2. Hj. } 5)	659,43	24,83	323,12	25,04	247,95	50,13	103,51	143,19	81,79	11,48
1979 1. Hj.	633,57	9,75	322,15	...	...	...	102,08	146,74	83,52	

[1]) Vorsteuerabzug an Umsatzsteuer auf Investitionen (1968 bis 1973 gekürzt um die

[2]) Einschließlich Nachrichtenübermittlung.

Tabelle 14*

Wirtschaftsbereichen

DM

Bruttowertschöpfung[1])	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Warenproduzierendes Gewerbe				Handel und Verkehr[2])	Dienstleistungsunternehmen[3])	Staat	Private Haushalte[4])	Zeitraum	
		insgesamt	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe						
in Preisen von 1970											
420,75	21,22	217,02	18,42	159,61	38,99	68,06	75,32	41,09	9,14	1960	
442,08	19,29	230,59	18,60	170,66	41,33	72,00	79,60	43,64	8,89	1961	
460,79	20,74	240,19	19,12	178,22	42,85	75,34	82,46	46,22	8,41	1962	
474,83	21,46	246,22	19,72	182,58	43,92	77,70	85,77	48,22	8,55	1963	
505,75	20,86	268,75	20,73	198,49	49,53	82,40	90,20	49,70	8,56	1964	
533,46	19,72	286,26	20,59	214,23	51,44	87,40	95,24	52,15	8,52	1965	
547,19	20,70	291,55	21,17	217,40	52,98	89,08	98,62	54,83	8,54	1966	
546,60	22,61	284,15	20,86	212,82	50,47	88,85	102,42	56,42	8,84	1967	
580,23	24,10	307,88	21,87	235,53	50,48	94,14	106,37	58,12	8,87	1968	
624,53	22,53	339,72	23,08	264,38	52,26	102,66	112,73	59,88	8,97	1969	
660,15	23,07	360,71	25,11	280,01	55,59	108,70	118,32	63,48	9,06	1970	
680,73	23,79	369,69	25,70	283,81	60,18	111,19	124,22	66,27	9,19	1971	
704,45	23,24	382,30	26,53	291,85	63,92	113,85	131,80	69,47	9,35	1972	
739,41	25,79	403,04	28,94	309,72	64,38	117,36	137,41	72,76	9,46	1973	
744,12	26,06	399,95	30,27	310,56	59,12	116,83	141,66	76,07	9,56	1974	
728,60	24,96	378,98	29,02	294,30	55,66	115,92	147,00	78,29	9,79	1975	
763,83	24,23	402,64	30,20	315,44	57,00	122,21	154,01	79,27	10,01	1976	
783,96	25,95	413,04	30,36	325,11	57,57	126,03	159,29	80,34	10,19	1977	
807,63	27,05	422,69	31,75	330,61	60,33	131,54	166,74	82,61	10,54	1978	5)
312,69	6,30	172,34	12,52	136,21	23,61	51,66	58,17	31,49	4,49	1970	1. Hj.
347,46	16,77	188,37	12,59	143,80	31,98	57,04	60,15	31,99	4,57		2. Hj.
325,21	6,54	179,03	12,89	139,49	26,65	52,99	60,97	32,87	4,56	1971	1. Hj.
355,52	17,25	190,66	12,81	144,32	33,53	58,20	63,25	33,40	4,63		2. Hj.
335,94	6,21	184,38	13,25	142,37	28,76	54,21	64,85	34,46	4,64	1972	1. Hj.
368,51	17,03	197,92	13,28	149,48	35,16	59,64	66,95	35,01	4,71		2. Hj.
355,69	6,91	196,47	14,46	152,20	29,81	56,74	67,91	36,13	4,69	1973	1. Hj.
383,72	18,88	206,57	14,48	157,52	34,57	60,62	69,50	36,63	4,77		2. Hj.
362,39	7,23	198,47	15,06	155,55	27,86	57,20	70,02	37,79	4,73	1974	1. Hj.
381,73	18,83	201,48	15,21	155,01	31,26	59,63	71,64	38,28	4,83		2. Hj.
349,75	6,79	183,03	14,74	142,79	25,50	56,00	72,99	38,93	4,85	1975	1. Hj.
378,85	18,17	195,95	14,28	151,51	30,16	59,92	74,01	39,36	4,94		2. Hj.
367,33	7,11	194,76	15,23	153,95	25,58	58,97	76,44	39,48	4,95	1976	1. Hj.
396,50	17,12	207,88	14,97	161,49	31,42	63,24	77,57	39,79	5,06		2. Hj.
377,77	7,00	201,60	15,36	159,85	26,39	60,92	78,81	39,97	5,05	1977	1. Hj.
406,19	18,95	211,44	15,00	165,26	31,18	65,11	80,48	40,37	5,14		2. Hj.
387,04	6,65	204,51	16,04	161,51	26,96	63,74	82,76	41,07	5,23	1978	1. Hj.
420,59	20,40	218,18	15,71	169,10	33,37	67,80	83,98	41,54	5,31		2. Hj.
403,58	6,91	214,28	...	...	...	67,16	86,16	47,38		1979	1. Hj.

[5]) (1977 1. Hj. – 1978 2. Hj.)

[3]) Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen, Wohnungsvermietung (einschließlich Nutzung von Eigentümerwohnungen), sonstige Dienstleistungen.
[4]) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbscharakter.
[5]) Vorläufige Ergebnisse.

noch Tabelle 14*

Bruttowertschöpfung nach

b) Anteil

Zeitraum	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Warenproduzierendes Gewerbe				Handel und Verkehr[2])	Dienstleistungsunternehmen[3])	Staat	Private Haushalte[4])
		insgesamt	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe				
	in jeweiligen Preisen								
1960	5,8	53,5	5,2	40,7	7,6	18,3	13,7	7,3	1,5
1961	5,1	53,8	4,8	41,1	7,9	18,0	14,0	7,6	1,4
1962	5,2	53,5	4,5	40,6	8,4	18,3	14,1	7,6	1,3
1963	5,1	52,7	4,4	39,8	8,5	18,4	14,5	8,0	1,4
1964	4,6	53,4	4,2	40,2	8,9	18,1	14,7	7,9	1,3
1965	4,4	53,2	4,0	40,5	8,7	17,8	15,1	8,2	1,3
1966	4,3	52,2	3,9	39,7	8,6	17,8	15,8	8,6	1,3
1967	4,1	50,9	3,8	39,2	7,9	17,7	16,9	9,0	1,4
1968	4,2	51,8	3,9	40,3	7,6	16,7	17,0	8,9	1,4
1969	3,9	52,2	3,6	41,0	7,5	16,2	17,4	9,0	1,3
1970	3,4	52,8	3,7	41,0	8,1	15,9	17,3	9,3	1,3
1971	3,2	51,6	3,5	39,5	8,6	15,9	18,0	9,9	1,4
1972	3,2	50,6	3,5	38,4	8,7	15,9	18,6	10,2	1,4
1973	3,1	50,3	3,5	38,5	8,3	15,5	19,0	10,6	1,5
1974	2,7	49,5	3,7	38,5	7,4	15,0	19,8	11,5	1,5
1975	2,9	47,4	3,9	36,8	6,7	15,4	20,8	11,9	1,6
1976	2,9	47,6	3,9	37,1	6,5	15,4	20,9	11,6	1,6
1977 } 5)	2,8	47,5	3,8	37,3	6,5	15,3	21,2	11,6	1,6
1978 }	2,7	47,7	3,8	37,2	6,7	15,1	21,4	11,5	1,6
1970 1. Hj.	2,1	53,3	3,9	42,2	7,3	15,9	17,9	9,5	1,3
2. Hj.	4,5	52,3	3,5	39,9	8,9	15,9	16,8	9,1	1,3
1971 1. Hj.	1,8	52,6	3,7	41,0	7,9	15,7	18,4	10,0	1,4
2. Hj.	4,4	50,8	3,4	38,2	9,1	16,0	17,5	9,9	1,4
1972 1. Hj.	1,8	51,4	3,7	39,5	8,3	15,8	19,4	10,2	1,4
2. Hj.	4,4	49,9	3,3	37,5	9,1	16,0	18,0	10,2	1,4
1973 1. Hj.	1,5	51,3	3,6	39,6	8,1	15,7	19,6	10,4	1,4
2. Hj.	4,6	49,3	3,4	37,5	8,4	15,2	18,6	10,9	1,5
1974 1. Hj.	1,6	50,4	3,7	39,5	7,2	15,0	20,4	11,1	1,5
2. Hj.	3,7	48,7	3,6	37,5	7,6	15,0	19,3	11,7	1,6
1975 1. Hj.	1,7	48,3	4,0	37,8	6,4	15,4	21,5	11,7	1,6
2. Hj.	4,0	46,7	3,8	35,8	7,0	15,4	20,3	12,1	1,6
1976 1. Hj.	1,6	48,5	4,1	38,3	6,1	15,4	21,7	11,3	1,5
2. Hj.	4,0	46,8	3,8	36,0	7,0	15,5	20,3	11,8	1,6
1977 1. Hj.	1,6	48,6	3,9	38,6	6,0	15,2	21,7	11,3	1,6
2. Hj.	3,8	46,6	3,6	36,1	6,9	15,4	20,7	11,8	1,7
1978 1. Hj. } 5)	1,6	48,5	4,0	38,4	6,1	15,2	22,0	11,1	1,6
2. Hj.	3,6	47,0	3,6	36,0	7,3	15,0	20,8	11,9	1,7
1979 1. Hj.	1,5	48,5	...	...	...	15,4	22,1	12,6	

[1]) Bezogen auf die Summe der Beiträge der Wirtschaftsbereiche (siehe Fußnote 1 auf Seite 242).
[2]) Einschließlich

noch Tabelle 14*

Wirtschaftsbereichen

in vH[1])

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Warenproduzierendes Gewerbe				Handel und Verkehr[2])	Dienstleistungsunternehmen[3])	Staat	Private Haushalte[4])	Zeitraum
	insgesamt	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe					
				in Preisen von 1970					
4,9	50,3	4,3	37,0	9,0	15,8	17,4	9,5	2,1	1960
4,2	50,8	4,1	37,6	9,1	15,9	17,5	9,6	2,0	1961
4,4	50,7	4,0	37,6	9,1	15,9	17,4	9,8	1,8	1962
4,4	50,5	4,0	37,4	9,0	15,9	17,6	9,9	1,8	1963
4,0	51,6	4,0	38,1	9,5	15,8	17,3	9,5	1,6	1964
3,6	52,1	3,7	39,0	9,4	15,9	17,3	9,5	1,6	1965
3,7	51,8	3,8	38,6	9,4	15,8	17,5	9,7	1,5	1966
4,0	50,4	3,7	37,8	9,0	15,8	18,2	10,0	1,6	1967
4,0	51,4	3,6	39,3	8,4	15,7	17,7	9,7	1,5	1968
3,5	52,5	3,6	40,9	8,1	15,9	17,4	9,3	1,4	1969
3,4	52,8	3,7	41,0	8,1	15,9	17,3	9,3	1,3	1970
3,4	52,5	3,6	40,3	8,5	15,8	17,6	9,4	1,3	1971
3,2	52,4	3,6	40,0	8,8	15,6	18,1	9,5	1,3	1972
3,4	52,6	3,8	40,4	8,4	15,3	17,9	9,5	1,2	1973
3,4	51,9	3,9	40,3	7,7	15,2	18,4	9,9	1,2	1974
3,3	50,2	3,8	39,0	7,4	15,4	19,5	10,4	1,3	1975
3,1	50,8	3,8	39,8	7,2	15,4	19,4	10,0	1,3	1976
3,2	50,7	3,7	39,9	7,1	15,5	19,5	9,9	1,3	1977 } 5)
3,2	50,3	3,8	39,3	7,2	15,6	19,8	9,8	1,3	1978 } 5)
1,9	53,1	3,9	42,0	7,3	15,9	17,9	9,7	1,4	1970 1. Hj.
4,7	52,5	3,5	40,1	8,9	15,9	16,8	8,9	1,3	2. Hj.
1,9	53,1	3,8	41,4	7,9	15,7	18,1	9,8	1,4	1971 1. Hj.
4,7	51,9	3,5	39,3	9,1	15,8	17,2	9,1	1,3	2. Hj.
1,8	52,9	3,8	40,8	8,2	15,5	18,6	9,9	1,3	1972 1. Hj.
4,5	51,9	3,5	39,2	9,2	15,6	17,6	9,2	1,2	2. Hj.
1,9	53,3	3,9	41,3	8,1	15,4	18,4	9,8	1,3	1973 1. Hj.
4,8	52,0	3,6	39,7	8,7	15,3	17,5	9,2	1,2	2. Hj.
1,9	52,9	4,0	41,4	7,4	15,2	18,7	10,1	1,3	1974 1. Hj.
4,8	51,0	3,9	39,3	7,9	15,1	18,2	9,7	1,2	2. Hj.
1,9	50,5	4,1	39,4	7,0	15,4	20,1	10,7	1,3	1975 1. Hj.
4,6	49,9	3,6	38,6	7,7	15,3	18,9	10,0	1,3	2. Hj.
1,9	51,0	4,0	40,3	6,7	15,4	20,0	10,3	1,3	1976 1. Hj.
4,2	50,6	3,6	39,3	7,7	15,4	18,9	9,7	1,2	2. Hj.
1,8	51,3	3,9	40,6	6,7	15,5	20,0	10,2	1,3	1977 1. Hj.
4,5	50,2	3,6	39,2	7,4	15,4	19,1	9,6	1,2	2. Hj.
1,6	50,6	4,0	40,0	6,7	15,8	20,5	10,2	1,3	1978 1. Hj. } 5)
4,7	49,9	3,6	38,7	7,6	15,5	19,2	9,5	1,2	2. Hj.
1,6	50,8	...	...	...	15,9	20,4	11,2		1979 1. Hj.

[3]) Kreditinstitute, (einschließlich Nutzung von Eigentümerwohnungen), sonstige Dienstleistungen.
[4]) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbscharakter.
[5])

Tabelle 15*

Bruttowertschöpfung, Brutto

Mrd

Zeitraum	Bruttowertschöpfung	Einfuhrabgaben[1])	Bruttoinlandsprodukt	Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen zwischen Inländern und der übrigen Welt	Bruttosozialprodukt	Abschreibungen	Nettosozialprodukt zu Marktpreisen	Indirekte Steuern[2])	Subventionen	Nettosozialprodukt zu Faktorkosten (Volkseinkommen)
	in jeweiligen Preisen									
1960	297,10	5,70	302,80	+0,20	303,00	23,63	279,37	41,78	2,50	240,09
1961	325,60	6,20	331,80	−0,40	331,40	27,12	304,28	46,19	2,65	260,74
1962	353,64	7,24	360,88	−0,38	360,50	31,23	329,27	50,06	2,87	282,08
1963	374,42	8,05	382,47	−0,37	382,10	34,99	347,11	52,79	3,61	297,93
1964	412,14	8,14	420,28	−0,68	419,60	38,96	380,64	57,48	4,14	327,30
1965	450,41	8,86	459,27	−1,07	458,20	43,31	414,89	62,19	5,86	358,56
1966	479,66	8,68	488,34	−0,94	487,40	47,77	439,63	65,50	5,82	379,95
1967	485,45	9,01	494,46	−0,76	493,70	50,52	443,18	67,99	5,66	380,85
1968	521,85	13,05	534,90	+0,30	535,20	53,38	481,82	69,63	7,71	419,90
1969	582,60	14,35	596,95	+0,75	597,70	58,12	539,58	84,60	7,85	462,83
1970	660,15	18,60	678,75	+0,25	679,00	68,35	610,65	87,24	9,70	533,11
1971	735,18	19,70	754,88	+1,12	756,00	78,45	677,55	96,44	9,96	591,07
1972	804,72	21,27	825,99	+1,21	827,20	86,33	740,87	107,63	12,25	645,49
1973	895,09	23,51	918,60	+1,50	920,10	95,74	824,36	118,48	15,04	720,92
1974	960,22	26,91	987,13	−0,23	986,90	107,26	879,64	122,30	15,02	772,36
1975	1 005,85	28,18	1 034,03	+0,87	1 034,90	117,03	917,87	126,78	15,46	806,55
1976	1 090,02	32,80	1 122,82	+2,18	1 125,00	125,49	999,51	138,25	16,71	877,97
1977	1 162,12	34,97	1 197,09	+0,11	1 197,20	134,25	1 062,95	149,15	19,05	932,85
1978	1 244,71	38,56	1 283,27	+4,23	1 287,50	144,75	1 142,75	163,91	23,60	1 002,44
1970 1. Hj.	306,78	9,13	315,91	−0,11	315,80	33,10	282,70	40,94	4,44	246,20
2. Hj.	353,37	9,47	362,84	+0,36	363,20	35,25	327,95	46,30	5,26	286,91
1971 1. Hj.	344,81	9,77	354,58	+1,32	355,90	38,24	317,66	46,12	4,30	275,84
2. Hj.	390,37	9,93	400,30	−0,20	400,10	40,21	359,89	50,32	5,66	315,23
1972 1. Hj.	378,47	10,31	388,78	+0,82	389,60	42,16	347,44	51,14	5,00	301,30
2. Hj.	426,25	10,96	437,21	+0,39	437,60	44,17	393,43	56,49	7,25	344,19
1973 1. Hj.	423,61	11,47	435,08	+0,42	435,50	46,71	388,79	56,64	5,70	337,85
2. Hj.	471,48	12,04	483,52	+1,08	484,60	49,03	435,57	61,84	9,34	383,07
1974 1. Hj.	454,70	12,93	467,63	−0,23	467,40	52,23	415,17	59,09	7,02	363,10
2. Hj.	505,52	13,98	519,50	±0	519,50	55,03	464,47	63,21	8,00	409,26
1975 1. Hj.	476,19	13,81	490,00	−0,50	489,50	57,57	431,93	60,39	7,68	379,22
2. Hj.	529,66	14,37	544,03	+1,37	545,40	59,46	485,94	66,39	7,78	427,33
1976 1. Hj.	516,33	15,99	532,32	+0,98	533,30	61,85	471,45	65,88	7,94	413,51
2. Hj.	573,69	16,81	590,50	+1,20	591,70	63,64	528,06	72,37	8,77	464,46
1977 1. Hj.	549,45	17,21	566,66	−0,06	566,60	66,09	500,51	71,51	9,30	438,30
2. Hj.	612,67	17,76	630,43	+0,17	630,60	68,16	562,44	77,64	9,75	494,55
1978 1. Hj.	585,28	18,90	604,18	+1,52	605,70	70,94	534,76	79,41	9,57	464,92
2. Hj.	659,43	19,66	679,09	+2,71	681,80	73,81	607,99	84,50	14,03	537,52
1979 1. Hj.	633,57	20,96	654,43	+1,17	655,70	77,20	578,50	73,00		505,50

[3])

[1]) vom Staat oder Institutionen der EG auf eingeführte Güter erhoben werden. Hierzu gehören Einfuhrzölle, Einfuhrumsatzsteuer (vor 1968 Umsatzausgleichsteuer), Verbrauchsteuern auf Einfuhren, Abschöpfungsbeträge und Währungsausgleichsbeträge auf eingeführte landwirtschaftliche Erzeugnisse.

Tabelle 15*

inlandsprodukt, Sozialprodukt

DM

Brutto-wert-schöpfung	Einfuhr-ab-gaben[1])	Brutto-inlands-produkt	Saldo der Erwerbs- und Vermögens-einkommen zwischen Inländern und der übrigen Welt	Brutto-sozial-produkt	Abschrei-bungen	Netto-sozial-produkt zu Markt-preisen	Zeitraum
in Preisen von 1970							
420,75	7,99	428,74	+0,76	429,50	33,11	396,39	1960
442,08	8,50	450,58	−0,18	450,40	36,30	414,10	1961
460,79	9,67	470,46	−0,16	470,30	39,74	430,56	1962
474,83	9,67	484,50	−0,20	484,30	43,21	441,09	1963
505,75	11,26	517,01	−0,61	516,40	46,76	469,64	1964
533,46	12,66	546,12	−1,12	545,00	50,51	494,49	1965
547,19	12,56	559,75	−0,95	558,80	54,22	504,58	1966
546,60	12,24	558,84	−0,74	558,10	57,50	500,60	1967
580,23	13,74	593,97	+0,43	594,40	60,52	533,88	1968
624,53	15,93	640,46	+0,84	641,30	64,01	577,29	1969
660,15	18,60	678,75	+0,25	679,00	68,35	610,65	1970
680,73	19,95	700,68	+1,02	701,70	73,26	628,44	1971
704,45	21,83	726,28	+1,02	727,30	78,27	649,03	1972
739,41	22,43	761,84	+1,16	763,00	83,18	679,82	1973
744,12	21,83	765,95	−0,25	765,70	87,40	678,30	1974
728,60	23,20	751,80	+0,50	752,30	90,86	661,44	1975
763,83	26,76	790,59	+1,41	792,00	94,26	697,74	1976
783,96	28,32	812,28	−0,08	812,20	97,81	714,39	1977 } 3)
807,63	30,55	838,18	+2,62	840,80	101,68	739,12	1978 } 3)
312,69	9,10	321,79	−0,09	321,70	33,60	288,10	1970 1. Hj.
347,46	9,50	356,96	+0,34	357,30	34,75	322,55	2. Hj.
325,21	9,76	334,97	+1,23	336,20	36,01	300,19	1971 1. Hj.
355,52	10,19	365,71	−0,21	365,50	37,25	328,25	2. Hj.
335,94	10,76	346,70	+0,70	347,40	38,51	308,89	1972 1. Hj.
368,51	11,07	379,58	+0,32	379,90	39,76	340,14	2. Hj.
355,69	11,40	367,09	+0,31	367,40	41,02	326,38	1973 1. Hj.
383,72	11,03	394,75	+0,85	395,60	42,16	353,44	2. Hj.
362,39	10,53	372,92	−0,22	372,70	43,22	329,48	1974 1. Hj.
381,73	11,30	393,03	−0,03	393,00	44,18	348,82	2. Hj.
349,75	11,47	361,22	−0,42	360,80	45,03	315,77	1975 1. Hj.
378,85	11,73	390,58	+0,92	391,50	45,83	345,67	2. Hj.
367,33	13,14	380,47	+0,63	381,10	46,73	334,37	1976 1. Hj.
396,50	13,62	410,12	+0,78	410,90	47,53	363,37	2. Hj.
377,77	13,84	391,61	−0,11	391,50	48,46	343,04	1977 1. Hj.
406,19	14,48	420,67	+0,03	420,70	49,35	371,35	2. Hj.
387,04	15,01	402,05	+0,95	403,00	50,33	352,67	1978 1. Hj.
420,59	15,54	436,13	+1,67	437,80	51,35	386,45	2. Hj.
403,58	15,94	419,52	+0,68	420,20	52,36	367,84	1979 1. Hj.

[2]) Produktionssteuern und Einfuhrabgaben.
[3]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 16*

Verteilung des Volkseinkommens

Mrd DM

Zeitraum	Volkseinkommen	Einkommen aus unselbständiger Arbeit		Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen				
				insgesamt		der privaten Haushalte[3]	der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit = unverteilte Gewinne	des Staates[4]
		brutto[1]	netto[2]	brutto	netto			
1960	240,09	144,90	104,68	95,19	75,07	78,23	14,95	2,01
1961	260,74	163,44	117,18	97,30	74,66	81,74	13,13	2,43
1962	282,08	180,84	129,12	101,24	76,48	85,44	13,45	2,35
1963	297,93	193,98	137,95	103,95	78,03	87,12	14,30	2,53
1964	327,30	212,08	151,06	115,22	87,49	97,68	14,98	2,56
1965	358,56	235,15	168,21	123,41	96,10	105,52	15,38	2,51
1966	379,95	253,20	178,11	126,75	98,48	108,84	15,70	2,21
1967	380,85	253,07	177,26	127,78	99,04	111,78	14,51	1,49
1968	419,90	271,91	186,86	147,99	116,82	126,98	19,05	1,96
1969	462,83	305,92	206,14	156,91	121,82	133,60	21,33	1,98
1970	533,11	361,32	236,87	171,79	139,75	155,23	14,53	2,03
1971	591,07	408,30	262,03	182,77	147,95	168,73	12,32	1,72
1972	645,49	448,79	285,77	196,70	159,62	175,14	21,48	0,08
1973	720,92	509,47	311,41	211,45	164,78	186,27	24,73	0,45
1974	772,36	560,60	335,75	211,76	165,22	193,53	19,81	– 1,58
1975	806,55	583,40	347,85	223,15	178,73	207,93	19,85	– 4,63
1976	877,97	626,32	361,28	251,65	198,27	228,72	30,28	– 7,35
1977	932,85	669,68	382,74	263,17	197,66	249,08	25,03	–10,94
1978[5]	1 002,44	711,71	411,05	290,73	224,12	...	...	–10,55
1970 1. Hj.	246,20	170,07	113,79	76,13	60,74	.	.	0,68
2. Hj.	286,91	191,25	123,08	95,66	79,01	.	.	1,35
1971 1. Hj.	275,84	195,16	126,57	80,68	63,48	.	.	0,79
2. Hj.	315,23	213,14	135,46	102,09	84,47	.	.	0,93
1972 1. Hj.	301,30	214,06	139,64	87,24	70,52	.	.	– 0,27
2. Hj.	344,19	234,73	146,13	109,46	89,10	.	.	0,35
1973 1. Hj.	337,85	242,48	150,59	95,37	73,92	.	.	—
2. Hj.	383,07	266,99	160,82	116,08	90,86	.	.	0,45
1974 1. Hj.	363,10	268,25	164,49	94,85	71,65	.	.	– 0,57
2. Hj.	409,26	292,35	171,26	116,91	93,57	.	.	– 1,01
1975 1. Hj.	379,22	281,07	171,77	98,15	77,40	.	.	– 2,09
2. Hj.	427,33	302,33	176,08	125,00	101,33	.	.	– 2,54
1976 1. Hj.	413,51	299,15	176,14	114,36	89,78	.	.	– 3,18
2. Hj.	464,46	327,17	185,14	137,29	108,49	.	.	– 4,17
1977 1. Hj.	438,30	321,56	186,26	116,74	85,03	.	.	– 5,79
2. Hj.	494,55	348,12	196,48	146,43	112,63	.	.	– 5,15
1978 1. Hj.[5]	464,92	339,35	198,22	125,57	92,75	.	.	– 5,66
2. Hj.	537,52	372,36	212,83	165,16	131,37	.	.	– 4,89
1979 1. Hj.	505,50	364,62	213,35	140,88	106,68	.	.	– 5,88

[1]) Bruttolohn- und -gehaltssumme zuzüglich Sozialbeiträge der Arbeitgeber.
[2]) Nettolohn- und -gehaltssumme (= Bruttolohn- und -gehaltssumme abzüglich Lohnsteuer und Sozialbeiträge der Arbeitnehmer).
[3]) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbscharakter; nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden.
[4]) Nach Abzug der Zinsen auf öffentliche Schulden.
[5]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 17*

Einkommen aus unselbständiger Arbeit nach Wirtschaftsbereichen[1])

Jahr	Bruttoeinkommen insgesamt	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Warenproduzierendes Gewerbe				Handel und Verkehr[2])	Dienstleistungsunternehmen[3])	Staat	Private Haushalte[4])
			insgesamt	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe				
	Mrd DM									
1960	143,76	2,68	81,77	6,92	62,33	12,52	23,67	10,66	20,76	4,22
1961	162,36	2,71	93,13	7,42	71,02	14,69	26,05	12,26	23,78	4,43
1962	179,65	2,86	103,66	7,81	79,03	16,82	28,73	13,96	25,97	4,47
1963	192,79	2,95	108,80	7,92	82,56	18,32	31,83	15,58	28,81	4,82
1964	210,94	3,04	119,46	7,88	89,84	21,74	34,90	17,06	31,43	5,05
1965	234,08	3,16	132,26	8,65	100,47	23,14	38,52	18,94	35,79	5,41
1966	252,08	3,30	139,83	8,81	106,22	24,80	42,39	20,80	39,95	5,81
1967	251,69	3,06	134,45	8,48	103,09	22,88	43,11	22,44	42,37	6,26
1968	270,49	2,98	146,08	8,39	113,33	24,36	45,55	24,11	45,19	6,58
1969	304,58	3,13	165,80	9,13	130,33	26,34	50,41	26,77	51,20	7,27
1970	360,11	3,53	198,77	10,83	155,60	32,34	58,36	31,21	60,14	8,10
1971	407,08	3,83	219,48	11,98	170,65	36,85	66,61	35,70	71,89	9,57
1972	447,79	3,96	238,31	12,66	184,68	40,97	74,30	39,85	80,76	10,61
1973	508,53	4,22	268,82	13,75	210,09	44,98	84,06	45,21	94,03	12,19
1974	559,68	4,66	289,09	15,63	229,09	44,37	91,31	51,82	109,16	13,64
1975	582,35	5,01	292,12	17,02	233,35	41,75	95,36	56,25	118,53	15,08
1976	625,23	5,56	314,41	18,08	252,36	43,97	102,02	61,93	124,98	16,33
1977[5])	668,61	6,07	335,17	19,04	270,50	45,63	108,71	67,37	133,48	17,81
1978[5])	710,66	6,46	353,91	19,51	284,98	49,42	115,30	73,83	141,87	19,29
	Anteil in vH									
1960	*100*	*1,9*	*56,9*	*4,8*	*43,4*	*8,7*	*16,5*	*7,4*	*14,4*	*2,9*
1961	*100*	*1,7*	*57,4*	*4,6*	*43,7*	*9,0*	*16,0*	*7,6*	*14,6*	*2,7*
1962	*100*	*1,6*	*57,7*	*4,3*	*44,0*	*9,4*	*16,0*	*7,8*	*14,5*	*2,5*
1963	*100*	*1,5*	*56,4*	*4,1*	*42,8*	*9,5*	*16,5*	*8,1*	*14,9*	*2,5*
1964	*100*	*1,4*	*56,6*	*3,7*	*42,6*	*10,3*	*16,5*	*8,1*	*14,9*	*2,4*
1965	*100*	*1,3*	*56,5*	*3,7*	*42,9*	*9,9*	*16,5*	*8,1*	*15,3*	*2,3*
1966	*100*	*1,3*	*55,5*	*3,5*	*42,1*	*9,8*	*16,8*	*8,3*	*15,8*	*2,3*
1967	*100*	*1,2*	*53,4*	*3,4*	*41,0*	*9,1*	*17,1*	*8,9*	*16,8*	*2,5*
1968	*100*	*1,1*	*54,0*	*3,1*	*41,9*	*9,0*	*16,8*	*8,9*	*16,7*	*2,4*
1969	*100*	*1,0*	*54,4*	*3,0*	*42,8*	*8,6*	*16,6*	*8,8*	*16,8*	*2,4*
1970	*100*	*1,0*	*55,2*	*3,0*	*43,2*	*9,0*	*16,2*	*8,7*	*16,7*	*2,2*
1971	*100*	*0,9*	*53,9*	*2,9*	*41,9*	*9,1*	*16,4*	*8,8*	*17,7*	*2,4*
1972	*100*	*0,9*	*53,2*	*2,8*	*41,2*	*9,1*	*16,6*	*8,9*	*18,0*	*2,4*
1973	*100*	*0,8*	*52,9*	*2,7*	*41,3*	*8,8*	*16,5*	*8,9*	*18,5*	*2,4*
1974	*100*	*0,8*	*51,7*	*2,8*	*40,9*	*7,9*	*16,3*	*9,3*	*19,5*	*2,4*
1975	*100*	*0,9*	*50,2*	*2,9*	*40,1*	*7,2*	*16,4*	*9,7*	*20,4*	*2,6*
1976	*100*	*0,9*	*50,3*	*2,9*	*40,4*	*7,0*	*16,3*	*9,9*	*20,0*	*2,6*
1977[5])	*100*	*0,9*	*50,1*	*2,8*	*40,5*	*6,8*	*16,3*	*10,1*	*20,0*	*2,7*
1978[5])	*100*	*0,9*	*49,8*	*2,7*	*40,1*	*7,0*	*16,2*	*10,4*	*20,0*	*2,7*

[1]) *Inlandskonzept (nach dem Beschäftigungsort der Abhängigen).*
[2]) Einschließlich Nachrichtenübermittlung.
[3]) Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen, Wohnungsvermietung (einschließlich Nutzung von sonstige Dienstleistungen.
[4]) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbscharakter.
[5]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 18*

Volkseinkommen, Produktivität und Lohnkosten

Zeitraum	Volkseinkommen je Einwohner		Brutto- lohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Abhängigen[1]		Netto- lohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Abhängigen[1]		Produktivität[2]		Lohnkosten je Produkteinheit[3]
	DM	1970 = 100	DM	1970 = 100	DM	1970 = 100	DM	1970 = 100	
1960	4 331	49,3	6 148	44,6	5 168	48,5	16 439	64,4	68,4
1961	4 642	52,8	6 775	49,2	5 653	53,1	17 041	66,7	72,7
1962	4 963	56,5	7 395	53,7	6 139	57,7	17 730	69,4	76,3
1963	5 191	59,1	7 850	57,0	6 488	60,9	18 217	71,3	78,8
1964	5 646	64,2	8 556	62,1	7 031	66,0	19 423	76,0	79,9
1965	6 117	69,6	9 336	67,8	7 731	72,6	20 401	79,9	83,3
1966	6 424	73,1	10 014	72,7	8 183	76,9	20 975	82,1	87,2
1967	6 424	73,1	10 349	75,1	8 419	79,1	21 646	84,7	87,3
1968	7 057	80,3	10 988	79,8	8 821	82,8	22 987	90,0	87,8
1969	7 705	87,7	12 003	87,1	9 477	89,0	24 408	95,5	90,6
1970	8 790	100	13 773	100	10 648	100	25 546	100	100
1971	9 645	109,7	15 392	111,8	11 690	109,8	26 303	103,0	108,9
1972	10 467	119,1	16 770	121,8	12 738	119,6	27 324	107,0	115,2
1973	11 632	132,3	18 782	136,4	13 801	129,6	28 589	111,9	124,2
1974	12 447	141,6	20 928	151,9	15 157	142,3	29 285	114,6	135,9
1975	13 045	148,4	22 426	162,8	16 265	152,8	29 755	116,5	144,2
1976	14 269	162,3	23 985	174,1	16 971	159,4	31 582	123,6	146,5
1977	15 193	172,8	25 629	186,1	17 929	168,4	32 500	127,2	151,8
1978[4]	16 346	186,0	26 951	195,7	19 044	178,9	33 314	130,4	155,6
1970 1. Hj.	4 067	92,5	6 521	94,7	5 164	97,0	12 189	95,4	99,6
2. Hj.	4 712	107,2	7 245	105,2	5 481	102,9	13 350	104,5	100,4
1971 1. Hj.	4 512	102,7	7 379	107,1	5 672	106,5	12 613	98,7	109,0
2. Hj.	5 132	116,8	8 010	116,3	6 017	113,0	13 687	107,2	108,8
1972 1. Hj.	4 893	111,3	8 052	116,9	6 264	117,7	13 101	102,6	115,3
2. Hj.	5 573	126,8	8 714	126,5	6 472	121,6	14 218	111,3	115,0
1973 1. Hj.	5 460	124,2	8 966	130,2	6 698	125,8	13 816	108,2	122,8
2. Hj.	6 171	140,4	9 813	142,5	7 101	133,4	14 771	115,6	125,5
1974 1. Hj.	5 849	133,1	9 964	144,7	7 393	138,9	14 191	111,1	133,6
2. Hj.	6 597	150,1	10 969	159,3	7 765	145,8	15 098	118,2	138,1
1975 1. Hj.	6 125	139,4	10 778	156,5	8 029	150,8	14 276	111,8	144,7
2. Hj.	6 921	157,5	11 648	169,1	8 237	154,7	15 481	121,2	143,7
1976 1. Hj.	6 715	152,8	11 491	166,9	8 329	156,4	15 265	119,5	145,7
2. Hj.	7 554	171,9	12 488	181,3	8 640	162,3	16 312	127,7	147,2
1977 1. Hj.	7 136	162,4	12 317	178,8	8 776	164,8	15 735	123,2	151,4
2. Hj.	8 057	183,3	13 306	193,2	9 151	171,9	16 762	131,2	152,1
1978 1. Hj.[4]	7 581	172,5	12 866	186,8	9 254	173,8	16 071	125,8	155,0
2. Hj.	8 765	199,4	14 075	204,4	9 786	183,8	17 236	134,9	156,2
1979 1. Hj.	8 244	187,6	13 611	197,6	9 811	184,3	16 592	129,9	158,9

[1] Inländerkonzept (nach dem Wohnort).
[2] Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1970 je Erwerbstätigen (Inlandskonzept, nach dem Beschäftigungsort).
[3] Bereinigt um Änderungen in der Struktur der Erwerbstätigkeit;

berechnet als $\frac{\text{Bruttolohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Abhängigen}}{\text{Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1970 je Erwerbstätigen (Inlandskonzept)}}$

[4]

Tabelle 19*

Produktivität und Lohnkosten nach Wirtschaftsbereichen

Jahr	Alle Wirtschaftsbereiche	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Warenproduzierendes Gewerbe				Handel und Verkehr[3])	Dienstleistungsunternehmen[4])	Staat	Private Haushalte[5])
			insgesamt	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe				
	Produktivität[1]) (DM)									
1960	16 133	5 926	17 366	24 659	16 585	18 340	14 301	31 634	19 585	11 963
1961	16 719	5 593	18 009	25 798	17 230	18 976	14 972	32 879	19 587	12 178
1962	17 366	6 272	18 596	27 471	17 915	18 860	15 650	33 317	19 685	12 478
1963	17 853	6 826	19 051	29 789	18 474	18 462	16 027	33 556	19 730	12 574
1964	19 000	6 949	20 702	31 892	20 080	20 241	17 092	34 639	19 567	12 795
1965	19 928	6 857	21 764	32 172	21 297	20 962	18 224	35 724	19 844	13 108
1966	20 505	7 419	22 408	34 035	21 843	21 749	18 535	36 098	20 262	13 323
1967	21 172	8 571	23 213	36 341	22 597	22 441	18 836	36 749	20 317	13 455
1968	22 456	9 552	25 011	40 726	24 824	22 092	20 021	37 323	20 735	13 625
1969	23 801	9 407	26 718	43 795	26 751	22 672	21 722	38 940	20 944	13 800
1970	24 846	10 199	27 805	46 760	27 677	23 972	22 793	40 204	21 316	14 047
1971	25 554	11 096	28 585	48 037	28 251	25 587	23 016	41 573	21 426	14 138
1972	26 503	11 403	29 982	51 019	29 587	27 005	23 344	43 570	21 488	14 253
1973	27 747	13 199	31 584	58 347	31 282	27 234	23 922	45 216	21 863	14 333
1974	28 450	13 847	32 508	61 902	32 253	27 057	24 335	46 249	22 107	14 376
1975	28 837	13 692	32 872	59 224	32 473	28 168	24 854	48 055	22 292	14 418
1976	30 513	13 901	35 578	62 526	35 563	29 022	26 544	49 362	22 279	14 486
1977	31 367	15 680	36 724	64 051	36 723	29 984	27 469	49 454	22 473	14 413
1978[6])	32 100	16 822	37 519	67 987	37 361	30 938	28 645	50 299	22 708	14 224
	Lohnkosten je Produkteinheit[2]) (1970 = 100)									
1960	67,8	78,5	69,9	87,0	72,2	55,7	68,8	58,4	53,4	51,6
1961	72,1	91,4	74,6	92,4	76,7	61,4	71,2	63,0	57,5	55,7
1962	75,7	92,3	79,4	94,7	81,3	67,3	74,2	68,2	59,3	59,5
1963	78,2	90,8	81,2	93,1	82,8	71,4	79,2	72,3	63,1	63,1
1964	79,5	95,6	81,4	88,2	82,6	74,8	81,1	74,3	66,8	66,0
1965	83,0	106,5	84,4	97,5	85,3	76,5	84,1	77,4	72,5	71,0
1966	86,8	105,9	87,6	96,5	88,8	79,8	90,4	81,7	76,9	76,1
1967	86,8	93,9	86,7	94,2	88,2	78,1	92,2	84,6	79,3	79,2
1968	87,4	88,1	86,8	88,9	87,4	82,9	91,7	87,2	82,1	83,0
1969	90,4	95,5	88,9	91,7	89,1	86,6	92,2	90,7	90,3	90,7
1970	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	109,0	103,2	107,8	108,1	108,2	105,1	111,1	108,7	114,6	116,5
1972	115,5	110,9	113,3	110,6	114,0	110,1	120,7	114,0	122,8	126,9
1973	124,5	105,6	121,2	110,2	122,1	120,1	132,2	124,0	136,5	144,1
1974	136,1	116,2	131,4	119,7	132,9	129,2	144,8	137,7	151,5	159,6
1975	144,7	128,4	140,3	136,1	142,9	130,3	151,7	144,1	159,9	172,3
1976	147,5	140,9	142,1	138,9	144,1	134,2	153,4	149,4	166,5	182,4
1977	153,0	135,3	147,9	145,4	150,1	137,8	157,4	156,1	175,4	195,5
1978[6])	157,1	132,0	152,3	142,6	155,2	142,5	159,2	162,6	181,3	204,7

[1]) Bruttowertschöpfung in Preisen von 1970 je Erwerbstätigen (Inlandskonzept).

[2]) berechnet als $\frac{\text{Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je beschäftigten Abhängigen (Inlandskonzept)}}{\text{Bruttowertschöpfung in Preisen von 1970 je Erwerbstätigen (Inlandskonzept)}}$

[3]) Einschließlich Nachrichtenübermittlung.

[4]) Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen, Wohnungsvermietung (einschließlich Nutzung von Eigentümer-

[5]) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbscharakter.

[6]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 20*

Verwendung des

a) Mrd

Zeitraum	Brutto-sozial-produkt	Privater Verbrauch	Staats-verbrauch	Anlageinvestitionen			Vorrats-veränderung	Ausfuhr[1])	Einfuhr[1])	Außen-beitrag[2])
				ins-gesamt	Aus-rüstungen	Bauten				
	in jeweiligen Preisen									
1960	303,00	171,84	40,75	73,58	27,14	46,44	+ 8,90	60,68	52,75	+ 7,93
1961	331,40	188,33	46,08	83,46	31,32	52,14	+ 6,40	63,20	56,07	+ 7,13
1962	360,50	204,79	53,13	92,88	34,98	57,90	+ 5,40	66,26	61,96	+ 4,30
1963	382,10	216,79	59,69	97,71	35,64	62,07	+ 2,30	72,03	66,42	+ 5,61
1964	419,60	233,50	62,50	111,70	39,21	72,49	+ 6,00	79,86	73,96	+ 5,90
1965	458,20	257,62	70,15	119,90	43,35	76,55	+ 10,20	87,19	86,86	+ 0,33
1966	487,40	275,06	76,05	124,17	43,98	80,19	+ 4,70	98,42	91,00	+ 7,42
1967	493,70	282,63	80,65	114,18	41,07	73,11	− 1,10	106,41	89,07	+ 17,34
1968	535,20	300,76	83,67	120,12	43,45	76,67	+ 10,90	120,06	100,31	+ 19,75
1969	597,70	330,83	94,29	139,59	54,60	84,99	+ 15,40	137,08	119,49	+ 17,59
1970	679,00	367,55	108,11	173,69	68,43	105,26	+ 15,40	152,69	138,44	+ 14,25
1971	756,00	407,83	129,24	199,60	76,37	123,23	+ 3,80	168,32	152,79	+ 15,53
1972	827,20	447,75	144,03	214,34	76,75	137,59	+ 2,60	183,33	164,85	+ 18,48
1973	920,10	491,68	166,70	225,44	79,76	145,68	+ 7,20	214,72	185,64	+ 29,08
1974	986,90	527,55	194,02	216,39	76,47	139,92	+ 5,50	276,19	232,75	+ 43,44
1975	1034,90	577,42	215,29	214,54	82,32	132,22	− 1,30	272,68	243,73	+ 28,95
1976	1125,00	623,59	227,19	231,89	90,68	141,21	+ 13,70	312,05	283,42	+ 28,63
1977 } [3])	1197,20	667,18	239,98	249,14	99,89	149,25	+ 11,40	330,57	301,07	+ 29,50
1978 }	1287,50	707,91	256,79	276,46	110,38	166,08	+ 9,30	348,57	311,53	+ 37,04
1970 1. Hj.	315,80	171,20	49,45	75,74	31,50	44,24	+ 13,50	72,15	66,24	+ 5,91
2. Hj.	363,20	196,35	58,66	97,95	36,93	61,02	+ 1,90	80,54	72,20	+ 8,34
1971 1. Hj.	355,90	191,66	60,26	91,91	37,48	54,43	+ 3,90	82,20	74,03	+ 8,17
2. Hj.	400,10	216,17	68,98	107,69	38,89	68,80	− 0,10	86,12	78,76	+ 7,36
1972 1. Hj.	389,60	210,70	67,34	99,66	37,09	62,57	+ 4,00	86,76	78,86	+ 7,90
2. Hj.	437,60	237,05	76,69	114,68	39,66	75,02	− 1,40	96,57	85,99	+ 10,58
1973 1. Hj.	435,50	234,97	76,15	107,58	38,84	68,74	+ 3,70	101,68	88,58	+ 13,10
2. Hj.	484,60	256,71	90,55	117,86	40,92	76,94	+ 3,50	113,04	97,06	+ 15,98
1974 1. Hj.	467,40	250,30	87,71	102,66	35,85	66,81	+ 5,60	132,38	111,25	+ 21,13
2. Hj.	519,50	277,25	106,31	113,73	40,62	73,11	− 0,10	143,81	121,50	+ 22,31
1975 1. Hj.	489,50	273,20	98,47	98,55	37,61	60,94	+ 3,50	131,95	116,17	+ 15,78
2. Hj.	545,40	304,22	116,82	115,99	44,71	71,28	− 4,80	140,73	127,56	+ 13,17
1976 1. Hj.	533,30	298,08	105,24	106,47	42,88	63,59	+ 9,00	149,39	134,88	+ 14,51
2. Hj.	591,70	325,51	121,95	125,42	47,80	77,62	+ 4,70	162,66	148,54	+ 14,12
1977 1. Hj. }	566,60	317,94	110,38	115,00	46,07	68,93	+ 8,60	160,97	146,29	+ 14,68
2. Hj. }	630,60	349,24	129,60	134,14	53,82	80,32	+ 2,80	169,60	154,78	+ 14,82
1978 1. Hj. } [3])	605,70	340,22	117,22	124,52	50,19	74,33	+ 4,80	169,05	150,11	+ 18,94
2. Hj. }	681,80	367,69	139,57	151,94	60,19	91,75	+ 4,50	179,52	161,42	+ 18,10
1979 1. Hj. }	655,70	363,48	126,40	139,82	57,04	82,78	+ 14,70	183,17	171,87	+ 11,30

[1]) Waren und Dienstleistungen einschließlich Erwerbs-
[2]) Ausfuhr abzüglich Einfuhr.

Tabelle 20*

Sozialprodukts

DM

Brutto-sozial-produkt	Privater Verbrauch	Staats-verbrauch	Anlageinvestitionen insgesamt	Anlageinvestitionen Ausrüstungen	Anlageinvestitionen Bauten	Vorrats-veränderung	Ausfuhr[1])	Einfuhr[1])	Außen-beitrag[2])	Zeitraum
in Preisen von 1970										
429,50	226,37	69,53	109,24	34,06	75,18	+ 9,50	72,29	57,43	+ 14,86	1960
450,40	239,93	74,03	117,00	38,14	78,86	+ 7,30	74,92	62,78	+ 12,14	1961
470,30	252,99	81,75	122,34	41,18	81,16	+ 5,50	77,34	69,62	+ 7,72	1962
484,30	260,37	87,23	123,85	41,37	82,48	+ 2,40	83,21	72,76	+ 10,45	1963
516,40	273,34	88,22	137,80	44,66	93,14	+ 6,40	89,98	79,34	+ 10,64	1964
545,00	292,11	92,71	144,47	48,10	96,37	+ 10,50	95,84	90,63	+ 5,21	1965
558,80	300,62	94,91	146,24	47,54	98,70	+ 4,60	105,71	93,28	+ 12,43	1966
558,10	303,63	98,30	136,31	44,03	92,28	− 1,60	113,41	91,95	+ 21,46	1967
594,40	317,39	98,37	141,80	47,25	94,55	+ 11,50	128,44	103,10	+ 25,34	1968
641,30	342,41	103,37	156,73	58,12	98,61	+ 16,20	142,41	119,82	+ 22,59	1969
679,00	367,55	108,11	173,69	68,43	105,26	+ 15,40	152,69	138,44	+ 14,25	1970
701,70	386,80	114,95	184,87	72,44	112,43	+ 3,90	161,96	150,78	+ 11,18	1971
727,30	402,24	120,27	191,30	71,75	119,55	+ 2,40	172,26	161,17	+ 11,09	1972
763,00	412,48	126,85	191,67	72,30	119,37	+ 6,10	191,99	166,09	+ 25,90	1973
765,70	413,79	132,31	172,61	64,90	107,71	+ 4,40	214,73	172,14	+ 42,59	1974
752,30	426,55	138,25	165,37	65,13	100,24	− 1,00	201,98	178,85	+ 23,13	1975
792,00	441,01	141,01	173,20	69,35	103,85	+ 10,20	225,24	198,66	+ 26,58	1976
812,20	454,69	142,13	180,08	74,71	105,37	+ 8,30	234,90	207,90	+ 27,00	1977 } 3)
840,80	470,37	147,31	191,35	80,81	110,54	+ 6,60	245,26	220,09	+ 25,17	1978 } 3)
321,70	172,78	51,01	77,08	31,93	45,15	+ 14,00	73,01	66,18	+ 6,83	1970 1. Hj.
357,30	194,77	57,10	96,61	36,50	60,11	+ 1,40	79,68	72,26	+ 7,42	2. Hj.
336,20	184,01	55,34	86,09	35,68	50,41	+ 3,80	79,42	72,46	+ 6,96	1971 1. Hj.
365,50	202,79	59,61	98,78	36,76	62,02	+ 0,10	82,54	78,32	+ 4,22	2. Hj.
347,40	192,14	58,32	89,78	34,82	54,96	+ 3,40	81,94	78,18	+ 3,76	1972 1. Hj.
379,90	210,10	61,95	101,52	36,93	64,59	− 1,00	90,32	82,99	+ 7,33	2. Hj.
367,40	200,60	60,90	92,52	35,55	56,97	+ 2,70	93,02	82,34	+ 10,68	1973 1. Hj.
395,60	211,88	65,95	99,15	36,75	62,40	+ 3,40	98,97	83,75	+ 15,22	2. Hj.
372,70	199,71	63,10	82,97	31,01	51,96	+ 3,80	105,90	82,78	+ 23,12	1974 1. Hj.
393,00	214,08	69,21	89,64	33,89	55,75	+ 0,60	108,83	89,36	+ 19,47	2. Hj.
360,80	204,98	65,95	76,44	30,05	46,39	+ 2,30	98,08	86,95	+ 11,13	1975 1. Hj.
391,50	221,57	72,30	88,93	35,08	53,85	− 3,30	103,90	91,90	+ 12,00	2. Hj.
381,10	212,96	68,46	80,20	32,83	47,37	+ 6,40	108,58	95,50	+ 13,08	1976 1. Hj.
410,90	228,05	72,55	93,00	36,52	56,48	+ 3,80	116,66	103,16	+ 13,50	2. Hj.
391,50	218,64	68,52	83,87	34,46	49,41	+ 6,10	114,83	100,46	+ 14,37	1977 1. Hj.
420,70	236,05	73,61	96,21	40,25	55,96	+ 2,20	120,07	107,44	+ 12,63	2. Hj.
403,00	227,41	71,42	87,38	36,87	50,51	+ 3,30	119,72	106,23	+ 13,49	1978 1. Hj. } 3)
437,80	242,96	75,89	103,97	43,94	60,03	+ 3,30	125,54	113,86	+ 11,68	2. Hj. } 3)
420,20	235,09	73,40	93,02	40,98	52,04	+ 9,30	125,87	116,48	+ 9,39	1979 1. Hj. } 3)

[3]) Vorläufige Ergebnisse.

n o c h Tabelle 20*

Verwendung des

b) Anteil

Zeitraum	Privater Verbrauch	Staatsverbrauch	Anlageinvestitionen			Vorratsveränderung	Ausfuhr[1])	Einfuhr[1])	Außenbeitrag[2])
			insgesamt	Ausrüstungen	Bauten				
	in jeweiligen Preisen								
1960	56,7	13,4	24,3	9,0	15,3	+ 2,9	20,0	17,4	+ 2,6
1961	56,8	13,9	25,2	9,5	15,7	+ 1,9	19,1	16,9	+ 2,2
1962	56,8	14,7	25,8	9,7	16,1	+ 1,5	18,4	17,2	+ 1,2
1963	56,7	15,6	25,6	9,3	16,2	+ 0,6	18,9	17,4	+ 1,5
1964	55,6	14,9	26,6	9,3	17,3	+ 1,4	19,0	17,6	+ 1,4
1965	56,2	15,3	26,2	9,5	16,7	+ 2,2	19,0	19,0	+ 0,1
1966	56,4	15,6	25,5	9,0	16,5	+ 1,0	20,2	18,7	+ 1,5
1967	57,2	16,3	23,1	8,3	14,8	− 0,2	21,6	18,0	+ 3,5
1968	56,2	15,6	22,4	8,1	14,3	+ 2,0	22,4	18,7	+ 3,7
1969	55,4	15,8	23,4	9,1	14,2	+ 2,6	22,9	20,0	+ 2,9
1970	54,1	15,9	25,6	10,1	15,5	+ 2,3	22,5	20,4	+ 2,1
1971	53,9	17,1	26,4	10,1	16,3	+ 0,5	22,3	20,2	+ 2,1
1972	54,1	17,4	25,9	9,3	16,6	+ 0,3	22,2	19,9	+ 2,2
1973	53,4	18,1	24,5	8,7	15,8	+ 0,8	23,3	20,2	+ 3,2
1974	53,5	19,7	21,9	7,7	14,2	+ 0,6	28,0	23,6	+ 4,4
1975	55,8	20,8	20,7	8,0	12,8	− 0,1	26,3	23,6	+ 2,8
1976	55,4	20,2	20,6	8,1	12,6	+ 1,2	27,7	25,2	+ 2,5
1977 } [3])	55,7	20,0	20,8	8,3	12,5	+ 1,0	27,6	25,1	+ 2,5
1978 } [3])	55,0	19,9	21,5	8,6	12,9	+ 0,7	27,1	24,2	+ 2,9
1970 1. Hj.	54,2	15,7	24,0	10,0	14,0	+ 4,3	22,8	21,0	+ 1,9
2. Hj.	54,1	16,2	27,0	10,2	16,8	+ 0,5	22,2	19,9	+ 2,3
1971 1. Hj.	53,9	16,9	25,8	10,5	15,3	+ 1,1	23,1	20,8	+ 2,3
2. Hj.	54,0	17,2	26,9	9,7	17,2	− 0,0	21,5	19,7	+ 1,8
1972 1. Hj.	54,1	17,3	25,6	9,5	16,1	+ 1,0	22,3	20,2	+ 2,0
2. Hj.	54,2	17,5	26,2	9,1	17,1	− 0,3	22,1	19,7	+ 2,4
1973 1. Hj.	54,0	17,5	24,7	8,9	15,8	+ 0,8	23,3	20,3	+ 3,0
2. Hj.	53,0	18,7	24,3	8,4	15,9	+ 0,7	23,3	20,0	+ 3,3
1974 1. Hj.	53,6	18,8	22,0	7,7	14,3	+ 1,2	28,3	23,8	+ 4,5
2. Hj.	53,4	20,5	21,9	7,8	14,1	− 0,0	27,7	23,4	+ 4,3
1975 1. Hj.	55,8	20,1	20,1	7,7	12,4	+ 0,7	27,0	23,7	+ 3,2
2. Hj.	55,8	21,4	21,3	8,2	13,1	− 0,9	25,8	23,4	+ 2,4
1976 1. Hj.	55,9	19,7	20,0	8,0	11,9	+ 1,7	28,0	25,3	+ 2,7
2. Hj.	55,0	20,6	21,2	8,1	13,1	+ 0,8	27,5	25,1	+ 2,4
1977 1. Hj.	56,1	19,5	20,3	8,1	12,2	+ 1,5	28,4	25,8	+ 2,6
2. Hj.	55,4	20,6	21,3	8,5	12,7	+ 0,4	26,9	24,5	+ 2,4
1978 1. Hj. } [3])	56,2	19,4	20,6	8,3	12,3	+ 0,8	27,9	24,8	+ 3,1
2. Hj. } [3])	53,9	20,5	22,3	8,8	13,5	+ 0,7	26,3	23,7	+ 2,7
1979 1. Hj.	55,4	19,3	21,3	8,7	12,6	+ 2,2	27,9	26,2	+ 1,7

[1]) Waren und Dienstleistungen einschließlich Erwerbs- und Vermögenseinkommen.
[2])

noch Tabelle 20*

Sozialprodukts

in vH

Privater Verbrauch	Staats-verbrauch	Anlageinvestitionen			Vorrats-veränderung	Ausfuhr[1])	Einfuhr[1])	Außen-beitrag[2])	Zeitraum
		insgesamt	Aus-rüstungen	Bauten					
in Preisen von 1970									
52,7	16,2	25,4	7,9	17,5	+ 2,2	16,8	13,4	+ 3,5	1960
53,3	16,4	26,0	8,5	17,5	+ 1,6	16,6	13,9	+ 2,7	1961
53,8	17,4	26,0	8,8	17,3	+ 1,2	16,4	14,8	+ 1,6	1962
53,8	18,0	25,6	8,5	17,0	+ 0,5	17,2	15,0	+ 2,2	1963
52,9	17,1	26,7	8,6	18,0	+ 1,2	17,4	15,4	+ 2,1	1964
53,6	17,0	26,5	8,8	17,7	+ 1,9	17,6	16,6	+ 1,0	1965
53,8	17,0	26,2	8,5	17,7	+ 0,8	18,9	16,7	+ 2,2	1966
54,4	17,6	24,4	7,9	16,5	− 0,3	20,3	16,5	+ 3,8	1967
53,4	16,5	23,9	7,9	15,9	+ 1,9	21,6	17,3	+ 4,3	1968
53,4	16,1	24,4	9,1	15,4	+ 2,5	22,2	18,7	+ 3,5	1969
54,1	15,9	25,6	10,1	15,5	+ 2,3	22,5	20,4	+ 2,1	1970
55,1	16,4	26,3	10,3	16,0	+ 0,6	23,1	21,5	+ 1,6	1971
55,3	16,5	26,3	9,9	16,4	+ 0,3	23,7	22,2	+ 1,5	1972
54,1	16,6	25,1	9,5	15,6	+ 0,8	25,2	21,8	+ 3,4	1973
54,0	17,3	22,5	8,5	14,1	+ 0,6	28,0	22,5	+ 5,6	1974
56,7	18,4	22,0	8,7	13,3	− 0,1	26,8	23,8	+ 3,1	1975
55,7	17,8	21,9	8,8	13,1	+ 1,3	28,4	25,1	+ 3,4	1976
56,0	17,5	22,2	9,2	13,0	+ 1,0	28,9	25,6	+ 3,3	1977 } [3])
55,9	17,5	22,8	9,6	13,1	+ 0,8	29,2	26,2	+ 3,0	1978 }
53,7	15,9	24,0	9,9	14,0	+ 4,4	22,7	20,6	+ 2,1	1970 1. Hj.
54,5	16,0	27,0	10,2	16,8	+ 0,4	22,3	20,2	+ 2,1	2. Hj.
54,7	16,5	25,6	10,6	15,0	+ 1,1	23,6	21,6	+ 2,1	1971 1. Hj.
55,5	16,3	27,0	10,1	17,0	+ 0,0	22,6	21,4	+ 1,2	2. Hj.
55,3	16,8	25,8	10,0	15,8	+ 1,0	23,6	22,5	+ 1,1	1972 1. Hj.
55,3	16,3	26,7	9,7	17,0	− 0,3	23,8	21,8	+ 1,9	2. Hj.
54,6	16,6	25,2	9,7	15,5	+ 0,7	25,3	22,4	+ 2,9	1973 1. Hj.
53,6	16,7	25,1	9,3	15,8	+ 0,9	25,0	21,2	+ 3,8	2. Hj.
53,6	16,9	22,3	8,3	13,9	+ 1,0	28,4	22,2	+ 6,2	1974 1. Hj.
54,5	17,6	22,8	8,6	14,2	+ 0,2	27,7	22,7	+ 5,0	2. Hj.
56,8	18,3	21,2	8,3	12,9	+ 0,6	27,2	24,1	+ 3,1	1975 1. Hj.
56,6	18,5	22,7	9,0	13,8	− 0,8	26,5	23,5	+ 3,1	2. Hj.
55,9	18,0	21,0	8,6	12,4	+ 1,7	28,5	25,1	+ 3,4	1976 1. Hj.
55,5	17,7	22,6	8,9	13,7	+ 0,9	28,4	25,1	+ 3,3	2. Hj.
55,8	17,5	21,4	8,8	12,6	+ 1,6	29,3	25,7	+ 3,7	1977 1. Hj. } [3])
56,1	17,5	22,9	9,6	13,3	+ 0,5	28,5	25,5	+ 3,0	2. Hj. }
56,4	17,7	21,7	9,1	12,5	+ 0,8	29,7	26,4	+ 3,3	1978 1. Hj. } [3])
55,5	17,3	23,7	10,0	13,7	+ 0,8	28,7	26,0	+ 2,7	2. Hj. }
55,9	17,5	22,1	9,8	12,4	+ 2,2	30,0	27,7	+ 2,2	1979 1. Hj. }

[3]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 21*

Vierteljahresergebnisse der Sozialproduktsberechnung –

Mrd

Zeitraum	Brutto-sozial-produkt	Privater Verbrauch	Staats-verbrauch	Anlageinvestitionen			Vorrats-ver-änderung	Ausfuhr[1])	Einfuhr[1])	Außen-beitrag[2])
				ins-gesamt	Aus-rüstungen	Bauten				
	in jeweiligen Preisen									
1969 1. Vj.	131,60	73,72	21,05	25,51	11,16	14,35	+ 8,20	30,36	27,24	+ 3,12
2. Vj.	143,30	81,09	22,11	35,41	13,21	22,20	+ 0,30	34,36	29,97	+ 4,39
3. Vj.	158,00	82,54	22,53	37,85	13,59	24,26	+ 10,80	34,95	30,67	+ 4,28
4. Vj.	164,80	93,48	28,60	40,82	16,64	24,18	− 3,90	37,41	31,61	+ 5,80
1970 1. Vj.	149,00	81,45	23,22	30,46	14,43	16,03	+ 11,40	34,19	31,72	+ 2,47
2. Vj.	166,80	89,75	26,23	45,28	17,07	28,21	+ 2,10	37,96	34,52	+ 3,44
3. Vj.	178,00	91,70	26,18	47,15	16,90	30,25	+ 10,30	38,15	35,48	+ 2,67
4. Vj.	185,20	104,65	32,48	50,80	20,03	30,77	− 8,40	42,39	36,72	+ 5,67
1971 1. Vj.	171,50	91,20	29,50	39,41	17,55	21,86	+ 6,80	40,74	36,15	+ 4,59
2. Vj.	184,40	100,46	30,76	52,50	19,93	32,57	− 2,90	41,46	37,88	+ 3,58
3. Vj.	196,70	101,60	31,04	52,02	17,88	34,14	+ 8,70	42,46	39,12	+ 3,34
4. Vj.	203,40	114,57	37,94	55,67	21,01	34,66	− 8,80	43,66	39,64	+ 4,02
1972 1. Vj.	188,60	102,00	33,21	44,06	17,60	26,46	+ 5,20	42,03	37,90	+ 4,13
2. Vj.	201,00	108,70	34,13	55,60	19,49	36,11	− 1,20	44,73	40,96	+ 3,77
3. Vj.	212,40	111,91	34,39	54,72	18,23	36,49	+ 8,50	44,74	41,86	+ 2,88
4. Vj.	225,20	125,14	42,30	59,96	21,43	38,53	− 9,90	51,83	44,13	+ 7,70
1973 1. Vj.	211,60	113,27	37,70	48,26	18,52	29,74	+ 6,50	49,17	43,30	+ 5,87
2. Vj.	223,90	121,70	38,45	59,32	20,32	39,00	− 2,80	52,51	45,28	+ 7,23
3. Vj.	235,30	121,69	39,19	57,27	18,57	38,70	+ 10,40	53,59	46,84	+ 6,75
4. Vj.	249,30	135,02	51,36	60,59	22,35	38,24	− 6,90	59,45	50,22	+ 9,23
1974 1. Vj.	227,00	120,40	42,50	46,79	16,82	29,97	+ 5,70	64,22	52,61	+ 11,61
2. Vj.	240,40	129,90	45,21	55,87	19,03	36,84	− 0,10	68,16	58,64	+ 9,52
3. Vj.	253,50	132,27	46,22	55,02	18,69	36,33	+ 12,90	70,66	63,57	+ 7,09
4. Vj.	266,00	144,98	60,09	58,71	21,93	36,78	− 13,00	73,15	57,93	+ 15,22
1975 1. Vj.	237,40	130,33	46,82	44,38	17,19	27,19	+ 6,40	64,49	55,02	+ 9,47
2. Vj.	252,10	142,87	51,65	54,17	20,42	33,75	− 2,90	67,46	61,15	+ 6,31
3. Vj.	262,20	144,58	51,74	54,46	19,58	34,88	+ 7,60	66,89	63,07	+ 3,82
4. Vj.	283,20	159,64	65,08	61,53	25,13	36,40	− 12,40	73,84	64,49	+ 9,35
1976 1. Vj.	257,90	144,09	51,17	46,51	19,75	26,76	+ 8,60	72,64	65,11	+ 7,53
2. Vj.	275,40	153,99	54,07	59,96	23,13	36,83	+ 0,40	76,75	69,77	+ 6,98
3. Vj.	284,60	154,43	53,82	58,33	20,69	37,64	+ 14,00	78,51	74,49	+ 4,02
4. Vj.	307,10	171,08	68,13	67,09	27,11	39,98	− 9,30	84,15	74,05	+ 10,10
1977 1. Vj.	276,10	153,16	53,36	51,81	21,43	30,38	+ 10,60	78,88	71,71	+ 7,17
2. Vj.	290,50	164,78	57,02	63,19	24,64	38,55	− 2,00	82,09	74,58	+ 7,51
3. Vj.	303,40	166,85	57,24	63,08	24,00	39,08	+ 15,10	81,02	79,89	+ 1,13
4. Vj.	327,20	182,39	72,36	71,06	29,82	41,24	− 12,30	88,58	74,89	+ 13,69
1978 1. Vj. [3])	292,50	163,93	57,57	54,05	23,21	30,84	+ 7,10	82,72	72,87	+ 9,85
2. Vj. [3])	313,20	176,29	59,65	70,47	26,98	43,49	− 2,30	86,33	77,24	+ 9,09
3. Vj. [3])	329,40	176,54	62,51	71,43	27,17	44,26	+ 13,70	86,10	80,88	+ 5,22
4. Vj. [3])	352,40	191,15	77,06	80,51	33,02	47,49	− 9,20	93,42	80,54	+ 12,88
1979 1. Vj. [3])	315,50	174,46	61,36	58,44	26,48	31,96	+ 13,20	90,02	81,98	+ 8,04
2. Vj. [3])	340,20	189,02	65,04	81,38	30,56	50,82	+ 1,50	93,15	89,89	+ 3,26

[1]) Waren und Dienstleistungen einschließlich Erwerbs- und Vermögenseinkommen.
[2])
[3])

Tabelle 21*

Verwendung des Sozialprodukts

DM

Brutto-sozial-produkt	Privater Verbrauch	Staats-verbrauch	Anlageinvestitionen insgesamt	Anlageinvestitionen Ausrüstungen	Anlageinvestitionen Bauten	Vorrats-veränderung	Ausfuhr[1])	Einfuhr[1])	Außen-beitrag[2])	Zeitraum
				in Preisen von 1970						
144,10	76,93	24,24	29,53	12,04	17,49	+ 8,80	31,92	27,32	+ 4,60	1969 1. Vj.
156,50	84,45	24,98	40,55	14,24	26,31	+ 0,40	35,95	29,83	+ 6,12	2. Vj.
169,90	85,22	25,42	42,49	14,55	27,94	+ 11,30	36,09	30,62	+ 5,47	3. Vj.
170,80	95,81	28,73	44,16	17,29	26,87	− 4,30	38,45	32,05	+ 6,40	4. Vj.
153,10	82,54	24,70	31,55	14,68	16,87	+ 11,20	34,79	31,68	+ 3,11	1970 1. Vj.
168,60	90,24	26,31	45,53	17,25	28,28	+ 2,80	38,22	34,50	+ 3,72	2. Vj.
177,80	91,33	26,74	46,82	16,87	29,95	+ 10,60	37,87	35,56	+ 2,31	3. Vj.
179,50	103,44	30,36	49,79	19,63	30,16	− 9,20	41,81	36,70	+ 5,11	4. Vj.
163,60	88,11	27,16	37,61	16,76	20,85	+ 6,60	39,42	35,30	+ 4,12	1971 1. Vj.
172,60	95,90	28,18	48,48	18,92	29,56	− 2,80	40,00	37,16	+ 2,84	2. Vj.
182,80	95,93	28,30	47,73	16,94	30,79	+ 9,00	40,63	38,79	+ 1,84	3. Vj.
182,70	106,86	31,31	51,05	19,82	31,23	− 8,90	41,91	39,53	+ 2,38	4. Vj.
169,00	93,42	28,75	40,18	16,56	23,62	+ 4,40	39,69	37,44	+ 2,25	1972 1. Vj.
178,40	98,72	29,57	49,60	18,26	31,34	− 1,00	42,25	40,74	+ 1,51	2. Vj.
187,90	100,05	29,37	48,47	16,97	31,50	+ 8,80	42,02	40,81	+ 1,21	3. Vj.
192,00	110,05	32,58	53,05	19,96	33,09	− 9,80	48,30	42,18	+ 6,12	4. Vj.
179,90	97,55	30,25	42,32	17,09	25,23	+ 4,90	45,38	40,50	+ 4,88	1973 1. Vj.
187,50	103,05	30,65	50,20	18,46	31,74	− 2,20	47,64	41,84	+ 5,80	2. Vj.
196,70	101,50	31,02	48,20	16,82	31,38	+ 10,40	47,38	41,80	+ 5,58	3. Vj.
198,90	110,38	34,93	50,95	19,93	31,02	− 7,00	51,59	41,95	+ 9,64	4. Vj.
183,40	96,89	30,98	38,56	14,73	23,83	+ 4,10	52,29	39,42	+ 12,87	1974 1. Vj.
189,30	102,82	32,12	44,41	16,28	28,13	− 0,30	53,61	43,36	+ 10,25	2. Vj.
197,50	102,74	32,80	43,39	15,69	27,70	+ 11,70	53,66	46,79	+ 6,87	3. Vj.
195,50	111,34	36,41	46,25	18,20	28,05	− 11,10	55,17	42,57	+ 12,60	4. Vj.
176,90	98,66	32,10	34,75	13,91	20,84	+ 4,80	47,91	41,32	+ 6,59	1975 1. Vj.
183,90	106,32	33,85	41,69	16,14	25,55	− 2,50	50,17	45,63	+ 4,54	2. Vj.
192,60	105,78	34,57	41,83	15,42	26,41	+ 6,90	49,37	45,85	+ 3,52	3. Vj.
198,90	115,79	37,73	47,10	19,66	27,44	− 10,20	54,53	46,05	+ 8,48	4. Vj.
185,90	103,59	34,05	35,38	15,25	20,13	+ 6,10	53,16	46,38	+ 6,78	1976 1. Vj.
195,20	109,37	34,41	44,82	17,58	27,24	+ 0,30	55,42	49,12	+ 6,30	2. Vj.
202,30	108,41	34,58	43,34	15,82	27,52	+ 11,30	56,15	51,48	+ 4,67	3. Vj.
208,60	119,64	37,97	49,66	20,70	28,96	− 7,50	60,51	51,68	+ 8,83	4. Vj.
192,60	106,05	34,03	38,12	16,10	22,02	+ 7,30	56,64	49,54	+ 7,10	1977 1. Vj.
198,90	112,59	34,49	45,75	18,36	27,39	− 1,20	58,19	50,92	+ 7,27	2. Vj.
206,90	112,87	34,96	45,34	17,94	27,40	+ 11,70	57,43	55,40	+ 2,03	3. Vj.
213,80	123,18	38,65	50,87	22,31	28,56	− 9,50	62,64	52,04	+ 10,60	4. Vj.
195,80	110,09	35,44	38,26	17,13	21,13	+ 4,60	58,77	51,36	+ 7,41	1978 1. Vj.
207,20	117,32	35,98	49,12	19,74	29,38	− 1,30	60,95	54,87	+ 6,08	2. Vj.
215,60	116,63	36,22	48,96	19,81	29,15	+ 10,10	60,27	56,58	+ 3,69	3. Vj.
222,20	126,33	39,67	55,01	24,13	30,88	− 6,80	65,27	57,28	+ 7,99	4. Vj.
203,80	113,80	36,13	39,71	19,14	20,57	+ 8,50	62,45	56,79	+ 5,66	1979 1. Vj.
216,40	121,29	37,27	53,31	21,84	31,47	+ 0,80	63,42	59,69	+ 3,73	2. Vj.

[3])

Tabelle 22*

Bruttoinvestitionen

Mrd DM

Zeitraum	Insgesamt	Ausrüstungen			Bauten				Vorratsveränderung
		zusammen	Unternehmen[1][2]	Staat[2]	zusammen	Unternehmen[1] zusammen[3]	Unternehmen[1] darunter -Wohnb.[4]	Staat[3]	
	in jeweiligen Preisen								
1960	82,48	27,14	26,23	0,91	46,44	37,63	21,62	8,81	+ 8,90
1961	89,86	31,32	30,29	1,03	52,14	41,73	23,93	10,41	+ 6,40
1962	98,28	34,98	33,76	1,22	57,90	44,84	26,12	13,06	+ 5,40
1963	100,01	35,64	34,24	1,40	62,07	46,36	27,44	15,71	+ 2,30
1964	117,70	39,21	37,74	1,47	72,49	53,08	31,92	19,41	+ 6,00
1965	130,10	43,35	41,70	1,65	76,55	57,34	34,51	19,21	+ 10,20
1966	128,87	43,98	42,35	1,63	80,19	60,62	36,90	19,57	+ 4,70
1967	113,08	41,07	39,50	1,57	73,11	55,81	36,25	17,30	− 1,10
1968	131,02	43,45	41,94	1,51	76,67	57,43	37,33	19,24	+ 10,90
1969	154,99	54,60	52,88	1,72	84,99	62,84	38,68	22,15	+ 15,40
1970	189,09	68,43	66,24	2,19	105,26	76,79	44,86	28,47	+ 15,40
1971	203,40	76,37	73,70	2,67	123,23	92,55	55,05	30,68	+ 3,80
1972	216,94	76,75	73,86	2,89	137,59	106,68	66,89	30,91	+ 2,60
1973	232,64	79,76	76,49	3,27	145,68	113,80	72,61	31,88	+ 7,20
1974	221,89	76,47	72,74	3,73	139,92	103,10	64,47	36,82	+ 5,50
1975	213,24	82,32	78,63	3,69	132,22	95,59	59,19	36,63	− 1,30
1976	245,59	90,68	87,14	3,54	141,21	104,62	64,98	36,59	+ 13,70
1977 } [5]	260,54	99,89	95,84	4,05	149,25	113,19	70,11	36,06	+ 11,40
1978 } [5]	285,76	110,38	105,93	4,45	166,08	124,75	77,34	41,33	+ 9,30
1970 1. Hj.	89,24	31,50	30,61	0,89	44,24	32,61	18,66	11,63	+ 13,50
2. Hj.	99,85	36,93	35,63	1,30	61,02	44,18	26,20	16,84	+ 1,90
1971 1. Hj.	95,81	37,48	36,36	1,12	54,43	40,79	23,53	13,64	+ 3,90
2. Hj	107,59	38,89	37,34	1,55	68,80	51,76	31,52	17,04	− 0,10
1972 1. Hj.	103,66	37,09	35,85	1,24	62,57	48,62	29,92	13,95	+ 4,00
2. Hj.	113,28	39,66	38,01	1,65	75,02	58,06	36,97	16,96	− 1,40
1973 1. Hj.	111,28	38,84	37,50	1,34	68,74	54,31	34,49	14,43	+ 3,70
2. Hj.	121,36	40,92	38,99	1,93	76,94	59,49	38,12	17,45	+ 3,50
1974 1. Hj.	108,26	35,85	34,45	1,40	66,81	49,98	30,87	16,83	+ 5,60
2. Hj.	113,63	40,62	38,29	2,33	73,11	53,12	33,60	19,99	− 0,10
1975 1. Hj.	102,05	37,61	36,15	1,46	60,94	44,15	27,00	16,79	+ 3,50
2. Hj.	111,19	44,71	42,48	2,23	71,28	51,44	32,19	19,84	− 4,80
1976 1. Hj.	115,47	42,88	41,45	1,43	63,59	47,25	28,58	16,34	+ 9,00
2. Hj.	130,12	47,80	45,69	2,11	77,62	57,37	36,40	20,25	+ 4,70
1977 1. Hj. }	123,60	46,07	44,53	1,54	68,93	52,79	31,67	16,14	+ 8,60
2. Hj. }	136,94	53,82	51,31	2,51	80,32	60,40	38,44	19,92	+ 2,80
1978 1. Hj. } [5]	129,32	50,19	48,47	1,72	74,33	56,18	33,98	18,15	+ 4,80
2. Hj. }	156,44	60,19	57,46	2,73	91,75	68,57	43,36	23,18	+ 4,50
1979 1. Hj. }	154,52	57,04	55,24	1,80	82,78	62,77	37,63	20,01	+ 14,70

[1] Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbscharakter.
[2] Käufe von Verkäufe
von gebrauchten Ausrüstungen (u. a. Schrott).

noch Tabelle 22*

Bruttoinvestitionen

Mrd DM

Insgesamt	Ausrüstungen			Bauten				Vorratsveränderung	Zeitraum
	zusammen	Unternehmen[1])[2])	Staat[2])	zusammen	Unternehmen[1]) zusammen[3])	Unternehmen[1]) darunter Wohnb.[4])	Staat[3])		
				in Preisen von 1970					
118,74	34,06	32,98	1,08	75,18	62,14	37,61	13,04	+ 9,50	1960
124,30	38,14	36,91	1,23	78,86	64,38	38,65	14,48	+ 7,30	1961
127,84	41,18	39,73	1,45	81,16	64,31	39,09	16,85	+ 5,50	1962
126,25	41,37	39,73	1,64	82,48	63,12	38,79	19,36	+ 2,40	1963
144,20	44,66	42,95	1,71	93,14	69,44	43,17	23,70	+ 6,40	1964
154,97	48,10	46,21	1,89	96,37	72,56	44,84	23,81	+ 10,50	1965
150,84	47,54	45,71	1,83	98,70	74,64	46,50	24,06	+ 4,60	1966
134,71	44,03	42,27	1,76	92,28	70,34	46,39	21,94	− 1,60	1967
153,30	47,25	45,62	1,63	94,55	70,98	46,14	23,57	+ 11,50	1968
172,93	58,12	56,32	1,80	98,61	72,96	44,98	25,65	+ 16,20	1969
189,09	68,43	66,24	2,19	105,26	76,79	44,86	28,47	+ 15,40	1970
188,77	72,44	69,90	2,54	112,43	84,28	49,69	28,15	+ 3,90	1971
193,70	71,75	69,06	2,69	119,55	92,06	56,68	27,49	+ 2,40	1972
197,77	72,30	69,36	2,94	119,37	92,28	57,41	27,09	+ 6,10	1973
177,01	64,90	61,74	3,16	107,71	78,61	47,75	29,10	+ 4,40	1974
164,37	65,13	62,19	2,94	100,24	71,79	42,78	28,45	− 1,00	1975
183,40	69,35	66,61	2,74	103,85	76,14	45,50	27,71	+ 10,20	1976
188,38	74,71	71,66	3,05	105,37	78,98	46,84	26,39	+ 8,30	1977 } [5])
197,95	80,81	77,56	3,25	110,54	82,07	48,71	28,47	+ 6,60	1978 }
91,08	31,93	31,03	0,90	45,15	33,30	19,08	11,85	+ 14,00	1970 1. Hj.
98,01	36,50	35,21	1,29	60,11	43,49	25,78	16,62	+ 1,40	2. Hj.
89,89	35,68	34,61	1,07	50,41	37,76	21,64	12,65	+ 3,80	1971 1. Hj.
98,88	36,76	35,29	1,47	62,02	46,52	28,05	15,50	+ 0,10	2. Hj.
93,18	34,82	33,66	1,16	54,96	42,47	25,69	12,49	+ 3,40	1972 1. Hj.
100,52	36,93	35,40	1,53	64,59	49,59	30,99	15,00	− 1,00	2. Hj.
95,22	35,55	34,33	1,22	56,97	44,61	27,64	12,36	+ 2,70	1973 1. Hj.
102,55	36,75	35,03	1,72	62,40	47,67	29,77	14,73	+ 3,40	2. Hj.
86,77	31,01	29,79	1,22	51,96	38,51	23,20	13,45	+ 3,80	1974 1. Hj.
90,24	33,89	31,95	1,94	55,75	40,10	24,55	15,65	+ 0,60	2. Hj.
78,74	30,05	28,88	1,17	46,39	33,31	19,63	13,08	+ 2,30	1975 1. Hj.
85,63	35,08	33,31	1,77	53,85	38,48	23,15	15,37	− 3,30	2. Hj.
86,60	32,83	31,71	1,12	47,37	34,88	20,29	12,49	+ 6,40	1976 1. Hj.
96,80	36,52	34,90	1,62	56,48	41,26	25,21	15,22	+ 3,80	2. Hj.
89,97	34,46	33,29	1,17	49,41	37,44	21,53	11,97	+ 6,10	1977 1. Hj. } [5])
98,41	40,25	38,37	1,88	55,96	41,54	25,31	14,42	+ 2,20	2. Hj. }
90,68	36,87	35,61	1,26	50,51	37,73	21,84	12,78	+ 3,30	1978 1. Hj. } [5])
107,27	43,94	41,95	1,99	60,03	44,34	26,87	15,69	+ 3,30	2. Hj. }
102,32	40,98	36,69	1,29	52,04	39,11	22,41	12,93	+ 9,30	1979 1. Hj. }

[3]) Käufe von neuen Bauten (einschließlich selbsterstellter Bauten) sowie Käufe abzüglich Verkäufe von Land.
[4]) Nur neue Bauten.
[5]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 23*

Anlageinvestitionen

Mrd DM in jeweiligen Preisen

Jahr	Alle Wirtschaftsbereiche[1]	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Warenproduzierendes Gewerbe insgesamt	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe[2]	Baugewerbe	Handel und Verkehr[3]	Dienstleistungsunternehmen[4]	Wohnungsvermietung[5]	Staat[6]
					Neue Ausrüstungen					
1960	28,01	3,10	16,38	2,64	11,90	1,84	6,02	1,32		1,19
1961	32,29	3,70	19,08	2,86	13,94	2,28	6,68	1,48		1,35
1962	35,99	3,71	21,73	3,39	15,79	2,55	7,46	1,49		1,60
1963	36,68	3,43	21,70	3,39	15,64	2,67	7,88	1,84		1,83
1964	40,40	4,06	24,41	3,77	17,81	2,83	7,87	2,12		1,94
1965	44,58	4,74	26,39	3,61	20,10	2,68	8,60	2,69		2,16
1966	45,23	4,46	26,49	3,32	20,98	2,19	8,80	3,35		2,13
1967	42,34	3,36	24,25	3,76	18,21	2,28	8,55	4,12		2,06
1968	44,78	3,06	25,86	3,31	20,02	2,53	9,68	4,20		1,98
1969	56,33	3,98	33,57	3,11	27,04	3,42	11,15	5,37		2,26
1970	70,46	4,27	43,16	4,24	34,85	4,07	13,21	6,94		2,88
1971	78,70	3,92	47,92	6,06	37,38	4,48	15,55	7,86		3,45
1972	79,39	4,24	46,14	7,11	34,41	4,62	17,08	8,22		3,71
1973	82,34	5,37	45,11	7,50	33,69	3,92	17,19	10,56		4,11
1974	79,76	5,01	44,83	8,93	33,31	2,59	15,58	9,78		4,56
1975	85,85	5,71	46,04	9,46	33,68	2,90	16,48	13,19		4,43
1976	94,12	6,56	47,87	8,31	36,52	3,04	18,56	16,80		4,33
1977	103,46	7,59	.	.	.	.	.	.		4,90
1978	114,21	8,01	.	.	.	.	.	.		5,36
					Neue Bauten					
1960	46,44	1,22	8,63	2,17	6,10	0,36	4,22	2,83	20,13	9,41
1961	52,14	1,26	9,64	2,35	6,86	0,43	4,61	3,30	22,33	11,00
1962	57,90	1,30	9,39	2,78	6,14	0,47	5,43	3,73	24,42	13,63
1963	62,07	1,31	8,99	2,77	5,67	0,55	5,62	4,17	25,58	16,40
1964	72,49	1,45	10,10	3,13	6,29	0,68	5,91	5,15	29,55	20,33
1965	76,55	1,51	11,12	3,46	7,01	0,65	5,83	5,82	32,20	20,07
1966	80,19	1,58	11,34	3,36	7,36	0,62	5,92	6,26	34,50	20,59
1967	73,11	1,48	9,68	3,70	5,36	0,62	5,84	4,33	34,00	17,78
1968	76,67	1,45	8,54	3,08	4,94	0,52	6,52	4,99	35,35	19,82
1969	84,99	1,35	11,32	3,24	7,48	0,60	7,35	5,45	36,75	22,77
1970	105,26	1,26	15,69	3,94	11,05	0,70	9,15	6,83	42,62	29,71
1971	123,23	1,15	17,79	5,09	11,76	0,94	10,77	9,42	52,36	31,74
1972	137,59	1,02	17,32	5,71	10,42	1,19	11,70	12,31	63,47	31,77
1973	145,68	1,09	16,48	5,61	9,59	1,28	12,26	14,59	68,76	32,50
1974	139,92	1,30	15,46	6,00	8,71	0,75	11,66	13,93	60,86	36,71
1975	132,22	1,41	14,96	7,30	7,11	0,55	11,03	12,52	55,82	36,48
1976	141,21	1,57	15,88	7,78	7,59	0,51	11,66	14,35	61,09	36,66
1977	149,25	1,75	.	.	.	.	.	.	65,69	36,03
1978	166,08	1,88	.	.	.	.	.	.	72,00	41,33

[1] Anlagen.
[2] Einschließlich produzierendes Handwerk.
[3]
[4] Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen, sonstige Dienstleistungen (ohne Wohnungsvermietung).

Tabelle 23*

nach Wirtschaftsbereichen

Mrd DM in Preisen von 1970

Alle Wirtschaftsbereiche[1])	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Warenproduzierendes Gewerbe insgesamt	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe[2])	Baugewerbe	Handel und Verkehr[3])	Dienstleistungsunternehmen[4])	Wohnungsvermietung[5])	Staat[6])	Jahr
				Neue Ausrüstungen						
35,09	3,61	21,48	3,56	15,68	2,24	7,08	1,49		1,43	1960
39,27	4,17	24,02	3,70	17,60	2,72	7,80	1,66		1,62	1961
42,31	4,03	26,29	4,19	19,14	2,96	8,43	1,65		1,91	1962
42,52	3,72	25,83	4,14	18,62	3,07	8,81	2,01		2,15	1963
45,98	4,36	28,35	4,49	20,64	3,22	8,72	2,29		2,26	1964
49,44	4,98	29,79	4,13	22,66	3,00	9,32	2,87		2,48	1965
48,86	4,57	29,03	3,70	22,96	2,37	9,36	3,51		2,39	1966
45,40	3,41	26,22	4,15	19,62	2,45	9,17	4,29		2,31	1967
48,70	3,28	28,28	3,68	21,85	2,75	10,57	4,43		2,14	1968
59,98	4,20	35,88	3,36	28,89	3,63	11,91	5,62		2,37	1969
70,46	4,27	43,16	4,24	34,85	4,07	13,21	6,94		2,88	1970
74,64	3,70	45,36	5,66	35,45	4,25	14,68	7,62		3,28	1971
74,16	3,86	43,07	6,46	32,31	4,30	15,87	7,91		3,45	1972
74,55	4,62	40,92	6,58	30,81	3,53	15,36	9,96		3,69	1973
67,54	4,00	37,76	7,13	28,45	2,18	13,14	8,81		3,83	1974
67,73	4,17	35,81	6,86	26,69	2,26	12,98	11,27		3,50	1975
71,78	4,63	35,90	5,79	27,82	2,29	14,10	13,82		3,33	1976
77,11	5,17	.	.	.	.	.	.		3,66	1977 } 7)
83,31	5,35	.	.	.	.	.	.		3,89	1978 } 7)
				Neue Bauten						
75,18	1,87	13,34	3,12	9,65	0,57	6,18	4,64	35,02	14,13	1960
78,86	1,80	14,03	3,19	10,20	0,64	6,36	5,09	36,06	15,52	1961
81,16	1,73	12,68	3,53	8,50	0,65	7,05	5,34	36,55	17,81	1962
82,48	1,65	11,60	3,41	7,46	0,73	7,00	5,65	36,15	20,43	1963
93,14	1,76	12,49	3,75	7,87	0,87	7,17	6,71	39,97	25,04	1964
96,37	1,77	13,41	4,11	8,50	0,80	7,02	7,33	41,84	25,00	1965
98,70	1,79	13,37	3,92	8,70	0,75	6,98	7,68	43,48	25,40	1966
92,28	1,72	11,83	4,46	6,59	0,78	7,12	5,49	43,51	22,61	1967
94,55	1,80	10,44	3,68	6,11	0,65	7,98	6,32	43,70	24,31	1968
98,61	1,58	13,04	3,69	8,65	0,70	8,47	6,41	42,73	26,38	1969
105,26	1,26	15,69	3,94	11,05	0,70	9,15	6,83	42,62	29,71	1970
112,43	1,04	16,45	4,75	10,84	0,86	10,02	8,57	47,26	29,09	1971
119,55	0,87	15,48	5,16	9,27	1,05	10,55	10,70	53,79	28,16	1972
119,37	0,86	14,07	4,84	8,16	1,07	10,58	12,00	54,37	27,49	1973
107,71	0,98	12,50	4,84	7,07	0,59	9,47	10,78	45,08	28,90	1974
100,24	1,04	12,05	5,89	5,73	0,43	8,96	9,63	40,34	28,22	1975
103,85	1,11	12,45	6,10	5,96	0,39	9,22	10,65	42,77	27,65	1976
105,37	1,16	.	.	.	.	.	.	43,89	26,23	1977 } 7)
110,54	1,18	.	.	.	.	.	.	45,35	28,32	1978 } 7)

[5]) Einschließlich Nutzung von Eigentümerwohnungen.
[6]) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbscharakter.
[7]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 24*

Einkommen und Ersparnis

Mrd

Zeitraum	Erwerbs- und Vermögenseinkommen			Anteil der privaten Haushalte am Volkseinkommen[2][3]	Empfangene[4]	Geleistete[5]	Verfügbares Einkommen insgesamt[2]
	insgesamt[2]	Bruttoeinkommen aus			laufende Übertragungen		
		unselbständiger Arbeit	Unternehmertätigkeit und Vermögen[2]				
1960	224,00	144,90	79,10	223,13	42,89	58,73	207,29
1961	246,21	163,44	82,77	245,18	46,95	68,04	224,09
1962	267,40	180,84	86,56	266,28	51,61	76,44	241,45
1963	282,28	193,98	88,30	281,10	55,08	83,12	253,06
1964	311,04	212,08	98,96	309,76	60,73	90,58	279,91
1965	342,10	235,15	106,95	340,67	68,05	99,00	309,72
1966	363,75	253,20	110,55	362,04	74,51	110,26	326,29
1967	366,65	253,07	113,58	364,85	81,81	111,95	334,71
1968	400,94	271,91	129,03	398,89	86,43	123,03	362,29
1969	442,14	305,92	136,22	439,52	93,77	141,67	391,62
1970	520,22	361,32	158,90	516,55	103,05	171,87	447,73
1971	581,30	408,30	173,00	577,03	115,54	200,93	491,64
1972	628,71	448,79	179,92	623,93	131,31	225,11	530,13
1973	702,47	509,47	193,00	695,74	146,52	270,52	571,74
1974	761,77	560,60	201,17	754,13	166,66	301,82	618,97
1975	798,33	583,40	214,93	791,33	202,07	312,90	680,50
1976	862,18	626,32	235,86	855,04	217,86	352,13	720,77
1977 [8]	926,41	669,68	256,73	918,76	233,10	380,51	771,35
1978 [8]	...	711,71	...	...	247,63	398,49	...
1970 1. Hj.	227,98	170,07	57,91	226,25	51,23	78,74	198,74
2. Hj.	270,44	191,25	79,19	268,50	51,82	93,13	227,19
1971 1. Hj.	260,65	195,16	65,49	258,61	56,79	95,14	220,26
2. Hj.	300,49	213,14	87,35	298,26	58,75	105,79	251,22
1972 1. Hj.	289,49	214,06	75,43	287,24	63,74	103,68	247,30
2. Hj.	333,46	234,73	98,73	330,93	67,57	121,43	277,07
1973 1. Hj.	329,98	242,48	87,50	326,91	70,89	126,28	271,52
2. Hj.	372,66	266,99	105,67	369,00	75,63	144,24	300,39
1974 1. Hj.	355,73	268,25	87,48	351,96	81,13	141,42	291,67
2. Hj.	407,52	292,35	115,17	403,65	85,53	160,40	328,78
1975 1. Hj.	377,34	281,07	96,27	373,75	98,31	145,85	326,21
2. Hj.	422,20	302,33	119,87	418,79	103,76	167,05	355,50
1976 1. Hj.	404,88	299,15	105,73	401,40	106,70	164,37	343,73
2. Hj.	458,07	327,17	130,90	454,41	111,16	187,76	377,81
1977 1. Hj.	434,60	321,56	113,04	430,88	113,69	180,18	364,39
2. Hj.	484,07	348,12	135,95	480,14	119,41	200,33	399,22
1978 1. Hj. [8]	457,40	339,35	118,05	453,24	123,18	188,44	387,98
2. Hj.	512,56	372,36	140,20	508,09	124,45	210,05	422,49
1979 1. Hj.	492,11	364,62	127,49	487,35	130,74	200,56	417,53

[1] Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbscharakter.
[2] Für Halbjahre: Ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.
[3] Erwerbs- und Vermögenseinkommen nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden.
[4] Sozialbeiträge, soziale Leistungen, Schadenversicherungsleistungen, übrige laufende Übertragungen.

Tabelle 24*

der privaten Haushalte[1])

DM

Privater Verbrauch	Ersparnis insgesamt	Nicht-entnommene Gewinne[6])	Ersparnis ohne nicht-entnommene Gewinne[6])	Sparquote[7]) (vH)	Empfangene Vermögensübertragungen	Geleistete Vermögensübertragungen	Finanzierungssaldo	Zeitraum
171,84	35,45	19,42	16,03	*8,5*	3,01	3,02	16,02	1960
188,33	35,76	17,28	18,48	*8,9*	4,12	3,72	18,88	1961
204,79	36,66	17,49	19,17	*8,6*	4,52	4,51	19,18	1962
216,79	36,27	12,68	23,59	*9,8*	4,12	4,90	22,81	1963
233,50	46,41	16,80	29,61	*11,3*	4,57	5,86	28,32	1964
257,62	52,10	16,35	35,75	*12,2*	5,22	6,61	34,36	1965
275,06	51,23	14,99	36,24	*11,6*	5,25	7,41	34,08	1966
282,63	52,08	16,08	36,00	*11,3*	5,36	8,95	32,41	1967
300,76	61,53	18,66	42,87	*12,5*	5,74	10,24	38,37	1968
330,83	60,79	9,68	51,11	*13,4*	5,85	11,03	45,93	1969
367,55	80,18	21,80	58,38	*13,7*	8,24	12,71	53,91	1970
407,83	83,81	20,16	63,65	*13,5*	11,10	15,07	59,68	1971
447,75	82,38	5,76	76,62	*14,6*	12,57	19,09	70,10	1972
491,68	80,06	– 0,17	80,23	*14,0*	12,66	20,26	72,63	1973
527,55	91,42	– 1,48	92,90	*15,0*	15,96	23,73	85,13	1974
577,42	103,08	– 1,21	104,29	*15,3*	17,49	25,43	96,35	1975
623,59	97,18	– 0,77	97,95	*13,6*	18,51	29,03	87,43	1976
667,18	104,17	7,74	96,43	*12,6*	19,11	30,70	84,84	1977 } [8])
707,91	...	...	102,56	*12,7*	17,45	33,39	86,62	1978 }
171,20	.	.	27,54	*13,9*	3,47	5,92	25,09	1970 1. Hj.
196,35	.	.	30,84	*13,6*	4,77	6,79	28,82	2. Hj.
191,66	.	.	28,60	*13,0*	4,76	7,08	26,28	1971 1. Hj.
216,17	.	.	35,05	*14,0*	6,34	7,99	33,40	2. Hj.
210,70	.	.	36,60	*14,8*	5,84	8,50	33,94	1972 1. Hj.
237,05	.	.	40,02	*14,4*	6,73	10,59	36,16	2. Hj.
234,97	.	.	36,55	*13,5*	5,90	9,40	33,05	1973 1. Hj.
256,71	.	.	43,68	*14,5*	6,76	10,86	39,58	2. Hj.
250,30	.	.	41,37	*14,2*	7,34	11,18	37,53	1974 1. Hj.
277,25	.	.	51,53	*15,7*	8,62	12,55	47,60	2. Hj.
273,20	.	.	53,01	*16,3*	8,06	11,80	49,27	1975 1. Hj.
304,22	.	.	51,28	*14,4*	9,43	13,63	47,08	2. Hj.
298,08	.	.	45,65	*13,3*	8,52	13,84	40,33	1976 1. Hj.
325,51	.	.	52,30	*13,8*	9,99	15,19	47,10	2. Hj.
317,94	.	.	46,45	*12,7*	9,06	14,54	40,97	1977 1. Hj.
349,24	.	.	49,98	*12,5*	10,05	16,16	43,87	2. Hj.
340,22	.	.	47,76	*12,3*	8,48	16,05	40,19	1978 1. Hj. } [8])
367,69	.	.	54,80	*13,0*	8,97	17,34	46,43	2. Hj.
363,48	.	.	54,05	*12,9*	8,15	17,48	44,72	1979 1. Hj.

[5]) Direkte Steuern, Sozialbeiträge, soziale Leistungen, Nettoprämien für Schadenversicherungen, übrige laufende Übertragungen.
[6]) Nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.
[7]) Ersparnis in vH des verfügbaren Einkommens (jeweils ohne nichtentnommene Gewinne).
[8]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 25*

Käufe der privaten Haushalte im Inland[1])

Mrd DM

Jahr	Insgesamt	Nahrungs- und Genußmittel[2])	Kleidung, Schuhe	Wohnungsmieten u. ä.[3])	Elektrizität, Gas, Brennstoffe	Waren und Dienstleistungen für übrige Haushaltsführung[4])	Verkehr, Nachrichtenübermittlung	Körper- und Gesundheitspflege[4])	Bildung und Unterhaltung[4])	Persönliche Ausstattung u. ä.[5])
	in jeweiligen Preisen									
1960	170,57	63,29	19,68	16,90	5,20	22,05	15,60	8,38	12,24	7,23
1961	186,22	67,90	21,05	19,08	5,62	24,04	18,11	9,00	13,36	8,06
1962	201,87	72,57	22,49	20,22	6,97	26,05	20,76	9,91	14,22	8,68
1963	214,06	75,62	23,41	22,33	8,55	26,86	22,80	10,16	14,90	9,43
1964	230,69	80,69	25,13	24,61	7,99	29,28	25,47	11,00	16,15	10,37
1965	253,88	87,27	28,12	27,09	8,36	31,94	29,28	12,20	18,00	11,62
1966	271,14	91,79	29,66	30,57	8,88	33,71	31,78	13,03	19,05	12,67
1967	279,07	93,86	29,95	33,87	9,32	33,78	31,70	13,27	19,94	13,38
1968	296,95	96,47	31,08	37,77	10,81	35,32	35,75	14,11	21,31	14,33
1969	325,87	102,55	34,13	41,62	11,87	39,26	42,04	15,17	23,39	15,84
1970	360,53	110,26	38,32	44,97	13,19	44,21	49,19	16,48	26,45	17,46
1971	399,12	119,07	42,40	49,40	13,92	50,42	55,68	18,63	29,22	20,38
1972	437,74	128,50	46,98	54,50	15,55	56,10	60,39	20,41	32,29	23,02
1973	478,62	139,26	49,83	60,31	19,41	60,57	64,64	22,77	35,98	25,85
1974	513,70	146,98	53,14	65,84	22,25	64,15	67,61	25,49	39,65	28,59
1975	561,21	157,84	57,57	72,09	25,08	66,94	79,37	27,93	42,91	31,48
1976	607,07	169,65	60,06	77,47	28,57	70,84	90,87	29,70	45,32	34,59
1977[6])	647,90	179,55	63,68	81,59	29,11	77,12	99,14	32,04	48,21	37,46
1978[6])	685,63	187,46	66,90	85,99	31,21	80,72	107,71	33,92	51,33	40,39
	in Preisen von 1970									
1960	223,53	76,68	23,87	31,16	6,89	27,19	19,07	12,42	17,02	9,23
1961	236,06	80,87	24,98	32,31	7,26	28,44	21,71	12,97	17,53	9,99
1962	248,23	84,09	25,92	33,48	8,82	29,33	24,60	13,66	17,74	10,59
1963	256,12	85,78	26,37	34,69	10,49	29,60	26,27	13,61	18,13	11,18
1964	269,32	89,66	27,92	36,03	9,53	31,90	28,87	14,33	19,05	12,03
1965	287,38	94,02	30,53	37,45	9,76	34,09	32,88	15,11	20,57	12,97
1966	295,90	95,86	31,45	38,95	10,26	35,23	34,30	15,03	21,11	13,71
1967	299,57	97,64	31,30	40,42	10,54	35,33	33,38	14,97	21,69	14,30
1968	313,53	101,01	32,58	41,99	11,40	36,87	36,92	15,22	22,74	14,80
1969	337,62	105,23	35,45	43,49	12,44	40,73	43,57	15,96	24,71	16,04
1970	360,53	110,26	38,32	44,97	13,19	44,21	49,19	16,48	26,45	17,46
1971	378,62	114,90	40,06	46,58	13,28	48,11	51,67	17,44	27,88	18,70
1972	393,59	117,36	41,90	48,52	14,27	51,59	52,33	17,95	29,68	19,99
1973	400,95	118,08	41,14	50,74	15,23	53,33	51,90	18,67	31,26	20,60
1974	403,81	119,71	41,15	52,89	15,48	53,18	49,26	19,53	32,06	20,55
1975	416,29	121,90	42,54	54,61	15,82	52,59	55,13	19,84	32,64	21,22
1976	430,59	125,16	42,78	56,03	16,88	53,73	60,23	20,09	33,45	22,24
1977[6])	442,79	125,40	43,25	57,15	17,09	56,48	64,13	20,82	35,11	23,36
1978[6])	457,71	129,62	43,65	58,56	17,81	57,23	68,32	21,44	36,67	24,41

[1]) Hauptgruppen des Systematischen Güterverzeichnisses (1963) für den Privaten Verbrauch.
[2]) Einschließlich Verzehr in Gaststätten.
[3]) Einschließlich Mietwert der Eigentümerwohnungen.
[4]) Soweit nicht in anderen Verwendungszwecken enthalten.
[5]) Sonstige Waren und Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes, der Banken, der Versicherungen u. a.
[6]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 26*

Wirtschaftliche Beziehungen des Staates zu anderen Sektoren der Volkswirtschaft[1]) und zur übrigen Welt

Staat insgesamt (einschließlich Sozialversicherung)

Mrd DM

Jahr	Einnahmen insgesamt[1])	Verkäufe von Verwaltungsleistungen[2])	Eink. aus Unternehmertätigkeit u. Vermögen	Empfangene laufende Übertragungen[3])	Empfangene Vermögensübertragungen	Veränderung der Verbindlichkeiten[4])
1960	113,97	4,72	4,20	101,15	1,39	+ 2,51
1961	128,44	5,14	4,64	114,49	1,09	+ 3,08
1962	140,93	5,74	4,76	125,96	1,31	+ 3,16
1963	152,72	6,23	5,19	134,23	1,23	+ 5,84
1964	165,92	6,97	5,47	145,99	1,60	+ 5,89
1965	179,82	7,73	5,75	156,53	1,70	+ 8,11
1966	192,75	8,65	6,34	168,84	1,64	+ 7,28
1967	205,15	9,36	6,69	172,88	1,74	+ 14,48
1968	218,72	10,14	7,36	186,68	1,85	+ 12,69
1969	243,37	11,08	7,84	220,61	2,00	+ 1,84
1970	277,66	12,32	8,63	245,63	2,47	+ 8,61
1971	319,76	14,79	9,15	279,75	2,72	+ 13,35
1972	356,38	17,39	8,56	311,45	4,04	+ 14,94
1973	419,76	20,68	10,67	368,09	4,31	+ 16,01
1974	462,39	23,68	10,62	399,21	4,96	+ 23,92
1975	519,93	27,12	9,60	412,19	6,03	+ 64,99
1976	559,12	30,90	10,15	464,55	7,55	+ 45,97
1977 } [9])	596,98	32,84	9,72	511,73	6,52	+ 36,17
1978 } [9])	643,04	35,30	11,46	544,45	6,19	+ 45,64

Jahr	Ausgaben insgesamt[1])	Käufe für laufende Produktionszwecke[5])	Käufe für Investitionszwecke[6])	Entgelte für die Beschäftigten	Zinsen auf öffentliche Schulden	Geleistete laufende Übertragungen[7])	Geleistete Vermögensübertragungen	Veränderung der Forderungen[8])
1960	113,97	23,45	9,86	20,76	2,19	41,04	4,68	+ 11,99
1961	128,44	26,08	11,56	23,78	2,21	45,14	7,05	+ 12,62
1962	140,93	31,34	14,44	25,97	2,41	49,35	8,99	+ 8,43
1963	152,72	35,41	17,24	28,81	2,66	52,70	6,35	+ 9,55
1964	165,92	36,10	21,08	31,43	2,91	58,02	7,36	+ 9,02
1965	179,82	39,90	21,11	35,79	3,24	66,39	7,86	+ 5,53
1966	192,75	42,29	21,51	39,95	4,13	71,03	7,38	+ 6,46
1967	205,15	45,05	19,19	42,37	5,20	77,91	7,88	+ 7,55
1968	218,72	45,77	21,12	45,19	5,40	85,08	7,98	+ 8,18
1969	243,37	50,96	24,33	51,20	5,86	91,78	10,64	+ 8,60
1970	277,66	56,66	31,24	60,14	6,60	99,79	12,43	+ 10,80
1971	319,76	67,95	34,00	71,89	7,43	110,90	15,39	+ 12,20
1972	356,38	75,80	34,51	80,76	8,48	128,49	17,42	+ 10,92
1973	419,76	87,89	35,97	94,03	10,22	145,75	18,96	+ 26,94
1974	462,39	102,83	41,13	109,16	12,20	164,44	22,27	+ 10,36
1975	519,93	118,24	40,82	118,53	14,23	200,07	22,84	+ 5,20
1976	559,12	126,64	40,56	124,98	17,50	215,33	28,29	+ 5,82
1977 } [9])	596,98	132,39	40,56	133,48	20,66	233,96	30,38	+ 5,55
1978 } [9])	643,04	142,40	46,34	141,87	22,01	251,39	29,38	+ 9,65

Fußnoten siehe Seite 266 und 267.

noch Tabelle 26*

Wirtschaftliche Beziehungen des Staates zu anderen Sektoren der Volkswirtschaft[1]) und zur übrigen Welt

Gebietskörperschaften

Mrd DM

Jahr	Einnahmen insgesamt[1])	Verkäufe von Verwaltungsleistungen[2])	Eink. aus Unternehmertätigkeit u. Vermögen	Empfangene laufende Übertragungen[3])	Empfangene Vermögensübertragungen	Veränderung der Verbindlichkeiten[4])
1960	85,14	4,71	2,89	73,18	1,39	+ 2,97
1961	98,55	5,13	3,16	83,82	1,09	+ 5,35
1962	105,91	5,72	3,23	91,97	1,31	+ 3,68
1963	115,01	6,21	3,29	97,71	1,23	+ 6,57
1964	125,87	6,95	3,40	106,87	1,60	+ 7,05
1965	135,97	7,71	3,48	113,36	1,70	+ 9,72
1966	143,78	8,64	3,65	120,97	1,64	+ 8,88
1967	154,88	9,36	3,80	123,89	1,74	+ 16,09
1968	161,24	10,14	4,51	132,50	1,85	+ 12,24
1969	177,51	11,03	5,10	157,92	2,00	+ 1,46
1970	200,75	12,27	5,46	171,29	2,47	+ 9,26
1971	233,27	14,76	5,60	194,73	2,72	+ 15,46
1972	255,86	17,34	4,60	213,82	3,08	+ 17,02
1973	301,58	20,61	4,90	252,30	3,30	+ 20,47
1974	329,44	23,66	5,25	271,21	3,78	+ 25,54
1975	375,26	27,10	4,46	272,62	4,09	+ 66,99
1976	388,56	30,88	5,38	306,30	4,99	+ 41,01
1977 } [9])	419,67	32,83	5,70	341,79	4,96	+ 34,39
1978 } [9])	455,27	35,28	7,99	362,99	5,05	+ 43,96

Jahr	Ausgaben insgesamt[1])	Käufe für laufende Produktionszwecke[5])	Käufe für Investitionszwecke[6])	Entgelte für die Beschäftigten	Zinsen auf öffentliche Schulden	Geleistete laufende Übertragungen[7])	Geleistete Vermögensübertragungen	Veränderung der Forderungen[8])
1960	79,14	16,22	9,67	19,50	2,19	17,39	4,67	+ 9,50
1961	89,84	18,03	11,45	22,38	2,21	18,98	7,01	+ 9,78
1962	98,68	22,31	14,26	24,46	2,41	20,63	8,95	+ 5,66
1963	107,27	25,48	17,06	27,17	2,66	21,59	6,33	+ 6,98
1964	117,28	25,19	20,92	29,66	2,91	24,95	7,32	+ 6,33
1965	126,84	27,21	20,95	33,83	3,24	30,50	7,81	+ 3,30
1966	133,69	27,26	21,30	37,80	4,13	31,30	7,32	+ 4,58
1967	143,84	28,80	18,95	40,11	5,20	32,89	7,81	+ 10,08
1968	150,03	27,80	20,94	42,83	5,40	37,04	7,92	+ 8,10
1969	165,96	30,84	24,14	48,57	5,86	39,31	10,59	+ 6,65
1970	188,96	33,59	31,07	57,04	6,60	44,03	12,39	+ 4,24
1971	220,55	39,48	33,75	68,29	7,43	49,41	15,34	+ 6,85
1972	240,21	42,30	34,23	76,65	8,48	57,91	17,35	+ 3,29
1973	283,73	47,72	35,58	89,14	10,22	65,30	18,83	+ 16,94
1974	309,18	53,91	40,49	103,28	12,20	70,18	22,07	+ 7,05
1975	347,91	60,77	40,17	112,02	14,23	88,17	22,62	+ 9,93
1976	360,25	64,49	40,01	118,15	17,50	92,73	27,60	− 0,23
1977 } [9])	391,79	67,27	40,02	126,32	20,66	100,33	29,35	+ 7,84
1978 } [9])	423,63	73,03	45,88	134,35	22,01	110,02	28,13	+ 10,21

[1]) Ohne Einnahmen von bzw. Ausgaben an andere Körperschaften des Staatssektors, jedoch einschließlich der Verkäufe bzw. Käufe von Gesundheitsleistungen an die bzw. von der Sozialversicherung sowie der vom Staat gezahlten indirekten Steuern.

[2]) Einschließlich Verkäufe von gebrauchten Anlagen und Land.

[3]) Steuern, Sozialbeiträge, Schadenversicherungsleistungen, Strafen, Verwaltungsgebühren der privaten Haushalte, Erstattungen von Sozialleistungen, Beiträge des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds u. ä.

[4]) Nach Berechnungen der Deutschen Bundesbank; einschließlich statistischer Differenz. Ohne Kreditaufnahme von anderen Körperschaften des Staatssektors; Tilgungsausgaben sind abgezogen.

noch Tabelle 26*

Wirtschaftliche Beziehungen des Staates zu anderen Sektoren der Volkswirtschaft[1]) und zur übrigen Welt

Sozialversicherung

Mrd DM

Jahr	Einnahmen insgesamt[1])	Verkäufe von Verwaltungsleistungen[2])	Eink. aus Unternehmertätigkeit u. Vermögen	Empfangene		Veränderung der Verbindlichkeiten[4])
				laufende Übertragungen[3])	Vermögensübertragungen	
1960	28,83	0,01	1,31	27,97	–	− 0,46
1961	29,89	0,01	1,48	30,67	–	− 2,27
1962	35,02	0,02	1,53	33,99	–	− 0,52
1963	37,71	0,02	1,90	36,52	–	− 0,73
1964	40,05	0,02	2,07	39,12	–	− 1,16
1965	43,85	0,02	2,27	43,17	–	− 1,61
1966	48,97	0,01	2,69	47,87	–	− 1,60
1967	50,27	0,00	2,89	48,99	–	− 1,61
1968	57,48	0,00	2,85	54,18	–	+ 0,45
1969	65,86	0,05	2,74	62,69	–	+ 0,38
1970	76,91	0,05	3,17	74,34	–	− 0,65
1971	86,49	0,03	3,55	85,02	–	− 2,11
1972	100,52	0,05	3,96	97,63	0,96	− 2,08
1973	118,18	0,07	5,77	115,79	1,01	− 4,46
1974	132,95	0,02	5,37	128,00	1,18	− 1,62
1975	144,67	0,02	5,14	139,57	1,94	− 2,00
1976	170,56	0,02	4,77	158,25	2,56	+ 4,96
1977	177,31	0,01	4,02	169,94	1,56	+ 1,78
1978	187,77	0,02	3,47	181,46	1,14	+ 1,68

Jahr	Ausgaben insgesamt[1])	Käufe für		Entgelte für die Beschäftigten	Zinsen auf öffentliche Schulden	Geleistete		Veränderung der Forderungen[8])
		laufende Produktionszwecke[5])	Investitionszwecke[6])			laufende Übertragungen[7])	Vermögensübertragungen	
1960	34,83	7,23	0,19	1,26	–	23,65	0,01	+ 2,49
1961	38,60	8,05	0,11	1,40	–	26,16	0,04	+ 2,84
1962	42,25	9,03	0,18	1,51	–	28,72	0,04	+ 2,77
1963	45,45	9,93	0,18	1,64	–	31,11	0,02	+ 2,57
1964	48,64	10,91	0,16	1,77	–	33,07	0,04	+ 2,69
1965	52,98	12,69	0,16	1,96	–	35,89	0,05	+ 2,23
1966	59,06	15,03	0,21	2,15	–	39,73	0,06	+ 1,88
1967	61,31	16,25	0,24	2,26	–	45,02	0,07	− 2,53
1968	68,69	17,97	0,18	2,36	–	48,04	0,06	+ 0,08
1969	77,41	20,12	0,19	2,63	–	52,47	0,05	+ 1,95
1970	88,70	23,07	0,17	3,10	–	55,76	0,04	+ 6,56
1971	99,21	28,47	0,25	3,60	–	61,49	0,05	+ 5,35
1972	116,17	33,50	0,28	4,11	–	70,58	0,07	+ 7,63
1973	136,03	40,17	0,39	4,89	–	80,45	0,13	+ 10,00
1974	153,21	48,92	0,64	5,88	–	94,26	0,20	+ 3,31
1975	172,02	57,47	0,65	6,51	–	111,90	0,22	− 4,73
1976	198,87	62,15	0,55	6,83	–	122,60	0,69	+ 6,05
1977	205,19	65,12	0,54	7,16	–	133,63	1,03	− 2,29
1978	219,41	69,37	0,46	7,52	–	141,37	1,25	− 0,56

[5]) Einschließlich Käufe für Investitionen in eigener Regie, Vorratsveränderung sowie der vom Staat gezahlten indirekten Steuern.
[6]) Einschließlich Käufe von gebrauchten Anlagen und
[7]) Subventionen, soziale Leistungen, Nettoprämien für Schadenversicherungen, Zuschüsse an die Bundesbahn u. ä. zur Deckung außergewöhnlicher Pensionslasten, Beiträge an die Europäischen Gemeinschaften und andere internationale Organisationen, Zahlungen an die Stationierungsstreitkräfte, unentgeltliche Ausfuhren im Rahmen der Entwicklungshilfe, vertragliche Zahlungen an die DDR u.a.m.
[8]) Nach Berechnungen der Deutschen Bundesbank.
[9]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 27*

Vermögensbildung und ihre Finanzierung

Mrd DM

Zeitraum	Inländische nichtfinanzielle Sektoren							Ausland[4]	Finanzielle Sektoren zusammen[1][5]	Sektoren insgesamt[1]
	private Haushalte	Unternehmen einschl.[1] Wohnungswirtschaft	Unternehmen ohne Wohnungswirtschaft	Unternehmen Wohnungswirtschaft	Gebietskörperschaften[2]	Sozialversicherung[3]	zusammen[1]			
	I. Ersparnis und Vermögensübertragungen									
1965	34,19	27,39	18,01	9,38	12,36	3,93	77,87	6,61	2,31	86,79
1966	33,72	26,94	15,54	11,40	14,58	3,62	78,86	– 0,49	2,73	81,10
1967	31,76	28,88	15,58	13,30	10,40	– 0,74	70,30	–10,25	2,50	62,56
1968	37,95	34,77	20,71	14,06	14,03	– 0,27	86,48	–11,67	2,83	77,64
1969	44,76	28,38	18,73	9,65	26,19	1,68	101,01	– 7,89	3,75	96,87
1970	53,91	34,91	24,14	10,77	22,53	7,28	118,63	– 3,19	5,30	120,74
1971	59,68	32,65	16,87	15,78	21,16	7,60	121,09	– 2,32	6,18	124,95
1972	70,10	31,03	16,10	14,93	15,73	9,87	126,73	– 2,98	6,86	130,61
1973	72,63	26,29	14,74	11,55	26,73	14,72	140,37	–11,50	8,03	136,90
1974	85,13	21,10	4,60	16,50	16,53	5,43	128,19	–25,30	11,74	114,63
1975	96,35	21,58	9,12	12,46	–22,10	– 2,22	93,61	– 9,04	11,64	96,21
1976	87,43	34,69	21,93	12,76	– 7,78	1,49	115,83	– 8,20	12,47	120,10
1977	84,84	34,64	26,86	7,78	6,75	– 3,70	122,53	– 9,21	12,97	126,29
1978 [6]	86,62	55,91	55,41	0,50	4,35	– 1,98	144,90	–17,88	13,99	141,01
1979 1. Hj.	44,68	31,16	33,14	– 1,98	1,53	– 4,12	73,25	0,33	3,74	77,32
	II. Nettoinvestitionen (Sachvermögensbildung)									
1965	—	66,56	39,89	26,67	18,68	0,24	85,48	—	1,31	86,79
1966	—	60,50	32,16	28,34	18,73	0,32	79,55	—	1,55	81,10
1967	—	44,43	17,10	27,33	16,28	0,32	61,03	—	1,52	62,56
1968	—	57,67	30,10	27,57	18,03	0,24	75,94	—	1,70	77,64
1969	—	73,61	45,84	27,77	20,86	0,26	94,73	—	2,13	96,87
1970	—	90,84	59,28	31,56	27,29	0,32	118,45	—	2,29	120,74
1971	—	92,55	52,95	39,60	29,51	0,30	122,36	—	2,59	124,95
1972	—	97,91	48,35	49,56	29,30	0,35	127,56	—	3,05	130,61
1973	—	102,94	49,92	53,02	29,85	0,66	133,45	—	3,45	136,90
1974	—	75,57	33,00	42,57	34,80	0,62	110,99	—	3,63	114,63
1975	—	57,46	21,58	35,88	34,57	0,61	92,64	—	3,57	96,21
1976	—	82,53	42,48	40,05	33,59	0,50	116,62	—	3,48	120,10
1977	—	89,49	46,48	43,01	33,12	0,49	123,09	—	3,20	126,29
1978 [6]	—	100,22	52,74	47,48	38,13	0,39	138,74	—	2,27	141,01
1979 1. Hj.	—	58,72	37,29	21,43	17,67	0,13	76,52	—	0,80	77,32
	III. Geldvermögensbildung									
1965	36,04	11,52	12,02	– 0,04	3,30	3,72	53,09	10,32	47,88	111,29
1966	34,34	8,51	8,75	0,33	4,58	3,33	49,31	7,76	46,26	103,32
1967	33,49	18,42	18,65	0,28	10,08	– 0,92	59,46	4,63	60,05	124,14
1968	41,24	18,16	17,82	0,62	8,10	– 0,61	67,58	12,89	78,54	159,01
1969	49,79	19,38	20,06	– 0,32	6,64	1,35	77,77	12,19	81,48	171,43
1970	58,16	23,31	24,11	– 0,56	4,24	6,94	92,27	33,13	102,16	227,57
1971	66,74	29,39	29,63	0,11	6,85	7,38	108,33	20,64	113,14	242,10
1972	80,17	34,63	34,54	0,64	3,29	9,59	125,72	18,75	137,12	281,60
1973	77,72	23,81	23,58	0,75	16,94	13,93	128,48	26,11	131,35	285,94
1974	85,51	31,51	32,27	– 0,36	7,04	4,83	127,38	16,82	115,28	259,48
1975	103,81	29,50	29,84	– 0,14	12,74	– 0,32	138,54	29,20	166,59	334,33
1976	101,59	43,23	42,75	0,55	0,40	0,95	151,21	36,42	157,86	345,48
1977	99,55	42,37	41,29	1,00	8,08	– 4,16	147,93	29,58	167,11	344,62
1978 [6]	104,38	52,24	50,70	1,50	8,72	– 2,31	165,05	39,23	225,03	429,30
1979 1. Hj.	54,51	18,59	17,82	0,75	1,58	– 4,20	71,65	7,40	69,20	148,24

noch Tabelle 27*

Vermögensbildung und ihre Finanzierung

Mrd DM

Zeitraum	Inländische nichtfinanzielle Sektoren							Ausland[4]	Finanzielle Sektoren zusammen[1][5]	Sektoren insgesamt[1]
	private Haushalte	Unternehmen einschl.[1] Wohnungswirtschaft	Unternehmen ohne Wohnungswirtschaft	Wohnungswirtschaft	Gebietskörperschaften[2]	Sozialversicherung[3]	zusammen[1]			
	IV. Kreditaufnahme und Aktienemission									
1965	1,85	50,69	33,90	17,25	9,62	0,03	60,70	3,71	46,88	111,29
1966	0,62	42,06	25,36	17,27	8,73	0,03	49,99	8,25	45,08	103,32
1967	1,73	33,97	20,17	14,31	15,96	0,14	50,19	14,88	59,07	124,14
1968	3,29	41,06	27,22	14,13	12,10	– 0,10	57,04	24,56	77,41	159,01
1969	5,03	64,61	47,18	17,80	1,31	– 0,07	71,49	20,08	79,86	171,43
1970	4,25	79,24	59,25	20,23	9,00	– 0,02	92,09	36,32	99,15	227,57
1971	7,06	89,28	65,70	23,93	15,20	0,08	109,59	22,96	109,56	242,10
1972	10,07	101,50	66,79	35,27	16,86	0,07	126,55	21,73	133,31	281,60
1973	5,09	100,47	58,76	42,22	20,06	– 0,13	121,56	37,61	126,77	285,94
1974	0,38	85,99	60,67	25,71	25,31	0,02	110,19	42,12	107,17	259,48
1975	7,46	65,38	42,29	23,28	69,41	2,51	137,56	38,24	158,52	334,33
1976	14,16	91,08	63,31	27,84	41,77	– 0,04	152,00	44,62	148,86	345,48
1977	14,71	97,21	60,90	36,23	34,45	0,03	148,49	38,79	157,34	344,62
1978 [6]	17,76	96,54	48,02	48,48	42,50	0,06	158,88	57,11	213,32	429,30
1979 1. Hj. [6]	9,83	46,15	21,97	24,16	17,72	0,05	74,92	7,07	66,26	148,24
	V. Finanzierungssaldo[7] (= I./. II oder III ./. IV)									
1965	34,19	– 39,17	–21,88	–17,29	– 6,32	3,69	– 7,61	6,61	1,00	—
1966	33,72	– 33,55	–16,61	–16,94	– 4,15	3,30	– 0,68	– 0,49	1,17	—
1967	31,76	– 15,55	– 1,52	–14,03	– 5,88	– 1,06	9,27	–10,25	0,98	—
1968	37,95	– 22,90	– 9,39	–13,51	– 4,00	– 0,51	10,54	–11,67	1,13	—
1969	44,76	– 45,24	–27,12	–18,12	5,33	1,42	6,27	– 7,89	1,62	—
1970	53,91	– 55,93	–35,14	–20,79	– 4,76	6,96	0,18	– 3,19	3,01	—
1971	59,68	– 59,89	–36,07	–23,82	– 8,35	7,30	– 1,26	– 2,32	3,58	—
1972	70,10	– 66,88	–32,25	–34,63	–13,57	9,52	– 0,83	– 2,98	3,81	—
1973	72,63	– 76,65	–35,18	–41,47	– 3,12	14,06	6,92	–11,50	4,58	—
1974	85,13	– 54,48	–28,41	–26,08	–18,27	4,81	17,19	–25,30	8,11	—
1975	96,35	– 35,88	–12,46	–23,42	–56,67	– 2,83	0,97	– 9,04	8,07	—
1976	87,43	– 47,85	–20,56	–27,29	–41,37	0,99	– 0,80	– 8,20	9,00	—
1977	84,84	– 54,84	–19,61	–35,23	–26,37	– 4,19	– 0,56	– 9,21	9,77	—
1978 [6]	86,62	– 44,30	2,68	–46,98	–33,78	– 2,37	6,17	–17,88	11,71	—
1979 1. Hj. [6]	44,68	– 27,56	– 4,15	–23,41	–16,14	– 4,25	– 3,27	0,33	2,94	—

*) _ wurden intersektorale Ströme nicht mitaddiert.
[2]) Einschließlich Lastenausgleichfonds und ERP-Sondervermögen.
[3]) Stellen.
[4]) Einschließlich DDR.
[5]) Banken, Bausparkassen, Versicherungen (einschließlich Pensionskassen).
[6]) Vorläufige Ergebnisse.
[7]) Finanzierungsüberschuß bzw. -defizit (–) oder Nettoveränderungen der Forderungen bzw. Verpflichtungen.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 28*

Einnahmen und Ausgaben der öffentlichen Haushalte

Mio DM

Zeitraum	Einnahmen			Ausgaben					Finanzierungssaldo	Kredite (netto)
	insgesamt	darunter		insgesamt	darunter					
		Steuern	Zuweisungen		Personalausgaben	laufende Zuschüsse	Zinsausgaben	Sachinvestitionen		
	Öffentlicher Gesamthaushalt[1])									
1965	129 871	106 160	.	139 302	37 379	33 289	3 488	23 472	− 9362	6 917
1966	137 434	112 708	.	145 023	41 584	35 326	4 372	23 358	− 7 660	5 815
1967	141 681	114 976	.	153 786	44 120	36 874	5 379	22 780	−12 112	12 964
1968	151 289	122 006	.	158 828	46 869	40 954	5 652	23 040	− 7 383	10 711
1969	176 933	145 588	.	174 550	52 845	43 153	6 239	26 389	+ 2 453	2 460
1970	188 290	154 043	.	196 315	61 418	46 871	6 791	32 240	− 8 087	6 494
1971	211 178	172 258	.	226 484	73 360	53 005	7 674	37 568	−15 615	13 926
1972	239 221	196 982	.	252 124	81 869	60 852	8 772	39 125	−13 086	15 380
1973	271 473	224 831	.	280 485	93 899	67 122	10 505	41 354	− 8 822	11 398
1974	290 962	239 589	.	318 349	108 711	75 979	12 471	46 132	−27 255	22 459
1975	296 645	242 084	.	360 511	118 107	98 992	14 511	46 034	−63 843	53 627
1976	328 463	267 514	.	376 527	124 060	104 987	17 806	43 604	−48 033	46 749
1977[2])	366 080	299 483	.	398 034	132 421	111 106	20 876	44 254	−31 964	32 062
1978[3])	393 097	319 120	.	433 607	140 367	123 247	21 953	48 341	−40 474	40 577
	Bund									
1965	63 126	59 031	155	64 192	9 114	22 424	1 166	3 772	− 997	113
1966	65 758	62 253	163	66 879	10 244	23 915	1 527	3 884	− 1 192	218
1967	67 038	63 118	166	74 643	10 898	25 264	2 009	4 665	− 7 612	6 642
1968	70 695	66 179	157	75 771	11 421	28 104	1 917	4 151	− 4 920	5 757
1969	83 370	78 588	91	82 262	12 833	30 402	2 191	5 009	+ 1 178	1
1970	88 401	83 706	104	87 987	14 548	32 590	2 460	5 640	+ 352	1 107
1971	97 396	92 226	114	98 482	17 020	35 169	2 597	6 408	− 1 395	1 441
1972	106 337	101 706	128	111 098	18 956	39 671	2 798	6 628	− 4 789	3 976
1973	119 787	114 958	151	122 561	21 269	43 158	3 330	6 487	− 2 593	2 677
1974	123 571	118 663	162	134 043	24 031	47 282	4 234	7 104	−10 346	9 475
1975	123 788	119 211	192	158 796	25 447	62 105	5 211	7 806	−34 985	29 925
1976	136 626	130 900	214	165 197	26 249	65 722	6 880	7 005	−28 540	25 783
1977	149 755	144 004	238	172 386	27 466	66 530	8 535	7 205	−22 641	21 819
1978	163 152	154 087	257	189 658	28 770	75 130	9 562	7 657	−26 463	26 088

[1]) Einschließlich Bund, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EG-Anteile, Länder, Gemeinden/Gv.
[2]) F Vierteljahresstatistik. Krankenhäuser der Länder und Gemeinden eingeschlossen. Mit Vorjahr nur bedingt vergleichbar.

noch Tabelle 28*

Einnahmen und Ausgaben der öffentlichen Haushalte

Mio DM

Zeitraum	Einnahmen			Ausgaben					Finanzierungssaldo	Kredite (netto)
	insgesamt	darunter		insgesamt	darunter					
		Steuern	Zuweisungen		Personalausgaben	laufende Zuschüsse	Zinsausgaben	Sachinvestitionen		
	Länder									
1965	50 475	33 659	7 021	54 549	19 016	5 453	768	4 683	− 4 074	2 666
1966	54 122	36 260	7 559	57 875	21 019	5 463	964	4 661	− 3 753	2 622
1967	56 704	37 595	7 587	60 145	22 316	5 624	1 250	4 522	− 3 441	3 885
1968	62 245	40 923	9 020	63 380	23 861	6 820	1 479	4 531	− 1 135	2 270
1969	69 453	48 348	8 365	67 777	26 880	6 409	1 607	4 940	+ 1 676	− 339
1970	74 588	52 158	8 277	77 649	31 649	7 097	1 675	6 397	− 3 061	1 968
1971	83 997	58 563	9 660	89 533	38 076	8 035	2 000	6 958	− 5 536	4 666
1972	98 945	69 226	11 526	100 382	42 380	9 309	2 319	6 727	− 1 437	3 453
1973	113 867	79 216	13 176	115 849	48 941	10 756	2 704	7 369	− 1 982	2 578
1974	124 952	87 353	13 888	134 054	56 820	12 773	3 149	8 655	− 9 102	7 737
1975	126 397	85 573	15 312	146 275	62 302	16 086	3 881	8 588	−19 878	17 003
1976	138 879	94 953	16 226	154	66 169	16 393	5 224	8 124	−15 509	15 872
1977[2])	153 497	107 761	17 679	161 588	70 817	17 324	6 383	8 379	− 8 091	8 437
1978[3])	164 126	115 548	19 334	176 621	75 178	19 668	6 874	8 682	−12 479	12 427
	Gemeinden und Gemeindeverbände									
1965	34 697	11 809	7 727	39 194	9 249	3 603	1 299	15 017	− 4 497	4 512
1966	37 664	12 662	8 452	41 219	10 321	4 171	1 592	14 813	− 3 555	3 510
1967	39 491	12 697	8 656	41 217	10 906	4 333	1 807	13 593	− 1 726	2 691
1968	41 479	13 324	8 894	43 398	11 587	4 353	1 920	14 358	− 1 919	2 613
1969	48 173	17 159	9 549	48 634	13 132	4 728	2 075	16 440	− 461	2 918
1970	50 834	16 597	10 513	56 713	15 221	5 384	2 404	20 202	− 5 879	3 680
1971	58 467	19 183	11 803	67 653	18 264	6 494	2 810	24 201	− 9 186	7 973
1972	67 824	23 130	13 709	74 976	20 533	8 100	3 394	25 770	− 7 152	8 239
1973	79 131	27 275	15 957	84 353	23 689	8 975	4 205	27 497	− 5 222	7 231
1974	87 540	29 544	17 144	95 832	27 861	11 091	4 839	30 372	− 8 289	5 674
1975	92 025	30 220	18 000	101,228	30 358	12 864	5 246	29 640	− 9 203	6 762
1976	99 883	33 860	18 294	103 815	31 642	14 064	5 532	28 475	− 3 932	5 026
1977[2])	109 791	38 487	21 022	111 936	34 138	16 561	5 828	28 670	− 2 145	2 944
1978[3])	116 707	39 835	23 468	119 075	36 419	16 921	5 414	32 002	− 2 368	3 002

[3]) Ist-Ergebnisse, für Länder und Gemeinden Ergebnisse der Vierteljahresstatistik einschließlich Sonderrechnungen der Länder und Krankenhäuser der Länder und Gemeinden.

Quelle: BMF

Tabelle 29*

Kassenmäßige Steuereinnahmen

Mio DM

Zeitraum	Insgesamt	darunter						
		Lohn-	Veranlagte Einkommen-	Körper-schaft-	Steuern vom Umsatz [1]			Mineral-öl-steuer
		steuer			insgesamt	Umsatz-(Mehrwert-)	Einfuhr-umsatz-	
						steuer		
1950 [2]	18 802	1 807	2 087	1 449	4 987	.	.	73
1951	25 183	2 797	2 303	2 273	7 148	.	.	463
1952	31 215	3 658	3 925	2 780	8 736	.	.	590
1953	34 320	3 740	4 870	2 990	9 104	.	.	734
1954	35 894	3 875	4 588	3 071	9 766	.	.	781
1955	39 736	4 402	4 352	3 111	11 337	.	.	1 136
1956	44 530	5 402	4 728	3 637	12 437	.	.	1 415
1957	47 935	5 289	5 879	4 506	12 882	.	.	1 642
1958	50 188	5 932	5 473	5 190	13 506	.	.	1 665
1959	56 644	5 855	7 323	5 118	14 943	.	.	2 145
1960	66 627	8 102	8 963	6 510	16 917	.	.	2 664
1961	76 705	10 453	10 817	7 473	18 670	.	.	3 325
1962	84 480	12 315	12 218	7 790	20 036	.	.	3 699
1963	89 735	13 844	13 451	7 688	20 922	.	.	4 139
1964	98 061	16 092	14 101	8 018	22 845	.	.	6 071
1965	104 460	16 738	14 798	8 170	25 103	.	.	7 428
1966	111 154	19 055	16 075	7 687	25 989	.	.	8 016
1967	113 350	19 558	15 782	7 061	25 628	.	.	9 423
1968	120 378	22 080	16 272	8 553	25 779	18 786	6 994	9 875
1969	146 928	27 057	16 989	10 895	37 141	26 816	10 324	10 601
1970	152 328	35 086	16 001	8 716	38 125	26 791	11 334	11 512
1971	170 811	42 803	18 340	7 167	42 897	30 869	12 028	12 417
1972	195 510	49 770	23 140	8 495	46 981	34 153	12 828	14 227
1973	223 489	61 255	26 452	10 887	49 486	34 922	14 563	16 589
1974	238 179	71 960	26 793	10 403	51 170	32 852	18 317	16 052
1975	241 097	71 191	28 001	10 054	54 082	35 721	18 361	17 121
1976	266 582	80 609	30 860	11 840	58 459	36 559	21 900	18 121
1977	298 287	90 773	35 508	16 830	62 684	39 357	23 327	19 184
1978	318 165	92 013	37 426	19 824	73 266	46 635	26 631	20 462
1976 1. Vj.	58 661	17 636	7 496	2 431	15 346	10 292	5 054	3 048
2. Vj.	60 439	16 855	6 339	2 060	14 259	8 672	5 587	4 395
3. Vj.	66 244	20 589	7 683	3 064	13 745	8 283	5 462	4 610
4. Vj.	81 236	25 529	9 343	4 286	15 109	9 313	5 796	6 068
1977 1. Vj.	66 642	20 014	8 793	3 557	16 210	10 546	5 664	3 196
2. Vj.	68 625	19 690	7 752	3 640	14 950	9 044	5 906	4 646
3. Vj.	74 527	23 136	8 809	4 382	15 022	9 254	5 768	5 001
4. Vj.	88 476	27 934	10 153	5 251	16 503	10 514	5 989	6 342
1978 1. Vj.	73 026	20 362	9 705	4 888	19 965	13 631	6 334	3 417
2. Vj.	73 106	19 226	8 571	4 254	17 228	10 543	6 685	4 889
3. Vj.	78 253	23 579	9 110	4 818	17 206	10 686	6 520	4 876
4. Vj.	93 781	28 846	10 040	5 864	18 867	11 776	7 091	7 280
1979 1. Vj.	76 139	21 360	9 831	5 623	20 347	13 299	7 048	3 273
2. Vj.	79 476	20 768	8 792	5 415	19 449	11 462	7 987	5 064
3. Vj. [3]	...	25 019	9 452	5 531	21 882	13 262	8 620	5 510

[1] Ohne stillgelegte Investitionssteuer (August 1973 bis Dezember 1974).
[2] Ohne Saarland.
[3] Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 30*

Verschuldung der öffentlichen Haushalte[1])

Mio DM

Ende des Zeitraumes	Insgesamt[2]) [3])	nach Kreditnehmern			nach ausgewählten Schuldarten			
		Bund[4])	Länder[5])	Gemeinden[3]) [6])	Anleihen[7])	Bankkredite	Darlehen von Nichtbanken	
							Sozialversicherungen[8])	Sonstige
1950	20 634	7 290	12 844	500	—	465	150	140
1951	22 365	8 220	13 294	850	49	745	290	205
1952	24 044	8 897	13 717	1 430	419	1 280	435	335
1953	33 901	16 726	14 563	2 320	1 126	2 120	1 323	657
1954	38 699	17 894	15 018	3 600	1 678	2 880	1 787	1 059
1955	40 943	17 868	15 523	4 670	2 022	3 660	2 019	1 371
1956	41 892	17 614	15 741	5 610	1 726	4 340	2 239	1 623
1957	43 614	19 723	13 963	7 010	1 780	5 410	2 433	1 835
1958	46 122	20 077	14 708	8 370	2 303	7 575	2 483	1 883
1959	49 084	20 986	14 920	9 630	3 058	9 450	2 472	1 998
1960	52 182	22 572	14 695	11 169	3 528	10 600	2 667	2 604
1961	56 564	25 941	13 903	12 805	4 810	11 693	4 687	2 811
1962	59 984	27 256	13 402	15 068	5 700	13 227	4 880	3 235
1963	66 687	30 136	13 329	17 686	7 712	15 582	5 066	4 399
1964	73 107	31 338	14 291	21 264	8 974	19 656	5 657	5 121
1965	82 981	33 017	17 401	25 844	11 195	24 749	6 591	6 339
1966	92 291	35 581	20 328	29 465	12 092	29 519	7 245	7 868
1967	107 175	43 468	24 188	31 986	14 230	34 114	8 387	8 690
1968	115 870	47 192	26 339	34 186	16 074	42 536	6 957	9 221
1969	116 141	45 360	25 771	36 663	16 266	50 051	6 101	9 884
1970	125 890	47 323	27 786	40 295	17 491	59 523	5 725	11 104
1971	140 399	48 764	33 037	47 927	20 249	70 665	6 511	12 592
1972	156 063	55 299	36 963	55 984	24 971	81 874	7 374	14 667
1973	167 754	61 356	39 462	59 900	27 379	92 077	14 392	6 222
1974	192 383	72 138	47 323	66 375	30 940	107 755	16 954	6 969
1975	256 389	108 502	67 001	74 411	40 680	150 102	18 426	7 638
1976	296 650	128 449	81 805	79 830	52 101	180 908	12 953	9 581
1977	328 484	150 150	89 583	83 345	63 498	195 206	10 342	10 925
1978	370 811	177 518	102 139	86 700	69 913	227 049	10 144	11 118
1978 Mär	339 824	159 630	91 151	83 600	66 240	202 502	10 254	11 626
Jun	345 293	163 606	92 699	84 200	66 302	205 855	10 548	10 609
Sep	361 987	175 615	96 675	85 100	67 667	217 718	10 311	10 855
Dez	370 811	177 518	102 139	86 700	69 913	227 049	10 144	11 118
1979 Mär	382 346	184 920	105 627	86 750	70 512	237 018	10 287	12 640
Jun	393 376	192 998	107 733	87 750	74 340	246 312	10 165	14 180

[1]) Ohne Verschuldung der Haushalte untereinander.
[2]) Bund, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, Auftragsfinanzierung Öffa, Länder, Gemeinden. Änderungen der Berichterstattung werden in den Fußnoten 4, 5, 6 und 8 erläutert.
[3]) Einschließlich Verschuldung der kommunalen Krankenhäuser.
[4]) Ab Ende der „Auftragsfinanzierung Öffa" und der „Krankenhausfinanzierung" in den Bundeshaushalt.
[5]) Ab 1978 einschließlich Nettokreditaufnahme für die Wohnungsbauförderungsanstalt des Landes Nordrhein-Westfalen.
[6]) Verschuldung Einbeziehung der kommunalen Zweckverbände. Angaben für andere Termine als Jahresende geschätzt.
[7]) Ohne die im Bestand der Emittenten befindlichen Stücke; einschließlich Bundesschatzbriefe.
[8]) Einschließlich Schuldbuchforderungen und Schatzbriefe. Ab 1973 einschließlich Darlehen von öffentlichen Zusatzversorgungseinrichtungen.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 31*

Entwicklung der Geldbe

Veränderung gegenüber dem

Zeitraum	I. Kredite an inländische Nichtbanken					II. Netto-Forderungen gegenüber dem Ausland[3]			
	insgesamt	Deutsche Bundesbank	Kreditinstitute[2] zusammen	Kreditinstitute[2] Unternehmen und Privatpersonen	Kreditinstitute[2] öffentliche Haushalte	insgesamt	Deutsche Bundesbank	Kreditinstitute zusammen	Kreditinstitute darunter mittel- und langfristig
1963	+ 26,81	+ 0,98	+ 25,83	+ 22,37	+ 3,45	+ 3,30	+ 2,71	+ 0,59	+ 1,25
1964	+ 30,19	− 1,03	+ 31,22	+ 25,14	+ 6,09	+ 1,67	+ 0,43	+ 1,24	+ 1,32
1965	+ 34,17	− 0,43	+ 34,61	+ 27,54	+ 7,06	+ 0,47	− 1,31	+ 1,79	+ 1,24
1966	+ 28,20	+ 0,29	+ 27,91	+ 21,56	+ 6,36	+ 3,62	+ 1,90	+ 1,72	+ 1,14
1967	+ 32,89	+ 0,67	+ 32,22	+ 18,33	+ 13,89	+ 6,28	− 0,17	+ 6,45	+ 1,62
1968	+ 40,02	− 2,05	+ 42,06	+ 30,90	+ 11,17	+ 10,93	+ 6,57	+ 4,36	+ 6,76
1969	+ 53,48	+ 0,67	+ 52,81	+ 51,22	+ 1,59	− 2,45	− 10,28	+ 7,83	+ 12,00
1970	+ 50,53	− 0,24	+ 50,77	+ 43,81	+ 6,97	+ 14,23	+ 21,60	− 7,36	− 0,29
1971	+ 69,05	− 0,63	+ 69,68	+ 59,52	+ 10,16	+ 11,52	+ 15,91	− 4,40	− 3,28
1972	+ 86,41	− 2,07	+ 88,48	+ 78,22	+ 10,26	+ 8,66	+ 15,49	− 6,83	− 6,39
1973	+ 67,55	+ 2,37	+ 65,18	+ 54,59	+ 10,59	+ 23,48	+ 26,49	− 3,01	− 7,71
1974	+ 59,77	− 1,48	+ 61,25	+ 41,18	+ 20,07	+ 13,19	− 1,90	+ 15,09	+ 5,54
1975	+ 85,51	+ 6,62	+ 78,89	+ 30,87	+ 48,02	+ 16,84	− 2,22	+ 19,06	+ 15,90
1976	+ 91,21	− 5,10	+ 96,31	+ 65,76	+ 30,55	+ 8,27	+ 8,74	− 0,48	+ 6,84
1977	+ 94,18	− 1,62	+ 95,80	+ 69,11	+ 26,69	+ 10,15	+ 10,49	− 0,34	+ 8,25
1978	+ 125,37	+ 2,78	+ 122,59	+ 87,86	+ 34,73	+ 7,09	+ 19,77	− 12,68	− 1,88
1976 1. Vj.	+ 9,65	− 1,61	+ 11,26	+ 3,70	+ 7,56	+ 5,83	+ 9,78	− 3,95	+ 2,47
2. Vj.	+ 25,20	− 0,30	+ 25,50	+ 20,33	+ 5,17	+ 1,27	− 3,58	+ 4,85	+ 1,59
3. Vj.	+ 23,93	− 1,38	+ 25,31	+ 15,35	+ 9,96	+ 0,64	+ 3,46	− 2,83	+ 0,83
4. Vj.	+ 32,42	− 1,81	+ 34,23	+ 26,37	+ 7,86	+ 0,53	− 0,92	+ 1,45	+ 1,94
1977 1. Vj.	+ 7,21	− 2,26	+ 9,47	+ 4,28	+ 5,20	+ 3,92	+ 0,64	+ 3,27	+ 0,98
2. Vj.	+ 23,34	+ 0,21	+ 23,13	+ 21,38	+ 1,75	+ 1,03	− 1,41	+ 2,43	+ 4,89
3. Vj.	+ 20,17	− 0,29	+ 20,46	+ 14,47	+ 5,99	− 2,12	− 0,06	− 2,06	+ 1,98
4. Vj.	+ 43,46	+ 0,72	+ 42,73	+ 28,98	+ 13,75	+ 7,33	+ 11,31	− 3,99	+ 0,40
1978 1. Vj.	+ 6,88	− 0,78	+ 7,66	+ 2,50	+ 5,16	+ 4,70	+ 4,55	+ 0,16	− 2,76
2. Vj.	+ 33,18	+ 1,91	+ 31,27	+ 25,62	+ 5,65	− 2,47	− 4,13	+ 1,66	+ 1,81
3. Vj.	+ 38,36	+ 1,91	+ 36,45	+ 22,59	+ 13,86	− 0,66	+ 6,32	− 6,99	− 1,48
4. Vj.	+ 46,95	− 0,26	+ 47,21	+ 37,16	+ 10,06	+ 5,52	+ 13,03	− 7,51	+ 0,54
1979 1. Vj.	+ 17,65	− 0,50	+ 18,15	+ 14,17	+ 3,98	− 2,85	− 9,32	+ 6,47	− 1,13
2. Vj.	+ 42,44	− 0,13	+ 42,57	+ 36,07	+ 6,50	− 4,51	− 2,18	− 2,33	− 4,39
3. Vj.	+ 26,76	− 0,61	+ 27,37	+ 22,78	+ 4,59	− 5,98	+ 9,74	− 15,71	− 5,20

[1])

[2]) Einschließlich Wertpapiere.

[3]) Einschließlich Wertpapiertransaktionen mit dem Ausland sowie einschließlich Entwicklungshilfekredite der Kreditanstalt für Wiederaufbau.

Tabelle 31*

stände im Bilanzzusammenhang[1])

vorangegangenen Zeitraum in Mrd DM

III. Geldkapitalbildung bei den Kreditinstituten aus inländischen Quellen[4])			IV. Zentralbankeinlagen inländischer öffentlicher Haushalte	V. Sonstige Einflüsse[7])	VI. Geldvolumen M 3 (Saldo I + II – III – IV – V)						Zeitraum
	darunter					Geldvolumen M 2				Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist	
insgesamt[5])	Termingelder mit Befristung v. 4 Jahren und darüber	Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist[6])			insgesamt	zusammen	Geldvolumen M 1 (Bargeldumlauf u. Sichteinlagen)[8])	Termingelder mit Befristung unter 4 Jahren (Quasigeld) zusammen	darunter unter 3 Monaten		
+ 15,43	+ 4,77	+ 4,13	– 0,61	+ 1,90	+ 13,38	+ 5,96	+ 4,41	+ 1,55	+ 0,47	+ 7,42	1963
+ 17,92	+ 4,63	+ 4,82	– 0,85	+ 0,66	+ 14,13	+ 6,43	+ 5,40	+ 1,03	+ 0,66	+ 7,71	1964
+ 16,69	+ 3,74	+ 5,13	– 1,11	+ 1,83	+ 17,23	+ 6,10	+ 5,57	+ 0,53	– 0,07	+ 11,13	1965
+ 15,90	+ 3,22	+ 7,81	– 0,53	+ 1,49	+ 14,96	+ 6,50	+ 1,09	+ 5,40	– 0,58	+ 8,46	1966
+ 14,63	+ 2,55	+ 8,49	+ 0,29	+ 0,91	+ 23,35	+ 14,19	+ 8,31	+ 5,88	+ 3,22	+ 9,16	1967
+ 19,74	+ 1,49	+ 11,03	+ 1,19	+ 0,88	+ 29,14	+ 18,15	+ 5,53	+ 12,62	+ 1,69	+ 10,99	1968
+ 26,29	+ 5,52	+ 13,26	+ 0,44	+ 1,42	+ 22,88	+ 14,55	+ 5,96	+ 8,59	+ 5,24	+ 8,33	1969
+ 27,79	+ 4,26	+ 12,94	+ 4,09	+ 8,91	+ 23,98	+ 16,41	+ 8,69	+ 7,72	+ 13,61	+ 7,57	1970
+ 32,65	+ 7,07	+ 14,73	+ 4,20	+ 5,00	+ 38,71	+ 24,97	+ 13,24	+ 11,72	+ 8,91	+ 13,75	1971
+ 47,00	+ 8,68	+ 20,62	– 3,85	+ 4,78	+ 47,14	+ 33,51	+ 17,55	+ 15,96	+ 6,58	+ 13,64	1972
+ 45,64	+ 10,22	+ 17,52	+ 4,22	+ 7,17	+ 34,00	+ 31,94	+ 2,57	+ 29,37	+ 22,78	+ 2,05	1973
+ 34,46	+ 7,95	+ 13,35	+ 0,44	+ 2,88	+ 35,18	+ 13,68	+ 15,50	– 1,82	+ 7,30	+ 21,49	1974
+ 61,34	+ 9,41	+ 34,81	+ 1,41	+ 1,17	+ 38,43	– 0,40	+ 21,40	– 21,79	– 17,24	+ 38,82	1975
+ 59,12	+ 11,45	+ 22,65	– 10,22	+ 9,57	+ 41,01	+ 18,92	+ 6,88	+ 12,04	+ 2,71	+ 22,09	1976
+ 42,92	+ 13,65	+ 14,24	– 0,82	+ 3,28	+ 58,95	+ 33,47	+ 21,09	+ 12,38	+ 9,69	+ 25,47	1977
+ 54,80	+ 17,01	+ 17,98	+ 2,51	+ 10,36	+ 64,78	+ 43,50	+ 29,74	+ 13,75	+ 2,27	+ 21,29	1978
+ 17,04	+ 3,28	+ 3,58	+ 2,88	+ 7,89	– 12,33	– 18,75	– 13,10	– 5,65	– 10,33	+ 6,42	1976 1. Vj.
+ 12,49	+ 1,73	+ 4,12	– 6,65	+ 5,44	+ 15,20	+ 13,99	+ 13,36	+ 0,63	+ 0,34	+ 1,21	2. Vj.
+ 9,55	+ 3,03	+ 0,56	+ 6,22	+ 2,87	+ 5,93	+ 1,57	– 3,27	+ 4,83	+ 2,92	+ 4,37	3. Vj.
+ 20,04	+ 3,42	+ 14,40	– 12,66	– 6,63	+ 32,20	+ 22,11	+ 9,89	+ 12,23	+ 9,78	+ 10,09	4. Vj.
+ 11,99	+ 3,49	+ 1,44	+ 6,41	+ 1,95	– 9,23	– 15,11	– 7,13	– 7,98	– 6,13	+ 5,89	1977 1. Vj.
+ 10,48	+ 2,99	+ 4,97	– 3,28	+ 7,98	+ 9,18	+ 9,67	+ 10,70	– 1,03	– 3,98	– 0,48	2. Vj.
+ 0,73	+ 3,43	– 5,17	+ 0,48	+ 2,54	+ 14,30	+ 5,59	+ 2,58	+ 3,01	+ 1,36	+ 8,72	3. Vj.
+ 19,72	+ 3,74	+ 13,01	– 4,43	– 9,19	+ 44,69	+ 33,33	+ 14,96	+ 18,38	+ 18,44	+ 11,36	4. Vj.
+ 13,74	+ 4,18	+ 1,41	+ 10,36	+ 4,85	– 17,38	– 20,85	– 3,85	– 17,00	– 18,04	+ 3,47	1978 1. Vj.
+ 13,46	+ 3,69	+ 4,49	– 4,36	+ 7,49	+ 14,12	+ 13,42	+ 11,08	+ 2,34	– 0,05	+ 0,71	2. Vj.
+ 8,53	+ 4,07	– 0,10	+ 9,71	+ 2,61	+ 16,84	+ 11,23	+ 2,11	+ 9,12	+ 5,15	+ 5,61	3. Vj.
+ 19,07	+ 5,08	+ 12,18	– 13,20	– 4,59	+ 51,19	+ 39,70	+ 20,41	+ 19,29	+ 15,22	+ 11,50	4. Vj.
+ 17,01	+ 4,66	+ 1,81	+ 6,18	+ 9,85	– 18,24	– 25,09	– 12,47	– 12,62	– 6,01	+ 6,84	1979 1. Vj.
+ 17,72	+ 4,53	+ 2,70	+ 0,83	+ 5,73	+ 13,65	+ 16,66	+ 7,63	+ 9,03	+ 6,95	– 3,01	2. Vj.
+ 14,95	+ 4,60	+ 1,40	+ 0,20	+ 5,14	+ 0,51	+ 2,14	– 2,92	+ 5,06	– 1,11	– 1,63	3. Vj.

[4]) Ohne Termingelder mit Befristung bis unter 4 Jahren und ohne Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist.

[5]) Einschließlich Inhaberschuldverschreibungen im Umlauf (netto) bereinigt um den Saldo der Transaktionen mit dem Ausland sowie ein-

[6]) Einschließlich Sparbriefe.

[7]) Saldo der übrigen Positionen der Konsolidierten Bilanz des Bankensystems (einschließlich Guthaben auf Sonderkonten Bardepot).

[8]) Bargeldumlauf ohne Kassenbestände der Kreditinstitute, jedoch einschließlich der im Ausland befindlichen DM-Noten und -Münzen.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 32*

Zahlungsmittelbestände und Kredite

Mrd DM

Ende des Zeitraums	Zahlungsmittelbestände								Kredite der Kreditinstitute		
	Geldvolumen = M 1			Geldvolumen (M1) und Quasigeldbestände[3]) = M 2	Geldvolumen (M1) und Quasigeldbestände zuzügl. Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist = M3		nachrichtlich: Quasigeldbestände[3])		an inländische Unternehmen und Privatpersonen		an öffentliche Haushalte
	insgesamt	Bargeldumlauf[1])	Sichteinlagen inländ. Nichtbanken zusammen[2])		insgesamt	darunter Spareinlagen	insgesamt	darunter mit Befristung bis unter 3 Monaten	insgesamt[4])	darunter kurzfristig[5])	
1955	31,48	14,04	17,44	42,68	.	.	11,20	2,01	.	.	.
1956	33,89	14,88	19,01	47,45	.	.	13,56	2,78	.	.	.
1957	37,81	16,46	21,35	54,94	.	.	17,13	3,27	.	.	.
1958	42,58	17,94	24,64	60,52	.	.	17,94	3,19	.	.	.
1959	47,61	19,34	28,26	67,58	.	.	19,97	3,31	.	.	.
1960	51,08	20,83	30,25	72,70	.	.	21,62	3,61	.	.	.
1961	58,71	23,20	35,52	82,18	.	.	23,47	3,94	.	.	.
1962	63,28	24,25	39,03	88,46	.	.	25,19	4,10	.	.	.
1963	67,77	25,51	42,26	94,52	.	.	26,75	4,57	.	.	.
1964	73,05	27,89	45,16	100,82	.	.	27,78	5,23	231,81	60,67	40,48
1965	78,53	29,65	48,87	106,92	.	.	28,40	5,16	259,27	67,31	47,53
1966	79,62	30,88	48,74	113,39	.	.	33,77	4,58	280,74	72,32	53,96
1967	87,92	31,51	56,41	127,57	.	.	39,65	7,80	298,88	74,29	67,89
1968	93,47	32,59	60,88	142,33	.	.	48,86	9,58	334,55	81,00	74,37
1969	99,43	34,69	64,74	156,88	.	.	57,45	14,82	385,95	101,56	75,71
1970	108,22	36,89	71,33	173,38	291,52	118,13	65,16	28,43	430,54	113,62	82,54
1971	121,52	40,29	81,23	198,60	330,74	132,14	77,07	37,34	490,57	131,73	92,63
1972	139,30	45,77	93,53	232,33	378,45	146,12	93,03	43,92	569,33	155,94	102,86
1973	141,97	47,51	94,46	264,33	412,80	148,47	122,36	66,74	627,22	165,64	113,39
1974	158,43	51,52	106,91	279,60	452,21	172,60	121,17	74,30	672,12	179,67	132,39
1975	179,90	56,48	123,42	279,32	490,89	211,57	99,42	58,60	703,19	171,20	180,41
1976	186,85	60,57	126,28	298,18	532,03	233,85	111,33	59,84	769,17	182,83	210,91
1977	208,08	67,51	140,57	331,81	591,47	259,66	123,74	69,54	838,70	192,98	237,60
1978	237,91	76,20	161,71	375,41	656,60	281,19	137,50	71,81	926,69	205,60	272,29
1976 1. Vj.	166,80	54,41	112,39	260,57	478,58	218,01	93,77	46,77	706,91	165,64	187,97
2. Vj.	180,17	56,96	123,22	274,58	493,87	219,29	94,41	47,12	727,29	174,22	193,09
3. Vj.	176,92	58,04	118,88	276,01	499,69	223,68	99,09	50,05	742,69	176,59	203,05
4. Vj.	186,85	60,57	126,28	298,18	532,03	233,85	111,33	59,84	769,17	182,83	210,91
1977 1. Vj.	179,74	59,35	120,39	283,09	522,86	239,77	103,35	53,71	773,51	180,38	216,10
2. Vj.	190,48	61,91	128,58	292,82	532,23	239,41	102,33	49,74	794,98	187,07	217,86
3. Vj.	193,08	64,75	128,33	298,43	546,64	248,21	105,35	51,10	809,56	185,34	223,85
4. Vj.	208,08	67,51	140,57	331,81	591,47	259,66	123,74	69,54	838,70	192,98	237,60
1978 1. Vj.	204,24	68,00	136,25	310,98	574,16	263,17	106,74	51,50	841,23	187,37	242,76
2. Vj.	215,36	71,65	143,71	324,45	588,45	264,00	109,09	51,45	866,96	196,17	248,41
3. Vj.	217,50	72,02	145,48	335,71	605,40	269,69	118,21	56,60	889,65	197,05	262,27
4. Vj.	237,91	76,20	161,71	375,41	656,60	281,19	137,50	71,81	926,69	205,60	272,29
1979 1. Vj.	225,46	75,11	150,36	350,34	638,41	288,07	124,88	65,80	941,10	205,45	276,10
2. Vj.	233,12	76,93	156,19	367,05	652,21	285,15	133,94	72,75	977,25	219,54	282,57
3. Vj.	230,23	77,35	152,88	369,23	652,85	283,62	139,00	71,65	1 000,14	222,92	287,16

[6]) Ohne Saarland.

[1]) Ohne Kassenbestände der Kreditinstitute; einschließlich der im Ausland befindlichen DM-Noten und -Münzen.
[2]) Ohne Zentralbankeinlagen öffentlicher Haushalte.
[3])
[4]) Einschließlich Bundesbahn und Bundespost. Ausnahme: Zentralbankeinlagen der Bundespost.
[5]) Einschließlich Schatzwechsel und U-

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 33*

Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe[1])

a) Insgesamt (1970 = 100)

Zeitraum	Insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter	Insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter
	produzierendes Gewerbe				produzierendes Gewerbe			
	Wertindex				Volumenindex			
1962	53,3	56,7	47,0	62,4	57,7	58,6	53,1	66,8
1963	55,9	58,6	50,4	64,7	60,4	61,0	56,8	68,3
1964	64,1	67,8	58,0	72,5	68,2	69,6	64,4	75,1
1965	68,2	69,5	62,8	78,7	71,0	69,6	68,0	80,2
1966	68,1	72,0	61,5	77,6	69,7	71,5	65,1	77,5
1967	67,7	72,1	61,1	76,5	70,4	73,8	65,2	77,2
1968	78,0	80,8	72,7	86,1	85,4	87,8	81,3	91,4
1969	95,4	94,7	95,7	96,0	101,2	99,6	102,9	99,9
1970	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	102,4	101,0	99,7	110,9	98,2	99,3	93,6	107,0
1972	110,5	110,0	106,8	120,0	103,3	107,1	97,4	111,3
1973	128,2	128,9	128,6	125,5	114,9	120,1	113,2	110,2
1974	138,9	153,4	133,4	128,2	109,0	115,8	107,8	100,4
1975	135,9	135,2	139,9	127,4	103,4	104,3	105,0	98,1
1976	154,7	153,6	159,2	145,7	113,3	114,2	114,3	108,7
1977	156,4	148,2	165,3	147,9	112,6	112,0	114,4	107,5
1978	164,0	154,8	174,0	154,8	116,3	116,5	117,5	111,2
1974 1. Vj.	143,5	153,7	141,1	132,1	117,7	123,5	118,1	107,1
2. Vj.	144,0	163,8	134,5	133,7	112,7	122,6	109,0	105,1
3. Vj.	134,8	157,3	128,1	113,5	103,3	115,0	102,0	87,1
4. Vj.	133,5	138,9	129,7	133,4	102,2	102,2	102,2	102,3
1975 1. Vj.	132,1	133,5	136,1	119,9	100,1	100,3	103,4	91,8
2. Vj.	142,9	135,4	153,0	130,6	108,3	103,7	114,6	100,6
3. Vj.	128,6	131,2	133,3	112,9	97,8	102,1	99,4	87,1
4. Vj.	140,2	140,9	137,2	146,4	107,4	111,1	102,5	112,9
1976 1. Vj.	151,4	155,9	150,2	146,7	112,8	118,6	109,4	111,3
2. Vj.	151,2	160,0	145,9	149,3	110,7	118,5	104,7	111,9
3. Vj.	157,4	148,8	174,7	130,4	114,2	108,9	124,8	96,4
4. Vj.	158,8	149,8	166,0	156,5	115,4	110,9	118,3	115,1
1977 1. Vj.	157,9	150,4	167,5	147,0	114,2	113,5	117,2	107,1
2. Vj.	153,5	152,5	155,7	150,0	110,3	115,0	107,5	108,9
3. Vj.	147,0	143,8	153,4	136,8	105,6	108,6	105,8	99,2
4. Vj.	167,0	146,1	184,5	157,8	120,2	111,2	127,1	114,7
1978 1. Vj.	161,1	148,2	173,9	151,0	115,5	112,5	118,7	109,1
2. Vj.	163,8	159,1	169,7	157,1	116,1	119,6	114,6	113,2
3. Vj.	158,2	155,2	166,5	143,4	111,7	116,4	111,9	102,9
4. Vj.	173,0	156,8	186,0	167,5	121,8	117,5	124,8	119,7
1979 1. Vj.	177,7	164,3	193,8	161,0	123,5	120,9	128,5	113,7
2. Vj.	184,6	183,5	191,9	169,2	125,9	130,9	125,8	117,3
3. Vj.[2])	174,4	180,0	179,9	152,5	117,3	125,5	117,4	103,6

[1]) Ohne Nahrungs- und Genußmittelgewerbe; ab 1968 ohne Umsatzsteuer. – Ab 1977 neues Berichtssystem mit bis 1970 (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik, 7/1976, S. 405 ff.

[2]) Vorläufige Ergebnisse.

noch Tabelle 33*

Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe[1])

b) Inland (1970 = 100)

Zeitraum	Insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter	Insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter
	produzierendes Gewerbe				produzierendes Gewerbe			
	Wertindex				Volumenindex			
1962	57,5	61,2	50,4	65,5	61,4	62,5	55,8	70,3
1963	58,9	61,6	52,4	67,2	62,6	63,2	57,8	71,0
1964	67,8	72,5	60,1	75,3	71,3	73,7	65,8	78,2
1965	72,0	73,2	65,8	81,9	73,8	72,3	70,0	83,3
1966	69,7	73,8	61,3	79,7	70,3	72,3	63,8	79,6
1967	67,2	71,5	58,4	77,7	69,0	72,2	61,6	78,3
1968	77,0	80,4	69,1	86,9	84,3	87,1	77,7	92,5
1969	94,5	95,3	93,3	95,8	100,8	100,9	101,2	100,0
1970	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	102,0	100,3	98,6	110,6	97,5	97,7	92,5	106,7
1972	109,0	107,4	104,5	119,5	101,5	103,0	95,3	110,7
1973	120,3	122,9	117,0	122,3	107,8	113,5	103,4	107,2
1974	124,6	138,3	113,9	124,2	98,1	106,0	92,4	97,0
1975	127,9	126,4	130,7	124,3	97,6	97,4	98,6	95,4
1976	139,5	141,7	138,2	138,7	102,4	104,7	100,1	103,3
1977	143,3	133,9	151,4	141,1	103,2	99,8	105,5	102,3
1978	150,8	138,4	162,2	146,7	107,0	102,5	110,3	105,2
1974 1. Vj.	129,3	137,5	124,1	126,5	106,4	111,9	104,1	102,3
2. Vj.	129,5	147,3	115,2	129,4	101,7	111,9	93,6	101,6
3. Vj.	119,3	140,6	107,1	110,5	91,9	104,9	85,5	84,5
4. Vj.	120,4	127,7	109,2	130,5	92,5	95,3	86,5	99,7
1975 1. Vj.	123,4	123,4	126,3	117,4	93,7	93,1	96,1	89,6
2. Vj.	138,9	127,5	153,3	127,9	105,4	97,4	115,2	98,3
3. Vj.	119,6	123,7	120,8	110,6	91,4	96,0	90,9	85,2
4. Vj.	129,7	131,1	122,3	141,3	99,8	103,2	92,4	108,7
1976 1. Vj.	140,3	141,6	139,3	140,2	105,0	107,2	102,5	106,1
2. Vj.	138,6	146,9	130,5	141,7	101,6	108,2	94,4	105,9
3. Vj.	134,3	139,1	135,5	124,9	97,6	101,3	97,5	92,1
4. Vj.	145,0	139,4	147,6	148,6	105,4	102,1	105,9	109,0
1977 1. Vj.	144,7	134,5	154,8	140,1	104,8	100,3	109,1	101,8
2. Vj.	139,3	137,8	138,9	142,3	100,1	102,6	96,5	103,1
3. Vj.	136,0	131,7	141,5	131,8	97,7	98,0	98,3	95,3
4. Vj.	153,0	131,6	170,4	150,2	110,1	98,4	118,3	109,0
1978 1. Vj.	148,7	132,2	163,7	143,7	106,6	98,5	112,5	103,5
2. Vj.	150,3	141,8	157,8	148,3	106,7	104,9	107,3	106,6
3. Vj.	145,7	139,3	155,4	136,5	103,0	103,0	105,1	97,7
4. Vj.	158,4	140,3	171,9	158,2	111,6	103,4	116,1	112,8
1979 1. Vj.	162,3	142,7	182,3	152,1	112,9	103,6	121,7	107,2
2. Vj.	163,8	161,7	167,8	158,9	111,9	114,3	110,8	109,9
3. Vj.[2])	158,1	161,1	162,9	144,6	106,5	111,4	107,1	98,0

[1]) Ohne Nahrungs- und Genußmittelgewerbe; ab 1968 ohne Umsatzsteuer. – Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1970 (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405 ff.

[2]) Vorläufige Ergebnisse.

noch Tabelle 33*

Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe[1])

c) Ausland (1970 = 100)

Zeitraum	Insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter	Insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter
			produzierendes Gewerbe				produzierendes Gewerbe	
	Wertindex				Volumenindex			
1962	40,0	41,8	39,4	38,3	45,8	45,4	46,9	40,3
1963	46,8	48,5	46,2	45,6	53,6	53,9	54,5	47,7
1964	52,8	52,0	53,1	50,8	59,0	55,5	61,7	52,3
1965	56,3	57,2	56,1	54,6	61,9	60,8	63,4	55,7
1966	63,0	65,8	62,1	61,0	68,1	69,7	68,4	61,4
1967	69,4	74,4	67,5	66,9	75,4	80,5	74,2	68,2
1968	81,2	82,3	81,0	79,4	89,1	90,7	89,5	82,5
1969	98,9	92,8	101,8	97,9	103,3	95,7	107,6	98,8
1970	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	103,5	103,5	102,0	112,5	100,0	105,3	96,0	109,8
1972	115,2	118,7	112,3	123,8	109,6	122,4	102,5	116,3
1973	153,7	149,6	156,2	149,5	138,2	142,9	136,7	134,0
1974	184,7	204,7	179,5	158,7	143,7	147,6	144,5	127,6
1975	162,2	165,2	162,3	151,6	122,3	127,4	120,4	119,1
1976	204,5	194,2	210,2	198,5	148,4	147,4	148,3	151,1
1977	199,6	199,1	199,5	201,9	143,1	157,9	135,7	149,5
1978	208,7	214,1	204,5	218,9	147,6	170,7	135,7	160,1
1974 1. Vj.	188,9	208,8	181,9	175,1	153,9	161,6	151,7	145,4
2. Vj.	189,7	219,2	179,8	166,5	147,7	157,5	145,4	133,6
3. Vj.	184,6	213,8	178,5	137,1	139,9	147,1	141,7	108,0
4. Vj.	175,5	176,9	177,8	156,2	133,4	124,3	139,0	123,3
1975 1. Vj.	161,0	167,8	161,3	138,8	121,4	124,8	121,7	109,0
2. Vj.	155,7	162,3	153,2	151,7	117,7	125,1	114,0	119,6
3. Vj.	157,6	156,8	162,2	130,0	118,6	122,8	119,3	101,8
4. Vj.	174,4	174,1	172,7	185,9	131,5	137,2	126,6	146,0
1976 1. Vj.	187,6	204,8	178,1	197,2	137,6	157,5	126,7	152,1
2. Vj.	191,8	204,9	183,3	207,3	139,0	154,4	129,2	158,6
3. Vj.	235,1	181,9	269,5	172,5	169,7	135,7	190,2	130,5
4. Vj.	203,5	185,4	209,6	217,0	147,5	142,1	147,1	163,0
1977 1. Vj.	202,8	206,5	201,3	201,8	145,8	161,8	138,3	150,5
2. Vj.	199,4	204,2	195,3	211,1	142,5	160,9	132,7	156,3
3. Vj.	182,6	187,4	181,3	176,4	130,6	148,8	122,8	130,4
4. Vj.	213,6	198,2	220,0	218,1	153,3	160,1	149,0	161,0
1978 1. Vj.	203,8	205,1	202,4	209,5	146,6	165,9	135,5	153,8
2. Vj.	208,9	221,6	200,2	226,6	147,5	176,6	132,9	165,9
3. Vj.	199,8	213,5	193,7	198,5	140,4	168,8	128,1	144,9
4. Vj.	222,1	216,0	221,8	241,0	155,9	171,5	146,4	175,8
1979 1. Vj.	229,0	240,9	223,1	232,1	158,1	186,3	145,2	166,8
2. Vj.	251,2	262,4	246,2	250,6	170,0	193,8	158,9	177,2
3. Vj.[2])	226,6	247,2	219,0	214,6	151,5	178,2	140,5	149,0

[1]) Ohne Nahrungs- und Genußmittelgewerbe; ohne Umsatzsteuer. – Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1970 (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft Statistik 7/1976, S. 405 ff.

[2]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 34*

Auftragsbestand im Verarbeitenden Gewerbe[1])

Wertindex 1970 = 100

Zeitraum	Verarbeitendes Gewerbe			Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe		
	Insgesamt	Inland	Ausland	zusammen	Inland	Ausland
1971	93,7	91,9	100,4	71,5	68,7	82,4
1972	92,3	90,2	100,2	76,5	69,4	104,4
1973	116,1	110,7	136,0	130,7	121,9	176,8
1974	129,4	112,8	189,5	170,3	142,9	312,8
1975	117,1	105,3	159,4	109,2	100,0	156,9
1976	126,7	113,0	175,1	117,6	108,4	165,6
1977	124,5	107,0	185,6	106,6	93,4	175,4
1978	133,1	116,3	191,2	115,6	104,0	176,2
1972 1. Vj.	89,4	87,0	98,1	70,2	66,4	85,2
2. Vj.	95,3	94,2	99,3	77,9	72,6	98,7
3. Vj.	89,0	86,7	97,4	78,1	70,0	110,2
4. Vj.	95,6	92,7	105,9	79,7	68,6	123,3
1973 1. Vj.	108,6	105,7	119,6	116,6	110,8	146,9
2. Vj.	121,9	118,9	132,2	133,9	128,3	163,1
3. Vj.	116,9	110,8	139,6	136,2	127,7	180,1
4. Vj.	117,1	107,4	152,5	136,3	120,8	216,9
1974 1. Vj.	125,5	110,6	179,4	165,0	140,1	294,8
2. Vj.	138,2	122,7	194,5	187,3	160,1	328,9
3. Vj.	131,1	112,1	199,9	182,6	149,3	356,0
4. Vj.	122,9	105,7	184,4	146,3	122,2	271,4
1975 1. Vj.	111,4	95,9	167,0	120,5	106,9	190,9
2. Vj.	118,1	106,2	160,5	109,6	101,3	152,7
3. Vj.	118,0	108,3	152,9	104,8	97,2	144,7
4. Vj.	120,9	110,7	157,3	102,0	94,7	139,8
1976 1. Vj.	124,6	113,0	166,1	116,8	111,0	146,7
2. Vj.	132,6	120,6	175,3	127,3	117,0	181,3
3. Vj.	126,0	110,7	179,4	123,1	111,7	182,3
4. Vj.	123,8	107,7	179,7	103,2	93,9	151,8
1977 1. Vj.	122,2	104,6	183,5	106,0	92,1	178,1
2. Vj.	130,5	112,7	192,2	112,7	97,4	192,1
3. Vj.	121,4	103,4	184,0	107,6	94,7	175,0
4. Vj.	124,0	107,1	182,6	100,2	89,4	156,3
1978 1. Vj.	125,6	108,5	185,2	111,8	101,0	168,3
2. Vj.	135,0	118,5	192,2	116,9	104,3	182,4
3. Vj.	132,5	116,0	189,8	118,6	106,5	181,5
4. Vj.	139,0	122,3	197,5	115,2	104,1	172,4
1979 1. Vj.	143,4	126,2	203,7	130,4	118,5	192,1
2. Vj.	156,9	140,7	213,1	142,1	130,0	205,5
3. Vj.[2])	154,0	136,2	216,9	148,7	135,8	216,0

[1]) Ohne Nahrungs- und Genußmittelgewerbe; ohne Umsatzsteuer. – Ab 1977 1970 (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405 ff.

[2]) Vorläufige Ergebnisse.

noch Tabelle 34*

Auftragsbestand im Verarbeitenden Gewerbe[1])

Wertindex 1970 = 100

Zeitraum	Investitionsgüter produzierendes Gewerbe			Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe		
	zusammen	Inland	Ausland	zusammen	Inland	Ausland
1971	97,9	95,6	103,9	108,2	107,3	115,6
1972	88,8	87,1	93,7	117,3	115,5	132,6
1973	103,5	98,0	117,3	125,0	119,4	172,0
1974	110,7	93,7	150,6	115,4	107,9	178,3
1975	126,5	111,5	161,4	106,2	100,7	152,2
1976	131,2	112,5	173,8	129,3	120,1	205,4
1977	134,5	111,0	186,6	126,7	117,7	201,1
1978	142,8	120,0	193,8	134,9	126,3	206,5
1972 1. Vj.	92,5	90,3	98,5	102,9	100,5	122,4
2. Vj.	88,8	87,2	93,6	129,6	127,6	136,8
3. Vj.	85,4	84,1	89,5	108,6	107,2	120,9
4. Vj.	88,3	86,7	93,2	129,3	126,7	150,4
1973 1. Vj.	99,9	97,6	106,0	117,9	113,9	151,3
2. Vj.	105,7	102,0	115,2	142,5	138,2	178,5
3. Vj.	104,4	97,0	122,4	119,2	113,6	165,9
4. Vj.	104,2	95,3	125,5	120,4	111,9	192,2
1974 1. Vj.	109,7	97,2	139,7	106,1	96,1	190,7
2. Vj.	111,7	95,6	149,8	131,0	123,1	196,9
3. Vj.	110,2	91,4	154,3	107,0	100,7	160,3
4. Vj.	111,1	90,8	158,6	117,3	111,6	165,4
1975 1. Vj.	115,4	94,3	164,3	89,1	83,9	132,2
2. Vj.	123,4	106,2	163,4	117,6	112,7	158,6
3. Vj.	135,0	125,2	157,9	96,7	91,6	138,8
4. Vj.	132,1	120,1	159,9	121,5	114,5	179,0
1976 1. Vj.	135,3	120,0	170,9	110,4	102,4	176,9
2. Vj.	130,4	114,9	166,5	145,4	136,2	220,9
3. Vj.	129,5	108,8	176,0	121,7	112,8	195,2
4. Vj.	129,6	106,4	181,6	139,5	128,8	228,7
1977 1. Vj.	135,8	114,3	183,4	113,2	103,1	196,8
2. Vj.	136,4	113,1	188,3	142,2	132,9	218,6
3. Vj.	132,8	108,2	187,5	114,0	106,1	180,0
4. Vj.	132,8	108,4	187,4	137,4	128,7	208,8
1978 1. Vj.	138,2	114,8	190,4	115,6	107,0	187,4
2. Vj.	140,7	117,7	191,8	147,8	139,4	216,8
3. Vj.	145,0	123,3	193,2	122,7	115,2	185,4
4. Vj.	147,5	124,1	199,9	153,2	143,4	236,5
1979 1. Vj.	157,3	135,9	205,2	129,4	118,6	219,9
2. Vj.	163,2	142,6	208,8	163,2	151,7	259,8
3. Vj.[2])	165,2	143,1	215,5	134,7	123,6	228,3

[1]) Ohne Nahrungs- – Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1970 (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405 ff.

[2]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 35*

Umsatz im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe[1])

a) Insgesamt

Mio DM

Zeitraum	Insgesamt	Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe				
			zusammen	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter	Nahrungs- und Genußmittelgewerbe
					produzierendes Gewerbe		
1950	80 395	4 573	75 822	22 459	18 348	20 139	14 875
1951	109 908	5 776	104 133	33 372	26 531	26 520	17 708
1952	119 392	6 908	112 484	36 821	31 783	25 013	18 867
1953	126 162	7 321	118 841	36 928	34 147	27 108	20 658
1954 [2])	140 943	7 718	133 225	42 197	39 630	29 055	22 343
1955	166 511	8 464	158 048	51 313	49 496	32 713	24 526
1956	185 646	9 452	176 194	56 417	55 471	36 282	28 023
1957	199 551	10 186	189 365	59 639	60 634	39 032	30 060
1958	205 069	9 577	195 493	59 990	65 253	38 726	31 523
1959	223 656	9 400	214 256	67 414	72 168	41 492	33 182
1960	266 373	11 374	254 999	81 585	87 678	48 459	37 277
1961	287 018	11 011	276 007	85 200	98 294	52 347	40 166
1962	304 028	11 123	292 906	87 207	105 652	56 288	43 759
1963	315 309	11 702	303 608	89 446	110 405	57 908	45 848
1964	346 804	11 026	335 779	100 931	121 660	63 656	49 531
1965	374 612	10 606	364 006	108 161	132 714	69 718	53 413
1966	388 029	10 099	377 930	111 592	138 685	72 355	55 299
1967	380 659	9 473	371 186	111 178	133 020	69 012	57 976
1968	405 599	9 565	396 034	122 041	141 806	73 118	59 070
1969	470 537	10 080	460 457	141 145	173 772	82 724	62 815
1970	588 018	12 368	575 650	177 855	226 969	94 229	76 597
1971	626 379	12 830	613 549	181 810	246 627	102 528	82 584
1972	663 187	12 941	650 245	190 592	260 475	111 461	87 717
1973	743 228	14 190	729 038	223 327	288 866	119 604	97 241
1974	836 052	19 643	816 409	278 795	307 671	126 729	103 214
1975	819 311	18 732	800 578	249 427	319 415	123 462	108 275
1976	916 955	20 546	896 409	280 783	361 249	135 765	118 612
1977	963 130	22 058	941 072	281 181	389 358	144 992	125 542
1978	999 929	23 086	976 843	290 083	409 695	148 949	128 116
1976 1. Vj.	216 363	4 742	211 621	66 680	83 181	33 632	28 128
2. Vj.	227 529	4 894	222 635	71 146	89 677	32 342	29 470
3. Vj.	225 293	5 186	220 107	71 467	85 295	33 542	29 804
4. Vj.	247 770	5 724	242 046	71 491	103 096	36 249	31 210
1977 1. Vj.	233 245	5 505	227 741	70 067	91 564	36 477	29 633
2. Vj.	238 924	5 315	233 610	71 840	95 803	34 359	31 607
3. Vj.	234 882	5 264	229 618	69 433	92 898	35 902	31 385
4. Vj.	256 078	5 975	250 104	69 841	109 093	38 253	32 916
1978 1. Vj.	237 810	5 454	232 357	68 089	96 516	36 897	30 854
2. Vj.	248 654	5 936	242 719	73 488	100 805	35 757	32 669
3. Vj.	245 025	5 494	239 531	72 680	98 763	36 548	31 539
4. Vj.	268 439	6 203	262 237	75 825	113 611	39 747	33 054
1979 1. Vj.	255 970	6 677	249 293	76 167	101 929	39 222	31 975
2. Vj.	275 833	6 619	269 213	87 157	109 759	38 789	33 509
3. Vj.	273 557	6 983	266 620	89 152	104 524	40 199	32 746

[1]) Umsatz aus eigener Erzeugung (Fakturenwerte); ab 1968 ohne Umsatzsteuer. Gliederung nach Betrieben (bisheriges Hauptbeteiligten-Konzept). – Ab 1977
Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405 ff.

[2]) Ohne Saarland und Berlin.

noch Tabelle 35*

Umsatz im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe[1])

b) Inland

Mio DM

Zeitraum	Insgesamt	Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe				
			zusammen	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter	Nahrungs- und Genußmittelgewerbe
					produzierendes Gewerbe		
1953	110 894	5 729	105 166	32 617	26 591	25 482	20 476
1954	122 424	6 014	116 410	36 985	30 353	26 958	22 113
1955	144 717	6 790	137 927	45 148	38 234	30 297	24 247
1956 [2])	159 570	7 639	151 931	48 594	42 030	33 668	27 638
1957	169 166	8 293	160 873	50 518	44 475	36 247	29 633
1958	174 201	7 757	166 445	51 186	48 143	36 064	31 052
1959	189 904	7 689	182 215	57 447	53 595	38 525	32 647
1960	225 616	9 142	216 474	69 191	65 721	44 887	36 676
1961	244 016	8 834	235 182	72 372	74 643	48 676	39 491
1962	259 081	8 947	250 134	74 150	80 477	52 461	43 045
1963	266 359	9 398	256 961	75 379	82 946	53 620	45 015
1964	292 167	8 833	283 334	85 370	90 743	58 643	48 578
1965	315 772	8 426	307 346	90 772	99 779	64 413	52 382
1966	321 720	8 026	313 694	91 897	101 177	66 390	54 229
1967	309 301	7 494	301 807	88 935	93 655	62 553	56 665
1968	325 238	7 458	317 780	98 342	96 190	65 664	57 584
1969	377 570	8 051	369 518	113 945	120 771	73 786	61 016
1970	480 996	9 872	471 123	146 212	165 393	84 543	74 975
1971	510 886	10 152	500 733	148 919	179 154	91 899	80 761
1972	537 516	10 318	527 197	154 971	186 667	99 958	85 601
1973	591 627	11 232	580 396	178 366	201 826	105 833	94 370
1974	643 198	15 077	628 121	211 526	207 151	110 508	98 936
1975	636 240	14 348	621 891	194 333	215 127	108 575	103 858
1976	704 804	16 350	688 453	218 816	238 864	117 283	113 491
1977	735 533	18 217	717 316	217 760	256 399	125 174	117 983
1978	759 588	18 350	741 238	222 513	270 177	128 519	120 030
1976 1. Vj.	167 250	3 859	163 391	51 364	56 008	29 136	26 883
2. Vj.	175 181	3 868	171 313	55 525	59 738	27 848	28 203
3. Vj.	173 607	4 028	169 579	56 094	56 052	28 895	28 539
4. Vj.	188 765	4 595	184 170	55 835	67 065	31 404	29 866
1977 1. Vj.	178 503	4 711	173 792	54 148	60 398	31 366	27 881
2. Vj.	182 454	4 353	178 102	55 431	63 481	29 532	29 657
3. Vj.	180 383	4 221	176 163	54 271	61 450	31 017	29 425
4. Vj.	194 191	4 933	189 259	53 910	71 069	33 260	31 019
1978 1. Vj.	180 514	4 440	176 074	52 039	63 282	31 797	28 957
2. Vj.	189 081	4 701	184 380	56 306	66 785	30 782	30 507
3. Vj.	186 654	4 248	182 406	55 673	65 674	31 507	29 552
4. Vj.	203 339	4 961	198 378	58 495	74 436	34 432	31 014
1979 1. Vj.	194 853	5 505	189 348	58 064	67 736	33 632	29 916
2. Vj.	210 092	5 218	204 874	67 042	73 397	33 278	31 156
3. Vj.	208 484	5 452	203 032	68 886	69 180	34 386	30 581

[1]) Umsatz aus eigener Erzeugung (Fakturenwerte); ab 1968 ohne Umsatzsteuer. Gliederung nach Betrieben (bisheriges Hauptbeteiligten-Konzept). – Ab 1977 1970 (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405 ff.

[2])

noch Tabelle 35*

Umsatz im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe[1])

c) Ausland

Mio DM

Zeitraum	Insgesamt	Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe				
			zusammen	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter	Nahrungs- und Genußmittelgewerbe
					produzierendes Gewerbe		
1953	15 268	1 593	13 675	4 312	7 556	1 626	182
1954	18 519	1 704	16 816	5 212	9 277	2 096	230
1955	21 795	1 674	20 121	6 165	11 262	2 416	279
1956 [2])	26 076	1 813	24 263	7 823	13 440	2 614	385
1957	30 385	1 893	28 492	9 122	16 159	2 784	427
1958	30 868	1 820	29 048	8 804	17 110	2 662	472
1959	33 752	1 711	32 041	9 967	18 573	2 966	535
1960	40 757	2 232	38 525	12 395	21 957	3 572	601
1961	43 003	2 177	40 826	12 828	23 651	3 672	675
1962	44 947	2 176	42 772	13 057	25 175	3 827	713
1963	48 950	2 303	46 647	14 068	27 458	4 288	833
1964	54 637	2 192	52 445	15 561	30 917	5 013	953
1965	58 840	2 180	56 660	17 389	32 935	5 305	1 031
1966	66 309	2 074	64 236	19 694	37 508	5 964	1 069
1967	71 358	1 979	69 379	22 243	39 366	6 459	1 311
1968	80 361	2 107	78 254	23 699	45 616	7 454	1 485
1969	92 967	2 028	90 939	27 201	53 001	8 938	1 799
1970	107 022	2 496	104 527	31 643	61 576	9 686	1 622
1971	115 493	2 678	112 816	32 891	67 473	10 629	1 823
1972	125 671	2 623	123 048	35 621	73 808	11 503	2 116
1973	151 601	2 958	148 642	44 961	87 040	13 771	2 871
1974	192 854	4 566	188 288	67 269	100 520	16 221	4 278
1975	183 071	4 384	178 687	55 094	104 288	14 887	4 417
1976	212 151	4 196	207 956	61 967	122 385	18 482	5 121
1977	227 597	3 841	223 756	63 421	132 959	19 817	7 559
1978	240 341	4 736	235 605	67 570	139 519	20 431	8 086
1976 1. Vj.	49 113	883	48 230	15 316	27 173	4 496	1 245
2. Vj.	52 348	1 026	51 322	15 621	29 939	4 494	1 267
3. Vj.	51 686	1 158	50 528	15 373	29 243	4 647	1 265
4. Vj.	59 005	1 129	57 876	15 656	36 031	4 845	1 344
1977 1. Vj.	54 742	794	53 948	15 919	31 166	5 112	1 752
2. Vj.	56 470	962	55 508	16 409	32 322	4 827	1 950
3. Vj.	54 499	1 043	53 455	15 162	31 447	4 886	1 960
4. Vj.	61 887	1 042	60 845	15 931	38 024	4 993	1 897
1978 1. Vj.	57 296	1 014	56 283	16 051	33 235	5 100	1 897
2. Vj.	59 573	1 235	58 338	17 182	34 020	4 975	2 162
3. Vj.	58 371	1 246	57 125	17 007	33 089	5 041	1 987
4. Vj.	65 101	1 241	63 859	17 330	39 175	5 314	2 040
1979 1. Vj.	61 117	1 172	59 945	18 104	34 193	5 590	2 059
2. Vj.	65 741	1 401	64 340	20 114	36 362	5 511	2 353
3. Vj.	65 073	1 486	63 587	20 266	35 344	5 813	2 164

[1]) Umsatz aus eigener Erzeugung (Fakturenwerte); ohne Umsatzsteuer. Gliederung nach Betrieben (bisheriges Hauptbeteiligten-Konzept). – Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1970 (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405 ff.

[2]) Ohne Saarland und Berlin.

Tabelle 36*

Index der Produktion im Produzierenden Gewerbe[1])

1970 = 100

Zeitraum	Index der Nettoproduktion[2])								Index der Bruttoproduktion[4])	
	Insgesamt[3])	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe								
		zusammen	Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe						
				zusammen	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter (produzierendes Gewerbe)	Verbrauchsgüter (produzierendes Gewerbe)	Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	Investitionsgüter[5])	Verbrauchsgüter[5])
1962	66,2	66,6	106,7	65,0	58,9	64,2	72,8	72,2	68,6	66,5
1963	68,5	68,7	108,1	67,2	61,1	66,5	74,2	75,7	69,3	69,6
1964	73,9	74,1	108,9	72,7	68,7	71,1	78,9	79,9	73,0	74,8
1965	77,7	78,0	104,4	77,0	72,3	75,9	83,8	83,2	76,9	80,0
1966	78,7	78,8	99,5	78,0	74,3	76,0	84,4	85,9	78,0	79,9
1967	76,5	76,5	92,0	75,9	75,6	71,4	80,1	88,1	73,7	74,7
1968	83,6	83,7	90,7	83,4	85,3	77,9	87,7	92,1	78,2	83,3
1969	94,4	94,6	93,3	94,6	95,6	92,0	97,2	97,1	91,0	95,1
1970	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	101,6	101,1	99,5	101,1	100,5	99,1	104,0	104,7	100,9	102,4
1972	106,2	104,9	95,7	105,2	105,7	101,9	110,6	106,9	104,7	106,8
1973	112,8	111,8	94,4	112,3	116,0	109,9	113,5	110,6	108,7	110,7
1974	110,5	109,6	93,7	110,1	115,4	106,5	108,5	112,1	107,3	102,9
1975	103,6	102,8	89,0	103,3	101,1	101,9	103,0	112,8	103,5	100,1
1976	110,7	110,1	86,6	110,9	111,5	109,0	110,2	116,7	105,8	109,6
1977	113,7	113,5	83,7	114,5	112,3	115,0	114,4	117,9	109,5	117,2
1978	116,7	115,6	83,6	116,6	116,7	115,5	115,0	121,9	109,3	118,4
1975 1. Vj.	101,4	101,2	96,6	101,3	99,9	98,7	103,9	109,4	97,9	100,1
2. Vj.	106,8	106,1	89,7	106,6	103,5	107,7	104,1	113,9	108,2	102,3
3. Vj.	95,3	94,2	80,1	94,6	95,9	90,8	92,6	107,4	93,9	88,0
4. Vj.	111,1	110,1	89,9	110,7	105,2	111,4	112,1	119,0	114,6	110,7
1976 1. Vj.	105,8	106,0	89,7	106,5	106,3	105,4	107,9	108,5	100,1	110,2
2. Vj.	116,8	116,1	83,9	117,1	118,6	116,3	114,3	120,2	112,9	113,5
3. Vj.	103,5	102,2	80,8	102,9	109,7	96,2	100,5	113,0	93,9	97,2
4. Vj.	117,1	116,7	91,8	117,5	111,6	119,1	118,7	123,3	117,0	118,2
1977 1. Vj.	111,3	112,0	91,7	112,7	111,4	113,8	113,5	110,6	103,1	121,7
2. Vj.	119,3	119,1	77,8	120,4	118,7	122,4	118,1	120,8	114,5	121,5
3. Vj.	104,7	104,0	77,4	104,8	107,4	101,3	103,7	112,2	98,5	103,0
4. Vj.	119,9	119,5	87,7	120,5	112,1	123,5	123,0	125,9	123,1	123,4
1978 1. Vj.	111,8	112,0	90,0	112,7	111,5	112,6	113,4	114,7	101,8	121,3
2. Vj.	120,0	118,7	80,9	119,9	122,0	118,5	116,9	123,9	109,9	120,9
3. Vj.	109,5	107,6	75,6	108,6	114,0	104,4	104,6	116,0	101,6	104,8
4. Vj.	125,8	124,2	88,2	125,3	119,5	127,3	125,9	131,0	124,5	127,0
1979 1. Vj.	115,0	115,3	96,3	115,9	116,6	115,2	115,4	117,0	103,1	122,8
2. Vj.	129,5	127,8	86,4	129,1	133,0	127,7	125,0	130,8	119,2	126,7
3. Vj.[6])	115,7	112,9	78,3	114,0	123,8	107,2	110,4	119,9	103,3	106,7

[1]) Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt.
[2]) Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1969 [illegible] der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405 ff.
[3]) Einschließlich Elektrizitäts- und Gasversorgung sowie Baugewerbe (ohne Ausbaugewerbe).
[4]) Die Zuteilung von Personenkraftwagen und Kombinationskraftwagen zum jeweiligen Güterbereich erfolgt annäherungsweise nach der Zulassungsstatistik für Kraftfahrzeuge.
[5]) Hauptsächlich Enderzeugnisse, nach ihrer vorwiegenden [illegible]
[6]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 37*

Beschäftigte im Bergbau und

in

Zeitraum	Insgesamt		Bergbau		Ver zusammen	
	Beschäftigte	Arbeiter	Beschäftigte	Arbeiter	Beschäftigte	Arbeiter
1950 [1]	4 797	4 054	571	528	4 226	3 526
1951 [1]	5 332	4 509	593	548	4 739	3 961
1952 [1]	5 518	4 633	614	568	4 903	4 066
1953 [1]	5 751	4 814	643	591	5 108	4 222
1954 [1]	6 062	5 070	642	588	5 420	4 482
1955 [1] [2]	6 576	5 498	644	587	5 932	4 910
1956 [1]	6 991	5 820	653	594	6 338	5 226
1957 [1]	7 221	5 984	668	606	6 553	5 378
1958 [1]	7 273	5 979	657	593	6 616	5 385
1959 [1]	7 301	5 949	613	549	6 688	5 400
1960	8 081	6 545	616	547	7 465	5 998
1961	8 316	6 674	586	517	7 730	6 157
1962	8 339	6 623	549	481	7 790	6 141
1963	8 264	6 500	517	452	7 747	6 049
1964	8 301	6 491	497	432	7 804	6 059
1965	8 460	6 578	474	410	7 986	6 168
1966	8 385	6 452	435	373	7 949	6 079
1967	7 843	5 927	378	321	7 465	5 606
1968	7 899	5 967	337	285	7 562	5 682
1969	8 308	6 284	318	266	7 991	6 018
1970	8 887	6 606	311	259	8 576	6 347
1971	8 826	6 479	307	254	8 519	6 225
1972	8 628	6 265	283	233	8 345	6 032
1973	8 664	6 258	262	214	8 402	6 044
1974	8 434	6 031	253	207	8 181	5 824
1975	7 888	5 559	255	208	7 633	5 351
1976	7 698	5 436	247	200	7 452	5 236
1977	7 632	5 435	240	195	7 392	5 240
1978	7 584	5 381	233	189	7 351	5 192
1976 1. Vj.	7 651	5 384	250	202	7 401	5 182
2. Vj.	7 669	5 411	247	201	7 422	5 210
3. Vj.	7 736	5 476	247	200	7 489	5 276
4. Vj.	7 739	5 473	245	199	7 494	5 274
1977 1. Vj.	7 605	5 416	242	196	7 363	5 220
2. Vj.	7 608	5 418	239	194	7 368	5 224
3. Vj.	7 667	5 466	240	195	7 427	5 271
4. Vj.	7 649	5 443	239	195	7 410	5 248
1978 1. Vj.	7 572	5 373	236	192	7 336	5 181
2. Vj.	7 550	5 356	234	189	7 316	5 166
3. Vj.	7 606	5 402	233	189	7 373	5 214
4. Vj.	7 608	5 393	231	187	7 377	5 207
1979 1. Vj.	7 551	5 347	231	186	7 320	5 161
2. Vj.	7 557	5 353	230	185	7 327	5 168
3. Vj.	7 646	5 428	233	188	7 414	5 240

[1]) Gliederung nach Betrieben (bisheriges Hauptbeteiligten-Konzept). – Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1970 (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405 ff.

Tabelle 37*

im Verarbeitenden Gewerbe[1])

1 000

arbeitendes Gewerbe								Zeitraum
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe		Investitionsgüter produzierendes Gewerbe		Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe		Nahrungs- und Genußmittelgewerbe		
Beschäftigte	Arbeiter	Beschäftigte	Arbeiter	Beschäftigte	Arbeiter	Beschäftigte	Arbeiter	
1 095	915	1 457	1 186	1 336	1 160	338	266	1950
1 202	1 004	1 679	1 372	1 501	1 303	357	282	1951
1 243	1 030	1 776	1 440	1 508	1 302	376	294	1952
1 248	1 029	1 866	1 503	1 605	1 386	389	304	1953
1 313	1 080	2 020	1 631	1 684	1 457	403	314	1954
1 422	1 170	2 302	1 867	1 787	1 545	421	328	1955 [2])
1 496	1 225	2 522	2 035	1 879	1 622	442	344	1956
1 538	1 254	2 650	2 126	1 906	1 642	458	356	1957
1 539	1 243	2 722	2 168	1 888	1 614	467	360	1958
1 564	1 256	2 793	2 205	1 864	1 583	467	356	1959
1 722	1 379	3 232	2 536	2 005	1 699	506	384	1960
1 784	1 416	3 398	2 641	2 033	1 713	514	387	1961
1 771	1 390	3 462	2 659	2 033	1 702	524	391	1962
1 750	1 358	3 454	2 623	2 015	1 678	528	390	1963
1 770	1 366	3 508	2 648	2 006	1 663	522	382	1964
1 804	1 384	3 629	2 726	2 032	1 680	520	379	1965
1 771	1 339	3 617	2 683	2 040	1 679	521	379	1966
1 670	1 237	3 385	2 461	1 902	1 544	507	364	1967
1 682	1 243	3 466	2 530	1 908	1 549	505	359	1968
1 750	1 288	3 741	2 750	1 990	1 619	510	361	1969
1 845	1 331	4 137	3 011	2 008	1 609	587	395	1970
1 819	1 295	4 138	2 968	1 975	1 570	587	391	1971
1 776	1 250	4 038	2 855	1 953	1 543	578	383	1972
1 782	1 250	4 118	2 904	1 926	1 511	576	379	1973
1 749	1 216	4 078	2 850	1 795	1 393	559	365	1974
1 653	1 129	3 804	2 612	1 649	1 268	527	342	1975
1 607	1 098	3 725	2 561	1 608	1 243	512	333	1976
1 570	1 078	3 734	2 591	1 592	1 240	496	331	1977
1 542	1 052	3 732	2 580	1 585	1 233	491	327	1978
1 590	1 082	3 701	2 536	1 602	1 234	509	329	1976 1. Vj.
1 605	1 097	3 707	2 546	1 603	1 240	506	327	2. Vj.
1 619	1 110	3 741	2 577	1 612	1 249	518	340	3. Vj.
1 613	1 102	3 753	2 586	1 614	1 250	514	336	4. Vj.
1 566	1 075	3 718	2 580	1 589	1 238	491	326	1977 1. Vj.
1 573	1 082	3 721	2 582	1 584	1 234	490	326	2. Vj.
1 576	1 086	3 751	2 603	1 596	1 244	503	338	3. Vj.
1 564	1 071	3 748	2 598	1 598	1 245	500	334	4. Vj.
1 540	1 049	3 726	2 577	1 585	1 233	485	321	1978 1. Vj.
1 539	1 051	3 712	2 565	1 580	1 229	485	322	2. Vj.
1 548	1 058	3 740	2 587	1 587	1 235	498	333	3. Vj.
1 542	1 051	3 751	2 590	1 589	1 236	495	330	4. Vj.
1 511	1 029	3 738	2 579	1 588	1 233	483	320	1979 1. Vj.
1 524	1 043	3 735	2 575	1 585	1 229	483	321	2. Vj.
1 542	1 058	3 779	2 611	1 596	1 238	476	333	3. Vj.

[2]) Ohne Saarland und Berlin.

Tabelle 38*

Geleistete Arbeiterstunden im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe[1])

Mio

Zeitraum	Insgesamt	Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe				
			zusammen	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter	Nahrungs- und Genußmittelgewerbe
					produzierendes Gewerbe		
1950	9 240	1 152	8 088	2 146	2 723	2 594	624
1951	10 218	1 204	9 014	2 348	3 156	2 851	659
1952	10 501	1 230	9 273	2 398	3 317	2 861	695
1953	10 885	1 258	9 627	2 388	3 433	3 085	721
1954	11 516	1 218	10 298	2 541	3 777	3 234	746
1955 [2])	12 484	1 213	11 271	2 738	4 319	3 436	778
1956	12 952	1 218	11 734	2 809	4 557	3 560	807
1957	12 624	1 188	11 436	2 714	4 478	3 430	813
1958	12 377	1 134	11 242	2 624	4 545	3 272	801
1959	12 231	1 014	11 217	2 654	4 558	3 221	783
1960	13 393	1 026	12 368	2 900	5 230	3 407	831
1961	13 403	962	12 441	2 923	5 352	3 345	821
1962	12 998	889	12 109	2 802	5 219	3 269	819
1963	12 579	833	11 746	2 713	5 070	3 154	810
1964	12 609	795	11 814	2 758	5 133	3 130	793
1965	12 654	738	11 916	2 764	5 250	3 123	779
1966	12 221	656	11 565	2 632	5 090	3 071	772
1967	10 986	545	10 441	2 391	4 521	2 787	742
1968	11 322	497	10 826	2 444	4 792	2 860	730
1969	11 946	465	11 481	2 546	5 247	2 960	728
1970	12 531	441	12 090	2 607	5 757	2 920	807
1971	12 006	423	11 583	2 465	5 499	2 824	795
1972	11 484	373	11 111	2 367	5 213	2 763	769
1973	11 426	347	11 079	2 362	5 294	2 666	757
1974	10 709	341	10 368	2 238	5 006	2 407	718
1975	9 573	335	9 238	1 953	4 458	2 156	671
1976	9 651	319	9 332	1 968	4 521	2 184	659
1977	9 493	300	9 193	1 900	4 511	2 149	633
1978	9 266	286	8 980	1 842	4 409	2 108	621
1976 1. Vj.	2 411	82	2 329	485	1 129	553	162
2. Vj.	2 405	77	2 328	493	1 132	543	160
3. Vj.	2 341	79	2 262	488	1 083	525	167
4. Vj.	2 494	81	2 413	503	1 177	563	170
1977 1. Vj.	2 430	81	2 349	481	1 159	553	156
2. Vj.	2 360	71	2 289	477	1 126	533	154
3. Vj.	2 289	73	2 216	466	1 075	515	160
4. Vj.	2 414	76	2 338	477	1 150	548	163
1978 1. Vj.	2 342	76	2 266	460	1 116	537	152
2. Vj.	2 331	70	2 261	468	1 109	531	154
3. Vj.	2 234	68	2 166	453	1 055	502	156
4. Vj.	2 359	71	2 288	461	1 129	538	159
1979 1. Vj.	2 351	75	2 276	452	1 135	537	151
2. Vj.	2 305	69	2 236	460	1 107	519	150
3. Vj.	2 224	70	2 154	451	1 053	495	154

[1]) Gliederung nach Betrieben (bisheriges Hauptbeteiligten-Konzept). – Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1970 (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405 ff.
[2]) Ohne Saarland und Berlin.

Tabelle 39*

Produktionsergebnis je Beschäftigtenstunde im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe[1])

1970 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe				
			zusammen	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter	Nahrungs- und Genußmittelgewerbe
					produzierendes Gewerbe		
1962	66,0	56,9	66,5	57,2	71,2	68,2	68,4
1963	69,7	61,4	69,9	60,7	74,8	71,4	71,6
1964	75,1	64,6	75,6	67,4	79,4	76,9	77,3
1965	78,5	66,3	79,1	70,2	82,7	82,0	81,8
1966	81,1	70,0	81,6	74,7	84,0	83,3	84,9
1967	85,8	76,5	86,1	82,2	86,7	85,4	89,1
1968	90,8	81,9	91,1	90,7	89,6	90,8	93,7
1969	97,0	89,3	97,2	96,7	96,9	97,3	98,2
1970	100	100	100	100	100	100	100
1971	104,7	103,0	104,9	105,2	102,8	107,2	105,9
1972	112,1	111,3	112,1	114,1	109,3	115,7	110,7
1973	119,1	117,0	119,2	124,1	115,4	122,5	115,0
1974	122,9	117,7	123,0	128,3	116,8	127,6	122,0
1975	127,5	113,8	127,9	125,6	124,1	135,0	130,7
1976	137,7	116,7	138,4	138,8	133,3	146,2	140,3
1977	144,7	119,2	145,3	144,1	141,2	155,0	150,0
1978	149,5	124,1	150,1	153,7	144,0	157,6	155,3
1974 1. Vj.	119,5	119,3	119,5	126,1	114,2	124,6	115,9
2. Vj.	124,2	118,0	124,3	132,9	117,6	128,2	122,2
3. Vj.	123,7	113,4	124,0	132,4	115,1	126,6	122,9
4. Vj.	124,1	120,1	124,3	122,1	120,4	131,5	126,9
1975 1. Vj.	121,6	117,6	121,9	121,1	116,4	130,1	125,1
2. Vj.	126,9	112,5	127,4	124,9	125,1	131,9	130,3
3. Vj.	126,9	107,5	127,7	126,7	121,6	134,2	130,8
4. Vj.	134,6	117,2	135,0	130,3	132,6	143,8	136,8
1976 1. Vj.	132,8	117,8	133,3	133,8	129,3	141,4	132,9
2. Vj.	139,0	114,0	139,6	142,9	134,6	145,0	140,3
3. Vj.	137,1	112,5	137,8	142,3	128,4	144,9	140,5
4. Vj.	142,0	122,2	142,6	136,0	140,5	153,4	146,7
1977 1. Vj.	140,4	122,3	140,9	141,0	137,3	150,8	142,9
2. Vj.	145,1	114,2	145,8	147,1	142,2	152,2	148,7
3. Vj.	143,9	117,3	144,5	145,6	137,3	154,0	149,0
4. Vj.	149,4	123,2	150,2	142,7	147,7	163,0	157,9
1978 1. Vj.	143,4	125,8	143,8	145,8	138,9	152,5	148,4
2. Vj.	149,7	121,3	150,5	155,8	143,7	155,9	155,7
3. Vj.	149,3	120,5	150,1	157,2	141,1	156,1	152,7
4. Vj.	155,9	129,6	156,5	155,9	151,9	165,9	163,6
1979 1. Vj.	149,6	137,0	149,9	156,1	142,7	158,8	155,7
2. Vj.	158,4	128,3	159,2	169,1	149,9	165,4	162,9
3. Vj.	157,6	121,7	158,6	170,5	145,8	167,1	160,0

[1]) Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1970 (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405 ff.

Tabelle 40*

Baugenehmigungen

Zeitraum	Genehmigungen für Hochbauten[1])							
	umbauter Raum[2])				veranschlagte reine Baukosten[3])			
	insgesamt	Wohnbauten	Nichtwohnbauten		insgesamt	Wohnbauten	Nichtwohnbauten	
			Unternehmen, freie Berufe, private Haushalte	Gebietskörperschaften[4])			Unternehmen, freie Berufe, private Haushalte	Gebietskörperschaften[4])
	1 000 cbm				Mio DM			
1950	.	140 665	.	.	.	5 243	.	.
1951	.	139 448	.	.	.	5 337	.	.
1952	230 108	135 652	94 456		9 694	6 216	3 478	
1953	245 968	163 649	82 319		11 370	7 860	3 510	
1954	282 134	185 592	96 542		13 375	9 062	4 313	
1955	309 971	195 519	114 452		15 488	10 063	5 425	
1956	304 197	180 297	123 900		16 130	10 061	6 069	
1957	286 391	174 078	112 313		16 404	10 459	5 945	
1958	311 254	193 297	117 957		19 208	12 386	6 821	
1959	343 689	210 904	132 785		22 136	14 321	7 815	
1960	392 427	234 427	158 000		27 491	17 253	10 238	
1961	422 657	248 582	174 075		31 685	19 851	11 834	
1962	425 658	252 434	135 881	37 343	34 675	22 176	7 744	4 756
1963	383 726	229 774	115 015	38 936	34 189	21 836	7 006	5 348
1964	429 635	246 181	139 465	43 988	40 738	25 397	9 032	6 309
1965	441 163	259 257	137 138	44 769	44 879	28 534	9 484	6 860
1966	421 309	245 143	136 995	39 171	44 680	28 555	9 840	6 285
1967	378 533	219 319	120 828	38 386	41 483	26 062	9 105	6 316
1968	400 265	226 408	132 687	41 170	43 187	27 031	9 594	6 562
1969	470 177	242 236	185 986	41 956	49 521	29 541	13 307	6 673
1970	497 264	266 573	184 840	45 850	59 058	35 529	15 299	8 230
1971	542 377	313 124	180 151	49 102	73 588	47 011	16 916	9 661
1972	567 238	343 057	178 182	45 999	87 234	57 221	19 769	10 244
1973	520 450	303 315	173 875	43 260	85 939	55 732	19 916	10 291
1974	388 207	209 250	123 954	55 004	72 217	41 964	15 472	14 781
1975	384 504	190 694	141 211	52 599	74 271	40 482	18 801	14 988
1976	374 089	210 227	128 309	35 553	72 857	46 338	16 559	9 961
1977	353 042	205 056	118 581	29 406	71 309	46 773	15 632	8 904
1978	421 216	247 614	137 520	36 083	88 531	59 182	18 395	10 954
1976 1. Vj.	90 940	50 116	31 767	9 057	18 001	10 960	4 596	2 445
2. Vj.	101 189	59 724	33 063	8 402	19 606	13 196	4 175	2 235
3. Vj.	96 961	54 646	32 784	9 532	18 944	12 088	4 072	2 784
4. Vj.	83 052	45 244	29 318	8 490	16 164	10 040	3 658	2 466
1977 1. Vj.	71 840	41 683	23 733	6 424	14 483	9 391	3 134	1 957
2. Vj.	92 063	54 123	30 803	7 137	18 175	12 288	3 808	2 079
3. Vj.	96 781	56 827	32 599	7 355	19 479	12 995	4 302	2 182
4. Vj.	91 213	51 831	30 669	8 712	19 040	12 012	4 179	2 848
1978 1. Vj.	82 157	48 135	27 055	6 968	16 914	11 235	3 540	2 139
2. Vj.	111 549	67 297	35 522	8 729	23 054	16 007	4 630	2 417
3. Vj.	116 161	67 470	39 102	9 589	24 410	16 232	5 303	2 875
4. Vj.	109 768	63 868	35 206	10 694	23 835	15 513	4 847	3 475

[1]) Die Vierteljahreszahlen umfassen, da die Meldungen der Baugenehmigungsbehörden teilweise nicht termingerecht eingehen, nicht immer alle Baugenehmigungen des Berichtsvierteljahres.
[2]) Ab 1963 nur Neu- und Wiederaufbau (einschließlich Umbau ganzer Gebäude).
[3]) Alle Baumaßnahmen.
[4]) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbscharakter.
[5]) Ohne Saarland und

Tabelle 41*

Auftragseingang im Bauhauptgewerbe

a) Wertindex 1971 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Hochbau				Tiefbau			
		zusammen	Wohnungsbau	sonstiger Hochbau		zusammen	Straßenbau	sonstiger Tiefbau	
				private[1])	öffentliche[2])			zusammen	darunter öffentlicher Tiefbau[2])
				Auftraggeber					
1972	104,9	109,6	121,4	100,7	99,9	97,1	98,1	96,5	100,7
1973	100,7	101,6	99,0	100,1	110,1	99,2	102,6	97,3	100,3
1974	90,1	86,0	75,1	79,7	121,4	97,0	104,7	92,4	99,8
1975	96,2	90,9	78,5	93,2	114,3	105,1	107,8	103,4	111,8
1976	90,3	87,4	83,2	87,8	95,4	95,2	106,2	88,7	95,3
1977	104,4	97,4	100,1	94,1	96,7	116,8	132,6	107,5	112,8
1978	128,7	121,2	131,6	108,7	119,1	141,7	154,0	134,5	146,0
1972 1. Vj.	93,9	101,5	118,0	93,4	80,3	81,4	75,2	85,1	83,2
2. Vj.	117,2	119,3	131,5	107,0	114,9	113,9	123,2	108,3	114,1
3. Vj.	114,5	117,9	125,2	113,1	110,8	108,8	120,6	101,8	108,7
4. Vj.	93,7	99,5	110,7	89,1	93,8	84,2	73,4	90,6	96,8
1973 1. Vj.	98,2	106,6	113,8	103,8	96,0	84,1	74,8	89,6	85,2
2. Vj.	119,0	118,5	123,4	119,3	105,9	120,0	124,3	117,5	117,7
3. Vj.	107,2	104,3	88,2	109,9	129,4	111,8	132,4	99,6	106,1
4. Vj.	78,4	76,9	70,4	67,5	108,9	80,9	78,8	82,1	92,4
1974 1. Vj.	75,6	78,9	71,8	79,9	92,8	70,1	64,7	73,2	71,3
2. Vj.	103,2	96,6	93,5	89,8	115,7	114,1	125,3	107,5	121,6
3. Vj.	98,6	87,7	73,2	75,9	141,6	116,6	136,5	104,7	112,0
4. Vj.	82,8	80,4	61,7	73,1	135,3	86,9	92,0	83,9	93,9
1975 1. Vj.	78,3	76,9	64,2	84,2	91,7	80,6	68,8	87,7	92,2
2. Vj.	110,4	100,2	86,3	101,1	129,3	127,5	132,3	124,6	130,7
3. Vj.	103,1	97,5	82,2	105,6	116,3	112,3	134,7	99,0	107,7
4. Vj.	93,1	89,1	81,4	81,8	119,8	99,8	95,5	102,3	116,6
1976 1. Vj.	80,0	82,8	84,1	77,4	89,7	75,2	64,1	81,8	87,4
2. Vj.	99,0	96,6	92,1	102,9	94,5	103,0	119,5	93,2	98,7
3. Vj.	96,2	86,4	83,7	85,4	94,0	112,6	142,4	94,9	104,7
4. Vj.	86,0	83,6	72,8	85,6	103,5	90,1	98,9	84,9	90,4
1977 1. Vj.	82,0	82,3	85,3	84,6	70,8	81,4	78,9	82,9	79,7
2. Vj.	114,1	104,1	107,9	97,7	106,7	131,5	161,9	113,5	119,0
3. Vj.	115,9	102,1	102,5	96,1	112,1	140,0	175,3	119,2	125,6
4. Vj.	105,7	100,9	104,6	97,9	97,1	114,1	114,2	114,2	126,7
1978 1. Vj.	102,5	101,8	116,1	91,2	87,2	103,5	96,3	107,8	113,3
2. Vj.	142,0	127,5	141,8	111,5	122,8	167,3	184,4	157,2	173,7
3. Vj.	144,9	130,9	136,9	113,3	149,2	169,4	206,3	147,5	160,7
4. Vj.	125,2	124,4	131,6	118,9	117,2	126,7	128,8	125,5	136,2
1979 1. Vj.	121,9	122,3	129,5	117,7	113,8	121,2	117,0	123,8	122,8
2. Vj.	164,5	155,4	162,9	147,1	152,7	180,6	203,3	167,1	178,1
3. Vj.[3])	156,8	141,4	141,3	138,5	147,0	183,5	205,3	170,6	181,8

[1]) Gewerblicher und industrieller Bau für Unternehmen (einschließlich Bundesbahn und Bundespost), landwirtschaftlicher Bau.

[2])

[3]) Vorläufige Ergebnisse.

noch Tabelle 41*

Auftragseingang im Bauhauptgewerbe

b) Volumenindex 1971 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Hochbau			Tiefbau		
		zusammen	Wohnungsbau	sonstiger Hochbau	zusammen	Straßenbau	sonstiger Tiefbau
1972	100,4	103,7	114,0	95,6	95,0	96,8	93,8
1973	91,8	91,0	87,8	93,5	93,2	97,8	90,6
1974	77,6	73,6	63,5	81,7	84,2	91,1	80,1
1975	81,7	77,1	65,5	86,3	89,5	91,8	88,3
1976	74,6	71,7	67,3	75,1	79,8	89,2	74,2
1977	82,7	76,0	77,0	75,1	95,0	108,6	87,0
1978	96,5	89,4	95,8	83,9	109,5	119,9	103,5
1972 1. Vj.	91,6	98,2	113,5	86,5	80,7	75,0	84,0
2. Vj.	112,1	112,7	123,4	104,4	111,4	121,4	105,3
3. Vj.	108,9	110,6	116,5	106,0	106,0	118,6	98,5
4. Vj.	88,9	93,1	102,7	85,5	81,8	72,0	87,4
1973 1. Vj.	91,9	98,1	103,6	93,8	80,9	72,9	85,5
2. Vj.	107,7	105,3	108,7	102,5	112,3	118,3	108,8
3. Vj.	96,5	92,2	77,1	104,0	104,1	125,5	91,9
4. Vj.	71,0	68,5	61,9	73,8	75,5	74,6	76,1
1974 1. Vj.	67,1	69,5	62,2	75,3	62,8	58,1	65,6
2. Vj.	88,4	82,2	78,7	85,1	98,9	108,9	93,0
3. Vj.	84,0	74,4	61,2	84,9	100,2	117,8	89,8
4. Vj.	70,8	68,5	51,8	81,7	74,7	79,5	71,9
1975 1. Vj.	67,1	65,8	53,9	75,3	69,2	59,1	75,2
2. Vj.	93,6	84,8	71,8	95,1	108,2	112,3	105,7
3. Vj.	87,3	82,4	68,4	93,5	95,6	114,5	84,8
4. Vj.	79,0	75,4	67,8	81,3	85,1	81,4	87,3
1976 1. Vj.	67,4	69,5	69,7	69,4	63,9	54,4	69,5
2. Vj.	82,0	79,6	74,9	83,3	86,3	100,3	78,0
3. Vj.	78,8	70,0	66,9	72,5	93,8	119,1	78,9
4. Vj.	70,3	67,5	57,9	75,1	75,1	82,9	70,5
1977 1. Vj.	66,5	65,9	67,3	64,7	67,6	65,9	68,5
2. Vj.	90,6	81,4	83,3	79,9	107,4	133,2	92,2
3. Vj.	91,1	78,9	78,0	79,6	113,2	142,8	95,9
4. Vj.	82,7	77,7	79,3	76,1	91,8	92,5	91,4
1978 1. Vj.	79,2	77,4	87,3	69,2	82,4	77,3	85,4
2. Vj.	107,7	95,1	104,0	87,3	130,7	145,3	122,2
3. Vj.	107,3	95,3	98,3	92,7	129,2	158,7	111,9
4. Vj.	91,9	89,7	93,7	86,2	95,7	98,2	94,4
1979 1. Vj.	88,5	87,3	91,2	83,9	90,6	88,2	92,1
2. Vj.	114,9	106,8	110,4	103,6	129,6	146,8	119,5
3. Vj. [1])	106,1	94,5	92,9	95,7	127,0	142,4	117,9

[1]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 42*

Auftragsbestand im Bauhauptgewerbe

Wertindex 1971 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Hochbau				Tiefbau			
		zusammen	Wohnungsbau	sonstiger Hochbau		zusammen	Straßenbau	sonstiger Tiefbau	
				private[1])	öffentliche[2])			zusammen	darunter öffentlicher Tiefbau[2])
				Auftraggeber					
1972	105,0	110,8	126,4	101,0	93,8	93,8	98,8	91,0	88,1
1973	104,7	107,6	115,2	103,3	98,6	99,3	108,0	94,5	92,6
1974	89,9	83,8	70,3	85,7	107,2	101,8	119,2	92,0	96,7
1975	88,9	83,3	64,9	92,0	106,8	99,6	110,0	93,8	100,7
1976	89,5	84,3	76,0	92,1	89,5	99,6	101,0	98,8	105,8
1977	84,7	76,7	68,4	86,8	80,4	101,0	114,4	93,5	100,5
1978	107,5	95,1	93,2	96,7	96,7	133,1	143,4	127,4	138,6
1972 Mär	101,7	106,0	120,6	96,0	91,5	93,5	98,1	90,9	86,2
Jun	106,6	110,6	128,1	98,5	93,2	98,8	105,2	95,3	91,7
Sep	107,8	114,2	129,1	104,8	98,2	95,4	101,9	91,7	88,6
Dez	103,8	112,2	127,7	105,0	92,3	87,4	89,9	86,0	85,7
1973 Mär	114,8	123,2	142,3	114,9	97,9	98,6	106,3	94,2	90,4
Jun	115,1	119,4	135,6	112,9	97,2	106,7	114,2	102,6	99,4
Sep	98,8	98,8	99,2	100,1	96,2	98,8	108,7	93,3	90,3
Dez	90,2	88,8	83,6	85,2	103,0	93,1	102,6	87,8	90,2
1974 Mär	90,1	86,7	79,3	83,6	104,9	96,7	109,5	89,6	89,9
Jun	92,9	86,6	72,7	89,9	108,8	105,1	123,4	94,8	100,1
Sep	91,7	83,3	66,9	89,9	105,7	108,2	131,6	95,1	100,7
Dez	84,9	78,7	62,1	79,3	109,5	97,0	112,2	88,5	96,0
1975 Mär	86,3	80,1	57,3	88,9	111,7	98,4	110,9	91,5	98,0
Jun	93,1	86,2	66,8	96,2	109,6	106,5	119,6	99,1	103,2
Sep	89,0	84,3	66,8	95,4	103,0	98,1	111,7	90,5	97,3
Dez	87,0	82,7	68,8	87,6	102,9	95,2	97,6	93,9	104,1
1976 Mär	94,2	88,2	74,7	95,8	103,6	106,0	100,8	108,9	117,9
Jun	94,7	89,6	84,7	97,1	88,9	104,6	105,5	104,1	108,7
Sep	88,6	83,5	76,2	91,4	86,7	98,5	104,6	95,1	102,2
Dez	80,3	75,7	68,2	84,1	78,9	89,2	92,9	87,2	94,3
1977 Mär	81,7	75,5	65,4	89,4	77,7	94,5	101,8	90,5	86,0
Jun	83,7	75,3	66,8	86,4	77,9	101,0	117,9	91,6	98,0
Sep	88,1	79,3	70,8	89,3	83,8	105,9	125,4	95,0	102,7
Dez	85,2	76,7	70,7	82,1	82,0	102,5	112,5	96,9	105,3
1978 Mär	97,2	86,8	84,6	90,1	87,1	118,5	129,8	112,2	121,1
Jun	106,8	93,4	90,5	97,4	94,2	134,2	149,7	125,5	132,4
Sep	113,5	99,7	97,9	100,2	103,0	141,8	151,6	136,3	150,2
Dez	112,6	100,3	99,9	99,1	102,6	137,9	142,5	135,5	150,6
1979 Mär	129,9	115,7	117,4	114,1	114,1	159,0	170,0	152,9	162,9
Jun	139,3	125,3	125,8	127,3	121,6	167,9	189,5	155,9	165,0

[1]) Gewerblicher und industrieller Bau für Unternehmen (einschließlich Bundesbahn und Bundespost), landwirtschaftlicher Bau.
[2]) Gebietskörperschaften, Organisationen ohne Erwerbscharakter, sonstige öffentliche Auftraggeber.

Tabelle 43*

Umsatz, Beschäftigte und Produktion im Bauhauptgewerbe[1])

Zeitraum	Umsatz[2]) insgesamt	Wohnungsbau	landwirtschaftlicher und gewerblicher Bau	öffentlicher und Verkehrsbau	Beschäftigte[3])	Geleistete Arbeitsstunden[4])	Nettoproduktionsindex[5])
	Mio DM				1 000	Mio	1970 = 100
1950	6 182	.	.	.	913	1 811	.
1951	7 783	.	.	.	922	1 862	.
1952	9 237	.	.	.	945	1 899	.
1953	10 690	.	.	.	1 051	2 179	.
1954	11 722	5 470	2 827	3 424	1 095	2 262	.
1955	14 172	6 236	3 582	4 354	1 209	2 498	.
1956	15 638	6 695	4 026	4 918	1 217	2 551	.
1957	15 978	6 811	4 078	5 089	1 201	2 379	.
1958	17 172	7 366	4 101	5 705	1 206	2 340	.
1959	21 057	8 479	4 969	7 609	1 287	2 494	.
1960	25 018	9 706	6 411	8 882	1 406	2 604	.
1961	28 650	10 860	7 212	10 564	1 447	2 668	.
1962	33 359	12 149	7 665	13 532	1 526	2 706	76,0
1963	36 420	13 016	7 738	15 654	1 604	2 660	76,7
1964	42 617	15 097	8 872	18 649	1 643	2 908	84,9
1965	44 375	15 906	9 717	18 753	1 643	2 800	86,4
1966	46 878	16 896	10 312	19 670	1 619	2 793	87,2
1967	46 358	18 088	9 164	19 105	1 503	2 561	82,9
1968	29 711	11 451	6 487	11 772	1 524	2 556	86,7
1969	44 648	16 606	10 078	17 964	1 543	2 520	94,8
1970	57 578	20 092	13 794	23 692	1 567	2 606	100
1971	70 004	25 562	17 880	26 562	1 583	2 627	103,0
1972	77 560	30 959	18 651	27 950	1 571	2 614	110,3
1973	81 078	32 963	19 914	28 201	1 546	2 435	111,6
1974	78 794	29 984	18 490	30 320	1 387	2 139	104,1
1975	75 370	26 697	17 570	31 103	1 242	1 890	92,4
1976	78 398	28 326	19 359	30 712	1 222	1 844	95,2
1977	86 128	32 767	20 467	32 894	1 168	1 722	95,2
1978	77 984	29 497	19 276	29 211	1 190	1 692	102,5
1977 1. Vj.	13 740	5 388	3 592	4 760	1 128	374	78,2
2. Vj.	17 892	6 971	4 724	6 196	1 180	471	107,3
3. Vj.	20 593	7 825	5 078	7 690	1 192	454	97,5
4. Vj.	33 651	12 527	6 924	14 200	1 171	423	98,5
1978 1. Vj.	12 541	4 704	3 268	4 569	1 119	324	77,8
2. Vj.	16 648	6 548	4 326	5 774	1 199	478	113,6
3. Vj.	19 850	7 488	4 981	7 380	1 225	457	108,3
4. Vj.	28 945	10 755	6 700	11 489	1 218	433	110,1
1979 1. Vj.	12 476	4 932	3 553	3 992	1 167	281	74,5
2. Vj.	25 055	10 914	3 556	8 585	1 221	482	125,1
3. Vj.	24 956	9 270	5 875	9 810	1 244	462	119,8

[1]) Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1967 (Nettoproduktionsindex bis 1969). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405 ff.
[2]) Nur baugewerblicher Umsatz. Ab 1968 ohne Umsatzsteuer; bis 1967 vorwiegend Zahlungseingang, ab 1968 vorwiegend vereinbarte Entgelte.
[3]) Bis 1976 ohne, ab 1977 einschließlich der unbezahlt mithelfenden
[4]) Von Inhabern, Angestellten, Arbeitern und Auszubildenden auf Bauhöfen und Baustellen geleistete Arbeitsstunden.
[5])
[6]) Ohne Saarland und Berlin.

Tabelle 44*

Einzelhandelsumsatz

1970 = 100

Zeitraum	Insgesamt[1])	darunter Einzelhandel mit								
		Waren verschiedener Art[2])	Nahrungs- und Genußmitteln	Textilwaren und Schuhen	Hausrat und Wohnbedarf	elektrotechnischen und optischen Erzeugnissen, Uhren	Papierwaren und Druckerzeugnissen	pharmazeutischen, kosmetischen u. ä. Erzeugnissen	Kohle und Mineralölerzeugnissen	Fahrzeugen, Maschinen, Büroeinrichtungen
	in jeweiligen Preisen									
1967	78,1	73,4	82,3	78,8	75,8	75,7	81,6	79,0	77,2	70,3
1968	81,5	80,2	86,1	80,6	77,7	78,6	85,2	85,1	83,8	68,5
1969	89,8	87,2	92,5	89,7	87,4	87,5	93,8	93,6	88,1	84,9
1970	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	110,4	113,4	109,7	111,2	114,9	111,9	110,8	110,3	105,2	106,0
1972	121,0	126,4	120,0	122,7	130,0	126,1	119,9	119,6	107,0	110,9
1973	129,9	137,8	130,1	127,4	138,2	134,5	129,3	130,2	148,9	110,2
1974	136,9	151,5	137,0	134,1	144,5	148,0	141,4	142,3	160,7	103,5
1975	149,2	165,6	147,1	144,6	150,9	156,3	154,5	154,4	165,4	129,4
1976	159,8	172,4	159,1	149,3	157,9	163,3	162,5	162,9	191,5	148,4
1977	171,3	180,8	170,2	159,4	176,0	176,6	172,7	169,1	183,4	169,4
1978	180,6	186,3	179,9	169,7	183,6	184,1	182,6	178,6	196,6	182,3
1978 1. Vj.	163,6	168,0	166,8	145,7	156,5	150,8	159,2	168,8	197,9	172,2
2. Vj.	176,6	171,6	179,1	157,8	174,7	158,8	155,1	175,6	188,4	203,9
3. Vj.	171,5	170,8	175,5	158,1	174,8	165,6	183,3	173,8	186,4	171,4
4. Vj.	208,8	234,2	191,6	216,2	229,9	262,2	231,2	193,8	212,7	183,3
1979 1. Vj.	174,0	171,5	174,8	147,8	162,9	154,5	170,8	179,6	257,5	198,2
2. Vj.	190,4	176,0	184,5	167,5	191,5	168,1	167,4	186,5	280,0	233,4
3. Vj.[3])	178,4	179,9	181,9	156,4	173,9	171,4	192,4	178,8	314,6	158,6
	in Preisen von 1970									
1967	81,2	76,2	84,4	82,3	79,1	77,3	88,3	84,7	80,8	75,3
1968	84,9	83,4	89,1	84,3	81,4	80,3	90,5	89,1	86,7	72,7
1969	92,6	90,0	94,2	93,1	91,1	88,9	97,8	96,4	93,7	89,2
1970	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	105,5	108,2	106,1	104,8	108,8	108,6	103,4	105,6	97,1	100,0
1972	110,4	115,4	110,4	109,2	118,5	118,5	108,9	109,9	97,8	100,5
1973	111,2	118,9	112,3	105,6	120,0	119,6	111,6	114,8	106,4	96,3
1974	109,3	121,6	112,7	103,2	115,9	120,3	113,0	118,7	93,3	84,4
1975	113,0	125,8	114,6	106,2	114,8	122,6	115,4	122,7	93,7	98,8
1976	117,0	128,0	118,9	106,1	116,9	127,1	117,1	126,0	100,9	110,0
1977	120,8	130,2	121,1	108,2	125,5	136,3	121,0	127,1	96,5	121,8
1978	124,4	130,1	127,2	110,1	126,0	138,5	124,6	131,7	101,9	127,0
1978 1. Vj.	113,6	118,4	118,1	95,9	108,6	114,7	110,0	125,5	103,0	121,9
2. Vj.	121,4	119,8	125,3	103,0	120,2	119,9	106,2	129,9	99,2	142,1
3. Vj.	118,0	119,1	124,0	102,5	119,6	124,6	124,9	127,7	98,0	118,4
4. Vj.	142,5	162,7	137,0	138,5	156,7	195,4	156,5	142,1	107,1	126,4
1979 1. Vj.	117,4	118,8	123,0	93,6	109,9	114,5	115,2	130,9	111,9	135,8
2. Vj.	126,3	120,4	128,1	105,1	127,5	123,2	112,5	135,1	108,2	157,5
3. Vj.[3])	116,8	122,2	126,5	96,7	113,7	123,0	128,0	127,1	110,6	105,6

[1]) Einschließlich Einzelhandel mit sonstigen Waren.
[2]) Einschließlich Warenhäuser, Verbrauchermärkte.
[3]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 45*

Zahlungs

Mio

Zeitraum	Devisenbilanz[1])	Leistungsbilanz				
		insgesamt	Waren- und Dienstleistungsverkehr			Übertragungsbilanz[4])
			zusammen	Handelsbilanz[2])	Dienstleistungsbilanz[3])	
1950	− 564	− 427	− 2 492	− 3 012	+ 520	+ 2 065
1951	+ 2 038	+ 2 301	+ 772	− 149	+ 921	+ 1 529
1952	+ 2 900	+ 2 478	+ 2 318	+ 706	+ 1 612	+ 160
1953	+ 3 646	+ 3 873	+ 4 324	+ 2 516	+ 1 808	− 451
1954	+ 2 971	+ 3 669	+ 4 143	+ 2 698	+ 1 445	− 474
1955	+ 1 851	+ 2 235	+ 3 069	+ 1 245	+ 1 824	− 834
1956	+ 5 010	+ 4 459	+ 5 680	+ 2 897	+ 2 783	− 1 221
1957	+ 5 122	+ 5 901	+ 7 783	+ 4 083	+ 3 700	− 1 882
1958	+ 3 444	+ 5 998	+ 7 998	+ 4 954	+ 3 044	− 2 000
1959	− 1 692	+ 4 152	+ 7 431	+ 5 361	+ 2 070	− 3 279
1960	+ 8 019	+ 4 783	+ 8 271	+ 5 223	+ 3 048	− 3 488
1961	− 2 297	+ 3 193	+ 7 623	+ 6 615	+ 1 008	− 4 430
1962	− 877	− 1 580	+ 3 630	+ 3 477	+ 153	− 5 210
1963	+ 2 740	+ 991	+ 6 086	+ 6 032	+ 54	− 5 095
1964	+ 435	+ 524	+ 5 835	+ 6 081	− 246	− 5 311
1965	− 1 283	− 6 223	+ 154	+ 1 203	− 1 049	− 6 377
1966	+ 1 952	+ 488	+ 6 783	+ 7 958	− 1 175	− 6 295
1967	− 140	+10 006	+16 428	+16 862	− 434	− 6 422
1968	+ 7 009	+11 856	+19 168	+18 372	+ 796	− 7 312
1969	−14 361	+ 7 498	+16 248	+15 584	+ 664	− 8 750
1970	+22 650	+ 3 183	+12 942	+15 670	− 2 728	− 9 759
1971	+10 986	+ 2 888	+14 385	+15 892	− 1 507	−11 497
1972	+15 195	+ 2 561	+16 570	+20 278	− 3 708	−14 009
1973	+16 149	+12 289	+27 881	+32 979	− 5 098	−15 592
1974	− 9 136	+25 479	+41 532	+50 846	− 9 314	−16 053
1975	+ 3 260	+ 8 522	+26 411	+37 276	−10 865	−17 889
1976	+ 1 301	+ 8 647	+26 733	+34 469	− 7 736	−18 086
1977	+ 2 570	+ 9 831	+27 650	+38 436	−10 786	−17 819
1978	+12 185	+17 584	+34 997	+41 200	− 6 203	−17 414
1977 1. Vj.	+ 596	+ 2 896	+ 6 808	+ 8 905	− 2 097	− 3 911
2. Vj.	− 1 408	+ 2 663	+ 7 217	+ 9 462	− 2 245	− 4 553
3. Vj.	− 68	− 4 402	+ 603	+ 7 958	− 7 355	− 5 005
4. Vj.	+ 3 451	+ 8 674	+13 023	+12 112	+ 911	− 4 350
1978 1. Vj.	+ 4 546	+ 4 362	+ 9 516	+ 9 188	+ 328	− 5 155
2. Vj.	− 4 123	+ 3 736	+ 8 561	+10 254	− 1 693	− 4 825
3. Vj.	+ 6 320	+ 426	+ 4 645	+ 9 584	− 4 939	− 4 218
4. Vj.	+ 5 443	+ 9 061	+12 277	+12 175	+ 102	− 3 216
1979 1. Vj.	− 8 788	+ 2 613	+ 7 398	+ 7 826	− 428	− 4 785
2. Vj.	− 2 180	− 2 102	+ 3 197	+ 7 060	− 3 863	− 5 299
3. Vj.	+ 9 659	− 7 433	+ 2 698	+ 3 478	− 6 176	− 4 734

[1]) Veränderung der Netto-Auslandsaktiva der Bundesbank einschließlich der deutschen Reserveposition im IWF und der Sonderziehungsrechte (Zunahme: +).

[2]) Spezialhandel nach der amtlichen Außenhandelsstatistik; Einfuhr cif, Ausfuhr fob.

[3]) Ohne die bereits im cif-Wert der Einfuhr enthaltenen Ausgaben für Fracht- und Versicherungskosten; jedoch einschließlich des Saldos des Transithandels sowie einschließlich sonstiger, den Warenverkehr betreffenden Ergänzungen (hauptsächlich Lagerverkehr auf inländische und Absetzung der Rückwaren und der Lohnveredelung).

[4]) Eigene Leistungen: −.

Tabelle 45*

bilanz

DM

Kapitalbilanz[5])			Saldo der statistisch erfaßten Transaktionen	Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen[6])	Ausgleichsposten zur Auslandsposition der Bundesbank[7])	Zeitraum
Saldo des gesamten Kapitalverkehrs	langfristiger Kapitalverkehr	kurzfristiger Kapitalverkehr				
+ 637	+ 488	+ 149	+ 210	− 774	—	1950
− 543	− 79	− 464	+ 1 758	+ 280	—	1951
+ 6	− 357	+ 363	+ 2 484	+ 416	—	1952
− 698	− 378	− 320	+ 3 175	+ 471	—	1953
− 106	− 438	+ 332	+ 3 563	− 592	—	1954
− 640	− 271	− 369	+ 1 595	+ 256	—	1955
− 162	− 365	+ 203	+ 4 297	+ 713	—	1956
− 2 655	− 390	− 2 265	+ 3 246	+ 1 876	—	1957
− 2 329	− 1 437	− 892	+ 3 669	− 225	—	1958
− 6 398	− 3 629	− 2 769	− 2 246	+ 554	—	1959
+ 1 272	− 81	+ 1 353	+ 6 055	+ 1 964	—	1960
− 5 009	− 4 053	− 956	− 1 816	+ 994	− 1 475	1961
− 597	− 183	− 414	− 2 177	+ 1 300	—	1962
+ 620	+ 1 806	− 1 186	+ 1 611	+ 1 129	—	1963
− 1 325	− 894	− 431	− 801	+ 1 236	—	1964
+ 2 142	+ 1 137	+ 1 005	− 4 081	+ 2 798	—	1965
− 599	− 342	− 257	− 111	+ 2 063	—	1966
−11 848	− 2 930	− 8 918	− 1 842	+ 1 702	—	1967
− 6 125	−11 201	+ 5 076	+ 5 731	+ 1 278	—	1968
−18 679	−23 040	+ 4 361	−11 181	+ 919	− 4 099	1969
+15 113	− 934	+16 047	+18 296	+ 3 616	+ 738	1970
+10 614	+ 6 293	+ 4 322	+13 502	+ 2 853	− 5 370	1971
+12 017	+15 551	− 3 535	+14 578	+ 1 112	− 495	1972
+13 226	+12 950	+ 277	+25 515	+ 913	−10 279	1973
−24 835	− 5 782	−19 052	+ 644	− 2 550	− 7 231	1974
−11 879	−16 831	+ 4 952	− 3 357	+ 1 137	+ 5 480	1975
+ 211	− 317	+ 528	+ 8 858	− 68	− 7 489	1976
− 786	−12 913	+12 127	+ 9 045	+ 1 406	− 7 880	1977
+ 6 247	− 2 273	+ 8 520	+23 831	− 4 060	− 7 586	1978
− 4 216	− 1 170	− 3 046	− 1 319	+ 1 916	—	1977 1. Vj.
− 5 747	− 6 892	+ 1 145	− 3 084	+ 1 676	—	2. Vj.
+ 4 752	− 3 007	+ 7 759	+ 350	− 419	—	3. Vj.
+ 4 425	− 1 844	+ 6 269	+13 098	− 1 767	− 7 880	4. Vj.
+ 516	+ 3 019	− 2 504	+ 4 878	− 332	—	1978 1. Vj.
− 6 179	− 5 065	− 1 114	− 2 444	− 1 679	—	2. Vj.
+ 7 044	+ 1 823	+ 5 221	+ 7 470	− 1 150	—	3. Vj.
+ 4 867	− 2 050	+ 6 917	+13 927	− 898	− 7 586	4. Vj.
−10 204	− 687	− 9 518	− 7 591	− 1 730	+ 534	1979 1. Vj.
+ 1 596	+ 3 903	− 2 307	− 506	− 1 674	—	2. Vj.
+20 572	+ 8 490	+12 082	+13 139	− 3 480	—	3. Vj.

[5]) Kapitalexport: −.

[6]) Saldo der nicht erfaßten Posten und statistischen Ermittlungsfehler im Leistungs- und Kapitalverkehr (= Restposten).

[7]) Gegenposten zu Veränderungen der Auslandsposition der Bundesbank, die nicht auf den Leistungs- und Kapitalverkehr mit dem Ausland beruhen, z. B. Auslandsposition der Bundesbank.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 46*

Kapitalverkehr

(Kapital

Mio

Zeitraum	Langfristiger Kapitalver							
		privat[1])						
			deutsche Nettokapitalanlagen im Ausland (Zunahme: −)			ausländische Nettokapitalanlagen im Inland (Zunahme: +)		
	insgesamt[2])	zusammen[2])	zusammen[2])	Direktinvestitionen[3]) und privater Grundbesitz	Kredite und Darlehen[4]), Portfolioinvestitionen	zusammen[2])	Direktinvestitionen[3]) und privater Grundbesitz	Kredite und Darlehen[4]), Portfolioinvestitionen[5])
1960	− 81	+ 1 230	− 1 494	− 733	− 783	+ 2 724	+ 807	+ 2 033
1961	− 4 053	+ 1 035	− 1 268	−1 002	− 268	+ 2 303	+1 178	+ 1 253
1962	− 183	+ 1 107	− 1 740	−1 335	− 374	+ 2 847	+1 338	+ 1 541
1963	+ 1 806	+ 3 253	− 1 663	−1 033	− 633	+ 4 916	+1 931	+ 3 009
1964	− 894	+ 421	− 2 377	−1 372	− 1 022	+ 2 798	+2 444	+ 367
1965	+ 1 137	+ 2 428	− 2 199	−1 448	− 741	+ 4 627	+3 557	+ 1 087
1966	− 342	+ 2 189	− 2 815	−1 616	− 1 187	+ 5 004	+3 953	+ 1 064
1967	− 2 930	− 1 440	− 3 663	−1 502	− 2 150	+ 2 223	+3 285	− 1 010
1968	−11 201	− 9 872	−12 223	−2 185	−10 020	+ 2 351	+2 087	+ 323
1969	−23 040	−21 203	−22 706	−3 142	−19 541	+ 1 503	+1 989	− 465
1970	− 934	+ 1 454	− 8 648	−3 580	− 5 048	+10 102	+2 073	+ 8 064
1971	+ 6 293	+ 8 458	− 4 027	−4 230	+ 219	+12 485	+3 827	+ 8 666
1972	+15 551	+17 029	+ 315	−5 760	+ 6 115	+16 714	+6 054	+10 703
1973	+12 950	+15 153	− 710	−5 186	+ 4 470	+15 863	+5 465	+10 411
1974	− 5 782	− 4 905	− 9 484	−5 482	− 3 918	+ 4 578	+6 709	− 2 123
1975	−16 831	−17 993	−21 875	−5 353	−16 434	+ 3 882	+3 051	+ 834
1976	− 317	− 2 726	−17 556	−6 576	−10 880	+14 830	+3 798	+11 040
1977	−12 913	−11 253	−22 246	−6 851	−15 263	+10 994	+3 229	+ 7 768
1978	− 2 273	+ 1 066	−20 859	−7 835	−12 973	+21 925	+3 281	+18 643
1975 1. Vj.	− 3 311	− 2 936	− 4 212	−1 504	− 2 686	+ 1 276	+1 141	+ 135
2. Vj.	− 5 301	− 5 116	− 5 205	−1 212	− 3 987	+ 88	+ 886	− 796
3. Vj.	− 5 483	− 5 546	− 5 612	−1 174	− 4 411	+ 66	+ 644	− 577
4. Vj.	− 2 735	− 4 394	− 6 846	−1 462	− 5 351	+ 2 451	+ 380	+ 2 071
1976 1. Vj.	− 855	− 1 326	− 5 477	−1 723	− 3 718	+ 4 151	+1 483	+ 2 668
2. Vj.	− 38	− 941	− 3 744	−1 654	− 2 065	+ 2 803	+ 641	+ 2 163
3. Vj.	+ 2 628	+ 757	− 3 446	−1 806	− 1 612	+ 4 202	+ 801	+ 3 403
4. Vj.	− 2 052	− 1 215	− 4 890	−1 394	− 3 485	+ 3 674	+ 873	+ 2 805
1977 1. Vj.	− 1 170	− 1 477	− 3 489	−1 572	− 1 898	+ 2 012	+ 740	+ 1 274
2. Vj.	− 6 892	− 6 598	− 8 085	−1 204	− 6 821	+ 1 486	+ 676	+ 812
3. Vj.	− 3 007	− 2 725	− 5 304	−1 872	− 3 411	+ 2 579	+ 938	+ 1 642
4. Vj.	− 1 844	− 453	− 5 369	−2 201	− 3 132	+ 4 916	+ 877	+ 4 040
1978 1. Vj.	+ 3 019	+ 3 852	− 3 819	−1 321	− 2 469	+ 7 672	+1 014	+ 6 656
2. Vj.	− 5 065	− 4 337	− 6 646	−2 225	− 4 408	+ 2 309	+ 356	+ 1 953
3. Vj.	+ 1 823	+ 2 495	− 3 126	−1 594	− 1 524	+ 5 621	+1 226	+ 4 395
4. Vj.	− 2 050	− 945	− 7 268	−2 695	− 4 571	+ 6 323	+ 685	+ 5 639
1979 1. Vj.	− 687	− 632	− 5 637	−2 149	− 3 437	+ 5 005	+ 504	+ 4 500
2. Vj.	+ 3 903	+ 4 464	− 1 796	−1 283	− 494	+ 6 260	+ 346	+ 5 914
3. Vj.	+ 8 490	+ 8 733	− 2 381	−2 101	− 320	+11 115	+ 923	+10 192

[1]) Für die Aufgliederung in „Privat" und „Öffentlich" ist maßgebend; welchem der
[2]) Einschließlich „sonstige Nettokapitalanlagen".
[3]) Soweit erkennbar.

Tabelle 46*

mit dem Ausland

export: –)

DM

kehr	Kurzfristiger Kapitalverkehr					Zeitraum
		privat[1])				
öffentlich[1])	insgesamt	zusammen	Kredit-institute	Wirtschafts-unternehmen und Private	öffentlich[1])	
−1 311	+ 1 353	+ 2 359	+ 2 369	− 10	−1 006	1960
−5 088	− 956	− 735	− 380	− 355	− 221	1961
−1 290	− 414	− 254	− 259	+ 5	− 160	1962
−1 447	− 1 186	− 1 177	+ 684	−1 861	− 9	1963
−1 315	− 431	+ 610	+ 85	+ 525	−1 041	1964
−1 291	+ 1 005	− 47	− 478	+ 431	+1 052	1965
−2 531	− 257	− 594	− 574	− 20	+ 337	1966
−1 490	− 8 918	− 8 557	− 4 823	−3 734	− 361	1967
−1 329	+ 5 076	+ 3 891	+ 2 455	+1 436	+1 185	1968
−1 837	+ 4 361	+ 4 390	+ 4 325	+ 65	− 29	1969
−2 388	+16 047	+16 344	+ 7 927	+8 417	− 297	1970
−2 166	+ 4 322	+ 3 179	+ 1 172	+2 007	+1 142	1971
−1 478	− 3 535	− 4 012	− 420	−3 592	+ 478	1972
−2 203	+ 277	+ 26	− 5 149	+5 175	+ 251	1973
− 877	−19 052	−19 020	− 9 733	−9 287	− 32	1974
+1 162	+ 4 952	+ 4 263	− 2 261	+6 524	+ 688	1975
+2 408	+ 528	+ 1 046	+ 6 731	−5 685	− 517	1976
−1 660	+12 127	+12 636	+ 8 072	+4 564	− 508	1977
−3 338	+ 8 520	+ 7 230	+10 089	−2 859	+1 290	1978
− 375	+ 1 836	+ 1 769	− 763	+2 531	+ 68	1975 1. Vj.
− 185	− 2 140	− 2 953	− 4 113	+1 161	+ 813	2. Vj.
+ 63	+ 6 762	+ 6 530	− 348	+6 878	+ 232	3. Vj.
+1 659	− 1 507	− 1 082	+ 2 964	−4 046	− 425	4. Vj.
+ 471	+ 7 448	+ 7 302	+ 5 761	+1 541	+ 146	1976 1. Vj.
+ 903	− 5 958	− 6 259	− 3 192	−3 067	+ 301	2. Vj.
+1 871	+ 2 035	+ 2 216	+ 3 549	−1 333	− 181	3. Vj.
− 837	− 2 996	− 2 213	+ 613	−2 826	− 784	4. Vj.
+ 307	− 3 046	− 3 140	− 2 713	− 427	+ 94	1977 1. Vj.
− 294	+ 1 145	+ 856	+ 2 578	−1 722	+ 289	2. Vj.
− 282	+ 7 759	+ 7 468	+ 3 621	+3 847	+ 290	3. Vj.
−1 391	+ 6 269	+ 7 451	+ 4 586	+2 865	−1 182	4. Vj.
− 833	− 2 504	− 3 950	− 3 650	− 300	+1 446	1978 1. Vj.
− 728	− 1 114	− 1 610	+ 546	−2 156	+ 496	2. Vj.
− 672	+ 5 221	+ 5 035	+ 4 239	+ 796	+ 187	3. Vj.
−1 106	+ 6 917	+ 7 755	+ 8 954	−1 199	− 838	4. Vj.
− 55	− 9 518	−11 372	− 8 088	−3 284	+1 855	1979 1. Vj.
− 561	− 2 307	− 3 527	− 1 577	−1 950	+1 221	2. Vj.
− 243	+12 082	+14 524	+ 9 846	+4 678	−2 443	3. Vj.

[4]) Nur Kredite und Darlehen, für die bei Vertragsabschluß eine Laufzeit von mehr als zwölf Monaten vereinbart wurde. – Ohne Direktinvestitionen.
[5]) Einschließlich der Transaktionen in deutschen Auslandsbonds.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 47*

Außenhandel (Spezialhandel)

Tatsächliche Werte, Volumen und Durchschnittswerte

Zeitraum	Tatsächliche Werte		Volumen[1])		Index der Durchschnittswerte		Terms of Trade[2])
	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	
	Mio DM				1976 = 100		%
1950	8 362	11 374	.	.	.	.	.
1951	14 577	14 726	.	.	.	.	.
1952	16 909	16 203	29 839	18 296	56,7	88,6	64,0
1953	18 526	16 010	32 803	19 977	56,5	80,1	70,5
1954	22 035	19 337	38 857	24 652	56,7	78,4	72,3
1955	25 717	24 472	44 556	30 760	57,7	79,6	72,5
1956	30 861	27 964	51 200	34 647	60,3	80,7	74,7
1957	35 968	31 697	57 932	38 361	62,1	82,6	75,2
1958	36 998	31 133	60 450	41 726	61,2	74,6	82,0
1959	41 184	35 823	66 519	49 654	61,9	72,1	85,9
1960	47 946	42 723	76 300	57 910	62,8	73,8	85,1
1961	50 978	44 363	80 889	62 518	63,0	71,0	88,7
1962	52 975	49 498	83 370	72 013	63,5	68,7	92,4
1963	58 310	52 277	87 788	76 921	66,4	68,0	97,6
1964	64 920	58 839	99 429	86 667	65,3	67,9	96,2
1965	71 651	70 448	106 679	99 917	67,2	70,5	95,3
1966	80 628	72 670	117 087	102 178	68,9	71,1	96,9
1967	87 045	70 183	126 274	100 533	68,9	69,8	98,7
1968	99 551	81 179	145 056	117 278	68,6	69,2	99,1
1969	113 557	97 972	160 657	137 260	70,7	71,4	99,0
1970	125 276	109 606	183 776	163 630	68,2	67,0	101,8
1971	136 011	120 119	192 016	176 913	70,8	67,9	104,3
1972	149 023	128 744	204 547	190 001	72,9	67,8	107,5
1973	178 396	145 417	233 816	100 090	76,3	72,7	105,0
1974	230 578	179 733	260 412	192 963	88,5	93,1	95,1
1975	221 589	184 313	230 480	194 149	96,1	94,9	101,3
1976	256 642	222 173	256 650	222 158	100	100	100
1977	273 614	235 178	270 549	230 469	101,1	102,0	99,1
1978	284 907	243 707	281 739	247 791	101,1	98,4	102,7
1976 1. Vj.	60 588	51 962	61 698	52 458	98,2	99,1	99,1
2. Vj.	62 922	55 321	63 484	55 604	99,1	99,5	99,6
3. Vj.	63 736	55 283	63 018	54 663	101,2	101,1	100,0
4. Vj.	69 396	59 606	68 448	59 433	101,4	100,3	101,1
1977 1. Vj.	66 619	57 714	65 562	56 092	101,7	102,8	98,9
2. Vj.	68 016	58 555	66 976	56 762	101,6	103,2	98,5
3. Vj.	65 325	57 367	64 992	56 170	100,5	102,2	98,4
4. Vj.	73 654	61 542	73 019	61 446	100,8	100,1	100,7
1978 1. Vj.	67 643	58 455	67 391	59 059	100,4	99,0	101,4
2. Vj.	72 019	61 765	71 551	62 993	100,7	98,1	102,7
3. Vj.	68 165	58 582	67 379	59 248	101,2	98,9	102,3
4. Vj.	77 081	64 905	75 417	66 491	102,2	97,6	104,7
1979 1. Vj.	74 356	66 530	72 610	65 846	102,4	101,0	101,4
2. Vj.	78 723	71 663	76 344	67 230	103,1	106,6	96,7
3. Vj.	76 370	72 892	73 016	65 480	104,6	111,3	94,0

[1]) Mengen bewertet mit den Durchschnittswerten des Jahres 1976.
[2]) Index der Durchschnittswerte der Ausfuhr in vH des Index der Einfuhr.
[3]) Bis 5. Juli 1959 ohne Saarland.

Tabelle 48*

Ausfuhr und Einfuhr nach Warengruppen der Produktionsstatistik[1])

Mio DM

Zeitraum	Insgesamt[2])	Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Erzeugnisse des Nahrungs- und Genußmittelgewerbes	Elektrizität, Gas, Fernwärme, Wasser[3])	Bergbauliche Erzeugnisse	Erzeugnisse des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes	Erzeugnisse des produzierenden Gewerbes: Investitionsgüter	Erzeugnisse des produzierenden Gewerbes: Verbrauchsgüter	Investitionsgüter[4])	Verbrauchsgüter[4])
					Ausfuhr					
1970	125 276	1 712	3 065	8	2 839	33 985	67 691	14 000	31 684	17 177
1971	136 011	1 564	3 963	5	3 008	35 420	74 103	15 583	34 821	19 315
1972	149 023	2 002	4 446	3	2 964	37 502	82 565	17 284	40 098	20 808
1973	178 396	2 571	6 124	2	3 308	47 563	95 878	20 733	45 457	24 368
1974	230 578	2 448	8 390	2	5 243	74 077	113 206	24 409	53 633	26 141
1975	221 589	2 632	8 535	3	4 903	60 961	117 926	27 883	58 544	25 215
1976	256 642	3 161	9 223	339	4 660	67 255	139 347	28 585	67 959	32 652
1977	273 614	3 161	11 535	256	4 588	68 148	150 142	30 493	72 254	36 523
1978	284 907	3 025	11 707	332	6 527	72 628	153 308	32 163	72 818	37 680
1978 1. Vj.	67 643	788	2 687	111	1 487	16 960	36 692	7 802	17 193	9 477
2. Vj.	72 019	783	3 128	45	1 712	18 722	38 327	7 915	18 088	9 173
3. Vj.	68 165	705	2 879	46	1 649	17 755	35 869	7 994	17 132	8 812
4. Vj.	77 081	749	3 012	130	1 679	19 191	42 419	8 452	20 406	10 219
1979 1. Vj.	74 356	813	3 383	246	1 557	19 411	39 034	8 720	17 866	10 000
2. Vj.	78 723	843	3 366	111	1 778	21 369	41 089	8 660	18 783	9 948
3. Vj.	76 370	745	3 224	111	1 821	21 974	38 083	9 088	17 316	9 714
					Einfuhr					
1970	109 606	15 134	9 015	1	10 166	32 791	24 516	14 778	9 834	14 540
1971	120 119	15 770	10 150	1	11 502	32 242	28 038	17 888	11 259	18 638
1972	128 744	16 760	11 464	1	11 396	33 805	29 986	21 608	11 603	21 455
1973	145 417	18 674	12 922	1	13 894	40 971	31 801	23 771	11 185	25 219
1974	179 733	19 799	13 309	0	29 942	53 052	33 051	26 465	11 352	28 544
1975	184 313	20 202	14 084	0	27 227	49 266	39 545	28 980	13 727	33 507
1976	222 173	23 852	16 339	556	32 410	60 565	48 661	33 604	16 822	38 577
1977	235 178	26 175	17 231	653	32 425	61 653	54 777	36 917	18 941	41 526
1978	243 707	24 546	17 970	639	29 920	64 354	60 784	40 055	21 118	45 474
1978 1. Vj.	58 455	6 332	4 320	152	7 629	15 178	13 732	9 919	4 596	11 161
2. Vj.	61 765	6 703	4 540	151	7 150	16 302	15 970	9 457	5 549	10 837
3. Vj.	58 582	5 567	4 513	185	7 282	15 732	13 919	10 118	4 880	11 355
4. Vj.	64 905	5 945	4 597	152	7 859	17 142	17 164	10 561	6 093	12 121
1979 1. Vj.	66 530	6 087	4 418	162	8 523	18 276	16 444	11 253	5 770	12 462
2. Vj.	71 663	6 657	4 620	153	9 704	20 976	17 277	10 655	6 079	12 408
3. Vj.	72 892	5 906	4 695	174	11 058	21 701	15 950	11 917	5 680	13 988

[1]) *Gliederung nach dem Warenverzeichnis für die Industriestatistik nach dem Stand von 1975.*
[2]) Waren, die nicht zugeordnet
[3]) Bis 1975 ohne elektrischen Strom.
[4]) vorwiegenden Verwendung gruppiert.

Tabelle 49*

Ausfuhr nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik

Mio DM

Zeitraum	Insgesamt[1])	Güter der Ernährungswirtschaft	Güter der gewerblichen Wirtschaft					
			zusammen	Rohstoffe	Halbwaren	Fertigwaren		
						zusammen	Vorerzeugnisse	Enderzeugnisse
1950	8 362	196	8 166	1 168	1 576	5 422	1 862	3 560
1951	14 577	489	14 088	1 318	2 110	10 660	3 678	6 982
1952	16 909	379	16 529	1 281	2 544	12 704	3 488	9 216
1953	18 526	376	18 050	1 488	2 724	13 839	3 384	10 455
1954	22 035	515	21 521	1 694	2 883	16 943	4 109	12 834
1955 [2])	25 717	683	25 034	1 568	3 268	20 198	4 769	15 429
1956	30 861	834	29 945	1 715	3 819	24 412	5 945	18 467
1957	35 968	829	35 044	1 939	4 153	28 951	7 135	21 816
1958	36 998	882	35 998	1 710	3 890	30 398	6 769	23 630
1959	41 184	1 005	40 057	1 968	4 309	33 780	7 970	25 810
1960	47 946	1 091	46 696	2 182	5 007	39 506	9 672	29 834
1961	50 978	1 075	49 705	2 175	5 282	42 248	9 731	32 517
1962	52 975	1 143	51 616	2 362	4 982	44 273	9 876	34 397
1963	58 310	1 317	56 742	2 489	5 446	48 807	10 450	38 357
1964	64 920	1 614	63 039	2 518	5 733	54 788	11 847	42 941
1965	71 651	1 981	69 361	2 555	6 254	60 552	13 312	47 240
1966	80 628	1 968	78 301	2 835	7 152	68 314	14 727	53 587
1967	87 045	2 476	84 166	2 880	7 573	73 713	16 570	57 143
1968	99 551	2 985	96 098	3 163	8 563	84 373	18 264	66 109
1969	113 557	3 657	109 308	3 080	8 900	97 328	21 141	76 187
1970	125 276	4 380	120 194	3 188	9 577	107 430	23 034	84 395
1971	136 011	5 097	130 145	3 258	10 480	116 407	23 874	92 533
1972	149 023	5 946	142 184	3 388	10 445	128 351	25 861	102 490
1973	178 396	8 016	169 392	4 071	13 244	152 078	33 334	118 744
1974	230 578	9 953	219 387	5 516	20 596	193 275	51 133	142 142
1975	221 589	10 397	209 784	5 304	16 129	188 350	40 334	148 016
1976	256 642	11 412	243 775	5 692	18 688	219 396	45 638	173 758
1977	273 614	13 723	258 243	5 657	18 281	234 305	46 579	187 726
1978	284 907	13 790	269 300	6 098	20 415	242 787	49 905	192 882
1976 1. Vj.	60 588	2 932	57 311	1 331	4 357	51 624	10 759	40 865
2. Vj.	62 922	2 538	60 044	1 436	4 856	53 753	11 457	42 296
3. Vj.	63 736	2 842	60 548	1 438	4 816	54 295	11 443	42 852
4. Vj.	69 396	3 101	65 871	1 487	4 660	59 724	11 979	47 746
1977 1. Vj.	66 619	3 337	62 865	1 337	4 376	57 152	11 650	45 503
2. Vj.	68 016	3 400	64 225	1 457	4 846	57 923	11 904	46 019
3. Vj.	65 325	3 455	61 494	1 330	4 356	55 809	11 184	44 624
4. Vj.	73 654	3 531	69 658	1 533	4 703	63 422	11 841	51 581
1978 1. Vj.	67 643	3 243	63 958	1 477	4 671	57 810	11 647	46 163
2. Vj.	72 019	3 651	67 914	1 588	5 149	61 177	12 698	48 479
3. Vj.	68 165	3 370	64 383	1 440	5 062	57 881	12 155	45 726
4. Vj.	77 081	3 525	73 045	1 594	5 533	65 918	13 404	52 514
1979 1. Vj.	74 356	3 928	69 961	1 551	5 513	62 897	13 414	49 483
2. Vj.	78 723	3 897	74 324	1 722	6 251	66 351	14 610	51 741
3. Vj.	76 370	3 720	72 117	1 561	6 386	64 170	15 060	49 110

[1])

[2]) Bis 5. Juli 1959 ohne Saarland.

Tabelle 50*

Einfuhr nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik

Mio DM

Zeitraum	Insgesamt[1])	Güter der Ernährungswirtschaft	Güter der gewerblichen Wirtschaft					
			zusammen	Rohstoffe	Halbwaren	Fertigwaren		
						zusammen	Vorerzeugnisse	Enderzeugnisse
1950	11 374	5 013	6 360	3 368	1 564	1 429	714	714
1951	14 726	5 876	8 850	5 249	2 012	1 588	848	740
1952	16 203	6 065	10 138	5 635	2 357	2 146	1 175	970
1953	16 010	5 852	10 158	5 224	2 438	2 497	1 450	1 046
1954	19 337	7 151	12 186	5 502	3 476	3 208	1 894	1 314
1955	24 472	7 635	16 837	7 281	4 916	4 640	2 764	1 876
1956	27 964	9 162	18 657	8 225	5 236	5 196	2 910	2 286
1957	31 697	9 975	21 569	9 376	5 741	6 452	3 338	3 114
1958	31 133	9 408	21 438	7 685	5 252	8 500	3 845	4 655
1959	35 823	10 731	24 755	7 749	5 977	11 030	4 719	6 311
1960	42 723	11 246	31 076	9 269	8 061	13 746	5 773	7 973
1961	44 363	11 677	32 186	9 095	7 542	15 550	6 028	9 522
1962	49 498	13 684	35 371	8 821	7 863	18 688	6 689	11 999
1963	52 277	12 779	38 987	9 362	8 049	21 575	7 142	14 433
1964	58 839	14 035	44 214	10 916	9 779	23 519	8 548	14 971
1965	70 448	16 852	52 917	11 431	10 807	30 679	10 424	20 256
1966	72 670	17 451	54 425	11 819	10 814	31 792	10 556	21 236
1967	70 183	16 599	52 648	11 828	10 961	29 859	9 454	20 406
1968	81 179	17 083	63 035	13 645	13 630	35 761	12 649	23 111
1969	97 972	19 331	77 404	14 487	16 720	46 196	15 767	30 429
1970	109 606	20 924	87 233	14 809	17 660	54 763	16 999	37 764
1971	120 119	22 829	95 636	15 868	16 327	63 442	18 686	44 755
1972	128 744	24 959	102 162	15 857	16 439	69 865	20 726	49 139
1973	145 417	28 029	115 702	18 754	21 578	75 370	22 873	52 498
1974	179 733	29 348	148 300	34 653	30 406	83 241	25 703	57 538
1975	184 313	31 127	150 746	30 144	27 648	92 953	25 202	67 752
1976	222 173	36 037	183 274	36 097	34 689	112 488	31 423	81 064
1977	235 178	39 306	192 776	35 154	35 454	122 168	33 256	88 912
1978	243 707	38 605	201 783	30 786	37 526	133 471	35 342	98 129
1976 1. Vj.	51 962	8 175	43 170	8 109	8 402	26 660	7 237	19 423
2. Vj.	55 321	8 965	45 568	8 680	8 731	28 157	8 085	20 072
3. Vj.	55 283	8 776	45 854	9 683	8 831	27 339	7 828	19 511
4. Vj.	59 606	10 121	48 683	9 626	8 725	30 332	8 273	22 059
1977 1. Vj.	57 714	9 501	47 539	9 129	8 288	30 122	8 589	21 533
2. Vj.	58 555	10 169	47 622	8 715	9 061	29 845	8 425	21 420
3. Vj.	57 367	9 313	47 359	8 833	8 673	29 852	7 893	21 959
4. Vj.	61 542	10 322	50 256	8 476	9 431	32 349	8 349	24 000
1978 1. Vj.	58 455	9 540	48 241	7 648	9 149	31 444	8 570	22 874
2. Vj.	61 765	10 176	50 658	7 659	9 097	33 902	9 114	24 788
3. Vj.	58 582	9 252	48 585	7 599	9 211	31 775	8 157	23 618
4. Vj.	64 905	9 637	54 297	7 880	10 069	36 348	9 500	26 848
1979 1. Vj.	66 530	9 338	56 385	8 400	10 812	37 173	10 202	26 971
2. Vj.	71 663	10 144	60 590	10 237	12 208	38 145	10 601	27 544
3. Vj.	72 892	9 671	62 411	11 441	13 373	37 597	10 139	27 458

[1]) Einschließlich Rückwaren und Ersatzlieferungen.
[2]) Bis 5. Juli 1959 ohne Saarland.

Tabelle 51*

Warenausfuhr nach Ländergruppen

Verbrauchsländer
Mio DM

Zeitraum	Insgesamt[1]	EG-Länder[2]	EFTA-Länder[3]	Übrige europäische Länder[4]	Staatshandelsländer[5]	Außereuropäische Industrieländer		Übrige Länder[7]
						zusammen[6]	Vereinigte Staaten	
1950	8 362	3 102	2 213	703	361	714	433	1 244
1951	14 577	4 326	4 109	1 190	284	1 611	992	3 027
1952	16 909	4 782	5 046	1 797	223	1 609	1 048	3 415
1953	18 526	5 528	5 187	1 449	330	2 028	1 249	3 928
1954	22 035	6 432	6 381	1 439	435	2 167	1 237	5 048
1955 [8]	25 717	7 409	7 419	1 829	643	2 723	1 625	5 511
1956	30 861	9 095	8 656	1 930	1 120	3 446	2 089	6 383
1957	35 968	10 502	9 803	1 954	1 263	4 332	2 521	7 873
1958	36 998	10 102	10 162	2 145	1 889	4 603	2 699	7 895
1959	41 184	11 463	11 107	2 477	1 915	5 914	3 835	8 072
1960	47 946	14 148	13 436	2 873	2 304	6 111	3 767	8 930
1961	50 978	16 180	14 422	3 178	2 124	5 875	3 497	9 051
1962	52 975	18 012	14 712	3 367	2 177	6 334	3 858	8 208
1963	58 310	21 754	15 795	3 518	1 839	6 862	4 195	8 356
1964	64 920	23 630	17 686	3 998	2 350	7 873	4 785	9 160
1965	71 651	25 220	19 342	4 779	2 740	9 070	5 741	10 267
1966	80 628	29 281	20 303	5 494	3 381	10 744	7 178	11 173
1967	87 045	32 007	20 623	5 922	4 421	12 191	7 859	11 626
1968	99 551	37 368	22 587	6 154	4 556	15 759	10 835	12 856
1969	113 557	45 177	25 602	7 201	5 145	16 201	10 633	13 973
1970	125 276	50 259	28 344	8 364	5 448	17 747	11 437	14 857
1971	136 011	54 530	30 428	8 988	5 865	19 578	13 140	16 308
1972	149 023	59 441	34 333	10 045	7 686	20 222	13 798	16 977
1973	178 396	84 066	28 062	11 392	10 836	23 174	15 089	20 509
1974	230 578	103 516	34 380	15 513	15 903	28 454	17 343	32 088
1975	221 589	96 542	32 093	15 880	17 425	22 515	13 146	36 442
1976	256 642	117 311	38 547	16 305	17 432	24 435	14 413	41 835
1977	273 614	122 815	41 437	16 671	16 704	28 385	18 199	46 777
1978	284 907	130 566	41 484	15 547	17 635	31 452	20 188	47 461
1976 1. Vj.	60 588	28 640	8 619	3 746	4 414	5 842	3 434	9 164
2. Vj.	62 922	29 265	9 394	3 974	4 227	5 962	3 522	9 931
3. Vj.	63 736	28 332	9 628	4 024	4 368	6 098	3 542	11 053
4. Vj.	69 396	31 074	10 906	4 561	4 423	6 534	3 915	11 686
1977 1. Vj.	66 619	31 305	10 235	3 941	4 070	6 229	3 744	10 631
2. Vj.	68 016	30 948	9 933	4 435	3 824	7 075	4 547	11 598
3. Vj.	65 325	28 379	10 044	3 955	4 087	7 164	4 721	11 475
4. Vj.	73 654	32 183	11 225	4 340	4 723	7 917	5 186	13 073
1978 1. Vj.	67 643	31 640	9 711	3 475	4 043	7 437	4 795	11 167
2. Vj.	72 019	33 216	10 468	3 842	4 655	7 744	5 055	11 903
3. Vj.	68 165	30 281	10 117	3 702	4 219	7 848	4 920	11 793
4. Vj.	77 081	35 429	11 188	4 528	4 717	8 423	5 410	12 598
1979 1. Vj.	74 356	36 202	11 015	4 103	4 329	7 612	4 727	10 925
2. Vj.	78 723	38 423	11 428	4 715	4 727	8 650	5 479	10 567
3. Vj.	76 370	36 123	11 444	4 405	4 856	7 902	4 947	11 360

[1] Einschließlich Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf, Polargebiete und „Nicht ermittelte Länder".
[2] Ab 1973 neuer Gebietsstand.
[3] Ab März 1970 einschließlich Island.
[4] Ohne Staatshandelsländer.
[5] Sowjetunion, Polen, Vietnam, Mongolische Volksrepublik, Nord-Korea.
[6] Australien, Japan, Kanada, Neuseeland, Republik Südafrika und
[7] Außereuropäische Entwicklungsländer.
[8] Bis 5. Juli 1959 ohne Saarland.

Tabelle 52*

Wareneinfuhr nach Ländergruppen

Herstellungsländer
Mio DM

Zeitraum	Insgesamt[1]	EG-Länder[2]	EFTA-Länder[2][3]	Übrige europäische Länder[4]	Staatshandelsländer[5]	Außereuropäische Industrieländer		Übrige Länder[7]
						zusammen[6]	Vereinigte Staaten	
1950 [8]	11 374	3 031	2 390	537	352	2 372	1 811	2 677
1951	14 726	2 986	2 644	1 012	429	3 636	2 722	4 019
1952	16 203	3 686	3 121	1 340	313	3 667	2 507	4 076
1953	16 010	4 027	3 205	1 148	419	2 931	1 658	4 259
1954	19 337	4 724	3 903	1 212	512	3 444	2 237	5 521
1955	24 472	6 317	4 687	1 418	733	4 683	3 209	6 610
1956	27 964	6 590	5 550	1 519	1 121	5 798	3 997	7 347
1957	31 697	7 404	6 019	1 584	1 235	7 789	5 671	7 633
1958	31 133	7 969	6 487	1 597	1 451	6 191	4 219	7 407
1959	35 823	10 334	7 420	1 771	1 687	6 421	4 595	8 152
1960	42 723	12 708	8 392	1 989	2 037	8 034	5 977	9 461
1961	44 363	13 778	8 592	2 249	2 074	8 241	6 100	9 335
1962	49 498	15 966	9 396	2 277	2 191	9 379	7 033	10 202
1963	52 277	17 342	9 646	2 285	2 185	10 206	7 941	10 533
1964	58 839	20 393	10 686	2 612	2 442	10 609	8 066	12 012
1965	70 448	26 648	12 133	2 905	2 943	12 296	9 196	13 425
1966	72 670	27 774	11 955	2 993	3 163	12 576	9 177	14 110
1967	70 183	27 636	10 993	2 694	3 023	12 055	8 556	13 694
1968	81 179	33 453	12 666	3 186	3 414	12 790	8 850	15 579
1969	97 972	42 431	15 222	4 139	3 976	15 115	10 253	16 992
1970	109 606	48 437	16 634	4 422	4 397	17 934	12 066	17 681
1971	120 119	56 017	16 987	4 707	4 769	18 363	12 420	19 149
1972	128 744	62 598	17 669	5 837	5 325	17 569	10 765	19 633
1973	145 417	75 539	12 748	6 657	6 619	19 801	12 223	23 937
1974	179 733	86 147	15 058	7 170	8 409	22 590	13 972	40 188
1975	148 313	91 246	15 981	7 491	8 661	23 864	14 226	36 835
1976	222 173	107 079	19 856	9 267	10 977	29 289	17 556	45 443
1977	235 178	113 320	22 302	9 881	11 370	30 010	17 020	48 055
1978	243 707	119 777	26 545	10 483	12 565	30 448	17 434	43 686
1976 1. Vj.	51 962	25 443	4 521	2 138	2 471	6 863	4 440	10 480
2. Vj.	55 321	27 567	5 071	2 119	2 696	7 049	4 180	10 754
3. Vj.	55 283	26 216	4 836	2 343	2 845	7 021	3 898	11 934
4. Vj.	59 606	27 853	5 428	2 667	2 964	8 356	5 038	12 277
1977 1. Vj.	57 714	27 605	5 226	2 529	2 508	7 218	4 303	12 586
2. Vj.	58 555	28 563	5 097	2 330	2 661	7 925	4 587	11 918
3. Vj.	57 367	27 383	5 634	2 318	2 814	7 282	3 853	11 862
4. Vj.	61 542	29 770	6 344	2 704	3 388	7 585	4 277	11 689
1978 1. Vj.	58 455	28 806	6 037	2 606	2 896	7 004	3 974	11 067
2. Vj.	61 765	30 921	6 691	2 633	2 900	7 721	4 460	10 850
3. Vj.	58 582	28 522	6 419	2 395	3 205	7 116	3 972	10 865
4. Vj.	64 905	31 528	7 398	2 849	3 564	8 607	5 028	10 905
1979 1. Vj.	66 530	33 266	7 267	3 004	3 097	8 209	4 923	11 655
2. Vj.	71 663	35 431	7 828	2 889	3 665	8 763	4 895	13 039
3. Vj.	72 892	34 533	7 859	2 888	4 388	8 732	4 658	14 431

[1])
[2]) Ab 1973 neuer Gebietsstand.
[3]) Ab März 1970 einschließlich Island.
[4]) Ohne Staatshandelsländer.
[5]) Sowjetunion, Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Albanien, Vietnam, Mongolische Volksrepublik, Volksrepublik China, Nord-Korea.
[6]) Australien, Japan, Kanada, Neuseeland, Republik Südafrika und Vereinigte Staaten.
[7]) Außereuropäische Entwicklungsländer.
[8]) Bis 5. Juli 1959 ohne Saarland.

Tabelle 53*

Preisentwicklung [1]) nach den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

1970 = 100

Zeitraum	Bruttosozialprodukt	Einfuhr	Letzte Verwendung von Gütern [2])	Ausfuhr	Letzte inländische Verwendung von Gütern					
					zusammen	darunter				
						Privater Verbrauch	Staatsverbrauch	Anlageinvestitionen		
								zusammen	Ausrüstungen	Bauten
1960	70,5	91,9	73,1	83,9	71,2	75,9	58,6	67,4	79,7	61,8
1961	73,6	89,3	75,5	84,4	74,0	78,5	62,2	71,3	82,1	66,1
1962	76,7	89,0	78,2	85,7	77,0	80,9	65,0	75,9	84,9	71,3
1963	78,9	91,3	80,5	86,6	79,5	83,3	68,4	78,9	86,1	75,3
1964	81,3	93,2	82,8	88,8	81,8	85,4	70,8	81,1	87,8	77,8
1965	84,1	95,8	85,8	91,0	84,8	88,2	75,7	83,0	90,1	79,4
1966	87,2	97,6	88,7	93,1	87,8	91,5	80,1	84,9	92,5	81,2
1967	88,5	96,9	89,7	93,8	88,8	93,1	82,0	83,8	93,3	79,2
1968	90,0	97,3	91,1	93,5	90,6	94,8	85,1	84,7	92,0	81,1
1969	93,2	99,7	94,2	96,3	93,8	96,6	91,2	89,1	93,9	86,2
1970	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	107,7	101,3	106,6	103,9	107,2	105,4	112,4	108,0	105,4	109,6
1972	113,7	102,3	111,7	106,4	112,9	111,3	119,8	112,0	107,0	115,1
1973	120,6	111,8	119,0	111,8	120,9	119,2	131,4	117,6	110,3	122,0
1974	128,9	135,2	130,0	128,6	130,5	127,5	146,6	125,4	117,8	129,9
1975	137,6	136,3	137,3	135,0	138,0	135,4	155,7	129,7	126,4	131,9
1976	142,0	142,7	142,2	138,5	143,2	141,4	161,1	133,9	130 8	136,0
1977 [3])	147,4	144,8	146,9	140,7	148,7	146,7	168,8	138,3	135,7	141,6
1978 [3])	153,1	141,5	150,7	142,1	153,3	150,5	174,3	144,5	136,6	150,2
1970 1. Hj.	98,2	100,1	98,5	98,8	98,4	99,1	96,9	98,3	98,7	98,0
2. Hj.	101,7	99,9	101,4	101,1	101,4	100,8	102,7	101,4	101,2	101,5
1971 1. Hj.	105,9	102,2	105,2	103,5	105,6	104,2	108,9	106,8	105,0	108,0
2. Hj.	109,5	100,6	107,9	104,3	108,7	106,6	115,7	109,0	105,8	110,9
1972 1. Hj.	112,1	100,9	110,1	105,9	111,1	109,7	115,5	111,0	106,5	113,8
2. Hj.	115,2	103,6	113,1	106,9	114,6	112,8	123,8	113,0	107,4	116,1
1973 1. Hj.	118,5	107,6	116,5	109,3	118,4	117,1	125,0	116,3	109,3	120,7
2. Hj.	122,5	115,9	121,3	114,2	123,2	121,2	137,3	118,9	111,3	123,3
1974 1. Hj.	125,4	134,4	127,0	125,0	127,7	125,3	139,0	123,7	115,6	128,6
2. Hj.	132,2	136,0	132,9	132,1	133,1	129,5	153,6	126,9	119,9	131,1
1975 1. Hj.	135,7	133,6	135,3	134,5	135,5	133,3	149,3	128,9	125,2	131,4
2. Hj.	139,3	138,8	139,2	135,4	140,2	137,3	161,6	130,4	127,5	132,4
1976 1. Hj.	139,9	141,2	140,2	137,6	141,0	140,0	153,7	132,8	130,6	134,2
2. Hj.	144,0	144,0	144,0	139,4	145,3	142,7	168,1	134,9	130,9	137,4
1977 1. Hj.	144,7	145,6	144,9	140,2	146,3	145,4	161,1	137,1	133,7	139,5
2. Hj.	149,9	144,1	148,7	141,3	150,9	148,0	176,1	139,4	133,7	143,5
1978 1. Hj. [3])	150,3	141,3	148,4	141,2	150,6	149,6	164,1	142,5	136,1	147,2
2. Hj.	155,7	141,8	152,9	143,0	155,8	151,3	183,9	146,1	137,0	152,8
1979 1. Hj.	156,0	147,6	154,2	145,5	156,9	154,6	172,2	150,3	139,2	159,1

[1]) Preisindex mit wechselnder (Warenkorb des jeweiligen Berichtszeitraumes).
[2]) Letzter Verbrauch (Privater Verbrauch, Staatsverbrauch) Bruttoinvestitionen und Ausfuhr.
[3]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 54*

Index der Grundstoffpreise[1])

1970 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Bergbauliche Erzeugnisse, Erzeugnisse der Energiewirtschaft, Wasser	Grundstoffe des Verarbeitenden Gewerbes							Grundstoffe des Nahrungs- und Genußmittelgewerbes
			zusammen	darunter						
				Steine und Erden	Eisen, Stahl, NE-Metalle und -Metallhalbzeug	chemische Erzeugnisse	bearbeitetes Holz	Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe	Textilien	
1964	93,1	91,8	93,1	94,3	84,8	103,3	93,5	95,3	102,5	98,6
1965	95,3	92,6	95,4	95,4	89,7	103,6	95,8	97,2	101,7	102,7
1966	96,5	92,8	97,0	96,2	93,4	102,0	95,0	96,6	101,1	104,1
1967	93,8	94,8	93,1	95,2	87,2	100,9	89,6	95,5	97,7	98,4
1968	93,8	95,1	93,2	93,2	89,1	99,6	87,9	94,2	98,6	94,8
1969	96,0	93,4	96,4	93,6	95,2	99,6	94,0	95,7	99,5	99,3
1970	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	101,5	109,0	99,3	109,6	94,8	100,7	101,3	100,9	99,9	99,3
1972	102,9	110,1	100,5	114,4	94,0	100,0	100,8	96,5	105,5	103,8
1973	113,9	120,0	111,6	118,3	106,5	105,4	120,0	100,1	126,0	116,4
1974	142,3	177,7	132,9	128,5	131,2	137,7	138,2	135,3	137,7	126,6
1975	141,8	195,9	126,6	134,0	118,2	136,8	123,6	152,3	124,8	126,2
1976	149,5	209,0	133,1	136,9	125,6	137,4	133,7	146,2	140,0	128,1
1977	149,5	208,8	132,8	143,2	121,4	137,6	143,7	142,2	140,5	132,2
1978	147,2	203,7	131,7	148,1	122,2	134,3	141,4	131,4	134,5	126,8
1974 1. Vj.	137,3	166,9	129,2	123,4	129,0	128,7	137,8	114,3	141,9	126,4
2. Vj.	143,7	174,6	136,2	128,5	138,7	137,5	142,0	127,5	140,1	124,4
3. Vj.	144,2	182,2	134,2	131,2	130,0	142,5	139,8	147,1	137,1	126,0
4. Vj.	144,1	187,3	132,1	131,0	127,0	142,1	133,0	152,0	131,8	129,6
1975 1. Vj.	142,8	192,9	129,1	132,4	122,8	139,1	127,1	156,5	125,4	124,4
2. Vj.	141,0	192,2	126,8	134,4	118,2	137,8	123,3	154,3	124,1	124,3
3. Vj.	141,2	195,0	125,8	134,8	117,2	135,9	121,7	150,1	123,9	127,5
4. Vj.	142,3	203,4	124,6	134,3	114,3	134,4	122,4	148,3	125,8	128,6
1976 1. Vj.	146,4	209,5	128,3	134,9	119,6	135,7	126,4	145,9	132,2	129,6
2. Vj.	149,6	209,6	133,4	136,1	127,7	136,9	132,8	146,1	137,8	126,5
3. Vj.	151,7	209,5	136,2	137,9	130,0	139,0	136,3	146,4	144,4	127,5
4. Vj.	150,2	207,3	134,5	138,6	125,3	138,1	139,1	146,4	145,6	128,8
1977 1. Vj.	150,9	211,2	134,2	140,4	123,6	138,5	142,9	145,9	144,5	130,7
2. Vj.	150,9	209,5	134,1	143,4	122,4	139,4	145,4	144,4	143,1	134,0
3. Vj.	148,9	207,4	132,2	144,4	120,3	137,0	144,5	141,6	139,0	132,6
4. Vj.	147,6	207,1	130,7	144,6	119,4	135,6	142,0	136,8	135,5	131,4
1978 1. Vj.	146,8	205,5	130,2	145,2	119,5	134,8	140,6	132,8	133,9	129,9
2. Vj.	147,1	204,3	131,2	148,0	121,6	134,1	141,1	130,8	134,0	127,7
3. Vj.	147,3	202,9	132,2	149,5	123,0	134,0	141,6	130,3	135,0	125,9
4. Vj.	147,6	202,2	133,1	149,6	124,7	134,2	142,4	131,5	135,2	123,6
1979 1. Vj.	152,4	211,5	136,9	151,4	130,0	138,9	144,9	132,5	136,8	124,9
2. Vj.	158,4	223,2	141,5	155,5	134,7	145,8	148,7	135,2	138,6	126,7
3. Vj.	163,8	238,6	144,3	158,1	136,5	151,5	153,3	137,1	140,9	128,3

[1]) Grundstoffe industrieller Herkunft aus inländischer und ausländischer Produktion; ohne Umsatzsteuer; umbasiert von Originalbasis 1962 = 100.

Tabelle 55*

Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte

(Inlandsabsatz)[1])

1970 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Bergbauliche Erzeugnisse	Elektrischer Strom, Gas, Wasser	Erzeugnisse der Verarbeitenden Industrie					Investitionsgüter[2])	Verbrauchsgüter[2])
				zusammen	Grundstoff- und Produktionsgüter-	Investitionsgüter-	Verbrauchsgüter-	Nahrungs- und Genußmittel-		
					industrien					
1962	89,9	81,3	95,2	89,8	95,0	85,1	87,8	92,1	81,3	90,2
1963	90,3	82,7	95,1	90,2	94,3	85,4	89,3	93,1	82,1	91,2
1964	91,3	82,4	95,9	91,2	95,0	86,5	91,0	93,9	83,6	92,0
1965	93,5	85,8	98,5	93,4	97,0	89,0	93,1	95,2	86,1	94,2
1966	95,1	85,6	99,7	95,1	98,1	90,7	95,5	97,3	88,3	96,3
1967	94,3	85,5	100,7	94,1	95,6	89,8	94,9	98,1	88,1	96,8
1968	93,6	85,6	101,0	93,3	94,4	89,8	94,6	96,9	88,2	95,9
1969	95,3	88,2	99,7	95,2	95,8	92,7	96,4	97,8	91,7	95,8
1970	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	104,3	110,7	103,3	104,2	102,5	106,2	103,8	103,6	107,9	104,7
1972	107,0	117,0	110,3	106,6	102,5	109,1	107,5	107,7	111,9	108,4
1973	114,1	123,1	115,1	113,9	111,5	113,7	115,5	116,6	117,0	116,7
1974	129,4	158,0	124,3	129,1	137,7	124,3	129,0	123,4	127,6	130,4
1975	135,5	197,2	148,3	133,3	136,4	133,4	132,5	128,1	138,6	137,6
1976	140,8	210,9	158,5	138,0	141,9	138,0	136,7	132,6	144,6	142,5
1977	144,5	212,4	161,4	141,8	140,8	143,3	140,9	141,9	150,6	145,2
1978	146,3	222,2	166,7	143,2	140,1	146,9	143,3	141,5	155,1	148,2
1974 1. Vj.	124,5	134,5	118,4	124,7	132,5	119,9	124,3	121,1	122,9	127,5
2. Vj.	128,8	146,4	121,2	128,9	138,7	124,1	128,0	122,1	127,0	128,8
3. Vj.	131,3	171,0	125,0	130,9	139,7	126,1	131,4	123,6	129,4	131,8
4. Vj.	133,0	180,2	132,5	132,0	139,8	127,3	132,5	126,6	131,3	133,5
1975 1. Vj.	134,6	196,3	139,1	133,0	138,3	131,4	132,8	126,6	136,5	134,9
2. Vj.	135,4	195,1	147,8	133,2	136,3	133,7	132,5	127,2	138,8	136,6
3. Vj.	135,7	197,9	151,2	133,3	135,6	134,1	132,2	128,8	139,4	138,7
4. Vj.	136,1	199,2	155,2	133,5	135,2	134,2	132,6	129,7	139,7	140,0
1976 1. Vj.	138,3	209,4	157,3	135,4	138,5	135,7	134,2	130,6	142,0	140,8
2. Vj.	140,5	210,2	158,3	137,9	142,3	138,0	136,0	131,4	144,7	142,6
3. Vj.	142,0	211,1	158,4	139,4	144,0	138,8	137,9	133,8	145,6	143,5
4. Vj.	142,2	213,0	159,9	139,4	142,6	139,2	138,7	134,8	146,1	143,0
1977 1. Vj.	143,7	213,1	160,4	141,1	141,6	141,7	140,1	140,0	148,6	144,3
2. Vj.	144,8	211,5	161,1	142,2	141,3	143,7	141,0	142,4	150,8	145,2
3. Vj.	144,7	212,1	161,4	142,1	140,5	143,9	141,3	142,6	151,3	145,5
4. Vj.	144,6	212,9	162,5	141,9	139,9	144,0	141,1	142,3	151,6	145,8
1978 1. Vj.	145,3	224,5	163,6	142,3	139,3	145,3	142,1	141,9	153,1	146,5
2. Vj.	146,2	221,5	166,6	143,1	139,8	146,9	142,9	141,7	155,1	147,6
3. Vj.	146,5	220,9	168,0	143,4	139,7	147,6	143,7	141,3	155,9	148,4
4. Vj.	147,1	221,7	168,5	144,0	141,3	147,8	144,3	141,0	156,2	150,2
1979 1. Vj.	149,7	226,0	170,6	146,6	146,7	149,5	145,9	140,9	158,3	154,5
2. Vj.	152,5	223,4	169,9	149,8	153,2	151,2	148,9	141,5	160,1	158,3
3. Vj.	155,1	226,6	170,2	152,5	158,8	151,9	151,6	143,0	161,1	162,1

[1]) Ohne Umsatzsteuer.
[2]) Hauptsächlich Enderzeugnisse, nach ihrer vorwiegenden Verwendung gruppiert.

Tabelle 56*

Preisindizes für Neubau und Instandhaltung, Baulandpreise[1])

1970 = 100

Zeitraum	Neubau						Instandhaltung von Mehrfamiliengebäuden[2])	Baureifes Land
	Bauleistungen am Bauwerk für					Straßenbauleistungen insgesamt		
	Wohngebäude	gemischt genutzte Gebäude	Bürogebäude	gewerbliche Betriebsgebäude	landwirtschaftliche Betriebsgebäude			
1960	57,7	58,4	58,5	58,5	58,7	77,7	.	.
1961	62,1	62,5	62,5	62,2	62,7	81,6	.	.
1962	67,2	67,5	67,5	66,9	67,6	87,1	.	48,2
1963	70,7	70,9	70,9	69,9	71,1	90,4	.	55,0
1964	74,0	74,1	73,9	72,7	74,1	89,6	.	60,1
1965	77,1	77,2	76,7	75,5	76,8	84,9	.	71,2
1966	79,6	79,8	79,2	77,5	79,3	83,9	.	76,8
1967	77,9	77,8	77,3	73,8	77,5	80,0	.	83,6
1968	81,2	81,1	80,4	77,7	80,7	83,6	85,3	92,3
1969	85,9	85,9	85,4	84,5	85,3	87,3	89,2	97,1
1970	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	110,3	110,1	110,1	110,8	110,5	107,9	110,7	109,2
1972	117,8	117,0	117,2	116,2	118,1	109,3	117,7	130,9
1973	126,4	125,4	125,5	123,2	126,3	112,8	126,1	132,6
1974	135,6	134,0	134,0	130,5	134,9	123,6	138,3	131,2
1975	138,9	137,1	136,8	134,1	137,9	126,5	144,8	143,4
1976	143,7	141,6	141,5	139,5	143,3	128,3	150,2	158,8
1977	150,7	148,1	148,2	146,6	151,7	131,4	157,4	175,6
1978	159,7	156,8	157,3	155,4	161,8	139,5	165,5	191,2
1974 Feb	130,9	129,5	129,5	125,7	130,4	119,9	132,3	123,3
Mai	136,7	135,0	135,1	132,2	136,1	124,5	139,1	127,4
Aug	137,6	135,8	135,9	132,1	136,8	125,2	140,7	127,0
Nov	137,3	135,7	135,6	132,1	136,4	124,7	141,1	136,6
1975 Feb	137,3	135,6	135,4	132,0	136,1	125,2	142,3	128,7
Mai	139,3	137,5	137,2	134,4	138,4	127,3	145,2	140,0
Aug	139,4	137,6	137,3	134,9	138,5	126,9	145,9	140,4
Nov	139,4	137,5	137,2	135,2	138,5	126,6	145,8	152,8
1976 Feb	140,2	138,4	138,1	136,2	139,3	126,8	146,7	147,6
Mai	143,7	141,6	141,5	138,8	143,3	128,7	150,3	152,7
Aug	145,0	142,9	142,8	141,4	144,7	128,9	151,5	158,1
Nov	145,7	143,6	143,5	141,5	145,7	128,8	152,3	166,7
1977 Feb	146,9	144,7	144,5	142,8	147,2	128,8	153,6	160,1
Mai	150,9	148,3	148,4	146,7	152,1	131,2	157,4	170,9
Aug	152,2	149,5	149,7	148,2	153,5	132,5	159,1	170,3
Nov	152,7	150,0	150,2	148,5	154,1	133,1	159,3	189,2
1978 Feb	155,5	152,9	153,1	151,2	157,0	135,3	162,1	178,8
Mai	158,6	155,8	156,2	153,7	160,7	138,0	164,6	186,2
Aug	161,7	158,6	159,3	157,6	164,2	141,8	167,4	193,6
Nov	162,8	159,7	160,5	158,9	165,3	143,0	168,0	206,2
1979 Feb	164,9	161,7	162,4	160,5	167,5	144,4	169,4	206,2
Mai	172,0	168,3	169,6	167,1	175,8	152,5	174,2	...
Aug	176,8	172,9	174,2	171,0	180,5	158,8	178,9	...

[3])

[1]) Einschließlich Umsatzsteuer.
[2]) Einschließlich Schönheitsreparaturen.
[3])

Tabelle 57*

Index der Ausfuhrpreise

1970 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Güter der Ernährungswirtschaft[1]	Güter der gewerblichen Wirtschaft					
			zusammen[1]	Rohstoffe[1]	Halbwaren[1]	Fertigwaren[1]	Investitionsgüter[2]	Verbrauchsgüter[2]
1962	88,2	88,3	88,1	98,2	88,1	87,8	81,9	88,1
1963	88,3	96,7	88,1	99,1	87,0	87,8	82,8	88,6
1964	90,4	97,4	90,1	103,0	90,4	89,7	84,6	90,1
1965	92,4	98,1	92,2	102,8	92,7	91,9	87,3	92,3
1966	94,4	100,5	94,1	102,9	95,2	93,8	89,8	95,5
1967	94,3	98,9	94,1	99,3	95,2	93,9	90,8	96,9
1968	93,3	96,9	93,2	97,7	94,6	92,9	90,3	96,5
1969	97,0	98,8	97,0	98,6	97,1	96,9	95,1	98,2
1970	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	103,4	102,5	103,4	107,3	99,8	103,6	106,8	104,7
1972	105,5	107,4	105,5	112,7	96,3	106,1	111,3	108,0
1973	112,3	119,5	112,1	118,3	113,0	111,8	116,8	113,8
1974	131,4	132,1	131,4	138,4	167,4	127,8	127,1	128,2
1975	136,5	132,2	136,6	158,1	156,8	134,1	138,1	135,8
1976	141,7	136,5	141,9	169,4	162,6	139,2	145,7	142,9
1977	143,6	142,2	143,7	167,2	156,7	141,8	151,4	146,7
1978	145,3	141,0	145,5	162,7	152,9	144,3	155,9	149,4
1974 1. Vj.	125,6	132,6	125,4	125,6	160,5	122,1	122,7	124,9
2. Vj.	130,7	125,3	130,9	133,9	169,9	127,2	126,3	127,7
3. Vj.	134,1	131,2	134,2	144,3	171,4	130,4	128,6	129,1
4. Vj.	135,1	139,0	135,0	149,8	167,7	131,5	130,8	130,9
1975 1. Vj.	135,9	130,6	136,1	155,7	161,2	133,2	135,5	133,7
2. Vj.	136,2	128,8	136,5	157,5	156,6	134,0	137,6	134,6
3. Vj.	136,5	133,5	136,6	158,0	154,2	134,4	138,8	136,5
4. Vj.	137,2	135,8	137,3	161,1	155,3	134,9	140,2	138,5
1976 1. Vj.	140,1	135,4	140,3	167,0	160,2	137,7	144,0	141,1
2. Vj.	141,9	136,0	142,1	169,1	164,1	139,2	145,7	142,9
3. Vj.	142,8	137,8	143,0	171,0	165,5	140,2	146,3	144,0
4. Vj.	141,9	136,8	142,1	170,6	160,6	139,5	146,7	143,7
1977 1. Vj.	143,3	141,2	143,3	170,2	159,5	141,0	149,9	146,0
2. Vj.	144,1	145,1	144,1	168,7	158,2	142,0	151,5	146,7
3. Vj.	143,8	141,2	143,9	166,4	155,2	142,2	151,9	146,8
4. Vj.	143,3	141,4	143,4	163,5	153,8	141,8	152,4	147,2
1978 1. Vj.	144,1	141,2	144,3	165,0	151,4	143,0	154,3	148,1
2. Vj.	145,2	142,1	145,4	161,5	151,5	144,3	155,8	149,2
3. Vj.	145,9	140,3	146,1	161,1	153,5	144,9	156,5	149,9
4. Vj.	146,1	140,3	146,3	163,2	155,1	145,0	156,9	150,2
1979 1. Vj.	148,8	140,4	149,1	166,4	163,4	147,2	159,2	151,6
2. Vj.	152,0	142,9	152,3	168,2	174,6	149,8	160,6	154,5
3. Vj.	154,2	145,0	154,6	170,0	183,2	151,5	161,8	157,8

[1]) Nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik gruppiert.
[2]) Hauptsächlich Enderzeugnisse, nach ihrer vorwiegenden gruppiert.

Tabelle 58*

Index der Einfuhrpreise

1970 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Güter der Ernährungswirtschaft[1]	Güter der gewerblichen Wirtschaft					
			zusammen[1]	Rohstoffe[1]	Halbwaren[1]	Fertigwaren[1]	Investitionsgüter[2]	Verbrauchsgüter[2]
1962	94,6	94,4	94,5	104,7	84,5	95,8	94,1	97,7
1963	96,4	98,6	95,3	105,2	85,1	96,9	96,4	99,8
1964	98,1	100,0	97,2	106,2	88,2	98,4	97,9	96,4
1965	100,6	104,6	98,6	105,6	92,2	99,4	99,7	94,8
1966	102,3	104,6	101,1	107,3	96,2	101,5	102,6	96,8
1967	100,1	101,1	99,6	104,4	94,7	100,6	101,3	99,6
1968	99,4	97,4	99,9	104,7	96,5	99,6	102,0	101,3
1969	101,0	100,6	101,1	102,8	100,1	101,0	102,3	100,3
1970	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	100,4	98,4	100,9	109,5	93,9	100,8	102,2	103,7
1972	99,8	101,1	99,5	106,4	89,6	100,9	102,0	104,3
1973	112,6	121,7	110,4	125,0	114,5	104,7	102,4	119,7
1974	144,8	132,6	147,8	234,4	161,1	118,0	108,0	137,3
1975	142,3	124,7	146,7	227,1	147,4	123,0	118,6	142,3
1976	151,8	136,8	155,5	248,3	157,0	127,9	125,2	149,6
1977	154,1	149,5	155,2	247,1	153,4	129,0	125,8	152,9
1978	146,2	133,0	149,5	219,4	145,4	130,6	129,1	153,6
1974 1. Vj.	144,1	137,0	145,9	236,6	164,3	113,1	105,1	140,3
2. Vj.	144,0	128,4	147,9	233,1	166,0	116,9	105,7	135,0
3. Vj.	145,2	129,1	149,2	235,1	160,3	120,3	109,4	136,6
4. Vj.	145,6	135,9	148,1	232,8	153,6	121,5	111,6	137,1
1975 1. Vj.	141,1	127,0	144,6	222,0	143,5	122,4	114,9	135,8
2. Vj.	139,2	120,7	143,8	217,9	143,6	122,2	117,4	138,7
3. Vj.	142,5	124,5	147,0	225,3	150,1	123,1	120,0	145,1
4. Vj.	146,4	126,7	151,3	243,2	152,2	124,2	122,0	149,5
1976 1. Vj.	149,5	133,2	153,6	248,3	152,9	126,2	124,2	148,4
2. Vj.	152,0	135,4	156,2	249,6	159,5	127,8	125,1	149,6
3. Vj.	153,8	138,1	157,6	251,6	161,9	129,1	125,8	150,8
4. Vj.	151,8	140,7	154,5	243,7	154,5	128,6	125,7	149,6
1977 1. Vj.	156,8	155,9	157,1	252,7	158,1	128,9	125,7	152,4
2. Vj.	157,2	159,2	156,7	250,8	157,3	129,1	125,7	153,3
3. Vj.	152,1	142,3	154,5	245,3	151,7	129,0	125,8	152,9
4. Vj.	150,1	140,6	152,4	239,4	146,6	129,1	126,0	152,8
1978 1. Vj.	147,2	139,6	149,1	225,3	141,2	129,6	127,7	151,6
2. Vj.	147,0	137,0	149,6	222,6	144,2	130,1	128,5	152,9
3. Vj.	145,5	127,5	150,1	218,7	146,3	131,4	130,2	154,0
4. Vj.	145,0	127,8	149,3	210,8	149,7	131,2	130,2	155,8
1979 1. Vj.	152,5	132,5	157,5	220,5	176,2	132,6	130,7	171,5
2. Vj.	162,8	134,9	169,8	252,4	199,4	135,5	131,7	184,5
3. Vj.	170,3	133,0	179,6	285,9	211,8	137,6	132,7	192,7

[1]) Nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik gruppiert.
[2]) vorwiegenden Verwendung gruppiert.

Tabelle 59*

Preisindex für die Lebenshaltung[1])

4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte[2])

1970 = 100

Zeitraum	Gesamtlebenshaltung einschl. Ernährung	Gesamtlebenshaltung ohne Ernährung	Ernährung	Getränke und Tabakwaren	Wohnung	Heizung und Beleuchtung	Hausrat	Bekleidung	Reinigung und Körperpflege	Bildung, Unterhaltung und Erholung	Verkehr
1950	64,5	65,7	64,6	103,5	41,4	56,0	84,2	76,4	65,2	55,2	61,2
1951	69,6	70,2	70,6	101,5	42,1	60,6	93,1	84,7	70,1	59,8	68,6
1952	71,0	70,1	73,7	103,1	42,8	65,1	92,3	78,9	69,6	61,4	71,6
1953	69,8	68,8	72,5	96,6	44,3	67,2	87,6	74,8	67,7	60,6	72,2
1954	69,9	68,2	73,4	89,6	44,3	70,9	86,1	73,8	42,1	59,6	72,7
1955 [3])	71,0	69,1	74,9	88,8	45,6	72,6	86,7	73,8	43,2	60,9	73,1
1956	72,8	70,7	77,1	88,6	48,6	74,0	88,5	74,5	44,0	62,5	72,4
1957	74,4	72,3	78,4	88,5	49,2	75,9	91,8	77,3	71,6	64,5	73,0
1958	75,9	73,9	80,0	88,3	50,0	79,1	92,3	79,6	73,2	66,2	78,5
1959	76,7	74,2	81,4	87,4	51,3	79,8	91,1	79,3	74,0	67,3	79,7
1960 [4])	77,8	75,7	81,9	87,3	54,4	80,7	91,0	80,8	75,1	69,1	80,9
1961 [4])	79,6	78,1	82,8	87,3	59,1	82,1	92,9	82,6	77,1	71,6	83,2
1962	81,9	80,1	86,1	88,1	61,1	83,6	94,4	84,8	79,9	74,8	84,2
1963	84,4	82,3	88,9	88,9	64,6	85,8	94,8	86,8	81,8	77,6	87,8
1964	86,4	84,2	91,0	89,5	68,6	87,0	95,5	88,5	83,3	80,2	88,7
1965	89,3	86,5	95,2	89,7	72,6	88,6	97,2	90,9	85,9	83,3	89,6
1966	92,4	90,1	97,5	93,3	79,2	89,7	98,4	93,8	89,7	86,6	93,1
1967	93,8	92,4	96,9	95,9	84,1	90,6	97,8	95,1	91,1	89,6	96,0
1968	95,0	95,0	95,0	97,5	89,5	96,9	96,6	95,1	95,7	93,9	97,9
1969	96,9	96,6	97,7	97,4	96,1	97,1	96,7	96,0	96,9	95,5	97,5
1970	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	105,1	105,4	104,3	102,5	105,9	103,4	104,1	106,0	105,0	104,4	109,2
1972	110,7	101,9	110,3	108,0	112,1	107,3	107,8	112,5	109,7	108,9	115,9
1973	118,2	118,1	118,5	115,4	119,4	120,1	111,7	121,1	115,0	115,6	123,2
1974	126,3	126,6	125,4	118,2	126,3	137,0	119,5	130,0	122,7	126,3	134,0
1975	134,0	134,4	132,9	121,8	135,8	154,0	125,7	136,6	130,2	135,5	140,9
1976	140,2	140,0	140,5	125,8	143,3	163,4	128,9	141,3	134,6	142,0	147,0
1977	145,3	146,0	143,4	140,4	148,0	165,3	132,5	147,8	138,8	147,1	151,5
1978	148,9	150,3	145,4	140,7	152,2	170,9	136,8	154,5	143,2	151,6	156,2
1976 1. Vj.	138,5	138,3	138,9	123,9	141,0	162,9	128,6	139,5	133,2	139,9	144,6
2. Vj.	140,5	139,7	142,6	124,6	143,1	162,9	129,0	140,6	134,3	140,9	147,4
3. Vj.	140,5	140,5	140,5	126,0	144,1	163,6	128,3	141,4	135,0	142,8	148,2
4. Vj.	141,2	141,7	140,0	128,6	144,9	164,3	129,5	143,5	135,8	144,3	147,9
1977 1. Vj.	143,8	144,1	142,9	137,1	146,4	165,7	131,7	145,4	137,2	145,6	148,9
2. Vj.	145,5	145,7	145,0	140,0	147,6	164,6	132,6	147,1	138,4	146,6	151,8
3. Vj.	145,7	146,7	143,2	142,7	148,6	164,8	132,3	148,2	139,2	147,7	152,5
4. Vj.	146,1	147,5	142,5	141,7	149,5	166,2	133,3	150,4	140,3	148,6	152,9
1978 1. Vj.	148,0	149,1	144,9	141,4	150,8	169,6	136,2	152,6	141,7	149,9	154,5
2. Vj.	149,3	150,1	147,2	141,0	151,8	169,6	137,1	154,0	142,7	150,9	156,3
3. Vj.	149,1	150,5	145,5	140,6	152,7	170,4	136,4	154,8	143,7	152,3	156,8
4. Vj.	149,4	151,4	144,0	139,8	153,5	173,8	137,3	156,7	144,8	153,4	157,2
1979 1. Vj.	152,0	153,8	147,4	139,7	154,7	186,3	139,1	158,3	145,8	156,9	160,0
2. Vj.	154,0	155,6	149,8	139,9	155,9	194,4	140,2	160,4	147,1	157,7	162,9
3. Vj.	155,7	158,4	148,6	143,4	157,7	203,6	141,3	162,7	149,1	159,6	166,5

[1]) Gliederung nach Bedarfsgruppen (alte Systematik).
[2]) Haushalte mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes.
[3]) Ohne Saarland und Berlin.
[4]) Ohne Berlin.

Tabelle 60*

Preisindex für die Lebenshaltung[1])

4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte[2])

1970 = 100

Zeitraum	Gesamtlebenshaltung einschl. Nahrungs- und Genußmittel[3])	Gesamtlebenshaltung ohne Nahrungs- und Genußmittel[3])	Nahrungs- und Genußmittel[3])	Kleidung, Schuhe	Wohnungsmiete	Elektrizität, Gas, Brennstoffe	Übrige Haushaltsführung	Verkehr, Nachrichtenübermittlung	Körper- und Gesundheitspflege	Bildung und Unterhaltung	Persönliche Ausstattung u. ä.
1962	81,9	78,9	86,4	85,0	60,7	83,3	89,4	84,1	75,7	82,0	78,4
1963	84,4	81,4	88,9	86,9	64,1	85,5	91,1	87,9	77,9	83,2	81,0
1964	86,4	83,4	90,7	88,6	68,0	86,8	92,4	88,9	80,0	84,8	83,7
1965	89,3	86,0	94,2	91,0	71,9	88,4	94,9	89,8	82,7	87,1	86,1
1966	92,4	89,5	96,8	93,9	78,6	89,6	96,8	93,5	87,2	89,5	88,9
1967	93,8	91,8	96,8	95,3	83,9	90,4	96,8	96,1	89,1	91,5	92,4
1968	95,0	94,6	95,7	95,1	89,5	96,9	96,4	98,0	94,8	94,3	96,3
1969	96,9	96,5	97,6	96,1	96,2	97,1	96,6	97,3	96,2	95,3	98,0
1970	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	105,1	105,8	103,8	106,1	105,8	103,4	104,6	106,3	105,6	104,7	110,6
1972	110,7	111,3	109,7	112,5	112,0	107,3	108,6	112,9	111,0	108,5	115,8
1973	118,2	118,6	117,7	120,9	119,4	120,4	112,6	120,6	117,5	114,3	122,3
1974	126,3	127,9	123,5	129,9	126,1	137,5	120,8	132,6	126,1	124,3	128,8
1975	134,0	136,3	130,0	136,4	135,7	154,7	127,9	141,1	134,1	132,2	133,2
1976	140,2	142,2	136,6	141,0	143,2	164,3	131,5	148,2	139,3	137,0	137,7
1977	145,3	146,9	142,6	147,5	147,9	166,2	135,6	151,7	144,5	140,6	145,1
1978	148,9	151,7	144,2	154,2	152,1	171,8	140,2	157,0	149,8	144,0	149,0
1974 1. Vj.	123,7	124,7	121,8	126,4	124,1	137,9	117,6	126,8	121,9	120,4	127,3
2. Vj.	125,8	126,8	123,9	129,0	125,6	132,9	119,8	132,2	124,8	123,3	128,2
3. Vj.	126,9	128,9	123,4	130,6	126,8	137,3	120,9	135,5	127,6	125,5	129,4
4. Vj.	128,7	130,9	124,9	133,4	128,0	141,8	124,9	135,8	130,0	128,0	130,4
1975 1. Vj.	131,2	133,6	127,1	134,9	130,9	148,3	127,4	138,6	132,2	130,2	131,3
2. Vj.	133,7	135,7	130,5	135,9	135,5	150,9	127,9	140,8	133,7	131,6	132,0
3. Vj.	134,8	137,1	130,9	136,6	137,6	157,1	127,3	141,8	134,7	132,8	134,2
4. Vj.	136,1	138,8	131,4	138,0	138,8	162,5	129,0	143,3	135,9	134,1	135,5
1976 1. Vj.	138,5	140,5	135,0	139,3	140,9	163,8	131,2	145,4	137,6	135,5	136,0
2. Vj.	140,5	142,0	137,8	140,3	143,0	163,8	131,6	148,7	139,0	136,7	136,4
3. Vj.	140,5	142,7	136,6	141,1	144,0	164,4	131,0	149,5	139,9	137,4	138,6
4. Vj.	141,2	143,7	137,0	143,3	144,8	165,2	132,3	149,2	140,8	138,4	139,7
1977 1. Vj.	143,8	145,2	141,3	145,1	146,3	166,5	134,6	149,3	142,6	139,5	142,6
2. Vj.	145,5	146,6	143,7	146,8	147,5	165,5	135,6	151,9	144,1	140,3	145,0
3. Vj.	145,7	147,3	143,1	147,9	148,4	165,7	135,5	152,7	145,0	140,9	145,9
4. Vj.	146,1	148,4	142,3	150,2	149,4	167,1	136,7	153,1	146,3	141,6	146,7
1978 1. Vj.	148,0	150,3	144,0	152,3	150,7	170,6	139,6	155,0	147,9	142,8	147,5
2. Vj.	149,3	151,4	145,6	153,7	151,7	170,6	140,5	157,1	149,3	143,8	148,0
3. Vj.	149,1	152,0	144,2	154,5	152,5	171,3	139,9	157,7	150,3	144,4	149,6
4. Vj.	149,4	153,2	142,9	156,4	153,3	174,8	140,8	158,1	151,6	145,0	150,7
1979 1. Vj.	152,0	155,9	145,3	158,0	154,5	187,6	142,7	159,9	153,0	148,6	154,5
2. Vj.	154,0	158,0	147,2	160,1	155,7	196,0	143,9	163,2	154,5	149,3	155,2
3. Vj.	155,7	160,7	147,2	162,3	157,5	205,3	145,3	167,3	156,7	150,3	157,5

[1]) Gliederung nach Hauptgruppen (neue Systematik).
[2]) Haushalte mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes.
[3]) Einschließlich Verzehr in Gaststätten.

Tabelle 61*

Preisindex für die Lebenshaltung[1])

Alle privaten Haushalte

1970 = 100

Zeitraum	Gesamtlebenshaltung einschl. Nahrungs- und Genußmittel[2])	Gesamtlebenshaltung ohne Nahrungs- und Genußmittel[2])	Nahrungs- und Genußmittel[2])	Kleidung, Schuhe	Wohnungsmiete	Elektrizität, Gas, Brennstoffe	Übrige Haushaltsführung	Verkehr, Nachrichtenübermittlung	Körper- und Gesundheitspflege	Bildung und Unterhaltung	Persönliche Ausstattung u. ä.
1962	81,6	79,1	86,0	86,5	61,9	82,4	88,9	84,1	71,0	78,1	84,2
1963	84,0	81,5	88,4	88,4	65,3	85,0	90,6	86,9	73,2	80,3	85,9
1964	85,9	83,5	90,3	89,6	69,0	86,5	91,5	87,8	75,9	83,2	87,3
1965	88,7	85,9	93,6	91,6	72,9	88,2	93,2	88,5	79,7	86,1	89,3
1966	91,9	89,3	96,4	94,0	78,7	89,3	95,2	92,1	84,8	89,0	81,6
1967	93,4	91,9	96,4	95,2	84,0	90,5	95,2	95,0	87,7	92,0	93,8
1968	94,9	94,6	95,5	95,2	90,1	95,8	95,5	97,7	92,5	94,4	96,5
1969	96,7	96,2	97,7	96,2	95,8	95,7	96,0	97,1	94,7	95,4	98,1
1970	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	105,3	106,0	103,8	105,9	106,1	105,4	105,3	106,7	106,9	104,5	107,3
1972	111,1	111,7	109,7	112,3	112,5	110,1	109,7	114,0	113,8	108,1	111,9
1973	118,8	119,2	118,0	120,7	119,2	128,2	114,3	122,6	121,6	113,7	117,8
1974	127,1	128,9	123,6	129,7	125,1	149,8	123,1	134,9	131,8	123,4	124,4
1975	134,7	137,0	130,1	136,3	133,2	165,5	131,0	143,4	141,3	130,8	129,4
1976	140,8	142,8	136,8	140,9	140,0	176,4	135,5	150,1	148,1	135,8	133,6
1977	146,3	147,6	143,7	147,3	144,7	178,4	140,2	153,6	154,4	139,3	139,7
1978	150,1	152,6	145,2	154,1	149,0	183,6	145,4	158,7	160,7	142,6	143,7
1974 1. Vj.	124,6	125,9	121,8	126,3	123,2	153,2	119,8	129,1	127,2	119,8	122,4
2. Vj.	126,6	127,8	124,2	128,9	124,6	144,4	122,1	134,5	130,5	122,5	123,5
3. Vj.	127,8	129,9	123,6	130,5	125,8	148,6	123,3	138,0	133,5	124,4	125,3
4. Vj.	129,5	131,9	124,7	133,3	126,8	153,2	127,2	137,9	135,9	126,8	126,5
1975 1. Vj.	132,0	134,4	127,1	134,9	129,4	158,2	129,9	140,8	138,4	128,9	127,7
2. Vj.	134,5	136,2	131,0	135,8	132,9	160,1	130,9	143,1	140,7	130,2	128,3
3. Vj.	135,5	137,7	131,1	136,5	134,6	168,1	130,5	144,2	142,2	131,4	130,3
4. Vj.	136,7	139,5	131,1	137,9	135,8	175,4	132,6	145,4	143,9	132,9	131,4
1976 1. Vj.	139,0	141,2	134,7	139,2	137,8	176,3	134,9	147,4	145,8	134,3	132,1
2. Vj.	141,1	142,5	138,1	140,3	139,8	175,6	135,4	150,5	147,7	135,5	132,5
3. Vj.	141,2	143,3	137,0	141,0	140,7	176,5	135,1	151,5	148,9	136,2	134,4
4. Vj.	141,9	144,3	137,2	143,1	141,6	177,2	136,6	151,0	150,0	137,2	135,4
1977 1. Vj.	144,6	145,9	141,8	144,9	143,1	179,1	138,9	151,2	152,0	138,3	137,6
2. Vj.	146,5	147,2	145,2	146,7	144,2	177,4	140,0	153,7	153,8	138,9	139,2
3. Vj.	146,9	148,0	144,5	147,8	145,3	177,6	140,2	154,5	155,1	139,6	140,5
4. Vj.	147,2	149,2	143,2	150,0	146,3	179,4	141,6	155,0	156,6	140,3	141,3
1978 1. Vj.	149,1	151,1	145,0	152,1	147,6	182,7	144,6	156,9	158,5	141,5	142,2
2. Vj.	150,5	152,3	146,9	153,6	148,6	181,8	145,5	159,1	160,0	142,4	142,7
3. Vj.	150,4	152,8	145,4	154,4	149,4	182,5	145,1	159,2	161,5	142,9	144,3
4. Vj.	150,5	154,2	143,3	156,1	150,3	187,6	146,3	159,6	162,9	143,6	145,7
1979 1. Vj.	153,6	157,4	146,0	157,7	151,5	206,3	148,4	161,9	164,8	147,5	148,7
2. Vj.	156,0	159,9	148,3	159,7	152,7	219,7	149,7	165,2	166,7	148,2	149,5
3. Vj.	157,8	163,0	147,7	161,8	154,4	233,2	151,3	169,8	169,0	149,1	151,8

[1]) Gliederung nach Hauptgruppen (neue Systematik).
[2]) Verzehr in Gaststätten.

Tabelle 62*

Preisindex für die Lebenshaltung[1])

1970 = 100

Zeitraum	Gesamtlebenshaltung	Nahrungsmittel[2])	Wohnungsnutzung[3])	Dienstleistungen[4])	Sonstige Waren[5])	Gesamtlebenshaltung	Nahrungsmittel[2])	Wohnungsnutzung[3])	Dienstleistungen[4])	Sonstige Waren[5])
	alle privaten Haushalte					4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte[6])				
1962	81,6	86,9	62,2	71,1	90,0	81,9	87,0	61,0	73,2	88,7
1963	84,0	89,6	65,6	74,7	91,2	84,4	89,9	64,4	76,8	89,9
1964	85,9	91,7	69,3	77,6	92,0	86,4	91,9	68,3	79,5	90,9
1965	88,7	95,6	73,2	80,7	93,2	89,3	96,1	72,2	82,2	92,6
1966	91,9	98,1	79,0	85,9	95,0	92,4	98,3	79,0	86,7	94,7
1967	93,4	97,2	84,2	88,9	96,0	93,8	97,5	84,1	89,2	96,0
1968	94,9	95,0	90,3	93,6	96,8	95,0	95,2	89,8	93,9	96,9
1969	96,7	98,1	95,8	95,6	96,8	96,9	97,9	96,2	95,7	97,0
1970	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	105,3	104,0	106,0	107,6	104,6	105,1	104,2	105,7	108,1	104,4
1972	111,1	110,2	112,4	115,0	109,3	110,7	110,1	111,8	115,3	109,2
1973	118,8	119,0	118,9	123,1	116,8	118,2	118,3	119,0	123,3	116,2
1974	127,1	125,4	124,8	132,5	126,2	126,3	125,1	125,6	132,7	124,9
1975	134,7	133,1	132,7	141,1	133,1	134,0	132,7	135,0	140,7	132,1
1976	140,8	140,7	139,5	147,9	138,1	140,2	140,3	142,3	147,3	137,0
1977	146,3	144,2	144,1	154,9	144,1	145,3	142,9	146,9	154,4	143,1
1978	150,1	145,6	148,4	160,9	148,1	148,9	144,4	151,1	160,5	147,0
1974 1. Vj.	124,6	123,7	122,9	128,8	123,6	123,7	123,5	123,6	129,1	121,9
2. Vj.	126,6	126,6	124,3	131,2	125,1	125,8	125,9	125,2	131,4	124,0
3. Vj.	127,8	125,1	125,5	134,2	126,9	126,9	124,7	126,3	134,2	125,8
4. Vj.	129,5	126,3	126,5	135,8	129,2	128,7	126,4	127,5	135,8	128,1
1975 1. Vj.	132,0	129,7	129,0	138,1	131,2	131,2	129,5	130,3	138,0	130,2
2. Vj.	134,5	134,9	132,5	140,2	132,2	133,7	133,8	134,9	139,7	131,4
3. Vj.	135,5	134,2	134,1	142,2	133,5	134,8	133,6	136,8	141,7	132,6
4. Vj.	136,7	133,7	135,4	143,9	135,4	136,1	134,0	138,0	143,3	134,2
1976 1. Vj.	139,0	138,8	137,3	145,6	136,7	138,5	138,8	140,1	145,2	135,5
2. Vj.	141,1	143,4	139,3	147,0	137,8	140,5	142,6	142,2	146,4	136,7
3. Vj.	141,2	140,8	140,2	148,8	138,4	140,5	140,1	143,2	148,2	137,2
4. Vj.	141,9	139,8	141,1	150,0	139,6	141,2	139,6	143,9	149,4	138,6
1977 1. Vj.	144,6	143,4	142,5	152,1	142,4	143,8	142,5	145,4	151,5	141,3
2. Vj.	146,5	146,7	143,6	154,1	143,9	145,5	144,6	146,5	153,8	142,9
3. Vj.	146,9	144,2	144,7	155,9	144,7	145,7	142,6	147,5	155,5	143,7
4. Vj.	147,2	142,5	145,7	157,4	145,3	146,1	141,7	148,4	156,8	144,3
1978 1. Vj.	149,1	145,2	147,0	159,1	147,1	148,0	144,0	149,7	158,7	146,0
2. Vj.	150,5	148,1	148,0	160,4	147,9	149,3	146,4	150,7	160,0	146,8
3. Vj.	150,4	146,0	148,8	161,4	148,1	149,1	144,4	151,5	161,0	147,1
4. Vj.	150,5	143,0	149,6	162,6	149,1	149,4	142,7	152,3	162,1	148,0
1979 1. Vj.	153,6	146,9	150,8	166,5	152,0	152,0	146,1	153,5	166,6	150,1
2. Vj.	156,0	150,2	152,0	168,0	154,7	154,0	148,6	154,6	168,1	152,3
3. Vj.	157,8	147,5	153,7	170,6	158,4	155,7	147,1	156,4	170,5	155,5

[1]) Gliederung nach Waren,
[2]) Ohne Gaststättenleistungen.
[3]) Einschließlich Garagennutzung.
[4]) Einschließlich Reparaturen, Gaststätten- und
[5]) Verbrauchs- und Gebrauchsgüter ohne Nahrungsmittel.
[6]) Haushalte mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes.

Tabelle 63*

Löhne und Gehälter

1976 = 100

Zeitraum	Bruttolohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Abhängigen	Brutto- stunden- verdienste Industrie[1]	Brutto- wochen- verdienste Industrie[1]	Brutto- monats- verdienste Industrie[1] und Handel[2]	Tarifliche Stunden- löhne Produzierendes Gewerbe[1]	Tarifliche Stunden- löhne gewerbl. Wirtschaft und Gebietskörperschaften	Tarifliche Wochen- löhne Produzierendes Gewerbe[1]	Tarifliche Wochen- löhne gewerbl. Wirtschaft und Gebietskörperschaften	Tarifliche Monatsgehälter Produzierendes Gewerbe[1]	Tarifliche Monatsgehälter gewerbl. Wirtschaft und Gebietskörperschaften
1960	25,6	26,2	28,6	29,1	28,1	27,6	30,8	30,4	32,1	32,8
1961	28,3	28,9	31,5	31,5	30,3	29,8	33,2	32,8	34,8	35,4
1962	30,8	32,3	34,7	34,3	33,5	32,8	35,9	35,5	37,8	38,0
1963	32,7	34,7	37,0	36,6	35,7	35,0	38,0	37,6	39,8	40,2
1964	35,7	37,6	40,0	38,9	38,1	37,3	39,9	39,4	41,6	42,1
1965	38,9	41,3	44,0	42,1	41,0	40,2	42,6	42,2	44,5	44,8
1966	41,8	44,0	46,5	45,2	43,9	43,1	45,4	45,0	47,3	47,5
1967	43,1	45,4	46,2	47,0	46,0	45,0	46,9	46,4	48,5	49,0
1968	45,8	47,4	49,4	49,2	47,9	46,9	48,6	48,1	50,1	50,6
1969	50,0	51,6	54,8	53,0	51,1	50,0	51,7	51,2	53,3	53,7
1970	57,4	59,2	63,0	59,7	57,7	56,7	58,0	57,6	59,0	59,2
1971	64,2	65,7	68,6	65,8	65,2	64,4	65,5	65,2	65,9	65,9
1972	70,0	71,6	74,0	71,5	70,9	70,6	71,2	71,2	71,4	71,6
1973	78,3	79,1	81,8	78,8	77,7	77,6	77,9	78,2	78,1	78,7
1974	87,2	87,2	88,3	86,9	86,8	86,8	87,0	87,2	87,1	87,7
1975	93,5	94,0	92,3	94,0	94,6	94,7	94,6	94,8	94,6	95,0
1976	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1977	106,9	106,4	106,1	106,2	107,2	106,9	107,2	106,9	107,1	106,5
1978	112,4	112,1	111,7	112,3	112,8	112,7	112,8	112,7	112,0	111,8
1975 Jan	89,9	90,9	87,5	90,7	92,6	92,7	92,6	92,8	92,7	92,9
Apr		93,6	92,0	93,9	93,8	94,0	93,8	94,1	94,2	94,9
Jul	97,1	95,7	94,7	95,5	96,0	96,0	96,0	96,1	95,7	95,9
Okt		95,7	94,6	95,8	96,1	96,2	96,1	96,2	95,9	96,1
1976 Jan	95,8	96,7	93,8	96,7	97,7	97,5	97,7	97,5	97,7	97,0
Apr		99,2	99,0	99,3	99,3	99,4	99,3	99,4	99,8	100,1
Jul	104,1	101,6	102,7	101,7	101,3	101,4	101,3	101,4	101,2	101,3
Okt		102,3	104,3	102,1	101,6	101,6	101,6	101,6	101,4	101,4
1977 Jan	102,7	103,0	100,4	102,6	104,7	104,1	104,7	104,1	104,8	103,3
Apr[3]		105,7	105,6	105,7	106,2	106,2	106,2	106,2	106,7	106,7
Jul	111,0	108,4	108,8	108,0	108,8	108,6	108,8	108,6	108,3	107,9
Okt		108,5	109,4	108,5	109,1	108,8	109,1	108,8	108,5	108,1
1978 Jan	107,3	108,5	106,1	109,2	109,9	109,7	109,9	109,7	109,3	108,7
Apr		111,3	111,5	111,1	111,4	111,6	111,4	111,6	111,2	111,7
Jul	117,4	114,2	114,3	114,1	114,8	114,7	114,8	114,6	113,7	113,3
Okt		114,2	114,8	114,8	115,0	114,9	115,0	114,8	113,9	113,5
1979 Jan	113,5	115,3	114,9	115,8	117,0	116,5	117,0	116,4	116,1	114,6
Apr		118,1	118,5	118,6	118,1	118,1	118,1	118,0	117,5	117,5
Jul		120,5	121,6	120,8	120,7	120,6	120,7	120,5	118,7	118,5

[1]) Einschließlich Hoch- und Tiefbau.
[2]) Einschließlich Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe.
[3]) Für Bruttolohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Abhängigen: Halbjahre.

SACHREGISTER

(Die Zahlenangaben beziehen sich auf die Textziffern)

Agrarpreise 155

Aktiengesellschaft
— s. Kapitalgesellschaft

Aktienmarkt 200, 361ff.

Angebotsbedingungen 61ff.

Angebotsengpässe 60, 115f.

Arbeitskräftemangel 115f., 348

Arbeitslosenunterstützung 172, 237

Arbeitslosigkeit 105, 115ff., 333ff.
— Dauer der Arbeitslosigkeit 128
— in den wichtigsten Industrieländern 9ff., 243
— Jugendarbeitslosigkeit 123, 348
— nach Berufen 117ff.
— regionale 129ff.
— stille Reserve 105
— von Älteren 125
— von Behinderten 126
— von Frauen 121
— von Minderqualifizierten 117, 348
— voraussehbare Entwicklung 267f.

Arbeitsmarkt
— Arbeitsmarktpolitik 131ff., 347ff.
— Bewegungen auf dem Arbeitsmarkt 115

Arbeitsproduktivität
— s. Produktivität

Arbeitszeitverkürzung 64, 350

Auftragsbestände 55f.

Ausbildungsplatzabgabe 348

Ausbildungsplätze 122, 348

Ausfuhr 88ff., 256ff.

Ausfuhrpreise 73, 92, 142f.

Auslastungsgrad des Produktionspotentials
— s. Produktionspotential

Bargeldumlauf 196

Bauwirtschaft 75, 84ff.
— Angebotsengpässe 84f., 116
— Investitionen 58
— Nachfrage 57, 84ff.
— Produktion 96
— voraussehbare Entwicklung 255

Belgien 17, 33, 37, 40ff., 248

Beschäftigung 103, 267f., 274

Beschäftigungspolitik 279, 347ff.

Börse 362ff.

Bruttosozialprodukt
— s. Produktion, Gesamtwirtschaft

Dänemark 31, 33f., 41, 248

Eigenkapitalausstattung 351ff.

Eigenkapitalbedarf 355ff.

Eigenkapitalbeschaffung 352, 361ff.

Einfuhr 91, 265

Einfuhrpreise 70, 92, 139ff.

Einkommen
— aus unselbständiger Arbeit 160ff.
— aus Unternehmertätigkeit und Vermögen 159, 167, 169f.
— Einkommensverteilung 159ff.
— der privaten Haushalte 173
— Transfereinkommen 168ff.

— und Ölverteuerung 77ff., 386ff.
— verfügbares Einkommen 78, 173ff.

Einkommensteuer 169ff., 223, 225, 329

Emission 364

Emissionskosten 363f.

Energie 370ff.
— Alternative Energien 399, 414
— Energiebilanz 404
— Energiepolitik 426ff.
— Energiesteuer 332, 437ff.
— Primärenergieverbrauch 400

Entwicklungshilfe 331, 466f., 503ff.
— Grundbedürfnisstrategie 507
— Rückflüsse in die Bundesrepublik 516f.

Entwicklungsländer 442ff.
— s. auch Entwicklungshilfe, Handelspolitik, Kapitalexport und Technologietransfer, Rohstoffpolitik, Strukturwandel und Entwicklungsländer
— Ausfuhren, verarbeitete Erzeugnisse 463
— Ausfuhren, Rohstoffe 464
— Einfuhren 464
— Entwicklungshilfe 466f.
— erdölexportierende Länder 458
— Importkapazität 462
— Produktion 456
— Schwellenländer 456
— Terms of Trade 459f.
— und Ölverteuerung 427
— Verschuldung 468
— Währungsreserven 468
— Zahlungsbilanz 465

Erdgas
— s. Gas

Erwerbspersonenpotential 105, 268

Erwerbstätige 103

Europäische Gemeinschaft
— Finanzpolitik 39ff.
— Geldpolitik 37f.
— Grenzausgleich 30
— konjunkturelle Entwicklung 245ff.
— Mineralölverbrauch 401

Europäisches Währungssystem 28ff., 317ff.

Finanzpolitik 210ff., 264, 321ff.

Frankreich 14f., 18, 30, 32, 37f., 40, 46f.

Gas 417, 419

Geldbasis 177ff., Anhang V. C.
— Bestimmungsgründe 186ff.
— Expansion 177

Geldpolitik 176ff., 238, 306ff.
— mengenorientierte 177ff., 309ff.
— und Ölverteuerung 381ff.
— und Wechselkurs 189, 308, 315ff.
— und Zinsen 184f., 312f.

Gesellschaftsteuer 362

Gewerbesteuer 225, 324, 329, 362

Gewinne
— Gewinnbeteiligung 345
— Gewinnmargen 74ff.
— Unternehmensgewinne im engeren Sinn 167

Großbritannien 16, 27, 37f., 41, 264f.

Handelshemmnisse 469ff.

Handelspolitik 469ff.
— Allgemeines Präferenzschema 477
— Lomé-Abkommen 477
— Tokio-Runde 471ff.

Industrieproduktion
— in den wichtigsten Industrieländern 1f.

Inflationserwartungen 294ff.

Investitionen 53ff., 351ff.
— Anlageinvestitionen 58
— Direktinvestitionen 490ff.
— Eigenkapitalausstattung 353ff.
— Investitionsneigung 58, 271, 274, 288f.
— Investitionsrisiken 290ff.

— und Energieprobleme 376, 405
— und Vollbeschäftigung 288ff.
— und Zinsniveau 69, 276
— voraussehbare Entwicklung 252ff.
— Vorratsinvestitionen 54f.

Italien 14, 32, 37f., 40, 246f.

Japan 13, 26, 249

Kapazitätsauslastung der Industrie 112

Kapitalbeteiligungsgesellschaften 368

Kapitalexport und Technologietransfer 490ff.
— Direktinvestitionen 493ff.
— Entwicklungsländersteuergesetz 498
— Investitionsförderung durch die Bundesrepublik 497ff.
— Investitionsstatut 492
— Technologietransfer 500ff.

Kapitalgesellschaft 362ff.

Kapitalintensität 164

Kapitalkosten 69, 164, 166, 359ff., Anhang V. B.

Kapitalmarkt 157ff., 362ff.
— nicht organisierter 365ff.
— organisierter 362ff.

Kapitalproduktivität 108ff.

Kapitalverkehr 208f.

Kassenhaltung
— s. Bargeldumlauf

Kernenergie 414, 418f., 422, 425, 434f.

Körperschaftsteuer 169f., 225, 362

Kohle 400, 414f., 417ff., 421ff., 431ff.

Konjunkturelle Entwicklung
— in der Bundesrepublik 44ff.
— in der Welt 1ff.
— voraussehbare 238ff.

Konjunkturneutraler Haushalt 229ff., Anhang V. D.

Kraftfahrzeugsteuer 440

Kreditnachfrage 190ff.
— Konsumentenkredite 79

Löhne
— Effektivverdienste 66, 160
— in den wichtigsten Industrieländern 8
— Lohndrift 66
— Lohnstückkosten 67, 165
— Reallöhne 66, 165, 334, 337
— Tariflöhne 63ff.
— und Beschäftigung 334ff.
— voraussichtliche Entwicklung 261

Lohnpolitik 63ff., 333ff.
— und Ölverteuerung 386f.

Lohnquote 161f.

Lohnsteuer 171, 224, 227

Lohnsummensteuer 225

Lombardkredit 186f.

Mehrwertsteuer 148, 165, 175, 226, 391

Mineralöl 370ff.
— Einfuhr 397, 402
— heimische Förderung 420
— Mengenprobleme 392ff.
— Nichtenergetischer Verbrauch 411, 414, 439
— Preise 140, 149ff., 370ff., 381ff., 426ff.
— Sparanreize 394f., 404ff., 409ff., 429
— Steuer 437ff.
— voraussichtliche Entwicklung 239

Mittlere Unternehmen 365, 367

Monetäre Politik
— s. Geldpolitik

Nachfragestützung 206, 264, 321ff.

Niederlande 17, 41, 248

Offene Stellen 115 f., 118 ff.

Offenmarktpolitik 186, 313

Öffentliche Finanzen 210 ff.
— Ausgaben 212 ff.
— Finanzierungssaldo 228 ff., 324
— Gemeindefinanzen 181
— Investitionen 214 ff.
— konjunkturelle Wirkungen 228 ff., 264, 321
— konjunkturneutraler Haushalt 229 ff., Anhang V. D.
— Konsolidierung 236, 328 ff.
— Personalausgaben 219
— Steuereinnahmen 222 ff.
— Steuerpolitik 227, 328 f.
— und Ölverteuerung 379
— voraussehbare Entwicklung 238, 264

Öl
— s. Mineralöl

Österreich 17

OPEC-Staaten 4 f., 140, 151, 374, 397, 428

Preisentwicklung
— Baupreise 157
— Einfuhrpreise 70, 92, 139
— in den wichtigsten Industrieländern 7, 243
— in der Industrie 144 ff.
— landwirtschaftliche Produkte 137, 155
— Mineralöl 3 ff., 76, 140, 149 ff., 156, 370 ff., 381 ff.
— Nahrungsmittel 155
— Preisniveau 136 ff.
— Rohstoffe 139 f.
— voraussichtliche Entwicklung 259 ff.

Primärenergie
— s. Energie

Produktion
— Gesamtwirtschaft 94 ff.
— Industrie 95

Produktionspotential 106 ff., Anhang V. A.
— Auslastung 113
— Wachstum 106 ff., 281

Produktivität 98 ff.

Prognose 238 ff.
— Varianten 294 ff.

Programm für Zukunftsinvestitionen 215 ff.

Prospekthaftung 366

Protektionismus 469 ff.

Realeinkommen 173 ff.

Reallohnposition 165 f., Anhang V. B.

Refinanzierungspolitik 186

Renten 172

Risikobeteiligung des Staates 353, 369

Risikokapital 351 ff.

Rohöl
— s. Mineralöl

Rohstoffpolitik 481 ff.
— Integriertes Rohstoffprogramm 481 ff.
— Kompensatorische Finanzierung des IWF 488 f.
— Stabex-System 485 ff.

Schweiz 7 f., 20 f., 26, 248

Sozialversicherung 171 f., 237

Sparquote 79, 262

Staatsverbrauch 81 ff.

Staatsverschuldung 328

Steuerquote 222, 263 f.

Stille Reserve
— s. Arbeitslosigkeit

Strom 416 ff., 423 ff., 432, 434 f.

Strukturwandel 335, 406
— und Entwicklungsländer 508 ff.

Subventionen 220, 330, 332

Tarifverträge 63 ff., 261, 341 ff.

Terms of Trade 5, 143, 165, 376, 385, 389 f., 459 f.

Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes 196 f.

Verbrauch, privater 77 ff., 175, 262

Vereinigte Staaten 1, 12, 19 ff., 244

Vermögensbildung 345, 369

Vermögensteuer 362

Volkseinkommen 161

Vorausschätzung
— s. Prognose

Wachstumspolitik 61 f., 289 ff., 405 f.

Währungspolitik 316 ff.

Wechselkursentwicklung 19 ff., 71
— der wichtigsten Währungen 19 ff.
— im Europäischen Währungssystem 28 ff.
— reale Bewertung 71, 73, 301 f.

Welthandel 2, 243

Wertpapierpensionsgeschäft 186

Wettbewerbsposition gegenüber dem Ausland 73, 142, 161 ff., 297 ff.

Windfall Profits 388

Wirtschaftspolitische Ziele 277 ff.

Zahlungsbilanz 206 ff.
— der Entwicklungsländer 465
— der wichtigsten Industrieländer 26
— und Ölverteuerung 370

Zentralbankgeldmenge
— s. Geldbasis

Zinsen und Zinsstruktur 201 ff.